Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5 50X1-HUM

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL/US OFFICIALS ONLY

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY REPORT

INFORMATION REPORT

CD NO.

COUNTRY Germany (Soviet Zone)

DATE DISTR. 3 Apr 1951

SUBJECT Propaganda Material

NO. OF PAGES 2

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS. (LISTED BELOW)

DATE ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

50X1-HUM

DATE OF

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C., 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

50X1-HUM

b. Deutschlands Stimme, Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, 18/19 Nov 50.

c. Remilitarisierung - ohne uns! Mit uns fuer deutsche Verstaendigung, 14 Nov 50. Two pamphlets of Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

d. Nationale Front des demokratischen Deutschland - Informationsdienst - Gegen Remilitarisierung - fuer den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat, Number 16/17, 14 Nov 50.

e. Frau Huber macht sich Gedanken - Sorge um einen Sohn.

f. Erklaerung der Aussenminister in Prag: Frieden fuer Deutschland und Europe.

g. Deutschlands Stimme, Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, 2/3 Dec 50.

h. Deutschlands Stimme - 9/10 Dec 50.

i. Leaflet - Dec 50.

APR 1951

CLASSIFICATION CONFIDENTIAL/US OFFICIALS ONLY

STATE	X	NAVY	X	NSRB		DISTRIBUTION													
ARMY	X	AIR	X	FBI															

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

50X1-HUM

j. Die Wahrheit dem Volke - Durch das Volk - Mit dem Volk - Fuer das Volk - Regierungserklaerung des Ministerpraesidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl. No 11.

k. Ministerpraesident Grotewohl schrieb an Dr Adenauer - 7 Dec 50.

l. Nur die deutsche Verstaendigung sichert den Frieden! von Franz Dahlem.

m. Erklaerung der Prager Aussenminister-Konferenz - eight leaflet-stickers.

n. Fuer das Glueck unserer Kinder - Darum: Ami Go Home! - Leaflet-sticker.

o. Was Jeder Deutsche Wissen Muss - Heft 6 - Durch die Prager Erklaerung ist in Europe das Tor sum Frieden breit geoeffnet.

p. Deutschlands Stimme - 11/12 Nov 50.

q. Lidice mahnt zum Frieden! - two leaflets.

r. Die Wahrheit dem Volke - No 10.

s. USA in Wort und Bild - Heft 6 - 1950.

t. Die Wahrheit dem Volke - No 10.

u. Liebe Freunde - October, 1950, 2 leaflets.

v. Deutschlands Stimme - 25/26 Nov 50.

-end-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

50X1-HUM

Page Denied

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

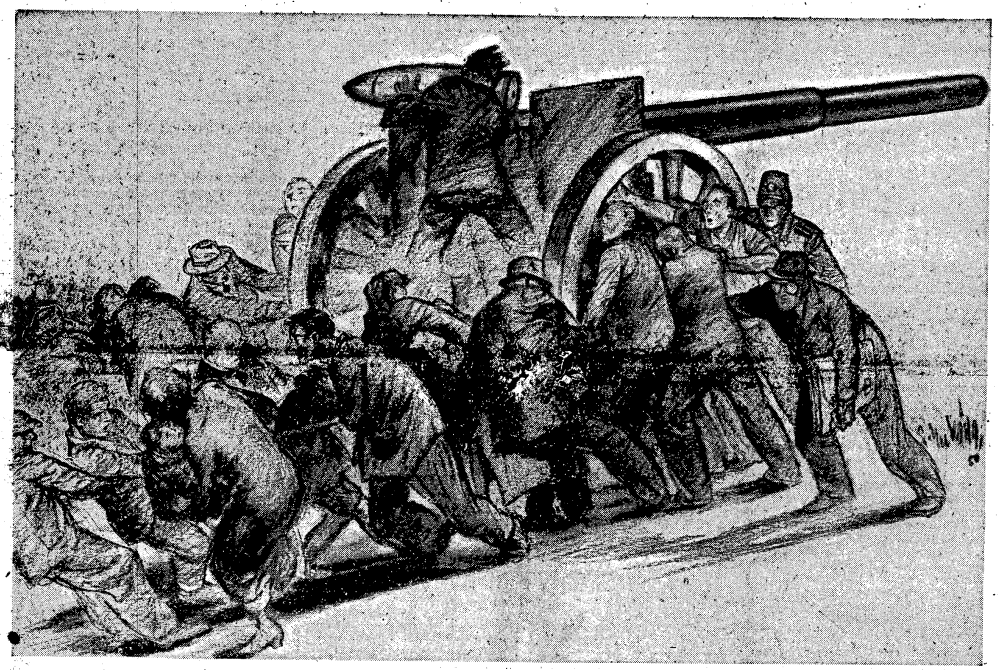
50X1-HUM

Deutschlands STIMME

18/19. November 1950
3. Jahrg. · Nr. 46 · Preis 20 Pf.

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Keine Kanone, keinen Mann für Amerikas Milliardäre!



Jetzt: Volksbewegung für Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat!

Die Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 14. November in Berlin atmete den Geist jener unvergeßlichen Stunden des ersten Nationalkongresses, auf dem die 2500 Delegierten aus Ost- und Westdeutschland in der Werner-Seelenbinder-Halle den Nationalrat wählten.

Viele, die im August noch meinten, die Warnungen der deutschen Patrioten vor der Wiederaufrüstung Westdeutschlands seien unbegründet, haben inzwischen erkannt, wie bitter ernst die Kriegsgefahr ist. Ein Mitglied des ständigen Büros des westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front wies vor dem Nationalrat darauf hin, daß alle Gespräche in Westdeutschland um das Problem des Krieges, um die Remilitarisierung und ihre Folgen für unser Vaterland kreisen. „Wenn darüber gesprochen wird, dann hört man in allen nur erdenklichen Variationen die Antwort: Ohne mich, ohne uns, wir wollen leben."

Das war das Erfreuliche, daß alle westdeutschen Mitglieder des Nationalrates übereinstimmend von dem wachsenden Widerstand aller Bevölkerungsschichten gegen den Krieg, gegen die geplante Wiederaufrüstung berichten konnten. In dieser Front des Widerstandes stehen die Hamburger Werftarbeiter, von denen sich über 90 Prozent mit ihrer Unterschrift oder in geheimen Abstimmungen gegen jede Remilitarisierung ausgesprochen haben, genau so wie ihre Frauen, die nach Bonn fuhren, um der Bundesregierung diesen Protest zu überbringen. In dieser Front stehen die Kumpel der Zeche Nordstern genau so wie die Jugendlichen in Mainz, die das Haus jenes Journalisten, der die Amerikaner zum Reihenabwurf von Atombomben auf die Sowjetunion ermunterte, mit dem Satz kennzeichneten: Hier wohnt der Kriegshetzer Dombrowski.

In dieser großen Front marschieren die 770 Polizeischüler aus Fürstenfeldbruck, von denen sich nur siebzehn für die Bereitschaftspolizei, diese kaum noch verhüllte neue Wehrmacht, meldeten.

Aber — und darauf wies der Sprecher des ständigen Büros des westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front mit Recht hin, auf die Frage: Wo ist der Weg aus der deutschen Not? — gab es in Westdeutschland bisher auch unter den aktiven Kämpfern gegen alle Remilitarisierungspläne nicht immer eine klare Antwort. Diese Antwort beginnt sich abzuzeichnen. Sie ergibt sich aus den Beschlüssen der Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik in Prag. Der Redner formulierte sie einfach und knapp: „Verständigt euch, seid bereit, Kompromisse für den Frieden zu schließen, setzt euch zusammen!" „Ich denke nicht", so fügte er hinzu, „daß das nur ein Aufruf an die Politiker ist, es ist vielmehr eine Aufgabe für alle Deutschen

Wir werden nun die Kenntnis der Prager Erklärung von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, von Hof zu Hof, von Betrieb zu Betrieb tragen, denn nur auf dem Wege, den Prag zeigt, gibt es eine Antwort auf die bangen Fragen unseres Volkes. Man stellt die Frage: Soll die deutsche Jugend im dritten, im amerikanischen Weltkrieg verbluten? Die Antwort lautet: Nein! Die deutsche Jugend wird leben, wenn sie selbst ihr Teil dazu beiträgt, die Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu erzwingen.

Müssen die Kumpels an der Ruhr, müssen die Arbeiter in unseren Eisenhütten für den amerikanischen Krieg arbeiten? Nein, sie werden deutsche Kohle fördern, und sie werden deutschen Stahl schmelzen für den friedlichen Aufbau und den Wohlstand unseres Volkes, wenn sie sich an die Spitze stellen mit der Forderung: Verwirklicht die Prager Beschlüsse!

Das deutsche Volk muß den Beweis dafür liefern, daß das Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschland möglich ist, daß es möglich ist, den Weg zu gehen, den die Prager Außenministerkonferenz vorschlägt. Es wird diesen Beweis führen, indem die Bauern mit den Bauern, die Gewerkschafter mit den Gewerkschaftern, die Intelligenz mit der Intelligenz ins Gespräch kommen, und die entscheidende Frage des Friedens und der Einheit für unser Volk nicht mehr fallen lassen.

Der Remilitarisierung haben die Deutschen das Wort ‚ohne mich' entgegengesetzt. Wir wollen sie nun vereinigen zu der großen Bewegung: Mit uns für die Verwirklichung der Prager Beschlüsse, mit uns für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, mit uns für die Einheit des demokratischen Deutschlands und den Frieden der Welt!"

Die Aufgabe, die hier unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern von der Geschichte gestellt wird, ist groß, aber sie wird gelöst werden. Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben die Verpflichtung, den westdeutschen Patrioten jede nur erdenkliche Hilfe in ihrem Kampf zu gewähren. Wie das geschehen kann, umriß Dr. Correns, der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrats, in seinem Referat. Darauf wird sich jetzt in weit größerem Umfange als bisher die Arbeit der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in unserer Republik konzentrieren müssen. Wenn sich Ost und West im Kampf um die Durchsetzung der Prager Beschlüsse vereinigen, ist der Tag nicht mehr fern, an dem das schwarzrotgoldene Banner über einem einheitlichen, freien, friedliebenden, demokratischen Deutschland weht.

Der Weg zum Frieden

Ministerpräsident Otto Grotewohl vor der Volkskammer zu den Vorschlägen der Prager Außenministerkonferenz

„Nur wer die Pläne aggressiver Politik verfolgt, wird über die Vorschläge der Prager Konferenz hinweggehen und sie ablehnen. In der Prager Erklärung ist zum Ausdruck gekommen, daß gegebenenfalls das deutsche Volk selbst darüber eine Entscheidung treffen soll, ob die Vertreter Ost- und Westdeutschlands einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bilden sollen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält diesen Vorschlag für besonders wertvoll und notwendig. Die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland führte in Prag zu der richtigen Überlegung, daß zunächst ein aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands paritätisch zusammengesetztes Organ, ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat, die konkrete Aufgabe der Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen provisorischen Regierung und gleichzeitig die Berechtigung zur Mitwirkung an den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zugewiesen erhalten soll.

Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde also einerseits sofort die Voraussetzung dafür schaffen, daß unverzüglich die Beratungen über den Abschluß eines Friedensvertrages aufgenommen werden könnten, während andererseits der Rat seine Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen würde.

Weiter: Im Westen Deutschlands haben Politiker davon gesprochen, daß die Bonner Verfassung eine Volksbefragung, wie sie die Prager Erklärung vorschlage, nicht vorsehe. Ich glaube nicht, daß diese Stellungnahme auch nur einen Menschen in Deutschland davon überzeugen wird, daß verfassungsrechtliche Erwägungen den Weg zum Frieden und den Weg zur Einheit unseres Vaterlandes verhindern können. Es gibt in der ganzen Bonner Verfassung keine einzige Bestimmung darüber, daß die Durchführung der vorgeschlagenen Volksbefragung etwa ausgeschlossen oder verboten sei. Ein solcher juristischer Einwand ist also abwegig.

Es ist weiter der Vorschlag der paritätischen Zusammensetzung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates beanstandet worden. Unbestreitbar trifft es zu, daß in Westdeutschland zwei Drittel des deutschen Volkes leben. Es kann aber wohl keine Rede davon sein, daß diese zwei Drittel unseres Volkes mit der Durchführung der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung einverstanden sind. Entscheidend für die Forderung der Prager Konferenz nach einer paritätischen Zusammensetzung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates dürfte wohl die Tatsache sein, daß in einem solchen Rat der eine Teil den anderen nicht majorisieren darf, denn Stimmenmehrheit ist keine Verständigung. Hier aber kommt es einzig und allein darauf an, daß Vertreter aus West- und Ostdeutschland sich gegenseitig verständigen. Es handelt sich ja schließlich um eine Verständigung über gesamtdeutsche Fragen, für die die Entscheidung von Westpolitikern allein nicht maßgebend sein kann. Angesichts der klar abgegrenzten Aufgaben des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates muß der Einwand gegen seine paritätische Zusammensetzung nur erschwerend und hindernd wirken. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Absicht, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit solche Besprechungen von Vertretern aus Ost- und Westdeutschland zustande kommen. Sie ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und mit den Aufgaben eines paritätischen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Aus allen Schichten des Volkes kommt immer gebieterischer die Forderung zu solchen Maßnahmen und die Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung über die von den anglo-amerikanischen Imperialisten betriebene Remilitarisierung. Auch in der Frage der Volksbefragung ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jederzeit bereit, in der gleichen Weise mitzuwirken, wie sie der Ansicht ist, daß das ganze deutsche Volk die Gelegenheit zu einer Entscheidung im Sinne des Prager Vorschlags erhalten muß. Diese Entscheidung bietet die Möglichkeit, die Remilitarisierung zu verhindern, die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen, einen Friedensvertrag zu schaffen und den Abzug der Besatzungstruppen zu bewirken."

(Weitere wichtige Abschnitte aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten veröffentlichen wir auf den Seiten 6 und 7)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die deutsche Einheit – das ist der Friede

Gegen Remilitarisierung – für gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Die Außenminister der UdSSR und der Volksdemokratien haben in ihrer Prager Konferenz, an der der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar nach den Volkswahlen mitwirken konnte, unserem Volke einen einfachen, friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands gewiesen. Ihren Vorschlag auf Bildung eines Konstituierenden Rates, paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzt, haben die Millionen Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Begeisterung begrüßt.

Denn ohne eine gesamtdeutsche Vertretung kann kein Friedensvertrag geschlossen werden. Aber der Friedensvertrag mit g a n z Deutschland ist es, der unsere Heimat davor sichert, das Aufmarschgebiet des Dollarimperialismus zu werden. Solange die Einheit Deutschlands verhindert wird, können die USA-Monopolisten noch in Westdeutschland diktieren und ihren neuen Weltkrieg vorbereiten. Dagegen wenden sich immer stärker die Massenproteste aus den Betrieben und Organisationen, die eine Verständigung über die Schaffung des Konstituierenden Rates anstreben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ohne jede Vorbedingung in die paritätischen Verhandlungen für die Schaffung eines solchen Organs eintreten, um den Frieden zu verwirklichen, für den sich die Bevölkerung am 15. Oktober in so überwältigender Weise entschieden hat.

Dieses einmütige Bekenntnis zeigte, daß,abgesehen von amerikanischen Sekten und einigen reaktionären Kirchenführern, auch alle Christen im Sinne des Friedens für die Nationale Front des demokratischen Deutschland stimmten. Ebenso einmütig tritt die christliche Bevölkerung Westdeutschlands für den Frieden ein.

In ihrer Ablehnung der Remilitarisierung treffen sich christliche, sozialistische, kommunistische und parteilose Arbeiter. Das ist der Beginn der erfolgverheißenden Aktionseinheit gegen die in- und ausländischen Kriegsbrandstifter. Zahllose junge Friedenskämpfer, die Vertreterinnen der Frauenorganisationen in den größten Städten, geistig führende Kräfte des Bürgertums, Pfarrer, Theologieprofessoren und Nobelpreisträger treten gegen den Bolschewistenschreck, gegen profitgierige Rüstungsindustrielle und ihre Generale, gegen die spalterische Kriegstreiberei auf, Westdeutsche Fabrikanten und Hamburger Wirtschaftskreise fordern den friedlichen Ost-West-Handel und begrüßen den Gedanken eines Konstutierenden Rates für die Einigung Deutschlands.

Wenn Schumacher diese Massenstimmung durch die Forderung nach Wahlen aufzufangen und abzubiegen versucht, so unternimmt er dieses Verwirrungsmanöver in der Gewißheit, daß Adenauer und erst recht die Amerikaner jetzt keine Neuwahl zum Bundestag zulassen.

Wir sind für gesamtdeutsche Wahlen. Die Voraussetzung dazu ist jedoch die Schaffung eines gemeinsamen deutschen Organs, ist der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat auf paritätischer Grundlage. Erst unter einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat kann das deutsche Volk seine eigenen freien, demokratischen Wahlen durchführen, an Stelle der bisherigen unter anglo-amerikanischem Druck.

Die Forderung nach dem Konstituierenden Rat hat den Kräften des nationalen Widerstandes gegen Spaltung und Aufrüstung jetzt den gemeinsamen Weg des Handelns für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Einigung Deutschlands freigemacht. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bekannte sich am 15. Oktober einmütig zu der breiten Front dieses nationalen Kampfes. Hier ist der Gedanke des Konstituierenden Rates bereits fest verankert. Mit der Zustimmung unserer gesamtdeutschen Brüder und Schwestern wird der Sieg über Kriegstreiberei und Remilitarisierung dem friedliebenden deutschen Volke gehören.

Westdeutsche und Westberliner Bürger, ergreift die dargebotene Hand!
Laßt uns gemeinsam den Konstituierenden Rat für Deutschland schaffen!
Das ist der Weg der Rettung aus eigener Kraft!
Das ist die Einheit! Das ist der Friede!

Berlin, den 14. November 1950

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

„Wir werden das Leben des Volkes retten"

Den Ernst der Stunde, in der der Nationalrat zusammengetreten war, kennzeichnete der Hauptsprecher auf der Nationalratstagung, Ernst R a n g n i c k, Reichsbahn-Oberinspektor a. D. und Vorsitzender des Landesausschusses der Nationalen Front Schleswig-Holstein, schon mit dem ersten Satz, den er an die Mitglieder des Nationalrats und damit an alle Deutschen richtete: „Die Entscheidung, vor der die deutsche Nation steht, heißt ganz eindeutig: Krieg oder Frieden ..." Der Gedanke der Remilitarisierung Westdeutschlands war kein deutscher Gedanke. Die amerikanische Kriegspartei diktierte sie. Anstatt nun, wie es für jeden Deutschen hätte selbstverständlich sein müssen, gegen dieses verbrecherische Ansinnen flammenden Protest zu erheben, fanden sich die verantwortlichen Bonner Politiker bereit, diese amerikanische Forderung unter mißbräuchlicher Berufung auf das deutsche Volk anzuerkennen. Dabei wurde von Regierung und Opposition ein Spiel mit verteilten Rollen aufgeführt.

Während man durch eine tolle Hetze das Volk darauf vorbereitet, sich mit einer offenen Remilitarisierung abzufinden, betreibt man sie bereits sehr flott im geheimen. Doch trotz der künstlich genährten Arbeitslosigkeit, trotz Betrug, Drohung und Terror lehnt die Bevölkerung Westdeutschlands die Wiederaufrüstung ab. Bei der Probeabstimmung der „Frankenpost" sagten 89 Prozent nein zur Remilitarisierung. Der Zeitschrift „7 Tage" erklärten 85 Prozent der Männer, sie würden keinen Heeresdienst mehr leisten.

Weit bedeutungsvoller noch sind die großen Friedensbekenntnisse, die von den Hamburger Hafenarbeitern und den Kumpeln der Deutschen Werft abgegeben wurden. Auf der Deutschen Werft unterschrieben 92 Prozent gegen die westlichen Kriegsvorbereitungen.

Friedenssieg kein Wunder

Angesichts dieser Ergebnisse haben es die Propagandisten der Stimme Amerikas gar nicht nötig, sich die Köpfe darüber zu zerbrechen, wie das von uns allen als großartig empfundene Ergebnis der Friedenswahlen in der Deutschen Demokratischen Republik zustande gekommen ist. Man überlege einmal: wenn sich trotz des gegen die Friedenskämpfer geübten Terrors 92 Prozent der Hamburger Werftarbeiter für den Frieden erklären, wenn die in Bayern erscheinende „Frankenpost" 89 Prozent aller Stimmen gegen die Kriegspolitik zählt, wenn sich auf der Polizeischule in Fürstenfeldbruck 98 Prozent der jungen Deutschen weigern, der sogenannten Bereitschafts-Polizei beizutreten — ist es da noch verwunderlich, wenn sich bei den freien, demokratischen Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik, wo es keinen Terror gegen Friedenskämpfer gibt, über 99 Prozent für den Frieden entschieden haben? Ob im Osten oder Westen, die Deutschen wollen den Frieden, und wo man ihnen Gelegenheit zu freier Abstimmung gibt, da entscheiden sie sich auch mit überwältigender Mehrheit dafür. Der Unterschied zwischen Ost und West besteht nur darin, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Regierung den Frieden genau so will, wie das Volk, während die amerikanische Kriegspartei jeden Ausdruck des Friedenswillens fürchtet, haßt und verfolgt.

Doch überall, nicht zuletzt in den Gewerkschaften und auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, entsteht eine kraftvolle Bewegung gegen die Kriegspolitik. Sie gewinnt in Mitgliederversammlungen und auf Delegierten-Konferenzen sichtbar an Boden. Besonders aktiv nimmt die sozialdemokratische Jugend am Friedenskampf teil. Die Landeskonferenzen der Falken in Süd-Baden und in Bayern nahmen Entschließungen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands an.

Nun kommt aber hinzu, daß der Widerstandswille in der Bevölkerung mit jedem Tage durch neue Erfahrungen neue Nahrung erhält. Denn schon die ersten Auswirkungen der in New York befohlenen Wiederaufrüstung haben der Bevölkerung Westdeutschlands eine Vorstellung davon vermittelt, was sie zu erwarten hat, wenn es den Kriegstreibern gelänge, die Remilitarisierung auf volle Touren zu bringen.

Neue Steuern einer Woche

Die Finanzen des Bundes, der Länder und der Gemeinden drohen unter der Last der Besatzungskosten zusammenzubrechen, die nun auf 10 Milliarden erhöht werden sollen. Bonn versucht, sich durch eine wahnwitzige Überspannung der Steuerschraube zu retten.

Man kann die sozialen Folgen der Remilitarisierung kaum deutlicher illustrieren als durch einen flüchtigen Überblick über die Entwicklung in der letzten Oktoberwoche. Am 20. Oktober beschließt das Kabinett Adenauer die Erhöhung des sogenannten Notopfers Berlin, obwohl längst klar ist, daß Berlin nur dadurch geholfen werden kann, daß es wieder zur Hauptstadt eines einigen Deutschlands wird und nicht zum Brückenkopf der amerikanischen Aggression. Das Kabinett beschließt gleichzeitig die Einführung der Autobahnsteuer und die Erhöhung der Treibstoffsteuer. Einen Tag später überreicht die Hohe Kommission die Ankündigung über den Nachtragshaushalt zu den Besatzungskosten. Sie werden sich, wie bereits erwähnt, auf 10 Milliarden belaufen. Am folgenden Tag kündigt Wirtschaftsminister Erhard allgemeine Steuererhöhungen einschließlich der Einkommensteuer an. Am Tage darauf wird bekannt, daß die Kohlenpreise erhöht werden müßten.

Am 27. Oktober wird bekannt, daß Westdeutschland gegenüber der Europäischen Zahlungsunion ein Defizit von 286 Millionen Dollar aufzuweisen hat. Der Zentralbankrat erhöht den Diskontsatz um 50 Prozent. Der Verkehrsminister kündigt die Erhöhung der Gütertarife, er kündigt eine 50prozentige Verteuerung der Arbeiterfahrkarten sowie Tariferhöhungen im Straßenverkehrsgewerbe an. Schließlich wird am gleichen Tage auch noch die Erhöhung des Butterpreises bekanntgegeben.

Amis vertreiben Umsiedler

Was allein dem Wohnungsbau zur Unterbringung der Bevölkerung Westdeutschlands in menschenwürdige Wohnverhältnisse durch die Verstärkung der Besatzungstruppen an Schaden zugefügt wird, zeigt die Tatsache, daß im laufenden Etat des Bundes für den sogenannten sozialen Wohnungsbau rund 400 Millionen vorgesehen sind, während die Neubauten und ihre Einrichtung für die Besatzungsmächte die Riesensumme von 1,2 Milliarden verschlingen. Dabei kostet jede Wohnungseinheit für die Besatzung das Vierfache dessen, was man im deutschen Wohnungsbau allgemein veranschlagt.

Dazu kommen noch im wachsenden Umfange neuerliche Beschlagnahmen. Auch hier sind die Ärmsten der Armen, die Masse der Umsiedler, die bisher weiß Gott schlecht untergebracht wurden, wiederum am schwersten betroffen. Nach niedrigen Schätzungen will man bis Jahresende 35 000 Umsiedler aus ihren Wohnungen verlagern. In den umfassenden Kämpfen, um Teuerungszulagen und Lohnerhöhung wie sie besonders die Bauarbeiter sowie die Arbeiter des Wasserstraßenverkehrs führten, kommt zum Ausdruck, daß sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter auf einer Linie dagegen kämpfen, daß man ihnen abermals Kanonen statt Butter offeriert. Die Aktionen, die besonders in der Verteidigung der demokratischen Rechte eine über das gewöhnliche Maß bereits weit hinausgehende politische Reife zeigten, entwickeln sich auf Grund der Massenstimmung gegen die Remilitarisierung mehr und mehr zu direkten Kämpfen gegen die Kriegsvorbereitungen.

Der Widerstand wächst mit der Einsicht, daß Remilitarisierung ja nicht nur Kriegswirtschaft, nicht nur Kanonen statt Butter, nicht nur Uniformen, Kasernen und Karabiner für unsere Jugend bedeutet. Remilitarisierung heißt: Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksdemokratien, gegen die Sowjetunion. Remilitarisierung heißt, daß Deutsche auf Deutsche schießen sollen und daß Deutschland zugrunde geht. Weil die Menschen in Westdeutschland das ahnen, fühlen oder auch wissen, darum sagen sie: Ohne uns!

Prag – Garantie des Lebens

Jetzt ist allen Menschen, die sich der Remilitarisierung widersetzen, die sich nach Frieden und Verständigung sehnen, durch die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz ein Weg zum Frieden gewiesen, ein einfacher, verständlicher, ein gangbarer Weg. Jetzt gilt es, aus der Zustimmung zu Prag eine breite Volksbewegung für die deutsche Verständigung zu entfalten. An einer solchen Bewegung wird kein vernünftiger Politiker Westdeutschlands mehr vorübergehen können; denn nur auf amerikanischen Bajonetten sitzt es sich im Westen Deutschlands auf die Dauer auch nicht besser als in China, in Korea oder in Vietnam.

So steht also dem tödlichen Diktat von New York das Angebot von Prag als die Garantie des Lebens gegenüber. Die Entscheidung zwischen dem Wiederaufrüstungs- und Remilitarisierungs-Weg von New York und dem Friedensweg von Prag kann dem deutschen Volk nicht schwer fallen. Denn New York heißt Krieg und Selbstvernichtung. Völker aber begehen nicht Selbstmord. Sie tun es schon gar nicht, wenn greifbar vor ihnen das neue Ufer zu einem neuen Leben liegt, wenn sichtbar vor ihnen der neue Tag zu neuen Hoffnungen leuchtet.

Was an uns in Westdeutschland liegt, und was in unseren Kräften steht, gehört dem Kampf für das Leben unseres Volkes, der Verwirklichung der Vorschläge von Prag. Denn wir wollen unserem Volk das Leben nicht nur erhalten, sondern es zu einem neuen Leben in einem schöneren Vaterlande, in unserem einigen, friedlichen und demokratischen Deutschland führen.

„Was denn, um für die Remilitarisierung zu stimmen, nur 2000 Mark? Soviel hat ja die Industrie schon für Bonn gezahlt. Jetzt kostet es etwas mehr."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Mit uns für ein einiges demokratisches Deutschland

Herzlich begrüßten die Mitglieder des Nationalrats als ersten Redner in der Aussprache den ehemaligen Kapitänleutnant von Mücke, der in einer der größten Gefahrenstunden unserer Nation seinen Platz im Kampf unseres Volkes um die Einheit und einen gerechten Frieden eingenommen hat. Hellmuth von Mücke verzeichnete mit tiefer Genugtuung, daß man sich im Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland über die Lebensfrage der Deutschen vollkommen klar und einig sei.

„Ich möchte mit Nachdruck unterstreichen", so rief er mit jugendlichem Feuer, „daß man, wenn man heute in Westdeutschland die Frage der Remilitarisierung anschneidet, eigentlich nur eine einzige Antwort bekommt: Wir wollen damit nichts zu tun haben!

Die Ursache für den merkwürdigen Widerspruch, daß eigentlich sowohl im Osten Deutschlands als auch im Westen Deutschlands die Volksstimmung die gleiche ist und sich trotzdem Unterschiede zeigen, die so groß sind, liegt darin, daß in Westdeutschland das Volk ja überhaupt nicht gefragt wird. Doch die Ausrede von Dr. Adenauer, daß eine Volksbefragung nicht vorgesehen sei, muß doch, wenn das Volk es wirklich will, beiseitegeschoben werden können. Das ist die Aufgabe, die allen denen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, jetzt in Westdeutschland gestellt ist. Denn Remilitarisierung in Westdeutschland birgt die fürchterliche Gefahr eines neuen Krieges in sich. Ganz gleichgültig, wie ein solcher Krieg ausgeht oder zwischen welchen Mächten er stattfindet, der deutsche Boden und das deutsche Volk sind die ersten und am meisten betroffenen Leidtragenden.

Ich halte mich immer an einen Spruch von Lagarde, der gesagt hat: Das Ideal ist der Operationsplan für die gerade fälligen Pflichten! So sollten denn alle Deutschen im Westen ihr Ziel, nämlich unter keinen Umständen die Remilitarisierung zuzulassen, durchsetzen, indem sie endlich mal Zivilcourage zeigen und ihre Pflicht tun!"

McCloy will ausradieren

Nachdem der immer wieder von neuem aufbrausende Beifall verklungen war, mit dem der Nationalrat dem tapferen Patrioten Hellmuth von Mücke gedankt hatte, wandte sich Frau Lieselotte Wolff aus Watenstedt-Salzgitter mit leidenschaftlichen Worten gegen die barbarische Handlungsweise der amerikanischen Kriegsbrandstifter.

„Neulich", so gab sie ihren Empfindungen Ausdruck, „hörte ich am Radio den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy, wie er gerade sagte: ‚Was wir gegenwärtig in Deutschland tun, ist das gleiche, was unsere Armeen in Korea leisten.' Was aber leisten die Amerikaner in Korea? Sie werfen Phosphor-, Brand- und Sprengbomben auf unschuldige Frauen und Kinder.

Deshalb müssen gerade wir Deutschen gegen diese amerikanischen Massenmörder kämpfen, damit wir nicht das gleiche Schicksal noch einmal erleiden müssen. Unsere Heimat darf nicht im Zeichen des Sternenbanners in eine Öde und Wüste verwandelt werden. Wir Frauen und Mütter werden daher nicht eher ruhen, bis die Einheit und der Friede unseres deutschen Vaterlandes gesichert sind."

Für die Ehre der Nation

Dann erteilte Dr. Correns dem stellvertretenden Vorsitzenden der Nationaldemokratischen Partei Herrn Vinzenz Müller, der im Juli 1944 bei Minsk als Führer einer Armee in entscheidender Stunde den Befehl zur Einstellung des Kampfes gegeben und seine Soldaten vor hoffnungslosem Untergang gerettet hatte, das Wort. Der Redner wandte sich in seiner Ansprache vor allem an seine ehemaligen Kameraden in Westdeutschland:

„Bei der Remilitarisierung in Westdeutschland spielt eine entscheidende Rolle, wieweit die ehemaligen Offiziere mitmachen. Darum darf ich mich als ehemaliger General von dieser Stelle aus an die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland wenden. Als wir noch im Dienst standen, haben wir uns oft bei der sogenannten Offizierseh re packen lassen. Heute sehen wir, daß in Westdeutschland wiederum versucht wird, die ehemaligen Offiziere mit diesem Begriff für Ziele einzuspannen, die dem deutschen Volke in der Vergangenheit so schädlich waren und die diesmal durch die Bestrebungen der Amerikaner wiederum lebensgefährlich zu werden drohen. Es handelt sich aber heute nicht darum, diese sogenannte Offiziersehre wiederherzustellen, sondern darum, die Ehre der ehemaligen Offiziere als deutscher Staatsbürger wieder neu zu begründen, und dies ist nur möglich, wenn sich jeder der ehemaligen Offiziere mit ganzer Kraft für die Wahrung der Ehre der deutschen Nation einsetzt, das heißt für den Frieden kämpft und mithilft, einen neuen Krieg unmöglich zu machen ...

Wir ehemaligen Offiziere in Ost- und Westdeutschland müssen uns auf die Seite der großen Gemeinschaft aller Deutschen guten Willens stellen, die den Frieden und ein unabhängiges Deutschland wollen. Wir dürfen nicht für Remilitarisierung und nicht für Kriegsvorbereitungen eintreten. Wir müssen mit allen anderen Deutschen guten Willens den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen fordern. Nur dann wird ganz Deutschland ein einiger, freier und unabhängiger Staat sein."

Hamburg gegen Wehrpflicht

Nach Vinzenz Müller berichtete ein Vertreter der Hamburger Hafenarbeiter über den mutigen Kampf, den die Schaffenden der Hansestadt gegen die Remilitarisierung begonnen haben.

„Durch einstimmige Beschlüsse der Betriebsräte des Hamburger Hafens, der Deutschen Werft und der Haller-Werke, durch Beschluß des Gewerkschaftsdelegiertenkörpers der Deutschen Werft und durch Beschluß der Belegschaften des Hafens und der Haller-Werke begannen die Arbeiter in diesen Betrieben den Kampf gegen die westdeutsche Remilitarisierung. Auch der Betriebsrat der Philipps-Valvo-Werke schloß sich der Aktion gegen die Remilitarisierung an. Im Auftrag des gewerkschaftlichen Delegiertenkörpers gab der Betriebsrat der Deutschen Werft Unterschriftenlisten mit dem Text heraus: ‚Ich bin gegen Remilitarisierung, Wehrgesetz und Wehrpflicht, weil ich für den Frieden bin.' Trotz aller Versuche der Direktion und auch des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs, die Unterschriftensammlung zu verhindern, zeichneten sich 92 Prozent der Belegschaft in die Listen ein.

Schumachers Nein = Ja

Landrat Sieben aus Bad Kreuznach nahm nun als Mitglied der SPD das Wort für seine Parteifreunde:

„Schumacher hat einmal auf dem Parteitag der SPD in Hamburg voller Pathos erklärt: ‚Jawohl, die Sozialdemokratie hat Nein gesagt, aber es war zu gleicher Zeit ein realistisches, positiv durchdachtes Ja.' Genau so sieht das Nein aus, das Schumacher zur Remilitarisierung gegeben hat. Er spielt den großen Oppositionsführer, wettert gegen Adenauer und die Bundesregierung und protestiert zur Beruhigung der sozialdemokratischen Wählermassen gegen die Einziehung junger Deutscher in halbmilitärische Einrichtungen der Besatzungsmacht. Aber dann kam das realistische Ja Schumachers. Er erklärte, er wollte natürlich den Beitrag des deutschen Volkes zur amerikanischen Aggression. Aber diese ist ihm noch nicht aggressiv genug. Er will, daß soviel anglo-amerikanische Panzerdivisionen nach Deutschland kommen, daß diese einen Offensivstoß nach dem Osten führen können. Dann sollen auch soviel deutsche Divisionen dabei sein, wie seine Auftraggeber nur haben wollen.

Bei dem heutigen Kräfteverhältnis in der Welt ist es klar, daß diese Politik noch viel sicherer als die Wilhelms II. und Hitlers zur deutschen Katastrophe und diesmal zum endgültigen Untergang Deutschlands führen würde, wenn sie sich durchsetzen könnte.

Das erkennen auch mehr und mehr meine Parteifreunde. Jetzt sehen schon viele, daß sie irregeführt sind. Wir werden alles daran setzen, damit auch der letzte sozialdemokratische Arbeiter wie jeder andere ehrliche Deutsche erkennt, daß es nur einen Weg zum Frieden und zur Einheit gibt, den Weg, den die Prager Deklaration weist, den Weg zum deutschen Gespräch, die Verbindung von Ost und West."

Christlicher Widerstand

Starken Beifall des Nationalrates erntete Pfarrer Kehnscherper aus Bad Freienwalde an der Oder, als er die Feststellung traf:

„Es ist in Westdeutschland ganz besonders das evangelische Kirchenvolk, daß sich im Gegensatz zu verschiedenen Kirchenleitungen mit aller Macht gegen die Remilitarisierung wehrt.

In diese Protestbewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung kam nun die Prager Deklaration. Ich konnte es am Abend ihrer Verkündigung in einem großen westdeutschen Kreis erleben, mit welcher Freude diese Deklaration aufgenommen wurde, wie man die allergrößten Erwartungen und Hoffnungen daran geknüpft hat, und zwar waren das Menschen, die noch vor Jahresfrist ganz anders geurteilt hatten. Es wurde an diesem Abend gesagt: Wenn diese zurückhaltenden Vorschläge abgelehnt werden, dann ist die Schuld Amerikas und Englands vor der Geschichte eindeutig festgelegt.

Ich schließe: Ich glaube, daß von Prag her und durch diese Vorschläge in Westdeutschland eine Tür weit aufgemacht ist. Es werden Klugheit, politische Einsicht und auch unser ganzer Fleiß, unsere Zähigkeit und unser Glaube nötig sein, hier diese offene Tür zu erkennen und dafür zu arbeiten, daß wir trotz aller Widersacher, die wir haben, das geeinte, demokratische Deutschland, das dem Frieden dient, erringen."

Über die Willkürmaßnahmen gegen die Belegschaft der Zeche Nordstern in Gelsenkirchen, die ein Mitglied des Betriebsrats unter Protestrufen und Beifallskundgebungen schilderte, veröffentlichen wir an anderer Stelle des Blattes einen Augenzeugenbericht.

Niemöllers Ja zu Prag

Gleich darauf teilte Pfarrer Dr. Busch aus Dresden dem Nationalrat unter großer Aufmerksamkeit mit, er habe soeben aus Tübingen einen Bericht über eine tapfere Predigt Pfarrer Dr. Niemöllers erhalten, den er der Tagung nicht vorenthalten wolle. Über 3 000 Menschen waren erschienen, so konnte Dr. Busch mitteilen, um aus Niemöllers Munde eine klare Kampfansage gegen die Remilitarisierung zu hören.

Die Remilitarisierung, erklärte Dr. Niemöller, liegt wohl im Interesse der USA, Englands und Frankreichs, nicht aber im deutschen. Die Deutschen sehen, daß es nur drei Möglichkeiten im Falle eines Krieges gäbe: entweder den rücksichtslosen Einsatz der Atombombe durch die USA auf unserem Gebiet; im Falle eines Zurückschlagens der Russen den Beginn des russischen Luftkrieges oder als dritte und letzte Möglichkeit das vom französischen Verteidigungsminister geforderte Gemetzel im Hin und Her zwischen Oder, Neiße und Rhein. Aus diesem Kriege entspringe also sicherlich keinerlei Nutzen für Deutschland, ganz im Gegenteil. Höchstens die USA könnten davon profitieren. Er werde konsequent gegen jede Remilitarisierung als ein politisches Verbrechen und eine Unmöglichkeit für das deutsche Volk eintreten. Schumacher dagegen sage nicht Nein; er könne Schumachers Standpunkt auf keinen Fall teilen.

Anschließend an seine politische Predigt in der Stiftskirche fand eine Diskussion mit Studenten und Professoren statt. An dieser Diskussion konnten über tausend Studenten nicht teilnehmen, da der Platz nicht ausreichte. Niemöller wurde gefragt: Glauben Sie, Herr Kirchenpräsident, daß Rußland Krieg machen will? Niemöller antwortete: ‚Nein, ich glaube es nicht!' Auf die Frage nach seiner Stellungnahme zu den Prager Beschlüssen der Außenministerkonferenz erklärte er: ‚Ich bin mit jedem einzelnen Punkt einverstanden.'

„Niemals Söldner für USA"

Eine tiefgehende Läuterung zu echtem Nationalbewußtsein sprach aus den Worten des ehemaligen Hamburger HJ-Führers Jürczek, der nach Dr. Busch an das Rednerpodium trat:

„Mit Hunderttausenden junger Menschen glaubten wir im Nationalsozialismus den richtigen Weg zu gehen. Aber der Weg der Gewalt führte Deutschland nicht zur Größe, sondern am Ende dieses Weges standen Chaos und Zerstörung. Wir haben umgelernt und erkannt, daß Deutschland nur im Frieden, in einer wahrhaften Demokratie sich selbst finden und seinen Wiederaufbau vollziehen kann.

Ich spreche hier nicht allein für mich, ich spreche hier für viele meiner Freunde und Bekannten, die in der HJ gestanden haben oder als Bann- und Gebietsführer führend tätig waren, und weiß, daß sie zusammen mit dem überwiegenden Teil der ehemaligen Frontoffiziere hinter der Forderung stehen: wir deutschen Menschen wollen nicht wieder in einen neuen Krieg hineingejagt werden, wir wollen aufbauen und nicht zerstören; wir lehnen deshalb die Remilitarisierung, die Herr Adenauer durchsetzen will, mit unserem ganzen Willen ab. Wir wollen Deutsche, aber nicht Söldner von Amerika sein.

Wir werden nun wieder in Versammlungen hingehen und ihnen die Maske vom Gesicht reißen. Wir werden das deutsche Volk aufrufen, damit es wieder politisch wach wird und erkennt, daß es um sein Leben geht. Dann wollen wir sehen, ob es Herrn Adenauer noch gelingt, seine Remilitarisierung durchzusetzen."

„Alle Mütter warnen"

Nachdem der herzliche Beifall verklungen war, mit dem dieses leidenschaftliche Gelöbnis vom Nationalrat aufgenommen worden war, schilderte Frau Schirmer-Pröscher, Mitglied der Parteileitung der LDP und Stellvertreterin des Präsidenten der Volkskammer, den täglich wachsenden Widerstand der westdeutschen Frauen gegen die amerikanischen Wiederaufrüstungspläne.

„Der Kampf gegen die Remilitarisierung erfaßt weite Kreise. Dafür möchte ich Ihnen ein Beispiel geben. In Hamburg haben jetzt die Deutsche Zentrale der Weltorganisation der Mütter aller Nationen, außerdem der Frauenring Hamburg, mit 21 angeschlossenen Verbänden, der Evangelische Frauenbund Hamburgs, der katholische Frauenbund Hamburg-Altona, der Bund Deutscher Akademiker, der Klub berufstätiger Frauen und die Gruppen der Frauenorganisationen der CDU, der FDP und der SPD gemeinsam einen Brief an Adenauer geschrieben, in dem sie ihn vor der Wiederaufrüstung Deutschlands warnen, in dem sie ihn bitten, alle Mittel anzuwenden, um einen dritten Weltkrieg zu verhindern."

Umfassende Abwehr

Nach dem Essener Rechtsanwalt Dr. Puhl, der die von den Amerikanern betriebene systematische Faschisierung Westdeutschlands mit zahllosen Einzelbeispielen belegte, erteilte Dr. Correns dem Sekretär des Komitees zur Verteidigung deutscher Patrioten in Westdeutschland das Wort. Im Namen der 15 in Nürnberg von einem amerikanischen Gericht verurteilten Friedensfreunde überbrachte er dem Nationalrat heiße Kampfesgrüße. Sie geloben dem Nationalrat, daß auch hinter Kerkermauern die Stimme des Friedens nicht zum Schweigen gebracht werden wird. Diese 15 Friedenskämpfer wurden zu insgesamt 22 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Vorher versuchte man jedoch, auf die jungen Friedensfreunde einen Druck auszuüben, sich zu Agenten des amerikanischen Geheimdienstes zu verdingen. In diesem Falle würde ihnen die Gefängnisstrafe erlassen werden. Es war erhebend, zu sehen, wie diese jungen Menschen, als vor ihnen die Frage stand, Freiheit oder Kerker, dennoch das letztere gewählt haben. Sie haben das Ansinnen des Staatsanwaltes abgelehnt. Sie wollen keine Agenten sein. Sie bleiben Friedenskämpfer.

Es gibt auch deutsche Gerichte, wie das Landgericht von Hannover, die eine wahrhaft nationale Gesinnung an den Tag legen. Friedenskämpfer freisprechen und feststellen, daß es ihr gutes Recht ist, für den Frieden zu demonstrieren.

Gleichzeitig ist die Verfügung der Adenauer-Regierung vom 19. September [illegible], überall die aktiven Friedenskämpfer zu entlassen, auf eine umfassende Abwehr gestoßen. Zahllose Gemeinden weisen darauf hin, daß sie in dem Erlaß Adenauers einen unerlaubten Eingriff in ihre souveränen Rechte der Selbstverwaltung erblicken. Sogar der Oberbürgermeister von Bonn hat es abgelehnt, die Adenauersche Anordnung auszuführen. In den Gewerkschaften ist ein täglich entschlossenerer Widerstand gegen die undemokratische Anordnung Adenauers zu verspüren.

Von der „demokratischen Umerziehung" zurück. Ehemalige SS-Führer werden nach dem „Fortbildungskursus" in USA wieder in Westdeutschland eingesetzt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Brücken nach dem Westen!

Aus dem Referat von Dr. Correns, Vorsitzender des Präsidiums des Nationalrates

Die Ausschüsse der Nationalen Front sowie ihre Aufklärungsgruppen werden sich regelmäßiger und eingehender mit der Entwicklung des nationalen Widerstandskampfes in Westdeutschland gegen die offen betriebene Remilitarisierung beschäftigen müssen. Die westdeutschen Freunde werden uns helfen, mehr Einzelheiten über die mutigen Aktionen der westdeutschen Patrioten zu erfahren. Es muß ein lebendiger Austausch, eine wirkliche Verbindung von Deutschen zu Deutschen organisiert und entfaltet werden. Wir wollen uns mehr treffen als bisher, und wir sind uns bewußt, daß wir hierzu ganz bestimmte politische und organisatorische Voraussetzungen schaffen müssen. Wir sind deshalb der Meinung, daß in verstärktem Maße Besucher und Delegationen aus Westdeutschland zu uns eingeladen werden müssen und daß die Ausschüsse der Nationalen Front mit diesen Menschen ins Gespräch kommen sollen. Der Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, über die sich immer mehr Menschen in Westdeutschland orientieren wollen, muß unseren Gästen zu einem Erlebnis werden.

Wir stellen unseren Landesausschüssen und Landessekretariaten deshalb auch die Aufgabe, sich stets mit solchen Einwohnern der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung zu setzen, die Gelegenheit haben, nach Westdeutschland zu reisen. Vor ihrer Abreise und nach ihrer Rückkehr soll mit ihnen über die gemeinsamen Ziele, über ihre Erfahrungen und Erlebnisse gesprochen werden.

Die ständig wachsende Zahl von Briefen deutscher Patrioten aus dem Westen unserer Heimat, die sich an das Büro des Präsidiums des Nationalrats wenden, beweist allein schon, daß ein großes Bedürfnis nach brieflichem Erfahrungsaustausch zwischen den Menschen aus Osten und Westen besteht. Es ist mit eine Aufgabe unserer Ausschüsse, derartige Korrespondenzen weiterzuentwickeln und ihnen wachsende Aufmerksamkeit zu schenken.

Von großer Bedeutung ist auch die Unterstützung des Widerstandes der Westberliner Jugend gegen die Militarisierung und Remilitarisierung. In Verbindung mit der Freien Deutschen Jugend, den Volksbildungsämtern, den einzelnen Hochschulen und Schulen beraten die Ausschüsse über eine verstärkte Korrespondenz und Aufklärungsarbeit nach Westdeutschland.

Hilfe für die Widerstandskämpfer

Das Büro des Präsidiums, aber auch die Landes- und Kreissekretariate werden in Verbindung mit den jeweils zuständigen Organisationen und Vereinigungen in verstärktem Maße dazu beitragen, daß eine breite Protestbewegung gegen die Freilassung von Kriegsverbrechern und vor allem gegen die Verhaftung der tausend friedliebenden Patrioten in Westdeutschland und Westberlin entfaltet wird. Gemeinsam mit der Freien Deutschen Jugend und dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands sowie der Volkssolidarität sollten wir in Zukunft mehr dafür sorgen, daß den durch Terror und Verhaftung verfolgten, vielfach arbeitslosen Widerstandskämpfern und ihren Angehörigen einige Wochen der Erholung und Entspannung in unseren schönen Heimen geboten werden.

Die Entwicklung der nationalen Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik, die weiten Perspektiven für ihre Entfaltung müssen viel stärker zur Aufklärung der Menschen in Westdeutschland dienen. Die bewußten Patrioten und Widerstandskämpfer in Westdeutschland können wir stützen und begeistern, wenn wir ihnen zeigen, wie in der Deutschen Demokratischen Republik für den weiteren Aufschwung und die Erneuerung der deutschen Kultur auf demokratischer Grundlage gearbeitet wird. Es können Ausstellungen, Kulturgruppen, Künstlerensembles nach Westdeutschland reisen, und Besucher aus Westdeutschland müssen die Möglichkeit erhalten, mehr als bisher unsere Kulturstätten in der Deutschen Demokratischen Republik zu besuchen. Schriftsteller, Musiker, Schauspieler, Forscher und Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen sollten zu Beratungen und Fachtagungen in der Deutschen Demokratischen Republik in größerem Umfang eingeladen werden.

Wir werden uns in Zukunft auch stärker mit den hunderten Ärzten, die in Westdeutschland beruflich und materiell vor dem Ruin standen und inzwischen bei uns befriedigende Arbeit und günstige Beschäftigung gefunden haben, in Verbindung setzen und mit ihnen beraten, welche Schritte sie für geeignet halten, um den noch zu hunderten in Westdeutschland verbliebenen Kollegen, die in äußerst schwierigen Verhältnissen leben, zu helfen.

Eine sehr große Aufgabe sehen wir auch darin, noch mehr Aufklärungsmaterial für die Kämpfer der Nationalen Front in Westdeutschland zur Verfügung zu stellen.

Aus den Erfahrungen lernen

Die in der Wahlarbeit gemachten wertvollen Erfahrungen und neuen Methoden sind unbedingt zu festigen und weiterzuentwickeln. Einige bereits zugegangene Arbeitspläne lassen die erfreuliche Feststellung zu, daß unsere verantwortlichen Mitarbeiter die Notwendigkeit der Verstärkung und Verbesserung der Aufklärungsarbeit als Hauptaufgabe erkannt haben. Es ist notwendig, daß die Verbindung der Mitglieder des Nationalrats zu den Ausschüssen und Aufklärungsgruppen noch enger gestaltet wird.

Im Vordergrund steht die systematische, individuelle Aufklärung der Bevölkerung von Wohnung zu Wohnung, von Familie zu Familie. Für jedes Aufklärungslokal wird eine ehrenamtliche Leitung aus den drei besten Mitarbeitern der Wahlbezirksausschüsse gebildet werden, die die Aufgabe hat, für die Aufklärungsgruppen sowie für die abendlichen Zusammenkünfte Wochenpläne aufzustellen.

Weitere Aufgaben sind, die Verbindung der Abgeordneten und Gemeindevertreter zur Bevölkerung durch regelmäßige Berichterstattung über die Erfüllung der Wähleraufträge herzustellen. Regelmäßig sollen Persönlichkeiten der verschiedensten Berufe wie Aktivisten, Helden der Arbeit, Nationalpreisträger, verdiente Ärzte usw., wie überhaupt Angehörige der technischen Intelligenz, der Arbeiterschaft, Landarbeiter und Bauern, die fortschrittliche Arbeitsmethoden entwickelt haben, über ihre Arbeit und ihre Pläne berichten.

Wir empfehlen den Landessekretären bis zum 15. November in der Landeshauptstadt ein Musteraufklärungslokal einzurichten und würden es begrüßen, wenn bis Jahresende in jedem Kreis mindestens 15 Musteraufklärungslokale eingerichtet werden.

Zur Gewinnung und Mobilisierung der Bevölkerung für die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden sich die Ausschüsse bei der Ausarbeitung und Popularisierung des Volkswirtschaftsplanes 1951 durch Einsatz aller Aufklärungsgruppen betätigen.

Das flache Land nicht vergessen

Die Wahlarbeit zeigte uns gleichzeitig, welche großen Möglichkeiten, aber auch Schwächen in der Aufklärungsarbeit auf dem Lande bestehen. Die MAS sowie die volkseigenen Güter sollen zu Stützpunkten der gesamten Aufklärungsarbeit auf dem Lande entwickelt werden. Die Betriebe sowie die städtischen Ausschüsse sollen noch stärker zur Aufklärung in den bäuerlichen Gemeinden eingesetzt werden.

Große Aufmerksamkeit muß der Verbesserung der Organisationsarbeit zugewandt werden. Die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse soll durch eine gründliche Überprüfung verbessert werden. Unsere Ausschüsse sollen führende, repräsentative und operative Organe sein.

Die neuen Menschen, die sich in der Wahlarbeit bewährt haben, sollen sorgfältiger beachtet, gefördert und zu verantwortlicher Mitarbeit herangezogen werden. Vor allem aber muß auch darauf geachtet werden, daß Aktivisten, Helden der Arbeit, Vertreter der Friedenskomitees, der Betriebsgewerkschaftsleitungen und Industriegewerkschaften, der MAS und volkseigenen Güter mehr an der Tätigkeit der Ausschüsse teilnehmen.

Die Buntmetallsammlung ist für unsere Industrie von größter Bedeutung und soll noch besser organisiert werden, indem die Aufklärungsgruppen besonders auf die politische und wirtschaftliche Bedeutung hinweisen.

Große Erfolge wurden bisher durch unermüdliche und aufopferungsvolle Leistungen tausender Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland erzielt. Diese Arbeitsfreude wollen wir aufrechterhalten und noch weiter heben, um zu noch größeren Erfolgen in der Durchsetzung unserer Hauptforderungen zu gelangen: nationale Einheit und Unabhängigkeit, Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen.

Havelfischer sprechen mit ihrem Bürgermeister über die Nationale Front

Politische Aufklärung ergab Millionen Unterschriften gegen die Atombombe

Herbert Warnke, Kandidat der Nationalen Front, stellt sich den Wählern vor

. . . . dann ist der Sieg der Nationalen Front gewiß

Die Aufgaben der Ausschüsse und Aufklärungsgruppen

Der überwältigende Sieg der friedliebenden, demokratischen und patriotischen Kräfte am 15. Oktober, das einmütige Bekenntnis zum Programm und zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sind der Ausdruck der gewaltigen Kraft des um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit ringenden friedliebenden deutschen Volkes.

Noch nie war die Verantwortung des deutschen Volkes größer in der Lösung der Lebensfragen unserer Nation, in der Entscheidung für die Sicherung des Friedens. In diesem Kampf haben wir Freunde und Helfer in der Welt, allen voran die große friedliebende Sowjetunion, mit ihr die Länder der Volksdemokratien und hunderte Millionen Friedenskämpfer in aller Welt.

Die Prager Deklaration der Außenminister weist in aller Klarheit und Eindringlichkeit den einzigen Weg, den unser Volk beschreiten muß und sofort beschreiten kann, um den geplanten und vorbereiteten amerikanischen Krieg auf deutschem Boden unmöglich zu machen.

Der Vorschlag der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates auf paritätischer Grundlage aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist richtungweisend für die Erringung der demokratischen Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedensvertrages.

Immer mehr Zustimmungserklärungen und Unterschriften zu den Vorschlägen der Prager Außenministerkonferenz und besonders zu der Forderung der Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates werden aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus Stadt und Land, aus Arbeitsstätten und Wohngebieten, von Ausschüssen und Hausgemeinschaften der Nationalen Front an den Nationalrat gerichtet.

Die Entfaltung einer umfassenden Volksbewegung in ganz Deutschland für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und Westberlins steht im Vordergrund unserer Aufgaben.

Die Unterstützung der selbständigen Friedenskomitees bei der Berichterstattung über den ersten deutschen Friedenskongreß zu Berlin und den zweiten Weltfriedenskongreß zu Warschau ist mit dieser Aufgabe zu verbinden.

Von großer Bedeutung ist durch Aufklärungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und nach Westdeutschland eine viel stärkere Unterstützung des nationalen Widerstandskampfes der deutschen Patrioten im Westen und Süden unserer Heimat. Wenn wir mit allen Kräften die patriotische Bewegung gegen die Remilitarisierung und die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland und Westberlin stärken helfen und diese selbst sich voll entfaltet, dann ist der Sieg der Nationalen Front in ganz Deutschland gewiß.

Dabei ist die Herstellung der Aktionseinheit aller Werktätigen in Westdeutschland entscheidend.

Eine breite Protest- und Solidaritätsbewegung gegen die Einkerkerung und Verfolgung deutscher Patrioten in Westdeutschland und Westberlin muß überall entfacht werden.

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik kann davon überzeugt werden, daß er der Sache des Friedens einen wichtigen Dienst erweist, wenn er in seiner privaten Korrespondenz nach Westdeutschland zu den Lebensfragen unserer Nation, zu den Prager Beschlüssen als dem Weg zu Einheit und Frieden Stellung nimmt.

Betriebe, Jugendliche, Institutionen, Partei- und Organisationseinheiten und Vertreter der verschiedenen Berufe sollen regelmäßige briefliche Verbindungen zu entsprechenden Gruppen oder Personen in Westdeutschland aufnehmen.

Besucher und Delegationen aus Westdeutschland sollen stets von unseren Ausschüssen zu Aussprachenabenden eingeladen werden.

Im Dezember, dem Monat der deutsch - sowjetischen Freundschaft, haben die Aufklärungsgruppen und Ausschüsse die Aufgabe, für die Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes zu den Sowjetvölkern unablässig zu wirken.

Die Arbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich auf der Grundlage des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland; die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 15. November muß daher in dem Mittelpunkt der Aufklärungstätigkeit stehen.

Durch eine laufende enge Verbindung und Aussprache mit allen Abgeordneten von den Gemeinden bis zur Volkskammer, die regelmäßig in den Aufklärungslokalen allen Wählern über ihre Tätigkeit und die Erfüllung der Wähleraufträge berichten werden, wird es gelingen, das demokratische Staatsbewußtsein, die beratende Mitwirkung, die helfende Kritik bei der Durchführung unserer Gesetze sowie die Wachsamkeit der ganzen Bevölkerung gegen Agenten und Saboteure weiter zu entwickeln und zu festigen.

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland müssen die Bevölkerung für die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben gewinnen und mobilisieren.

Bei der Ausarbeitung und Popularisierung der im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes vorzubereitenden Wiederaufbau- und Zusatzpläne der Städte und der Dorfwirtschaftspläne sollen sie beratend und aufklärend unermüdlich mitwirken. Durch Aussprachenabende in den Aufklärungslokalen mit Vertretern der Betriebe, der Verwaltungen, Aktivisten, Helden der Arbeit, Vertretern der technischen Intelligenz, Nationalpreisträgern und anderen besonders qualifizierten Kräften werden wir erreichen, daß die gewaltigen Aufgaben und die großen Friedensperspektiven des Fünfjahrplans jedem Bürger verständlich und mitreißend nahe gebracht werden.

Durch die Erfüllung dieser Aufgaben, durch die systematische Aufklärungsarbeit werden wir jeden deutschen Menschen zu einem bewußten Kämpfer für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit machen. Vorwärts auf diesem Weg zur Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Es lebe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Berlin, den 14. November 1950

Der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

25. bis 28. März 1949. Obwohl die Regierung der Vereinigten Staaten in zahlreichen Fällen die Ausstellung von Einreisevisen verweigert hatte, trafen sich in der Hauptstadt die Abgesandten vieler Nationen zum ersten Weltfriedenskongreß. Der sowjetische Komponist Dimitrij Schostakowitsch (Mitte) im Gespräch mit seinem amerikanischen Berufskollegen Ollen Downs (links) und dem Musikkritiker der „New York Times".

20. bis 25. April 1949. Weltfriedenskongreß in zwei Metropolen. Nach dem Vorbild der amerikanischen Regierung versagte die französische Regierung einem Teil der Delegierten des Friedenskongresses die Einreise nach Paris. Es mußte daher ein Parallelkongreß nach Prag einberufen werden. Während einer Kongreßpause unterhält sich der Schöpfer der Friedenstaube, der spanische Maler Pablo Picasso, mit englischen Theaterregisseuren.

Verweigerte Pässe — Offene Arme

„Fair Play" ist ein alter sportlicher Grundsatz, und die Engländer lieben es, sich darauf zu berufen, daß sie ihn auch auf anderen Gebieten menschlicher Betätigung, vor allem dem der Politik, mit besonderer Sorgfalt zur Geltung bringen. Er wurde jetzt durch die sogenannte Arbeiterregierung Bevin-Attlee auf brutale Weise geschändet, und wir sind sicher, daß so manchem unter den Millionen einfacher Engländer die Schamröte ins Gesicht stieg, als er hörte, daß der Weltfriedenskongreß von den Männern, denen er die Politik und die Ehre Englands anvertraut hatte, in höchst unfairer Weise aus England buchstäblich hinausgeekelt wurde.

Es war ein hinterhältiges Spiel, offenbar in der Absicht in Szene gesetzt, den zweiten Weltfriedenskongreß überhaupt zum Scheitern zu bringen. Als das britische Friedenskomitee nach vielen Wochen im Auftrag der Weltfriedensbewegung die britische Regierung um die Erlaubnis zur Abhaltung des II. Weltkongresses auf englischem Boden bat, erhielt es die einfache und unzweideutige Antwort, England sei ein freies Land, und eine besondere Bewilligung für die Abhaltung des Kongresses sei dort, wo jeder seine Meinung frei sagen könne, überhaupt nicht notwendig. Auf eine Anfrage, ob man den Delegierten auch die Einreisevisa geben würde, erfolgte wiederum eine positive Antwort.

Als Anfang Oktober das Ersuchen des britischen Komitees, den Mitgliedern des Vorbereitungskomitees für den Weltkongreß die Einreise zu gewähren, auf Ablehnung stieß, regten sich die ersten Zweifel, ob man das früher gegebene Versprechen ernst nehmen könne. Auf eine neuerliche Anfrage, wie sich die Regierung zur Erteilung der Visa für die Kongreßteilnehmer selbst stellen werde, erfolgte die Antwort, es sei nicht die Absicht der Regierung, die Zahl der Delegierten zu beschränken.

Auf Grund dieser neuerlichen Versicherung wurden die Vorbereitungen für den Kongreß fortgesetzt und bis zu Ende durchgeführt. Die Delegierten reichten bei den britischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen ihre Pässe ein. Das Ergebnis ist bekannt. Um nur einige Beispiele anzuführen: Von 65 angemeldeten sowjetischen Delegierten erhielten nur 25, von 25 Delegierten der Deutschen Demokratischen Republik nur 11 ihre Visa, und die Delegationen aus Polen und Rumänien wurden um mehr als ein Drittel gekürzt.

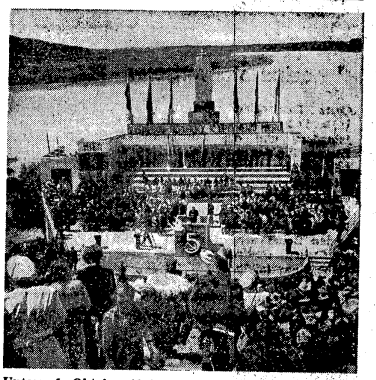
Viele der besten Namen der Weltfriedensbewegung, darunter weltbekannte Geistesschaffende, waren unter denen, die die englische Regierung nicht wollte: Ilja Ehrenburg, der Komponist Schostakowitsch, der Metropolit der russischen Kirche, Anna Seghers, Arnold Zweig. Dem weltberühmten französischen Forscher Joliot-Curie wurde wohl das Visum erteilt, doch setzte man ihn bei seiner Landung fest und schickte ihn nach Frankreich zurück. Ähnlich erging es vielen anderen.

Rechts: 6. Juli 1949. Mit einer großen Friedenskundgebung in Devin bei Bratislava wurden die Feierlichkeiten anläßlich des „Slawischen Tages" in der Tschechoslowakei abgeschlossen. Stolz prangt am Rednerpult die Fünf, das Zeichen des tschechoslowakischen Wirtschaftsplanes

Es war zwei Tage vor dem für die Eröffnung des Kongresses angesetzten Datum. Bevin und Attlee — und ihre amerikanischen Hintermänner — mögen sich schon die Hände gerieben haben, daß es ihnen gelungen sei, die große Friedenskundgebung zu torpedieren. Das Weltfriedenskomitee war in eine schwierige Situation geraten. Die meisten der Delegierten, denen die Einreise nach England gestattet worden war, befanden sich bereits auf dem Weg. Es mußte schnell gehandelt werden. So wurde der Kongreß mit einigen Tagen Aufschub nach Warschau verlegt.

Der Anschlag war mißlungen, und der westliche Imperialismus hat, das ist das wesentliche Ergebnis des von der englischen Regierung gespielten unfair play, einen neuen Beweis geliefert, daß er nichts vom Frieden wissen will.

Daß Bevin und Attlee im Einvernehmen mit ihren amerikanischen Meistern gehandelt haben, braucht nicht erst betont zu werden. Damit wird ihre Schuld nicht geringer und ihre Schande nur noch größer. Die Sache des Friedens aber haben sie sicher nicht geschwächt. Im Gegenteil, sie haben die Redner des Weltfriedenskongresses nur um ein neues schlagendes Argument bereichert. Warschau hat den Friedensboten, denen England Gastfreundschaft versagt hat, freudig und bereitwillig die Pforten geöffnet. Es ist ein Symbol, das vielen von denen, die sich hinsichtlich des Westens noch Illusionen gemacht und hinsichtlich des Ostens Vorurteile genährt haben, die Augen öffnen wird.



Unten: 1. Oktober 1949. Millionen und Abermillionen werktätige Menschen in allen Erdteilen vereinigten sich an diesem Tage zu einem machtvollen Bekenntnis für den Weltfrieden und für die Völkerverständigung. Unser Bild zeigt die Vizepräsidentin des Weltbundes der Demokratischen Jugend, die Amerikanerin Francis Damon, bei ihrer Ansprache auf der Friedenskundgebung der Jugend der polnischen Hauptstadt Warschau

Unten: 2. Oktober 1950. Tauben steigen auf, Symbole des Friedens. Fahnen und Transparente schmückten den „Platz der Helden" in der Hauptstadt der Polnischen Volksrepublik, auf dem sich Männer, Frauen und Jugendliche zu einer machtvollen Friedenskundgebung versammelten. — Nachdem die britische Regierung den Weltfriedenskongreß in der englischen Industriestadt Sheffield verboten hat, ist Warschau Gastort des großen Völkertreffens, das in diesen Tagen eröffnet wird.

5. November 6.15 Uhr

Wiesbaden, im November. Der Jeep kam so überraschend um die Ecke geschossen, daß den beiden vom aufgeblendeten Scheinwerferlicht erfaßten jungen Menschen in den blauen Hemden keine Zeit mehr zur Flucht verblieb. Es war genau 6.15 Uhr morgens, als sie am Sonntag, dem 5. November, in der Schiersteiner Straße mit kräftigen und schwungvollen Buchstaben zum achten oder neunten Male die Parole gepinselt hatten, die das grelle Licht des Wagens in der ganzen Breite beschien: Ami go home! Der Wagen war auf die Überraschten zugerast: Bremsen kreischten gellend, zwei massive Militärpolizisten mit weißem Stahlhelm sprangen heraus, stießen die beiden unter Fußtritten und Faustschlägen in den Wagen, verstauten Farbtopf nebst Pinsel und rasten mit aufheulendem Motor weiter durch fast leere Straßen.

Am Montag, dem 6. November, gegen 13.30 Uhr wurden der 24jährige Günther Schröter und der 17jährige Horstmar Grosch von Staatsanwalt Hoffmann im Gebäude des Militärgerichts unter den Bedingungen freigelassen, keine Friedensparolen mehr zu schreiben und die Stadt bis zur Gerichtsverhandlung nicht zu verlassen. Vor ihm standen zwei halbnackte, schmutzige und müde junge Menschen mit verschwollenen Gesichtern, mit blauen und grünen Flecken am Körper, aber ungebrochenen Mutes, und, falls dies überhaupt möglich war, mehr denn je davon überzeugt, daß die Parole nicht nur auf dem Asphalt und an den Häuserwänden stehen müsse, sondern in Herz und Hirn eines jeden eingebrannt werden sollte.

*

Zwischen Sonntagfrüh und Montagmittag lagen ihre Erlebnisse in den Klauen der MP. Es genügt, zu schildern, was die beiden Opfer sadistischer Willkür später zu Protokoll gaben, um die innere Verwandtschaft zwischen dem Faschismus und der derzeitigen amerikanischen „Demokratie" zu illustrieren. Beide verwandeln den einen Teil der Menschheit in Bestien, von denen der andere, weitaus größere Teil versklavt und beherrscht werden soll.

Die beiden MP beförderten Schröter und Grosch mit Fußtritten und Schlägen in Gesicht und Nacken zum Büro der MP-Station in der Friedrichstraße zu Wiesbaden. Der Raum roch nach Schnaps und kaltem, widerlich-süßlichem Zigarettenrauch. Nachdem ein mit Affenschaukeln behangener Sergeant Unverständliches gegrunzt hatte, nahm man ihnen die Ausweise ab. Die linke Hand des einen und die rechte des anderen wurden mit einer Schelle so eng aneinandergefesselt, daß die Finger vom gestauten Blut bald schmerzhaft anschwollen. Unter neuen Tritten und Schlägen mußten beide einen Zwanzig-Liter-Kanister voll Benzin zum Wagen tragen. Zwei Militärposten nahmen eine Bürste und einen Besen mit und fuhren mit ihrer Menschenfracht zur Mühlgasse. Dort mußten Schröter und Grosch, immer aneinandergefesselt, eine frisch quer über die Straße geschriebene Parole schweigend beseitigen. Jedes nur sekundenlange Verschnaufen wurde mit einem Fußtritt geahndet. Danach wurden ihnen die Fesseln abgenommen, ein Amerikaner riß Grosch das Jackett vom Leibe, und dieser und Schröter wurden aufgefordert, sich bis auf das Hemd zu entkleiden. Dann erhielten sie Hose und Schuhe zurück und mußten dafür die Hemden ausziehen. Was sich dann ereignete, soll das Protokoll selbst Wort für Wort berichten:

„In der Nähe des Rasenrondells gegenüber der Mühlgaß-Ecke wurden sämtliche ausgezogenen Kleidungsstücke auf einen Haufen gelegt, mit Benzin übergossen und verbrannt. Nachdem die Kleider zu Asche verbrannt waren, mußte Schröter das Feuer löschen und die Asche auseinanderstreuen."

Die beiden halbentblößten, frierenden Opfer wurden unter neuen Schlägen und Tritten zur MP-Station zurückgebracht, wo sie gefesselt und mit dem Gesicht zur Wand fünf Minuten strammstehen mußten. Dann fuhren zwei andere MP mit ihnen, zur Kirchgasse. Dort hatten sie die Prozedur mit Besen und Benzin zu wiederholen. Danach wurden sie in der MP-Station mit überkreuz gefesselten Händen fotografiert und mußten, nachdem sie gefesselt sämtliche Räume gesäubert hatten, wieder 20 Minuten in strammer Haltung an der Wand stehen. Ein anderer Jepp und andere prügelnde und tretende MP brachten sie danach zur Moritz- und Adalbertstraße, wo sie überkreuz gefesselt neben den in haltbarer Ölfarbe gepinselten Parolen fotografiert wurden.

Am Sonntag, um 11 Uhr, wurden beide der deutschen Kriminalpolizei übergeben und im Präsidium in Einzelhaft genommen. Der restliche Tag war ausgefüllt mit Vernehmungen, Fingerabdrücken und Fotoaufnahmen. Am Montag, um 9.30 Uhr, wurden sie, in den ihnen verbliebenen Kleidungsstücken, Hose und Schuhen, zur MP-Station zurückgebracht, wo erst die eigentliche Vernehmung begann. Nach drei Stunden wurden sie zu Staatsanwalt Hoffmann übergeführt.

Hunderte und Tausende, Zehntausende haben in Westdeutschland, in Westberlin schon Gleiches und Schlimmeres erlebt als Schröter und Grosch. Millionen Neger in den USA, Millionen Menschen in den Kolonien der westlichen Okkupationsmächte machen täglich und stündlich ihre bitteren Erfahrungen mit der westlichen „Freiheit", von deren Vorzügen sie mit Pritschen und Karabinern, mit Geschützen und Bomben überzeugt werden sollen.

Aber für jeden, der ins Gefängnis wandert, sind andere bereit, mit der Parole „Go home!" die Zaghaften und Schwankenden aufzurütteln. Und Tag für Tag stoßen in Westdeutschland neue Kräfte zu der großen Schar derjenigen, die wissen, daß in diesem „Go home" Frieden und Aufbau und glückliches Leben enthalten sind.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

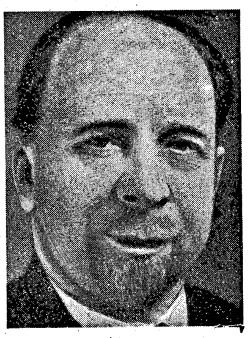
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

FÜR FRIEDEN

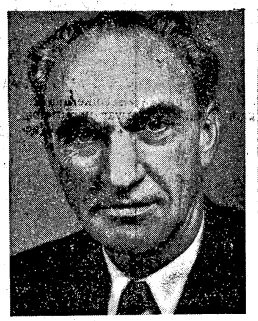
Unsere neue Regierung

Siebzehn Jahre zählte der Buchdruckerlehrling Otto Grotewohl, als er sich in seiner Heimatstadt Braunschweig der Arbeiterbewegung anschloß. 1921 wurde er jüngster Minister der Weimarer Republik. Von den Hitlerschergen wurde er verfolgt und zweimal verhaftet. Nach 1945 schmiedete er als Vorsitzender der SPD zusammen mit Wilhelm Pieck die Einheit der Arbeiterklasse. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist vornehmlich mit seinem Namen verknüpft. Immer finden seine Worte, die Worte eines Staatsmannes, der unbestechlich die Sache des Volkes vertritt, Widerhall bei allen nationalbewußten Deutschen.

Der Ministerpräsident und seine Stellvertreter



Ganz Deutschland kennt Walter Ulbricht als Initiator des Zweijahrplans und des Fünfjahrplans. Dieser Tischler aus Leipzig, schon seit frühester Jugend Mitstreiter der alten Sozialdemokratie, der später an der Seite Ernst Thälmanns das deutsche Volk zum Kampf gegen Hitlers Kriegspläne aufrief, ist einer der ersten Baumeister des neuen demokratischen Deutschlands. Mit derselben unermüdlichen Tatkraft wie bisher wird er als Stellvertreter an der Seite Otto Grotewohls stehen.



Gebürtig im schönen Württemberg, schloß sich Heinrich Rau, der erste Minister für Wirtschaftsplanung unserer Republik, schon in jungen Jahren der Sozialistischen Arbeiterbewegung an. Den werktätigen Bauern galt stets seine besondere Sorge. Auch in Spanien, wo er in der vordersten Reihe ihres Freiheitskampfes gegen Franco und Hitler stand. Sechs Jahre hitlerisches KZ vermochten ihn nicht zu beugen. An der Seite Walter Ulbrichts ist Heinrich Rau einer der großen Planer unseres Aufbaues.

Der wegen seiner Tätigkeit als aufrechter demokratischer Journalist und Landtagsabgeordneter der früheren Deutschen Demokratischen Partei von den Nazis verfemte und verfolgte, heute 67jährige Vorsitzende der CDU, Otto Nuschke, ist seit dem Zusammenbruch des Naziregimes mit ganzer Kraft und sprühender Lebendigkeit für den Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands tätig. Als Mitbegründer der Volkskongreßbewegung ist sein Name in ganz Deutschland bekannt.

Aus Gleiwitz stammt Dr. Lothar Bolz, der 1903 dort als Sohn eines Uhrmachers geboren wurde. Die Nazis trieben den von Gerechtigkeitssinn durchdrungenen antifaschistischen bürgerlichen Anwalt in die Emigration. Nach Deutschland zurückgekehrt, war er zunächst als Jurist und Publizist tätig; dann wurde er als Mitbegründer der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands bekannt.

Dr. Hans Loch, jetzt 52 Jahre alt, Sohn eines Schlossers, erarbeitete sich unter Entbehrungen eine gediegene Wissensgrundlage. Nach Kriegsende im Justizdienst Thüringens, aktives Mitglied der LDP, wurde Dr. Hans Loch 1946 Oberbürgermeister von Gotha, 1948 thüringischer Justizminister und ein Jahr später Finanzminister der Deutschen Demokratischen Republik.

In seiner Regierungserklärung vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, die am 15. November zu ihrer zweiten Sitzung zusammentrat, konnte sich Ministerpräsident Otto Grotewohl wiederholt auf seine am 12. Oktober 1949 vor der Provisorischen Volkskammer abgegebene Erklärung berufen, denn das Programm, das damals vorgelegt wurde, ist heute zum großen Teil politische und materielle Wirklichkeit geworden, und auf der ganzen Linie wurden die vor dreizehn Monaten gegebenen Grundlagen unseres Staatslebens gefestigt und weiter entwickelt. Ein neues Parlament und eine neue Regierung bedeuten — im Gegensatz zu den Systemen, deren Grundlage der Kampf der Parteien gegeneinander ist — bei uns keinen Einschnitt in der Arbeit und kein verwirrendes und störendes Herumwerfen des Steuers, sondern konsequenten Weiterbau und stabile Entwicklung auf allen Gebieten des nationalen Lebens.

Die Provisorische Regierung trat ihr Amt als Regierung der Nationalen Front an, und eine Regierung der Nationalen Front ist auch unsere neue Regierung. Im Kampf für den Frieden und um die nationale Einheit wurde unsere Deutsche Demokratische Republik gegründet. Welche Bedeutung ihr als Friedensfaktor zukommt, hat Stalin in seinem denkwürdigen Telegramm an den Präsidenten Wilhelm Pieck und den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in klassischen Worten ausgesprochen. Durch die diplomatische Anerkennung unseres Staates und die Aufnahme internationaler Beziehungen zu unserer Regierung haben die friedliebenden Staaten ihr Vertrauen zu den in der Nationalen Front vereinigten demokratischen und friedliebenden Kräften Deutschlands kundgegeben. Wir glauben, dieses Vertrauen gerechtfertigt zu haben, und werden alle Kräfte einsetzen, damit wir einst sagen können, daß die in Stalins Telegramm ausgesprochene Zuversicht historische Wirklichkeit wurde.

Die Grundlage unserer weiteren politischen Aktionen ist, so betonte Otto Grotewohl, die von den acht Außenministern in Prag formulierte Erklärung: Widerstand gegen den Mißbrauch deutschen Gebietes und deutscher Menschen für den von Washington geplanten verbrecherischen neuen Krieg, ein Friedensvertrag für ganz Deutschland, und zur Erreichung dieser Ziele die Schaffung eines paritätischen konstituierenden Rates von Vertretern Ost- und Westdeutschlands. Gestützt auf eine ganz Deutschland umfassende Volksbewegung, auf die Forderungen aller Schichten der deutschen Bevölkerung, wird die Regierung im Sinne der Prager Erklärung handeln.

„Die Regierung hat die Absicht", so erklärte Grotewohl unter dem begeisterten Beifall der Volksvertreter, „die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit solche Besprechungen mit Vertretern aus Ost- und Westdeutschland zustandekommen."

Eine Anerkennung der großen Bedeutung der Konstituierung unserer neuen Regierung gerade zu diesem Zeitpunkt internationaler Hochspannung lag in der Anwesenheit der Missionschefs der mit uns befreundeten Regierungen, mit dem Vorsitzenden der Sowjetischen Kontrollkommission Semjonow und dem Chef der diplomatischen Mission der UdSSR, Botschafter Puschkin, an der Spitze. Diesmal konnte der Präsident der Volkskammer auch den Chef der Mission der Volksrepublik China in der Diplomatenloge begrüßen.

Bevor die Volkskammer ihre Arbeit begann, gab Präsident Dieckmann der Empörung aller friedliebenden Menschen über das Verbot des Weltfriedenskongresses in Sheffield Ausdruck und übermittelte den Friedensdelegierten in Warschau die Grüße des deutschen Volkes und seine Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit im Interesse des großen Zieles, das alle Menschen guten Willens vereint.

Ministerpräsident Grotewohl stellte die Mitglieder seiner Regierung vor und verlas sodann die Regierungserklärung. Er führte aus:

Aus der Regierungserklärung

„Am 15. Oktober 1950 haben 12 097 105 Wähler in den demokratischsten Volkswahlen der deutschen Geschichte für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gestimmt und das bisher mächtigste und bedeutsamste Bekenntnis des deutschen Volkes zum Frieden, zur Einheit unseres Landes und zur Demokratie abgelegt. Mit dieser großartigen Manifestation für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands hat die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Politik der Provisorischen Regierung und des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebilligt.

Das einheitliche demokratische Deutschland ist der Kern unserer Arbeit. Die Grundlagen der Regierungsarbeit bilden die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, das die Regierung ausdrücklich als einen Bestandteil des Regierungsprogramms erklärt. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands haben wir eine Regierung, deren Arbeitsprogramm sich ausdrücklich mit den bedeutenden nationalen Forderungen einer großen demokratischen Volksbewegung verbindet.

Diese Volksbewegung, die Nationale Front des demokratischen Deutschlands, umfaßt nicht nur die Parteien und Massenorganisationen, sondern auch alle anderen patriotischen Kräfte, die sich zur Einheit bekennen. Indem sich die Regierung zu dem Programm dieser Volksbewegung bekennt, wird sie zu einer wirklichen Volksregierung. Ihr Arbeitsprogramm steht damit auf dem Niveau der großen die deutsche Nation umspannenden Lebensinteressen. Auf diesem Niveau setzt die Regierung alle Kräfte in eine Stoßrichtung, die den Forderungen der Nationalen Front entsprechen. So ist die Deutsche Demokratische Republik die stärkste und fruchtbarste Basis zur Entfaltung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Die Republik ist im Kampf entstanden, sie steht heute im Kampf und wird ihr Leben im Kampf entfalten müssen. Auf dem westlichen Teil unseres Vaterlandes lastet nationale Unterdrückung und imperialistische Fremdherrschaft. Unsere junge Deutsche Demokratische Republik hat daher ihren Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht, für die nationale Einheit und für die Demokratie nicht nur in ihrem eigenen Gebiet, sondern für Gesamtdeutschland zu führen. Sie wird damit zur stärksten Stütze der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Das haben die 12 Millionen Wähler als Grundlage ihrer Entscheidung angesehen, als sie den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme gegeben haben. Sie alle wissen: die Sache der Nation ist ihre Sache, die Sache der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik ist ihre Sache, die Sache der Verbesserung der Lebensverhältnisse ist ihre Sache, der Kampf für die Zukunft unserer Jugend ist ihre Sache, und der Kampf für den Frieden ist ihre Sache.

Zu den Grundsätzen der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehört neben dem Kampf für das einheitliche Deutschland vor allem der Kampf für den Frieden. Darum unterstützt die Regierung die Vorschläge, die sich gegen die Anwendung der Atomwaffe und gegen jegliche Kriegspropaganda aussprechen, und die für die Einschränkung der Kriegsrüstungen eintreten. Alle Verpflichtungen und Abkommen aber, die Deutschland in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks, wie den Europarat, den Nordatlantikpakt, den Schuman-Plan oder andere Angriffspläne einbeziehen sollen, sind ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und das deutsche Volk werden keine dieser Verpflichtungen jemals als rechtskräftig anerkennen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die von der Provisorischen Regierung durchgeführte Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, besonders aber mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, unverändert fortsetzen.

Für freien deutschen Handel

Nachdem der Ministerpräsident die politische und wirtschaftliche Bedeutung engster freundschaftlicher Beziehungen zu den Ländern des weltumspannenden Friedenslagers gewürdigt hatte, ging er mit folgenden Feststellungen auf die Erschwerungen des deutschen Binnenhandels ein:

„Lassen Sie mich ein Wort zu den Fragen des deutschen Binnenhandels sagen, der durch Eingriffe der westlichen Besatzungsbehörden laufend gestört wird. Jede zwischen den deutschen Kontrahenten getroffene Vereinbarung wurde vom Petersberg vereitelt. Seit sechs Wochen haben wir dem westdeutschen Partner einen neuen Vertrag angeboten, der eine Milliarde Umsatz von jeder Seite vorsieht. Seit dem 20. September 1950 mußten aber auch diese Verhandlungen unterbrochen werden. Als Grund für diese vom Petersberg angeordnete Sabotage des innerdeutschen Handels müssen die Schwierigkeiten der Viersektorenstadt Berlin herhalten. Wegen Streitigkeiten aus dem Strombezug zwischen Ost- und Westberlin wird der gesamte innerdeutsche Handel lahmgelegt. Heute ist es der Strom. Was wird es morgen sein?

Von einem Teil der westdeutschen Presse und sonst interessierten Kreise des Westens wird der nicht durch uns verschuldete vertragslose Zustand zur Erschütterung des Vertrauens in die Zahlungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik ausgenutzt. Ich stelle dazu ausdrücklich hier fest, daß wir allein 26 Millionen Mark Anzahlung für noch zu liefernde Waren geleistet haben und daß wir für etwa 7 Millionen Mark mehr Ware geliefert haben als der Westen an uns. Wenn man in Westdeutschland von Vertragstreue spricht, dann mag man nicht vergessen, daß diese Vertragstreue von beiden Seiten, also auch von Westdeutschland, gezeigt werden muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird den

Als Fachminister wurden berufen: Außenminister Georg Dertinger / Minister des Innern Dr. Karl Steinhoff / Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser / Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann / Minister für Maschinenbau Gerhard Ziller / Minister für Leichtindustrie Dr. Wilhelm Feldmann / Minister für Land- und Forstwirtschaft Paul Scholz / Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel Georg Handke / Minister für Handel und Versorgung Karl Hamann / Minister für Arbeit Roman Chwalek / Minister für Gesundheitswesen Luitpold Steidle / Minister für Verkehr Prof. Dr.-Ing. Hans Reingruber / Minister für Post- und Fernmeldewesen Wilhelm Burmeister / Minister für Volksbildung Paul Wandel / Minister für Justiz Max Fechner / Minister für Finanzen Dr. Hans Loch / Minister für Aufbau Dr. Lothar Bolz

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

UND EIN BESSERES LEBEN

Amerikanern niemals das Recht zugestehen, einzugreifen in den Handel, den Deutsche mit Deutschen in Deutschland treiben wollen. Diese Einmischung und Störung des innerdeutschen Handels ist eine offene und grobe Verletzung des Abkommens von New York und Paris im Mai 1949 über die Aufhebung von Beschränkungen des Handels. Ungeachtet aller Verbote der westlichen Besatzungsmächte werden wir darum die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland entwickeln und festigen.

Durch unsere Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird es uns ermöglicht, nicht nur zweiseitige Wirtschaftsabkommen, wie bisher, abzuschließen, sondern zu mehrseitigen Abkommen überzugehen, die eine verstärkte Ausweitung der wechselseitigen Handelsbeziehungen ermöglichen. Dadurch wird die Unabhängigkeit unserer Wirtschaft von der von Krisen erschütterten kapitalistischen Umwelt verstärkt und dem deutschen Volk eine nicht absehbare Perspektive eröffnet.

Das Friedensprogramm der Sowjet-Union

Es ist verständlich, daß die Inangriffnahme der Durchführung der amerikanischen Remilitarisierungspläne in Westdeutschland, besonders im französischen Volk, stärkste Befürchtungen hervorgerufen hat. Die Remilitarisierung Westdeutschlands ist nicht nur ein Schachzug des amerikanischen Imperialismus, sie ist zugleich auch der Ausdruck des Wiederauflebens der imperialistischen Gelüste des deutschen Monopolkapitals. Weder das französische noch das deutsche Volk haben das geringste Interesse daran, daß sie von der monopolkapitalistischen Raubgier in neue Kriegsabenteuer getrieben werden. Das französische und das deutsche Volk müssen ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens vereinen. Für das französische und das deutsche Volk liegt die beste Gewähr einer dauerhaften, friedlichen Politik in der Durchführung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Ein entmilitarisiertes, einheitliches und demokratisches Deutschland sichert den europäischen Frieden und bietet auch dem französischen Volk alle Voraussetzungen für die Herstellung dauerhafter freundschaftlicher Beziehungen zum deutschen Volk.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt den Friedensvorschlag der Sowjetunion, den Außenminister Wyschinskij am 20. September dieses Jahres der Vollversammlung der UN vorlegte.

Die Sowjetunion schlug die Annahme einer Deklaration vor, die

1. alle Länder zum Verbot jeglicher Propaganda für einen neuen Krieg auffordert,
2. die Anwendung der Atomwaffe als Angriffswaffe und Mittel zur Massenvernichtung als unvereinbar mit der Ehre der der Organisation angehörenden Völker erklärt, und das bedingslose Verbot der Atomwaffe sowie die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Befolgung dieses Verbots fordert,
3. die Vereinigung der Friedensbemühungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas und den Abschluß eines Paktes dieser Großmächte zur Festigung des Friedens empfiehlt und
4. die Verringerung der gegenwärtigen Streitkräfte dieser Großmächte um ein Drittel und die Vereinbarung weiterer Reduzierungen der bewaffneten Streitkräfte in Vorschlag bringt.

Brandstifter Amerika

Der neue Deklarationsentwurf der Sowjetregierung faßt die seit Jahren von der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens gemachten Vorschläge zusammen und will eine Barriere auftrichten, um die Menschheit vor neuen Leiden durch neue Kriegsabenteuer zu bewahren. Die gegenwärtige Bedrohung des Friedens ist ein Ergebnis der imperialistischen Politik der USA. Die Regierung der USA hat seit Jahren die Politik der Zusammenarbeit preisgegeben und ist zur Politik des „brutalen Kurses" übergegangen. Er findet seinen Ausdruck im Nordatlantikpakt, in der Einbeziehung Westdeutschlands in das Lager der Aufrüstung und der Vorbereitung eines neuen Krieges. Der amerikanische Imperialismus ist zum Störungsfaktor des friedlichen Lebens der Völker geworden. Er raubt das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit des koreanischen Volkes. Wenn Herr McCloy erklärte: „Was wir in Deutschland gegenwärtig tun, ist dasselbe, was unsere Armeen in Korea leisten", so zeigt uns das die Gleichartigkeit der nationalen Probleme in Korea und in Deutschland.

Wir fühlen uns mit dem um seine Freiheit ringenden koreanischen Volke brüderlich verbunden, bekunden ihm unsere Sympathie und protestieren feierlich gegen die völkerrechtswidrige Einmischung in das Leben des koreanischen Volkes, gegen die Eroberungssucht des amerikanischen Imperialismus und gegen seine unmenschliche Kriegsführung.

Der amerikanische Imperialismus ist der Inspirator und Waffenlieferant bei der Unterdrückung der um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker und schließlich strebt er die Errichtung einer ausbeuterischen Herrschaft über alle Bereiche der Welt an. Überall dort, wo der USA-Imperialismus mit seiner aggressiven Einmischung, mit dem Ausbau neuer militärischer Stützpunkte in Erscheinung tritt, entstehen neue Herde von Unruhe. Die Schritte der amerikanischen Imperialisten sind begleitet von Maßnahmen der Unterdrückung und Aggression. Überall, wo die Amerikaner hinkommen, entsteht Unruhe, Aufrüstung und Krieg, wo sie weggehen, ist Ruhe, Frieden und Aufbau.

Wachsam gegen Schädlinge!

Die westlichen Besatzungsmächte betreiben seit Jahren die Politik der Spaltung Deutschlands und sind bemüht, die Bevölkerung der von ihnen besetzten deutschen Gebiete für die Unterstützung einer aggressiven Potik zu gewinnen, die zum Kriege gegen die friedliebende Sowjetunion und die friedliebenden Völker der volksdemokratischen Länder führen und das deutsche Volk in einen Bruderkrieg hineintreiben soll.

Die westlichen Besatzungsmächte reiben eine Politik, die zur Wiedererweckung eines aggressiven militaristischen Staatswesens in Westdeutschland führen muß, wobei sie einem solchen Staatswesen die Rolle eines Landknechts, der sich für ihre imperialistischen Interessen schlägt, zugedacht haben. Diese Politik ist eine unmittelbare Bedrohung des Friedens der europäischen Völker und bringt das deutsche Volk in eine besonders gefährliche Lage. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles tun, was zur Förderung der Friedensbewegung in Deutschland und zur allseitigen Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik nötig ist.

Ministerpräsident Otto Grotewohl wendet sich dann den Separatbeschlüssen der westlichen Außenminister vom 19. September zu, in denen die schnelle Wiederaufrüstung Westdeutschlands zum Zwecke der Aggression beschlossen wurde. Demgegenüber kennzeichnet Otto Grotewohl die Prager Deklaration als einen konstruktiven Weg zur friedlichen Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zur Sicherung des Friedens in Europa. „Das Tor zum Frieden ist durch die Prager Deklaration breit geöffnet", betont Otto Grotewohl in diesem Teil seiner Erklärung, den wir auf Seite 1 unserer heutigen Ausgabe wiedergeben. Dann schließt er seine Darlegungen über die Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit folgenden Sätzen ab:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch in Zukunft aufrichtig und gewissenhaft alle internationalen Verpflichtungen erfüllen, die die Deutsche Demokratische Republik in ihren Abkommen mit anderen Ländern eingegangen ist. Hierzu rechnen wir besonders auch die Reparationsverpflichtungen. Die Regierung beansprucht den freien und ungehinderten Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten, sie wird die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, mit China und den Ländern Südosteuropas, als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands, besonders fördern. Dabei wird sie auch Westdeutschland in diesen Handel einbeziehen und den deutschen Binnenhandel jederzeit fördern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sich um den Abschluß langfristiger Handelsabkommen mit allen Ländern bemühen, die die nationalen Interessen Deutschlands auf der Grundlage der Gleichberechtigung respektieren."

Es ist unerläßlich, sich daran zu erinnern, daß die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Wahlsieg vom 15. Oktober bei weitem nicht bedeuten, daß unsere Feinde die Waffen gestreckt haben. Im Gegenteil, sie werden zu den heimtückischsten und niederträchtigten Methoden der Unterwühlung greifen, um Sabotage, Diversionsakte, Schädlingsarbeit, Spionage, Diebstahl von Volkseigentum usw. in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren. Wir wissen genau, daß alle diese feindlichen Akte gegen den friedlichen Aufbau unseres jungen Staates von den anglo-amerikanischen Imperialisten geplant und gelenkt werden, weil unsere Erfolge des friedlichen Wirtschaftsaufbaues die Verwirklichung ihrer verabscheuungswürdigen Pläne zur Beherrschung Deutschlands und Europas stören.

Der Kampf gegen diese feindliche Tätigkeit ist die gemeinsame Sache der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und aller Bürger unserer Republik.

Die Aufgaben der Regierung bei der weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik bestehen in folgendem:

Kampf den Feinden des Volkes

1. die Sicherung der Errungenschaften unseres Volkes auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus durch eine konsequente und unbeirrte Verwirklichung der Gesetze der Republik, die die Grundinteressen des Volkes zum Ausdruck bringen.

2. die Beseitigung des Widerstandes der bürgerlich-junkerlichen Reaktion und der Agentur des anglo-amerikanischen Imperialismus, die Wahrung der Interessen der Werktätigen, die Führung eines unversöhnlichen Kampfes gegen die Versuche, unseren Aufbau zu hintertreiben. Die Anwendung entschlossener und strenger Maßnahmen gegenüber den Feinden des Volkes.

3. die Verwirklichung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Praxis und insbesondere des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Heute stehen wir an einem neuen entscheidenden Abschnitt unserer Entwicklung, der gekennzeichnet ist durch zwei Dinge, einmal durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes und zum anderen durch den Beginn des neuen großen Fünfjahrplanes, von dem uns nur noch wenige Wochen trennen.

Alle Erfolge waren — und das muß nachdrücklich betont werden — nur möglich durch die Vor- und Übererfüllung des Zweijahrplanes. Niemand darf glauben, daß uns nach diesen Verbesserungen etwa die gebratenen Tauben nunmehr in den Mund fliegen. Jede weitere Verbesserung der Lebenslage steht nunmehr erst die weitere Verbesserung unserer Produktion.

Gegenüber dem Vorkriegsstand werden wir die Industrieproduktion verdoppeln und die Produktion der Landwirtschaft um ein Viertel steigern, um nur die beiden entscheidenden Zahlen noch einmal zu nennen. Wir werden allen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe der Durchführung des Fünfjahrplanes einen Lebensstandard sichern, der über den des Jahres 1936 hinausgehen wird. Wenn die Regierung den Werktätigen so hohe Aufgaben stellt, so wird auch der Staats- und Verwaltungsapparat vor neue, schwierige Aufgaben gestellt, die er nur bewältigen wird, wenn er sich weiter qualifiziert, wenn er neue und verbesserte Arbeitsmethoden entwickelt. Die Regierung wird von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen tagtäglich beweisen. Sie kann es nicht zulassen, daß die ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit Tausender von Frauen und Männern in der Verwaltung diskreditiert wird durch Faulenzerei, Gedankenlosigkeit und bürokratischen Trott. Wir werden denen, die mit ihren Wiedervorlageterminen alles auf die lange Bank schieben, Beine machen, und wir werden diejenigen, die immer noch gemächlich den Amtsschimmel reiten, in Trab bringen. Unser enthusiastisch arbeitendes Volk ist nicht für die Verwaltung da, sondern wir meinen, eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung sei für das Volk da.

Keine Kollektivierung

Es muß als vollständig unbegründet und falsch bezeichnet werden, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Absicht habe, nach den Wahlen Maßnahmen zur Durchführung der Kollektivierung in der Landwirtschaft zu ergreifen. Solche Gerüchte stammen von Feinden der Deutschen Demokratischen Republik und entsprechen keinesfalls den Absichten der Regierung. Die Bewältigung aller entscheidenden Aufgaben in Industrie und Landwirtschaft ist die Voraussetzung zur Erfüllung der übrigen gewaltigen Ziele des Verkehrs, des Handels, des Gesundheitswesens, der Kultur und der Investitionen.

Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß wir aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln in der Lage sein werden, den Friedensstand der Versorgung schon 1952 wieder zu erreichen, um ihn im Laufe der folgenden Jahre wesentlich zu überschreiten? Keine leere Versprechung ist es, wenn wir die weitere Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Werktätigen um 16,8 Prozent, für die Beschäftigten in der Industrie sogar um 20 Prozent im Laufe der fünf Jahre ankündigen. Im gleichen Zeitraum werden die Preise für Konsumgüter weiter um durchschnittlich 28 Prozent gesenkt. Es ist das nur einer der Beweise, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Steigerung der Erzeugung ausschließlich unserer Bevölkerung zugute kommt, mittelbar wie unmittelbar in Form erhöhter Löhne und gesenkter Preise — außerdem aber auch mittelbar durch das Wiedererstehen gesunder Wohnstätten, die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung, den Ausbau des Sozialwesens, die Erschließung von Bildungsmöglichkeiten für alle Lernfreudigen und Begabten und durch die Förderung einer volksnahen Kunst.

Weitere Verbesserung der Versorgung

Die Einnahmeseite des Staatshaushaltes verändert sich in Zukunft grundlegend, weil die Gewinne der früheren Monopolkapitalisten nun in die Staatskasse zur Hebung der Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung fließen; dieser Anteil für die Staatseinnahmen erhöht sich dadurch auf das Neunfache.

Die große Steigerung der Ausgaben für soziale Zwecke wird ohne Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit der früher erklärten Absicht wird die Regierung in der allernächsten Zeit praktische Maßnahmen vornehmen zur Durchführung einer weiteren schrittweisen Abschaffung des Kartensystems. Dabei werden wir natürlich in erster Linie die Interessen der Werktätigen berücksichtigen müssen, die wünschen, daß die Abschaffung des Kartensystems vor sich geht auf einem möglichst niedrigen Preisstand. Spekulanten und Gauner müssen unter allen Umständen daran gehindert werden, diese Maßnahmen auszunutzen für eine Desorganisierung der Versorgung. Die Regierung hat zur Anschaffung der notwendigen Warenreserven schon eine Reihe Maßnahmen getroffen.

Die Tätigkeit der Schieber und Spekulanten in Westberlin zwingt uns zu einer sehr ernsten Nachprüfung der von mir hier geschilderten Schritte in Berlin, denn auch unsere Maßnahmen für Berlin müssen unter Berücksichtigung der Interessen der Berliner Bevölkerung und der Bevölkerung der ganzen Republik getroffen werden.

Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Arbeit ist eine der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Rolle der Intelligenz steigt in ihrer Bedeutung dauernd. Das große Werk der demokratischen Erneuerung der Kultur wird auch für die kommende Regierungsperiode seine organische Weiterführung erfahren. Aufbauend auf dem klassischen Kulturerbe, aufgeschlossen für das kulturelle Wirken aller Völker, werden wir in einem großzügigen Kulturaustausch mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien die gewaltigen kulturellen Erfahrungen dieser Länder für den schnellen Aufstieg der deutschen Kultur nutzbar werden lassen.

Die allseitige Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit ist von besonderer Bedeutung. Hierbei hat die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowohl in Bezug auf die Grundlagenforschung wie auf die angewandte Forschung Aufgaben zu bewältigen, die die Regierung wohl zu schätzen weiß. Sie wird deshalb der Deutschen Akademie der Wissenschaften die erforderliche Hilfe zuteil werden lassen. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften wird ihrer besonderen innerdeutschen und internationalen Bedeutung entsprechend verbesserte und erweiterte Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Die Förderung und Heranziehung von Wissenschaftlern — gleichgültig, welcher früheren Parteizugehörigkeit und Weltanschauung sie sein mögen — wird sich die Regierung besonders angelegen sein lassen, denn in allem, was wir an Neuem und Gewaltigen erbauen, ist auch die Mehrheit der Wissenschaft und aller anderen Intelligenz erforderlich.

Dem ganzen Volke

Die kommende Arbeit der Regierung basiert auf dem Fünfjahrplan. Dieser Plan und die einzelnen Volkswirtschaftspläne sind das Instrument der Regierung. Sie sind verankert in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik und haben ihre antifaschistische Ordnung zu sichern und zu stärken. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, betone ich ausdrücklich, daß die Erfüllung des Fünfjahrplanes nicht etwa nur eine Maßnahme ist, die allein oder ausschließlich der Arbeiterklasse, den werktätigen Bauern und der Intelligenz zugute käme. Dieser Plan dient dem ganzen Volke, Neben der volkseigenen Industrie wird sich im Rahmen der Gesamtplanung die private Wirtschaft entwickeln können. Es ist selbstverständlich, daß auch dem Handwerker und dem Bauern die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Existenz auch weiter geschaffen werden.

Zur Erfüllung dieser Pläne ruft darum die Regierung unsere Jugend, unsere Arbeiter und Angestellten, unsere Handwerker und Bauern und unsere geistig schaffenden Menschen jeder Art in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik auf: faßt an und helft alle! Das Werk der Regierung ist euer Werk, euer besseres Leben und eure bessere Zukunft!

Die Pläne sind aber gleichzeitig ein Instrument im Kampf um die Einheit Deutschlands und um den Frieden. Sie werden unseren Landsleuten im Westen unseres Vaterlandes zeigen, daß wir Deutschland, auch ohne in eine imperialistische Versklavung an das Ausland zu verfallen, aus eigener Kraft mit der Hilfe unserer Freunde friedlich, schöner und stark machen können. So weitet sich unsere Arbeit über die Deutsche Demokratische Republik hinaus und wird zur Arbeit für die ganze deutsche Nation.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Kolonioles

„Die Truppen, die von den Westalliierten in Zukunft bei uns stationiert werden, sind keine Besatzungstruppen, sondern Sicherheitstruppen ...",

sagte Dr. Adenauer am 11. Oktober im Rundfunk.

Dazu melden westdeutsche Zeitungen — meist in Kleinstdruck an versteckter Stelle:

Soltau/Niedersachsen. — Vier Landarbeiter wurden in der Feldmark bei Munster durch explodierende Munition schwer verletzt.

Munster/Niedersachsen. — Bei den britischen Manövern wurde in Volterdingen ein Einwohner durch eine Granate zerrissen. In Theilbrügge wurden die 14 und 11 Jahre alten Brüder Fichtner bei der Explosion einer britischen Kastenmine getötet.

Düsseldorf. — 600 ha Land mußte der Kreis Jülich für einen britischen Flugplatz bei Wildenrath an der holländischen Grenze abtreten. Die Besatzungsmacht verlangt jetzt weitere 400 ha. Bisher sind 36 Familien davon betroffen.

Soltau/Niedersachsen. — Auf Befehl der britischen Besatzungsmacht müssen ein von Umsiedlern bewohntes Barackenlager und das Kreiskrankenhaus abgebrochen werden, da an dieser Stelle ein Zeltlager errichtet werden soll.

Schweinfurt. — Die Dörfer Dittelbrunn mit 1200 Einwohnern, Hambach mit 700 Einwohnern und Kell mit 400 Einwohnern werden durch die Erweiterung des Schweinfurter Truppenübungsplatzes betroffen.

Remsfurt/Bergstraße. — Fünfundvierzig Hektar Ackerland muß das Dorf Dilles an der Bergstraße auf Anforderung der Besatzungsmacht für den Bau eines Flugplatzes zur Verfügung stellen. Die Gemeinde wurde außerdem aufgefordert, für den Bau von Kasernen einen Kredit von 200 000 DM aufzunehmen.

Soltau/Niedersachsen. — Ein Bauer aus dem Dorf Hülsen wurde von zwei explodierenden Pak-Granaten, die von den Briten während ihrer Manöver liegen gelassen worden waren, schwer verletzt.

Nienburg. — Sechzig Häuser für neue Besatzungstruppen müssen auch in dieser Kleinstadt an der Weser freigemacht werden.

Göttingen. — 940 Wohnungen müssen bis Ende November für neue Besatzungstruppen von der Stadtverwaltung beschlagnahmt werden.

Munster/Niedersachsen. — Explodierende Munition verletzte in Ottenstein einen 11jährigen Schüler und fügte zwei anderen Schülern aus Esperde schwere Verletzungen zu.

Trier. — Für neue französische Truppen müssen innerhalb von acht Wochen 15 neue Wohnblocks bereitgestellt werden. Dies ist das größte Bauobjekt in Rheinland-Pfalz.

Delmenhorst. — 280 Umsiedler werden durch die Beschlagnahme der Kaserne, obdachlos und sollen in Schulen untergebracht werden.

„— aber wenn man mit einer solchen Unbequemlichkeit vergleicht, welches große Gut die Sicherheit ist, dann, glaube ich, wird man gern diese Unbequemlichkeiten auf sich nehmen",

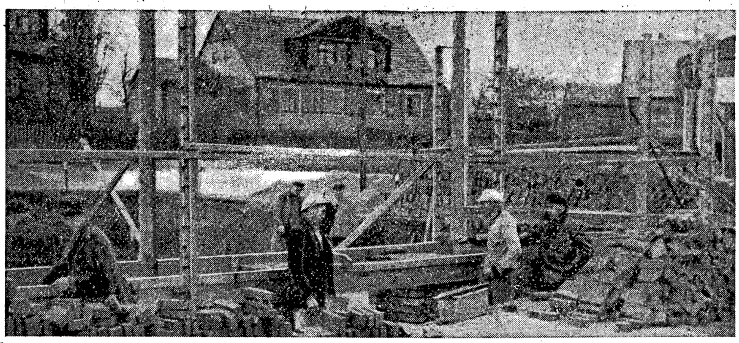
sagt Dr. Adenauer in der gleichen Rundfunkrede.

★

WER LÜGT nun eigentlich? — wird in einem Artikel der „Kasseler Zeitung" vom 18. Oktober angesichts der schnell fortschreitenden Remilitarisierung bei gleichzeitigen sich überschlagenden Dementis gefragt.

„Hilflos treiben diejenigen, die es in erster Linie angeht, nämlich die Deutschen, im Strudel der Berichte, Dementis und Gegendarstellungen. Wer allein die am letzten Sonntag zu diesem Thema gehaltenen Reden daraufhin ansieht, wobei die Reihe der Redner von Mr. Acheson, Herrn Adenauer über Vizekanzler Blücher zu Francois Poncet und Sir Ivone Kirkpatrick reicht, kann mit leichtem Grauen feststellen, wieweit man noch davon entfernt ist, die ganze Angelegenheit auch nur halbwegs sachlich zu behandeln. ...

Der Wirrwarr, hervorgerufen zu einem nicht geringen Teil durch die Hartnäckigkeit des Bundeskanzlers, durch die Vielseitigkeit seiner Politik und durch den unverständlichen Verzicht darauf, sich der Öffentlichkeit zu erklären ängstigt diejenigen, die eines Tages wieder dazu bestimmt sein könnten, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. ... Fest steht, daß der Kanzler bis heute sich noch nicht in der Lage sah, die Vorwürfe Heinemanns zu entkräften, Behauptungen, die, ins einfache Deutsch übersetzt, den Vorwurf enthalten, Adenauer habe auch in seiner letzten Rede die Unwahrheit gesagt."



Hier entsteht die eigene Werkküche des Hoop-IV-Schachtes. Ihr Aufbau ist die Erfüllung eines der dreißig Wähleraufträge, die der Volkskammer-Abgeordnete Ernst Lohagen erhalten hat. (Fotos: Stieber)

„Martin Hoop" wird selber kochen

Ernst Lohagen erfüllt seinen Wählerauftrag

Ein schwerer Lkw fährt täglich die gleiche Straße zwischen dem August-Bebel- und dem Martin-Hoop-IV-Steinkohlenwerk im Zwickauer Revier. Täglich ist seine Ladung die gleiche: das Werkessen für die Kumpels von Hoop. Und täglich ist auch dieses gleich: der Weg ist ausgefahren, der schwere Wagen schwankt und schüttert. Mal links, mal rechts schwappt es aus den Essenkübeln. Fettige Brühe schwimmt auf den Planken des Laderaumes.

★

Im Speiseraum des Hoop IV haut der Kumpel Bretschneider mit der Faust auf den Tisch. „In die Supp gucke wieder mehr Augen rein wie raus!" — „Und die Mühren sind kalt wie Eiszapfe", brummelt sein Nachbar mißbilligend. „Aber wir haben's uns auf dem „Bebel" drüben angesehen", berichtet ein Kumpel, noch kohlenstaubverschmiert wie er aus dem Schacht kam, die lederne ‚Kapp' auf dem Kopf. „Die Kollegen tun ans Essen dran, was drangehört, und kein Gramm weniger. Drüben schmeckts ausgezeichnet. Aber guck dir unsere Goulaschkanone an, da schwimmt das ganze Fett auf dem Boden, weil's auf dem Essen obenauf schwimmt und zuerst beim Transport überschwappt." — „Jetzt reden's schon zwei Jahr lang, daß der Hoop eine eigene Küche kriegen soll. Doch siehst du wo was, Kumpel?" — „Aber wenn der Lohagen kommt, unser Kandidat, mit dem reden wir drüber, vielleicht kann er uns helfen."

★

Auf diese Art erhielt Ernst Lohagen den vordringlichsten seiner dreißig Wähleraufträge. Eingehend ließ er sich von den Kumpels, als er sich vor der Volkswahl in dem Steinkohlenwerk vorstellte, die Gründe für ihre berechtigte Kritik schildern, versprach umgehend zu helfen und hat auch Wort gehalten.

Eine moderne Werksküche ist natürlich keine Kleinigkeit, die man über Nacht zusammennagelt. Aber Ernst Lohagen sieht die prompte Erfüllung der ihm erteilten Wähleraufträge als Pflicht an und kümmert sich täglich um den Stand der von ihm eingeleiteten Arbeiten.

„Habt ihr selber auch das Gefühl, daß der Mann eures Vertrauens eure Sorgen und Wünsche versteht?" fragten wir einige Kumpels des Werkes. „Da gibts nichts zu zweifeln", lautete die einmütige Antwort. „Unser Ernst ist hinter den Dingen, die dem schaffenden Volke dienen, her wie der Teufel hinter der Seele. Lohagen ist ein Mann, wie wir ihn brauchen."

★

Auf Hoop IV wird die moderne Großküche gebaut, die noch in diesem Jahre 5000 Kumpels versorgen wird. „Wenn Ernst so'n Tempo vorgelegt hat", lachten die Maurer, „dann wollen wir uns nicht lumpen lassen und feste mithalten."

Ja, man hat am 4. November schon angefangen, die Grundmauern zu ziehen. Vierzehn Tage vorher war die Baustelle noch ein Holzlagerplatz. Am 24. Oktober rückten Kollegen vom FDGB - Kreisvorstand Zwickau zum ersten freiwilligen Arbeitseinsatz an. Fünf — sechs Kipper zählen wir, und einmal sind es siebzig Volkspolizisten, dann dreißig bis vierzig Jungen und Mädel von einer FDJ-Dorfgruppe, oder Kumpels vom Karl-Marx- oder August-Bebel-Werk, die sie volladen und die ausgeschachtete Erde abfahren. Diesen freiwilligen Arbeitseinsatz, an dem sich täglich etwa zwanzig Betriebe beteiligen, organisiert der Kreisausschuß Zwickau der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, mit dem Ernst Lohagen Verbindung aufgenommen hat. Vom Kollegen Bretschneider von der BGL hören wir, daß die benötigten Baumaterialien einschließlich der Kücheneinrichtung zugesagt sind und bisher pünktlich anrollten. „Wenn aber doch mal ...", wagten wir einen pessimistischen Zwischenruf. „Dann werden wir mit Ernst Lohagen das Hindernis aus dem Weg räumen." Das Vertrauen auf die rasche Beendigung der so schnell in Angriff genommenen Arbeit ist riesengroß.

★

Da ist uns übrigens etwas aufgefallen auf der Baustelle. Die Maurer haben eine eigene Methode bei ihrer Arbeit. Sie arbeiten nicht mit Richtschnur und Wasserwaage, sondern ... „wir haben so eine Art beweglicher Verschalung ausgeknobelt", erklärte uns der Maurer Müller die von ihm und dem Bauingenieur Frenzel ausgearbeitete Methode. Zwischen waagerechten Bohlenlehren, das sind vorgerichtete Bretter, die mit Nocken in lotrecht stehende Zahnleisten eingehängt werden, wird mit einer Art Kastenschaufel der etwas flüssiger als gewöhnlich gehaltene Mörtel eingegossen, mit einem Brett gleichmäßig dick aufgestrichen und ein Ziegelleger legt blitzschnell die Mauersteine auf, die von den Bohlenlehren ihre äußere Begrenzung erhalten. „Es kann wirklich nichts ‚schief gehen', aber dreimal schneller kommen wir vorwärts", berichtete das Maurer-Kollektiv des Hoop-Werkes.

Weil nun die wirklich vortreffliche Sache mit der Müller-Frenzel-Methode einen gewerkschafts-egoischen Haken hat (die Kollegen von der IG Bau lassen diese Methode nicht gelten; denn die Hoop-Maurer gehören zur IG Bergbau), weil dadurch verhindert wird, daß auch jeder Durchschnittsmaurer zur höheren Norm kommt, deshalb meint ‚Deutschlands Stimme', daß die Hoop-Maurer sich auch mit dieser Angelegenheit vertrauensvoll an Ernst Lohagen wenden sollten.

Wenn die Kumpels ihren Schacht verlassen, bleiben sie oft ein Weilchen an der Baustelle stehen und sehen interessiert dem Betrieb zu. „Na, Paul", fingen wir eine Bemerkung auf, „in vier Wochen stehn wir hier vielleicht scho mit unseren Futternäppel an. Gut war's, daß mir die Gusch aufg'macht haben, wie der Ernst hier war; denn sonst würden wir vielleicht noch zwei Jahre warten. Aber so ist's, wenn man Vertrauen zueinander hat. Dann redets sich leicht über alle Sorgen."

– esti –

Der Maurer Müller, den unser Bild bei der Arbeit zeigt, entwickelte gemeinsam mit dem Bauingenieur Frenzel eine Arbeitsmethode, durch die eine dreifache Leistung von jedem Maurer erzielt werden kann.

Ruhrkohle für die Rüstung

„Junge, Junge! Was ist denn hier los? Das sieht ja aus wie in einem Heerlager!" Hundertschaftswagen, Flitzer, Funkwagen und dazu die entsprechenden Polizeimannschaften mit herabgelassenen Sturmriemen, knüppelschwingend — ein Bild, wie wir es sonst nur aus amerikanischen Gangsterfilmen kennen.

Zerschlagen und zerschunden

Wir sind hier aber nicht in dem „gelobten Land", sondern mitten im Kohlenpott, in Gelsenkirchen-Horst. Plötzlich schrillt eine Signalpfeife, und im Sturmschritt stürzt sich die Polizei die Straße entlang, dem nahen Marktplatz zu. Dort ist eine Menschenansammlung. Hunderte, Tausende, Männer, Frauen und Kinder. Von allen Seiten stößt Polizei aus den Straßen vor und prügelt wahllos auf die Versammelten ein. Frauen schreien, Kinder wimmern unter den Hieben der Polizeiknüttel. Dort bricht ein Greis blutüberströmt zusammen, und hier werden Arbeiter unter Anwendung von Brachialgewalt auf die Bereitschaftswagen geschleppt. Wieviel? 30, 50, dort noch ein Wagen voll Verhafteter, es müssen wohl an die hundert sein.

Da kommt ein altes Muttchen angehumpelt. Soeben wurde ihre Markttasche von zwei Polizisten durchsucht. Wir fragen sie, was hier vor sich geht. Wir hören, daß es sich um eine Versammlung der Kumpels von der Grube „Nordstern" handelte, daß Muttchens Sohn bereits heute morgen vom Polizeiknüttel so zugerichtet wurde, daß er mit Rippenprellungen im Bett liegen muß, und daß sie selbst zur Versammlung ging, um dem Sohn berichten zu können, was die Kumpels beschlossen haben. Ihre Rede wird unliebsam von zwei Polizisten unterbrochen. „Keinen Auflauf bilden! Weitergehen!" Wir wollen protestieren, aber schon zückt der Knüppel hoch. So laufen wir der Alten nach, um zu hören, warum hier friedliche Bürger auf der Straße geprügelt werden, warum Arbeiter sich nicht versammeln dürfen. Schließlich steigen wir eine altersschwache knarrende Treppe empor, denn die alte Frau meint, ihr Sohn könne uns das alles viel besser erklären. Der Kumpel ist aber so zerschunden, daß ihm das Sprechen schwerfällt. Da müssen wir uns woanders Auskunft holen.

Streik gegen Willkür

Wir sprachen mit vielen Kumpels. Wir wollten mit den Betriebsräten der Grube sprechen — aber sie waren verhaftet oder hielten sich verborgen, um dem Zugriff der Polizei zu entgehen. Wir sprachen mit ihren Frauen und Nachbarn, und das haben wir erfahren:

Am 22. Oktober berichteten die Betriebsräte Hückeswagen und Kaufmann auf einer Belegschaftsversammlung über die unkorrekte Handhabung der neuen reaktionären Arbeitsordnung bei der Ermittlung des Durchschnittslohnes seitens der Verwaltung. Der 2. Vorsitzende der IG Bergbau, der für diese neue Arbeitsordnung die Mitverantwortung trägt, wird von den empörten Kumpels ausgepfiffen.

Am 1. November erhält der leitende Direktor der Grube „Nordstern", Assessor v. Velsen, einen Brief von dem Bezirksleiter der IG Bergbau und dem Gewerkschaftssekretär Klippel. In diesem Brief werden die Äußerungen des Betriebsrates Hückeswagen auf der Betriebsversammlung absichtlich so entstellt wiedergegeben, daß die Zechenverwaltung geradezu zur Maßregelung aufgefordert wird. Assessor v. Velsen läßt sich die Chance, den aufrechten Arbeitervertreter sofort fristlos zu entlassen, nicht entgehen. Als die Kumpels davon erfahren, beschließen sie in heller Empörung den Streik gegen die Willkür der Zechenleitung. Ihre Forderung lautet: Sofortige Wiedereinstellung des gemaßregelten Betriebsrates, keine Repressalien gegen Streikleitung und Streikende. Die Gewerkschaftsführung bezeichnet den Streik als „wild" und lehnt jede Unterstützung ab. Die Verwaltung kündigt fristlos weiteren Betriebsräten.

2000 Polizisten — eine Zeche

Trotz Androhung fristloser Entlassung und Sperrung der Arbeitslosenunterstützung beschließen mehr als 3000 Kumpels auf einer Kundgebung, den gerechten Streik fortzusetzen. Bis zum 6. November sind an 2000 Mann Polizei herbeigeführt, die das Zechengelände besetzen, die Streikposten auseinanderknüppeln und die Bergarbeiter in die Zeche treiben. In der Waschkaue werden mehr als 100 Kumpels mit Gummiknüppeln mißhandelt und in die Förderkörbe getrieben. Zahlreiche Verhaftungen werden vorgenommen. Zum ersten Male rast hier der Polizeiterror nach amerikanischem Vorbild und verwirklicht die Ankündigung des neuen Innenministers Lehr, daß die Polizei nicht nur gegen Friedenskämpfer, sondern auch gegen streikende Gewerkschafter eingesetzt wird.

Da beschlossen die Bergarbeiter einzufahren und in den Förderstreik zu treten, um den Polizeiterror zu brechen. Noch ist der Streik nicht abgeschlossen, aber einen ersten Erfolg haben die Kumpels erzielt. Die verhafteten Bergarbeiter, mußten freigelassen und die Polizei zurückgezogen werden.

Des Rätsels Lösung

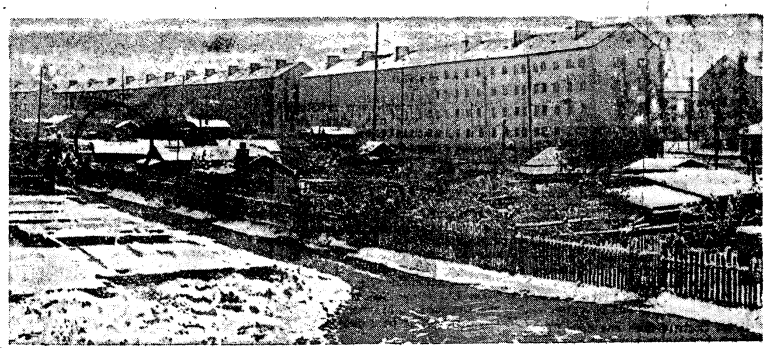
Was veranlaßt die westdeutschen Machthaber nun dazu, gegen die mutigen Sprecher der Kumpels den Gummiknüppel zu schwingen, die Leistung herauszupressen und Sonderschichten zu erzwingen? Es herrscht Kohlenknappheit, wird behauptet. Es ist ein offenes Geheimnis: Während die Bevölkerung an kalten Öfen sitzt, geht laufend mehr Ruhrkohle ins Ausland, um die Kriegsindustrie zu speisen. Ruhrkohle geht auch zu den westdeutschen Industriebetrieben, die bereits wieder auf vollen Touren im Rüstungsgeschäft laufen, während die Friedensindustrie mit ihrer Stillegung zu rechnen hat.

Die propagierte Sonderschicht zur Behebung der „Kohlennot" soll ein weiterer Auftrieb für die Rüstungsindustrie sein. Gleichzeitig soll der Kumpel das Letzte hergeben. Mit Gewalt und Terror will man ihn zwingen, im wahrsten Sinne des Wortes Totengräber des eigenen Volkes zu werden. Das ist des Rätsels Lösung. Darum rauchen die Schornsteine in den Wohnungen der westdeutschen Bevölkerung nicht — zum erstenmal wieder seit Jahren.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Schwarze Fahnen der Not und des erbitterten Protestes wehen über Verden an der Aller. 150 deutsche Familien mußten fünfzig Häuser für neue britische Truppen räumen und wissen nicht, wohin.



22,5 Millionen DM kostete dieser Block von 500 Luxuswohnungen für Besatzungsangehörige in München. In der durch den Kreis kenntlich gemachten Baracke wohnt die Familie des Hilfsarbeiters M., eine von viertausend Münchner Familien, die schlimmer hausen als Vieh.

Im Schatten der Ami-Bauten

Wir wollen hier nicht über den langen Siedlungsblock mit neuen komfortablen Wohnungen in der Rosenheimer Straße in München schreiben. Wir wollen uns lieber einmal in den ihm vorgelagerten Wohnlauben umsehen. In diesen Bretterbuden stehen nicht etwa Spaten, Harke und Gießkanne des Münchener Kleingärtners oder bunt angestrichenes Gartengestühl für schöne Sommertage. Nein — in diesen windschiefen, ärmlichen Buden wohnen seit Jahr und Tag Menschen. Auf engstem Raum zusammengedrängt, inmitten primitiver „Möbel"stücke vegetieren Hunderte von Familien mit bleichen, schmalbrüstigen Kindern. Der kalte Wind pfeift ihnen um die Ohren, und schon längst ist der erste Schnee gefallen.

Sehen wir uns die Baracke an, in der mit seiner Frau Barbara, dem achtjährigen Ernst und der eineinhalbjährigen Bärbel der Hilfsarbeiter E. M. wohnt. Sicher ist Frau Barbara eine saubere und fleißige Hausfrau, aber was kann sie mit einer solchen „Ofenecke" beginnen? Ein Blick in die „Eß-, Schlaf- und Wohnecke" und in das Gesicht der kleinen Bärbel überzeugt uns, daß in solcher Umgebung auch der gesündeste Mensch krank werden muß. Sie sind sicher der gleichen Meinung und auch die Bezirks-Familienpflegerin ist es. Sie schrieb an das Hauptwohnungsamt „zu den dortbestehenden Vorgängen" unter dem Aktenzeichen Ref. 6/WBA/9/Fam.-Fürsorge:

„Familie M. bewohnt eine völlig unzureichende, ungesunde Wohnung. Diese besteht aus zwei Räumen (zusammen etwa 12 qm) in einem primitiven Gartenhaus. In den Räumen ist trotz guten Lüftens und sauberer Haushaltführung immer eine feuchtstickige Luft. Darunter leidet vor allem das Kleinkind. Es befand sich wegen Lungenentzündung von Februar bis Mai 1950 im Kinderkrankenhaus Schwabing. Bei Eintritt der kalten Witterung mußte es mit einer fieberhaften Bronchitis in das Kinderkrankenhaus an der Lachner Straße eingeliefert werden. Nach Angaben des Arztes kann das Kind nicht mehr in diese Wohnung zurück. Das Gartenhaus ist für Wohnzwecke völlig ungeeignet. Die Familie war aber gezwungen, es zu nehmen, weil nichts anderes zu bekommen war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben es den Leuten nicht, einen Baukostenzuschuß zu tragen. Da Frau M. Ende des Jahres ein drittes Kind erwartet, wird gebeten, möglichst bald Hilfe zu gewähren ..."

Es kam keine Hilfe, und das Kind wohnt nach wie vor dort. Sie könnten der Meinung sein, daß der Fall des Hilfsarbeiters M. nur ein Fall, eine krasse Ausnahme sei. Deshalb lesen Sie bitte, was Herr Dr. Wunderer, der Beauftragte der Stadt München für Flüchtlingsfragen und Rechtsreferent im Wohnungsamt, uns erklärte:

„Der Fall M. ist kein Einzelfall. Allein in der Stadt München gibt es viertausend solcher und ähnlicher Fälle, die vordringlich behandelt werden müßten. Und neben diesen viertausend himmelschreienden Elendsfällen gibt es in München noch weitere zwanzigtausend Fälle, die ebenfalls als unerträgliche Wohnverhältnisse dringend bereinigt werden müßten. Aber als wir das Wohnungsamt fragten, ob es denn nicht in der Lage sei, in Verbindung mit der Stadt, der Landesregierung und Bonn Wohnraum zu schaffen, da erklärte ein Beamter, es sei nicht die Aufgabe des Wohnungsamtes, Wohnraum zu beschaffen, sondern den vorhandenen Wohnraum ‚gerecht' zu verteilen."

Jetzt werden Sie sagen: aber die nagelneuen Siedlungsblocks hinter den Lauben beweisen doch, daß Wohnraum geschaffen wird.

Sicher: dort sind neue Wohnungen. Allein in der Rosenheimer Straße sind es über fünfhundert Wohnungen, mit eingebauten Kühlschränken, Badezimmern und allen nur erdenklichen Bequemlichkeiten. Jede dieser Wohnungen kostete rund 45 000 Westmark, der ganze Block also 22,5 Millionen Westmark. Aber: wer bewohnt diese Wohnungen? Nicht etwa Münchener Bürger oder Umsiedler haben das traumhafte Glück, in so komfortablen Räumen wohnen zu können. Der Block wurde von den Steuergroschen der Deutschen für Amis errichtet und wird auf Kosten der Deutschen von ihnen bewohnt. Wieso ist das möglich, fragen Sie?

Weil die Parteien von Herrn Schumacher bis zu Herrn Adenauer oder in Bayern von Herrn von Knoeringen bis zu den Herren Ehard und Hundhammer die Amis flehentlich gebeten haben, recht lange in Deutschland zu bleiben und möglichst viel Truppen hier zu stationieren!

Weil Bundesregierung und „Opposition" bereit sind, Milliarden für eine neue Rüstung und damit für einen neuen Kriegszustand zu vergeuden, ohne das Volk zu fragen, und weil deshalb Wohnungen nur gebaut werden können, wenn sie für Besatzungsangehörige benötigt werden.

Und deshalb werden auch die Besatzungskosten noch steigen. Ein Sprecher der amerikanischen Oberkommission forderte vor kurzem, daß für den amerikanischen Krieg in Europa mindestens 10 Prozent des westdeutschen „Sozialproduktes" auszugeben seien, das bedeutet 12 Milliarden Westmark oder mehr als das Doppelte der bisherigen schweren Lasten.

Sie werden fragen, ob man dagegen nichts tun kann. Selbstverständlich kann man das, man muß es sogar.

Auch in Bayern wollen die einfachen Menschen nicht, daß neue, noch größere und kostspieligere Wohnblocks für Besatzungsmächte entstehen. Sie wollen nicht, daß, wie z. B. in Berchtesgaden, Umsiedler und kleine Gewerbetreibende die ehemalige Kaserne räumen müssen, weil neue Truppen anrücken. Sieben Millionen Westmark muß der Kreis allein für diese „Umquartierung" aufbringen, wie der Landrat Dr. Keßler die Exmittierung nannte. Und kein Bayer ist damit einverstanden, daß der schöne Staffelsee bei München zum Tummelplatz amerikanischer Pioniereinheiten geworden ist, deren Kriegsübungen Tag und Nacht Unruhe unter der Zivilbevölkerung auslösen.

Auch in Bayern weiß oder ahnt ein jeder, daß diese Entwicklung die Gefahr eines Krieges und eines Bruderkampfes in sich birgt.

Deswegen sind, wie überall in Deutschland, auch in Bayern die nationalgesinnten Deutschen der Meinung, daß Vertreter West- und Ostdeutschlands sich zusammensetzen müssen, um ein einheitliches Deutschland zu schaffen und den Besatzungsmächten schleunigst Vorschläge für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen zu unterbreiten.

Dann werden die Zehntausende von Familien, die noch in Elendsquartieren hausen müssen, bald anständige und saubere Wohnungen haben, ähnlich denen, die für Amifamilien in der Rosenheimer Straße erbaut worden sind.

Allein die in Prag von den Außenministern der UdSSR, der osteuropäischen Staaten und der Deutschen Demokratischen Republik gefaßten Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands weisen den Weg in eine solche Zukunft.

Die Koch-, Wasch- und Trockenecke der Familie M. Von den Wänden läuft das Wasser, die Luft ist immer stickig-feucht. Sechs von seinen achtzehn Lebensmonaten verbrachte das jüngste Kind im Krankenhaus.

KOHLE - nur für den Frieden

Nürnberg, Anfang November: Anhaltende Schneefälle versprechen einen langen Winter. In den meisten bayerischen Stuben ist es kalt, denn Kohlen sind schon seit Wochen nicht mehr zu haben. Die Lager der Händler sind leer, und mit Zufuhren aus dem Ruhrgebiet ist nicht zu rechnen. 24 Bäckereibetriebe haben bereits angekündigt, daß sie wegen Kohlenmangels schließen werden.

Bochum, Anfang November: Eine Delegation des Kreiskrankenhauses in Kassel erscheint beim Hauptvorstand der IG-Bergbau und fordert Kohlen, damit die Kranken nicht in ungeheizten Räumen liegen müssen.

Herne, Mitte November: „... seit Beginn des Korea-Konfliktes werden mehr Kohlen als bisher zum Export benötigt. Um den Kollegen in den anderen Industriezweigen die Arbeitsplätze zu erhalten, ist unser oberstes Prinzip: noch mehr Kohle um jeden Preis!" Diese Worte des rechten Gewerkschaftsführers Blom rufen bei den Arbeitern der Schachtanlage „Shamrok I/II" einen Sturm der Entrüstung hervor. Denn die Bergmänner wissen, diese Forderung war die Kriegsparole der Nazis und der Ruhrindustriellen. Sie ist heute die Kriegsparole der Besatzungsmächte und derselben Ruhrindustriellen. Ein junger Bergmann brandmarkt, daß die IG sich mit einer zehnprozentigen Lohnerhöhung habe abspeisen lassen, da angeblich „keine Mittel" vorhanden seien. Diese Mittel waren jedoch da, um die Bereitschaftspolizei auszurüsten, die auf der Zeche „Nordstern" Arbeiter, die im Kampf um höheren Lohn und die Rechte ihrer Betriebsräte standen, zusammengeschlagen hat.

Die Forderung „Mehr Kohle — nur für den Frieden" liegt ebenso im Interesse der 400 000 Ruhrbergarbeiter wie der Kampf der „Nordstern"-Kumpel. Sie muß darüber hinaus verbunden werden mit der Forderung nach gesamtdeutschen Besprechungen, denn in einem einheitlichen Deutschland werden auch die Rechte der Bergarbeiter durch starke Gewerkschaften wahrgenommen werden, und in ihm haben mit amerikanischem Kapital gestärkte Kohlenkonzerne keine Möglichkeit mehr, die Forderung „Mehr Kohle um jeden Preis" mit Hilfe der Polizei und korrumpierter Gewerkschaftsfunktionäre durchzusetzen.

War das der Wählerauftrag?

Am 26. November wählt Bayern den zweiten Landtag seit 1945. Wieder soll das Parlament für vier Jahre im zweitgrößten deutschen Land die Entwicklung entscheidend mitbestimmen.

1946 versprachen die Parteien, die dann von der Mehrheit einer den Schlagworten erlegenen Bevölkerung gewählt wurden, in vielen Reden ein besseres Leben und eine friedliche Zukunft. Dafür erhielten sie die Stimmen. Ein undemokratisches Wahlgesetz schloß bereits damals die demokratischen Kräfte von der aktiven Teilnahme an der Gesetzgebung aus und beraubte 185 000 Wähler ihrer parlamentarischen Vertretung.

Aber auch keiner der anderen Wähler hatte seine Partei damals beauftragt, eine Verstärkung der Besatzungstruppen zu verlangen, wie dies Herr Adenauer und seine Parteifreunde tun, kein Wähler hatte Herrn Schumacher und seine Freunde damals beauftragt, die Amerikaner einzuladen, ihre Truppen nicht mehr in Arizona sondern in Grafenwöhr auszubilden.

Niemand hat die bayrische Regierung beauftragt, die Steuern zu erhöhen und motorisierte Polizeieinheiten zu schaffen, und schon gar nicht war die Rede davon, die Aufstellung deutscher Söldnerverbände unter amerikanischem (Todes-) Kommando vorzubereiten.

Die Wähler wollten und wollen nichts wissen von Divisionen, Kanonen und Kasernen, sie wollen, daß die Versprechen auf ein besseres Leben und eine friedliche Zukunft endlich eingelöst werden.

Sie wollen also dasselbe, was die Prager Außenministerkonferenz mit ihrem Vorschlag meinte, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu bilden, mit einer daraus entstehenden gesamtdeutschen Regierung einen Friedensvertrag abzuschließen und die Besatzungstruppen abzuziehen.

Die bayrischen Wähler können deshalb Parteien und Personen nicht ins Parlament schicken, die schmutzige Befehle von den Besatzungsmächten und schmutziges Geld von Erdölfirmen, Bankiers und großindustriellen „Schmierstellen" entgegennehmen.

Sie müssen anständige Menschen in den Landtag entsenden, die klare Antworten auf die klaren Fragen geben können:

Seid ihr für oder gegen die Remilitarisierung?

Seid ihr für oder gegen die Aufnahme gesamtdeutscher Besprechungen zwischen gleichberechtigten Vertretern aus ganz Deutschland, um den Frieden zu erhalten?

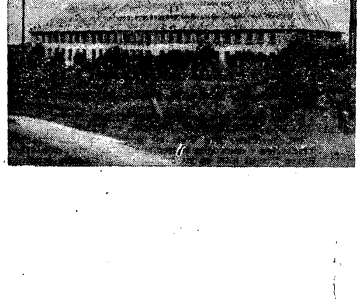
Wer dafür ist und sich dafür einsetzt, ist ein Kandidat des Volkes.

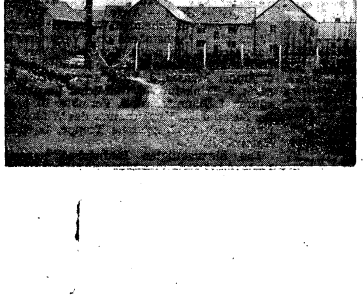
„Wehrsport"-Plätze

Gegen die Anlage von Sportplätzen ist nichts einzuwenden. Unsere Jugend soll den Körper trainieren und kräftigen, um den Aufgaben der friedlichen Arbeit besser gewachsen zu sein.

Mit den Sportplätzen in Lemgo im Lipper Land aber hat es eine anrüchige Bewandtnis. Im August gingen ein Großbagger und drei Planierraupen über Nacht auf Gärten und Wiesen los, die kleinen Leuten gehörten. Zwei Fußballplätze und ein Cricketplatz für die Briten, so hieß es. Für neunzig Pfennig Stundenlohn schufteten seitdem 150 Arbeiter.

Auffallend war, daß die Plätze unmittelbar vor den Kasernen angelegt wurden. Als der im Kriege nicht mehr vollendete Block V von Handwerkern und Umsiedlern geräumt wurde und Gerüste an ihm emporwuchsen, war es klar geworden: hier entstand ein Exerzierplatz für die deutsche Söldnerarmee. Die Stadtverwaltung bestätigte es: im Frühjahr 1951 wird auf dem anliegenden Schrebergartengelände ein Schießstand angelegt werden. Nicht nur in Lemgo entstehen Exerzierplätze und Schießstände! Keine Hand darf sich rühren für diese Übungsstätten des Todes, drohen auch Arbeitsämter die Unterstützung zu sperren. Kein deutscher Arbeiter darf an der vorgesehenen militärischen Versklavung deutscher Jugend mitschuldig werden!





Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ANNA SEGHERS

Zu ihrem 50. Geburtstag

Zu ihrem 50. Geburtstag am 19. November 1950 gratulieren wir Anna Seghers mit den herzlichsten Wünschen für ein langes, glückhaftes, von Schaffenserfolgen erfülltes Leben! Wir gratulieren uns, daß wir sie besitzen: die deutsche Gegenwartsliteratur wäre entscheidend ärmer ohne sie, die Welt ärmer um eine ihrer in vorderster Linie stehenden Friedenskämpferinnen. Da Anna Seghers auch in diesem Jahre ihres Fünfzigsten noch nicht im Kreise der Nationalpreisträger ist, sind unsere Glückwünsche um so wärmer, möchten wir ihr noch intensiver spürbar machen, wieviel sie uns bedeutet.

Anna Seghers kam aus dem Bürgertum, aus Mainz, aus dem Studium von orientalischen Sprachen, Kunst- und Kulturgeschichte in Heidelberg, aus Ehe und Mutterschaft, als der Kleistpreis ihren Roman „Der Aufstand der Fischer von St. Barbara" und ihren Namen, der ein Pseudonym ist, 1929 bekannt machte. Woher kannte sie das Milieu des Fischerdorfes und die Atmosphäre der Rebellion aus Not und Elend?

Anna Seghers war in der Emigration, im lichtdurchfluteten Paris, als uns ihr Roman „Die Rettung" (1937) mit der Nacht der Schächte mit Fron und Todesnähe der Kumpel, mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit konfrontierte. Woher wußte sie so gut um diese proletarische Welt, daß ihr so meisterhafte, realistische Gestaltung möglich wurde?

Anna Seghers hat ihren Kampf gegen den Faschismus im Exil mit einem Welterfolg gekrönt, dem Roman „Das siebte Kreuz", der in viele Sprachen übersetzt und auch verfilmt wurde. Wie war es ihr möglich, mit so scharfem Blick das Treiben der Nazimörder, die Haltung des deutschen Volkes, die Leiden der antifaschistischen Kämpfer über Tausende Meilen hinweg zu sehen?

Nach ihrer Rückkehr hat uns Anna Seghers mit „Die Toten bleiben jung" den großen, meisterhaften Roman der faschistischen Periode geschenkt, ein Werk von „künstlerischer Unwiderleglichkeit", „einen Zeitroman von exemplarischer Bedeutung", wie den erste mit einem Nationalpreis ausgezeichnete deutsche Literaturkritiker – festgelegt wurde konnte sie das da sie nicht dabei, in Paris, in Mexiko, im Exil war?

Stephan Hermlin hat einmal gesagt, das Kunstwerk stelle sich im Falle Anna Seghers „einmal wieder einfach als Produkt von Intelligenz und Gefühl, als Ergebnis gesteigerter Wahrheitssuche und richtiger Erwägungen über Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der Handelnden dar". Das ist sehr gut gesehen. Man möchte aber gerade bei Anna Seghers noch einen Lichtpunkt und eine Gefahrengrenze aufzeigen. Den Lichtpunkt jener unerhört konkreten, knappen, asketischen und doch blühenden Sprache, der ihre Wortkunst der Zeichenkunst der Käthe Kollwitz verwandt macht; den Gefahrenpunkt auf dem Wege von „Erwägungen" und „Wahrheitssuche", der nicht in Objektivismus führen soll: Stalin hat keine Interpreten oder Analytiker, sondern Ingenieure der Seele gefordert. „Die Gefährten" und „Das siebte Kreuz" haben die Fähigkeiten der Dichterin auf diesem Gebiete zur Genüge erwiesen.

Denn eine Dichterin von größtem Format steht vor uns, einer der wenigen deutschen Namen, gleichberechtigt neben den großen sowjetischen in der zeitgenössischen Weltliteratur. Eine Frau, deren bezwingende Persönlichkeit so recht offenbar wird, wenn sie sich vor großen Versammlungen zu Stegreifworten erhebt, die menschliche Dokumente, Bekenntnisse einer kämpferischen Humanistin sind. So grüßen wir in ihr das verehrte Vorbild und den großen Kameraden! Wir sind stolz auf sie. Ein einheitliches demokratisches Deutschland in einer Welt des Friedens möge ihr bald den Lorbeer reichen.

Walther Victor

Garant des Friedens

Unsere Jugend besitzt gegenüber der Generation, die vor ihr auf den Schulbänken saß, einige wertvolle Vorzüge. Sie ist wacher, ist aktiver geworden und entwickelt einen scharfen Blick für Zusammenhänge.

Mancher von den Alten hat das erst spät, oft sehr spät, manchmal zu spät gelernt. Unsere Jugend lernt es schon in der Schule.

Nehmen wir als Beispiel den Erdkundeunterricht. Das Rheinland wird behandelt. Es fällt der Name Bonn. Das ist heute nicht bloß geographisches Datum, sondern auch aktuelles Stichwort.

„Bonn, das liegt doch nicht weit von dem großen Felsen", sagt ein Kind.

„Ja, die Lorelei, und da sind jetzt große Löcher drin", ergänzt ein zweites.

„Herr Lehrer, ich weiß, was soll es bedeuten"; schon aber wirft ein Junge ein: „Ich weiß es auch, da sind doch die Hohen Kommissare."

Und bald sind sie bei dem Thema angelangt, in das heute so manches Gespräch endet: beim Frieden. Sie haben selbst fleißig mitgearbeitet bei der Unterschriftensammlung.

In den letzten Wochen war in der Geographiestunde viel von einer englischen Stadt die Rede: Sheffield. Daß man dort Messer, Scheren, Klingen und auch gewöhnlichere Dinge aus Stahl und Eisen macht, haben sie schon früher gewußt. Auch über das Geographische waren sie informiert. Jetzt aber ist auch diese Stadt ein aktuelles Stichwort geworden, und wenn von nun an im Geographieunterricht von Sheffield die Rede sein wird, dann wird erzählt werden, daß im November 1950 in dieser englischen Stadt demokratischer Schein begraben und die Angst der Kriegstreiber vor der mächtigen Friedensfront offenbar wurde.

An die Stelle des Namens Sheffield ist nun der Name Warschau getreten. Auch ein Punkt auf der Landkarte, über den in den Schulen viel gesprochen und geschrieben wird, was nichts mit Geographie zu tun hat. Vieles, was den Kindern die Schamröte ins Gesicht getrieben hat, und vieles, was ihre Augen von Begeisterung strahlen macht. Wie sich dort ein Volk aufraffte, um ein neues Leben zu bauen, und wie dieses Volk uns trotz allem, was es von Deutschen erlitten hat, jetzt die Freundeshand reicht. Und sie wissen, was diese Freundeshand gerade für sie, die neue deutsche Generation, bedeutet: in diese Hand einschlagen heißt, daß sie, die Kinder von heute, ohne Angst vor Bomben heranwachsen, lernen und sich für ein Leben in Sicherheit und Wohlstand vorbereiten können.

Frieden, Frieden und nochmals Frieden steht im Mittelpunkt der Aufgaben unserer demokratischen Schule. Es gibt da noch manche Arbeit zu leisten, denn es gibt noch ernste Schwächen. Das soll und wird man nicht verschweigen. Aber ebenso wenig darf man verschweigen, was seit 1945 schon geleistet worden ist von Lehrern und Schülern, von der FDJ und den Jungen Pionieren. Tausende von Lehrern arbeiten in den Ausschüssen der Nationalen Front, Tausende in den Friedenskomitees, Tausende sind in den Gemeinderäten, den Kreis- und den Landtagen tätig, und eine Reihe der besten sitzt in der Volkskammer.

Die Geschichte dieser jungen Lehrergeneration wird noch zu schreiben sein. In ihr wird der Lehrer Wegener aus Bolzenburg im Kreis Hegenow einen ehrenvollen Platz einnehmen. In kaltem Wetter, der Westpolizei trotzend, schwamm er wiederholt über die Elbe, sprach in der britischen Besatzungszone mit deutschen Arbeitern und sammelte Unterschriften für den Stockholmer Appell. Dann ist da das Kollektiv der Oberschule in Frankenberg in Sachsen, 160 Oberschüler gingen aufs Land, die Hälfte bildete Aufklärungstrupps, die andere Hälfte nahm die Hacke und rodete Kartoffeln. Dann gingen sie nach Dittersbach, richteten dort ein Mitschurin-Versuchsfeld ein und übernahmen die Patenschaft über ein Neubauerngehöft.

Die Prenzlauer Schulen veranstalteten einen Wettbewerb für beste Friedensarbeit. Sie hingen ihre Wandzeitungen in die Bahnhofshalle von Prenzlau. Den Reisenden wurden Stimmzettel in die Hand gedrückt, damit sie im Agitationslokal ihr Urteil über das Gesehene abgeben konnten. So wurde der Sieger ermittelt; der Preis fiel der Pestalozzi-Schule zu. Minister Rau, der auf der Durchreise die Wandzeitungen sah, sprach sich in begeisterter Anerkennung über die Friedensarbeit der Prenzlauer Schulen aus.

Alle Schulen schalteten sich aktiv in die Wahlvorbereitungen ein, und viele Klassen und ganze Schulen besuchten die Kandidaten und gaben ihnen Wähleraufträge. In Altranft im Kreis Oberbarnim verlegte eine Schule den Gegenwartsunterricht ins Aufklärungslokal der Nationalen Front. Der Erfolg für die Wahlen blieb nicht aus.

So wächst eine neue deutsche Generation heran, ein Garant des Friedens für Deutschland und Europa.

L. V.

„FREMDE SCHATTEN"

Er hat eine große Entdeckung gemacht, der Bakteriologe Professor Trubnikow, er würde mit seinem neuen Impfstoff Hunderten von Menschen die Gesundheit wiedergeben können. Ist es nicht die Pflicht eines human denkenden Menschen, das Geheimnis seines Heilmittels der ganzen Welt zu offenbaren, allen Leidenden die Genesung zu ermöglichen? Professor Trubnikow fühlt sich mehr ein Diener der Wissenschaft als ein Bürger des Sowjetstaates. Ihm ist es selbstverständlich, daß amerikanische Kollegen seine Versuchsreihen einsehen, er findet nichts dabei, ein wichtiges Dokument aus der Hand zu geben, denn die Amerikaner sind ja „Wissenschaftler wie er". Er bedenkt nicht, daß sie in einem Lager stehen, daß in diesem Lager die Wissenschaft nur zu oft mißbraucht wurde, um Tod und Verderben zu schaffen. Er bedenkt nicht, daß seine Entdeckung nicht sein Privateigentum ist, daß er sie nicht hätte machen können ohne die Hilfe seiner Mitarbeiter, ohne die Unterstützung durch den Staat. Ihnen ist er Rechenschaft schuldig, es darf nicht geschehen, daß durch seine Kurzsichtigkeit, durch sein Verlangen nach Weltruf einst die Aufbauarbeit seiner Heimat gefährdet wird und Millionen von Menschen Vernichtung droht durch die furchtbaren Waffen des Bakterienkrieges.

Wie ein Schatten steht dieser Gedanke im Raum, noch nicht klar erfaßt, nicht deutlich formuliert, doch instinktiv gespürt, dieser Schatten aus einer fremden, aus der kapitalistischen Welt. Trubnikow spürt ihn nicht, aber alle anderen um ihn erkennen die Gefahr. Im entschlossenen Zupacken holen sie sich das Manuskript zurück, das bereits in den Händen eines Mittelsmannes war. Da endlich sieht auch Trubnikow klar. Er kann seine Wissenschaft nicht in den Dienst aller Menschen stellen, solange es Länder gibt, wo die Feinde des Volkes herrschen.

„Der fremde Schatten", ist ein Mahnruf Simonows, des Dichters der „Russische Frage", an die gesamte Menschheit.

Daß sich die „Neue Bühne" im Haus der Kultur gerade dieses Stück für ihren Start ausgesucht hat, war ein Wagnis. Weit entfernt davon, die Aufführung als mißlungen hinzustellen, kann man sie jedoch nicht als sehr geglückt bezeichnen. Es ist dem Ensemble wie der Regie nicht gelungen, echtes sowjetisches Milieu zu schaffen. Dasselbe gilt von den Bühnenbildern. Es gilt für die Mitglieder der „Neuen Bühne", noch viel zu lernen und an sich zu feilen. Dazu sind sie auch sehr gern bereit.

S. R.

DER KULTURSPIEGEL

Der Dokumentarfilm „Der Weg nach oben" (wir haben darüber anläßlich einer Presseaufführung eingehend berichtet) erlebte jetzt in Berlin seine Uraufführung. Der Weg unserer Heimat von Tagen größter Not und härtester Entbehrungen bis heute, die Entwicklung von den Nachwirkungen des nazistischen Erbes bis zur demokratischen Haltung von heute, wird in packenden Bildern der Wirklichkeit noch einmal vorgeführt. Eine große Spannung schafft der Gegensatz der Bilder vom Aufbau bei uns zu den Szenen vom westdeutschen Verfall, die hier und da eingeblendet sind. Als ein lebendiges Zeitbild nimmt es dieser Film mit jedem Spielfilm auf.

Professor Dr. Heinrich Tessenow, der bedeutende deutsche Architekt, ist vor wenigen Tagen gestorben. Der 1876 als Sohn eines Zimmermanns geborene Künstler wurde bekannt als Hochschullehrer in Wien, Dresden und Berlin, als Autor weitverbreiteter Bücher über die Baukunst und als schaffender Künstler. In der Nazizeit verbot man ihm die Ausübung seines Berufes. Das Ministerium für Aufbau gedenkt in einem Nachruf der großen Verdienste Tessenows bei der Gestaltung von Arbeitersiedlungen, Schulen und Landschulheimen. „Tessenow hat durch sein Schaffen stets gegen den aufgeblasenen Pomp in der Baukunst protestiert, er hat in schlichten, schönen Bauwerken die menschliche Würde zum Ausdruck gebracht. Mit Heinrich Tessenow verliert unser Land einen aufrechten, vorwärtsdrängenden Künstler, der sich stets den Impulsen der neuen Zeit aufgeschlossen zeigte."

Der feierliche „Dies academicus" der Humboldt-Universität stand in diesem Monat ganz im Zeichen der Feiern des 33. Jahrestages der Oktoberrevolution. Im Friedrichstadt-Palast sprach Volksbildungsminister Wandel auf einer Großkundgebung vor 3000 Studenten. Der Minister dankte in seiner Rede der Sowjetunion für die große Hilfe beim Wiederaufbau der Universität und für die großzügige Förderung der deutschen Wissenschaft.

Der Thomanerchor sang unter der Leitung von Thomas-Kantor Günter Ramin in der Marienkirche. Das Programm stand bereits im Zeichen des Totensonntags. Die Thomaner brachten Brahms, Johann Sebastian Bach, Johann Michael Bach, Hans Leo Hassler. Die Zuhörer waren stark beeindruckt von der Sicherheit, mit der der Chor sang. Es ist der hervorragenden Arbeit von Günter Ramin zu verdanken, daß dieses sichere Können, frei von jeder Routine, ein bedeutsames Zeichen für die kulturellen Kräfte darstellt, die in der Deutschen Demokratischen Republik wirksam sind.

Ein „Theater der Werktätigen" entstand durch die gemeinsame Arbeit der Belegschaft der Filmfabrik AGFA, Wolfen, aus den Trümmern des durch den Bombenkrieg stark zerstörten alten Werktheaters. Das schöne, moderne Theater hat 900 Plätze, eine große Bühne und einen versenkbaren Orchesterraum. Sämtliche Bühnenwerke können hier aufgeführt werden.

Die Niederdeutsche Uraufführungswoche brachte interessante Ergebnisse. Ein starkes künstlerisches Erlebnis war Hilde Neumanns niederdeutsche Bearbeitung von „Die Leute auf Damgaard", dem einzigen Drama Martin Andersen Nexös, das die Niederdeutsche Bühne in Rostock aufführte. Die drei anderen preisgekrönten Stücke waren das Volksstück „Fettig Fingern" von Erwin Volsdorf, das Klaus Albrecht in Wismar inszenierte, „Dat Vörrecht" von dem inzwischen verstorbenen Karl-Friedrich Grützmacher und das Bühnenwerk „Klor Schipp" von Fritz Kummrow, das bei seiner Aufführung in Güstrow einen großen Widerhall bei den Zuschauern hatte.

„Die Sonnenbrucks", das erfolgreiche Bühnenstück des polnischen Autors Leon Kruczkowski, wird zur Zeit im Babelsberger Althoff-Atelier verfilmt. Regie führt Dr. Klaren, der auch das Drehbuch schrieb. Der Name Georg Klarens war bereits in der Weimarer Republik mit dem Film eng verknüpft. Er ist einer der Pioniere des neuen fortschrittlichen Films und Mitbegründer der DEFA. Unter seiner Leitung entstand der Film „Wozzeck", der großen Erfolg hatte. Nachdem Klaren in Österreich, seiner Heimat, einen weiteren Film gedreht hatte, errang er in Deutschland einen neuen großen Erfolg mit „Semmelweis, Retter der Mütter". Nun erwartet man mit Spannung die Lösung seiner neuen Aufgabe, der Verfilmung der „Sonnenbrucks". Der Nationalpreisträger Eduard v. Winterstein wird die Hauptrolle, den Professor Sonnenbruck, verkörpern.

KREUZGITTER

In die freien Felder der Figur sind Buchstaben einzusetzen, so daß ein Gitterwerk sich kreuzender Wörter entsteht. Die Erklärungen der Wörter sind unabhängig von Richtung und Reihenfolge in der Figur angegeben. Die bereits eingetragenen Buchstaben dienen zur Kontrolle.

Altägyptische Göttin — Laubbaum — Verschluß — Waldschädling — Geliebte des Zeus — Halbjahr — Alpenpflanze — norddeutscher Erzähler — geographischer Begriff — langsames Tonstück — Bremsschwung beim Skilauf — westeuropäischer Strom — norditalienische Stadt (in der Landessprache) — Afte — Teil des Fußes — Stadt an der Lahn — musikalisches Übungsstück — weiblicher Vorname — edles Pferd — Nutzvogel.

Zahlenrätsel

Die Zahlen sind durch Buchstaben zu ersetzen und ergeben Wörter folgender Bedeutung:

1 2 3 4 2 5 6 — Stadtteil von Berlin
7 8 9 2 10 11 5 — Fluß der Unterwelt in der griechischen Sage
12 11 5 6 11 5 — europäische Hauptstadt
13 11 13 7 14 5 — Betäubungsmittel
15 12 4 14 16 7 4 15 16 — das Entweder — oder
2 12 6 11 10 7 6 11 — Wunderland
10 2 6 7 13 4 14 11 5 — Schriftleitung
2 5 4 9 15 3 14 7 3 4 — Schwärmer

Die acht Anfangsbuchstaben nennen, von oben nach unten gelesen, eine Oper von Richard Wagner.

Umformrätsel

Taler — Bank — Walzer — Parze — Braten — Mai — Leber — Norma — Trab — Husar — Wiege — Neger — Geist — Auge.

Jedes der vorstehenden Wörter ist durch Hinzufügen eines Buchstabens und Verstellen der vorhandenen in ein neues sinnvolles Wort folgender Bedeutung umzuformen: 1. Männlicher Vorname, 2. junger Mensch, 3. Stadt an der Lahn, 4. Turngerät, 5. Trinkstube, 6. weiblicher Vorname, 7. Aufrührer, 8. Baumfrucht, 9. Verlobte, 10. angeheiterter Zustand, 11. Kopfschmuck des Wildes, 12. regierender Fürst, 13. schmale Treppe, 14. italienische Hafenstadt.

Die hinzugefügten Buchstaben nennen, fortlaufend gelesen, eine Witterungserscheinung.

Ergänzungsrätsel

West . . . . . land — . . . . . hut — Gewichts . . nahme — Überein . . . . . — . . . . set — . . . selfliege — Mutter . . . . . — Leuchtbo . . . — An . . . sen — . . . lichkeit — Men . . . . . liebe — Gold . . san — . . . nimum — Strombo . . . — . schenbach — Lachtau . . — . . dolstadt — Lege . . . ne — . . . gang — Dia . . . — Be . . . digung — L . . . mantel.

In jedes Wortbruchstück ist eine Silbe einzusetzen, die es zu einem sinnvollen Hauptwort ergänzt. Jeder Punkt bedeutet einen Buchstaben. Die eingesetzten Silben ergeben im Zusammenhang eine Wahrheit, die unser Handeln bestimmt.

Auflösung der Rätsel aus der vorigen Nummer

Kästchenrätsel: NATIONALPREISTRÄGER. — Prälat, Riesa, Tang, Ironie.

Silbenrätsel: 1. Diskussion, 2. Irade, 3. Emerson, 4. Tagore, 5. Relief, 6. Aperitif, 7. Ufa, 8. Roderich, 9. Impressionismus, 10. Geographie, 11. Starnberg, 12. Turandot, 13. Euripides, 14. Nabob, 15. Vokal, 16. Osterode, 17. Nostradamus, 18. Aphrodite, 19. Lombardei, 20. Leopard, 21. Edmund, 22. Nansen, 23. Uhlenhorst, 24. Elbrus, 25. Böcklin, 26. Ettal. — Die traurigsten von allen Übeln sind die selbstgeschaffenen.

Kreuzworträtsel: Waagerecht: 1. Profit, 5. Helote, 9. Fama, 10. Iser, 11. Gasolin, 12. Import, 14. Thekla, 16. Elster, 17. Roland, 18. Spalte, 21. Fabian, 24. Nieten, 26. Oberon, 28. Element, 29. Elli, 30. Tute, 31. Luense, 32. Erebos. — Senkrecht: 1. Pfeife, 2. Rahm, 3. Fagott, 4. Taster, 5. Halter, 6. Lineal, 7. Teil, 8. Erhard, 13. Passage, 15. Klavier, 18. Senkel, 19. Latein, 20. Ennepe, 21. Floete, 22. Buette, 23. Nantes, 25. Igiu, 27. Otto.

Nimm weg — lege dazu: HAUT, ADAM, NABE, DEICH, WACHS, EBER, RINDE, KRACH. — Handwerk.

Silbenordnen: Die Welt ist nicht aus Bret und Mus geschaffen / deswegen haltet euch nicht wie Schlaraffen / Harte Bissen gibt es zu kauen / Wir müssen erwürgen oder sie verdauen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wenn das Volk sich erhebt

Napoleon I.

Zeichnungen: Gäbel

Am 20. November 1910 starb Leo Tolstoj. Der folgende Abschnitt aus seinem Hauptwerk „Krieg und Frieden" enthält interessante Beziehungen zu Ereignissen der Gegenwart.

So sonderbar auch die geschichtlichen Schilderungen davon sind, wie ein König oder Kaiser, der mit einem anderen Kaiser oder König in Streit kam, ein Heer sammelte, mit dem Heere des Feindes zusammentraf, den Sieg davontrug, 3000, 5000 oder 10 000 Mann erschlug und infolgedessen den Staat und das ganze Volk mit mehreren Millionen unterwarf; so unbegreiflich es auch ist, warum die Niederlage des bloßen Heeres, eines Hunderttels aller Kräfte des Volks, zur Unterwerfung des Volks geführt hat — alle Tatsachen der Geschichte (soweit sie uns bekannt ist) bestätigen die Richtigkeit dessen, daß größere oder kleinere Erfolge des Heeres des einen Volkes über das Heer des anderen Volkes die Ursachen oder wenigstens die wesentlichen Merkmale der Zu- oder Abnahme der Macht der Völker sind. Das Heer hat einen Sieg davongetragen, und sogleich haben sich die Rechte des siegreichen Volkes auf Kosten des besiegten vergrößert. Das Heer hat eine Niederlage erlitten, und sogleich verliert das Volk je nach der Größe der Niederlage Rechte und unterwirft sich vollständig bei einer vollständigen Niederlage des Heeres.

So war es (der Geschichte nach) von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart. Alle Kriege Napoleons dienen zur Bestätigung dieses Grundsatzes.

Je nach der Größe der Niederlage der österreichischen Heere verliert Österreich seine Rechte, vergrößern sich die Rechte und Kräfte Frankreichs. Der Sieg der Franzosen bei Jena und Auerstädt vernichtete die Selbständigkeit Preußens.

Plötzlich aber im Jahre 1812 erringen die Franzosen den Sieg bei Moskau. Moskau wird genommen, und unmittelbar darauf, ohne daß neue Schlachten geschlagen wären, hörte nicht Rußland auf zu existieren, die 600 000 zählende Armee hörte auf zu existieren und dann das napoleonische Frankreich. Die Tatsachen zu beugen, zur Bestätigung des Grundsatzes der Geschichte zu behaupten, das Schlachtfeld von Borodino wäre in den Händen der Russen geblieben, es hätte nach Moskau noch Schlachten gegeben, die Napoleons Heer vernichteten, ist unmöglich.

Nach dem Siege der Franzosen bei Borodino gab es keine einzige Hauptschlacht mehr, ja, nicht einmal ein irgendwie bedeutendes Treffen, und doch hörte die französische Armee auf zu existieren. Was bedeutet das? Wäre das ein Beispiel aus der Geschichte Chinas, so könnten wir sagen, diese Erscheinung sei nicht historisch (die Hintertür der Geschichtsschreiber, wenn etwas nicht in ihre Schablone paßt); handelte es sich um einen kurzen Zusammenstoß, so könnten wir diese Erscheinung als eine Ausnahme betrachten; aber das Ereignis hat sich vor den Augen unserer Väter vollzogen, für die die Fragen von Leben und Tod des Vaterlands zu entscheiden waren, und dieser Krieg war der größte aller bekannten Kriege.

Die Periode des Feldzugs des Jahres 1812 von der Schlacht von Borodino bis zur Vertreibung der Franzosen hat bewiesen, daß eine gewonnene Schlacht nicht nur kein Grund zur Eroberung, sondern nicht einmal ein sicheres Merkmal der Eroberung ist, — hat bewiesen, daß die Kraft, die das Schicksal der Völker entscheidet, nicht in den Eroberern liegt, auch nicht in den Heeren und Schlachten, sondern in etwas anderem.

Die französischen Geschichtsschreiber behaupten in ihrer Schilderung der Lage des französischen Heeres vor dem Abzuge aus Moskau, daß alles in der großen Armee in Ordnung war, mit Ausnahme der Kavallerie, der Artillerie und des Trains, und daß es kein Futter für die Pferde und das Zugvieh gab. Diesem Übel konnte durch nichts abgeholfen werden, weil die Bauern der Umgegend ihr Heu verbrannten und es nicht den Franzosen gaben.

Die gewonnene Schlacht brachte nicht die üblichen Vorteile, weil die Bauern Karp und Wlas, ebenso wie die ganze zahllose Menge solcher Bauern für das gute Geld, das man ihnen anbot, kein Heu nach Moskau brachten, sondern es verbrannten.

Stellen wir uns zwei Menschen vor, die zum Degenduell antreten, nach allen Regeln der Fechtkunst; das Fechten hat eine bestimmte Zeit gedauert; plötzlich fühlt sich einer der Kämpfenden verwundet. Er begreift, daß es sich nicht um einen Scherz handelt, daß sein Leben auf dem Spiele steht, er wirft den Säbel weg, greift nach dem ersten besten Knüttel und geht mit ihm auf den Gegner los. Aber stellen wir uns vor, daß der Kämpfer, der so vernünftig das beste und einfachste Mittel zur Erreichung seines Zweckes angewandt hat, zugleich von den Traditionen der Ritterlichkeit begeistert ist und darum den Kern der Sache verbergen und behaupten wollte, er hätte nach allen Regeln der Kunst im Kampf auf Degen gesiegt. Man kann sich vorstellen, welch ein Wirrwarr, welche Unklarheiten aus einer solchen Schilderung des Zweikampfs hervorgehen würden.

Der Fechter, der den Kampf nach den Regeln der Kunst forderte, waren die Franzosen, sein Gegner, der den Degen fortwarf und zum Knüttel griff, waren die Russen; die Menschen, die alles erklären wollen nach den Regeln der Fechtkunst, sind die Geschichtsschreiber, die über das Ereignis geschrieben haben.

Von der Stunde an, wo Smolensk in Flammen aufging, begann ein Krieg, der sich mit keiner Tradition früherer Kriege deckt. Die Einäscherung von Städten und Dörfern, der Rückzug nach den Schlachten, der Schlag bei Borodino, dann wieder der Rückzug, der Brand von Moskau, das Einfangen der Marodeure, die Beschlagnahme des Transports, der Freischarenkrieg — alles das war Abweichung von den Regeln.

Napoleon empfand das, und von der Stunde an, wo er in der regelrechten Stellung des Fechters in Moskau angetreten war und statt des Säbels den Knüttel sah, der gegen ihn erhoben war, hörte er nicht auf, sich bei Kutusow und dem Kaiser Alexander darüber zu beklagen, daß der Krieg gegen alle Regeln geführt werde (als ob es Regeln gäbe, nach welchen man Menschen tötet). Trotz der Klage der Franzosen über die Nichtachtung der Regeln, und obwohl es den höhergestellten Russen als etwas Schmerzvolles erschien, sich mit dem Knüttel zu schlagen, und obwohl sie gern nach allen Regeln der Kunst eine Quarte oder Terz geschlagen oder einen künstlichen Ausfall in der Prime gemacht hätten usw. — erhob sich der Knüttel des Volkskrieges in seiner drohenden und erhabenen Kraft; er erhob sich, ohne nach dem Geschmack und den Kunstregeln irgend jemandes zu fragen, in dummer Einfalt, aber mit Zweckmäßigkeit, und fiel nieder und zermalmte die Franzosen, bis die ganze Invasion der Feinde vernichtet war.

Und wohl dem Volke, das nicht, wie die Franzosen im Jahre 1812, nach allen Regeln der Kunst salutiert, den Degen umdreht und ihn anmutig und höflich dem großmütigen Sieger reicht, nein, wohl dem Volk, das in Stunden der Prüfung, ohne zu fragen, wie andere in ähnlichen Fällen nach Regeln handeln, mit Einfalt und harmlos den ersten besten Knüttel ergreift, und so lange mit ihm einhaut, bis in seiner Seele das Gefühl der Schmach und Rache dem der Verachtung und des Mitleids gewichen ist.

E. W. Tarlé: Talleyrand. Köhler und Amelang, Leipzig

In den Jahren vor dem Kriege wurde in Deutschland das Buch des englischen Konservativen Duff Cooper über Talleyrand viel gelesen, ja verschlungen. Leicht und elegant hingeworfen erschien vor dem Leser das Bild des „ersten Diplomaten seines Jahrhunderts", ohne daß es dem Verfasser allerdings auch nur annähernd hätte gelingen können, das Geheimnis des so erfolgreichen und so vielfach wandlungsfähigen Staatsmannes zu entschleiern.

Heute bekommen wir bei Tarlé, der seine Darstellung durch umfassende Auswertung der nicht geringen Literatur über Talleyrand und seine Zeit und durch Heranziehung mancher bisher nicht benutzter Quellen aus den Staatsarchiven wissenschaftlich unterbaut, eine von der ersten bis zur letzten Seite ungemein fesselnde neue Darstellung jenes Repräsentanten der bürgerlichen Diplomatie; Tarlé ist aber auch mit Sorgfalt dem Geheimnis des Erfolges des Franzosen nachgegangen.

Talleyrand war der Diplomat der aufsteigenden Klasse der Bourgeoisie, des siegreichen Vordringens des Kapitalismus und des Niedergangs der feudalen Adelsherrschaft, der als erster erkannte, in welcher Richtung man die alten diplomatischen Gewohnheiten umbilden mußte. Sein Fingerspitzengefühl ermöglichte ihm, stets rechtzeitig auf die Seite der zukünftigen Sieger überzugehen und reiche Früchte seines Weitblicks zu ernten. An vielen Beispielen wird interessant und überzeugend auseinandergesetzt, wie der schlaue Fuchs frühzeitig erkannte, daß die Klasse, der er selbst entstammt, die Aristokratie, politisch verurteilt war und ihren Platz der mit logischer Notwendigkeit nachrückenden Klasse der Bourgeoisie räumen mußte. Deshalb war Talleyrand immer, wie er im Alter einmal zu Thiers sagte, „an der Macht oder am Vorabend der Macht". So viel er in seinem langen Leben Verrat geübt hat, lediglich das ihm persönlich völlig fremde Bürgertum hat er nicht verraten, aber nicht etwa aus Gründen irgend einer Überzeugung, sondern lediglich deshalb, weil er seinen Sieg für absolut sicher hielt. Das Buch gibt ein interessantes Beispiel dafür, daß der Einfluß von Persönlichkeiten auf den Ablauf der Geschichte nicht zuerst von diesen, sondern davon abhängt, wieweit sich ihre Handlungen im Einklang mit dem notwendigen Ablauf der Ereignisse befinden.

— Wr. —

Das Rundfunkprogramm der nächsten Woche

	Sonntag, 19. November	Montag, 20. November	Dienstag, 21. November	Mittwoch, 22. Nov. Bußtag	Donnerstag, 23. November	Freitag, 24. November	Sonnabend, 25. November
BERLIN Mittelwelle 782 kHz = 383,1 m und 1570 kHz = 191,1 m 236 kHz = 1271 m **Nachrichten:** 4.33, 5.00, 6.00, 7.03, 8.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 16.00, 18.00, 19.03, 20.00 (m. Tageskommentar), 23.00, 24.00 sonntags: 6.03, 8.00 (mit Presseschau), 10.00, 13.00, 16.00, 20.00 23.00, 24.00	8.15 Kirchl. Morgenfeier 9.00 Bach-Kantate 9.30 u. 11.20 Leichte Musik 10.10 Musik und Dichtung 11.00 Hörer fragen 12.00 Sonntagskommentar 12.15 Mittagskonzert 13.10 Sonntagl. Dorfrunde 13.40 Musikal. Streiflichter 14.30 Filmspiegel 15.00 Kinderfunk 15.30 Musik, Kabarett, Sport 17.00 Schöne Stimmen 18.05 Theaterspiegel 18.30 Buntmusik 18.45 Gespr. a. Rund. Tisch 19.03 Das Meisterwerk 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.07 Porträt der Woche 20.15 Deutschland-Expreß 22.00 Der heutige Tag 22.05 Sportecho 22.30 Tanz	5.45 und 6.03 Kunterbunt am Morgen; 6.50 Landfunk; 7.00 Morgenlied des Kinderfunks; 7.10 Frohes Stelldichein; 7.50 Wir gratulieren; 7.55 Frauenfunk; 8.07 Presseschau; 8.15 Harmonikaklänge (außer Sbd.); 8.30 Tänze aus alten Tagen; 9.00 Schulfunk; 9.45 Frühkonzert (außer Mi.); 11.45 Kindergartenfunk; 12.05 Musik zu Tisch; 12.50 Landfunk; 13.10 Berliner Stunde und Stadtreporter; 14.05 Mittagskonzert; 15.00 Kinderfunk; 15.05 Wenn die Werksirene ertönt; 18.10 Kultur — heute und morgen; 19.00 Abendlied; 22.00 Der heutige Tag 9.30 Musikal. Elementarschule (Lange Welle) 11.05 Orch. Egon Kaiser 15.20 Solisten der Chöre 17.00 Musik m. Streiflicht. a. d. Volksdemokrat. 18.20 Junge Welt 18.30 Volkshochschule 18.40 Der Plan i. Funkecho 18.50 Heimat unterm Ami-Stiefel 19.10 Volksmusik 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Spieloper 22.05 Sport 22.10 Gr. Tanzorchester 23.10 Kammermusik 24.05 Tanzmusik	9.30 A. d. Leb d. Musikinstrumente (L. W.) 11.05 Kap. Wilfried Krüger 15.20 Kammerorch. u. Solist. 17.00 Junge Pioniere 17.15 Musik a. d. UdSSR 18.20 Junge Welt 18.30 Wahrh. üb. Amerika 18.45 Der Plan i. Funkecho 19.10 Solistenvergg singt 20.15 Wir lieben das Leben 21.40 Autorenstunde 22.05 Sport 22.10 Gr. Tanzorchester 23.10 Kammermusik 24.05 Tanzmusik	**Bußtags-programm** (Lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.)	9.30 Uns. Klassiker (L. W.) 11.05 Kap. Oswald Heyden 15.20 Kammermusik a. d. Sowjetunion u. Volksdemokratien 17.00 Spiegel des Rechts 17.10 Uns. Lied, uns. Leb. 18.20 Junge Welt 18.30 Wahrh. üb. Amerika 19.10 Soloquartett singt 19.30 Pulsschlag der Zeit 19.50 Probleme der Zeit 20.15 Dorfabend 22.05 Sport 22.10 Gr. Tanzorchester 23.10 Kammermusik	9.30 Aus uns. Musikhochschulen (Lange Welle) 11.05 Max Herrnsdorf mit Musette-Orchester 15.20 Das neue Lied 15.40 Soeben erschienen 17.00 Junge Pioniere 17.15 Unsterbl. Walzer 18.20 Der Plan i. Funkecho 18.30 Ein Sechstel d. Erde 19.10 Volksl. d. Nation 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Hörspiel: Musik 22.10 Studentenfunk 22.30 Gr. Tanzorchester 23.10 Kammermusik 24.05 Tanzmusik	8.15 Volkspolizei-Konzert 8.30 Sabbatfeier 9.30 Jugend musiz. (L. W.) 11.05 Egon Kaiser 15.20 Junge Welt 15.40 Sport 16.05 Dt.-sowj. Freundsch. 16.15 Hörerwünsche 17.30 Sendg. f. Aktivisten 18.10 Außenpolit. d. Woche 18.20 Musik der Nationen 19.10 Gr. Tanzorchester 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 u. 21.15 Bunter Abend 21.00 Sport 21.45 Quergefunkt es 22.10 Tanzmusik
DEUTSCHLANDSENDER 7150 kHz = 41,96 m 6115 kHz = 49,96 m LW 263 kHz = 1141 m Nachrichten: 5.00 6.00, 7.03, 8.00, 10.00, 11.00, 12.00 13.00, 14.00 15.00, 17.00, 19.03 22.00, 23.00, 24.00 sonntags: 6.03, 8.00, 10.00, 12.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00	7.10 Kirchl. Morgenfeier 7.55 Das kl. Meisterwerk 8.15 Konzert 9.00 Musik und Dichtung 11.00 Aus deutsch. Ländern 12.15 Musik zu Tisch 13.00 Sonntagskommentar 13.15 Musikal. Streiflichter 14.00 Unterhaltg. m. Hörern 14.20 Die schöne Stimme 16.30 A. d. Volksdemokrat. 15.40 Leichte Musik (mit Sport) 16.40 Autorenstunde 17.05 Solistenvereinigung. 17.45 Tanz und Sport 18.45 Wahrh. üb. Amerika 19.15 Wir lieben das Leben 21.45 Sport 22.25 Meisterwerk	6.05 Kollege, hör zu!; 6.10 Beliebte Klänge; 6.55 Landfunk; 7.00 Jugendlied; 7.20 Harmonikaklänge; 7.30 Tänze aus alten Tagen; 8.15 Frühkonzert; 9.30 Berlin, die Hauptstadt Deutschlands; 10.05 Virtuose Musik; 11.05 Für die Hausfrau; 12.05 Aus dem Wirtschaftsleben (außer Sbd.); 12.10 Mittagskonzert (außer Sbd.); 13.10 Landfunk; 13.15 Zweites Mittagskonzert (außer Sbd.); 15.00 Kinderfunk; 15.20 Musik für die Jugend (außer Mi.); 15.40 Deutsche Presseschau (außer Sbd.); 16.20 Wenn die Werksirene ertönt (außer Sbd.); 17.05 Volksmusik der Nationen (außer Sbd.); 19.00 Jugendlied; 21.00 Für Westdeutschland; 22.20 Kaleidoskop (außer Sbd.) 7.10 Jugendfunk 14.10 Solisten der Chöre 15.45 Musiktheorie 17.15 Kultur — heute und morgen; Jugendfunk — a. d. DDR — Dtsch.-sowj. Freundschaft 18.00 Wie es Euch gefällt 19.15 Dorfabend 21.35 Musik a. d. UdSSR 22.10 Grundfrag. d. Politik 24.05 Tanzmusik	7.10 Studentisches Forum 14.10 Hauskonzert 15.45 Sing' mit uns das neue Lied 17.15 Kultur — A. d. Volksdemokrat. — Aus der DDR — F. d. Arbeiter 18.00 Wie es Euch gefällt 19.15 Hörspiel: Musik 21.35 Musik aus den Volksdemokratien 22.10 Außenpolitik 24.05 Tanzmusik	7.10 Kirchl. Morgenfeier 7.55 Das kl. Meisterwerk 9.00 Gedankenlyrik 10.05 Orgelmusik 10.30 Kammerorchester 11.00 Volksmusik a. Bußtag 13.00 Kulturpolitik 13.15 Groß. Orchester Friede 14.20 Schöne Stimmen 16.40 Gogol: „Der Mantel" 17.05 Solistenvereinig. singt 17.45 Ouvertüren, Balletts 18.45 Wahrheit üb. Amerika 19.15 Bach: (h-moll-Messe) 22.25 Konzert zur Nacht	7.10 Jugendfunk 14.10 Kammerorch. u. Solist. 17.05 Kultur — Sowj. Funkillustr. — A. d. DDR — Für den Arbeiter 18.00 Wie es Euch gefällt 19.15 Meisterwerke d. Mus. 20.15 Hörspiel d. Jung. Welt 20.30 Musik 21.30 Gr. Tanzorchester 22.10 Volkshochschule 24.05 Tanzmusik	7.10 Jugendfunk 14.10 Literat. d. neuen Welt 14.25 Das neue Lied 15.45 Musik-Hochschulen 17.15 Kultur — Jugendfunk — A. d. DDR — Wahrheit über Amerika 18.00 Wie es Euch gefällt 19.15 Oper „Margarethe" 21.35 Volkspolizei musiz. 22.10 F. d. Arb.-Funktionär 24.05 Tanzmusik	12.05 Volkspolizei musiz. 13.15 Freundsch. d. Völker 14.05 Leichte Musik 15.20 Büchersch au 15.40 Musik 16.05 Film im Funk 16.30 Bunter Nachmittag 17.30 Ein Sechstel d. Erde 19.15 Kabarett 21.25 Harmonikaklänge 21.45 Sport 22.10 Außenpolit. Woche 22.20 Gr. Tanzorch. Lutter 24.05 Tanzmusik
LEIPZIG Mittelwelle 1043 kHz = 287,8 m Kurzwelle = 30,83 m 9730 kHz Nachrichten: 5.00 6.00 7.00 8.00 9.00 11.00 12.00, 13.30, 15.00, 19.30, 22.00, 24.00 sonntags: 5.00, 6.00, 7.00 10.00, 12.00, 18.00, 19.30, 22.00, 24.00	7.30 Kathol. Morgenfeier 11.00 Hörerbriefe 11.20 Arbeit u. Fortschritt 11.30 Kantate 36 v. Bach 12.10 Kirmes im Dorf! 13.00 Sonntagskommentar 13.15 Schöne Melodien 14.00 Der Querschnitt 14.30 Einführg. in d. Musik 14.45 Siegfr. Borries (Viol.) 15.00 D. Fechtvogel (Hörsp.) 15.20 Operettenkonzert 17.15 60. Geb. Anna Seghers 17.30 Zeitgeschehen 18.00 Mozart — Beethoven 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 . . . z. Tanz d. Geigen 21.45 Sport 22.45 Tanzorch. Henkels	6.55 Menschen, von denen man spricht; 8.35 Eine kleine Musik; 9.15 und 11.05 Bunte Unterhaltung; 12.10 Landfunk; 12.50 Für die VEB (außer Sbd.); 16.30 Wissenswert und wichtig (außer Sbd.); 16.40 6 Konzert (außer Sbd.); 17.00 Das Aktuellste; 19.00 Feierabendmusik 7.10 Kap. Walter Römer 8.05 Schulf.: Sprechen, raunen, rufen 12.20 Musik zum Mittag 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulf.: „Amerika im Wort der Dichter" 15.06 Kammermusik (Bach) 15.30 Pionierf.: Unser neues Lied 15.50 Kurt-Illing-Rhythm. 20.00 Musikal. Revue 22.45 Gerh.-Freitag-Sns. u. Trio C. H. Richter 23.40 Leo Tolstoj (40. Todest.) 0.10 Tanzmusik	7.10 Rud.-Tolschei-Ens. 8.05 Schulf.: So ein Nebel 9.30 Hörsp.: Schulleiter Flemming 12.20 Sol.-Studio Chemnitz 13.42 Blasorch. Rüsing 14.30 Schulf.: Albr. Dürer 15.06 Kammermusik (Hugo Wolf u. Max Reger) 15.30 Pionierf. „Wir helfen" 15.50 Tanzorch. Henkels 17.30 Zeitgeschehen 19.50 „D. flieg. Holländer" 22.50 Orchestermusik 0.10 Tanzmusik	7.30 Evangel. Morgenfeier 11.00 Hörerbriefe 11.30 Händel: Bach 12.10 Deutsches Volkslied 13.15 Schöne Melodien 14.00 Liter.: „Mutter, kämpf um deinen Sohn" 14.30 Bibl. Lieder (Dvorak) 15.20 Klein. Erdenbummel 16.00 E-moll Messe, Bach 17.10 Sieg d. Lebens (Liter.) 17.30 Zeitgeschehen 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 Abendkonzert 21.45 Sport 22.45 Joh. Seb. Bach 23.15 „Parsifal" (Fin. 3. Akt)	8.05 Schulf.: „In Stalins Heimat" 12.20 G. Natschinski-Orch. 13.42 Dresdener Solisten 14.30 Schulf.: Hint. d. Kulissen von 1933 15.06 Kammermus. (Blechbläser) 15.30 Aus d. Pion.-Bücherei 15.50 Bunte Klänge 17.30 Zeitgeschehen 19.30 Sport u. a. 20.00 Sinfoniekonzert 22.45 Riesaer Tanzorch. 23.45 „Die Geisterreiter" (ein Filmkabarett) 0.10 Tanzmusik	7.10 Kap. Wilfr. Krüger 8.05 Schulf.: Weg i. Leben 12.20 Volkstüml. Musik 13.42 Rud. Tolschei-Ens. 14.30 Schülerfunk 15.05 Zeitgen.-Kammermus 15.30 Tanzerl.: Das Leben d. poln. Pioniere 15.50 Blasorch. Girke 17.30 Zeitgeschehen 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 „Der böse Geist Lumpacivagabundus" 21.20 Virtuose Klänge 22.45 Nachtkonzert (Bach und Söhne) 0.10 Tanzmusik	7.10 Musette-Gruppe 8.05 Schulf.: Weg i. Leben 12.20 Orchester Kegel 13.40 FDJ-Chor Lichtenst. 13.42 Orch. Donnerhack 14.30 Pionierf.: Ein Buch wird lebendig 14.50 Sonntagsvergnügen! 15.25 Jug. singt, musizi. 15.15 Beschwingt u. heiter! 18.00 Zeitgeschehen 19.50 Chronik der Woche 20.00 Blasorch. Girke, Tanzorch. Henkels 21.45 Sport 22.45 MU. Rhythmus und Schwung

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wie Clays Panzer stecken blieben

Aus Albert Nordens Buch „So werden Kriege gemacht" (Dietz-Verlag, Berlin)

Tatsächlich gab es im Juni 1948 überhaupt keine Berliner Frage. Erst nach Einführung der Spalterwährung in Westdeutschland und Westberlin durch Amerikaner, Engländer und Franzosen mußten bestimmte Verkehrsbeschränkungen durchgeführt werden, damit nicht die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone mit den in Westdeutschland entwerteten alten Geldscheinen überschwemmt wurde. Dabei fiel der Güterzugverkehr nicht unter die am 19. Juni erlassenen einschränkenden Maßnahmen der sowjetischen Verwaltung. Die Westmächte, jawohl die Westmächte, sperrten am 24. Juni den gesamten Güterverkehr von West nach Ost.

Nur keine Verständigung

Am 1. Juli 1948 bot die damalige Deutsche Wirtschaftskommission dem Berliner Magistrat die Versorgung ganz Berlins aus der Ostzone an. Die reaktionäre Mehrheit des Magistrats brachte die Verhandlungen zum Scheitern.

Am 20. Juli erklärte sich die sowjetische Besatzungsmacht bereit, ganz Berlin zu versorgen. Das wurde wiederum abgelehnt.

Am 22. Juli beschloß die Regierung der Sowjetunion, sofort 100 000 Tonnen Weizen und die entsprechenden Mengen anderer Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Die Westkommandanten nahmen keine Notiz davon.

Am 23. Juli bot die Deutsche Wirtschaftskommission zur Behebung der Stromsperren in Westberlin Stromlieferungen für die im britischen Sektor liegende AEG-Turbine an. Das lehnten die westlichen Kommandanten ab.

Am 2. August begannen in Moskau Verhandlungen zur Verständigung über Berlin. Sie endeten am 30. August mit einem Übereinkommen zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich.

Clay will Krieg

Die vier Oberbefehlshaber in Berlin wurden beauftragt, bis zum 7. September die technischen Durchführungsmaßnahmen dieses Beschlusses fertigzustellen. Statt dessen ließ Clay am 7. September die Verhandlungen der Oberbefehlshaber auffliegen und die deutschsprachigen Führer der amerikanischen Partei Westberlins bei sich antreten. Gehorsam setzten diese Reuter und Neumann und Schwennicke 48 Stunden später, umgeben von USA-Offizieren, die von ihnen vor den Reichstag berufene Menge mit wilden Beschimpfungen der Sowjetunion gegen den Osten der Stadt in Marsch, wobei die Aufgeputschten sich an der Sektorengrenze den schlimmsten Ausschreitungen gegen sowjetische Soldaten und deutsche Polizisten hingaben und Schießereien entfesselten.

Denn wo Clays Stern leuchten soll, da darf kein Friede sein, da muß geschossen werden. Am 10. und am 19. Juli 1948 hatte der Oberkommandierende der USA in Deutschland nicht mehr und nicht weniger als die Entfesselung eines neuen Krieges versucht. Lassen wir ihn selbst sprechen:

„Die Sorgfalt, mit der die Russen alles unterließen, was einen gewaltsamen Widerstand herausgefordert hätte, überzeugte mich, daß die Sowjetregierung einen Krieg nicht wünschte ... Am 10. Juli teilte ich das unserer Regierung mit und schlug vor, den Sowjets bekanntzugeben: Gemäß unserem Recht, in Berlin zu sein, würden wir an einem bestimmten Tag ein bewaffnetes Geleit schicken ... Ich erklärte, daß ich mir über das Risiko voll im klaren sei. Ein bewaffnetes Geleit vermöchte die Grenze (der amerikanischen zur sowjetischen Besatzungszone. A. N.) nicht zu überschreiten, ohne die Gefahr ernsthafter Folgen heraufzubeschwören ... Am 19. Juli wiederholte ich die Absicht in einem Kabel."

So scheiterte die weitgediehene Verständigung, da eine solche von den Militärs der USA nicht gewünscht wurde. Die beschlossene Einführung der Deutschen Mark in ganz Berlin und die Abschaffung der Spalterwährung hätte die Millionen der Hauptstadt zur Ruhe kommen lassen, würde das Wirtschaftsleben der Stadt normalisiert und die internationale Spannung an einem der neuralgischen Punkte der Erde beträchtlich vermindert haben.

Und wer bezahlte das alles, wer hatte soviel Geld? Natürlich Westdeutschland, dessen Bevölkerung die Luftbrücke mit 50 Millionen Westmark pro Monat bezahlen mußte. Die Symington und Rockefeller hatten ihr Schäfchen im Trockenen und Grund zum Lachen.

Westpresse sekundiert

Blickt man in die Presse jener Tage, dann springt die Scharfmacherrolle der Westberliner Zeitungen geradezu in die Augen. Das offizielle Organ der Berliner Sozialdemokratie „Sozialdemokrat" (inzwischen in „Berliner Stadtblatt" umgetauft) deckte die amerikanischen Karten auf, als es am 17. August 1948, also mitten in den erfolgreichen Moskauer Viermächteverhandlungen, schrieb, „Berlin sei tatsächlich einen Krieg wert". Der ebenfalls sozialdemokratische Berliner „Telegraf", unter dessen Herausgebern sich u. a. der frühere Reichstagspräsident und jetzige Alterspräsident des Bonner Parlaments, Paul Löbe, befindet, stand in vorderster Front der Kräfte, die aus Berlin den Kriegsfall machen wollten und diese Hoffnung immer noch nicht aufgegeben haben. Er förderte und begrüßte die Einführung der Doppelwährung in Westberlin und meinte, daß „sich mit ihr eine sehr gesunde Wirtschaft aufbauen läßt". (Leitartikel vom 20. Juni.)

Als es in Moskau zur Einigung kam, herrschte in der Westberliner Presse regelrechte Bestürzung. Um Gottes willen, die Reibungen und Spannungen könnten aufhören und das Kriegsgeschäft gegenstandslos werden! Das durfte nicht sein. Die Gefahr, daß Berlin zu einer einheitlichen Währung und blühenden Wirtschaft mit Vollbeschäftigung für alle kommen könnte, mußte abgewendet werden. Im Leitartikel vom 1. September 1948 hetzte der „Telegraf" gegen die Moskauer Abmachungen:

„Jedenfalls bestehen nach wie vor die ernstesten Bedenken gegen eine mit der Einführung der Ostwährung verbundene Auslieferung Berlins an die hinter dieser Währung stehenden politischen Kräfte."

Am Tage, bevor Clay die Verhandlungen sprengte, ging es auf der ersten Seite des „Telegraf" im Stil von Hitler und Goebbels gegen „Rußland, das seit Jahr und Tag in weltweiter Front den Frieden der Menschheit stört ... In China förderte es einen Bürgerkrieg (wieso, stammten die amerikanischen Waffen Tschiangkaischeks und seine englisch sprechenden Instrukteure aus Moskau?). In Ägypten steht es unsichtbar hinter beiden Fronten (wie macht man das? A. N.). In Malaia und Burma schürt es das Volk gegen seine Regierung auf."

„Seine Regierung" — die sitzt wohlgemerkt, nicht in Malaia und nicht in Burma, sondern in London. Wo und wann immer Völker für ihre nationale Selbstbestimmung, für ihre Freiheit, für ihr Loskommen von der Herrschaft ausländischer Ausbeuter eintreten, da verwandelt diese Westpresse die selbstverständlichen und gerechten Aspirationen unterdrückter Nationen in ein von Moskau angezetteltes Verbrechen. Die Verbrechen der Imperialisten, die sich immer noch anmaßen, der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs keine Selbstregierung zugestehen zu wollen, diese blutige Anmaßung der Imperialisten wird von der Westberliner und der Mehrheit der westdeutschen Presse beschönigt, die von den wirklichen Imperialisten ablenkt, indem sie einen sowjetischen Imperialismus erfindet.

An demselben 9. September, der die oben erwähnten blutigen Berliner Ereignisse brachte, beginnt der Leitartikel des „Telegraf" mit dem Satz:

„In der Berliner Bevölkerung ist wenig Verständnis dafür vorhanden, daß Offiziere und Experten der vier Besatzungsmächte scheinbar ungestört durch alle Vorkommnisse des Tages über Teilfragen technischer Art beraten, wie dem Berliner Problem beizukommen sei."

Bejubeltes Verbrechen

Wenige Stunden später hatte das Blatt der Löbe und Reuter und Neumann und jenes Chefredakteurs Scholz, der in der Hitlerzeit durch Arisierungen und brillante Geschäfte mit Goebbels' Propagandaministerium fett und wohlhabend wurde — wenige Stunden später hatte das Blatt, was es wollte und wozu es so lange gehetzt hatte: die erwähnten Zwischenfälle und das vergossene Blut, das nach Wunsch der Schuldigen wie ein unüberbrückbarer Strom zwischen den Verhandlungspartnern der vier Großmächte fließen sollte. Am nächsten Tage bejubelte der „Telegraf" die Aggression der Gangster und kündete sogar neue Überfälle an:

„Die Vorkommnisse sind eine Warnung: die freiheitliebenden Berliner verstehen auch zu kämpfen und notfalls auch die Straße zu erobern."

Es wurde kurz darauf fotodokumentarisch nachgewiesen, daß der Kerntrupp jener „freiheitliebenden Berliner" aus hitlerschem Janhagel bestand.

Welch unermeßlichen Schaden haben diese vergifteten Federn in den Westberliner und den westdeutschen Zeitungen der deutschen Nation zugefügt! Wo eine verantwortungsbewußte Presse ihre Aufgabe darin sieht, die Wunden des Landes verbinden und heilen zu helfen, da denkt und tut diese Westpresse nichts anderes, als neue Wunden zu schlagen. Wo es gilt, das Werk des Friedens und des Aufbaus zu unterstützen, den schleunigen Abschluß des Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern, da wollen sie die friedlose, die schreckliche Zeit verewigen. Darum auch der frevelhafte Leichtsinn, mit dem sie für die amerikanische Aufspaltung Deutschlands plädieren.

Strategische Luftbrücke

Ihre Geschichtsfälschung von der Luftbrücke als humaner Tat für die Rettung der zwei Millionen angeblich blockierten Westberliner entlarvte niemand anderes als der heutige sogenannte Bundeskanzler Dr. Adenauer, der im August 1948 auf dem Parteitag der CDU der britischen Zone erklärte, „daß es sich bei der Hilfe der Alliierten für Berlin weniger um eine Hilfe handele als um ein Kampfmittel". Ja, Sie haben recht gelesen: ein Kampfmittel! Ein falscher Zungenschlag von Adenauer? Das ist bei der Gerissenheit des Mannes ausgeschlossen. Im übrigen erfährt die Welt aus der Feder von keinem anderen als Clay den wahren Zweck der Luftbrücke:

„Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln. Die Kosten der Luftbrücke sind sehr wohl durch ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung zu rechtfertigen."

Ein Kampfmittel, ein Militärmanöver, ein Profitstrom! Darum also mußte die Welt 1948 an den Rand des Krieges gebracht und eine Millionenbevölkerung bitteren Entbehrungen unterworfen werden!

Clay hatte, wie wir oben sahen, die Durchführung des Viermächtebeschlusses zur Normalisierung der Lage Berlins sabotiert. Jetzt versuchte der Vorsitzende des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der argentinische Außenminister Bramuglia, die Großmächte wieder zusammenzubringen. Am 25. Oktober 1948 schlug er in seinem Resolutionsentwurf vor:

Erstens alle Verkehrsbeschränkungen zwischen West- und Ostdeutschland und zwischen den Westzonen und Berlin aufzuheben und zweitens die Währung in Berlin auf Basis der Deutschen Mark der sowjetischen Besatzungszone zu vereinheitlichen.

Wyschinski nahm Bramuglias Vorschlag an, während die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs unverzüglich ablehnten. Sie lehnten ab, obwohl Bramuglias Vorschlag tatsächlich nichts anderes als die Wiederaufnahme der Viermächtevereinbarung vom 30. August war, einer Vereinbarung, von der jetzt Washington, London und Paris nichts mehr wissen wollten.

Stalin: „Nur Gerede ..."

Hatte Stalin nicht tausendmal recht, als er am 29. Oktober 1948 in der „Prawda" das Verhalten der Westmächte also charakterisierte:

„Es handelt sich darum, daß die Inspiratoren der aggressiven Politik in den USA und England sich an einer Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht für interessiert halten. Sie brauchen keine Verständigung und Zusammenarbeit, sondern Gerede über Verständigung und Zusammenarbeit, um, wenn sie die Verständigung hintertrieben haben, die Schuld auf die UdSSR abzuwälzen und hierdurch die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der UdSSR ‚beweisen' zu können. Die Kriegsbrandstifter, die einen neuen Krieg zu entfesseln bestrebt sind, fürchten vor allem Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR, daß eine Politik der Verständigung mit der UdSSR die Positionen der Kriegsbrandstifter untergräbt und die aggressive Politik dieser Herrschaften gegenstandslos macht.

Eben deshalb hintertreiben sie die schon zustande gebrachten Übereinkommen, desavouieren sie ihre Vertreter, die gemeinsam mit der UdSSR solche Übereinkommen ausgearbeitet haben, und bringen die Frage unter Verletzung der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen vor den Sicherheitsrat, wo sie über eine gesicherte Mehrheit verfügen und wo sie alles beweisen können, was ihnen genehm ist. Das alles wird getan, um zu ‚zeigen', daß eine Zusammenarbeit mit der UdSSR unmöglich sei, um zu ‚zeigen', daß ein neuer Krieg notwendig sei, und um dadurch die Voraussetzungen für die Entfesselung eines Krieges zu schaffen."

Nachdem Bramuglias Vermittlungsversuch an der Entschlossenheit der Westmächte, es zu keiner Verständigung kommen zu lassen, gescheitert war, unternahmen der Vorsitzende der Organisation der Vereinten Nationen, der Australier Evatt, und ihr Generalsekretär Trygve Lie neue Schritte, um die vier Mächte an einen Verhandlungstisch zu bringen. Auch diese Intervention zwecks Herbeiführung einer Verständigung unterstützte Wyschinski namens der Sowjetregierung. Auch diesen Versuch lehnten die Westmächte ab.

Das war der Augenblick, in dem sogar Leute wie Sumner Welles ihrem Unmut über die internationale Sabotagepolitik der Westmächte freien Lauf ließen. Vor der Weltöffentlichkeit allzu sehr ins Unrecht gesetzt, mußten sich Anfang Mai 1949 die Acheson, Bevin und Schuman zu einem neuen Zusammentreffen des Außenministerrats verstehen.

„Teilung unwiderruflich"

Er hatte seit der Sprengung durch Marshall im Dezember 1947 nicht mehr getagt und begann nun in Paris am 23. Mai seine Beratungen (nachdem die beteiligten Mächte gleichzeitig den Abbau der beiderseitigen Beschränkungen im Verkehr mit Berlin beschlossen hatten).

Am 20. Juni 1949 endete die Konferenz mit einer Reihe von Beschlüssen, wonach im Sinne der Absichten der Außenminister" die Besatzungsbehörden in Berlin auf Viermächte-Grundlage beraten sollten, „um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu erreichen", Beratungen in Berlin, die u. a. konkret die „Erweiterung des Handels zwischen den westlichen Zonen und der östlichen Zone", die Erleichterungen des Reise- und Güterverkehrs und die Normalisierung des Lebens in Berlin zum Ziel haben sollten. Den leitenden deutschen Wirtschaftsorganen des Ostens wie des Westens wurde aufgetragen, „zur Errichtung engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Zonen", beizutragen.

Wyschinski hatte beantragt, die vier Mächte sollten innerhalb von drei Monaten den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorlegen und eine ganz kurze Frist für den Abzug der Besatzungstruppen setzen, keinesfalls mehr als ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages. Acheson, Bevin, Schuman lehnten ab, wobei Acheson erklärte, daß „jede Diskussion über den Friedensvertrag nur Zeitverschwendung ist". Was den Abzug der Besatzungstruppen betraf, so meinte Bevin, daß „Großbritannien sich nicht an irgendeine Frist binden kann", während Acheson mit brutaler Gewalt hinzufügte: „Vielleicht in fünfzig Jahren."

Wyschinski hatte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung beantragt. Nein, sagten die Drei vom Westen.

Wyschinski, der das nicht nur der Sowjetunion, sondern allen deutschen Patrioten eigene Ziel der Herstellung eines ungeteilten friedlichdemokratischen Deutschlands verfolgt, hatte dann die Schaffung eines deutschen Staatsrates auf Grundlage der damals bestehenden zwei höchsten deutschen Wirtschaftsorgane (Frankfurter Wirtschaftsrat und Deutsche Wirtschaftskommission) beantragt. Das lehnten die drei Unweisen aus dem Abendland ab.

Wyschinski hatte beantragt, dann wenigstens ein koordiniertes Wirtschaftsorgan aus den beiden Wirtschaftsgremien zu schaffen. Auch dieser Vorschlag verfiel dem Papierkorb.

Wyschinski hatte die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Hauptstadt und die Wiedereinsetzung eines Gesamtberliner Magistrats beantragt. „No", antworteten die Drei, und Acheson fügte hinzu: „Die Teilung Berlins ist unwiderruflich."

Der Zwischenruf

Was geht China der Konflikt in Korea an, und was haben chinesische Freiwillige dort zu suchen?

„Lesen Sie einmal die Geschichte und vergleichen Sie das Gelesene mit dem, was heute dort vorgeht, dann werden Sie es verstehen. Sie werden verstehen, daß die Chinesen empfindlich reagieren, wenn fremde imperialistische Truppen an der mandschurischen Grenze erscheinen, ganz besonders dann, wenn diese Truppen von Tokio aus dirigiert werden.

Ende der zwanziger Jahre erregte überall in der Welt ein von dem japanischen General Tanaka verfaßtes Memorandum großes Aufsehen. Es war ein Welteroberungsprogramm des japanischen Imperialismus. Der erste Schritt, so hieß es darin, sei die Eroberung Chinas, dann werde man Indien und die vorgelagerten Inseln nehmen und sich darauf nach Westen wenden, um auch Zentralasien, Kleinasien und sogar Europa zu unterwerfen. Einige Jahre später, im Jahre 1931, wurde die erste Operation im Sinne dieses Programms unternommen. Japanische Truppen drangen in die Südmandschurei ein.

Der Überfall gelang, und Japan rüstete weiter, um den nächsten Schritt im Sinne des Tanaka-Programms zu unternehmen. Inzwischen kam in Deutschland Hitler zur Macht, und Japan beschloß, an dem von ihm vorbereiteten neuen Weltkrieg teilzunehmen, um sich auf diesem Wege Ostasiens zu bemächtigen. Am 25. November 1936 wurde der sogenannte Antikominternpakt geschlossen. Sieben Monate später, Anfang Juli 1937, überfielen japanische Truppen überraschend nordchinesische Städte. Die Japaner hatten mit einem Blitzkrieg gerechnet, doch das chinesische Volk, alle inneren Differenzen ausschaltend, schloß sich zum Widerstand zusammen.

Es kam der Weltkrieg, der Verrat Tschiangkaischeks, der trotz heroischen Widerstand des Volksarmee, der Bürgerkrieg, Amerikas Einmischung auf der Seite Tschiangkaischeks und schließlich die Befreiung des ganzen chinesischen Festlandes.

Und heute stehen wieder Interventionstruppen auf koreanischem Boden und drängen unter Einsatz großer Armeen und ungeheurer Massen von Mordmaschinen gegen die chinesische Grenze. Der Mann, der sie hingeschickt hat und von Tokio aus befehligt, ist ein Tanaka in amerikanischer Uniform. Wie dieser träumt auch MacArthur von der Eroberung Asiens. Und auch er möchte mit China den Anfang machen. Das ist nicht Phantasie. Warum weigert sich Amerika, die chinesische Volksregierung anzuerkennen und ihren Vertreter zur Organisation der Vereinten Nationen zuzulassen? Warum klammert sie sich an Tschiangkaischek, der aus dem Land getrieben wurde und auf der Insel Formosa ein Emigrantendasein führt? Warum hat MacArthur Schiffe abkommandiert, damit sie die Vereinigung Formosas mit dem Mutterland verhindern?

Amerika hat den Plan nicht aufgegeben, Tschiangkaischek wieder in die Macht einzusetzen. Tschiangkaischek wieder als Herr Chinas, das würde aber ein amerikanisches China bedeuten.

Wenn man so weit wäre, würde man vom Westen her mit Hilfe europäischer Söldner nachhelfen, um das Tanaka-Programm von zwei Seiten her zu verwirklichen.

Wie damals, geht natürlich auch heute ausschließlich alles unter dem Schlagwort der Bekämpfung des Kommunismus und der Rettung der westlichen Zivilisation vor sich.

Sie sehen, die Chinesen haben allen Grund, wachsam zu sein und für den Schutz ihrer mandschurischen Grenze zu sorgen. Und sie werden sie zu schützen wissen. Wie im Jahre 1937 ist auch heute das ganze chinesische Volk, von den Arbeitern und den Bauern bis zur Intelligenz und den patriotischen Unternehmern, einig in dem Entschluß, dem neuen Herrn von Tokio Widerstand zu leisten. Darin liegt die sichere Gewähr des Erfolges."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Herr Regierungsrat bleibt hier!

VOM HOFARBEITER ZUM HELDEN DER ARBEIT

„Ich bitte um zehn Pfennige Lohnerhöhung pro Stunde für einen tüchtigen Hilfsarbeiter im Labor." Mit diesem Wunsch kam die Laborleiterin Fräulein Dr. Beutel im April 1948 zu Herrn Henrion, dem Direktor der volkseigenen Siemens-Plania-Werke in Berlin-Lichtenberg. Direktor Henrion ist der Meinung, daß man für diesen tüchtigen Arbeiter vielleicht noch mehr tun kann, und läßt ihn zu einer Unterredung bitten. Bei dieser Unterhaltung stellen sich überraschende Dinge heraus: Dieser Hilfsarbeiter im Labor ist Dipl.-Ing. Johann Gieth, Doktor der Chemie. Sein größter Wunsch ist es, wieder als Chemiker arbeiten zu dürfen.

Warum ist Dr. Gieth Hilfsarbeiter? Acht Jahre war er im früheren Reichspatentamt tätig, vier Jahre davon als Regierungsrat. Das Kriegsende erlebte er in Berlin. Am 2. Mai 1945 übergibt Dr. Gieth, damals Hauptwachtmeister in der Wehrmacht, das Reichstagsgebäude an die Rote Armee. Drei Monate ist er in Gefangenschaft. Nach seiner Entlassung versucht er, wieder als Chemiker Arbeit zu finden, aber überall stößt er nur auf Achselzucken. Er war Mitglied der NSDAP. Dr. Gieth wird Transportarbeiter, vorübergehend ist er bei der sowjetischen Besatzungsmacht beschäftigt, aber überall muß er früher oder später wegen seiner politischen Vorbelastung die Arbeit aufgeben. Im Oktober 1947 wird er als Hilfsarbeiter bei Siemens-Plania eingestellt, arbeitet dort auch zeitweise als Elektriker.

Der Antrag, ihm zehn Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren, bedeutet die Wende im Leben des Hilfsarbeiters Dr. Gieth. Er bekommt den Auftrag, einen Entwurf für eine Anlage zur Herstellung von Kupferpulver und Kupfergries anzufertigen. Jetzt gibt es für ihn keine Ruhe mehr. Er kümmert sich um keinen Feierabend, keinen Sonntag. Nach zäher angestrengter Arbeit hat er sein Ziel erreicht. Er kann der Betriebsleitung die fertige Arbeit auf den Tisch legen.

Er hat seinen Auftrag ausgezeichnet ausgeführt und seine Arbeit wird voll anerkannt. Sein besonderer Einsatz und sein Ringen um die Lösung wichtiger Produktionsaufgaben in der Wirtschaft unseres jungen Staates wird von der Regierung mit der höchsten Auszeichnung belohnt, die sie zu vergeben hat. Dipl.-Ing. Dr. Johann Gieth wird am 13. Oktober 1950 der Ehrentitel „Held der Arbeit" verliehen.

Inzwischen sind aber auch die Kreise auf ihn aufmerksam geworden, denen es darum geht, unserer Wirtschaft Sand ins Getriebe zu streuen und ihr die besten und fähigsten Kräfte zu entführen. Das Patentamt in München schreibt an Dr. Gieth und bietet ihm an, nach Westdeutschland zu kommen. Man ist dort sogar bereit, ihm die acht Dienstjahre vor 1945 anzurechnen und ihn wieder als Regierungsrat zu beschäftigen.

Ehemalige Kollegen aus dem Nazipatentamt, die sich bereits in München eingefunden haben, schreiben und raten Dr. Gieth, sich aus der Deutschen Demokratischen Republik abzusetzen. Sie geben ihm Verhaltungsmaßregeln für seinen Umzug nach dem Westen.

Aber Dr. Gieth hat eine politische Wandlung durchgemacht. Dem ehemaligen Anhänger der NSDAP ist heute klar, wo er hingehört. Dr. Gieth ist seit längerer Zeit erster Vorsitzender des Friedenskomitees der Plania-Werke. Er lehnt es ab, nach dem Westen zu desertieren, und bestimmte westliche Kreise sind ihm darüber sehr böse. Dr. Gieth erhält nach Monaten einen Brief des Patentamts aus München, in dem es wörtlich heißt: „Die für Sie vorgesehene Stelle ist anderweitig besetzt worden."

Diese Absage macht auf den Helden der Arbeit keinen Eindruck. Denn Dr. Gieth hat geprüft und sich entschieden. Er hat es vorgezogen, sich der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik anzuvertrauen. Sie sichert ihm wie allen einen dauerhaften und steigenden Wohlstand. Dr. Gieth wird seine ganze Kraft für den friedlichen Aufstieg unseres jungen Staates hergeben, und er wird mit darüber wachen, daß seine Arbeit und die Arbeit von Millionen Menschen nicht wieder durch einen Krieg zunichtegemacht wird.

W. A.

DER PRÄSIDENT
des Deutschen Patentamts

München 14, den 23.12.1949.

Prüf.-Abt. I Nr. 18693 49.
Az.: 0465
Gr./Ko.

Bitte in der Antwort die vorstehende Geschäftsnummer angeben

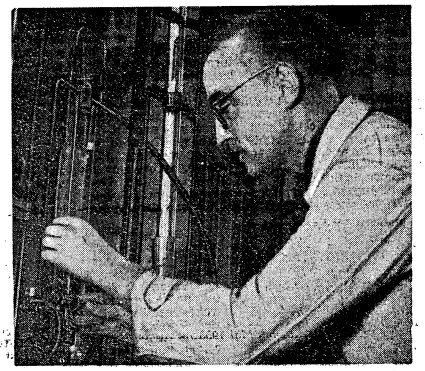
Herrn
Reg.Rat Dr.Ing. G i e t h
B e r l i n - Karlshorst
Riastrasse 3a

Bezugt Schreiben des Aufbaustabes Patentamt vom 19.3.1949.

Da Sie auf das diesseitige Schreiben vom 19.3.1949 nicht mehr geantwortet haben, wurde angenommen, dass Sie auf Ihre Wiedereinstellung beim Deutschen Patentamt keinen Wert mehr legen.

Die für Sie vorgesehene Stelle wurde daher anderweitig besetzt.

I. V.
Reich.
(Dr. Reich).



Das ist die Fotokopie des Briefes, in dem das Patentamt in München die Einstellung seiner Versuche bekanntgibt, den hervorragenden Chemiker Dr. Gieth über die Elbe zu locken. Goldene Berge hatte man ihm versprochen: Dr. Gieth könne in der bayerischen Hauptstadt wieder als Regierungsrat Beschäftigung finden, und man sei auch bereit, ihm die acht Dienstjahre vor 1945 anzurechnen.

Der Doktor der Chemie, einst Regierungsrat im Reichspatentamt, hat sich entschieden. Entschieden für die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Eine verschlossene Kirchentür wurde wieder geöffnet

Das kleine Flämingstädtchen Belzig hat zwei evangelische Gotteshäuser: die große St. Marienkirche mitten in der Stadt und die St. Briccius-Kapelle auf dem alten Gemeindefriedhof neben der Burg. Am Sonnabend, dem 28. Oktober, aber waren viele hundert Gemeindemitglieder im überfüllten Saal des Volkshauses, des größten der Stadt, zu einer öffentlichen Kundgebung versammelt. In der ganzen Stadt waren Flugzettel verteilt worden. Die Volkspolizei, die ursprünglich den Saal für diesen Abend gemietet hatte, war zurückgetreten. Warum?

Die St. Briccius-Kapelle in Belzig war auf Veranlassung der Westberliner Kirchenleitung verschlossen worden, weil sich Pfarrer Kietzmann in die Weltfront für den Frieden eingereiht hat. Die staatlichen Behörden aber stellten die Kirche der evangelischen Gemeinde und ihrem Pfarrer wieder zur Verfügung.

Westberliner „guter Rat"

Seit über zwei Jahren versucht die Kirchenleitung in West-Berlin, Pfarrer Kietzmann aus Belzig zu entfernen. Zunächst gab man ihm den „guten Rat", freiwillig in eine andere Pfarrstelle zu gehen. Im vorigen Jahr veranstaltete man in Belzig (in seiner Abwesenheit!) eine Gemeindeabstimmung, die aber eindeutig für ihn entschied. Man machte daraufhin den Versuch, einen Konflikt seiner jungen Gemeinde mit der FDJ dazu auszunutzen, ihn zu entfernen! Auch das mißlang. Die Neuwahl des Gemeindekirchenrates ergab trotz vorzeitigen Abschlusses der Wahlhandlung eine Mehrheit für die Gemeindeglieder des Pfarrers Kietzmann. Sie wurde für ungültig erklärt. Die neugewählten Gemeindekirchenräte betrachteten sich darauf unter Protest als im Amt befindlich. Schließlich wurde Pfarrer Kietzmann unter Kürzung seiner Dienstbezüge um 50 Prozent durch eine Verfügung der Kirchenleitung beurlaubt.

Der Gemeindekirchenrat veranlaßte ihn, nach dem Willen der Gemeinde im Amt zu bleiben. Er wurde bei der Kirchenleitung persönlich vorstellig. Umsonst. Pfarrer Kietzmann wandte sich an Bischof Dr. Dibelius und erhält den „brüderlichen Rat", einen Arzt aufzusuchen! Die junge Gemeinde wandte sich an die Kirchenleitung und erhielt keine Antwort.

Verfahren wegen Ungehorsam

Inzwischen — erstmalig! machte Pfarrer Kietzmann von seinem Staatsbürgerrecht im politischen Raume Gebrauch. Er setzte sich auf der Belziger Kreisfriedenskonferenz für den Kampf um den Frieden ein. Superintendent Krolzig-Niemegk äußerte dazu: „Jetzt hat er sich das Genick gebrochen!"

Die Kirchenleitung eröffnete ein Verfahren wegen Ungehorsams. Die St.-Briccius-Kapelle, die auf Initiative Pfarrer Kietzmanns in eine würdige gottesdienstliche Stätte verwandelt worden war, wurde auf Veranlassung des Superintendenten Wilde von Wildemann-Belzig, durch Sicherheitsschlösser verrammelt. Zu einer „gottesdienstlichen Versammlung" am 21. Oktober in der Marienkirche wurde eingeladen. Von der Kanzel herab, unter dem Schutz des Kanzelparagraphen, der eine Erwiderung an Ort und Stelle unmöglich macht, wurde von Oberkonsistorialrat Andler, Berlin, und Superintendent Krolzig-Niemegk in völlig eindeutiger, die Tatsachen entstellender Weise gegen Pfarrer Kietzmann Stellung genommen.

Abwehr der Gemeinde

Nun griff die Gemeinde zum Recht der Notwehr. Pfarrer Kietzmann stellte sich unter den Schutz der staatlichen Behörden, der ihm verfassungsgemäß zugebilligt wurde. So kam es zu dieser Versammlung.

Pfarrer Kietzmann schilderte ohne Beschönigung, oft in beinahe überbetonter Schärfe, durch verständliche Erregtheit erklärlich, die verwickelten Vorgänge. Vorher aber bezeugte er die Zusammenhänge, die ihm in den Jahren seines Widerstandes gegen diese Kirchenleitung schmerzlich deutlich geworden sind. Pfarrer Kietzmann ist kein politischer Mensch. Um so wirkungsvoller klang es: warum hat Bischof Dibelius bei Truman so versagt? Warum hat er den Präsidenten nicht beschworen, Schluß mit dem Kampf in Korea zu machen, Schluß mit der Kriegspropaganda und den Atombomben? Um so eindrucksvoller kam es heraus: sollte unsere Kirchenleitung vom Westen her politisch dirigiert worden sein? Aber wir als evangelische Christen müssen den Frieden wollen und für ihn kämpfen!

Der Kirchenälteste Stange, ein schlichter Mann aus dem Volke, stellte sich vorbehaltlos hinter seinen Pfarrer und forderte ihn nochmals auf, nach dem Willen der Gemeinde sein Amt weiterzuführen. Der Arbeiter Grosse, ein Gemeindemitglied, tat das gleiche.

Die Initiatoren des Kampfes waren der wirklichen öffentlichen Aussprache trotz persönlicher Einladung ferngeblieben.

Pfarrer Kietzmann erklärte, daß er nun unter staatlichem Schutze weiter amtieren werde. Dann sang die Versammlung stehend das Lutherlied.

Anschließend wurden im Auftrage des Gemeindekirchenrates die Sicherheitsschlösser an der St.-Briccius-Kapelle geöffnet. Die Gemeinde hat das Recht auf ihr Leben, auf Gottesdienst und Verkündung durchgesetzt.

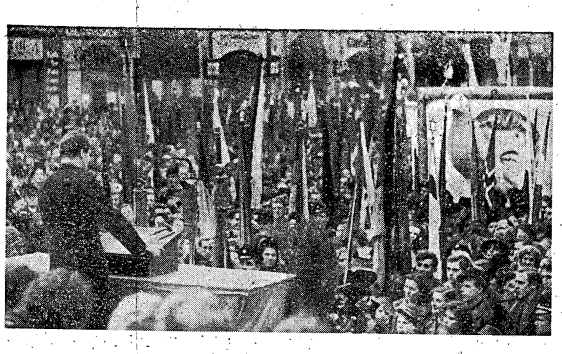
Sie konnte das, weil die Deutsche Demokratische Republik jedermann Freiheit des Glaubens und des religiösen Lebens garantiert und zu dieser Garantie auch steht. —s—

Der Sprecher der Gemeinde, die einmütig hinter Pfarrer Kietzmann steht, ist Herr Stange, der Kirchenälteste der Stadt Belzig

Fotos: Majewski

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



„Jugend dreier Nationen!" Zwölftausend Angehörige der polnischen, tschechoslowakischen und deutschen Jugendorganisationen trafen sich am 12. November in Zittau, wo die Grenzen ihrer drei Länder zusammenstoßen, zu einem Friedens- und Freundschaftsgelöbnis.

„Durch ihr geschlossenes und einheitliches Handeln wird die fortschrittliche Jugend die Pläne der Imperialisten zunichte machen!" sagte Bert Williams, Sekretär des Weltjugendbundes.

. . . daß die Grenzen nie mehr bluten!

Als am Abend des 12. November dieses Jahres in Zittau die Fackeln brannten und zwölftausend junge Stimmen das Weltjugendlied in drei Sprachen sangen, stand ein alter Mann an eine Mauer gelehnt und schüttelte den Kopf. „Was ist, Alter, gefällt es dir nicht, daß wir uns eine glückliche Zukunft bauen?" Bedächtig setzte er uns seine Meinung auseinander: An den Ländergrenzen zu wohnen, sei eine böse, gefährliche Sache und Grenzland sei Elendsland, allemal. Das beweise die Geschichte seit tausend Jahren. Und nun kämen hier im Länderdreieck Zittau die Polen, Tschechoslowaken und Deutschen, die sich sooft blutig herumgeschlagen hätten, zusammen, wollten Haß und Neid begraben und für alle Zeit Frieden halten? Ob so etwas möglich wäre?

„Es ist nicht nur möglich, es ist sicher!", sagten wir, und unsere Gewißheit schien ein Licht anzuzünden in den Augen des alten Bauern.

Wir hatten unsere stolze Zuversicht an diesem Sonntag zehntausendfach bestätigt bekommen, wir von der Freien Deutschen Jugend, die wir uns in Zittau, dort wo drei Ländergrenzen zusammenstoßen, mit unseren polnischen und tschechoslowakischen Freunden zu einer großen Kundgebung getroffen hatten. Äußerer Anlaß war das fünfjährige Bestehen des Weltjugendbundes und der bevorstehende 2. Weltfriedenskongreß; innerer Anlaß war unser brennender Wunsch, die Freundschaft der Jugend unserer Nachbarvölker zum gemeinsamen Aufbau einer besseren Welt ohne immer wieder blutende Grenzen zu gewinnen. Sie waren gekommen, 900 Delegierte des Bundes der polnischen Jugend (ZMP) in ihren hellgrünen Windblusen mit den roten Schlipsen und 800 Angehörige des tschechoslowakischen Jugendverbandes, die bis auf das andere Wappen auf dem Ärmel dieselbe Kleidung trugen wie unsere zehntausend FDJler aus Städten und Dörfern Ost-Sachsens.

Sie sprechen verschiedene Sprachen, sagt man von Menschen, die sich nicht verstehen. Wir zwölftausend aber in Zittau auf dem „Platz der Jugend", wir verstanden uns, als wir in drei Sprachen unser Weltjugendlied sangen und unser Sprechchor erklang: „Es lebe der Bannerträger des Weltfriedens, der Freund und Lehrmeister der Jugend, es lebe Josef Stalin!" Nach der Kundgebung, an der die ganze Bevölkerung teilgenommen hatte, bildeten sich überall Gruppen. Fragen und Antworten flogen hin und her: Woher kommst du? Was lernst du? Hast du auch ein Stipendium? Und wo ein Dolmetscher nicht gleich zur Hand war ... ein Austauschen der Abzeichen mit einem guten Blick in den Augen und einem festen Händedruck. Neben uns stand der Student Boronij Zshislav. „Wir haben jetzt Vertrauen zu euch gefaßt", sagte er nach kurzem Zögern, „die Deutsche Demokratische Republik geht den gleichen Weg wie wir. Wir begrüßen die Prager Beschlüsse und hoffen, daß ihr bald ein einheitliches Vaterland habt. Den Imperialisten aber und denen die mit ihnen zusammenarbeiten, müßt ihr ein festes Nein entgegensetzen!" Der 23jährige Günther N. aus dem Berliner Westsektor schaute seinen neuen Freund Boronij entschlossen an: „Wir werden euer Vertrauen nicht enttäuschen!" Der 17jährige Gerhard Lewita aus Krásná Lita in der CSR erklärte: „Es gibt nichts Besseres als die Aufgabe, die friedliebenden Menschen aller Völker zu einem festen Bund zusammenzuschließen. Wir sind eure Freunde geworden", meinte er, „und wie einem guten Freund, der krank ist, wünschen wir euch baldige Gesundung, das heißt für euch: ein einheitliches Deutschland!"

Was im einzelnen von Mund zu Mund an Botschaften der Völkerverständigung ausgetauscht wurde, hatten zusammenfassend die Redner wiedergegeben: Der Sekretär des Weltbundes der Demokratischen Jugend, Bert Williams, der Sekretär des polnischen Jugendverbandes Faruga, der Vorsitzende des tschechoslowakischen Jugendverbandes Eizlar und Erich Honecker von der FDJ. Immer aufs neue brauste der Jubel über den Platz, wenn die Redner von der Entschlossenheit der fortschrittlichen Jugend der Welt sprachen, die an der Seite und unter der Führung der Sowjetunion für die Erhaltung des Friedens kämpfen werde. Im friedlichen Wettstreit unserer Kultur- und Sportgruppen verbrachten wir gemeinsam froh und glücklich den Nachmittag und Abend, ehe wir mit Liedern und Fackeln unsere polnischen und tschechoslowakischen Freunde bis zur Grenze geleiteten, um die es kein Völkermorden mehr geben wird.

Mit der Jugend der Deutschen Demokratischen Republik, mit der Jugend der ganzen Welt in Frieden und Freundschaft zu leben, sei das Ziel der tschechoslowakischen Jugend, erklärte der Vorsitzende ihrer Organisation (CSM) Ejzler. Neben ihm Erich Honecker, Vorsitzender der FDJ.

Mehr als ein schönes Symbol, ein festes Versprechen war es, als Hunderte junger Polen, Tschechoslowaken und Deutschen ihre Abzeichen miteinander tauschten, wie hier die polnische Studentin Eva Jedrejczak und der Jungaktivist H. Lehmann.

Amerikas west-östliches Dilemma

Washington hat es nicht leicht mit dem dritten Weltkrieg. Jedesmal, wenn man ihn durch diplomatische Manöver oder direkte kriegerische Provokationen in greifbare Nähe gebracht zu haben glaubt, kommen aus der Schar der Mächte, deren Bevölkerung die nötigen Söldnertruppen zu stellen hätten, ernüchternde Überraschungen. Das hat verschiedene Ursachen.

Sie liegen einerseits in der wachsenden Kraft der Weltfriedensbewegung, von der auch weder Amerika noch seine Satelliten verschont geblieben sind, und die sich um so stärker geltend macht, je ungeduldiger die Kriegstreiber werden, andererseits in dem Konflikt der Interessen zwischen den kapitalistischen Staaten, der selbst in der sonst so gut funktionierenden amerikanischen UNO-Mehrheit immer wieder Pannen hervorruft.

Im politischen Ausschuß der Vollversammlung ist es den Vereinigten Staaten noch nicht gelungen, die Diskussion über die Vertretung Chinas im amerikanischen Sinne zum Abschluß zu bringen. Der amerikanische Delegierte erklärte in einer der letzten Sitzungen, Amerika könne der Zulassung einer Regierung nicht zustimmen, die durch ausländische Einmischung zur Macht gekommen sei. „Amerika kann nicht den Schatten eines Beweises für die Behauptung erbringen, daß sich auf der Seite der Volksarmee eine auswärtige Macht in den chinesischen Bürgerkrieg eingemischt hätte", schrieb eine englische Zeitung in einem Kommentar zu dieser amerikanischen Erklärung und fügte hinzu: „Andererseits wollen wir es aber Truman nicht verübeln, daß er sich an Tschiangkaischek klammert, der mit gütiger amerikanischer Hilfe die Macht in China verloren hat."

Die englische Regierung lehnt es nach wie vor ab, über das chinesische Problem auf der von Amerika gewünschten Grundlage zu diskutieren und stellt sich auf den völkerrechtlich allein maßgebenden Standpunkt, daß nur eine solche Regierung anerkannt werden kann, die die Kontrolle über das Hoheitsgebiet des betreffenden Staates ausübt. Auf diese Grundsätze beruft sich die englische Regierung mit um so größerem Nachdruck, als sie keine Lust hat, ihre eigenen lebenswichtigen wirtschaftlichen Interessen im Fernen Osten den Ambitionen MacArthurs und den Geschäftsinteressen seiner Hintermänner zu opfern.

China klagt an

Die amerikanische Regierung hatte beabsichtigt, auf Grund eines Telegramms MacArthurs im Sicherheitsrat eine Resolution einzubringen, durch die Volkschina als Friedensstörer gebrandmarkt worden wäre, was Mac Arthur praktisch freie Hand im Osten gegeben hätte.

Die zögernde Haltung seiner UNO-Gefolgschaft gegenüber diesem Plan veranlaßte den amerikanischen Vertreter, sich mit der Vorlage einer Resolution zu begnügen, die den Rückzug in Korea anwesender chinesischer Truppen fordert. Der amerikanische Delegierte versuchte, den Antrag in der Weise abändern zu lassen, daß Peking nicht eingeladen, sondern als Angeklagter vorgeladen werde. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und die von England vorgelegte Entschließung angenommen.

Die chinesische Volksregierung hat schließlich durch eine Erklärung das ganze Problem auf das richtige Geleise geschoben, indem sie unter Ablehnung jeder Einladung oder Vorladung oder gar Rechtfertigung ihres Vorgehens ihrerseits den sofortigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Korea und die Freigabe aller von Amerika besetzten chinesischen Gebiete forderte. In einer Erklärung des chinesischen Außenministeriums werden 84 Fälle von Angriffen amerikanischer Flugzeuge auf Nordost-China aufgezählt. Was Korea anlangt, wird festgestellt, daß die Frage der unabhängigen Existenz dieses Landes immer unmittelbar mit der Sicherheit Chinas verbunden gewesen ist. Darum habe die freiwillige Unterstützung durch das chinesische Volk und der Widerstand gegen die amerikanische Aggression eine feste moralische Grundlage. Das chinesische Volk liebe den Frieden, es werde aber nicht davor zurückschrecken, sich gegen jede Aggression zu wenden, und es werde sich nicht einschüchtern lassen.

In dem Spiel mit verteilten Rollen, das von der amerikanischen Mehrheit der Vollversammlung der Vereinten Nationen und ihrer Ausschüsse betrieben wird, scheint nunmehr Tito eine aktivere Rolle zugedacht zu sein. Sein Vertreter unterbreitete dem politischen Ausschuß einen Vorschlag, der die Mitgliedstaaten verpflichten soll, sich im Falle des Ausbruchs von Feindseligkeiten bedingungslos einem Schiedsspruch der Vereinten Nationen zu beugen. Der Antrag wurde von der gesamten amerikanischen Mehrheit angenommen. Wohin er abzielt, ist klar. Wann immer es Amerika beliebt, irgendwo einen bewaffneten Konflikt zu provozieren, wird es den Angegriffenen als Angreifer verurteilen lassen und so seine Eroberungskriege in angebliche UNO-Kriege verwandeln. Das Verfahren, das Amerika im Falle Korea durch einen Putsch in Szene setzen mußte, soll durch diesen schändlichen Beschluß gleichsam normalisiert werden.

Tito hat noch ein übriges getan und Amerika bereits die Entsendung eines Truppenkontingents für seinen Koreakrieg zugesagt, und noch ehe der Sicherheitsrat sich über die von MacArthur gegen China erhobenen Anschuldigungen ausgesprochen hat, auch seine Teilnahme an einem etwaigen Krieg Amerikas gegen die Chinesische Volksrepublik versprochen.

Europamüde?

Mit Spannung wartet man in den westlichen Ländern auf die Auswirkungen der am 7. November durchgeführten amerikanischen Wahlen. Die Demokraten haben wohl im Senat und im Repräsentantenhaus weiter die Mehrheit, doch ist sie in beiden Häusern empfindlich eingeschrumpft. In dem besonders für außenpolitische Angelegenheiten so einflußreichen Senat besitzen sie nur mehr 49 Stimmen gegenüber 47 der Republ[illegible] Eine Anzahl führender Politiker der Demokraten hat ihren Sitz verloren, während mehrere der rabiatesten Republikaner Mandate erringen konnten. Mit Berufung auf dieses Wahlergebnis verlangen die Republikaner verstärkten Einfluß auf Amerikas Außenpolitik. In welcher Richtung sie ihn ausüben möchten, hat einer ihrer neuen Senatoren nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses verraten: Man müsse, so sagte er, dem General MacArthur in den strategischen Fragen weitgehende Entscheidungsfreiheit geben — das heißt carte blanche für die Entfesselung des allgemeinen Krieges im Pazifik. Auf Grund solcher und ähnlicher Äußerungen befürchtet man in den westeuropäischen Hauptstädten Kürzungen der amerikanischen Geldzuwendungen für Westeuropa zu Gunsten des Fernen Ostens. Dies um so mehr, da die in entscheidenden Phasen der amerikanischen Kriegsvorbereitung immer wieder zutage tretende Reintenz der europäischen Regierungen in einflußreichen amerikanischen Kreisen bereits früher deutliche Europamüdigkeit hervorgerufen hatte.

Fehlerkreis

Da ist vor allem das Problem der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, mit der Washingtons europäische Kriegspläne stehen und fallen. Immer wieder werden in dieser Angelegenheit Fragen neu aufgeworfen, die man längst überwunden zu haben glaubte, und immer wieder müssen sämtliche mit ihr befaßten Körperschaften nochmals bemüht werden. Nach dem Scheitern der letzten Washingtoner Konferenz der Kriegsminister setzten sich zunächst die Generalstabschefs der Westmächte zusammen, um einen neuen Versuch zur Überbrückung der durch Frankreichs Haltung wieder akut gewordenen alten Gegensätze zu unternehmen. Die erste Beratung verlief ergebnislos, und die Generalstabschefs müssen sich neuerlich mit ihren Regierungen beraten. Nächste Woche treten die stellvertretenden Außenminister zusammen, dann versammeln sich abermals die Generalstabschefs, darauf wird nochmals der Rat der Kriegsminister tagen, und schließlich werden sich die Außenminister aller zwölf Paktstaaten zu einer großen Konferenz in Brüssel treffen.

Prag-Warschau

Lebhafte Nervosität erregt in Washington auch die Art, wie man in den europäischen Hauptstädten, vor allem wieder in Frankreich, auf die Prager Entschließung und den sowjetischen Vorschlag über eine Konferenz der Vertreter der Großmächte reagiert hat. In Rom erklärte der dort zu Besuch weilende französische Außenminister Schuman, man müsse die Moskauer Note sorgfältig und gewissenhaft prüfen, und erinnerte daran, daß ähnliche Vorschläge der Sowjetregierung seinerzeit zur Lösung der Berliner Krise führten. Die der Regierung nahestehende Pariser Zeitung „Aube" erklärte, es sei Pflicht Frankreichs und seiner Alliierten, jede Möglichkeit, mit der Sowjetregierung ins Gespräch zu kommen, auszunützen, und ähnlich äußern sich die meisten französischen Zeitungen. Auch aus London kommen Nachrichten, daß man verhandlungsbereit ist.

Amerika versucht mit den üblichen Mitteln, die Viermächte-Beratung zu torpedieren. Man solle, so wird gesagt, die Konferenz nicht auf die Deutschland-Frage beschränken, sondern andere strittige Europafragen einbeziehen, in erster Linie den österreichischen Staatsvertrag und das Triester Problem. Überdies möchten die Amerikaner ihre phantastischen Anschuldigungen gegen die Volksdemokratien zur Diskussion stellen, diese hätten durch ihre Maßnahmen gegen Verschwörungen und Sabotage die Friedensverträge verletzt.

Es ist ein primitives und durchsichtiges Manöver, das aber nur dazu beitragen wird, vielen, die bisher noch blind gewesen sind, die Augen hinsichtlich der wahren Absichten Amerikas zu öffnen. Es will keine Viermächte-Beratung, es will nicht Verständigung und Frieden, es will Krieg.

Doch die Zeit, da man die Völker mit Tricks und diplomatischen Manövern in den Krieg führen konnte, ist endgültig vorbei. Davon wird auch der zweite Weltfriedenskongreß in Warschau neuerlich Zeugnis ablegen, und das beweist der klare und wachsende Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Bestrebungen, sie als amerikanisches Menschenmaterial zu mißbrauchen, und indem das deutsche Volk gegen alle Widerstände die Schaffung eines gemeinsamen Konstituierenden Rats zur Wiedervereinigung Deutschlands erzwingen wird, schafft es die sichere Garantie dafür, daß der amerikanische Krieg in Europa doch nicht stattfinden wird.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

WELTMACHT DES FRIEDENS III

Gesprengte Einkreisung

Im Juni 1928 übermittelte die Regierung der Vereinigten Staaten den Regierungen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Japans, Italiens, Belgiens, Polens und der Tschechoslowakei den Entwurf eines Vertrages, der die Ächtung des Krieges als Mittel zur Regelung internationaler Streitigkeiten vorsah. In verhältnismäßig kurzer Zeit erklärten die angesprochenen Länder ihr Einverständnis, und man rüstete zur feierlichen Unterzeichnung. Überall in Europa sprach man davon, daß nun ein wesentlicher Schritt zur Erhaltung des Friedens in der Welt getan worden sei.

Am 5. August aber erklärte der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR auf einer

Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris. Unser Bild zeigt den USA-Vertreter Kellogg bei der Vollziehung seiner Unterschrift, hinter ihm Aristide Briand, der Außenminister Frankreichs. *Foto: Illus*

Pressekonferenz den in Moskau akkredierten Journalisten, die Spitze dieser Aktion der Westmächte sei gegen die Sowjetunion gerichtet. „Offenbar war und ist es die klare Absicht der Initiatoren dieses Paktes, aus ihm ein Instrument zur Isolierung der UdSSR und zum Kampfe gegen sie zu schmieden. Die Verhandlungen über den Abschluß des sogenannten Kellogg-Paktes sind offensichtlich ein Bestandteil jener Politik zur Einkreisung der UdSSR, die gegenwärtig im Mittelpunkt der internationalen Beziehungen steht."

Die Sowjetunion hatte — wie jeder vernünftige und aufmerksame Beobachter in jenen Jahren sehen konnte — guten Grund, westlichen Friedensfanfaren gegenüber mißtrauisch zu sein. Der diplomatische Boykott, hatte eben erst sein Ende gefunden, der wirtschaftliche war noch im Gange, und in ihrem eigenen Lande konnte die Sowjetregierung oft genug feststellen, daß von westlichen Kapitalistenkreisen bezahlte und ausgerüstete Saboteure und Agenten am Werke waren, den Aufbau der sozialistischen Wirtschaft zu stören, wo immer es möglich war. Ferner mußte es jeden argwöhnisch machen, daß zu Verhandlungen über einen Friedenspakt das größte Land der Erde nicht eingeladen wurde, und außerdem kannte die Sowjetregierung die Vorgeschichte dieses Vertragswerkes viel zu genau, um nicht zu wissen, woher der Briand-Kellogg-Wind wehte.

Die „Ächtung des Krieges" war Objekt eines diplomatischen Kuhhandels bester imperialistischer Tradition. Im Sommer 1927 hatte der französische Außenminister Briand anläßlich eines Besuches ehemaliger amerikanischer Frontkämpfer in Frankreich das Wort von der „ewigen Freundschaft" zwischen den USA und Frankreich fallen lassen. Briand, dessen Pläne auf eine Verstärkung der französischen Machtposition in Europa — vor allem auch gegenüber England — hinausliefen, suchte die Amerikaner für sich zu gewinnen. Deshalb schickte er wenige Wochen später eine Note nach Washington, in der von einem französisch-amerikanischen Vertrag über „ewige Freundschaft" die Rede war.

Im State Department residierte damals Kellogg, ein gewiegter Diplomat, der die Pläne Briands sehr wohl durchschaute und mit seinen eigenen Absichten parierte. Die USA waren aus dem ersten Weltkrieg als die wirtschaftlich stärkste Macht des kapitalistischen Teiles der Welt hervorgegangen. Kelloggs Absicht bestand darin, dieser Position auch politisch Ausdruck zu verleihen und die Rolle des Schiedsrichters in der Welt zu übernehmen. Dazu bot ein diplomatischer Friedensschritt in einer Zeit, in der der Wunsch nach einem dauerhaften Frieden in allen Teilen der Welt von Millionen Menschen geäußert wurde, die besten Möglichkeiten. Also erhielt Briand die Antwort, daß man Anstrengungen machen müsse, um die Zustimmung aller wichtigen Mächte zu einer Erklärung zu erhalten, in der der Krieg als Mittel der internationalen Politik geächtet werde.

In dem diplomatischen Handel, der nun begann, war von einem ernsten Willen nach einem dauerhaften Frieden und zur Ächtung des Krieges wenig zu spüren. Großbritannien gab der Form halber sein Einverständnis, behielt sich jedoch vor, den Pakt überall da, wo es „besondere Interessen" habe, speziell auszulegen. Und so wurde schließlich am 27. August 1928 mit nicht geringem Reklameaufwand in Paris ein Pakt unterzeichnet, der den Angriffskrieg verbot, ohne diesen Begriff genau zu definieren, ein Pakt, der kein Wort von einer Rüstungsbeschränkung oder gar Abrüstung enthielt, den man auslegen konnte, wie es gerade den „Staatsinteressen" dienlich war. Man nannte ihn den Briand-Kellogg-Pakt.

All das war ohne Mitwirkung und Zustimmung der Sowjetunion geschehen, die man gemäß den damals üblichen Praktiken von allen internationalen Verhandlungen fernzuhalten versuchte. Nach der vorhin erwähnten sowjetischen Erklärung jedoch erhoben sich in der Weltpresse, in den Parlamenten wie auch vor allem in der Bevölkerung zahlreiche Stimmen, die nach der Ursache dieses neuen Boykotts fragten und verlangten, man solle die Sowjetunion unverzüglich einladen, dem Briand-Kellogg-Pakt beizutreten. So erging dann eine offizielle Einladung an die Sowjetregierung, vermutlich in der stillen Hoffnung, sie würde nicht einem Vertragswerk beitreten, auf dessen Entstehung sie keinerlei Einfluß hatte.

Das Gegenteil trat ein. Bereits am 31. August 1928 beantwortete die Sowjetregierung die an sie ergangene Einladung und erklärte wenige Tage später ihren offiziellen Beitritt zum Briand-Kellogg-Pakt. Die Sowjetregierung deckte in ihrer Note die Schwächen dieses Vertragswerkes auf; sie meinte, daß mit einem „Verbot des Krieges" — ausgedrückt durch eine nichtssagende Formel — der Friede noch nicht gesichert sei, vielmehr müsse man alle Kriege, alle wirtschaftlichen und politischen Boykotte, Blockaden und Interventionen verbieten, und vor allen Dingen müsse man abrüsten. Auch sollte man zumindest solche Mächte wie die Türkei, China und Afghanistan zum Beitritt einladen.

Trotz dieser Kritik beteiligte sich die Sowjetunion an dem Pakt, weil sie überall da zu positiver Mitarbeit bereit ist, wo sich überhaupt nur eine Gelegenheit dazu zu bieten scheint. Sie hatte vom ersten Tage ihres Bestehens an konsequent den Krieg bekämpft. Ihre sozialistische Planwirtschaft sicherte jedem ihrer Bürger Arbeit und Brot, ständig wachsenden Wohlstand und ein krisenfreies Dasein. Die Sowjetunion war und ist nur daran interessiert, sich gegen Überfälle fremder Mächte — wie sie zum Beispiel in den Jahren 1917 bis 1921 erfolgten — zu sichern, um in Ruhe die großen Reichtümer ihres Landes zum Wohle der Werktätigen zu erschließen.

Aus diesem Grunde verfuhr die Sowjetregierung mit dem Briand-Kellogg-Pakt in der gleichen Weise, wie sie mit allen internationalen Abmachungen verfuhr, an denen sie beteiligt war: sie machte ihn zur Grundlage ihrer künftigen Politik. Während die Initiatoren dieses „Friedenspaktes" die Pariser Urkunden zu den Akten legten, kaum daß die Tinte auf ihnen getrocknet war, ergriff die Sowjetunion die Initiative. Eine Klausel des Paktes besagte, daß er erst dann in Kraft treten könne, wenn er von allen beteiligten Staaten — ihre Zahl war inzwischen auf 44 angewachsen — ratifiziert worden sei. Das konnte Monate dauern — wenn es überhaupt soweit kam. Einer Wertlosmachung des Paktes vorzubeugen, betrachtete die Sowjetregierung als ihre Aufgabe und suchte nach einer Möglichkeit, den Briand-Kellogg-Pakt schnellstens in Kraft treten zu lassen.

Sie schlug ihren westlichen Nachbarstaaten, Polen, Litauen, Estland, Lettland und Finnland, vor, durch ein besonderes Protokoll den in Paris geschlossenen Vertrag sofort rechtskräftig zu machen. Der rumänischen Regierung unterbreitete sie den gleichen Vorschlag. Man sollte meinen, daß diese Staaten einen solchen Vorschlag bereitwilligst hätten aufgreifen müssen. Gerade in diesen Ländern wurde damals in Regierungskreisen wie auch in den Zeitungen überaus viel von Furcht und von der Bedrohung durch den sowjetischen Nachbarstaat geschwätzt. Nun bot sich eine günstige Gelegenheit, die angeblich so großen Besorgnisse durch schnellste Inkraftsetzung des Briand-Kellogg-Paktes zu beseitigen — die Regierungen der erwähnten Länder aber gaben ablehnende oder ausweichende Antworten.

Die westlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion richteten ihren politischen Blick zu jener Zeit ausschließlich nach Paris und London. Kaum heimgekehrt von der Unterzeichnung eines Anti-Kriegspaktes, betrieb man eifrig Pläne zur Errichtung eines baltisch-skandinavischen Blocks, über dessen antisowjetische Spitze kein Zweifel bestand. Es bedurfte erst längerer Verhandlungen, ehe sich die damaligen Regierungen der westlichen Nachbarstaaten der Sowjetunion bereitfinden ließen, am 9. Februar 1929 in Moskau ein Protokoll zu unterzeichnen, das den Briand-Kellogg-Pakt für diese Staaten vorzeitig in Kraft setzte.

Die Sowjetregierung benutzte diesen Pakt in den folgenden Jahren dazu, mit Berufung auf seine Bestimmungen immer wieder die Forderung nach allgemeiner Abrüstung zu erheben. Wie in den Jahren vorher erntete sie damit keineswegs den Dank der verschiedenen Regierungen und Diplomaten — wohl aber der werktätigen Menschen, die mit Sympathie und wachsendem Interesse den Aufbau des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde verfolgten. Washington und London, Paris und Berlin waren nicht mehr die alleinigen Metropolen der großen Politik. Mehr und mehr richteten die Menschen bei politischen Ereignissen ihre Blicke nach dem Osten, um zu erfahren, was die Sowjetregierung dazu zu sagen habe. **Horst Schötzki**

„UN, das ist hier MacArthur!"

Der Artikel, der einem englischen Redakteur seine Stellung kostete

Tom Hopkinson, der bekannte langjährige Redakteur der englischen illustrierten Wochenzeitung „Picture Post", wurde dieser Tage von dem Besitzer des Blattes, Edward Hulton, entlassen. Ursache der Entlassung war die Veröffentlichung eines Artikels mit dazugehörendem Bildmaterial, den der in Korea weilende Spitzenreporter des Blattes, James Cameron, eingesandt hatte. Dieser Artikel wurde von Hopkinson mit der Überschrift versehen: Wir appellieren an die UN.

In einem Vorwort zu dem Artikel gibt Hopkinson seiner Überzeugung Ausdruck, daß die UN sofort einschreiten werde, wenn sie die Wahrheit über den Terror in dem amerikanisch besetzten Korea erfahre. Er schreibt wörtlich:

„Wir veröffentlichen hier den neuesten Artikel von James Cameron, weil wir glauben, daß der Sache der Vereinten Nationen am besten damit gedient wird, daß man ehrlich und offen wenigstens einige der häßlichen Vorkommnisse zugibt, die sich unter ihrer Flagge zugetragen haben. Darum haben wir Text und Bildmaterial gleichzeitig dem Generalsekretär der UN und dem Leiter der britischen Delegation bei den Vereinten Nationen zugestellt."

Cameron schildert in seinem Artikel, wie er selbst mit ansehen mußte, daß politische Gefangene, mit Stricken zusammengebunden, von Li Syngmans Polizei durch die Straßen von Pusan getrieben wurden. Wörtlich schreibt Cameron:

„Vor einem Monat noch wären wir entsetzt gewesen. Nun waren wir bloß noch erschüttert darüber, daß sich so etwas täglich wiederholt.

Bei diesen mit Stricken Zusammengebundenen handelt es sich um südkoreanische Zivilpersonen, deren Verbrechen — oder besser gesagt, deren vorgebliches Verbrechen, da sie ja noch nicht einmal einem Verhör unterzogen worden sind — darin besteht, daß sie ‚möglicherweise' Gegner des Syngman-Regimes sind.

Diese Menschen haben nun schon wer weiß wie lange im Gefängnis gesessen. Wie lange, das läßt sich nicht sagen, da man uns jede offizielle Auskunft verweigerte. Jedenfalls lange genug, um ihre Körper in Skelette, ihre Muskeln in Bindfäden, ihre Gesichter in ein fürchterlich durchsichtiges Grau zu verwandeln.

Mit Stricken und Handschellen sind sie gebunden und gefesselt. Sie dürfen — selbst wenn sie es noch könnten — nicht aufrecht gehen. Man zwingt sie, auf dem Fußboden zu kriechen — über ihre eigenen Exkremente hinweg. Mit jenem leblosen Gesichtsausdruck, der Menschen kennzeichnet, die dem Tode entgegengehen, klettern sie mit letzter Kraftanstrengung auf bereitstehende Lastwagen.

Von seiten der UN-Delegation in Korea, an die ich mich mit meinem Protest wandte, wurde mir geantwortet: ‚Wir wünschten, Sie könnten etwas dagegen unternehmen; wir sind nicht dazu imstande.'

Beim Internationalen Roten Kreuz in Korea sagte man mir: ‚Sie haben recht, es ist eine Schande, aber was soll man tun? Jeder weiß doch, daß UN hier in Korea General MacArthur ist . . .'

Das stimmt. Dieser Feldzug ist militärisch und politisch eine hundertprozentige MacArthur-Angelegenheit. Der Öffentlichkeit jedoch versucht man einzureden, es handle sich um einen UN-Feldzug. Aber nichtsdestoweniger ließ man es zu, daß sich solche barbarischen Szenen, wie ich sie eben geschildert habe, überall im vollen Licht der Öffentlichkeit abspielen. Unter dem blauseidernen UN-Banner mit den Olivenzweigen. Und alle behaupten, daß sie — weil sie es nämlich gar nicht versucht haben — außerstande sind, diese Exzesse zu stoppen, Exzesse, von einer Regierung ausgeführt, die etwa ebenso demokratisch ist und sich von ebenso edlen Grundsätzen leiten läßt wie Caligulas Rom.

Alle die Menschen, die so sprechen, kennen ausgezeichnet — sie selbst haben mir davon erzählt — das Zu-Tode-Prügeln von ‚Verdächtigen', das Abschnüren der Daumen mit Feldtelefondrähten. All das kennen sie, aber immer bekommt man die Antwort: ‚Wir sind so sehr mit anderen Dingen beschäftigt.'"

*

Eines der in der „Picture Post" veröffentlichten vier Bilder Camerons zeigt die halbnackten ausgemergelten politischen Gefangenen Li Syngmans, ein anderes die aneinander gefesselten, auf einem Lastwagen zusammengepferchten Gefangenen, offenbar auf dem Wege zur Hinrichtung. Das Bild ist mit der Unterschrift versehen: Auf dem Wege ins Nichts. Ein nächstes Bild zeigt einen südkoreanischen Polizisten, der die Gefangenen, die in sitzender Stellung auf dem Marktplatz verharren müssen, mit Stockschlägen bedroht. Ein letztes Bild zeigt einen vielleicht zwölf Jahre alten Jungen, ebenfalls ein politischer Gefangener, der entkräftet auf der Erde herumkriecht.

Ist es verwunderlich, daß die Regierung eines Landes, wo Journalisten gemaßregelt werden, weil sie die Wahrheit schreiben, keinen Friedenskongreß dulden will?

„Asiaten an die Front!"

In einer Rede vor amerikanischen Industriellen in Los Angeles schlug der amerikanische Brigade-General W. S. Roberts, der die südkoreanische Armee ausbildete, eine neue Politik für die amerikanische Intervention in Asien vor, die sich etwa in folgendem Satz zusammenfassen läßt: Laßt uns amerikanisch ausgebildete asiatische Truppen benutzen, nicht Weiße! Wörtlich sagte er:

„Warum benutzen wir nicht Philippinos? oder Japaner? . . . Als Sold brauchten wir wahrscheinlich nicht mehr als fünf Dollar monatlich aufzuwenden und dazu eine Schüssel Reis pro Tag. Wenn sie nicht kämpfen, gibt's keinen Reis! . . . Es ist meine Überzeugung, daß Weiße nur als letzter Ausweg nach Asien geschickt werden sollten."

Als was sie wohl ihre westdeutschen Söldner — wenn sie sie bekämen — klassifizieren würden . . .?

„Verdammte alte Hexe"

Der Korea-Korrespondent der großen liberalen dänischen Tageszeitung „Politiken", Aage Krarup Nielsen, gibt in einer Reportage Gespräche zwischen amerikanischen Soldaten in einem amerikanischen Militärdepot wieder. Diese Gespräche sind eine unfreiwillige Anerkennung des heldenhaften Widerstandes des koreanischen Volkes.

„Korea befreien, Quatsch mit Soße. Meinetwegen können sie zur Hölle fahren", ruft eine verbitterte Stimme aus dem Dunkeln. „Nordkoreaner und Südkoreaner sind alle zusamen Kroppzeug. Beide gleich dreckig und unzuverlässig. Die haben uns genug Schurkenstreiche gespielt. Das schlimmste habe ich oben in der Nähe von Taejon erlebt. Als wir durch ein Dorf kamen, saß eine alte Südkoreanerin vor den Ruinen ihres Hauses mit einem Korb Gemüse. Unsere Artillerie hatte die Roten gerade aus dem Dorf herausgetrieben, und die Alte war als einzige von allen Bewohnern zurückgeblieben. Wir boten ihr an, sie mitzunehmen und wollten ihr einige Konserven geben. Aber sie fauchte uns bloß an. Als wir ihr wieder den Rücken gedreht hatten und weiter trabten, schoß sie vier von unserer Patrouille mit ihrer Maschinenpistole nieder, die sie unter dem Gemüse versteckt hatte. Verdammte alte Hexe. Und dafür sollen wir uns totschlagen lassen, um so ein Pack zu befreien".

„Möglicherweise hat ihr die Art, wie ihr ihr Dorf befreit habt, nicht gefallen?" sagte jemand mit einer trockenen Stimme aus dem Hintergrund.

Leichen von Bürgern der koreanischen Stadt Wonsan, die durch einen amerikanischen Luftangriff am 10. August 1950 getötet wurden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gut geschmiertes „Bollwerk"

Die Bonner Bestechungsaffären haben in Westberlin nicht viel Staub aufgewirbelt. Der mit SPD-Mehrheit dirigierte Westberliner „Magistrat" liefert ja selbst genug Skandalgeschichten. Neben vielen kleinen Affären gibt es laufend „interessante" Fälle, und der letzte kann neben dem Bonner Skandal „würdig" bestehen.

Für die gesamten Fraktionen der CDU und der FDP sowie für einige SPD-Abgeordnete im Schöneberger Magistrat wurde von westdeutschen Versicherungsgesellschaften die runde Summe von 11,5 Millionen Westmark ausgegeben. Als Mittelsmann fungierte Abgeordneter Even (West-CDU), der offizieller Beauftragter mehrerer westdeutscher Versicherungsgesellschaften ist.

Die bestochenen „Volksvertreter" verpflichteten sich, gegen alle Gesetzentwürfe zu stimmen, die die Einheitsversicherung VAB finanziell sichern und so der schaffenden Bevölkerung zugute kommen. Ein Vorstandsmitglied der FDP versicherte, ohne auf Widersprüche zu stoßen, daß auch SPD-Abgeordnete Bestechungsgelder angenommen haben. Unter den geschmierten Gefolgsleuten Reuters befinden sich — er hat ja Übung — Kurt Swolinsky, Ella Kay und Jeanette Wolf.

Auch sonst versteht man sich in der Westberliner Verwaltung auf das Geschäft, die Taschen der Bevölkerung gründlich zu leeren.

Mitte Oktober wurden in Charlottenburg (britischer Sektor) mehrere Fälle von Bestechung aufgedeckt. Der Leiter der Zuzugsstelle im Bezirksamt Charlottenburg, Pflug, hatte mit anderen Angestellten Zu- und Umzüge gegen Bestechung in Höhe bis zu 600,— Westmark genehmigt.

Der Leiter eines Flüchtlingslagers in Charlottenburg, der militärgerichtlich vorbestrafte Schmidt, hat ebenfalls Bestechungsgelder entgegengenommen. In den Wohnungen der Angestellten wurden gefälschte Amtssiegel und Stempel gefunden.

Der Personalleiter des Charlottenburger Ernährungsamtes, Becker, führte in Lohnlisten fingierte Namen bzw. solche von längst entlassenen Personen. Die Gelder brachte er mit seinem Parteigenossen Theuerkauf in zweifelhaften Bars durch. Becker ist außerdem Morphinist.

Ende September d. J. ging in Steglitz (amerikanischer Sektor) die Firma Feinwerk GmbH in betrügerischen Konkurs, nachdem ihr von der Reuter-Verwaltung ohne besondere Prüfung und trotz der Warnung einer Treuhandgesellschaft Kredite von 430 000,— Westmark gegeben worden waren. Die Zahlung von weiteren 400 000,— Westmark konnte nur durch den Konkurs verhindert werden. Ein Direktor der Spandauer Filiale der unter Kontrolle der Westverwaltung arbeitenden „Berliner Bank" erklärte, daß „die so dem Westmagistrat verlorengegangenen Gelder bereits in die Millionen gehen".

Die Westberliner Spielberg-Druckerei hatte bis Mitte August mit Hilfe fingierter Rechnungen, falscher Lieferscheine und gefälschter Bücher die Westberliner Stadtkasse um 640 000,— Westmark geschädigt. In einer Gläubigerversammlung wurde festgestellt, daß den Verbindlichkeiten in Höhe von 1,3 Millionen Westmark der Wert des Maschinenparks in Höhe von 310 000,— Westmark gegenüberstehe.

Die Reuter-Verwaltung mußte zugeben, daß ihre zuständigen Stellen über die Machenschaften der Spielberg-Druckerei im Bilde waren. „Solche Konkurse werden sich nie vermeiden lassen", erklärte der Westberliner „Stadtrat für Wirtschaft", Klingelhöfer. Auf Anregung der Westberliner Verwaltung wurde die Druckerei weitergeführt und ihr ein neuer Kredit in Höhe von 75 000,— Westmark eingeräumt.

Die Westberliner werden aus dem Bonner Skandal die Schlußfolgerung ziehen, daß sogenannte „deutsche" Parteien und Männer, die deutsche Lebensinteressen an amerikanische Rüstungsgewinnler verkaufen, auch in Geldfragen nicht sauber sein können.

„Schönheitskönigin von West-Berlin" wurde die zwanzigjährige Ursula Tschacher, die sich neben ihrer mittelmäßigen Figur gleich noch einen Verlobten mitbrachte. Er ist Steuerberater jener Barbesitzer, die in der „Janika"-Jury saßen. Die „Wahl" fiel also nicht sehr schwer. Bei diesen flauen Steuerzeiten, die sie haben.

Sie hatte keinen Gönner in der Jury. Auch alle sonstigen Anträge, die ihr dazu verholfen hätten, „Miß Berlin" zu werden, lehnte sie ab. Erika Granz aus Berlin-Friedenau war eben nur eine kleine „Tipse". Ihr Lächeln mußte deshalb ungesehen bleiben. In der Jury gab es eine Stimme für sie. „Ein Konservativer", sagte man.

„Mehrere Jahre studierte ich in der Harnack-Schule Fremdsprachen und machte mein Dolmetscher-Examen", sagte uns die junge Ursula Probst, die als vierfache Dolmetscherin bei alliierten Dienststellen beschäftigt war. Sie verlor ihre Stellung und mußte ihre Wohnung aufgeben. Heute hat sie bei Bekannten Unterkunft.

„Nirgendwo kann die Frau ihre Persönlichkeit so entfalten wie im freien Berlin (gemeint ist Westberlin), daß stündlich um seine Freiheit ringt." Diese weisen Worte sprach die Vertreterin des O-Bü. Reuter, Frau Bürgermeister Louise Schroeder, auf einer Versammlung weiblicher Mitglieder der SPD in Spandau.

Köpfe

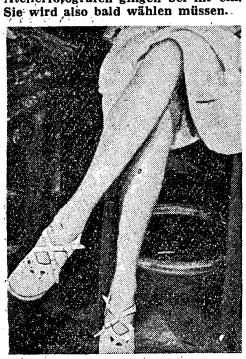
Diese Hände kennen keine Arbeit. Sie gehören Fräulein Herz, Tochter des dreifachen Sägewerkbesitzers Hans-Georg Herz aus der Mecklenburgallee in Berlin-Charlottenburg. „Wenn abends in den Bars das Geld nur so verjubelt wird", so sagte sie uns, „denkt Vater oft auch an die Leute, die so schwer arbeiten müssen"

Diese Hände kennen Arbeit. Sie gehören der 55jährigen Westberliner Notstandsarbeiterin Charlotte Wolnak aus Berlin-Friedenau, Schloßstr. 44, die sich mit ihren 110,— Westmark plagen muß, um mit ihrem sechsjährigen Enkel durchzukommen. „Früher war ich Putzmacherin, da ging's für meine alten Hände leichter."

Hände

„Ach, wie schön", flüsterten die Herren der Jury beim Wahlakt: „Die schönsten Beine Berlins." Die 16jährige arbeitslose Anneliese Kränkel aus Berlin W 30, Motzstr. 34, wurde Siegerin und hofft, nun auf diese Weise Arbeit zu erhalten. Einige nicht gerade übliche Anträge von Atelierfotografen gingen bei ihr ein. Sie wird also bald wählen müssen.

Die kleinen schiefen Beinchen gehören nicht etwa einer rachitiskranken Schülerin, sondern der 17jährigen Rita Jahnke aus Charlottenburg, Kaiserallee 11, die sich dem „Walkathon" verschrieben hat. Was das ist? — Dauertanzen bis zum Umfallen. Beim letzten Rummel im „Tefi" tanzte sie mit ihrem Partner 176 Stunden ohne umzufallen.



Beine

In Westberlin bereitet man sich wieder einmal aufs Wählen vor. Diesmal wählt man nicht etwa den „König der Muskeln" oder den „schönsten Arm Europas", auch keinen „Makkaroniewettesser". Nein, diesmal wollen die Regisseure des Westberliner Affentheaters, das die Arbeitslosen über ihre Not und ihre noch trüberen Aussichten hinwegtäuschen soll, von den Betrogenen selbst gewählt werden.

Und so rechnen sie denn mit der Einfalt der Frau, von der sie glauben, daß sie mit dem Zeitgeschehen nicht mitgegangen ist. Sie rechnen mit dem Kochtopfmädchen, kurz: mit der „Laßt-mich-bloß-mit-Politik-in-Ruhe"-Frau. Die Westberliner FDP hat sich nicht entblödet, zum Zwecke des Stimmenkaufs auf ihrer Lankwitzer Wahlversammlung am 9. November kleine Geschenke in Gestalt von Hemdhöschen, Strümpfen und Regenschirmen an die Damen zu verteilen. Die Westberliner Kamarilla hat Angst vor den Wählern und Wählerinnen, vor denen, die ihnen 1946 das Zepter in die Hand drückten. Sie hat Angst, diese Parteikamarilla, weil man viel versprach, aber von all dem nichts verwirklichte.

Auch die Frauen haben die „Freiheit", für Reuter, Friedensburg und die Kriegspolitik ihrer Hintermänner stimmen zu dürfen — ansonsten jedoch haben sie zu schweigen. Die demokratischen Rechte, die der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik durch das neue Förderungsgesetz gegeben wurden, die völlige Gleichberechtigung auf allen Gebieten des täglichen Lebens — im Betrieb, im Büro, in der Familie — das alles wird der Frau in Westberlin vorenthalten. Dafür darf sie ihre Reize lüsternen Bürgern bloßstellen. (Vielleicht gibt's einen Preis für schönste Beine und einen, der extra dafür zahlt.) Und obwohl Frau Bürgermeister Louise Schröder erklärt, nirgendwo könne sich die Persönlichkeit der Frau so entfalten, wie gerade im „freien" Westberlin, haben Zehntausende von Frauen neben wenigen Groschen eine Stempelkarte in der Tasche, und es wird ihnen noch zugemutet, diejenigen zu wählen, die ihnen diese Stempelkarte in die Hand gedrückt haben. Zwar mimen die Parteien heftigen Streit um den ersten Platz. Doch ob Reuter oder Friedensburg die Bürgermeisterkrone erhält, bleibt sich gleich. Es ist nur ein betrügerisches Spiel mit verteilten Rollen.

Nie zuvor hat Berlin so unfrei gewählt, wie es am 3. Dezember der Fall sein wird. Nie wurde dabei so viel von „Freiheit" gesprochen, die es nicht gibt. Die demokratischen Organisationen und Parteien sind verboten, die Friedenskämpfer werden verfolgt, ihre Aktivisten eingekerkert. Zahllose ehrbare Frauen, Geistesschaffende und Künstlerinnen, Arbeiterinnen und Ärztinnen die sich dieser besten und edelsten Sache der Welt widmen, werden bespien und mißhandelt. Die Zeit des nazistischen Jahrtausends scheint in Westberlin wieder angebrochen zu sein.

Im Wahlrummel und bei amerikanischen Schönheitswettbewerben soll die Berlinerin vergessen, daß Westober Reuter einmal das Wort geprägt hat: Berlin ist einen Krieg wert. Schon ist Reuters Ruf nach amerikanischen Verstärkungen, die im Falle des in Washington gewünschten Falles von Berlin aus vorstoßen sollen, erfüllt worden. Amerikanische Fallschirmtruppen sind als erste Verstärkungsrate eingetroffen.

Reuter würde natürlich auf spannende Fronterlebnisse in der Frontstadt Berlin verzichten, falls es wirklich einmal losginge. Die werktätigen Frauen Westberlins, die Exmittierten und Rentnerinnen, die Notstandsarbeiterinnen und Arbeitslosen, alle, die sich sorgen und plagen, sollten sich überlegen, ob sie ihre Metzger noch einmal wählen und sich nachher von ihnen als dümmste Kälber auslachen lassen wollen.

Peter Steffen

„Seit einem Jahr stehe ich mir hier die Beine in den Bauch", meinte die 29jährige Erwerbslose Inge Nikolai aus Berlin SW 68, Hornstr. 21, auf der Stempelstelle Kreuzberg. „Und jetzt hat Reuter angedroht, uns, die Alten, aussteuern zu lassen. Na, die ‚Wahl' bei uns möchte ich ja diesmal sehen. Ich glaube, die Herren rechnen ganz bestimmt schon damit,

„Die HO ist unsere einzige Rettung, seit mein Mann Notstandsarbeiter ist." Elfriede M. aus Westberlin kauft fast täglich im demokratischen Sektor ein. „Bei uns hat man immer gesagt, was die da im Osten machen, sei keine Wahl. Und jetzt verteilen sie auf den West-Wahlversammlungen seidene Damenhöschen. Na, so kriegen sie uns auch nicht." Fotos: Steffen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5
50X1-HUM

Erklärung der Außenminister in Prag:

Frieden für Deutschland und Europa

Die Außenministerkonferenz in Prag, die am Freitag, dem 20. Oktober 1950, auf Initiative der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet wurde, hat am Sonnabend, dem 21. Oktober 1950, eine Erklärung von höchster politischer Bedeutung veröffentlicht. Bekanntlich nahmen an der Beratung teil: Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Molotow, der Außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außenminister Bulgariens, Dr. Neitscheff, der Stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außenminister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumäniens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai, und der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger. Aus der Erklärung der Außenministerkonferenz geht hervor, daß diese sich mit den Auswirkungen der am 19. September 1950 von den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs gefaßten New-Yorker Separatbeschlüsse beschäftigte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes, widersprechen.

Aggressive Bestrebungen der Westmächte

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmt lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert. Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes hervorgerufen sind, als durch die wachsenden aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der sogenannten „Beendigung" des Kriegszustandes mit Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven Nordatlantikblocks bilden.

Diese Mächte sind bestrebt, sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen bei der Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen sich die Bestrebungen der führenden Kreise der USA zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands, seiner Menschen und Materialreserven freizumachen. Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikblocks zu schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern. Es ist nicht zufällig, daß in dem umfangreichen New-Yorker Kommuniqué nichts von einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vorbereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frank-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

reichs entsprechend dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich genommen, deren Durchführung sie jetzt unter allen möglichen Vorwänden aus dem Wege gehen. Das zeigt, wie weit sich die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom Potsdamer Abkommen der vier Mächte entfernt hat. Das zeigt ferner, daß die heutige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die das Potsdamer Abkommen grob verletzt, in direktem Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker Europas steht.

Verletzung der Potsdamer Beschlüsse

2. Im Kommuniqué heißt es: „Die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik", das heißt zu Westdeutschland, „zu überprüfen." Hierbei wird kein Wort von dem Verbot der Wiederherstellung der Kriegsindustrie gesprochen, wie sie das Jaltaer und Potsdamer Abkommen sowie auch die später abgeschlossenen Abkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR fordern. Mehr noch, im Kommuniqué wird davon gesprochen, daß die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus zu Kriegszwecken gestattet wird.

Somit wird im Kommuniqué der drei Minister faktisch das Verbot der deutschen Kriegsindustrie, worüber es gemeinsam gefaßte feste Beschlüsse der vier Mächte gibt, aufgehoben. Der wirkliche Sinn des New-Yorker Kommuniqués besteht darin, daß jetzt die Schwerindustrie der Ruhr offen auf die Ausführung militärstrategischer Aufgaben der westlichen Mächte umgestellt wird.

Mit ihrem New-Yorker Kommuniqué öffnen die drei Mächte die Tore weit für die Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands, das seinerzeit dem deutschen Imperialismus und der Hitler-Aggression als Hauptstütze diente.

All das zeigt, wie jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs grob, und ohne Umstände zu machen, die gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte verleugnen, die unter Teilnahme der Sowjetunion gefaßt wurden, jene Beschlüsse, die auf das Verbot der deutschen Kriegsindustrie und auf die Nichtzulassung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus gerichtet waren und mit großer Zufriedenheit von den friedliebenden Völkern Europas und der ganzen Welt aufgenommen wurden.

Den gleichen Zielen der Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands und der Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die Pläne des anglo-amerikanischen Kriegsblocks dienen die Versuche der Schaffung übermonopolistischer Vereinigungen des Bergbaues und der Metallurgie Westdeutschlands und Frankreichs unter Teilnahme einiger anderer europäischer Staaten. Diese Versuche der westdeutschen und französischen kapitalistischen Monopole, verwirklicht unter dem Diktat der Regierung der USA, stützen sich auf die reaktionärsten Gruppierungen in Westdeutschland und enthalten die ernste Gefahr der Wiedergeburt der aggressiven deutschen Kräfte und begegnen naturgemäß einem entschlossenen Widerstand seitens der demokratischen Kräfte Frankreichs, Westdeutschlands und anderer europäischer Staaten.

Diese Politik der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs steht in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens, dessen Ziel es ist, Deutschland als einen friedliebenden demokratischen Staat wiederherzustellen, der sich auf die Wiedergeburt und die weitere Entfaltung der deutschen Friedensindustrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft stützt. Diese Politik der drei Mächte ist darauf gerichtet, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa zu drängen, anstatt dem deutschen Volke alle erforderlichen Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, für die Beseitigung der Wunden des Krieges, den Wiederaufbau der Städte und die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens der Werktätigen zu geben, worauf die Sowjetunion immer bestanden hat.

Hauptfrage in New York: Westdeutsche Remilitarisierung

3. Wie bereits betont, war die Hauptfrage, die auf der New-Yorker Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs beraten wurde, die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, obwohl im Text des Kommuniqués alles getan wurde, um diese Absicht zu vertuschen. Dem Kommuniqué zufolge kamen die drei Minister überein, über die in Westdeutschland bereits bestehenden Polizeikräfte hinaus „die Aufstellung mobiler Polizeikräfte zu genehmigen", und außerdem wurde von ihnen die Möglichkeit einer „deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" vorgesehen, das heißt, faktisch wird die Schaffung einer deutschen Armee betrieben, obwohl im gleichen Kommuniqué die heuchlerische Erklärung abgegeben wurde, daß „die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum Besten dienen würde".

Nach veröffentlichten Angaben gehören in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins den deutschen und den ausländischen Militärformationen unter Beteiligung der „DPs" sowie den verschiedenen Polizeitruppen 456 000 Mann an, die in der Hauptsache aus ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerarmee bestehen. Die Bewaffnung dieser Truppenteile und Formationen, ihr organisatorischer Aufbau und ihre armeemäßige Ausbildung, die Ausbildung des Offizierkorps in Spezialschulen, die Teilnahme an militärischen Manövern gemeinsam mit den Besatzungstruppen der Westmächte zeigen, daß diese Formationen und Truppenteile in Wahrheit Armee-Einheiten darstellen. Diesen Formationen sind Panzer- und Artillerie-Einheiten beigegeben. Ungeachtet dessen wird im Kommuniqué der drei Minister von der Genehmigung der Aufstellung „neuer mobiler Polizeikräfte" gesprochen, was angeblich „die gegenwärtige Lage erfordert". Hieraus ist ersichtlich, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bestrebt sind, im großen Maße die Polizeiformationen in Westdeutschland, die in Wirklichkeit eine reguläre deutsche Armee darstellen, aufzublähen.

Das Kommuniqué zeigt jedoch, daß jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht auf Polizeiformationen beschränken wollen, sondern bereits offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" stellten. Obwohl im Kommuniqué davon gesprochen wird, daß diese Frage zur Zeit „untersucht" wird, dient diese Ausdrucksweise jedoch eindeutig nur dem Ziel der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beschlüsse der drei Regierungen zur Wiedererrichtung der deutschen Armee. Jetzt ist es schon kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee solche Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere herangezogen werden.

Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß hierbei das Ziel verfolgt wird, die jetzt neuerstehende westdeutsche Armee in den Dienst des anglo-amerikanischen Blocks und seiner aggressiven Pläne zu stellen.

Bei einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung der Außenminister in Prag:

Frieden für Deutschland und Europa

Die Außenministerkonferenz in Prag, die am Freitag, dem 20. Oktober 1950, auf Initiative der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet wurde, hat am Sonnabend, dem 21. Oktober 1950, eine Erklärung von höchster politischer Bedeutung veröffentlicht. Bekanntlich nahmen an der Beratung teil: Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Molotow, der Außerordentliche Gesandte und Bevollmächtigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außenminister Bulgariens, Dr. Neitscheff, der Stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außenminister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumäniens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai, und der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger. Aus der Erklärung der Außenministerkonferenz geht hervor, daß diese sich mit den Auswirkungen der am 19. September 1950 von den Ministern für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs gefaßten New-Yorker Separatbeschlüsse beschäftigte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes, widersprechen.

Aggressive Bestrebungen der Westmächte

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmt lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert. Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes hervorgerufen sind, als durch die wachsenden aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der sogenannten „Beendigung" des Kriegszustandes mit Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven Nordatlantikblocks bilden.

Diese Mächte sind bestrebt, sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen bei der Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen sich die Bestrebungen der führenden Kreise der USA zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands, seiner Menschen und Materialreserven freizumachen. Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikblocks zu schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern. Es ist nicht zufällig, daß in dem umfangreichen New-Yorker Kommuniqué nichts von einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vorbereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frank-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

reichs entsprechend dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich genommen, deren Durchführung sie jetzt unter allen möglichen Vorwänden aus dem Wege gehen. Das zeigt, wie weit sich die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom Potsdamer Abkommen der vier Mächte entfernt hat. Das zeigt ferner, daß die heutige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die das Potsdamer Abkommen grob verletzt, in direktem Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker Europas steht.

Verletzung der Potsdamer Beschlüsse

2. Im Kommuniqué heißt es: „Die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik", das heißt zu Westdeutschland, „zu überprüfen." Hierbei wird kein Wort von dem Verbot der Wiederherstellung der Kriegsindustrie gesprochen, wie sie das Jaltaer und Potsdamer Abkommen sowie auch die später abgeschlossenen Abkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR fordern. Mehr noch, im Kommuniqué wird davon gesprochen, daß die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus zu Kriegszwecken gestattet wird.

Somit wird im Kommuniqué der drei Minister faktisch das Verbot der deutschen Kriegsindustrie, worüber es gemeinsam gefaßte feste Beschlüsse der vier Mächte gibt, aufgehoben. Der wirkliche Sinn des New-Yorker Kommuniqués besteht darin, daß jetzt die Schwerindustrie der Ruhr offen auf die Ausführung militärstrategischer Aufgaben der westlichen Mächte umgestellt wird.

Mit ihrem New-Yorker Kommuniqué öffnen die drei Mächte die Tore weit für die Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands, das seinerzeit dem deutschen Imperialismus und der Hitler-Aggression als Hauptstütze diente.

All das zeigt, wie jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs grob, und ohne Umstände zu machen, die gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte verleugnen, die unter Teilnahme der Sowjetunion gefaßt wurden, jene Beschlüsse, die auf das Verbot der deutschen Kriegsindustrie und auf die Nichtzulassung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus gerichtet waren und mit großer Zufriedenheit von den friedliebenden Völkern Europas und der ganzen Welt aufgenommen wurden.

Den gleichen Zielen der Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands und der Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die Pläne des anglo-amerikanischen Kriegsblocks dienen die Versuche der Schaffung übermonopolistischer Vereinigungen des Bergbaues und der Metallurgie Westdeutschlands und Frankreichs unter Teilnahme einiger anderer europäischer Staaten. Diese Versuche der westdeutschen und französischen kapitalistischen Monopole, verwirklicht unter dem Diktat der Regierung der USA, stützen sich auf die reaktionärsten Gruppierungen in Westdeutschland und enthalten die ernste Gefahr der Wiedergeburt der aggressiven deutschen Kräfte und begegnen naturgemäß einem entschlossenen Widerstand seitens der demokratischen Kräfte Frankreichs, Westdeutschlands und anderer europäischer Staaten.

Diese Politik der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs steht in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens, dessen Ziel es ist, Deutschland als einen friedliebenden demokratischen Staat wiederherzustellen, der sich auf die Wiedergeburt und die weitere Entfaltung der deutschen Friedensindustrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft stützt. Diese Politik der drei Mächte ist darauf gerichtet, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa zu drängen, anstatt dem deutschen Volke alle erforderlichen Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, für die Beseitigung der Wunden des Krieges, den Wiederaufbau der Städte und die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens der Werktätigen zu geben, worauf die Sowjetunion immer bestanden hat.

Hauptfrage in New York: Westdeutsche Remilitarisierung

3. Wie bereits betont, war die Hauptfrage, die auf der New-Yorker Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs beraten wurde, die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, obwohl im Text des Kommuniqués alles getan wurde, um diese Absicht zu vertuschen. Dem Kommuniqué zufolge kamen die drei Minister überein, über die in Westdeutschland bereits bestehenden Polizeikräfte hinaus „die Aufstellung mobiler Polizeikräfte zu genehmigen", und außerdem wurde von ihnen die Möglichkeit einer „deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" vorgesehen, das heißt, faktisch wird die Schaffung einer deutschen Armee betrieben, obwohl im gleichen Kommuniqué die heuchlerische Erklärung abgegeben wurde, daß „die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum Besten dienen würde".

Nach veröffentlichten Angaben gehören in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins den deutschen und den ausländischen Militärformationen unter Beteiligung der „DPs" sowie den verschiedenen Polizeitruppen 456 000 Mann an, die in der Hauptsache aus ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerarmee bestehen. Die Bewaffnung dieser Truppenteile und Formationen, ihr organisatorischer Aufbau und ihre armeemäßige Ausbildung, die Ausbildung des Offizierkorps in Spezialschulen, die Teilnahme an militärischen Manövern gemeinsam mit den Besatzungstruppen der Westmächte zeigen, daß diese Formationen und Truppenteile in Wahrheit Armee-Einheiten darstellen. Diesen Formationen sind Panzer- und Artillerie-Einheiten beigegeben. Ungeachtet dessen wird im Kommuniqué der drei Minister von der Genehmigung der Aufstellung „neuer mobiler Polizeikräfte" gesprochen, was angeblich „die gegenwärtige Lage erfordert". Hieraus ist ersichtlich, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bestrebt sind, im großen Maße die Polizeiformationen in Westdeutschland, die in Wirklichkeit eine reguläre deutsche Armee darstellen, aufzublähen.

Das Kommuniqué zeigt jedoch, daß jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht auf Polizeiformationen beschränken wollen, sondern bereits offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" stellten. Obwohl im Kommuniqué davon gesprochen wird, daß diese Frage zur Zeit „untersucht" wird, dient diese Ausdrucksweise jedoch eindeutig nur dem Ziel der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beschlüsse der drei Regierungen zur Wiedererrichtung der deutschen Armee. Jetzt ist es schon kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee solche Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere herangezogen werden.

Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß hierbei das Ziel verfolgt wird, die jetzt neuerstehende westdeutsche Armee in den Dienst des anglo-amerikanischen Blocks und seiner aggressiven Pläne zu stellen.

Bei einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

daß von den Regierungen der drei Westmächte die Aufgabe gestellt wurde, die früheren Beschränkungen bezüglich der deutschen Kriegsindustrie aufzuheben, worauf die westdeutschen kapitalistischen Monopole hartnäckig drängen. Gestern noch führten die Völker *Frankreichs*, Großbritanniens und der USA einen blutigen Kampf gegen die Hitleraggression, gegen den deutschen Imperialismus — heute stellen die regierenden Kreise dieser Länder mit ihren Händen die westdeutsche Armee wieder her, lassen verurteilte Kriegsverbrecher ohne Verbüßung ihrer Strafe frei, stellen das kriegswirtschaftliche Potential Westdeutschlands wieder her, lassen den westdeutschen Imperialismus wiedererstehen.

Das bedeutet, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich endgültig von den Beschlüssen der vier Mächte losgesagt haben, in denen die Ziele der Liquidierung des deutschen Imperialismus sowie auch die Ziele der Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festgelegt waren und in denen die großen Prinzipien der Festigung des Friedens in der ganzen Welt ihren Ausdruck fanden.

Das bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unvereinbar ist.

Einschätzung der Warschauer Konferenz bestätigt

4. Wie bekannt, hatte bereits die Londoner Separatkonferenz der drei Mächte im Jahre 1948 zur deutschen Frage Beschlüsse gefaßt, die endgültig die Aufgaben der Demilitarisierung und Demokratisierung Westdeutschlands beiseite schoben und das Ziel verfolgten, Westdeutschland in ein Werkzeug des aggressiven anglo-amerikanischen Blocks zu verwandeln. Schon damals wurde in der auf der Konferenz in Warschau beschlossenen Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Londoner Konferenz der drei Mächte über die Fragen Deutschlands der aggressive und antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Deutschland entlarvt.

Gegenwärtig halten es die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht, zu erklären, daß die in der Warschauer Erklärung gemachten Vorschläge sowie die allgemeine Einschätzung der Politik der drei Mächte in bezug auf Deutschland sich vollständig bestätigt haben. Heute sehen alle, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen Bruch der Verpflichtungen darstellt, die die Regierungen dieser Länder in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern auch die Gefahr einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft.

In Anbetracht dieser Tatsachen erklären die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, **daß die Separatbeschlüsse der New-Yorker Konferenz der drei Mächte keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen. Die ganze Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Verhinderung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet sind, fällt auf die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs.**

Für eine glückliche Zukunft Deutschlands! Für Frieden und Sicherheit Europas!

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. **Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.**

2. **Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.**

3. **Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.**

4. **Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeuschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.**

   Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Liebe Freunde!

Das sind die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz vom 20. und 21. Oktober dieses Jahres. So ausführlich habt Ihr sie wahrscheinlich noch nicht zu lesen bekommen.

Sagt selbst, sind diese Vorschläge nicht vernünftig und von jedem annehmbar? Ist das nicht der einzig richtige Weg zur friedlichen Lösung des sogenannten deutschen Problems?

Die große Mehrheit unseres Volkes denkt nur mit Schaudern an den zweiten Weltkrieg und vor allem daran zurück, wie die deutschen Städte und Dörfer durch die Luftangriffe der Anglo-Amerikaner und durch die Kampfhandlungen auf deutschem Boden in Trümmer gelegt wurden. Und schon wieder bereitet man hier in Westdeutschland einen neuen Krieg vor, der unsere deutsche Heimat, sollte es gelingen, ihn zu entfachen, endgültig ruinieren würde. Ganz offen betreibt die Bonner Regierung im Auftrage der Hohen Kommissare die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Aber die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung will keinen neuen Krieg. Sie setzt sich deshalb mit allen Mitteln gegen diese Wiederaufrüstung und Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressiven Pläne der Westmächte zur Wehr. Täglich mehren sich die Stimmen gegen diese Remilitarisierung, und der aktive Widerstand gegen diese volksfeindliche Vorbereitung eines neuen Krieges wächst.

Das deutsche Volk will in Frieden leben und in Frieden arbeiten. Von dem Gedanken der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit haben sich auch die acht Außenminister der friedliebenden Staaten in Prag leiten lassen und auf Initiative der Sowjetregierung gemäß den Grundsätzen der Friedenspolitik die oben aufgezeigten Vorschläge gemacht.

Es entspricht den nationalen Interessen unseres deutschen Volkes, besonders die Entmilitarisierung auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse konsequent durchzuführen.

Es ist im Interesse eines jeden deutschen Menschen, die Friedensindustrie uneingeschränkt zu entwickeln, dagegen die Kriegsindustrie völlig zu beseitigen. Wir haben Interesse an Kleidung, an Häusern, an ausreichendem Essen usw. Wir wollen keine Kanonen und Panzer! Wir wollen in Frieden und in Wohlstand leben.

Fünfeinhalb Jahre sind bereits vergangen, seit das verbrecherische Hitlersystem bedingungslos kapituliert hat. Und immer noch verweigern uns die Westmächte einen Friedensvertrag.

Entspricht deshalb der Vorschlag nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug aller Besatzungstruppen nach Jahresfrist nicht auch Euerm Interesse?

Auch Euch liegt daran, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wiederherzustellen. **Wir sind nun einmal eine einheitliche Nation und lassen uns auf die Dauer nicht trennen! Deshalb entspricht der Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates völlig den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes.** Dieser Rat muß natürlich paritätisch zusammengesetzt sein. Ihr seid doch sicher auch der Meinung, daß die Arbeit dieses Rates von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, wenn der eine oder andere Partner die Möglichkeit hätte, dem anderen seinen Willen zu diktieren. **Ost- und Westdeutschland müssen in diesem Rate zu gleichen Teilen und völlig gleichberechtigt vertreten sein.** Nur so wird eine wirklich echte Verständigung zustande kommen.

Ihr seht also, daß die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz von dem Willen diktiert sind, den Frieden zu erhalten und unsere nationalen Lebensfragen auf friedliche und demokratische Weise zu lösen.

Die erste Voraussetzung, daß wir Deutsche von Ost und West in ein Gespräch kommen und uns verständigen, ist die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Deshalb müßt auch Ihr zusammen mit allen deutschen Patrioten um die Bildung dieses Rates kämpfen und verlangen, daß sich die maßgebenden Persönlichkeiten aus Ost- und Westdeutschland an einen Tisch setzen und sich verständigen. Dieser Gesamtdeutsche Rat wird dann gemäß den Vorschlägen der Außenminister der friedliebenden Staaten nicht nur eine gesamtdeutsche Regierung vorbereiten, sondern bei den Vorbereitungen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Fordert die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates in paritätischer Zusammensetzung auf der Grundlage der Prager Beschlüsse!

Kämpft für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

daß von den Regierungen der drei Westmächte die Aufgabe gestellt wurde, die früheren Beschränkungen bezüglich der deutschen Kriegsindustrie aufzuheben, worauf die westdeutschen kapitalistischen Monopole hartnäckig drängen. Gestern noch führten die Völker Frankreichs, Großbritanniens und der USA einen blutigen Kampf gegen die Hitleraggression, gegen den deutschen Imperialismus — heute stellen die regierenden Kreise dieser Länder mit ihren Händen die westdeutsche Armee wieder her, lassen verurteilte Kriegsverbrecher ohne Verbüßung ihrer Strafe frei, stellen das kriegswirtschaftliche Potential Westdeutschlands wieder her, lassen den westdeutschen Imperialimus wiedererstehen.

Das bedeutet, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich endgültig von den Beschlüssen der vier Mächte losgesagt haben, in denen die Ziele der Liquidierung des deutschen Imperialismus sowie auch die Ziele der Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festgelegt waren und in denen die großen Prinzipien der Festigung des Friedens in der ganzen Welt ihren Ausdruck fanden.

Das bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unvereinbar ist.

Einschätzung der Warschauer Konferenz bestätigt

4. Wie bekannt, hatte bereits die Londoner Separatkonferenz der drei Mächte im Jahre 1948 zur deutschen Frage Beschlüsse gefaßt, die endgültig die Aufgaben der Demilitarisierung und Demokratisierung Westdeutschlands beiseite schoben und das Ziel verfolgten, Westdeutschland in ein Werkzeug des aggressiven anglo-amerikanischen Blocks zu verwandeln. Schon damals wurde in der auf der Konferenz in Warschau beschlossenen Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Londoner Konferenz der drei Mächte über die Fragen Deutschlands der aggressive und antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Deutschland entlarvt.

Gegenwärtig halten es die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht, zu erklären, daß die in der Warschauer Erklärung gemachten Vorschläge sowie die allgemeine Einschätzung der Politik der drei Mächte in bezug auf Deutschland sich vollständig bestätigt haben. Heute sehen alle, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen Bruch der Verpflichtungen darstellt, die die Regierungen dieser Länder in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern auch die Gefahr einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft.

In Anbetracht dieser Tatsachen erklären die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, **daß die Separatbeschlüsse der New-Yorker Konferenz der drei Mächte keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen. Die ganze Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Verhinderung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet sind, fällt auf die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs.**

Für eine glückliche Zukunft Deutschlands! Für Frieden und Sicherheit Europas!

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. **Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.**
2. **Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.**
3. **Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.**
4. **Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeuschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.**

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Liebe Freunde!

Das sind die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz vom 20. und 21. Oktober dieses Jahres. So ausführlich habt Ihr sie wahrscheinlich noch nicht zu lesen bekommen.

Sagt selbst, sind diese Vorschläge nicht vernünftig und von jedem annehmbar? Ist das nicht der einzig richtige Weg zur friedlichen Lösung des sogenannten deutschen Problems?

Die große Mehrheit unseres Volkes denkt nur mit Schaudern an den zweiten Weltkrieg und vor allem daran zurück, wie die deutschen Städte und Dörfer durch die Luftangriffe der Anglo-Amerikaner und durch die Kampfhandlungen auf deutschem Boden in Trümmer gelegt wurden. Und schon wieder bereitet man hier in Westdeutschland einen neuen Krieg vor, der unsere deutsche Heimat, sollte es gelingen, ihn zu entfachen, endgültig ruinieren würde. Ganz offen betreibt die Bonner Regierung im Auftrage der Hohen Kommissäre die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Aber die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung will keinen neuen Krieg. Sie setzt sich deshalb mit allen Mitteln gegen diese Wiederaufrüstung und Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressiven Pläne der Westmächte zur Wehr. Täglich mehren sich die Stimmen gegen diese Remilitarisierung, und der aktive Widerstand gegen diese volksfeindliche Vorbereitung eines neuen Krieges wächst.

Das deutsche Volk will in Frieden leben und in Frieden arbeiten. Von dem Gedanken der Erhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit haben sich auch die acht Außenminister der friedliebenden Staaten in Prag leiten lassen und auf Initiative der Sowjetregierung gemäß den Grundsätzen der Friedenspolitik die oben aufgezeigten Vorschläge gemacht.

Es entspricht den nationalen Interessen unseres deutschen Volkes, besonders die Entmilitarisierung auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse konsequent durchzuführen.

Es ist im Interesse eines jeden deutschen Menschen, die Friedensindustrie uneingeschränkt zu entwickeln, dagegen die Kriegsindustrie völlig zu beseitigen. Wir haben Interesse an Kleidung, an Häusern, an ausreichendem Essen usw. Wir wollen keine Kanonen und Panzer! Wir wollen in Frieden und in Wohlstand leben.

Fünfeinhalb Jahre sind bereits vergangen, seit das verbrecherische Hitlersystem bedingungslos kapituliert hat. Und immer noch verweigern uns die Westmächte einen Friedensvertrag.

Entspricht deshalb der Vorschlag nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug aller Besatzungstruppen nach Jahresfrist nicht auch Euerm Interesse?

Auch Euch liegt daran, die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands wiederherzustellen. **Wir sind nun einmal eine einheitliche Nation und lassen uns auf die Dauer nicht trennen! Deshalb entspricht der Vorschlag zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates völlig den nationalen Interessen des gesamten deutschen Volkes.** Dieser Rat muß natürlich paritätisch zusammengesetzt sein. Ihr seid doch sicher auch der Meinung, daß die Arbeit dieses Rates von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre, wenn der eine oder andere Partner die Möglichkeit hätte, dem anderen seinen Willen zu diktieren. **Ost- und Westdeutschland müssen in diesem Rate zu gleichen Teilen und völlig gleichberechtigt vertreten sein.** Nur so wird eine wirklich echte Verständigung zustande kommen.

Ihr seht also, daß die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz von dem Willen diktiert sind, den Frieden zu erhalten und unsere nationalen Lebensfragen auf friedliche und demokratische Weise zu lösen.

Die erste Voraussetzung, daß wir Deutsche von Ost und West in ein Gespräch kommen und uns verständigen, ist die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Deshalb müßt auch Ihr zusammen mit allen deutschen Patrioten um die Bildung dieses Rates kämpfen und verlangen, daß sich die maßgebenden Persönlichkeiten aus Ost- und Westdeutschland an einen Tisch setzen und sich verständigen. Dieser Gesamtdeutsche Rat wird dann gemäß den Vorschlägen der Außenminister der friedliebenden Staaten nicht nur eine gesamtdeutsche Regierung vorbereiten, sondern bei den Vorbereitungen zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben.

Fordert die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates in paritätischer Zusammensetzung auf der Grundlage der Prager Beschlüsse!

Kämpft für ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches, friedliebendes Deutschland!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Nationale Front
des demokratischen Deutschland

Informationsdienst

50X1-HUM

Gegen Remilitarisierung — für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Aus dem Inhalt des Heftes 16/17:

Bericht über die 6. Tagung des Nationalrats am 14. November 1950

Referate von Ernst Rangnick, Lübeck
und Nationalpreisträger Dr. Correns

Aus der Diskussion:
Helmut von Mücke, Vincens Müller
Pfarrer Kehnscherper u. a.

Wilhelm Koenen:
Gesamtdeutscher Konstituierender Rat für Einheit und Frieden

Die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz vom 21. Oktober 1950

Anhang: Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor den Abgeordneten der Volkskammer am 15. November 1950

Beilage: Das Gesetz über den Mütter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau mit Durchführungsbestimmung

3. JAHRGANG / NUMMER **16/17** PREIS: 50 PFENNIG

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gegen Remilitarisierung — Für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Bericht über die 6. Tagung des Nationalrats am 14. 11. 1950

Inhaltsverzeichnis

Seite

Nationalrat dankt den Wählern 3

Endgültiges Wahlergebnis der Volkswahl am 15. Oktober 1950 4

Nationalpreisträger Dr. Correns eröffnet die Tagung 5

Referat von Reichsbahn-Oberinspektor a. D. Ernst Rangnick, Lübeck, Vorsitzender des Landesausschuß der Nationalen Front Schleswig-Holstein:
Der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands 5

Aus der Diskussion

Helmut v. Mücke 9

Eine Vertreterin des Verteidigungskomitees zur Rettung der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter 9

Vincenz Müller 10

Ein Hamburger Hafenarbeiter 10

Landrat Fritz Sieben 11

Pfarrer Lic. Kehnscherper 11

Ein Mitglied des Kampfausschusses der Zeche „Nordstern", Gelsenkirchen 12

Pfarrer D. Busch 12

Wilhelm Jurczek 13

Dr. Hans Puhl 13

Wilhelmine Schirmer-Pröscher 14

Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses für deutsche Patrioten in Hannover 14

Ein Mitglied des Ständigen Büros des westdeutschen Arbeitsausschusses 15

Entschließung: Gegen westdeutsche Remilitarisierung — Für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat 16

*

Referat von Nationalpreisträger Dr. Correns, Vorsitzender des Präsidiums des Nationalrats:
Die künftigen Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland 17

Entschließung: Die künftigen Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland 24

*

Gesamtdeutscher Konstituierender Rat für Einheit und Frieden von Wilhelm Koenen 25

Die Prager Erklärung vom 21. 10. 1950 27

Überwältigender Vertrauensbeweis 30

Anhang

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor den Abgeordneten der Volkskammer in Berlin am 15. 11. 1950 33

Beilage

Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. 9. 1950 45

Durchführungsbestimmungen über den Mutter- und Kinderschutz 48

Herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 67 00 18
Erscheint im Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9, Telefon: 67 00 18

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Nationalrat dankt den Wählern

Präsidium des Nationalrats an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat an die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik folgenden Aufruf gerichtet:

„Im Kampf um den Frieden hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik einen überwältigenden Sieg errungen. Den Spekulationen der amerikanischen Kriegspartei wurde ein schwerer Schlag versetzt. Durch ihr entschlossenes Friedensbekenntnis am 15. Oktober hat die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ihren festen Willen zur Freundschaft mit der Sowjetunion, den volksdemokratischen Ländern und allen friedliebenden Kräften der ganzen Welt erneut überzeugend bestätigt.

Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik hat gezeigt, daß sie unerschütterlich im weltumspannenden Friedenslager steht. In beispielloser Einmütigkeit haben die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen, zu welchem einheitlichen demokratischen Handeln das ganze deutsche Volk befähigt wäre, wenn es, wie in der Deutschen Demokratischen Republik, frei von Bankiers, Monopolisten und Junkern, frei von Kriegsdrohung und kolonialer Versklavung über seine Lebensfragen selbst entscheiden kann.

Dem Willen der Werktätigen folgend, einigten sich alle antifaschistisch-demokratischen und nationalen Kräfte auf ein gemeinsames Wahlprogramm. Nach sorgfältigen Prüfungen durch die Massen unseres Volkes wurden als Kandidaten jene Männer und Frauen aufgestellt, die der Bevölkerung Gewähr dafür bieten, daß der in der Deutschen Demokratischen Republik beschrittene Weg zu Frieden, demokratischer Einheit, Glück und nationalem Wohlstand erfolgreich und zielbewußt fortgesetzt wird.

Berufene Vertreter des Volkes

Die gemeinsamen Kandidaten sind jetzt nach dem Willensbekenntnis der Millionen die berufenen Vertreter der Lebensinteressen des deutschen Volkes. Sie gingen aus den freiesten und demokratischsten Wahlen, die es je in der deutschen Geschichte gab, hervor.

Voller Abscheu und Verachtung aber blickt das deutsche Volk auf jene Spalter und Vaterlandsverräter in Bonn und Westberlin, die von Dollars Gnaden durch Wahlbetrug, Korruption und Bestechung in ihre Positionen gesetzt wurden, um die Interessen des deutschen Volkes mit Füßen zu treten und bei der Vorbereitung des amerikanischen Krieges auf deutschem Boden Hilfe zu leisten.

Unsere Brüder und Schwestern in Westdeutschland und Westberlin werden nach dem unvergleichlichen Ablauf und Ergebnis unserer Volkswahlen erkennen, daß der in der Deutschen Demokratischen Republik eingeschlagene Weg des Aufbaus aus eigener Kraft der einzige ist, der zu Frieden und Abzug der Besatzungstruppen, zu Wohlstand und gesichertem Leben führt. Sie werden begreifen, daß dieses grandiose Bekenntnis ein Ausdruck der Arbeitsfreude, der Kraft, eines neuen Staatsbewußtseins, der moralischen und politischen Einheit der ganzen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik ist.

Auftakt für den Fünfjahrplan

Der Wahlsieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist aber auch ein entscheidender und verheißungsvoller Auftakt für den ersten deutschen Fünfjahrplan, den Kampfplan für ein unabhängiges demokratisches Deutschland, für ein Vaterland, für das es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Wählerinnen und Wähler der Deutschen Demokratischen Republik

Ihr habt euch durch eure einmütige Stimmabgabe zum Wahlprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bekannt. Ihr habt der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die in ihrer einjährigen Tätigkeit mehr geleistet hat, als sie in ihrem Regierungsprogramm versprach, das Vertrauen ausgesprochen.

Noch ganz unter dem Eindruck unseres großen Wahlsieges, dankt euch der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland für euren überwältigenden Vertrauensbeweis, der einen nachhaltigen Eindruck auf das ganze deutsche Volk, ja auf alle friedliebenden Menschen ausüben wird.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ein besonderer Dank aber gebührt den unzähligen Mitarbeitern der Ausschüsse und Aufklärungsgruppen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, sowie allen Wahlhelfern *und nicht* zuletzt der Freien Deutschen Jugend und ihren Jungen Pionieren.

Eurer selbstlosen, unermüdlichen Aufklärungstätigkeit ist es zu danken, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die große nationale und internationale Bedeutung des 15. Oktober erkannte und in solcher Einmütigkeit ein offenes Bekenntnis für den Frieden ablegte.

Getragen vom Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, werden seine gewählten Vertreter gemeinsam mit den werktätigen Massen in neuer Tatkraft an die Lösung der gewaltigen Aufgaben herangehen, die wir uns zum Ziele setzten.

Alles für die Einigkeit der schaffenden Kräfte!

Alles für die Festigung der Deutschen Demokratischen Republik!

Alles für den Kampf um ein einiges, demokratisches, friedliebendes und unabhängiges Deutschland!

Alles für den Frieden!

Berlin, den 16. Oktober 1950

Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

---

Endgültiges Wahlergebnis der Volkswahlen am 15. Oktober 1950

Am 28. Oktober fand in Berlin die zweite öffentliche Sitzung des Wahlausschusses der Deutschen Demokratischen Republik statt, die das folgende endgültige Wahlergebnis der Volkswahlen vom 15. Oktober 1950 bestätigte:

Land	Zahl der Wahlberechtigten	Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmzettel	= % Wahlbeteiligung	Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel	= % der insgesamt abgegebenen Stimmzettel	
Brandenburg	1 853 850	1 828 710	98,64	1 827 784	99,95	
Mecklenburg	1 372 046	1 361 241	99,21	1 360 123	99,92	
Thüringen	2 027 952	1 990 731	98,16	1 985 416	99,73	
Sachsen	4 196 891	4 118 138	98,12	4 114 735	99,92	
Sachsen-Anhalt	2 874 286	2 845 634	99,0	2 842 964	99,91	
Diplomatische Missionen ..	143	143	100,0	143	100,0	
	12 325 168	12 144 597	98,534	12 131 165	99,889	

Land	Zahl der für ungültig erklärten Stimmzettel	= % der insgesamt abgegebenen Stimmzettel	Für die Kandidaten der Nat. Front stimmten	= % der abgegebenen gültigen Stimmzettel	Gegen die Kandidaten der Nat. Front stimmten	= % der abgegebenen gültigen Stimmzettel
Brandenburg	926	0,05	1 826 232	99,92	1 552	0,08
Mecklenburg	1 118	0,08	1 358 587	99,89	1 536	0,11
Thüringen	5 315	0,27	1 968 025	99,12	17 391	0,88
Sachsen	3 403	0,08	4 105 434	99,77	9 301	0,23
Sachsen-Anhalt	2 670	0,09	2 838 684	99,95	4 280	0,15
Diplomatische Missionen ..	0	0	143	100,0	0	0
	13 432	0,11	12097 105	99.719	34 060	0,28

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bericht über die 6. Tagung des Nationalrats am 14. November 1950 in Berlin

Nationalpreisträger Dr. Correns eröffnet die Tagung

Der Vorsitzende des Präsidiums des Nationalrats, Nationalpreisträger Dr. Correns, eröffnete die 6. Tagung des Nationalrats und führte u. a. aus:

Der überwältigende Sieg der friedliebenden, demokratischen und patriotischen Menschen am 15. Oktober, das einmütige Bekenntnis zum Programm und zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist von ungeheurer politischer Bedeutung nicht nur für die Deutsche Demokratische Republik, sondern für das ganze deutsche Volk. Die Blockpolitik und die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben sich als richtig erwiesen. Noch niemals in der Geschichte Deutschlands wurde eine solche moralische und politische Einheit aller nationalen Kräfte, noch nie wurde eine solche geschlossene Bewegung der Bevölkerung für die beste Sache der Menschheit, für den Frieden und das Glück der Nation erreicht. Das Vertrauen, die Hoffnung und das gewachsene Bewußtsein, das bei diesen Wahlen sich zeigte, sind der Ausdruck der gewaltigen Kraft des um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit ringenden Volkes, das sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigt hat.

Der Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands

Reichsbahn-Oberinspektor a. D. Ernst Rangnick, Lübeck

Vorsitzender des Landesausschusses der Nationalen Front Schleswig-Holstein

Meine Damen und Herren!

Die Entscheidung, vor der die deutsche Nation steht, ist ganz klar die Entscheidung: Krieg oder Frieden.

Der Gedanke der Remilitarisierung Westdeutschlands war kein deutscher Gedanke. Die amerikanische Kriegspartei diktierte die Remilitarisierung auf Grund der New-Yorker Beschlüsse. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß hinter den New-Yorker Phrasen von Frieden, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung sich die Fratze des Krieges verbirgt. Die einzelnen Bestimmungen des New-Yorker Diktats beweisen das. Sie unterwerfen die westdeutsche Wirtschaft dem Zwang der amerikanischen Kriegswirtschaft. Die deutsche Kohle und der deutsche Stahl werden, soweit der amerikanische Würgegriff reicht, der amerikanischen Kriegsproduktion zugeführt. Die Menschen in Westdeutschland sollen zum Söldnerdienst gepreßt und zum Menschenmaterial der amerikanischen Kriegsplanung herabgewürdigt werden. Das New-Yorker Diktat präsentiert jene blutige Rechnung der „New York Times", in der es in zynischer Offenheit heißt: „Das amerikanische Volk hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erhalten."

Anstatt nun, wie es für jeden Menschen hätte selbstverständlich sein müssen, gegen diese blutige und verbrecherische Rechnung flammenden Protest zu erheben, fanden sich die verantwortlichen Bonner Politiker bereit, diese Rechnung unter Mißbrauch des Namens des deutschen Volkes anzuerkennen. Die Rolle von Regierung und Opposition war in ihrer Verteilung offenbar darauf angelegt, durch den scheinbaren Widerspruch zwischen dem direkten Ja Adenauer's und dem heuchlerischen Nein Schumachers die Menschen Westdeutschlands zu verwirren. Die ganze Bundestagsdebatte war nichts anderes als der Versuch, die praktisch begonnene Remilitarisierung zu vertuschen und die weitergehenden Pläne der Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Die Ablehnung, die die Bevölkerung der Remilitarisierung entgegenbringt, macht es für die amerikanische Kriegspartei notwendig, das Spiel mit verteilten Rollen zu spielen. Daher übernahm Schumacher die zweite Rolle. Kennzeichnend für seine sogenannte Opposition ist seine Antwort auf die Frage, wie er sich im Falle eines eindeutigen Nein des Volkes zur Remilitarisierung verhalten würde. Schumacher berief sich auf die Spielregeln der repräsentativen Demokratie, in der, wie er sagte, die politischen Entscheidungen nicht vom Volke selbst, sondern von der Volksvertretung gefällt werden.

Der „Tagesspiegel" hat diesmal durchaus Recht, wenn er behauptet, daß die Auffassungen Dr. Schumachers und Dr. Adenauers praktisch keinen grundsätzlichen Unterschied mehr zeigen. Welche andere Rolle außer der eines Spielers mit dem Leben des deutschen Volkes könnte schließlich auch ein Mann übernehmen, der als erster das Besatzungsstatut für Westdeutschland forderte, der als erster die Konzentration amerikanischer Panzereinheiten an der Elbe forderte, der als erster den Amerikanern die Felder Westdeutschlands als Truppenübungsplatz anbot und der sich schließlich auch als erster zu der ungeheuerlichen Forderung verstieg, die Entscheidung auf den Schlachtfeldern zwischen Weichsel und Njemen zu suchen.

Die parlamentarische Spiegelfechterei von Bonn ist nicht das einzige Mittel, mit dem die amerikanische Kriegspartei die Bevölkerung Westdeutschlands zu überspielen und in das Joch ihrer Kriegspläne einzuspannen versucht. Die amerikanischen Kriegstreiber und ihre Agenten versuchen mit allen Mitteln der Propaganda, die Bevölkerung umzustimmen. Sie versuchen, auf Schleichwegen ihre verbrecherischen Ziele zu erreichen. Sie versuchen, durch den Raub der demokratischen Rechte und den totalen Terror den Friedenswillen der Bevölkerung Deutschlands zu brechen. In ihrer Propaganda wandeln sie ebenso wie in ihren Weltherrschaftsträumen auf den blutigen Spuren von Hitler und Goebbels. Die Lüge vom Volk ohne Raum wird in den Schulen und auch an den Hochschulen propagiert, der Haß gegen die slawischen Völker durch eine wütende Hetze besonders unter den Umsiedlern geschürt, der Militarismus und Faschismus in den amerikanisierten Zeitungen und Broschüren in widerlichster Weise verherrlicht. Gegen die Deutsche Demokratische Republik wird eine Pogromstimmung entwickelt und bis zur direkten Aggression gesteigert. Kein Schlagwort ist zu abgegriffen und keine Lüge zu infam, um nicht für die geistige Kriegsvorbereitung verwendet zu werden.

Die stille Remilitarisierung betreibt man unter schamlosem Mißbrauch des Elends der Erwerbslosen. Wir wissen heute, wozu das Millionenheer der Erwerbslosen, wozu die 500 000 arbeitslosen Jugendlichen geschaffen wurden. Aber trotzdem gelingt es den amerikanischen Werbern nicht, in ihrer Zone genügend Söldner zu finden. Sie versuchen nun, in ganz Westdeutschland die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Arbeitsämter für die Werbung ihrer sogenannten mobilen Einheiten zu mißbrauchen. Der sozialdemokratische Minister für Umsiedlerfragen in Niedersachsen, Albertz, hat in seiner Hamburger Rede diese Versuche dadurch richtig gekennzeichnet, indem er erklärte, man wolle den Deutschen damit auf Nebenwegen ein Gewehr in die Hand drücken.

Die Engländer sind in ihren Mitteln nicht wählerischer. Sie haben die Uniformierung und Bewaffnung der Angehörigen der Diensteinheiten der britischen Rheinarmee verfügt. So verwerflich dieses Vorgehen auch ist, so wissen die Kriegstreiber doch viel zu gut, daß sie mit diesen Methoden nicht zur Verwirklichung ihrer Kriegspläne gelangen können.

Umfassende Abwehr

Um ihr Ziel zu erreichen, versuchen sie daher, durch einen organisierten Terror die Stimme des Friedens zum Schweigen zu bringen. Sie haben die Zeitungen des Friedens verboten. Sie beschlagnahmen Plakate und Flugblätter, die sich gegen den amerikanischen Krieg wenden. Sie verweigern den Friedensfreunden die Versammlungslokale. Sie veranstalten Hetzjagden gegen die Zusammenkünfte und Kundgebungen friedliebender Menschen. Sie bedrohen die Friedenskämpfer mit Verlust des Arbeitsplatzes, der bürgerlichen Ehrenrechte und der persönlichen Freiheit. Seit dem Diktat von New York werden in wachsendem Maße selbst die bescheidenen Rechte des Bonner Grundgesetzes gebrochen. Die Bonner Verfassung ist dadurch zu einem Fetzen geworden. Trotz Zuckerbrot und Peitsche, trotz Hetze und Betrug, trotz Drohung und Terror lehnt die Bevölkerung Westdeutschlands die Wiederaufrüstung ab. Es gibt in der Tat keinen Zweifel darüber: die Remilitarisierung wird von der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung abgelehnt. Bei der Probeabstimmung der „Frankenpost" sagten 89% Nein zur Remilitarisierung. Der Zeitschrift „Sieben Tage" erklärten 85% der Männer, sie würden keinen Heeresdienst leisten. Weit klarer noch und weit bedeutender sind die großen Friedensbekenntnisse, die von den Hamburger Arbeitern und den Kumpeln der Deutschen Werft und in den Hammer-Werken abgelegt wurden. Auf der Deutschen Werft wandten sich die Arbeiter an ihre Betriebsräte mit dem Ersuchen, den Friedenswillen der Belegschaft festzustellen, um so gegen die Politik der Kriegsvorbereitung in Westdeutschland wirksam auftreten zu können. Die Unterschriftensammlung ergab 92% aller abgegebenen Stimmen gegen die Kriegsvorbereitungen. Im Hafen selbst sprachen sich über 80% gegen die Remilitarisierung aus. In der in den Hammer-Werken einstimmig angenommenen Entschließung an das Bonner Parlament heißt es wörtlich: „Wir wollen keine Remilitarisierung und kein Wehrgesetz. Wir verlangen die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse."

In diesen Abstimmungsergebnissen und Entschließungen drücken sich nicht nur die Erinnerungen an die Schrecken des zweiten Weltkrieges aus. Der Widerstand gegen die Aufrüstung findet vielmehr dadurch eine entscheidende Stütze, daß die Kriegshetze mehr und mehr an Wirkung einbüßt. Es ist den Kriegstreibern nicht gelungen, ihren eisernen Vorhang gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik wirklich dicht zu machen. Es kommen in ständig steigendem Maße die Zeugnisse des Friedenswillens der Bevölkerung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach Westdeutschland. Es kommen die Berichte, aus denen die Erfolge des friedlichen Aufbaus deutlich werden und sich die mitreißenden Perspektiven des Fünfjahrplans abzeichnen. Es wirken sich die Tage des herrlichen Deutschlandtreffens der Freien Deutschen Jugend aus. Es sprechen die Urlauber aus den Erholungsheimen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über ihre Erlebnisse. Es berichten die Teilnehmer der Nationalfeier zu Ehren Johann Sebastian Bachs über ihre Eindrücke. Es kommen Briefe der Umsiedler, die in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Heimat gefunden haben.

Aus allem spüren die Menschen in Westdeutschland, daß in der Deutschen Demokratischen Republik in der Tat die Zeit der Erfolge begonnen hat. Die westdeutschen Menschen haben nur den einen Wunsch, in Freundschaft mit allen friedliebenden Menschen der Welt zu leben und die Erfolge ihrer Arbeit vor der Vernichtung des Krieges zu bewahren.

Schließlich wirkt sich immer stärker das einzige und grandiose Bekenntnis der Volkswahlen vom 15. Oktober aus, das Bekenntnis des Vertrauens der Millionen zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Politik des Friedens. Die Herren Propagandisten der amerikanischen Kriegspartei hätten es gar nicht nötig, sich mit Erklärungen über die Ursachen dieses Wahlergebnisses so sehr die Köpfe zu zerbrechen. Die Sache liegt sehr einfach. Wenn trotz des Terrors in Westdeutschland sich 92% der Hamburger Werftarbeiter für den Frieden erklären, wenn die „Frankenpost" 89% der Stimmen gegen die Kriegspolitik zählt, wenn sich auf der Polizeischule in Fürstenfeldbruck 98% weigern, in der sogenannten Einsatzpolizei als Instrument der Terrorisierung der friedliebenden Menschen herzugeben, so ist es nicht verwunderlich, daß sich bei den freien und demokratischen Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik 99,6% für den Frieden, den die Menschen im Osten und Westen Deutschlands gemeinsam erringen wollen, entschieden haben. Der Unterschied besteht nur darin: die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik will genau wie das Volk den Frieden. Sie begrüßt es, wenn sich dieser Friedenswille kraftvoll ausdrückt.

Leuchtende Beispiele nationaler Solidarität

Die amerikanische Kriegspartei, welche in Westdeutschland ihre Diktatur zu errichten versucht, fürchtet und haßt den Friedenswillen. Daher verfolgt und terrorisiert sie die Friedenskämpfer. Mit ihrem Terror aber reißen die Kriegstreiber gleichzeitig eine sich stets und ständig vertiefende Kluft zwischen sich und den Massen der friedlichen Bevölkerung auf.

Aktionen der nationalen Solidarität beginnen nunmehr, die verfolgten Friedenskämpfer und Patrioten zu umschließen. Eine breite Bewegung zum Schutz der demokratischen Rechte führte bereits wirksame Schläge gegen den Terrorerlaß der Adenauer-Regierung, welche die Entlassung von Angehörigen friedliebender und demokratischer Organisationen anordnete. Die Verbote der Friedenspresse werden mehr und mehr unwirksam gemacht durch das Erscheinen vieler Hunderter von gedruckten oder auch in einfacher Vervielfältigung hergestellten Mitteilungsblättern in Betrieben und Städten, durch die Bildung von Hörergemeinschaften für die Sendungen der Rundfunkstationen der Deutschen Demokratischen Republik, sowie durch die Bildung von Zirkeln und Lesergruppen, die sich um die Empfänger der Zeitschrift „Deutschlands Stimme", ferner der Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Mitteilungen des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gruppieren.

Die nationale Solidarität mit den verfolgten Friedenskämpfern und Patrioten hat in Nürnberg, Fürth und Umgebung zu einem begeisternden Beispiel der Opferbereitschaft geführt. Innerhalb von wenigen Tagen war es dort möglich, 63 000 Deutsche Mark zu sammeln und damit die Freilassung der Verhafteten gegen Stellung von Kaution zu sichern.

Während sich den Opfern des Terrors die Liebe und Verehrung des Volkes zuwendet, trifft die fünfte Kolonne der amerikanischen Kriegspartei die tiefste Verachtung. In meterhohen Buchstaben wurde jeder anständige Deutsche aufmerksam gemacht: „Hier wohnt der Denunziant Fischer." In der gleichen Weise haben die jungen Friedenskämpfer das Haus des Kriegshetzers Dombrowski in Mainz gekennzeichnet, weil dieser amerikanische Agent den Abwurf von Atombomben auf die Sowjetunion forderte.

In Westdeutschland wie in Westberlin scharen sich Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung um diejenigen deutschen Richter, die deutsches Recht verteidigen. Die Hannoveranischen Gerichte haben in zwei Prozessen ein rühmenswertes Beispiel gegeben, wie deutsche Richter deutsches Recht sprechen und vor ihrem Gewissen und ihrem Volk ihre Pflicht erfüllen. Sie haben die Terrorverordnung gegen die Demonstration

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

am Tag der 100 000 jungen Friedenskämpfer als rechtsunwirksam und verfassungswidrig erklärt und haben sämtliche Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Besonderes Aufsehen erregt auch das juristische Gutachten von Professor Mutesius an den Deutschen Städteverband, in dem festgestellt wird, daß die Entlassungsanordnung gegen die Angehörigen fortschrittlicher und friedlicher Organisationen außerhalb des Bodens des Rechtes steht. Die gleiche Auffassung haben zahllose Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Kreisräte, Personalreferenten und Dienststellenleiter aller Parteien vertreten, indem sie sich weigerten, in ihrem Amtsbereich den Forderungen des Adenauer-Kabinetts nachzukommen.

Aus vielen Hunderten Betriebsversammlungen, Gewerkschaftstagungen, Delegierten-Konferenzen, von Betriebsräten, von Orts- und Kreiskartellen der Gewerkschaften kam die Forderung nach vollem gewerkschaftlichen Schutz für die bedrohten Kollegen. Häufig waren es besonders sozialdemokratische Kollegen, die bei den Besprechungen immer wieder betonten, daß sie aus den Erfahrungen von 1933 gelernt haben, und sie nun wissen, daß Faschisierung und Remilitarisierung zusammengehören, daß in der Vorbereitung des Krieges die Verfolgung bei den Kommunisten als den konsequentesten Kämpfern für den Frieden beginnt, um dann Zug um Zug die Sozialdemokraten, die Gewerkschafter und die christlichen Friedensfreunde zu treffen.

Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelt sich nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei selbst eine kraftvolle Bewegung gegen die Kriegspolitik. Sie gewinnt in Mitgliederversammlungen und auf Delegiertenkonferenzen sichtbar an Boden. So wurden in mehreren Frankfurter Wahlkreisen die von der Parteileitung vorgeschlagenen Kandidaten für die Landtagswahl von den Parteimitgliedern abgesetzt, da diese Kandidaten in der Frage der Aufrüstung die geforderte Klarheit vermissen ließen. Die Frauenkonferenz der SPD in Schleswig-Holstein faßte eine Entschließung gegen die Schaukelpolitik Schumachers.

Besonders breit ist die Teilnahme am Friedenskampf bei der sozialdemokratischen Jugend. In Frankfurt verteilten die „Falken" mit den Freunden von der Freien Deutschen Jugend Flugblätter gegen die westdeutsche Kriegspolitik. Die Landeskonferenzen der Falken in Süd-Baden und in Bayern nahmen Entschließungen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands an. In einer von den Jungsozialisten einberufenen Versammlung wandten sich die Friedensfreunde der Falken und der FDJ gemeinsam gegen die Remilitarisierung und gegen jeden Versuch, die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zu vertiefen.

So wird es immer deutlicher, daß das große Friedensbekenntnis der Jugend am 1. Oktober und auf der Tagung der Jungbergarbeiter an der Ruhr, daß der Kampftag der Frauen für den Frieden und schließlich die Friedensbekenntnisse des Evangelischen Kirchentages und des Bruderrates der Bekennenden Kirche in der Tat dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands entsprechen.

Ungeheuerliche Willkürmaßnahmen gegen die westdeutsche Bevölkerung

Es kommt noch hinzu, daß der Widerstandswille in der Bevölkerung mit jedem Tage durch neue Erfahrungen neue Nahrung erhält. Schon die ersten Auswirkungen der in New York befohlenen Wiederaufrüstung haben der Bevölkerung Westdeutschlands eine Vorstellung von dem vermittelt, was sie zu erwarten hat, wenn es den Kriegstreibern gelänge, die Remilitarisierung auf volle Touren zu bringen.

Die Finanzen des Bundes, der Länder und der Gemeinden drohen unter der Last der Besatzungskosten zusammenzubrechen, die nun auf 10 Milliarden erhöht werden sollen. Schon zahlen Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten in Raten. Bonn versucht, sich durch eine wahnwitzige Überspannung der Steuerschraube zu retten, ohne zu berücksichtigen, daß die Finanzkraft der schaffenden Bevölkerung durch die rapiden Preissteigerungen bereits unerträglich ausgehöhlt ist.

Man kann die sozialen Folgen der Remilitarisierung kaum deutlicher illustrieren als durch einen flüchtigen Überblick über die Entwicklung in der letzten Oktoberwoche. Am 20. Oktober beschließt das Kabinett Adenauer die Erhöhung des sogenannten Notopfers Berlin, obwohl längst klar ist, daß Berlin nur dadurch geholfen werden kann, daß es wieder zur Hauptstadt eines einigen Deutschlands wird und nicht zum Brückenkopf der amerikanischen Aggression. Das Kabinett beschließt gleichzeitig die Einführung der Autobahnsteuer und die Erhöhung der Treibstoffsteuer. Einen Tag später überreicht die Hohe Kommission die Ankündigung über den Nachtragshaushalt zu den Besatzungskosten. Sie werden sich, wie bereits bekannt, auf 10 Milliarden belaufen. Am folgenden Tag kündigt Wirtschaftsminister Erhard allgemeine Steuererhöhungen einschließlich der Einkommensteuer an. Am Tage darauf wird bekannt, daß die Kohlenpreise erhöht werden müßten. Am 25. Oktober berichtet die Zeitung „Die Welt", daß die gestiegenen Papierpreise eine Verteuerung der Zeitungen notwendig machen. Am 26. Oktober berichtet der niederländische Außenminister und Präsident des Rates der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, daß auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung in Paris der drohende Bankrott Westdeutschlands stehen werde. Am folgenden Tage wird bekannt, daß Westdeutschland gegenüber der Europäischen Zahlungsunion ein Defizit von 286 Millionen Dollar aufzuweisen hat. Der Zentralbankrat erhöht den Diskontsatz um 50%. Der Verkehrsminister kündigt die Erhöhung der Gütertarife, die 50%ige Verteuerung der Arbeiterfahrkarten sowie Tariferhöhungen im Straßenverkehrsgewerbe an. Schließlich wird am gleichen Tage auch noch die Erhöhung des Butterpreises bekanntgegeben.

Was allein dem Wohnungsbau zur Unterbringung der Bevölkerung Westdeutschlands in menschenwürdigere Wohnverhältnisse durch die Verstärkung der Besatzungstruppen an Schaden zugefügt wird, zeigt die Tatsache, daß im laufenden Etat des Bundes für den sogenannten sozialen Wohnungsbau rund 400 Millionen vorgesehen sind, während die Neubauten und ihre Einrichtung für die Besatzungsmächte die Riesensumme von 1,2 Milliarden verschlingen. Dabei kostet jede Wohnungseinheit für die Besatzung das Vierfache dessen, was man im deutschen Wohnungsbau allgemein veranschlagt.

Hinzu kommen noch in wachsendem Umfange neuerliche Beschlagnahmen seitens der Besatzungsmächte. Die Masse der Umsiedler, die bisher am schlechtesten untergebracht wurden, sind davon wiederum am schwersten betroffen. Nach niedrigen Schätzungen will man bis Jahresende 35 000 Umsiedler aus ihren Wohnungen verjagen. Bis 28. Oktober wurden allein in Bayern etwa 2000 Umsiedler neuerdings wieder in Baracken untergebracht. Im Laufe dieses Monats sollen weitere 3000 folgen. Durch die Beschlagnahme der Kaserne in Garmisch, in welcher bisher die Umsiedler Unterschlupf fanden, werden allein 2000 Menschen und ferner 300 Personen eines Altersheims obdachlos. Gleichzeitig müssen dadurch 22 Gewerbebetriebe geschlossen werden.

In Schleswig-Holstein wurden 50% aller begonnenen Schulbauten zugunsten des Polizei-Etats eingestellt. Die Württemberg-Badische Lehrerbildungsanstalt in Backnang wurde als Polizeikaserne beschlagnahmt. In Deggendorf sollte eine neue Schule gebaut werden: ihre Räume will man jetzt der Einsatzpolizei zur Verfügung stellen. Das Kreiskrankenhaus Harburg wird ebenfalls als Kaserne beansprucht.

Die schwarzen Fahnen von Hamm sind in der Tat zu einem Symbol des Widerstandes, aber auch der kämpferischen Entschlossenheit ganz Westdeutschlands geworden. Die Bevölkerung hat erkannt, daß sie nur durch den entschlossenen Widerstand gegen diese Willkür ihre Wohnungen retten und ihr Recht auch auf Schulen und Krankenhäuser geltend machen kann.

Arbeitslosigkeit steigt weiter an

Man hat versucht, der westdeutschen Bevölkerung diese Maßnahmen nicht nur mit dem Geschwätz von der erhöhten Sicherheit, sondern auch durch das Versprechen der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur infolge der Einbeziehung der westdeutschen Wirtschaft in die Kriegsproduktion schmackhaft zu machen. In der Tat hat die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Konjunktur des Todes zeitweilig zur Aufnahme von Arbeitskräften in den Bergbau, die Stahlproduktion sowie die Kriegsbetriebe des Schwer-Maschinenbaues und der Groß-Chemie geführt. Nun aber führt die katastrophale Verknappung von Kohle, Eisen, Eisenwaren und Nicht-Eisenmetallen sowie der drohende Zusammenbruch der ganzen Energiewirtschaft zu wachsenden Entlassungen in allen Zweigen der Friedenswirtschaft. Die Gewerkschaften in Hamburg wiesen am 8. d. M. bei den Behörden auf die drohende Stillegung zahlreicher Betriebe infolge Kohlenmangels hin. In Itzehoe waren einen Tag später bereits drei Betriebe infolge Kohlenmangels lahmgelegt. Nürnberg meldete am gleichen Tage die Stillegung von 60 Bäckereien. Die Opel-Werke in Rüsselsheim erwarten den restlosen Verbrauch ihrer Kohlevorräte am 17. November. Am 3. November hat die Glashütte Achern in Südbaden bereits 100 Arbeiter entlassen. Die Firma Glöckner in Düsseldorf muß trotz zahlreicher Aufträge zur Kurzarbeit übergehen und Entlassungen vorbereiten, da sie die notwendigen Rohmaterialen, Eisen und Draht, nicht mehr erhalten kann. Die nordbayerische Konservenfabrik befürchtet, daß die eingelagerten Bestände verderben, da es ihr an Kohle, Zucker und Dosenblech fehlt.

Nachdem in den letzten Monaten Schleswig-Holstein und Bremen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten, trat in der letzten Oktoberwoche auch in Bayern bereits eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit um etwa 6000 Menschen innerhalb von 8 Tagen ein.

Die massiven Angriffe gegen die Rechte und den Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung werden nun nicht mehr allein durch Resolutionen beantwortet. Die Werktätigen sind sich über die Zusammenhänge sehr schnell klar geworden. So erklärt der Kreisausschuß der Gewerkschaften in Nürnberg im Namen von 100 000 Mitgliedern, daß er auf Grund seiner prinzipiellen Ablehnung der Remilitarisierung alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einsetzen wird, um die Erhöhung des sogenannten Notopfers Berlin, der Einkommen- und Lohnsteuer, die Einführung der Autobahnsteuer und der neuen Treibstoffsteuer zu verhindern.

In den umfassenden Kämpfen um die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, wie sie besonders die Bauarbeiter sowie die Arbeiter des Wasserstraßenverkehrs führten, kommt zum Ausdruck, daß sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter auf einer Linie dagegen kämpfen, daß man ihnen abermals Kanonen statt Butter offeriert. Die Aktionen, die besonders in der Verteidigung der demokratischen Rechte eine über das gewöhnliche Maß bereits weit hinausgehende politische Reife zeigten, entwickeln sich mehr und mehr zu direkten Kämpfen gegen die Kriegsvorbereitungen.

In Neumünster in Schleswig-Holstein erreichte die Belegschaft einer Textilfabrik durch ihre entschlossene Haltung die Einstellung der Kriegsproduktion. Sie vertrat die Auffassung, daß ihre Arbeitskraft dazu dienen solle, Teppiche und Textilien für den deutschen Friedensbedarf, nicht aber Tarnnetze für die englische Armee herzustellen. In Regensburg weigerte sich eine Arbeitsgruppe von Klempnern, die Reparatur eines ehemaligen Munitionsbunkers vorzunehmen, da diese Klempner keine befriedigende Auskunft über den vorgesehenen Verwendungszweck des Bunkers erhalten konnten.

Die Bauern, die schon an der Bever-Talsperre und auch im Landkreis Büttingen tapfer und erfolgreich gegen die Vernichtung ihrer Höfe, Wälder und Felder gekämpft hatten, setzen sich überall mutig gegen die Neuanlage und Erweiterung von Truppenübungsplätzen zur Wehr. Am Staffelsee, einer Perle des bayerischen Oberlandes, hat sich die ganze Bevölkerung zusammengeschlossen, um die Zerstörung ihres Landes durch die Anlage eines amerikanischen Pionier-Übungsplatzes zu verhindern. Die Bauern und Fischer am Staffelsee wiesen darauf hin, daß sie durch ihren entschlossenen Kampf die Hitlersche Wehrmacht zwingen konnten, den Staffelsee in Ruhe zu lassen. Was Hitler nicht gelang, das sollen — und dazu sind wir fest entschlossen — auch die Amerikaner nicht fertig bringen.

In besonderem Maße haben jene tapferen jungen Männer den Dank des deutschen Volkes verdient, die lieber arbeitslos werden, statt im amerikanischen Solde amerikanische Waffen zu nehmen.

Sie wollen nicht auf friedliche Deutsche oder friedliche Koreaner, sie wollen überhaupt nicht auf friedliche Menschen schießen, und sie wollen auch nicht für die Geldgier der Wallstreet-Leute sterben.

Die gleiche Enttäuschung, welche die Waffenverweigerer aus den Arbeitseinheiten den Amerikanern bereiten, bereitet nun die überwiegende Mehrheit der deutschen Polizisten jenen Geheimstrategen, die aus der Polizei eine motorisierte Kadertruppe und zugleich eine Terrortruppe gegen die friedliebende deutsche Bevölkerung zu organisieren versuchen. Die Stuttgarter Polizei machte trotz direkten Befehls Adenauers keinerlei Anstalten, den stürmischen Protest der Versammlung gegen seine Forderung auf Remilitarisierung zu unterdrücken. Sie war offenbar genau so empört wie die Versammlungsbesucher selbst.

Prag — Garantie des Lebens

Der Widerstand wächst mit der Einsicht, daß Remilitarisierung ja nicht nur Kriegswirtschaft, nicht nur Kanonen statt Butter, nicht nur Uniformen, Kasernen und Karabiner für unsere Jugend bedeutet. Remilitarisierung heißt: Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksdemokratien, gegen die Sowjetunion. Remilitarisierung heißt, daß Deutsche auf Deutsche schießen sollen und daß Deutschland zugrunde geht. Weil die Menschen in Westdeutschland das ahnen, fühlen oder auch wissen, darum sagen sie: Ohne uns!

Jetzt ist allen Menschen, die sich der Remilitarisierung widersetzen, die sich nach Frieden und Verständigung sehnen, durch die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz ein Weg zum Frieden gewiesen, ein einfacher, verständlicher, ein gangbarer Weg. Jetzt gilt es, aus der Zustimmung zu Prag eine breite Volksbewegung für die deutsche Verständigung zu entfalten. An einer solchen Bewegung wird kein vernünftiger Politiker Westdeutschlands mehr vorübergehen können; denn nur auf amerikanischen Bajonetten sitzt es sich im Westen Deutschlands auf die Dauer auch nicht besser als in China, in Korea oder in Vietnam.

So steht also dem tödlichen Diktat von New York das Angebot von Prag als die Garantie des Lebens gegenüber. Die Entscheidung zwischen dem Wiederaufrüstungs- und Remilitarisierungs-Weg von New York und dem Friedensweg von Prag kann dem deutschen Volk nicht schwerfallen. Denn New York heißt Krieg und Selbstvernichtung. Völker aber begehen nicht Selbstmord. Sie tun es schon gar nicht, wenn greifbar vor ihnen das neue Ufer zu einem neuen Leben liegt, wenn sichtbar vor ihnen der neue Tag zu neuen Hoffnungen leuchtet.

Was an uns in Westdeutschland liegt und was in unseren Kräften steht, gehört dem Kampf für das Leben unseres Volkes, der Verwirklichung der Vorschläge von Prag. Denn wir wollen unserem Volk das Leben nicht nur erhalten, sondern es zu einem neuen Leben in einem schöneren Vaterlande, in unserem einigen, friedlichen und demokratischen Deutschland führen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

AUS DER DISKUSSION

Wir wollen damit nichts zu tun haben!

Helmut v. Mücke

Ehemaliger Kapitänleutnant der „Emden" im ersten Weltkriege

Wenn man heute in Westdeutschland die Frage der Remilitarisierung anschneidet, bekommt man im wesentlichen nur eine einzige Antwort: Wir wollen damit nichts zu tun haben! Die Ursache dafür, daß die Volksstimmung sowohl im Osten Deutschlands als auch im Westen Deutschlands die gleiche ist und daß sich trotzdem Unterschiede zeigen, liegt darin, daß in Westdeutschland die Bevölkerung ja überhaupt nicht gefragt wird. Man sagt, eine Befragung der Bevölkerung über Fragen der Remilitarisierung sei im Bonner Grundgesetz nicht vorgesehen. Die Entstehungsgeschichte des sogenannten Grundgesetzes ist uns allen bekannt. Das „Parlament", das auf Grund dieses Gesetzes in Westdeutschland geschaffen wurde, hatte bis zum heutigen Tage eigentlich weiter nichts zu tun, als sich mit der Frage zu beschäftigen, wer von den Abgeordneten nicht bestochen worden ist.

Der Wille der Bevölkerung, in den entscheidenden Fragen mitzusprechen, ist in Westdeutschland sehr stark vertreten. Es kommt aber wegen des Grundgesetzes nicht dazu, daß dem Willen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Wo man anfaßt, ist irgend etwas im Grundgesetz enthalten, was es nicht als zweckmäßig oder als vorgesehen erscheinen läßt, wichtige Fragen zu Ende zu diskutieren. In der Streitfrage über diesen Punkt verliert sich alles. Es liegt der Gedanke nahe, ob sich diejenigen, die das Grundgesetz geschaffen haben, nicht vielleicht schon bei der Abfassung des Wortlautes dieses Gesetzes darüber klar geworden sind, daß einmal die Kernfrage, die mit dem einen Wort Remilitarisierung zu umfassen ist, auf die Tagesordnung gesetzt werden würde, und daß das Grundgesetz schon darauf abgestimmt wurde, damit das Volk gar nicht zu Wort kommen kann.

Die Ausrede Adenauers, daß eine Volksbefragung nicht vorgesehen sei, muß, wenn das Volk es wirklich will, beiseite geschoben werden. Das ist die Aufgabe, die allen denen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, jetzt in Westdeutschland gestellt ist. Denn die Remilitarisierung in Westdeutschland birgt die furchtbare Gefahr eines neuen Krieges in sich. Es ist ganz gleichgültig, wie ein solcher Krieg ausgeht oder zwischen welchen Mächten er stattfindet, der deutsche Boden und das deutsche Volk sind die ersten und am meisten betroffenen Leidtragenden.

Manche Leute sagen nun: Ehe wir uns mit dem Osten verständigen, wollen wir doch erst einmal hinübergehen und uns ansehen, wie es dort aussieht. Schön, aber haben wir denn Zeit, so lange mit der Verständigung zu warten? Die Remilitarisierung Westdeutschlands läuft. Wenn wir nicht noch heute dagegen Widerstand leisten, sind wir morgen vielleicht schon tot.

Ich halte mich an einen Spruch von Lagarde, der einmal gesagt hat: „Das Ideal ist der Operationsplan für die gerade fälligen Pflichten!" Wir müssen die Leute im Westen davon überzeugen, daß sie ihr Ideal, nämlich unter keinen Umständen die Remilitarisierung zuzulassen, durchsetzen, indem sie endlich einmal Zivilcourage bekennen und ihre Pflicht tun.

Was in Korea geschieht, darf sich in Deutschland nicht wiederholen

Eine Vertreterin des Verteidigungskomitees zur Rettung der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter

Mit banger Sorge verfolgen die Frauen und Mütter in Westdeutschland die Kriegsvorbereitungen. Grauen packt uns, wenn wir die von den Amerikanern in Korea gedrehten Wochenschauen sehen müssen. Dabei muß man unwillkürlich an den kürzlichen Ausspruch des amerikanischen Hohen Kommissars, McCloy, denken, der folgende Worte sagte: „Was wir gegenwärtig in Deutschland tun, ist das gleiche, was unsere Armeen in Korea leisten." Was aber leisten die Amerikaner in Korea? Sie werfen Phosphor-, Brand- und Sprengbomben auf unschuldige Frauen und Kinder. In der vergangenen Woche berichteten amerikanische Nachrichtenagenturen, und westdeutsche Zeitungen druckten es ab, daß amerikanische Bombenflugzeuge schwere Bomben auf zwei große Städte in Korea geworfen und diese Städte durch Brände völlig vernichtet hätten. Auch in Deutschland liefen einst Menschen als lodernde Fackeln durch brennende Straßen, lagen verkohlte Leichen umher. Auch in Deutschland hingen Fetzen von Menschenleibern in den Telefondrähten, von Dynamitbomben zerrissen und dorthin geschleudert. Dasselbe Schicksal erleiden heute koreanische Menschen.

Wir Deutschen müssen mit aller Kraft gegen diese amerikanischen Massenmörder kämpfen, damit wir nicht das gleiche Schicksal noch einmal erleiden müssen. Unsere Heimat darf nicht unter dem Zeichen des Sternenbanners in eine öde Wüste verwandelt werden.

Wir haben bereits einen traurigen Anschauungsunterricht, was amerikanische Soldaten in Deutschland tun. Mit Empörung sehen wir, wie amerikanische Soldaten uns Frauen als Freiwild betrachten und ganze Städte in Eldorados amerikanischer Gangster verwandeln.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht neue Überfälle bekannt werden, die von amerikanischen Besatzungsgangstern verübt wurden. Allein in Nürnberg begingen sie im August 13, im September 19 schwere Verbrechen, darunter 22 Körperverletzungen, Raubüberfälle und andere Delikte. Das bedeutet, daß in jeder zweiten Nacht ein Passant von amerikanischen Soldaten niedergeschlagen wurde. Wie soll es aber erst werden, wenn die Mehrzahl der amerikanischen Truppen nicht mehr in Texas ausgebildet wird, sondern, wie Dr. Schumacher es fordert, in Grafenwöhr oder in der Lüneburger Heide?

Wir Frauen und Mütter werden daher nicht eher ruhen, bis der Friede und die Einheit unseres Vaterlandes gesichert sind.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Antwort an General von Manteuffel

Vincenz Müller

Stellv. Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

Kürzlich hat ein ungenannter Leitartikler in der amerikanischen „Neuen Zeitung" zur Wiederaufrüstung in Westdeutschland unter anderem geschrieben: „Heute sind die amerikanische öffentliche Meinung und ihre Vertreter besonders empfindlich gegenüber gewissen Erklärungen aus Deutschland und Frankreich." Etwas weiter heißt es in dem Leitartikel: „Das deutsche Volk sollte die Entwicklung dieser Meinung in Amerika beobachten." Der amerikanische Leitartikler wendet sich damit gegen den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands und Frankreichs gegen die westdeutsche Remilitarisierung, und er maßt sich an, mit dem zweiten Satz Druck und Drohung dahinter zu setzen. Wir Deutschen aber fragen nicht danach, ob die Amerikaner empfindlich sind oder sich ärgern. Wir beachten aber die Empfindlichkeit des deutschen Volkes gegenüber der Remilitarisierung Westdeutschlands.

Bei der Remilitarisierung in Westdeutschland spielt die Beteiligung der ehemaligen Offiziere eine entscheidende Rolle. Als ehemaliger General wende ich mich an die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland, im besonderen an den vielgenannten ehemaligen General von Manteuffel. Mein Freund von Lensky hat in der Presse einen Offenen Brief an Manteuffel gerichtet. Dieser hat in den „Aachener Nachrichten" darauf geantwortet, und dazu möchte ich Herrn von Manteuffel ein Wort sagen: „Es ist sehr schön, daß auch Sie, Herr von Manteuffel, beteuern, daß Sie für den Frieden sind. Ich kann aber nur bedauern, daß Sie die Dinge nicht bis zu Ende aussprechen. Sie sagen selbst, daß auch in Westdeutschland die Kräfte des Friedens stärker seien als die des Krieges. Aber ich sehe Sie, Herr von Manteuffel, noch nicht auf der Seite des Friedens. Sie, Herr von Manteuffel, haben nach Pressemeldungen vor einigen Wochen in Düsseldorf auf einer Konferenz westdeutscher Großindustrieller für die Remilitarisierung Westdeutschlands gesprochen. Die Leute, mit denen Sie zusammengehen, repräsentieren aber nicht das deutsche Volk, es sind nicht die Kräfte des Friedens.

Es ist darum auch kein Zufall, daß Sie sich in Ihrer Antwort an Lensky bis zu der gefährlichen Auffassung versteigen, ohne teilweise Aufgabe von nationalen Rechten gäbe es keine Sicherheit mehr für irgendwelchen Staat. Bei Deutschen, die einmal, wie maßgebende westdeutsche Großindustrielle und Bankiers, ihr Volk an Hitler verkauft haben, ist eine solche Auffassung nicht verwunderlich. Wenn aber ein ehemaliger Offizier, der sich früher für einen besonderen Hüter unserer nationalen Interessen gehalten hat, der früher oft gegenüber seinen Untergebenen sich auf die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Nation berufen hat, sich jetzt zu den Kreisen derer gesellt, die am Kriege verdienen, so ist das eine Schande.

Heute kann es nicht gelten, von einem Verzicht auf die Unabhängigkeit unserer Nation zu sprechen; denn das wäre nur ein Verzicht zugunsten der amerikanischen Kriegsvorbereitungen, ein Kuschen vor den amerikanischen Drohungen. Heute gilt es, die wahre Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation im Interesse der Erhaltung des Friedens erst zu erringen. Voraussetzung aber dazu ist die Einsicht, daß die Kräfte, die am Kriege verdienen und ihre Zukunft auf einen Krieg setzen, die Totengräber des deutschen Volkes sind.

Wir ehemaligen Offiziere in Ost- und Westdeutschland müssen uns auf die Seite der großen Gemeinschaft aller Deutschen guten Willens stellen, die den Frieden und ein unabhängiges Deutschland wollen. Wir dürfen nicht für Remilitarisierung und nicht für Kriegsvorbereitungen eintreten! Wir müssen mit allen anderen Deutschen guten Willens den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen fordern! Nur dann wird ganz Deutschland ein einiger, freier und unabhängiger Staat sein."

Hamburgs Hafenarbeiter kämpfen aktiv gegen die Remilitarisierung

Ein Hamburger Hafenarbeiter

Bereits im August d. J. verweigerten 41 Hafenarbeiter die Entladung von Munition mit der Begründung, sich nicht wieder für einen Krieg mißbrauchen zu lassen. Daraufhin erklärten sich alle Hafenarbeiter solidarisch mit ihren gemaßregelten Kollegen. Sie stellten der Geschäftsführung ein Ultimatum, daß, falls die 41 Mann nicht sofort wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, die Arbeit im Hafen eingestellt wird. Innerhalb von 24 Stunden nahm die Geschäftsführung auf Druck sämtlicher Kollegen die fristlose Entlassung zurück. Das ist ein überzeugendes Zeichen, daß die Hamburger Arbeiterschaft gewillt ist, sich kraftvoll für den Frieden einzusetzen.

Die Gefahr eines Krieges ist durch die Außenministerkonferenz in New York, wo die Remilitarisierung Westdeutschlands beschlossen wurde, noch stärker geworden. Adenauers Vorstoß und Schumachers Zustimmung werden zur endgültigen Vernichtung Hamburgs führen, wenn nicht die Hamburger Hafen- und Werftarbeiterschaft sich verstärkt gegen die Remilitarisierung einsetzt.

Den Remilitarisierungsbestrebungen der Adenauer-Regierung treten immer größere Kreise der Hamburger Werktätigen entgegen. Insbesondere nach der Prager Außenministerkonferenz, auf der konkrete Vorschläge zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden demokratischen deutschen Staates gemacht wurden, tritt die Hamburger Arbeiterschaft in den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ein und versetzt so den Kriegstreibern empfindliche Schläge.

Durch einstimmige Beschlüsse der Betriebsräte des Hamburger Hafens, der Deutschen Werft und der Hallerwerke, die die Billigung aller Arbeiter in diesen Betrieben fanden, begannen die Arbeiter in diesen Werken den Kampf gegen die westdeutsche Remilitarisierung, denen sich auch der Betriebsrat der Philips-Valvo-Werke anschloß.

Im Auftrag des gewerkschaftlichen Delegiertenkörpers gab der Betriebsrat der Deutschen Werft Unterschriftenlisten mit dem Text heraus: „Ich bin gegen Remilitarisierung, Wehrgesetze und Wehrpflicht, weil ich für den Frieden bin!"

Auf einer Belegschaftsversammlung wurde die Unterschriftensammlung von den anwesenden 4000 Kollegen stürmisch begrüßt. Trotz aller Versuche der Direktion und auch des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, die Unterschriftensammlung zu verhindern, zeichneten sich von 3600 erfaßten Belegschaftsmitgliedern 3310, das sind 92% der Belegschaft, in die Listen ein. Im Hafen stimmten die Arbeiter in geheimer Wahl in den Vermittlungsstellen ab. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus fünf Vermittlungsstellen stimmten von 1644 Arbeitern 1329 gegen die Remilitarisierung und lediglich 12 dafür, während der Rest sich nicht an der Abstimmung beteiligte.

Unsere Erfolge auf dem Gebiet des Kampfes um den Frieden und gegen die Remilitarisierung dürfen und sollen uns nicht dazu verleiten, jetzt in unseren Anstrengungen nachzulassen. Wir verpflichten uns, noch aktiver als bisher für das Wohl unseres Volkes zu wirken und zu kämpfen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Schumachers Haltung zur Remilitarisierung ein schmählicher Verrat am deutschen Volk

Fritz Sieben

Landrat aus Bad Kreuznach, Mitglied der SPD

Jeder von uns weiß: Remilitarisierung heißt Vorbereitung zum Krieg, aber das deutsche Volk will Frieden. Daß die Herren in Bonn nicht die Interessen des deutschen Volkes vertreten, das haben sie noch nie so drastisch bewiesen, als vor wenigen Tagen in der Remilitarisierungsdebatte im Bundesrat. Für wahre Volksvertreter hätte es in dieser Frage überhaupt keine Debatte geben dürfen, sondern ein wirkliches deutsches Parlament hätte der amerikanischen Kriegspartei ein entschiedenes Nein zugerufen und wäre zur Tagesordnung übergegangen.

Diese Tagesordnung kann heute nichts anderes sein als die Forderungen der Prager Außenministerkonferenz, die den richtigen, gangbaren Weg zur Einheit Deutschlands und zum Frieden in ganz Europa weisen. Statt dessen bot Herr Adenauer den anglo-amerikanischen Kriegstreibern die deutsche Jugend als Kanonenfutter an. Und was tat Schumacher? Wenn am 9. November die britische Zeitung „Die Welt" den Bericht über die Rede des Herrn Dr. Schumacher mit den Worten überschrieb: „Schumacher begründet das Nein der SPD", so ist das eine grobe Irreführung, die allerdings auch von Herrn Schumacher beabsichtigt war.

Schumacher hat einmal auf dem Parteitag der SPD in Hamburg voller Pathos erklärt: „Jawohl, die Sozialdemokratie hat Nein gesagt, aber es war zur gleichen Zeit ein realistisches, positiv durchdachtes Ja." Genau so sieht das Nein aus, das Schumacher zur Remilitarisierung gegeben hat. Er spielt den großen Oppositionsführer, wettert gegen Adenauer und die Bundesregierung und protestiert zur Beruhigung der sozialdemokratischen Wählermassen gegen die Einziehung junger Deutscher in halbmilitärische Einrichtungen der Besatzungsmacht. Aber dann kam das realistische Ja Schumachers. Er erklärte, er wollte natürlich den Beitrag des deutschen Volkes zur amerikanischen Aggression. Aber diese ist ihm noch nicht aggressiv genug. Er will, daß möglichst viele anglo-amerikanische Panzerdivisionen nach Deutschland kommen für den Offensivstoß nach dem Osten. Darum sollen auch so viel deutsche Divisionen dabei sein, wie seine Auftraggeber anfordern.

Dr. Schumacher und die sozialdemokratische Parteipresse, die er kontrolliert, werden nicht müde, die sogenannte deutsche Schicksalsgemeinschaft mit dem Westen zu proklamieren. Sein intimer Parteifreund Reuter sagte ganz offen, worauf man hinaus will. Es ist genau wie bei Hitler die Eroberung Polens und der Tschechoslowakei als der Ausgangsbasis zum Angriff auf die Sowjetunion. Wo immer die Völker um ihre Freiheit kämpfen, identifiziert sich Schumacher mit dem Unterdrücker, steht er auf der Seite der Amerikaner. In China auf der Seite des korrupten Tschiangkaischek, in Malaya auf der Seite der englischen Ölinteressenten, in Indonesien auf der Seite der Gummikönige. In Europa läßt es sich Schumacher angelegen sein, die Deutschen in den Bürgerkrieg und gegen 200 Millionen Sowjetbürger, gegen Polen, Tschechoslowaken, Rumänen, Bulgaren und Ungarn zu treiben.

Bei dem heutigen Kräfteverhältnis in der Welt ist es klar, daß diese Politik noch viel sicherer als die Wilhelms II. und Hitlers zur deutschen Katastrophe und diesmal zum endgültigen Untergang Deutschlands führen wird, wenn sie sich durchsetzen könnte.

Das erkennen auch mehr und mehr meine sozialdemokratischen Parteifreunde, die vor kurzem noch der Meinung waren, daß Kurt Schumacher der Führer im Kampf gegen die Remilitarisierung sei. Jetzt sehen sie, daß sie irregeführt sind. Wir werden alles daran setzen, damit auch der letzte sozialdemokratische Arbeiter, wie jeder andere ehrliche Deutsche, erkennt, daß es nur einen Weg zum Frieden und zur Einheit gibt, den Weg, den die Prager Beschlüsse weisen, den Weg zum deutschen Gespräch, zur Verbindung von Ost und West.

Auch die Kirche muß für die Durchführung der Prager Beschlüsse kämpfen

Pfarrer Lic. Kehnscherper

Bad Freienwalde

Nach dem Zusammenbruch wurde von seiten der anglo-amerikanischen Mächte die These aufgestellt und durchgesetzt, daß man nur innerhalb langer, möglichst sehr langer Fristen den Krieg durch einen Friedensvertrag beenden wollte. Diese langen Fristen hat man auch innegehalten. Wohl noch niemals in der Weltgeschichte ist es geschehen, daß fast 5 Jahre nach Eintritt der Waffenruhe ein Friede nicht geschlossen wurde.

Was haben sich die verantwortlichen Politiker des Westens von dieser Hinauszögerung des Friedensvertrages wohl versprochen? Die gefährlichen und unheilvollen politischen Wechselwirkungen, welche den zur Zeit noch nicht wiederhergestellten Weltfrieden bedrohen, haben doch in diesen schweren politischen Fehlern aus den Jahren 1945 und 1946 Grund und Ursache. Wie mit einem Lineal gezogen geht durch das Land Korea eine widernatürliche Grenze, mitten durch unser Deutschland geht eine unnatürliche Grenze, und es ist doch der Wahnsinn in höchster Potenz, wenn die Hauptstadt Deutschlands durch Sektorengrenzen in mehrere Teile auseinandergerissen worden ist.

Soll Deutschland nun wirklich auseinandergerissen werden? Die kapitalistischen, imperialistischen Mächte jenseits des Ozeans haben dieses Ziel. In Westdeutschland aber kann man feststellen, daß ein gewaltiger Stimmungsumschwung eingetreten ist, man hat dort erkannt, wie riesengroß die Gefahr für unser Volk ist. Die grauenhafte Kriegsführung Amerikas in Korea, die Gefahr, die durch die Remilitarisierung Westdeutschlands auf unser Volk heraufbeschworen wird, haben unseren Brüdern und Schwestern in Westdeutschland die Augen geöffnet.

In Westdeutschland finden sich immer mehr christliche Kreise, die zusammen mit den schon kämpfenden fortschrittlichen Kräften bereit sind, die Gefahr abzubrechen. Es ist ganz besonders das evangelische Kirchenvolk, das sich im Gegensatz zu verschiedenen Kirchenleitungen mit aller Macht gegen die Remilitarisierung wehrt.

Die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung, die in Westberlin sitzt, verbietet den Pfarrern die Mitarbeit an politischen Organisationen. Dabei beruft man sich auf einen Entschluß des Rates der evangelischen Kirche von Deutschland, der vor einer gewissen Zeit in Hamburg herbeigeführt sein soll. Dieser Erlaß war herausgebracht, um die Mitarbeit der Pfarrer der Nationalen Front zu lähmen.

Andererseits aber hat nach verschiedenen unwidersprochenen Zeitungsnachrichten in Westdeutschland der Rat der evangelischen Kirche in Essen das Aufstellen einer starken Polizeimacht für Westdeutschland befürwortet, ohne daß in dieser Verlautbarung die Zahl der Polizeieinheiten begrenzt worden wäre. Es erhebt sich die Frage, ob der Rat die geistliche und kirchliche Vollmacht gehabt hat, eine solch politische Stellungnahme abzugeben.

Ferner: Der Leiter des Evangelischen Hilfswerkes, Dr. Gerstenmeier, hat auf dem Europarat in Straßburg dem Churchill-Plan zugestimmt, demzufolge Westdeutschland seinen militärischen Beitrag in der westeuropäischen Streitmacht zu stellen habe.

Bischof Meiser, der lutherische Bischof in Bayern, und Dr. Lilje, der lutherische Bischof in Hannover, fielen Pastor Niemöller in den Rücken, als dieser seine Erklärung gegen Adenauer herausbrachte. Pastor Niemöller wird als ein Privatmann hingestellt, der ohne kirchlichen Auftrag gesprochen habe. Andererseits aber vertritt das „Sonntagsblatt" von Bischof Lilje in Hannover immer unverhüllter die These, daß Europa nur vom Atlantik her gegen den „Kommunismus" durch einen Präventivkrieg verteidigt werden könnte. Wenn aber das evangelische Kirchenvolk und große Teile der Bekennenden Kirche,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

wenn Karl Barth, der Theologieprofessor und Kirchenpräsident Niemöller gegen die Remilitarisierung Stellung nehmen, dann behandelt man sie als eigenwillige Außenseiter, die zu solchen Erklärungen nicht autorisiert seien.

In diese Protestbewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung kam nun die Prager Deklaration. Mit großer Freude und den allergrößten Erwartungen und Hoffnungen wurden diese Beschlüsse auch von jenen Menschen aufgenommen, die noch vor Jahresfrist ganz anders geurteilt hatten. Wenn diese zurückhaltenden Beschlüsse aus Prag abgelehnt werden, dann ist die Schuld von Amerika und England vor der Geschichte eindeutig festgelegt.

Es ist nun unsere Aufgabe, alles zu tun, daß die Prager Vorschläge allen Menschen in Westdeutschland bekannt werden. Durch den politischen Rummel, den man im Bonner Parlament aufzieht, wird versucht, die evangelischen Christen aufzuhetzen und zu verwirren. Die Presse in Westdeutschland verbreitet eine Unzahl von Greuelmärchen über die kirchlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik.

Dafür ein Beispiel: In allen Zeitungen wurde immer wieder verbreitet, daß am 31. Oktober die evangelische, die katholische und die freie Kirche zusammengelegt werden. Insgesamt seien von den 6000 Pfarrern 350 bereit, dann nach Nazimuster einen Reichsbischof zu ernennen. Damit holte man den Heidrich-Plan der Nazizeit wieder aus der Mottenkiste hervor, änderte ein wenig die Zahlen, und das Pferd ist genau so wieder aufgezäumt. Diese Lügenpropaganda haben wir aber ganz und gar nicht zu scheuen. Sie entlarvt sich von selbst.

Alle Menschen müssen und werden erkennen, daß von Prag her die Tür zur Verständigung weit aufgemacht wurde. Es wird alle Klugheit, die politische Einsicht und auch unser ganzer Fleiß, unsere Zähigkeit und unser Glaube nötig sein, dafür zu arbeiten, daß wir trotz aller Widersacher das geeinte, demokratische Deutschland, das dem Frieden dient, erringen.

Die Kumpel von der Ruhr wollen nicht für den amerikanischen Krieg arbeiten

Ein Mitglied des Kampfausschusses der Zeche „Nordstern", Gelsenkirchen

Die Zeche Nordstern steht in einem harten Kampf für die demokratischen Rechte der Belegschaft. Dieser Kampf richtet sich auch direkt gegen die Kriegsvorbereitungen der Amerikaner und ihrer Helfer. In einem gemeinsamen Komplott versuchten die Deutsche Kohlenbergbauleitung, die Militärregierung und die Spitze des Industrieverbandes Bergbau einen Angriff auf die Löhne der Kumpel. Um dabei zum Ziele zu kommen, versuchten sie, die Einheit der Belegschaft zu spalten. Die Einheit der Werktätigen ist aber in ihrem Kampf um die demokratischen Rechte nur noch fester geworden.

Ein Betriebsratsmitglied wurde von der Direktion fristlos entlassen, weil er die neue Arbeitsordnung kritisierte und dabei feststellte, daß sie dazu diene, die Löhne der Werktätigen zu drücken. Der Betriebsratvorsitzende, der sich mit ihm solidarisierte, wurde gleichfalls fristlos entlassen. Die Kumpel nahmen aber geschlossen den Kampf um die Wiedereinstellung ihrer Vertrauensmänner auf. Sie legten die Arbeit nieder und bildeten eine Streikleitung, die das Vertrauen der gesamten Belegschaft hatte.

Mit Terror wurde durch die Behörden gegen die um ihre demokratischen Rechte kämpfenden Arbeiter vorgegangen. Gegen 4000 Streikende wurden mehr als 2000 Mann kasernierter Polizei und Werkfeuerwehr von anderen Zechen eingesetzt, die mit Knüppeln die Arbeiter zur Arbeit treiben sollten. Es gab zahlreiche Verhaftungen; aber der Kampf unter der Belegschaft wurde noch größer.

Weil der gesamte Staatsapparat auf sie losgelassen wurde, änderten sie ihre Taktik. Die Kumpel fuhren wieder ein, fördern aber keine Kohlen. Dann verwandelten sie die Streikleitung in einen Kampfausschuß. Die Belegschaft setzt ihren Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte nach wie vor geschlossen fort.

Auf amerikanischen Befehl sollen die Kumpel wieder Soldaten werden. Die Ruhrkohle soll der Aufrüstung dienen. In den Wohnungen friert die Bevölkerung, aber die Kohle geht in die Rüstungsbetriebe. Die Bergarbeiter denken aber nicht daran, den Kriegskurs mitzumachen. Sie antworten auf den Schuman-Plan so, wie er es verdient. Die Kumpel der Zeche Nordstern sind sich darüber einig, daß sie für den Frieden und ihre demokratischen Rechte kämpfen müssen.

Wir fragen weder nach Weltanschauung oder nach Parteibuch, sondern stehen geschlossen in unserem gemeinsamen Kampf, in dem wir uns auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen.

Die Kumpel von der Ruhr wollen nichts mit dem amerikanischen Krieg zu tun haben. Sie wollen nicht amerikanischen Interessen dienen. Darum hat bei ihnen auch die Prager Entschließung der Außenminister ein kraftvolles und überzeugendes Echo gefunden. Die Bergarbeiter an der Ruhr haben ihren Kampf für Deutschland aufgenommen. Sie kämpfen mit in der Nationalen Front für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit. Die Ruhrkumpel stehen in einer Reihe mit den Friedenskämpfern der ganzen Welt.

Pastor Niemöller im Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands

Pfarrer D. Busch, Dresden

Am 13. November 1950 hielt Kirchenpräsident Pastor Martin Niemöller in der Stiftskirche von Tübingen eine politische Predigt gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Die Veranstaltung war für Tübinger Verhältnisse einmalig. Bereits eine Dreiviertelstunde vor Beginn war die Stiftskirche überfüllt. Über 3000 Menschen aller Bevölkerungsschichten Tübingens, die Studentenschaft und ein sehr hoher Prozentsatz Jugendlicher waren erschienen, um aus Niemöllers Munde die Stellungnahme gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu hören.

Niemöller hielt diesen Gottesdienst — wie er selbst sagte — in der Form einer politischen Predigt. Er lehne die Zweigleisigkeit des Christen ab. Es gebe nur eine Stellungnahme des Christen zu der politischen Frage der Remilitarisierung: Er werde konsequent gegen jede Remilitarisierung als eines politischen Verbrechens und einer Unmöglichkeit für das deutsche Volk eintreten.

Die Remilitarisierung liegt im Interesse der USA, Englands und Frankreichs, nicht aber im deutschen Interesse. Die Deutschen sehen, daß es nur drei Möglichkeiten im Falle eines Krieges gäbe: entweder den rücksichtslosen Einsatz der Atombombe durch die USA auf unserem Gebiet, im Falle eines Zurückschlagens der Russen den Beginn des russischen Luftkrieges oder als dritte und letzte Möglichkeit das vom französischen Verteidigungsminister geforderte Gemetzel zwischen Oder—Neiße und Rhein. Aus diesem Kriege entspringe also keinerlei Nutzen für Deutschland, ganz im Gegenteil, höchstens die USA könnten davon profitieren. Niemöller wies darauf hin, daß der Westen jetzt so weit sei, jeden, der für den Frieden und die Remilitarisierung auftritt, als Agent der Sowjetunion und der Kommunisten zu bezeichnen. Weiter kritisierte er scharf das Verhalten der westdeutschen Presse und zitierte den Ausspruch eines bekannten Journalisten, der behauptete, die westdeutsche Presse sei jetzt verlogener und schlechter als zu den schlimmsten Zeiten des Nationalsozialismus.

Wenn die evangelische Kirche in der Frage der Remilitarisierung versagt, kann sie mit Recht einpacken und ihre Tätigkeit einstellen. Entgegen Pressemeldungen, nach denen in der bekannten Unterredung zwischen Niemöller und Schumacher beide im wesentlichen auf dasselbe Ziel und denselben Punkt hinausgekommen seien, behauptete Niemöller fest und klar, er könne Schumachers Standpunkt auf keinen Fall teilen. Der Westen habe keinerlei Grund, die abendländische Kultur zu verteidigen; er hätte erst im eigenen Haus Ordnung zu schaffen. 700 000 Jugendliche seien in den Westzonen ohne Arbeit. Die west-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

deutschen Regierungsstellen hätten für diese Jugendlichen nichts weiter als den Hinweis: Meldet euch bei den Arbeitskompanien der Amerikaner.

Von den zu den Arbeitskompanien Angeworbenen reißt eine große Zahl wieder aus, denn sie hätten sich ihren Dienst anders als das unmittelbare Abrücken zum Kasernenhofdrill vorgestellt.

Anschließend an seine politische Predigt in der Stiftskirche fand eine Diskussion mit Studenten und Professoren statt. An dieser Diskussion konnten über 1000 Studenten nicht teilnehmen, da der Platz nicht ausreichte. Niemöller wurde gefragt: „Glauben Sie, Herr Kirchenpräsident, daß Rußland Krieg machen will?" Niemöller antwortete: **„Nein, ich glaube es nicht!" Auf** die Frage der Stellungnahme zu den Beschlüssen der Prager Außenministerkonferenz erklärte er: **„Ich bin mit** jedem einzelnen Punkt einverstanden."

Für jeden christlichen Menschen, für die Kirchen der Welt und alle religiösen Bekenntnisse der Welt, wie sie auch heißen mögen, kann es nur eine Stellungnahme geben: Zusammenschluß zu einem großen gemeinsamen religiösen und sittlichen Protest gegen das Neubeginnen der Kriegsoperationen auf Erden. Wenn wieder Friedenskongresse gehalten werden, so müssen Bischöfe und Kirchenführer aller Bekenntnisse in der vordersten Reihe sitzen.

Die Remilitarisierung muß verhindert werden!

Wilhelm Jurczek

ehemaliger Oberbannführer der HJ für Niederdeutschland

Ich selbst war einmal einer der ersten Oberbannführer der Hitler-Jugend in Nordwestdeutschland und während des zweiten Weltkrieges bis zu meiner schweren Verwundung als Offizier an der Front. Mit Hunderttausenden junger Menschen glaubten wir, im Nationalsozialismus den richtigen Weg zu gehen, und mit allem Idealismus, den eine Jugend aufbringen kann, haben wir uns eingesetzt. Aber dieser Weg war ein Weg der Gewalt, und er führte Deutschland nicht „zur Größe", sondern in Chaos und Zerstörung. Wir haben das alles am eigenen Leibe miterlebt.

Durch schmerzliche Erfahrungen sind wir zu einer Umkehr gekommen. Wir haben erkannt, daß Deutschland nur im Frieden, in einer wahrhaften Demokratie sich selbst finden und seinen Wiederaufbau vollziehen kann.

Ich spreche hier nicht allein für mich, ich spreche hier für viele meiner Freunde und Bekannten, die in der HJ gestanden haben und sogar führend in ihr tätig waren; ich weiß, daß sie zusammen mit dem überwiegenden Teil der ehemaligen Frontoffiziere hinter der Forderung stehen: Wir Deutsche wollen nicht wieder in einen neuen Krieg hineingetrieben werden, wir wollen aufbauen und nicht zerstören. Wir lehnen deshalb die Remilitarisierung, die Herr Adenauer durchsetzen will, energisch ab. Wir wollen Deutsche, aber nicht Söldner von Amerika sein. Wir verwerfen und bekämpfen die Politik Adenauers genau so wie die Politik Schumachers, weil nämlich beide, Adenauer und Schumacher, im Grunde dasselbe wollen: die Aufrüstung Westdeutschlands und damit den Tod Hunderttausender junger Deutscher Menschen.

Wir wollen auch ein einheitliches Deutschland, ein Deutschland der Zusammenarbeit mit allen Völkern, die für den Frieden ringen. Wir sagen den stärksten Kampf allen denjenigen Elementen an, welche glauben, mit uns Schindluder treiben zu können, indem sie uns noch einmal für ihre egoistischen Interessen auf die Schlachtfelder hinausführen und Deutschland zu einer Wüste machen wollen.

Die Herren Adenauer und Schumacher irren sich, wenn sie glauben, eine Mehrheit der Jugend in Westdeutschland für ihre Ziele gewinnen zu können. Es gibt sehr große Teile der Bevölkerung in Westdeutschland, die bereit sind, alles zu tun, um unser Vaterland vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges zu retten. Nicht in dumpfem Fatalismus wollen diese Patrioten verharren, sie gehen dazu über, mit allen Kräften auf einer gemeinsamen Plattform den Kampf gegen die Remilitarisierung zu führen.

So möchte auch ich von dieser Stelle Herrn Vincenz Müller, der als ehemaliger Offizier und General hier gesprochen hat, auf seinen Anruf eine Antwort geben: Mit mir zusammen werden Hunderte von ehemaligen Offizieren und Tausende von ehemaligen Soldaten aufstehen und im Friedenskampf auf die Straße gehen. Wir werden in Versammlungen hineingehen und werden Herrn Adenauer und seinen Männern von Bonn die Maske vom Gesicht reißen. Wir werden das deutsche Volk aufrufen, über die Gefahren der Remilitarisierung nachzudenken — und dann wollen wir sehen, ob es Herrn Adenauer noch gelingt, seine Pläne durchzuführen.

Wir rufen in dieser Schicksalsstunde unseren deutschen Schwestern und Brüdern in allen Teilen unseres Vaterlandes zu: Die Remilitarisierung muß verhindert werden, es muß ein Ausgleich zwischen Ost und West auf Grund der vernünftigen Prager Beschlüsse errungen werden.

Noch ist es nicht zu spät!

Dr. Hans Puhl

Rechtsanwalt in Essen

Die westlichen Besatzungsbehörden sind heute bestrebt, nach den Grundsätzen und Anweisungen ihrer eigentlichen Herren, der amerikanischen Reeder und Konzernherren, in die Fußtapfen der Nazis zu treten. So erlebten wir die „Geschenke": Ruhrstatut, Besatzungsstatut und die drei Hohen Kommissare auf dem Petersberg. Eine weitere Folge, die in derselben Linie liegt, war das „Geschenk" des Gesetzes Nr. 14 vom 25. November 1949, eines Gesetzes, das vielleicht gerechtfertigt gewesen wäre nach der Niederringung eines Landes gegenüber denjenigen, die die eigentlichen Ratgeber der Hitleraggression waren. Dieses Gesetz trifft aber gerade die, die heute gegen eine neue Aggression kämpfen. Wir mußten kürzlich erleben, daß zwölf namhafte, fachlich und sachlich qualifizierte Beamte lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur VVN in Düsseldorf aus dem Amt entfernt wurden. Die Neubesetzung der Stellen erfolgt fast immer durch altbewährte Nazis. Auf derselben Ebene liegt auch die offene Behinderung der Partei, die in vorderster Linie der Kämpfer im Ringen um den Frieden steht, die systematische Behinderung der Kommunistischen Partei.

Gleichzeitig wird die Presse der Kommunistischen Partei verboten und die Druckereien der fortschrittlichen Parteien und Organisationen werden geschlossen und stillgelegt.

Dieser sich sehr akut bemerkbar machende Neofaschismus ist bereits weit in das öffentliche Recht, das Verwaltungs- und Staatsrecht, wie überhaupt in die Rechtspflege hineingewuchert.

Im Zuge der weiteren Faschisierung finden wir dann die systematische Behinderung der Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit und die Entfernung gerade der aktivsten Friedenskämpfer und Akteure in den Gewerkschaften. Ich stellte fest, daß der bayerische Vorstand der Erwerbslosengewerkschaft aus seinem Aufgabenkreis entfernt wurde, weil er sich weigerte, ihm übertragene oder angetragene Aufgaben der Alliierten zur Werbung von Söldlingen aus den Kreisen der Arbeitslosen auszuführen.

Manchmal entbehren die Refaschisierungsaktionen auch nicht ganz des Humors. So hatte z. B. in der nordhessischen Stadt Ungedanken eine amerikanische Streife festgestellt, daß junge Leute mit roten Bändern durch die Straßen zogen. Sie mobilisierte die Militärpolizei und mußte feststellen, daß es junge Leute waren, die von einer Kirmes kamen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur noch an die berüchtigten Bruderschaften erinnern, die sich bereits ganz frei bewegen und ganz offen und klar ihre Ziele zum Ausdruck bringen. Sie fanden es jüngst in Bielefeld bei einer Kundgebung für offiziös, die frühere

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Frauenschaftsführerin Scholz-Klink sowie die Tochter des Massenmörders Himmler als ihre Ehrengäste zu präsentieren. Aber warum sollten sie sich auch noch genieren und ängstlich sein, nachdem man systematisch Kriegsverbrecher wie Frick, Darré, Fritzsche und Weichs freigelassen hat.

Wir alle müssen uns klar darüber werden, daß es diesmal nicht wieder so werden darf wie damals, als man, obwohl sich die Zeichen bereits sehr deutlich vor 1933 am Horizont erhoben, die letze Warnung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" unbeachtet ließ. Es gilt für uns in Westdeutschland, die letzte uns zu Gebote stehende Kraft einzusetzen und nicht müde zu werden, das Volk immer wieder auf die Zeichen der Renazifizierung hinzuweisen.

Die Frauen Westdeutschlands kämpfen für den Frieden

Wilhelmine Schirmer-Pröscher

2. Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands

Vor Monaten hat sich der Demokratische Frauenbund Deutschlands die Aufgabe gestellt, seine Delegierten zum Weltfriedenskongreß mit einem Geschenk zu diesem Kongreß zu entsenden: mit der Nachricht, daß der DFD die Zahl seiner Mitglieder auf eine Million erhöhen konnte. Unseren Frauen ist das große Werk gelungen! Zu dieser Million Frauen gehört auch eine riesige Anzahl westdeutscher Frauen. Der Demokratische Frauenbund Deutschlands kann für sich in Anspruch nehmen, auch in Westdeutschland die größte Frauenorganisation zu sein. Dort hat man ja das Prinzip durchgeführt: Teile und herrsche, man hat zahlreiche Frauenorganisationen gründen lassen. Wir aber haben drüben die Frauen wachgerüttelt, damit sie das drohende Unglück sehen und mit uns den Weg für den Frieden gehen. Und wir haben darin viele Erfolge gehabt.

Bei der Unterschriftensammlung in Westdeutschland konnten wir mit Genugtuung feststellen, daß unser Aufruf zur Unterstützung des Stockholmer Appels gehört wurde. In Stuttgart wurde auf einer Tagung des Komitees der Kämpfer für den Frieden eine Entschließung angenommen, in der gegen die amerikanische Aggression in Korea protestiert wird. Diese Entschließung haben vier Stuttgarter Frauen in das amerikanische „Hauptquartier" gebracht. Der amerikanische General empfing sie allerdings nicht; sie sollten von der „Frauenreferentin" abgespeist werden. Diese Tatsache haben die vier Stuttgarter Frauen zum Anlaß genommen, dem amerikanischen Quartier einige Wahrheiten zu sagen, u. a. zum Beispiel: Keine Zeitung konnte bisher berichten, daß sowjetische Flugzeuge Bomben auf die Frauen und Kinder Koreas abgeworfen haben; es sind amerikanische Flugzeuge, die Tod und Verderben über das koreanische Land brachten und bringen.

An den Friedensdemonstrationen in Hohenzollern-Württemberg haben sich viele fortschrittliche Frauen beteiligt. In diesen Demonstrationen traten Sprechchöre auf, die der Öffentlichkeit zuriefen: „Wir marschieren für den Frieden!" und „Hände weg von Korea!" In Hamburg, in Bremen haben auch solche Demonstrationen stattgefunden. Unsere Friedenskämpferinnen von Bremen sind auf ein holländisches Schiff im Hafen gegangen und haben die ganze Besatzung, vom Kapitän bis zum jüngsten Schiffsjungen, bewogen, ihre Unterschrift für die Ächtung der Atomwaffe zu geben. In Rendsburg haben unsere Frauen Flugblätter verfaßt und verteilt, die gegen die Herstellung von Munition und den Transport von Waffen gerichtet waren. Daraufhin haben sich viele Frauen geweigert, in den entsprechenden Rüstungsfabriken und Werkstätten zu arbeiten. In Hamburg und in anderen Städten haben unsere Frauen Kinderwagendemonstrationen durchgeführt. Die Kinderwagen trugen Plakate, auf denen zu lesen war: „Mütter, helft uns, daß nie wieder Krieg wird!" Als die Polizei einschritt, da sagten die Frauen: „Seit wann müssen wir von der Polizei eine Erlaubnis haben, wenn wir unsere Kinder spazieren fahren wollen?" Daraufhin mußte die Polizei klein beigeben.

Der behördliche Kampf, der in Westdeutschland gegen die Friedensbewegung geführt wird, wird immer mehr von den Frauen erkannt. Der Kampf gegen die Remilitarisierung erfaßt immer größere Kreise. So hat in Hamburg jetzt die Deutsche Zentrale der Weltorganisation der Mütter aller Nationen, außerdem der Frauenring Hamburgs, mit 21 angeschlossenen Verbänden, der Evangelische Frauenbund, der Katholische Frauenbund Hamburg-Altona, der Bund Deutscher Akademiker, der Klub berufstätiger Frauen und die Gruppe der Frauenorganisationen der CDU, der FDP und der SPD gemeinsam einen Brief an Adenauer unterschrieben, in dem sie ihn und die Bonner Männer vor der Wiederaufrüstung Deutschlands warnen. In diesem Brief wird Bonn aufgefordert, die Entscheidung über die deutsche Wiederaufrüstung nicht ohne Befragen der deutschen Mütter zuzulassen.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, allen Frauen in Westdeutschland die Prager Erklärung zu übermitteln. Sie alle sollen erfahren, daß durch diese Prager Erklärung uns eine große Unterstützung für den Kampf um den Frieden gegeben wurde.

Die westdeutsche Bevölkerung steht an der Seite der Friedenskämpfer

Ein Mitglied des Verteidigungsausschusses für deutsche Patrioten in Hannover

In Nürnberg wurden von dem amerikanischen Militärgericht 15 Friedenskämpfer zu insgesamt 22 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Methode, die bei den Gerichtsverhandlungen angewandt wurde, muß noch einmal besonders herausgestellt werden. Auf die jungen Friedensfreunde wurde der Druck ausgeübt, sich freiwillig zu Agenten Amerikas und zu Aufrührern im Sinne der Anklageschrift zu bekennen. Wenn sie dazu bereit wären, sagte ihnen der amerikanische Staatsanwalt, dann würden sie mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr davonkommen, und diese Gefängnisstrafe brauchten sie dann nicht einmal abzusitzen. Die Jugendlichen haben das Ansinnen des Staatsanwalts abgelehnt, sie wollten keine Agenten sein, sie sind Friedenskämpfer.

Wie reagierte nun die Bevölkerung in Nürnberg auf dieses Urteil? Es entwickelte sich eine wachsende nationale Solidarität. Es sind keine Einzelbeispiele, daß Arbeitslose von ihrer kargen Unterstützung 10,— DM und Rentner sogar 20,— DM opferten. Geschäftsleute in der Straße und in der Stadt stellten bis zu 500,— DM zur Verfügung. In wenigen Tagen wurden über 60 000 DM gesammelt, um die jungen Friedenskämpfer zu unterstützen.

Auch in Hannover standen Friedensfreunde vor Gericht, weil sie am 1. Oktober für den Frieden und gegen die Remilitarisierung demonstrierten. Dort wurde aber im Urteil festgestellt, daß die Friedenskämpfer berechtigt waren, für den Frieden zu demonstrieren. Es wurde festgestellt, daß die Polizei nicht das Recht hatte, die Demonstration aufzulösen, die Angehörigen mit Gummiknüppeln niederzuschlagen, die Friedenskämpfer zu verhaften und dem Gericht zu überführen. Die Polizei mußte sich also vom Gericht ihre unrechtmäßigen Handlungen bescheinigen lassen.

Eine Verbreiterung des Terrors bringt bekanntlich der Beschluß der Adenauer-Regierung vom 19. 9. 1950, durch den die demokratischen Rechte unrechtmäßig beseitigt wurden. Auch diese Maßnahme muß man im Zusammenhang mit der Remilitarisierung sehen. Erstmalig gelang es jetzt, zu einer breiten, wahren Solidaritätsaktion zu kommen. Die Breite der Bewegung zeigen folgende Beispiele:

Zunächst einmal die Kommunen. Die Kommunen weisen darauf hin, daß sie durch den Erlaß des Dr. Adenauer einen unerlaubten Eingriff in ihre souveränen Rechte

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der Selbstverwaltung erblicken, und infolgedessen kommt von diesen kommunalen Spitzenverbänden und von den großen Kommunen der Widerstand gegen diese Maßnahme Adenauers. Sogar der Oberbürgermeister von Bonn erklärt: „Wir betrachten uns als eine souveräne Kommune und nicht als Befehlsempfänger."

Was sagt Emdens Oberbürgermeister? Er hat Weisung gegeben, daß der Beschluß des Dr. Adenauer nicht durchzuführen sei.

Was sagt der Oberbürgermeister Heilbronns, der der FDP angehört? Er erklärt: „Ich werde in dieser Hinsicht auch nichts unternehmen, weil die Anweisung der Bundesregierung dem Artikel 3 des Grundgesetzes widerspricht."

Was sagt der Deutsche Beamtenbund Hamburg? Er nahm auf einer Versammlung eine Resolution an, in der er erklärte, daß die Entlassung aus politischen Gründen abzulehnen sei. Ihm schloß sich der Betriebsrat der Sozialbehörde Hamburgs an.

Überall ist eine breite Welle berechtigter Empörung und des wachsenden nationalen Widerstandes gegen die Terrormaßnahmen und den Abbau demokratischer Rechte zu erkennen, eine Bewegung, die ganze Verbände, öffentliche Verwaltungen erfaßt und bereits auf die Länderregierungen übergreift.

Eine breite Volksbewegung für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat!

Ein Mitglied des Ständigen Büros des Westdeutschen Arbeitsausschusses

Es sind zwei Fragen, die immer wieder in allen unseren Gesprächen mit den Menschen in Westdeutschland sich bemerkbar machen. Die eine Frage kreist um das Programm Frieden oder Krieg, um die Remilitarisierung und ihre Folgen in Westdeutschland. Wenn darüber gesprochen wird, dann hört man in allen nur erdenklichen Variationen die Antwort: „Ohne mich" — „Ohne uns" — „Wir wollen leben".

Längst nicht so klar aber waren bisher die Antworten, die in Westdeutschland auf die Frage gegeben wurden, wie nun der Weg aus der deutschen Not und aus der Bedrohung des Krieges gefunden werden soll. Es ist klar, auf diese Frage kann man nicht einfach antworten „ohne mich". Nun beginnt sich diese Antwort, es beginnt sich die einzig mögliche Antwort durch die Prager Erklärung abzuzeichnen, in der die einfachste Lösung enthalten ist: Verständigt euch, seid bereit, Kompromisse für den Frieden zu schließen, setzt euch zusammen.

Ich denke nicht, daß das nur eine Aufforderung an die Politiker der Regierungen ist, es ist eine Aufgabe für alle Deutschen. Und wir, die wir aus dem Westen Deutschlands hierher gekommen sind, wir wollen uns nun mit den Menschen in Westdeutschland zusammensetzen, wir wollen zunächst einmal dafür sorgen, daß sie erfahren, was Prag für unser ganzes Volk bedeutet. Alle unsere Freunde der Nationalen Front, alle Ausschüsse, alle Komitees, die verschiedenen Leitungen, die Mitglieder all der Kampfbewegungen, sie werden nun die Kenntnis der Prager Erklärung von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, von Hof zu Hof, von Betrieb zu Betrieb tragen. Im Kreise unserer Gewerkschaftskollegen, in allen sportlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbänden und Vereinen müssen wir über Prag sprechen, immer wieder über Prag sprechen. Denn außerhalb des Weges von Prag gibt es keine Antwort auf die bangen Fragen unseres Volkes. Auf dem Wege von Prag gibt es auch die Antwort auf die Frage: Soll die deutsche Jugend in dem dritten, dem amerikanischen Weltkrieg verbluten? Die Antwort lautet: Nein! Die deutsche Jugend wird leben, wenn sie selbst ihr Teil dazu beiträgt, um die Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu erzwingen.

Auf dem Wege von Prag gibt es Antwort auf die Frage: Müssen die Kumpel an der Ruhr, müssen die Arbeiter in unseren Eisenhütten für den amerikanischen Krieg arbeiten? Nein, sie werden deutsche Kohle fördern, und sie werden deutschen Stahl schmelzen für den friedlichen Aufbau und den Wohlstand ihres Volkes, wenn sie selbst sich an die Spitze stellen mit der Forderung nach Verständigung. Auf dem Wege von Prag gibt es eine Antwort auf den Notschrei der westdeutschen Intelligenz: Sollen sie zusehen, wie die Barbarei der amerikanischen Unkultur alles zusammentrampelt, was uns an geistigen und sittlichen Werten teuer ist? Nein, die deutsche Kultur wird leben! Sie wird aufblühen, wenn auch die westdeutsche Intelligenz das deutsche Gespräch nicht abreißen läßt, das deutsche Gespräch für den Frieden, für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Darum müssen wir dieses Gespräch von Mensch zu Mensch, von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland führen, und die Menschen werden dann nicht mehr aufhören, in persönlichen Zuschriften, in einer Welle von Entschließungen und Erklärungen die Verständigung auf der Grundlage der Prager Beschlüsse zu fordern. Allen, die an der Möglichkeit dieses deutschen Gespräches zweifeln, wird das deutsche Volk selbst den Beweis dafür liefern, daß dieses Gespräch möglich, daß der Weg, den die Prager Außenministerkonferenz vorschlägt, gangbar ist. Es wird diesen Beweis führen, indem die Bauern mit den Bauern, die Gewerkschafter mit den Gewerkschaftern, die Intelligenz mit der Intelligenz ins Gespräch kommen und in diesem Gespräch die entscheidende Frage des Friedens und der Einheit für unser Volk nicht mehr fallen lassen.

Prag — das ist die Antwort nicht nur auf die allgemeinen, sondern auch auf die besonderen Sorgen und Nöte der Menschen! Sagt es doch den Menschen, die ihre Wohnungen gegen die Beschlagnahme durch die Amerikaner verteidigen sollen! Es brauchen keine Besatzungstruppen mehr nach Deutschland zu kommen. Diejenigen, die schon hier sind, sollen sich darauf vorbereiten, in ihre Heimat zurückzukehren; denn die Prager Beschlüsse bieten die Grundlage für einen Friedensvertrag, bei dem deutsche Vertreter mitwirken, und der innerhalb eines Jahres nach seiner Unterzeichnung den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und damit auch die endgültige Wiederherstellung der deutschen Souveränität garantiert. Sagt es den Bauern, daß ihre Saat, ihre Wälder und ihre Höfe gerettet werden können! Sagt es den Freunden der Demokratie, sagt es unseren deutschen Patrioten, daß deutsche Vertreter aus Ost und West zu dem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zusammentreten können, die Verfolgungen deutscher Menschen ihr Ende finden werden, jener Menschen, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie den Frieden lieben und daß sie der Meinung sind, daß Deutschland den Deutschen gehören muß und daß dieses Deutschland durch die Besprechungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands Gestalt finden wird.

Unser Ziel ist die Verständigung. Aber es ist ein Ziel, das nicht ohne den entschlossenen Kampf gegen die amerikanische Kriegspartei und ihre deutschen Agenten erreicht werden kann; denn diese werden ihre Weltherrschaftspläne nicht freiwillig aufgeben. Sie werden jene Pläne des Grauens nicht freiwillig aufgeben, jene Pläne, die nicht gelingen dürfen, denn sie würden den Untergang Deutschlands bedeuten. Sie würden nicht nur für das deutsche Volk, sondern sie würden für alle Völker der Welt Grauen und Vernichtung, ein Meer von Blut und Tränen bringen. Diese Pläne können nicht gelingen, weil den amerikanischen Kriegsprovokateuren im internationalen Ausmaß der weltpolitischen Entscheidungen das weltweite, unerschütterlich feste und starke Lager des Friedens unter der Führung der friedliebenden und mächtigen Sowjetunion gegenübersteht. Sie können aber auch deshalb nicht gelingen, weil die amerikanischen Kriegsinteressen mit den Interessen und den Wünschen der Bevölkerung in Deutschland nicht vereinbar sind. Diesen blutigen Plänen steht unser friedliches Ziel mit seiner siegreichen Perspektive gegenüber. Es ist ein Ziel, dessen hoher Einsatz unermüdliche Arbeit und kämpferischen Mut von uns erfordern wird. Es ist ein Ziel, für dessen Gewinnung wir die Mehrheit des gesamten deutschen Volkes hinter uns bringen werden. Der Remilitarisierung haben die Menschen in Westdeutschland das Wort „Ohne uns!" entgegengesetzt. Wir wollen sie nun vereinigen in all ihren verschiedenen Erscheinungen, vereinigen zu der großen Bewegung, damit sie mit uns für die Verwirklichung der Prager Beschlüsse, mit uns für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, mit uns für die Einheit des demokratischen Deutschland und den Frieden der Welt kämpfen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ENTSCHLIESSUNG

Gegen Westdeutsche Remilitarisierung — Für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Die Außenminister der UdSSR und der Volksdemokratien haben in ihrer Prager Konferenz, an der der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar nach den Volkswahlen mitwirken konnte, unserem Volke einen einfachen, friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands gewiesen. Ihren Vorschlag auf Bildung eines Konstituierenden Rates, paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzt, haben die Millionen Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Begeisterung begrüßt.

Denn ohne eine gesamtdeutsche Vertretung kann kein Friedensvertrag geschlossen werden. Aber der Friedensvertrag mit ganz Deutschland ist es, der unsere Heimat davor sichert, das Aufmarschgebiet des Dollarimperialismus zu werden. Solange die Einheit Deutschlands verhindert wird, können die USA-Monopolisten noch in Westdeutschland diktieren und ihren neuen Weltkrieg vorbereiten. Dagegen wenden sich immer stärker die Massenproteste aus den Betrieben und Organisationen, die eine Verständigung über die Schaffung des Konstituierenden Rates anstreben.

Die Regierung der DDR wird ohne jede Vorbedingung in die paritätischen Verhandlungen für die Schaffung eines solchen Organs eintreten, um den Frieden zu verwirklichen, für den sich die Bevölkerung am 15. Oktober in so überwältigender Weise entschieden hat.

Dieses einmütige Bekenntnis zeigte, daß, abgesehen von amerikanischen Sekten und einigen reaktionären Kirchenführern, auch alle Christen im Sinne des Friedens für die Nationale Front des demokratischen Deutschland stimmten. Ebenso einmütig tritt die christliche Bevölkerung Westdeutschlands für den Frieden ein.

In ihrer Ablehnung der Remilitarisierung treffen sich christliche, sozialistische, kommunistische und parteilose Arbeiter. Das ist der Beginn der erfolgverheißenden Aktionseinheit gegen die in- und ausländischen Kriegsbrandstifter. Zahllose junge Friedenskämpfer, die Vertreterinnen der Frauenorganisationen in den größten Städten, geistig führende Kräfte des Bürgertums, Pfarrer, Theologieprofessoren und Nobelpreisträger treten gegen den Bolschewistenschreck, gegen profitgierige Rüstungsindustrielle und ihre Generale, gegen die spalterische Kriegstreiberei auf, westdeutsche Fabrikanten und Hamburger Wirtschaftskreise fordern den friedlichen Ost-West-Handel und begrüßen den Gedanken eines Konstituierenden Rates für die Einigung Deutschlands.

Wenn Schumacher diese Massenstimmung durch die Forderung nach Wahlen aufzufangen und abzubiegen versucht, so unternimmt er dieses Verwirrungsmanöver in der Gewißheit, daß Adenauer und erst recht die Amerikaner jetzt keine Neuwahl zum Bundestag zulassen.

Wir sind für gesamtdeutsche Wahlen. Die Voraussetzung dazu ist jedoch die Schaffung eines gemeinsamen deutschen Organs, der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat auf paritätischer Grundlage: Erst unter einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat kann das deutsche Volk seine eigenen, freien, demokratischen Wahlen durchführen, an Stelle der bisherigen unter anglo-amerikanischem Druck.

Die Forderung nach dem Konstituierenden Rat hat den Kräften des nationalen Widerstandes gegen Spaltung und Aufrüstung jetzt den gemeinsamen Weg des Handelns für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Einigung Deutschlands frei gemacht. Die Bevölkerung der DDR bekannte sich am 15. Oktober einmütig zu der breiten Front dieses nationalen Kampfes. Hier ist der Gedanke des Konstituierenden Rates bereits fest verankert. Mit der Zustimmung unserer westdeutschen Brüder und Schwestern wird der Sieg über Kriegstreiberei und Remilitarisierung dem friedliebenden deutschen Volk gehören.

Westdeutsche und Westberliner Bürger, ergreift die dargebotene Hand!
Laßt uns gemeinsam den Konstituierenden Rat für Deutschland schaffen!
Das ist der Weg der Rettung aus eigener Kraft!
Das ist die Einheit! Das ist der Friede!

Berlin, den 14. November 1950

Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die künftigen Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Nationalpreisträger Dr. Correns

Vorsitzender des Präsidiums des Nationalrats

Mein Damen und Herren, liebe Freunde!

Die Ausschüsse und Aufklärungsgruppen der Nationalen Front haben in ihrer unermüdlichen, umfangreichen und wirkungsvollen Tätigkeit große Verdienste erworben. Der überwältigende Sieg der friedliebenden, demokratischen und patriotischen Menschen am 15. Oktober, das einmütige Bekenntnis zum Programm und zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik strahlt in seiner mobilisierenden und ermutigenden Wirkung in den Westen und Süden unserer Heimat aus. Durch die Wahl wurde die Richtigkeit unseres Weges erhärtet. Die Blockpolitik und die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben sich als richtig erwiesen. Noch niemals in der Geschichte Deutschlands wurde eine solche moralische und politische Einheit aller nationalen Kräfte, noch nie wurde eine solche geschlossene Bewegung der Bevölkerung für die beste Sache der Welt, für den Frieden und das Glück der Nation erreicht.

Die demokratischsten Wahlen der deutschen Geschichte

Noch nie hatten die Wähler solche umfassenden Rechte. Sie konnten sich darauf verlassen, daß das gemeinsame demokratische Wahlprogramm für das Wohl unseres Volkes und gegen den gemeinsamen Feind, den anglo-amerikanischen Imperialismus, ein Programm der Tat, ein Programm der Wahrheit, d a s Programm der Nation ist und daß die an seiner Aufstellung beteiligten Parteien und Organisationen dieses Wahlprogramm auch Punkt für Punkt erfüllen werden.

Sie konnten sich darauf verlassen, daß nach den Wahlen die aus ihr hervorgehenden Volksvertretungen und die Regierung ihre Arbeit auf der Grundlage dieses Programms gewissenhaft aufnehmen und weiterführen werden. Die Wähler wußten aus eigener Erfahrung, als sie am 15. Oktober freudig und entschlossen zur Wahlurne schritten, daß sie selbst, daß jeder einzelne, daß jede Berufsgruppe, jede Schicht, beratend, handelnd, kritisierend und fordernd mitwirken sollen bei der Aufwärtsentwicklung in dieser Zeit der Erfolge zu Frieden, Glück und Wohlstand.

In den Monaten und Wochen vor der Wahl hat die Bevölkerung aus eigener Anschauung und täglicher Erfahrung den breiten Demokratismus verspürt und verstanden, der bei uns zur Grundlage aller öffentlichen und gesellschaftlichen Tätigkeit entwickelt wurde. Die Wähler prüften die Kandidaten und erteilten ihnen Aufträge. Sie erhoben Einspruch gegen Kandidaten gleich welcher Partei und Organisation, deren Tun und Denken keine Garantie für ein aktives und selbstloses Eintreten für die nationalen Lebensinteressen des Volkes boten. Die Wähler trugen in dem rasch wachsenden Maße der Entfaltung des demokratischen Bewußtseins zur Aufdeckung von Mißständen, bürokratischen Übeln und reaktionären, volksfeindlichen Handlungen bei, weil sie Kritik und Selbstkritik anzuwenden lernten. Sie halfen so unmittelbar der Regierung und allen in ihr vertretenen leitenden Kräften, Fehler, Mißstände und Sabotageakte zu enthüllen und auszumerzen. Trotz aller Versuche und verbrecherischen Maßnahmen wurden, je näher die Wahlen heranrückten, unsere Gegner ohnmächtig und isoliert.

Mit Hilfe der hunderttausende Mitarbeiter unserer Ausschüsse und Aufklärungsgruppen wurden Nöte und Sorgen vieler Tausender erkannt, und das Prinzip unserer Regierung, die Sorge um den Menschen allen voranzustellen, wurde bestimmend für das Verhalten unserer Helfer in der Arbeit der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Demokratisch waren die Wahlen, weil eine große Initiative von den Werktätigen in Stadt und Land zur Verbesserung ihrer Leistungen und damit der Lebenslage aller entwickelt wurde, weil die Mitwirkung immer breiterer Massen der Bevölkerung ihren Ausdruck fand in einer echten Begeisterung und bewußten Einmütigkeit.

Gemeinderäte und Kreistage, Landtage, Volks- und Länderkammer und unsere neue Regierung stehen vor Aufgaben, die größer noch sind als die des ersten erfolgreichen Jahres seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Bei diesen Aufgaben, bei dieser gewaltigen vor uns stehenden Arbeit werden Regierung und Parlamente gestützt und getragen von einem so gewaltigen Vertrauen, von den Beweisen einer großen Hoffnung, die unsere Bevölkerung bei den Volkswahlen zum Ausdruck brachte, daß ihnen daraus und aus der ständigen Verbindung mit den werktätigen Menschen eine unbezähmbare entschlossene Kraft zuströmen wird.

Die Bedeutung des Wahlergebnisses für Westdeutschland

Dieses Vertrauen, diese Hoffnung, dieses gewachsene Bewußtsein ist der Ausdruck der gewaltigen Kraft des um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit ringenden Volkes, das sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigt hat. Unsere patriotische Bewegung zieht wie ein Magnet neue hunderttausende patriotischer deutscher Menschen aus dem Westen und Süden unserer Heimat an, die immer klarer erkennen, wie die amerikanische Kriegspartei und ihre deutschen Handlanger nichts anderes im Sinn haben als Raub und Verwüstung, als Tod und Untergang. Lügenhetze und Kriegspropaganda gegen die Sowjetunion, die Volksdemokratien und die Deutsche Demokratische Republik konnten eine Zeitlang viele Gehirne vernebeln und Herzen vergiften, aber Tatsachen sind stärker als Fälschungen und verseuchte Parolen. Die Vorwärtsentwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik, der Sieg der Nationalen Front bei den Volkswahlen, das sind Tatsachen, deren Auswirkungen auf die patriotische Bewegung in Westdeutschland stärker sind, als wir es uns klarmachen.

Zeigen uns nicht die täglichen Meldungen über die Entfaltung des nationalen Widerstandes in allen Gebieten unserer Heimat, die noch von Amistiefeln zertrampelt werden, zeigen uns nicht unsere heutigen Beratungen, daß die anglo-amerikanischen Okkupanten vergeblich versuchen, den gesunden Menschenverstand und den nationalen Selbsterhaltungstrieb zu knebeln und auszurotten! Was für Schreibtischstrategen, Volksfeinde und Dummköpfe sind denn die Herren im Weißen Haus, in der Wallstreet und auf dem Petersberg, wenn sie in ihren Plänen nicht a l l e s einkalkulieren? Einkalkulieren, daß die Völker aus den Erfahrungen der Geschichte sehr wohl zu lernen wissen, daß die Alternative Leben oder Untergang den Millionen immer klarer wird, die sich für das Leben entschieden haben — daß die Hitlers, Trumans, Churchills und Adenauers kommen und gehen, daß aber das deutsche Volk und der einheitliche friedliche deutsche Staat sein und bleiben werden.

Die Menschen machen ihre Geschichte selbst und unsere Aufgabe, die Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in ganz Deutschland ist es, dafür zu wirken, zu kämpfen, zu überzeugen und zu mobilisieren, daß die deutschen Menschen ihre Geschichte endlich und endgültig für den Frieden und die Freundschaft mit allen Völkern, für Unabhängigkeit, Glück und Wohlstand der ganzen Nation machen. Das ist die Grundlage unseres Programms, das ist die Hauptaufgabe und das Ziel, aus dem sich all unser Tun ableitet und für die wir die eigene Kraft und die große Hilfe vieler Freunde in der Welt haben.

Die Freunde wurden und werden immer zahlreicher, die Feinde, je mehr sie gerade in Deutschland an Terrain verlieren, immer aggressiver und barbarischer.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Bildung der Deutschen Demokratischen Republik war ein Wendepunkt in der Geschichte Europas, ein Wendepunkt zur Mobilisierung aller Deutschen im Kampf um Frieden, Glück und Wohlstand. Solche großen Bekenntnisse wie die begeisterten Demonstrationen nach der Wahl unseres Präsidenten Wilhelm Pieck, das Deutschlandtreffen der Jugend zu Pfingsten, der Nationalkongreß im August, die Volkswahlen am 15. Oktober und der 1. Deutsche Friedenskongreß vor wenigen Tagen, von denen so viel Kraft, Vertrauen und kämpferische Entschlossenheit ausgingen, beweisen dem deutschen Volk, beweisen unseren Freunden, dem starken, mächtigen Friedenslager, beweisen unseren Feinden den wortbrüchigen, kriegslüsternen Feldherren und ihren Geldgebern, daß in der Tat eine Wendung in Deutschland sich vollzieht, eine Wendung zu wachsendem nationalen Widerstand, den man nicht mit Generalstabskarten noch mit Millionen Metern von Uniformtuch zudecken kann.

An der Seite der Friedenskräfte der ganzen Welt

Wir müssen noch mehr tun, unsere Anstrengungen vervielfachen und unseren Mut erhöhen, um rascher fortzuschreiten und im gleichen Tempo zu wachsen, wie das mächtige Friedenslager, dem anzugehören uns verpflichtet und ehrt.

Die führende Kraft der Weltfriedensbewegung, die starke, mächtige Sowjetunion, ist der beste Freund des deutschen Volkes. Durch die Initiative der Sowjetregierung traten am 20. und 21. Oktober 1950 die Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zu Beratungen von Weltbedeutung zusammen. In den Beschlüssen dieser Konferenz sowie in der kurz zuvor veröffentlichten Friedensrede des sowjetischen Außenministers Wyschinskij vor der UN-Vollversammlung wird die auf der New-Yorker Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs festgelegte Deutschlandpolitik schonungslos entlarvt. Beschleunigte Remilitarisierung, direkte Kriegsvorbereitungen durch Schaffung militärischer Anlagen, Erweiterung der Rüstungsindustrie und Aufstellung einer Söldnerarmee, Verstärkung der Besatzung und Verweigerung des Friedensvertrages, das sind die gefährlichen und ungeheuerlichen Maßnahmen der westlichen Generalstäbler und Kriegspolitiker. Die Prager Deklaration aber enthüllt nicht nur die Hintergründe indirekter und direkter Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden, sie weist auch in aller Klarheit und Eindringlichkeit den einzigen Weg, den unser Volk beschreiten muß und sofort beschreiten kann, um den tödlichen Absichten der modernen Sklavenhalter und militärischen Interventen ein Ende zu bereiten.

Die Prager Beschlüsse weisen den Weg zum Frieden

Die Volkswahlen in der Deutschen Demokratischen Republik waren mit ausschlaggebend dafür, daß der Herr Außenminister Dertinger als Vertreter des ganzen deutschen Volkes gleichberechtigt an den Prager Beratungen und Beschlüssen beteiligt war. Die Volkswahlen haben aber auch gezeigt, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Feinde der Menschheit erkannt hat und entschlossen ist, gegen die Verderber Deutschlands, gegen die Kriegsbrandstifter zu kämpfen und in diesem Kampf die Patrioten im Westen unserer Heimat viel stärker als bisher zu unterstützen.

Wenn das deutsche Volk sich einigt und mit aller Energie die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung und den Abschluß eines Friedensvertrages fordert, wenn die amerikanischen Rüstungsgewinnler genügend deutlich merken, daß die Mehrheit des deutschen Volkes nicht gewillt ist, seine Söhne den amerikanischen Konzernherren als Kanonenfutter hinzuwerfen, dann werden auch die amerikanischen Imperialisten den Forderungen des deutschen Volkes nachgeben müssen.

So steht denn die Aufgabe, eine Volksbewegung für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstitutierenden Deutschen Rates und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu entfalten, im Vordergrund unserer gesamten Arbeit. Alle Deutschen mit den Prager Beschlüssen vertraut zu machen und sie dazu zu gewinnen, für ihre Verwirklichung aktiv einzutreten, das ist das wichtigste. Auf dieser Grundlage setzen wir unseren Kampf für den Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands verstärkt fort. Allen Menschen muß klargemacht werden, wer Frieden und Wohlstand will und wer dem deutschen Volk erneut Not und Elend bringt. Das bedeutet, daß wir gleichzeitig den Hauptfeind der Einheit und des Friedens, den anglo-amerikanischen Imperialismus, entlarven und jedem klarmachen, wie die Friedenspolitik der Sowjetunion und die großen Erfolge des friedlichen Aufbaus in diesem mächtigen Land nur einem Ziel, dem Frieden und der Völkerfreundschaft, dienen.

Ich umreiße noch einmal kurz die Hauptthematik, die im Vordergrund der gesamten Aufklärungsarbeit überall in Deutschland stehen wird, wobei die Methoden vielfältig, erfindungsreich und mit kühner Initiative entwickelt werden müssen. Entsprechend dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland steht der Kampf um den Frieden im Vordergrund. Wir unterstützen die selbständigen Friedenskomitees bei der Auswertung des Ersten Deutschen Friedenskongresses und des Weltfriedenskongresses, um alle Menschen für den Kampf um die Erhaltung des Friedens zu gewinnen. Die Friedensvorschläge des sowjetischen Außenministers auf der UN-Vollversammlung sollen in der Aufklärungsarbeit eine wichtige Rolle spielen. Als weiteres Hauptthema unserer Aufklärungsarbeit stellen wir die Erläuterung über Inhalt und Bedeutung der Prager Außenministerkonferenz und ihrer Erklärung unter besonderer Berücksichtigung des Punktes 4 bei allen Schichten der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlins und Westdeutschlands in den Vordergrund, damit in ganz Deutschland eine Massenbewegung für die Schaffung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates entfaltet wird und aus allen Teilen der Bvölkerung Zustimmungserklärungen und Unterschriften an den Nationalrat gerichtet werden.

Von großer Bedeutung ist die bei den Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik zutage getretene Bewußtseinsänderung der Bevölkerung, die eine Wende zur Freundschaft mit der Sowjetunion und mit dem Nachbarvolk Polen bewiesen hat. Es ist Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft unermüdlich zu unterstützen. Der Monat für Deutsch-Sowjetische Freundschaft im Dezember mit den Höhepunkten des 5. Dezember, des Tages der Stalinschen Verfassung und des 21. Dezember, des Geburtstags von Generalissimus Stalin, wird eine weitere Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion bringen. **In der Aufklärungsarbeit soll die vorbildliche Friedenspolitik sowie die gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfolge in der Sowjetunion dargelegt und in ihrer ganzen Bedeutung für die Menschheit und insbesondere für das deutsche Volk erläutert werden.**

Was die freundschaftliche Gesinnung der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem neuen Volkspolen anbetrifft, so können wir sagen, daß die Wahlen am 15. Oktober endgültig bewiesen haben, wie die Massen in der DDR die Freundschafts- und Friedenspolitik unserer Regierung, die in der endgültigen Festlegung der anerkannten Friedensgrenze an Oder und Neiße und den Freundschaftsverträgen mit der Volksrepublik Polen zum Ausdruck kamen, verstehen und billigen. Die gegnerische Kriegspropaganda, die versucht, mit der Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze die deutschen Menschen vor ihren Vernichtungskarren zu spannen, was so weit geht, daß ein gewisser Herr Schumacher offen für einen Kriegsschauplatz an der Weichsel eintreten kann, ist in der Deutschen Demokratischen Republik jeglicher Resonanzboden entzogen. Sehr groß und sehr ernst aber ist die Aufgabe für unsere westdeutschen Freunde, offensiver als bisher, gestützt auf eine gute Kenntnis der wahren Verhältnisse, bei jeder Gelegenheit auch die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland aus den Klauen der Vernebelungsmaschine der amerikanisch dirigierten Propaganda zu befreien, damit alle erkennen, daß, wie Thomas Mann anführte, und wie es jetzt Hermann Hesse erneut bestätigte, der Antibolschewismus eine große Gefahr und ein Verbrechen am Frieden der Welt ist, und wir müssen hinzufügen, das gleiche trifft auf die Hetze gegen das neue Polen zu. **Wir in der Deutschen Demokra-**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

tischen Republik müssen dafür sorgen, daß in Gesprächen und Briefen nach Westdeutschland stärker als bisher geschrieben und geworben wird für die Freundschaft mit der Sowjetunion, mit Volkspolen, mit der Tschechoslowakei und den übrigen volksdemokratischen Staaten.

Wir stellen für Westdeutschland ferner die Aufgabe, daß die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundzüge und Maßnahmen unserer Regierungspolitik und Volksvertretungen allen Menschen bekannt und bewußt gemacht werden. Im ersten Jahr ihres Bestehens hat die Provisorische Regierung zahlreiche und bedeutende Gesetze und Verordnungen erarbeitet, nicht nur für das Wohl der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

Die Regierungstätigkeit vollzieht sich auf der Grundlage des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Diese Regierungserklärung vom 15. November 1950 muß ebenfalls in den Mittelpunkt der Aufklärungstätigkeit gestellt werden. Ferner haben wir die Aufgabe, die gesamte Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik für eine aktive Mitwirkung bei der vorfristigen und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplans 1950 und bei der Vorbereitung des Volkswirtschaftsplans 1951 zu mobilisieren. Der Volkswirtschaftsplan 1951 ist der erste Abschnitt des großen Fünfjahrplans.

Es wird notwendig sein, im Süden und Westen unserer Heimat die Menschen mit der Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und den wichtigsten Gesetzen vertraut zu machen, damit jeder einzelne sich davon überzeugt, daß unser Weg, der Weg zum besseren Leben aus eigener Kraft, zu Frieden und Wohlstand führt, den das ganze deutsche Volk gehen kann, wenn es unter den Losungen „Ohne uns" und „Ami go home" noch entschlossener und auf viel breiterer Grundlage für die Wiedervereinigung unseres Volkes kämpft.

Auch hierbei müssen die Ausschüsse und Aufklärer der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit den Bewohnern der Deutschen Demokratischen Republik die westdeutschen Patrioten stärker als bisher unterstützen. Je besser wir, anknüpfend an die guten, großen Erfolge der letzten Monate, es verstehen, durch unsere Aufklärungstätigkeit das demokratische Staatsbewußtsein und die Wachsamkeit der Bevölkerung gegen Agenten und Saboteure weiterzuentwickeln und zu festigen, je breiter wir die Kritik und Selbstkritik der Massen zu entfalten verstehen, um so größer und wirksamer wird die Unterstützung sein, die wir von hier aus unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern in ihrem schweren Kampf in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland geben können.

Jede Gelegenheit ausnutzen für gesamtdeutsche Gespräche

Mehr als bisher müssen wir uns in Zukunft in der DDR in unserer Tätigkeit den gesamt-nationalen Fragen zuwenden. Die Ausschüsse der Nationalen Front sowie die Aufklärungsgruppen in der Deutschen Demokratischen Republik werden sich regelmäßiger und eingehender mit der Entwicklung des nationalen Widerstandskampfes in Westdeutschland gegen die wachsende Versklavung durch die amerikanischen Interventen und gegen die von ihnen offen betriebene Remilitarisierung beschäftigen. Die westdeutschen Freunde werden uns helfen, mehr Einzelheiten über die mutigen Aktionen der westdeutschen Patrioten zu erfahren. **Es muß ein lebendiger Austausch, eine wirkliche Verbindung von Deutschen zu Deutschen organisiert und entfaltet werden. Wir wollen uns mehr treffen als bisher und wir sind uns bewußt, daß wir hierzu noch besser die politischen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen müssen.** Wir sind deshalb der Meinung, daß in verstärktem Maße Besucher und Delegationen aus Westdeutschland zu uns eingeladen werden müssen und daß die Ausschüsse der Nationalen Front, ganz gleich welches die einladende Organisation oder Institution ist, mit diesen Menschen ins Gespräch kommen sollen. Es wird unser Ziel sein, jeden in der Deutschen Demokratischen Republik weilenden Menschen aus Westdeutschland zu Zusammenkünften, Ausspracheabenden, Empfängen und Besichtigungen einzuladen.

Wir stellen unseren Landesausschüssen und Landessekretariaten deshalb die Aufgabe, mit den zuständigen Stellen der Parteien, Organisationen, Institutionen und Verwaltungen Vereinbarungen dahingehend zu treffen, daß die Ausschüsse der Nationalen Front informiert werden, wenn Besucher und Delegationen aus Westdeutschland eingeladen wurden bzw. eingetroffen sind. Die Eigeninitiative der einzelnen Organisationen usw. bei der Einladung von Delegationen soll dadurch nicht gelähmt, sondern im Gegenteil entwickelt werden. Aufgabe der Ausschüsse ist es, die einladenden Stellen politisch und organisatorisch zu unterstützen und sich stets der Verpflichtung gegenüber den westdeutschen Patrioten bewußt zu sein.

Die Landessekretariate leiten die Kreisausschüsse und diese die Ortsausschüsse an, entsprechend zu verfahren.

Die Wahlbezirksausschüsse und Aufklärungsgruppen erhalten die Aufgabe, den Kontakt mit eventuellen Besuchern aus Westdeutschland im Wohnbezirk herzustellen und die Verbindung zum Orts- oder Kreisausschuß zu veranlassen.

Bei den Landes- und Kreissekretariaten sowie bei den Vorsitzenden der Ortsausschüsse und in den Aufklärungslokalen, wo Besucher aus Westdeutschland hinkommen, soll geeignetes Aufklärungsmaterial für die Gespräche laufend gesammelt werden, darunter Zeitungsausschnitte aus der Tagespresse, Wochenzeitschriften, geeignete Broschüren und vor allem „Deutschlands Stimme".

Der Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik, über die immer mehr Menschen in Westdeutschland die Wahrheit erfahren und sich orientieren wollen, wird unseren Gästen zu einem Erlebnis werden. Sie werden dieses Erlebnis weiter tragen und ihren Bekannten und Freunden berichten und damit die Lügen der Ami-Presse über die Deutsche Demokratische Republik zerschlagen helfen. Das ist sehr wichtig, und wir müssen alles daransetzen, daß viel häufiger als bisher solche Besucher und Delegationen zu uns kommen. **Sorgen wir dafür, daß immer mehr friedliebende deutsche Menschen sich zusammenfinden. Das ist ein wichtiger Teil der Massenbewegung für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.**

Wir stellen unseren Landesausschüssen und Landessekretariaten ferner die Aufgabe, sich stets mit solchen Einwohnern der Deutschen Demokratischen Republik in Verbindung zu setzen, die Gelegenheit haben, sei es aus beruflichen oder privaten Gründen, nach Westdeutschland zu reisen. Vor ihrer Abreise und nach ihrer Rückkehr soll mit diesen Menschen in Aussprachen und Beratungen über die gemeinsamen Ziele, über ihre Erfahrungen und Ergebnisse und darüber gesprochen werden, wie sie selbst am besten zum Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gerade anläßlich ihrer Reisen beitragen können. Wir halten es für notwendig, daß die Landessekretariate und Landesausschüsse diese Aufgabe ganz systematisch und verantwortlich in Verbindung mit den zuständigen Organisations- und Verwaltungsstellen erfüllen.

Die ständig wachsende Zahl von Briefen deutscher Patrioten aus dem Westen unserer Heimat, die sich an das Büro des Präsidiums des Nationalrats wenden, beweist allein schon, daß ein großes Bedürfnis nach brieflichem Erfahrungsaustausch zwischen den Menschen aus Ost und West besteht. Ganz besonders aber wünschen diejenigen eine laufende Korrespondenz mit uns, die bei den verschiedensten Anlässen, sei es als Delegierte zu Kongressen, sei es im Rahmen bestimmter Besucherdelegationen, sei es aus geschäftlichen Gründen, zu Erholungszwecken oder bei privaten Besuchen, einmal bei uns weilten. Wenn also Delegationen oder Besucher in Zukunft in verstärktem Maße kommen werden, so ist auch darüber mit ihnen zu sprechen, mit welchem Personenkreis sie einen Briefwechsel wünschen, welche Art von Material sie regelmäßig erhalten möchten. Es ist mit eine Aufgabe unserer Ausschüsse, derartige Korrespondenzen zu entwickeln und ihnen wachsende Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Aufklärer werden in ihren Gesprächen mit den Einwohnern vielfach feststellen, wo Korrespondenzen mit Verwandten und Bekannten geführt werden. Sie werden den Einwohnern Argumente und Material für den Briefwechsel mit Westdeutschland vermitteln und so dazu beitragen, daß die Aufklärung nach Westdeutschland hin verbreitert, vertieft und überzeugender wird.

Es können besondere Zusammenkünfte in Aufklärungslokalen organisiert werden, in denen Bewohner, die Briefe

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

aus Westdeutschland erhalten und selbst hinschreiben, gemeinsam mit den Vertretern der Ausschüsse und Aufklärungsgruppen über die Argumentationen und das mitzusendende Material (Zeitungsausschnitte und Broschüren) sich beraten. Hierbei ist darauf zu achten, daß eine systematische Festlegung der Themen für diese Besprechungen auf der Grundlage der politischen Hauptprobleme erfolgt.

In den Aufklärungslokalen können in Form von Wandzeitungen und Tafeln Beispiele für eine gute, überzeugende Korrespondenz mit Westdeutschland angebracht werden.

Derartige Beispiele, die durch die Aufklärer oder bei den Ausspracheabenden in den Aufklärungslokalen bekannt werden, sind stärker als bisher durch Presse und Rundfunk zu verbreiten. Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß immer mehr Korrespondenzen mit Westdeutschland angeregt werden, wobei einzelne Personen an Menschen in Westdeutschland der gleichen Berufsart oder Gruppen wie Ausschüsse der Nationalen Front, Friedenskomitees, kleinere Betriebe oder Betriebsabteilungen größerer Betriebe, technische Intelligenz, Handwerker, Gewerbetreibende, Ärzte, Geistliche, Künstler, Hausfrauen, Bauern, ehemalige Umsiedler, eine Korrespondenz mit den entsprechenden Gruppen oder Personen in Westdeutschland aufnehmen.

Von großer Bedeutung ist die Unterstützung des Widerstandskampfes der westdeutschen Jugend gegen Versklavung und Militarisierung. Die großartigen mutigen Aktionen der Delegierten zum Deutschlandtreffen bei Herrnburg, der jungen Bergarbeiter in Bochum, das Treffen der Hunderttausend in vielen Teilen Deutschlands Beteiligten beweisen uns, daß sich die Jugend im Westen sehr rasch und entschlossen mit in die vorderste Front im nationalen Widerstandskampf gestellt hat. Es sind die besten Kräfte unseres Volkes, die immer mehr Menschen mitreißen, überzeugen und begeistern.

In Verbindung mit der FDJ, den Volksbildungsämtern und den einzelnen Hochschulen und Schulen beraten die Ausschüsse über eine verstärkte Korrespondenz und Aufklärungstätigkeit nach Westdeutschland, wobei über die Briefe von Klasse zu Klasse, Gruppe zu Gruppe hinaus in verstärktem Maße die einzelnen Jugendlichen mit patriotischen westdeutschen jungen Menschen in unmittelbare Verbindung treten sollen.

Entscheidend für den Sieg der Nationalen Front in ganz Deutschland ist die Herstellung der Aktionseinheit der breiten Schichten aller Werktätigen in Westdeutschland. Die verantwortlichen Mitarbeiter der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nehmen mit den Vertretern des FDGB und der Industriegewerkschaften sowie der Betriebsgewerkschaftsleitungen wichtiger Betriebe Verbindung auf, um Maßnahmen zur Erweiterung der Korrespondenz und zum Erfahrungsaustausch sowie zu Solidaritätsaktionen und -erklärungen mit den westdeutschen Werktätigen zu beraten und zu vereinbaren. Solche bedeutenden Widerstandsaktionen der geeinten Arbeiterschaft, wie der Streik auf der Zeche Nordstern, der Appell der Hamburger Hafenarbeiter gegen die Auslieferung der griechischen Patrioten, müssen einen breiten Widerhall unter den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik finden und durch Solidaritätsaktionen unterstützt werden.

Die Hauptverantwortung hierfür tragen selbstverständlich der FDGB und die Betriebe. Die Ausschüsse der Nationalen Front müssen aber in enger Verbindung mit ihnen bei der Entfaltung und Organisierung dieser Aufgaben mitwirken und die Erfahrungen der verschiedenen Organisationen zusammenfassen. Die Aufklärungsgruppen sind in den Schulungs- und Ausspracheabenden viel stärker als bisher über den wachsenden Widerstandskampf, vor allem der Werktätigen in Westdeutschland, zu informieren, um die Bevölkerung entsprechend aufklären zu können.

Eine breite nationale Protest- und Solidaritätsbewegung entfalten

Das Büro des Präsidiums, aber auch die Landes- und Kreissekretariate, werden in Verbindung mit den jeweils zuständigen Organisationen und Vereinigungen in verstärktem Maße dazu beitragen, daß eine breite Protestbewegung gegen die Freilassung von Kriegsverbrechern und gegen die Verhaftung von tausenden friedliebenden Patrioten in Westdeutschland und Westberlin entfaltet wird. Verfolgte Widerstandskämpfer werden, soweit es sich um Betriebs- und Gewerkschaftsangehörige handelt, vom FDGB zu Erholungsaufenthalten in die Deutsche Demokratische Republik eingeladen. Gemeinsam mit der FDJ, dem DFD und der Volkssolidarität sollten wir in Zukunft mehr dafür sorgen, daß den durch Terror und Verhaftung verfolgten und vielfach arbeitslosen Widerstandskämpfern und ihren Angehörigen einige Wochen der Erholung und Entspannung in unseren schönen Heimen geboten werden. Rund 3500 Kinder aus dem Gebiet von Watenstedt-Salzgitter und 350 Angehörige der Opfer der furchtbaren Grubenkatastrophe in Dahlbusch weilten zur Erholung in der Deutschen Demokratischen Republik. Das Büro des Präsidiums wird es sich zur Aufgabe stellen, geeignete Maßnahmen zur verstärkten Bereitstellung von Erholungsplätzen bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik vorzubereiten. Das Komitee zur Verteidigung westdeutscher Patrioten wird seine Tätigkeit verstärken und in engster Verbindung mit den Komitees in Westdeutschland für den Schutz und die solidarische Unterstützung der in Westdeutschland und Westberlin verfolgten Patrioten und ihrer Angehörigen sorgen.

Für den weiteren Aufschwung und die Erneuerung der deutschen Kultur

Auf kulturellem Gebiet kann sehr viel mehr als bisher geschehen. Die Entwicklung der nationalen Kultur in der Deutschen Demokratischen Republik und die weiteren Perspektiven für ihre weitere Entfaltung müssen stärker als bisher zur Aufklärung der Menschen in Westdeutschland dienen. Zweifler und Schwankende können durch kulturelle Darbietungen gewonnen werden. Die bewußten Patrioten und Widerstandskämpfer können wir stützen und begeistern, wenn wir ihnen zeigen, wie in der Deutschen Demokratischen Republik gemäß unserem Wahlprogramm gearbeitet wird, „für den weiteren Aufschwung und die Erneuerung der deutschen Kultur auf demokratischer Grundlage! Für die allseitige Entwicklung der Volksbildung und die Erhöhung der Staatsausgaben für kulturelle Zwecke!"

Demgegenüber steht, und das wird immer breiteren Schichten in Westdeutschland offenbar, ein Versinken in Unkultur, bei der Größen des nazistischen Kultursterbens wieder eifrig herangezogen werden, um durch Volksverdummung und Verhetzung die Werbetrommel für einen neuen Krieg zu rühren. Dem Kampf gegen den amerikanisch patentierten und lizenzierten Kosmopolitismus schenken wir bisher zu wenig Beachtung; und doch ist es so, daß die Einheit des Kulturlebens im Kampf um die Existenz der Nation von großer Bedeutung ist und einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung und Verbreiterung des nationalen Widerstands erlangen muß. Unter den richtunggebenden Leitsätzen, die der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, in seinem großen Referat auf dem 1. Nationalkongreß aufstellte, heißt es:

> **„Der nationale Widerstand richtet sich gegen die Zersetzung und den Verfall des deutschen Kulturlebens durch die aus den USA importierte imperialistische Gangsterkultur. Er dient dem Schutz und der Entfaltung der großen deutschen Nationalkultur."**

Wie auf keinem anderen Aufgabengebiet, das der Befreiung unserer westdeutschen Brüder und Schwestern und dem großen Ziel unserer allseitigen Wiedervereinigung dient, können wir die patriotischen Kräfte in ihrem Widerstand gegen die Versumpfung und Versklavung der Kultur allein lassen. Ja, gerade hier erkennen wir bisher unausgeschöpfte und große Möglichkeiten, die uns nicht nur die tanzenden brotlosen und in ihrer beruflichen Qualifikation zwangsläufig absinkenden Künstler gewinnen lassen, sondern zahllosen Menschen aller Schichten können und müssen wir neue Perspektiven und Mut in ihrem Kampf vermitteln.

Es können Ausstellungen, Kulturgruppen, Künstlerensembles nach Westdeutschland reisen und Besucher aus Westdeutschland müssen die Möglichkeit erhalten, mehr als bisher unsere Kulturstätten in der Deutschen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Demokratischen Republik zu besuchen. Wir sind der Meinung, daß die Ausschüsse der Nationalen Front dem Kulturbund, den Volksbildungsministerien und den Organisationen empfehlen sollten, in Verbindung mit unseren westdeutschen Freunden unsere lebendige Kulturarbeit stärker als bisher nach Westdeutschland zu tragen und sie hierbei zu unterstützen. Schriftsteller, Musiker, Schauspieler, Forscher und Wissenschaftler der verschiedenen Disziplinen sollten zu Beratungen und Fachtagungen in der Deutschen Demokratischen Republik mehr als bisher eingeladen werden. Die anläßlich des Nationalkongresses dargebotene Ausstellung von Bildern Worpsweder Künstler war ein großer Erfolg und führte zum Verkauf einer ganzen Reihe von Werken, die von den verschiedensten Stellen der Deutschen Demokratischen Republik erworben wurden. Vorbildliche Arbeit leisteten einige Kulturgruppen der FDJ bei ihren Fahrten nach Westdeutschland. Trotz aller Versuche, ihr Auftreten zu verhindern, gelang es in den meisten Fällen mit außerordentlichem Erfolg und zur großen Begeisterung der Zuhörer, diese Veranstaltungen durchzuführen.

Wir werden uns in Zukunft stärker als bisher auch mit den hunderten Ärzten, die in Westdeutschland beruflich und materiell vor dem Ruin standen und inzwischen bei uns befriedigende Arbeit und nützliche Beschäftigung gefunden haben, in Verbindung setzen und mit ihnen beraten, welche Schritte sie für geeignet halten, um den noch zu Tausenden in Westdeutschland verbliebenen Kollegen, die in äußerst schwierigen Verhältnissen leben, eventuell zu helfen. Aus diesen wenigen Anregungen für die verbesserte und wirksamere Unterstützung der patriotischen Widerstandskämpfer in Westdeutschland ist schon ersichtlich, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, die unsere Ausschüsse in der Deutschen Demokratischen Republik durch ihre eigene Initiative aufgreifen sollen.

Alles muß getan werden, um das Bewußtsein der Untrennbarkeit unseres Vaterlandes immer lebendiger zu machen. Die beste Grundlage hierfür ist die Prager Deklaration der Außenminister sowie das Programm der Nationalen Front.

Breite Aufklärung über das Verbrechen der Amerikaner in Korea

Wir sind auf diesem Weg mit dem Sieg der nationalen Friedenskräfte in der Deutschen Demokratischen Republik bei den Volkswahlen ein großes Stück vorwärts gekommen, aber auch bei uns sind noch große Anstrengungen notwendig, um es den McCloy und Broom und ihren deutschen Mitläufern unmöglich zu machen, den von ihnen gewünschten und vorbereiteten, aber vom ganzen deutschen Volk verhaßten Krieg, auszulösen. Versuchen sie doch, diese Welteroberer, immer mehr ihrer Devise nachzukommen: „Was wir in Deutschland gegenwärtig tun, ist dasselbe, was unsere Armeen in Korea leisten." Wir werden es ihnen nicht gestatten, sich derartige Banditenakte und Terrorangriffe gegen unsere Frauen und Kinder, gegen unsere Jugend zu leisten. Das Beispiel Korea zeigt und wir müssen es allen Menschen vor Augen führen, mit welch äußerster Grausamkeit und Entmenschtheit gegen jedes Volk vorgegangen werden soll, das sich nicht blindlings dem Amijoch unterwirft. Das Beispiel Korea zeigt aber auch, daß ein Volk, wenn es geschlossen und geeint für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, den Mördern und Brandstiftern eine Niederlage nach der anderen bereitet. Wir aber haben die Kraft und den festen Willen, es gar nicht erst zum Blutvergießen auf deutschem Boden kommen zu lassen. Wir sagen „Halt" und „Hände weg von Deutschland" und wissen, daß es von unseren Anstrengungen abhängt, die Kriegstreiber vom deutschen Boden, von Ruhr und Rhein, aus der Saar und aus Bayern, von der Waterkant und aus dem Schwarzwald zu verjagen, bevor sie sich „leisten" können, was sie, wie in Korea, bei uns beabsichtigen. Das tapfere koreanische Volk aber hat bereits erfahren und soll in Zukunft noch stärker spüren, daß die Menschen in Deutschland und besonders in der Deutschen Demokratischen Republik Hilfe und Unterstützung zu geben bereit sind.

Die Ereignisse in Korea, der mutige, heldenhafte Widerstandskampf des Volkes und die ganze grauenhafte Wahrheit über die Art der amerikanischen Kriegsführung sollen ebenfalls in unserer Aufklärungsarbeit überall in Deutschland den Menschen klar gemacht werden, um damit den Willen und die Entschlossenheit zu festigen, daß nie derartiges in Deutschland geschehen möge.

Mit der Bevölkerung vertraut machen

Wir haben in unserem Aufruf, der vor einigen Wochen zur Unterstützung der Vorbereitung des Friedenskongresses durch die Presse ging, die Losung an unsere Aufklärungsgruppen herausgegeben: **„Aufklärer, bei der Wahlvorbereitung haben wir uns mit der Bevölkerung bekannt gemacht, jetzt gilt es, sich mit ihr vertraut zu machen!"** Im Vordergrund steht also die systematische und individuelle Aufklärung der Bevölkerung von Wohnung zu Wohnung, von Familie zu Familie. Ausgangspunkt einer jeden Aufklärungsgruppe ist das Aufklärungslokal, in dem auch die regelmäßige Schulung und der laufende Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter der Aufklärungsgruppen stattfindet. Wichtig ist, daß die Leitungen der Parteien und Organisationen darauf hinwirken, daß ihre Miglieder in den Aufklärungsgruppen mitarbeiten, um eine breite Zusammensetzung zu gewährleisten. Von großer Bedeutung ist die Aufgabe der Bildung von Hausgemeinschaften der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, für die es in der Wahlarbeit einige gute Beispiele, aber doch eine zu geringe Breitenentwicklung gab. Die Haus-, Häuserblock- und Straßengemeinschaften spielen bei der weiteren Entwicklung des demokratischen Staatsbewußtseins der Bewohner eine wichtige Rolle. Jede Hausgemeinschaft soll von ihrer Aufklärungsgruppe regelmäßig angeleitet und besucht werden, zu Aussprachenabenden zusammenkommen und sich bestimmte Aufgaben stellen.

Die Aufklärungslokale werden beibehalten

und sollen noch mehr zu politischen Zentren der Wohnbezirke entwickelt werden. Die Zahl der Aufklärungslokale ist so festzulegen, daß eine systematische Aufklärungstätigkeit, die alle Bewohner erreicht, gewährleistet ist. Für jedes Aufklärungslokal soll eine ehrenamtliche Leitung aus den drei besten Mitarbeitern der Wahlbezirksausschüsse gebildet werden, die die Arbeit der Aufklärungsgruppen und die Wochenpläne für die abendlichen Zusammenkünfte und Veranstaltungen im Aufklärungslokal aufstellt. Wenn die Aufklärungslokale Zentren des politischen und auch gesellschaftlichen Lebens im Wohngebiet bleiben und sie in ihrer Tätigkeit noch verbessert werden sollen, so müssen alle bisherigen guten Erfahrungen weiter entwickelt und neue Aufgaben in Angriff genommen werden.

Schulung, Erfahrungsaustausch und Organisierung der Tätigkeit der Aufklärungsgruppen werden im Aufklärungslokal durch die Dreierleitung erfolgen.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Verbindung der Abgeordneten und Gemeindevertreter, die über ihre Tätigkeit und besonders über die Erfüllung ihrer Wähleraufträge berichten und sich laufend mit den Einwohnern beraten sollen. Gerade im Aufklärungslokal werden bei den Zusammenkünften die Menschen noch stärker und umfassender als bisher ihre Wünsche und Beschwerden, ihre vielfältigen Anliegen und Vorschläge mit den Abgeordneten besprechen. Abwechselnd und regelmäßig sollen Persönlichkeiten der verschiedensten Berufe, darunter vor allem Aktivisten, Helden der Arbeit, Nationalpreisträger, verdiente Ärzte, verdiente Lehrer, Mitglieder von Qualitätsbrigaden, wie überhaupt Angehörige der werktätigen und technischen Intelligenz der Arbeiterschaft, Landarbeiter und Bauern, die fortschrittliche Arbeitsmethoden entwickelt haben, über ihre Arbeit und ihre Pläne erzählen.

Mit derartigen Aussprachen können und müssen wir erreichen, daß die gewaltigen Aufgaben und großen Friedensperspektiven unseres Fünfjahrplans jedem einzelnen verständlich und mitreißend nahe gebracht werden.

Laufend werden auch einzelne Fachdezernenten und Facharbeiter aus allen Sparten der Verwaltung, Ver-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

sicherung, der HO, des Konsums, Künstler, Sportler, Redakteure, Vertreter der einzelnen Parteien und Organisationen gerade im Aufklärungslokal der Nationalen Front in Stadt und Land einen engen Kontakt mit den Bewohnern suchen.

Die Methode des Vorlesen entwickeln

Wir halten es für sehr angebracht, bei den Schulungs- und Ausspracheabenden der Aufklärer in Zirkeln und Zusammenkünften mit den Einwohnern eine für uns neue Methode zur Aufklärung und Entfaltung einer guten Diskussion anzuwenden. Das Vorlesen wichtiger Artikel und Dokumente aus der Presse und auch das Vorlesen der Texte unserer fortschrittlichen Gesetze verbunden mit Frage, Beantwortung und Erläuterung. Diese Methode des Vorlesens und anschließenden Diskutierens kann auch angewendet werden in Beratungen und Zirkeln mit einzelnen Gruppen oder Schichten, wie Handwerkern, Rentnern, Frauen, Jugendlichen, Lehrern, Ärzten, Bauern und Landarbeitern (Mitschurinzirkel) usw., sowie auch bei Beratungen über Briefwechsel mit Westdeutschland.

Wir stellen die Aufgabe, bis Mitte Dezember in jedem Kreis mindestens fünf Beispiele für vorbildliche Arbeit in unseren Aufklärungslokalen zu schaffen und hierüber zu berichten.

In Zukunft sollen in jedem Aufklärungslokal Dokumentationsmappen angelegt werden, in denen die Regierungserklärung, die Gesetzestexte, wichtige Zeitungsausschnitte, die Broschüren der Nationalen Front des demokratischen Deutschland als Nachschlage- und Schulungsmaterial gesammelt werden.

Nach Möglichkeit sollen Rundfunkgeräte oder auch Filmapparatur, wenigstens in einigen Musteraufklärungslokalen, vorhanden sein, unbedingt aber Tagespresse, Zeitschriften, Broschüren und geeignete Literatur.

Die Leitung des Aufklärungslokals führt ein Tagebuch über ihre Arbeit als Grundlage für eine konkrete, regelmäßige Berichterstattung.

Voraussetzung für ein gutes Funktionieren der Aufklärungslokale ist eine ständige Arbeitsverbindung, ist ein lebendiger Erfahrungsaustausch mit allen Parteien und Organisationen, denen wir, wie insbesondere den Friedenskomitees, die Methoden und Einrichtungen unserer Aufklärungsarbeit immer zur Verfügung stellen wollen.

Laufende Berichterstattung über die Erfüllung der Wähleraufträge

Wie bereits aus einzelnen Plänen und Berichten hervorgeht, haben unsere Mitarbeiter begonnen, in Verbindung mit den Abgeordneten unserer Volksvertretungen, sich einen Überblick über die erteilten Wähleraufträge und ihre Erfüllung zu beschaffen. Das ist sehr wichtig. Alle Wähler, die solche Aufträge erteilten, sollen selbstverständlich darüber informiert werden, wie nun ihre Kandidaten, d. h. ihre jetzigen Abgeordneten an die Erfüllung der Aufträge herangehen. Wir sind auch der Meinung, daß die Ausschüsse bzw. Sekretariate Kenntnis von den Wähleraufträgen haben sollen, schlagen daher entsprechend den Vereinbarungen in der Zentralen Organisationskommission folgenden Weg hierzu vor:

Die jeweiligen Leitungen der einzelnen Parteien und Organisationen (zentral, im Land, im Kreis, im Ort) übernehmen die Verantwortung, die den Kandidaten der einzelnen Fraktionen erteilten Wähleraufträge einzuholen und sich regelmäßig über den Stand ihrer Erfüllung zu informieren. Durch die Parteien und Organisationsleitungen werden dann die Unterlagen gesammelt und den Sekretariaten bzw. Ausschüssen der Nationalen Front zur Verfügung gestellt. Diesen fällt dann die Aufgabe zu, im Einvernehmen mit den Leitungen der jeweiligen Parteien und Organisationen Berichterstattungsversammlungen und Ausspracheabende mit den Kandidaten zu organisieren und die Gesamttätigkeit auf diesem Gebiet zu koordinieren.

Das Büro des Präsidiums wird sich speziell mit den Wähleraufträgen der Spitzenkandidaten der Volkskammer beschäftigen und in Verbindung mit den Landessekretariaten nach Rücksprache mit den betreffenden Abgeordneten die weitere Zusammenarbeit zwischen den Wählern und diesem Kreis von Abgeordneten einleiten.

Für die Berichterstattung und die weitere Verbindung der Abgeordneten mit den Belegschaften der Betriebe halten wir den FDGB, die Industriegewerkschaften und die Betriebsgewerkschaftsleitungen für zuständig. Betriebsveranstaltungen dieser Art, werden nicht durch die Ausschüsse und Sekretariate der Nationalen Front organisiert, wobei in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden Gewerkschaftsstellen natürlich die Ausschüsse der Nationalen Front über die Tätigkeit der Abgeordneten in den Betrieben rechtzeitig informiert werden sollten. Im Zusammenhang mit der Gewinnung und Mobilisierung der Bevölkerung für die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben werden sich die Ausschüsse bei der Ausarbeitung und Popularisierung der im Rahmen des Volkswirtschaftsplans 1951 vorzubereitenden Wiederaufbaupläne und Zusatzpläne der Städte und der Dorfwirtschaftspläne beratend und aufklärend miteinschalten. Hierzu ist eine ständige enge Verbindung zu den Abgeordneten und den Mitarbeitern der Verwaltungen eine notwendige Voraussetzung.

Aufklärung auf dem Lande verbessern

Die Wahlarbeit hat gezeigt, welche großen Möglichkeiten, aber auch welche Schwächen in der Aufklärungstätigkeit auf dem Lande noch bestehen. Die Unterstützung der Aufstellung der Dorfwirtschaftspläne und ihrer Auswertung in der Aufklärungsarbeit muß allgemein verstärkt werden.

Das gesellschaftliche und kulturelle Leben auf dem Lande bedarf einer weitgehenden Förderung. Die Maschinen-Ausleih-Stationen und volkseigenen Güter sollen zu Stützpunkten der gesamten Aufklärungsarbeit auf dem Lande entwickelt werden. Bauernberatungen, Bildung von Mitschurin-Zirkeln, Verstärkung der kulturellen Darbietungen, Patenschaften der Betriebe für bestimmte Dörfer und MAS, Wochenendbesuche der Aufklärer aus Betrieben, FDJ-Gruppen, VdgB, MAS, VEG, landwirtschaftlichen Mitarbeitern aus Verwaltungen, werden gerade während der Wintermonate zu einer Belebung und Förderung der fortschrittlichen Entwicklung in unseren Dörfern führen. Hierbei soll die Verwendung der in der Wahlarbeit erprobten technischen Hilfsmittel, wie Film- und Lautsprecherwagen und vor allem das Hinausgehen von Künstlern und Kulturgruppen auf die Dörfer systematisch gefördert werden. Bei der gesamten Unterstützung der Aufklärungsarbeit auf dem Lande durch Betriebe und städtische Ausschüsse muß aber besonders darauf geachtet werden, daß die Entfaltung der Initiative unserer Ausschüsse auf den Dörfern dadurch nicht gehemmt, sondern vielmehr entwickelt wird.

Kampagnemäßige Aufklärungsarbeit mit sogenannten zentralen Aufklärungstagen, besonders an Wochenenden, werden wir für die Arbeit auf dem Dorfe benötigen. In den städtischen Wohngebieten halten wir die Methode einer systematischen und regelmäßigen Aufklärungsarbeit während der ganzen Woche für besser.

Viel breiter als bisher muß unsere gesamte

Schulungsarbeit

entwickelt werden. Neben den regelmäßigen Schulungsabenden (je einmal alle 8 bis 14 Tage) sollen auf breiter Grundlage in allen Orten und Kreisen Wochenendschulungen für die Aufklärer, für die Leiter der Aufklärungslokale und die Mitarbeiter der Wahlbezirks-, Stadtbezirks- und Ortsausschüsse stattfinden. In den Groß- und Kreisstädten sollen 5—6 Tage-Kurse, in den Landessekretariaten 8—14tägige Lehrgänge sofort laufend organisiert werden. Die zentralen Lehrgänge in Bantikow werden in Zukunft 3—4 Wochen dauern. Sonderkurse für Aufklärungsarbeit auf dem Dorfe, für Instrukteure und Gruppen aller Mitarbeiter mit besonderen Aufgabenbereichen, wie Literaturvertrieb, Verantwortliche für Organisationsarbeit, Aufklärung, Presse usw sollen in Ländern und Kreisen stattfinden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Zusammensetzung der Ausschüsse überprüfen

Große Aufmerksamkeit müssen wir der Verbesserung der Organisationsarbeit zuwenden. Dabei wird es unumgänglich sein, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise selbst zu überprüfen und diese zu gleichermaßen führenden, repräsentativen und operativen Körperschaften zu entwickeln. Die besten Vertreter der Parteien und Organisationen, der Institutionen, sowie nichtorganisierte Persönlichkeiten sollen in den Ausschüssen vertreten sein. Nur wenn es gelingt, gemeinsam das Programm der Nationalen Front zu verwirklichen, werden die Parteien und Organisationen ihre eigenen Aufgaben und Ziele lösen und erfüllen können. Besonders die Kräfte, die sich in der Wahlarbeit bewährten, wobei viele neue Menschen in Erscheinung getreten sind, sollen sorgfältig beachtet und gefördert und zur ständigen verantwortlichen Mitarbeit herangezogen werden. Die Mitarbeiter der Ausschüsse sind mehr als bisher für bestimmte Aufgaben verantwortlich zu machen. Es wurde in der Beratung der zentralen Organisationskommission beim Büro des Präsidiums vereinbart, daß die jeweiligen Leitungen der Parteien und Organisationen bis hinunter zum Ort überprüfen, ob wirklich ihre fähigsten und aktivsten Mitglieder den Ausschüssen angehören. Wo das nicht der Fall ist, werden in Zusammenarbeit mit unseren Sekretariaten und Ausschüssen Veränderungen notwendig sein. Solche Vertreter von Parteien und Organisationen, die nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießen und bei der Kandidatenvorstellung aus Gründen eines ungenügenden demokratischen Bewußtseins und unzureichender Mitarbeit am Aufbau und gesellschaftlichen Leben abgelehnt wurden, dürften wohl nicht geeignet sein, auch weiterhin ihre Partei oder Organisation im Ausschuß der Nationalen Front zu vertreten.

Vor allem muß auch darauf geachtet werden, daß Aktivisten, Helden der Arbeit, Vertreter der BGL und Industriegewerkschaften der MAS und volkseigenen Güter im allgemeinen stärker als bisher an der laufenden Tätigkeit der Ausschüsse teilnehmen. Wir glauben auch, daß unter den Abgeordneten, Verdienten Lehrern, Verdienten Ärzten, Geistlichen sowie aus den Reihen der technischen Intelligenz eine Reihe von Persönlichkeiten stärker als bisher für die aktive Mitarbeit in unseren Ausschüssen zu gewinnen sein werden. Die Arbeit der Ausschüsse selbst bedarf im allgemeinen einer Verbesserung. Politische Beratungen über die wichtigsten Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Regierung mit Schlußfolgerungen für die konkrete Arbeit im Ort, in der Stadt, im Kreis, im Land, sollten regelmäßig stattfinden.

Die Übernahme bestimmter Aufgaben durch einzelne Ausschußmitglieder sollte hierbei beschlossen und eine ständige anleitende und kontrollierende Tätigkeit der untergeordneten Ausschüsse durch einzelne Ausschußmitglieder festgelegt werden.

Nur wenn überall in den Städten, Kreisen und Ländern gut funktionierende Organisationskommissionen bestehen, die die Sitzungen der Ausschüsse und ihre laufende Tätigkeit vorberaten und die Durchführung der Beschlüsse gewährleisten, können wir eine rasche Verbesserung der Arbeit erzielen. Die Organisations-Abteilung im Büro des Präsidiums wird eine gründliche Anleitung der Tätigkeit der Organisationskommissionen und der betreffenden Sekretariate bei unseren Ausschüssen vornehmen, wobei Verbesserungen in der Aufstellung der Arbeitspläne und die Organisierung der ständigen Anleitung und Kontrolle ihrer Durchführung von großer Bedeutung sind.

Hierzu werden wir die guten Erfahrungen bei der breiten Instrukteurtätigkeit bis zu den Wahlen auszuwerten und unbedingt dafür zu sorgen haben, daß, wenn auch in verringertem Umfang, ständig Instrukteure der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unsere Arbeit verbessern helfen. Ihre Aufgaben der Anleitung, Hilfe und Kontrolle, sind stets genau zu umreißen, die Tätigkeitsgebiete nach dem Gesichtspunkt der zu schaffenden Beispiele und der Schwerpunkte in der Arbeit festzulegen. Ferner sollte dazu übergegangen werden, daß die Instrukteure und Referenten, die im Auftrage ihrer Parteien, Organisationen, Institutionen oder Verwaltungsstellen herausfahren, gemeinsam in den Organisationskommissionen festgelegte zusätzliche Aufträge für die Verbesserung der Mitarbeit der jeweiligen Stellen im Rahmen der Nationalen Front erhalten. Auch hierfür wurden in der Zentralen Organisationskommission Vereinbarungen getroffen, über die die Landessekretäre im einzelnen unterrichtet werden.

Große Erfahrungen stehen uns jetzt hinsichtlich der Methoden beim Literaturvertrieb zur Verfügung. Es muß überall erreicht werden, daß der Verkauf und die Verteilung von Literatur, sowie auch bestimmte Sammelaktionen, als wichtige politische Instrumente unserer Arbeit betrachtet und überall von geeigneten verantwortlichen Kräften in die Hand genommen werden.

Wir haben auch weiterhin die Aufgabe, für eine gute, regelmäßige und konkrete Sichtwerbung zu sorgen. Es hat ausgezeichnete Beispiele, aber auch recht flache schematische Sichtwerbung zu den Wahlen gegeben. Die Sichtwerbung muß so entwickelt werden, daß sie die Menschen persönlich anspricht. Sie muß laufend ausgewechselt und entsprechend der Aufgabenstellung konkret und aktuell, auch vom Standpunkt der jeweiligen örtlichen und gebietlichen Fragen, sein.

Über eine der augenblicklich dringenden Aufgaben, nämlich die

Buntmetallsammlung,

für die die Ausschüsse der Nationalen Front federführend sind, in Verbindung mit den Vertretern der Verwaltung, Wirtschaft, FDJ, usw., will ich nur sagen, daß hier, von wenigen guten Beispielen abgesehen, eine gefährliche Unterschätzung zu überwinden ist. Die Zuführung aller Buntmetallreste und Abfälle ist für unsere Industrie von größter Bedeutung.

Die hierzu vom Ausschuß Buntmetalle beim Büro des Präsidiums ausgegebenen Richtlinien bedürfen einer besseren Anwendung in den Ländern und Kreisen, damit durch Aufklärung und systematische Sammlung eine wirkliche Mobilisierung der Bevölkerung zu der notwendigen Versorgung unserer Industrie mit Buntmetallen führt. Es dürfte nicht allzu schwer sein, dieser Aufgabe mehr Beachtung als bisher zu widmen und einen solchen Erfolg zu erzielen, daß die vielen schönen ausgesetzten Prämien auch alle zur Verteilung kommen.

Große Erfolge wurden bisher durch unermüdliche aufopferungsvolle Leistungen Hunderttausender erzielt. Diese Arbeitsfreude wollen wir aufrechterhalten und noch weiter heben.

Wir sollten in diesem Jahre auch daran denken, daß das

Weihnachtsfest im Zeichen des Friedens

und der bisherigen Erfolge eine immer fühlbarere Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung deutlich machen wird. Das wird ein schöner Anlaß sein, die Aufgaben und Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in diesem Zusammenhang unserer Bevölkerung bewußt zu machen.

Der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht sprach von dem reichen Weihnachtsteller, den wir in diesem Jahr, vor allem auch dank der Handelsverträge mit der Sowjetunion, mit den Volksdemokratien und dem neuen China haben werden. Wir sollten anregen, daß Schaufenster der Freundschaft mit Waren aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien, Aufbaufenster mit Gegenüberstellungen von Weihnachten 1945—1946 bis heute, Ausstellungen über Aktivistenleistungen durch die Handwerker, Geschäftsleute, durch HO und Konsum ausgestaltet werden. Bei Weihnachtsfeiern einzelner Organisationen, vielleicht auch von Hausgemeinschaften, wird es viele Gespräche darüber geben, wie durch eigene Kraft das Leben in der Deutschen Demokratischen Republik für jeden einzelnen besser geworden ist und daß auch jeder einzelne dazu beitragen wird, das Errungene durch den Kampf um die Erhaltung des Friedens und für die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu bewähren und vorwärts zu bringen.

Die Ergebnisse des 2. Weltfriedenskongresses, der nun auf Grund der ungeheuerlichen Schikanen und

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verbote der britischen Regierung in Warschau stattfinden wird, werden von den Delegierten allen Menschen in Deutschland nahegebracht werden. Hierbei wollen wir mit Hilfe unserer Ausschüsse und Aufklärungsgruppen die Friedenskomitees in Stadt und Land nach Kräften unterstützen.

Bis zu diesem Weihnachtsfest wollen wir bei der Popularisierung der Prager Deklaration der Außenminister und der Entfaltung einer breiten Zustimmungsbewegung sagen können, daß jeder Deutsche in Ost und West, in Süd und Nord unserer Heimat ein aktiver Kämpfer für die Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates geworden ist.

Die Hauptforderungen des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland: Nationale Einheit und Unabhängigkeit, Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen werden wir so und nur so ihrer Lösung entgegenbringen: Das ist der Weg, für den wir alle unsere Kräfte benötigen, alle unsere Fähigkeiten und unsere Entschlossenheit. Die Deutsche Demokratische Republik, die Nationale Front des demokratischen Deutschland in ganz Deutschland hat mächtige Freunde und Verbündete in der ganzen Welt. Das große Lager des Friedens, das werden auch die Beschlüsse des 2. Weltfriedenskongresses zeigen, tritt in seinem Kampf um die Erhaltung und Festigung des Weltfriedens für unsere nationalen Forderungen ein. Jeder Friedenskämpfer erkennt, und also erkennen es Hunderte von Millionen, daß der Frieden in Europa erst gesichert ist, wenn durch unsere vervielfachten Anstrengungen unser Ziel erreicht wird, wenn die Wünsche durch Anspannung aller Kräfte in Erfüllung gehen, die Generalissimus Stalin, der beste Freund des deutschen Volkes, „für Erfolge im Aufbau des einheitlichen, unabhängigen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands" anläßlich des einjährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl richtete.

Vorwärts auf diesem Wege zur Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Es lebe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

ENTSCHLIESSUNG

Die künftigen Aufgaben der Ausschüsse der Nationalen Front

Der überwältigende Sieg der friedliebenden, demokratischen und patriotischen Kräfte am 15. Oktober, das einmütige Bekenntnis zum Programm und zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, sind der Ausdruck der gewaltigen Kraft des um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit ringenden friedliebenden deutschen Volkes.

Noch nie war die Verantwortung des deutschen Volkes größer in der Lösung der Lebensfragen unserer Nation, in der Entscheidung für die Sicherung des Friedens. In diesem Kampf haben wir Freunde und Helfer in der Welt, allen voran die große friedliebende Sowjetunion, mit ihr die Länder der Volksdemokratie und hunderte Millionen Friedenskämpfer in aller Welt.

Die Prager Deklaration der Außenminister weist in aller Klarheit und Eindringlichkeit den einzigen Weg, den unser Volk beschreiten muß und sofort beschreiten kann, um den geplanten und vorbereiteten amerikanischen Krieg auf deutschem Boden unmöglich zu machen.

Der Vorschlag der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates auf paritätischer Grundlage aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist richtungweisend für die Erringung der demokratischen Einheit Deutschlands und eines gerechten Friedensvertrages.

Immer mehr Zustimmungserklärungen und Unterschriften zu den Vorschlägen der Prager Außenministerkonferenz und besonders zu der Forderung der Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates werden aus allen Kreisen der Bevölkerung, aus Stadt und Land, aus Arbeitsstätten und Wohngebieten, von Ausschüssen und Hausgemeinschaften der Nationalen Front an den Nationalrat gerichtet.

Die Entfaltung einer umfassenden Volksbewegung in ganz Deutschland für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und Westberlins steht im Vordergrund unserer Aufgaben.

Die Unterstützung der selbständigen Friedenskomitees bei der Berichterstattung über den Ersten Deutschen Friedenskongreß zu Berlin und den Zweiten Weltfriedenskongreß zu Warschau ist mit dieser Aufgabe zu verbinden.

Von großer Bedeutung ist durch Aufklärungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und nach Westdeutschland eine viel stärkere Unterstützung des nationalen Widerstandskampfes der deutschen Patrioten im Westen und Süden unserer Heimat. Wenn wir mit allen Kräften die patriotische Bewegung gegen die Remilitarisierung und die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland und Westberlin stärken helfen und diese selbst sich voll entfaltet, dann ist der Sieg der Nationalen Front in ganz Deutschland gewiß.

Dabei ist die Herstellung der Aktionseinheit aller Werktätigen in Westdeutschland entscheidend.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Eine breite Protest- und Solidaritätsbewegung gegen die Einkerkerung und Verfolgung deutscher Patrioten in Westdeutschland und Westberlin muß überall entfacht werden.

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik kann davon überzeugt werden, daß er der Sache des Friedens einen wichtigen Dienst erweist, wenn er in seiner privaten Korrespondenz nach Westdeutschland zu den Lebensfragen unserer Nation, zu den Prager Beschlüssen als dem Weg zu Einheit und Frieden Stellung nimmt.

Betriebe, Jugendliche, Institutionen, Partei- und Organisationseinheiten und Vertreter der verschiedenen Berufe sollen regelmäßige briefliche Verbindungen zu entsprechenden Gruppen oder Personen in Westdeutschland aufnehmen.

Besucher und Delegationen aus Westdeutschland sollen stets von unseren Ausschüssen zu Aussprachеabenden eingeladen werden.

Im Dezember, dem Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft, haben die Aufklärungsgruppen und Ausschüsse die Aufgabe, für die Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes zu den Sowjetvölkern unablässig zu wirken.

Die Arbeit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich auf der Grundlage des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland; die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 15. November muß daher im Mittelpunkt der Aufklärungstätigkeit stehen.

Durch eine laufende enge Verbindung und Aussprache mit allen Abgeordneten von den Gemeinden bis zur Volkskammer, die regelmäßig in den Aufklärungslokalen allen Wählern über ihre Tätigkeit und die Erfüllung der Wähleraufträge berichten werden, wird es gelingen, das demokratische Staatsbewußtsein, die beratende Mitwirkung, die helfende Kritik bei der Durchführung unserer Gesetze sowie die Wachsamkeit der ganzen Bevölkerung gegen Agenten und Saboteure weiterzuentwickeln und zu festigen.

Die Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland müssen die Bevölkerung für die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben gewinnen und mobilisieren.

Bei der Ausarbeitung und Popularisierung der im Rahmen des Volkswirtschaftsplans vorzubereitenden Wiederaufbau- und Zusatzpläne der Städte und der Dorfwirtschaftspläne sollen sie beratend und aufklärend unermüdlich mitwirken. Durch Aussprachеabende in den Aufklärungslokalen mit Vertretern der Betriebe, der Verwaltungen, Aktivisten, Helden der Arbeit, Vertretern der technischen Intelligenz, Nationalpreisträgern und anderen besonders qualifizierten Kräften werden wir erreichen, daß die gewaltigen Aufgaben und die großen Friedensperspektiven des Fünfjahrplans jedem Bürger verständlich und mitreißend nahegebracht werden.

Durch die Erfüllung dieser Aufgaben, durch die systematische Aufklärungsarbeit werden wir jeden deutschen Menschen zu einem bewußten Kämpfer für Einheit, Frieden und Unabhängigkeit machen. Vorwärts auf diesem Weg zur Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates!

Es lebe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Berlin, den 14. November 1950

Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

---

Gesamtdeutscher Konstituierender Rat für Einheit und Frieden

Von **Wilhelm Koenen**

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland begrüßt mit der größten Erwartung den neuen Ausblick auf Einheit und Frieden, der sich für Deutschland nach den Prager Beschlüssen aus der Einladung der Sowjetregierung zur Konferenz der Außenminister der vier Großmächte ergibt. Dort soll die Entmilitarisierung Deutschlands einer neuen Prüfung unterzogen werden, was dem Potsdamer Abkommen entsprechen würde.

Die Verhandlungen der Kriegsminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee für den dritten Weltkrieg führten Anfang November zu keiner Einigung. Denn die französischen Volksmassen, die unter der Hitleraggression gelitten haben, gestatten der französischen Regierung nicht, einer Wiederbewaffnung Westdeutschlands zuzustimmen. Eine neue Verschärfung der imperialistischen Gegensätze wird dadurch sichtbar. Hatte doch Truman gerade, um die Vordringlichkeit dieser westeuropäischen Kriegsvorbereitung durchzusetzen, sich persönlich mit MacArthur getroffen, dessen Lage in Korea immer kritischer wird, da sich das dort erbittert um seine Freiheit kämpfende Volk, gestützt auf die Solidarität der friedliebenden Völker, als unbesiegbar erweist.

Zur Verhinderung des drohenden, völkervernichtenden dritten Weltkieges hat jetzt die Sowjetegierung, gestützt auf die Kräfte der Weltfriedensbewegung in allen Ländern, eine neue, in höchsem Maße dankenswerte und großzügige Initiative ergriffen. Diese berührt zu allererst die Deutschen, deren Kampf um Frieden und nationale Einheit zur Entscheidung steht, so daß wir eine historische Verantwortung zu tragen haben wie nie zuvor!

In New York haben die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 19. September beschlossen, die wirtschaftliche und nationale Spaltung unseres Vaterlandes zu verewigen, den Abschluß eines

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Friedensvertrages mit Deutschland zu hintertreiben, unsere Industrie wieder zur imperialistischen Waffenschmiede zu machen und unsere Söhne im Dienste des Dollars gegen die friedliebenden Völker zu hetzen und in den Tod zu schicken... Aber Deutschland wurde überhaupt nicht gefragt!

In Prag trafen sich am 21. Oktober die Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der DDR, um gegen die New-Yorker Beschlüsse Stellung zu nehmen, um die Forderungen unseres Volkes auf ein einheitliches Deutschland und einen baldigen Friedensschluß zu unterstützen, um die drohende Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit Europas abzuwenden... Und Deutschland saß gleichberechtigt im Rate dieser friedliebenden Völker!

Die Prager Konferenz hat den Weg gewiesen, wie Deutschland geeint und die Gefahr für den Frieden in Europa gebannt werden kann.

Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sollen weder eine Wiederbewaffnung Deutschlands noch seine Einbeziehung in irgendwelche Aggressionspläne zulassen. Sie sollen das Potsdamer Abkommen zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden demokratischen Deutschland verwirklichen.

Die Wiederherstellung eines deutschen Kriegspotentials soll verhindert, aber der deutschen Friedenswirtschaft keine Schranke mehr gesetzt werden.

Unverzüglich ist ein Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und binnen Jahresfrist müssen alle Besatzungstruppen aus unserem Vaterland zurückgezogen werden.

Als deutsche Körperschaft soll für diesen Friedensschluß ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat gebildet werden, paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzt.

Die Regierungen der vier Großmächte sollen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Friedensregierung zur Befragung und Beratung diesen Konstituierenden Rat heranziehen.

Die Millionen Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland haben die Prager Vorschläge mit Begeisterung begrüßt. Die Regierung der DDR hat diesen Prager Beschlüssen bereits in voller Verantwortung für Gesamtdeutschland ihre Zustimmung gegeben. Jetzt ist es die Aufgabe, alle Deutschen in West und Ost mit dem Inhalt der Prager Erklärung bekannt zu machen und gemeinsam über die Wege zu ihrer Verwirklichung zu beraten.

Die Schaffung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates kann durch den entschlossenen Willen des Volkes verwirklicht werden. Alle Patrioten müssen sich zu dieser wahrhaft nationalen Tat vereinen, damit ein Friedensvertrag für Deutschland erreicht und der europäische Friede gesichert wird.

Die richtungweisenden Prager Beschlüsse geben den aufrechten Patrioten eine neue, unschätzbare Hilfe im nationalen Kampf für Einheit, gegen Remilitarisierung, Aufrüstung und Söldnertum in Westdeutschland.

Nie hat die nationale Bewegung so breite Schichten der Bevölkerung erfaßt. Das beweist die Fülle der Proteste, Erklärungen usw. gegen Remilitarisierung und neuen Krieg. In ungezählten Fällen haben es junge Menschen in Massen und als mutige Einzelne abgelehnt, Waffen zu nehmen, weil sie nicht massenhaft Menschen morden, für den Dollar sterben und deutsches Land in verbrannte Erde verwandeln wollen.

In den größten Städten, wie Hamburg, München, Bochum, Düsseldorf, sind Vertreterinnen aller Frauenorganisationen protestierend gegen Adenauer aufgetreten, haben die Remilitarisierung verdammt und betont, daß Kriege Menschenwerk sind und deshalb durch Verständigung verhindert werden können und müssen. Die Regierung, die zum Kriege treibe, handle verbrecherisch.

In großen Streiks wehren sich seit Monaten die Arbeiter entschlossen dagegen, sich die Kosten der Aufrüstung durch die Teuerung aufbürden zu lassen. Aus diesen Kämpfen entwickeln sich die Anfänge einer Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiterschaft für den Frieden und gegen weitere Verelendung. Gegen die Kommunistenverfolgungen und die antibolschewistische Kriegshetze Schumachers treten immer häufiger auch sozialdemokratische Organisationen durch energische Protestbeschlüsse auf. Die Unterschriftensammlung gegen die Atombombe ist trotz aller terroristischen Unterdrückung der mutigen Friedenskämpfer in ständigem Ansteigen begriffen.

Das Auftreten der Bekennenden Kirche gegen Remilitarisierung und Kriegstreiberei übt eine starke, sammelnde Wirkung aus. Diese mutige Haltung wurde politisch unterstrichen durch den Austritt des bisherigen Innenministers Dr. Heinemann aus der Bonner Regierung. Er wollte die Aufrüstung für einen neuen Krieg als verhängnisvoll für Deutschland nicht mitverantworten. Die Hamburger Rede des niedersächsischen Ministers Pfarrer Albertz zeugt davon, daß bis in die Kreise der am meisten der Verhetzung unterworfenen sogenannten Flüchtlinge und Vertriebenen die Abneigung gegen das Söldnertum und die Angst vor neuen Kriegsschrecken die Oberhand gewinnt. Kapitänleutnant v. d. Mücke gab durch seine gründliche Abrechnung mit den Kriegstreibern ein Beispiel dafür, wie ehemalige Offiziere in großer Zahl auf Grund der Erfahrungen zweier Weltkriege den Militarismus und die Kriegshetze zu verdammen gelernt haben.

Geistig führende Kräfte des Bürgertums, wie der Theologieprofessor Karl Barth und der bekannte Dichter und Nobelpreisträger Hermann Hesse, treten klar und entschieden gegen die Bolschewistenhetze, gegen profitgierige Rüstungsindustrielle und Generale, gegen die spalterische westliche Kriegstreiberei auf. Bis in die Reihen deutscher Fabrikanten dringt die Erkenntnis, daß selbst eine Rüstungskonjunktur ihnen am Ende keinen Gewinn, sondern nur die Zerstörung ihrer Werke und grauenhaftes Sterben bringen würde.

Diese Kräfte des nationalen Widerstandes gegen Aufrüstungs- und Kriegspolitik müssen einen gemeinsamen Weg des Handelns finden, wenn sie ihre Erklärungen und Handlungen zu dem ersehnten Erfolg der Friedenssicherung und der Einigung Deutschlands bringen wollen. Die Prager Beschlüsse bieten ihnen allen die einzigartige Chance, zum Ziel ihrer Wünsche, zu einem friedlichen, glücklichen Leben in einem einigen Deutschland zu gelangen.

In der Zustimmung zur Schaffung eines Konstituierenden Rates, paritätisch zusammengesetzt aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, ist der Weg gewiesen, der friedlich zum Ziele führt. Die stärkste Friedensmacht der Welt, die Sowjetunion, hat die Prager Beschlüsse im Interesse des Friedens, im Interesse eines einigen Deutschland, das in Europa den Frieden sichern würde, herbeigeführt. Die hunderte Millionen Menschen zählenden Volksdemokratien haben dem zugestimmt. Die Sammlung einer halben Milliarde Unterschriften zur Ächtung der Atombombe als stärkste organisierte Bewegung, die die Welt je gekannt hat, steht dahinter.

Der überwältigende Wahlsieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Oktober hat bewiesen, daß die gesamte Bevölkerung der DDR einmütig in der vordersten Front des Kampfes für die Sicherung des Friedens und der Schaffung der Einheit Deutschlands steht. Damit ist der Gedanke des Konstituierenden Rates hier bereits fest verankert, so daß jetzt alles darauf ankommt, der Bevölkerung Westdeutschlands klarzumachen, daß ihre Massenentscheidung für den Konstituierenden Rat die Entscheidung für den Frieden Europas bringt und die Einheit Deutschlands sichert.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Prager Erklärung

der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zu den Beschlüssen der New-Yorker Dreimächte-Konferenz über die Remilitarisierung Westdeutschlands

Die Außenministerkonferenz in Prag, die am 20. Oktober auf Initiative der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eröffnet wurde, hat am 21. Oktober 1950 eine Erklärung von höchster politischer Bedeutung veröffentlicht. An der Beratung nahmen teil: Der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Molotow, der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Albaniens in Moskau, Natanaili, der Außenminister Bulgariens, Dr. Neitscheff, der Stellvertretende Ministerpräsident der Tschechoslowakei, Fierlinger, der Außenminister Polens, Modzelewski, der Außenminister Rumäniens, Anna Pauker, der Außenminister Ungarns, Kallai und der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat.

Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes widersprechen.

Heuchlerische Erklärung der Westmächte

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmte lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert. Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes hervorgerufen sind als durch die wachsenden aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der sogenannten „Beendigung" des Kriegszustandes mit Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven Nordatlantikblocks bilden.

Diese Mächte sind bestrebt, sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen bei der Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen sich die Bestrebungen der führenden Kreise der USA zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands, seiner Menschen und Materialreserven, freizumachen. Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikblocks zu schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern. Es ist nicht zufällig, daß in dem umfangreichen New-Yorker Kommuniqué nichts von einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vorbereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entsprechend dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich genommen, deren Durchführung sie jetzt unter allen möglichen Vorwänden aus dem Wege gehen. Das zeigt, wie weit sich die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom Potsdamer Abkommen der vier Mächte entfernt hat. Das zeigt ferner, daß die heutige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die das Potsdamer Abkommen grob verletzt, in direktem Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker Europas steht.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Grobe Verletzung der Potsdamer Beschlüsse

2. Im Kommuniqué heißt es, „die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur Bundesrepublik", das heißt zu Westdeutschland „zu überprüfen". Hierbei wird kein Wort von dem Verbot der Wiederherstellung der Kriegsindustrie gesprochen, wie sie das Jaltaer und Potsdamer Abkommen sowie auch die später abgeschlossenen Abkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR, fordern. Mehr noch, im Kommuniqué wird davon gesprochen, daß die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus zu Kriegszwecken gestattet wird.

Somit wird im Kommuniqué der drei Minister faktisch das Verbot der deutschen Kriegsindustrie, worüber es gemeinsam gefaßte feste Beschlüsse der vier Mächte gibt, aufgehoben. Der wirkliche Sinn des New-Yorker Kommuniqués besteht darin, daß jetzt die Schwerindustrie der Ruhr offen auf die Ausführung militärstrategischer Aufgaben der westlichen Mächte umgestellt wird.

Mit ihrem New-Yorker Kommuniqué öffnen die drei Mächte die Tore weit für die Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands, das seinerzeit dem deutschen Imperialismus und der Hitler-Aggression als Hauptstütze diente.

All das zeigt, wie jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs grob, und ohne Umstände zu machen, die gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte verleugnen, die unter Teilnahme der Sowjetunion gefaßt wurden, jene Beschlüsse, die auf das Verbot der deutschen Kriegsindustrie und auf die Nichtzulassung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus gerichtet waren und mit großer Zufriedenheit von den friedliebenden Völkern Europas und der ganzen Welt aufgenommen wurden.

Den gleichen Zielen der Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands und der Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die Pläne des anglo-amerikanischen Kriegsblocks dienen die Versuche der Schaffung übermonopolistischer Vereinigungen des Bergbaues und der Metallurgie Westdeutschlands und Frankreichs unter Teilnahme einiger anderer europäischer Staaten. Diese Versuche der westdeutschen und französischen kapitalistischen Monopole, verwirklicht unter dem Diktat der Regierung der USA, stützen sich auf die reaktionärsten Gruppierungen in Westdeutschland, enthalten die ernste Gefahr der Wiedergeburt der aggressiven deutschen Kräfte und begegnen naturgemäß einem entschlossenen Widerstand seitens der demokratischen Kräfte Frankreichs, Westdeutschlands und anderer europäischer Staaten.

Diese Politik der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs steht in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens, dessen Ziel es ist, Deutschland als einen friedliebenden demokratischen Staat wiederherzustellen, der sich auf die Wiedergeburt und die weitere Entfaltung der deutschen Friedensindustrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft stützt. Diese Politik der drei Mächte ist darauf gerichtet, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa zu drängen, anstatt dem deutschen Volk alle erforderlichen Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, für die Beseitigung der Wunden des Krieges, den Wiederaufbau der Städte und die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens der Werktätigen zu geben, worauf die Sowjetunion immer bestanden hat.

Hauptfrage in New York: Westdeutsche Remilitarisierung

3. Wie bereits betont, war die Hauptfrage, die auf der New-Yorker Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs beraten wurde, die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, obwohl im Text des Kommuniqués alles getan wurde, um diese Absicht zu vertuschen. Dem Kommuniqué zufolge kamen die drei Minister überein, über die in Westdeutschland bereits bestehenden Polizeikräfte hinaus, „die Aufstellung mobiler Polizeikräfte zu genehmigen", und außerdem wurde von ihnen die Möglichkeit einer „deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" vorgesehen, das heißt, faktisch wird die Schaffung einer deutschen Armee betrieben, obwohl im gleichen Kommuniqué die heuchlerische Erklärung abgegeben wurde, daß „die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum Besten dienen würde."

Nach veröffentlichten Angaben gehören in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins den deutschen und den ausländischen Militärformationen unter Beteiligung der „DPs" sowie den verschiedenen Polizeitruppen 456 000 Mann an, die in der Hauptsache aus ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerarmee bestehen. Die Bewaffnung dieser Truppenteile und Formationen, ihr organisatorischer Aufbau und ihre armeemäßige Ausbildung, die Ausbildung des Offizierskorps in Spezialschulen, die Teilnahme an militärischen Manövern gemeinsam mit den Besatzungstruppen der Westmächte, zeigen, daß diese Formationen und Truppenteile, in Wahrheit Armee-Einheiten darstellen. Diesen Formationen sind Panzer- und Artillerie-Einheiten beigegeben. Ungeachtet dessen wird im Kommuniqué der drei Minister von der Genehmigung der Aufstellung „neuer mobiler Polizeikräfte" gesprochen, was angeblich „die gegenwärtige Lage erfordert". Hieraus ist ersichtlich, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bestrebt sind, im großen Maße, die Polizeiformationen in Westdeutschland, die in Wirklichkeit eine reguläre deutsche Armee darstellen, aufzublähen.

Das Kommuniqué zeigt jedoch, daß jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht auf Polizeiformationen beschränken wollen, sondern bereits offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" stellten. Obwohl im Kommuniqué davon gesprochen wird, daß diese Frage zur Zeit „untersucht" wird, dient diese Ausdrucksweise jedoch eindeutig nur dem Ziel der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beschlüsse der drei Regierungen zur Wiedererrichtung der deutschen Armee. Jetzt ist es schon kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee solche Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere herangezogen werden.

Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß hierbei das Ziel verfolgt wird, die jetzt neuerstehende westdeutsche Armee in den Dienst des anglo-amerikanischen Blocks und seiner aggressiven Pläne zu stellen.

Bei einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich, daß von den Regierungen der drei Westmächte die Aufgabe gestellt wurde, die früheren Beschränkungen bezüglich der deutschen Kriegsindustrie aufzuheben, worauf die westdeutschen kapitalistischen Monopole hartnäckig drängen. **Gestern noch führten die Völker Frankreichs, Großbritanniens und der USA einen blutigen Kampf gegen die Hitleraggression, gegen den deutschen Imperialismus — heute stellen die regierenden Kreise dieser Länder mit ihren Händen die westdeutsche Armee wieder her, lassen verurteilte Kriegsverbrecher ohne Verbüßung ihrer Strafe frei, stellen das kriegswirtschaftliche Potential Westdeutschlands wieder her, lassen den westdeutschen Imperialismus wiedererstehen.**

Das bedeutet, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich endgültig von den Beschlüssen der vier Mächte losgesagt haben, in denen die Ziele der Liquidierung des deutschen Imperialismus sowie auch die Ziele der Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festgelegt waren und in denen die großen Prinzipien der Festigung des Friedens in der ganzen Welt ihren Ausdruck fanden.

Das bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unvereinbar ist.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Einschätzung der Warschauer Konferenz bestätigt

4. Wie bekannt, hatte bereits die Londoner Separatkonferenz der drei Mächte im Jahre 1948 zur deutschen Frage Beschlüsse gefaßt, die endgültig die Aufgaben der Demilitarisierung und Demokratisierung Westdeutschlands beiseite schoben und das Ziel verfolgten, Westdeutschland in ein Werkzeug des aggressiven anglo-amerikanischen Blocks zu verwandeln. Schon damals wurde in der auf der Konferenz in Warschau beschlossenen Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Londoner Konferenz der drei Mächte über die Fragen Deutschlands der aggressive und antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Deutschland entlarvt.

Gegenwärtig halten es die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht, zu erklären, daß die in der Warschauer Erklärung gemachten Vorschläge sowie die allgemeine Einschätzung der Politik der drei Mächte in bezug auf Deutschland sich vollständig bestätigt haben. Heute sehen alle, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen Bruch der Verpflichtungen darstellt, die die Regierungen dieser Länder in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern auch die Gefahr einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft.

In Anbetracht dieser Tatsachen erklären die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Separatbeschlüsse der New-Yorker Konferenz der drei Mächte keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen. Die ganze Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Verhinderung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet sind, fällt auf die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs.

Schlußfolgerungen im Interesse des Friedens und der Sicherheit Europas

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Überwältigender Vertrauensbeweis

Am 15. Oktober 1950 gestalteten die friedliebenden, demokratischen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik, die Werktätigen in den Städten, Dörfern und Gemeinden, die Volkswahl zu einem großen nationalen Feiertag.

Das werktätige Volk gab einmütig und geschlossen seine Stimme für den Frieden und den demokratischen Weg in eine neue Zukunft.

Die Wähler der Deutschen Demokratischen Republik sind mit dem Bewußtsein an die Wahlurne getreten, daß ihr Friedenswille und das Bekenntnis zum konsequenten Kampf dafür nicht nur mit größter Aufmerksamkeit in der ganzen Welt verfolgt wird, sondern daß der Beweis der kraftvollen Entwicklung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland unseren Brüdern und Schwestern in Westdeutschland den Weg zeigt und die Hilfe vermittelt, die ihre Befreiung von der Versklavung durch den USA-Monopolismus ermöglicht.

Der unumstößliche Wille unseres Volkes, am 15. Oktober 1950 ein überzeugendes Vertrauensbekenntnis für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, für den seit 1945 beschrittenen Weg abzulegen, kam bereits machtvoll vor den Wahlen zum Ausdruck. In Tausenden von Zuschriften, Resolutionen und Zustimmungserklärungen, die schon Wochen vor der Wahl im Büro des Präsidiums des Nationalrats, bei allen Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und bei den Kandidaten eingingen, verpflichteten sich die Werktätigen aus Betrieben, Organisationen, Verwaltungen, Haus- und Straßengemeinschaften unterschriftlich, ihre Stimme den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu geben.

Allein die beim Büro des Präsidiums eingegangenen Listen weisen 543 736 Unterschriften auf. Diese gliedern sich folgendermaßen auf die Länder der Deutschen Demokratischen Republik.

Sachsen	195 228
Sachsen-Anhalt	130 816
Thüringen	97 378
Mecklenburg	76 155
Brandenburg	44 159

Hieran waren beteiligt:

In Sachsen:
1588 Volkseigene Betriebe
244 Privatbetriebe
190 Haus-, Straßen- und Einwohnergemeinschaften
44 von Dienststellen der Parteien und Organisationen
252 Verwaltungsorgane und Schulen (darunter sämtliche Studenten der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität Leipzig)

In Sachsen-Anhalt
642 Betriebe
985 Haus-, Straßen- und Einwohnergemeinschaften
84 von Dienststellen der Parteien und Organisationen
175 Verwaltungsorgane und Schulen

In Thüringen
607 Betriebe
1228 Haus-, Straßen- und Einwohnergemeinschaften
10 Parteien und Organisationen
160 Verwaltungsorgane und Schulen

In Mecklenburg
538 Betriebe
240 Haus-, Straßen- und Einwohnergemeinschaften
27 Parteien und Organisationen
237 Verwaltungsorgane und Schulen

In Brandenburg
135 Betriebe
338 Haus-, Straßen- und Einwohnergemeinschaften
10 Parteien und Organisationen
34 Verwaltungsorgane und Schulen.

Alle diese Zahlen sind nur Teilzahlen, denn in vielen Ausschüssen, bei den Parteien und Massenorganisationen sind Unterschriftenlisten eingegangen, die in dieser Aufstellung nicht erfaßt sind. Aus der Fülle der uns vorliegenden Zustimmungserklärungen können wir nur von einigen kurze Auszüge bringen:

„Wir Kumpels freuen uns über die Fortschritte, welche in den letzten Monaten in der DDR erreicht worden sind, wodurch sich unsere Lebenslage erheblich verbessert. Deshalb werden auch wir am 15. Oktober unsere Stimme bis 12 Uhr mittags für die Kandidaten der Nationalen Front abgeben", heißt es in einer Entschließung, die von allen **Espenhainer Bergarbeitern** unterschrieben worden ist.

„Daß ich überhaupt studieren kann, verdanke ich unserer Regierung. Weil ich dieses Studium nur im Frieden durchführen kann, stehe ich auf der Seite des Friedens und kämpfe gegen den Krieg. Um der Regierung für das Gesetz zur Förderung der Jugend zu danken, gebe ich meine Stimme bei den Wahlen am 15. Oktober 1950 der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die meine Interessen vollkommen vertritt."

Erwin Stief, Arbeiter- und Bauernstudent an der Universität Leipzig

„Wir, am 4. Oktober 1950 **im Felsenkeller, Leipzig, versammelten 600 Rentner,** grüßen die Regierung der DDR und bringen ihr unseren Dank zum Ausdruck. Durch die ab 1. September 1950 in Kraft getretene Erhöhung unserer Renten hat die Regierung bewiesen, daß sie uns Rentner nicht vergessen hat, sondern vielmehr gewillt ist, unsere Lebenslage weitgehend zu verbessern. Wir zeigen unserer Regierung unseren Dank, indem wir uns verpflichten, unsere Stimme den Kandidaten der Nationalen Front zu geben."

„Wir Frauen haben mit großer Freude von dem ‚Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Rechte der Frau' Kenntnis genommen. Durch das Gesetz ist die wirtschaftliche Grundlage, vor allem der kinderreichen Familien, wesentlich verbessert, ein neues Aufblühen unserer Heimat ist damit gesichert, und somit ist ein weiterer Schritt für die Erhaltung des Friedens getan worden. Wir Frauen danken unserer Regierung und bekunden dies durch die Wahl der Kandidaten der Nationalen Front am 15. Oktober."

24 Frauen des Wahlbezirks 28, Leipzig

„Die Erfüllung unseres Auftrags: ‚Wir lehren und lernen für den Frieden' ist nur möglich, wenn wir die Arbeit unserer Regierung in jeder Form fördern und wenn wir selbst aktive Friedenskämpfer sind. Wir wissen, daß unsere Regierung die Entwicklung der deutschen Kultur fördert, wie das in dem Maße noch nie vorher geschehen ist. Deshalb bekennen wir uns am 15. Oktober mit allen Werktätigen für die Liste der Nationalen Front und damit für die Erhaltung des Friedens."

Die gesamte Lehrerschaft der Grundschule II, Taucha

In unzähligen Mappen, die zum Teil sehr kunstvoll ausgestattet sind, darunter viele mit mehreren tausend Unterschriften, bringen die Werktätigen zum Ausdruck, warum sie am 15. Okober die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland wählen werden.

„Im Kampf um die Einheit Deutschlands, um einen gerechten Frieden, sowie um den Abzug der Besatzungsmächte gilt es, alle Kräfte unseres Volkes zu mobilisieren. Die **Werktätigen der Chemischen Werke Buna** dokumentieren durch ihre Unterschrift, daß sie alle Kräfte einsetzen werden, um den Sieg der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Oktober 1950 zu erringen." 4374 Unterschriften

„Durch unsere Unterschrift erklären wir uns bereit, dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zum Siege zu verhelfen. Die Wahl am 15. Oktober hat eine große Bedeutung für unser Volk. Darum unsere 100prozentige Stimmenabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, für die hohen Ziele des Friedens, der Einheit Deutschlands und die Erfüllung unseres Fünfjahrplanes."

10 086 Belegschaftsmitglieder der Vereinigung Volkseigener Betriebe für die Ausrüstung von Bergbau und Schwerindustrie „Abus"

Im gleichen Sinne gaben u. a. 9332 Betriebsangehörige der **IG. Chemie des Gebiets Dresden** ihre Unterschrift, ferner

11 223 Gewerkschafter der IG. Banken und Versicherungen/Sachsen
49 050 Metallarbeiter des Gebiets Dresden
3 500 Angehörige des Stickstoffwerkes Piesteritz
3 193 Walzwerker des Kupfer- und Messingwerkes Hettstedt
6 897 Bergarbeiter aus Sachsen-Anhalt
6 913 Werktätige der Land- und Forstwirtschaft des Landes Thüringen.

Offenes Bekenntnis zum Frieden.

In zahlreichen Betrieben und Orten der Deutschen Demokratischen Republik faßte die Bevölkerung den Beschluß, ihr Bekenntnis zum Frieden, ihr Bekenntnis zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland offen abzugeben. In ihren Resolutionen an das Büro des Präsidiums des Nationalrats schrieben Bürger der Deutschen Demokratischen Republik u. a.:

„Aus dem Bedürfnis, offen ihren Willen für Frieden, Einheit und Aufbau zum Ausdruck zu bringen, verpflichten sich **11 000 Kollegen der Maschinenfabrik Krupp-Gruson, Magdeburg,** am 15. Oktober beim Wahlgang offen ihre Stimme ohne Wahlschirm den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland zu geben."

„Je einmütiger und offener die Bevölkerung ihre Stimme für die Kandidaten des Friedens abgibt, um so größere Wirkung wird diese Friedenskundgebung auf die westdeutsche Bevölkerung und die ganze Welt haben."

Die Angestellten der Stadtverwaltung zu Meißen

„Frei und offen werde ich mich am 15. Oktober 1950 für die Kandidaten der Nationalen Front bekennen, weil ich weiß, daß diese Kandidaten auch jederzeit frei und offen für den Frieden eintreten."

Edith Fratzscher, Mitglied der FDJ, Dresden

„Die Lehrerschaft ist sich bewußt, daß der bisher eingeschlagene Weg des Aufbaues aus eigener Kraft und in Anlehnung an die friedliebenden Kräfte der Welt unter der Führung der Sowjetunion, der Weg der Erziehung zur Völkerfreundschaft und der Völkerverständigung der richtige ist. Wir Lehrer sind uns bewußt, daß dieser erfolgreiche Weg nur fortgesetzt werden kann, wenn die Volkswahlen am 15. Oktober einen Sieg der Kandidaten des Volkes bringen. Darum werden wir uns auch am Tage der Wahl zum Programm der Nationalen Front bekennen und unsere Stimme den Kandidaten des Volkes o f f e n geben."

Die Lehrerschaft des Kreises Meißen anläßlich der Auszeichnung aktiver Lehrer am Tag der Aktivisten

Geschlossen zur Volkswahl

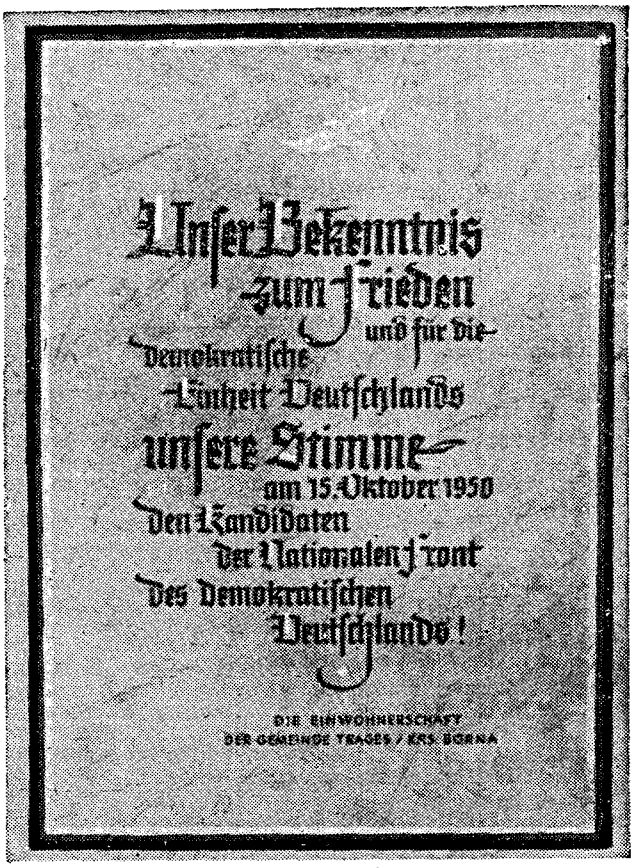
Als kraftvollen Beweis ihres Friedensbekenntnisses haben gesamte Belegschaften, Haus- und Straßengemeinschaften beschlossen, am 15. Oktober bis mittags 12 Uhr, gemeinsam zur Wahlurne zu gehen, um den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ihre Stimme zu geben. Dieser Beschluß kam in etwa 1500 Resolutionen aus allen Ländern der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck, die beim Büro des Präsidiums des Nationalrats eingingen. Aber auch diese Resolutionen sind nur ein geringer Teil der von den Werktätigen gefaßten, denn Hunderte, ja Tausende gingen bei verschiedenen Dienststellen und Organisationen ein.

„Um unsere Zustimmung und Freude zum Ausdruck zu bringen, verpflichten wir uns, geschlossen am 15. Oktober zur Wahlurne zu schreiten und bis 10 Uhr vormittags unsere Stimme abzugeben."

Landwirtschaftliche Genossenschaft Horstdorf-Anh.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



„Die am 18. September versammelten 40 Einwohner von Birkenwerder verpflichten sich, am 15. Oktober geschlossen ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front abzugeben."

Ortsausschuß der Nationalen Front
gez. Tautenhahn

„Die **Belegschaft der MAS Birkholz** verpflichtet sich, durch Unterschrift am 15. Oktober 1950 ihre Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland geschlossen in Birkholz abzugeben."

Westdeutsche Stimmen zur Volkswahl

Mit großer Anteilnahme und heißem Herzen wurden auch von der westdeutschen Bevölkerung die Vorbereitungen zu den Volkswahlen und der Wahlsieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland verfolgt. Die Verbundenheit mit der Deutschen Demokratischen Republik findet in zahlreichen Telegrammen aus Westdeutschland, die vor und nach der Wahl beim Präsidium des Nationalrates eingingen, ihren Widerhall.

„Unbeirrt von aller Hetze, ehrlichen Herzens und fester Zuversicht, begleiten wir Euch während Eures für die Zukunft unserer Nation entscheidenden Wahlganges für demokratische Einheit, nationale Unabhängigkeit und Friede."

Landesausschuß Rheinland-Pfalz für ein einiges Deutschland

„Wir bringen anläßlich der Volkswahlen unsere Verbundenheit mit allen friedliebenden und nationalbewußten Deutschen zum Ausdruck und versichern, unsere Anstrengungen zur Verwirklichung unserer aller gemeinsamen Ziele zu verstärken."

Arbeitskreis Südbaden
für Einheit und gerechten Frieden

„Die erfolgreichen Volkswahlen am 15. Oktober sind für uns Verpflichtung. Vorwärts im gemeinsamen Kampf."

Arbeitsausschuß der Nationalen Front, München

„Der Landesvorstand der KPD, Bremen, übersendet Ihnen zum überwältigenden Wahlsieg am 15. Oktober 1950 aufrichtige Glückwünsche. Der Erfolg des Kampfes der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist ein großer Beitrag im Kampf um den Frieden. Dieser Sieg wird uns Ansporn und Verpflichtung sein."

KPD, Landesvorstand Bremen

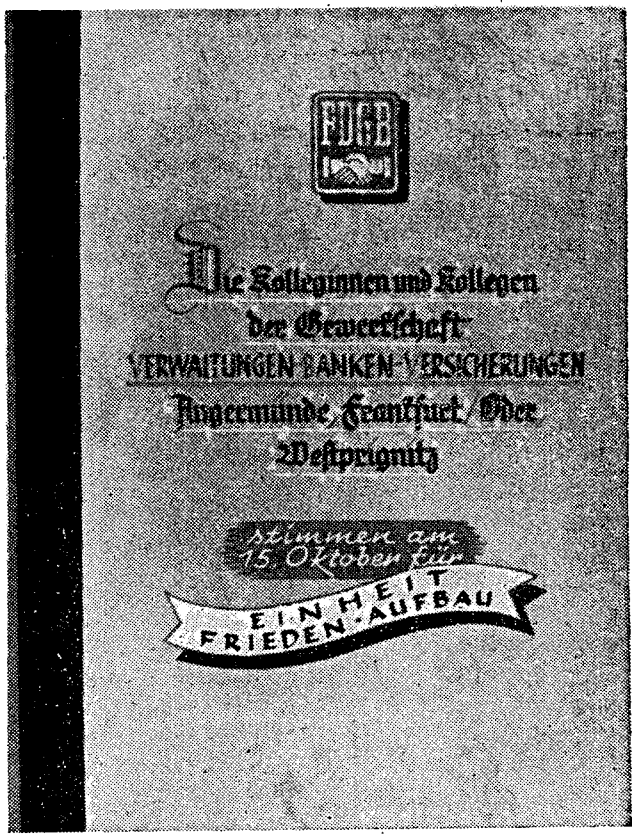
„Die am 22. Oktober 1950 in München versammelten Delegierten des Nationalkongresses und Freunde der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in Bayern beglückwünschen den Nationalrat und die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu dem grandiosen Erfolg der Volkswahlen am 15. Oktober."

Arbeitsauschuß für das einige Deutschland

Der Sieg der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 15. Oktober 1950 hat aller Welt gezeigt, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur mit Worten vorbehaltlos hinter ihrer Regierung und den Kandidaten des Volkes steht, sondern auch die vor der Wahl abgegebenen Versprechungen zur Tat werden ließ.

Unser Volk hat in einer noch nie dagewesenen Einmütigkeit und Entschlossenheit der Welt den Beweis gegeben, daß es bereit ist, für den Frieden, für das einige demokratische, friedliebende Deutschland und für die Einheit unserer Nation zu kämpfen. Die neuen Volksvertretungen und die neue Regierung werden getreu dem Auftrag des Volkes alles tun, um das Wahlprogramm zu erfüllen. Vor dem deutschen Volk stehen riesenhafte und schwere Aufgaben: Erhaltung des Friedens, Schaffung der nationalen Einheit und die Erfüllung des Fünfjahrplanes. Diese Aufgaben sind nur in engster Verbindung des Volkes mit seiner Regierung zu lösen.

Unsere demokratischen Rechte bedeuten eine hohe Verantwortung und Mitarbeit auf allen Lebensgebieten. Dem gemeinsamen Bekenntnis muß nunmehr die gemeinsame Tat folgen.



Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Regierungserklärung

des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor den Abgeordneten der Volkskammer in Berlin am 15. November 1950

Am 15. Oktober 1950 haben 12 097 105 Wähler in den demokratischen Volkswahlen der deutschen Geschichte für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gestimmt und das bisher mächtigste und bedeutsamste Bekenntnis des deutschen Volkes zum Frieden, zur Einheit unseres Landes und zur Demokratie abgelegt. Mit dieser großartigen Manifestation für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschland hat die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Politik der Provisorischen Regierung und des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebilligt.

Das einheitliche demokratische Deutschland ist der Kern unserer Arbeit. Die Grundlagen der Regierungsarbeit bilden die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, das die Regierung ausdrücklich als einen Bestandteil des Regierungsprogramms erklärt. Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands haben wir eine Regierung, deren Arbeitsprogramm sich ausdrücklich mit den bedeutenden nationalen Forderungen einer großen demokratischen Volksbewegung verbindet.

Diese Volksbewegung, die Nationale Front des demokratischen Deutschland, umfaßt nicht nur die Parteien und Massenorganisationen, sondern auch alle anderen patriotischen Kräfte, die sich zur Einheit bekennen. Indem sich die Regierung zu dem Programm dieser Volksbewegung bekennt, wird sie zu einer wirklichen Volksregierung. Ihr Arbeitsprogramm steht damit auf dem Niveau der großen, die deutsche Nation umspannenden Lebensinteressen. Auf diesem Niveau setzt die Regierung alle Kräfte in eine Stoßrichtung, die den Forderungen der Nationalen Front entspricht. So ist die Deutsche Demokratische Republik die stärkste und fruchtbarste Basis zur Entfaltung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Die Republik ist im Kampf entstanden, sie steht heute im Kampf und wird ihr Leben im Kampf entfalten müssen. Auf dem westlichen Teil unseres Vaterlandes lasten nationale Unterdrückung und imperialistische Fremdherrschaft. Unsere junge Deutsche Demokratische Republik hat daher ihren Kampf für das nationale Selbstbestimmungsrecht, für die nationale Einheit und für die Demokratie nicht nur in ihrem eigenen Gebiet, sondern für Gesamtdeutschland zu führen. Sie wird damit zur stärksten Stütze der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Das haben die 12 Millionen Wähler als Grundlage ihrer Entscheidung angesehen, als sie den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme gegeben haben. Sie alle wissen: Die Sache der Nation ist ihre Sache, die Sache der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik ist ihre Sache, die Sache der Verbesserung der Lebensverhältnisse ist ihre Sache, der Kampf für die Zukunft unserer Jugend ist ihre Sache, und der Kampf für den Frieden ist ihre Sache. Sie alle sind zu einem neuen politischen Bewußtsein gekommen, sie stehen mitten im friedlichen Aufbauwerk und sind entschlossen, sich dabei durch niemanden stören zu lassen (Beifall).

Die Kandidaten der Volkskammer sind nicht in Geheimsitzungen der führenden Funktionäre der einzelnen Parteien benannt, sondern in tausenden und aber tausenden Versammlungen von den Wählermassen geprüft, verworfen oder für würdig befunden worden. In der Durchleuchtung des gesamten Lebens der Kandidaten durch die Wählerschaft besteht ein entscheidendes Element einer wirklichen Demokratie.

Wähleraufträge — Ausdruck des Vertrauens

Die reale Demokratie hat den Wählern die Möglichkeit gegeben, durch Wahlaufträge an die Kandidaten die Arbeit der Volkskammer und der Regierung bei der Förderung des Neuaufbaus und der Stärkung der demokratischen Staatsmacht mitzubestimmen. Wir sehen in den Tausenden von Wahlaufträgen, die die Wähler ihren Kandidaten übergeben haben, einen bedeutenden Schritt vorwärts in der demokratischen Entwicklung. Wer diese Wähleraufträge studiert, spürt unmittelbar das große Vertrauen, das die Bevölkerung ihren Vertretern und ihrer Regierung entgegenbringt.

Ich darf im Namen der Regierung den Bürgern unserer Republik die Versicherung geben, daß diese Wähleraufträge nicht in einer Kanzlei schmoren werden, sondern daß sie alle ernst geprüft werden, und daß wir es als unsere hohe Pflicht erachten, die berechtigten Forderungen der Wähler im Rahmen des Fünfjahrplanes nach besten Kräften zu erfüllen und die Mißstände abzustellen, die die Kritik der Bevölkerung verursacht haben. (Starker Beifall).

Bisherige Regierungspolitik wird fortgesetzt

Mit dem 15. Oktober 1950 beginnt in der Deutschen Demokratischen Republik kein Kurswechsel, sondern eine mit der Vergangenheit und ihren Erfahrungen eng verbundene Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung. Die gesamte Politik der Regierung wird in der gleichen Weise für die Interessen des Volkes fortgesetzt. Das gilt besonders auch für die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Hauptaufgabe: Kampf um den Frieden

Zu den Grundsätzen der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehören neben dem Kampf für das einheitliche Deutschland vor allem der Kampf für den Frieden. Darum unterstützt die Regierung die Vorschläge, die sich gegen die Anwendung der Atomwaffe und gegen jegliche Kriegspropaganda aussprechen und die für die Einschränkung der Kriegsrüstungen eintreten. Alle Verpflichtungen und Abkommen aber, die Deutschland in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks, wie den Europarat, den Nordatlantikpakt, den Schuman-Plan oder andere Angriffspläne, einbeziehen sollen, sind ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Be-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

gierung der Deutschen Demokratischen Republik und das deutsche Volk werden keine dieser Verpflichtungen jemals als rechtskräftig anerkennen **(Beifall).**

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die von der Provisorischen Regierung durchgeführte Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, besonders aber mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, unverändert fortsetzen. Diese Außenpolitik liegt begründet in den völkerrechtlichen Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit der Staaten, der Gleichberechtigung der Nationen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Diese Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist richtig, und sie hat in diesem Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik zu Erfolgen im Interesse des Friedens und des deutschen Volkes geführt.

Dank der Hilfe der Sowjetunion

Diese Erfolge waren nur möglich dank der Unterstützung, die wir von den Regierungen der uns befreundeten Länder, insbesondere aber durch die Sowjetunion, gefunden haben. Die von der Regierung der Sowjetunion betriebene Politik des Friedens und der Verständigung mit allen Völkern, die hochherzige und entscheidende Hilfe bei dem Aufbau und der Erneuerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unseres Lebens, das unbeirrbare Eintreten für ein einheitliches demokratisches und friedliebendes Deutschland, die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die großherzige Haltung in der Reparationsfrage durch Kürzung der verbleibenden Reparationsleistungen um die Hälfte, die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Austausch von diplomatischen Vertretungen zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war für uns eine große Hilfe, für die wir auch an dieser Stelle allen unseren Freunden und besonders Generalissimus Stalin unseren aufrichtigen Dank sagen **(langanhaltender stürmischer Beifall).**

Unsere Republik hat mächtige Freunde

Das geschichtliche Dokument der Grußbotschaft des Generalissimus Stalin an den Herrn Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an mich aus Anlaß der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik hat dem deutschen Volk erneut den friedliebenden und hilfsbereiten Charakter sowjetischer Politik offen dargelegt. Unserem Volk, das durch den Angriff auf die Sowjetunion so schwere Schuld auf sich lud, bot der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Generalissimus Stalin, die Hand zum gemeinsamen Kampf für den Frieden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat inzwischen die diplomatische Anerkennung der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik China, der Republik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Volksrepubliken Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Albanien, der Volksdemokratischen Republik Korea und der Mongolischen Volksrepublik gefunden.

Die Herbeiführung der diplomatischen Beziehungen mit den angegebenen Regierungen zeigt, daß die Deutsche Demokratische Republik zahlreiche und mächtige Freunde in der Welt besitzt und in ihrem Kampf um Einheit und Frieden nicht allein steht. Die zahlreichen Verträge mit diesen Ländern sind ein eindrucksvoller Beweis für die Atmosphäre der Freundschaft und des Vertrauens.

Von besonderer Bedeutung in diesem Komplex von Vertragswerken sind die Abmachungen, die die Deutsche Demokratische Republik mit ihren beiden Nachbarn, der Republik Polen und der Tschechoslowakischen Republik, abgeschlossen hat. Die gemeinsame Befreiung unserer Völker durch die Rote Armee, die gemeinsame Freundschaft zur Sowjetunion und unser gemeinsamer Kampf für die Erhaltung und Verteidigung des Friedens bilden das feste Fundament, um unsere Beziehungen zum polnischen und tschechoslowakischen Volk im Geiste des Friedens und der Freundschaft für immer endgültig zu regeln.

Jahrhundertelanges Mißtrauen beseitigt

Mit den bedeutungsvollen Deklarationen von Warschau, Zgorcelec und Prag ist das jahrhundertelange Mißtrauen zwischen unseren Völkern beseitigt worden.

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Republik begannen die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik. Sie führten im Januar dieses Jahres zu einem Übereinkommen das eine wesentliche Ausweitung der gegenseitigen Warenlieferungen zum Gegenstand hat. In rascher Folge schlossen sich Verhandlungen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr an mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Republik Polen, der Ungarischen und der Bulgarischen Volksrepublik. Am 10. Oktober wurde ein Handelsabkommen mit der Republik China abgeschlossen; über ein gleiches Abkommen mit der Rumänischen Volksrepublik wurden die Verhandlungen ebenfalls erfolgreich abgeschlossen.

Wodurch sind all diese Abkommen gekennzeichnet? Sie spiegeln das ständige Wachstum der friedlichen Aufbaukräfte unseres Volkes, die erfolgreiche Durchführung und vorfristige Erfüllung unseres Zweijahrplanes und die Festigung des Friedenslagers wider. Die Abkommen helfen uns, durch Lieferungen von Rohstoffen und Lebensmitteln unseren Aufbau zu sichern und beschleunigt durchzuführen; wir tragen durch industrielle Fertigwaren von ständig steigender Qualität und Menge zum friedlichen Aufbau der Industrien und zur Erfüllung der Wirtschaftspläne unserer Freunde bei. Durch die gegenseitige Hilfe bei der Durchführung der Wirtschaftspläne wird die Krisenfestigkeit der Volkswirtschaften der am Rat für gegenseitige Hilfe beteiligten Länder gestärkt und der Lebensstandard der Werktätigen beständig erhöht.

Selbstverständlich ist die Deutsche Demokratische Republik jederzeit bereit, auch mit allen westlichen Ländern Handelsbeziehungen aufzunehmen oder bestehende zu intensivieren, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung gewahrt wird. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, gibt es keinerlei Hindernisse für die Aufnahme und Fortentwicklung guter Handelsbeziehungen.

Das vor kurzem mit der Volksrepublik China abgeschlossene große Handelsabkommen hat den Radius und Inhalt unserer Außenhandelspolitik gewaltig erweitert. Von der Elbe bis zum Stillen Ozean reichen jetzt die Außenhandelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik auf einer gesicherten vertraglichen Grundlage. Dabei muß festgestellt werden, daß die Deutsche Demokratische Republik mit ihren weitgesteckten Außenhandelsmöglichkeiten die Interessen der gesamtdeutschen Wirtschaft vertritt, denn es besteht die sehr reale Möglichkeit, auch die westdeutsche Wirtschaft in weitem Maße an unserem Außenhandel teilnehmen zu lassen. Die gesamtdeutsche Wirtschaft könnte sich von dem Druck der Marshall-Plan-Politik und der damit verbundenen Kolonialisierung Westdeutschlands befreien, von dem Druck der Kriegsproduktion und damit der Gefahr, Westdeutschland in die Kriegsvorbereitungen des anglo-amerikanischen Imperialismus einzubeziehen.

Petersberg stört deutschen Binnenhandel

Lassen Sie mich ein Wort zu den Fragen des deutschen Binnenhandels sagen, der durch Eingriffe der westlichen Besatzungsbehörden laufend gestört wird. Jede zwischen den deutschen Kontrahenten getroffene Vereinbarung wurde vom Petersberg vereitelt. Seit sechs Wochen haben wir dem westdeutschen Partner einen neuen Vertrag angeboten, der eine Milliarde Umsatz von jeder Seite vorsieht. Seit dem 20. September 1950 mußten aber auch diese Verhandlungen unterbrochen werden. Als Grund für diese vom Petersberg angeordnete Sabotage des innerdeutschen Handels müssen die Schwierigkeiten der Viersektorenstadt Berlin herhalten. Wegen Streitigkeiten aus dem Strombezug zwischen Ost- und Westberlin wird der gesamte innerdeutsche Handel lahmgelegt. Heute ist es der Strom. Was wird es morgen sein?

Von einem Teil der westdeutschen Presse und sonst interessierten Kreisen des Westens wird der nicht durch uns verschuldete vertraglose Zustand zur Erschütterung des Vertrauens in die Zahlungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik ausgenutzt.

Ich stelle dazu ausdrücklich fest, daß wir allein 26 Millionen Mark Anzahlung für noch zu liefernde Waren geleistet haben und daß wir für etwa 7 Millionen Mark mehr Ware geliefert haben als der Westen an uns. Wenn man in Westdeutschland von Vertragstreue spricht, dann mag

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

man nicht vergessen, daß diese Vertragstreue von beiden Seiten, also auch von Westdeutschland, gezeigt werden muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird den Amerikanern niemals das Recht zugestehen, einzugreifen in den Handel, den Deutsche mit Deutschen in Deutschland treiben wollen. (Stürmische Zustimmung.) Diese Einmischung und Störung des innerdeutschen Handels ist eine offene und grobe Verletzung des Abkommens von New York und Paris im Mai 1949 über die Aufhebung von Beschränkungen des Handels. Ungeachtet aller Verbote der westlichen Besatzungsmächte werden wir darum die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland entwickeln und festigen.

Durch unsere Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird es uns ermöglicht, nicht nur zweiseitige Wirtschaftsabkommen, wie bisher, abzuschließen, sondern zum ehrseitigen Abkommen überzugehen, die eine verstärkte Ausweitung der wechselseitigen Handelsbeziehungen ermöglichen. Dadurch wird die Unabhängigkeit unserer Wirtschaft von der von Krisen erschütterten kapitalistischen Umwelt verstärkt und dem deutschen Volk eine nicht absehbare Perspektive eröffnet.

Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens vereinen!

Es ist verständlich, daß die Inangriffnahme der Durchführung der amerikanischen Remilitarisierungspläne in Westdeutschland besonders im französischen Volk stärkste Befürchtungen hervorgerufen hat. Die Remilitarisierung Westdeutschlands ist nicht nur ein Schachzug des amerikanischen Imperialismus, sie ist zugleich auch der Ausdruck des Wiederauflebens der imperialistischen Gelüste des deutschen Monopolkapitals. Weder das französische noch das deutsche Volk haben das geringste Interesse daran, daß sie von der monopolkapitalistischen Raubgier in neue Kriegsabenteuer getrieben werden.

Das französische und das deutsche Volk müssen ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens vereinen. Für das französische und das deutsche Volk liegt die beste Gewähr einer dauerhaften, friedlichen Politik in der Durchführung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Ein entmilitarisiertes, einheitliches und demokratisches Deutschland sichert den europäischen Frieden und bietet auch dem französischen Volk alle Voraussetzungen für die Herstellung dauerhafter freundschaftlicher Beziehungen zum deutschen Volk.

Der große sowjetische Friedensvorschlag

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt den Friedensvorschlag der Sowjetunion, den Außenminister Wyschinski am 20. September dieses Jahres der Vollversammlung der UN vorlegte.

Die Sowjetunion schlug die Annahme einer Deklaration vor, die

1. alle Länder zum Verbot jeglicher Propaganda für einen neuen Krieg auffordert;
2. die Anwendung der Atomwaffe als Angriffswaffe und Mittel zur Massenvernichtung als unvereinbar mit der Ehre der der Organisation der Vereinten Nationen angehörenden Völker erklärt und das bedingungslose Verbot der Atomwaffe sowie die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Befolgung dieses Verbots fordert;
3. die Vereinigung der Friedensbemühungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas und den Abschluß eines Paktes dieser Großmächte zur Festigung des Friedens empfiehlt, und
4. die Verringerung der gegenwärtigen Streitkräfte dieser Großmächte um ein Drittel und die Vereinbarung weiterer Reduzierungen der bewaffneten Streitkräfte in Vorschlag bringt.

Der neue Deklarationsentwurf der Sowjetregierung faßt die seit Jahren von der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens gemachten Vorschläge zusammen und will eine Barriere aufrichten, um die Menschheit vor neuen Leiden durch neue Kriegsabenteuer zu bewahren.

USA-Imperialismus — Friedensstörer

Die gegenwärtige Bedrohung des Friedens ist ein Ergebnis der imperialistischen Politik der USA. Die Regierung der USA hat seit vielen Jahren die Politik der Zusammenarbeit preisgegeben und ist zur Politik des „brutalen Kurses" übergegangen. Er findet seinen Ausdruck im Nordatlantikpakt, in der Einbeziehung Westdeutschlands in das Lager der Aufrüstung und der Vorbereitung eines neuen Krieges. Der amerikanische Imperialismus ist zum Störungsfaktor des friedlichen Lebens der Völker geworden. Er raubt das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit des koreanischen Volkes. Wenn Herr McCloy erklärte: „Was wir in Deutschland gegenwärtig tun, ist dasselbe, was unsere Armeen in Korea leisten", so zeigt uns das die Gleichartigkeit der nationalen Probleme in Korea und Deutschland.

Wir fühlen uns mit dem um seine Freiheit ringenden koreanischen Volke brüderlich verbunden, bekunden ihm unsere Sympathie und protestieren feierlich gegen die völkerrechtswidrige Einmischung in das Leben des koreanischen Volkes, gegen die Eroberungssucht des amerikanischen Imperialismus und gegen seine unmenschliche Kriegführung.

Der amerikanische Imperialismus ist der Inspirator und Waffenlieferant bei der Unterdrückung der um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker, und schließlich strebt er die Errichtung einer ausbeuterischen Herrschaft über alle Bereiche der Welt an. Dieser Imperialismus ist es, der in das volksrepublikanische China widerrechtlich eingedrungen ist und die Sicherheit Chinas bedroht. Überall dort, wo der USA-Imperialismus mit seiner aggressiven Einmischung, mit dem Ausbau neuer militärischer Stützpunkte in Erscheinung tritt, entstehen neue Herde von Unruhe. Die Schritte der amerikanischen Imperialisten sind begleitet von Maßnahmen der Unterdrükkung und Aggression. Überall, wo die Amerikaner hinkommen, entsteht Unruhe, Aufrüstung und Krieg, wo sie weggehen, ist Ruhe, Frieden und Aufbau **(stürmische Zustimmung).**

Politik der Westmächte treibt zum Bruderkrieg

Die westlichen Besatzungsmächte betreiben seit Jahren die Politik der Spaltung Deutschlands und sind bemüht, die Bevölkerung der von ihnen besetzten deutschen Gebiete für die Unterstützung einer aggressiven Politik zu gewinnen, die zum Kriege gegen die friedliebende Sowjetunion und die friedliebenden Völker der volksdemokratischen Länder führen und das deutsche Volk in einen Bruderkrieg hineintreiben soll. Die westlichen Besatzungsmächte treiben eine Politik, die zur Wiedererweckung eines aggressiven militärischen Staatswesens in Westdeutschland führen muß, wobei sie einem solchen Staatswesen die Rolle eines Landsknechts, der sich für ihre imperialistischen Interessen schlägt, zugedacht haben.

Diese Politik ist eine unmittelbare Bedrohung des Friedens der europäischen Völker und bringt das deutsche Volk in eine besonders gefährliche Lage. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles tun, was zur Förderung der Friedensbewegung in Deutschland und zur allseitigen Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik nötig ist. Die Deutsche Demokratische Republik ist im Kampf gegen die Gefahr einer neuen Aggression des Imperialismus mit allen friedliebenden Völkern verbunden. Sie steht in treuer Freundschaft zu dem großen Sowjetvolk, das an der Spitze der Weltfriedensbewegung marschiert. (Starker Beifall.)

Im September dieses Jahres haben sich die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in New York zu einer Konferenz zusammengefunden, in der sie eine Reihe neuer Beschlüsse zur deutschen Frage faßten. Aus dem am 19. September dieses Jahres veröffentlichten Kommuniqué geht hervor, daß es sich bei diesen Beschlüssen um die hartnäckige Fortsetzung einer Politik der Westmächte handelt, die die Erfüllung der in Jalta und Potsdam eingegangenen Verpflichtungen verweigert und die Einfügung Westdeutschlands und

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Westberlins in den aggressiven Nordatlantikpakt zum Ziele hat. Mit dieser Politik versucht man dem deutschen Volk den Weg zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands zu sperren. Man verhindert den Abschluß eines Friedensvertrages, um statt dessen die Wiederherstellung der westdeutschen Rüstungsindustrie und schließlich die Remilitarisierung dieser Gebiete zu betreiben.

Die Pläne der amerikanischen Imperialisten gehen darauf hinaus, Westberlin zu einem militärischen Brückenkopf und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer militärischen Aggressionsabsichten zu verwandeln. Sie setzen dabei brutal und selbstverständlich in Rechnung, daß die deutschen Gebiete den Schauplatz neuer verheerender kriegerischer Ereignisse bilden werden.

Die Prager Konferenz hat den Schleier gelüftet

Die Politik der anglo-amerikanischen Imperialisten steht aber auch im schroffen Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker. Im Hinblick auf den Ernst dieser Lage fanden sich auf Initiative der Regierung der friedliebenden Sowjetunion in Prag am 21. Oktober 1950 die Außenminister der Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakischen Republik, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen, um über die zu ergreifenden Schritte zum Schutze des Friedens zu beraten. An dieser Außenministerkonferenz nahmen zum erstenmal wieder Vertreter des deutschen Volkes in voller Gleichberechtigung teil.

Wer die Abschlußerklärung der Prager Außenministerkonferenz unvoreingenommen würdigt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die ganze Entwicklung der letzten Jahre für Deutschland anders gewesen wäre, wenn die Westmächte sich an ihre eigenen Verpflichtungen gehalten hätten, die sie durch Unterzeichnung der Potsdamer Beschlüsse feierlich übernommen haben. Es heißt im Potsdamer Abkommen ausdrücklich:

„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedliebenden Grundlage von neuem wieder aufzubauen."

Was hat man daraus gemacht? Die Prager Konferenz hat den Schleier von dieser Frage gelüftet. Die Erklärungen der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist heuchlerisch. Deutschland braucht keine Deklamation über die Beendigung des Kriegszustandes, sondern Deutschland braucht einen Friedensvertrag **(langanhaltender Beifall)**, denn ohne Friedensvertrag ist eine wirkliche Herstellung des Friedens in Europa und die Einheit nicht möglich. Die drei Regierungen aber erklären vielmehr erneut die Unantastbarkeit des Besatzungsstatuts und sprechen ausdrücklich davon, daß sie „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Gegenwärtig beträgt der Aufwand an Besatzungskosten 23,15 v. H. des gesamten Steueraufkommens in Westdeutschland. Zwei alliierte Soldaten oder Beamte, die im Bundesgebiet tätig sind, müssen nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes von neun deutschen Angestellten bedient werden. Was es bedeutet, wenn angesichts dieser Zahlen die westlichen Besatzungstruppen in Westdeutschland und in Westberlin weiter verstärkt werden, mag sich jeder ausrechnen. Der Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes dient nur der offenen Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des Nordatlantikblockes. Darüber hinaus dient diese Erklärung nur dazu, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern.

Westmächte öffnen der Kriegsrüstung das Tor

In dem New-Yorker Kommuniqué haben die Westmächte die Tore weit für die Herstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials in Westdeutschland geöffnet. Die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus dient nackt und nüchtern zu Kriegszwecken. Damit ist das Verbot der deutschen Kriegsindustrie aufgehoben, und die Schwerindustrie der Ruhr wird offen für die militärstrategischen Aufgaben der Westmächte umgestellt. Anstatt dem deutschen Volke die Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft zu lassen, drängt man die deutsche Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa.

Die Hauptfrage, mit der die Außenminister der drei Westmächte das deutsche Volk in New York überraschten, war die Wiedererrichtung einer deutschen Armee, obwohl man bemüht ist, mit allen erdenklichen Zauberkunststücken diese schändliche Absicht zu vertuschen. Man spricht von Polizeiformationen und wirft gleichzeitig offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" auf. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee frühere Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere, herangezogen werden. Offen diskutiert man bereits in Westdeutschland wieder die Einführung der Wehrdienstpflicht.

Will sich das deutsche Volk willenlos zum dritten Male auf die Schlachtbank führen lassen?

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird das deutsche Volk in dieser unheilvollen Situation nicht enttäuschen und nicht im Stich lassen. Heute müssen es alle sehen, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen und groben Bruch der Verpflichtungen darstellt, die sie in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern daß diese Politik auch die Gefahr einer neuen Aggression und neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft. Wir danken den auf der Prager Konferenz vertretenen Regierungen, daß sie erklärt haben: Die Separatbeschlüsse der New-Yorker Konferenz der drei Westmächte besitzen keine Rechtskraft und keine internationale Autorität. Dieser Erklärung schließt sich die neugebildete Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hiermit vollinhaltlich an (stürmischer langanhaltender Beifall).

Konstruktiver Weg zum Frieden

Die Konferenz der Außenminister in Prag zeigt einen konstruktiven Weg, der die friedliche Regelung aller Deutschland betreffenden Probleme ermöglicht. Er entspricht dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung der Einheit seines Vaterlandes und dem beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages sowie dem Streben aller Völker nach einem gesicherten Frieden. Diese Vorschläge sehen vor:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.
2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.
3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.
4. Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bil-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

dung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Aus diesen Vorschlägen spricht die ehrliche Bereitschaft zu einer Verständigung. Es handelt sich um reale Vorschläge, die für alle friedliebenden Regierungen und Völker annehmbar sind.

Die Verwirklichung der Prager Vorschläge würde mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Sicherung einer demokratischen und friedlichen Entwicklung in allen Teilen Deutschlands einen dauerhaften Frieden in Europa gewährleisten und das Gespenst eines drohenden neuen Krieges verjagen.

Das Tor zum Frieden in Europa, zur Verwirklichung eines friedliebenden, demokratischen deutschen Staates ist durch die Prager Erklärung breit geöffnet. Der friedliche Weg kann mit Erfolg beschritten werden, sofern nur allseitig die Bereitschaft zu einer Verständigung und zur Verfolgung friedlicher und demokratischer Ziele vorhanden ist.

Nur wer die Pläne aggressiver Politik verfolgt, wird über die Vorschläge der Prager Konferenz hinweggehen und sie ablehnen. In der Prager Erklärung ist zum Ausdruck gekommen, daß gegebenenfalls das deutsche Volk selbst darüber eine Entscheidung treffen soll, ob die Vertreter Ost- und Westdeutschlands einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bilden sollen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält diesen Vorschlag für besonders wertvoll und notwendig.

Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat

Die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland führte in Prag zu der richtigen Überlegung, daß zunächst ein aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands paritätisch zusammengesetztes Organ — ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat — die konkrete Aufgabe der Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen Provisorischen Regierung und gleichzeitig die Berechtigung zur Mitwirkung an den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zugewiesen erhalten soll. Wir glauben auch, daß dieser Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde also einerseits sofort die Voraussetzung dafür schaffen, daß unverzüglich die Beratungen über den Abschluß eines Friedensvertrages aufgenommen werden könnten, während andererseits der Rat seine Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen würde.

Im Westen Deutschlands haben Politiker davon gesprochen, daß die Bonner Verfassung eine Volksbefragung, wie sie die Prager Erklärung vorschlage, nicht vorsehe. Ich glaube nicht, daß diese Stellungnahme auch nur einen Menschen in Deutschland davon überzeugen wird, daß verfassungsrechtliche Erwägungen den Weg zum Frieden und zur Einheit unseres Vaterlandes verhindern können. Es gibt in der ganzen Bonner Verfassung keine einzige Bestimmung darüber, die die Durchführung der vorgeschlagenen Volksbefragung ausschließt oder gar verbietet. Ein solcher juristischer Einwand ist also abwegig. Es ist weiter der Vorschlag der paritätischen Zusammensetzung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates beanstandet worden. Unbestreitbar trifft es zu, daß in Westdeutschland zwei Drittel des deutschen Volkes leben. Es kann aber wohl keine Rede davon sein, daß diese zwei Drittel unseres Volkes mit der Durchführung der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung einverstanden sind.

Entscheidend für die Forderung der Prager Konferenz nach einer paritätischen Zusammensetzung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates dürfte doch wohl die Tatsache sein, daß in einem solchen Rat der eine Teil den anderen nicht majorisieren darf, denn Stimmenmehrheit ist gegen Verständigung. Die Majorisierung des einen Teils durch den anderen kann nur durch denjenigen gefordert werden, der sich selbst diese vorteilhafte Lage verschaffen will. Hier aber kommt es einzig und allein darauf an, daß Vertreter aus West- und Ostdeutschland sich gegenseitig verständigen. Es handelt sich ja schließlich um eine Verständigung über gesamtdeutsche Fragen, für die die Entscheidung von Westpolitikern allein nicht maßgebend sein kann. Was die Vertretung der Zahl der Bevölkerung betrifft, so ist darauf zu verweisen, daß sie durch gesamtdeutsche Wahlen geschaffen wird, die wir für eine Notwendigkeit in Deutschland halten.

Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde nicht nur die Einheit Deutschlands, sondern auch einen bedeutenden Beitrag im Kampf um den Frieden Europas und gegen die Remilitarisierung bedeuten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Absicht, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit solche Besprechungen von Vertretern aus Ost- und Westdeutschland zustande kommen. Sie ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines paritätischen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind (starker Beifall).

Aus allen Schichten des Volkes kommt immer gebieterischer die Forderung zu solchen Maßnahmen und die Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung über die von den anglo-amerikanischen Imperialisten betriebene Remilitarisierung. Auch in der Frage der Volksbefragung ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jederzeit bereit, in der gleichen Weise mitzuwirken, weil sie der Ansicht ist, daß das ganze deutsche Volk die Gelegenheit zu einer Entscheidung im Sinne des Prager Vorschlages erhalten muß. Diese Entscheidung bietet die Möglichkeit, die Remilitarisierung zu verhindern, die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen, einen Friedensvertrag zu schaffen und den Abzug der Besatzungstruppen zu bewirken.

Grundlegende Leitsätze der Außenpolitik

Ich fasse meine Darlegungen zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik noch einmal zusammen und erkläre:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekennt sich zur vollen und unbegrenzten Unterstützung der Kräfte in der ganzen Welt, die für den Frieden, die Gleichberechtigung und Freundschaft zwischen den Völkern eintreten. Das gilt besonders für die Weltfriedensbewegung und die Nationale Front des demokratischen Deutschland mit all ihren Zielen und Forderungen. Ihr Kampf ist unser Kampf! Ihr Sieg ist unser Sieg!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt ohne Einschränkung die Verpflichtungen und die Ansprüche für das deutsche Volk aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 als Grundlage ihrer Politik. Sie lehnt aber alle Maßnahmen gegenüber Deutschland als völkerrechtswidrig und rechtsungültig ab, die hiermit im Widerspruch stehen. Sie wird sie niemals und in keiner Form anerkennen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird keine Mühe und keine Anstrengungen scheuen, um auf der Grundlage der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz die Herbeiführung eines Friedensvertrages, die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage und den Abzug der Besatzungstruppen zu erreichen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Sie wird die Politik der engsten unzerstörbaren Freundschaft mit der großen Sowjetunion, dem sichersten Hort des Friedens und der Demokratie der ganzen Welt, konsequent fortsetzen und dabei die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion weiterentfalten (stürmischer langanhaltender Beifall). Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und allen anderen friedliebenden Völkern vertiefen und die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen noch enger gestalten. Die Regierung wird die Beziehungen zu allen Ländern herstellen, die eine Politik des Friedens betreiben und die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch in Zukunft aufrichtig und gewissenhaft alle internationalen Verpflichtungen erfüllen, die die Deutsche Demokratische Republik in ihren Abkommen mit anderen Ländern eingegangen ist. Hierzu rechnen wir besonders auch die Reparationsverpflichtungen. Die Regierung beansprucht den freien und ungehinderten Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten, sie wird die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, mit China und anderen Ländern Südost-Europas, als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands, besonders fördern. Dabei wird sie auch Westdeutschland in diesen Handel einbeziehen und den deutschen Binnenhandel jederzeit fördern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sich um den Abschluß langfristiger Handelsabkommen mit allen Ländern bemühen, die die nationalen Interessen Deutschlands auf der Grundlage der Gleichberechtigung respektieren.

Die Beachtung dieser grundlegenden Leitsätze der deutschen Außenpolitik entspricht dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes, denn sie ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens in Europa und die Stärkung der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt. Eine solche Außenpolitik dient dem Kampf um die Einheit Deutschlands und enthält alle Möglichkeiten für den friedlichen Aufbau der Produktivkräfte in Deutschland.

Antifaschistisch-demokratische Ordnung festigen

Die Regierung wird in einem geordneten friedlichen Wirtschaftsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und durch eine sparsame Haushaltsführung für eine Verbesserung des Lebens der Bevölkerung und für eine Erhöhung des kulturellen Niveaus des Volkes und für die Vergrößerung des nationalen Reichtums Deutschlands sorgen. Unsere Erfahrungen seit 1945 haben gezeigt, daß durch die Übergabe der Betriebe der Großmonopolisten und anderer Kriegs- und Nazibetriebe und durch die darauf basierende Planung der Volkswirtschaft eine krisenfreie Entwicklung gesichert ist.

Im Gegensatz zur imperialistischen Anarchie entwickeln sich die Produktivkräfte bei uns harmonisch, im Einklang miteinander und in einem richtigen Verhältnis zueinander. Unsere volkseigene Wirtschaft ist frei von der periodischen Vernichtung von Produktionsmitteln, sie zeigt bereits eine stetig steigende Zunahme der Produktion und eine Zunahme des Volkswohlstandes. Die Produktivität der Arbeit steigt in der volkseigenen Industrie, weil die Arbeiter in diesen Betrieben für sich und nicht für die Monopolisten arbeiten. Damit fällt der Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen weg, denn das Wohlergehen der volkseigenen Wirtschaft ist identisch mit den Interessen des werktätigen Volkes. Ein Volk darf seine Augen niemals begehrlich auf das Territorium anderer Völker nach Lebensraum richten. Die Theorien über den Lebensraum sind nichts als der Versuch, imperialistische Macht- und Herrschaftsgelüste zu verschleiern.

Nicht der Weg der Ausplünderung und Unterjochung anderer Völker führt zu Glück und Wohlstand, sondern der Weg der gegenseitigen Hilfe. Auf dieser Basis wird unser Volk an dem gemeinsamen Aufstieg aller derjenigen Länder und Völker teilnehmen, die denselben Weg gehen.

Planung im Sinne der Verfassung

Nur durch die im Interesse des Volkes liegende Planung ist es möglich, alle Produktivkräfte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik für die Entwicklung der Wirtschaft zu mobilisieren mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Nur durch die umfassende Planung der Volkswirtschaft ist der Artikel 19 der Verfassung zu verwirklichen, in dem es heißt:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen; sie muß allen ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfs zu dienen; sie hat jedermann einen seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern.

Im Rahmen dieser Aufgaben und Ziele ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährleistet."

Zur Verwirklichung des Artikels 19 der Verfassung hat die Regierung in Zusammenarbeit mit der Volkskammer bereits im letzten Jahre bedeutende Vorarbeiten geschaffen. Es gilt jetzt, dieses Werk fortzusetzen und zu vollenden. Es sind bedeutende Gesetze geschaffen, die ich in meiner ersten Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 angekündigt hatte und in deren Mittelpunkt der Mensch und die menschliche Arbeitskraft stehen. Alle diese Gesetze bildeten den Rahmen für die Einzelaufgaben. Diese Rahmengesetze sind nicht als einzelne, zusammenhanglose Gesetzgebungswerke zu betrachten, sondern sie sind nach einem bestimmten System gestaltet, wie es in seiner Fortschrittlichkeit und Kühnheit die Geschichte der deutschen Gesetzgebung noch nicht gekannt hat. Ich erinnere an

das Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten,

das Bergarbeitergesetz,

das Gesetz zum Schutze der Arbeitskräfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten,

die Verordnung zur allgemeinen Erhöhung der Löhne,

das Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung,

das Gesetz zur Förderung des Handwerks,

das Gesetz über die Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge,

die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des Volkes,

die Verordnung zur Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler, und schließlich

das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die gesellschaftliche Stellung der Frau.

Diese Gesetzgebung stellt eine der Grundlagen dar, auf denen sich unsere junge Deutsche Demokratische Republik entwickeln wird. Die Regierung will keinen Zweifel darüber lassen, daß wir kein Staat der Reichen und privilegierten Schichten, sondern im Gegenteil ein Staat der werktätigen Bevölkerung sind. Deshalb wird sich die Regierung darum bemühen, daß alle diese Gesetze, die dem Wohle und der Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen dienen, in vollem Umfange verwirklicht werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Der erfolgreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik kann nur unter der Bedingung einer weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung durchgeführt werden. Dazu ist vor allem erforderlich, daß die demokratische Gesetzlichkeit und Ordnung in der Republik allseitig gefestigt werden.

Die Regierung wird Maßnahmen zur Reform der alten Gesetze ergreifen, damit die neuen Gesetze den vor sich gegangenen demokratischen Umgestaltungen entsprechen und außerdem aktiv zur weiteren Festigung der demokratischen Ordnung beitragen.

Wachsamkeit gegenüber den Feinden

Es ist unerläßlich, sich daran zu erinnern, daß die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Wahlsieg vom 15. Oktober bei weitem nicht bedeuten, daß unsere Feinde die Waffen gestreckt haben. Im Gegenteil, sie werden zu den heimtückischsten und niederträchtigsten Methoden der Unterwühlung greifen, um Sabotage, Diversionsakte, Schädlingsarbeit, Spionage, Diebstahl von Volkseigentum usw. in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren. Wir wissen genau, daß alle diese feindlichen Akte gegen den friedlichen Aufbau unseres jungen Staates von den anglo-amerikanischen Imperialisten geplant und gelenkt werden, weil unsere Erfolge des friedlichen Wirtschaftsaufbaus die Verwirklichung ihrer verabscheuungswürdigen Pläne zur Beherrschung Deutschlands und Europas stören.

Ich erinnere nur an die Verschwörung, die Jakob Kaiser gemeinsam mit dem amerikanischen Geheimdienst gegen die friedliche Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und gegen den Fünfjahrplan durchzuführen versucht.

Es ist bekannt, daß auf einer im August dieses Jahres von Kaiser einberufenen Beratung mit Vertretern des anglo-amerikanischen Geheimdienstes eine Liste der Verwaltungen, Ämter und volkseigenen Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik aufgestellt wurde, in denen die Diversions- und Schädlingsarbeit besonders intensiv geführt werden soll. An erster Stelle stehen in dieser Liste die Planungsämter, die Hüttenwerke, der Bergbau, die chemische Industrie, das Transportwesen und die Landwirtschaft. Auf dieser Beratung wurde die Direktive herausgegeben, die Anzahl der Spione und Diversanten, die zur Durchführung der Wühltätigkeit in die Deutsche Demokratische Republik geschickt werden, zu vergrößern. Es ist klar, daß wir diese verbrecherischen Pläne liquidieren und die Verbrecher selbst unschädlich machen müssen. Eine ähnliche verbrecherische Tätigkeit gegen die Republik versucht die rechte Führung der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands mit ihrem Agentennetz und mit ihrem Ost-Büro für Spionage und Diversionstätigkeit durchzuführen.

Gemeinsamer Kampf gegen die Feinde

Der Kampf gegen diese feindliche Tätigkeit ist die gemeinsame Sache der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und aller Bürger unserer Republik. Wir müssen ständig und unermüdlich die Wachsamkeit des gesamten Volkes erhöhen, um die Agenten der anglo-amerikanischen Reaktion und ihre Handlanger zu entlarven, allseitig unsere Staatsorgane festigen, wie z. B. die Volkspolizei, den Justizapparat, die Organe der Staatssicherheit und der staatlichen Kontrolle, die die Interessen unseres Volkes in seinem Kampf gegen die Feinde der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wahren. Unsere Volkspolizei und unsere Organe der Staatssicherheit sind ein Freund des Volkes, aber gleichzeitig auch ein unversöhnlicher Gegner aller Volksfeinde **(starker Beifall).**

Wer die angespannte friedliche Aufbauarbeit unseres Volkes stört, muß wissen, daß ihn die Strafe des Gesetzes in vollem Umfange treffen wird. Wir lassen nicht zu, daß die angestrengte und selbstlose Aufbauarbeit unserer werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten, der Handwerker und Bauern, der Wissenschaftler und Techniker zur Erfüllung und Übererfüllung ihrer Pläne gestört wird.

Deshalb bestehen die Aufgaben der Regierung bei der weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik in folgendem:

1. die Sicherung der Errungenschaften unseres Volkes auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus durch eine konsequente und unbeirrbare Verwirklichung der Gesetze der Republik, die die Grundinteressen des Volkes zum Ausdruck bringen.
2. die Beseitigung des Widerstandes der bürgerlich-junkerlichen Reaktion und der Agentur des anglo-amerikanischen Imperialismus, die Wahrung der Interessen der Werktätigen, die Führung eines unversöhnlichen Kampfes gegen die Versuche, unseren Aufbau zu hintertreiben. Die Anwendung entschlossener und strenger Maßnahmen gegenüber den Feinden des Volkes.
3. die Verwirklichung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Praxis und insbesondere des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Fragen des friedlichen Wirtschaftsaufbaues nehmen in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Nicht zufällig stehen auf unserem Banner die Losungen: „Frieden, Einheit und Aufbau" geschrieben.

Es gibt noch eine andere Störungsquelle für die friedliche Aufbauarbeit unseres Volkes. Sie liegt im Verhältnis der Kirche zum Staat, das von bestimmten Kirchenkreisen schädlich beeinflußt wird.

Rechte und Pflichten der Kirchen

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik garantiert jedem einzelnen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und stellt die ungestörte Religionsausübung unter den Schutz der Republik. Sie läßt den Religionsgemeinschaften auch das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Das sind wichtige Rechte. Aber es gibt keinen gesellschaftlichen Zustand, in dem Rechten nicht auch Pflichten gegenüber stünden.

In erster Linie besteht für die Kirche die Pflicht, nicht künstliche Gegensätze zu Staat und Verfassung hervorzurufen. Soweit wir mit den Geistlichen, auch mit den geistlichen Führern unserer Republik, in einen fruchtbaren Gedankenaustausch treten, ergeben sich hier kaum Schwierigkeiten. Wenn aber eine Gruppe der evangelischen Kirchenleitung, die nicht nur in Westberlin wohnt, sondern von dort aus offen für die Remilitarisierung unserer westlichen Heimat wirbt und auch sonst vollkommen einseitig in westlicher Auffassung wurzelt, wenn eine solche Gruppe aus dem westlichen Berlin ihre politische und gesellschaftliche Störungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert und durchführt, dann wird die Regierung dafür sorgen, daß kirchliches und staatliches Leben wieder in friedlichem Nebeneinander bestehen können **(Beifall).**

Das Eintreten für Remilitarisierung ist militaristische Propaganda, und militaristische Propaganda ist nach Artikel 6 unserer Verfassung ein Verbrechen. Eine streitende Kirche ist also in einem Volksstaat, für den das Wohl der arbeitenden Menschen oberstes Gesetz ist, nicht tragbar. Wenn gar die hohe Pflicht für alle Volksteile, für den Frieden zu wirken, zur geschichtlichen Notwendigkeit wie heute wird, darf sich die christliche Kirche nicht versagen.

Wir grüßen alle Pfarrer und alle Kirchenleitungen in Deutschland, die sich für die Erhaltung des Friedens an die Seite der Friedensfreunde stellen, und versichern ihnen in diesem gemeinsamen Kampf unsere Sympathie **(starker Beifall).** Wenn es Kirchenleitungen unternehmen, Pfarrer wegen ihrer politischen Haltung, wegen ihres Eintretens für den Frieden und für die Einheit Deutschlands zu maßregeln, so ist es eine Selbstverständlichkeit für einen selbstbewußten Staat, daß er sich das nicht bieten lassen kann. In der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte unterstehen die Geistlichen nicht ihren Kirchenleitungen, sondern dem Staate, in dem sie leben. Es ist die Aufgabe der Staatsbehörden, auf die Innehaltung der Verfassung zu achten, und, wenn Kämpfer für Fortschritt und Frieden aus dem geistlichen Stande von

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ihren Kirchenleitungen benachteiligt werden, so hat der Staat die selbstverständliche Pflicht, auf Kosten der Zuwendungen für Kirchen diese Nachteile auszugleichen. **(Zustimmung auf allen Seiten).** Wir lassen es jedenfalls nicht zu, daß bestimmte streitsüchtige Kirchenfürsten den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik stören.

An einem neuen entscheidenden Abschnitt

Als wir die ersten bescheidenen Pläne entwickelten, als wir mit den Quartalsplänen arbeiteten und später zum erstenmal im Jahre 1948 zu der Planung eines halben Jahres übergingen, schien das vielen Menschen unmöglich. Schon damals vertraten wir die Auffassung, daß allein durch die Planung der Wirtschaft eine stetige Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten der Produktion, der Industrie, der Kultur und des Gesundheitswesens, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auf dem Sektor der Verteilung gewährleistet sei. Schon damals sagten wir voraus, daß nur so ein wachsendes Volkseinkommen und damit eine wachsende Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung herbeigeführt werden kann.

Heute stehen wir an einem neuen entscheidenden Abschnitt unserer Entwicklung, der gekennzeichnet ist durch zwei Dinge, einmal durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes und zum anderen durch den Beginn des neuen großen Fünfjahrplanes, von dem uns nur noch wenige Wochen trennen.

Was wir vor Beginn des Zweijahrplanes als Perspektive gaben und was vielen Menschen als Theorie, ja sogar als Utopie erschien, ist durch die Entwicklung der letzten zwei Jahre aufs glänzendste bewiesen und zu einer nüchternen Realität geworden. Die schnellen Fortschritte, die wir aus eigener Kraft und mit der großzügigen Hilfe und Beratung durch die Sowjetunion und der freundschaftlichen Unterstützung durch die Länder der Volksdemokratien machten, beruhen wesentlich auf der Stärkung, der Festigung und der Erweiterung des Volkseigentums.

Auf der Grundlage dieses Volkseigentums entstand das neue Verhältnis der werktätigen Menschen zur Arbeit in den volkseigenen Betrieben, die Quelle der Kraft für die Durchführung und vorfristige Erfüllung der Pläne. Dank der Arbeit der Werktätigen, vor allem dank der Arbeit der Aktivisten, konnte der Zweijahrplan zum 1. August 1950 für die gesamte Industrie mit 106,8 Prozent erfüllt werden. Der Plan für die Industrieproduktion des Jahres 1950 wurde bis 1. November bereits mit 91 Prozent erfüllt. Wer hat noch den Mut, angesichts solcher Zahlen davon zu reden, in der volkseigenen Wirtschaft ersticke die Verantwortung und die persönliche Initiative? Das Gegenteil ist richtig! Aber zu dieser Entwicklung trug auch die weitere Entfaltung der privaten Initiative der Handel- und Gewerbetreibenden bei.

Die wachsende Produktion ermöglichte die systematische planmäßige Erweiterung der Produktionskapazitäten. In 1½ Jahren wurden die im Zweijahrplan festgelegten Investitionen aus den Mitteln des Staatshaushaltes mit 128 Prozent erfüllt. Hinter diesen nüchternen Zahlen erscheint der Wiederaufbau der Industrie, des Transportwesens, der Kommunalwirtschaft, die Vergrößerung und Verbesserung der Anlagen in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Neue Walzwerke erbrachten mehr Stahl für den Maschinenbau und für die Bauwirtschaft, neue Traktoren führten zu einer Vergrößerung der Anbaufläche und Verbesserung der Bodenbearbeitung und damit zu wachsenden Erträgen in der Landwirtschaft. Heute fahren unsere Fischer mit neuen Kuttern und Loggern, die auf volkseigenen Werften erbaut wurden. Zahlreiche Wohnhäuser wurden neu erbaut, die Arbeiten zur Wiederherstellung von Berlin und anderen Städten sind nach unserem Gesetz zum Aufbau unserer Städte und Wohnstätten bereits in Angriff genommen. Es wuchsen die Mittel, die für die Zwecke der Kultur und des Gesundheitswesens ausgegeben werden konnten.

Das Leben wurde besser

Der Verbrauch an den wichtigsten Nahrungsmitteln, die auf Karten abgegeben werden, erhöhte sich im III. Quartal 1950 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bei Fleisch um mehr als 100 Prozent, bei Fett um mehr als 150 Prozent, bei Zucker um 50 Prozent. Es stieg der Verkauf der wichtigsten Industriewaren an die Bevölkerung, es wuchs der Warenumsatz im Einzelhandel und es sanken die Preise in der HO. Entsprechend dem wachsenden Umfang der Produktion auf allen Gebieten erhöhte sich der Gesamtumsatz des Außenhandels um mehr als das 2½fache im Vergleich zu 1948. Die Arbeitsproduktivität stieg gegenüber dem Jahre 1948 um 36 Prozent, der Durchschnittslohn stieg bei der Einrechnung der Lohnerhöhung vom 1. September dieses Jahres um 33,3 Prozent.

Alle diese Erfolge waren — und das muß nachdrücklich betont werden — nur möglich durch die Vor- und Übererfüllung des Zweijahrplanes. Niemand darf glauben, daß uns nach diesen Verbesserungen etwa die gebratenen Tauben nunmehr in den Mund fliegen. Jede weitere Verbesserung der Lebenshaltung ist abhängig von der weiteren Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung. Das muß jeder Arbeiter und Bauer, jeder Handwerker und Techniker und jeder Intellektuelle genau wissen. Vor der weiteren Verbesserung der Lebenslage steht nunmehr erst die weitere Verbesserung unserer Produktion.

Der große Plan

Darf ich Sie daran erinnern, daß ich schon in meiner ersten Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 angedeutet habe, daß die Verwirklichung der Planziele 1950 die Basis für einen noch größeren und umfassenderen Plan ist? Der kommende Fünfjahrplan gibt uns Entwicklungsmöglichkeiten, an die fünf Jahre zuvor kaum jemand zu denken, zu glauben oder zu hoffen gewagt hätte. Wir haben die Gewißheit, daß dieser Plan noch erfolgreicher durchgeführt werden wird als unser Zweijahrplan

Der Fünfjahrplan, den die Regierung auf der Grundlage des von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeiteten Planes schnellstens als Gesetz vorbereiten wird, wäre weder in seiner Zielsetzung noch in seiner Höhe denkbar und real ohne die Entwicklung, Durchführung und Erfüllung des Zweijahrplanes. Aber es sind nicht nur die ökonomischen Voraussetzungen, die mit dem Zweijahrplan und seiner Durchführung gegeben wurden, sondern die entscheidende Realität des Fünfjahrplanes ist die wachsende Initiative aller Werktätigen, die jetzt besonders durch die Erstellung der Aktivistenpläne zum Ausdruck kommt. Diese Aktivistenpläne stehen unter dem Motto: „Mit dem Gramm, mit dem Pfennig, mit der Sekunde rechnen." Die Regierung wird alles tun, um die Entwicklung dieses hohen gesellschaftlichen Bewußtseins weiter zu fördern.

Die Werktätigen, die diese Aktivistenpläne aufstellen, beweisen sich als die besten Planer, denn sie haben erkannt, daß im Kampf gegen alle Produktionsverluste das Volkseinkommen wächst und damit der Wohlstand der Menschen.

Die Verwaltung ist für das Volk da

Gegenüber dem Vorkriegsstand werden wir die Industrieproduktion und die Produktion der Landwirtschaft um ein Viertel steigern, um nur die beiden entscheidenden Zahlen noch einmal zu nennen. Wir werden allen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe der Durchführung des Fünfjahrplanes einen Lebensstandard sichern, der über den des Jahres 1936 hinausgehen wird. Wenn die Regierung den Werktätigen so hohe Aufgaben stellt, so wird auch der Staats- und Verwaltungsapparat vor neue, schwierige Aufgaben gestellt, die er nur bewältigen wird, wenn er sich weiter qualifiziert, wenn er neue und verbesserte Arbeitsmethoden entwickelt. Die Regierung wird von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen tagtäglich beweisen. Sie kann es nicht zulassen, daß die ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Tausender von Frauen und Männern in der Verwaltung diskreditiert wird durch Faulenzerei, Gedankenlosigkeit und bürokratischen Trott. Wir werden denen, die mit ihren Wiedervorlageterminen alles auf die lange Bank schieben, Beine machen, und wir werden diejenigen, die immer noch gemächlich den Amtsschimmel reiten, in Trab bringen **(starker Beifall).** Unser enthusiastisch arbeitendes Volk ist nicht für die Verwaltung da, sondern wir meinen, eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung sei für das Volk da.

Die entscheidende Aufgabe des Fünfjahrplans ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 60 Prozent gegenüber dem Jahre 1950, denn nur durch die Lösung dieser Aufgabe ist es möglich, die Industrieproduktion gegenüber dem Jahre 1936 zu verdoppeln. Diese hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert die Mobilisierung und Qualifizierung aller Arbeitskräfte, insbesondere die verstärkte Einbeziehung und Ausbildung von Frauen und Jugendlichen im Produktionsprozeß.

Die Erhöhung der Produktivität wird es aber andererseits ermöglichen, die Preise herabzusetzen und eine weitere Erhöhung des Nominal- und Reallohnes im Laufe dieser fünf Jahre zu sichern.

Große Aufgaben für den Verkehr

Große Aufgaben stehen für den Verkehr. 40 000 Güterwagen wird unsere Fahrzeugindustrie neu erstellen müssen, hunderttausende Tonnen Schienen werden unsere Stahlwerker walzen, und zahllose Betriebsverbesserungen werden unsere Eisenbahner durchführen müssen, wenn der Güterverkehr bis 1955 um 60 Prozent gegenüber dem Jahre 1950 gehoben und damit den Anforderungen der Wirtschaft im Jahre 1955 gerecht werden soll. Auf den Werften an der Ostseeküste Mecklenburgs wird es Tag und Nacht keine Ruhe geben, weil viele Hochsee-Handelsschiffe, Hochseefischdampfer und andere Fahrzeuge für den Fischfang auf See zu bauen sind.

Viele Milliarden Mark sind im Laufe der nächsten fünf Jahre allein für die Großbauten der Industrie und übrigen Wirtschaft, für Wohnungsbauten und den Städtebau, für die Entwicklung der Kultur und des Gesundheitswesens vorgesehen. Die ganze Deutsche Demokratische Republik wird tatsächlich „ein einziger Bauplatz werden".

Bündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauern festigen

Das Bündnis zwischen den werktätigen Arbeitern und werktätigen Bauern unter Führung der Arbeiterklasse ist die Grundlage unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Regierung wird darum alle Maßnahmen treffen, um dieses Bündnis zu festigen und zu fördern. Dementsprechend ist eine der Hauptaufgaben der volkseigenen Industrie, Hilfe für die Erfüllung der Hauptaufgaben der Landwirtschaft zu leisten.

Im Entwurf des Fünfjahrplanes ist folgende bedeutende Produktionssteigerung in der Landwirtschaft vorgesehen. Die Bruttoerträge der Getreidekulturen werden im Jahre 1955 im Vergleich zu mittleren Vorkriegsjahren bei

Getreide und Hülsenfrüchten	111%
Ölfrüchten u. Faserpflanzen	708%
Zuckerrüben	126%
Kartoffeln	125%

erreichen.

Die Erhöhung der Bruttoerträge in der Landwirtschaft muß in erster Linie durch Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und Verbesserung des Saatgutes erzielt werden. Zu einer besseren Ergiebigkeit aller landwirtschaftlichen Kulturen werden die erhöhte Anwendung der Agrarwissenschaft, die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten und eine wachsende Produktion von Düngemitteln dienen.

Mehr Traktoren — mehr Vieh

Der Maschinen- und Traktorenbestand der MAS wird im Jahre 1955 37 500 Traktoren umfassen im Vergleich zu 11 950 Traktoren, die wir in diesem Jahre haben.

Unsere Arbeit nach dem Fünfjahrplan wird auch zur Verbesserung der Viehzucht und zur vermehrten Erzeugung tierischer Produkte führen. Im Vergleich zu 1950 wird der Viehbestand in den kommenden fünf Jahren bei

Rindern	um 17,8%
Kühen	um 56 %
Schweinen	um 26 %
Schafen	um 45 %

vergrößert.

Die Maschinenfabriken liefern Traktoren und Traktorengeräte für die Maschinenausleihstationen, deren Zahl sich auf 750 erhöht. Die Chemie liefert Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel. Trotzdem aber bleibt die entscheidende Aufgabe den Landarbeitern und den Bauern, durch intensive Bodenbearbeitung, durch Verwendung hochwertigen Saatguts und durch die Zucht hochwertigen Viehs diese Gesamtaufgabe der Landwirtschaft zu erfüllen.

Für diese Entwicklung haben die Maschinenausleihstationen und die volkseigenen Güter einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Die Arbeiten der Landwirtschaft können jedoch nur dann von vollem Erfolg sein, wenn auf der Basis der gegenseitigen Hilfe und auf der Basis der Freiwilligkeit die Bauern in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zusammenarbeiten. Große Bedeutung für die Durchführung des Fünfjahrplanes kommt den Dorfwirtschaftsplänen zu, die als Ergebnis gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung durch die werktätigen Bauern selbst entstehen.

Es muß als vollständig unbegründet und falsch bezeichnet werden, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Absicht habe, nach den Wahlen Maßnahmen zur Durchführung der Kollektivisierung in der Landwirtschaft zu ergreifen. Solche Gerüchte stammen von Feinden der Deutschen Demokratischen Republik und entsprechen keinesfalls den Absichten der Regierung.

Die Bewältigung dieser entscheidenden Aufgaben in Industrie und Landwirtschaft ist die Voraussetzung zur Erfüllung der übrigen gewaltigen Ziele des Verkehrs, des Handels, des Gesundheitswesens, der Kultur und der Investitionen.

Die vorgesehenen Produktionssteigerungen

Der Fünfjahrplan enthält die besonders wichtigen Aufgaben, deren Erfüllung eine entscheidende Bedeutung für den gesamten Plan haben und auf die ich deswegen ihre Aufmerksamkeit richten möchte.

Eine dieser entscheidenden Aufgaben ist die weitere Erhöhung der Produktion und die Entwicklung des Erzbergbaues, der Kohlenindustrie und die Produktion von Kalisalzen. Die genannten Produktionszweige müssen eine erweiterte Brennstoff- und Rohstoffversorgung für unsere gesamte Industrie sicherstellen. Im Entwurf des Fünfjahrplanes ist eine erhöhte Förderung von Braunkohle um 55 Prozent im Vergleich zu 1950, von Eisenerz um 339 Prozent und von Kupfererz um 79 Prozent vorgesehen.

In der Metallurgie ist die Erhöhung der Produktion im Jahre 1955 im Vergleich zu 1950 vorgesehen:

Gußeisen	bis zu 373%
Stahl	bis zu 312%
Walzen	bis zu 299%

In der chemischen Industrie ist vorgesehen ein Anwachsen in den Hauptproduktionsarten bei:

Schwefelsäure	um 56%
Kalzinierte Soda	um 272%
Phosphordünger	um 91%
Synthetischer Kautschuk	um 59%
Seife	um 177%

Damit wird die Rohstoffproduktion für die Leichtindustrie wesentlich verbessert. Die Produktion von Kunstfasern, zum Beispiel Perlon, wird fast um das Neunfache ansteigen.

Bedeutende Produktionssteigerungen sind in der Textilindustrie, in der Leichtindustrie und in der Lebensmittelindustrie vorgesehen, zum Beispiel wird die Erzeugung 1955 im Vergleich zu 1950 erreichen:

bei Wollstoffen	258%
bei Baumwollstoffen	236%
bei Trikotagewäsche	319%
bei Lederschuhen	262%
bei Fleisch	437%
bei tierischen Fetten	600%
im Fischfang	420%

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Versorgung sämtlicher entscheidender Industriezweige mit Roh- und Brennstoffen sowie die Versorgung der gesamten Volkswirtschaft mit Elektro-Energie verlangt eine bedeutend erweiterte Erzeugung von Elektro-Energie in vergrößerten Werken, so daß die Zahl der Kilowattstunden im Vergleich zu 1950 176 Prozent erreicht.

Der mit schnellem Tempo anwachsende Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik verlangt für die Beförderung unserer Export- und Importwaren eine große Anzahl von Seeschiffen. Die sich entwickelnde Fischerei muß mit Fischdampfern ausgerüstet werden. Unsere Schiffbauindustrie hat den Bedarf der Handels- und Fischereiflotte der Republik durch die Produktion eigener Schiffe sicherzustellen, denn es kann nur ein kleiner Teil solcher Schiffe importiert werden.

Schwerpunkt: Schwermaschinenbau

Die Hauptaufgaben des Fünfjahrplanes erfordern eine verstärkte Mechanisierung der Produktionsvorgänge und im Zusammenhang damit die rasche Entwicklung und den Bau neuer Maschinen für die Energiewirtschaft, den Bergbau und die Metallurgie, für die Stahlgießerei und für die chemische Industrie. Notwendig ist ferner die erhöhte Produktion von Dampfkesseln, Turbinen, wie überhaupt die maximale Entwicklung des Schwermaschinenbaues. Deshalb nimmt im Fünfjahrplan die Entwicklung der Betriebe des Schwermaschinenbaues und des Elektromaschinenbaues einen besonderen Platz ein. Die Produktion solcher Maschinen schafft die Voraussetzung für die weitere erfolgreiche Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.

Alle die genannten großen Schwerpunktaufgaben erfordern maschinelle Ausrüstungen, die von den entsprechenden Sparten des Maschinenbaues, dem Energiemaschinenbau, dem Maschinenbau für Bergbau- und Metallurgieausrüstungen, dem chemischen Apparatebau, dem Stahlbau, dem Dampfkessel- und Turbinenbau, dem Großmaschinenbau der Elektrotechnik, das heißt also dem Schwermaschinenbau, bisher nicht gegeben werden konnten.

Zu den Anforderungen unserer eigenen Wirtschaft an den Schwermaschinenbau kommt das Interesse vieler Länder hinzu, das gerade auf diesem Gebiet sehr stark ist. Die Länder der Volksdemokratien entwickeln ihre Wirtschaft in einem hohen Tempo und benötigen hierzu maschinelle Ausrüstungen in großem Umfange. Zur Befriedigung dieses Bedarfs wird auch die Deutsche Demokratische Republik ihren Beitrag liefern. Vor allem aber muß in der Struktur unserer eigenen Wirtschaft die Disproportion überwunden werden, die durch die kapitalistische Vergangenheit bisher bei uns bestand und die durch die Spaltung unseres deutschen Vaterlandes noch verstärkt wurde. Es ist bei einer solchen Situation klar, daß unsere Anstrengungen sich besonders auf den Schwermaschinenbau konzentrieren müssen, und zwar ohne Aufschub, da eine gewisse Zeit vergeht, bevor sich die hier vorzunehmenden Investitionen in einer Produktion von schweren Maschinen auswirken.

Die Ausrüstung des Schwermaschinenbaues erfordert seinerseits vor allem schwere Werkzeugmaschinen, die in der Deutschen Demokratischen Republik bisher in ungenügendem Umfange gebaut wurden.

Bei der dargelegten Aufgabenstellung für den Maschinenbau, der somit eine Schlüsselstellung innerhalb unserer Volkswirtschaft inne hat, erschien es notwendig, besondere Schwerpunktbetriebe festzulegen, die die schweren Ausrüstungen für unsere Wirtschaft herstellen und sich fast ausschließlich auf diese Aufgaben zu konzentrieren haben.

Die entscheidende Erweiterung unserer Volkswirtschaft

Alle diese Betriebe kennen im wesentlichen ihr Aufbau- und Fertigungsprogramm bereits jetzt und beginnen, an der Durchführung dieses Programms zu arbeiten. Alle Fähigkeit und Initiative ihrer Aktivisten, technischen Kräfte, gesamten Belegschaft und der Verwaltung müssen organisiert und entwickelt werden, um die Erfüllung dieses bedeutenden Vorlaufprogrammes rechtzeitig zu sichern. Die Nichterfüllung dieses Schwerpunktprogrammes könnte den Beginn des Fünfjahrplanes verzögern. Wir rufen darum alle Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker zur erfolgreichen Lösung dieser großen Aufgabe auf.

Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß wir aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln in der Lage sein werden, den Friedensstand der Versorgung schon 1952 wieder zu erreichen, um ihn im Laufe der folgenden Jahre wesentlich zu überschreiten? Keine leere Versprechung ist es, wenn wir die weitere Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Werktätigen um 16,8 Prozent, für die Beschäftigten in der Industrie sogar um 20 Prozent im Laufe der fünf Jahre ankündigen. Im gleichen Zeitraum werden die Preise für Konsumgüter weiter um durchschnittlich 28 Prozent gesenkt. Es ist das nur einer der Beweise, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Steigerung der Erzeugung ausschließlich unserer Bevölkerung zugute kommt, und zwar unmittelbar in Form erhöhter Löhne und gesenkter Preise — außerdem aber auch unmittelbar das Wiederentstehen gesunder Wohnstätten, die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung, den Ausbau des Sozialwesens, die Erschließung von Bildungsmöglichkeiten für alle Lernfreudigen und Begabten und durch die Förderung einer volksnahen Kunst.

Die neue Phase unserer Entwicklung, das heißt die Periode der entscheidenden Erweiterung unserer Volkswirtschaft, beginnt mit dem ersten Jahr des Fünfjahrplans, dem Jahre 1951.

Neue Methoden zur Überwindung der Schwierigkeiten

Es ist notwendig, im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fünfjahrplans die Problematik der Schwierigkeiten zu sehen und die neuen Methoden zu finden, die zur Überwindung dieser Schwierigkeiten führen. Der Kampf um den Plan erfordert vor allem, daß man kühn und unbarmherzig alle Mängel aufdeckt und daß man sich dem bisher Erreichten gegenüber auch kritisch verhält. Die Durchführung des Planes zeigte, daß die Arbeit mancher Verwaltungsorgane ungenügend war, daß die Beschlüsse des Ministerrates nicht immer voll beachtet wurden. Es zeigt sich also, daß die bisherige Organisation unserer staatlichen Verwaltung und die bestehenden Arbeitsmethoden noch nicht die volle Gewähr gaben, um die Durchführung der Politik der Regierung zu sichern. Es muß für alle ein unerschütterlicher Grundsatz werden, eine eiserne Plandisziplin zu üben! Dasselbe gilt aber auch für unseren Haushaltsplan.

Unser Haushaltsplan dient dem Frieden

Friedlicher Aufbau und Kultur oder Aufrüstung und Vernichtung, zwischen diesem weiten Entweder und Oder entwickeln sich heute auch die Finanzen und die Haushalte der Staaten. Die Haushaltspläne der einzelnen Staaten sind ein sichtbarer Beweis für ihre Politik.

In den westlichen, imperialistischen Ländern steigen überall die Ausgaben für Rüstungszwecke und Kriegsvorbereitungen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Haushaltsjahr 1949/50 ihre Ausgaben für Rüstungen gegenüber dem Friedensjahr 1938/39 von 1 Milliarde Dollar auf 13 Milliarden Dollar und im Haushaltsjahr 1950/51 sogar auf 50 Milliarden Dollar, das heißt auf das Fünfzigfache, erhöht.

In der Sowjetunion, dem Lande des Sozialismus, sehen wir die genaue gegenteilige Entwicklung. Die Sowjetunion verausgabte im Jahre 1940 32,6 Prozent ihres Haushalts für Verteidigungszwecke und senkte sie im Jahre 1950 auf 18,5 Prozent.

Aus dieser Gegenüberstellung mögen die Völker erkennen, was sich in der Welt vollzieht, und wo der wahre Friedenswille liegt.

Auch die Finanzpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dient der Finanzierung des friedlichen Aufbaus und der Schaffung eines besseren Lebens der Bevölkerung.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Ausgaben für den Aufbau der Friedenswirtschaft werden sich im Laufe des Fünfjahrplanes um 87 Prozent erhöhen.

Die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke werden sich im Laufe des Fünfjahrplanes um 45 Prozent erhöhen.

Früher Monopolistengewinne — jetzt Volkseinnahmen

Die Einnahmeseite des Staatshaushaltes verändert sich in Zukunft grundlegend, weil die Gewinne der früheren Monopolkapitalisten nun in die Staatskasse zur Hebung der Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung fließen; dieser Anteil für die Staatseinnahmen erhöht sich dadurch auf das Neunfache. Die Verschuldung der Gemeinden und Städte an das Monopolkapital, die in Deutschland bei der Kapitulation allein 6 Milliarden betrug und jetzt wieder die Entwicklung in Westdeutschland charakterisiert, kann sich auf dem Gebiete unserer Republik nicht wiederholen. Durch die Schaffung des einheitlichen Staatshaushaltes, der die Einnahmen und Ausgaben aller Teile des Staatsapparates und der volkseigenen Wirtschaft erfaßt, werden die Haushalte von der Gemeinde bis zum Haushalt der Republik nicht nur ohne Defizit, sondern mit Überschüssen abschließen.

Mit besonderem Nachdruck wird die Regierung die Verwaltungskosten senken.

Die große Steigerung der Ausgaben für soziale Zwecke wird ohne Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge durchgeführt werden.

Während in Westdeutschland die Steuerlasten steigen, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Lohnsteuer im Verfolg des Fünfjahrplans reduzieren, das Steuersystem vereinfachen und einen gerechten Steueraufbau schaffen.

Verantwortliche Planeinhaltung

Wenn den Leitern der volkseigenen Betriebe, Güter, Maschinenausleihstationen, des Handels und des Verkehrs erhebliche Mittel für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden und sie auf der anderen Seite Verpflichtungen zur Abführung der Gewinne haben, sind sie verantwortliche Staatsfunktionäre, denen erhebliche Teile des Volksvermögens zur sparsamsten Verwendung übergeben worden sind und die mit dem Vertrauen des Volkes ausgestattet, zu einem bedeutungsvollen Glied der Staatshaushaltswirtschaft geworden sind. Die Regierung verlangt von ihnen, daß sie das ihnen vom Volke geschenkte Vertrauen und die ihnen übergegebenen Vollmachten dazu benutzen, die schnelle Entwicklung unserer Friedenswirtschaft dadurch zu fördern, daß sie ihre Pläne streng einhalten, die Selbstkosten senken und ihre Produktionsaufgaben mit größter Verantwortung und mit größtmöglicher Sparsamkeit an Investitionen und Material durchführen.

Die Regierung hat im Laufe des Jahres eine Reihe Maßnahmen zur fühlbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durchgeführt, so daß heute in der Deutschen Demokratischen Republik ein durchschnittlicher höherer Verbrauch an Lebensmitteln gesichert ist als in Westdeutschland. Die Regierung fühlt sich besonders verantwortlich in bezug auf die Sicherung der Volksernährung, und bei jedem Schritt auf diesem Gebiet wägt sie besonders sorgfältig die Vorteile und Nachteile für die Bevölkerung ab.

Schrittweise Abschaffung des Kartensystems

Im Zusammenhang mit der früher erklärten Absicht wird die Regierung in der allernächsten Zeit praktische Maßnahmen vornehmen zur Durchführung einer weiteren schrittweisen Abschaffung des Kartensystems. Dabei werden wir natürlich in erster Linie die Interessen der Werktätigen berücksichtigen müssen, die wünschen, daß die Abschaffung des Kartensystems vor sich geht auf einem möglichst niedrigen Preisstand. Spekulanten und Gauner müssen unter allen Umständen daran gehindert werden, diese Maßnahmen auszunutzen für eine Desorganisierung der Versorgung. Die Regierung hat zur Schaffung der notwendigen Warenreserven schon eine Reihe Maßnahmen getroffen. Diese Arbeit zur Schaffung von Reserven wird weitergeführt werden in vollem Bewußtsein der Wichtigkeit und Verantwortung eines solchen Schrittes, wie es die Abschaffung des Kartensystems ist.

Die Tätigkeit der Schieber und Spekulanten in Westberlin zwingt uns zu einer sehr ernsten Nachprüfung der von mir hier geschilderten Schritte in Berlin, denn auch unsere Maßnahmen für Berlin müssen unter Berücksichtigung der Interessen der Berliner Bevölkerung und der Bevölkerung der ganzen Republik getroffen werden.

Durch das doppelte Preisgefüge ist es uns gelungen, den Schwarzmarkt nahezu zu liquidieren. Die Preissenkungspolitik der HO hat eine ständige Zunahme der Kaufkraft der Bevölkerung gebracht.

Der Wert unseres Geldes wächst

Die Kaufkraft unserer Mark erhöht sich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Preise fortlaufend. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß unser Haushalt im Gegensatz zum Haushalt Westdeutschlands mit Überschuß abschließt und es keine innere oder äußere Verschuldung gibt. Das zeigt uns auch der Bargeldumlauf in der Republik, der trotz erheblicher Zunahme der Produktion, des Warenumsatzes, der Anzahl der Beschäftigten und Erhöhung der Lohnsumme sich nicht ausweitet. Im Gegensatz hierzu sehen wir, wie im Westen Deutschlands sich der Bargeldumlauf trotz Rückgang der Wirtschaft, trotz Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 20 Prozent ausgeweitet hat. Mit dem weiteren Ausbau unserer Friedenswirtschaft, der Steigerung des Lohn- und Arbeitseinkommens und den sinkenden Preisen erhöht sich der Wert und die Stabilität der Mark. Aus diesem Grunde wird die Regierung Maßnahmen treffen, um der Bevölkerung im höheren Maße als bisher die Möglichkeit des Sparens zu erschließen, damit sie später für dieselbe Menge Geldes mehr Waren und bessere Waren kaufen kann.

Demokratische Erneuerung der Kultur

Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Arbeit ist eine der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Rolle der Intelligenz steigt in ihrer Bedeutung dauernd. Das große Werk der demokratischen Erneuerung der Kultur wird auch für die kommende Regierungsperiode seine organische Weiterführung erfahren. Aufbauend auf dem klassischen Kulturerbe, aufgeschlossen für das kulturelle Wirken aller Völker, werden wir in einem großzügigen Kulturaustausch mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien die gewaltigen kulturellen Erfahrungen dieser Länder für den schnellen Aufstieg der deutschen Kultur nutzbar werden lassen. Es gilt, in unserer Kultur demokratische Bewußtseinsbildung, den Kampf der werktätigen Massen um Frieden und Einheit, die Arbeit an dem großen wirtschaftlichen Aufbau wirksam zum Ausdruck zu bringen und in ihr eine Kraftquelle und ein Erziehungsmittel des werktätigen Volkes zu schaffen. Diese fortschrittliche deutsche Kultur muß zur Sache und zum Besitz des ganzen deutschen Volkes werden.

Das Schul- und Bildungswesen verbessern

Die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des gesamten Schul- und Bildungswesens steht dabei im Vordergrund. Das bedeutet, den Aus- und Aufbau von Grund-, Ober-, Fach- und Berufsschulen energisch in Angriff zu nehmen. Notwendig ist eine zielklare und entschiedene Förderung und Heranbildung einer Lehrerschaft, die durch ihre absolut klare demokratische Geisteshaltung eine fortschrittliche Erziehung der Jugend garantiert. Die Jugend ist zu wahrhaft fortschrittlichen, dem Frieden dienenden neuen Menschen zu erziehen, die im Besitz eines großen fachlichen Könnens sind.

Die Schwierigkeiten bei der Schaffung ausreichender neuer Lehrpläne und Lehrbücher müssen überwunden werden.

Bei einem wirklichen kulturellen Aufbau muß jedes hemmende Bildungsprivileg in Fortfall kommen. Das heißt also, daß noch mehr Arbeiter- und Bauernkinder

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

und die Kinder unserer Intelligenz Zugang zu den Oberschulen finden müssen.

Von größter Wichtigkeit ist auch die qualitative Hebung des Universitätsstudiums. Neue Studienpläne und eine bessere neue Organisation des Studienjahres werden eine Steigerung der Qualität des Studiums vorbereiten. Eine große und volle Unterstützung sowohl des wissenschaftlichen Nachwuchses für unsere Hochschullehrer als auch der Studiengruppe der Freien Deutschen Jugend wird hierbei die Aufgabe erleichtern.

Die Ausweitung der kulturellen Bildungsmöglichkeiten bis ins kleinste Dorf werden wir durch ein immer enger werdendes Netz von Kulturhäusern und Volksbibliotheken, mit einer ständig größer werdenden Reihe von Büchern bester deutscher Schriftsteller und bedeutender literarischer Werke der Schriftsteller der Sowjetunion und der befreundeten Volksdemokratien planmäßig fortführen.

Die Regierung ist der Meinung, daß dem werktätigen Volke das Beste, was die Kunst zu geben hat, vermittelt werden muß.

Schulen und Lehranstalten für bildende Künste, insbesondere die Deutsche Akademie der Künste, deren Meisterklassen entsprechend der großen Bedeutung der Akademie zu erweitern sind, müssen große Anstrengungen bei der Überwindung des Formalismus und der Erziehung der Künstler zum Realismus machen.

Die Werke unserer Künstler sollen auch die Geschichte des Kampfes der demokratischen Kräfte unseres Volkes widerspiegeln und damit zur demokratischen Erziehung des Volkes beitragen; sie sollen mitten im Leben unseres werktätigen Volkes stehen und nicht nur dem Genuß einzelner bevorzugter Menschen dienen.

Große Bedeutung für die Entwicklung unserer Kultur hat die Förderung von Film und Theater.

Die allseitige Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit ist von besonderer Bedeutung. Hierbei hat die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin sowohl in bezug auf die Grundlagenforschung wie auf die angewandte Forschung Aufgaben zu bewältigen, die die Regierung wohl zu schätzen weiß. Sie wird deshalb der Deutschen Akademie der Wissenschaften die erforderliche Hilfe zuteil werden lassen. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften wird ihrer besonderen innerdeutschen und internationalen Bedeutung entsprechend verbesserte und erweiterte Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Die Förderung und Heranziehung von Wissenschaftlern — gleichgültig, welcher früheren Parteizugehörigkeit und Weltanschauung sie sein mögen — wird sich die Regierung besonders angelegen sein lassen, denn in allem, was wir an Neuem und Gewaltigem erbauen, ist auch die Mehrheit der Wissenschaft und aller anderen Intelligenz erforderlich.

Eine neue kulturelle Blüte kündigt sich an

Was wir auf dem Gebiete der Kultur, Wissenschaft und Kunst leisteten, ist nur ein Anfang. In ihm zeichnen sich jedoch bereits klar die Linien einer neuen kulturellen Blüte ab. Damit ergeben sich auch große und neue Möglichkeiten für unsere Wissenschaftler, Künstler und andere Intellektuellen. Diese Erkenntnis hat bereits sehr breiten Boden gefunden, nicht nur unter der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern besonders auch in den anderen Teilen unserer deutschen Heimat. Immer mehr häufen sich die Stimmen, die zeigen, daß Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler und Erzieher bei ihrer Klage über die wachsende Not der Intellektuellen im Westen auf die ganz andersartige Lage in der Deutschen Demokratischen Republik hinweisen. Dieser Gegensatz wachsender schöpferischer Möglichkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik und einer wachsenden Hoffnungslosigkeit und fehlenden Aussichten der westdeutschen Intelligenz wird sich immer mehr steigern.

Die Regierung wird mit ihrem Programm der kulturellen Entwicklung Deutschlands, der Verwurzelung der Kultur mit unserem Volke, ein lebendiges überzeugendes Beispiel für ganz Deutschland geben. Mit Nachdruck erklären wir, daß alle unsere kulturellen Maßnahmen unter dem gesamtdeutschen Gesichtspunkt ergriffen werden und daß sie Gesamtdeutschland zu dienen haben (starker Beifall).

Wenn die Regierung über diese gesamtdeutsche Verpflichtung hinaus der Kulturpflege in der Deutschen Demokratischen Republik so große Bedeutung beimißt, wie das durch diese meine Ausführungen geschehen ist, so geschieht das aus der Bedeutung der jetzt vor uns stehenden neuen Aufgaben. Neue Aufgaben erfordern neue Menschen!

Einsicht, Verantwortung, Mithilfe!

Welche Fülle von Arbeit liegt vor uns!

Wie viele Schwierigkeiten werden wir überwinden müssen, um die Großbauvorhaben in unseren Städten und auf dem Lande, in Industriezentren, Wohngebieten und Kulturstätten vorzubereiten, zu beginnen und zu vollenden! Welchen Eifer werden unsere Jungen und Mädel aufbringen müssen, um zu jenen Facharbeitern, Technikern und Wissenschaftlern zu werden, die wir in Zukunft brauchen! Welche Einsicht und welcher Arbeitsschwung ist bei den Arbeitern im Bergbau, in den Hütten und Fabriken nötig, um die Bewegung der Aktivisten- und Qualitätsbrigaden weiter erfolgreich zur Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu entfalten! Welche Verantwortung und welche Einsicht sind nötig, um die bedeutenden Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung auf unsere Wissenschaftler, Techniker und andere geistig Schaffenden wartet! Welch umfangreichen Erfahrungsaustausch werden unsere Bauern und Landarbeiter der volkseigenen Güter durchführen müssen, um das Ziel der Steigerung der Hektarerträge zu erreichen! Aber welcher verantwortlichen Frau und welchem Manne, ob jung oder alt, weitet sich nicht Auge, Herz und Brust in dem Bewußtsein, an diesem großen Werk des friedlichen Aufbaus unseres Vaterlandes mitwirken zu können **(starker Beifall).**

Die kommende Arbeit der Regierung basiert auf dem Fünfjahrplan. Dieser Plan und die einzelnen Volkswirtschaftspläne sind das Instrument der Regierung. Sie sind verankert in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik und haben ihre antifaschistische Ordnung zu sichern und zu stärken. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, betone ich ausdrücklich, daß die Erfüllung des Fünfjahrplanes nicht etwa nur eine Maßnahme ist, die allein oder ausschließlich der Arbeiterklasse, den werktätigen Bauern und der Intelligenz zugute käme. Dieser Plan dient dem ganzen Volke. Neben der volkseigenen Industrie wird sich im Rahmen der Gesamtplanung die private Wirtschaft entwickeln können. Es ist selbstverständlich, daß auch dem Handwerker und dem Bauern die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Existenz auch weiter geschaffen werden.

Zur Erfüllung dieser Pläne ruft darum die Regierung unsere Jugend, unsere Arbeiter und Angestellten, unsere Handwerker und Bauern und unsere geistig schaffenden Menschen jeder Art in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik auf.

Faßt an und helft alle! Das Werk der Regierung ist euer Werk, euer besseres Leben und eure bessere Zukunft! (Stürmischer Beifall)

Die Pläne sind aber gleichzeitig ein Instrument im Kampf um die Einheit Deutschlands und um den Frieden. Sie werden unseren Landsleuten im Westen unseres Vaterlandes zeigen, daß wir Deutschland, auch ohne in eine imperialistische Versklavung an das Ausland zu verfallen, aus eigener Kraft mit der Hilfe unserer Freunde friedlich, schöner und stark machen können **(starker Beifall).** So weitet sich unsere Arbeit über die Deutsche Demokratische Republik hinaus und wird zur Arbeit für die ganze deutsche Nation **(minutenlanger stürmischer Beifall. Alle erheben sich von den Plätzen).**

Damit, meine Damen und Herren, habe ich das Programm umrissen, das die in Ihrem Auftrag von mir gebildete Regierung ihrer Arbeit zugrunde zu legen beabsichtigt. Es bleibt mir als Abschluß meines Auftrages, Sie zu bitten, dieses Programm zu billigen und die von mir gebildete Regierung zu bestätigen **(stürmische Ovationen für den Ministerpräsidenten).**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

BEILAGE

Gesetz
über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau

Vom 27. September 1950

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau festgelegt und alle Gesetze aufgehoben, die die Frau gegenüber dem Mann benachteiligten. Im Zuge des Aufbaues der Deutschen Demokratischen Republik hat sich die Lage der Frau im gesellschaftlichen Leben von Grund auf geändert. Nunmehr sind für die Frau die Voraussetzungen gegeben, sich als bewußte Staatsbürgerin im praktischen Leben zum Wohle des ganzen Volkes zu betätigen; dies gilt sowohl für die Mitarbeit der Frau in der Verwaltung als auch für die Gestaltung des gesamten öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Zur weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist aber eine noch größere und aktivere Teilnahme der Frau am gesellschaftlichen Leben erforderlich. Daher müssen weitere Maßnahmen getroffen werden, die nicht nur die rechtlichen, sondern auch die tatsächlich noch bestehenden Ungleichheiten beseitigen. Das in der Verfassung festgelegte Prinzip der völligen Gleichberechtigung der Frau muß in neuen Rechtsformen seinen Ausdruck finden.

Unsere soziale Ordnung hat der Frau nicht nur ihre volle Entfaltung im politischen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht, sondern sichert ihr auch eine glückliche Mutterschaft und staatliche Hilfe bei der Erziehung ihrer Kinder im Geiste des Friedens, des Fortschritts und der Demokratie.

Die Kinder sind die Zukunft der Nation, und deshalb ist die Sorge um die Kinder, die Festigung der Familie und die Förderung des Kinderreichtums eine der vornehmsten Aufgaben unseres demokratischen Staates. Kinderreichen Familien und alleinstehenden Müttern, die durch den Krieg oder aus anderen Gründen an einer Eheschließung gehindert wurden, ist durch geldliche Unterstützung und durch Schaffung sozialer Einrichtungen eine weitgehende Hilfe zu gewähren.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze beschließt die Provisorische Volkskammer dieses Gesetz:

I.

Staatliche Hilfe für Mütter und Kinder

§ 1

Zur Verbesserung der materiellen Lage der kinderreichen Familien und zur Förderung des Kinderreichtums werden staatliche Unterstützungen gewährt.

§ 2

(1) Kinderreiche Mütter erhalten

bei der Geburt des dritten Kindes eine einmalige Beihilfe von DM 100,—
bei der Geburt des vierten Kindes eine einmalige Beihilfe von DM 250,—
bei der Geburt jedes weiteren Kindes eine einmalige Beihilfe von DM 500,—

(2) Mütter mit mehr als drei Kindern erhalten eine laufende staatliche Unterstützung, und zwar:

für das vierte Kind in Höhe von DM 20,— monatl.
für jedes weitere Kind in Höhe v. DM 25,— monatl.

Diese Unterstützung wird bis zum vollendeten 14. Lebensjahr des Kindes gezahlt.

§ 3

(1) Gibt eine alleinstehende Mutter ihr Kind zur Erziehung in ein Kinderheim, so wird das Kind völlig auf Staatskosten unterhalten und erzogen. Für die Zeit der Unterbringung des Kindes im Kinderheim wird die staatliche Unterstützung für das Kind an die Mutter nicht ausgezahlt.

(2) Die Mutter kann ihr Kind jederzeit aus dem Kinderheim zurücknehmen und die Erziehung selbst übernehmen.

(3) Die alleinstehende arbeitende Mutter kann beanspruchen, daß ihr Kind bevorzugt in Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Kinderheimen aufgenommen wird.

§ 4

Zum Schutze der Kinder und zur gründlichen Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Kinder sind in der Zeit von 1951 bis 1955 zu errichten:

1. 15 Kinderpolikliniken in Großstädten und Industriezentren,
2. Kinderabteilungen mit insgesamt 1000 Betten in den im Bau befindlichen neuen Krankenhäusern,
3. Kinderheime für Kleinkinder mit insgesamt 60 000 Plätzen.

§ 5

(1) Um die Heranziehung der Frauen zur gesellschaftlichen schöpferischen Arbeit, zur aktiven Arbeit in den Organen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, zur politischen und kulturellen Tätigkeit, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu ermöglichen, sind in den nächsten fünf Jahren zu errichten:

1. Kinderkrippen mit insgesamt 40 000 Plätzen, hierfür sind DM 40 000 000,— zur Verfügung zu stellen.
2. Kindertagesstätten mit insgesamt 160 000 Plätzen.

(2) Bei der Errichtung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen sind die Bedürfnisse der werktätigen Frauen auf dem Lande besonders zu berücksichtigen.

§ 6

(1) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierungen der Länder haben im Laufe der Jahre 1951 bis 1955 zusätzlich zu den vorhandenen weitere 190 Mütter- und Kinderberatungsstellen zu er-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

öffnen, damit in jedem Kreis durchschnittlich nicht weniger als drei Beratungsstellen vorhanden sind.

(2) Diesen Beratungsstellen obliegt:

1. die Registrierung sämtlicher schwangeren Frauen,
2. die laufende ärztliche Betreuung ihrer Gesundheit,
3. die hygienische Erziehung der schwangeren Frauen,
4. die allgemeine Beratung in sozialen und rechtlichen Fragen,
5. die ärztliche Betreuung der stillenden Mütter,
6. die ärztliche Beobachtung der Gesundheit und der Entwicklung der Kleinkinder bis zum 3. Lebensjahr.

(3) Für die Errichtung der Beratungsstellen sind DM 15 000 000,— zur Verfügung zu stellen.

§ 7

(1) Für die Erholung schwangerer Frauen mit schwacher Gesundheit sind bis zum 1. Mai 1952 vom Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen besondere Erholungsheime mit insgesamt 2000 Plätzen zu errichten.

(2) Die Norm der zusätzlichen Lebensmittelrationen für schwangere Frauen ist vom 6. Monat der Schwangerschaft an und für stillende Mütter für die ganze Periode des Stillens, längstens jedoch für ein Jahr, zu verdoppeln.

§ 8

Zur Sicherung der ärztlichen Betreuung der Wöchnerinnen sind

1. in Großstädten und Industriezentren 10 vorbildliche Entbindungsheime mit je 60—100 Betten zu errichten,
2. in den vorhandenen Krankenhäusern neue Entbindungsabteilungen mit einer Erhöhung der Gesamtzahl der Betten auf 2000 einzurichten.

§ 9

Die Deutsche Demokratische Republik mißt dem Gesundheitsschutz der Kinder und der Mütter außerordentliche Bedeutung bei. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierungen der Länder haben deshalb dem Bau und der Arbeit der Frauen- und Kinderberatungsstellen, der Entbindungsheime, der Kinderkrippen, der Kindertagesstätten und Kinderwochenheime ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

§ 10

(1) Entsprechend dem Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) ist den arbeitenden Frauen Schwangerschafts- und Wochenurlaub für die Dauer von 5 Wochen vor der Geburt und 6 Wochen nach der Geburt zu gewähren. Bei einer unnormalen Geburt oder einer Mehrlingsgeburt wird der Urlaub nach der Geburt bis zu 8 Wochen verlängert.

(2) Die Leiter von Betrieben und Institutionen werden verpflichtet, den laufenden Jahresurlaub der schwangeren Frauen auf deren Verlangen an den Schwangerschafts- und Wochenurlaub anzuschließen.

(3) Die Schwangerschafts- und Wochenhilfe ist in Höhe des durchschnittlichen Monatseinkommens von der Sozialversicherung zu zahlen. Die Höhe des Betrages wird auf Grund des durchschnittlichen Einkommens der letzten drei Monate vor der Arbeitsbefreiung berechnet.

(4) Bei der Geburt von Kindern versicherter Mütter ist von der Sozialversicherung eine einmalige Unterstützung zur Anschaffung einer Wäscheausstattung für jedes Neugeborene in Höhe von DM 50,— zu zahlen.

(5) Die Ministerien für Industrie und für Handel und Versorgung haben die notwendige Produktion und die Versorgung des Handels mit Wäscheausstattung für Neugeborene, mit Artikeln für die Wartung und Pflege der Kinder sowie mit Artikeln der Frauenhygiene sicherzustellen.

§ 11

(1) Im Interesse des Gesundheitsschutzes der Frau und der Förderung der Geburtenzunahme ist eine künstliche Unterbrechung der Schwangerschaft nur zulässig, wenn die Austragung des Kindes das Leben oder die Gesundheit der schwangeren Frau ernstlich gefährdet oder wenn ein Elternteil mit schwerer Erbkrankheit belastet ist. Jede andere Unterbrechung der Schwangerschaft ist verboten und wird nach den bestehenden Gesetzen bestraft.

(2) Die Schwangerschaftsunterbrechung darf nur mit Erlaubnis einer Kommission durchgeführt werden, die sich aus Ärzten, Vertretern der Organe des Gesundheitswesens und des Demokratischen Frauenbundes zusammensetzt. Die Mitglieder der Kommission unterliegen der Schweigepflicht. Die Verletzung der Schweigepflicht wird mit Gefängnis bestraft.

(3) Die Unterbrechung der Schwangerschaft darf nur von Fachärzten in Krankenhäusern durchgeführt werden.

(4) Das Nähere wird durch eine Verordnung geregelt, die das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz erläßt.

II.

Ehe und Familie

§ 12

Eine gesunde Familie ist einer der Grundpfeiler der demokratischen Gesellschaft. Ihre Festigung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 13

Die Gleichstellung von Mann und Frau im gesellschaftlichen Leben bedingt ihre Gleichstellung im Familienrecht. Gesetze und Bestimmungen, die eine Beschränkung oder eine Minderung der Rechte der Frau im Familienrecht festlegten, sind mit Inkraftreten der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik aufgehoben worden.

§ 14

Die Eheschließung hat für die Frau keine Einschränkung oder Schmälerung ihrer Rechte zur Folge. Das bisherige Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen Angelegenheiten des ehelichen Lebens ist zu ersetzen durch das gemeinsame Entscheidungsrecht beider Eheleute. Insbesondere soll über die Wahl des Wohnsitzes und der Wohnung, über die grundsätzlichen Fragen der Haushaltsführung, über die Erziehung der Kinder usw. nur gemeinsam entschieden werden.

§ 15

Durch die Eheschließung darf die Frau nicht gehindert werden, einen Beruf auszuüben oder einer beruflichen Ausbildung und ihrer gesellschaftlichen und politischen Fortbildung nachzugehen, auch wenn hierdurch eine zeitweilige örtliche Trennung der Eheleute bedingt wird.

§ 16

(1) Die elterliche Sorge, die das Recht und die Pflicht umfaßt, für die Kinder und ihr Vermögen zu sorgen, sowie das Recht, die Kinder zu vertreten, steht beiden Eheleuten gemeinschaftlich zu.

(2) Das Vormundschaftsgericht hat einem Elternteil, der allein die elterliche Sorge hat, auf Antrag oder, wenn es im Interesse des Kindes geboten ist, von Amts wegen einen Beistand zu bestellen.

(3) Das Sorgerecht der Frau für ihre Kinder aus früheren Ehen erlischt nicht mit ihrer Wiederverheiratung.

§ 17

(1) Die nichteheliche Geburt ist kein Makel. Der Mutter eines nichtehelichen Kindes stehen die vollen elterlichen Rechte zu, die nicht durch die Einsetzung eines Vormundes für das Kind geschmälert werden dürfen. Zur Regelung der Ansprüche gegen den Vater sollen die unteren Verwaltungsbehörden nur noch als Beistand der Mutter tätig werden.

(2) Der Unterhalt, den die Mutter für das nichteheliche Kind zu beanspruchen hat, soll sich nach der wirtschaftlichen Lage beider Eltern richten.

§ 18

Das Ministerium der Justiz hat der Regierung bis Ende des Jahres 1950 einen den Grundsätzen dieses Abschnitts entsprechenden Entwurf eines Familienrechtsgesetzes vorzulegen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

III.

Die Frau in der Produktion und der Schutz ihrer Arbeit

§ 19

(1) Auf der Grundlage der Gleichberechtigung ist den Frauen in erhöhtem Maße die Arbeit in der Industrie, im Transportwesen, in der Kommunalwirtschaft, im Handelswesen, in den Maschinen-Ausleihstationen und Volksgütern, in allen Organen der staatlichen Verwaltung, der Volksbildung, des Gesundheitswesens und anderen Institutionen der Deutschen Demokratischen Republik zu ermöglichen. Die Arbeit der Frauen in der Produktion soll sich nicht auf die traditionellen Frauenberufe beschränken, sondern auf alle Produktionszweige erstrecken, insbesondere der Elektroindustrie, der Optik, des Maschinenbaues, der Feinmechanik, der Holz- und Möbelindustrie, der Schuhindustrie sowie des Bau- und graphischen Gewerbes.

(2) Die Arbeitsbedingungen sind den physischen Besonderheiten der Frau anzupassen.

§ 20

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierungen der Länder sowie die Direktoren der volkseigenen und ihnen gleichgestellter Betriebe, der Maschinen-Ausleihstationen und der volkseigenen Güter, sowie die Inhaber von Privatbetrieben haben zur Förderung der Frau in der Produktion folgende Voraussetzungen zu schaffen:

a) den Frauen ist eine ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten entsprechende Arbeit in den Betrieben zu übertragen,

b) das im Gesetz der Arbeit festgelegte Prinzip der gleichen Bezahlung für die gleiche Arbeit ist durchzuführen,

c) in allen Berufen sind Maßnahmen zur Qualifizierung der Frauen zu treffen. Es ist dafür zu sorgen, daß Frauen in höherem Maße als bisher in leitenden Stellungen arbeiten.

§ 21

Die Arbeitskräfte-Nachwuchspläne müssen die Ausbildung der Frau in qualifizierten Berufen bevorzugt sicherstellen.

§ 22

(1) Die alleinstehenden werktätigen Bäuerinnen sind durch Wirtschaftsberatungen und durch bevorzugte Übernahme landwirtschaftlicher Arbeiten seitens der Maschinen-Ausleihstationen im Rahmen ihrer Pläne besonders zu unterstützen. Ferner ist ihren Wirtschaften jede andere notwendige Hilfe durch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und durch Gewährung von Krediten für den Bau von Gehöften und Wirtschaftsgebäuden zu leisten. Das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft hat binnen eines Monats entsprechende Anweisungen zu erlassen. Dabei sind kinderreiche alleinstehende Bäuerinnen und Bäuerinnen, die in ihrer Wirtschaft keine arbeitsfähigen Personen haben, besonders zu berücksichtigen.

(2) In den Volkswirtschaftsplänen ist ab 1951 zur Entlastung der Landarbeiterinnen und Bäuerinnen die Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen, wie Kindertagesstätten, Waschanstalten, Nähstuben und Kükenaufzuchtstationen, vorzusehen.

§ 23

Die Direktoren der volkseigenen und der ihnen gleichgestellten Betriebe, der Maschinen-Ausleihstationen und der volkseigenen Güter sowie die Inhaber von Privatbetrieben haben

1. für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen in der Produktion Sorge zu tragen:
2. darüber zu wachen, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Verbot, Frauen schwere und gesundheitsschädliche Arbeiten zu übertragen, eingehalten werden;
3. beim Einsatz von Frauen für Überstunden und Nachtarbeit deren Verpflichtungen als Mutter von kleinen Kindern weitgehendst zu berücksichtigen;
4. sanitäre, hygienische und soziale Einrichtungen für die arbeitenden Frauen zu schaffen.

§ 24

(1) Das Ministerium für Volksbildung hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen und dem Ministerium für Planung die zur Betreuung der Kinder arbeitender Frauen erforderlichen Erziehungs- und Hilfskräfte sicherzustellen.

(2) Die Öffnungszeiten der Kinderkrippen und der Kindertagesstätten sind der Arbeitszeit der Frauen anzupassen.

§ 25

(1) Die Wohnungsämter haben alleinstehenden und kinderreichen arbeitenden Müttern bevorzugt Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

(2) Die Betriebsleiter haben bei der Einstellung von Arbeitskräften alleinstehenden Müttern den Vorzug zu geben.

IV.

Teilnahme der Frau am staatlichen und gesellschaftlichen Leben

§ 26

(1) Alle Verwaltungsstellen in der Deutschen Demokratischen Republik müssen zusammen mit dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und der Freien Deutschen Jugend in größerem Maße als bisher die Frauen zur Teilnahme an der staatlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Tätigkeit heranziehen.

(2) Die Zahl der weiblichen Bürgermeister, Stadt-, Land- und Kreisräte ist in das richtige Verhältnis zur tatsächlichen gesellschaftlichen Kraft der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik zu bringen. Dazu sind planmäßige Lehrgänge zur Heranbildung leitender weiblicher Verwaltungsangestellten bei der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht" zu organisieren.

(3) Teilnehmer dieser Sonderlehrgänge sowie aller Lehrgänge an Verwaltungsschulen und der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht" sollen Frauen sein, die sich in den Betrieben, Organisationen und in der ehrenamtlichen Mitarbeit bereits bewährt haben und von den demokratischen Organisationen vorgeschlagen werden.

(4) Bei der Auswahl für Ehrenämter, insbesondere von Geschworenen, Schöffen und Beisitzern, Schiedsleuten, Hausvertrauensleuten, sowie bei der Wahl von ehrenamtlichen Funktionären der Sozialversicherung sind Frauen besonders zu berücksichtigen.

§ 27

(1) Die Organe der Volksbildung, insbesondere die Schulleiter und die Lehrer sind verpflichtet, die Eltern, insbesondere die Mütter, bei der Erfüllung ihrer ehrenvollen Pflicht zur Erziehung ihrer Kinder im Geiste des Friedens und der Demokratie tatkräftig zu unterstützen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für Volksbildung der Deutschen Demokratischen Republik die Veröffentlichung und Verbreitung von entsprechender Literatur für die Eltern zu veranlassen, die Einrichtung von Elternseminaren zu fördern und Vorträge über die richtige Erziehung der Kinder zu organisieren.

(2) Die Eltern, insbesondere die Mütter, sind für die aktive Teilnahme an der Arbeit der Schulen in erhöhtem Maße zu gewinnen.

§ 28

Das Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik hat

1. die Herausgabe von Literatur und die Herstellung von Filmen zu veranlassen, die die schöpferische

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Arbeit, die staatliche und gesellschaftliche Tätigkeit der Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik, die Teilnahme der Frauen an der Friedensbewegung und der Bewegung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland widerspiegeln,

2. die Herausgabe von Literatur über die Lage der Frau in anderen Ländern, insbesondere in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, und über die internationale demokratische Frauenbewegung zu organisieren,
3. regelmäßige spezielle Rundfunksendungen für Frauen sicherzustellen, in denen die Bedürfnisse und Wünsche der Frauen besonders zu berücksichtigen sind.

§ 29

Sämtliche Verwaltungsorgane, Institutionen und Betriebe sind verpflichtet, die freiwillige Teilnahme von Frauen an der Arbeit der Kinderkrippen, Kindertagesstätten, Kinderwochenheime, Erholungsheime, Kinderspielplätze, Milchküchen, Wäschereien, Flickstuben und anderer sozialer Institutionen mit allen Kräften zu fördern.

V.

Schlußbestimmungen

§ 30

Die Verletzung des Verfassungsprinzips der Gleichberechtigung der Frauen, die in einer absichtlichen Einschränkung oder Schmälerung der Rechte, die der Frau im vorliegenden Gesetz gewährleistet werden, zum Ausdruck kommt, wird mit Gefängnis bestraft, soweit nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine schwerere Strafe verwirkt ist.

§ 31

(1) Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen erläßt im Einvernehmen mit den jeweils zuständigen Fachministerien Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.

(2) Das vorliegende Gesetz tritt am 1. Oktober 1950 in Kraft.

(3) Gleichzeitig treten alle gesetzlichen Bestimmungen, die diesem Gesetz widersprechen, außer Kraft.

Die Liste dieser Bestimmungen ist im Gesetzblatt zu veröffentlichen. Das Ministerium der Justiz der Deutschen Demokratischen Republik hat diese Liste der Regierung vorzulegen.

Durchführungsbestimmung über den Mutter- und Kinderschutz

Das Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen hat folgende Durchführungsbestimmungen zum § 10 des Gesetzes über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau vom 27. September 1950 erlassen:

Auf Grund § 31 Abs. 1 des Gesetzes vom 27. September 1950 über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau wird im Einvernehmen mit den zuständigen Fachministerien zur Durchführung seines § 10 folgendes bestimmt:

Zu § 10 Abs. 3 des Gesetzes:

§ 1

Zur Erlangung eines Urlaubs bis zu acht Wochen ist eine unnormale Geburt vom Arzt schriftlich zu bestätigen.

Zu § 10 Abs. 3 des Gesetzes:

§ 2

(1) Die Schwangerschafts- und Wochenhilfe aus der Sozialversicherung ist für die Dauer des Schwangerschafts- und Wochenurlaubs nach § 10 Abs. 1 an die dem Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) unterliegenden Versicherungspflichtigen zu zahlen. Für die im Bergbau Beschäftigten verlängert sich die Dauer der Schwangerschaftshilfe auf sechs Wochen, ohne daß es einer besonderen Arbeitsbefreiung durch den Arzt bedarf. Für alle übrigen Versicherten (Selbständige, freiwillige Versicherte, Studenten, Hoch- und Fachschüler, Rentner und Arbeitslose) gelten die Vorschriften der Verordnung vom 28. Januar 1947 über die Sozialpflichtversicherung (VSV) („Arbeit und Sozialfürsorge" S. 92) und die Vorschriften der Verordnung vom 28. Januar 1947 über die freiwillige und zusätzliche Versicherung („Arbeit und Sozialfürsorge" S. 102) weiter.

(2) Die Leistungen der Schwangerschafts- und Wochenhilfe können wöchentlich gezahlt werden.

(3) Als durchschnittliches Monatseinkommen gilt der Nettoarbeitsverdienst nach dem durchschnittlichen Arbeitsverdienst der letzten drei Monate vor der Arbeitsbefreiung. Die Schwangerschafts- und Wochenhilfe ist in Höhe des Nettoeinkommens zu zahlen.

Leistungszuschläge und ähnliche Vergütungen nach tariflichen Vereinbarungen gelten als normales Entgelt, soweit sie der Lohnsteuer unterliegen.

(4) Die monatliche Einkommensgrenze nach der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung von 600 DM findet für die Leistungen nach diesem Gesetz keine Anwendung.

(5) Schwangerschafts- und Wochenhilfe wird statt Haus- und Taschengeld auch während des Aufenthalts in einem Krankenhaus oder in einem Entbindungsheim gewährt, solange er wegen der Geburt notwendig ist.

(6) Der Anspruch bleibt auch dann erhalten, wenn der Arzt bestätigt, daß die Schwangere länger als fünf Wochen vor der Entbindung infolge Schwangerschaft die Arbeit nicht fortsetzen kann. Bis zum Beginn der Zahlung der Schwangerschaftshilfe sind die Bestimmungen über die Arbeitsbefreiung und die ärztliche Kontrolle anzuwenden.

(7) Die Vorschriften des § 36 Abs. 7 und 8 der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung finden keine Anwendung.

(8) Die Geldunterstützung für das Kind nach § 36 Abs. 5 der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung entfällt, da sie in der Schwangerschafts- und Wochenhilfe enthalten ist.

(9) § 67 der Verordnung über die Sozialpflichtversicherung und die Anordnung vom 5. Oktober 1949 zur Sicherung der rechtlichen Stellung der anerkannten Verfolgten des Naziregimes (Zvobl. S. 765) sind nicht anwendbar.

Zu § 10 Abs. 4 des Gesetzes:

§ 3

Die einmalige Unterstützung von 50 DM ist für jedes Kind zu gewähren, auch bei Mehrlingsgeburten. Sie kann bereits zwei Wochen vor der Geburt gezahlt werden. Anspruchsberechtigt sind diejenigen Mütter, die Schwangerschafts- und Wochenhilfe zu erhalten haben.

§ 4

Die Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 in Kraft.

Berlin, den 3. November 1950

Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen
Steidle, Minister

Herausgegeben vom Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland — Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8 Thälmannplatz 8/9. — Druck: (13) Berliner Verlag GmbH., Berlin W 8, Jägerstraße 10/11

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Unsere Verlagserscheinungen,

die auch Ihr Interesse finden werden!

Deutschlands STIMME

Die Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Erscheint wöchentlich..... Preis **20 Pf.**

INFORMATIONSDIENST

der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Preis **50 Pf.**

SCHRIFTENREIHE

der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Verlangen Sie unser ausführliches Verlagsverzeichnis

KONGRESS-VERLAG G.M.B.H.

BERLIN W 8, THÄLMANNPLATZ 8/9 · TELEFON 67 00 18

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

50X1-HUM

25/26. November 1950 W
3. Jahrg. · Nr. 47 · Preis 20 Pf.

Deutschlands STIMME

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Hellmuth v. Mücke: „Ich kann nicht länger schweigen!" / Der frühere Oberleutnant: „Wir werden wieder auf die Straße gehen!" / Der Hamburger Reeder: „Den Prager Ball endlich auffangen!"

Drei sprechen für Millionen

„Sie wollen wissen, wie wir Hamburger Kaufleute zu einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands stehen", ging der Reeder sogleich auf unsere erste Frage ein. „Wissen Sie, wenn früher mal ein Hamburger Kaufmann von einem preußischen Junker spöttisch gefragt wurde, womit handelt ihr denn eigentlich, dann war die stehende Antwort: Mit Weisheit und Verstand. Aber es gehört gar nicht einmal so sehr viel Weisheit dazu, um Ihre Frage zu beantworten. Sehen Sie, die Hamburger Kaufmannschaft lebt vom Handel, vom Handel mit der Welt. Jeder Krieg aber schnürt uns von der Welt ab, läßt den Handel verkümmern. Durch die Spaltung Deutschlands liegt der Hamburger Handel weiter darnieder. Wenn irgend jemand die Einheit Deutschlands braucht und Handel mit dem Osten, dann sind's die Hamburger Kaufleute. Und nicht nur die Hamburger. Die Reeder denken nicht anders. Jeder Krieg dezimiert unsere Handelsflotte. Von dem, was noch übrig ist, muß das meiste abgeliefert werden. Jeder Krieg macht uns arm. Nach jedem Krieg müssen wir wieder von vorn anfangen. Sie werden also keinen Hamburger Reeder oder Kaufmann finden, der nicht unbedingt für den Frieden und grundsätzlich für die Einheit Deutschlands ist, der nicht jede Verständigung zwischen Ost und West begrüßen würde. Aber es gibt natürlich auch Hemmungen. Manche haben Furcht vor der Enteignung."

„Furcht vor der Enteignung? Warum denn? Selbst in der Deutschen Demokratischen Republik, damals Ostzone, wurden doch nur die Betriebe der Kriegsverbrecher und der großen Rüstungsgewinnler in Volkseigentum übergeführt. Zahlenmäßig befindet sich die weit überwiegende Zahl aller Industriebetriebe in unserer Republik im privaten Besitz, und an der Produktion haben sie zur Hälfte Anteil. Zudem sieht unsere Regierung in der Herstellung der deutschen Einheit eine so wesentliche, ja entscheidende Garantie des Friedens, daß sie sicher bei gemeinsamen Verhandlungen den Wünschen und Ansichten der westdeutschen Wirtschaft in großzügiger Weise Rechnung tragen würde. In dieser Beziehung dürfen Sie unbedingtes Vertrauen in das Wort Walter Ulbrichts setzen, der unzweideutig erklärte: ‚Auf beiden Seiten muß der Wille zu Kompromissen vorhanden sein. Wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschland einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird.' "

„Dieses Entgegenkommen ist sehr begrüßenswert", gab Kröger zu. „Ich glaube auch, daß es ehrlich gemeint ist. Ich glaube es deshalb, weil ich sicher bin, daß Ihre Regierung den Frieden ebenso will wie die Sowjetunion, weil sie ihn braucht, und um des Friedens willen wird sie eben auch zu vernünftigen Konzessionen bereit sein."

„Ich glaube, wir bewegen uns ein bißchen auf Nebengleisen", mischte sich Hellmuth von Mücke in seiner ruhigen und bedächtigen Art ein. „Es geht doch nicht darum, daß sich der Westen an die Deutsche Demokratische Republik anschließt und dann ihre Einrichtungen übernimmt. Es kommt doch darauf an, daß Friede bleibt, daß die Gefahr eines Krieges, eines Bruderkrieges aus der Welt geschafft wird. Bei allen Gesprächen, die ich mit vielen Kameraden, ehemaligen Offizieren und Parteiführern, gehabt habe, gab es darüber keinen Zweifel. Es interessiert uns weder die Planwirtschaft, noch eine andere Wirtschaft, sondern nur die eine Frage: Wie leben wir als deutsches Volk weiter. Und darum haben wir jetzt alle den Entschluß gefaßt, wieder öffentlich aufzutreten, in öffentlichen Versammlungen gegen die Remilitarisierung zu sprechen. Die Erkenntnis, daß

Aus Westdeutschland kamen drei Männer. Der Name des einen ist in der letzten Zeit oft in den Zeitungen erwähnt worden: der ehemalige Seeoffizier Hellmuth von Mücke. Mit ihm waren der ehemalige Oberleutnant und Oberbannführer der HJ Jurczek und ein bekannter Hamburger Reeder, der aber keinen Wert darauf legt, seinen Namen der amerikanischen Geheimpolizei preiszugeben. Nennen wir ihn — Kröger. Sie setzten sich mit drei Männern aus der Deutschen Demokratischen Republik, Männern des öffentlichen Lebens, an einen Tisch. Man unterhielt sich lange, ernst und eingehend. Das Gespräch konzentrierte sich sogleich auf die Fragen, die heute jeden politisch denkenden Menschen bewegen: Wie verhütet man das Unglück, das Deutschland durch die von Amerika geforderte Wiederaufrüstung droht, wie erhält man den Frieden, wie wird der Wunsch aller Deutschen, daß ihr Vaterland wieder eins werde, politische Wirklichkeit?

irgendeine Art kriegerischer Auseinandersetzung auf dem Gebiete Deutschlands für uns das Ende bedeutet, hat mich zu diesem Entschluß veranlaßt."

„Der Weg der Gewalt," warf der ehemalige Oberleutnant ein, „führte Deutschland nicht zur Größe, sondern am Ende dieses Weges stand Chaos und Zerstörung. Das haben wir am eigenen Leibe alles schmerzlich miterlebt. Deshalb lehnen wir die Remilitarisierung mit unserer ganzen Entschlossenheit ab. Wir wollen Deutsche, nicht Söldner Amerikas sein. Wir werden unter höchstem und dauerndem Einsatz der Person die Zeit nutzen, um Deutschland vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges zu retten. Nicht in dumpfem Fatalismus wollen wir unser Schicksal hinnehmen — wir wollen mit allen aktiven nationalen Kräften auf einer gemeinsamen Plattform den Kampf gegen die Remilitarisierung führen. Sie können gewiß sein, daß mit mir Hunderte von Offizieren und Tausende von ehemaligen Soldaten aufstehen und auf die Straße gehen werden. Wir werden das deutsche Volk aufrufen, damit es wieder politisch wach wird und erkennt, daß es um sein Leben geht."

„Ganz recht", unterbrach lebhaft Hellmuth von Mücke. „Die größte Gefahr ist jetzt die Remilitarisierung. Denn wenn man diesen ersten Schritt getan hat, kommt der nächste und der übernächste. Dann schlittern wir plötzlich in den Krieg hinein, ohne daß wir ihn gewollt haben. Wir haben den Deutschen im Westen klarzumachen, welche ungeheure Verantwortung für den Frieden auf ihnen ruht. Denn in Frankreich und Italien treffen die amerikanischen Kriegspläne immer wieder auf Ablehnung. Das einzige, worauf sich die USA noch stützen können, ist Westdeutschland. Macht Westdeutschland nicht mit, dann fehlt Amerika das materielle und menschliche Kriegspotential. Deshalb ist es für Leben und Zukunft unseres Volkes entscheidend, die Remilitarisierung zu verhindern. Alles andere ist jetzt Nebensache. Es ist ganz gleichgültig, ob wir in sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen vielleicht nicht ganz einig sind. Die Atombombe fragt nämlich nicht, ob mir dieses oder jenes im Osten oder Westen gepaßt hätte oder nicht. Ist sie erst einmal gefallen, dann bin ich erledigt. Um das Leben unseres Volkes zu erhalten, müssen wir viele Meinungsverschiedenheiten hintanstellen."

Das Gespräch kam auf die Vorschläge der Prager Außenminister-Konferenz: Friedensvertrag, Abzug der Besatzungstruppen, Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zur Vorbereitung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung.

„Die Konferenz hat uns einen Ball hingeworfen", gab der Hamburger Reeder seiner Überzeugung Ausdruck. „Wir müßten dumm sein, wenn wir ihn nicht endlich auffangen. Die Vorschläge sind gut, wer kann das bestreiten? Von wem sie kommen, ist mir gleichgültig. Wenn Amerika uns denselben Vorschlag gemacht hätte, wenn Amerika gesagt hätte: setzt euch zusammen, berreitet einen Friedensvertrag vor, wir wollen die Besatzungstruppen zurückziehen, hätten wir auch nicht nein gesagt. Es ist doch unwesentlich, wer Vorschläge macht, wichtig ist nur, ob sie den deutschen Lebensinteressen entsprechen."

„Wie stehen Sie dazu, daß in diesem Rat Ost- und Westdeutschland paritätisch vertreten sein sollen?"

„Viele westdeutsche Politiker sind mit dieser Parität nicht einverstanden", gab Jurczek zu. „Aber mir ist klar: wenn man sich verständigen will, dann hat es keinen Sinn, Mehrheitsbeschlüsse zu fassen und dem anderen seine Meinung aufzuzwingen. Die beiden Deutschlands müssen schon gleichberechtigt an einem Tisch sitzen. Über das Wesentliche muß man sich einigen, alles andere muß man vertagen. Und zwar muß dieser Rat schnell zustandekommen, denn Deutschland ist in Gefahr."

„Die Frage ist bloß", meinte kopfschüttelnd Jurczek, „wie der Westen mit dem Osten ins Gespräch kommen soll. Ich habe den Eindruck, daß Adenauer sich zu fest nach der anderen Seite gebunden hat."

„Es gibt doch genügend andere, bessere, wertvollere Leute als Adenauer, die sich zu einer derartigen gesamtdeutschen Beratung bereitfinden würden", wirft Kröger ein. „Es kommt doch bloß darauf an, daß jeder ein bißchen die politischen Hemmungen und Vorurteile zurückstellt. Das kann doch gar nicht schwerfallen, wo es um Leben oder Tod für alle und für jeden geht. Wir müssen Menschen finden, die bereit sind, diesen gesamtdeutschen Rat irgendwie zustande zu bringen. Ich werde mich mit mir bekannten Politikern darüber aussprechen. Aus dem Kreis jener Menschen, die sich dazu berufen fühlen, an einer friedlichen Entwicklung Deutschlands mitzuarbeiten, müssen jetzt die besten Kräfte zu einem solchen gemeinsamen Rat aus Ost und West zusammentreten. Dieser Rat oder eine provisorische Regierung müßten dann mit den Regierungen der Siegermächte verhandeln und ihnen Vorschläge unterbreiten. So können wir weiterkommen. Nur sollen wir das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen. Das wäre aber der Fall, wenn irgendwelche Leute zuerst wieder mit ihren Forderungen nach gesamtdeutschen Wahlen kommen. Das können wir später machen, wenn wir erst wieder eine Institution haben, die für Gesamtdeutschland sprechen und entscheiden kann. Jetzt geht es darum, etwas Wirksames für den Frieden zu tun. Darin sind sich alle vernünftigen Menschen einig. Darüber können sich auch Vertreter Ost- und Westdeutschlands, die dasselbe Ziel im Auge haben, leicht verständigen."

„Ich gebe Herrn Kröger völlig recht", pflichtete Hellmuth von Mücke bei. „Es sind noch andere einflußreiche Leute da als Adenauer. Im übrigen muß uns jeder recht sein, der bereit ist, mitzuhelfen, um das deutsche Schiff vor dem Untergang zu retten. Wir müssen nur die Menschen in Bewegung bringen, damit sie prominente westdeutsche Politiker und Wirtschaftler an den Verhandlungstisch mit den Politikern Ostdeutschlands bringen. Es ist doch nicht schwer, die Menschen davon zu überzeugen, daß es keinen Krieg geben wird, wenn wir den Prager Vorschlägen folgen."

„Wir haben tatsächlich keine Zeit zu verlieren. Die Amerikaner möchten lieber heute als morgen ihre deutsche Wehrmacht haben. Bringen wir aber den Gesamtdeutschen Rat schnell zustande, dann nehmen wir ihnen das Wasser von der Mühle", betonte Kröger. Und er fügte hinzu: „Wer jetzt die Initiative ergreift, der Nationalrat oder die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, verdient den Dank der Nation."

Die späte Stunde mahnte zum Aufbruch. Wir schüttelten uns, einig im gleichen Ziel, die Hände, und der frühere HJ-Führer versicherte zum Abschied: „Wir werden alles aufbieten, um die Remilitarisierung zu verhindern und den Ausgleich zwischen Ost und West auf Grund der Prager Vorschläge herbeizuführen. Wir werden jedem deutschen Politiker die Frage stellen: Wie stehst du zur Remilitarisierung, wie stehst du zur Einheit Deutschlands, wie stehst du zum Frieden? Hier geht es um Leben oder Tod für dein Volk. Hier entscheide dich — alles andere ist belanglos. Entscheide dich für Einheit und Frieden und tue dann deine deutsche Pflicht, [illegible] deinem Volke voran zur ret[illegible] Tat!"

Niemals!

„Ich sage zur Remilitarisierung nur Niemals, niemals, niemals!" Mit diesem Aufschrei schließt der noch einmal davongekommene Soldat des zweiten Weltkrieges Ernst Bartsch aus Hof in Bayern seinen Brief an die in derselben Stadt erscheinende „Frankenpost". Es war eine der vielen tausend Antworten auf die öffentliche Umfrage des Blattes: „Wie stehen Sie zur Remilitarisierung?" 89 vom Hundert aller Einsender sprechen sich im selben Sinne aus. Wahrscheinlich hätten sich sogar, wie es bei unseren Volkswahlen am 15. Oktober der Fall war, über 99 Prozent gegen jegliche Aufrüstung, für eine unbedingte Friedenspolitik entschieden, wenn sie nicht dem dauernden Trommelfeuer der Kriegshetze ausgesetzt wären.

*

Jede einzelne der kategorisch ablehnenden Antworten auf die Rundfrage der „Frankenpost" ist kennzeichnend für den tiefen Friedenswillen unserer westdeutschen Brüder und Schwestern.

„Wir Heimkehrer lehnen eine Aufrüstung ab und fordern eine Volksbefragung über dieses Problem. Die Antwort des Bundeskanzlers haben Sie gehört: Eine Volksbefragung wäre im Grundgesetz nicht vorgesehen! Ich frage den Herrn Bundeskanzler: Gibt es eine Demokratie, in der das Volk doch nicht gefragt wird?" — So schreibt Georg Blumentritt, der Vorsitzende der Heimkehrer-Organisation von Naab-Bärnau.

Karl Sellmann aus Hof richtet an Adenauer die Aufforderung: „Herr Adenauer sollte sich gesagt sein lassen, daß das Volkes Stimme in dieser Angelegenheit unbedingt gehört werden muß. Anderenfalls müßte man seine Handlungsweise als reine Diktatur betrachten, die noch schlimmer wäre als das System der NSDAP. Dort hat man seine Absichten offen in die Welt hinausgeschrien, während Adenauer heute im Trüben fischen und diktieren will und das dann Demokratie nennt."

„Unter keinen Umständen kann die Remilitarisierung von einer kleinen Minderheit des Volkes entschieden werden, auch wenn diese Minderheit die Regierung darstellt. Dazu ist sie von ihren Wählern nicht beauftragt worden." So antwortet Karl Herrmann aus Weiden der „Frankenpost".

„Diejenigen Herren Abgeordneten und Minister, die ohne Wehrmacht nicht auskommen, mögen sich freiwillig in einer Auslandsarmee melden — wir tun nicht mit!", erklärte Josef Schneider aus Helmbrechts.

Heinrich Ritzmann und Erwin Dohs aus Hof, die beide fünf Jahre lang in Kommißstiefeln durch viele Länder Europas marschieren mußten, betonen: „Die Herren da oben sollen mit unserem Segen den Heldentod sterben, doch ohne uns!"

„Wer Sehnsucht nach einem dritten Weltkrieg hat, ist ein Hasardeur. Wir wollen in Ruhe an der Heilung der geschlagenen furchtbaren Wunden des letzten Krieges arbeiten, und dazu brauchen wir den Frieden", lautet die Antwort des 54 Jahre alten Christian Gack aus Schlottenhof, der im letzten Krieg seine beiden Söhne verlor.

Die Stimme vieler ehemaliger Wehrmachtsoffiziere spricht aus der Antwort des früheren Oberleutnants Harald Böttcher aus Bayreuth: „Unser Volk sollte endlich die Würde an den Tag legen, die Zumutung einer Remilitarisierung mit einem einzigen Schrei der Ablehnung und Entrüstung zurückzuweisen. Wir wollen endlich unsere Ruhe, darum: ohne uns!"

Und der im letzten Weltkrieg fünfmal verwundete Student Sepp Seifert aus Berneck schreibt: „Wir jungen Menschen haben die Beratungen unserer Politiker mit Skepsis verfolgt, denn wir haben nicht das Verlangen, uns als Landsknechte zu verdingen."

*

Das also ist die Stimmung jenseits der Zonengrenzen. Wenn sich dieser Widerwille gegen jegliche Remilitarisierung zum entschlossenen organisierten Widerstand aller friedensgewillten Deutschen verdichtet, wenn die Generalstabsoffiziere der Atlantikarmee keine deutschen Söldner bekommen, dann kann der amerikanische Krieg nicht stattfinden. Darum ist es unsere Pflicht, unseren Brüdern und Schwesten im Westen zuzurufen: Fordert von euren Politikern, daß sie sich endlich mit den führenden Männern Ostdeutschlands an einen Tisch setzen, um einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, um gemeinsam eine gesamtdeutsche souveräne, demokratische und friedliebende provisorische Regierung vorzubereiten. Wenn dies gelingt, dann ist Aussicht auf einen baldigen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen. Der einheitliche Wille eines 65-Millionen-Volkes wird stärker sein als amerikanische Bajonette.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschlands STIMME

Beitrag der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Klarer Kurs

Die Regierungserklärung Otto Grotewohls vor der Volkskammer brachte eine Sensation — aber keine Sensationen. Eine Sensation für den, der immer noch glaubt, unsere Regierung und ihre Politik mit alten Maßstäben messen zu können. Will man die Regierungserklärung auf eine kurze Formel bringen, so kann man sagen: das Wahlprogramm der Nationalen Front, für das sich am 15. Oktober die Mehrheit unserer Bevölkerung ausgesprochen hat, wird erfüllt. Das ist allerdings, verglichen mit der Praxis aller westlichen „Demokratien", einschließlich der der westdeutschen Bundesregierung, neu, da ja dort die Regierungen gar nicht daran denken, Wahlprogramme in die Tat umzusetzen. Ja, es galt vielmehr als Mangel an politischem Takt, nach der Wahl vom Wahlprogramm zu sprechen.

Keine Sensation enthielt die Regierungserklärung Otto Grotewohls insofern, als ja das Wahlprogramm, das jetzt im Mittelpunkt der Arbeit der Regierung steht, jedem Bürger unserer Republik bekannt ist. Daß die von der gegnerischen Presse vorher freigebig angekündigten „Sensationen", als da sind, Kollektivierung der Landwirtschaft, Schaffung einer Staatskirche, Ausschaltung der privaten Unternehmer, nicht eingetreten sind, ist selbstverständlich und sei nur am Rand vermerkt als erneuter Beweis für das gespannte Verhältnis, in dem die Westpresse zur Wahrheit steht.

Wiederherstellung der deutschen Einheit, Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland und Abzug aller Besatzungsmächte sind die Kernforderungen der in der Nationalen Front vereinten Patrioten. Diese Forderungen stellte auch Otto Grotewohl in den Mittelpunkt seiner Regierungserklärung. Den Weg zur Verwirklichung haben die Prager Beschlüsse gewiesen, an deren Zustandekommen bekanntlich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mitgewirkt hat. Otto Grotewohl unterstrich mit Nachdruck die Bereitwilligkeit seiner Regierung, „im Geist ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines paritätischen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind". Nie zuvor waren die Grenzen zwischen Innen- und Außenpolitik so fließend wie heute. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates bedeutet nicht nur eine Bereinigung der über Deutschland mit besonderer Spannung geladenen Atmosphäre, sondern auch einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens. Dieses Ziel steht im Mittelpunkt des außenpolitischen Programms unserer Regierung.

Einen breiten Raum in der Rede Otto Grotewohls nahm die Stellungnahme zum Fünfjahrplan ein. Sehr eindringlich hat der Ministerpräsident die Erfüllung des Fünfjahrplans als die gemeinsame Aufgabe von Regierung und Volk, von Verwaltung und schaffenden Menschen bezeichnet. Der Fünfjahrplan ist der Plan des Wohlstandes, des guten Lebens für alle, der von allen gemeinsam durchgeführt werden muß. Wer diesen Teil der Regierungserklärung aufmerksam liest, wird erneut begreifen, wie wichtig es war, die langjährige, erprobte Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte nicht durch einen Wahlkampf aller gegen alle zu unterbrechen und zu gefährden. So stellt die Regierungserklärung keinen Bruch der bisher eingehaltenen politischen Linie dar, im Gegenteil, sie bildet die konsequente Fortsetzung des Kurses, der 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone mit der Bildung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien eingeschlagen wurde.

Für diese Regierungspolitik des Friedens und des Aufbaues die Mitarbeit auch des letzten Bewohners unserer Republik zu gewinnen, ist die Aufgabe der Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Die in manchen Orten nach dem erfolgreichen Abschluß des Wahlkampfes eingetretene Müdigkeit muß überwunden werden. Bei der Aufklärung über die Prager Vorschläge, bei der Entfaltung einer breiten Volksbewegung für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, bei der Erfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes gilt es die lebendigste Wechselwirkung zwischen Volk und Regierung herzustellen.

Denn das Programm der Regierung Grotewohl zeigt ganz Deutschland den Weg des friedlichen Aufstiegs aus eigener Kraft. Es ist das Programm zur Rettung der Nation vor dem aus Amerika drohenden Unheil. Deshalb ist die Nation aufgerufen es in die Tat umzusetzen.

„Das Pack"

„Mit dem Pack muß Schluß gemacht werden", erklärte Dr. Adenauer, als er am 4. November in Stuttgart seine Rede im Zirkus Althof abbrechen mußte. Die Remilitarisierung ist nun einmal ein so bitterer Brei, daß ihn sich die zu einer CDU-Kundgebung versammelten braven Stuttgarter auch von Adenauer nicht schmackhaft machen ließen.

Dr. Adenauer entschwand aus der ungastlichen Stätte und schrieb an Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Klett einen bösen Brief, in dem er sich über das „Pack" und die Stuttgarter Polizei beschwerte, weil diese keine Anstalten gemacht hatte, die Versammlungsbesucher mit Hilfe des Gummiknüppels in die bei einer Befehlsausgabe vorgeschriebene stramme Haltung zu versetzen.

Dr. Klett hat jetzt Adenauer offiziell geantwortet und ihm dabei bescheinigt, daß es sich bei den Zwischenrufern um Spätheimkehrer, Kriegsversehrte und Anhänger aller politischen Richtungen gehandelt habe, die „mit ihren Ausführungen nicht einverstanden waren und daher ihr Mißfallen laut zum Ausdruck brachten".

Peinlich für Herrn Adenauer, daß ihm hier sozusagen amtlich bescheinigt wird, daß das „Pack", mit dem er „aufräumen" will, das ganze deutsche Volk umfaßt.

Panzerschichten

Mehr als eine Million Tonnen Kohle lagerten noch vor drei Monaten auf den Halden an der Ruhr. Heute müssen Ziegeleien in Niedersachsen, Bäckereien in Württemberg und Bayern, Papierfabriken im Schwarzwald vorübergehend wegen Kohlenmangels schließen, und Stromsperren werden in allen Ländern Westdeutschlands angekündigt. Die Hausbrandversorgung ist selbst in Nordrhein-Westfalen gefährdet, und wie 1946 suchen Schulkinder und Arbeitslose Kohlenbrocken an den Eisenbahndämmen. Glühende Kohlen werden deshalb auf Bundeswirtschaftsminister Erhards sorgenvolles Haupt gesammelt, und der neue Kohlensparkommissar Dr. Sogemeier, prominentes Mitglied der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL), sieht die einzige Lösung in gesteigerter Kohlenförderung.

Wie kam es zu dieser Klemme, die manchem als ein Rätsel erscheint? Die Antwort ist einfach: Der gesteigerte Bedarf der westeuropäischen Rüstungsindustrie hat die Halden leergefressen. Der Export wurde heraufgesetzt: 6,83 Mill. t muß das Ruhrgebiet im IV. Quartal 1950 ins Ausland liefern. 5,1 Mill. t wären das Äußerste, sagt Dr. Erhard im Hinblick auf den deutschen Verbrauch. Aber die westeuropäische Aufrüstung rangiert noch vor der westdeutschen. So müssen selbst die Opelwerke trotz der Aufträge an gepanzerten geländegängigen Kraftfahrzeugen für die sogenannte Bereitschaftspolizei, müssen die Stahlwerke an der Ruhr Kurzarbeit in Aussicht stellen.

Großbritannien konnte seinen Export zugunsten der britischen Rüstungsbetriebe drosseln. Artikel 24b des Ruhrstatuts aber droht mit „Sanktionen bei deutscher Säumigkeit". Auf dem Ruhrstatut aber basieren Schuman-Plan und Atlantikpakt, denn der Ruhrkohlenbergbau soll die Milchkuh für den westeuropäischen Rüstungsboom abgeben. Und der Ruhrkumpel soll der Ochse sein, denn bei einer völlig unzulänglichen zehnprozentigen Lohnerhöhung — nach vorangegangener Gedingekürzung — soll er durch Höchstdauerleistungen und mit zwei Sonderschichten im Monat den amerikanischen Krieg in Europa mit 400 000 t Tagesleistung schneller ermöglichen. Doch in allen Gruben stehen heute an den Förderwagen Losungen wie diese: „Überschichten sind Panzerschichten für den Krieg", „Heute Panzerschichten — morgen Panzerschlachten". Zwar haben sich, wie gemeldet, der Vorsitzende der IG Bergbau, Schmidt, Minister Erhard, Generaldirektor Kost von der DKBL und die Zechenherren bereits „grundsätzlich verständigt", die Last auf den Rücken des Kumpels abzuwälzen. Die Forderung der Kumpel aber heißt: „Siebenstundenschicht mit Lohnausgleich — kein Pfund Kohle für den Krieg!"

Für deutsche Verständigung

Nachdem die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Bereitschaft zur gesamtdeutschen Verhandlung erklärt hat, gilt es nun, allen verantwortlichen Politikern in Westdeutschland unmißverständlich klarzumachen, daß die Bevölkerung von ihnen die Ausnutzung aller durch die Prager Erklärung und die Stellungnahme der Regierung Grotewohl gebotenen Chancen fordert — stellt der westdeutsche Arbeitsausschuß der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fest. Die Entschließung der sechsten Tagung des Nationalrates: „Gegen westdeutsche Remilitarisierung — für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat", fand die einmütige Zustimmung des Arbeitsausschusses. Der Arbeitsausschuß fordert alle deutschen Patrioten auf, die Prager Vorschläge in Wort und Schrift weiter zu verbreiten, in den Gewerkschaften sowie in allen beruflichen, sozialen und kulturellen Vereinigungen eine breite Aussprache über diese Vorschläge zu entfalten und dafür zu sorgen, daß die Aufnahme gesamtdeutscher Besprechungen in persönlichen Erklärungen und Zuschriften, in Entschließungen sowie durch Abstimmungen zum Ausdruck kommt. Millionenfach muß der Ruf der Bevölkerung Westdeutschlands ertönen: „Remilitarisierung — ohne uns! Mit uns für die deutsche Verständigung!"

Absage an Wehrmacht

In Hessen und Württemberg-Baden fanden am vergangenen Sonntag Landtagswanlen statt. Der Ausgang dieser Wahlen wird durch folgende drei Tatsachen gekennzeichnet: außerordentlich niedrige Wahlbeteiligung, Stimmengewinne der SPD, Verluste der CDU.

Was bedeutet dieses Wahlergebnis? Um darauf antworten zu können, muß man untersuchen, mit welchen Parolen die einzelnen Parteien und besonders die Gewinner vor die Wähler hintraten. Zu Beginn des Wahlkampfes kündigte Dr. Schumacher die Bereitschaft seiner Partei an, einen deutschen Wehrbeitrag zu leisten, falls die Amerikaner mit ihrer ganzen militärischen Stärke in Europa und Westdeutschland aufmarschieren würden. Doch selbst in Versammlungen, die ausschließlich von Sozialdemokraten besucht waren, stießen diese Äußerungen Dr. Schumachers auf eisiges Schweigen und gereizten Widerspruch. So entschloß sich denn die SPD-Führung, den Wählern nach dem Munde zu reden, um ihre Gunst nicht zu verscherzen. Überall priesen die Wahlredner der SPD Dr. Schumacher und seine Partei als die unbeugsamen Kämpen gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands an.

Die führenden Männer der schwer angeschlagenen Adenauer-Partei fassen daher den Wahlausgang mit Recht als einen Protest gegen die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee auf. Auch der Vorsitzende der hessischen SPD deutete das Wahlergebnis als eine kräftige Absage an alle Remilitarisierungspläne. Groß wird allerdings die Enttäuschung der SPD-Wähler sein, wenn sie sehr bald erfahren werden, daß auch Dr. Schumacher ihnen den Karabiner in die Hand drücken möchte. Hat er doch die Remilitarisierung im gegenwärtigen Moment nur deshalb nicht uneingeschränkt bejaht, weil noch nicht genügend Amerikaner zum Ritt gen Osten auf deutschem Gebiet versammelt sind. Dr. Schumachers Wunsch wird bald erfüllt sein, denn immer neue amerikanische Divisionen treffen in Deutschland ein.

Die äußerst geringe Wahlbeteiligung zeigt übrigens an, daß Hunderttausende von Wählern dieses Doppelspiel Schumachers erkannt haben. Sein Anti-Remilitarisierungsgeschrei der letzten Stunde konnte sie nicht irreführen. Sie sind der billigen Phrasen gegen die amerikanischen Wiederaufrüstungspläne überdrüssig. Sie wollen Taten sehen.

Der Christ und sein Vaterland

Kirchenpräsident D. Niemöller nahm die Gelegenheit wahr, die sich für ihn aus einer Einladung seiner früheren Dahlemer Gemeinde ergab, am Tage vor der Konferenz der evangelischen Kirche Deutschlands in Berlin-Spandau noch einmal seinen Standpunkt in der Frage der Remilitarisierung zu präzisieren. Er tat das mit einer solcher Deutlichkeit, daß es zu lebhaftem Widerspruch kam, und die mit Dollars ausgehaltene Unterwelt Störungsversuche unternahm.

Niemöller — das mag hier noch einmal kurz zusammengefaßt werden — sieht die drohende politische Entwicklung in Westdeutschland außerordentlich klar. Er glaubt, wie er selbst sagte, der westlichen Presse kein Wort. Er weiß, daß es den Westmächten, vor allem den USA, nicht auf das Wohl und Wehe des deutschen Volkes ankommt, sondern daß die Westmächte in erster Linie deutsche Menschen als Kanonenfutter für ihre Aggressionspläne für sich in Anspruch nehmen wollen. Nur aus diesem Grunde haben sie „Hilfsmaßnahmen" für Westdeutschland gestartet. Sie schenken nichts. Für Lebensmittelimporte, die niemand bezahlen kann, verlangen sie den Blutzoll der deutschen Bevölkerung. Dabei sind ihnen die politischen Machthaber Westdeutschlands behilflich, und dagegen wendet sich Niemöller mit aller Entschiedenheit.

Als Christ betont er, daß westdeutsche Divisionen den Untergang Deutschlands heraufbeschwören.

Die Haltung Niemöllers der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber, das soll und darf nicht verschwiegen werden, ist nicht von der gleichen klaren Schau der tatsächlichen Verhältnisse bestimmt. Niemöller stützt sich dabei sichtlich auf rein negativ gefärbte Berichte, die ihm von interessierter Seite übermittelt werden, da er keinerlei oder nur sehr geringe eigene Beobachtungsmöglichkeiten hat. So kann es dazu kommen, daß er nicht in der Lage ist, der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Republik auch nur annähernd gerecht zu werden. Es wird die Aufgabe verantwortungsbewußter christlicher Kreise sein, ihm zur Findung eines gerechten Urteils zu verhelfen.

*

Die Kirchenkonferenz in Spandau hat nach langen und sehr schwierigen Beratungen eine in der Tagespresse bereits veröffentlichte Entschließung angenommen, die als ein Kompromiß bezeichnet wird. Sie ist insofern tatsächlich ein Kompromiß, als Niemöllers Haltung in der Frage der Wiederaufrüstung in Westdeutschland zwar weitgehend anerkannt wird und auch die Gewissensentscheidungen des zurückgetretenen Bundesinnenministers Dr. Heinemann gerechtfertigt werden, aber aus beiden Entscheidungen kein Gesetz für die Haltung der Kirche gemacht wird. Gerade damit aber hat sich die Kirche leider einer notwendigen politischen Entscheidung für den Friedenskampf enthalten. Auf keinen Fall jedoch kann aus dieser Entschließung entnommen werden, daß man die geistigen Kräfte der Kirche für eine Kreuzzugspropaganda in Anspruch nehmen dürfe.

Positiv ist in der Entschließung das Bekenntnis der evangelischen Kirche, dem Frieden „in der Welt" zu dienen. Besonders hervorgehoben aber werden muß der Aufruf an die Glieder der Gemeinden, ihre Verantwortung im öffentlichen Leben unseres Volkes überall wahrzunehmen. An diesen Aufruf schließt sich die Bitte an die Amtsträger der Kirchen an, in ihren politischen Äußerungen „Zurückhaltung" zu üben. Beides verdient festgehalten zu werden. Es hatte häufig den Anschein, als riefe die evangelische Kirche in unserem politischen Raum zur politischen Abstinenz, nicht nur der Pfarrer, sondern der Christen überhaupt. Hier ist das Gegenteil gesagt. Denn Teilnahme am öffentlichen Leben bedeutet bewußte Eingliederung der Glieder der evangelischen Gemeinden auch in das politische Leben, und Zurückhaltung in politischen Äußerungen seitens der Geistlichen bedeutet keinesfalls ein Verbot der Teilnahme an politischer Arbeit und politischen Entscheidungen.

Diese wichtigen Äußerungen der Kirchenkonferenz lassen erhoffen, daß manche bedauerlichen Mißverständnisse zwischen Kirche und Staat nun ihre Erledigung finden können, wenn nur die Landeskirchen in der Deutschen Demokratischen Republik, die sich übrigens einmütig für Niemöller einsetzten, aus dieser Entschließung praktische Schlußfolgerungen ziehen. Der gute Wille des Staates ist über jeden Zweifel erhaben. Wenn die Kirchen mit ganzem Ernst an ihrem Teil dazu beitragen, störende Spannungen zu beseitigen, werden sie sich selbst und unserem Volk einen guten Dienst leisten, ohne daß ihr eigener Auftrag in irgendeiner Weise verkürzt wird.

Westdeutscher Querschnitt

„WIR WOLLEN KEINE SOLDATEN sein — Adenauer geh Du allein" — mit dieser Aufschrift waren kürzlich alle Papierrollen in den öffentlichen Toiletten der Stadt Schleswig versehen.

DER KREISTAG von Helmstedt wandte sich einstimmig gegen jede Form der Remilitarisierung.

DAS DEUTSCHE VOLK müsse die Remilitarisierung, gleichgültig in welcher Form, mit aller Entschiedenheit ablehnen, erklärte der bayerische SPD-Landtagskandidat Weißhäupl.

DER VORSCHLAG einer Hausfrau auf einer CDU-Versammlung in Kassel, einen Brief an Adenauer und an Grotewohl zu schreiben mit der Aufforderung, sofort Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu ergreifen, wurde von den Anwesenden mit großer Mehrheit angenommen.

700 TEILNEHMER einer Belegschaftsversammlung der Union-Brückenbau AG in Dortmund protestierten gegen die Remilitarisierung und forderten gemeinsame Beratungen von Vertretern Ost- und Westdeutschlands.

DER KREISAUSSCHUSS des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bad Kreuznach lehnte in einer Entschließung die Remilitarisierung ab.

„WIR FASSEN KEINE GEWEHRE AN" — mit diesen Worten lehnten die auf dem München-Gladbacher Flugplatz beschäftigten 2000 deutschen Arbeiter die Aufforderung eines deutschen Majors ab, sich bewaffnen zu lassen.

IN ALLEN BETRIEBEN eine Abstimmung gegen die Remilitarisierung durchzuführen, beschloß die Mitgliederversammlung der Industriegewerkschaft Leder in Reutlingen.

MIT EINER ALLGEMEINEN Ablehnung der Remilitarisierung dürfe man sich nicht begnügen, da Adenauer die Diktatur der Demokratie vorziehe, erklärte auf einer Kundgebung die sozialdemokratische bayerische Landtagskandidatin Maria Günzel.

SCHÄRFSTE FRONTSTELLUNG gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands, Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands, mit Berlin als Hauptstadt — das sind die wesentlichen Programmpunkte der neugegründeten Deutsch-Sozialen Partei Niedersachsens, die Dr. Gereke zum Beitritt aufzufordern beabsichtigt.

OHNE DIE EIGENTÜMER zu verständigen, wurden bei Erkelenz an der holländischen Grenze 400 Morgen bestes Ackerlandes mit neun Bauernwirtschaften bei der Anlage eines neuen Militärflugplatzes vollständig zerstört.

SOFORT 200 EHEMALIGE Wehrmachtskasernen zu renovieren und sämtliche Wohnungsbauprojekte zurückzustellen, lautet ein Befehl der westlichen Besatzungsbehörden.

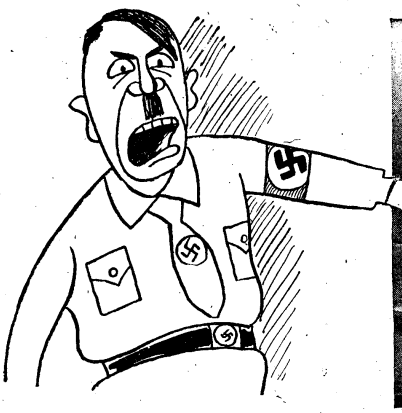
VOR NICHT LANGER ZEIT habe man noch Kriegsverbrecher verurteilt, doch heute rufe man schon wieder nach deutschen Soldaten, weil die Amerikaner ihre eigenen Truppen schonen wollen, erklärte Landrat Tackmann auf einer sozialdemokratischen Versammlung in Schleswig-Holstein.

Drohend streckt sich die Knochenhand nach ihnen aus. Bald werden sie beide, Winston Churchill und Douglas MacArthur, das 80. Lebensjahr erreicht haben. Sie möchten die Erfüllung ihres großen Traums, das ganze Weltall, alle Kontinente in den Flammen des Kriegsbrandes zu sehen, noch gar zu gerne erleben. Schlagt ihnen die Fackel aus der Hand!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ein Bild aus dem Jahre 1932: Weihnachten steht vor der Tür — und der Erwerbslose auch. Noch hängen Mastgänse im Schaufenster. Noch sind die Geschäfte mit allerfeinsten Sachen gefüllt. Aber einige Jahre später schon war der Traum vom „Schlaraffenland" ausgeträumt, denn . . .



. . . „Kanonen statt Butter", hieß jetzt die Parole. „Ich habe", verkündete Hitler am 1. September 1939, „nun über sechs Jahre am Aufbau der deutschen Wehrmacht gearbeitet. Es wurden in dieser Zeit über 90 Milliarden für den Aufbau der Wehrmacht aufgewendet. Sie ist die bestausgerüstete."

. . . Wenn ich diese Wehrmacht aufrief, und wenn ich nun vom deutschen Volke Opfer, und wenn notwendig, alle Opfer fordere, dann habe ich ein Recht dazu", sagte Hitler. Am gleichen Tage fiel der erste Schuß. Und als 1945 die letzte Patrone verschossen war, deckte Abertausende Söhne und Väter die Erde. „Kinderfriedhof" nennt der Volksmund diese Gräber von 2000 gefallenen deutschen Soldaten in der Nähe der Stadt Köln. Kein einziger von ihnen erlebte seinen 18. Geburtstag.

Kein denkender Mensch stimmt für seinen Tod

Kommen Sie her, kommen Sie ran, hier werden Sie genau so betrogen wie nebenan".

An diesen Ausruf Berliner Jahrmarktshändler wird man unwillkürlich erinnert, wenn man den jetzt in Westberlin abrollenden „Wahlkampf" betrachtet.

Acht Parteien sind aufmarschiert und prügeln munter aufeinander los. „Wie bitte, Herr Schulze, Sie haben doch auch schon Ärger mit der Versicherungsanstalt Berlin gehabt! Na also! Und wer ist dran schuld? Nur die S P D". „Frau Krause, Sie können sich von den feinen Sachen nichts kaufen, die in den Schaufenstern liegen. Das ist die Wirtschaftspolitik des C D U - Mannes Erhard. Wählen Sie also Franz Neumann und nicht etwa Friedensburg!" — „Lassen Sie sich nichts erzählen, Frau Lehmann, wir brauchen Freiheit, noch mehr Freiheit. Nur Schwennicke, sage ich Ihnen, nur Schwennicke!" — „Was haben denn CDU, SPD und FDP schon erreicht? Abtreten müssen sie. Versuchen Sie es getrost einmal mit uns, Fräulein Neumann. Deutsche Partei, ein Versuch führt zur ständigen Kundschaft".

„Kommen Sie her, kommen Sie ran, hier werden Sie genau so betrogen wie nebenan!"

Runter vom Jahrmarkt! Es schmerzt Ihnen schon der Kopf vom Lärm und Geschrei, Frau Lehmann? Wie meinen Sie, wer sich da noch auskennen soll? Sie kommen da gar nicht mehr mit? Jetzt mit einemmal läßt der Friedensburg an Reuter, läßt Suhr an Schwennicke kein gutes Haar. Wie lange ist es denn her, Frau Lehmann, da standen sie doch noch alle einträchtig nebeneinander auf der Rednerbühne vor dem Reichstag. Und als einige aufgehetzte Jugendliche die Fahne der Sowjetunion vom Brandenburger Tor holten und durch die Gosse schleiften, da hatten Sie einen leichten Druck im Magen. Wenn das nur gut geht, so meinten Sie damals. Denn das hatten Sie ganz richtig erkannt — hier wird mit Feuer gespielt. Zu all den täglichen Sorgen, die Sie haben, kam seitdem die größte hinzu, die Sie seit Jahren nicht mehr loswerden. „Wenn es bloß keinen Krieg gibt!" Herr Schulze, Frau Lehmann, Herr Krause, Fräulein Neumann, das ist doch Ihre größte Sorge. Darüber aber wird auf dem westberliner politischen Jahrmarkt herzlich wenig gesprochen.

Das ist indessen gar nicht merkwürdig. Denn in dieser Frage besteht zwischen den Rufern aller Parteien, ob alt oder neu, in Westberlin Übereinstimmung. „Berlin ist einen Krieg wert" hat der „Sozialdemokrat" einmal geschrieben. Und das ist in allen Variationen von allen Parteien und ihren Zeitungen immer und immer wiederholt worden.

Krieg oder Frieden, das ist die entscheidende Frage, um die es heute überall in der Welt geht, überall, auch in Westberlin. Nein, g e r a d e in Westberlin! Denn in Berlin soll der erste Schuß des dritten Weltkrieges fallen! Was dann wird? Ja, meinen Sie denn, das die Bomben-, Kanonen- und Panzerfabrikanten in den USA sich darüber den Kopf zerbrechen? Ihre Ware wollen sie loswerden, die Läger sind voll, Millionen von Arbeitslosen in aller Welt, auch in dem reichen Amerika, warten auf Arbeit. Stempelstelle, Rüstungsfabrik, Wehrmacht, Heldentod — das haben wir doch alles erlebt. Was aus Ihnen wird, möchten Sie wissen? Aber Fräulein Neumann, sie werden als „Kämpfer für die Freiheit" ihre Pflicht tun. Im Heldenkeller, in der Munitionsfabrik.

Von all dem hätte man auf dem Jahrmarkt überhaupt nichts erzählt? Und außerdem trauen sie den Reuter, Friedensburg und Schwennicke und wie sie alle heißen, das auch nicht zu? Fräulein Neumann, Hand aufs Herz, wir sind ja unter uns. Haben Sie eigentlich dem Hitler das zugetraut? Na, also!

Kommen Sie getrost mit rüber über den Potsdamer Platz in den demokratischen Sektor, wir trinken in der nächsten HO eine Tasse Kaffee, Fräulein Neumann. Sie wollen ja wissen, was Sie nun eigentlich tun können, wen Sie nun am 3. Dezember wählen sollen.

Bleiben Sie am 3. Dezember zu Hause. Gehen Sie einfach nicht zur Wahl! Lassen Sie sich von den Schreiern auf dem Jahrmarkt nicht einreden, daß es um VAB, Schulgesetz und freie Wirtschaft geht. Um das Rüstungsgeschäft geht es. Amerikaner und Briten haben Panzer nach Berlin geschickt. Die Infanterie sollen die Berliner stellen. Und die Krankenschwestern und die Nachrichtenhelferinnen, Fräulein Neumann. Ohne deutsche Infanterie findet aber der amerikanische Krieg nicht statt. Jeder, der am 3. Dezember zu Hause bleibt, bekundet damit, daß die Amerikaner auf ihn nicht rechnen können. Jeder, der nicht wählt, stimmt damit für den Frieden in seiner Heimatstadt und in der Welt.

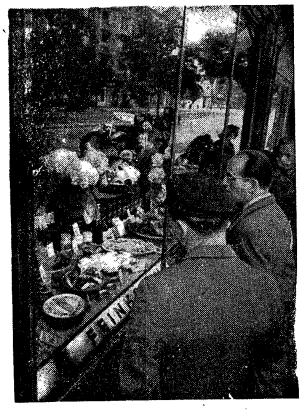
Natürlich erfordert eine solche Entscheidung etwas, was bei uns Deutschen sehr selten ist, nämlich Zivilkourage. Schon haben Vertreter Westberliner Parteien durchblicken lassen, daß man den Rentnern ihre Renten entziehen werde, wenn sie sich nicht an der Wahl beteiligen. Zuzutrauen ist es ihnen, denn sie haben ja Zehntausende vom Geldumtausch ausgeschlossen, weil sie im Osten der Stadt arbeiten. Aber für den Frieden muß man kämpfen, damit man nicht eines Tages wieder im Krieg kämpfen muß. Tagtäglich werden junge Menschen im Westen unserer Stadt in die Gefängnisse geworfen, weil sie für den Frieden geworben haben. Von Ihnen erwarten wir in Ihrem Interesse nur, daß Sie am 3. Dezember zu Hause bleiben.

Je mehr das tun, umso eher werden auch die Sektorengrenzen in unserer Stadt fallen. Die Schornsteine werden wieder rauchen, denn wir können mit 800 Millionen friedlichen Menschen im Osten der Welt Handel und Wandel treiben. Die Besatzungstruppen, alle Besatzungstruppen, werden abziehen, und wir Deutsche, wir Berliner werden uns an einen Tisch setzen und beraten, wie wir uns in unserem deutschen Haus einrichten.

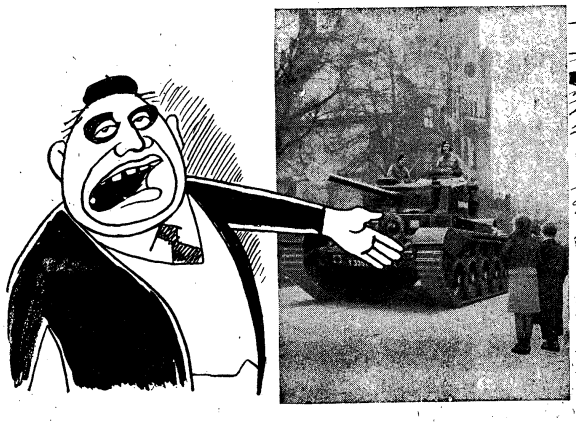
An alle Westberliner

In einem Flugblatt nimmt der Ausschuß der Nationalen Front der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik zu den Westberliner „Wahlen" vom 3. Dezember Stellung. Die Westberliner, heißt es darin, sollen der Fortsetzung einer Katastrophenpolitik zustimmen, die zum Kriege führt. „Acht Parteien bieten das Schauspiel eines Scheinwahlkampfes, doch keiner ihrer Kandidaten tritt für den Frieden, die Einheit unseres Vaterlandes und seiner Hauptstadt Berlin ein." Sie riefen statt dessen nach anglo-amerikanischen Panzern und Divisionen und wollen deutsche Männer zu Söldnern der kriegerischen Westeuropa-Union machen. Deshalb könne die Antwort der Westberliner nur lauten: „Ohne uns! Denn ohne uns findet der amerikanische Krieg nicht statt." Der Ausschuß der Nationalen Front der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik fordert daher alle Westberliner auf, den Betrugs- und Spalterwahlen fernzubleiben. Wer an die Wahlurne gezwungen werde, mache den Stimmzettel ungültig. „Westberliner! Wir alle wollen den Frieden. Die Prager Beschlüsse weisen uns den gangbaren Weg. Fordert einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat!"

Ein Bild aus jüngster Zeit, wieder steht das Weihnachtsfest, steht der Arbeitslose vor der Tür. In Westberlin sind — wie einst — die Schaufenster mit delikaten Dingen ausgelegt. „Unsere Lage", kommentierte der „Telegraf", „ist die kämpfender Soldaten. In vorderster Kampflinie haben wir das Vorrecht bester Verpflegung" ...



. . . Aber schon kündigt das Bonner Ministerium für den Marshall-Plan „konsumeinschränkende Maßnahmen" zugunsten der Aufrüstung an. Wieder gilt die Parole: „Kanonen statt Butter". Westberlins Oberhaupt Ernst Reuter jedoch fordert noch mehr Besatzungstruppen, noch mehr anglo-amerikanische Panzer. In seinem Parteiorgan schrieb er am 17. September 1950 wörtlich: „Zunächst aber müssen amerikanische Divisionen entsandt werden . . ." Die Panzer, die Divisionen sind in den letzten Tagen in Westberlin eingetroffen.



„Berlin ist heute das Stalingrad der deutschen Freiheit", sagte Ernst Reuter vor zwei Jahren. Unsere Westberliner Mitbürger haben den Krieg am eigenen Leibe erfahren, den Herr Reuter in Ankara verlebte. Sie verzichten darauf, die kriegslüsternen Fieberfantasien ihres Obermeisters verwirklicht zu sehen. Mögen sie ihn einbunkern, bevor sie von ihm in die Bunker getrieben werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die andere Seite

Im Gegenteil

Über den angeblichen Widerstand Dr. Schumachers gegen westdeutsche Divisionen für den amerikanischen Krieg schreibt „Der Tagesspiegel" Nr. 1572:

„Liest man die Ausführungen des Kanzlers und die des Oppositionsführers sorgfältig, so entdeckt man eine im Prinzip gleiche Haltung ... nur in den Formulierungen unterscheiden sich Adenauer und Schumacher ..."

Und die „Westdeutsche Rundschau" stellt in Nr. 206 fest:

„Wer die Rede des Oppositionsführers im Bundestag aufmerksam gehört und gelesen hat, findet darin nichts von einer grundsätzlichen Ablehnung jeder Wiederbewaffnung. Im Gegenteil: Dr. Schumacher bekundete den Willen der Sozialdemokraten zu einem deutschen Verteidigungsbeitrag, er knüpfte daran nur einige Bedingungen, die die Methode des Vorgehens betreffen."

Der Todeszirkel

Wie die Zeitung „Freies Volk" in Düsseldorf in Nr. 187 berichtet, warnte der frühere Bonner Innenminister Dr. Heinemann in Essen davor, den Kriegstreibern freie Bahn zu lassen:

„Wir sind bereits vom Todeszirkel der Rüstung umschlossen und werden in kurzem Planungen unterworfen sein, die das Gewissen der Menschen verstummen lassen. Es kann sein, daß zwei Brüder, daß Vater und Sohn einander den Tod bereiten. Ein Parlament oder eine Regierung, die das beabsichtigen, haben kein Recht mehr, sich als Vertreter des Volkes zu bezeichnen."

Eiliger Adenauer

Im „Mannheimer Morgen" schreibt ein ehemaliger Offizier:

„Der ehemalige Reichskanzler Adolf Hitler hat erst zwei Jahre nach seinem Amtsantritt die Aufrüstung Deutschlands durch die allgemeine Wehrpflicht im März 1935 begonnen. Der Bundeskanzler Dr. Adenauer hat es eiliger und beginnt schon ein Jahr nach seinem Amtsantritt mit der Wiederaufrüstung. Übrigens mit denselben Worten der Begründung: Wer den Frieden will, rüstet zum Krieg.

Als wir Offiziere nach dem Zusammenbruch aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, machten uns die jetzigen Regierungsleute den Vorwurf, daß wir Offiziere am Krieg und seinen Folgen allein schuld seien, weil wir den Verbrecher alias Reichskanzler Adolf Hitler nicht rechtzeitig beseitigt haben, was angeblich unsere Pflicht war. Um nicht noch einmal schuldig zu werden, müssen wir demnächst wohl jetzt nach Bonn — und unsere Pflicht tun."

Baldur II.

„Noch sitzt der ehemalige Reichsjugendführer Baldur von Schirach in Berlin-Spandau hinter Gittern — und schon ist ein neuer auferstanden: in Gestalt des Wolfgang-Hedler-Jüngers Münchow, eines 42jährigen Mannes, der aus Deutschlands totalem Zusammenbruch nichts gelernt hat. Er beschimpft die Männer vom 20. Juli 1944, spricht Hitler jede Schuld am Kriege ab und hält sich allen Ernstes dazu berufen, ‚auf Grund seiner langjährigen Erfahrung' als Führer der westdeutschen Jugend zu zeigen, wie man materielle und seelische Not lindern, ja beseitigen kann.

Herbert Münchow hat auch eine Uniform geschaffen, Luftwaffenhemd und schwarze Schihose, auch Breeches und Stiefel sind erlaubt. Die Mädchen tragen schwarze Röcke. An der rechten Brustseite eine Wolfsangel auf schwarzweißrotem Grund."

„Frankfurter Rundschau" Nr. 257.

Vorläufig noch Troßknechte

Zu der vom Statistischen Bundesamt in Bonn herausgegebenen Mitteilung, daß für zwei alliierte Soldaten oder Beamte neun deutsche Angestellte auf Besatzungskosten beschäftigt werden, berichtet die „Hersfelder Volkszeitung" Nr. 254:

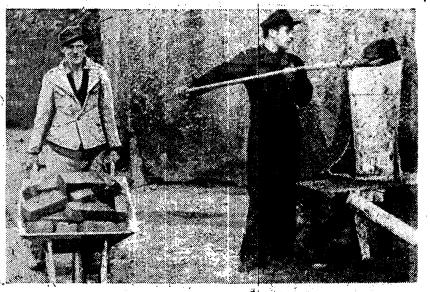
„Von den rund 100 000 alliierten Soldaten und Verwaltungsbeamten auf deutschem Boden werden allein 39 000 Hausgehilfinnen und 39 000 Kellner und sonstiges Gaststättenpersonal beschäftigt. Zusammen mit 11 000 Bäckern und Metzgern erreichen allein diese deutschen Kräfte, die nur für das körperliche Wohlbefinden der Alliierten tätig sind, zahlenmäßig die Stärke der alliierten bewaffneten Streitkräfte. Hinzu kommen aber noch 92 000 Verwaltungsangestellte, 144 000 technische Arbeitskräfte, 55 000 Kraftfahrer und 45 000 sonstiges Personal. Diese deutschen Arbeitskräfte, die etwa einer Stärke von 22 kriegsstarken Divisionen entsprechen, kosten dem deutschen Steuerzahler an Löhnen, Gehältern und Sozialversicherungsbeiträgen jährlich 1,33 Milliarden Mark."

Aus dem Leserkreise

In unserem Artikel „Notschrei der Christen" (Ausgabe Nr. 44 vom 17. 10. 1950) berichteten wir, daß zusammen mit den Ordensschwestern des Klosters in Heiligenstadt auch Prälat Streb offen seine Stimme für die Kandidaten der Nationalen Front abgegeben habe. Man bittet uns, unseren Lesern mitzuteilen, daß es sich dabei um den Bischöflichen Kommissarius für das Eichsfeld handelt.

„Sehen Sie selbst, ein Druck und die ganze Wand fällt ein", sagte uns Frau Resch, als wir sie vor einiger Zeit besuchten. Nun diese ‚Wände' haben am längsten gedient, sie werden jetzt durch stabile Ziegelwände ersetzt.

Die Handwerker sind da! Sechzig Maurer, Klempner, Schlosser und Dachdecker werden sogar in zwei Schichten arbeiten, denn auch sie sagen sich: Wiederaufbau — Ehrensache!



Es war einmal: Haus mit Bannmeile

„Raubritterschloß" wird Umsiedlern zur neuen Heimat

Hauptstraße 52! „Raubritterschloß" sagten uns schon die kleinen Steppkes auf der Straße in Limbach-Oberfrohna und wiesen mit Fingern auf das Haus. „Was wollt ihr sie denn da drin?" fragten verwundert die großen Leute.

Von außen weiß man nicht, ob es eine uralte Fabrik oder ein verfallenes Lagergebäude ist. Innen zweifelt man daran, ob hier überhaupt Menschen wohnen. Früher eine Mühle, dann eine Fabrik, dann Reichsarbeitsdienstlager, dann Polenlager, dann Umsiedlerlager; nie wurde etwas vorgerichtet, bis auf den mißglückten Einzug von Gipsschlackenwänden. So entstand ein „Wohnhaus" für dreißig Familien, überwiegend Neubürger.

Ein wirkliches Wohnhaus wird es aber in wenigen Wochen endlich doch sein. Dafür sorgt nämlich der Chemnitzer Kreistagsabgeordnete Kurt Bauerfeind, der damit seinen, ihm von den Wählern übermittelten Auftrag erfüllt.

Zur Illustration des Gewesenen einige Eindrücke: „Bitte, treten Sie näher", sagte uns die junge Frau Resch, „lehnen Sie sich aber nirgends an, sonst fallen Sie samt der Wand um". Wir lernen schnell die notwendigen Verhaltungsmaßregeln: Nicht auf die Bretter unter den zwei Wasserentnahmestellen treten, sonst fällt man ins untere Stockwerk durch und — Verzeihung — auf den Gemeinschaftstrockenabort unbedingt die Wasserstiefel und ein Atemschutzgerät mitnehmen.

Einige andere Mißstände: Heizmaterialien und Kartoffeln liegen in den Wohnungen, da Keller fehlen. Streitlustige Mitglieder der „Hausgemeinschaft" geraten sich in die Haare, weil es nur ein Waschhaus gibt, bei dem der Waschkessel durchgebrannt ist. Durch das Dach rinnt es eimerweise, wenn es regnet. Fenster können — da Fabrikfenster mit großen Eisenrahmen — nur zum Teil geöffnet werden.

★

Vereinte Tatkraft kann und wird Abhilfe schaffen. Sie hätte das natürlich auch schon vor zwei und drei Jahren gekonnt. Aber niemand außer den Einwohnern selber getraute sich in das Haus hinein. „Zwecklos" sagte die Verwaltung und zuckte resigniert die Achseln.

Es gibt nämlich einige Rauhbautze in dem Haus Hauptstraße 52, und da sich das Faustrecht durchsetzt, wenn die von der Faust Bedrohten nicht einig zusammenstehen, so tyrannisierten die Rauhbautze die ganze Hauptstraße 52. Der Guerillakrieg war alltäglich. Die Stadt mied das Haus und zog eine Bannmeile darum.

★

Machen wir drei Kreuze hinter diese Zeit. Es sind vier Wochen vergangen. Links vom Haus haben sich

Wie der Chemnitzer Kreistagsabgeordnete Bauerfeind den Auftrag erfüllte, den er von seinen Wählern erhielt

ein paar Männer tief in die Erde hineingewühlt, sie heben die Kläranlage für die Wasserklosettanlage des Hauses aus. Sonntags fahren die KWU-Arbeiter hier Friedensschichten. Vor den Eingangsfüren des Hauses lagern hohe Stapel neuer Ziegelsteine. Im Keller wühlen die Klempner in den verstopften Abflußkanälen. Auf dem Dach klopfen die Dachdecker. In den Gängen reiben die Maurer Verputzstellen glatt, im Erdgeschoß ziehen sie Trennwände für neue Keller, bauen sie zwei Waschküchen. Die Kinder des Hauses haben ein nützliches Spiel entdeckt, sie helfen den Maurern beim Ziegeltransport. Mit dem Handwagen ist das nicht schwer und macht einen Riesenspaß. Zur Belohnung werden die Kinder einen großen, sonnigen Spielplatz hinter dem Haus erhalten.

★

Die Geister scheiden sich schnell und scharf. Die alten Haustyrannen sind brummig und ahnen, daß ihre Faustrecht-Herrlichkeit zu Ende ist. Die ordnungsliebenden Kräfte im Haus scharen sich zusammen. Die Jugend war als erste bereit, diese Klärung herbeizuführen. Jugendfreund Heinz Viertel besuchte die Familien des Hauses, sprach mit ihnen über die nationalen deutschen Ziele und von dem, was jeder dazu beitragen kann, daß wir sie bald erreicht haben. Da gab es wirklich nichts, was die Menschen guten Willens trennte, man beschloß, ein Friedenskomitee zu gründen. Ein neuer Geist ist eingezogen. Die Hausfrauen diskutieren schon jetzt die künftige Hausordnung, die Jungen Pioniere des Hauses schufen eine Wandzeitung und bildeten Lernaktivs.

★

Abgeordneter Bauerfeind ließ die Aufbaupläne des Hauses nicht am grünen Tisch eines stillen Amtszimmerleins ausarbeiten, sondern sie wurden ernsthaft mit den Hausbewohnern besprochen. Durch das Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der Neubürger erhalten die Mieter des Hauses Hauptstraße 52 entsprechend der Bedürftigkeit auch Kredite für die Beschaffung von Mobiliar, Wäsche und Kleidung, soweit nicht die Volkssolidarität — die 10 000 DM für das Haus aufgebracht hat — einspringen kann. 30 000 DM hat das KWU der Stadt Limbach-Oberfrohna für die baulichen Arbeiten bereitgestellt.

In Bürgermeister Lohr und KWU-Direktor Riedel hat Kreistagsabgeordneter Bauerfeind gute Helfer für die Durchführung seines Auftrages gefunden. Zwischendurch wird Rechenschaft gegeben, werden neue Anregungen von der Hausgemeinschaft (jetzt können wir dieses Wort ohne Gänsefüßchen schreiben), eingeholt.

★

Am Sonntag, dem 12. November waren wir dabei. Alle Familien hatten „Delegierte" zu der Versammlung geschickt. Der Bürgermeister sprach: „Liebe Friedensfreunde, Weihnachten sollt Ihr alle die neu vorgerichtete Wohnung mit massiven Zwischenwänden, lüftbaren Fenstern, stabilen Türen, glatten Fußböden haben. Viele werden mehr Wohnraum als bisher bekommen. Die hygienischen Verhältnisse werden Euch zufriedenstellen. Ihr braucht keine 370 Meter mehr zum Wasserkran zu laufen, weil wir zehn neue Leitungen legen. Nun helft aber auch uns. Gebt Euch selber eine Hausordnung, damit das Haus nach der gründlichen Vorrichtung sauber bleibt und Ihr hier eine ständige Freude am Wohnen habt, erzieht durch Eure guten Beispiele die Außenseiter! Und zum Zweiten: Arbeitet aktiv mit an der Erfüllung der nationalen Aufgaben des deutschen Volkes". Herr Fiola meldet sich zum Wort: „Wir wollen mit den Altbürgern zusammen arbeiten; denn dort, wo wir unsere Existenz aufbauen und um den Frieden kämpfen, da ist unsere Heimat".

Man sprach vom RIAS. „Er ist daran schuld, daß wir uns solange nicht heimisch fühlten und wie die Wilden hausten, er hat uns den Floh ins Ohr gesetzt, wir würden durch einen Krieg wieder zurückkommen", sagte Frau Schönfeld, Mutter von fünf Kindern, die aus dem Krieg nichts weiter rettete als ihr eigenes und das Leben ihrer Kinder. „Jetzt sieht man, daß wir gleichberechtigte Bürger sind", freute sich Frau Fahl. „Natürlich werden wir wie die Luchse darüber wachen, daß unser volkseigenes Haus nicht nur in Punkto Sauberkeit und Hausfrieden, sondern auch im Kampf um die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands ein Vorbild ist." -esti-

„Wunderbar brennt der neue Herd", strahlt Frau Schönfeld. „Er kocht schnell und heizt durch das Schamottefutter auch ausgezeichnet". Sechs solcher Öfen wurden als erste Rate bereits aufgestellt.

Fotos: Stieber

Texasbande macht Hilfs-SA

Deutsche Richter gegen Adenauers Polizeiterror

Hannover, im November. „... die Angeklagten werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen." Einige Sekunden herrschte am 4. November im überfüllten Saal der Strafkammer Schweigen, nachdem der Vorsitzende Landgerichtsrat Dr. Weiß das Urteil verkündet hatte. Dann brach der Beifall los. Er galt nicht nur den beiden jungen Menschen auf der Anklagebank. Er galt auch dem Gericht, das mit diesem Freispruch allen westdeutschen Innenministern und Polizeichefs und in erster Linie Dr. Adenauer bescheinigt hatte, daß sie mit ihren ständigen Terrormaßnahmen gegen westdeutsche Friedenskämpfer sowohl die Verfassung als auch das Grundgesetz gebrochen haben.

Endlich haben deutsche Richter den Mut aufgebracht, deutsche Patrioten vor den ungesetzlichen Willküranordnungen deutsch sprechender Vertreter ausländischer Kommissare in Schutz zu nehmen, die zur Unterstützung der Kriegsvorbereitungen auch noch die letzten im Grundgesetz festgelegten demokratischen Rechte des Volkes beseitigen wollen.

„Landfriedensbruch" und „Beamtennötigung" hatte der schneidige Staatsanwalt — nach dem Freispruch blickte er säuerlich — den Angeklagten Kurt Fritsch und Günther Walze unterschieben wollen. Wie in allen größeren Städten Westdeutschlands, hatte auch in Hannover das Komitee junger Friedenskämpfer am 1. Oktober zu einer Kundgebung gegen die Remilitarisierung und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands aufgerufen. Auf dem Lindener Markt war es zu provozierten Zwischenfällen gekommen. Wie in ähnlichen Fällen vorher, hatte auch diesmal die sogenannte Texasbande — der Schrecken Hannovers — gut funktioniert.

Diese Horde krimineller Elemente wird vom Ostbüro der SPD mit „Aufträgen" versenen und arbeitet mit den leitenden Stellen der Polizeibehörden Hand in Hand: eine Gangsterorganisation zur Unterdrückung fortschrittlicher Bevölkerungsschichten aufgebaut nach amerikanischem Vorbild. Auf ein Zeichen ihres Anführers beginnen diese Halbstarken in Hochwasserhosen und Ringelsocken Schlägereien. Das ist für die Polizeioffiziere der Moment, „Knüppel heraus" zu befehlen. Dann wird wahllos auf die Kundgebungsteilnehmer eingedroschen und verhaftet. So war es auch am 1. Oktober. 13 junge Friedensfreunde wurden festgenommen, und SPD-Innenminister Borowski rieb sich befriedigt die Hände: Die Justiz würde zweifellos „exemplarische" Strafen verhängen, eingedenk der harten Urteile britischer Militärgerichte in ähnlichen Fällen.

Doch diesmal kam es anders. Diese Richter sprachen Recht und stellten eindeutig fest, daß die Freiheit der Staatsbürger, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln, im Grundgesetz verbürgt ist, solange ein Staat dadurch nicht bedroht ist. Und nur die Handlanger der volksfeindlichen westlichen Kommissare können die Aufforderung, für den Frieden und ein einheitliches demokratisches Deutschland einzutreten, als Bedrohung auffassen.

„Die Verordnung des niedersächsischen Innenministers ist rechtsungültig", stellte das Gericht fest. „Das Einschreiten der Polizei gegen die auf dem Lindener Markt versammelte Menge war demnach ein Überschreiten ihrer Kompetenzen und nicht rechtmäßig", rügte Dr. Weiß.

Auch das Schöffengericht in Hannover sprach am gleichen Tage die anderen Angeklagten mit ähnlicher Begründung frei und verurteilte gleichfalls die Terrorverordnung des Innenministers.

Mit diesem beispielhaften Urteil der aufrechten deutschen Richter in Hannover ist auch das Treiben eines amerikanischen Gerichts in Nürnberg als schändliche Willkürjustiz gebrandmarkt worden. Dort wurden 15 Friedensfreunde zu insgesamt 273 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie am 1. Oktober gegen die Gefährdung des Weltfriedens protestiert hatten. Sie wurden zu Verbrechern erklärt, weil die Ziele der amerikanischen Besatzungspolitik Krieg und Vernichtung heißen.

In stundenlangen nächtlichen Verhören versuchte der Geheimdienst (CIC) einen der Angeklagten, Georg Schirmer, zum Agenten zu pressen. Man drohte ihm mit „10 bis 15 Jahren Gefängnis", während man „andernfalls allerhand für ihn tun könne". Und der amerikanische Staatsanwalt versuchte die Verteidiger von sieben Beschuldigten zu bewegen, von ihren Mandanten vor der Verhandlung Schuldbekenntnisse zu verlangen, damit diese als Schuldbeweis gegen die anderen verwendet werden könnten. Mit solchen in den USA üblichen ungesetzlichen Methoden versuchen die westlichen Besatzungsmächte, die deutsche Friedensbewegung einzuschüchtern und zu unterdrücken. „Wenn uns alle Deutschen, die am 1. Oktober zu dieser Zeit, gleichgültig, aus welchem Grund, am Theaterplatz oder in der Nähe des Rathauses waren, bekannt wären, würden wir sie sofort verhaften lassen und unter Anklage stellen", erklärte der amerikanische Staatsanwalt haßerfüllt.

Deutsches Recht wird für Deutsche ungehindert überall in Deutschland erst dann gesprochen werden können, wenn die Besatzungstruppen ein friedliches, demokratisches Deutschland verlassen haben.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Das schönste Werk wird Deutschland heißen!

Die volkseigenen Niles-Werke in Chemnitz liegen etwas abseits der Hauptstraße.

Unser Besuch scheint dem Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung nicht sehr gelegen zu kommen. „Unser Betrieb ist von allen möglichen Kommissionen aus Dresden und Berlin und Vertretern der Ministerien überlaufen", erklärt er uns. Doch wir brauchen ihn glücklicherweise nicht weiter zu belästigen, denn Kollege Hennig, Vorsitzender des Friedenskomitees, der gerade zur Tür hereintritt, gibt uns bereitwillig Auskunft, was die Kollegen im Betrieb zur Erklärung der Prager-Außenminister-Konferenz sagen.

„In vielen Betriebsabteilungen kursieren bereits Zustimmungserklärungen zu den Vorschlägen der

Schlagt Brücken nach dem Westen,

denn es gilt, das ganze deutsche Volk im Kampf gegen Remilitarisierung und Aufrüstung zu vereinigen und eine wahrhafte Volksbewegung für die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zu entfachen. So lautete der Ruf, den der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland von seiner Tagung am 14. November aus an alle Männer, Frauen und Jugendlichen in der Deutschen Demokratischen Republik richtete. Wie aber schlagen wir diese Brücke! — so fragen alle. In den Niles-Werken in Chemnitz hat man versucht, eine Antwort zu finden. Sind Sie, lieber Leser, mit dieser Antwort zufrieden! Schreiben auch Sie uns, wie Sie Brücken nach dem Westen schlagen!

Prager Außenminister-Konferenz. Bisher haben sich etwa 40 Prozent der Belegschaft eingezeichnet. In zwei Abteilungen haben bis auf die Kranken und Urlauber alle unterschrieben."

Auf dem Hof treffen wir den Kollegen Gelbhaar, Meister in der Dreherei. Ob er die Prager Erklärungen gelesen hat? Ein nachsichtiges Lächeln huscht über sein gefurchtes Gesicht. „Na, hören Sie mal! Glauben Sie vielleicht, wir Arbeiter verstehen nicht, daß unser wirtschaftlicher Aufbau gefährdet ist, solange Deutschland zerrissen und der Westen ein Explosionsherd ist? Was hätte es für einen Sinn, uns jetzt, wo nach den entbehrungsreichen Jahren schon vieles besser ist, für eine bessere Zukunft abzuplagen, wenn wir dauernd damit rechnen müssen, daß uns ein neuer Krieg alles wieder kaputtschlägt? Erst wenn ein Gesamtdeutschland einen Friedensvertrag abgeschlossen hat und wir keine Besatzung mehr haben, dann erst können wir uns doch des Friedens erfreuen."

Ob er glaube, daß sich die Bonner Minister mit den Vertretern unserer Regierung an einen Tisch setzen werden, um über die Vorschläge, wie sie in der Prager Erklärung enthalten sind, zu beraten? „Es erscheint mir gar nicht so wichtig, ob die dazu bereit sind", meinte Kollege Gelbhaar. „Was hier möglich ist, wird unsere Regierung schon wissen. Meiner Ansicht nach ist es wohl zuerst mal notwendig, daß der Prager Vorschlag, Vertreter Ost- und Westdeutschlands sollten sich zu gemeinsamen Beratungen zusammensetzen, erst mal da drüben bekannt wird, damit die Dampf hinter ihre Pappenheimer in Bonn machen. Wie soll man das aber anfangen? Sehen Sie, ich habe drüben keine Bekannten oder Verwandten, denen ich schreiben könnte. Und selbst wenn, Sie wissen doch, daß jeder, der sich da drüben für den Frieden ausspricht, Nachteile zu erwarten hat. Also was tun?"

Damit war eigentlich die wesentliche Frage angeschnitten: Wie kann man die westdeutsche Bevölkerung davon überzeugen, daß sie sich nicht dem Terror beugen darf?

*

Wir sind inzwischen in den Vorraum der Dreherei eingetreten. Der Maschinenlärm dringt bis zu uns. Die eben aufgeworfene Frage taucht aufs neue auf und hängt unbeantwortet in der Luft. Jeder grübelt, erinnert sich aus der Vergangenheit, daß Arbeitslosigkeit und Polizeiverfolgungen für den Arbeiter und seine Familie bittere Not bedeuten.

„Würde uns ein neuer Krieg aber nicht viel mehr Leid und Elend bringen? Es liegt in unserer Hand, ihn zu verhindern." Der Kollege Hennig spricht es aus. „Wenn die Bevölkerung im Westen millionenfach darauf besteht, daß sich maßgebende westdeutsche Politiker zu gemeinsamen Schritten mit unserer Regierung entschließen, dann kann das Gespenst des Krieges verscheucht werden. Und in einem einheitlichen Deutschland wird es keine Arbeitslosigkeit, sondern im Gegenteil friedliche Arbeit im Überfluß geben." „Das ist alles richtig", warf ein Dreher ein, „viele Menschen in Westdeutschland sind für den Frieden, aber den zweiten Schritt, wie Johannes R. Becher auf dem 1. Friedenskongreß sagte, den persönlichen Einsatz im Kampf für den Frieden', den vollziehen nicht alle, weil sie nicht daran glauben, daß das Erfolg haben könnte. Immer wieder liest man in Briefen von drüben: ‚Es ist ja vollkommen gleichgültig, ob wir ja oder nein sagen, die ‚oben' machen doch, was sie wollen.'"

Die Frage „was tun?" — ist also noch immer nicht zufriedenstellend, positiv beantwortet. Wird uns ein anderer Kollege die Antwort geben können, wie man bei den friedliebenden Menschen in Westdeutschland das Selbstvertrauen zur eigenen Kraft wecken und stärken kann?

*

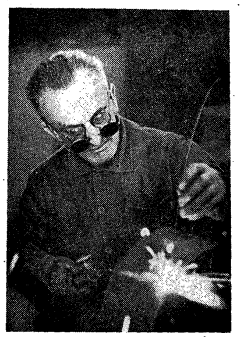
In einer neuen, noch im Bau befindlichen Montagehalle treffen wir an einer Schleifmaschine den Kollegen Schneider. „Es ist noch kalt hier", wirft er hin, „vor allem morgens muß man aufpassen, denn die Arbeit verlangt große Genauigkeit. Große Temperaturschwankungen sind da gefährlich. Na, und für uns ist es auch nicht angenehm. Aber das ist ja nur vorübergehend. Wenn wir ein Deutschland hätten mit der Kohle und dem Stahl der Ruhr, dann wären wir schon weiter! Und da drüben würden die Menschen nicht mit Kriegsgeschrei und Remilitarisierungsangst wild gemacht. Darum müssen wir den Menschen da drüben Mut machen, dürfen die Verbindungen nicht abreißen lassen. Im Gegenteil. Ich weiß zum Beispiel, daß die Wanderer-Werke, die hier in der Nähe liegen, im Briefwechsel mit einem westdeutschen Betrieb standen. Aber man hört nichts davon. Die betrachten das wahrscheinlich als ihr Privatvergnügen, anstatt uns einmal ihre Erfahrungen zu berichten. Gerade jetzt ist es wichtig, daß wir neue Beziehungen anknüpfen, damit die breite Öffentlichkeit drüben von den Prager Vorschlägen erfährt."

*

Auf dem Rückwege zum Büro der Betriebsgewerkschaftsleitung kommen wir an der Klempnerei vorbei. Wir treten ein. Die Verständigung ist schwierig, das Dröhnen der Hammerschläge, vermengt mit dem Zischen der Schweißapparate, dringt überstark an unser Ohr.

Kollege Müller, ein quicklebendiger Klempner, berichtet freudestrahlend, daß die gesamte Klempnerei bereits ihre Unterschrift für die Prager Erklärung gegeben hat. „Habe bei euch auch nichts anderes erwartet. Dieselbe Mitteilung hat mir übrigens vorhin auch der Schneider aus seiner Abteilung gemacht. Na, da sind die 40 Prozent ja längst überholt", lächelt Kollege Hennig.

Der Meister erzählt uns dann, daß sein Bruder — er ist in Westdeutschland Ingenieur — ihm versichert habe, auch er sei für den Frieden. „Aber er will sich heute nicht noch mal die Finger verbrennen, wie er sich ausdrückt. Er war einmal kleiner Pg, und die hat man drüben meist kaltgestellt, während die großen wieder das Wort führen. In seinem letzten Brief hat er mir den Rat gegeben, die Politik anderen zu überlassen, aus allem draußen zu bleiben und mir so eine Hintertür offenzuhalten. Aber ich habe bei



„Für uns gibt es im Kriege keine Hintertüren, durch die wir uns in Sicherheit bringen können", stellt Kollege Müller fest. „Davon werde ich auch meinen Bruder überzeugen"

dem sinnlosen Angriff auf Chemnitz am 5. März 1945 mein Kind verloren. Ich weiß, für uns gibt es im Kriege keine Hintertüren, durch die wir uns in Sicherheit bringen können. Ich werde jedenfalls keine Ruhe geben, bis ich auch meinen Bruder davon überzeugt habe.

In der Art sollte jeder der westdeutschen Bevölkerung zum klaren Kopf verhelfen und ihr das Rückgrat steifen. Wir müssen denen da drüben einhämmern, daß es ihr gutes Recht ist — und wenn auch Verbote ausgesprochen werden — für den Frieden zu sein und dafür zu kämpfen. Man kann natürlich sagen, Du hast leicht reden, uns hier macht ja niemand dieses Recht streitig. Aber ich glaube, wir können schon so sprechen, wir haben ja in den vergangenen Jahren unter nicht leichten Bedingungen auch was geleistet. Wir müssen den Menschen im Westen vor allem zeigen, daß der volle Einsatz der Person Erfolg verspricht. Wir müssen in Briefen nach drüben zum Beispiel darüber berichten, daß die junge Friedenskämpferin Erika Thürmer erst zur Zwangzerziehung verurteilt war, dann unter dem Druck der wachsenden Friedensfront von den Westberliner Gerichten schließlich doch freigelassen werden mußte."

*

Wir verlassen die Niles-Werke mit der Gewißheit, daß in diesem Betrieb ein großer Teil der Kollegen aktiv am Friedenskampf teilnimmt. Mit den geleisteten Friedensschichten waren sie für ganz Chemnitz beispielgebend. Aus diesen Friedensschichten heraus hat sich auch der Aktivistenplan des Betriebes entwickelt, der jetzt in jeder Abteilung gründlich durchgesprochen und durch Vorschläge ergänzt werden soll.

Die Kollegen aus den Niles-Werken sind aber nicht nur tüchtige Arbeiter und Aktivisten. Sie haben auch verstanden, daß mit der Prager Erklärung der Weg gewiesen wird, der zur Einheit unserer Heimat und damit zum Frieden führt. Die Kollegen in den Niles-Werken haben noch mehr begriffen: daß nämlich die in der Prager Erklärung vorgesehene Volksbefragung allen friedliebenden Menschen in West- und Ostdeutschland die Möglichkeit zum Handeln gibt, auch dann, wenn sich eine unfreie Kolonialregierung gegen die deutschen Interessen stellt und die Bemühungen um die Einheit unseres Vaterlandes verbissen zu unterbrechen versucht.

Sie wollen nun mithelfen, jeder an seinem Teil, unsere Brüder und Schwestern im Westen zur rettenden Tat aufzurufen und anzuspornen.

Nur eine Frage bleibt offen: Was taten eigentlich diejenigen Kollegen in der Niles-BGL, die für die Aufklärungsarbeit der Nationalen Front verantwortlich sind?

Kollege Schneider kritisiert die Kollegen der Wanderer-Werke, die mit einem westdeutschen Betrieb in Briefwechsel standen, aber noch nicht über ihre Erfahrungen berichteten

„Was tun?" fragt Kollege Gelbhaar. Er hat in Westdeutschland keine Verwandten und Bekannten, denen er die Vorschläge der Außenministerkonferenz übermitteln könnte

Kollege Hennig war selbst sehr lange Soldat. Er kennt die Schrecken des Krieges und kämpft deshalb als Vorsitzender des Friedenskomitees für die Erhaltung des Friedens

Der Zwischenruf

„Warum greifen Sie eigentlich Dr. Schumacher an, ist der nicht ebenfalls gegen die Remilitarisierung?"

„Herr Dr. Schumacher ist leider kein Gegner der Remilitarisierung. Im Grunde gleicht seine Haltung in dieser lebenswichtigen Frage der von Herrn Adenauer wie ein Ei dem anderen. Als die Diskussion begann, hat Schumacher die Forderung aufgestellt, daß eine „monumentale westliche Wehrmacht" längs der Zonengrenze konzentriert werden müsse. In der gleichen Rede hat er erklärt, daß die amerikanischen Rekruten genau so gut „in der Lüneburger Heide oder in Grafenwöhr wie in Texas oder Arizona ausgebildet werden können". Wenn die amerikanischen Divisionen an der Zonengrenze stehen, wenn die amerikanischen Rekruten „auf und nieder" in Westdeutschland üben, will Dr. Schumacher die deutsche Jugend dem USA-Generalstab zur Verfügung stellen.

Den Kriegstreibern in USA kann diese merkwürdige „Opposition" Schumachers nur recht sein. Denn es fehlt auch in den USA nicht an Stimmen, die insbesondere jetzt, nachdem sich gezeigt hat, daß der Angriffskrieg in Korea für die Amerikaner kein militärischer Spaziergang ist, der Außenpolitik Trumans und Achesons sehr kritisch gegenüberstehen. Schließlich unterschreiben auch in den Vereinigten Staaten täglich Tausende den Appell zur Ächtung der Atombombe. Gegen diese friedlichen Kräfte wird nun Herr Dr. Schumacher als Kronzeuge ins Feld geführt. „Seht ihr, selbst der deutsche Sozialdemokrat Schumacher verlangt von uns mehr Divisionen. Also amerikanische Steuerzahler, bezahlt gefälligst noch mehr für die Aufrüstung. Wir brauchen noch mehr Tanks, noch mehr Kanonen und Bomben!" So schreit die von den Rüstungsindustriellen bestochene Presse in den USA.

Dr. Schumacher ist aller parlamentarischer Routinier. Seine Rechnung ist in der Weimarer Republik durchexerziert worden. Wir erinnern an den Bau des Panzerkreuzers A. Im Reichstag hat die SPD damals den Panzerkreuzerbau abgelehnt. Der Reichstag wurde aufgelöst. Mit der Parole „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer" zog die SPD in den Wahlkampf und errang einen großen Wahlsieg, der ihr den Posten des Reichskanzlers und einige Ministersessel einbrachte. Und dann wurde der Panzerkreuzer gebaut.

Heute will Dr. Schumacher den gleichen Trick anwenden. Unter der Parole „gegen die Remilitarisierung" möchte er eine Neuwahl des sogenannten Bundestages vornehmen lassen. Der einzige Erfolg wäre, daß dann die Remilitarisierungsgesetze seine statt Adenauers Unterschrift tragen würden. Der Westberliner „Tagesspiegel" stellt in diesem Zusammenhang am 16. November fest: „Jedenfalls würden die Wähler zu der Überzeugung gelangen, daß die SPD keineswegs gegen die nötige Bewaffnung Deutschlands ist, weil sie dazu viel zu realpolitisch denkt." Und in demselben Artikel heißt es vorher: „Es geht also mehr um die taktischen als um die prinzipiellen Unterschiede".

Eine andere Haltung als eine taktische Scheinopposition war von dem Führer der SPD in Westdeutschland auch nicht zu erwarten. Schließlich hat Schumacher als erster das Besatzungsstatut gefordert, er hatte keine Einwendungen, als durch die Schaffung des sogenannten westdeutschen Bundesstaates die Spaltung Deutschlands vollendet wurde, er hat niemals gegen das Ruhrstatut gekämpft, durch das der industriell wichtigste Teil unseres Vaterlandes den westlichen Besatzungsmächten ausgeliefert wurde. Dr. Schumacher ist bekanntlich seit langem einer der lautesten Rufer für den amerikanischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion.

Kein Wort der Kritik an Dr. Schumacher kann daher zu hart sein. Denn er arbeitet den amerikanischen Kriegstreibern weit besser in die Hände als selbst Dr. Adenauer. Dieser tritt ohne Winkelzüge für die Remilitarisierung ein. Die Folge war heftigster Widerstand der Bevölkerung. Dr. Schumacher nun will mit seiner Scheinopposition das Volk beschwichtigen und so den aufflammenden Widerstand ersticken. Dr. Schumacher ist gefährlicher als Dr. Adenauer, weil er seine Opfer durch seine Rattenfängermelodien einzuschläfern versucht, während er ihnen die Knobelbecher anmißt. Gerade darum muß besonders laut und deutlich vor ihm gewarnt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

TODSÜNDE

Von Pfarrer Lic. Kehnscherper, Bad Freienwalde/Oder

Es ist nicht lange her, daß der Leiter des evangelischen Hilfswerks, Dr. Gerstenmeier, im sogenannten Europarat die Wiederaufrüstung Westdeutschlands im Rahmen einer westeuropäischen Streitmacht befürwortete.

Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen wurde seinerzeit gegründet, um die Not und die Wunden des Krieges lindern und heilen zu helfen. Meint Dr. Gerstenmeier, daß dem Menschen geholfen wird, wenn ihm krepierende Granaten wieder die Augen blenden und die Eingeweide aus dem Leib reißen?

Ganz im Sinne Gerstenmeiers handelte auch der Rat der evangelischen Kirche in Deutschland, als er sich kürzlich für einen starken westdeutschen Polizeischutz aussprach, wobei sogar vergessen wurde, den Umfang dieses „Schutzes" zu begrenzen.

Unchristliche Empfehlungen

Weiß der Rat der evangelischen Kirche etwa nicht, daß eine unbegrenzte Polizeimacht den Beginn der Remilitarisierung in Westdeutschland bedeutet?

Angesichts dieser unchristlichen Empfehlung frage ich in aller Öffentlichkeit: auf welche geistliche Vollmacht, auf welche Bekenntnisschrift der evangelischen Kirche, auf welche Weisungen der Heiligen Schrift beruft sich der Rat der evangelischen Kirche, wenn er die geheimen Absichten satanischer Menschheitsfeinde befürwortet?

Nun, wir evangelischen Pfarrer werden den Warnruf vor einem Krieg, vor einem Bruderkrieg immer lauter und dringender in unser Volk rufen. Es ist aber die Pflicht der evangelischen Kirche in ihrer Gesamtheit, ihre ganze Kraft und Vollmacht in die Waagschale zu werfen, um einen neuen Krieg zu verhindern. Denn ein solcher Krieg wäre so grausam, so teuflisch, so unsagbar schrecklich, daß die verzweifelten Überlebenden den Verkündern der christlichen Botschaft nur noch fluchen könnten.

Mißbrauch des Evangeliums

Haben frühere Jahrhunderte den Krieg als etwas Naturhaftes, Unvermeidliches hingenommen, so weiß die Menschheit heute nur zu genau, daß Kriege von Menschen gemacht werden. Eine Kirche aber, die nach dem Willen ihres göttlichen Stifters Frieden zu predigen hat und Heil verkünden soll, würde der ihr übertragenen Mission zuwiderhandeln, wenn sie die Vorbereitung zu einem neuen Kriege nicht nur ohne Protest hinnimmt, sondern sogar, wie wir es leider vielfach erfahren müssen, diese auch noch gutheißt.

Es hat Erwin Groß ein kleines Büchlein geschrieben: „Das Ende des Evangeliums in der absoluten Kirche." Darin führt er aus, daß das Evangelium von den Machthabern der absoluten Kirchengewalt in den Kirchenleitungen liquidiert und für die heimlichen und unheimlichen Pläne egoistisch-kapitalistischer Mächte mißbraucht wird.

Ein besonders erschreckendes Beispiel hierfür müssen wir nennen: Der lutherische Bischof Lilje von Hannover gibt ein „Sonntagsblatt" heraus. In diesem Blatt aber wird unter christlicher Tarnung seit beinahe einem Jahr eine von Monat zu Monat offenere Propaganda für einen neuen Krieg gemacht. Ebenso wie die katholischen Kirchenfürsten von Passau bis Köln, ruft auch Bischof Lilje zum „Schutz" der angeblich bedrohten abendländischen Kultur — zum Kampf mit der Waffe auf.

Zwar hat Bischof Lilje auf der gesamtdeutschen evangelischen Synode vor nicht allzu langer Zeit einen Vortrag gehalten mit dem Thema: „Was kann die Kirche für den Frieden tun?" Doch war sein Vortrag voll doppelzüngiger Worte, die letztlich nur den Krieg rechtfertigen. Einerseits sagte er, die Kirche müsse die Kriegsdienstverweigerer schützen. Andererseits aber warnte er geradezu davor, den Kriegsdienst zu verweigern.

So ist es denn nicht verwunderlich, daß im „Sonntagsblatt" der Initiator des Massenmordens von Korea, MacArthur, als ein Mann gefeiert wird, der Weltgeschichte macht. Vor wenigen Wochen erst druckte sich dieses „Sonntagsblatt" unter dem Patronat des Bischofs Lilje mit großen Schlagzeilen auf der ersten Seite zum Fürsprecher „amerikanischer Legionen in Europa" aufwerfen, denn, so belehrt bischöfliche Weisheit den christlichen Leser: Roms Legionen haben die ganze Welt schützen müssen. Diese undankbare Aufgabe sei heute nun Amerika zugefallen.

Man reibt sich die Augen, da doch solches unmöglich in einem christlichen „Sonntagsblatt" stehen kann. Hat man wirklich recht gelesen: Rom, das die ganze damals bekannte Welt ausgeraubt hat, mußte die Welt schützen? Ach ja, wie trifft doch das „Sonntagsblatt" ungewollt ins Schwarze: Genau wie Amerika heute! Und dann werden Roms Imperialismus und unersättliche Machtgier ebenso idealisiert und gepriesen wie die imperialistischen Machtgelüste der USA. Armes Rom — armes Amerika, so seufzt das „Sonntagsblatt" und verkündet: „Je mehr Roms Herrlichkeit wuchs, um so weiter wurden die Grenzen, und um so größer wuchs die Last der Verantwortung. Denn uns wird nichts geschenkt in dieser Welt — auch Amerika nicht."

Man spürt förmlich aus jedem Wort das Bedauern darüber, daß sich unsere Jugend, daß sich unser Volk nicht willenlos den Wünschen amerikanischer Machtgier hinschenkt und hingibt, damit Amerika es leichter habe, seine Grenzen weiter und weiter zu stecken, damit die ganze Menschheit gebeugt und in Ketten geschlagen um das in goldener Herrlichkeit blitzende amerikanische Dollarkalb tanze. Muß da der Leser nach dieser Lektüre eines bischöflichen „Sonntagsblattes" nicht Tränen vergießen vor Rührung über die via dolorosa — den Leidensweg —, den Amerika gehen muß?

Das Blut erstarrt

Nach solcher Belehrung dringt der Leser in das Innere des Blattes vor und findet dort eine Fülle von Schlagzeilen, die sein Blut erstarren lassen: „Wie man sich in Amerika den Tag X vorstellt."

Hier ist nun der Ort, wo der Kriegspropaganda keine Zügel mehr angelegt werden. Die „heiligen" Atlantikpaktmächte legen gerade die vorbereiteten Atombombenteppiche. Um 8.30 brennt das Ölgebiet im Kaukasus; um 10.30 Uhr ist Moskau in Schutt und Asche gelegt; um 14 Uhr leisten die Langstreckenatombomber ihre Maßarbeit im Ural. Um 17 Uhr sind die ostasiatischen Industriezentren vom Erdboden verschwunden. Und da diese Industriestädte noch dichter besiedelt sind als Hiroshima, ist es eine leichte Rechnung, wieviel Tote, Verstümmelte, Vermißte diesen wenigen hundert Atombomben zum Opfer fallen werden. Verbrecherische Phantasie darf sich ungehemmt austoben. Dann folgt wieder eine Schlagzeile, ein frommes Bedauern: „O, Herr, die großen Städte sind ..." ausradiert, verbrannt, vernichtet.

Das also soll die rechte Seelenspeise für die Leser eines christlichen Sonntagsblattes sein? Es will uns scheinen, der bischöfliche Herausgeber hat nicht bedacht, daß hier gemordet wird! Zwar einstweilen erst im Geiste, aber in einer geradezu bestialischen Weise. Und wir fragen: ist solche Kriegspropaganda nicht ein Verbrechen? Ist die Förderung solcher Kriegspsychose in einem „christlichen" Blatt nicht eine Todsünde? Doch hat der Bischof eine raffinierte, „fromme" Begründung für seine Kriegspropaganda; sagte er doch auf der erwähnten gesamtdeutschen Synode: „Es ist der Christenheit nirgendwo verheißen, daß es ihr gelingen würde, mit organisatorischen Mitteln die Herstellung des Weltfriedens zu erreichen." Deshalb also darf man einen Vernichtungskrieg vorbereiten, einen Atomkrieg gutheißen! Und ein Christ hat seinen Frieden im Herzen, sagte der Bischof, auch wenn die Atombomben fallen, denn: „Christus ist unser Friede".

Ohne diese Gewißheit, ohne diesen Trost, diese Freude, diese Kraft möchte ein Christ wohl nicht bestehen. Aber bei der Sicherung des irdischen Friedens und der Achtung des Krieges geht es doch um etwas ganz anderes als um den Frieden des Herzens. Mit derselben Schärfe, mit der jedem Verbrechen entgegengetreten werden muß, muß auch dem Verbrechen des Krieges begegnet werden.

Gottes Reich ist Frieden

Nun, dergleichen Bischöfe, die den Morgenstern schwangen, (eine Kriegswaffe, eine mit Nägeln besetzte Keule, die die streitbaren Bischöfe führten, Papst Julius und andere, da ihnen der Gebrauch des Schwertes durch das klare Wort des Herrn versagt war) hat es leider immer gegeben neben den wahren Bischöfen der Kirche Christi. Gegen jene stand ein Luther auf. Es wirken in jenen dieselben unchristlichen Kräfte, die die Sklaverei und die Leibeigenschaft der Bauern und die Hexenverbrennungen gutgeheißen haben. Sie haben immer so zu reden gewußt, daß die Kirche keine Verheißung habe, durch organisatorische Mittel diese Notstände beseitigen zu können. Darum ließ man die Sklaverei bestehen durch all die „christlichen" Jahrhunderte und zog allergrößten Gewinn aus der Arbeit der armen Sklaven und der leibeigenen Bauern.

Aber die Skaverei ist dennoch gefallen. Die Leibeigenschaft der Bauern ist dennoch gefallen! Die Hexenverbrennung ist dennoch verschwunden. Der Krieg wird auch einmal verschwinden und fallen. Trotz der Bischöfe, die jetzt zum Schwerte rufen, verführt und verblendet vom Bösen.

Einmal, ja vielleicht bald, wird die Verheißung des Neuen Testaments eine wunderbare Erfüllung finden in der von den Schrecken des Krieges befreiten Menschheit: „Das Reich Gottes ist Gerechtigkeit und Friede und Freude in dem Heiligen Geist, wer darin Christus dient, der ist Gott gefällig und den Menschen wert." So steht es in der Heiligen Schrift!

Dieses Reich Gottes kommt! So wie es keine Sklaverei mehr gibt und wie es keine leibeigenen Bauern mehr gibt und keine Hexenverbrennungen, so wird es auch einmal keine Kriege mehr geben. Das Reich Gottes kommt zu all denen, die guten Willens sind, diese Verheißung haben wir. Das Reich Gottes aber ist Gerechtigkeit und Friede und Freude.

Stimme des VOLKES

„Goldener Westen"

Liebe Freunde in der Deutschen Demokratischen Republik!

Ich wohne in Westdeutschland und habe die Deutsche Demokratische Republik auf mehreren Reisen besucht, habe dort unter denselben Bedingungen wie die Bevölkerung gelebt und kann mir deshalb ein Bild von den Verhältnissen machen. „Goldener Westen" sagt man mir und schaut mich an, als käme ich aus dem Paradies. Wer aber glaubt, der Westen sei ein Paradies, irrt sich gewaltig. Ich will nüchtern einige Tatsachen erzählen, wie sie uns im Westen täglich auf Schritt und Tritt begegnen — dann könnt ihr euer Urteil selbst bilden.

Es ist wahr, bei uns liegen Berge von Waren in den Schaufenstern. Aber sie sind nicht bezahlt. Sie wurden eingeführt auf Befehl des Marshall-Planes, mit amerikanischem Geld, und sie müssen selbstverständlich eines Tages bezahlt werden. Diese geliehenen Gelder werden jetzt schon zum Teil zurückgezahlt in Form von Rohstoffen, Exporterlösen, amerikanischen Geschäftsbeteiligungen, Patentverkäufen. Dazu kommt noch die Bezahlung durch „idealistische Dienstleistungen", das heißt, junge deutsche Soldaten.

Die Marshallplan-Gelder sollen vorläufig bis 1951 gezahlt werden. Was dann kommen soll, weiß niemand. Die älteren von euch können sich noch an die Zeiten von 1931/32 erinnern. Je größer die Arbeitslosigkeit war, desto mehr Verkaufsstände und Bauchläden gab es damals. Gerade so ist es heute in Westdeutschland — überall Handel. Das illustriert die Lage besser als alles andere Gerede. Die Landwirtschaft kann bei dem gegenwärtigen System die Bevölkerung nicht ernähren. Die Vorräte an Lebensmitteln sind nur gering, Getreide für einen bis drei Monate, Fett und Fleisch nur für Wochen. Jeder Transportarbeiterstreik in einem Überseehafen verknappt sofort die Lebensmittel in Westdeutschland, und die Preise steigen.

Natürlich blühen der Schmuggel und die Schieberei. Die Polizei und der Zollschutz sind machtlos gegenüber den zivilen Ausländern. Korruption ist an der Tagesordnung. Überall kann man in den Zeitungen die Prozesse verfolgen, mit deren Ergebnissen die Bevölkerung nicht zufrieden ist, da die Hauptschuldigen nicht gefaßt werden. Sie sitzen zu hoch oder haben zu gute Beziehungen. Das tollste Stück ist das Gesetz der Bonner Regierung, das verbietet, Anschuldigungen gegen Minister oder andere hohe Beamte zu erheben, auch wenn die Anschuldigung auf Wahrheit beruhen sollte. Eine Kritik ist demnach unmöglich gemacht. Ein derartiges Gesetz hat es bisher in keinem, nicht einmal einem faschistischen oder monarchistischen reaktionären Staat gegeben.

Die Wohnungsnot ist unbeschreiblich. Kann man es ein Unterkommen nennen, wenn ein Arbeiter mit Mühe und Not in einem Bunker für 5 Mark pro Nacht schlafen darf?

Umsiedler werden in ihren Verbänden und Versammlungen aufgehetzt, Rachegelüste und „Heim-ins-Reich"-Gefühle werden geschaffen.

Und dem gegenüber die Deutsche Demokratische Republik? Leute, ihr wißt ja nicht, was ihr habt. Zunächst solltet ihr mehr Stolz zeigen auf eure Leistungen. Der Zweijahrplan hat euch einen Fortschritt gebracht, der von uns vielleicht deutlicher gemerkt wird als von euch selbst. Das gibt die Gewißheit, daß der Fünfjahrplan ebenso gut und sicher erfüllt werden kann und wird. Und dann? Dann seid ihr sowieso besser dran als die Westdeutschen, die dann wahrscheinlich vor Schulden nicht mehr atmen können. Ihr aber habt einen hohen Lebensstandard erreicht, durch eigene Kraft, ohne Verschuldung durch ausländisches Kapital.

Ihr Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik müßt euch aber darüber im klaren sein, daß ihr nicht nur euer eigenes Schicksal in den Händen haltet, sondern auch die Zukunft des ganzen deutschen Volkes.

O. S., Stuttgart

Sie machen nicht mit

Hier bei uns steigen die Preise aller Waren von Tag zu Tag. Die jungen Männer reden jetzt nur noch von der Aufstellung der neuen Wehrmacht; keiner will mitmachen, und viele wollen, wenn es hier Gesetz wird, abhauen. Nur wissen sie nicht genau, ob sie bei euch drüben aufgenommen werden und Arbeit bekommen.

G. Z., Hamburg

Die Preise steigen

Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich hier immer mehr. Auf allen Gebieten steigen die Preise in die Höhe. Niemand kommt mit seinem Geld aus. Die Kundschaft bringt wohl Arbeit, versucht aber immer zu handeln und die Preise zu drücken. Manche Reparaturen liegen wochenlang, ehe sie abgeholt werden. Was wird das erst geben, wenn die neuen Steuern kommen?

H. K., Hamburg, Kürschner

Es geht bergab

Hier im Westen geht es immer weiter bergab, hinein in ein Elend größten Ausmaßes für den Großteil der Bevölkerung. Mit unglaublicher Raffiniertheit wird bei jeder Gelegenheit zum Krieg gehetzt und getrieben, und so viele Menschen wissen vor lauter Propaganda wirklich nicht mehr, was nun eigentlich gespielt wird.

Bei uns ist das Leben für einen Kulturschaffenden außerordentlich schwer. Man müßte da entweder „Surrealist", zu deutsch „verrückt" sein, oder einen wohlbekannten Namen aus der Nazizeit haben, dann könnte man an eine Förderung denken. Aber für ernsthaft künstlerisch arbeitende Menschen, die nur Freude machen wollen und reine Friedensarbeit leisten, hat man im Westen nichts übrig.

Unser heißer Wunsch ist Frieden unter allen Umständen, und unser ganzes Sinnen und Handeln geht darum, Verständigung mit dem Osten, friedliche Aufbauarbeit und Gesundung unseres Volkes.

L. M., München

Mein Neffe Jünter wundert sich

Also wat soll ick Ihn' sagen, dett mein Neffe Jünter bei uns zu Besuch is, ha' ick Ihn' ja schon vorjetmal erzählt. Nu loopt der Bengel den janzen Tach rum und wundert sich, dett det alles janz anders is, als er et sich vorjestellt hat. Na, un abends liest er denn allet, wat 'er an Zeitungen bloß uffitreiben kann.

„Weeste" sagt er, „Onkel Oskar, eens muß ick Dir ja sagen, de Zeitungen bei uns sind ville interessanter. Wat steht schon in Eure Zeitungen drin? Immer detselbe, Friedenskongreß, Friedenskomitee, wir wollen die Einheit Deutschlands', Prager Beschlüsse, Fünfjahrplan, un denn is ooch schon aus. Nich mal een anständijer Mordbericht oder irjendwat Nettet von Filmschauspielerinnen oder irjendeen interessanter Tatsachenbericht."

„Du" sage ick, „Jünter, weeste noch, an'n ersten Abend, wo de hier warst, da ha'm wir doch über de Prager Beschlüsse jesprochen, un da haste uns selber jesagt, dett bei Euch davon nischt in de Zeitungen jestanden hat."

„Ja" sagt er, „det stimmt. Vielleicht war ooch wat drin, aber denn war't so kleen un versteckt, dett ick et nich jesehn habe."

„Siehste" sage ick, „wat is wichtiger, der Friede un die Einheit Deutschlands oder det danebenjejangene Eheleben von irgendeene Pla de Nuttil"

„Na ja" sagt er, „det stimmt natürlich, aber man will doch mal wat Interessantet lesen."

„Du" sage ick, „Jünter, so is det ja nich, det wollt Ihr ja janich, sondern det sollt Ihr."

„Onkel" sagt er, „det ist zu hoch für mein' Verstand."

„Sieh ma', Jünter, is doch janz einfach. Wenn ick da enen richtjen Mordprozeß habe ..."

„Du" sagt er, „Onkel Oskar, da is ne dolle Sache bei uns passiert. Der größte Dolmacher Deutschlands, so hat sich der Halunke selber jenannt, der stand vor't Gericht. Also ick sag Dir, Sachen sind dabei rausjekommen. Wie die de Frauen die Köppe abjeschnitten haben ..."

„Siehste" sage ick, „Jünter, sowat sollt Ihr nämlich lesen bei Euch in' Westen. Drum macht man et janz jroß uff mit den jroßen Dolmacher, un det liest denn Urahne, Jroßmutter, Mutter un Kind. Na, un denn vielleicht noch, det een Mittelstürmer an' letzten Sonntach een Tor mit beede Beene jleichzeitig jeschossen hat. Wenn Ihr Euch nämlich damit beschäftigt, denn habt Ihr natürlich keene Zeit mehr, Euch darüber den Kopp zu zerbrechen, wie wir zum Frieden kommen, un die Zeitung hat keenen Platz dafür, weil se doch die ollen Kamellen von Texas Billy bringen muß."

„Du meinst also, Onkel", sagt er, „dett det bei uns in de Zeitung mit Absicht so jroß uffjemacht wird?"

„Na klar" sage ick, „gloobe doch nicht, dett de Zeitungsfritzen dußlig sind, lebrigens, die Filmonkels sind et ooch nich."

„Du, Onkel" sagt Jünter, „ick hab' ja nu een paar Filme bei Euch jesehen. Neulich hat mir ja Tante in'n „Rat der Götter" jeschickt. Also ick muß sagen, det war 're dolle Sache, aber weeste, sind Eure Filme eijentlich alle politisch?"

„Ja" sage ick, „jenauso politisch wie Eure, bloß ebent von de andere Seite."

„Na, hör mal" sagt er, „unsere sind nich politisch, da kannste erzählen, wat de willst."

„Na" sage ick, „Du jehst also bei Dir in Köln in'n Kintopp. Du bist ja ooch so'n dreiviertel Arbeitsloser. Du setzt Dir hin, un denn jeht's oben uff de Leinwand los. Un wat siehste? Een netter junger Mann, unjefähr so alt wie Du. Den jehts dreckig, un denn hatta Glück. Wejen seine Tüchtigkeit kriecht er Arbeet un an'n Schluß hat er 'ne kleene Villa un een süßet Schnuckiputz int Bett. Küßchen druff, Jroßaufnahme, Feierabend. Na, un denn jehste nach Hause un hast neuen Mut un denkst, na vielleicht schaff' ick et ooch un werde ooch mal so'n reicher Mann wie der da uff de Leinwand. Un det is'n politischer Film, wat de da jesehen hast. Denn wenn de da rauskommst, denn denkste nich daran, dett De Dir eijentlich mit alle die andern, denen et jenau so dreckig jeht wie Dir, zusammenschließen müßtest, damit die verrückte Welt mal jerade jerückt wird."

„Onkel" sagt der Jünter, „wenn ick mir det überlege, det is wie bei de alten Römer: Brot und Spiele."

„Ja" sage ick, „da haste recht, wenig Brot und ville Spiele für't Volk. Un inzwischen machen die anderen de Politik, un die is ja denn ooch danach. Die is so scheen, dett Du schon wieder Soldat werden willst."

„Nee" sagt er, „Onkel, det war eenmal, det kommt bei mir nich mehr in Frage."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Saure Wochen frohe Feste

Es ist noch gar nicht so lange her, als es erregte Diskussionen darüber gab, ob unsere Kulturschaffenden am Schreibtisch ihre Werke erarbeiten könnten, oder ob sie die Arbeit und die Menschen der Schwerpunktbetriebe in der Deutschen Demokratischen Republik studieren müßten, um hier Anregungen zu finden und Erfahrungen zu sammeln, die sie befähigen würden, wirklich realistische Kunst zu schaffen.

Hermann Werner Kubsch war einer der ersten Schriftsteller, der für ein halbes Jahr in einen Betrieb ging. Hier, im Dreiländerzipfel bei Zittau, lebte er in der Gemeinschaft der Arbeiter des Großkraftwerkes Hirschfelde, lernte ihre Sorgen und Freuden kennen und nahm teil an der Arbeit des Häuers im Kohlenpott und an der des leitenden Direktors, der selbst einmal Kumpel im Kraftwerk war. Und in dieser Umgebung entstand seine Idee zu dem neuen DEFA-Film „Saure Wochen — Frohe Feste", dessen Drehbuch er gemeinsam mit dem Regisseur des Films, Wolfgang Schleif, schrieb.

Wir sehen die Betriebsleitung und die Belegschaft eines Großkraftwerks, die ihr vierjähriges Bestehen als volkseigener Betrieb festlich begehen wollen. Zwei Gruppen haben sich innerhalb der Belegschaft gebildet, die der alten Mitglieder verstaubter Theatervereine und die der Jugend. Das uralte Singspiel „Die Gärtnerliesel" ist aus der Mottenkiste ausgegraben worden, und begeistert machen sich die Liebhaber dieser längst vergangenen Theaterepoche daran, es einzustudieren. Die junge Arbeiterin Lotte Thieme und ihre Jugendgruppe sind damit natürlich nicht einverstanden. Sie beschließen, ein eigenes Programm zusammenzustellen, das von den Ereignissen der vergangenen vier Jahre im Werk erzählen soll. Der Betriebsleiter steht auf der Seite der Jugend, und bald gewinnt sie für ihren Plan noch einen Musiker und einen Maler, die Nachbarn ihres Jugendheimes sind.

Unsere Bilder geben zwei Szenen aus dem Film „Saure Wochen — Frohe Feste" wieder. *Foto: DEFA*

Ein Wettbewerb zwischen den alten Theaterhasen und der Jugend beginnt. Aber mitten in ihren Vorbereitungen ereignet sich ein Zwischenfall, der sie alle zu anderem Zweck zur höchsten Anspannung ihrer Kräfte zwingt. Eine Turbine des Werkes ist plötzlich ausgefallen, und der Betriebsleiter ordnet strenge Maßnahmen an, um den Schaden so rasch wie möglich wieder zu beheben. Das ganze Werk arbeitet fieberhaft an der Reparatur, und alle Rivalität zwischen dem Theaterverein und der Jugendgruppe ist für Tage vergessen. In Rekordzeit schaffen sie die Reparatur der Turbine wenige Stunden vor dem Beginn des Festes, so daß dieses nun doch noch steigen kann.

Erwartungsvoll sitzt die ganze Belegschaft im Kulturraum, und das Theaterstück beginnt. Recht gelangweilt reagieren die Zuschauer auf die „Gärtnerliesel" und wehren sich mit Recht gegen die veralteten Vorstellungen und die lächerliche Sentimentalität des Stückes. Wenige Minuten später beginnt die Aufführung der Jugendgruppe und wird von den Werkangehörigen jubelnd aufgenommen.

Ein Großteil der Aufnahmen dieses Films „Saure Wochen — frohe Feste" wurde in dem Großkraftwerk Hirschfelde gedreht, also in dem Werk, dessen Arbeiter die Idee für diesen Stoff gaben. Der Kohlenstaub und die riesigen schwarzen Maschinen und Turbinen „aßen" das für die Kamera so notwendige Licht auf, die Beleuchter mußten oft wahre Akrobatenstücke mit ihren

Scheinwerfern leisten, um große Maschinenhallen wenigstens einigermaßen auszuleuchten.

So entstand hier ein Film, der in seinem realistischen Inhalt Dinge zeigt, wie sie täglich in vielen Werken erlebt werden, und dessen Personen Menschen sind, denen jeder von uns im Alltag begegnet.

Die DEFA stellte damit wieder einen Film her, der den Menschen an seinem Hochofen und an seiner Maschine zeigt, der uns die frohen und ernsten Stunden der Belegschaft eines Werkes miterleben läßt.

K. H. Busch

Bibliothek des Sozialismus

Neue Dietz-Bücher

In den letzten Monaten ist die Bücherei-Abteilung des Dietz-Verlages, die uns mit der gedanklichen Welt des wissenschaftlichen Marxismus vertraut macht, die uns hilft, allen gesellschaftlichen Ereignissen auf den Grund zu gehen, und die zugleich Anleitung für unser ferneres Handeln ist, um wesentliche Erscheinungen erweitert worden. So werden unzählige Menschen, deren Interesse sich gerade jetzt im Zusammenhang mit dem Beginn des ersten Schulungsjahres der SED besonders den Schriften von W. I. Lenin und Josef W. Stalin zuwendet, in die Lage versetzt, diese Werke für ihr Studium zu erhalten.

In erster Linie erwähnen wir Band II der Werke von J. W. Stalin, der die Zeit von 1907 bis 1913 enthält. In der Bücherei des Marxismus-Leninismus erschienen inzwischen von Stalin „Marxismus und die nationale und koloniale Frage", eine Schrift, die heute von besonderer Wichtigkeit ist. Ferner Lenin, „Briefe aus der Ferne", „Über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik", „Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?", „Über den Kampf um den Frieden" und „Das Agrarprogramm der Sozialdemokraten in der ersten russischen Revolution von 1905/07".

Neben diesen Werken, die die einzelnen Etappen der russischen Arbeiterbewegung beleuchten und für alle wahrhaft fortschrittlichen Menschen das unentbehrliche Rüstzeug für ein weiteres Vorangehen im Kampf um den Frieden und ein besseres Leben darstellen, sind auch die Bände „Lenin. Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens" und „Stalin. Kurze Lebensbeschreibung" außerordentlich wichtige Dokumente. Mit Band IV ist jetzt der Marx-Engels-Briefwechsel abgeschlossen.

M. I. Kalinin „Über kommunistische Erziehung" ist eine Sammlung von Reden und Aufsätzen Kalinins, in denen er die Grundsätze der kommunistischen Erziehung behandelt. „Das sind die Grundsätze eines hochgebildeten, ehrlichen, fortschrittlichen Menschen, das ist die Liebe zur sozialistischen Heimat, Freundschaft, Kameradschaftlichkeit, Menschlichkeit, Ehrlichkeit, Liebe zur sozialistischen Arbeit und eine ganze Reihe anderer, jedem verständlicher edler Eigenschaften."

Schließlich nennen wir noch Dr. K. Obermann „Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution". Ein Buch, das dieser Tage erscheint.

Dieser kurze Blick auf die Früchte der Arbeit, die der Dietz-Verlag dem deutschen Leser in den letzten Monaten vorlegte, beweist eindringlich, wie sehr gerade dieser Verlag durch sein Wirken die Vorbedingungen für den Fünfjahrplan mitschaffen hilft. Denn nur der Mensch wird sich für den Wirtschaftsplan voll einsetzen, der das Wesen eines neuen, planmäßigen Wirtschaftens verstanden und seine großen Zukunftsaussichten für alle Werktätigen erkannt hat.

Elisabeth Borchardt

DER KULTURSPIEGEL

Die Natur- und Heimatfreunde hielten im Kulturbund ihre erste Zentralkonferenz ab. Es wurden neue Richtlinien für die weitere Tätigkeit der Vereinigung festgelegt. Die Natur soll nicht im Stil eines Museums konserviert, sondern, wenn nötig — umgestaltet werden. Die Vereinigung soll Sorge tragen, daß das Landschaftsbild, der Anblick von Städten und Dörfern verschönt wird. Ferner werden in Zukunft Ortschroniken geschrieben werden. Die Ortsgeschichtsschreibung soll ein getreues Bild unseres Aufbaues seit 1945 werden.

„Das Beil von Wandsbek", der erfolgreiche Roman des Nationalpreisträgers Arnold Zweig, wird jetzt von der DEFA in Babelsberg verfilmt. Der Roman erzählt eine wahre Begebenheit aus den Anfängen der Nazizeit, als die Hinrichtung dreier Antifaschisten in Hamburg beinahe daran gescheitert wäre, daß sich kein Henker fand, um das Urteil zu vollstrecken. Um den Zorn des „Führers" abzuwenden, stellte sich schließlich ein Fleischer zur Verfügung. Als das bekannt wurde, boykottierte die empörte Bevölkerung seinen Laden.

Christa Grote aus der Redaktion der „Jungen Welt" gestaltet jetzt die Sendung des Kinderfunks. Ihr Bemühen, sie gegenwartsnah und erzieherisch zu lenken, findet seinen Ausdruck in den Sendereihen „Neben unserer kleinen Stadt" und „Zwischen Pimpelhagen und Lümmelhausen". Hier bauen die Kinder mit viel Eifer und Fantasie ein Kombinat, allerdings nur im Geiste, und sie gewinnen durch eine freiwillige Arbeitsleistung einen von einer erzürnten Frau fortgenommenen Ball wieder. Die Hörspiele finden starken Widerhall bei der kleinen Hörerschaft, wie die vielen Briefe beweisen, die täglich eintreffen.

Das zentrale Kindertheater „Theater der Freundschaft" wurde im Haus der Kinder in Lichtenberg eröffnet. Unter den zahlreichen Gästen, die zu der Feier erschienen waren, befand sich auch Ministerpräsident Otto Grotewohl. Eine Vertreterin des Zentralrates der FDJ übergab dann das Haus im Namen der FDJ an den Intendanten Hans Rodenberg. Volksbildungsminister Wandel sprach über den Charakter der Bühne, deren Aufführungen dem großen Ziel der Völkerverständigung und des Friedens dienen werden.

„Panzerkreuzer Potemkin"

Ein Meisterwerk der Filmkunst

Dreimal habe ich den „Panzerkreuzer Potemkin" gesehen. Als junger Student, im Exil und in der neuen synchronisierten Fassung der Neuaufführung im „Babylon". Jedesmal kam ich aus dem Kino, ganz im Banne des starken schöpferischen Eindrucks. Vor fünfundzwanzig Jahren hat Eisenstein diesen Film geschaffen, der dem Erdball die künstlerische Überlegenheit der revolutionären Gestaltungskraft der jungen Sowjetunion bewies.

Bilder, die man nicht vergessen kann, die Matrosen mit dem madigen Fleisch, die bangen Sekunden der Erwartung, als die Flotte des Schwarzen Meeres sich dem revolutionären „Panzerkreuzer Potemkin" nähert. Werden sie schießen? — Der Kinderwagen, der die lange, nach der Fusillade der Kosaken menschenleere Treppe herunterrollt. Aber diese Bilder stehen nicht für sich, vereinzelt, sie sind fest verankert in der realistischen Schilderung einer ruhmreichen und wichtigen Episode der russischen Revolution von 1905.

Es gibt Filme, denen die Vertonung geschadet hat. Hier ist sie sorgsam und vorsichtig angewendet worden, durch kurze Sprechereinblendungen angedeutet, und die bisher noch nicht übertroffene künstlerische Bildkraft bleibt erhalten. Wie ist das Jungbleiben dieses großen Filmes zu erklären? Die Sowjetunion ist auf dem Wege, den der Panzerkreuzer „Potemkin" begann, unbeirrbar weiter fortgeschritten, ist eine unbesiegbare Macht geworden, eine Garantie für den Frieden der Welt. Und dieser Film ist ein stolzer Rückblick auf die Straße zur Befreiung der Völker. Zwischen der kämpferischen Vergangenheit und der aufbauenden friedvollen Zukunft bleibt kein Rest. Nur so und nur in diesem Lande, konnte Eisenstein seinen „Panzerkreuzer Potemkin" inszenieren. Wenn die Kunst dem Volke gehört, werden zeitenüberdauernde Kunstwerke geschaffen.

Jan Koplowitz

Schulbücher sind Waffen des Friedens

Achtzig Millionen Schulbücher hat der Verlag „Volk und Wissen" in den ersten fünf Jahren seines Bestehens in die Ranzen unserer Schüler gepackt. Wer ahnt, wieviel Arbeit und Verantwortung, gerade das Schulbuch fordert, wieviele Schwierigkeiten überwunden werden mußten, bis 80 000 000 Schulbücher mithelfen konnten, jene Atmosphäre des Lernens zu schaffen, die heute mehr und mehr das Klima unserer neuen Schule bestimmt?

Am Anfang stand nahezu das Nichts. Einige historische Stichworte mögen ganz kurz noch einmal am Rande vermerkt sein: Papiermangel, Transportproblem, die Suche nach Autoren, und wieder das Transportproblem und der Papiermangel und die Suche nach Autoren — aber die Schule schrie nach Büchern. Doch immer wurde Rat, und immer kam auch Hilfe. Sie kam nicht zuletzt daher, von wo viele deutsche Menschen sie nicht erwartet hatten. Am Anfang der Verlagsgeschichte steht nämlich ein Befehl. Aber dieser Befehl ist etwas grundsätzlich anderes und weit, weit mehr, als das, was z. B. in Westdeutschland und Westberlin erfahrungsgemäß unter „Ordre" begriffen und aus der spezifisch gewordenen Vorstellung von einer Besatzungsmacht und dem dazugehörigen Besatzungsstatut hergeleitet werden kann.

Als 1945 die SMA der damaligen Deutschen Verwaltung für Volksbildung den Auftrag gab, einen Verlag für Unterrichtsbücher und pädagogische Literatur ins Leben zu rufen, machten die Sowjetmenschen wieder einmal wahr, was Stalin im Namen der Sowjetvölker schon während des Krieges aussprach: „Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibt."

Die Gründung dieses Verlages ist und wird sein eine Tat des Friedens und der Freundschaft und wiegt doppelt und dreifach schwer, wenn man sich erinnert, wieviele sowjetische Schulen unter dem barbarischen Kommißstiefel des Faschismus roh zertreten worden sind.

Der Praxis der nazistischen Kriegsmaschine entsprach die Theorie. Auch die der Schulbücher. Es bedarf keiner Kommentare, daß diese Bücher keinen Platz in unseren Schulen mehr haben konnten. Der Verlag griff daher weiter zurück, schloß an die Weimarer Zeit an. Bücher, die vor 1933 erschienen waren, wurden überarbeitet. Man schnitt heraus, was krank und faul an ihnen war — und merkte bald, daß auch diese Notoperation nicht ausreichte, um den Patienten Schule gesund und gegen weitere Infektionen imperialistischer Bazillen immun zu machen. Die kritische Diagnose ergab, daß auch in den Lehrbüchern der Weimarer „Demokratie" jene so feinen und wohlabgewogenen Dosierungen enthalten waren, die mit den Mitteln des Pazifismus, Objektivismus und Kosmopolitismus den Genesungswillen des deutschen Volkes lähmen würden.

Wir kennen diese gefährlichen Stoffe nur zu genau. Sie sind der Nährboden für einen üppig wuchernden Chauvinismus, der, einmal in den großen Blutkreislauf eines Volkes eingedrungen, oft genug paralytische Wirkungen gezeitigt hat.

Ihr Älteren, erinnert euch nochmal. Wißt ihr noch, wie früher der alte Zieten in den Lesebüchern aus dem Busche fuhr? Und euch Kindern in die Köpfe? Kennt ihr noch die tausend kleinen Husarenstückchen der Kriegsgeschichten, die ihr mit dem Holzsäbel im Spiele reproduziertet? Hört ihr noch den Trompeter von Gravelotte, der in euren Geschichtsbüchern blies und das Bewußtsein für Klänge vorbereitete, deren Resonanz dem Rattenfänger des Jahres 1933 die Schlachtenmusik des Faschismus so angenehm leicht gemacht hat?

Fort damit. Es ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes, etwas gänzlich Neues an die Stelle des absoluten Bankerotts zu setzen. Schulbücher sind Waffen Waffen für den Krieg oder Waffen für den Frieden. Auf jeden Fall Waffen. Auch die neuen Schulbücher sind es.

Und wenn der anglo-amerikanische Imperialismus unsere Schulreform samt ihren neuen Schulbüchern nicht in sein paneuropäisches Herz eingeschlossen hat, so wird er wissen, warum. Für seine Ansprüche ist es nämlich gefährlich, wenn in Zehntausenden von Schulen unserer Deutschen Demokratischen Republik Frieden und Völkerverständigung Einzug gehalten haben und unsere Jugend aus Schulbüchern und im wirklichen Leben nun zum erstenmal erfährt, was man unter Demokratie zu verstehen hat. Für wie gefährlich diese Waffe des Friedens gehalten und in Westdeutschland und Westberlin zur Kenntnis genommen wird, mögen zwei Beispiele beleuchten.

Westdeutsche Professoren, Studenten der pädagogischen Fakultäten und Lehrer aller Schulen verfolgen mit großem Interesse die Demokratisierung unseres Schulbuches und lesen aufmerksam alle pädagogischen Zeitschriften —, ja, wenn sie in ihre Hände gelangen. Ein Professor aus Köln berichtete dem Verlag bei einem Besuch in Berlin, daß solche Buchsendungen unterwegs abgefangen werden und nicht immer ihren Bestimmungsort erreichen. Das ist die Angst vor der Wahrheit.

Lehrer aus Westberlin erzählen, daß sie die Unterrichtsbücher des Verlages zwar gern benutzen, aber tief in ihren Aktentaschen verbergen müssen, weil die Reuter aus dem Schöneberger Rathaus auf Demokratie äußerst empfindlich reagieren und sehr wohl wissen, daß 80 Millionen neuer Schulbücher Barrikaden sind, die dem Krieg, den „Berlin wert sein soll", im Wege sind.

Also, vorläufig noch Demokratie auf Schleichwegen und in verschlossenen Aktentaschen. Wir sind aber davon überzeugt, daß dieser Zustand sein Ende finden wird.

Daran schon mitgearbeitet zu haben und weiter mitzuwirken, ist gleichzeitig Verdienst und Aufgabe des Verlages Walter Ulbricht sprach das aus, als er die Perspektiven des Fünfjahrplans aufzeichnete:

„Auf dem Gebiete der Herausgabe von Schulbüchern haben das Ministerium für Volksbildung und der Verlag ‚Volk und Wissen' Großes geleistet. Nunmehr gilt es, diese Schulbücher weiter zu vervollkommnen."

Der Anfang dazu ist gemacht. Ich meine vor allem die Fibel, das Kernstück der Ausstellung im Häuschen in der Friedrichstraße gegenüber der Staatsoper, die vor einigen Tagen im Beisein von Vertretern der Diplomatischen Missionen eröffnet wurde.

Ludwig Vogelbein

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Der Roman des Herrn Chocholka

von Jaroslav Hašek

Herr Chocholka, seines Zeichens Beamter an der Zollschranke der Stadt, war ein sehr pflichtbewußter Mensch. Bei Ausübung seiner dienstlichen Pflichten kannte er keinerlei Rücksicht. Wenn er in der Amtskanzlei eine Person vorführte, die verdächtig schien, Nahrungsmittel über die Zollgrenze in die Stadt schmuggeln zu wollen, strahlten seine blauen Augen vor lauter Freude, und ein Schimmer dienstlicher Zufriedenheit lag in ihnen.

Ihm entging nichts. In der elektrischen Straßenbahn prüfte er das Publikum mit einem durchdringenden Blick, der so schrecklich verdächtigend wirkte, daß selbst Leute, die überhaupt nichts bei sich hatten, wie Taugenichtse vor Verlegenheit erröteten.

Mit Tigerblick schaute er unter die Sitze, und wenn er dort ein Paket fand, das die verstörten Personen unter ihren Beinen versteckten, zog er es triumphierend hervor, wobei er seinen Blick streng in die Augen der ertappten Person bohrte und sagte: „He, was ist denn das?"

Diese Worte wurden in so drohender Weise ausgestoßen, daß die überraschten Menschen alles zugaben und die Dinge, die der Nahrungsmittelsteuer unterlagen, aufzählten. Wenn sie es aber mit Ausflüchten versuchten, sie hätten Wäsche bei sich, und dies nicht wirklich der Fall war, und ihre Stimme daher zitterte — dann waren sie verloren!

Er führte sie in den Dienstraum, stelzte, sich in seiner Uniform besonders gerade haltend, einher und strömte so viel Heldentum aus, als habe er gerade jetzt einen gefährlichen Räuber gefangen.

Und er siegte immer, auch wenn sich die lieben Frauchen über das zu vertrauliche Abtasten ihrer Person beschwerten.

„Dem Reinen ist alles rein", pflegte dieser treffliche Mann zu sagen, „und wenn du eine Gans durchschmuggeln willst, dann mag dir der liebe Gott helfen!"

Und wieder brachte er alles in die Kanzlei, ohne auf die Tränen der Dienstmädchen zu achten, denen ihre Herrinnen aufgetragen hatten, dies und jenes in die Stadt zu schmuggeln.

Ganz unerbittlich blieb er gegen jedes gekünstelte Lächeln der Damen, die er an der Zollschranke anhielt, und die mit diesem verdächtigen Lächeln flüsterten, sie hätten wirklich rein gar nichts in ihrer Tasche. Mit energischer Hand drückte er aufs Schloß und senkte seine Blicke ins Innere. Dann griff er hinein und rief triumphierend sein drohendes: „He, und was ist denn das hier?"

Das niedergeschmetterte Opfer brachte er wieder in den Dienstraum, der schon so viele Klagen von Gesetzesübertretern vernommen und so viele Tränen von Frauen aus allen möglichen Schichten gesehen hatte, denn Frauen entwickeln gerade in dieser Hinsicht besondere Erfindungsgabe.

„Frauen sind Nattern", pflegte Herr Chocholka zu sagen, „und auch auf den ersten Blick anständig wirkende Frauen wollen uns Zollbeamte hintergehen. Unschuldig wie ein Engel sieht sie aus, aber Rebhühner sind unter ihren Röcken festgesteckt."

So wurde im Lauf der Zeit aus Herrn Chocholka ein echter Weiberfeind. Frauliche Anmut konnte ihn nicht fesseln. Üppige Brüste weckten nur böses Ahnen, daß sich Hühnchen unter der Bluse versteckten. Und gar der Anblick breiter Hüften rief in ihm immer die Erinnerung an eine Schöne wach, die im Vertrauen auf ihr verführerisches Antlitz 5 kg Fleisch und 1 kg ausgelassenes Schmalz hatte durchschmuggeln wollen.

„Ich hab sie um die Taille gefaßt", pflegte Herr Chocholka zu erzählen, „und schon wußte ich, wieviel es geschlagen hatte. Das Luder hat wie am Spieß gebrüllt, als die alte Fouskova sie im Dienstraum hinter der spanischen Wand splitterfasernackt ausgezogen hat. Es war irgend so eine Frau Professorin. 20 Kronen Strafe hat sie zahlen müssen, und hin war die ganze Schönheit!"

Und doch hat Herr Chocholka schließlich geheiratet.

Eines Tages, als er so an der Zollschranke stand, sah er ein junges, rotwangiges Mädchen mit einer Tasche in der Hand näherkommen.

Bevor er noch fragen konnte, „was haben Sie denn da?" schaute sie ihn mit ihren schwarzen Augen an und sagte: „Bitte schön, wo wird hier der Nahrungsmittelzoll gezahlt? Ich hab' einen Hasen und etwas Fleisch bei mir." Diese einfachen, aufrichtigen Worte wärmten Herrn Chocholkas Herz. Bisher war es ihm noch nicht passiert, daß ein weibliches Geschöpf sich freiwillig zum Zahlen gemeldet hätte.

„Da gehen Sie hierher vors Fensterchen, mein Fräuleinchen", sagte er mit erstaunlich weicher Stimme, und den ganzen Tag dachte er an das charakterstarke Mädchen, an diese außergewöhnliche Erscheinung unter den Frauen.

Als er jedoch nachts erwachte, packte ihn wieder das alte Mißtrauen. Wo gab es die Frau, die nicht den Zollbeamten betrügen wollte? Möglich, daß gerade sie ihn davon überzeugen will, bei ihr brauche er keine Angst zu haben, daß sie die Behörde hintergehen wolle, und dann wird sie gerade den Beruhigten im gegebenen Augenblick täuschen, wie dies doch das gräßliche weibliche Geschlecht ununterbrochen tut.

Sobald er jedoch am nächsten Tag ihr aufrichtiges Gesicht erblickte, als sie ihm geradeheraus sagte, daß sie 1 kg Pflaumen bei sich habe und nicht wisse, ob sie hierfür etwas zahlen müsse, verschwand sein Mißtrauen wieder. Genau so wie ihr gutes Herz öffnete sie auch ihre Tasche vor ihm, und als er die Handvoll Pflaumen sah, konnte er nicht mehr an sich halten und erklärte: „Hierfür wird nichts gezahlt, mein Fräuleinchen", und, vor ihr hin- und hergehend, setzte er ihr auseinander, wie die Menschen mit Taschen und Paketen die Zollgrenze passierten, wofür und für welche Menge Abgabe zu zahlen sei und daß eine Hintergehung dieser Vorschriften streng bestraft werde.

„Lügen ist Sünde, mein Fräuleinchen", meinte er voller Nachdruck, „aber die größte Sünde ist es, uns Zollbeamte zu belügen!"

An diesem Tage war er sehr fröhlich, denn es bereitete ihm große Freude, wie gut er alles diesem hübschen Mädchen vom Lande erklärt und wie er sie auch für die Zukunft vor der Versuchung bewahrt hatte, die Behörde zu hintergehen.

Für Herrn Chocholka kamen nun glückselige Momente, wenn er sie sah und mit ihr sprach.

Er erkannte, daß das Mädchen einen ausgezeichneten Charakter besaß, denn sie meldete ihm immer sofort, was und wieviel sie bei sich hatte, und ihr Charakter änderte sich selbst dann nicht, wenn eine Flasche Wein ohne Etikette in der Tasche steckte, die sie ruhig als Essig hätte deklarieren können.

Er glaubte ihr bereits aufs Wort, aber sie steckte ihm immer alles vor die Nase. Dieses reizende, ehrenhafte Mädchen, die einzige anständige Frau unter der Sonne.

Ein halbes Jahr lang jubelte seine Seele über diese endlich gefundene weibliche Ehrenhaftigkeit. Dann heiratete er sie, als er auf den gemeinsamen Spaziergängen an seinen freien Sonntagen gemerkt hatte, daß sie Lügen verabscheute, sich vor den Behörden fürchtete und mit Achtung zu ihm aufblickte.

Bei der Hochzeit lernte er auch ihren Vater und ihre Mutter kennen, die sofort nach der Feier wieder abfuhren.

Zum Abschied versprach ihm seine Schwiegermutter noch auf dem Bahnhofsperron, gleich nach der Ernte nach Prag zu kommen.

Es war schon eine hübsch lange Zeit nach der Ernte. Herr Chocholka stand bei der Zollschranke und beobachtete mit Adlerblicken die Fußgänger. Da näherte sich ihm eine rundliche Frau vom Lande in weiten Röcken. Ein Korb hing an ihrem Arm.

Es war seine Schwiegermutter. „Grüß Gott, Frau Mama", sagte Herr Chocholka. Ich begrüße Sie in Prag. Was bringen Sie denn da?"

„Ich bring' euch Brot aus unserem Korn", sagte die Frau Mama, indem sie ihren Korb aufdeckte. „Das ist eine schöne Gottesgabe."

Herr Chocholka verabschiedete sich herzlich von ihr und schaute ihr ein Weilchen nach.

Plötzlich erbleichte er, und ein gräßlicher Gedanke durchzuckte seinen Kopf. Die Frau Mama trug doch einen auffällig weiten Rock. Mit einigen Sprüngen hatte er sie eingeholt. „Erlauben Sie, Frau Mama", rief er und tastete über ihren Rock

„Jesus Maria!" schrie er auf, indem er die Schwiegermutter umfaßte, „eine Gans, die zweite Gans."

„Mitkommen", sagte er streng und zog die zitternde Schwiegermutter an der Hand in den Dienstraum, wo er sie hinter die spanische Wand schob und der alten Fouskova zurief: „Zieh die alte Bauernvettel aus!"

Ein echter Brutus!

Sich zur Schwiegermutter wendend, sagte er mit weinerlicher Stimme: „Was haben Sie mir da angestellt? Das war wieder der unglückliche Schwiegersohn.

Und die ganz in Tränen aufgelöste Frau Mama erwiderte, als ihre Hosen fielen und darunter zwei Gänse zum Vorschein kamen: „Marinka hat mir geschrieben, ich soll sie durch den Zoll schmuggeln."

„Marinka!" rief der unglückliche Herr Chocholka aus. „Sie muß mir noch heute aus dem Hause."

Und der unerbittliche Herr Chocholka, der in diesem Moment alles Vertrauen zu seiner Frau verlor, führte diese Worte aus.

Er warf die ertappte Sünderin hinaus, und heute beobachtet er noch strenger Kleider und Mäntel der Frauen und Mädchen, die die Kontrolle passieren.

(Aus dem Tschechischen von Elisabeth Borchardt)

Chefredaktion:

Bruno Heilig, Max Spangenberg

Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 14. Redaktion: Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 14. Veröffentlicht: mit Genehmigung der SMV-Lizenz-Nr. 400. — Druck: Greif, Graphischer Großbetrieb (155), Berlin N 54, Christinenstraße 18—19.

Das Rundfunkprogramm der nächsten Woche

	Sonntag, 3. Dezember	Montag, 4. Dezember	Dienstag, 5. Dezember	Mittwoch, 6. Dezember	Donnerstag, 7. Dezember	Freitag, 8. Dezember	Sonnabend, 9. Dezember
BERLIN Mittelwelle 782 kHz = 383,1 m und 1570 kHz = 191,1 m 236 kHz = 1271 m **Nachrichten:** 4.33, 5.00, 6.00, 7.03, 8.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 18.00, 19.03, 20.00 (m. Tageskommentar), 23.00, 24.00 sonntags: 6.03, 8.00 (mit Presseschau), 10.00, 13.00, 18.00, 20.00, 23.00, 24.00	8.15 Kirchl. Morgenfeier 9.00 Bach-Kantate 9.30 Leichte Musik 9.50 Schach im Funk 10.10 Musik und Dichtung 11.00 Hörer fragen 11.20 Volksmusik 12.00 Sonntagskommentar 12.15 Musik zu Tisch 13.10 Sonntägl. Dorfrunde 13.40 Musikal. Streiflichter 14.30 Film im Funk 15.00 Die Sonntagskinder 15.30 Musik, Kabar.; Sport 17.00 Opernkonzert 18.05 Theaterspiegel 18.30 Berlins Musikleben 18.45 Gespräche a. Rund T. 19.03 Beethoven (Klav.) 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.15 Deutschlandexpreß 22.10 Sportecho 22.30 Tanzkap. Lutter	5.45 und 6.10 Kunterbunt am Morgen; 6.50 Landfunk; 7.00 Morgenlied des Kinderfunks; 7.10 Frohes Stelldichein; 7.50 Wir gratulieren; 7.55 Frauenfunk; 8.07 Presseschau; 8.15 Harmonikaklänge (außer Sbd.); 8.30 Tänze aus alten Tagen; 9.00 Schulfunk; 9.45 Frühkonzert (außer Mi.); 11.45 Kindergartenfunk; 12.05 Musik zu Tisch 12.50 Landfunk; 13.10 Berliner Stunde und Stadtreporter; 14.05 Mittagskonzert; 15.00 Kinderfunk; 16.05 Wenn die Werksirene ertönt; 18.00 Das Wort des Tages; 18.10 Kultur — heute und morgen; 19.00 Abendlied; 23.00 Der heutige Tag 9.30 Musikal. Elementarschule (Lange Welle) 11.05 Orch. Egon Kaiser 15.20 Lieder 17.00 Musik (Volksdemokr.) 18.20 Junge Welt 18.30 Volkshochschule 18.40 Echo der Wirtschaft 18.50 Unterhltg. m. Hörern 19.10 Volksmusik 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 „Die lust. Weiber v. Windsor" (v. Nicolai) 22.10 Sport 22.15 Gr. Tänzorchester 23.05 Kammermusik 23.40 Heiteres Konzert	9.30 Musikinstrumente 11.05 Kap. Walter Kaatzke 15.20 Kammerorchester 17.00 Junge Pioniere 17.15 Musik a. d. UdSSR 18.20 Junge Welt 18.30 Wahrh. üb. Amerika 18.45 Echo der Wirtschaft 19.10 Solistenvergg. singt 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Wir lieben das Leben 21.40 Literat. d. neu. Zeit 22.10 Kommentar d. LDP 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik 23.40 Heiteres Konzert	9.30 ... das neue Lied (LW) 11.05 P.-Wettschach-Orch. 15.20 Unser Hauskonzert 15.40 Literatur der Zeit 17.00 Sport 17.15 Gr. Tanzorch. Jenson 18.20 Junge Welt 18.30 Ein Sechstel d. Erde 19.10 Uns. Lied, uns. Leben 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Sinfonisches Konzert in der Pause: Gespr. a. Rund. Tisch 21.30 Funkbrettl 22.10 Kommentar der DBP 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Heiteres Konzert	9.30 Uns. Klassiker (L.W.) 11.05 Kap. Lisw. Heyden 15.20 Kammermusik a. d. Sowjetunion 17.00 Spiegel des Rechts 17.10 Uns. Lied, uns. Leben 18.20 Junge Welt 18.30 Wahrh. üb. Amerika 18.45 Echo der Wirtschaft 19.10 Soloquartett singt 19.30 Pulsschlag der Zeit 19.50 Probleme der Zeit 20.15 Abend der Jugend 22.10 Kommentar der CDU 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik 23.40 Heiteres Konzert	9.30 Musikhochschulen-Orchester 11.05 Musette-Orchester 15.20 Das neue Lied 15.40 Bücherschau 17.00 Junge Pioniere 17.15 Unterhbl. Walzer 18.20 Echo der Wirtschaft 18.30 Ein Sechstel der Erde 19.10 Volksmus. d. Nationen 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Hörspiel: Musik 22.10 Kommentar der NDP 22.17 Sport 22.22 Studentenfunk 22.32 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik (Schubert, Beethoven) 23.40 Heiteres Konzert	8.30 Volkspolizei musiziert 9.30 Jugend musiz. (L.W.) 9.45 Liebe alte Weisen 10.45 Aus dtsch. Zeitschr. 11.05 Egon-Kaiser-Orch. 15.20 Junge Welt 15.40 Sport 16.05 Dt.-sowj. Freundsch. 16.15 Hörerwünsche 17.30 Sendg. f. Aktivisten 18.10 Außenpolit. d. Woche 18.30 Musik der Nationen 19.10 Gr. Tanzorchester 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 „92 02 01-Musikabt." 21.00 Sport 21.45 Quergefunkies 23.10 Kommentar der SED
DEUTSCHLANDSENDER 7150 kHz = 41,96 m 6115 kHz = 49,96 m LW 263 kHz = 1141 m **Nachrichten:** 5.00, 6.00, 7.03, 8.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00 sonntags: 6.03, 8.00, 10.00, 12.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00	7.10 Kirchl. Morgenfeier 7.35 Das kl. Meisterwerk 8.15 Konzert 9.00 Musik und Dichtung 11.00 Aus deutsch. Ländern 12.15 Musik zu Tisch 13.00 Sonntagskommentar 13.15 Musikal. Streiflichter 14.00 Unterhaltg. m. Hörern 14.20 Erna-Sack, Gigli u. a. 15.30 A. d. Volksdemokrat. 15.40 Musik (mit Sport) 16.40 Leb. Literatur-Erbe 17.05 Opernchöre 17.45 Tanz und Sport 18.45 Wahrh. üb. Amerika 19.15 Wir lieben das Leben 21.35 Harmonikaklänge 21.45 Sport 22.25 Meisterwerk	6.05 Kollege, hör' zu; 6.10 Beliebte Klänge; 6.55 Landfunk; 7.00 Jugendlied; 7.20 Harmonikaklänge; 7.30 Tänze aus alten Tagen; 8.15. Frühkonzert; 9.30 Berlin, die Hauptstadt Deutschlands; 10.05 Musikalische Kleinigkeiten; 11.05 Für die Hausfrau; 12.05 Aus dem Wirtschaftsleben (außer Sbd.); 12.10 Mittagskonzert (außer Sbd.); 13.10 Landfunk; 13.15 II. Mittagskonzert (außer Sbd.); 15.00 Kinderfunk; 15.20 Musik für die Jugend (außer Sbd.); 16.05 Deutsche Presseschau (außer Sbd.); 16.20 Wenn die Werksirene ertönt (außer Sbd.); 17.05 Volksmusik der Nationen (außer Sbd.); 18.00 Jugendfunk; 21.00 Für Westdeutschland; 23.20 Kaleidoskop (außer Sbd.) 7.10 Jugendfunk 14.10 Solisten der Chöre 15.45 Musiktheorie 17.15 Kultur — heute und morgen; Jugendfunk — a. d. DDR — Dtsch.-sowj. Freundschaft 18.00 Wie es Euch gefällt, ein Opernkonzert 19.15 Abend der Jugend 21.35 Musik a. d. UdSSR 22.10 Gemdfrag. d. Politik 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport 24.05 Tanzmusik	7.10 Jugendfunk 14.10 Hauskonzert 16.45 Aus dem Leben der Musikinstrumente 17.15 Kultur — A. d. Volksdemokrat. — Aus der DDR — F. d. Arbeiter 18.00 Wie es Euch gefällt, alte u. neue Volksmus. 19.15 Hörspiel: Musik 21.35 Musik aus den Volksdemokratien 22.10 Deutsche Außenpolitik 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 14.10 Kammermusik a. d. UdSSR 15.45 ... das neue Lied 17.15 Kultur 17.25 Hörer sagen, — fragen 17.35 Aus der DDR 17.45 Wahrh. üb. Amerika 18.00 Beliebte Kapellen 19.15 Tanzabd. m. Kabarett 21.35 Uns. Lied — uns. Leben 22.10 Sowjet-Literatur 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport 24.05 Weiteres Konzert	7.10 Jugendfunk 14.10 Kammerorchester 15.45 Jugend singt, musiz. 17.15 Literar. Umschau 17.25 Sowj. Funkillustr. 17.40 Aus der DDR 17.50 Für den Arbeiter 18.00 Operettenklänge 19.15 Musik a. d. UdSSR 20.10 Wort und Weg 20.30 Uns. Lied, uns. Leb. 21.35 Gr. Tanzorchester 22.10 Volkshochschule 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 14.10 Sowjet-Literatur 14.25 Das neue Lied 15.45 A. d. Musikhochschul. 17.15 Kultur 17.25 Jugendfunk 17.35 Aus der DDR 17.45 Wahrh. üb. Amerika 18.00 Heitere Klassiker 19.15 „Die lustigen Weiber von Windsor" 21.35 Volkspolizei-Konzert 22.10 F. d. Arbeiterfunkt. 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 12.05 Volkspolizei musiz. 13.15 Freundsch. d. Völker 14.05 Leichte Musik 15.20 Aktuelle Bücherschau 15.40 Berliner Musikleben 16.05 Theaterspiegel 16.30 Bunter Nachmittag 18.30 Ein Sechstel der Erde 19.15 Deutschland-Expreß 21.35 Harmonikaklänge 21.45 Sport 22.10 Außenpolit. Woche 22.20 „92 02 01-Musikabt." 23.00 Der heutige Tag
LEIPZIG Mittelwelle 1043 kHz = 287,8 m Kurzwelle = 30,63 m 9730 kHz **Nachrichten:** 5.00 6.00 7.00 8.00 9.00 11.00 12.00, 13.30, 15.00, 19.30, 22.00, 24.00 **sonntags:** 5.00, 6.00, 7.00, 10.00, 12.00, 18.00, 19.30, 22.00, 24.00	7.30 Evangel. Morgenfeier 8.30 Lyrik unserer Zeit 8.45 Unterhaltungs-Orch. 11.00 Hörerbriefe 11.15 Magnificat (Bach) 13.00 Sonntagskommentar 13.15 Dvorak, Brahms u. a. 14.00 Der Querschnitt 14.30 Sowjet. Solisten 15.00 Im klingenden Tal 15.20 ... wie es singt u. klingt 17.15 „Chronik armer Liebesleute" v. Pratolini 17.30 Zeitgeschehen 18.00 Bach, Händel 19.43 Wahrh. üb. Amerika 20.00 Erzgeb. Adventfeier 21.00 u. 22.45 Tanz 21.45 Sport	6.55 Menschen, von denen man spricht; 8.35 Eine kleine Musik; 9.15 und 11.05 Bunte Unterhaltung; 12.10 Landfunk; 12.50 Für die VEB (außer Sbd.); 15.30 Wissenswert und wichtig (außer Sbd.); 16.40 Konzert (außer Sbd.); 17.00 Das Aktuellste; 19.00 Feierabendmusik 7.10 Kap. Herm. Haller 8.05 Schulf.: Dichtung der Tschechoslowakei 12.20 Burgstädt Musikhochschule 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Schulf.: Heinr. Heine: Wintermärchen 15.06 Kammermusik 15.30 Uns. Freunde (Jg. Pion.) 15.50 Kurt-Illing-Rhythm. 17.30 Zeitgeschehen 19.30 Kommentar, Sport u. a. 20.00 „Was schenk' ich nur" 22.45 Selt. Kammermusik-Werke. 23.15 Kaffee-Kantate (Bach)	7.10 Rud.-Toischel-Ens. 8.05 Schulf.: „Warm. Pelz" 12.20 Natschinski-Orch. 13.42 Blasorch. Krumbein 14.30 Schulf.: Ilja Jefinowitsch Repin 15.06 Kammermusik 15.30 Pionierf.: Kalenderbl. 15.50 Tanzorch. Henkels 17.30 Zeitgeschehen 20.00 Geheimnisse um P-E-3 21.00 Unterhaltungsmusik 22.45 Nachtkonzert 23.45 Aus e. sowj. Frauenroman	7.10 Leipzig. Volksmusikquintett u. Mandolinenorch. Saalfeld 8.05 Schulf.: Mehr Eisen! 12.20 Unterhaltungsorch. 13.42 Hanz-Butz-Septett 14.30 Schulf.: Menschen a. d. Eisgrenze 15.06 Rud.-Ulbrich-Quartett 15.30 Pion.-F.: Wir sind dabei 15.50 Orch. E. Seeliger 17.30 Zeitgeschehen 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 Sinfoniekonzert 22.45 Tanzkapellen	8.05 Schulfunk: Friedenskämpfer Kirow 12.20 Musik zum Mittag 13.42 Kl. Dresdner Orch. 14.30 Schulf.: Montesquin — Kritiker seiner Zeit 15.06 Kammermusik 15.30 Pionierf.: Singen 15.50 Groß. Orch. 17.30 Zeitgeschehen 19.20 Sorbische Sendung 19.30 Kommentar, Sport u. a. 20.00 Hüttenabd. d. Lpz. Jgd. 21.30 Musettegruppe 22.45 Gern.-Freitag-Ens. 23.45 Lpz. Schriftstelleraktiv	7.10 Musettegruppe 8.05 Schulf.: Weltfriedensbewegung 12.2 Volkstümi. Musik 13.42 Rudolf-Toischel-Ens. 14.30 Schülerfunk 15.06 Kammermusik 15.30 Hörspiel um ein Pioniergesetz 15.50 Blasorch. Krumbein 17.30 Zeitgeschehen 19.30 Kommentar u. a. 20.00 „Die Zauberflöte" 22.45 Unterhaltungsmusik	7.10 Kap. Hans Busch 8.05 Schulf.: Weltfriedensbewegung 12.20 Musik z. Wochenend 13.10 Chormusik 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Was w.r gern lesen (P.-F.) (Pionierfunk) 14.50 ... Sonntagsverrnüg.! 15.08 JdFk.: Ihr habt's Wort 15.35 Jugend singt, musiz. 16.15 Wir machen Musik 18.00 Zeitgeschehen 19.30 Chronik der Woche 20.00 Tanz, Musik, Frohsinn 21.45 Sport

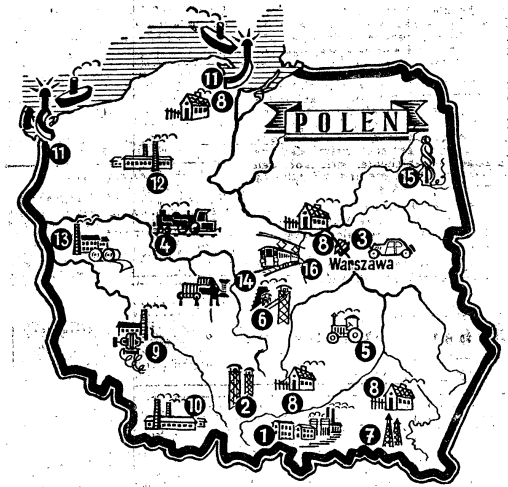
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Aufbau des Friedens

Im Maschinensaal des „Hauses des Polnischen Wortes" kamen 2800 Delegierte aus 74 Ländern zum II. Weltfriedenskongreß zusammen.

Sowjetische und chinesische Delegierte auf dem Zentralbahnhof in Warschau.



Überall entsteht Neues: (1) Nowa Huta, die neue Großstadt mit den größten Hüttenwerken Europas, (2) 10 neue Kohlenwerke, (3) Automobilwerke in Warschau, (4) Lokomotiv- und Maschinenfabrik in Poznan, (5) Traktorenfabrik in Starachowice, (6) Ausbau der Eisenerzgruben auf vierfache Leistung, (7) Ausbau der Erdölindustrie, (8) 723 000 neue Wohnungen in Warschau, Gdansk und vielen anderen Städten, (9) Elektromotorenfabriken in Wroclaw, (10) Stickstoffwerke in Kedzierzyn, (11) Ausbau der Hafenanlagen und der Werftindustrie, (12) Kunstdüngerwerke bei Naklo, (13) Zellulose- und Papierfabriken in Kostrzyn und Niedomice, (14) Textilmaschinenfabriken in Lodz, (15) Baumwollspinnereien in Bialystock, (16) Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Warschau—Lodz—Katowice sowie der Stadt- und Vorortbahnnetze der Großstädte. Polen baut am Frieden.

Mit dem Warschauer Weltfriedenskongreß wurde eine neue, entscheidende Etappe der Weltfriedensbewegung eingeleitet. Auf Vorschlag des französischen Delegierten Yves Farge beschlossen die Delegierten, einen Friedensrat zu schaffen, in dessen Händen alle Aktionen zur Sicherung und Festigung des Friedens zusammenlaufen werden. Dieser Rat, so sagte Farge, müsse die höchste internationale Instanz werden, an die sich alle Menschen wenden können, wenn die Lage und die Sicherung des Friedens es erfordern.

Außerdem schlug der französische Delegierte die Abfassung eines Friedensstatuts vor, das der Friedensbewegung eine sichere Grundlage geben wird. Eine Delegation des Friedensrats wird dieses Friedensstatut den Vereinten Nationen und allen Regierungen unterbreiten. Den Regierungen, die das Statut nicht annehmen, wird man kurz und bündig erklären: „Wenn nicht mit euch, dann gegen euch, die Völker werden den Frieden in Brüderlichkeit erzwingen!"

Der Zweite Weltfriedenskongreß stellte für den Friedensrat ein konkretes Aktionsprogramm auf, das die Behandlung aller für die Sicherung des Friedens entscheidenden Fragen umfaßt. Es wird in sieben Kommissionen beraten und redigiert werden und erstreckt sich auf folgende Punkte: Kontrolle der Atomenergie, Verbot jeder Kriegspropaganda, Wiederherstellung normaler internationaler Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, Wiederherstellung normaler kultureller Beziehungen zwischen den Völkern, Definition des Begriffes „Aggression" und organisatorische Maßnahmen für eine umfassende Verbreiterung der Friedensfront.

Der Kongreß stand diesmal weniger im Zeichen allgemeiner politischer Reden als im Zeichen der konkreten Aufgabenstellung für die Weltfriedensbewegung. Mit Recht sagte Yves Farge: „Der Zweite Weltfriedenskongreß wird der Kongreß des Aufbaues des Friedens werden."

Der Schriftsteller Ilja Ehrenburg, Mitglied der sowjetischen Delegation, begrüßt die Initiative zur organisatorischen Bekämpfung der Kriegspropaganda, in welcher Form immer sie betrieben werde, solle sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit behandelt und bestraft werden. Der Zweite Weltfriedenskongreß wird sich an die Parlamente aller Länder mit der Forderung wenden, ein besonderes Gesetz zur Verteidigung des Friedens zu erlassen. Darin soll neben dem Verbot der Kriegspropaganda auch die Pflicht zur Erziehung der jungen Generation im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Völkern festgelegt werden.

Mit großem Beifall nahm der Kongreß die Botschaft des indischen Ministerpräsidenten Pandit Nehru entgegen, der dem Kongreß seine besten Wünsche für seine Arbeiten übermittelte. Auch ein konkreter Vorschlag der indischen Regierung im Interesse der Beendigung des Koreakonfliktes war dem Kongreß zugegangen. Er bewegt sich auf der Linie der von Nehru früher gemachten Vorschläge, das heißt, er enthält die Forderung auf Räumung aller asiatischen Gebiete von fremden Truppen und auf Einstellung jeder fremden Intervention sowie auf Beendigung der kolonialen Ausbeutung in Asien.

Pandit Nehrus Antrag wurde vom Kongreß einstimmig angenommen.

Der chinesische Delegierte Kuo Mo Jo legte ein Fünfpunkte-Programm vor, das die Einstellung der Aggressionshandlungen der USA in Korea und in Formosa, den sofortigen Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus diesen Gebieten, die Aburteilung MacArthurs als Kriegsverbrecher, das Verbot der Atombombe, Rüstungseinschränkungen und den Einsatz aller Mittel für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau umfaßt.

Mit besonderem Interesse und großem Beifall hörte der Kongreß die Verlesung einer Botschaft des britischen Unterhaus-Abgeordneten Davies, Mitglieds der Labour-Party, an die Delegierten an. Darin heißt es: „Von dem Gefühl des Anstands und der Ehrlichkeit bewegt, erlaube ich mir, im Namen aller Männer und Frauen Großbritanniens die tiefe Entrüstung und Empörung über die Maßnahmen zum Ausdruck zu bringen, die gewisse Leute unternahmen, um Eure Bemühungen um die Veranstaltung des Weltfriedenskongresses in Großbritannien zu sabotieren. Ich verfüge über gewichtige Beweise, daß die Handlungen jener Kreise, die den Kongreß der Friedensanhänger sabotieren, sich schon jetzt gegen sie selbst richten."

In eindrucksvollen Worten sprachen Geistliche verschiedener Nationen und Glaubensbekenntnisse über die Aufgaben der Kirchen im Kampf für den Frieden. Der tschechoslowakische Gesundheitsminister, Pater Plojhar, konnte feststellen, daß die fortschrittlichen Geistlichen immer mehr auf die ihnen zukommende Stellung im Friedenskampf vorrücken und daß ihnen die Gemeinden auf diesem Wege freudig folgen.

Der amerikanische Geistliche Reverend Uphouse erklärte, die amerikanische Friedensbewegung habe trotz des Regierungsterrors im Lande tiefe Wurzeln. Auch in Amerika, so versicherte er, steht die Mehrheit der Geistlichen hinter der Weltfriedensbewegung.

Nur wenige Tage hatten der polnischen Regierung und dem polnischen Friedenskomitee zur Verfügung gestanden, um die Vorbereitungen für den Kongreß durchzuführen. Die Aufgabe wurde glänzend gelöst, eine Spitzenleistung organisatorischer Kunst. Einen Höhepunkt des Kongresses bildete das Erscheinen von 500 polnischen Kindern im Kongreßsaal. „Wir schützen euer Leben!" „Auf euch werden keine Bomben fallen!" und ähnliche Rufe erfüllten den Saal.

Korea kämpft auch für uns

Als im April vorigen Jahres ein Teil des ersten Weltfriedenskongresses wegen der Paß-Schikanen der französischen Regierung statt in Paris in Prag tagte, bildeten die dort erschienenen Vertreter des chinesischen Volkes, das damals im härtesten Kampf um seine Freiheit stand, den Mittelpunkt des Interesses. Auf dem Warschauer Friedenskongreß waren es die koreanischen Delegierten. Das chinesische Volk hat inzwischen seinen Kampf siegreich beendet und damit den Mächten des Krieges einen entscheidenden Schlag versetzt. Wie vordem in China, geht es heute auch in Korea nicht nur um die Freiheit und Unabhängigkeit eines einzelnen Volkes, sondern um die höchsten Interessen der Menschheit. Ebenso verteidigen die chinesischen Freiwilligen, die ihren koreanischen Brüdern zu Hilfe eilen, auch diesmal nicht nur die Sicherheit ihres eigenen Landes, sondern ebenso die Sicherheit aller arbeitenden Menschen der Erde.

Die Entschlossenheit der Völker des Fernen Ostens, namentlich die ebenso ruhige wie feste Haltung der Regierung der Volksrepublik China, zeigen auch bereits ihre Wirkung auf dem Forum der Weltpolitik. Nach der Veröffentlichung des Telegramms des chinesischen Ministerpräsidenten und Außenministers Tschu En-Lai an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Trygve Lie und den Präsidenten des Sicherheitsrates Bebler beeilte sich Truman, nachdem erst einen Tag vorher der amerikanische Außenminister Acheson drohende Töne gegen China angeschlagen hatte, in einer Erklärung vor den Vertretern der amerikanischen Presse die Kompromißbereitschaft Amerikas zu betonen. Allgemeine Überraschung bereitete ein Antrag des Amerikaners John Foster Dulles im politischen Ausschuß der Vollversammlung, die Erörterung der Formosa-Frage auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Kurz vorher hatte sich derselbe John Foster Dulles für die dringliche Behandlung des Problems eingesetzt und leidenschaftlich gegen die Auffassung des sowjetischen Delegierten Malik polemisiert, der erklärte, daß es keine Formosa-Frage gebe — denn die Zugehörigkeit dieser Insel zu China sei auf den internationalen Konferenzen von Kairo und Potsdam endgültig und rechtskräftig festgelegt worden — sondern nur eine amerikanische Aggression gegen Formosa.

Es werden in Amerika auch plötzlich kritische Stimmen gegen General MacArthur laut, dem man vorwirft, er habe sich in der Einschätzung der Kräfte der koreanischen Volksarmee schwer geirrt und Amerika einen Krieg aufgehalst, dessen Ende noch nicht abzusehen und dessen Opfer nicht abzuschätzen seien.

Welche Bedeutung der Widerstand des koreanischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und die Haltung Chinas für die Sache des Friedens besitzt, wird auch durch eine Meldung amerikanischer Nachrichtenagenturen über eine Intervention des amerikanischen Verteidigungsministers Marshall beim Außenministerium sinnfällig bestätigt. Marshall habe dem Außenministerium geraten, in seiner fernöstlichen Politik „größte Vorsicht walten zu lassen", denn eine allzu intensive und ausgedehnte Bindung amerikanischer Streitkräfte und amerikanischer Materiallieferungen im Stillen Ozean würde Amerikas Aktionen im atlantischen Raum lähmen. Mit anderen Worten: Der Kampf der Chinesen und der Koreaner hindert Amerika, in Europa den dritten Weltkrieg zu entfesseln.

Was das für Deutschland bedeutet, das braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Der heldenhafte Kampf der Koreaner um ihre Freiheit und Selbständigkeit ist ebenso ein Kampf für das Leben unserer Nation.

Die Sowjetvölker, die so gewaltige Bauvorhaben verwirklichen, wünschen und wollen den Frieden! An den Ufern der Wolga, bei Stalingrad und Kuibyschew, entstehen die beiden größten Wasserkraftwerke der Welt, die künftig große Gebiete des Sowjetlandes mit Elektrizität versorgen. Im Allunions-Wissenschaftlichen-Forschungsinstitut für Hydrotechnik „Wedenjew" in Leningrad wurden die Baupläne entworfen. — Links: Sowjetische Wissenschaftler des Forschungsinstitutes am Modell eines Staudammes. — Unten: An dieser Stelle der Wolga wird der Staudamm errichtet. — Rechts: Verladen von Ausrüstungen für den Bau der Wasserkraftwerke im Nordhafen von Moskau. Alle Kräfte der Sowjetvölker dienen dem Frieden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SILBENRÄTSEL

be — beth — bles — boy — cho — cow — dai — e — e — e — e — ef — er — fek — fer — gas — ge — gie — gra — grant — gre — ha — hang — hi — i — käu — ker — klo — le — len — li — lt — ling — ma — man — meer — mi — mi — na — nan — ne — nie — now — on — on — pa — priem — ren — rer — ries — rin — ro — ro — row — sa — sa — sar — see — sel — shl — so — su — sur — ta — ta — ta — te — ten — ti — ti — to — tor — um — um — ver — wo — zi — zy.

Aus obigen Silben sind 25 Wörter zu bilden, deren Anfangsbuchstaben, von oben nach unten, und deren dritte Buchstaben, ebenfalls von oben nach unten gelesen, ein Zitat aus Goethes „Faust" ergeben.

Die Bedeutung der einzelnen Wörter ist: 1. Klagelied, 2. russischer Feldherr im 18. Jahrhundert, 3. weiblicher Vorname, 4. Weinsorte, 5. Verwundung, 6. politischer Flüchtling, 7. norddeutsche Kurzform von Ferdinand, 8. Sklavenhändler, 9. frühere Bevölkerung Spaniens, 10. amerikanischer Rinderhirt, 11. Stadt in Mecklenburg, 12. Körperschaft, Anzahl von Menschen, 13. Anbau am Haus, 14. wärmster Teil des Atlantischen Ozeans, 15. Befreiung von Bevormundung, 16. Fundort herrlicher Tonstatuetten, 17. Wirbelstürme, 18. Überwurf, 19. leerer Prahler, Schlafmütze, 20. mandschurischer Hafen, 21. Umdrehung, 22. Wertpapiere, 23. Klosterruine in Brandenburg, 24. durch Atombombe zerstörte japanische Stadt, 25. Buchungsstelle für Pferde-Rennwetten.

Erdkundliches Silbenrätsel

Aus den 63 Silben a — ba — be — beuf — bi — burg — chi — da — de — den — der — dort — dos — e — el — el — el — elv — er — ga — gen — ho — i — i — il — ker — la — lan — lan — le — lin — lu — mark — mis — mund — nal — ne — ne — neu — nie — nor — now — pel — pi — ra — re — rhei — rho — ri — ro — rus — sa — se — sen — ster — the — tral — u — uk — wich — wied — wol — wol sind 25 Wörter untenstehender Bedeutung zu bilden. — Ihre ersten und letzten Buchstaben, beide von oben nach unten gelesen, ergeben zwei Zeilen aus der Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik (ch = ein Buchstabe).

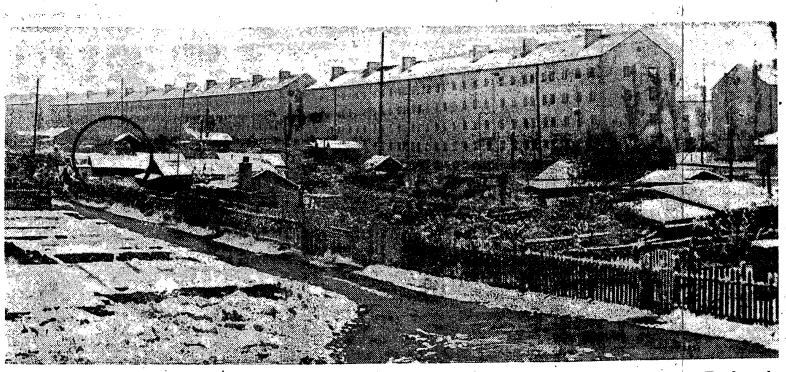
Bedeutung der Wörter: 1. Ostseeinsel, 2. Landschaft in Griechenland, 3. Stadt in England, 4. Stadt in Italien, 5. Strom in der Sowjetunion, 6. Kurort im Harz, 7. Stadt in Westfalen, 8. süddeutsches Land, 9. Stadt in Brandenburg, 10. Kanton in der Schweiz, 11. Fluß in Mitteldeutschland, 12. Stadt in Westfalen, 13. europäischer Strom, 14. Insel im Ägäischen Meer, 15. Fluß in Schweden, 16. Staat der USA, 17. Gebirgszug in Nordwestindien, 18. Teil der Mark Brandenburg, 19. Staat in Westeuropa, 20. Griechische Insel, 21. Stadt an der Seine, 22. Fluß in Südwestfrankreich, 23. Hauptstadt in Ostafrika, 24. Universitätsstadt in Bayern, 25. Stadt im Rheinland

Silben-Telegramm

— — — — — — ... — — — / — — — ... — — . / — . — . . — — — — / — — — . . . — — / — — — ... — — — / ... — — . / — — . — — . . / — — — — — / . — — — — — — / — — — . . . / — . . — — — / . — — — — — — / — — — / — — — ... — — — / ... — — . / — — . — — . . / — —

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Schwarze Fahnen der Not und des erbitterten Protestes wehen über Verden an der Aller. 150 deutsche Familien mußten fünfzig Häuser für neue britische Truppen räumen und wissen nicht, wohin.



22,5 Millionen DM kostete dieser Block von 500 Luxuswohnungen für Besatzungsangehörige in München. In der durch den Kreis kenntlich gemachten Baracke wohnt die Familie des Hilfsarbeiters M., eine von viertausend Münchner Familien, die schlimmer hausen als Vieh.

Im Schatten der Ami-Bauten

Wir wollen hier nicht über den langen Siedlungsblock mit neuen komfortablen Wohnungen in der Rosenheimer Straße in München schreiben. Wir wollen uns lieber einmal in den ihm vorgelagerten Wohnlauben umsehen. In diesen Bretterbuden stehen nicht etwa Spaten, Harke und Gießkanne des Münchener Kleingärtners oder bunt angestrichenes Gartengestühl für

Junge Pioniere!
Schulkinder!

Für unser

Preisausschreiben

zur Unterstützung der Buntmetallsammlung, das wir in unserer Nummer 47 vom 17. November 1950 veröffentlichten, können noch bis zum 1. Dezember 1950 selbstverfaßte kleine Geschichten, Verse und Zeichnungen abgeschickt werden.

Wertvolle Preise winken!

Redaktion Deutschlands Stimme

schöne Sommertage. Nein — in diesen windschiefen, ärmlichen Buden wohnen seit Jahr und Tag Menschen. Auf engstem Raum zusammengedrängt, inmitten primitiver „Möbel"stücke vegetieren Hunderte von Familien mit bleichen, schmalbrüstigen Kindern. Der kalte Wind pfeift ihnen um die Ohren, und schon längst ist der erste Schnee gefallen.

Sehen wir uns die Baracke an, in der mit seiner Frau Barbara, dem achtjährigen Ernst und der eineinhalbjährigen Bärbel der Hilfsarbeiter E. M. wohnt. Sicher ist Frau Barbara eine saubere und fleißige Hausfrau, aber was kann sie mit einer solchen „Ofenecke" beginnen? Ein Blick in die „Eß-, Schlaf- und Wohnecke" und in das Gesicht der kleinen Bärbel überzeugt uns, daß in solcher Umgebung auch der gesündeste Mensch krank werden muß. Sie sind sicher der gleichen Meinung und auch die Bezirks-Familienpflegerin ist es. Sie schrieb an das Hauptwohnungsamt „zu den dortbestehenden Vorgängen" unter dem Aktenzeichen Ref. 6/WBA/9/Fam.-Fürsorge:

„Familie M. bewohnt eine völlig unzureichende, ungesunde Wohnung. Diese besteht aus zwei Räumen (zusammen etwa 12 qm) in einem primitiven Gartenhaus. In den Räumen ist trotz guten Lüftens und sauberer Haushaltführung immer eine feuchtstickige Luft. Darunter leidet vor allem das Kleinkind. Es befand sich wegen Lungenentzündung von Februar bis Mai 1950 im Kinderkrankenhaus Schwabing. Bei Eintritt der kalten Witterung mußte es mit einer fieberhaften Bronchitis in das Kinderkrankenhaus an der Lachner Straße eingeliefert werden. Nach Angaben des Arztes kann das Kind nicht mehr in diese Wohnung zurück. Das Gartenhaus ist für Wohnzwecke völlig ungeeignet. Die Familie war aber gezwungen, es zu nehmen, weil nichts anderes zu bekommen war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben es den Leuten nicht, einen Baukostenzuschuß zu tragen. Da Frau M. Ende des Jahres ein drittes Kind erwartet, wird gebeten, möglichst bald Hilfe zu gewähren ..."

Es kam keine Hilfe, und das Kind wohnt nach wie vor dort. Sie könnten der Meinung sein, daß der Fall des Hilfsarbeiters M. nur ein Fall, eine krasse Ausnahme sei. Deshalb lesen Sie bitte, was Herr Dr. Wunderer, der Beauftragte der Stadt München für Flüchtlingsfragen und Rechtsreferent im Wohnungsamt, uns erklärte:

„Der Fall M. ist kein Einzelfall. Allein in der Stadt München gibt es viertausend solcher und ähnlicher Fälle, die vordringlich behandelt werden müßten. Und neben diesen viertausend himmelschreienden Elendsfällen gibt es in München noch weitere zwanzigtausend Fälle, die ebenfalls als unerträgliche Wohnverhältnisse dringend bereinigt werden müßten. Aber als wir das Wohnungsamt fragten, ob es denn nicht in der Lage sei, in Verbindung mit der Stadt, der Landesregierung und Bonn Wohnraum zu schaffen, da erklärte ein Beamter, es sei nicht die Aufgabe des Wohnungsamtes, Wohnraum zu beschaffen, sondern den vorhandenen Wohnraum ‚gerecht' zu verteilen."

Jetzt werden Sie sagen: aber die nagelneuen Siedlungsblocks hinter den Lauben beweisen doch, daß Wohnraum geschaffen wird.

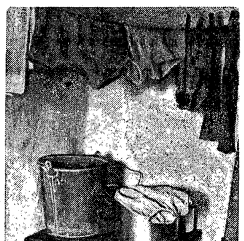
Sicher: dort sind neue Wohnungen. Allein in der Rosenheimer Straße sind es über fünfhundert Wohnungen, mit eingebauten Kühlschränken, Badezimmern und allen nur erdenklichen Bequemlichkeiten. **Jede** dieser Wohnungen kostete rund 45 000 Westmark, der ganze Block also 22,5 Millionen Westmark. Aber: wer bewohnt diese Wohnungen? Nicht etwa Münchener Bürger oder Umsiedler haben das traumhafte Glück, in so komfortablen Räumen wohnen zu können. Der Block wurde von den Steuergroschen der Deutschen für Amis errichtet und wird auf Kosten der Deutschen von ihnen bewohnt. Wieso ist das möglich, fragen Sie?

Weil die Parteien von Herrn Schumacher bis zu Herrn Adenauer oder in Bayern von Herrn von Knoeringen bis zu den Herren Ehard und Hundhammer die Amis flehentlich gebeten haben, recht lange in Deutschland zu bleiben und möglichst viel Truppen hier zu stationieren!

Weil Bundesregierung und „Opposition" bereit sind, Milliarden für eine neue Rüstung und damit für einen neuen Kriegszustand zu vergeuden, ohne das Volk zu fragen, und weil deshalb Wohnungen nur gebaut werden können, wenn sie für Besatzungsangehörige benötigt werden.

Und deshalb werden auch die Besatzungskosten noch steigen. Ein Sprecher der amerikanischen Oberkommission forderte vor kurzem, daß für den amerikanischen Krieg in Europa mindestens 10 Prozent des westdeutschen „Sozialproduktes" auszugeben seien, das bedeutet 12 Milliarden Westmark oder mehr als das Doppelte der bisherigen schweren Lasten.

Sie werden fragen, ob man dagegen nichts tun kann. Selbstverständlich kann man das, man muß es sogar.



Die Koch-, Wasch- und Trockenecke der Familie M. Von den Wänden läuft das Wasser, die Luft ist immer stickig-feucht. Sechs von seinen achtzehn Lebensmonaten verbrachte das jüngste Kind im Krankenhaus.

Auch in Bayern wollen die einfachen Menschen nicht, daß neue, noch größere und kostspieligere Wohnblocks für Besatzungsmächte entstehen. Sie wollen nicht, daß, wie z. B. in Berchtesgaden, Umsiedler und kleine Gewerbetreibende die ehemalige Kaserne räumen müssen, weil neue Truppen anrücken. Sieben Millionen Westmark muß der Kreis allein für diese „Umquartierung" aufbringen, wie der Landrat Dr. Keßler die Exmittierung nannte. Und kein Bayer ist damit einverstanden, daß der schöne Staffelsee bei München zum Tummelplatz amerikanischer Pioniereinheiten geworden ist, deren Kriegsübungen Tag und Nacht Unruhe unter der Zivilbevölkerung auslösen.

Auch in Bayern weiß oder ahnt ein jeder, daß diese Entwicklung die Gefahr eines Krieges und eines Bruderkampfes in sich birgt.

Deswegen sind, wie überall in Deutschland, auch in Bayern die nationalgesinnten Deutschen der Meinung, daß Vertreter West- und Ostdeutschlands sich zusammensetzen müssen, um ein einheitliches Deutschland zu schaffen und den Besatzungsmächten schleunigst Vorschläge für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen zu unterbreiten.

Dann werden die Zehntausende von Familien, die noch in Elendsquartieren hausen müssen, bald anständige und saubere Wohnungen haben, ähnlich denen, die für Amifamilien in der Rosenheimer Straße erbaut worden sind.

Allein die in Prag von den Außenministern der UdSSR, der osteuropäischen Staaten und der Deutschen Demokratischen Republik gefaßten Beschlüsse über die Zukunft Deutschlands weisen den Weg in eine solche Zukunft.

Koebig in edlem Wettstreit

„Die Wirtschaft sollte da drüben mal auf den Tisch hauen!"

Während von drüben aus den Fabrikhallen das helle, scharfe Surren rotierender Schleifscheiben, das dunkle, gleichmäßige Brummen von Werkzeugmaschinen und das Klingen von Stahl auf Stahl herüberschallt, sitzen wir im Verwaltungshaus Herrn Holler, dem Betriebsleiter, und Herrn Velfe, dem kaufmännischen Direktor des Koebig-Werkes in Radebeul bei Dresden gegenüber. Dieser Radebeuler Maschinenbaubetrieb ist ein Privatunternehmen und eines der zahllosen Beispiele, die beweisen, welche Bedeutung der Privatwirtschaft bei unserem Aufbauwerk zukommt.

Der Name dieses Unternehmens ist seit 60 Jahren ein Begriff in allen Erdteilen. Koebig-Textilveredlungsmaschinen, Lackier- und Gummiermaschinen, Klebe- und Kaschiermaschinen — um nur einen Teil des reichhaltigen Arbeitsprogramms dieses Spezialbetriebes zu nennen — stehen in Maschinensälen vieler Länder. 85 Prozent der Produktion wurden vor dem Kriege exportiert. Und heute? Doch das wird uns Betriebsleiter Holler nun selbst berichten:

„Als unser Betrieb 1945 demontiert war, sahen wir nicht gerade rosig in die Zukunft. Doch schneller als wir dachten, kamen wir aus allem Schlamassel heraus. 250 Arbeiter und Angestellte schaffen heute bei mir im Betrieb und das Exportgeschäft blüht jetzt auch wieder auf, nicht zuletzt dank der gegenüber früher verbesserten Qualität. Durch die unsere Wirtschaft so belebenden Handelsverträge mit den Volksdemokratien hat auch mein Betrieb eine Auftragsbasis erhalten, die Lohn und Brot für absehbare Zeit garantiert. Es wird ein schönes Stück Geld dabei zu verdienen sein."

Eine Übersicht über die gegenwärtig laufenden Exportaufträge des Betriebes ergab einen Betrag von weit mehr als einer Million DM. „Bei einem derart umfangreichen und gesicherten Absatz werde ich in der Lage sein, das Werk moderner und leistungsfähiger auszugestalten, damit ich im edlen Wettstreit mit den volkseigenen Betrieben um noch bessere Qualität meinen Mann stellen kann. Mein Betrieb erstrebt freundschaftliche Handelsbeziehungen mit der ganzen Welt", versicherte uns Herr Holler. „Wir stehen in einem geradezu herzlichen Verhältnis mit sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Kunden. Überdies sehe ich neue, große Perspektiven für mein Werk; denn ich habe gerade in diesen Tagen Anfragen aus dem demokratischen China über Lieferungsmöglichkeiten meiner Maschinen erhalten. Schon jetzt, nach den ersten Exportaufträgen aus den neuen Handelsabkommen, hat der Exportanteil an unserer Gesamtproduktion bei ganz bedeutend vergrößertem Ausstoß schon wieder die 85 Prozent erreicht.

Doch wir alle, angefangen bei mir als Betriebsleiter bis hinunter zu unseren Lehrbuben, wissen, daß der Welthandel für uns Deutsche nur bei einem gesicherten Frieden möglich ist, daß Handel und Wandel mit der Tschechoslowakei, mit Polen, mit der UdSSR, mit Rumänien, mit der Türkei und wer sonst meine Kunden sind, nur im Frieden und am besten dann gedeihen können, wenn wir wieder ein einiges Deutschland haben. Was meinen Sie, was mir die leidigen Zonengrenzen für Kopfschmerzen bei der Beschaffung bestimmter Engpaßmaterialien machen!

Und glauben Sie ja nicht, daß meine alten Geschäftsfreunde da drüben weniger Sorgen haben. Eher noch mehr. Gerade für sie sind ja engste Beziehungen zum deutschen Osten und dadurch zum Osten Europas und zum asiatischen Kontinent unerläßlich wie die Luft zum Atmen. ‚Wir Männer der Wirtschaft können uns doch zusammenfinden', schrieb mir neulich einer, ‚warum denn nicht die Politiker?' Aber bei diesem Kopfschütteln über die Unvernunft ihrer Politiker lassen sie's dann meist bewenden. Anstatt mal bei denen auf den Tisch zu hauen und zu sagen: ‚Wenn ihr nicht mit Berlin verhandeln wollt, dann wird eben die Wirtschaft mal ihre maßgebenden Leute schicken.' Jetzt wäre doch die beste Gelegenheit dazu. Sollen wir uns das zweimal sagen lassen, wenn die Prager Außenministerkonferenz uns Deutschen den Rat gibt, uns mal erst selbst an einen Tisch zu setzen und einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern? Das ist ja eigentlich so selbstverständlich, daß wir das schon längst aus eigenem Antrieb hätten tun müssen.

Wenn die Wirtschaft im Westen Druck dahinter macht, dann werden sich schließlich auch die Politiker der Vernunft beugen müssen."

Beim anschließenden Rundgang durch seinen Betrieb spielt Herr Holler zuvorkommend den Vorführer: „Diese cirka 15 Meter lange Rollen-Gummiermaschine im Werte von etwa 60 000 DM geht nach Polen — diese drei Maschinen werden in Moskau erwartet — auf diese Serie freuen sich die Türken — das geht nächste Woche schon nach Prag ab" — usw. usw.

Wirklich, dieses Werk blüht und gedeiht. Die Handelsabkommen zwischen unserer Republik und den volksdemokratischen Ländern geben reichlich Arbeit und Brot für volkseigene und private Betriebe, die Hand in Hand für den Frieden und für das einige Deutschland arbeiten.

— *esti* —

In den Koebigwerken, Radebeul, einem Privatbetrieb, wird eine Papierumroll- und Randbeschneidemaschine montiert. Es handelt sich hier um einen Auftrag für die Volksrepublik Polen. Foto: Stieber

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wie Clays Panzer stecken blieben

Aus Albert Nordens Buch „So werden Kriege gemacht" (Dietz Verlag, Berlin)

Tatsächlich gab es im Juni 1948 überhaupt keine Berliner Frage. Erst nach Einführung der Spalterwährung in Westdeutschland und Westberlin durch Amerikaner, Engländer und Franzosen mußten bestimmte Verkehrsbeschränkungen durchgeführt werden, damit nicht die Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone mit den in Westdeutschland entwerteten alten Geldscheinen überschwemmt wurde. Dabei fiel der Güterzugverkehr nicht unter die am 19. Juni erlassenen einschränkenden Maßnahmen der sowjetischen Verwaltung. Die Westmächte, jawohl die Westmächte, sperrten am 24. Juni den gesamten Güterverkehr von West nach Ost:

Nur keine Verständigung

Am 1. Juli 1948 bot die damalige Deutsche Wirtschaftskommission dem Berliner Magistrat die Versorgung ganz Berlins aus der Ostzone an. Die reaktionäre Mehrheit des Magistrats brachte die Verhandlungen zum Scheitern.

Am 20. Juli erklärte sich die sowjetische Besatzungsmacht bereit, ganz Berlin zu versorgen. Das wurde wiederum abgelehnt.

Am 22. Juli beschloß die Regierung der Sowjetunion, sofort 100 000 Tonnen Weizen und die entsprechenden Mengen anderer Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Die Westkommandanten nahmen keine Notiz davon.

Am 23. Juli bot die Deutsche Wirtschaftskommission zur Behebung der Stromsperren in Westberlin Stromlieferungen für die im britischen Sektor liegende AEG-Turbine an. Das lehnten die westlichen Kommandanten ab.

Am 2. August begannen in Moskau Verhandlungen zur Verständigung über Berlin. Sie endeten am 30. August mit einem Übereinkommen zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich,

Clay will Krieg

die vier Oberbefehlshaber in Berlin wurden beauftragt, bis zum 7. September die technischen Durchführungsmaßnahmen dieses Beschlusses fertigzustellen. Statt dessen ließ Clay am 7. September die Verhandlungen der Oberbefehlshaber auffliegen und die deutschsprachigen Führer der amerikanischen Partei Westberlins bei sich antreten. Gehorsam setzten diese Reuter und Neumann und Schwennicke 48 Stunden später, umgeben von USA-Offizieren, die von ihnen vor den Reichstag berufene Menge mit wilden Beschimpfungen der Sowjetunion gegen den Osten der Stadt in Marsch, wobei die Aufgeputschten sich an der Sektorengrenze den schlimmsten Ausschreitungen gegen sowjetische Soldaten und deutsche Polizisten hingaben und Schießereien entfesselten.

Denn wo Clays Stern leuchten soll, da darf kein Friede sein, da muß geschossen werden. Am 10. und am 19. Juli 1948 hatte der Oberkommandierende der USA in Deutschland nicht mehr und nicht weniger als die Entfesselung eines neuen Krieges versucht. Lassen wir ihn selbst sprechen:

„Die Sorgfalt, mit der die Russen alles unterließen, was einen gewaltsamen Widerstand herausgefordert hätte, überzeugte mich, daß die Sowjetregierung einen Krieg nicht wünschte... Am 10. Juli teilte ich das unserer Regierung mit und schlug vor, den Sowjets bekanntzugeben: Gemäß unserem Recht, in Berlin zu sein, würden wir an einem bestimmten Tag ein bewaffnetes Geleit schicken.. Ich erklärte, daß ich mir über das Risiko voll im klaren sei. Ein bewaffnetes Geleit vermöchte die Grenze (der amerikanischen zur sowjetischen Besatzungszone. A. N.) nicht zu überschreiten, ohne die Gefahr ernsthafter Folgen heraufzubeschwören... Am 19. Juli wiederholte ich die Absicht in einem Kabel."

So scheiterte die weitgediehene Verständigung, da eine solche von den Militärs der USA nicht gewünscht wurde. Die beschlossene Einführung der Deutschen Mark in ganz Berlin und die Abschaffung der Spalterwährung hätte die Millionen der Hauptstadt zur Ruhe kommen lassen, würde das Wirtschaftsleben der Stadt normalisiert und die internationale Spannung an einem der neuralgischen Punkte der Erde beträchtlich vermindert haben.

Und wer bezahlte das alles, wer hatte soviel Geld? Natürlich Westdeutschland, dessen Bevölkerung die Luftbrücke mit 50 Millionen Westmark pro Monat bezahlen mußte. Die Symington und Rockefeller hatten ihr Schäfchen im Trockenen und Grund zum Lachen.

Westpresse sekundiert

Blickt man in die Presse jener Tage, dann springt die Scharfmacherrolle der Westberliner Zeitungen geradezu in die Augen. Das offizielle Organ der Berliner Sozialdemokratie „Sozialdemokrat" (inzwischen in „Berliner Stadtblatt" umgetauft) deckte die amerikanischen Karten auf, als es am 17. August 1948, also mitten in den erfolgreichen Moskauer Viermächteverhandlungen, schrieb, „Berlin sei tatsächlich einen Krieg wert". Der ebenfalls sozialdemokratische Berliner „Telegraf", unter dessen Herausgebern sich u. a. der frühere Reichstagspräsident und jetzige Alterspräsident des Bonner Parlaments, Paul Löbe, befindet, stand in vorderster Front der Kräfte, die aus Berlin den Kriegsfall machen wollten und diese Hoffnung immer noch nicht aufgegeben haben. Er förderte und begrüßte die Einführung der Doppelwährung in Westberlin und meinte, daß „sich mit ihr eine sehr gesunde Wirtschaft aufbauen läßt". (Leitartikel vom 20. Juni.)

Blick in den Konferenzsaal der Moskauer Außenministerkonferenz

Als es in Moskau zur Einigung kam, herrschte in der Westberliner Presse regelrechte Bestürzung. Um Gottes willen, die Reibungen und Spannungen könnten aufhören und das Kriegsgeschäft gegenstandslos werden! Das durfte nicht sein. Die Gefahr, daß Berlin zu einer einheitlichen Währung und blühenden Wirtschaft mit Vollbeschäftigung für alle kommen könnte, mußte abgewendet werden. Im Leitartikel vom 1. September 1948 hetzte der „Telegraf" gegen die Moskauer Abmachungen:

„Jedenfalls bestehen nach wie vor die ernstesten Bedenken gegen eine mit der Einführung der Ostwährung verbundene Auslieferung Berlins an die hinter dieser Währung stehenden politischen Kräfte."

Am Tage, bevor Clay die Verhandlungen sprengte, ging es auf der ersten Seite des „Telegraf" im Stil von Hitler und Goebbels gegen „Rußland, das seit Jahr und Tag in weltweiter Front den Frieden der Menschheit stört... In China förderte es einen Bürgerkrieg (wieso, stammten die amerikanischen Waffen Tschiangkaischeks und seine englisch sprechenden Instrukteure aus Moskau?). In Ägypten steht es unsichtbar hinter beiden Fronten (wie macht man das? A. N.). In Malaia und Burma schürt es das Volk gegen seine Regierung auf."

„Seine Regierung" — die sitzt wohlgemerkt, nicht in Malaia und nicht in Burma, sondern in London. Wo und wann immer Völker für ihre nationale Selbstbestimmung, für ihre Freiheit, für ihr Loskommen von der Herrschaft ausländischer Ausbeuter eintreten, da verwandelt diese Westpresse die selbstverständlichen und gerechten Aspirationen unterdrückter Nationen in ein von Moskau angezetteltes Verbrechen. Die Verbrechen der Imperialisten, die sich immer noch anmaßen, der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs keine Selbstregierung zugestehen zu wollen, diese blutige Anmaßung der Imperialisten wird von der Westberliner und der Mehrheit der westdeutschen Presse beschönigt, die von den wirklichen Imperialisten ablenkt, indem sie einen sowjetischen Imperialismus erfindet.

An demselben 9. September, der die oben erwähnten blutigen Berliner Ereignisse brachte, beginnt der Leitartikel des „Telegraf" mit dem Satz:

„In der Berliner Bevölkerung ist wenig Verständnis dafür vorhanden, daß Offiziere und Experten der vier Besatzungsmächte scheinbar ungestört durch alle Vorkommnisse des Tages über Teilfragen technischer Art beraten, wie dem Berliner Problem beizukommen sei."

Bejubeltes Verbrechen

Wenige Stunden später hatte das Blatt der Löbe und Reuter und Neumann und jenes Chefredakteurs Scholz, der in der Hitlerzeit durch Arisierungen und brillante Geschäfte mit Goebbels' Propagandaministerium fett und wohlhabend wurde — wenige Stunden später hatte das Blatt, was es wollte und wozu es so lange geheizt hatte: die erwähnten Zwischenfälle und das vergossene Blut, das nach Wunsch der Schuldigen wie ein unüberbrückbarer Strom zwischen den Verhandlungspartnern der vier Großmächte fließen sollte. Am nächsten Tage bejubelte der „Telegraf" die Aggression der Gangster und kündete sogar neue Überfälle an:

„Die Vorkommnisse sind eine Warnung: die freiheitliebenden Berliner verstehen auch zu kämpfen und notfalls auch die Straße zu erobern."

Es wurde kurz darauf fotodokumentarisch nachgewiesen, daß der Kerntrupp jener „freiheitliebenden Berliner" aus hitlerschem Janhagel bestand.

Welch unermeßlichen Schaden haben diese vergifteten Federn in den Westberliner und den westdeutschen Zeitungen der deutschen Nation zugefügt! Wo eine verantwortungsbewußte Presse ihre Aufgabe darin sieht, die Wunden des Landes verbinden und heilen zu helfen, da denkt und tut diese Westpresse nichts anderes, als neue Wunden zu schlagen. Wo es gilt, das Werk des Friedens und des Aufbaus zu unterstützen, den schleunigen Abschluß des Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen zu fordern, da wollen sie die friedlose, die schreckliche Zeit verewigen. Darum auch der frevelhafte Leichtsinn, mit dem sie für die amerikanische Aufspaltung Deutschlands plädieren.

Strategische Luftbrücke

Ihre Geschichtsfälschung von der Luftbrücke als humaner Tat für die Rettung der zwei Millionen angeblich blockierten Westberliner entlarvte niemand anderes als der heutige sogenannte Bundeskanzler Dr. Adenauer, der im August 1948 auf dem Parteitag der CDU der britischen Zone erklärte, „daß es sich bei der Hilfe der Alliierten für Berlin weniger um eine Hilfe handele als um ein Kampfmittel". Ja, Sie haben recht gelesen: ein Kampfmittel! Ein falscher Zungenschlag von Adenauer? Das ist bei der Gerissenheit des Mannes ausgeschlossen. Im übrigen erfährt die Welt aus der Feder von keinem anderen als Clay den wahren Zweck der Luftbrücke:

„Wir sammelten für militärische und zivile Zwecke unschätzbare Erfahrungen im Einsatz von Lufttransportmitteln. Die Kosten der Luftbrücke sind sehr wohl durch ihren Beitrag zur nationalen Verteidigung zu rechtfertigen."

Ein Kampfmittel, ein Militärmanöver, ein Profitstrom! Darum also mußte die Welt 1948 an den Rand des Krieges gebracht und eine Millionenbevölkerung bitteren Entbehrungen unterworfen werden!

Clay hatte, wie wir oben sahen, die Durchführung des Viermächtebeschlusses zur Normalisierung der Lage Berlins sabotiert. Jetzt versuchte der Vorsitzende des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der argentinische Außenminister Bramuglia, die Großmächte wieder zusammenzubringen. Am 25. Oktober 1948 schlug er in seinem Resolutionsentwurf vor:

Erstens alle Verkehrsbeschränkungen zwischen West- und Ostdeutschland und zwischen den Westzonen und Berlin aufzuheben und zweitens die Währung in Berlin auf Basis der Deutschen Mark der sowjetischen Besatzungszone zu vereinheitlichen.

Wyschinski nahm Bramuglias Vorschlag an, während die Vertreter der USA, Großbritanniens und Frankreichs unverzüglich ablehnten. Sie lehnten ab, obwohl Bramuglias Vorschlag tatsächlich nichts anderes als die Wiederaufnahme der Viermächtevereinbarung vom 30. August war, einer Vereinbarung, von der jetzt Washington, London und Paris nichts mehr wissen wollten.

Stalin: „Nur Gerede ..."

Hatte Stalin nicht tausendmal recht, als er am 29. Oktober 1948 in der „Prawda" das Verhalten der Westmächte also charakterisierte:

„Es handelt sich darum, daß die Inspiratoren der aggressiven Politik in den USA und England sich an einer Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht für interessiert halten. Sie brauchen keine Verständigung und Zusammenarbeit, sondern Gerede über Verständigung und Zusammenarbeit, um, wenn sie die Verständigung hintertrieben haben, die Schuld auf die UdSSR abzuwälzen und hierdurch die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der UdSSR ‚beweisen' zu können. Die Kriegsbrandstifter, die einen neuen Krieg zu entfesseln bestrebt sind, fürchten vor allem Verständigung und Zusammenarbeit mit der UdSSR, daß eine Politik der Verständigung mit der UdSSR die Positionen der Kriegsbrandstifter untergräbt und die aggressive Politik dieser Herrschaften gegenstandslos macht.

Eben deshalb hintertreiben sie die schon zustande gebrachten Übereinkommen, desavouieren sie ihre Vertreter, die gemeinsam mit der UdSSR solche Übereinkommen ausgearbeitet haben, und bringen die Frage unter Verletzung der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen vor den Sicherheitsrat, wo sie über eine gesicherte Mehrheit verfügen und wo sie alles ‚beweisen' können, was ihnen genehm ist. Das alles wird getan, um zu ‚zeigen', daß eine Zusammenarbeit mit der UdSSR unmöglich sei, um zu ‚zeigen', daß ein neuer Krieg notwendig sei, und um dadurch die Voraussetzungen für die Entfesselung eines Krieges zu schaffen."

Nachdem Bramuglias Vermittlungsversuch an der Entschlossenheit der Westmächte, es zu keiner Verständigung kommen zu lassen, gescheitert war, unternahmen der Vorsitzende der Organisation der Vereinten Nationen, der Australier Evatt, und ihr Generalsekretär Trygve Lie neue Schritte, um die vier Mächte an einen Verhandlungstisch zu bringen. Auch diese Intervention zwecks Herbeiführung einer Verständigung unterstützte Wyschinski namens der Sowjetregierung. Auch diesen Versuch lehnten die Westmächte ab.

Das war der Augenblick, in dem sogar Leute wie Sumner Welles ihrem Unmut über die internationale Sabotagepolitik der Westmächte freien Lauf ließen. Vor der Weltöffentlichkeit allzu sehr ins Unrecht gesetzt, mußten sich Anfang Mai 1949 die Acheson, Bevin und Schuman zu einem neuen Zusammentreffen des Außenministerrats verstehen.

„Teilung unwiderruflich"

Er hatte seit der Sprengung durch Marshall im Dezember 1947 nicht mehr getagt und begann nun in Paris am 23. Mai seine Beratungen (nachdem die beteiligten Mächte gleichzeitig den Abbau der beiderseitigen Beschränkungen im Verkehr mit Berlin beschlossen hatten).

Am 20. Juni 1949 endete die Konferenz mit einer Reihe von Beschlüssen, wonach „im Sinne der Absichten der Außenminister" die Besatzungsbehörden in Berlin auf Viermächte-Grundlage beraten sollten, „um die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu erreichen". Beratungen in Berlin, die u. a. konkret die „Erweiterung des Handels zwischen den westlichen Zonen und der östlichen Zone", die Erleichterungen des Reise- und Güterverkehrs und die Normalisierung des Lebens in Berlin zum Ziel haben sollten. Den leitenden deutschen Wirtschaftsorganen des Ostens wie des Westens wurde aufgetragen, „zur Errichtung engerer Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Zonen" beizutragen.

Wyschinski hatte beantragt, die vier Mächte sollten innerhalb von drei Monaten den Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorlegen und eine ganz kurze Frist für den Abzug der Besatzungstruppen setzen, keinesfalls mehr als ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages. Acheson, Bevin, Schuman lehnten ab, wobei Acheson erklärte, daß „jede Diskussion über den Friedensvertrag nur Zeitverschwendung ist". Was den Abzug der Besatzungstruppen betraf, so meinte Bevin, daß „Großbritannien sich nicht an irgendeine Frist binden kann", während Acheson mit brutaler Gewalt hinzufügte: „Vielleicht in fünfzig Jahren."

Wyschinski hatte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung beantragt. Nein, sagten die Drei vom Westen.

Wyschinski, der das nicht nur der Sowjetunion, sondern allen deutschen Patrioten eigene Ziel der Herstellung eines ungeteilten friedlichdemokratischen Deutschlands verfolgt, hatte dann die Schaffung eines deutschen Staatsrates auf Grundlage der damals bestehenden zwei höchsten deutschen Wirtschaftsorgane (Frankfurter Wirtschaftsrat und Deutsche Wirtschaftskommission) beantragt. Das lehnten die drei Unweisen aus dem Abendland ab.

Die Großmächte haben sich geeinigt, die Verkehrsbeschränkungen aufzuheben. Der Verkehr an der Zonengrenze geht wieder reibungslos vor sich. *Fotos: Illus*

Wyschinski hatte beantragt, dann wenigstens ein koordiniertes Wirtschaftsorgan aus den beiden Wirtschaftsgremien zu schaffen. Auch dieser Vorschlag verfiel dem Papierkorb.

Wyschinski hatte die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Hauptstadt und die Wiedereinsetzung eines Gesamtberliner Magistrats beantragt. „No", antworteten die Drei, und Acheson fügte hinzu: „Die Teilung Berlins ist unwiderruflich."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

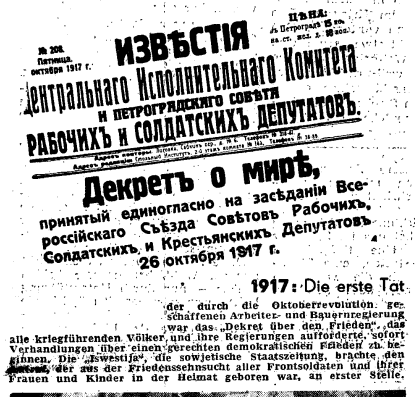
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschlands STIMME

2./3. Dezember 1950 W
3. Jahrg. · Nr. 48 · Preis 20 PL
50X1-HUM

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

SCHUTZMACHT DES FRIEDENS – Freund des deutschen Volkes



№ 208. Пятница, октября 1917 г. ЦѢНА: въ Петроградѣ 5 коп., на ст. мест. д. 10 коп.

ИЗВѢСТІЯ
Центральнаго Исполнительнаго Комитета
и Петроградскаго совѣта
РАБОЧИХЪ и СОЛДАТСКИХЪ ДЕПУТАТОВЪ.

Адресъ редакціи: Смольный, Телефонъ 125. Адресъ конторы: Смольный, № 15. Телефонъ № 50-30

Декретъ о мирѣ,

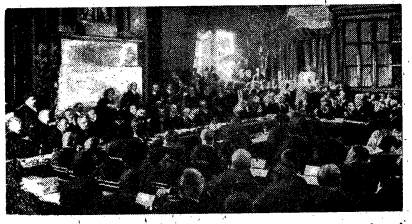
принятый единогласно на засѣданіи Всероссійскаго Съѣзда Совѣтовъ Рабочихъ, Солдатскихъ и Крестьянскихъ Депутатовъ 26 октября 1917 г.

1917: Die erste Tat

der durch die Oktoberrevolution geschaffenen Arbeiter- und Bauernregierung war das „Dekret über den Frieden", das alle kriegführenden Völker und ihre Regierungen aufforderte, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen. Die „Iswestija", die sowjetische Staatszeitung, brachte den Text der aus der Friedenssehnsucht aller Frontsoldaten und ihrer Frauen und Kinder in der Heimat geboren war, an erster Stelle.

1919: Kaum war der Krieg zu Ende,

vergaßen die Staatsmänner der Entente ihre Versprechungen und ihre „edlen" Reden. Sie versammelten sich in Versailles und diktierten Deutschland einen in der Geschichte unerhörten Vertrag, der beweist, daß sie nicht an die Freiheit, sondern an die Tyrannei, nicht an die Unabhängigkeit der Nationen, sondern an ihre grausame Unterjochung dachten . . . das sind Worte scharfen Protestes, die die Sowjetunion „An die Völker aller Länder" für Deutschland sprach.



1922: Schluß mit Streitfragen der Vergangenheit!

Der Vertrag von Rapallo sicherte Sowjetrußland und Deutschland volle Gleichberechtigung und die Möglichkeit friedlicher wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Er zerschlug damit die Versuche der Entente, auf der Konferenz in Genua (Bild oben) eine imperialistische Einheitsfront gegen Sowjetrußland zu schaffen. Und Deutschland konnte seinen Handel mit dem Osten aufbauen! Die Sowjetunion war das erste Land, das uns wieder als gleichberechtigten Partner behandelte.

In einer Adresse an die Vereinten Nationen hat der zweite Weltfriedenskongreß ein einfaches, realistisches Programm aufgestellt, dessen Durchführung in kurzer Zeit den Traum der Menschheit, die Sicherung des Friedens, verwirklichen würde. Es ist ein Programm, das sich sicherlich jeder denkende und normal empfindende Mensch, welches immer sein Platz in der Gesellschaft sein mag und welche Weltanschauung er auch vertritt, zu eigen machen kann.

Viel Scheindiskussionen sind über das Grundproblem der Aggression geführt worden. Diskussionen, die oft nicht zur Klärung sondern zur Verwirrung der Frage veranstaltet wurden. Der Weltfriedenskongreß definiert die Aggression mit einem einfachen Satz: Der Aggression macht sich der Staat schuldig, der als erster eine bewaffnete Streitmacht gegen einen anderen einsetzt, unter welchem Vorwand auch immer es sei. Eine solche Handlung, so wird erklärt, muß als kriminell bezeichnet und dementsprechend behandelt werden.

Wie in den Beziehungen der einzelnen Menschen zueinander auch die Aufreizung zu kriminellen Handlungen als Verbrechen aufgefaßt wird, so verlangt der Weltfriedenskongreß von den Vereinten Nationen, daß sie die Kriegspropaganda als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erklären und die Parlamente veranlassen, Gesetze zum Schutz des Friedens zu erlassen.

Als Dolmetscher der 500 Millionen Menschen, die den Stockholmer Appell unterzeichnet haben, forderten die 2000 Delegierten in Warschau das absolute Verbot jeder Art von Atomwaffen und aller anderen Massenvernichtungswaffen sowie die allgemeine Einschränkung der Rüstungen.

Etwa gleichzeitig mit der Tagung des Weltfriedenskongresses ging in Lake Success in der Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Diskussion über das Problem der Sicherung des Friedens vor sich. Die amerikanische Regierung hatte Generalsekretär Trygve Lie vorgeschickt, um einen sogenannten Weltfriedensplan für zwanzig Jahre zu unterbreiten. Man mußte sich diesen Plan nicht erst näher besehen, um zu erkennen, daß es der alte amerikanische Plan ist, also nicht ein Plan für den Frieden, sondern ein Plan, um der amerikanischen Weltherrschaft den Weg zu ebnen. Die Hinterhältigkeiten dieses Plans wurden von dem sowjetischen Delegierten Wyschinskij aufgedeckt, der gleichzeitig den sowjetischen Friedensplan unterbreitete. Die Sowjetunion kann sich mit Recht auf eine Vergangenheit des Kampfes um den Frieden berufen; die genau so alt ist wie die Sowjetunion selbst. Die feste Grundlage ihrer Friedenspolitik ist die bedingungslose Anerkennung der Gleichberechtigung aller Völker, ob groß oder klein, und ihres unabdingbaren Rechtes auf souveräne nationale Existenz. Daß sie das Prinzip der größeren Macht in den Beziehungen unter den Völkern kompromißlos ablehnt, dafür hat sie besonders Deutschland gegenüber den historischen Beweis geliefert. Während die Westmächte ihren Sieg zum Versuch der kolonialen Unterdrückung des in ihren Machtbereich gefallenen Teils Deutschlands mißbrauchen, hat die Sowjetunion von allem Anfang an darauf bestanden, daß nach der Vernichtung der Herrschaft Hitlers ein souveränes, einheitliches Deutschland wieder erstehe.

Die Sowjetunion will den Frieden, weil sie den Wohlstand ihrer Völker will, und ihre Staatsmänner haben aus aufmerksamem Studium der Geschichte und gestützt auf die wissenschaftliche Erkenntnis der gesellschaftlichen Kräfte erkannt, daß es keinen Frieden geben kann, wo nationale Unterdrückung herrscht.

Stalins Wort, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk und der deutsche Staat aber bleiben — gesprochen einige Monate nach dem räuberischen Überfall der faschistischen Armeen auf die Sowjetunion —, ist unverrückbar die Grundlage der sowjetischen Politik Deutschland gegenüber geblieben, und sie hat ihre neue eindrucksvolle Bestätigung in den auf sowjetische Initiative gefaßten Prager Beschlüssen gefunden.

1923: Das Recht des deutschen Volkes

auf Unabhängigkeit ist mit Füßen getreten worden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands, die schon tief erschüttert war, hat von neuem einen tödlichen Schlag erlitten. Ein schreckliches Elend und eine unerhörte Unterdrückung bedrohen die arbeitenden Massen Deutschlands, und die Verschärfung des wirtschaftlichen Chaos bedroht ganz Europa . . . so protestierte Kalinin, der Präsident des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees, gegen den Einfall der Armeen des imperialistischen Frankreich in das Ruhrgebiet.

1950: Gleichberechtigt unter den Völkern

saß Außenminister Dertinger auf der Konferenz in Prag, die auf Initiative der Sowjetunion einberufen wurde. Es wurden Vorschläge ausgearbeitet, um die Einheit unseres Vaterlandes wiederherzustellen. Punkt 4 fordert die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands. Die Einheit Deutschlands aber bedeutet Frieden. Und den Frieden sichern wir nur an der Seite unseres besten Freundes: an der Seite der Sowjetunion!

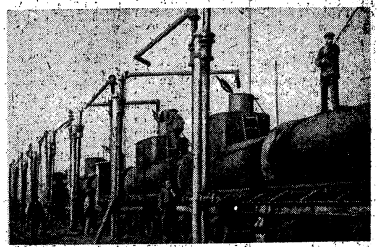
Fotos: Illus/Archiv

1950: Deutsch-sowjetische Freundschaft

leuchtet aus den Augen und spricht aus den Herzen der Berliner und der sowjetischen Zuschauer bei den Darbietungen des Alexandrow-Ensembles auf dem Gendarmenmarkt. Eine große Wandlung hat sich vollzogen: wir wissen, daß wir wahre Freunde im Kampf um den Frieden der Welt geworden sind!

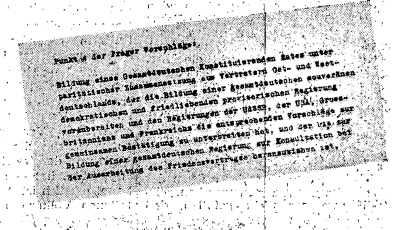
1942: In harten Kriegsjahren sagte Stalin:

Die Rote Armee setzt sich das Ziel, die deutschen Okkupanten aus unserem Lande zu vertreiben und den Sowjetboden von faschistischen deutschen Eindringlingen zu befreien. Es wäre aber lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat, bleibt!



1941: Vertragsgetreu lieferte die Sowjetunion

große Ölmengen an Deutschland. Tag für Tag verlassen endlose Züge die Ölfelder von Grosny, Baku und Krasnowodsk. So standen die Züge mit Öl und Getreide an den deutsch-sowjetischen Grenzen, als deutsche Bomber ins Sowjetland flogen, um vertragsbrüchig Städte, Dörfer und Menschen zu vernichten.



Punkte der Prager Vorschläge:

Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen Regierung vorbereiten und freie Wahlen in ganz Deutschland durchführen und die entsprechenden Vorschläge zur Friedensregelung mit Deutschland den unterzeichnenden Mächten zur Konsultation und Bestätigung unterbreiten soll, sowie zur Konsultation über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und über den Abschluß eines Friedensvertrages heranzuziehen hat;

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschlands STIMME

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Unedler Wettstreit

Es erregte beträchtliches Aufsehen, als Dr. Adenauer dieser Tage den Wortlaut des Memorandums veröffentlichen ließ, das er den Hohen Kommissaren am 29. August dieses Jahres zugestellt hatte. Die Veröffentlichung sei, so ließ sich Dr. Adenauer vernehmen, um der „historischen Wahrheit willen" erfolgt. Denn Dr. Schumacher habe den Inhalt dieses Memorandums in seinen Wahlreden falsch wiedergegeben. Die entscheidenden Sätze dieses Memorandums, das Adenauer schon damals Dr. Schumacher in Abschrift übermitteln ließ, lauten:

„Der Bundeskanzler hat wiederholt um die Verstärkung der Besatzungstruppen gebeten und erneuert diese Bitte hiermit in dringendster Form. Der Bundeskanzler hat ferner wiederholt seine Bereitschaft erklärt, im Falle der Bildung einer internationalen westeuropäischen Armee den Beitrag in Form eines deutschen Kontingents zu leisten."

Diese Sätze bestätigen, daß Dr. Adenauer hinter dem Rücken sowohl des Volkes als auch seines eigenen Kabinetts die deutsche Jugend an Amerika auszuliefern bereit war und ist.

Was hat nun Dr. Schumacher an Adenauers Memorandum entstellt? Er habe — so klagt Adenauer — keine eigene deutsche Wehrmacht, wie Schumacher ihm unterschiebt, sondern ja „nur" — siehe Memorandum — ein deutsches Kontingent in einer westeuropäischen Armee gefordert. Das ist wahrhaftig ein Streit um des Kaisers Bart. Denn für den, der im Massengrab liegt, ist es höchst gleichgültig, ob auf seiner Erkennungsmarke „Westdeutsche Wehrmacht" oder „Westdeutsches Kontingent" steht. Ebenso wie es ihm gleichgültig sein muß, ob sein Marschbefehl von Dr. Adenauer oder von Dr Schumacher ausgestellt wurde.

Dr. Schumacher, der mit seiner durch und durch unaufrichtigen Kritik an den Remilitarisierungsplänen Dr. Adenauers diesem nicht wenige Anhänger abgejagt hat, gibt sich nun die größte Mühe, seinen Kanzler der solidesten Stütze zu berauben. Schon durch seinen wilden Ruf nach der „Entscheidungsschlacht an der Weichsel" hat sich der gefährliche Phantast Schumacher dem amerikanischen Generalstab als brauchbarster Volksverführer empfohlen. Jetzt hat er, dem in Düsseldorf erscheinenden sozialdemokratischen „Rhein-Echo" vom 21 November zufolge, der amerikanischen Regierung versichert, wenn ER die Wehrpflicht einführe, „dann gibt es keine Kriegsdienstverweigerer".

Diese Drohungen müssen wie Musik in McCloys Ohren klingen. Es will ihm nämlich gar nicht gefallen, daß die Zahl der westdeutschen Belegschaften sprunghaft anschwillt, die sich mit großen Mehrheiten gegen jegliche Form der Remilitarisierung aussprechen. Es will ihm gar nicht gefallen, daß überall Listen kursieren, die sich im Handumdrehen mit Unterschriften gegen die Wiederaufrüstung füllen. Es will ihm gar nicht gefallen, daß die Ruhrbergarbeiter an die Waggons schreiben: „Wir fahren keine Panzerschichten". Es will ihm gar nicht gefallen, daß er, wohin er immer seine Schritte lenkt, den Ruf „Ohne uns" vernimmt. Es will ihm gar nicht gefallen, daß die Westdeutschen die von IHM so gern gesehenen Khaki-Divisionen immer lauter dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst.

Es will ihm vor allem nicht gefallen, daß die Botschaft der Prager Außenminister-Konferenz auch in Westdeutschland ein so nachhaltiges Echo ausgelöst hat. Die Herzen von Millionen schlagen dieser Botschaft entgegen, und McCloy fürchtet, daß sie nicht eher Ruhe geben werden, ehe nicht einflußreiche westdeutsche Politiker an einem Tisch mit ihren Kollegen aus dem Osten sitzen. Denn dann, das weiß der Hohe USA-Kommissar nur zu genau, läßt sich den Zug zur deutschen Einheit nicht mehr bremsen. Dann wird das Volk die Einheit erzwingen. Dann gibt es aber auch nicht mehr das Körnchen eines Vorwandes für das Verbleiben der westlichen Okkupationstruppen.

Die Regierung in Washington erkennt besser als viele unserer eigenen Landsleute, daß die deutsche Einheit den Frieden und die Räumung Westdeutschlands von ihren Panzerdivisionen und Flugzeug-Geschwadern bedeutet. Diese einfache Wahrheit gilt es jetzt, jedem Deutschen im Westen klarzumachen.

Der Sklavenvogt

Im Tone eines Sklavenhalters forderte Oberkommissar McCloy dieser Tage vor Studenten und Professoren der Universität Kiel, „die Abkehr von alten Ideen, von nationalem Stolz und nationaler Ehre und von dem engstirnigen Begriff der Souveränität".

Oberkommissar McCloy weiß nur zu gut, daß es mit der nationalen Ehre unseres Volkes unvereinbar ist, sich an Amerika als Landsknecht zu verdingen. Er weiß, daß es mit der nationalen Souveränität unseres Volkes unvereinbar ist, sich amerikanischen Befehlen unterzuordnen. McCloy stellt daher an die Deutschen das Ansinnen, sich nicht nur zum willfährigen Werkzeug amerikanischer Generäle und Bankiers zu erniedrigen, sondern auch noch sklavisch die Stiefel zu küssen, die Deutschland in den Abgrund zu stoßen entschlossen sind. Und mißbilligend rügt McCloy die deutschen Patrioten, die für ihr Vaterland absolute Gleichberechtigung mit allen anderen Staaten, einschließlich der USA, verlangen.

McCloy möge wissen, daß es selbstverständliche Pflicht jedes Deutschen ist, mitzuhelfen, die Ehre und Souveränität eines einheitlichen demokratischen Vaterlandes wieder herzustellen und diejenigen zum Teufel zu jagen, die unser Volk zu einem willenlosen, ehrlosen und heimatlosen Kriegsknecht für ihre Mordpläne machen möchten.

„Revision"

„Da, nimm's, es ist nichts, halt's fest!" So lautet ein ungarisches Sprichwort. Es paßt vorzüglich auf die „Revision" des Besatzungsstatuts, die nach vielen Monaten des Wartens und Verhandelns von den Westmächten fertiggestellt wurde.

Es bleibt alles beim alten. Die Hohe Kommission bleibt die höchste Behörde in Westdeutschland, und die Besatzungsmächte behalten sich weiter das Recht vor, die Ausübung der vollen Regierungsgewalt, wie sie nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes entstand, wiederaufzunehmen. Wann und unter welchen Umständen sie das tun, bleibt ihrem souveränen Urteil überlassen; „falls es unumgänglich ist", so drückt sich das „revidierte" Besatzungsstatut aus.

„Diplomatische Beziehungen" darf Bonn nur mit Staaten des amerikanischen Herrschaftsbereichs aufnehmen, wobei London, Paris und Washington den Vertretern Bonns weiter verbotene Städte bleiben. Internationale Abmachungen dürfen nur auf Initiative der Hohen Kommission abgeschlossen, deutsche Gesetze können von der Hohen Kommission willkürlich rückgängig gemacht werden, und die Währungshoheit, das heißt die Finanzpolitik, liegt nach wie vor in den Händen der Kommissare.

Adenauer möchte jetzt dem Kind gern einen anderen Namen geben: Sicherheitsstatut solle es heißen und die Verpflichtung Westdeutschlands zur Stellung von Söldnertruppen umfassen. Das würde, meinte Adenauer in einer Pressekonferenz, „dem deutschen Volk ein sicheres Zeichen dafür geben, daß es frei oder zumindest der Freiheit sehr nahe ist, wenn es aufgefordert wird, militärische Streitkräfte zur Verteidigung der Freiheit aufzustellen".

Freiheit, die er meint: die Freiheit für Hunderttausende, für Amerika sterben zu dürfen, und die Freiheit für alle, ein Kolonialvolk zu bleiben.

Dokument des Friedens

„Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären," heißt es bei Schiller. Der Fluch der bösen Tat des Krieges aber ist seit eh und je, daß er fortzeugend neue Kriege gebar. Gerade uns Deutschen ist der Begriff des Revanchekrieges aus der Geschichte vertraut, und heute versuchen einflußreiche Politiker in Westdeutschland wieder, ihn neu zu beleben. Aber den Revanchekrieg, ja den Krieg überhaupt auszurotten, den zweiten Weltkrieg den letzten sein zu lassen, war der Wunsch der Leidtragenden dieses Krieges, der in Uniform gepreßten friedliebenden Menschen in allen Ländern.

Dieser Wunsch stimmt vollinhaltlich mit der Politik unserer Regierung überein. Wir sehen es als unsere Verpflichtung an, die materiellen Verwüstungen wieder gutzumachen, die Deutschland im Verlaufe des zweiten Weltkrieges angerichtet hat — soweit dies überhaupt möglich ist. Was wir den überfallenen Völkern an menschlichem Leid und Opfern zugefügt und verursacht haben, ist ohnehin nicht wieder zu ersetzen. Wie könnten wir denn den Tod von Millionen polnischen Bürgern — Polen verlor den vierten Teil seiner Bevölkerung — wieder gutmachen? Diesem so schwer geprüften Volke gegenüber kann unsere Haltung nur sein: jeden Gedanken an kriegerische Auseinandersetzung zu verwerfen, für immer Frieden und Freundschaft zu erstreben. Darum ist und bleibt für uns die Oder-Neiße-Linie eine unverrückbare Friedensgrenze, und wenn an diesem 28. November das am 6. Juli 1950 geschlossene Abkommen über die deutsch-polnischen Staatsgrenzen ratifiziert worden ist und damit Rechtskraft erlangt hat, so handelt unsere Regierung in Übereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung.

Um des Lebens willen

Von H. Döring, Generalsekretär der Liberal-Demokratischen Partei, Landesverband Sachsen

„Weshalb wird eigentlich so häufig von der Notwendigkeit der Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Nachbarländern gesprochen?" Diese Bemerkung hört man gar nicht so selten. Mancher der so Angesprochenen begnügt sich mit der Antwort, die Sowjetunion sei ja schließlich ein wirtschaftlich mächtiges Land, und die mit diesem Lande abgeschlossenen Handelsverträge sicherten uns bessere Lebensmöglichkeiten. Das ist zwar richtig, jedoch bei weitem nicht der entscheidende Beweggrund, der unser deutsches Volk veranlassen muß, die engsten Freundschaftsbande mit der Sowjetunion zu knüpfen. Wir brauchen die Freundschaft mit der Sowjetunion, weil sie eine entschlossene und konsequente Friedenspolitik betreibt.

Noch sind die Wunden des letzten Weltkrieges nicht verheilt, noch weinen Mütter um ihre Söhne und verlangen Kinder nach ihrem Vater. Doch schon wieder läuten amerikanische Rüstungskönige und ihre deutschen Spießgesellen die Kriegsglocken. Bedarf es nach dem räuberischen und barbarischen Feldzug MacArthurs in Korea noch irgendwelcher Beweise für die kriegerischen Absichten der USA auch in Europa, so hat sie der amerikanische Befehlshaber für Bayern erbracht, als er kürzlich erklärte:

„Alle Bemühungen für die Wiederherstellung der deutschen Einheit und jeder Einsatz für den Frieden werden als Angriff gegen die Besatzungsmacht angesehen und bestraft."

Zur selben Stunde, da unsere Regierung, da Aktivisten und alle Schaffenden Tag und Nacht bemüht sind, durch Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne unserem Volke ein besseres Dasein zu gewährleisten, zum selben Zeitpunkt, da in unserer Deutschen Demokratischen Republik alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens angespannt werden, verlangt der amerikanische Senat den Abwurf von Atombomben auf Nordkorea. Dieselben Unmenschen, die den Befehl zum Abwurf von Atombomben auf die Städte Hiroshima und Nagasaki erteilten und durch den Abwurf ungezählter Spreng- und Brandbomben auf die Stadt Dresden Zehntausende unschuldiger Kinder, Frauen und Greise mordeten, obwohl der Krieg längst entschieden war, — sie sind auch heute wieder bereit, die Welt in ein Meer von Blut und Tränen zu stürzen.

Kann es nach all dem deutschen Leid und Elend überhaupt noch ein Überlegen geben, an welcher Seite unser Platz jetzt und in Zukunft sein muß? Das Ziel menschlicher Entwicklung liegt nicht in der Vernichtung von Land und Menschen, sondern in der sinnvollen Gestaltung des Lebens — nicht in einem Gegeneinander, sondern in einem Miteinander —, nicht im Krieg, sondern im Frieden. Wenn wir den Frieden erstreben, so nicht etwa darum, weil wir im letzten Weltkrieg unterlegen sind, sondern weil wir von der Größe der Menschheitsidee erfüllt sind, die in dem Streben nach friedlichem Zusammenleben der Völker verkörpert ist.

Von uns selbst hängt es ab, der Welt zu beweisen, daß wir gewillt und fähig sind, ein neues Deutschland als Hort des Friedens aufzubauen. Das wird jedoch nur möglich sein, wenn wir mit allen friedliebenden Völkern unter Führung der größten und stärksten Friedensmacht der Welt, der Sowjetunion, vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Von Stalin stammt das große Wort, daß wohl der Nazismus vernichtet werden, doch das deutsche Volk und der deutsche Staat bleiben sollen. Die selbstverständliche Anerkennung der Gleichberechtigung und Souveränität aller Völker und Nationen, der großen wie der kleinen, liegt in diesem Wort beschlossen. Dieser Grundsatz entspricht der Haltung der Sowjetregierung seit Anbeginn. Vor allem wir Deutschen haben uns immer wieder überzeugen können, daß wir in unseren Bestrebungen auf Wiederherstellung der Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes keinen zuverlässigeren Freund haben als die große Sowjetunion. Erneut wurde uns dies durch die Vorschläge der Prager Außenminister-Konferenz bewiesen, in denen die Initiative der Sowjetregierung unverkennbar war.

Wenn unser deutsches Volk im festen Freundschaftsbunde mit der Sowjetunion allen Anschlägen gegen den Frieden entschlossen entgegentritt, dann wird es den amerikanischen Kriegsbrandstiftern nicht gelingen, einen neuen Weltbrand zu entfachen. Dann ist uns eine frohe und glückliche Zukunft gewiß.

In der Entwicklung der Stimmung zu Polen ist bei uns im Lauf der letzten Jahre eine tiefgreifende Wandlung eingetreten, eine Wandlung, die durch die westlichen Kriegstreiber nur noch gefördert worden ist. Das deutsche und das polnische Volk finden sich eng zusammen in der Verteidigung des Friedens, denn beide Völker wollen wieder aufbauen und die Wunden des Krieges heilen. Diesem Ziel dienen die Verträge über den Waren- und Zahlungsverkehr, über die wissenschaftlich-technische und kulturelle Zusammenarbeit, dient der Informationsaustausch über unseren Fünf- und Polens Sechsjahrplan. Diese enge Zusammenarbeit beweist, daß zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Polen eine echte Freundschaft besteht, denn nur Freunde tauschen ihre „Betriebsgeheimnisse" gegenseitig aus.

Diese Zusammenarbeit dient nicht nur der Wohlfahrt unserer beiden Völker — nur durch Unterstützung Polens war es seinerzeit möglich, die von den Anglo-Amerikanern angeordnete Sperre der Lieferung von Ruhrkohle zu überwinden — sie dient dem Frieden der Welt. Ein Brandherd in Europa ist ausgelöscht, und kein kriegerisches Geschrei wird ihn je wieder entfachen können. Aus der Asche dieses Herdes aber wird eine frohe und glückliche Zukunft für beide Völker sprießen.

Die eindeutigen Absagen, die sich Amerika und sein Adenauer bei den Wahlen in den westdeutschen Ländern geholt haben, und die Zehntausende von Plakaten mit dem entschlossenen „Ohne uns" waren Acheson, dem USA-Außenminister, nicht deutlich genug. Vielleicht fällt der Groschen, wenn Westberlins Bevölkerung am 3. Dezember Reuters Wahlurnen boykottiert.

Westdeutscher Querschnitt

GEGEN DIE REMILITARISIERUNG und für Ost-West-Besprechungen stimmten 246 von 294 Arbeitern und Arbeiterinnen der Frankfurter Firma A. Toves in einer Betriebsabstimmung.

SOFORT VERHANDLUNGEN mit Vertretern Ostdeutschlands aufzunehmen und eine Volksbefragung über die Prager Beschlüsse durchzuführen, forderte eine Belegschaftsversammlung der Nürnberger MAN-Werke von dem Bonner „Minister für Gesamtdeutsche Fragen", Jakob Kaiser.

WIEDERBEWAFFNUNG und Kriegsproduktion in Westdeutschland wurden von jungen Gewerkschaftern eines Lehrgangs in Sontra (Hessen) einstimmig abgelehnt.

NUR EINE ZEITUNG brachte Auszüge aus einem elfseitigen Memorandum des ehemaligen Bonner Innenministers Heinemann über die Hintergründe seines Rücktritts aus Protest gegen Adenauers Remilitarisierungspolitik, das er an alle westdeutschen Blätter gesendet hatte.

DREI PHOSPHORBOMBEN wurden nach britischen Kriegsübungen auf einem Kinderspielplatz in Fallinghostel (Niedersachsen) entdeckt.

DIE KRIEGSHETZER schreien nicht, es geht um Eisen, Öl und Kohle, sondern sie heucheln, daß es um die „Freiheit des Christentums" und die „Verteidigung der abendländischen Kultur" gehe, erklärte Pfarrer Mehringer in Kaiserslautern.

EINE URABSTIMMUNG auf der Zeche „Bergmannsglück" in Gelsenkirchen erbrachte mit 2833 gegen 511 Stimmen Ablehnung der vom Hauptvorstand der IG Bergbau gutgeheißenen Sonder- oder „Panzer"-Schichten.

DER BAU eines 4500-Tonnen-Frachters für eine pakistanische Reederei wurde der Hamburger Werft H. C. Stülcken vom Alliierten Sicherheitsamt verboten.

EXPORTSENDUNGEN FÜR OST-STAATEN werden seit längerer Zeit von alliierten Grenzkontrollstellen zurückgehalten, gab der „Bundesverband der deutschen Industrie" bekannt. Währenddessen liefern britische und amerikanische Firmen gleichartige Erzeugnisse an die betreffenden Länder.

„DIE ERSTEN SCHLAMMRING-KÄMPFE für Damen in Europa" veranstaltet ein Manager jetzt auf der Hamburger Reeperbahn in einer ehemaligen Ba...

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Zum Monat der deutsch-sowjetischen FREUNDSCHAFT

hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik einen Aufruf an alle Bürgerinnen und Bürger erlassen, in dem es heißt:

„Arbeiterinnen und Arbeiter! Lernt von euren sowjetischen Kollegen, die seit 33 Jahren Besitzer der Bodenschätze und Industriewerke sind, für die die Arbeit aus einer Sache der Fron zu einer Sache der Ehre und des Heldentums geworden ist. Studiert ihre fortschrittlichen Arbeitsmethoden in allen Industriezweigen, verwertet ihre Erfahrungen für die vorfristige Erfüllung unseres Fünfjahrplanes.

Bäuerinnen und Bauern! Lernt von euren sowjetischen Kollegen, die seit 33 Jahren Herren des Bodens ihrer Heimat sind. Studiert die Erfolge der sowjetischen Landwirtschaft, des Ackerbaues und der Viehzucht nach den genialen Forschungsergebnissen der Sowjet-Agrarwissenschaft und wertet sie für die Steigerung der Hektarerträge und die vorfristige Erfüllung des Viehaufzuchtplanes aus.

Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker! Lernt von euren sowjetischen Kollegen, die Wissenschaft und Technik für die Wohlfahrt der Völker der Sowjetunion zu einer noch nie dagewesenen Blüte entwickelt und sie in den höchsten Dienst, in den Dienst des Friedens gestellt haben. Eignet euch die Forschungsergebnisse und Arbeitsmethoden der sowjetischen Wissenschaft und Technik zum Wohle unserer Volkswirtschaft an.

Kulturschaffende! Lernt von euren sowjetischen Kollegen, die mit ihrem Volke auf das engste verbunden sind und von der Liebe ihres Volkes gefördert und zu den höchsten Leistungen angespornt werden. Studiert die zutiefst lebensnahe und wahrhaft humanistische Sowjetkultur und vermittelt sie den deutschen Menschen. Eignet auch die Erfahrungen und Erkenntnisse eurer sowjetischen Kollegen zum Wohle der Entwicklung einer gesunden, optimistischen und zukunftweisenden deutschen Volkskultur an.

Deutsche Frauen! Lernt von euren sowjetischen Schwestern, die durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution die Gleichberechtigung erhielten, die in Industrie und Landwirtschaft, in Wissenschaft und Technik, im Staatsapparat und im gesellschaftlichen Leben ihren Platz ausfüllen zum Wohle ihrer Völker und für das Glück ihrer Kinder.

Deutsche Jugend! Lerne von der sowjetischen Jugend, die in der ersten Reihe der Sowjetvölker bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens steht und die getreu den Lehren Lenins und Stalins alles daransetzt, die Wissenschaft zu meistern, um Baumeister einer neuen und schöneren Welt zu werden.

Deutsche Patrioten! Lernt von den Sowjetmenschen, was ein wirklicher Patriot ist, der das Glück, die Unabhängigkeit und Freiheit seines Volkes gegen alle feindlichen Einflüsse verteidigt und der aus tiefstem Herzen die Kultur, die politische und kulturelle Unabhängigkeit anderer Völker achtet und der schließlich jeden Feind dieser Unabhängigkeit aus tiefster Seele verabscheut.

Es lebe die Freundschaft des deutschen Volkes mit den Völkern der Sowjetunion!

Es lebe der Bannerträger des Friedens und Fortschritts, der beste Freund und Helfer des deutschen Volkes: Josef Wissarionowitsch Stalin!"

*

Auch die Parteien und Massenorganisationen richten aus gleichem Anlaß einen Aufruf an „Deutsche in Stadt und Land", den wir auszugsweise wiedergeben:

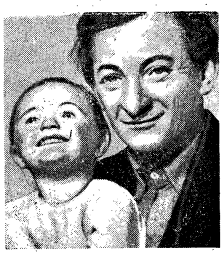
„Um das Verständnis für die Sowjetunion zu verbreitern und zu vertiefen, um neue Massen unseres Volkes in ganz Deutschland für feste Freundschaft mit der Sowjetunion zu gewinnen, werden alle Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik aufgerufen, den Monat Dezember zu einer gewaltigen Manifestation der deutsch-sowjetischen Freundschaft zu machen. Er wird ein leuchtendes Bekenntnis der Freundschaft zur Sowjetunion, dem besten Freund, dem unbesiegbaren Verbündeten im Kampf für ein einheitliches, friedliches, demokratisches und unabhängiges Deutschland werden.

Die Sowjetunion hat mit ihrer Note an die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs, die den Kampf gegen die Remilitarisierung zum Inhalt hat, den breiten Massen des deutschen Volkes, die keine Remilitarisierung wollen, eine erneute unschätzbare Hilfe geleistet.

Jeder deutsche Patriot wird in diesem Monat noch klarer seine nationale Pflicht erkennen: Alle seine Arbeitskollegen, Nachbarn und Mitmenschen als Anhänger und Verfechter ewiger Freundschaft unseres deutschen Volkes mit den Völkern der UdSSR und dem weisen Stalin zu gewinnen."

„In Westberlin war ich arbeitslos, im demokratischen Sektor habe ich Arbeit gefunden. Den verdienten Lohn tauscht der Westmagistrat nicht um. Ich werde keine der Parteien wählen, die mir nur einen neuen Krieg geben wollen", sagte Wanda Hammer.

„Ich gehe nicht wählen. Das hat alles keinen Zweck. Die machen ja doch, was sie wollen. Wir Alten haben nichts zu erhoffen!" meinte die alte Rentnerin Frau Hacker aus Berlin-Charlottenburg, die gerade ihre paar Westmark quittiert und empfangen hatte.



„Wählen?! — Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber! Bei mir nicht! Ohne uns!" sagte der arbeitslose Kraftfahrer Nispel aus Berlin-Charlottenburg und nahm das Kind in seinen Arm, als wolle er es vor den Panzerparteien in Schutz nehmen.

„Wir 19jährigen sind nach Meinung unseres Magistrats noch nicht reif, um zu wählen. Aber selbst, wenn ich wählen könnte, würde ich die ja doch nicht wählen!" Margarete Werzinger, Berlin-Neukölln, macht aus ihrem Herzen keine Mördergrube.

„Zu unserer Wahl kann ich nur sagen — auf den Listen steht nicht eine Partei, die meine Interessen vertreten würde. Es ist fraglich, ob ich unter diesen Umständen zur Wahl gehen werde", sagte die junge Musikstudentin Brödler aus Haselhorst.

„Wählen? — Wir haben ja nur acht Parteien! Zu erwarten hatten wir von den alten nichts — und von den neuen noch weniger. Aber es will ja doch schließlich jeder einmal an die Futterkrippe ran", meinte Alfred Wobig aus dem Berliner Bezirk Wedding.

„An und für sich bleibt es sich ja sowieso gleich, was man ankreuzt", sagte Gundula Roeschke. Sie will „der stärksten Partei" ihre Stimme geben und bedenkt nicht, daß sich die Führer dieser Partei gerade am stärksten für die Remilitarisierung ins Zeug geworfen haben. Sie hätte keine Freude am Flakhelferhandwerk!

„Betrogen haben sie uns bisher ja alle. Vorher viel versprochen und hinterher nie etwas gehalten." Aber der Tischler Rudolf Janisch aus Berlin-Schöneberg hat aus diesen Erfahrungen keine Lehre gezogen. Er gehört zu jenen alten SPD-Arbeitern, die aus falschem Traditionsgefühl dennoch ihren Henkern nachlaufen

„Wem ich bei der Wahl eine Chance gebe? Das ist schwer zu sagen. Für mich jedenfalls ohne die SPD", sagte Zigarrenhändler Brandt aus Berlin-Kreuzberg und gab damit dem Spaltermagistrat eine Abfuhr, ohne heute vielleicht schon die Konsequenz zu ziehen: Fernbleiben — oder den Stimmzettel einfach ungültig machen!

Genug der Spaltung! Wahlen in ganz Berlin!

Wir waren in Westberlin — und mit uns gingen 10 000 Berliner an diesem trüben Novembersonntag in die Westsektoren, um mit den Bewohnern über die Wahlen zu sprechen. Trübe sind auch die Gesichter der Wähler, um deren Stimme am kommenden Sonntag acht Parteien werben. Acht Parteien, die von den drei Kommandanten der Westsektoren lizenziert worden sind, acht Parteien, die mehr auf Verderb als auf Gedeih die Kriegspläne der Westmächte unterstützen, acht Panzerparteien!

Zu ihrer Rückenstärkung fahren Funkwagen durch die Straßen, rasselt der RIAS seine Wahlparolen durch den Äther, druckt die Westpresse ihre Verleumdungen gegen alle Friedenskräfte in der Welt, kleben Plakate mit großen Versprechungen an Säulen und Wänden ... aber jedes Wort entspricht nur den Wünschen und dem Willen der hintergründigen Wahlleitung in Washington.

Es gibt eine Menge Worte im Vokabular dieser Kriegshetzer. Sie sprechen von Freiheit und sagen nicht, daß es die Freiheit zum Sterben und zum Müßiggang ist. Sie sprechen wieder von deutscher Wehr und sagen nicht, daß die Deutschen nur bewehrte Sklaven im Solde Amerikas sein sollen.

Sie werben mit großen Worten, und nur das eine Wort, das größte und schönste hören wir nicht: das Wort **Frieden!**

Aber an diesem Sonntag ging das Wort Frieden von Mund zu Mund. Die Friedensfreunde unserer demokratischen Parteien und Organisationen trugen es von Tür zu Tür. Sie sammelten Unterschriften gegen die Remilitarisierung, sprachen mit der Bevölkerung über den Sinn der Panzerwahlen und über die Kriegspläne der westlichen Besatzungsmächte.

Das sind gefährliche Gespräche für die Herren der Reuterschen Kriegskumpanei. Sie verhafteten mehr als achtzig Friedensfreunde.

Wir begegneten auch der Angst, wenn sich die Türen vor unseren Aufklärern verschlossen: „Gehen Sie wieder ... man darf Sie hier nicht sehen!"

Aber viele Tausende erfuhren zum erstenmal, daß sich in diesen Tagen der Ausschuß der Nationalen Front der Hauptstadt Berlin mit diesem Vorschlag an die drei Kommandanten der Westsektoren, an die Sowjetische Kontrollkommission in Groß-Berlin, an die Westberliner Verwaltung und an den Demokratischen Magistrat von Groß-Berlin gewandt hat: Freie demokratische Wahlen sollen in ganz Berlin im März 1951 stattfinden; ein gemeinsamer Ausschuß der beiden Magistrate ist zu bilden, um entsprechende Maßnahmen zur Durchführung dieser Wahlen einzuleiten: die Besatzungstruppen sollen abziehen und die Sektorengrenzen aufgehoben werden, um wirklich demokratische Wahlen zu sichern.

Dann ist es auch möglich, die in diesem Vorschlag enthaltenen Ziele zu erreichen: die Arbeitslosigkeit in Westberlin im Laufe von drei Monaten zu beseitigen, die Schwer- und Leichtindustrie für die Friedensproduktion anzukurbeln, die Preise zu senken und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Denn dafür würde eine einheitliche demokratische Verwaltung die Garantie geben. Und darum heißt es jetzt: den Spalterwahlen am 3. Dezember fernbleiben oder den Stimmzettel ungültig machen! Panzerwahlen bedeuten Krieg! Führen wir gemeinsam Wahlen für den Frieden durch, damit Sicherheit, Ruhe und Ordnung in ganz Berlin einkehren.

Amerikanischer Traum

Von Massengrab zu Massengrab

Knapp fünfeinhalb Jahre erst liegen die Gefallenen des zweiten Weltkrieges unter der Erde. Für den Rest der wehrfähigen deutschen Kriegsgeneration aber und die nachgewachsene Jugend wird schon wieder ein Massengrab vorbereitet, an dem willfährige deutsche Handlanger eifrig mitgraben. Adenauer, Schumacher und Ex-General von Manteuffel forderten lediglich eine amerikanische Garantie, daß deutsche Männer „gleichberechtigt" sterben dürfen. Ihnen antwortete, zweifellos im Namen aller amerikanischen Zwingherren, der Richter John E. Lambertz aus Artesia im Staate California: „Von ‚Voraussetzungen' für eine deutsche Beteiligung an einer europäischen Armee kann deshalb gar keine Rede sein, weil der zu Boden Geschlagene zu gehorchen ... hat. Ist es im Interesse der Sieger gelegen, so wird Deutschland [oder was davon noch besteht] eben mitkämpfen; ist es nicht in ihrem Interesse gelegen, dann lassen wir den Deutschen eben zu Hause. Darüber entscheiden wir und nur zu unseren Bedingungen ... Auch sollten Sie aus der Geschichte wissen, daß die Römer, wenn Not am Mann war, ihre Sklaven und Gladiatoren für ihr Reich kämpfen ließen."

Wir sagen: weder als Sklaven noch „gleichberechtigt" werden wir uns für den amerikanischen Krieg opfern!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Kolonialles

NATÜRLICH GIBT ES auch bei Kolonialsklaven Rangordnungen: Ober-, Mittel- und Unterskiaven. „Haben Herr Major noch Befehle?" fragt Herr Leutnant in dienstlicher Haltung. Aber Major Mahlmann, Generalleutnant a. D. und schwarzgekleideter Kommandeur der Würzburger „Arbeitsdienst-Einheiten" hatte keine und tippte dankend mit drei Fingern an die Mütze. Herr Leutnant aber machte anschließend mit dem Spieß noch Stubenappell. Der Spieß war unzufrieden: „Die Betten sind unter aller Sau!" raunzte er. Überhaupt: „Finger lang, Kopf hoch, Brust 'raus! Das muß noch viel besser werden!" Der USA-Captain Lindquist, Beherrscher der 1000 deutschen Schwarzhemden einschließlich des Generalleutnants a. D., ist mit dem Drill ganz zufrieden, nur die Schießergebnisse befriedigen ihn noch nicht. Laut Einstellungsvertrag sind die „Männer" gehalten, „jede für die USA-Streitmacht als notwendig erscheinende Arbeit zu tun". „Der Begriff Arbeit muß sehr weit gefaßt werden", sagt Brigade-General Futch, Truppenführer der Würzburger Garnison, hintergründig lächelnd. „Es sind aber trotzdem keine deutschen Soldaten. Die kommen noch." (Entnommen aus westdeutschen Zeitungen.)

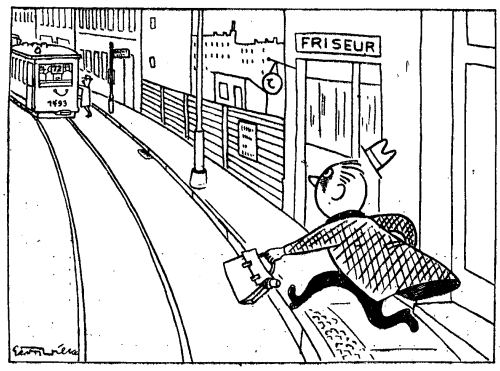
IN PUERTO RICO, seit 52 Jahren amerikanische Kolonie, sind nach Untersuchungen amerikanischer Ärzte zwei Drittel der 2,3 Millionen Einwohner unterernährt. Vor kurzem versuchte das verzweifelte Volk, sich durch einen Aufstand von seinen Peinigern zu befreien. Der Düsseldorfer „Mittag", eifriger Streiter für die abendländische Zivilisation, brachte darüber ein amerikanisches Foto. Es zeigt, wie Zivilisten von USA-Soldaten erschossen werden. Darunter stand gemütvoll: „In Puerto Rico werden verdächtige Kommunisten in Reihe und Glied gestellt. Wen es trifft, den trifft es. Teils mit Prozeß, teils ohne. C'est la guerre." (Das ist der Krieg.) C'est la guerre américaine, hätte es heißen müssen: Das ist der amerikanische Krieg.

REKLAME FÜR EINEN GENERAL machten Plakate, die letzthin Frankfurts Litfaßsäulen zierten. „Marshall-Plan hilft bauen" stand dort zu lesen. Aber nicht lange. Über Nacht war durch Klebestreifen der Entwicklung Rechnung getragen worden. „Marshall-Plan hilft Kasernen bauen", hieß es nun.

DIE ERGEBNISSE der gesteuerten Umfragen unter der westdeutschen Bevölkerung über ihre Meinung zum Gewehrfassen sind nicht ermutigend für die Besteller solcher Gallup-Tests. In Bonn stimmten von 485 versammelten Studenten 335 gegen eine Beteiligung Westdeutschlands am Atlantik-Kriegspakt, 150 waren lauwarm dafür. Da ist Großbritanniens akademischer Nachwuchs viel kriegsmutwilliger. In der Universität Cambridge stimmten von 431 Studenten 233 für — deutsche Soldaten.

WÄHREND SICH DIE Trizonesier um kalte Kanonenöfen und lauwarme Küchenherde scharen, sucht der Bundestag ohne allzu großen Nachdruck und in der falschen Richtung den Kohlendieb. Freiwirtschaftsminister Erhard schimpft auf den kleinen Verbraucher, weil dieser im Sommer nicht genug Geld zum Vorratskauf hatte. Außerdem meint er völlig ernsthaft: „Die Kohlenkrise ist bis zum Frühjahr überwunden." Als ein Redner darauf hinwies, daß die steigenden Preise den Werk-Werktätigen keine Vorratskäufe erlaubten und Millionen Menschen nicht einmal den notwendigsten Wohnraum besäßen, erscholl aus den Bankreihen der Erhardanhänger der Zwischenruf: „Dann brauchen sie auch nicht zu heizen." Laut Protokoll daraufhin lebhaftes Lachen im Hohen Hause.

DAS SCHMELZENDE PIANO überseelscher Kriegsfanfaren wirkt selbst auf 110prozentige vergoldete Uralt-Pgs nicht wie erwünscht. Beamte des britischen Geheimdienstes befragten in den Internierungslagern Neuengamme und Recklinghausen noch inhaftierte Naziwalter der Sonderklasse, ob sie bereit seien, „in der alten Position gegen den Bolschewismus zu kämpfen" 98 Prozent lehnten ab: „Westliche Gewinnchancen weit unter Taxwert." Intelligence-Service-Leiter in Dortmund brummte ärgerlich: „Müssen im Ernstfall doch Order parieren."



„Wozu habe ich eigentlich gewählt, wenn nach anderthalb Monaten die Haltestelle immer noch nicht vor meiner Haustür ist?"
Zeichnungen: Georg Wilke

Wir können ruhig darüber reden!

„Wie steht es mit der Erfüllung der Wähleraufträge im Lande Brandenburg?" fragten wir den Landesausschuß der Nationalen Front und erhielten den Bescheid: „Abschließend kann darüber noch nichts gesagt werden, denn seit den Wahlen sind erst fünf Wochen vergangen. Aber kein Wähleraufrag gerät in Vergessenheit!"

Über den Verlauf jeder Wählerversammlung wurde ein Protokoll angefertigt, in dem auch der Wählerauftrag schriftlich festgehalten wurde.

Wir werfen beim Landesausschuß Potsdam der Nationalen Front einen Blick in diese Zusammenstellung und stellen fest, daß der Landtagsabgeordnete Ossang und der Volkskammerabgeordnete Kaneczny beispielsweise die Wähleraufträge erhielten, sich für die Verbesserung der Schulverhältnisse in ihren Wahlbezirken einzusetzen. Kaneczny sollte sich unter anderem darum kümmern,

„Nein, mein Lieber, Schund für gutes Geld, kommt bei mir nicht in Frage."

daß der Umbau des bereits vorhandenen Gebäudes in Gusow (Kreis Seelow) in eine Zentralschule beschleunigt durchgeführt würde. Er erfuhr, daß der Bau für das Jahr 1951 noch nicht mit eingeplant sei, überzeugte jedoch in Besprechungen und Verhandlungen die zuständigen Stellen von der Dringlichkeit des Projekts und erreichte, daß die Einplanung des Bauvorhabens für das erste Halbjahr 1952 erfolgte. Die Erfüllung des Wählerauftrages kann aber Kaneczny erst melden, wenn der Umbau beendet ist.

Die Kandidatin Streit wurde gebeten, sich dafür einzusetzen, daß das Lehrlingsheim in Potsdam zu einem Internat ausgebaut würde und die Qualität der Konsumwaren verbessert würden. Es ist selbstverständlich, daß die Frage des Internats nicht von heute auf morgen zu regeln geht.

Das Thema Qualitätsverbesserung ist in den letzten Monaten von den verschiedensten Seiten angeschnitten worden. Wir wissen, daß die Industrie bemüht ist, die noch vorhandenen Engpässe in der Rohstofflage mehr und mehr zu überwinden, wir wissen aber auch, daß bereits heute viele Waren in Friedensqualitäten wieder lieferbar sind und es häufig an den Handelszentralen und Einkäufern liegt, wenn den Erzeugern schlechte Waren abgenommen werden. Es liegt durchaus im Sinne der Regierung — wie Minister Rau vor einiger Zeit Pressevertretern gegenüber betonte —, daß schlechte Waren den Erzeugern wieder zurückgegeben werden. Man kann ruhig darüber sprechen und sagen: „Diesen Schund könnt ihr euch an den Hut stecken! Ich verdiene mein Geld auf ehrliche Weise und verlange dafür eine anständige Ware!" Die Verwirklichung dieses Wählerauftrages ist also eigentlich eine Frage der Erziehung der Wähler.

Auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten dürfte wahrscheinlich die Verwirklichung des Wählerauftrages an die Kandidatinnen Schlicht und Feigentreu stoßen, sich für ein längeres Offenhalten der Kindergärten einzusetzen.

Aber Hand aufs Herz! war es denn wirklich der Sinn dieser Aussprachen zwischen den Kandidaten und ihren Wählern, hundertfach in der Öffentlichkeit erörterte Probleme — wie das Problem des Wohnungsmangels — von immer neuen Seiten zu beleuchten? Glaubte man, die Kandidaten Held oder Nolde könnten Wohnungen aus dem Boden stampfen, oder, die Frage, ob Wohnungsuchende, die sich bereiterklären, als Laien beim Aufbau von Wohnungen mitzuarbeiten, schneller zu einer Wohnung kommen könnten, sei nicht von allen Seiten geprüft worden?

Bei Durchsicht der Kandidatenaufträge kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Auftraggeber nach dem Prinzip handelten: „Jeder Wähler ist selbst schuld, wenn er nicht einen Sonderauftrag für den Kandidaten hat!"

Da wollen einige, daß die Straßenbahn 10 Minuten früher fährt, damit sie rechtzeitig an ihre Arbeitsstätte kommen — man könnte ja dafür abends 10 Minuten früher Schluß machen, da lägen sie ohnedies schon meistens im Bett. Diese meinen, die Straßenbahnhaltestelle müsse fünfzig Meter vorverlegt werden, denn da halte der Omnibus für die Weiterfahrt, jene halten es für richtig, daß die Reichsbahn bei ihnen zum mindesten eine Haltestelle einrichte. Wozu habe man denn sonst eine Demokratie. — Trotzdem, alles wird geprüft und untersucht, und Fahrplankommission und Reichsbahn werden sich auch mit diesen Fragen zu beschäftigen haben.

Aber es gab auch Wähleraufträge, deren Verwirklichung den beteiligten Stellen manch harte Nuß zum Knacken aufgab. Wir denken hier an die Wähleraufträge, die der Landtagsabgeordnete Kurt Seibt aus dem Kreise Ostprignitz erhielt. Hier war von Funktionären erhielt. Hier war von Funktionären festgestellt worden, daß eine Reihe von Bauvorhaben der Neubauern in Marquart, Paaren, Wernitz, Falkenrehde, Friedenshorst usw. seit Monaten auf die Fertigstellung warteten und die Stimmung der Betroffenen dem Gefrierpunkt nahekam. Man lud die Beteiligten zu einem Aussprache-abend. Der Bericht wurde dem Landrat von Ostprignitz übermittelt und bearbeitet. Da stellte sich heraus, daß in einigen Fällen die Frage der Finanzierung noch nicht geregelt war. Die ursprünglich bewilligten Kredite waren aufgebraucht, weil die Kosten höher lagen und die Neubauern Sonderwünsche hatten. Die Kreditsperre hinderte die weitere Bereitstellung von Geldern. Es müssen also erst weitere Kredite bewilligt werden (was inzwischen in einigen Fällen geschah). Die erforderlichen Baustoffe waren nicht vorhanden oder mußten von so weit hergebracht werden, daß der Abtransport mit Schwierigkeiten verbunden war. Hier wird es Aufgabe der Planungsstellen sein, dafür zu sorgen, daß das Holz nicht erst eingeschnitten wird, wenn es verbaut werden soll, daß nicht Baufirmen mit der Durchführung der Arbeiten beauftragt werden, die mit anderen Aufträgen überlastet sind und daß die Transportfrage geregelt wird. Inzwischen konnten von 250 Überhangsbauten 49 fertiggestellt werden.

Die Wähler können versichert sein, daß keiner der Wähleraufträge in Vergessenheit gerät, und daß sich keiner der Kandidaten den Vorwurf machen lassen wird, Aufträge übernommen zu haben, um deren Verwirklichung er sich nicht ernstlich bemüht. Deshalb wird auch die der Kandidatin Held gegebene Anregung, auch nach den Wahlen in öffentlichen Versammlungen den Wählern immer wieder Rede und Antwort zu stehen, verwirklicht werden, denn nur so verdienen sich die Kandidaten wirklich den Ehrentitel: Kandidaten des Volkes!

—ergo—

Abgeordneter Rinza hilft

„Als ich mich der Gemeinde Satzkorn in einer Wählerversammlung vorstellte", so berichtete uns der Kreistagsabgeordnete Rinza, Kreissekretär der Nationalen Front in Nauen, „erfuhr ich, daß hier die Wohnverhältnisse zu den schwierigsten örtlichen Problemen gehören. Es gab hier Familien, die mit Betten und Decken völlig unzureichend versorgt waren. Die Not, die der Krieg verschuldete, stand mir plötzlich wieder deutlich vor Augen. Weiter erfuhr ich an jenem Abend, daß drei Neubauernhäuser im Ort zu den sogenannten Überhangsbauten gehörten, die im Vorjahr begonnen, jetzt nur schleppend vollendet werden. Durch ihre Fertigstellung würde die Wohnungsnot im Ort verringert werden. Sofort beschäftigte ich mich mit diesen Sorgen.

Schon am nächsten Tage trafen in Satzkorn dreißig Schlafdecken ein, die vor den Augen der Bevölkerung von einer Sozialkommission an die Bedürftigsten unentgeltlich verteilt wurden. Die Volkssolidarität und der Konsum in Nauen hatten sie mir auf Grund meiner Bemühungen kostenlos zur Verfügung gestellt, ebenso erhielt eine Familie eine Bettstelle mit Keilkissen.

Wegen der Neubauernhäuser setzte ich mich mit dem zuständigen Kreisrat in Verbindung und erreichte bei ihm, daß die Satzkorner Neubauern arbeits- und materialmäßig besonders unterstützt wurden. Die erste dieser drei Bauten ist bereits fertiggestellt, und noch in diesem Jahr werden die übrigen Bauten vollendet werden."

Verantwortungsgefühl und Tatkraft haben zu diesem schnellen Erfolg geführt, und die Satzkorner Bevölkerung erlebte den ersten Beweis, wie richtig es war, ihre Stimme den Kandidaten des Volkes zu geben.

D. St.

Kohlenklau zieht westwärts

Düsseldorf, Ende November. Auf dem Wege von Schleswig-Holstein über Niedersachsen zum Ruhrgebiet mußten wir an vielen geschlossenen Schranken halten. Hinter ihnen rollten endlose Güterzüge gen Westen und Nordwesten, randvoll beladen mit Kohle, Tausende von Waggons. Schleswig-Holstein aber hat keine Kohle mehr, die Nordseeinseln sind ohne Feuerung, Fischdampfer liegen auf, und viele Umsiedler-Kleinbetriebe, die sich wegen Geldmangels im Sommer nicht eindecken konnten, müssen schließen. Als wir aus Lübeck abfuhren, hatte das Kraftwerk Lübeck-Siems, das fast die Hälfte des Landes mit Strom versorgt, nur noch einen Vorrat für sechs Tage. Die Hafengebiete Hamburgs müssen auf die dringend benötigte Ruhrkohle verzichten. Dafür kommen allerdings 36 000 Tonnen amerikanischer Kohle. Nur einen kleinen Haken hat dieses Geschäft: Die Tonne Ruhrkohle kostete frei Hamburg 40 Westmark, die Tonne Amikohle wird 61 bis 62 Westmark kosten.

*

Unmittelbar vor Hamm, der nördlichsten Industriestadt des rauchverhangenen Ruhrgebietes, muß unser Wagen wieder an einer geschlossenen Schranke halten, drei Minuten, fünf Minuten, sieben Minuten. Zug hinter Zug, jeder mit 100 Achsen, rollt vorbei. Die französischen Gitterwagen, die deutschen Waggons enthalten Steinkohle und Koks. Hamm ist der größte Güterbahnhof Westdeutschlands, sein Gleisgewirr ist nicht zu übersehen. Ohne bahnamtliche Genehmigung erklettern wir die Böschung und gehen an einigen Zügen entlang, die auf das Signal „Freie Fahrt" warten. Uns interessieren die Begleitpapiere in den vergitterten Kästen. Bestimmungsort: Saar, Saar, Emden und immer wieder Saar. Die Ruhrkohle, heute die billigste Kohle der Welt (für das Ausland), rollt zu den Stahlwerken des Saarlandes und Frankreichs, hilft Kanonen und Panzer bauen.

*

Jeder in Westdeutschland weiß, daß die Ruhrkohle für die amerikanischen Kriegsvorbereitungen gebraucht wird. Die Kumpel wissen es, die monatlich zwei Sonderschichten, Panzerschichten genannt, fahren sollen, damit täglich die 400 000-Tonnen-Grenze erreicht und überschritten werden kann. Der Kohlenhändler weiß es, der seine leeren Lager betrachtet, die Frauen wissen es, die mit 20 Pfund Kohle in den Markttaschen nach Hause gehen müssen. Auf dem Lagerhof von Ernst Pothmann in Kamen entdecken wir zwei verlorene Haufen, vielleicht 15 Zentner Nußkohle und 20 Zentner Eierbriketts. Früher lagen hier ständig mindestens 2000 Tonnen Kohle in sechs bis sieben Sorten gehäuft. 30 Jahre besteht seine Firma, aber so schlimm war es noch nie, meint Herr P. sorgenvoll. Er hat 1500 Familien, Bäckereien, einige Behörden und ein Krankenhaus zu beliefern. Seit vier Wochen ist seine Hauptarbeit, am Telefon immer die gleiche Auskunft zu geben: „Nein, nein, nichts da . . ." Aber allein Kanada, so hat die zentrale Kohlenverkaufsstelle in Gütersloh Herrn P. mitgeteilt, bekommt 40 000 Tonnen.

*

Die Arbeitslosen sind besonders schlimm daran. Sie erhielten jetzt die im Sommer angekündigten Kohlenscheine. Für 12 Westmark Kohle zum Selbstkostenpreis könnten sie kaufen — aber es gibt keine Kohle. An diesem Tage gerade kam die Nachricht, daß der Inlandspreis um 6 Westmark pro Tonne, d. h. um 15 Prozent, erhöht werden soll. Herr Steinhorst glaubt nicht, daß es deshalb mehr Kohle geben wird, aber er weiß schon jetzt, daß für das Wenige, was ihm zum Verteilen zugewiesen wird, der Käuferkreis sich weiter einschränkt. Außerdem befürchtet er, daß die bereits verkaufte Novemberkohle noch nachträglich mit einem Aufschlag belastet werden wird. Das war bei der vorigen Preiserhöhung schon so

*

Das zusammenfassende Ergebnis dieser Rundfahrt können wir in Düsseldorf ziehen, wo uns ein Funktionär der IG Bergbau versichert, daß die Exportbefehle der alliierten Ruhrbehörde ohne Rücksicht auf die deutschen Bedürfnisse erfolgen. Und weil die Ruhrkohle im Export die billigste der Welt ist, müssen die deutschen Verbraucher für ihren Anteil nun mehr bezahlen. Denn die Zechenherren bezahlen die Zeche natürlich nicht selbst. Von den sechs Mark Mehreinnahmen sind vier Westmark für „angemessene Abschreibungen" bestimmt.

Die neuen Kohlenpreise aber werden eine Lawine auslösen. Die Energiereferenten der Wirtschaftsministerien haben in Bonn bereits Strom- und Gaspreiserhöhungen ausgeklügelt. Auch der Stahl wird teurer, denn die Tonne Hochofenkoks kostet künftig 8 Westmark mehr. Und die Frachten der Bundesbahn steigen um 20 bis 25 Prozent. Bezahlen müssen es die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Arbeitslosen und die Rentner.

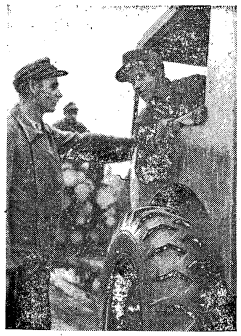
Und unablässig rollen Tag und Nacht Kohlenzüge nach Westen...

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Das müssen unsere Brüder und Schwestern im Westen wissen." Mit diesen Worten wies Bauer Lehmann auf das Ortsschild der Nationalen Front in Groß-Döbbern. „Wir werden weit größere Erfolge erzielen, wenn es uns gelingt, Deutschland die Einheit und den Frieden zu erringen."

„Du mußt auch kommen", sagt Neubauer Hilscher zu dem MAS-Traktoristen Hans Tietzmann, „wir wollen an unsere Kollegen in Westdeutschland Briefe schreiben".



„Ich karre nicht nur Mist", erklärte uns lächelnd der Neubauer August Junger. „Denn ich habe in Gesprächen mit Westdeutschen die Notwendigkeit eines engen persönlichen Kontaktes mit den Freunden von da drüben festgestellt"

Liebe Brüder und Schwestern in Lauf!

„An den Bürgermeister der Gemeinde in Lauf" heißt die Anschrift eines Briefes, den der Bauer und Gärtner Werner am vergangenen Sonnabend in Groß-Döbbern in den Briefkasten steckte. Es war kein gewöhnlicher Brief, den er damit auf die Reise in ein Dorf bei Bamberg im Westen unseres Vaterlandes schickte.

*

Dichtgedrängt sitzen an dem langen Tisch im Gasthof Lehmann zahlreiche Männer und Frauen des Dorfes Groß-Döbbern, Alteingesessene und frühere Umsiedler. Anlaß der heutigen Versammlung war ein Ereignis internationaler Tragweite.

„Die Prager Beschlüsse der Außenminister haben uns den Weg gezeigt, wie wir Deutsche auf friedlichem Wege die Einheit unseres Vaterlandes wiederherstellen können", so eröffnete als Sprecher der Nationalen Front Herr Werner die abendliche Zusammenkunft. „Diese Vorschläge müssen in Westdeutschland bekannt und durchgesprochen werden, um daraus eine Volksbewegung zur Durchführung dieser wichtigsten nationalen Forderung zu entfachen. Das ist eine große Aufgabe, zu der auch wir durch unsere Arbeit beitragen müssen. Deshalb schlage ich vor, in einen Briefwechsel mit einem Dorf in Westdeutschland zu treten. Wir alle hier wollen gemeinsam einen Brief schreiben." Sofort fand dieser Vorschlag allgemeine Zustimmung, und es gab viele, die aus ihren Erfahrungen berichteten, wie notwendig die Aufklärung der westdeutschen Brüder und Schwestern auch über die Prager Beschlüsse ist.

Der Neubauer Schönknecht, ein ehemaliger Umsiedler, unterschrieb diesen Brief besonders gern. Er hatte das Dorf Lauf bei Bamberg vorgeschlagen, weil er es von Besuchen bei seiner dort wohnenden Schwester her kennt. „So schlage ich gleich zwei Fliegen mit einer Klappe", meinte er

„Das ist nicht der erste Brief nach Westdeutschland, den ich unterzeichne. „Wir haben von der FDJ aus schon oft geschrieben", erklärte die Jugendfreundin Reinwald. „Ich bin auf die erste Antwort gespannt. Hoffentlich erhalten wir sie bald!"

Die Prager Vorschläge zeigen allen Deutschen den Weg zur Überwindung der deutschen Not, zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Überall, wo sie bekannt wurden, haben sie die Zustimmung des deutschen Volkes gefunden. Auch in Westdeutschland. Aber die westlichen Besatzungsmächte tun alles, um sie totzuschweigen. Diesen „Vorhang des Schweigens" muß man durchbrechen. Auch wir können dazu beitragen, sagten sich die Bauern in Groß-Döbbern. Was sie taten, schildert unsere Reportage. Was aber hast Du getan! Was ist in Deinem Ort, Deinem Betrieb, Deiner Straße geschehen! Was tut Dein Ortsausschuß der Nationalen Front!

Es war nicht leicht, alle Vorschläge und Hinweise unter einen Hut zu bringen. „Dieser Brief soll ja erstmal die Einleitung zu einem Gespräch bilden und die Veranlassung klarlegen", warf der Bürgermeister ein. Dann las einer den Entwurf vor:

„Liebe deutsche Schwestern und Brüder in Lauf! Wir schreiben heute an Euch einen Brief, weil wir meinen, daß Ihr genau wie wir den Frieden wollt. Am 15. Oktober haben wir ein Bekenntnis zum Frieden abgelegt und hier in Groß-Döbbern ausnahmslos für die Kandidaten der Nationalen Front gestimmt. Das bedeutet für uns die Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit unserer Regierung, an der wir alle Anteil haben, und es bedeutet den Entschluß, diese Arbeit auch in Zukunft durchzuführen und sie noch besser zu machen als zuvor." Nach einem Hinweis auf die Voraussetzung dieser Arbeit, den Frieden, kommt der Brief dann zu der Prager Außenministerkonferenz. „Wenn Ihr diese Beschlüsse studiert — und wir bitten Euch, das zu tun —, dann werdet Ihr feststellen, daß die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Regierung vorzubereiten hat, die einzige Möglichkeit bedeutet, eine Remilitarisierung Westdeutschlands zu verhindern, eine gesamtdeutsche Friedenswirtschaft zu entwickeln, endlich den Abschluß eines Friedensvertrages für ganz Deutschland zu erwirken und damit den Frieden in Europa zu erhalten . . . Mit brüderlichen Grüßen, die Bauern und Landwirte aus Groß-Döbbern, Kreis Cottbus."

Jeder war mit dieser Fassung einverstanden und setzte nun seine Unterschrift unter den Brief. Dann steckte ihn der Landwirt Werner in den Umschlag und schrieb mit großen Buchstaben darauf: „An den Bürgermeister der Gemeinde Lauf bei Bamberg." — „Wir werden noch viele solcher Briefe schreiben", sagte er zum Schluß „das ist besser und billiger." Und jeder wußte an diesem Abend, was unserem Volk sonst bedeutend teurer zu stehen kommen würde . . .

D. St.

„Ich habe auf der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Tagung in Leipzig oft beobachten können, wie falsch das Bild ist, das man sich drüben vom Leben in der Deutschen Demokratischen Republik macht", ruft der Bauer und Gärtner Werner den Männern und Frauen seines Dorfes zu. „Jeder kann daran mithelfen, daß die Menschen in Westdeutschland erfahren, wie wir hier frei von Krisen zu einem besseren Leben kommen"

Und was tut Ihr – liebe Freunde?

Neulich mußten wir auf dem Hauptbahnhof Erfurt aus dem Berliner D-Zug in den Arnstadter Zug umsteigen. Wir hatten reichlich Zeit und beschlossen, uns bei dieser Gelegenheit mal das Bahnhofs-Aufklärungslokal anzuschauen, von dem wir schon soviel gehört hatten. Doch wir wurden arg enttäuscht. Verschlossen und verriegelt. „Am 16. Oktober wurde hier zugemacht", bemerkte ein biederer Eisenbahner auf unsere Frage und meinte — den 16. Oktober, den Tag nach unseren Volkswahlen.

Hauptbahnhof Erfurt war leider kein Einzelfall. Gewiß prangte hier und da im Thüringer Städtchen noch ein Schild: „Aufklärungslokal", aber die Rolläden waren heruntergelassen, und wenn es sich um Gasthäuser handelte, so hatte der Wirt seit dem 16. Oktober keinen Aufklärer mehr gesehen. Einige wenige Ausnahmen bestätigten diese Regel.

Ein Abstecher, den ein Brandenburger Instrukteur in den Kreis Luckenwalde machte, ergab kaum ein besseres Resultat. Außerdem — im Büro des Kreisausschusses lagerten über zwei Wochen 12 000 Exemplare der Rede Wyschinskijs auf der UN-Vollversammlung, der Rede, in der die klaren und für jeden friedliebenden Menschen annehmbaren Vorschläge der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens enthalten sind. Und verlegenes Schweigen war oftmals die Antwort auf die Frage, die besagter Instrukteur den Mitarbeitern mancher Ortsausschüsse der Nationalen Front stellte: „Was tatet, ihr, liebe Freunde, um die Bevölkerung mit den Vorschlägen der Prager Außenministerkonferenz bekanntzumachen, die doch einen gangbaren Weg zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und zur Sicherung des Friedens in Europa weisen?"

Soviel ließen die Antworten erkennen: Die Bedeutung dieser Vorschläge in dieser Stunde, da Westdeutschland immer mehr zum amerikanischen Pulverfaß in Europa wird, ist bei weitem noch nicht erkannt. Daran sind auch die Leitungen der demokratischen Parteien in den betreffenden Orten und Städten nicht schuldlos.

Offenbar herrschte bei vielen von ihnen die Ansicht vor, daß die Kriegstreiber, die unser Volk in den Abgrund zerren wollen, durch den Wahlsieg vom 15. Oktober bereits endgültig k. o. seien. Gewiß, dieses Bekenntnis zum Frieden und zur Aufbaupolitik unserer Regierung hat dem Widerstand gegen Remilitarisierung in Westdeutschland einen kräftigen Auftrieb gegeben. Je mehr sich dieser Widerstand versteift, desto mehr schwimmen dem amerikanischen Generalstab die ersehnten westdeutschen Divisionen davon. Da er das weiß, wird jetzt alles mobil gemacht, um doch noch deutsche Söldner aus dem Boden zu stampfen. Das wird jedoch nicht gelingen, wenn das ganze deutsche Volk die Prager Vorschläge unterstützt: keine Remilitarisierung, Friedensvertrag, Abzug der Besatzungstruppen, Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, um sofort dementsprechende Verhandlungen mit den Siegermächten einzuleiten.

So sehr also den Mitarbeitern und Helfern der Nationalen Front, die viele Wochen lang vor den Oktoberwahlen Tag und Nacht auf den Beinen waren, Ruhe und Entspannung zu gönnen sind, so wenig läßt sich leider dieser Wunsch erfüllen. Ausschüsse der Nationalen Front, die ihren Aufklärern am 15. Oktober geraten haben, sich nun eine geraume Zeit auf die Bärenhaut zu legen, die ihre Aufklärungslokale einschlummern ließen, haben eine politische Kurzsichtigkeit sondergleichen an den Tag gelegt. Sie haben nicht begriffen, daß der Kampf um den Frieden und die Rettung unserer Nation nun erst recht in voller Wucht entbrennen wird. In diesem Kampf zu siegen, dazu bedarf es Hunderttausender Aufklärer, die sich mit der Bevölkerung vertraut machen, es bedarf einladender Aufklärungslokale mit interessanten Vorträgen in allen Wahlbezirken, die zum Mittelpunkt des nationalen Lebens werden. Haus- und Häusergemeinschaften, von tüchtigen Aufklärern ständig betreut, gilt es zu schaffen überall, bis alle Menschen ihnen angehören.

Welcher Patriot will da zurückstehen, wo es um das Leben unserer Nation geht? Welcher Ausschuß der Nationalen Front will auch nur einen Augenblick zögern, die Versäumnisse in der Aufklärung der Bevölkerung wieder aufzuholen?

Der Zwischenruf

„Warum sind Sie eigentlich gegen die Europa-Union? Das wäre doch die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens."

„Sie meinen das, was jetzt in Straßburg vor sich geht? Richtig, dagegen sind wir. Die Bemühungen um diese Europa-Union bezwecken nämlich nichts anderes als die Beherrschung Europas durch eine einzelne Macht, nämlich Amerika, und dieses Paneuropa wäre, wenn es je zustande käme, ein Sprungbrett für dieselbe Macht zur Errichtung ihrer eigenen Weltherrschaft. Greifen wir die zwei entscheidenden Punkte aus dem Komplex des Straßburger Programms heraus:

Seine wirtschaftliche Grundlage soll Paneuropa im Schuman-Plan erhalten, das heißt, in einer Vereinigung monopolkapitalistischer Unternehmen. Diese Vereinigung würde über die Grundstoffe West-Europas verfügen, vor allem über Kohle und Eisen. Herr dieser Vereinigung wäre Amerika. Es ist kein Geheimnis, daß die Väter des Gedankens, die Franzosen Schuman und Mollet, und ihr deutscher Sekundant Konrad Adenauer auf amerikanische Anregung handeln, eine Tatsache, die in amerikanischen Kommentaren offen zugegeben wird. Eine ganze Anzahl der in Frage kommenden Betriebe, vor allem der westdeutschen, stehen bereits unter amerikanischer Kontrolle, und die Finanzierung der sogenannten Montanunion könnte unter den heutigen Verhältnissen sowieso nur aus Amerika kommen. Sie wäre ein Instrument, mit dessen Hilfe Amerika dem westlichen Teil unseres Kontinents hemmungslos seinen Willen diktieren könnte, ein geradezu ideales Kolonialstatut.

Welchen Gebrauch die Amerikaner von diesem Instrument zunächst machen möchten, ist in dem berüchtigten Atlantikpakt gesagt. Man weiß in Amerika — in Korea hat man darüber eine neue Lektion bekommen —, wie schwer das Kriegführen über viele Tausende von Kilometern ist. Darum möchte man ein Rüstungsarsenal in der Nähe der Länder haben, die man anzugreifen beabsichtigt, das heißt, der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie.

Der zweite wichtige Punkt in den Paneuropa-Verhandlungen ist die Frage der Abtretung von Souveränitätsrechten einzelner Staaten an eine übergeordnete Autorität. Daß diese Autorität wieder nur eine amerikanische sein könnte, geht aus dem Gesagten hervor. Ist Ihnen noch nicht aufgefallen, daß Amerika selber noch nie davon gesprochen hat, es würde seinerseits im Rahmen irgendeiner der von ihm inspirierten oder geschaffenen Organe oder Körperschaften auch nur ein Jota seiner eigenen Souveränität aufgeben?

Nein, auf diesem Weg kommt man nicht zum Frieden. Natürlich ist die enge Zusammenarbeit aller Völker notwendig und eine unerläßliche Voraussetzung für die Erhaltung und Festigung des Friedens, aber es muß echte Zusammenarbeit sein. Sie kann nicht auf dem Wege des Verzichts auf eigene Souveränitätsrechte zugunsten anderer erfolgen. Echte Zusammenarbeit aber gibt es nur zwischen voll souveränen Völkern.

Worauf es ankommt, ist, daß kein Staat seine Macht zum Schaden eines anderen mißbraucht. Dazu ist es notwendig, daß die Staaten sich der Gruppen oder Klassen entledigen, die ein Interesse an solchem Mißbrauch haben. Das sind aber genau die Klassen und Gruppen, die den Schuman-Plan betreiben und hinter dem ganzen Paneuropa-Rummel stehen. In der Hand eines auf demokratischer Grundlage organisierten Volkes ist die Souveränität ein Instrument, vor dem sich kein anderes zu fürchten braucht. Nur freie, demokratische, souveräne Nationen, in denen das Volk regiert, die also kein Interesse an der Ausbeutung anderer Völker haben, können gleichberechtigt zusammenarbeiten und eine mächtige Kraft des Friedens sein. Vereinigungen imperialistischer Räuberstaaten dagegen haben stets Eroberungsziele.

Es zeugt von großer politischer Naivität, wenn Amerika sich einbildet, daß die Völker Westeuropas mit ihrer viele Jahrhunderte alten Tradition nationaler Selbständigkeit auf die Dauer das dulden würden, wovon die Kolonialvölker Ostasiens sich unter ungeheuren Opfern teils schon bereits befreit haben, teils zu befreien im Begriffe sind."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ein Land erobert sich selbst

Unter den Viehhirten in der Kara-Kum-Wüste, östlich des Kaspischen Meeres, die mit ihren Herden das spärliche Grün der zumeist ausgetrockneten Wüstenflüsse auszunutzen trachten, haben sich alte Lieder erhalten, in denen ein glückliches Land mit kristallklaren Flüssen, blühenden Gärten und schönen Palästen besungen wird. Ausgrabungen haben bestätigt, daß dieses Wüstengebiet tatsächlich eine solche glückliche Zeit schon einmal erlebt hat. Die steinernen Zeugen finden sich noch an vielen Stellen. Geologische Untersuchungen haben aber auch erwiesen, daß sich der Amu-Darja, dessen Wasser in den Aral-See abströmen, früher in zwei Arme teilte, dessen einer durch die Kara-Kum-Wüste in das Kaspische Meer floß. In diesem Stromgebiet gab es einst jene blühende Kultur. Später haben Veränderungen der Erdrinde dem Wasser seinen Abfluß nach Süden versperrt, Wälder und Felder verschwinden und das Land zur Wüste werden lassen. Heftige Stürme, denen kein Wald Einhalt gebot, haben das Werk dann vollendet.

Der längste Kanal

Durch den Beschluß der Sowjetregierung vom 12. September 1950 „Über den Bau des turkmenischen Hauptkanals vom Amu-Darja bis Krasnowodsk" wird ein Unternehmen in Angriff genommen, das in der Geschichte seinesgleichen nicht kennt.

Es genügen wenige Daten, um dieses Projekt zu kennzeichnen: Die mächtigen Wasser des Amu-Darja werden von Tachia-Tasch südlich des Aral-Sees in südwestlicher Richtung entlang dem alten Flußbett Usboj durch die Kara-Kum in die wasserlosen Gebiete West-Turkmeniens geleitet. Der sogenannte „Hauptkanal" wird eine Länge von 1100 Kilometer erhalten. Der Suezkanal ist bekanntlich nur 160 Kilometer lang. Mehrere Schleusenanlagen sind erforderlich, um das bergige Gelände zu überwinden. Das führt dazu, daß an drei Stellen gewaltige Staudämme und Wasserkraftwerke angelegt werden, von denen jedes mehr als 100 000 Kilowatt liefern wird.

Verbindung nach Mittelasien

Zur Erschließung des kaspischen Flachlandes wird ein Netz von Bewässerungs- und Zuleitungskanälen in einer Gesamtlänge von 1200 Kilometern angelegt. Die Wassermenge gestattet es, für diese Zwecke und für die industrielle Versorgung der dort neu entstehenden Anlagen in einer Sekunde bis zu 600 Kubikmeter Wasser zu entnehmen.

Da der Hauptkanal in seiner ganzen Länge schiffbar sein wird, ist damit endlich die Verbindung zwischen dem Kaspi-See und seinem Flußsystem — der Wolga — und den östlichen Gebieten bis zur afghanischen Grenze, oder anders ausgedrückt: zwischen dem europäischen Teil der Sowjetunion und Mittelasien hergestellt. Und das ist auch nötig, um alle die Erzeugnisse, die in Zukunft hier gewonnen werden, abtransportieren zu können.

In erster Linie handelt es sich hier um landwirtschaftliche Erzeugnisse. Rund 1,3 Millionen Hektar Brachland werden erschlossen und einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt. Die Hauptkultur wird Baumwolle, weil das Gebiet hierzu klimatisch besonders geeignet ist. Aber auch subtropische Obstkulturen werden angelegt, wie Zitronen, Apfelsinen, Granatäpfel, Feigen, Aprikosen, Pfirsiche und Maulbeerbäume für die Seidenraupenzucht. Allein die Baumwollanbaufläche wird bei voller Entwicklung einseinhalbmal so groß sein wie die von Argentinien, Mexiko und Iran zusammen und kann bei einer Ernte von 42 Doppelzentnern je Hektar rund 1,5 Milliarden Kilogramm Rohbaumwolle ergeben.

Außer den schon genannten 1,3 Millionen Hektar Ackerfläche werden durch die Bewässerung weitere sieben Millionen Hektar Weideland gewonnen, worauf vor allem Karakulschaf- und Pferdezucht betrieben werden sollen.

Das turkmenische Wüstengebiet ist heute eine baumlose Fläche, über die die Staubstürme hinwegbrausen und heftige Flugsandverwehungen verursachen. Das wird sich aber grundlegend ändern, sobald der Hauptkanal mit seinen Verzweigungen fertiggestellt ist. Denn auf rund 500 000 Hektar werden entlang den Kanälen in einer Breite von zwei bis drei Kilometern Schutzwälder angelegt. Sie werden zunächst künstlich bewässert und können bereits nach 15 Jahren zu „Barrieren gegen den Sturm" werden. In ihrem Schutz gedeihen dann die übrigen Kulturen, die eine höhere Luftfeuchtigkeit brauchen.

Der „Grabenzieher" arbeitet

Für das Bewässerungssystem haben die Sowjetwissenschaftler übrigens eine völlig neue Methode ersonnen, die bereits an anderen Stellen mit bestem Erfolg angewandt wurde. Bisher hat man die Gräben netzartig über das gesamte zu bewässernde Gebiet verteilt und nur die Ländereien dazwischen genutzt. Dadurch gingen aber mindestens 10 Prozent des Bodens verloren; außerdem waren keine Großmaschinen zu verwenden, und von den Grabenkanten aus setzte auch immer eine erhebliche Verunkrautung ein. Heute werden die letzten Zuführungsgräben mit einer großen Maschine, dem „Grabenzieher" gezogen und, nachdem das Land durchtränkt ist, wieder mit der gleichen Maschine eingeebnet. Jetzt kann das ganze Land zwischen den Hauptkanälen bebaut werden.

Erdsauger in der Kara-Kum

Wer nun etwa denkt, bei diesem Kara-Kum-Projekt handelt es sich nur um schöne Zukunftsmusik, der irrt gewaltig. Denn der Plan ist bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet worden und soll, was die reinen Bauanlagen betrifft, bereits 1957 vollendet sein. Der sozialistische Staat hat nicht nur die Kraft, einen solchen großzügigen Plan zu entwerfen, sondern auch die Mittel, ihn durchzuführen. Wir denken dabei zunächst an die technischen Ausrüstungen. Sind doch allein beim Bau des Turkmenischen Hauptkanals 250 Millionen Kubikmeter Erde zu bewegen. Dafür haben die sowjetischen Ingenieure Bagger konstruiert, die in der Stunde bis zu 400 Kubikmeter Erde ausheben können. Mittels neuer „Erdsauger" ist es sogar möglich, bis zu 1000 Kubikmeter je Stunde abzutragen.

Die Sowjetunion betritt mit der Bewässerung der Kara-Kum-Wüste im übrigen kein Neuland, sondern kann hier bereits ihre reichen Erfahrungen aus anderen Gebieten verwenden. Dieses Land hat sich nämlich nicht nur dieses eine Projekt vorgenommen, sondern arbeitet bereits an einigen anderen, die nicht weniger großartig sind. Denken wir nur an die Umleitung der in das nördliche Eismeer abströmenden Flüsse Ob und Jenissei, denen der Weg durch das Turgai-Tor nach Süden in den Aral-See eröffnet wird, an die bereits begonnene Anlage von Stauwerken und Bewässerungssystemen bei Kuibyschew an der Wolga und bei Kachowska am Dnjepr, an den Südukraine- und Krim-Kanal und an die umfangreichen Waldschutzstreifen in der Ukraine. Durch alle diese Projekte wird erreicht, daß ungeheure Gebiete, die heute nutzlos daliegen, der menschlichen Besiedlung erschlossen und der Verbesserung der Lebenshaltung dienen werden. Außerdem werden die neuen Wasserstraßen die Transportwege verkürzen und Wasserwerke, Industrie und Landwirtschaft mit Strom versorgen. Durch alle diese Maßnahmen wird die Unsinnigkeit der Behauptung, daß die Erde die auf ihr lebenden Menschen nicht ernähren könne, schlagend bewiesen.

Nichts Gleichartiges

Kein Land der Erde hat diesen Projekten etwas Gleichartiges und Gleichwertiges an die Seite zu stellen. In den Vereinigten Staaten z. B. macht sich eine geradezu entgegengesetzte Entwicklung bemerkbar. Von 1908 bis 1938 sind durch einseitige Ausbeutung dieses Landes rund 40 Prozent der Waldflächen vernichtet worden. Das hatte eine zunehmende Verstoppung des Landes mit ihren entsetzlichen Staubstürmen zur Folge.

Das grandiose Werk, das sich die Sowjetunion vorgenommen hat, kann nur ein Land planen, das unbedingt den Frieden will und auch den Frieden braucht, um solche Projekte zu verwirklichen. Neben den hierfür erforderlichen Ausgaben wäre es gänzlich unmöglich, so wie es in Amerika geschieht, rund drei Viertel des Staatsbudgets für militärische Zwecke zu verwenden. Das Sowjetvolk gibt durch diese Bauvorhaben der Welt den sinnfälligsten Beweis dafür, daß es sich nur mit friedlichen Plänen trägt und daß es im Frieden Provinzen von der Größe Europas zu erobern versteht. Zugleich zeigt uns die Sowjet-Union, daß wir den Kampf gegen die Kräfte der Natur erfolgreich aufnehmen können, daß wir die Bodenaustrocknungen und Versteppungen nicht wie eine „Plage des Himmels" hinzunehmen brauchen.

To.

Stimme des VOLKES

Wir dürfen ihn nicht überhören

Eben habe ich den Artikel „Drei sprechen für Millionen" in Ihrer Zeitung gelesen, und ich muß dazu etwas sagen:

Ich erinnere mich noch sehr gut an die Zeit vor 1933, als dieser Hellmuth von Mücke durch ganz Deutschland gefahren und in großen Versammlungen offen gegen Hitler aufgetreten ist. Er hat damals genau das vorausgesehen, was dann im „tausendjährigen Reich" eingetroffen ist. Diese Bemühungen, das deutsche Volk vor einer entsetzlichen Katastrophe zu bewahren, wurden ihm von den Nazis sehr verübelt, und er mußte ins KZ. Nachher wurde es still um diesen Mann.

Jetzt, nach vielen Jahren, tritt er wieder auf. Wenn dieser Mann uns heute wieder etwas zu sagen hat, so ist das ein sicheres Zeichen dafür, daß Gefahr für das deutsche Volk im Verzuge ist. Er tritt jetzt auf und warnt vor der Remilitarisierung in Westdeutschland. Er warnt vor einem Kriege, der sich daran anschließen müßte und nichts von den Idealen übrig ließe, die die Welt heute hat. Er ruft die Menschen auf, zu erkennen, daß einige gewissenlose Figuren dabei sind, Deutschland und die ganze Welt in Brand zu stecken.

Das deutsche Volk darf dieses Mal den Warnruf nicht überhören. Es muß mit aller Macht die Remilitarisierung in Westdeutschland bekämpfen und alle seine Kräfte für die Erhaltung des Friedens einsetzen, und das gilt besonders für die Bevölkerung in Westdeutschland. Wir sind nicht gewillt, noch einmal einen Krieg über uns ergehen zu lassen, und wir wollen nicht noch einmal junge blühende Menschenleben den Geschäftsinteressen einiger Kapitalisten opfern. Wir schließen uns Hellmuth von Mücke an und sagen den Kriegstreibern ein lautes und klares „Nie wieder".

Otto Schulz, Buchholz, Gravenstein

Sie sollen uns nur fragen

Ich habe mit Politik nicht viel im Sinn. Wenn es aber um die Frage der deutschen Einheit geht, dann spreche auch ich deutlich aus, was alle denken. Wir haben nun auch nach fünf Jahren endlich ein Anrecht auf ein einheitliches Deutschland und auf einen Friedensvertrag. Und darüber las ich einen sehr aufschlußreichen Artikel in Ihrer Zeitung. Ich meine die Konferenz in Prag. Das sind doch wenigstens Vorschläge, wie wir Deutschland wieder einigen können.

Sollen uns die Adenauer und Konsorten doch einmal danach fragen, wir werden ihnen schon zu verstehen geben, daß wir ihre Schwatzerei nicht mehr für voll nehmen, sondern jetzt endlich verlangen, daß sie durch die Tat beweisen, ob sie die wahren Interessen des deutschen Volkes vertreten. Wenn wir uns in Westdeutschland nur nicht immer selbst Sand in die Augen streuen wollten, wenn wir doch endlich einmal anfangen würden, weiter zu denken als bis in die eigene Tasche. Ohne die deutsche Einheit werden wir auch niemals wieder zu einer wirtschaftlichen Blüte kommen.

Ich sehe es bei mir täglich im Geschäft. Wer kann denn noch einen Anzug oder ein Kleid kaufen? Die wenigsten haben das Geld für die dringendsten Anschaffungen. Könnten wir aber Handel 'n ganz Deutschland treiben, sähe alles schon anders aus.

Arnold S., Uelzen

Der einzig mögliche Weg

Ich bin Mitglied der CDU und habe mich ganz besonders darüber gefreut, daß der Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes von den sozialistischen Parteien entfacht und von allen Parteien geführt wird. Daher sehe ich im Programm der Nationalen Front die Verwirklichung meines eigenen persönlichen Ideals.

Die Prager Beschlüsse begrüße ich besonders darum, weil sie den einzig möglichen Weg zur Erreichung eines Friedensvertrages und der Einheit unseres Vaterlandes bieten. Jede Gelegenheit nutze ich aus, um diese meine Gedanken auch meinen Freunden und Bekannten im Westen mitzuteilen und die irrigen Vorstellungen über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu widerlegen. Die klare Haltung des Kirchenpräsidenten Niemöller begrüße ich auf das herzlichste. Ich rufe alle Christen auf, nicht nur für den Frieden zu beten, sondern für die Erhaltung des Friedens einzutreten und die Arbeit der Friedenskomitees tatkräftig zu unterstützen.

Otto Gruhl, Burg Stargard, Kirchenoberkonsistorialrat i. R.

Ein grausiger Gedanke

Ich habe für einen Krieg keine, aber auch gar keine Sympathien. Es ist doch ein grausiger Gedanke, daß wir uns gegenseitig die Schädel einschlagen müßten. Ganz gleich welcher Partei wir angehören, darf es nie dazu kommen, daß die Partei uns vergessen läßt, daß wir Deutsche sind und uns friedlich auseinanderzusetzen haben. Wir müssen erkennen, daß wir ein Volk sind und nicht Ost und West.

W. G., Hamburg

Das Wesentliche erkennen

Was mir an „Deutschlands Stimme" so gut gefällt, ist, daß sie alle Ereignisse immer im Zusammenhang bringt und dabei die Hintergründe aufdeckt. Als Leser einer Tageszeitung merkt man durch „Deutschlands Stimme" erst, was das Wesentliche in der vergangenen Woche war, und man lernt diese Vorgänge von höherer Warte aus betrachten.

Hans Frank, Grünau.

Gegen den Krieg

Die jungen Leute, die den zweiten Weltkrieg mitgemacht haben, interessieren sich immer mehr für die Erhaltung des Friedens, je offensichtlicher die Kriegsvorbereitungen zutage treten.

L. O., Regensburg

Mein Jünter war verhaftet

Also wat soll ick Ihnen sagen. Det is'n Ding aus 'n Tollhaus, un mein Nefte Jünter, der bei uns uff Besuch is, spielt dabei de Hauptrolle. Hamse doch bei uns in de Straße üba Nacht sämtliche Jriffe un Klinken von de Haustüren jeklaut. Die Halunken waren jrade dabei, een' Jartenzaun anzusejen, als mein Jünter um de Ecke biecht un dabei unjlücklicherweise een' Volkspolezisten in de Arme rennt. Wat soll ick Ihnen ville erzählen, die Halunken türmen, un der Volkspolezist nimmt die Säge, die se liejenjelassen haben, und unsern Jünter mit.

Am andern Morjen hamse'n natürlich jleich wieda freijelassen, nachdem se merkten, dett er mit die Sache janischt zu tun hatte.

„Weeßte, Onkel?", sagt er nachher zu mir, „wenn ick daran denke, dett ick um een Haar für'n paar Jahre int KZ jewandert wäre, nee!" Un er schüttelte sich wie eena, den se'n Hering mit Schmierseefe paniert ham.

„Nu hör mal zu", sage ick, „erstens jibt et bei uns keen KZ, wo de hättst rinkommen könn'. Wenn de wat vabrochen hätt'st, wärste vort Jericht gewandert, un die hätten Dir 'ne Irischjewaschene Zelle vamietet. Wenn de aber die Arbeitslager for de jefährlichen alten Nazis meenst, die sind seit eenen Jahr uffjelöst un ham vorher mit 'n KZ so ville Ähnlichkeit jehabt wie Dein Kopp mit 'ne Ziehharmonika. Det hat selbst Bischof Dibelius testjestellt, der uns nich jrade sehr liebt."

„Aber Onkel", sagt er, „bei Euch sind se doch imma so schnell bei de Hand mit'n Zuchthaus, kiek mal die hohen Urteile jejen die Buntmetalldiebe un so."

„Du", sage ick, „findste det etwa in Ordnung, wat die Banditen da heite nacht jemacht ham?"

„Natierlich nich", sagt er.

„Na siehste, un dett se det Zeuch nich nach Westberlin vaschieben, um Aschbecher draus zu drehen, det kannste Dir doch denken. Wenn sich hier eena lindt, obwohl er jetz jenuch jewarnt is, der uns det for unsern Uffbau notwendije Buntmetall klaut, damit die drüben wieder Sprengringe für Jranaten draus machen könn', den könn' se von mir aus uffhängen!"

„Ubrijens, uffhängen!" sagt er da. „Wat sagste'n dazu, dett se bei Euch imi Mann zum Tode durch Erschießen verurteilt ham, weil se für'n Amerikaner Spionage jetrieben ham? Jleich

zu Tode, is det nich'n bißken hart?"

„Sieh mal", sage ick, „ det is nämlich so: die Fünfe ham spioniert for de Amerikaner. Hier bei uns. Nu trage ick Dir, wat jibt et hier zu spionieren? Bei uns wird jearbeet, un zwar für'n Frieden. Aber nu hat mittaweile sojar mein Nachbar sein kleena Junge jemerkt, dett soo'n paar lausige Amerikaner fern eenen Krieg ham wollen, weil se dadran wieda schön vadienen können. Un nevor man'n Kriech anfängt, kiekt man sich erst mal bein Jejner um. Un der Jejner, det sind alle die, die'n Frieden wollen, also ooch wir hier."

„Na, ja", sagt er, „schließlich kommt et bei uns drüben ooch vor, dett eena, der sich'n messerstechenden Ami mit de Faust von' Leibe hält, wejen „Anjriff uff de Militärrejierung" den Kopp vallert un nich wiedafinden kann."

„Siehste", sage ick, „aber die Spione, die se hier vaurteilt ham, wat ham die jemacht? Die sollen den Amis Jeneralstab uff de Karte zeijen, dett die un die Brücken, Bahnhöfe, Tunnels, Lok-Depots un wat wees ick noch, besonders wichtich sind und dett sofort der janze Verkehr zum Stehen kommt, wenn se da Bomben druffknallen. Oder dett et besonders große Überschwemmungen jibt, wenn se den un den Staudamm kaputtmachen usw. usw. Wenn die verrückten Amerikaner det nu alles bei uns ausbaldowert ham, denn bilden se sich vielleicht in, dett se 'n Kriech riskieren könnten. Wenn se aber nischt wissen, denn halten se schon eher de Finger wech. Die Brieder, die hier bei uns allet ausschnüffeln, wolln also bloß für unse Totenjräber noch de Schippe liefern. Un det lassen wir uns nich jefallen. Wir wolln ja schließlich ooch noch 'n bißken det Leben jenießen. Findste det nich ooch vanünftijer, Jünter, dett fünf soone Jauner von diese Welt vaduften, als dett nachher wejen die ihre Spionage 500 000 von de Ratten jefressen wer'n?"

„Von die Seite habe ick mir det noch nich bekiekt", murmelt Jünter un läßt den Kopp hängen.

„Na, un wenn de Westpresse sich beschwert, dett bei den Prozeß keen zivilet Publikum dabei war, denn will ick Dir mal wat sagen! Soll det Jericht vielleicht irgend so'n Spion, der noch frei rumlooft, un als zivilet Publikum uffitritt, noch een Tipp jeben, wie er dett besser machen muß, damit er nich erwischt wird? Abjesehen davon, haste vielleicht schon mal erlebt, Jünter, dett een britischet Militärjericht bei soone dicke Sachen uff 'n Marchtplatz tagt?"

„Unrecht haste nich, Onkel Oskar", sagt Jünter un jähnt. „Aber jetzt hau ick mir in de Falle."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Junge Bauherren am neuen Deutschland

Sonnabendnachmittag in Berlin. Wochenende. Betriebe und Büros haben bereits Feierabend, auf den Straßen herrscht reges Leben. Arbeiter und Angestellte befinden sich auf dem Heimweg, und die Hausfrauen tätigen die letzten Einkäufe für den Sonntag.

Ein Bild, das sich jede Woche wiederholt. Und doch unterscheidet sich dieses letzte November-Wochenende von allen anderen: Oft bleiben die Straßenpassanten stehen und blicken den schwergebauten Reiseomnibussen nach, die knatternd über den Asphalt rollen. Liederfetzen fliegen vorbei. „... Freie Deutsche Jugend, bau' auf", „... uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut ...", „Das neue Leben muß anders werden ..." Lachen dringt aus dem Innern der Wagen.

Alle Omnibusse sind geschmückt. Kleine Wimpel flattern an den Stoßstangen, Spruchbänder hängen an den Seiten der Autos.

Die Delegierten der 1. Gesamtdeutschen Funktionärkonferenz der Freien Deutschen Jugend kommen!

Sonntagmorgen eilen die Mädchen und Jungen zur Werner-Seelenbinder-Halle, dorthin, wo sie sich schon einmal versammelt hatten. Das war zu Pfingsten, zum Kongreß der jungen Kämpfer für den Frieden. Heute nun wollen hier 8000 Funktionäre der FDJ, darunter 2000 aus dem Westen unserer Heimat, gemeinsam über ihre künftige Arbeit beraten.

Bis der Plan anläuft ...

Es tritt Stille ein. Erich Honecker, der Vorsitzende der FDJ, eröffnet die Tagung. Er begrüßt den Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, der als Schöpfer des Fünfjahrplanes berufen ist, der Jugend zu sagen, was von ihr in diesem großen Aufbauplan erwartet wird.

Als die wichtigste Vorbereitung für den großen Plan des Kampfes um den Frieden, die demokratische Einheit und die Unabhängigkeit Deutschlands bezeichnet Walter Ulbricht die Entwicklung neuer Arbeitsmethoden unserer Aktivisten und die Leistungen der Aktivistenbrigaden — Leistungen, die die Grundlage für eine bessere Organisation der Arbeit sind und in den volkseigenen Betrieben die größten Ersparnisse an Zeit, Material und Geld ermöglichen. Vier Aufgaben sind bis zum Anlaufen des Fünfjahrplans zu bewältigen; Sobald der Plan für das Jahr 1951 durch die Volkskammer angenommen ist, soll ab 1. Januar 1951 für jeden volkseigenen Betrieb ein Betriebsplan ausgearbeitet werden. Aktivistenorgane sollen gebildet und Aktivistenpläne zur Steigerung der Arbeitsproduktivität aufgestellt werden. Wir wollen, erläutert Walter Ulbricht dazu, die höchsten Produktionsergebnisse mit dem geringsten Einsatz an Zeit, Kraft und Material erreichen. In den Großbetrieben ist ein Plan für den Ausbau des Betriebes im Laufe der nächsten fünf Jahre fertigzustellen. Die Aufgaben der Gewerkschaften werden in kollektiven Tarifverträgen für jeden volkseigenen Betrieb festgelegt. Der Kollektivvertrag wird die Produktionsaufgaben, die Bemessung der Löhne, die Regelung der Arbeitszeit, des Gesundheitsschutzes, der Verbesserung der kulturellen Einrichtungen und anderes enthalten.

Um den Plan erfüllen zu können, so betont der Generalsekretär der SED mit Nachdruck, werden qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht. Qualifizierte Arbeiter aber gehen nur aus einer guten Schule hervor. „Wir sehen unsere Aufgabe darin, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Lehrlinge Meister ihres Fachs werden, damit den jugendlichen ungelernten oder angelernten Arbeitern geholfen wird, Fachwissen zu erwerben. Die Entfaltung des Wettbewerbs und das systematische Fachstudium — das sind die zwei Hauptaufgaben der Jugend."

Im kommenden Jahr verlassen 390 000 Mädchen und Jungen die Schulen. Davon werden 265 000 in Lehrstellen vermittelt, 80 000 in anderen Arbeitsstellen untergebracht und etwa 45 000 als Arbeitsreserve und für die neuen Großbetriebe und andere wichtige Betriebe ausgebildet.

Das systematische Fachstudium setzt natürlich qualifizierte Ausbilder voraus. Um die Ausbilder besser zu qualifizieren, schlägt Walter Ulbricht der Konferenz vor, die Berufschullehrer und Ausbilder für die einzelnen Fachgebiete in Wochenendkursen und Seminaren zusammenzufassen. In diesen Kursen sollen die Ausbilder mit den neuesten Errungenschaften der Technik und der Arbeitsorganisation vertraut gemacht werden. Als dringend notwendig bezeichnet Walter Ulbricht die verstärkte Herausgabe von Fachliteratur für die Lehrlingsausbildung. Er kritisiert, daß die Lehrausbildung in den volkseigenen Betrieben bisher zweigleisig verlief: Berufsschule und Lehrausbildung müssen künftig eine Einheit bilden.

Auf dem Lande sollen bei den MAS und den volkseigenen Gütern naturwissenschaftliche Zirkel gebildet werden. Mit großem Beifall begrüßen die 8000 Delegierten die Anregung, in allen Dörfern Klubs junger Agronomen einzurichten und Felder des höchsten Ertrages zu schaffen.

Walter Ulbricht beschäftigt sich eingehend mit der Verbesserung des Hochschulwesens. Um auch hier entscheidende Änderungen zu erreichen, ist es notwendig, den hemmenden Bürokratismus einiger verantwortlicher Mitarbeiter in den Verwaltungen energisch zu bekämpfen. Nach Abschluß ihres Studiums sollen die besten Studenten in die Aspirantur aufgenommen werden. So wird der Mangel an Dozenten behoben. Den FDJ-Hochschulgruppen zuführen, bricht ein Sturm der Begeisterung los.

Um ein neues Deutschland zu erbauen, betont der Redner, genüge es jedoch nicht, sich technische oder andere Erfahrungen aus dem alten kapitalistischen Deutschland anzueignen. Jeder Jugendliche, der bewußt an der Gestaltung einer neuen fortschrittlichen Ordnung und an der Gestaltung einer glücklichen Zukunft unseres Volkes mitarbeiten will, muß sich mit den Erfahrungen des Sowjetvolkes vertraut machen. Die FDJ ist die Jugend des Fortschritts. Deshalb müssen die Mitglieder der FDJ die fortschrittlichsten Wissenschaften beherrschen lernen.

Eine eindrucksvolle Zahl

Der Vorsitzende der FDJ, Erich Honecker, gibt in seinem Rechenschaftsbericht über das Friedensaufgebot der deutschen Jugend bekannt, daß die Mitglieder der FDJ insgesamt 8 609 773 Unterschriften für den Appell zur Ächtung der Atombombe gesammelt haben. „Zur Ehre von Millionen Mitgliedern und Funktionären unserer Freien Deutschen Jugend und unserer Jungen Pioniere können wir heute feststellen, daß unser Verband alle Anstrengungen macht, um das Vertrauen, das der Führer des weltumspannenden Friedenslagers, Generalissimus Stalin, in sie setzt, zu rechtfertigen. Die von Millionen jungen Deutschen erhobene Forderung: „Korea den Koreanern, Deutschland den Deutschen — Ami, go home" ist der Ausdruck dafür, daß sich die deutsche Jugend immer enger um das Banner des Friedens schart und bereit ist, die Sache des Friedens gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zu verteidigen.

Gelöbnis der Achttausend

Spannung herrscht im Saal, als Erich Honecker dann die besten Landesverbände für hervorragende Erfolge im Friedensaufgebot auszeichnet.

Die Funktionärkonferenz der FDJ grüßt den Vorsitzenden des Ministerrats der Sowjetunion, Generalissimus Stalin, mit diesem Gelöbnis: „Wir versprechen Ihnen, teurer Josef Wissarionowitsch Stalin, daß wir keine Mühe scheuen werden, um hartnäckig und unermüdlich zu lernen, damit wir noch entschlossener für die Sache des Friedens und der Demokratie kämpfen können."

Noch entschlossener für den Frieden und die Demokratie zu kämpfen — das war der Wille, der die 8000 Besten der deutschen Jugend auf ihrer ersten Gesamtdeutschen Funktionärkonferenz einte.

Wissenschaft und Technik meistern

Unter dem Motto „Entfaltet den Feldzug der Jugend für Wissenschaft und Kultur!" — steht die Entschließung der 1. gesamtdeutschen Funktionär-Konferenz der Freien Deutschen Jugend. Denn die Aufgaben, die der Fünfjahrplan der Jugend zuweist, können nur gelöst werden, wenn sie Wissenschaft und Technik meistert. Lernen, lernen, studieren —, das erwarten und fordern unsere Friedensregierung und unser ganzes Volk von der jungen Generation. Lernen im Schuljahr der Freien Deutschen Jugend, lernen in allen Bildungsstätten unserer Republik.

Der Zentralrat der Freien Deutschen Jugend wird die wissensdurstige Jugend bei ihrem Lernefer unterstützen, indem er eine populär-wissenschaftliche Zeitung zum Studium der Naturwissenschaften herausgibt. Zeitnah und gesellschaftspolitisch sollen auch die Bücherein und Museen ausgestaltet werden. Darum ersucht die Jugend unsere Regierung.

Tatkräftig will der Verband der Freien Deutschen Jugend den jungen Lehrern helfen. Sie müssen so gründlich und vielseitig ausgebildet werden, daß sie in der Lage sind, wissenschaftlich einwandfrei zu unterrichten. Vom Volksbildungs-Ministerium erwartet die Jugend, daß System in die Lehrer-Ausbildung kommt, und daß die Lehrer materiell besser gestellt werden.

In kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Kulturschaffenden will die Freie Deutsche Jugend in großem Umfange Chöre, Tanz- und Spielgruppen, Orchester, Maler-Kollektivs und Literatur-Zirkel ins Leben rufen. Die Jugend meldet es als ihr Recht an, auf die Theaterpläne Einfluß zu nehmen. Überall sollen Trainings-Gemeinschaften entstehen, in denen die werktätige Jugend das Sportleistungs-Abzeichen „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens" erwerben kann.

Die Leitungen der Freien Deutschen Jugend, so betont die Entschließung, haben dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder dieses Millionenverbandes der deutschen Jugend überall Partei ergreifen für die Sache der Festigung und Verteidigung der demokratischen Errungenschaften.

„Der Revisor" / *Zur Aufführung im Deutschen Theater*

Eine typische, abgelegene russische Kleinstadt mit ihren verschrobenen Beamten und muffigen Amtsstuben, mit ihren winzigen Spießertyrannen und dem Elend der Massen, das ab und zu unmißverständlich zum Fenster hereinschaut. Das ist das Milieu der Gogolschen Komödie. Das Gerücht geht um, ein hoher Beamter aus Petersburg, ein Revisor, komme zur Inspektion. Der ganze Sumpf an Korruption, Ungerechtigkeit, Intrigen gerät ob des drohenden Unheils in Aufruhr. Ein nichtsnutziges Aristokratensöhnchen, das auf mehr schlechte als rechte Weise seine sinnlosen Tage verbringt und im Ort auf der Durchreise weilt, wird von den erschreckten Potentaten für den geheimnisvollen Revisor gehalten und, ob er es will oder nicht, in ein einträgliches Hochstapierabenteuer gedrängt. Die in ihrer schmarotzenden Existenz bedrohten Bürokraten stopfen dem vermeintlichen Inspekteur an Schmier- und Bestechungsgeldern zu, was sie nur können. Nachdem er noch, geschwellt von dem überraschend hereingebrochenen Glanz, sowohl der Frau als auch der Tochter des Stadthauptmannes einen Heiratsantrag gemacht hat, verschwindet der Eintagsrevisor mit prallen Taschen auf Nimmerwiedersehen, die ernüchterten Betrogenen wie begossene Pudel zurücklassend.

Ein Lustspiel und zugleich eine Anklage gegen eine ebenso grausame wie korrupte Gesellschaft. In diesem Geist hat auch Nationalpreisträger Wolfgang Langhoff die Aufführung im Deutschen Theater inszeniert. Er gab keine übersteigerten Typen, sondern mit Witz gezeichnete Menschen, wie sie aus ihrer Zeit und ihrer Klasse heraus verständlich sind. Willy Kleinau, Friedrich Maurer, Arthur Schröder, Artur Malkowsky, Werner Peter, Erich Gühne, Martin Rosen machten das Publikum lachen, ohne den Sinn der Komödie vergessen zu lassen. Die Tochter des Stadthauptmanns, ein zwischen Begierde und Konvention gezerrtes Gesellschaftsprodukt, wurde von Margret Homeyer recht gut gespielt, während seine Frau mit Antje Ruge unglücklich besetzt war.

Den Akzent des Abends gab Curt Bois als Revisor. Das Wiedersehen mit ihm bot einen Hochgenuß artistisch-komödiantischer Schauspielkunst. Sein exzentrisches Auftreten gab jedoch der sonst so realistischen Aufführung ein falsches Übergewicht.

Im ganzen war es eine glanzvolle Premiere, zu der Kilgers Ausstattung und Baumanns Zwischenmusik das Ihre beitrugen. Es wird von Herzen gelacht und außerdem noch manches mehr mitgenommen, was uns die Augen für die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schärfen hilft. *Sabine Rühle*

DAS NEUE BUCH

Guy de Maupassant: Fettklößchen. (83 Seiten.) **Henry Murger: Bohème.** (267 Seiten.) Verlag von Philip Reclam, Leipzig.

Der Verlag Reclam setzt mit diesen beiden Veröffentlichungen die Reihe seiner Neuauflagen französischer Literatur fort, in der vor kurzem bereits Balzac, Flaubert, Voltaire und Zola erschienen sind. Mit großem Vergnügen lesen wir die mit reizvollen Illustrationen Max Schwimmers versehene heiter-tragische Erzählung Maupassants von der patriotisch gesinnten Dirne, die sich zu einem Schäferstündchen mit dem verhaßten preußischen Offizier bereitfinden muß, um die Weiterfahrt einer auf der Flucht befindlichen Gesellschaft von Bürgern, der sie sich angeschlossen hat, nicht zu gefährden — und die von eben diesen Bürgern später nur schnöden Undank erntet, ja, für ihren Opfermut mit Verachtung gestraft wird. — Murgers „Bohème", das zu den Meisterwerken der französischen Erzählungskunst des 19. Jahrhunderts gehört und dessen Hauptfiguren Mimi, Musette und Rudolf durch die Musik von Puccini auf den Opernbühnen der ganzen Welt inzwischen unsterblich geworden sind, mutet uns heute an wie eine Erzählung aus einer anderen Welt. Die Armut, die in dieser Welt herrscht, der stete Kampf um das tägliche Stückchen Brot werden hier allerdings nur am Rande vermerkt. Der Akzent dieser 1851 zum erstenmal erschienenen „Scènes de la vie de Bohème" liegt auf der Heiterkeit, dem unerschütterlichen Optimismus, der großzügigen Grandezza, mit der die jugendlichen Hauptfiguren mit den Unbilden des Lebens fertig werden. Trotzdem vermittelt das Werk dem aufmerksamen Leser eine Kenntnis der Lebensprobleme der Künstler in der Epoche des Bürgertums, die Murger, der selbst der Bohème angehörte, aus eigenem Erlebnis gestalten konnte. So wurde sein Buch heute ein historisches Dokument. —ing.

Max Zimmering: Und finden nicht den Tag. Sachsen-Verlag, Dresden.

Aus den Gedichten Max Zimmerings klingt die Not der Jahre wieder, die hinter uns liegen, und der Kampf unserer jetzigen Zeit. Man erkennt deutlich sein ehrliches Bemühen, sich mit den Problemen unserer Tage auseinanderzusetzen. Leider ist seine dichterische Sprache zuweilen etwas undisponiert und gezwungen. Man hat bei einigen Gedichten den Eindruck, als ob die Worte nicht aus der Überfülle der Gedanken und Empfindungen hervorquellen, sondern etwas mühsam heraufgeholt sind. Andere Verse sind dagegen stark und packend. Zimmerings stärkste Seite ist wohl die gegenwartsbezogene Ballade. Wenn er im Stil einer Moritat zum Beispiel die Liebesgeschichte eines weißen Mädchens und eines amerikanischen Negers besingt, erzielt er große dramatische Wirkung und zieht den Leser völlig in seinen Bann. Zimmering fügt seine Worte dann so ungezwungen und natürlich aneinander, daß sie wie die einfache Volkssprache jeden seiner Gedanken klar erkennen lassen und dem Inhalt ungemeine Wucht verleihen. Hier ist Zimmering ein Künstler, während er in seinen anderen mehr lyrischen Zeitgedichten nicht diesen Eindruck erzielt. Es besteht hier zuweilen eine Ähnlichkeit mit Albrecht Haushofers „Moabiter Sonetten", doch erreicht Zimmering nicht dessen Geschlossenheit im Ausdruck. -dt

DER KULTURSPIEGEL

Nationalpreisträger Professor Hermann Abendroth reist Anfang Dezember nach der Sowjetunion, um in Moskau, Leningrad und Tiblissi Konzerte zu dirigieren. Er ist der erste deutsche Dirigent, der nach dem Kriege in die Sowjetunion eingeladen wurde. Über seine Reise befragt, sagte Professor Abendroth: „Im Volksbildungsministerium wurde mir mitgeteilt, daß man in der Sowjetunion von mir deutsche Musik erwartet. In der an mich ergangenen Einladung, über die ich hocherfreut bin, sehe ich eine Ehrung der deutschen Kultur und der deutschen Musik im besonderen." Der Reise Professor Abendroths kommt um so größere Bedeutung zu, als sie mit den Veranstaltungen aus Anlaß des Monats der deutsch-sowjetischen Freundschaft in Deutschland zusammenfällt.

Die Märchenoper „Ruslan und Ludmilla" von Michael Glinka wurde in der Staatsoper uraufgeführt. Die Handlung lehnt sich an ein gleichnamiges Versmärchen von Puschkin an. Leider machte die Inszenierung Paul Schmidtmanns aus dieser bunten, entzückenden Märchenoper ein steifes Spiel von Schattengestalten, die sich meist über eine halbdunkle Bühne bewegen müssen. Auch Arnold Quennet, der Dirigent, hatte eine unglückliche Hand; mit schulmeisterlicher Genauigkeit nahm er der Musik Glinkas viel von ihrer volkstümlichlebendigen Ursprünglichkeit. Die Unzufriedenheit der Zuschauer war so groß, daß der Intendant der Staatsoper, Ernst Legal, jetzt die Oper selbst neu inszenieren will.

Das Märchentheater der Stadt Berlin inszenierte im Friedrichstadt-Palast das Märchen „Tischlein deck' dich, Esel streck' dich, Knüppel aus dem Sack" in der Bearbeitung von Erika Wilde. Der Regisseur Peter Neisch gab sich alle Mühe, Märchenton und Märchenstimmung zu zaubern, doch hatte er einige Szenen leider zu dürftig ausgestattet. Andererseits ging die Klarheit der Handlung durch ein Zuviel an Chören, Balletten und Sprechgesängen verloren. Reizend und graziös war die Musik von Kurt Heuser. Trotz der nicht zu verkennenden Absicht, die Qualität des Kindertheaters zu verbessern, wurde etwas wirklich Neues nicht erreicht. Die kleinen, weniger kritischen Zuschauer zeigten sich jedoch sehr zufrieden.

„Der Prozeß der Jeanne d'Arc", ein Hörspiel von Anna Seghers, wurde vom Deutschlandsender gesendet. Hier geht es um eine Symbolisierung des französischen Widerstandes gegen die englischen Unterdrücker. In der Erkenntnis, daß dieses Mädchen aus dem Volke einer ihrer gefährlichsten Feinde ist, scheuen die Gewalthaber kein Mittel, sie zu verleumden und durch ein Ketzergericht der Kirche unschädlich machen zu lassen. Anna Seghers hat die Szenen mit verhaltener Glut gesteigert. André Asriel hat sie mit Musik im Charakter der Zeit um 1400 umrahmt. Nach ihrer Rückkehr vom Warschauer Friedenskongreß wird Anna Seghers das Hörspiel in Betrieben zur Debatte stellen.

„Leo Tolstoi und sein Beitrag zur Weltliteratur" war der Titel einer Gedenkfeier zum 40. Todestag des großen russischen Dichters, die im Haus der Kultur der Sowjetunion stattfand. Achim Wolter, der Direktor des Hauses, sprach über das Leben und Wirken Tolstois und machte seine Zuhörer mit der Leninschen Analyse Tolstois bekannt. Er würdigte den Einfluß des Tolstoi'schen Schrifttums auf die fortschrittliche Literatur aller Länder. Bekannte Berliner Künstler, wie Hans Legal, Wolfgang Langhoff, Hans Pitra und das Metzeltin-Trio gaben der Feierstunde einen künstlerischen Rahmen.

Ein großer Teil der Berliner Museen konnte dank der Unterstützung durch den demokratischen Magistrat wiederhergestellt werden. Die Arbeiten am Kaiser-Friedrich-Museum sollen bis Mitte Januar beendet sein. Die Nationalgalerie wird in Kürze einen weiteren großen Ausstellungsraum eröffnen. Am Pergamon-Museum wird eifrig gebaut, und auch das Alte Museum soll wieder hergerichtet werden.

Der Krakauer Universitätsprofessor Dr. Skarzynski kam aus Polen in die Deutsche Demokratische Republik. Prof. Skarzynski ist Biochemiker und führt Untersuchungen über die Auswirkungen der sozialen Bedingungen auf den Ernährungszustand der Bevölkerung durch. An einem Vortragsabend berichtete der polnische Gast über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesem Gebiet.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DREI SCHLÄGE

Von Herbert Klüglich

„Heiß!" Der alte Nake zog erschrocken seine Hand zurück, schlug sie ein paarmal von oben nach unten, tanzte von einem Bein aufs andere und krümmte sich dann zusammen, die verbrannten Finger in die Achselhöhle klemmend. Seine Schwiegertochter blickte ihn groß an, schüttelte mehr ärgerlich als bedauernd den Kopf und trug eilends den Kasten hinaus, weil die Asche das Blech schon erhitzte.

„Opa, hast die Finger verbrannt?" Klein-Ingrid trat besorgt hinzu und ließ sich die kranke Hand zeigen. Sie runzelte die Stirn, als sie den weißgebrannten Hornbelag der Fingerspitzen sah, darin sich die arbeitsschwarzen Linien der Haut deutlich abzeichneten. „Darfst nicht weinen, Opa! Ich blase mal. Heile, heile! Ist's nun wieder gut?"

Der Alte lächelte. „Ist schon wieder gut!" Seine Hände umfaßten den blonden Lockenkopf, schüttelten ihn zärtlich; dann beugte er sich über den Kindermund und schmatzte einen lauten Kuß darauf.

Beim Abendbrottisch bekam auch der Vater zu hören, daß sich der Opa die Finger verbrannt hatte. Die Heiteraugen hingen dabei mitleidig am Gesicht des Großvaters. „Ist nun wieder gut, nicht wahr?"

Er nickte liebevoll, aber sein Gesicht verhärtete sich, als die Frau ihm vorwarf: „Wie kannst du auch so was machen, Vater? — Greift er doch", erklärte sie ihrem Mann, „als ich den Aschekasten wegbringe, nach einem glühenden Kohlestückchen und will es mir herausnehmen."

„Es war ja nicht mehr glühend!" versuchte sich der alte Mann zu verteidigen. „Man hat es wenigstens nicht gesehen." Am liebsten wäre er aufgestanden und weggegangen. Die Kinderaugen hielten ihn zurück.

„Haben wir das jetzt noch nötig?" Der junge Nake sprach zwischen dem Essen so nebenher. „Die Frieda kann wirtschaften, Vater! Das hat sie bewiesen, als es uns ganz dreckig ging. Wenn sie jetzt mal etwas wegtut, brauchst du nicht gleich —"

„Und wegen so'n Stücke! Kohle!" — Die Frau fuhr ihrem Kinde übers Haar. „Magst noch was Ingridlein?"

„Wegen so'n Stück Kohle?" Der Alte blickte ungläubig auf seine Schwiegertochter. Das sagt sie vor dem Kinde? — Wie meine Mutter da auf alles geachtet hat! Nicht das kleinste Stückchen durfte umkommen, ob's nun Brot war oder Kohle. Eins hatte sie geachtet wie das andre — und den Bergmann so wie den Landmann. Müßte das heute nicht genau so sein? — Kam's heute nicht viel mehr noch auf jedes Stück Kohle an?

„Opa, hör doch mal!" Klein-Ingrid kam auf seinen Schoß geturnt. „Warum hörst nicht? — Erzähl mir von die Hunde und vom Berggeist und von die Zwerge. Warum hast dich brannt, Opa?"

„Laß den Opa jetzt in Frieden, Ingrid! Die Mutti bringt dich ins Bett. Kleine Kinder müssen schlafen gehen, wenn's dunkel wird, sonst kommt der Berggeist und holt sie ins finstre Loch. Morgen kann der Opa dir wieder viel erzählen, den ganzen Tag hat er Zeit dazu. — Spielst'n Skat mit, Vater? Der Otto kommt noch'n Sprung rüber."

„Na, wie sieht's im Schachte aus?" fragte der alte Mann nachher, da sie beim Spiele saßen und der junge Nake ans Bett des Kindes zum Gutenachtkuß gerufen wurde. „Hast du mal gefragt, Otto?"

Der schüttelte den Kopf. „'s hätte doch keinen Zweck. Was meinen Sie, wie genau die jetzt gehen!" Er teilte die Karten aus. „Ohne ärztliche Zustimmung kommt keiner mehr runter."

„Aber ich bin doch gesund, und so schlecht bin ich noch nicht dran! — Neunundsechzig, das ist kein Alter."

„Für'n Bergmann schon! Wir leisten uns doch keine ruh'ge Minute mehr, vor Ort nicht — und im Streb gleich gar nicht. Heute nacht rücken sie Rutsche und Wanderpfeiler — in einer Schicht! — morgen geht's von neuem los. Wir sind ja auf das angewiesen, was die uns stehen gelassen haben von früher! Ohne den Streb ging's nicht mehr, die guten Flöze sind weg."

„Ja, die haben Raubbau getrieben damals. Weißt du, wieviel Schächte hier gewesen sind? — Zweiundvierzig, bei Kohlsdorf allein elf, nach Zauckerode zu dreizehn. Ein wildes Durcheinander, muß das gewesen sein. Mein Vater war seinerzeit noch ein Junge, als das große Unglück am Hoffnungsschacht war. Siehst jetzt noch das Denkmal am Windberg drüben! 281 Mann waren eingefahren, fünf sind bloß gerettet worden. — Ja, aber nun geht's wohl dem Ende zu. Du, ich muß noch mal einfahren, eh's ganz Schluß wird! Wenn einer sein Lebtag lang am Kohleberg war und soll jetzt hier rumsitzen und Geschichten erzählen, wo die Kohle so nötig gebraucht wird, du, das geht nicht! Wenn mein Franz wenigstens, aber nee, er hat Dreher werden müssen. Das kann ich ihm nicht vergessen. Keine Achtung vor der Kohle ist bei uns im Hause, weils nicht wissen, wie schwer es ist unter Tage. Rede doch mal mit'n Obersteiger, Otto und wenn's bloß vorübergehend ist."

„Ich will's versuchen." Der junge Kumpel betrachtete sich nachdenklich seinen Skat. „Viel Hoffnung hab' ich nicht. Wenn —"

„Pst! — Der Franz kommt. Die brauchen's nicht zu wissen." — —

„Sie sollen sich mal beim Arzt drüben vorstellen!" Otto brachte die Kunde heimlich. „Für eine Schicht will man Sie mal runterlassen — eine Abschiedsschicht sozusagen." Er freute sich. Mühe hatte es gemacht, die Betriebsleitung und die Gewerkschaftsleitung und die Steiger dafür zu gewinnen. So vieles hatte im Wege gestanden, das Arbeitsamt, die Sozialversicherung und die Lohnsteuer. Aber für einen Tag sollt's mal ohne das gehen, wenn der Arzt damit einverstanden war. —

Und es ging auch. Welch Gefühl für den alten Nake, als er sein Kleiderbündel hochziehen und in der Lampenstube seine Lampe empfangen konnte! Und dann erst, als er mit fünf anderen im Gestelle stand und die Seilfahrt begann! Wie's da still wurde im Förderschachte, und wie's nachher zu tropfen und zu plätschern begann! Und später die Luft unten auf der Sohle — die altvertraute Luft, wenn jeder gebraucht bei uns." Er turnte durch die schmale Öffnung neben der Rutsche zum Streb hinauf. Sein Licht verschwand.

Zeichnungen: Ilse Englberger

Als die Frühstückspause begann, suchte sich Nake zwei Schalbretter, eines zum Draufsetzen und eins als Rückenlehne gegen die Streckenwand gelehnt. Seine Lampe stellte er dahinter, weil sie ihn blenden würde beim Sitzen. Bevor er dazu kam, hörte er ein mattes Klopfen in der Preßluftleitung. Er stutzte — lauschte. Nach einiger Zeit wiederholten sich die Schläge. Er zählte mit. „Hast du das Klopfen gehört?"

„Was soll's damit?" fragte der von der Rutsche kauend zurück

„Sieben Schläge!" Nake stand unschlüssig. „Da braucht eins Hilfe."

„Ach, setz dich hin! Hier wird viel geklopft. Wir verständigen uns alle durch Klopfzeichen und —." Er unterbrach sich selbst. Wieder waren die Schläge zu hören, aber viel schwächer nun.

Der Alte griff nach seiner Lampe. „Wenn ihr Jungen darüber weghört, uns ist's in Fleisch und Blut übergegangen!"

„Na, ich komme schon." Der andere stand schwerfällig auf.

„Geh du nach Osten, ich gehe westwärts! Wer was findet, gibt die sieben Schläge dreimal laut hintereinander." — — —

Einige hundert Meter hin lagen sie, ohne Licht im losen Gebirge, der Häuer ganz, sein Fördermann halb verschüttet. Beim Firsten hatte sie's erwischt. Sie waren jung, schienen die Kammlage nicht beachtet zu haben, und da war's über sie reingebrochen. — —

Als der alte Nake am Ende der Schicht oben in die Steigerstube kam, schüttelte ihm der Obersteiger die Hand. „Sind beide mit dem Leben davongekommen, mein lieber Nake. Paar Brüche und Quetschungen, aber sonst —. Den Dank verdienen Sie. Haben Sie einen Wunsch?"

Der Alte nickte. „Wie der RevierSteiger sagt, ist's knapp an Leuten jetzt. Zweie sind wieder ausgefallen, könnte ich da nicht —?"

Der Obersteiger überlegte. „Schön, lassen Sie Ihre Papiere fertigmachen! Morgen gehn Sie an den Haspel beim Sechserberg. Das ist halb so anstrengend, da können Sie noch 'ne Weile mitmachen."

„Na, so lange nun auch wieder nicht! Nur solange, bis die Ruhrkohle wieder uns Deutschen gehört . . ."

Chefredaktion:
Bruno Heilig, Max Spangenberg

Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9, Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 16. Redaktion: Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 18. Veröffentlicht: mit Genehmigung der SMV-Lizenz-Nr. 400. — Druck: Greif, Graphischer Großbetrieb (125), Berlin N 54, Christinenstraße 18—19.

Das Rundfunkprogramm der nächsten Woche

	Sonntag, 10. Dezember	Montag, 11. Dezember	Dienstag, 12. Dezember	Mittwoch, 13. Dezember	Donnerstag, 14. Dezember	Freitag, 15. Dezember	Sonnabend, 16. Dezember
BERLIN Mittelwelle 782 kHz = 383,1 m und 1570 kHz = 191,1 m 236 kHz = 1271 m **Nachrichten:** 4.33 5.00, 6.00, 7.03, 8.00, 11.00, 12.00, 14.00, 16.00, 18.00, 19.03, 20.00 (m Tageskommentar), 23.00, 24.00 **sonntags:** 6.03, 8.00 (mit Presseschau), 10.00, 13.00, 18.00, 20.00, 23.00, 24.00	8.15 Kirchl. Morgenfeier 9.00 Charkower Staatl. Sinf.-Orch. spielt Bach 9.30 u. 11.20 Leichte Musik 9.50 D.Sprech.Briefmarke 10.10 Musik und Dichtung 11.00 Hörer fragen 12.00 Sonntagskommentar 12.15 Musik zu Tisch 13.10 Sonntägl. Dorfrunde 13.40 Streiflichter 14.30 Film im Funk 15.00 Die Sonntagskinder 15.30 Musik, Kabar.; Sport 17.00 Schöne Stimmen 18.05 Theaterspiegel 18.30 Berlins Musikleben 18.45 Reportage der Woche 19.03 Rob.Schumann: Konz. 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.15 Tanzabd. m. Kabarett 22.10 Sportecho	5.45 und 6.10 Kunterbunt am Morgen; 6.50 Landfunk; 7.00 Morgenlied des Kinderfunks; 7.10 Frohes Stelldichein; 7.50 Wir gratulieren; 7.55 Frauenfunk; 8.07 Presseschau; 8.15 Harmonikaklänge (außer Sbd.); 8.30 Tänze aus alten Tagen; 9.00 Schulfunk; 9.45 Frühkonzert (außer Mi.); 11.45 Kindergartenfunk; 12.05 Musik zu Tisch 12.50 Landfunk; 13.10 Berliner Stunde und Stadtreporter; 14.05 Mittagskonzert; 15.00 Kinderfunk; 16.05 Wenn die Werksirene ertönt; 18.00 Das Wort des Tages; 18.10 Kultur — heute und morgen; 19.00 Abendlied; 22.00 Der heutige Tag 9.30 Musik: Theorie 11.15 Egon-Kaiser-Orch. 15.20 Solisten d. Chöre 17.00 Musik (Volksdemokr.) 18.20 Echo d. Wirtschaft 18.30 Junge Welt 18.40 Volkshochschule 18.50 Heimat unterm Ami-Stiefel 19.10 Volksmusik 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Oper: Macbeth (Verdi) 22.10 Sport 22.15 Große Tanzorchester 23.05 Kamermusik deutscher Meister: Robert Schumann 23.40 Heiteres Konzert	11.15 Kap. Wilfr. Krüger 15.20 Solisten musizieren 17.00 Junge Pioniere 17.15 Musik a. d. UdSSR 18.15 A. d. Arbeiterbeweegg. 18.30 Echo der Wirtschaft 18.45 Wahrh. üb. Amerika 19.10 Solistenvereing. singt 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Wir lieben das Leben 21.40 125.Jahrestag d. Dekabristenaufstands 22.10 Kommentar der LDP 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik (Haydn; Schubert) 23.40 Heiteres Konzert	9.30 ... das neue Lied (LW) 11.05 P.-Woitschach-Orch. 15.20 Mendelssohn: Duette 15.40 Literatur der Zeit 17.00 Sport 17.15 Gr. Tanzorch. Jenson 18.20 Junge Welt 18.30 Ein Sechstel d. Erde 19.10 Uns. Lied, uns. Leben 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 Sinfonisches Konzert (Pause: Gespr. a. R. Tisch) 21.30 Funkbrettl 22.10 Kommentar der DBD 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Heiteres Konzert	9.30 Uns. Klassiker (L.W.) 11.05 Kap. Osw. Heyden 15.20 Kammermusik a. d. Sowjetunion 17.00 Spiegel des Rechts 17.10 Uns. Lied, uns. Leben 18.20 Echo der Wirtschaft 18.30 Junge Welt 18.40 Wahrh. üb. Amerika 19.10 Soloquartett singt 19.30 Pulsschlag der Zeit 19.50 Probleme der Zeit 20.15 Dorf-Abend 22.10 Kommentar der CDU 22.17 Sport 22.22 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik 23.40 Heiteres Konzert	9.30 Musikhochschulen 11.15 Musette-Orch. 15.20 Schubert(Winterreise) 15.40 Aktuelle Bücherschau 17.00 Junge Pioniere 17.15 Unsterbl. Walzer 18.15 A. d. Arbeiterbeweg. 18.30 Echo d. Wirtschaft 18.40 A. d. Volksdemokr. 19.10 Volksmusik d.Nation. 19.10 Pulsschlag der Zeit 20.15 Hörspiel; Musik 22.10 Kommentar der NDP 22.17 Sport 22.22 Studentenfunk 22.32 Gr. Tanzorchester 23.05 Kammermusik (Beethoven)	8.30 Sabbatfeier 9.30 Jugend musiz. (L.W.) 9.45 Liebe alte Weisen 10.45 Aus dtsch. Zeitschr. 11.05 Egon-Kaiser-Orch. 15.20 Junge Welt 15.40 Sport 16.05 Dt.-sowj. Freundsch. 16.15 Hörerwünsche 17.30 Sendg. f. Aktivisten 18.10 Außenpolit. d.Woche 18.20 Freundschaft d.Völker 19.10 Gr. Tanzorchester 19.30 Pulsschlag der Zeit 20.15 u. 21.15 Bunter Abd. 21.00 Sport 21.45 Quergefunktes 22.10 Kommentar der SED
DEUTSCHLANDSENDER 7150 kHz = 41,96 m 6115 kHz = 49,96 m LW 263 kHz = 1141 m **Nachrichten:** 5.00 6.00, 7.03, 8.00, 10.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00 **sonntags:** 6.03, 8.00, 10.00, 12.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00	7.10 Kirchl. Morgenfeier 7.55 Das kl. Meisterwerk 9.00 Klass. dtsch. Lyrik 10.30 Chark. Sinf.-Orch. 11.00 Aus deutsch. Ländern 12.00 Sonntagskommentar 13.15 Musikal. Streiflichter 14.00 Unterhaltg. m.Hörern 14.20 Schöne Stimmen 15.20 A. Volksdemokrat. 16.40 Eduard Claudius: „Vom schweren Anfang" 17.06 Solistenvereing. singt 17.45 Tanzmusik (m. Sport) 18.45 Wahrh. üb. Amerika 19.15 Arbeiterkonz. (Wien) 21.35 Harmonikaklänge 21.45 Sport 22.10 Quergefunktes	6.05 Kollege, hör' zu; 6.10 Beliebte Klänge; 6.55 Landfunk; 7.00 Jugendlied; 7.20 Harmonikaklänge; 7.30 Tänze aus alten Tagen; 8.15. Frühkonzert; 9.30 Berlin, die Hauptstadt; Deutschlands; 10.05 Musikalische Kleinigkeiten; 11.05 Für die Hausfrau; 12.05 Aus dem Wirtschaftsleben (außer Sbd.); 12.10 Mittagskonzert (außer Sbd.); 13.10 Landfunk; 13.15 II. Mittagskonzert (außer Sbd.); 15.00 Kinderfunk; 15.20 Musik für die Jugend (außer Sbd.); 16.05 Deutsche Presseschau (außer Sbd.); 16.30 Wenn die Werksirene ertönt (außer Sbd.); 17.05 Volksmusik der Nationen (außer Sbd.); 19.00 Jugendlied; 21.00 Für Westdeutschland; 22.20 Kaleidoskop (außer Sbd.) 7.10 Jugendfunk 14.10 Lied.Berl.Komponist. 15.45 Musiktheorie 17.15 Kultur 17.25 Jugendfunk 17.35 Aus der DDR 17.45 Dt.-sowj. Freundsch. 18.00 Opernkonzert 19.15 Dorfabend 21.35 Musik a. d. UdSSR 22.10 Grundfrag. d. Politik 23.05 Sport 24.05 Tanzmusik	7.10 Studentisches Forum 14.10 Hauskonzert 15.45 Aus dem Leben der Musikinstrumente 17.15 Kultur — A. d. Volksdemokrat. — Aus der DDR — F. d. Arbeiter 18.00 Wie es Euch gefällt, alte u.neueVolksmus. 19.15 Hörspiel: Musik 21.35 Musik aus den Volksdemokratien 22.10 Deutsch.Außenpolitik 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 14.10 Kammermusik a. d. UdSSR 15.45 . . . das neue Lied 17.15 Kultur 17.25 Hörer sagen, -fragen 17.35 Aus der DDR 17.45 Wahrh. üb. Amerika 18.00 Beliebte Orchester 19.25 Tanzabd. m. Kabarett 21.35 Uns.Lied — uns.Leben 22.10 Sowjet. Wissenschaft 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport 24.05 Heiteres Konzert	7.10 Jugendfunk 14.10 Kammermusik 14.40 Aus der DDR 17.50 Für den Arbeiter 18.00 Operettenklänge 199.15 Meisterwerk d.Musik 20.10 Wort und Weg 20.30 Uns. Lied, uns. Leben 21.35 Gr. Tanzorchester 22.10 Volkshochschule 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 14.10 Literart. d. neu. Welt 14.25 Deutsches Meisterlied 15.45 A. d. Musikhochschul. 17.15 Kultur 17.25 Jugendfunk 17.35 Aus der DDR 17.45 Wahrh. üb. Amerika 18.00 Heitere Klassiker 19.15 „Polenblut", Operette v. Nedbal 21.35 Volkspolizei-Konzert 22.10 F. d. Arbeiterfunkt. 23.00 Der heutige Tag 23.05 Sport	7.10 Jugendfunk 7.30 Sabbatfeier 12.05 Volkspolizei musiz. 13.15 Freundsch. d. Völker 15.20 Aktuelle Bücherschau 15.40 Berliner Musikleben 16.05 Film im Funk 16.30 Bunter Nachmittag 18.30 Echo der Sowjet der Erde 19.15 Deutschland-Expreß 21.35 Harmonikaklänge 21.45 Sport 22.10 Außenpolit. Woche 22.20 Gr. Tanzorchester 23.00 Der heutige Tag
LEIPZIG Mittelwelle 1043 kHz = 287,8 m Kurzwelle = 30,83 m 9730 kHz **Nachrichten:** 5.00 6.00, 7.00, 8.00 9.00, 11.00, 12.00, 13.30, 15.00, 19.30, 22.00, 24.00 **sonntags:** 5.00, 6.00, 7.00, 10.00, 12.00, 18.00, 19.30, 22.00, 24.00	7.30 Kathol. Morgenfeier 8.30 Lyrik unserer Zeit 11.00 Hörerbriefe 11.20 Kultur u. Fortschritt 11.30 Dresd.Kreuzchor singt 12.10 Volksmusikstunde 13.00 Sonntagskommentar 13.15 Schöne Melodien 14.00 Querschnitt 14.30 Solistenmusik 15.00 Heit. Junge Pioniere 15.20 Blas-u. Unthlts.-Orch. 17.15 Dtsch. Dichter üb. d. UdSSR 17.30 Das Zeitgeschehen 19.00 Schumann-Fantasie 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 „Wie es Euch gefällt" 21.45 Sport	6.55 Menschen, von denen man spricht; 8.35 Eine kleine Musik; 9.15 und 11.05 Bunte Unterhaltung; 12.10 Landfunk; 12.50 Für die VEB (außer Sbd.); 16.30 Wissenswert und wichtig (außer Sbd.); 16.40 Konzert (außer Sbd.); 17.00 Das Aktuelleste; 19.00 Feierabendmusik 7.10 Walter-Römer-Solist. 8.05 Schlf.: Heine-Deutschland e. Wintermärch. 12.20 u. 13.42 Städt. Orch. Annaberg-Buchholz 14.30 Schulf.: Weihnachten 15.06 Bläser-Sextett Staatskap. Weimar 15.30 A. d. Pionierleben 15.50 Kurt Illing-Rhythm. 17.30 Das Zeitgeschehen 19.30 Kommentar, Sport u.a. 20.00 Sinf.-Konzert 21.35 Gesicht e.n. Welt, liter. 22.45 Rhythmen zur Freude 23.45 „Litfaßsäule" West-Berlin", ein Nachtkabarett	7.10 Studio Chemnitz-Sol. 8.05 Schulf.: L. J. Repin, Leben und Werk 12.20 Orch. Donnerhack 13.42 Blasorch. Rüsing 14.30 Schulf.: Schnee! 15.06 Advent.Kammermus. 15.30 Pioniere sah. d. Film „Das heitere Kleeblatt" 15.50 Musettegr. Schreyvogel u. Kap. Kühn 17.30 Das Zeitgeschehen 19.30 Kommentar, Sport 20.00 „Anruf Berlin" 22.45 Nachtkonzert, Weimar. Staatskap.	7.10 Volks.-u.Bläsermusik 8.05 Schulfk.: DieEskimos 12.20 Gd.Natschinski-Orch. 13.42 Kap. Bruno Droste 14.30 Schulfk.: Alexander von Humboldt 15.06 Konzertstunde 15.30 Z. 2jähr. Best. d. Pionierverbds. 15.50 Kap. Hans Boll 17.30 Das Zeitgeschehen 19.45 Wahrh. üb. Amerika 20.00 Tanzorch. Scheider, Wolfgg. Günther-Quart. 21.15 Heiteres a. d. UdSSR 22.45 Beschwingte Weisen 23.45 Z. 153. Geb. Heines	8.05 Schulf. Montesquieu 12.20 Musik zum Mittag 13.42 Kl. Dresdn. Rdfkorch. 14.30 Schulf.: Stalin — erster Kämpfer f. d. Frieden 15.06 Vorweihnachtl. Kammermusik 15.30 M. d. Pioniermikrofon unterwegs 15.50 Landes-Volksorch. 17.30 Das Zeitgeschehen 19.20 Sorbische Sendung 19.30 Kommentar, Sport 20.00 „Fidelio" 22.50 Ungar. Kammermusik	7.10 Gerh.-Freit.-Ens. 8.05 Schulf.: A. d. Arbeit d. Volkssolidarität 12.20 Volkstüml. Musik 13.42 Rudolf-Toischel-Ens. 14.30 Schülerfunk 15.06 Alte Weihnachtslieder 15.30 Blitzmerker, aufgepaßt! 15.50 Bunte Klänge 16.40 Blasorch. Krumbein 17.30 Das Zeitgeschehen 19.30 Wahrh. üb. Amerika 20.00 Musikal. Unterhaltung 21.40 „Wir bauen alle mit!" 22.45 Aus Dresdens Musiktagen	8.05 Blasorch. Rüsing 8.05 Schulf.: Frohe Weihnacht für alle! 9.15 Sabbatfeier 12.20 Musik z. Wochenend 13.10 Internat. Weihn.-Lied. 13.42 Musik nach Tisch 14.30 Pionierf.: Briefe 14.50 Sonntagsvergnügen! 15.06: Jugendf.: Stalins Geb. 15.25 Jugend singt, musiz. 16.15 „Schön ist so ein Ringelspiel" 18.00 Das Zeitgeschehen 19.30 Chronik der Woche 20.00 Musikal. Wünsche 21.45 Sport

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Niemandsvolk

2. Fortsetzung / Von Gerda Grenz

Viel später, als ich im Lager Poppenrade bei Hannover war, kamen mir einmal ein paar Kriminalschmöker in die Hände. Ein vollendeter Blödsinn! Die Verbrecher in diesen Dreigroschenheften, wissen Sie, sind große Herren. Sie haben, was sie brauchen: verschiedenerlei Kluft, falsche Bärte, Perücken, Revolver, was Sie wollen. Geld spielt bei denen keine Rolle. Sie brausen mit Autos ab, mit Motorbooten, mit Flugzeugen sogar. Ich kann Ihnen sagen, das Leben eines gewöhnlichen Ganoven sieht ein bißchen anders aus. Solche großen Gangster gibt es vielleicht in Amerika. Von uns Feld-, Wald- und Wiesenverbrechern unterscheiden sie sich wie der General von den gemeinen Soldaten. Der General steht sich nichts aus, und wenns mulmig wird, steht immer ein Auto oder ein Flugzeug für ihn bereit. Für die Diebe und Betrüger, die ich kennengelernt habe — und das sind nicht wenige — gibt es nichts als Hunger, Furcht und Elend. Ein Auto kennen die nur von außen, abgesehen von der „Grünen Minna". Wenn sie türmen müssen, laufen sie wie die gehetzten Hasen in der Gegend herum.

Schweres Geschäft

Für einen Jungen, wie ich es damals war, der weder Talent noch Neigung zum Verbrecher hatte, ist das Stehlen ebenso schwer wie Schuhe machen oder Autos reparieren. Ich konnte es nicht. Die Leute

Zeichnungen: Willy Gäbel

passen verdammt auf ihre Sachen auf, besonders wenn ein Landstreicher vorbeikommt, und nimmt man ihnen was weg, dann erheben sie ein schönes Geschrei. Selbst die Hühner gackern wie verrückt, wenn man sich eins greifen will. Ich hatte im Gefängnis allerhand gute Lehren von den Zellengenossen mitbekommen, aber sie in die Tat umzusetzen, war nicht einfach. An meinen ersten Diebstahl erinnere ich mich noch genau. Es war in Bad Ems. Soweit hatte ich mich bettelnd durchgeschlagen, gelegentlich ein paar Groschen durch Teppichklopfen oder Holzhacken verdient, oft gehungert und meist unter freiem Himmel übernachtet. Aber plötzlich waren alle Möglichkeiten wie abgeschnitten. Es hatte tagelang in Strömen geregnet, ich war naß wie eine Katze und fror jämmerlich. Geld hatte ich schon lange nicht mehr. Von morgens bis abends hatte ich vergebens gefochten; mehr als ein Stück trockenes Schwarzbrot war nicht dabei herausgekommen. Gegen Abend, als der Regen aufhörte, trieb ich mich im Kurpark herum. Meine Beine waren so schwer, daß ich beschloß, in einem leidlich trockenen Gebüsch mein Nachtlager aufzuschlagen. Dicht dabei stand eine Bank, auf der ein Liebespaar Platz nahm. Das Mädchen legte seine Handtasche an das äußerste Ende der Bank. Sie fiel herunter, mir sozusagen in die Hand. Diese Tasche habe ich genommen. Wäre ich nicht so hungrig und verfroren gewesen, ich hätte wahrscheinlich nicht einmal den Mut zu diesem Anfängerstück gehabt. Herzklopfen hatte ich, als hätte ich einen umgebracht. Mit meiner Beute kroch ich fort, bis ich in Sicherheit war, und öffnete die Tasche. 55 Pfennig waren drin, eine Stempelkarte und ein Personalausweis. Das Geld steckte ich ein, alles andere ließ ich liegen. Dann ging ich zur Hauptstraße am Lahnufer. Die Geschäfte hatten schon alle geschlossen. In die Lokale, wo die feinen Kurgäste saßen, traute ich mich nicht rein. Außerdem reichte das nicht für eine warme Mahlzeit. So habe ich mich denn die ganze Nacht herumgetrieben.

Eine Karte an die Mutter

An diesem Abend hatte ich Angst, auf die Landstraße zu gehen, Angst vor der Einsamkeit. Denn ich merkte, daß ich krank wurde. Mein Hals tat mir weh und wurde von Stunde zu Stunde dicker. Bestimmt hatte ich Fieber. In der Frühe ging ich gleich zum Bäcker, kaum daß die Rolläden hochgezogen waren, und kaufte mir Brötchen. Aber durch meinen entzündeten Hals konnte ich kaum eins hinunterwürgen. Nichts ist trostloser, als krank zu sein auf der Walze. Man möchte ein Bett haben, aber man hat keins. Man möchte sich einmal nicht um Essen und Unterkunft sorgen, aber das nimmt einem niemand ab. Ich saß auf einer Bank an der Lahn. Unaufhörlich gingen Menschen an mir vorüber, einfache und elegante, lachende und ernste, Männer und Frauen, alte und junge, und niemand kümmerte sich um mich, wie ich da hockte und mit der Krankheit und dem Fieber kämpfte. Immer noch war es windig und kalt. Schließlich raffte ich mich auf, irgend etwas mußte ich unternehmen. Kranke gehören ins Krankenhaus. Also hin. Es war gerade ein Sonnabend. „Sind Sie in der Krankenkasse?", fragt mich die Aufnahmeschwester. „Werden Sie von der Sozialfürsorge unterstützt? Was haben Sie denn eigentlich, Halsschmerzen? Wegen Halsschmerzen können wir hier keinen aufnehmen. So schlimm wird es schon nicht sein. Packen Sie sich nur warm ein und machen Sie sich einen Halsumschlag. Wenn es bis Montag nicht besser ist, können Sie ja wiederkommen. Aber erst müssen Sie zur Fürsorge und sich einweisen lassen." Sie handelte genau nach ihren Vorschriften. Umsonst brauchen sie nämlich nur solche aufzunehmen, die kurz vor dem Verrecken sind. Und da ich ja noch lebte, war es ja wohl nicht lebensgefährlich bei mir. Aber wissen konnte sie das nicht, denn untersucht hat mich keiner. Außerdem half es mir nichts, ob sie recht hatte oder nicht. Ich stand mit meinem dicken Hals und dem Fieber wieder auf der Straße. Es hatte von neuem zu regnen angefangen. Von anderen erwartete ich nichts mehr, ich mußte mir schon selber helfen. An meine Mutter schrieb ich noch eine Karte, sozusagen für alle Fälle. Absender: Postlagernd Bad Ems. Dann machte ich mich auf. Mein Ziel war ein einsamer Futterschober, ein paar Wegstunden entfernt, in dem ich die vorletzte Nacht zugebracht hatte.

Franz kann alles

Damals, während meiner Krankheit, lernte ich den Franz kennen, und das war mein Glück. Zusammen mit einem anderen Kumpel tauchte er einen Tag später in meinem Schuppen auf. Die Polente war ihnen auf den Fersen. Sie hatten drüben auf der französischen Seite „Blüten" vertrieben, eine Fehlserie von Fünfmarkscheinen, die ein Falschmünzer billig abgestoßen hatte. An anständiges Falschgeld kommt unsereins ja nicht ran. Ein paar Mal war es gut gegangen. Aber dann stand eine genaue Beschreibung ihrer bildhübschen Erscheinungen, von den schiefen Absätzen bis zur Farbe der ungeschnittenen Haare, in der Zeitung. Sie konnten eben noch verduften, als es in einem Laden brenzlich wurde und der Kaufmann nach der Polizei rief. Jetzt wollten sie sich ein paar Tage unsichtbar machen, bis die Luft wieder rein war. Der andere verzog sich bald, aber Franz blieb. Der hat mich gepflegt, er machte mir Umschläge und kochte mir Suppen, die ich schlucken konnte. Wir blieben noch eine ganze Weile zusammen. Von ihm habe ich allerhand gelernt. Er war ein Tippelbruder mit Erfahrung. Unerhört geschickte Finger hatte er zum Beispiel. Im Kaufhof in Köln, in den Warenhäusern von Düsseldorf und Dortmund verschwanden Schals, Garnituren, Handtaschen und sogar Schuhe in seiner Windjacke, während ich mich mit den Verkäuferinnen unterhielt, und weder sie noch ich merkten, daß Franz überhaupt vorbeigegangen war. Immer hat er redlich geteilt, obgleich ich doch bei unseren Fischzügen meist nur die Rolle eines wählerischen Kunden spielte. Das konnte ich damals ganz gut, denn ich war fein in Schale. Als ich nämlich nach meiner Krankheit nach Bad Ems ging, um Mutter zu schreiben, daß alles wieder in Ordnung war, fand ich auf der Post außer einem Brief von ihr auch noch ein Paket für mich. Und in dem Paket waren tatsächlich die Krachledernen, die gewissermaßen den Stein ins Rollen gebracht hatten. Ich sah sie und dachte an die Träume, die ich noch vor zwei Monaten gehabt hatte. Was waren sie im Vergleich mit der Wirklichkeit, die ich inzwischen kennengelernt hatte! Warum hatte ich mir eigentlich einmal gewünscht, wie ein bayerischer Bauernsohn auszusehen? Jetzt bedeutete mir die Hose nicht mehr als das Geld, das ich dafür verlangen konnte. Später habe ich sie dann auch in der Gegend von Celle verkauft.

An jenem Tag hatte ich noch eine merkwürdige Begegnung. Ich weiß nicht, ob sie eigentlich zu meiner Geschichte gehört, aber da ich gerade dabei bin, möchte ich sie Ihnen doch erzählen. Unterwegs nämlich, auf dem Rückweg zum Schober, brach ein mächtiges Gewitter los. In wenigen Minuten war ich bis auf die Haut durchnäßt.

Poesie im Heuschober

Ich flüchtete schnell in einen Geräteschuppen, und da saß ein Mädchen drin, eine Dame, wenn Sie so wollen, die wohl auch nicht naß werden wollte. Um diese Zeit hätte ich mit Frauen noch nichts zu tun gehabt, und mit dieser da, die aussah, als hätte sie keine Ahnung von der ganzen Misere des Lebens, wußte ich schon gar nichts anzufangen. Wahrscheinlich, dachte ich, weiß sie nicht einmal, daß es solche gibt wie mich — Landstreicher, Niemandsleute. So stand ich denn zwei Schritt hinter ihr in dem engen Schuppen und hielt meinen Mund. Zu ihrem Gerede zuckte ich nur die Achseln. Was sollte ich auch antworten, wenn sie mich bedauerte, weil mir das Wasser nur so herunterlief. Mir passierte das schließlich nicht zum erstenmal. Plötzlich fing sie an, ein Gedicht aufzusagen; von Wolken und Regen und Natur. Heute, wo ich mich mit den Frauen auskenne, glaube ich, sie hatte einfach Angst vor dem stummen Kerl in ihrem Rücken, und darum fiel ihr das ein. Für mich wurde sie nur noch merkwürdiger und fremder. Ich hatte noch nie ein Gedicht gehört, außer den Kinderversen in der Schule, und ich fand es sehr hübsch, wie sie das so mit Betonung aufsagte. Dann kamen wir doch ins Gespräch. Sie war vom Theater, und als sie hörte, daß ich noch niemals ein Stück gesehen hatte und mir gar keine Vorstellung machen konnte, was hinter den Anschlägen an den Litfaßsäulen steckte, spielte sie mir etwas vor. Ich riß vor Staunen Mund und Nase auf. Mal war ihre Stimme wie die einer kleinen Berliner Göre, mal krächzte sie wie eine alte Frau. Das Stück handelte von armen Leuten, wie ich sie kannte. Nachher erzählte sie mir noch vieles andere. Seitdem glaube ich, daß es in den Büchern und Theatern etwas gibt, was einen auf gewisse Art glücklich machen kann. Aber näher befassen konnte ich mich mit der Sache nicht, dazu hatte ich nie genug Geld.

Wieder allein

Als ich mit Franz nach Köln kam, bat ich ihn, mir mal ein Buch zu besorgen. Aber davon hielt er nichts. Bücher ließen sich schlecht verkaufen, und da hätte er auch keine Beziehungen. Für andere Sachen wußte er Händler, die ihm das Zeug abnahmen. Aber ich sage Ihnen, ein Tippelbruder kann noch so geschickt und wendig sein, er bringt es zu nichts. Was uns die Hehler zahlen, ist für die Katz. Sie wissen, daß wir nur Bargeld gebrauchen können, daß wir mit Polizeistreifen rechnen müssen, und wehe uns, wenn wir etwas anderes als alte Klamotten oder ein bißchen Proviant bei uns haben. Neue Sachen sind immer gefährlich für uns. Je wertvoller desto gefährlicher. Und das nutzen die Hehler aus. Dabei markieren sie noch den Wohltäter. „Damit lauft ihr auf offener Straße herum, in eurem Aufzug?" sagen sie. „Jeder Polyp sieht euch doch an, daß ihr Ganoven seid. Na, gebt nur her das Ding, ich will es euch noch mal abnehmen, obwohl ich es nicht gebrauchen kann." Und dann zahlen sie 2,50 Mark für eine Sache, die 50 Mark bringen sollte. Auf die frommen Reden pfeifen wir natürlich, aber die paar Mark brauchen wir dringend, weil man doch irgendwas essen und irgendwo schlafen muß. Über Wasser halten kann man sich auf diese Art, mehr nicht. In Gelsenkirchen wurde Franz beim Klauen geschnappt, früher oder später passiert das immer. Ich habe ihn nicht wiedergesehen. Schade, er war kein schlechter Kerl.

Auf Demontage

Im Spätsommer kam das Gerücht auf, es gäbe Arbeit für uns, in Wanne. Demontage, wissen Sie. Die Arbeiter dort hatten sich geweigert, ihre Fabrik selber abzubauen, und nun wurden die Verordnungen, die uns sonst unerbittlich von jeder reellen Arbeit ausschlossen, auf einmal gelockert. Tatsächlich, wir wurden in Baracken untergebracht, bekamen gutes Essen und anständigen Lohn. Die Arbeiter, und besonders ihre Weiber, schimpften uns Streikbrecher. Einige, das waren Gewerkschaftler, wollten immer wieder mit uns diskutieren. Wir nähmen uns selber die Chance, jemals vernünftige Arbeit zu bekommen, erklärten sie uns und redeten viel von der Solidarität der Arbeiter untereinander. Wußten denn diese Klugschnacker nicht, daß es für uns sowieso keine Möglichkeit gab, zu arbeiten? Daß wir jetzt nur darum verdienen konnten, weil sie verzichteten? Und Solidarität? Hatten sich die Arbeiter je mit uns solidarisch erklärt? Saßen denn nicht auch ihre Genossen, Sozialdemokraten, in den Regierungen und Verwaltungen, die diese niederträchtigen Verordnungen gegen uns erließen und anwandten? Kriegten wir was aus der Streikkasse, wenn wir die Demontagearbeit ablehnten?

Warum haben damals die Arbeiter selber keine Solidarität untereinander bewiesen, warum haben nicht alle gewerkschaftlich organisierten und arbeitenden Menschen in Deutschland gestreikt? Das hätte was genützt, das hätte tatsächlich die Demontagen verhindern können. Dadurch, daß sie uns Häufchen Streikbrecher zu beschwätzen suchten, konnten sie sowieso nichts erreichen. Warum hatten denn die Arbeiter geduldet, daß es überhaupt Leute gibt, die als Streikbrecher eingesetzt werden können? Warum haben sie nicht gefordert, daß die Landstreicher eine Heimat, die Flüchtlinge Arbeit erhielten? Leider hat sie unser Elend nicht interessiert.

Und glauben Sie, die Arbeiter hätten was gelernt, damals bei den Demontagen? Nein. Heute, wo es um die Remilitarisierung geht, sind sie genau so dumm. Lust zum Soldatenspielen hat keiner, nicht einmal wir, obgleich ich nicht beschwören will, daß sich aus Verzweiflung nicht doch dieser oder jener von uns melden würde. Und was tun die Arbeiter? Hier und da fassen sie mal einen Beschluß, daß sie mit der Remilitarisierung nicht einverstanden sind. In dem einen oder anderen Betrieb wird mal gestreikt, weil die Preise gestiegen sind, denn die Kanonen kosten ja Geld. Bilden sich denn die Arbeiter ein, sie könnten die Remilitarisierung mit der Lohntüte verhindern? Wenn sie weiter nichts können, stecken sie übers Jahr alle wieder in Uniform. Wo bleibt denn ihre Solidarität, wenn sie alle den Krieg nicht wollen? Warum protestieren sie nicht überall und jedesmal, wenn ein wildgewordener Minister oder Abgeordneter von deutschen Divisionen spricht? Warum streiken sie nicht in jeder Fabrik, auf jeder Zeche, wo für die Rüstung gearbeitet wird? Eben, weil die Arbeiter nicht wirklich solidarisch denken. Weil jeder für sich glaubt: mich trifft's vielleicht nicht, ich komme vielleicht durch. Weil sie Angst haben, aus ihrem kleinen Elend würde ein großes, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie werden noch ganz andere Angst haben, wenn das wirkliche große Elend kommt. Wenn sie nämlich im Trommelfeuer liegen. Aber dann ist es zu spät.

Nein, ich sah in Wanne nicht ein, warum wir Ärmsten der Armen Solidarität üben sollten. Was die Arbeiter von uns verlangten, das hielten sie ja selber nicht durch. Als ihre Streikkassen leer waren und es ihnen so dreckig ging, wie wir es gewohnt waren, meldete sich einer nach dem anderen wieder zur Arbeit. Nach vierzehn Tagen waren wir Nichtansässigen überflüssig, und alle Verordnungen des Arbeitsamtes und des Wohnungsamtes traten wieder in Kraft.

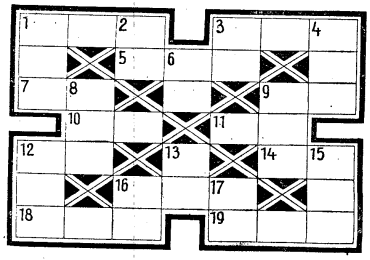
In die Legion? Nein!

Es war Herbst geworden und schon lausig kalt des Nachts. Mit dem Schlafen im Freien war es aus. Immerhin hatte ich ein paar Mark in der Tasche und konnte mich nach Niedersachsen durchschlagen. Im Sennegebiet am Deister gingen gerade die Manöver der Briten zu Ende. An mir vorbei rollten die Panzer und Geschütze, zogen in langen Kolonnen die Soldaten. Ich mußte daran denken, wie ich das als kleiner Junge schon einmal gesehen hatte, als es ernst war. Da waren die Bomber gekommen, und alles riß aus und schmiß sich in die Gräben, wir vom Treck ebenso wie die Landser. Alle hatten wir die gleiche gräßliche Angst. Als wir die Köpfe wieder hochnahmen, lag die Straße voll brennender Pkws und Lkws, Panzer und zerfetzter Geschütze. Und die Leichen, das Geschrei der Verwundeten! Nee, sage ich Ihnen, mich kriegt keiner dazu, die Knarre in die Hand zu nehmen und in den Krieg zu marschieren. Oft genug hätte ich Gelegenheit gehabt. Denn für die Fremdenlegion werden immer Leute gesucht, und Werber sind immer da, wo wir Landstreicher zu finden sind. Aber wenn es noch etwas Miserableres gibt als unsere Existenz, dann ist es das Leben eines armen Frontschweins, das sich in seinem Loch zusammenduckt und darauf wartet, von einer Kugel, einer Granate, einer Bombe ins Jenseits befördert zu werden. (Schluß folgt)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Silben-Kreuzworträtsel



Waagerecht: 1. Hohlnadel für Injektionen, 3. türkische Hauptstadt, 5. wilder Krieger, 7. Vorsteher einer Fakultät, 9. Teilzahlung, 10. gefeierte Schauspielerin, 11. mohammedanischer Richter, 12. Sitz im Parlament, 14. musikalisches Bühnenwerk, 16. weiblicher Vorname, 18. Name des Fuchses in der Fabel, 19. Simsons Frau.

Senkrecht: 1. Negative Elektrode, 2. Körperorgan, 3. Schiffszubehör, 4. Feuerwerkskörper, 6. Strafpredigt, 8. Anwärter, 9. Rundfunkgerät, 12. ostasiatisches Land, 13. Gestalt aus „Egmont", 15. Laubengang, 16. Wasserfahrzeug, 17. Ackerunkraut.

Silben-Rätsel

Aus den 63 Silben al — be — be — bow — brus — dal — dar — den — di — din — dres — dro — e — eb — el — el — en — en — en — er — est — eu — fa — fan — fe — for — gress — hat — i — in — ir — land — lasch — li — ma — man — mä — me — mo — nat — ne — ne — ni — ni — o — pe — pel — re — re — ro — ru — rum — sa — sau — se — si — ta — tan — ter — ter — ti — tysch — un sind 24 Wörter der untenstehenden Bedeutung zu bilden. Die ersten und letzten Buchstaben der richtigen Wörter ergeben, beide von oben nach unten gelesen, zwei Zeilen aus einem neuen deutschen Volkslied von Becher-Eisler (sch und ss = je ein Buchstabe).

Bedeutung der Wörter: 1. Trompetenstoß, 2. Volksdemokratie, 3. Nebenfluß des Ob, 4. Muse der lyrischen Dichtung, 5. Küstenland an der Adria, 6. männlicher Wasservogel, 7. Insel im Chinesischen Meer, 8. Ersatzanspruch, 9. Erziehungsanstalt, 10. Bruder Jakobs, 11. Stadt in Ostdeutschland, 12. höchster Berg im Kaukasus, 13. Heilstoff, 14. Naturerscheinung, 15. Land in Südeuropa, 16. Kümmelikör, 17. Oper von Lortzing, 18. sowjetischer Schriftsteller, 19. Ellenbogen (englisch), 20. weibliche Operngestalt von Rossini, 21. Höckertier, 22. Staat in der Sowjetunion, 23. weibliche Gestalt der griechischen Sage, 24. Teil von New York.

Morse-Rätsel

— — — — . . . norddeutscher Volksstamm, . . . — — — schottische Hafenstadt, . . — — . — boxtechnischer Ausdruck, . . . — — — — — . Lehre, Unterweisung, — — . . — . . Widerwille, Ekel, . — — — . . Opernangestellter, . . — . — Völkerunglück, — — . — Fluß in Finnland, — . — . . altes Schloß in London, . — — — . Brennmaterial, — — — — — . . . Richtschnur, Muster.

Es sollen Wörter angegebener Bedeutung gebildet werden. Jeder Punkt und jeder Strich entspricht einem Buchstaben. Die auf die Striche fallenden Buchstaben nennen, nacheinander gelesen, vier Ziele unseres Wollens.

Auflösungen der Rätsel aus der vorigen Nummer:

Silbenrätsel: 1. Elegie, 2. Suworow, 3. Elisabeth, 4. Riesling, 5. Blessur, 6. Emigrant, 7. Nante, 8. Seelenverkäufer, 9. Iberer, 10. Cowboy, 11. Hagenow, 12. Gremium, 13. Erker, 14. Sargassomeer, 15. Emanzipation, 16. Tanagra, 17. Zyklone, 18. Umhang, 19. Nieselpriem, 20. Daiten, 21. Rotation, 22. Effekten, 23. Chorin, 24. Hiroshima, 25. Totalisator. — Es erben sich Gesetz' und Rechte / Wie eine ew'ge Krankheit fort. (Goethes „Faust")

Erdkundliches Silbenrätsel: 1. Wollin, 2. Epirus, 3. Norwich, 4. Neapel, 5. Wolga, 6. Ilsenburg, 7. Rheine, 8. Baden, 9. Rathenow, 10. Uri, 11. Elster, 12. Dortmund, 13. Elbe, 14. Rhodos, 15. Lule-elv., 16. Idaho, 17. Chitral, 18. Uckermark, 19. Niederlande, 20. Salamis, 21. Elbeuf., 22. Isere, 23. Nairobi, 24. Erlangen, 25. Neuwied. — Wenn wir brüderlich uns einen, schlagen wir des Volkes Feind.

Silben-Teleträtsel: 1. Selterwasser, 2. Normandie, 3. Finnmarken, 4. Ballistik, 5. Gardasee, 6. Mäusaus, 7. Bumerang, 8. Kanzel, 9. Serpentine. — Was man einmal ist, das muß man ganz sein.

„Bekannte Namen": 1. Duden, 2. Eurydike, 3. Robinson, 4. Hufeland, 5. Isolant, 6. Mariamne, 7. Mignon, 8. Ernani, 9. Lenbach, 10. Heraklit, 11. Ischarioth, 12. Lerma, 13. Fedin, 14. Talleyrand, 15. Nofretete, 16. Israel, 17. Einstein, 18. Molotow, 19. Antonio, 20. Legal, 21. Simmel, 22. Daguerre, 23. Eckermann. — Der Himmel hilft niemals denen, die nicht handeln wollen.

Zahlen-Einsetzrätsel: Ver(eins)amung — Tan(zwei)se — Ra(drei)fen — N(acht)licht — Han(drei)chung: 17.

Der erste Schritt: Bild/ung/ei/nes/ge/samt/deut/schen/Ra/tes.

„Dat is een Ding – da bin ich för"

Gespräche mit Scheuerleuten, Fabrikdirektoren und Ruhrkumpels

Eine Woche fuhren wir durch Westdeutschland, sprachen mit Arbeitern, Angestellten, Kaufleuten und Unternehmern, hörten auf die Gespräche und lauschten den Äußerungen in den Gaststuben, in den Wohnungen, auf den Ämtern und Büros. Wie ein Tier, das Gefahr wittert, haben im Westen die Menschen die Köpfe erhoben. Die Gefahr heißt Remilitarisierung. Eindeutig ist das „nein" aller Deutschen. Es tönt an der Elbe und an der Ruhr. Flackert auf in den Dörfern Niedersachsens und Schleswig-Holsteins, in bayrischen und hessischen Städten. Noch sind Millionen stumm, aber das „Nein", gerufen aus allen deutschen Kehlen, vereint zu einem flammenden Protest, muß diese drohende Gefahr vertreiben.

*

Hafenarbeitsamt gegenüber den Landungsbrücken in St. Pauli. Die Arbeitsuchenden sitzen auf den Bänken, die den dunklen rechteckigen Raum umgeben. Bekanntmachungen und Verbote schmücken die grauen Wände. Es ist verboten, politische Reden zu führen, aber ein bißchen unterhalten wird man sich ja dürfen und seinen Spaß daran haben. „Na Korl", sagt einer mit verschmitztem Gesicht zu seinem Nachbar, „nu ward wie woll ok bald Arbeet kreegen". „Dat glöv man" meint der andere. „Ich hev hier schon meen Stammplatz. Da meut se mi schon wat för bieten, eh ich den fahrn loat." „Dat taut se ok. Minsch, bist doch nen statschen Kierl, kriegst nen bluen Dress, und dann heidi! Keen scheunren Dot, as de Soldatendot." „Wär wi ollwedder so wiet?" sagt Karl, „uff mi könn se luern. Ich sit hier so scheun warm, da ga ich nich von weg." „Teuf mol", flüstert jetzt der andere und rückt näher heran. Aus seiner Brieftasche zieht er einen sauber zusammengefalteten Zettel hervor. Karl liest das handtellergroße Flugblatt, über dem mit Fettdruckbuchstaben „Prager Beschlüsse" geschrieben steht. Aber über den ersten Punkt ist er wohl gar nicht hinweggekommen. „Dat is een Ding" sagt er, „da bin ich för. Wi wüllt keen Kreg mehr, und wi speelt ok keen Soldat mehr. Das sullen uns Besatzungsmächte man mol beschlieben. Dann könnt die Inglischman das ganze Panzerkroms wedder inpacken und na Hus schicken. Ich meld mi zum Verloden."

*

Im Büro eines Unternehmers. „Man hat sich daran erinnert, daß wir im Kriege U-Boot-Geräte hergestellt haben, und jetzt glaubt man, mir vielleicht damit einen Gefallen zu tun, wenn man mir Bestellungen zukommen läßt." Der Fabrikbesitzer saß mir gegenüber an einem großen Schreibtisch in seiner Privatwohnung. Nun, er freute sich nicht im geringsten darüber, daß er seine seit 1945 aufgenommene Friedensproduktion wieder umstellen sollte. Der Verlust seines ältesten Sohnes im letzten Weltkrieg hat ihn zu einem erbitterten Kriegsgegner gemacht. „Was sollte ich tun, als mir der Auftrag auf den Schreibtisch flog. Lehnte ich ihn ab, so wurde Kredit und Material meiner Firma entzogen, und irgendein anderes Werk würde sich vergrößern, während ich schließen könnte. An dem Geschäft lag mir nichts. Man füttert die Ratten mit Gift, an dem sie sterben. So wird heute die deutsche Industrie gefüttert. Wissen Sie, was ich getan habe?" Er überreichte mir einen gedruckten Zettel und ich las:

Aufruf an die Belegschaft

Arbeiter! Durch einen ehrenvollen Auftrag einer amerikanischen Firma sind wir in der Lage, unsere Produktion von U-Boot-Spezialgeräten wieder aufzunehmen. Wir werden also da wieder anfangen, wo wir 1945 aufgehört haben. Auf Euch, Arbeiter, liegt eine große Verantwortung. Von Eurer Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit hängt das Leben vieler tapferer blauen Jungs ab. Ihr wißt, daß beschlossen wurde, deutsche Divisionen im Rahmen der Atlantikpaktstreitkräfte einzusetzen. Vielleicht werdet Ihr selber den gefahrvollen schweren Kampf unter Wasser führen, und zwischen Euch und dem sicheren Tod wird nichts sein als die dünne Schiffswand und die Zuverlässigkeit der Geräte, die Ihr selber hergestellt habt.

Der Betriebsleiter

„Es gab einen Mordskrach im Betrieb. Die Arbeiter schimpften mich einen Faschisten, die Gewerkschaftsführer einen Idioten. Aber was ich wöllte, habe ich erreicht. Auch der letzte im Betrieb hatte begriffen, daß er seinen eigenen Untergang vorbereitet. In dieser Frage kenne ich keine Klassengegensätze mehr. Da hoffe ich auf die Kraft der Arbeiterklasse. Sie sind die einzigen, die das Unheil abwenden können. Das ganze Judasgeld, was ich durch den Auftrag verdiene, werde ich ihnen zur Verfügung stellen, wenn sie den Mut haben zu streiken."

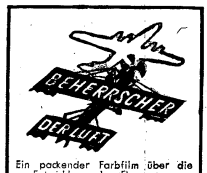
Ich frage ihn nach seiner Meinung über die Prager Beschlüsse.

„Die Kaufleute und wir Kleinunternehmer sind zu jedem halbwegs annehmbaren Kompromiß mit dem Osten bereit", erklärt er. „Allerdings werden unsere großen Brüder in der Rüstungsindustrie und ihre Exponenten in Bonn nichts dafür über haben. Die größte Chance für eine Annäherungspolitik sehe ich im Scheitern der Remilitarisierungspläne."

*

„Seit siebzehn Jahren habe ich die SPD-Genossen nicht mehr demonstrieren sehen, um Arbeiterforderungen zu erzwingen", sagt der 70jährige. Er blickt von seinem Fensterplatz auf die menschenleere Straße, die sich an der Zeche entlangzieht. „Ja, ich weiß nicht mal, was die Arbeiter heute wollen!" „Das waren andere Zeiten zu Deiner Jugend, Vater", antwortet ihm der Sohn. „Heute sind wir ein besetztes und besiegtes Land, da kann man den Mund nicht mehr so weit aufreißen. Und für Deine alten Ideale sind heute nur noch die Kommunisten." „Und darum taugen sie wohl nicht mehr, was Vater?" mischt sich jetzt der Enkel ein. „Die Kommunisten brauchen bloß was zu sagen, und dann bist Du dagegen. Als Betriebsrat hast Du wieder den Franz gewählt, obwohl er den Schwanz eingekniffen hat beim letzten Lohnstreik. Und die Unterschrift unter die Atombombenliste wolltest Du auch nicht geben, weil ein Kommunist sie sammelte. Die Jungbergarbeiter werden aber gemeinsam mit der FDJ gegen die Remilitarisierung protestieren. Und wenn sie mich entlassen, ist mir das egal. Je mehr sie entlassen, je weniger Kohle werden sie für ihre verdammte Rüstung bekommen. Glaub man nicht, daß die Bomben um die sozialdemokratischen Arbeiter einen Bogen machen, wenn's zum Krieg kommt. Und wenn Du weiter so gegen die Kommunisten bist, dann wirst Du gemeinsam mit kommunistischen Leichen im Massengrab enden." „Junge", unterbricht ihn der Vater, „Du tust ja gerade so, als wenn ich für einen Krieg bin!" „Nein, ich weiß", aufgebracht antwortet ihm der 20jährige Sohn. „Sonntags zwischen zehn und zwölf bist Du dagegen. Hier bei Muttern, wo Dir nichts passieren kann. Aber drüben auf der Zeche, da hast Du Angst, den Mund aufzumachen. Da denkst Du bloß, die da oben sind stärker." „Damals", sagte der Alte, „hat keiner danach gefragt, ob die anderen stärker sind. Keiner war mächtiger als die Arbeiterklasse." „Und heute", sagt der Enkel, „sind wir 60 Millionen Deutsche, die keine Remilitarisierung, keine Aufrüstung, keinen Krieg wollen. Müssen wir da erst fragen, wer heute stärker ist, wenn ..."

nz.



Ein packender Farbfilm über die Entwicklung des Flugwesens

mit

J. Jurowskij, I. Ssudakow
W. Belokurow, W. Drushnikow

Regie: W. Pudowkin

Ein Mosfilm im Verleih der PROGRESS Film-Vertrieb G.m.b.H.

URAUFFÜHRUNG

täglich 15.30 · 18.00 und 20.30 Uhr

BABYLON

Filmtheater am Luxemburgplatz

GROSSDRUCKEREI UND FALTSCHACHTELWERK

Wezel & Naumann A.-G.

LEIPZIG O 5 · TÄUBCHENWEG 69/73

Nach wie vor, Spezialisten für verkaufskräftige

MARKENARTIKEL-PACKUNGEN

in bekannten Macharten und in Sonderkonstruktionen sowie für Reklameplakate, Prospekte und Schaufensterdekorationen

Ihr Werberuf

findet stets Gehör durch

ANZEIGEN

in

Deutschlands STIMME

CLAUSNITZER & PYKA

ZENTRALHEIZUNGEN SÄMTLICHER SYSTEME

Warmwasserbereitungen / Sanitäre Anlagen

NEUSTRELITZ, Ernst-Thälmann-Straße 22, Ruf 656

Zeitungen Zeitschriften

der Sowjetunion

230 sowjetische Zeitungen und Zeitschriften, darunter einige auch in deutscher Sprache, können Sie für das Jahr

1951

bei jedem Postamt abonnieren!

Einzelverkauf an jedem Kiosk!

Preise in DM.

KONGRESS-VERLAG GMBH

BERLIN W 8, Thälmannplatz 8/9

NEUERSCHEINUNG!

Sie fanden eine Heimat

Das Leben der ehemaligen Umsiedler wird in dieser Broschüre eingehend behandelt. Das Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik wird hierbei besonders berücksichtigt

32 Seiten / Vierfarbiger Umschlag, broschiert / Verkaufspreis 30 Pf.

Zu beziehen

durch alle Ausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, den Buch- und Straßenhandel

AKG

Kühler für Wasser, Gas und Öl / Apparatebau / Preß- und Stanzwerk / Schnitt- und Ziehwerkzeugbau

Groß-Reparaturwerk für Kühler und Benzintanks

***AUTO-KÜHLER* G.m.b.H.**

LEIPZIG N 21, DELITZSCHER STR. 34b - Fernruf 52041-43

Vegetabilische Drogen

aus Anbau – Sammlung – Einfuhr

Digitalis ttr. Pulver / Galenica Tinkturen – Extrakte / **Succus Präparate**

Spezialitäten: **Asthma-Kräuter,** Bewährtes prompt wirkendes Räuchermittel mit Solanaceen-Drogen / **Cofa** – **Cola,** Wohlschmeckendes Coffein-Tonikum in Tablettenform / **Tribion,** Roborans, Therapeuticum bei Hypovitaminosen und Hungerödem auch als Galaktagogum / **Selment,** Reizlinderndes Expektorans bei Husten und Heiserkeit / **Dessalment,** Desinfizierendes Solvens bei Hals- und Rachenaffektion

CAESAR & LORETZ, HALLE/SAALE

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bundesfalle ohne Speck

Tante Amalie war sichtlich beeindruckt, als sie hörte, daß ich nach Westdeutschland fahren würde. Ich sollte nämlich in Bremerhaven eine Ladung Fischkonserven holen. „Jetzt kannst du dich endlich selbst einmal davon überzeugen, warum unsere Parteien den Anschluß an die Bundesrepublik fordern. Dann hätten wir nämlich in Westberlin die gleichen Preise und die gleichen Löhne wie in Westdeutschland. Dort ist alles viel billiger", triumphierte sie. Und mit gönnerhafter Miene kramte sie aus ihrem Wäscheschrank fünf Westmark hervor. „Hier", sagte sie, „ich fast mitleidig ansehend, „ein kleiner Beitrag zu deiner Reise. Du kannst sicher ein paar Tage davon leben."

★

„Preiswert und reichhaltig essen Sie im Hackerbräu", versicherte mir in Hannover, wo ich zum erstenmal Station machte, ein glaubwürdig aussehender Herr und beschrieb mir den Weg dorthin. Als ich das geräumige Lokal betreten hatte, konnte ich die Gäste an den Fingern einer Hand abzählen. Die Bedienung war weitaus in der Überzahl. Ich wurde wie ein regierender Fürst empfangen. Acht Kellner umringten mich sogleich und gaben mir das Geleit, bis Seine Hoheit, der Gast, einen Platz gewählt hatte. Doch mein knurrender Magen mußte sich vorerst in Geduld fassen. Denn die in Leder gebundene Speisekarte war viele Seiten lang und erforderte angestrengtes Studium, da viele Gerichte fremdklingende Namen trugen, die ich nur mühsam enträtselte. Was mich jedoch am meisten zögern ließ, eine Bestellung aufzugeben, das waren die Zahlen, die hinter den Gerichten standen. Sie bewegten sich zwischen 12 und 40 — Westmark!

Krampfhaft blätterte ich in dem Band hin und her, bis ich endlich einen lose eingelegten Speisezettel entdeckte, dessen Preistabelle etwas niedriger lag. Ich entschied mich schließlich für ein Fleischgericht zu 3,50 DM. Zuzüglich 10 Prozent Bedienung — stand unten auf jeder Seite der Speisekarte. Als ich mein Stück Fleisch und die dazugehörenden zwei Kartoffeln verdrückt hatte, war ich beinahe genau so hungrig wie vorher, aber um 4 DM ärmer. Bei anderen Speisen wäre ich, wie ich mich überzeugen konnte, nicht besser gefahren. Gulasch oder ein unscheinbares, kaum ins Auge fallendes Schnitzel kosteten 3,85 DM — ohne Bedienung natürlich.

„Was verdienen Sie hier eigentlich in der Woche?" — fragte ich einen Mann, der mir auf der Straße vor dem Restaurant begegnete. „25 bis 30 Mark etwa bekomme ich heraus." — „Und wie oft gehen Sie essen?" — war meine nächste Frage. Aber der gute Mann hatte offenbar wenig Verständnis für solche Interviews und ging kopfschüttelnd weiter.

★

... alles viel billiger, alles viel billiger — gehen mir Tante Amalies Worte im Kopf herum. Das billigste Frühstück, das ich mir servieren ließ, kostete trotz seiner Dürftigkeit 2,75 DM, zwei gekochte Eier verringerten meinen Reiseschatz um 1,50 DM, das Viertel der billigsten Leberwurst war nicht unter 70 bis 80 Pfennigen zu haben.

In Hamburg spreche ich mit einem Buttergrossisten. Auf 100 Tonnen Margarine verkauft er durchschnittlich nur fünf Tonnen Butter. Die Westdeutschen essen wieder Margarinebrote. „Zu Butter reicht es nicht", bekomme ich überall zu hören. Bei vielen, sehr vielen übrigens, auch noch nicht mal zu Kartoffeln. Da der Zentner im Westen eine ganze Mark mehr kostet als in der Deutschen Demokratischen Republik, haben Millionen — man denke nur an die große Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter — nicht die Möglichkeit gehabt, sich Vorräte für den Winter einzukellern. Die Bauern, die dringend Geld brauchten, verfüttern die Erdäpfel inzwischen zum großen Teil, um so die Ausgaben für Futtermittel zu sparen. Bald werden daher die Kartoffeln knapp sein und die Preise demzufolge weiter in die Höhe klettern.

★

Was mag nun die allgemeine Ursache der laufenden Preissteigerungen für so gut wie alle Lebensmittel sein? Da sind anderthalb bis zwei Milliarden DM mehr an Besatzungskosten aufzubringen als im Vorjahr. Die Beträge für die Remilitarisierung kommen hinzu. Auch Westberlin bleibt von dieser Ausplünderung nicht verschont. Schon sind die ersten zusätzlichen Regimenter der westlichen Besatzungsmächte in Westberlin eingetroffen. Wer soll das bezahlen? Der geplante Anschluß Westberlins an die sogenannte Bundesrepublik würde für Westberlin eine Senkung der Löhne und Gehälter und ein Ansteigen der Preise auf das westdeutsche Niveau zur Folge haben. Vorläufig stützt man die Westberliner Preise noch etwas, um die Bevölkerung in die Bundesfalle zu locken. Ist sie erst drin, dann wird man ihr nicht mehr mit Speck vor der Nase rumfuchteln.

aka

Amerikanische Ruhr

Kohle ist neben Eisen und Stahl die Grundlage der Rüstung. Von 4,7 auf 6,83 Millionen Tonnen setzte die alliierte Ruhrbehörde die Exportquote für das vierte Quartal 1950 herauf. Im Juli noch war es, wie Bonns Wirtschaftsminister Erhard vor dem Bundestag berichtete, unmöglich, bei der europäischen Kohlenverteilungsstelle in Genf für diese drei Monate auch nur zwei Millionen Tonnen unterzubringen. Als die drei deutschen angeblich gleichberechtigten Vertreter in der Ruhrbehörde gegen den erhöhten Zwangsexport zu den weit unter dem Weltmarkt liegenden Preisen protestierten, wurden sie rücksichtslos überstimmt. Die US-Oberkommission ist allerdings gern bereit, die deutsche „Kohlenlücke" schließen zu helfen — gegen einen Aufpreis von 22 Westmark je Tonne. Dafür erwartet sie, „daß sich die Bundesregierung verpflichtet, Kohle und Stahl in noch größeren Mengen als bisher" für die westeuropäische Rüstung zu liefern.

Demokratie z. d. A.

Der Bonner Bundestag hat eigentlich nur für die diätenempfangenden und Bestechungsgelder einkassierenden Abgeordneten einen Sinn. Sonst ist er gänzlich überflüssig. Diese nicht neue Feststellung bestätigt eine der letzten Ausgaben des Bonner Regierungsanzeigers. Darin kann man aus einer ellenlangen Statistik ablesen, daß im Laufe eines ganzen Jahres sage und schreibe nur drei von insgesamt 140 Gesetzesvorlagen, die dem Bundestag zur Beratung und Beschlußfassung zugeleitet wurden, rechtskräftig geworden sind. Drei von einhundertundvierzig!

Was mit den übrigen geschah? Auch darüber fährt man in Bonn, aus Mangel an nutzbringender Beschäftigung, genauestens Buch. Noch immerhin 20 von den verbleibenden 137 Vorlagen wurden vom Bundestag verabschiedet. Sie konnten aber nicht in Kraft treten, weil sie entweder von den Hohen Kommissaren nicht genehmigt, oder — ihnen von Herrn Adenauer noch gar nicht überreicht worden sind. Bleibt ein „Rest" von 117 Gesetzesvorlagen. Die schlummern sanft in den Aktenstößen der Ausschüsse, zum Teil schon seit Jahresfrist. Darunter befinden sich, mit einer Ausnahme, sämtliche Gesetzesvorlagen — 57 an der Zahl —, die von den Parteien eingebracht wurden. Zu den aufs Eis gelegten Vorlagen der Bundestagsfraktionen gehören unter anderen diese:

Über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb — Über die Abgeltung von Besatzungsleistungen und Besatzungsschäden — Zum Schutze der Mutter — Über die Heimarbeit — Über die Preisgestaltung — Über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung — Zur Wiedergutmachung des Naziunrechts in der Justiz — Zur Neuordnung der Wirtschaft — Über Kinderbeihilfen.

Wie man sieht, ist das Dreigestirn der Hohen Kommissare auf dem Petersberg der Mühe enthoben, allzuviel Gesetze selbst ablehnen zu müssen. Diese Arbeit nimmt ihnen schon die Bundestagsmaschine ab. Sie befördert alles, was den Hohen Kommissaren vielleicht nicht genehm sein könnte, mit Eleganz in den Papierkorb oder z. d. A. (zu den Akten). Was Wunder, daß man in Washington über diese Art von Demokratie des Lobes voll ist.

Noch immer hat man Sorgen

Mitte August wurde das „Gesetz zur Förderung des Handwerks" veröffentlicht. Verschiedene Durchführungsbestimmungen lassen aber auf sich warten. Aus Kreisen des Handwerks erhielten wir Zuschriften, die nachdrücklich auf diesen Mißstand hinweisen.

„Nach dem Erlaß des Steuergesetzes wurde der Entwurf eines Steuertarifs für das Handwerk veröffentlicht, und in der Diskussion, die in Handwerkskreisen darüber geführt wurde, kam zum Ausdruck, daß der neue Tarif zum Teil unbillige Härten für die Handwerker mit sich bringt. Dieser Entwurf ist offensichtlich zurückgezogen worden. Ich habe nun den Eindruck, als ob an einem neuen Steuertarif für das Handwerk nicht mehr gearbeitet wird und die ganze Sache eingeschlafen ist", schreibt uns ein Möbeltischler aus Erfurt.

Diese und ähnliche Bedenken kehren in fast allen übrigen Zuschriften wieder.

Wir haben daraufhin den zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium für Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik befragt, wie es eigentlich mit den Durchführungsbestimmungen stehe. Herr Sandig erklärte uns, daß der neue Steuertarif noch in diesem Jahr verabschiedet werden würde. Die Verzögerung sei dadurch eingetreten, daß dieser Tarif auf Grund der Einwände seitens des Handwerks sehr stark differenziert werden mußte. Die zum Teil recht unterschiedlichen Arbeitsbedingungen von etwa 90 Handwerksberufen wollten sorgfältig berücksichtigt sein. Weitere Schwierigkeiten seien dadurch aufgetreten, daß auch die Brauer und Müller wünschen, in diesen Tarif aufgenommen zu werden, obwohl bei diesen stark mechanisierten Berufen nicht, wie sonst üblich, die Arbeitsleistung der Steuerbemessung zugrundegelegt werden kann.

★

Das „Gesetz zur Förderung des Handwerks" sieht die steuerliche Begünstigung der Handwerksgenossenschaften vor. Allein auch hier ist zuviel Zukunftsmusik. Die Arbeit befindet sich erst im Anfangsstadium, und mit der Inkraftsetzung eines neuen Tarifs für die Genossenschaften kann vorläufig nicht gerechnet werden. — erfahren wir: Das klingt nicht sehr fröhlich.

★

In verschiedenen uns zugegangenen Schreiben wurde auch die teilweise unzureichende Materialversorgung bemängelt. Herr Wildt, der Leiter der Abteilung Handwerk im Ministerium für Schwerindustrie der Deutschen Demokratischen Republik versicherte uns, daß hier für das nächste Jahr eine Besserung zu erwarten sei. Das produzierende Handwerk wird bereist für das erste Jahr des Fünfjahrplanes mit einer eigenen Kontrollziffer in den Plan aufgenommen und kann dementsprechend mit Materiallieferungen durch die Landesregierungen rechnen. Die für 1951 vorgesehene handwerkliche Produktion wird wesentlich höher liegen als bisher, und es sei kein Zweifel, daß das Handwerk in der Periode des Fünfjahrplans einen weiteren Aufschwung nehmen wird.

★

Die Handwerker vertreten zu Recht die Auffassung, daß die Arbeiten an der Durchführung des Handwerker-Gesetzes nicht mit dem nötigen Tempo betrieben werden. Auch die Länderregierungen haben bei weitem nicht alles getan, um eine möglichst volle Ausnutzung der Kapazitäten des Handwerks herbeizuführen und um örtliche Reserven zu erschließen, aus denen das Handwerk mit Reparaturmaterialien versorgt werden kann. Aus welchem Grunde übrigens die Abteilung Handwerk zum Ministerium für Schwerindustrie gehört, wird für jeden Durchschnittsbürger unerfindlich bleiben, und wir meinen, daß eine richtige organisatorische Einordnung in den Regierungsapparat dringend erforderlich ist.

„Die Regierung wird von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen täglich beweisen", erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl in der Regierungserklärung. Wie unsere Erkundigungen ergeben haben, sollten nicht nur die betreffenden Verwaltungsstellen, sondern auch die mitarbeitenden Vertreter des Handwerks diese Worte beherzigen.

Reis aus China

Das erste Schiff mit einer Ladung von 9000 Tonnen Reis, Sojabohnen und anderen chinesischen Produkten verläßt in diesen Tagen den Hafen Taku-Bar. Die Waren werden im Rahmen des am 10. Oktober 1950 geschlossenen Handelsabkommens der Deutschen Demokratischen Republik mit der Volksrepublik China geliefert.

Das Abkommen übertrifft dem Umfang nach alle früher zwischen Deutschland und China abgeschlossenen Verträge. Die Deutsche Demokratische Republik wird an China vor allem Erzeugnisse des Schwermaschinenbaues und der Leichtindustrie liefern und dafür Reis und Sojabohnen, aber auch Seide und viele andere Produkte erhalten.

Mehr Tabak in Sicht

DIE TABAKEINFUHREN aus der Sowjetunion und den Volksdemokratien werden den Betrieben der VVB Tabak gestatten, ihre Produktion im Rahmen des Fünfjahrplanes zu verdreifachen.

INDIEN HAT MEHR Getreideanbauflächen, als jedes andere Land der Welt, muß aber zurzeit 3,5 Millionen Tonnen Getreide einführen. Indien ist eines der größten Baumwollländer; es mußte trotzdem 1949 für 75 Millionen Pfund Sterling Baumwolle einführen. Die indische Bevölkerung hat einen Bekleidungs„standard", der um die Hälfte niedriger ist als der der Goldküste (nach Angaben des britischen „Economist").

ENGLAND MUSS, wie die britische Regierung bekanntgab, für 40 Millionen Dollar Kohle von den USA kaufen, um im kommenden Winter eine Brennstoffkrise zu vermeiden. — England war einmal ein bedeutendes Kohlenexportland.

800 000 TONNEN GETREIDE wird die Sowjetunion an England liefern. Diese Meldung hat bei den am Osthandel interessierten Firmen großes Aufsehen erregt. Sie weisen darauf hin, daß diesen Lieferungen selbstverständlich entsprechende Gegenlieferungen gegenüberstehen werden, während die westdeutsche Wirtschaft am Handel mit dem Osten gehindert wird.

IN SACHSEN-ANHALT übertraf das Ergebnis des zweiten Hauptsammeltages für Buntmetalle und Schrott das des ersten bei weitem. Im Kreis Weißenfels wurden rund 10 000 kg, im Kreis Halle, in Köthen, Wernigerode und Magdeburg zwischen 4000 bis 7000 kg gesammelt.

EINSPARUNGEN von insgesamt nahezu anderthalb Millionen DM ergeben sich aus den Aktivistenplänen und Verbesserungsvorschlägen der Werktätigen in der Filmfabrik Agfa-Wolfen, im Stickstoffwerk Piesteritz, im Dieselmotorenwerk Böhlitz-Ehrenburg und im Elektromotorenwerk Hartha.

ZU EHREN des Geburtstages von Generalissimus Stalin verpflichtet sich die Belegschaft der MAS Groß-Lübars (Kr. Burg); 250 ha Ackerland über das Plansoll hinaus zu pflügen.

DIE BEVÖLKERUNG auf dem Lande soll mit den neuesten Erkenntnissen der agrobiologischen Forschung vertraut gemacht werden. Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in Thüringen führt dazu eine Reihe von achttägigen Kurzlehrgängen durch.

DER BANKNOTENUMLAUF in der Deutschen Demokratischen Republik verringerte sich in der zweiten Novemberdekade um 96 Millionen DM auf 3225 Millionen DM.

EINE BAUERNMESSE wird am 2. und 3. Dezember in Fürstenberg/Oder durchgeführt. Die Messe gibt allen Besuchern Gelegenheit, HO-Waren und landwirtschaftliche Geräte zu besonders günstigen Bedingungen zu kaufen. Für den Transport der Messebesucher haben die MAS des Kreises Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

PRÄMIEN IM WERTE von 6200 DM erhielten Erfinder des Elektropreßwerkes Luckenwalde für wertvolle Verbesserungsvorschläge. 2500 DM erhielt der technische Leiter des Betriebes, Richnow, für eine neue Konstruktion. Mit einer Prämie von 3700 DM wurden der Ingenieur Rogge und der Werkleiter des Preßwerkes, Samara, ausgezeichnet.

IN RUMÄNIEN erhielten durch die Bodenreform über 800 000 werktätige Bauern 1,1 Million ha Land zusätzlich. 400 000 neue Wirtschaften konnten dadurch eingerichtet werden.

ÜBER DIE MONOPOLISIERUNG in den USA wird berichtet, daß in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 37 kleine und mittlere Banken in den Besitz der Großbanken übergegangen sind.

DER MAS PUCHOW gelang es trotz mancher Schwierigkeiten, aus eigener Kraft ihre Feldarbeitsverträge nahezu zu erfüllen und die Transport- und Druschpläne überzuerfüllen. Die Belegschaft der MAS hat sich durch diese hervorragenden Leistungen an die Spitze aller Maschinenausleihstationen des Landes Mecklenburg gestellt.

AGROSTÄDTE erstehen in zwanzig Großkolchosen der Bjelorussischen SSR. Die Stadt Lukoml im Gebiet von Witebsk wird sich beiderseits des Flusses Lukoml erstrecken. In ihrem Zentrum werden das Haus des Dorfsowjets, ein Kulturhaus, eine Schule, ein Lichtspieltheater, ein Kaufhaus und die Post erbaut. Die Stadt wird von einem Gürtel von Gärten umgeben. An den Ufern des Flusses ist die Anlage einer Wassersportstätte, eines Stadions, eines Kraftwerks und eines Wasserwerks vorgesehen.

DURCH DIE BILDUNG von 125 Arbeitsbrigaden gelang es dem Braunkohlenbergwerk Golpa, sich im dritten Quartal 1950 an die Spitze aller Bergwerke des Bitterfelder Braunkohlenreviers zu stellen. Die Kumpels erreichten eine Sollerfüllung von 110,2 Prozent im Abraum und 106,4 Prozent in der Kohlenförderung.

DIE KOHLENFÖRDERUNG erreichte in der Ungarischen Volksrepublik einen bisher nicht gekannten Umfang. Trotzdem genügt sie nicht den Anforderungen und soll daher im Jahre 1951 um 25 Prozent gegenüber 1950 gesteigert werden.

LOHNERHÖHUNGEN fordern 16 Eisenbahnergewerkschaften in USA, bevor die Regierung Maßnahmen zur Kontrolle und Beibehaltung den weit unter den Lebenshaltungskosten liegenden Minimallöhne trifft.

DIE GEWINNE der amerikanischen Eisenbahngesellschaften steigen rapide an. Die Texas & Pacific Railway Co. rechnet für das Jahr 1950 mit einem Reingewinn von über 7 Millionen Dollar; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine dreißigprozentige Steigerung.

Marlies hat was gewonnen!

Marlies gehört zu den vielen Kindern, die uns auf unser Kinder-Preisausschreiben in Nr. 47 unserer Zeitung „Deutschlands Stimme" gleich geantwortet haben. Sie hat ein paar schöne Verse zur Buntmetallsammlung geschrieben und bekommt auch gleich ein Honorar für ihr gutes Gedicht:

Seh ich dies Jahr den Weihnachtsmann
mit seinen guten Gaben,
da geh ich einfach zu ihm ran.
Ich muß ihm etwas sagen.

Er soll uns Kindern nimmermehr
die Bleisoldaten bringen,
auch keinen Panzer, kein Gewehr,
nichts mehr von diesen Dingen!

Denn diese sind aus Buntmetall
und dienen nur dem Kriege,
wir Kinder wollen überall,
daß doch der Friede siege!

Wir brauchen unser Buntmetall
bestimmt zu andern Zwecken,
als daß es unter Rauch und Knall
nur Leid bringt — und mir Schrecken!

Gefällt euch das Gedicht nicht auch? Solche selbstverfaßten Verse, kleine Geschichten und Zeichnungen zur Buntmetallsammlung wollten wir von unseren Jungen Pionieren und Schulkindern haben. Gute Einsendungen, die wir veröffentlichen, werden honoriert, und außerdem sind noch folgende Preise ausgesetzt:

Ein Akkordeon, ein Fotoapparat,
drei Armbanduhren und zehn Preise im Werte von je fünfzig Mark!

Wir haben den Termin noch verlängert, damit sich recht viele Kinder beteiligen können. Steckt eure Verse, Geschichten und Zeichnungen, die sich aber alle mit der Buntmetallsammlung befassen müssen, in einen Umschlag und schreibt darauf: „Kinder-Preisausschreiben" An die Redaktion „Deutschlands Stimme", Berlin W 8, Thälmannplatz 8/9. Nach dem 6. Dezember dürft ihr aber nichts mehr abschicken! Und nun: Ran an die Arbeit!

Ihr könnt noch mitmachen!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

WELTMACHT DES FRIEDENS IV

1927: Moskau fordert volle Abrüstung

Die Prager Vorschläge seien ein „Propagandamanöver", erklärte Amerikas Außenminister Dean Acheson unmittelbar nach der Veröffentlichung des Prager Kommuniqués vom 21. Oktober 1950. „Verborgene Motive" hätten der Sowjetunion den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung eingegeben, und ihre Vorschläge seien für den „Mann auf der Straße" bestimmt, behauptete im März 1928 ein gewisser Lord Cushendun, damals britischer Delegierter in der vorbereitenden Kommission für die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz. Die von den Außenministern der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik in Prag ausgearbeiteten Vorschläge zur Sicherung des Friedens und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sind heute jedem bekannt, die großen internationalen Konferenzen der zwanziger Jahre dagegen fast völlig in Vergessenheit geraten. Es lohnt sich, sich ihrer zu erinnern.

Es ging damals um die Abrüstung. Wer sich nach dem ersten Weltkrieg der Illusion hingegeben hatte, nun würde ein Zustand der Ruhe und des Friedens herrschen, sah sich bald getäuscht. Nach wie vor wurden in vielen Fabriken Granaten gedreht, und die Ausgaben für Rüstung und Streitkräfte nahmen einen überaus großen Teil der Staatsmittel in Anspruch. Zwar enthielt der Versailler Vertrag eine Bestimmung, daß der Abrüstung Deutschlands eine allgemeine Abrüstung folgen solle, aber sie blieb auf dem Papier stehen, ohne daß man den Versuch machte, sie in die Tat umzusetzen. Schließlich war die Aufrüstung ein großes Geschäft, und die in den Jahren des ersten Weltkrieges verwöhnten Millionäre der internationalen Rüstungsindustrie sahen hier eine Möglichkeit, den aus dem großen Völkermord geschöpften Gewinnen neue hinzuzufügen.

In den internationalen Kapitalisten- und den entsprechenden Regierungskreisen hatte man noch immer nicht die Hoffnung aufgegeben, das in den Jahren 1917 bis 1921 mißglückte Interventionsabenteuer gegen die Sowjetunion bei passender Gelegenheit mit besserem Erfolg wiederholen zu können. Europa starrte in Waffen, obwohl man vorsorglich und zur Beruhigung der Völker die bezahlte Presse anwies, pazifistische Propaganda zu treiben. Dazu gehörte auch eine Kampagne für eine allgemeine oder wenigstens teilweise Abrüstung.

Auf der sechsten Tagung des Völkerbundes wurde am 25. September 1925 eine Resolution angenommen, die die Vorbereitung einer internationalen Konferenz über die Herabsetzung der Rüstungen vorsah. Neben den Völkerbundstaaten sollten auch die Nichtmitglieder, die USA und die Sowjetunion, eingeladen werden. Im Mai 1926 begann die vorbereitende Kommission ihre erste Tagung. Die deutschen Vertreter erklärten gleich zu Anfang der Konferenz, daß — wenn man sich nicht einigen könne — Deutschland gestattet werden müsse, wiederaufzurüsten. Frankreich schlug vor, eine internationale Armee zu schaffen. Lord Cecil, der Vertreter Englands, meinte, man müsse die Rüstungen herabsetzen, die wirtschaftlichen Ressourcen — sprich Kriegskapazität — eines Landes dürften jedoch nicht beeinträchtigt werden.

Das waren merkwürdige Töne für eine Konferenz, die sich mit der Abrüstung beschäftigen sollte. Ihr Erfolg war dementsprechend. Die ersten drei Tagungen endeten mit der Abfassung eines Entwurfs für eine sogenannte Abrüstungskonvention, die vorsah, daß es jedem Staat gemäß seiner Lage und seinen internationalen Verträgen überlassen bleiben sollte, die Höhe seiner Rüstungen selbst zu bestimmen. Das war praktisch — nichts.

Die Sowjetunion hatte an den ersten drei Tagungen der vorbereitenden Kommission nicht teilgenommen. Als Tagungsort war Genf bestimmt worden; die Sowjetunion unterhielt jedoch wegen der Ermordung ihres Diplomaten Worowski im Jahre 1923 mit der Schweiz keine Beziehungen. Erst als die Regierung der Schweiz sich in aller Form entschuldigte, erschien eine sowjetische Delegation im November 1927 in Genf.

Auf Grund ihrer Erfahrungen hätte die Sowjetunion allen Grund gehabt, westlichem Pazifismus gegenüber sehr mißtrauisch zu sein; dennoch stimmte sie einer internationalen Abrüstung zu. Die sozialistische Wirtschaft, die ausschließlich die Erschließung des riesigen Landes und die Ausnutzung seiner Bodenschätze, Energiequellen und Arbeitskraft zum Zweck der Verbesserung des Lebens der Bevölkerung zum Ziel hat, rechnete in dieser Zeit mit jeder Tonne Stahl und mit jedem Kilowatt elektrischer Energie. Die Sowjetunion war von Feinden umgeben — diese Feststellung konnte sie schon beim Studium der Weltpresse täglich machen —, und die Unterhaltung und Ausrüstung einer genügend starken Streitmacht zur Sicherung ihres Landes war eine Notwendigkeit.

Aber die Sowjetregierung empfand jedes Stück Metall, das sie nicht zum Bau von Traktoren, sondern zur Herstellung von Panzern verwenden mußte, jeden Menschen, der unter Waffen stehen mußte und nicht an eine friedliche Arbeit gehen konnte, als einen Verlust für ihren sozialistischen Aufbau. Deshalb nahm sie den Gedanken einer allgemeinen Abrüstung von Anfang an sehr ernst und unterbreitete in Genf entsprechende Vorschläge.

Sie regte an, das gesamte Personal der Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu entlassen, Munitions- und Waffenvorräte zu vernichten, die Militärdienstpflicht aufzuheben, Rüstungsbetriebe zu schließen und im übrigen keine Mittel mehr im Staatshaushalt für militärische Zwecke bereitzustellen. Die sowjetische Delegation, die von M. Litwinow geführt wurde, legte dieser vorbereitenden Kommission als erste Macht einen Plan vor, den man tatsächlich als Abrüstungsplan bezeichnen konnte.

Während die Sowjetdelegation von Arbeiterparteien und Gewerkschaften, bürgerlich-pazifistischen Vereinen, anderen Organisationen wie auch Einzelpersonen Briefe und Telegramme der Begrüßung und der Zustimmung zu ihren Vorschlägen erhielt, begann auf der Konferenz selbst die Torpedierung dieses Projektes von seiten derjenigen, die mit viel Lärm diese Konferenz gefordert hatten. Jahrelang hatte man in Europa wie in Amerika in Hunderten von Artikeln und Broschüren die „rote Kriegsmaschine" beschrieben und damit die eigene Kriegsvorbereitung zu rechtfertigen versucht. Jetzt, wo die Vertreter dieses Staates, der angeblich eine solche Kriegsmaschine unterhielt, die Vernichtung aller Kriegsmaschinen vorschlug, sagten sie nein.

Paul Boncour, der Vertreter Frankreichs, erklärte ironisch, die Sowjetunion kenne sich in diesem „komplizierten" Problem der Abrüstung noch nicht aus. Eine solche vereinfachte Behandlung der Abrüstungsfrage könne man nicht vornehmen. Die Vertreter Deutschlands, denen es von Anfang an nicht um eine Abrüstung, sondern um eine gleichberechtigte Aufrüstung Deutschlands ging, hatten ebenfalls kein Interesse, den sowjetischen Vorschlag zu fördern. England schließlich, das damals glaubte, in Europa eine Führerstellung für sich beanspruchen zu können, gab durch die Worte des Lord Cushendun zu verstehen, welche Auffassung es von einer wirklichen Abrüstung hegte. Holländische und belgische Delegierte behaupteten, es bestünde die Gefahr innerer Unruhen und Revolutionen, und deshalb sei der Sowjetvorschlag nicht annehmbar. Mit der Begründung, die vorbereitende Kommission sei nur befugt, eine teilweise Abrüstung zu diskutieren, wurde der sowjetische Vorschlag vertagt.

So endeten alle Verhandlungen ergebnislos, einfach, weil die Westmächte an einer Abrüstung nicht interessiert waren. Was Lord Cecil, der auf den vorbereitenden Tagungen England vertreten hatte und dann sein Amt niederlegte, weil er ständig Direktiven erhielt, die eine sachliche Arbeit oder gar eine Einigung unmöglich machten, bei seinem Rücktritt prophezeit hatte: trat ein: bevor die auf der 6. Völkerbundtagung geforderte internationale Abrüstungskonferenz zusammentrat, brach ein neuer Krieg aus. Am 19. September 1931 überfiel Japan die Mandschurei und trat damit praktisch in den Kriegszustand mit China.

Was nützte nun noch eine internationale Konferenz über die Frage der Abrüstung, die tatsächlich dann am 2. Februar 1932 in Genf zusammentrat, wenn auch jetzt die Vertreter der Westmächte ihre Haltung nicht änderten? Frankreich kam wiederum mit dem Vorschlag der Schaffung einer internationalen Armee, Deutschland verfocht die These von einer gleichberechtigten Aufrüstung, die man ihm gestatten müsse, und verlangte eine Revision der entsprechenden Klauseln des Versailler Vertrages. Die Hauptsorge der englischen Delegation aber war, die japanischen Delegierten um keinen Preis durch zu radikale Abrüstungsforderungen zu verstimmen, denn der Krieg in Ostasien hatte sich bereits als ein glänzendes Geschäft für die englische Rüstungsindustrie erwiesen.

So stand die Sowjetdelegation, die ihre Vorschläge einer radikalen Abrüstung erneuerte, wiederum allein vor einer Mauer bewußter Sabotage der Abrüstung.

Man schrieb das Jahr 1932, und in Deutschland bereitete sich die faschistische Nazipartei zur Machtübernahme — und zum antisowjetischen „Kreuzzug" — vor. Das Verhängnis nahm seinen Lauf. **Horst Schötzki**

Depression über dem Atlantik

Am 24. November unternahm General MacArthur zu einem Zeitpunkt, da es die Welt am allerwenigsten erwartet hätte, eine neue Offensive gegen die koreanische Volksarmee. Alle verfügbaren Truppen, 100 000 Mann, setzte er ein, und er flog persönlich nach Korea, um den Beginn der Operation zu leiten. Großspurig kündigte er an, dies sei die Endphase des koreanischen Krieges, die Volksarmee samt den chinesischen Freiwilligen würde bald, soweit sie nicht der Vernichtung anheimfalle, jenseits der mandschurischen Grenze sein, und die unter seinem Befehl stehenden Soldaten könnten das Weihnachtsfest mit ihren Familien feiern.

Fast gleichzeitig mit MacArthurs bombastischer Ankündigung erschien ein Aufruf der Vaterländischen demokratischen Front Koreas, worin erklärt wurde, der Rückzug der koreanischen Truppen bedeute keineswegs eine Niederlage und diene der Vorbereitung eines Gegenangriffs, durch den den amerikanischen Aggressionsarmeen der entscheidende Schlag zugefügt werden würde.

Im ersten Angriff rückten die Amerikaner und ihre südkoreanischen Söldner-Divisionen weiter gegen die mandschurische Grenze vor, doch dauerte es keine 24 Stunden, und sie mußten nicht nur das gewonnene Gelände aufgeben, sondern sich noch erheblich hinter ihre früheren Stellungen zurückziehen. „Die Situation sei sehr ernst", hörte man jetzt aus Tokio ...

MacArthurs abenteuerliche Offensive war wieder einmal ein Versuch des ungeduldigen alten Generals, durch vollendete militärische Tatsachen in die Weltpolitik einzugreifen. Als ob er fürchtete, die langfristige Konzeption Washingtons für den dritten Weltkrieg könnte zu seinen Lebzeiten nicht mehr zur Reife kommen.

Labour-Abgeordnete rebellieren

In den letzten 14 Tagen hatte die politische Spannung fühlbar nachgelassen. Sowohl in der amerikanischen Presse wie in amtlichen amerikanischen Erklärungen wurden Bedenken hinsichtlich der Folgen einer Ausbreitung des Korea-Konfliktes geäußert, und in Westeuropa war die politische Stimmung entscheidend durch die Prager Beschlüsse und die neuen Vorschläge der Sowjetunion an die Großmächte beeinflußt worden.

Besonders deutlich sprach man sich in Frankreich zugunsten neuer Besprechungen der Außenminister der vier Großmächte aus, und in England bildete sich innerhalb der regierenden Labour-Party eine ausgesprochene oppositionelle Gruppe, die gegen Bevins amerikahörige Politik Opposition macht. In einer Woche ist sie sprunghaft von 22 auf 40 und dann auf 76 Abgeordnete angewachsen. Im Oberhaus vertritt der Führer der Konservativen, Lord Salisbury, eine ähnliche Politik. Diese Gruppen verlangen eine Debatte über Englands Chinapolitik und eine eindeutige Erklärung der Regierung über die Frage einer Viermächtekonferenz.

„Endloser und nutzloser Krieg"

Außer der immer kleiner werdenden Gruppe der rabiaten Sowjetgegner um Churchill und Lord Vansittart gibt es kaum noch Politiker in England, die nicht für die unverzügliche Zulassung der Volksrepublik China als vollberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen eintreten. „Wenn sich der Sicherheitsrat nicht zu einer konstruktiven Politik gegenüber China entschließt", schrieb die Wochenzeitung „The New Statesman and Nation" am 18. November, „so laufen wir Gefahr, zusammen mit amerikanischen und Commonwealth-Truppen in einen endlosen und nutzlosen Krieg in den Bergen von Nordkorea verwickelt zu werden." Das Blatt klagte MacArthur offen an, durch sein Vorgehen China provoziert zu haben. „Nachdem MacArthur", so heißt es in dem Artikel, „entgegen den erhaltenen Befehlen und unter Bruch aller den Chinesen gegebenen Versicherungen über den Chong-Chon-Fluß vorgestoßen ist, kann man es verstehen, daß die Chinesen sich nicht nur fragen, ob ihre lebenswichtigen Kraftwerke am Jalu-Fluß sicher sind, sondern daß sie auch nicht glauben, daß der amerikanische General die mandschurische Grenze respektieren werde."

Allgemein ist die Beunruhigung in den amerikanischen Satellitenländern über diese Aktionen des alten Generals. So schrieb die der französischen Regierung nahestehende Zeitung „L'Aube" am Tage nach dem Beginn der Offensive:

„Es überrascht, eine Offensive gerade dann zu beginnen, wenn die chinesische Delegation in Lake Success eintrifft und Großbritannien versucht, Peking über die Absichten der Vereinten Nationen zu beruhigen. Dieser ‚Krieg' zwischen den militärischen und diplomatischen Fronten ist nicht gerade wünschenswert. Es ist möglich, daß General MacArthur von sich aus die Initiative zu dieser Offensive ergriff, ohne das amerikanische Außenministerium vorher zu verständigen. Er wollte wohl die Vereinten Nationen vor vollendete Tatsachen stellen."

Die Besorgnis vor einem „endlosen und nutzlosen Krieg in den Bergen von Nordkorea" übte ihren wohltätigen Einfluß auch auf die Vollversammlung und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Stillschweigend nahm man die Erklärung der chinesischen Volksregierung zur Kenntnis, daß sie nicht daran denke, sich gegen MacArthurs Anschuldigung über eine angebliche chinesische Aggression in Nordkorea zu rechtfertigen und stimmte zu, daß umgekehrt die Anklage gegen Amerika wegen seiner aggressiven Handlungen in Nordkorea unter Teilnahme von Delegierten der Volksregierung behandelt werde.

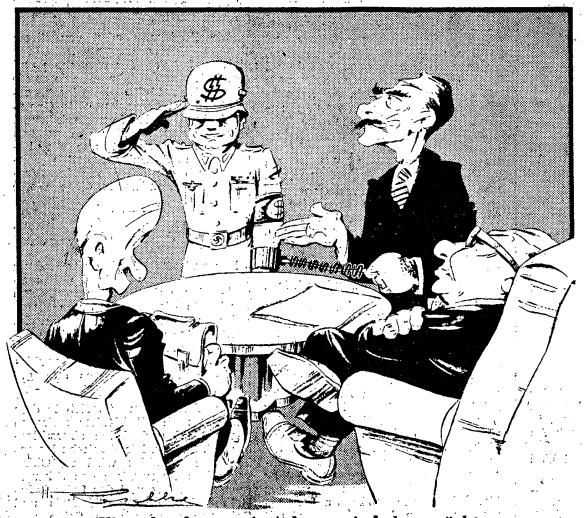
Verwirrung im State Departement

So lagen die Dinge, als MacArthur seine neue provokatorische Offensive begann. Er dürfte annehmen, daß die Machtverhältnisse in Amerika selbst für seine abenteuerlichen Pläne gegenwärtig besonders günstig liegen. Nach dem Wahlerfolg der Republikaner ist in Washington lähmende Verwirrung auf dem Gebiet der Außenpolitik eingetreten. Wenn man in den ersten Tagen nach der Wahl glaubte, Truman werde seine Außenpolitik weiter auf eine, wenn auch zusammengeschmolzene Mehrheit im Kongreß stützen können, so rechnen amerikanische Zeitungen heute aus, daß es in Wirklichkeit seine Gegner sind, hinter denen außenpolitischen Zielen eine klare Mehrheit steht. Mit Senator Taft, der ein geschworener Feind der Politik von Truman und Acheson ist, geht nicht nur die überwiegende Mehrheit der Republikanischen Partei, sondern auch eine unter der Führung des Senators Byrd stehende ansehnliche Gruppe der reaktionären Demokraten aus den Südstaaten.

„New York Herald Tribune" zitiert in ihrer Ausgabe vom 17. November die Stellungnahme Tafts und Byrds in den entscheidenden außenpolitischen Fragen und meint, daraus könne man „verhängnisvolle Schlußfolgerungen" auf ihre künftige Haltung ziehen. Taft stimmte seinerzeit wohl für das sogenannte europäische Hilfsprogramm, aber gegen den Atlantikpakt, gegen das militärische Programm und gegen Trumans Vier-Punkte-Programm über Investitionen in rückständigen Gebieten, und er war fast immer an der Seite derer zu finden, die für Kürzungen an den Dollarzuwendungen für ausländische Staaten eintraten. Byrd stimmte in der gleichen Weise wie Taft, und im Jahre 1948 sogar gegen Lieferungen an Griechenland und die Türkei sowie gegen die Flüssigmachung der Marshallplan-Gelder für das nächste Jahr. Das Blatt sagt voraus, daß die amerikanische Politik in den kommenden zwei Jahren, das heißt bis zur nächsten Präsidentschafts- und Kongreßwahl, „geradezu unerträglichen Spannungen ausgesetzt sein wird". Aus diesen Spannungen glaubt MacArthur profitieren zu können und heute noch weniger als früher zu riskieren, wenn er im Fernen Osten schaltet und waltet, wie es ihm beliebt.

„Wenn nicht mit euch ..."

Soweit die amerikanische Politik selbst in Frage kommt, mag er recht haben. Doch heute gestaltet sich die Geschichte nicht mehr nach dem Wunsch und Willen machthungriger imperialistischer Kräfte. Der französische Delegierte Yves Farge, der auf dem Warschauer Weltfriedenskongreß die Schaffung des Friedensrates und die Aufsetzung eines Friedensstatuts vorschlug, erklärte, man werde den Regierungen, die sich Aktionen zur Sicherung des Friedens entgegenstellen, kurz und bündig erklären: Wenn nicht mit euch, dann gegen euch! Und so wird es sein. Die Völker werden den Frieden erkämpfen, wenn nicht mit ihren Regierungen, dann gegen sie.



Viererkonferenz wie Acheson sie haben möchte

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

9/10. Dezember 1950 W
3. Jahrg. · Nr. 49 · Preis 20 Pf.

Deutschlands STIMME

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Kirchenpräsident NIEMÖLLER:

„Ich entziehe mich grundsätzlich keinem Gespräch mit deutschen Menschen, weder im Westen noch im Osten, auch nicht wegen einer irgendwie so oder so gearteten Parteizugehörigkeit."

Verständigung der Deutschen!

In seiner Regierungserklärung vor der neugewählten Volkskammer kündigte Ministerpräsident Otto Grotewohl an, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Sinne der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz Schritte zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unternehmen werde. Dem Wort ist nunmehr die Tat gefolgt. Die Überreichung des Briefes des Ministerpräsidenten an Dr. Adenauer erfolgte in einem Zeitpunkt erneuter höchster politischer Spannung, die durch MacArthurs mißglückte Offensive gegen die Mandschurei und Trumans Drohung mit der Atombombe ausgelöst wurde.

In den Kriegsplänen Amerikas spielt Westdeutschland eine ebenso wichtige Rolle im Westen des eurasiatischen Kontinents wie Korea und die Mandschurei im Fernen Osten, ja es besteht die Gefahr, daß sich nach dem Zusammenbruch des koreanischen Abenteuers das Schwergewicht der amerikanischen Kriegspolitik auf den atlantischen Raum verlagern wird.

Gewiß bemühen sich die Regierungen der westeuropäischen Staaten, als deren Sprecher der britische Ministerpräsident Attlee zu Truman nach Washington geflogen ist, Amerika zu einer „Mäßigung" seiner fernöstlichen Politik zu veranlassen; man darf ihre Initiative jedoch nicht mißverstehen. Sie haben auf den Krieg ebenso wenig verzichtet wie Amerika selbst, doch wollen sie ihn erst haben, wenn sie voll gerüstet sind. Wenn sie sich jetzt von MacArthur und Truman in ein chinesisches Abenteuer hineinreißen lassen, fürchten sie, daß sie ihre militärische Macht verzetteln und praktisch nie dazu kommen, sie dort einzusetzen, wo sie sie einsetzen möchten.

Gegenstand der Washingtoner Beratungen war darum nicht nur die Lage im Fernen Osten, sondern — und zwar mit Vorrang — die Frage der beschleunigten Aufrüstung der atlantischen Staaten. Hier aber spielt die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee eine entscheidende Rolle. Ohne westdeutsche Beteiligung gibt es keinen Krieg im Westen.

In der richtigen Erkenntnis dieser Tatsache haben die Außenminister der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratien auf ihrer Prager Konferenz ihre Vorschläge ausgearbeitet. Ein wiedervereinigtes, demokratisches Deutschland wäre ein entscheidender Friedensfaktor nicht nur im europäischen, sondern im Weltmaßstab. Die Sowjetunion hat sich im Sinne der Prager Beschlüsse mit einer Note an die Großmächte gewandt, doch enthebt uns diese auf internationaler Ebene eingeleitete Aktion nicht der Verpflichtung, auch unsererseits aktiv einzugreifen. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist schließlich in erster Linie Sache der Deutschen, und damit sie zustandekomme, müssen sich Deutsche an einen Tisch setzen.

Als Reaktion auf MacArthurs und Trumans mörderische Provokation ist überall in der Welt eine neue Stärkung des Friedenslagers festzustellen, und wir sind sicher, daß die Initiative unserer Regierung in diesem Lager in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt wird. Nirgends wird die Bedeutung der deutschen Einheit für den Weltfrieden unterschätzt. In England ist die Gruppe um Richard Crossman, den Herausgeber der einflußreichen politischen Wochenzeitung „The New Statesman und Nation", offen mit der Forderung hervorgetreten, mit der Sowjetunion im Interesse einer vollständigen deutschen Abrüstung ein Abkommen zu schließen. Sie verlangt die Rückkehr zu den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens.

Rückkehr zu Potsdam: das ist und bleibt die einzige Grundlage der Lösung des deutschen Problems und der Sicherung des europäischen und des Weltfriedens. Das Potsdamer Abkommen war in allen diesen Jahren die Richtschnur allen Handelns auf unserer Seite, und im Geiste des Potsdamer Abkommens hat sich Ministerpräsident Grotewohl an Dr. Adenauer gewendet. Die Westmächte, die unter der Führung Amerikas das Potsdamer Abkommen zerrissen haben, haben sich mit dieser ihrer Politik als Feinde des deutschen Volkes betätigt.

Sie haben in Westdeutschland vollendete Tatsachen geschaffen und hofften, damit einen unhaltbaren Riß mitten durch die deutsche Nation aufgetan zu haben.

Es liegt am deutschen Volk, diesen Riß zu heilen. Kein Deutscher erkennt ihn an. Wir wollen wieder eine einheitliche Nation in einem einheitlichen, demokratischen, friedlichen Staat sein, und was immer auf der anderen Seite der Zonengrenze geschehen ist, was immer dort über uns gesagt wurde — es kann uns angesichts der drohenden Kriegsgefahr und des drohenden Verhängnisses für die ganze deutsche Nation nicht beeinflussen. Ob es Dr. Adenauer oder sonst jemand ist, wir setzen uns mit jedem Deutschen zusammen, der als Repräsentant des Westens mit uns über die Lösung unserer brennenden nationalen Lebensfragen zu verhandeln wünscht.

Wir wissen uns in dieser unserer Haltung eins mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes, und wir sind sicher, daß der entschlossene Wille dieses Volkes, über alle Hindernisse und Hemmungen hinweg wieder ein einheitliches deutsches Vaterland zu besitzen und in diesem Lande ein Leben des Friedens und des Wohlstandes zu führen, sich als die entscheidende historische Kraft erweisen wird.

Dieser Wille aber hat sich gerade in der letzten Zeit wieder in dem einhelligen Widerstand der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung in aller Welt deutlich manifestiert. Er hat, wie nicht anders zu erwarten war, neuen Auftrieb erhalten durch die Nachricht von dem Schritt unserer Regierung. Zweifellos gibt die „Frankfurter Neue Presse" die Stimmung der westdeutschen Bevölkerung richtig wieder, wenn sie schreibt: „Nichts wäre im Augenblick des gegenwärtigen Höhepunktes des kalten Krieges falscher als ein Gespräch — und sollte es nur ein mikroskopisches Ausmaß an Friedenschancen zeigen — abzulehnen oder durch vorherige Bedingungen auch nur zu erschweren. Die Bonner Regierung sollte den Verhandlungstisch aufsuchen."

Wir meinen, daß die Friedenschancen durchaus nicht von mikroskopischem Ausmaß sind. Sie werden größer sein als je, sobald sich Deutsche mit Deutschen nur einmal an den Verhandlungstisch gesetzt haben. Niemand könnte die Verantwortung auf sich nehmen, ein solches Gespräch scheitern zu lassen, weil niemand die Verantwortung für die dauernde Spaltung Deutschlands und alle die Folgen, die sie nach sich ziehen müßte, auf sich nehmen kann.

Mister Truman, der Präsident der USA, erklärte, daß notfalls auch Atombomben über China abgeworfen werden. — Solange der Vorrat reicht. Sein Optimismus von der Allmacht der Kriegshetzer scheint aber Grenzen zu kennen. 150 Millionen „Erkennungsmarken" werden an seine Staatsbürger verteilt. Doch es gibt jenseits des großen Teichs unzählige Männer und Frauen, die sich nicht danach sehnen, die Reste ihrer Freunde und Verwandten in Marken ausgehändigt zu bekommen. Im Weißen Haus herrscht Hochbetrieb in diesen für die Blitzkrieger kummervollen Tagen. Bradley, der Chef des amerikanischen Heeresstabes, und Forrest Sherman, der Oberstkommandierende der Seestreitkräfte, verlassen gerade die Zwingburg Nr. 1, Leid, Not und Elend des koreanischen Volkes genügen ihnen noch nicht, Deutschland soll auch noch für sie bluten.

Schopfheim gab das Beispiel zum Handeln! Die Bewohner dieses Städtchens an den Hängen des Schwarzwaldes haben keine Lust, tatenlos den amerikanischen Kriegsplänen zuzusehen. In allen Schaufenstern, an allen Anschlagsäulen riefen Plakate zu einer Großversammlung gegen die Remilitarisierung auf. Arthur Ketterer, langjähriges Mitglied der CDU, forderte dort unter der begeisterten Zustimmung der Schopfheimer zum Kampf gegen Krieg und Remilitarisierung auf. In einem Schreiben an Adenauer teilten sie den Entschluß mit, am 10. Dezember eine Volksbefragung durchzuführen! Als gutes Beispiel für A l l e !

Otto Grotewohls Schreiben an Dr. Adenauer

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages, sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde. Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volks durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Berlin, den 30. November 1950."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und der Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — Otto Grotewohl, Ministerpräsident

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschlands STIMME

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Deutsches Angebot

Selten in der deutschen Geschichte ist verantwortlichen Politikern eine so folgenschwere Entscheidung übertragen worden wie dem westdeutschen Kanzler Adenauer und seinem Kabinett durch das Schreiben unseres Ministerpräsidenten Grotewohl. Dessen Vorschläge, wie man es anfangen könne, zu einem einheitlichen, die Kriegsgefahr in Europa ausschließenden Deutschland zu kommen, beruhen auf den bekannten vier Punkten der Prager Beschlüsse; die auch den Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte übermittelt worden sind. Es handelt sich somit um eine reale, vernünftige Grundlage, die nichts als die Bereitschaft, überhaupt erst einmal zu verhandeln, voraussetzt. Sie ist fest und dauerhaft genug, um darauf ein deutsches Einheitshaus — ohne Einheitswohnungen — zu errichten.

Was bedeutet eine Verständigung? Dem sehnlichsten Wunsch der erdrückenden Mehrzahl aller Deutschen zu entsprechen, der nationalen Notwendigkeit zu gehorchen, den Frieden endlich aus dem bloßen Dasein als Weihnachtsengel zu erlösen und greifbar zu machen.

Was kann eine Ablehnung bedeuten? Blankovollmacht an die überseeischen Kriegsmacher bei der Wiederaufrüstung Westdeutschlands noch rücksichtsloser vorzugehen, deutsche Söldnerdivisionen noch schamloser zu erpressen. Sie kann außerdem bedeuten: Krieg auf deutschem Boden, Weltkrieg, der zugleich für uns Bruderkrieg wäre, Blut, Tränen, Tod und Zerstörung wie noch nie zuvor in unserer an unnützen Opfern wahrlich nicht armen Geschichte.

Das würdige, den gesamten nationalen Interessen dienende Angebot unserer Regierung fällt zusammen mit einem neuen Krisenhöhepunkt der Weltpolitik. Die amerikanische Kriegspartei hat im Fernen Osten einen empfindlichen Rückschlag erlitten, und Bestrebungen sind im Gange, diesen durch eine verstärkte Aktivität in Westeuropa, d. h. in Westdeutschland, auszugleichen. Die Kriegsgefahr ist also noch keineswegs gemindert. Sie wird nur von außen, von Übersee zu uns eingeschleppt wie eine Seuche. Mit den wenigen Menschen deutscher Staatsangehörigkeit, die ihr Vorschub leisten, würde das deutsche Volk im Vollbesitz seiner Kräfte und seiner Freiheit spielend fertig werden.

Adenauer hat in seinem langen Leben schließlich auch schon bewiesen, daß er Realitäten nüchtern einschätzen kann, wenn sie ihm auch widerstreben. Wenn sich zu seinem Starrsinn, der ihm oft auch in den eigenen Reihen geschadet hat, die Erfahrung des Alters geselle, dann müßte ihn die vorurteilslose Einschätzung der internationalen Machtverhältnisse dazu bewegen, seine Hand zu reichen zu dem Versuch, den neuralgischen Punkt Europas zu beseitigen. Er würde dadurch viel gut machen, womit er gegen die Interessen der deutschen Nation verstieß. Denn man wird vor allem fragen: Was tat er in dieser kritischen Stunde für Deutschland?

Doch soll einer offiziellen Stellungnahme der Bonner Regierung nicht vorgegriffen werden. Eines ist dabei jedoch gewiß: Die Einheit eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands ist eine historische Notwendigkeit. Sie kann niemals verhindert, nur verzögert werden. Die Verzögerung allerdings kann Opfer und Verluste bringen.

Je stärker wir Deutschen in Ost und West die Einheit fordern, je entschlossener wir bereit sind, für sie und damit für den Frieden den Kampf gegen überseeische Remilitarisierungsfanatiker und Landsknechtswerber aufzunehmen, um so leichter wird dieser Weg. Und um so sorgfältiger wird die Bonner Regierung erwägen müssen, ob es nicht doch besser ist, den Weg für die von Millionen ersehnte und geforderte Verständigung freizugeben, als entgegen dem Willen des deutschen Volkes, gestützt auf fremde Truppen und ausländische Kommissare, zu handeln und von dem unerbittlichen Urteilsspruch aller Friedliebenden gerichtet zu werden, weil sie sich in einer großen Stunde als zu klein erwiesen hat.

Stadt des Friedens

Auf der Ratstagung des Weltbundes der Demokratischen Jugend ist beschlossen worden, die 3. Weltjugendfestspiele im Sommer 1951 in Berlin abzuhalten. Das zeigt, welchen geringen Eindruck die Anhäufungen amerikanischer und britischer Panzer in Westberlin bei den 70 Millionen jungen Menschen machen, die sich im Weltjugendbund ihr Sprachrohr für den Kampf um den Frieden und ihr glückliches Leben einer besseren Zukunft geschaffen haben. Dieser Optimismus ist hoffentlich ebenso ansteckend, wie er berechtigt ist.

Wenn eine Million junger Menschen, entsendet von allen Nationen der Erde, weißen, braunen, schwarzen und gelben, Berlin für vierzehn Tage zur Stadt der friedlichen Weltjugend machen werden, dann wird die Auffahrt von Panzern und alarmbereiten Truppen noch lächerlicher als dies beim Deutschland-Treffen schon der Fall gewesen ist. Das Mißverhältnis zwischen der Welt, der die Zukunft gehört, und den Lebensfeinden würde nur noch schlagender zutage treten.

Der Auftrag an die FDJ, diese Festspiele zu organisieren, bedeutet auch eine große und verdiente Anerkennung für die fortschrittliche deutsche Jugend, die in dem schweren Ringen der demokratischen Kräfte um ein freies und geeintes Deutschland in vorderster Reihe steht.

Falsch gewählt

Als auf Wunsch des amerikanischen Kommandanten in Westberlin die Deutsche Partei und andere nationalistische Splittergrüppchen lizenziert wurden, wußte man wohl, was man tat. Der Auftritt des Saalschutzes der DP in frischgebürsteten SA-Uniformen sollte vor allem die Sozialdemokraten, die so stolz darauf waren, in Westberlin die Mehrheit zu besitzen, in Weißglut versetzen. Die frischgewaschenen braunen Hemden dieser Knüppelgarde sollten sie vergessen lassen, daß ihr Leben von den amerikanischen Kriegsplänen weiterhin ernster bedroht ist als von ein paar randalierenden Alt-Pgs. Die Absicht des amerikanischen Kommandanten gelang. Die paar stuhlbeinschwingenden DP-Terroristen brachten Hunderttausende sozialdemokratische Wähler an die Urne. In der Hitze des künstlich angefachten Parteienstreits überhörten die sozialdemokratischen Wähler zum erheblichen Teil den Ruf Dr. Schumachers nach einer Offensive gen Osten, für die bereits amerikanische Panzer in Westberlin eingetroffen sind.

Truman weicht zurück

Desperado — zu Deutsch: der Verzweifelte — nennt man mit einem spanischen Wort einen Menschen, der sich hoffnungslos in Verbrechen verstrickt hat und sich nun durch neue, noch größere, verzweifelte Verbrechen zu retten versucht.

Was Amerikas heutige Machthaber in Korea tun, ist das typische Verhalten solcher Desperados. Auf das erste Verbrechen, die bewaffnete Intervention in dem von ihnen inszenierten koreanischen Bürgerkrieg, folgten die weiteren. Weil sie im Kampf mit der koreanischen Volksarmee unterlagen, griffen die amerikanischen Strategen zur Bombe, um koreanische Städte zu zertrümmern. Weil sie sich den koreanischen Soldaten unterlegen fühlten, eröffneten sie den Krieg gegen koreanische Frauen und Kinder.

Schon schickte MacArthur die triumphierende Botschaft in die Welt, er werde die Eroberung des amerikanischen Sprungbrettes nach der Mandschurei siegreich beenden, als der katastrophale Rückschlag eintrat. Verstärkt durch chinesische Freiwillige, jagten die Koreaner MacArthurs Truppen in überstürzte Flucht. Da beschloß der Desperado, sich von seiner Regierung die Vollmacht zu dem letzten, dem größten Verbrechen, zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges durch den Angriff auf China zu holen. Diesmal möchte er gleich mit dem Krieg gegen die chinesischen Frauen und Kinder anfangen, und weil er schon in einem fortgeschrittenen Stadium des Desperadotums ist, will er gleich die Atombombe loslassen.

Er scheint bei Truman, dem Chefdesperado, volles Verständnis gefunden zu haben. In einer Pressekonferenz am 30. November ließ sich Amerikas Präsident von neugierigen Journalisten das Geständnis entlocken, daß man ernstlich erwäge, zu diesem entsetzlichsten Verbrechen zu greifen.

Auf seine Erklärung, „daß alle notwendigen Schritte unternommen werden, um der militärischen Situation im Fernen Osten gerecht zu werden", fragte ihn ein Journalist, ob dies die Atombombe einschließe. Darauf antwortete Truman zynisch, daß seine Erklärung jede Waffe im Besitz der Vereinigten Staaten einschließe. Ausdrücklich wurde Truman gefragt, ob die Atombombe nur mit der Ermächtigung der Vereinten Nationen eingesetzt würde, worauf er antwortete, daß dies absolut nicht der Fall sei. Über die Verwendung der Waffen habe der militärische Oberbefehlshaber an der Front zu entscheiden. Ebenso liege es, so sagte er weiter, in den Händen des militärischen Oberbefehlshabers, ob er die Atombombe auch gegen nichtmilitärische Ziele anwenden werde.

Buchstäblich innerhalb von Minuten wurden Trumans Erklärungen in alle Welt hinaustelegraphiert. Ebenso schnell scheint die Reaktion einer entsetzten Menschheit in Washington fühlbar geworden zu sein, denn schon zwei Stunden nach der Pressekonferenz erschien eine amtliche Mitteilung, Truman habe es gar nicht so gemeint, und nicht MacArthur, sondern er werde entscheiden, ob und wann Atombomben abgeworfen werden sollen.

Der schnelle und überstürzte Rückzug Trumans ist ein großer und vielversprechender Erfolg der Weltfriedensbewegung. Es ist in erster Linie der große Erfolg der von Stockholm ausgegangenen Mobilisierung der Menschheit gegen die Verwendung der Atomwaffe. Hier sehen die Kleinmütigen, die glaubten, mit Unterschriften könne man nicht Politik machen, aber auch die Feinde des Friedens, die die Unterschriftensammlung für den Stockholmer Appell mit Spott abtun zu können glaubten, daß der vereinigte Willensausdruck der halben Milliarde der Unterzeichner des Appells sich als entscheidende politische Kraft erwiesen hat. Es geschah unter dem Druck der Weltfriedensbewegung, daß der britische Premierminister Attlee nach dem Bekanntwerden der Erklärung Trumans nach Washington zu reisen beschloß, um Truman von seinem Katastrophenkurs abzuraten. So ist es gekommen, daß der Mann, der dem im Zeichen des Stockholmer Appells einberufenen Weltfriedenskongreß die Gastfreundschaft in England versagte, unter dem Druck des eigenen Volkes und jener 500 Millionen, deren Unterschrift er mißachten zu können glaubte, nach Washington fliegen mußte, um gleichsam Truman auf den Stockholmer Appell zu verpflichten.

Die ganz auf Spaltung Berlins und Berücksichtigung der amerikanischen Kriegswünsche eingestellte Politik der SPD-Mehrheit im Westberliner Parlament hatte zu einer unbeschreiblichen sozialen Notlage in diesem Teil der Hauptstadt Deutschlands maßgeblich beigetragen. Zwar haben CDU und FDP am selben Würgestrick gezogen, doch in den Augen der meisten Westberliner trug recht natürlich die Mehrheitspartei die Hauptverantwortung. In ihrer Verzweiflung gaben sie der CDU und FDP ihre Stimme, in der schwachen Hoffnung, daß von dieser Seite, wie ihnen tausendfältig versprochen worden war, vielleicht doch ihre Not gelindert würde, eine Chance, die sie glaubten, durch Fernbleiben von der Wahl zu verspielen. In dieser Illusion befangen, legten sie der von den Führern dieser Parteien betriebenen Kriegshetze eine lediglich agitatorische und wenig praktische Bedeutung bei.

Um die gewünschte Legitimation für weitere Aufspaltung und antisowjetische Frontstellung zu erhalten, halfen die Wahlmanager vielfach nach. Von der Ankündigung, daß man sich die Sofawähler merken werde, bis zum leisen Hinweis an alle Unterstützungsempfänger, Nichtwählen könne unliebsame Folgen für ihren schon schmalen Geldbeutel haben. Die Zahl der Wahlberechtigten wurde durch fleißige Streichungen von Friedensfreunden (und also Wahlabstinenzlern) vermindert, die Zahl der Spaltpilzwähler durch zusätzliche Ausgabe von Wahlscheinen an ganz Getreue beträchtlich vermehrt. Ohne den zahlenmäßigen Effekt all dieser Kunstgriffe überschätzen zu wollen, ihr Gewicht im Wahlergebnis wird allein dadurch gekennzeichnet, daß man es für nötig hielt, sich ihrer zu bedienen.

Dabei wäre es falsch zu übersehen, daß die tollen antisowjetischen Verleumdungen, in denen die Westberliner Parteien noch mehr wetteifern, als dies bei den südwestdeutschen Wahlkämpfen der Fall war, nicht ohne Wirkung blieben. Mit diesen Verleumdungen kann man freilich weder die Westberliner Fabriken in Gang setzen, noch den Geschäftsleuten volle Kassen verschaffen. Die werktätige Bevölkerung Westberlins wird, als Folge des Wahlkampfes sogar zu spüren bekommen, daß sich die soziale Reaktion, der die SPD-Führung jahrelang Trümpfe in die Hand gegeben hat, nun erst recht mausig macht. Die Enttäuschung wird groß sein, größer als je zuvor. Das klare Programm des friedlichen Aufbaues eines einigen, demokratischen Berlins, dessen Verwirklichung allen Arbeitslosigkeit, aller Not ein Ende macht, ist das Banner, um das sich die Bevölkerung ganz Berlins sammeln wird, wenn es die Demokraten und Patrioten Berlins kühn und mutig vorantragen.

Namenlose Kreuze

Diesmal haben die westlichen Zeitungen den Totensonntag vorübergehen lassen, ohne die übliche perfide Kampagne wegen angeblich in der Sowjetunion zurückgehaltener oder dort ohne Registrierung verstorbener Kriegsgefangener zu wiederholen. Ja, einige dieser Zeitungen veröffentlichten eine Meldung, durch die sie, ohne es selbst gemerkt zu haben, in die Lügenhaftigkeit ihrer Klagen um die Kriegsgefangenen hineinleuchten. Zum erstenmal konnten Bewohner des Westens Deutschlands den deutschen Soldaten-Friedhof Lommel in der belgischen Provinz Limburg besuchen, wo 40 000 Tote begraben liegen. Sie fanden dort 7000 Kreuze ohne Namen. Von 7000 unter 40 000 Toten wußte man nicht, wer sie sind, als sie begraben wurden! Und Limburg ist nicht der einzige Friedhof mit Gräbern von Tausenden von Namenlosen. Es gibt sie überall dort, wo Hitlers Divisionen zerschlagen wurden. Dort liegen die deutschen Soldaten, die nicht zurückgekehrt sind.

Westdeutscher Querschnitt

IN DEN STRASSENBAHNHÖFEN München III und VI verlangten die Betriebsangehörigen von der Führung des westdeutschen Gewerkschaftsbundes eine klare und eindeutige Ablehnung jeder Wiederaufrüstung.

BISHER TRUGEN SICH 70 Prozent der Belegschaft der Mannesmann-Röhrenwerke in Remscheid in Unterschriftslisten gegen die Remilitarisierung ein.

DIE ARBEITER DER WERKSTÄTTENBETRIEBE der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt in Wolfgang bei Hanau begrüßten in einer Entschließung die Prager Vorschläge, besonders den Punkt 4 zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

EIN HOHER KOMMISSAR der Westmächte für die Aufrüstung und Remilitarisierung Westdeutschlands wird in Kürze ernannt werden.

IN HESSENTHAL BEI SCHWÄBISCHHALL übernahmen die Besatzungsbehörden zwei große Wohnblocks, die zur Staatskosten mit einem Aufwand von einer halben Million Mark errichtet worden waren.

„MAN MUSS NEHMEN, was man kriegt", erklärte ein Sprecher des Bonner Kabinetts nach einer vierstündigen Besprechung mit den Hohen Kommissaren über die „Revision" des Besatzungsstatuts.

DIE NAHRUNGSMITTELPREISE in Westdeutschland liegen nach einer Mitteilung des „Wiesbadener Kurier" jetzt um nahezu ein Drittel über den Preisen von Mitte Juni.

EINEN AUFSCHLAG von 6,— D-Mark pro Tonne Kohle hat das Bonner Kabinett beschlossen.

Alfons Schaedel

Unsere nationale Befreiungsbewegung hat einen schweren Verlust erlitten. Am 29. November 1950 verstarb nach langem schweren Leiden das Mitglied des Nationalrates und des westdeutschen Arbeitsausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, der Kunstmaler Alfons Schaedel, in seiner Heimatstadt Altenahr in Rheinland/Pfalz.

„Immer wird sein leuchtendes Beispiel seinen Mitkämpfern und Freunden vor Augen stehen", heißt es in einem ehrenden Nachruf, den der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland aus Anlaß seines Dahinscheidens veröffentlichte. „Trotz seines Alters und seiner schwer angegriffenen Gesundheit scheute er keine Mühe und keine persönliche Entbehrung, um seinem Vaterlande in schwerster Not in Treue zu dienen. Alfons Schaedel, der sich als Kirchenmaler einen Ruf erworben hat, trat schon in der Zeit der Volkskongreßbewegung in die Gemeinschaft jener Menschen, die, von tiefer Sorge um die Zukunft unseres Volkes erfüllt, entschlossen waren, trotz aller Anfeindungen, trotz allen Terrors, trotz aller Schikanen und Verleumdungen ein offenes Bekenntnis zur Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands, zu Demokratie und Frieden abzulegen . . .

Nun hat ihn der Tod aus der Mitte der nationalen Widerstandskämpfer gerissen. Sein Name, sein Mut, seine unerschütterliche Treue zum deutschen Volk werden unvergeßlich bleiben und uns allen Vorbild sein."

Sie blasen ihm einen Marsch . . .

Aus der Wochenzeitung „Der Spiegel" vom 29. Nov. 1950: „Vor allem von Zahlmeistern und Musikmeistern sei bei ihm eine Unzahl von Bewerbungen eingegangen", erzählte Theodor Blank, Chef des Bonner „Amtes zur Unterbringung der alliierten Truppenverstärkungen", in kleinem Kreis. „Jede künftige Kompanie könne nicht nur einen Spielmannszug, sondern auch eine komplette Musikkapelle dazu mitbekommen."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Mit Siebenmeilenstiefeln

Diesen Duisburger Hafenarbeiter trafen wir vor einem Kahn, der gerade Stahl, Eisen und Buntmetalle für Englands Rüstungsindustrie geladen hatte. „Da machen sie Bomben draus", zischte er durch die Zähne, „die sie dann später mal wieder bei uns abladen wollen. Als ob sie uns nicht schon genug Schutthaufen beschert haben." — In Kiel haben die Tommies sogar Tausende von Granaten aus dem Wasser gefischt, die sie selber 1945 als gefährliches Kriegsmaterial versenkt hatten. Jetzt schicken sie aus der Kieler Bucht die toten Stahlfische selbst auf die Fahrt nach England. Von dort kehren sie dann als Panzer nach Deutschland zurück, um auf riesigen Manöverplätzen, verstreut über ganz Westdeutschland von Holstein bis Bayern, Angriff zu üben.

In Franken, von Schweinfurt in nördlicher Richtung nach der Zonengrenze, wird jetzt einer dieser neuen Aufmarschplätze abgesteckt. Erst sollten vier, jetzt schon elf Dörfer — auf der Karte sind sie verzeichnet — Höfe und Äcker verlieren, damit amerikanische Truppen und deutsche Kolonialkrieger dort trainieren können. Amerikanische Besatzungsoffiziere verboten den Bürgermeistern jeden Protest. Die Bauern sollten schweigen.

Desto lauter macht sich Dr. Schumacher anheischig, dem Ami-Generalstab deutsches Kanonenfutter zu liefern. „Weder CDU noch FDP werden ein Heer zustande bringen", behauptete er in Berlin. „Das kann nur die SPD." — McCloy präsentiert die erste Rechnung, 12 Milliarden Westmark: „Wo' Sie das Geld hernehmen, ist nicht meine Sache." Gutes Geschäft, bei dem das Schlachtvieh sogar noch seine Schlächter bezahlt.

Unterirdisch grollt der Strom

Von unserem nach Westdeutschland entsandten R.-Berichterstatter

Reichenhall, Ende November. Als die sechs gegangen waren, einzeln, nicht alle auf einmal, öffneten wir das Fenster. Der Tabaksqualm verflog vor den hereinwirbelnden Luftkaskaden, kalt standen die Berge vor den flimmernden Sternen. Unten fuhr langsam ein Jeep vorbei, die lange Antenne ragte weit über den komischen Kasten: Militärpolizei.

Deutsche müssen heute in einer deutschen Stadt, weil sie den Krieg als größtes aller Übel und die Verständigung der Deutschen untereinander als die Voraussetzung für die einmütige erfolgreiche Abwehr kriegslüsterner Anschläge ansehen, unauffällig zusammenkommen und einzeln gehen. So wie einst 1943, Antifaschisten illegal berieten. Diese Katakombenstimmung beherrscht heute viele sonst gute Deutsche im Westen. Sie erscheint uns unwürdig und unangebracht. Denn es ist zweifellos die Mehrheit, die das will, was die Prager Beschlüsse so einfach und klar sagen, wenn auch viele, wie ich leider feststellen mußte, diese für uns so wichtigen Vorschläge gar nicht oder nur ungenau kennen. Aber der Druck auf die Menschen nimmt mit den fortschreitenden Kriegsvorbereitungen zu.

„Denke an die Prager Beschlüsse — mindestens fünfhundert!" brüllte Hans W. in Hamburg in den milchsuppendicken Dampf des abfahrenden Zuges hinein. Er wollte von mir aus Berlin einige Schriften über die Erklärung von Prag haben, um sie verteilen zu können. Die uniformgesättigte Umgebung interessierte ihn gar nicht. Der Bahnhof sah aus, als sei ein Urlauberzug von der Front gekommen. Aber es waren nur Heldenanwärter aus England, Dänemark und Norwegen, die sich zu dem für Anfang Dezember angesetzten Manöver versammelten. Hans W., den massiven Betriebsrat der Deutschen Werft, hatte ich als Delegierten zum Nationalkongreß in Berlin kennengelernt. Bei ihm hatte meine Reise am Montag begonnen. Als ich kam, war er eifrig in Fahrt. Am Sonntag hatte eine große Konferenz stattgefunden, auf der mehr als 700 Werktätige beschlossen, eine Aktionseinheit im Kampf gegen die Remilitarisierung herzustellen. 188 SPD-Mitglieder, 271 KPD-Angehörige, 264 Parteilose, 3 Mitglieder der Sozialdemokratischen Aktion und ein FDP-Anhänger diskutierten den Weg zu Einheit und Frieden, wie ihn die Prager Beschlüsse weisen. Sie beschlossen, ein aufklärendes Flugblatt herauszugeben, um den Verfälschungen durch den Hamburger SPD - Vorstand entgegenzutreten. Hans W. ist überzeugt, daß aus diesem Anfang etwas werden kann, was aufrüttelt und wach macht. Er weiß schon längst, was mir auf dieser Reise Gewißheit wurde: daß der Widerstand gegen die Kriegsmacher überall vorhanden ist und täglich neu aufflammt, daß es aber wichtig, ist, die Einzelnen und die Gruppen zusammenzufassen und zu stärken, damit sie nicht vom Gefühl der Ohnmacht gegenüber den waffenstarrenden Eindringlingen übermannt werden.

Wie leicht das geschehen kann, erfuhr ich in Minden. Mein alter Lehrmeister auf den ersten Pfaden des Journalismus, heute Chefkorrespondent einer großen SPD-Zeitung, war gerade in Düsseldorf zu einer Pressekonferenz bei Landeskommissar General Bishop. Seine Frau war gedrückter Stimmung: „Friedrich glaubt, daß es Krieg gibt." Schumachers Stellvertreter Ollenhauer habe auf einer internen Besprechung mächtig auf die Pauke gehauen. Und dann die vielen kleinen Anzeichen: „Mein Schuster hat gesagt, das Kilo Leder ist fast um 50 Prozent im Preis gestiegen. Das Leder wird zu Langschäftern, Patronentaschen, Koppeln und Gewehrriemen verarbeitet."

Das Arbeitsamt Minden vermittelt Erwerbslose, wenn sie „Gediente Leute" sind, zum britischen Arbeitsamt. Es wird angeboten: Ausbilder bei den Arbeitskompanien. Vom Feldwebel an aufwärts wird alles sofort eingestellt. Dieser Anhäufung unnützer Fresser entspricht die Abdrosselung der Friedensproduktion. In der Nähe Mindens, an der Porta Westfalica, liegt die Eisengießerei Schönebeck. Dort fuhren wir hin. 80 Arbeiter gossen hier bisher redlich Formen für eine Düsseldorfer Glasfabrik und für die Mindener Glashütte. „Wir haben die Arbeitszeit auf 30 Stunden verkürzen müssen", sagt der Betriebsrat sorgenvoll. „Roheisen wird nur für die Rüstungsproduktion freigegeben oder geht für denselben Zweck ins Ausland. Selbst unsere 75 Tonnen Monatsbedarf sind da zuviel. Ganze 45 Tonnen schlechtestes Material hat man uns für Dezember zugesagt. Und dann der Kohlenmangel ..."

Am anderen Tage kam Friedrich: Er war restlos bedient. 2450 Wohnungen und 22 Kasernen würden in der ersten Phase der alliierten Truppenverstärkungen beschlagnahmt, hatte Bishop lakonisch verkündet. Eine neue belgische Division braucht neben Kasernen allein 2000 Wohnungen. Ich hatte genug gehört, empfahl Friedrich, nicht bloß zu schimpfen, und fuhr nach Eschweiler im Bezirk Aachen.

Dort steht eine der 22 Kasernen. In ihr wohnen 85 Familien mit mehr als 300 Personen. In ihr sind eine Berufsschule und mehrere Umsiedlerbetriebe untergebracht. Als ich ankam, hatte die belgische Militärbehörde der Stadtverwaltung bereits den Räumungsbefehl zugestellt. Die Aachener Kaserne war von den Briten vorsorglich schon vor einigen Wochen beschlagnahmt worden. Die Bewohner der Kaserne befürchten nun, wieder in Baracken gepfercht zu werden, und die Eschweiler Einwohner sind sicher, daß an Stelle belgischer Soldaten eines Tages wieder deutsche Söldner auf den Kasernenhöfen robben werden und daß dann auch Wohnhäuser geräumt werden müssen.

Überhaupt sind im Regierungsbezirk Aachen die Totengräber emsig am Werk. Bei Gillrath im Kreis Geilenkirchen und bei Erkelenz werden neue Militärflugplätze mit Startbahnen für Überbomber angelegt. Jeder umfaßt 700 Hektar, Bauernland wurde ohne Benachrichtigung und Entschädigung beschlagnahmt. Aber der Widerstand gegen diese offensichtlichen Angriffsvorbereitungen ist nicht übermäßig groß, wenn auch manche Faust in der Tasche geballt wird.

Im Ruhrgebiet dagegen brodelt es viel mehr. In Düsseldorf, in Bochum, Essen und Moers, in Ahlen und Gelsenkirchen weigerten sich die Ruhrkumpel, die von der Gewerkschaftsleitung gebilligten Überschichten, die sogenannten Panzerschichten, zu fahren und wiesen als Spitzel angesetzten Kriminalen in Zivil die Tür. An der Ruhr ist der Kriegswille der Okkupanten am stärksten spürbar, hier ist auch der Widerstand sehr stark. Auch die Kirche sprach warnende Worte: „Eine Beteiligung am Wettrüsten hindert uns an der Erfüllung sozialer Aufgaben und trennt Ost- und Westdeutschland in zwei feindliche Lager", erklärte die in Velbert tagende zweite Landessynode der evangelischen Kirche im Rheinland.

Die Geistlichen sprachen nicht von den Prager Vorschlägen, wahrscheinlich kannte mancher von ihnen diese gar nicht. Und doch sagten sie nur dasselbe, was die Arbeiter und Angestellten der Firma Teves in Frankfurt aussprachen, als im Betrieb eine Abstimmung über diese Beschlüsse vorgenommen wurde. Das Ergebnis brachte mir unser ständiger Korrespondent an den Zug nach München: Es war keiner für eine Wiederaufrüstung und jeder für ein Gespräch zwischen west- und ostdeutschen Vertretern.

„Wie kann ich denn eine Remilitarisierung befürworten, wenn ich an die Schrecken des vergangenen Krieges denke. Ich wurde zweimal ausgebombt und habe alles verloren. Nein, ich will keinen Krieg mehr, mich schaudert es, wenn ich daran denke, was mit meinen Kindern geschehen würde." Dies erklärte die 40jährige Frau F. unserem Vertreter, und ein 27jähriger Werkzeugmacher sagte kurz und bündig: „Ich war vier Jahre bei den Soldaten und dann noch zwei Jahre in Gefangenschaft. Ich will nichts mehr von Kommißstiefeln und Strammstehen wissen. Sollen die sich in die Schützengräben legen, die heute so laut von Wiederaufrüstung schreien."

Dann erzählte er mir noch schnell die tolle Sache mit Schweinfurt. Zwischen der bekannten Kugellagerstadt und der Zonengrenze wird ein 50 Kilometer breiter Geländestreifen in einen Truppenübungsplatz verwandelt werden. Elf Gemeinden sind davon betroffen. Die Bürgermeister erhielten bereits Kartenskizzen, auf denen sie Äcker und Wälder einzeichnen müssen, die dem Aufmarschgelände zum Opfer fallen werden. Mehrere Gemeinden verlieren so über die Hälfte ihres Landes. Weder der Kreistag noch der Landrat haben außer dem Versprechen, „feierlich zu protestieren", etwas dagegen unternommen. Die Beschlagnahme sei vom Oberkommissariat in Bonn festgelegt, erklärte der Kreis-Resident-Offizier. Deswegen haben die Bauern auch wenig Hoffnung, von deutschen Behörden Hilfe zu bekommen.

Das hatte ich bis München noch nicht recht verdaut. Aber zwei Arbeiter von BMW München-Allach, die ich bei einem Friedensfreund antraf, gaben meiner Überzeugung neuen Auftrieb, daß die aktive Abwehr doch größer ist als das passive Verhalten. Dort hatten alle 3000 Arbeiter und Angestellten auf einer Betriebsversammlung scharfe Kritik an den Methoden der amerikanischen

Betriebsverwaltung geübt und mit überwiegender Mehrheit beschlossen: „Die Belegschaft lehnt alle Bestrebungen zur Wiederbewaffnung und Remilitarisierung Westdeutschlands ab. Wir wollen nicht, daß das deutsche Volk in eine neue Kriegskatastrophe gestürzt wird." Die beiden berichteten außerdem, daß in Nürnberg die Jugend sämtlicher Industriegewerkschaften und der Angestelltengewerkschaften in einer gemeinsamen Versammlung alle Jugendverbände Westdeutschlands aufgefordert hat, sich gegen die Remilitarisierungsbestrebungen zu einer Friedensfront zusammenzuschließen und Kriegsvorbereitungen unerbittlich zu bekämpfen.

In Reichenhall, bei unserem Mitarbeiter, hörte ich selbst die Stimme des Volkes, aus der die Bereitschaft sprach, den deutschen Bruder von jenseits einer aufgezwungenen Zonengrenze zu verstehen. Unser Vertreter hatte für die Verbreitung der Prager Beschlüsse allerhand getan. „Wir wissen hier zu wenig über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik. Aber auch ich möchte, daß wir wieder ein Staat werden. Der Vorschlag der Außenminister in Prag ist sicher die geeignete Grundlage. Frieden kann man nicht mit Remilitarisierung und Aufrüstung erhalten, sondern nur durch Lösungen, die zum Nutzen eines Volkes sind", meinte die Umsiedlerhausfrau Maria T. Der Arbeiter Walter B. ergänzte: „Die Beschlüsse von Prag gefallen mir mehr als die der westlichen Außenminister in New York. Ich weiß, daß uns der Handel mit dem Osten fehlt, und daß die Arbeitslosigkeit nicht so groß wäre, wenn wir dorthin und bis nach China liefern könnten. Das Versprechen der ostdeutschen Regierung zeigt, daß es ihr ernst ist mit einer Hilfe. Deshalb muß diese Vorschläge jeder begrüßen, der seine Heimat liebt."

Die Überzeugung des Bankbeamten Rudolf G. ist: „Wenn uns in Prag die Friedenshand gereicht wurde, sollten wir als deutsches Volk die Hand ergreifen, wenn es die Herren in Bonn nicht tun. Diese entscheiden über die Remilitarisierung, ohne uns zu fragen. Wenn sie etwas bestimmen, wozu die Mehrheit nein sagt, sind sie auch keine Volksvertreter mehr. Unser Leben könnte bald besser aussehen, wenn das Volk sich mehr zum Wort melden würde." Das glaubt auch der Arbeitslose Georg O.: „Papierne Proteste gegen die Preissteigerung und die Remilitarisierung allein genügen nicht. Wir müssen die Bonner Regierung zu der Überzeugung bringen, daß wir uns zum Militärdienst und zur Kriegsvorbereitung auf keinen Fall zwingen lassen."

Und die Rentnerin Rosa B. schließlich sprach aus, was alle Mütter in Deutschland bewegt: „Was könnte sich eine Mutter am meisten wünschen: nur das Glück, nie mehr bangen zu müssen, daß ihre Kinder wieder den Soldatenrock anziehen müssen. Ich glaube, daß der Osten den Frieden will, und deshalb muß ich auch dafür sein, daß alle Versuche unternommen werden, einen dauerhaften Frieden zu erreichen."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Strychnin-Pralinen

Kleine Lektion über eine Verfassung

Kennen Sie Pralinen, die mit Strychnin gefüllt sind? Wenn man der schönen Verpackung vertraut, ist man schon hin. So kann es auch mit Verfassungen sein. Obwohl auf jeder Seite das Wort Demokratie vorkommt, sind sie alles andere als demokratisch. Das kennen wir bereits von Weimar her. Wenn eine demokratische Staatsführung nicht durch das Volk kontrolliert werden kann und nicht aus ihm erwächst, nützt die bestgeschriebene Verfassung nichts. Es ist dann wie mit den Pralinen.

Da hatte Mitte Oktober beim Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalen eine „interne Besprechung" stattgefunden. Thema: wo nehmen wir das Land für die Flugplätze her, die wir für amerikanische Bomber auf Kosten unserer Steuerzahler anlegen müssen? Was dabei herauskam, hat sogar die in Stuttgart erscheinende „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" verstimmt, deren Leser- und Inserentenkreis ansonsten futterneidisch nach dem internationalen Rüstungsboom schielt. Sie möchte gern etwas mehr Demokratie haben, aber — nur eine Teilstrecke.

„Noch nicht zwei Wochen danach — wie schnell bisweilen die sonst so überlegtlangsamen Behörden arbeiten können — wurde im Gebiet von Erkelenz bereits gerodet, ohne daß die Besitzer des Landes auch nur verständigt worden waren. Es waren Teilflächen von bäuerlichen Betrieben betroffen. Aber auch ganze landwirtschaftliche Betriebe wurden einfach ausgelöscht." Der Galopp über Verfassungshürden, quer durch Äcker und Beete, mißfällt der Zeitung. Denn hier ist das, Privateigentum in Gefahr, weil „Vorbesprechungen, Planungen, Ortsbesichtigungen und Grenzfestlegungen für das Flugplatzprojekt ohne Klärung der Entschädigungsfrage für die betroffenen Grundeigentümer erfolgten".

Also: Bauernwirtschaften darf man nicht „auslöschen", ohne die Besitzer zu fragen oder sie zumindest angemessen zu entschädigen. Man verstößt sonst gegen die Verfassung. Einverstanden! Nichts kennzeichnet übrigens den Wert oder richtiger gesagt den Unwert dieser Bonner Verfassung besser als die Tatsache, daß ihr Artikel 14/3 — „Enteignungen sind nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig" —, auf den Landraub für die USA-Flugplätze angewandt wird. Auch ist es laut Verfassung gerade noch zulässig, gegen diesen Raub leise zu protestieren und wegen Entschädigung nachzufragen, aber verboten ist es — siehe die Jagden auf Friedenskämpfer —, sich gegen den Raub seines Lebens und des Lebens seiner Lieben zu wehren. (Verstehen Sie jetzt den Vergleich der Bonner Verfassungsparagraphen mit strychningefüllten Pralinen?)

An erwähntem Verbot findet auch die Stuttgarter „Deutsche Zeitung" nichts Besonderes. Sie entrüstet sich, wenn Bauernwirtschaften ausgelöscht werden. Aber gegen das Auslöschen ganzer Völker — wo hat sie da was einzuwenden? Und auf ein solches Auslöschen laufen doch die eilfertigen Flugplatzplanierungen, die kostspieligen Waffeneinkäufe, die Räumungen und Neubauten von Kasernen, läuft doch die ganze Remilitarisiererei hinaus. Die Stuttgarter „Deutsche Zeitung" fragt nicht danach, was aus den Millionen Menschen wird, mit deren Leben so gefährlich gespielt wird. Dabei steht doch fest: Wenn die einmal ihr Leben verloren hätten, dann hülfe auch eine Entschädigung nichts mehr. Die Klagen der Stuttgarter „Deutschen Zeitung" über das Auslöschen deutschen Bauernlandes zugunsten amerikanischer Flugplätze entbehren, so berechtigt sie sind, nicht eines Anstrichs von Tragikomik. Im Schatten der Atombombe, der durch diese Flugplätze unerhört verdichtet wird, jagen die Herrschaften hinter dem Schmetterling einer Entschädigung her, die — träten die Flugplätze jemals in Aktion — nicht einen Pfifferling wert wäre.

Schlimmer als Mäuse

Im Rheinland erzählt man sich folgende Geschichte: der Statthalter Seiner Britischen Majestät, Sir Brian Robertson, besuchte den Kölner Dom. Er sah die weltbekannte kleine Maus aus Silber und wurde auf die Frage nach dem Sinn belehrt, daß vor vielen Jahrzehnten einmal in Köln eine so große Mäuseplage geherrscht habe, daß man keinen Ausweg mehr wußte. Als schließlich die silberne Maus im Dom aufgestellt worden sei, hätten alle Mäuse die Flucht ergriffen. Sir Brian lächelte jovial: „Glauben Sie, daß so etwas möglich ist?" „Nein", kam die Antwort, „wenn wir daran glauben würden, hätten wir schon längst einen kleinen silbernen Engländer hier aufgestellt."

SO BITTE NICHT ...
„Ja, Fräulein, — und dann noch unsere neue Schlußformulierung: ... und gestatten wir uns, Sie ergebenst auf unser außergewöhnlich preiswertes Sonderangebot laut beigebogenem Prospekt sowie auf die Prager Beschlüsse hinzuweisen."

... UND SO AUCH NICHT
„Sehr schön, liebe Kinder, — aber etwas verfrüht. Ich habe noch keinerlei Anweisungen und Ausführungsbestimmungen von unserem Schulrat erhalten!"

Zeichnungen: Wilke

Noch heute zur Feder greifen!

„Liebe Tante Anna! Unser Peter hat jetzt zum ersten Male in der Schule eine Zwei bekommen, Hans hat glücklicherweise eine andere Wohnung gefunden. Onkel Eduard hat fünf Pfund zugenommen, und seine Kaninchen haben sechs Junge."

Hand aufs Herz, so sehen doch vielfach Briefe an die liebe Verwandtschaft aus, auch wenn die Verwandten in Westdeutschland wohnen und sich, allein auf die Lektüre amerikanisch kontrollierter Zeitungen angewiesen, ganz verdrehte Vorstellungen von den Verhältnissen hier in unserer Republik machen. Daher wird innerhalb der Nationalen Front schon seit langem überlegt, was man tun müßte, um durch ständigen Briefverkehr Brücken von Ost nach West zu schlagen. Man hat angeregt, daß Schulen und Betriebe mit Westdeutschland in Briefwechsel treten sollen. Das ist gerade heute deshalb so wichtig, weil unsere westdeutschen Schwestern und Brüder über Geschehnisse, die für uns alle wichtig sind, nicht einmal informiert werden. Wir denken hierbei in erster Linie an die Prager Beschlüsse, die einen realen Ausweg zur Überwindung der deutschen Not und zur Sicherung des Weltfriedens gezeigt haben.

Hier ein unvollkommener Überblick über den Ost-West-Briefwechsel im Lande Brandenburg:

„Nicht vorgesehen"?

Da sind zunächst die Schulen. Eine Potsdamer Schule hatte einen guten Anknüpfungspunkt. Ein westdeutscher Lehrer hatte die Anschriften seiner Schüler vermittelt. Aber dann waren ihm — und das ist bezeichnend für die Meinungsfreiheit im Westen unseres Vaterlandes — Bedenken gekommen, daß seine vorgesetzte Dienstbehörde einen solchen Briefwechsel verbieten könnte. Doch nun das Merkwürdige: Sogar die Potsdamer Lehrer hatten Hemmungen, sich während des Schulunterrichts mit dem Ost-West-Briefwechsel zu beschäftigen, da etwas Derartiges „im Lehrplan nicht vorgesehen" sei. „Man hätte uns Anweisungen dafür geben müssen", sagte uns der Rektor wörtlich.

Offenbar ist hier die Lehrerschaft der Ansicht, man tue am besten, den Schülern einen Brief zu diktieren, den man selbst auf „Anweisung" vom Schulrat oder vom Ministerium vorgeschrieben bekommen hat. Das halten wir gar für erwünscht. Wir meinen, daß man über diesen Briefwechsel im Deutsch-Unterricht und in der Gegenwartskunde mit den Schülerinnen und Schülern sprechen sollte. In den Anregungen und in der richtigen Themenauswahl könnten die Lehrer ihre pädagogischen Qualitäten beweisen. Da in dieser Richtung aber nichts geschah, ist der Briefverkehr fast völlig eingeschlafen. In einigen Fällen allerdings auch deshalb, weil die westdeutschen Kinder, wie sie selbst mitteilten, das Porto nicht mehr aufbringen können.

Ähnliche Feststellungen mußten wir in einer benachbarten Oberschule machen, wo nur noch einzelne Schüler eine lockere Verbindung nach dem Westen halten. Hier pflegt allerdings das Lehrerkollegium den Briefverkehr mit westdeutschen Kollegen. Eine Schulrätin wies darauf hin, daß es vor allem auf den richtigen Anfang ankomme, um ein Echo von „drüben" auszulösen. Diese Schulrätin schrieb von den Dingen, die sie selbst am meisten interessieren, nämlich von unserem kulturellen Leben; sie schickt regelmäßig Bücher und Broschüren fachlichen Inhalts an ihre Freunde „nach drüben". Ihre Erfahrungen? Die ABC-Zeitschrift wird gern gelesen, während die Zeitschrift der Jungen Pioniere schon „zu hoch" ist. Lebhaftes Interesse finden Schriften des Verlages „Neues Leben" und sowjetische Kinderbücher.

Für die Kulturschaffenden scheint der Brückenschlag überhaupt leicht zu sein. Sie finden natürliche Anknüpfungspunkte aus ihrem Arbeitsgebiet, wurde uns auf der Brandenburgischen Landeshochschule, die mit der Universität Tübingen korrespondiert, und vom Stadttheater Cottbus bestätigt. Hier bestehen rege briefliche Verbindungen mit mehreren westdeutschen Theatern. Der von der DEFA gepflegte Gedankenaustausch greift über das Fachliche hinaus in die aktuellen Gegenwartsprobleme hinein.

Zu viel vorausgesetzt

Schwieriger ist es schon für unsere Verwaltungen, mit westdeutschen Behörden ins Gespräch zu kommen. Hier wirkt sich der politische Druck, unter dem die Verwaltungsangestellten in Westdeutschland stehen, bremsend aus. Aber gerade deshalb scheint es uns wichtig zu sein, sich auf jedem Großstadt-Bahnhof." Ich zuckte hilflos mit den Schultern. Eberhard war erstaunt, bis ich ihn daran erinnerte, daß ich seit Jahren in Ostdeutschland lebe. Aus seinen sachlichen Erläuterungen entrollte sich ein erschütterndes Bild von Not und Verwahrlosung, zugedeckt von dem täuschenden Glanz einer brüchigen, geborgten Eleganz.

Fahrende Bordelle

Die Schlafwagenzüge, vor allem die als Samba-Expreß bekannten Luxuszüge, sind zu fahrenden Bordellen geworden, erfuhr ich. Die Wirklichkeit sieht anders aus, als Presseberichte und bunte Reklameprospekte sie vortäuschen, in denen nur von bequemen Pullman-Wagen, Tanz auf Glas, Film und Barbetrieb zu lesen ist. Der Mangel an ehrlicher Arbeit und die Besatzungsjahre haben viele Mädchen und Frauen zu diesem halbseidenen Gewerbe getrieben. Sie sind gewissermaßen die Elite der „Fräuleins", die, am anderen Ende der Leiter angekommen, in Erdbunkern und Zelten am Rande der Truppenübungsplätze hausen. Auf allen Bahnhöfen westdeutscher Großstädte kreuzen die Pullman-Katzen vor Abfahrt der Fern- und Schlafwagenzüge in den späten Nachmittags- oder Abendstunden auf. Elegant gekleidet, treiben sie sich auf den Bahnsteigen herum und lauern darauf, von alleinreisenden kapitalkräftigen Männern angesprochen zu werden, wobei sie natürlich besonderen Wert auf alliierte Partner legen.

Da die Konkurrenz groß geworden ist, gehen die ganz routinierten Zunftmitglieder selbst zum Angriff über, wie in meinem Fall. Neben der Masche mit der ausgefallenen Freun-

Spenden für den Koreafonds

auf Konto Nr. 7169/7
beim Berliner Stadtkontor
(Kennwort „Hilfsaktion Korea").

Pullman-Katzen

München, Ende November. — Diese Tiere gab es vor zwei Jahren, als ich Westdeutschland zum letzten Male bereiste, noch nicht. Sie sind ein amerikanisches Züchtungsergebnis, und die kurze Bekanntschaft mit einer von ihnen verdanke ich eigentlich Eberhard. Der rief nämlich früh, zu einer Zeit, da ich ihn bereits erwartete, aus Traunstein im Hotel an: er könne erst abends, eine Stunde vor Abfahrt des Anschlußzuges nach Frankfurt/Main, hier eintreffen, ob ich nicht zum Bahnhof kommen wolle. Ich sagte zu.

Es gibt nicht viel Interessanteres als Bahnhöfe einer Großstadt, auf denen Tausende von unbekannten Schicksalen im Rhythmus der ein- und ausfahrenden Züge zusammengeballt werden und sich mit ebenso großer Schnelligkeit voneinander entfernen.

Schlafwagenkarte gefällig?

An diesem fühnig-nassen Abend, wie es ihn nur in München geben kann, tauchte ich deshalb frühzeitig im Gewimmel auf dem Hauptbahnhof unter. Nur nebenher nahm ich wahr, daß auf dem sonst noch leeren Bahnsteig, von dem anderthalb Stunden später der Schlafwagenzug nach Frankfurt abfahren sollte, mehrere junge, sehr gut gekleidete Frauen mit auffallendem make-up und kleinen Lederkoffern oder großen Reisehandtaschen auf- und abspazierten. Viel später erst fiel mir auch ein, daß jenes Mädchen mit dem eleganten beigefarbenen Flauschmantel und dem College-Hut auf kastanienfarbenem Haar schon mehrere Male an mir vorbeigegangen war, während ich am Zeitungswagen zu ergründen suchte, was für Menschentypen diese oder jene Lektüre bevorzugen. Als sie vor mir stand und mich mit leiser, rauchiger klingenden Stimme um Feuer bat, war die unmittelbare Umgebung sofort in eine Duftwolke von Chanel Nr. 3 gehüllt. Sie betrachtete mich durch die Streichholzflamme prüfend und abwägend. Ob ich auch auf den Schlafwagenzug wartete? Da Eberhard mit ihm weiterwollte, nickte ich, sozusagen stellvertretend. „Wollen Sie mir die zweite Schlafwagenkarte abnehmen? Meine Freundin, die eigentlich mitkommen wollte, ist verhindert." Sie fragte mit liebenswürdiger aber gleichmütiger Stimme, so, als böte sie ein Pfefferminzplätzchen an. Der plötzliche Frontalangriff brachte mich etwas außer Fassung, und sekundenlang sahen wir uns schweigend an. Ihre Augen schienen durch mich hindurchzusehen in eine nur ihr bekannte Ferne. Ich räusperte mich und versicherte ihr, daß nicht ich, sondern ein Bekannter den Zug benutzen würde. Sie dankte leise und höflich für das Feuer und drehte auf tadellosen Nylon-Beinen — in das Kielwasser eines schweren Winterulsters mit heller Diplomatentasche, die von einem sogenannten besseren Herrn mittleren Alters gerade vorbeigetragen wurden.

Nach dem dritten Korn kam Eberhard. Ich berichtete von meinem Erlebnis. Er sagte unbewegt: „War 'ne Pullman-Katze. Gibt's haufenweise

leitung Brandenburg der HO an diese Frage herangegangen. Jeder Warenbestellung aus Westdeutschland und dem Ausland wird die Bemerkung angefügt:

„Begrüßen würden wir es, wenn die angebahnten Geschäftsbeziehungen dazu beitragen, die trennenden Handelsschranken allmählich abzubauen. Als Kaufleute sind wir uns darüber klar, daß sich eine solche Entwicklung nur in einer friedlichen Welt vollziehen kann ... Gern würden wir es sehen, wenn sich im Laufe der Zeit ein reger Gedankenaustausch zwischen Lieferant und Empfänger entwickeln würde."

Dieser Brief ist, obwohl von Kaufleuten verfaßt, offensichtlich weniger im „Geschäftsstil" gehalten als der oben zitierte Brief der KWV Potsdam. Über vier Fünftel der von der HO angesprochenen Firmen haben innerhalb von drei Tagen geantwortet. Wir zitieren aus der Antwort der Firma Seeadler, Deutsche Fischindustrie GmbH, Cuxhaven:

„Wir bemühen uns seit langer Zeit, unser natürliches und größtes Absatzgebiet, das in der Deutschen Demokratischen Republik liegt, wieder zu erschließen ... So ist es auch unsere Auffassung, daß der natürliche Warenfluß nur seine richtigen Wege gehen kann, wenn friedliche Menschen in friedlichen Verhältnissen den gegenseitigen Bedarf abstimmen ..."

Wir wollen hier jedoch keine fertigen Briefrezepte liefern, sondern alle anregen, noch heute zur Feder zu greifen. Es muß dahin kommen, daß in kürzester Zeit jeder Betrieb, jeder Ortsausschuß der Nationalen Front, ja, jeder verantwortungsbewußte Bewohner unserer Republik in regelmäßigem brieflichen Kontakt mit Westdeutschland steht. Und zwar in einem Gedankenaustausch, in dem es nicht um die Masern der kleinen Elli oder um die neuen Schuhe von Vetter Theodor geht, sondern um das für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen Entscheidende: Um die Verwirklichung der Prager Vorschläge.

Vorbildliche HO

Wir stellten weiter fest, daß die VVB Bergbau an die Kumpels der Roddergruben im Bezirk Köln, die Stahlwerker an ihre Berufskollegen, und die Schüler der Betriebsberufsschule der Bau-Union-Ost 200 Briefe nach dem Westen geschrieben haben. In mehreren Fällen sind bereits Antwortschreiben eingegangen.

Verhältnismäßig leicht ist es für Handelsunternehmen, zu einem Briefwechsel über Sektoren- und Zonengrenzen zu kommen. Sehr verantwortungsbewußt ist die Landes-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

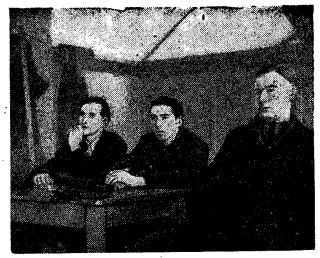
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

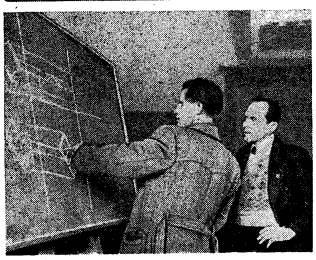
Links: Siemens-Plania in Berlin-Lichtenberg baut dieses Kulturhaus, ein Haus der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Es wird nach seiner Einweihung auch den Arbeitern des benachbarten „Berliner Stahlbau VEB" für Veranstaltungen offen stehen. Und Gast kann darin jeder Berliner sein.

Rechts: An den Kursen für Anreißer und Vorzeichner im Berliner Stahlbau VEB nehmen gelernte und ungelernte Arbeiter teil. Alle Altersstufen sind vertreten. Die Kurse entstanden auf Anregung des sowjetischen Vorzeichners Grigory Dubinin.

Darunter: Betriebsingenieur Schulze, der Leiter der Kurse, erläutert die Übertragung einer technischen Zeichnung auf das Werkstück. Die Kurse beginnen mit einer theoretischen Einführung und werden später mit praktischen Übungen im Betrieb verbunden.

Fotos: Donath





Anreißer Dubinin reißt mit

Vor etwa drei Monaten begann in der „ABUS Berliner Stahlbau VEB" in Lichtenberg der deutsch-sowjetische Erfahrungsaustausch. Der Arbeiter-Aktivist Kurt Hübner schrieb an den sowjetischen Stachanow-Arbeiter Grigorij Dubinin. Mitte August besprachen die Arbeiter und Techniker des Lichtenberger Werks Dubinins Antwort. Es war ein bedeutungsvoller Tag für sie alle, ob sie den öligen Monteuranzug oder den Kittel des Ingenieurs trugen.

„Ich arbeite in dem Leningrader Betrieb ‚Krasnij Wyborshez', wo auch mein Vater 31 Jahre lang beschäftigt war. Unser Werk ist im ganzen Land bekannt, denn dort wurde vor 21 Jahren der erste Vertrag für einen sozialistischen Wettbewerb unterzeichnet ...", schrieb Dubinin. „Meine Heimatstadt ist im Kriege von den Nazis stark zerstört worden. Die Sowjetmenschen mußten gewaltige Arbeit leisten, um sie wieder aufzubauen. Jeder einzelne fühlte sich verpflichtet, bei dem raschen Wiederaufbau der Betriebe, der Häuser und der Kulturstätten mitzuwirken ..."

Aus einer Stadt, die furchtbar gelitten hatte, die vor einer Fülle eigener brennender Aufgaben steht, schrieb der Anreißer Dubinin einen Brief an die deutschen Arbeiter und teilte ihnen Erfahrungen aus seiner Arbeit mit, die im Zeitalter der „freien Konkurrenz" unter strengste Schweigepflicht gefallen wären.

Dubinin berichtete über die Anwendung von Pobeditspitzen im Anreiß-Verfahren. (Anreißen nennt man einen Vorgang im Stahlbau: das Übertragen der Konstruktionsformen auf das zu bearbeitende Metall.) Die Anregungen Dubinins wurden sofort übernommen. Alle Reißzeuge erhielten Pobeditspitzen. Dieses besondere Material erspart in Zukunft die Arbeit des Anschleifens.

Dubinin schrieb weiterhin über die Aufstellung von Brigaden, die Einrichtung von Kursen zur Ausbildung qualifizierter Kräfte, die Zusammenarbeit zwischen technischer Intelligenz und Arbeiterschaft.

„In ein paar Wochen werden wir weitere Anregungen Dubinins in die Tat umgesetzt haben." „Dubinin ermahnt uns zur eigenen Initiative." — Das waren Worte, die man in der Diskussion um Dubinins Brief immer wieder hörte.

Hat der Betrieb in diesem Sinne gehandelt, ist er weiter auf dem Weg der neuen Entwicklung vorangeschritten? Diese Fragen interessierten uns besonders im Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft.

Betriebsingenieur Schulze empfängt uns in einem schmalen, sehr einfach eingerichteten Raum. Rotpausen mit Zeichnungen, Formeln und Texten liegen vor ihm. „In zehn Minuten beginnt der Kursus für Elektroschweißer, den ich durchführe. Jeder Teilnehmer bekommt eine Zusammenfassung des Lehrstoffs der Stunde." Ingenieur Schulze zeigt auf die aufgeschichteten Blätter.

Seit etwa zehn Wochen finden im Betrieb einmal wöchentlich Kurse zur Ausbildung von Anreißern, Vorzeichnern und Elektroschweißern statt. Kurse für Nieter und Brenner sind geplant. Die Durchführung dieser Kurse geht auf Dubinins Anregungen zurück.

„Derartige Kurse kannte man bei uns noch gar nicht", berichtet Ingenieur Schulze. „Wir mußten ohne jede Erfahrung an die Arbeit gehen. Was haben wir gemacht? Wir haben ein ‚Berufsbild' entworfen, eine Aufstellung der Kenntnisse und Fertigkeiten, die ein Vorzeichner haben muß. Unser Bestreben geht dahin, daß jeder Anreißer zugleich ein Vorzeichner ist. So vermeiden wir den Leerlauf, der entsteht, wenn der Anreißer immer auf die Anweisung des Vorzeichners warten muß. Das Berufsbild und der Plan der Kurse wurden mit alten Anreißern und Vorzeichnern des Werkes durchgesprochen. Man kann nie genug lernen, war ihre einstimmige Meinung, und neben ungelernten Kräften meldete sich ein Teil von ihnen zu den Kursen, um theoretische Kenntnisse aufzufrischen und zu erweitern."

In dem Kursus für Elektroschweißer überwiegt die Jugend. Alle haben einen vollen Arbeitstag hinter sich. Sie kommen aus den Werkhallen, von der Montage, vom Verladeplatz. Aber niemand sitzt uninteressiert oder müde da. Den Wunsch, mehr zu lernen, mehr zu wissen, liest man in ihren Gesichtern.

Die Stunde ist zu Ende. Haben sie noch Geduld für meine Fragen? Es kommt zu einem lebhaften Gespräch. Da werden Wünsche laut, zum Beispiel der Wunsch nach Lehrfilmen. Da werden Erfahrungen vom Arbeitsplatz berichtet, die Ingenieur Schulze sofort für den Aktivistenplan vormerken kann.

„Wir wollen doch nicht ewig ‚Gemüseschlosser' bleiben", ruft ein junger Arbeiter. „Wir wollen Wissenschaftler zu uns einladen, die uns Vorträge über den neuesten Stand der Technik halten."

„Ach, die reden doch in einer Sprache, die kein gewöhnlicher Sterblicher versteht!"

„Eben drum, dann müssen wir sie dazu erziehen, daß sie so reden, daß jeder sie versteht."

Gerade die Jugend hatte jedoch Dubinins Zeilen verstanden und begeistert aufgenommen.

„... Ich hoffe, daß die deutschen Aktivisten in den Betrieben, daß alle deutschen Arbeiter und Intellektuellen zur Festigung des Friedens und der Völkerfreundschaft beitragen werden. Es wird mir eine große Freude sein, wenn die Erfahrungen der sowjetischen Stachanow-Arbeiter und Wissenschaftler mithelfen, neue Erfolge bei der Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu erzielen", mit diesen Worten hatte Grigorij Dubinin seinen Brief geschlossen.

Der „Berliner Stahlbau" hat in seinem Betrieb eine feste Grundlage für die Verwirklichung dieser Gedanken geschaffen. Er hat es verstanden, die deutsch-sowjetische Freundschaft lebendig zu entwickeln.

... in jedes Bauernhaus

„... und dabei hat man uns das überhaupt verheimlicht." Bei diesen Worten wurde ich auf das Gespräch am Nachbartisch in einem Dorfkrug in Niedersachsen im Kreis Wittlage aufmerksam. Der Bauer und Geflügelzüchter P. fuhr fort: „Diese verfluchten Zeitungsschreiber, wozu halten wir denn schließlich eine Zeitung, wenn man das Wichtigste, was in der Welt vor sich geht und was uns alle betrifft, verschweigt?"

„Ich lese schon seit Monaten keine Zeitung mehr, unsere Zeitungen lügen alle. Ich kümmere mich überhaupt nicht mehr um Politik", sagte sein Nachbar. „Aber das ist doch falsch", wetterte P., „denn du machst es denen, die uns den Hals abschnüren wollen, ja einfach. Was hast du denn eben gesagt, wir werden bald wieder Wurst und Speck zum Kohlenhändler bringen müssen, weil wir für Geld und gute Worte doch keine Kohlen kriegen. Hast du überlegt, wo die Kohlen aus dem Ruhrgebiet bleiben? Sie gehen in die Rüstungsindustrie. Die hat am letzten Krieg noch nicht genug gescheffelt und will an einem neuen Unglück noch einmal verdienen. Und nun hört mal gut zu: Mitten in die Beratung, die die hohen Herren über den Atlantikpakt führten, und mitten in die Schacherpolitik unserer Bonner Regierung, die uns und unsere Kinder als Kanonenfutter verkaufen will, kam eine Nachricht aus Prag, die man uns unterschlagen will. Und warum? Weil die Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und zum erstenmal seit 1945 auch ein deutscher Außenminister, der gleichberechtigt mit den anderen am Tisch saß, einen Ausweg aus unserer Not gefunden haben. Schämen müßte man sich als Deutscher, daß diese Männer in Prag mehr Interesse für unsere Notlage und für die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes aufbrachten als wir selbst."

„Was war denn in Prag los?" — fragte ein Dritter.

„Die führenden Männer aus Ost- und Westdeutschland", gab P. zur Antwort, „sollen sich jetzt endlich einmal an einen Tisch setzen und einen Gesamtdeutschen Rat bilden. Das ist doch ein ganz einfacher und klarer Weg, um endlich wieder zur deutschen Einheit zu kommen. Ist die deutsche Einheit wieder geschaffen, dann ist auch der Friede in Europa gesichert, denn wir hier in Westdeutschland leben doch auf einem Pulverfaß, das wißt ihr ja selbst. Ein großes Aufatmen würde durch unser Vaterland gehen."

Man war näher zusammengerückt am Nachbartisch und folgte den Ausführungen des Bauern P., der, wie sich aus dem weiteren Gespräch ergab, noch vor gar nicht langer Zeit ein treuer Anhänger Adenauers war, mit großem Interesse.

„Wer dich nicht kennt", so sagte einer aus der Runde, „könnte meinen, du wärst ein Propagandaredner aus der Ostzone." Mit erhobener Stimme antwortete ihm P.: „Du meinst es ja nicht so, wie du es gesagt hast. Aber ich will dir mal was sagen: Der beste Deutsche ist meiner Ansicht nach der, der am meisten für den Frieden tut. Aber wie können wir etwas für den Frieden tun, wenn wir nicht einmal wissen, was in der Welt vor sich geht. Wenn unsere Zeitungen uns nicht objektiv unterrichten, dann müssen wir andere Mittel und Wege finden, damit eine Berichterstattung über so wichtige Dinge wie die Prager Beschlüsse erzwungen wird. Ich werde jedenfalls in den Versammlungen der Ortsbauernvereine, die jetzt wieder beginnen, zu diesen Dingen nicht schweigen. Ich meine, es ist die Pflicht eines jeden deutschen Bauern, bevor er in die Ortsvereinsversammlung geht, die Prager Vorschläge zu lesen, damit sie diskutiert werden können. Die Prager Vorschläge müssen sofort in jedes Bauernhaus. Was nützt uns alles Debattieren über unsere Berufsnöte, wenn wir das Wichtigste vergessen: Die Kriegsgefahr muß beseitigt werden. Der Osten hat uns die Verständigung angeboten, und was tun wir? Die Politiker in Bonn schweigen. Deshalb dürfen wir Bauern nicht wie bisher in den politischen Winterschlaf gehen, denn sonst werden wir eines Tages fürchterlich geweckt werden und unseren Schlaf bitter bereuen."

Wenn ich mir die Mühe gemacht habe, als Außenstehender dieses Gespräch einiger deutscher Bauern niederzuschreiben, dann darum, weil ich jenem ehrlichen deutschen Bauern im Kreis Wittlage helfen möchte, daß tatsächlich in jedem deutschen Bauernhaus die Prager Konferenz und ihre Vorschläge bekannt werden, zum Wohle aller Deutschen in Stadt und Land.

Der Zwischenruf

„Wie ist das eigentlich zu verstehen, wenn von seiten unserer Regierung betont wird, bei Verhandlungen zwischen bevollmächtigten Vertretern Ost- und Westdeutschlands müßten beide Seiten zu Kompromissen bereit sein? Soll das etwa heißen, daß der Kriegsverbrecher Flick wieder seine Betriebe zurückbekommt, oder daß der Neubauer dem alten Gutsbesitzer weichen muß?"

„Wenn unsere Regierung von Kompromissen spricht, so kann es sich nur um solche Zugeständnisse handeln, die uns dem Frieden und einem einigen, unabhängigen, souveränen Deutschland näher bringen. Auf Zugeständnisse, die die Gefahr, daß Deutschland in die amerikanischen Kriegspläne hineingezogen wird, nur noch vergrößern, kann unsere Regierung im Interesse unseres Volkes natürlich nicht eingehen. Sind Sie nun der Meinung, daß es im Interesse des Friedens liegt, wenn Flick, der heute den amerikanischen Aufrüstungs-Spezialisten an die Hand geht, wieder in den volkseigenen Stahlwerken unserer Republik zu bestimmen hätte? Würde er dann nicht versuchen, aus Not und Tod, aus Opfern und Leiden aller Schaffenden wiederum Gold zu spinnen? Würden nicht militärische Junker ihre Untertanen wieder auf neue Ritte gen Osten schicken? Sie nicken, Sie stimmen mir zu? Dann beantworten Sie sich bitte auch die Frage selbst, ob eine Regierung des Volkes und des Friedens derartige Zugeständnisse verantworten könnte.

Diese Antwort befriedigt Sie nicht ganz? Was für Kompromisse wir denn nun wirklich machen wollen, möchten Sie wissen? Nun, auch Sie werden sicher verstehen, daß es recht unzeitgemäß wäre, gerade über dieses Thema lange und breite Auseinandersetzungen heraufzubeschwören. Solche theoretischen Auseinandersetzungen könnten nur diejenigen gebrauchen und herbeiwünschen, die an einer Einigung der Deutschen in den Lebensfragen der Nation nicht interessiert sind. Um so mehr verlangt jedoch das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit, daß sich die Politiker Ost- und Westdeutschlands über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg zu gemeinsamen Beratungen bereitfinden und sich über gemeinsame Schritte einig werden, die die Kriegsgefahr beseitigen.

Selbstverständlich kann man sich immerhin gewisse Vorstellungen machen, in welcher Richtung Kompromisse in einem einheitlichen Deutschland möglich wären. Unser stellvertretender Ministerpräsident Walter Ulbricht hat in dieser Beziehung bereits einige Hinweise gegeben als er sagte: „Wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschlands einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird." Ist das etwa nicht ein sehr beachtliches Zugeständnis? Genau so wenig dürften allerdings Herr Adenauer und seine Minister verlangen, das Bonner wirtschaftliche, politische und soziale System dem einigen Deutschland aufzuzwingen. Es wäre doch sogar möglich, daß in beiden Teilen des geeinten Deutschlands gewisse Unterschiede in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht bestehen bleiben. Wenigstens vorläufig. So wie es zum Beispiel in Volkschina der Fall ist. Dort ist in den zuerst befreiten Gebieten — in der Mandschurei und mehreren anderen nord-chinesischen Provinzen — die Bodenreform durchgeführt. In den erst später befreiten Gebieten mit der doppelten Einwohnerzahl wurde die Agrarreform nicht durchgeführt. Nur wurden die Pachtsätze und der Leihzins auf 25 bis 35 Prozent herabgesetzt.

Ich könnte mir für Deutschland ähnliche unterschiedliche Verhältnisse für den Osten und den Westen denken. Auch in Bezug auf die Industrie, auf den Handel, auf die Verwaltung. Erst mal müssen wir jedenfalls zu einem einigen Deutschland gelangen, müssen einen Friedensvertrag bekommen, müssen frei, unabhängig und souverän sein. Davon hängt unser Leben ab. Später wird dann das Volk in ganz Deutschland demokratisch entscheiden, wie unser Vaterland wirtschaftlich, politisch und sozial gestaltet werden soll. Wir sind nicht bange, daß das Volk sich für ein demokratisches Deutschland entscheiden wird."

---

din gibt es noch den stereotypen Satz: „Wollen Sie mich nach X begleiten? Ich fürchte mich so allein im Schlafwagenabteil." Die normale Taxe für den Partner beträgt außer dem Fahrpreis einschließlich Schlafwagenkarte, Essen und Getränke, 50 bis 100 Westmark.

Dienstabteil vermietet

Manche Pullman-Katzen arbeiten mit Angestellten von Reisebüros und Agenturen zusammen, die verschleiert oder offen bereits gegen Aufschlag „Schlafwagenkarten mit" verkaufen. „Vom Umfang der Schlafwagenprostitution können die Bahnpolizeibeamten einiges erzählen", meinte Eberhard. Er habe einmal an einer gemeinsam mit der Sittenpolizei durchgeführten Razzia teilgenommen, die haarsträubende und erschütternde Ergebnisse gebracht habe: 48 Mädchen waren dabei angehalten worden, denen solche gekuppelte Vergnügungs- und Geschäftsreise nachgewiesen werden konnte. Naturgemäß wird jedoch immer nur ein verschwindend kleiner Teil gefaßt, denn für diese Aufgabe gibt es zu wenig Polizeikräfte. In einem Samba-Expreß hatten die Bahnpolizisten zwei Mädchen entdeckt, die stundenweise ihre Bettgenossen wechselten. Die Anwärter vertrieben sich die Zwischenzeit im Tanz- und Gesellschaftswagen. Eberhard zeigte mir eine Zeitungsnotiz, derzufolge in Köln vor dem Jugendgericht ein 16jähriges Mädchen gestanden hatte, das mit drei völlig betrunkenen alliierten Teilnehmern einer „Party" im Schlafwagenabteil entdeckt worden war. Es übe das Gewerbe schon über ein Jahr aus, erklärte das Mädchen völlig ungerührt. Es hoffe, dabei einmal einen Mann zu finden, der es heiraten werde. In Frankfurt stand der Schaffner eines Samba-Express' vor dem Richter: er hatte sein Dienstabteil an Mädchen vermietet, die sich mit den Reisebekanntschaften dorthin zurückzogen.

Derartige Zustände hat es in Deutschland selbst in den größten Notzeiten nach dem ersten Weltkrieg und während der Inflation nicht gegeben, stellte ich fest. Eberhard erinnerte mich daran, daß ähnliche Zustände auf manchen Linien der amerikanischen Eisenbahnen an der Tagesordnung seien. Und amerikanische Offiziere, Beamte der Oberkommission und Geschäftsreisende sind es auch, die dieses Unwesen in Westdeutschland verbreitet haben. Sie fordern Reisebüros und Schaffner auf, für „Nachschub an Kalbfleisch", d. h. von Mädchen und Frauen, die zu allen Dingen bereit sind, zu sorgen. Die deutschen Stellen aber gehen nur nachlässig und zögernd gegen diese Verbrechen an der deutschen Jugend vor.

Menschenfracht

Als der Zug aus der Halle glitt, sah ich das belgefarbene Mädchen vor einem geöffneten Schlafwagenabteil, daneben stand ein USA-Offizier mit Affenschaukel, die Hände in den Hosentaschen. Ihr Blick streifte an mir vorbei, irgendwohin in die Ferne. Einen Wagen weiter stand der schwere Winteruister, die Glatze und das Doppelkinn füllten den halben Fensterrahmen. Doch das junge Ding neben ihm mit frechgeschminktem Mund und großen hungrigen Augen brauchte nicht viel Platz. In Rauch und Dunkelheit verschwand die Menschenfracht.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Da erwachte Schopfheim

Karlsruhe, Anfang Dezember. Das 4000 Einwohner zählende Städtchen Schopfheim am schönen Südhang des Schwarzwaldes, bewohnt größtenteils von fleißigen, wenig verdienenden Textilarbeitern, hat als erste Stadt Westdeutschlands beschlossen, Front gegen die drohende Kriegsgefahr zu machen. Mitte Dezember wird eine Volksabstimmung über die Frage: „Remilitarisierung — ja oder nein?" durchgeführt. Daran werden die Jugendlichen ab 17 Jahren teilnehmen, weil gerade sie die Last des Gewehrs auf sich laden sollen, weil gerade sie gezwungen werden sollen, die Kriegsverbrecher und Brudermörder von morgen zu sein. Wie es dazu kam, daß eine ganze Stadt aufstand und sich mutig als erste geschlossen dem Wahnsinn der Kriegsvorbereitungen entgegenstellte, darüber soll hier berichtet werden.

*

Am Sonntag, dem 5. November, abends gegen 21 Uhr macht sich der Arbeiter Franz Schmidt fertig für die Nachtschicht: Acht heiße Stunden vor seinem Ofen im Gaswerk Lörrach, nahe der Schweizer Grenze. Die schwere Arbeit hat den ruhigen und bedächtigen Mann über seine 44 Jahre altern lassen. Wie an allen Werktagen seines kleinen Lebens geht er los mit Broten und Kaffeeflasche in einer abgewetzten Tasche. Als er wiederkommt, ist es erst kurz vor Mitternacht. Vor der fassungslosen Frau steht ein kalkweißer, röchelnder Mann, dessen Adamsapfel in krampfhaften Schluckbewegungen auf- und abrollt. Er legt sich hin und wird erst nach drei Tagen wieder aufstehen, ungewiß, ob er nicht für alle Zukunft schweren Schaden erlitten hat. Drei Tage im Bett sind drei Tage ohne Lohn; für Gasarbeiter Schmidt zählen sie.

Gaswerksarbeiter Schmidt und sein 18jähriger Sohn Willi sind zwei der dreizehn Bürger, die in der Nacht des 5. November in Schopfheim am Schwarzwald organisiertem Terror zum Opfer fielen. Sie wissen heute: Abzug der Besatzungstruppen bedeutet Frieden und Ruhe, aber die Vorbedingung ist Deutschlands Einheit, ist die Verständigung zwischen seinen auseinandergerissenen beiden Teilen.

Was ist geschehen? Als Schmidt auf dem Weg zum Werk an der Reithalle vorbeigeht, die vor kurzem erst von der Stadt als beheifsmäßige Kaserne für französische Besatzungstruppen hergerichtet werden mußte, kommen zwei Soldaten plötzlich aus dem Schatten der Wand auf ihn zu. Ehe er begreift, sinkt Schmidt mit einem stechenden Schmerz im Hals, nach Atem ringend, zu Boden. Minuten später erwacht er auf der menschenleeren Straße aus seiner Ohnmacht, ein wuchtiger Schlag gegen den Kehlkopf hatte ihn gefällt. Schmidt geht schwer und langsam zum Werk. Aber er kann nicht arbeiten, der Arzt schickt ihn zurück. Als er unter großen Schmerzen stoßweise diesen Bericht beendet hat, blickt seine Frau, kalkweiß wie er, auf die Uhr: Es geht auf Zwölf, und Willi, der achtzehnjährige Sohn, ist noch nicht von einem Besuch zurück.

Willi kommt eine Stunde später, eine Stunde, deren Minuten sich wie Gummi ziehen. Willi kommt nicht, er schleift sich herein und sinkt zusammen. Sein Gesicht und sein Körper sind blau und grün geschlagen und zerschunden. Seine Unterlippe ist durchgeschlagen, in großen Tropfen fällt das Blut. Aus seinen gelallten Worten ist dies zu entnehmen: Auf dem Heimweg mit einem Freund stellten sich ihnen unvermutet drei Soldaten in die Quere, die im Schatten einer Hauswand verborgen waren. Ehe beide zur Besinnung kommen, liegen sie am Boden, es hagelt Tritte von schweren genagelten Kommißstiefeln, wahllos auf die Brust, den Leib, in den Rücken, ins Gesicht. Dann werden sie hochgerissen und mit Fäusten bearbeitet, bis sie wieder zusammensinken.

In dieser Nacht, in der Zeit von 21 bis 2 Uhr werden 13 Schopfheimer Bürger, unter ihnen ein Schwerbeschädigter und eine Frau, von französischen Besatzungssoldaten zusammengeschlagen und zum Teil so verletzt, daß sie wochenlang liegen müssen. Im Gegensatz zu früheren Ausschreitungen ist hier ein organisierter Terror zu spüren. Am anderen Tag sagt der Kommandant, überheblich und nervös gereizt, „strenge Bestrafung der Schuldigen" zu. Aber keiner kennt die Schuldigen, und eingeschlagene Nasenbeine und Kiefer heilen davon nicht, ausgeschlagene Zähne wachsen davon nicht nach.

*

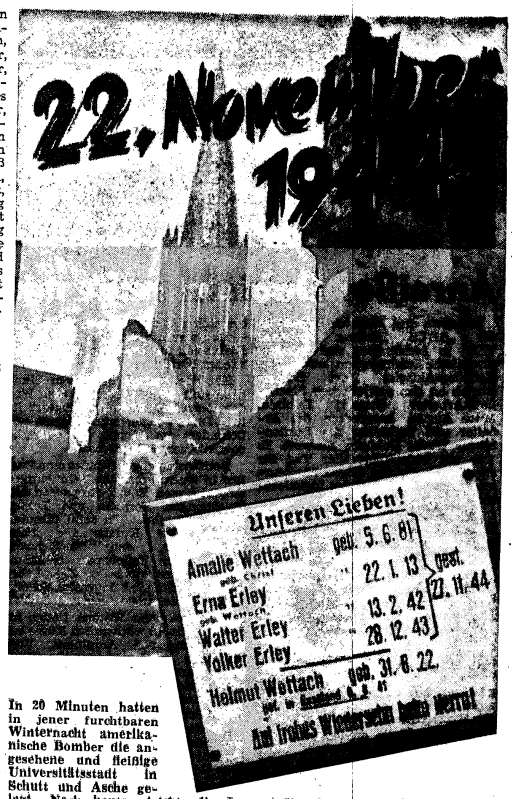
Schopfheim war bis zum 5. November eine Stadt wie alle anderen in Westdeutschland. Die kleinen täglichen Sorgen waren bei den meisten viel größer als die großen des ganzen Volkes. Und nur allzu gern steckten sie den Kopf in den Sand. Über Karlsruhe und Freiburg hinaus sahen nur wenige. Am 6. November aber siedete es in dem Städtchen. Blicke voll Haß und Verachtung trafen die Besatzungsangehörigen, Fäuste ballten sich, und arge Verwünschungen rollten über die Zunge manches honorigen Bürgers. Jeder sah, daß hier mit einer Hilfsaktion für die Opfer, mit einem Protest beim Kommandanten nicht genug getan war. Die Dreizehn waren ganz einfach die Opfer eines möglichen neuen Krieges, der mit Besatzungsverstärkungen, mit Rüstungsteilfabrikation und Remilitarisierungsreklame seinen Schatten schon lange über dieses Land warf. Nur hatte man ihn nicht sehen wollen, hatte im Selbstbetrug geglaubt, in einem windgeschützten Winkel zu leben. Jäh und schmerzhaft war in Schopfheim der Blick durch die Gegenwart der dreizehn zerschundenen und getretenen Einwohner auf eine mögliche, furchtbare Zukunft gerichtet worden. Auf einen Krieg, von dem sie einen winzig kleinen Teil zu spüren bekommen hatten.

Und so geschah das Beispielhafte, was längst schon hätte geschehen müssen: Am runden Tisch fanden sich Vertreter aller politischen Richtungen, aller Konfessionen zusammen, unter ihnen ein katholischer Pfarrer, ein kommunistischer Bürgermeister, ein sozialdemokratischer Gewerkschaftssekretär und der Vertreter des Jugendringes. Allen war völlig klar, daß die Abwehr solcher Vorkommnisse an die Grundfrage herangehen müsse: daß die Besatzungstruppen Angriffstruppen geworden sind, daß ein Krieg für das deutsche Volk Tod, Grauen und Vernichtung bedeutet, daß der Kampf um die Erhaltung des Friedens mit dem Ziel geführt werden muß, die Remilitarisierung zu verhindern und zunächst eine Verständigung zwischen West- und Ostdeutschland herbeizuführen. Das ist, so meinten sie, der erste Schritt zur Beendigung der Besatzung — das beste Mittel gegen Terrorübergriffe.

*

Am 26. November fand sich ganz Schopfheim zu einer Protestversammlung ein, wie sie bisher noch nicht gesehen wurde. Der Vorsitzende des Ortsausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte sie einberufen und seine Worte: „Keiner hat das Recht, seine politischen und wirtschaftlichen Ziele auf dem Wege des Krieges durchzusetzen", waren das Leitmotiv aller Redner. Ihre gemeinsame Überzeugung, daß eine Remilitarisierung das Ende des deutschen Volkes bedeuten kann, wurde in der Diskussion besonders von der Jugend aufgegriffen. „Ich will im Frieden arbeiten und vorwärtsstreben können, zu meinem und meiner Mitmenschen Wohl. Ich werde keiner Einberufung Folge leisten. In der Badischen Verfassung steht, daß kein Bürger zum Kriegsdienst und zum Waffentragen gezwungen werden darf", erklärte ein Weberlehrling. Ein CDU-Vertreter, der mit provokatorischen Ausfällen gegen die Deutsche Demokratische Republik die Jugend zu einem Massensterben zu überreden versuchte, ging im Proteststurm unter und ward nicht mehr gesehen.

Und dann kam das Neue, bisher leider Einmalige und deshalb Nachahmenswerte: Die Schopfheimer Bürger beschlossen, Mitte Dezember eine Volksbefragung über die Remilitarisierung durchzuführen. Die Anregung dazu erging von dem katholischen Geistlichen, die Stadtverwaltung sagte volle Unterstützung für den mit der Durchführung beauftragten Ortsausschuß der Gewerkschaften zu. Dieses Beispiel kann von allen Dörfern und Städten Westdeutschlands nachgeahmt werden. Sein Ausgang kann weder in Schopfheim, noch irgendwo anders zweifelhaft sein. Wo das Volk seine Stimme erhebt, verlangt es nach Frieden. Die große nachahmenswerte Tat der Schopfheimer ist einfach, daß sie aktiv wurden, weil sie sich des Ernstes der Situation, gleichzeitig aber auch der Stärke ihres geschlossenen zusammengefaßten Willens bewußt geworden sind.



In 20 Minuten hatten in jener furchtbaren Winternacht amerikanische Bomber die angesehene und fleißige Universitätsstadt in Schutt und Asche gelegt. Noch heute gleicht die Innenstadt einer Steinwüste. Deutsche Söldnertruppen sind der Bonner Regierung wichtiger, als der Aufbau zerstörter Wohnungen —. Mutter, Schwiegertochter und Enkel wurden zerfetzt, der Sohn und Mann fiel vorher in der Sowjetunion. Viel grauenhafter aber würde ein neuer Krieg unter den deutschen Familien wüten.

In diesen Gräberreihen liegen mehr als 3000 Bürger, die in einer Nacht im Hagel von amerikanischen Bomben und Phosphorkanistern umkamen. Weitere 4000 wurden verwundet, mehr als 30 000 verloren alles. Noch 36mal griffen Bomber Freiburg an, aber die erste Nacht war die schlimmste. 3500 Söhne Freiburgs fielen außerdem an den Fronten. 5471 Wohnungen, Schulen, Kasernen usw. sind heute noch beschlagnahmt.

Der Fall Osthofen

Der Herr Regierungspräsident von Rheinhessen war sehr beschäftigt, als am 19. September 1950 Adenauer endlich verfügte, daß alle nationalgesinnten demokratischen Kräfte, die offen für die Einheit eines friedlichen Deutschlands eintreten, aus öffentlichen Ämtern zu entfernen seien. In der Anordnung war von „Mitgliedern antidemokratischer Organisationen" die Rede. Im Zwergstaat Rheinland-Pfalz war man, des Wohlwollens der französischen Besatzungsbehörden sicher, bereits vorausgeeilt: eine Woche vorher schon hatte der Innenminister einen entsprechenden Runderlaß in Umlauf gesetzt. Der Herr Regierungspräsident „verfügte" als erstes die Entlassung der beiden kommunistischen Gemeindeangestellten in dem lieblichen Weinstädtchen Osthofen, deren Mitarbeit in der Friedensbewegung ihm schon lange die reichlich genossenen Schoppen vergällt hatte. Osthofen sollte einschüchterndes Beispiel sein für alle. Bürgermeister, die den Erlaß als Verfassungsbruch ansahen. Der Bürgermeister fügte sich dem Druck von oben unter schwerem Gewissenszwang.

Aber in Osthofen gab es eine Rebellion. Der Gemeinderat forderte die Wiedereinstellung der willkürlich Gemaßregelten und wählte eine Kommission, die bei den oberen Behörden die Achtung der Selbstverwaltungsrechte durchsetzen sollte. Als der Herr SPD-Regierungspräsident — Mitglied des rhein-pfälzischen Verfassungsgerichtshofes — mit einem Disziplinarverfahren drohte, stimmten 16 von 19 Gemeinderäten einem SPD-Antrag zu, die Arbeit solange einzustellen, bis die entlassenen Angestellten rehabilitiert sind. „Der Fall Osthofen" war inzwischen durch Rundfunk und Presse gegangen. Hier ging es um die grundsätzliche Klärstellung, ob der Bonner Beschluß rechtlich und moralisch haltbar sei. Der Gemeinderat und die Osthofener Bürger wurden zu „getarnten Kommunisten" gestempelt.

Diese ebenso beliebte wie plumpe Methode verfehlte jedoch ihre beabsichtigte Wirkung. Die Osthofener hatten bereits erkannt, daß die gleichen Kräfte, die sich rücksichtslos über die im Grundgesetz verankerten Rechte über die Landesverfassung hinwegsetzten, ebenso eifrige Förderer jeder Kriegshetze waren und im blinden Haß die überall sichtbaren Vorbereitungen zum Brudermord unterstützten und vorantrieben.

Eine Versammlung der Bürger sprach dem Gemeinderat das Vertrauen aus. Die SPD-Gemeinderäte beschlossen als erste, die Arbeit einzustellen. Vor diesem geschlossenen Widerstand kapitulierte die fassungslose Ministerialbürokratie. Der Herr Regierungspräsident „verfügte" seine Verfügung zurück. Die beiden Angestellten, die schon im Dritten Reich Arbeit und Freiheit verloren hatten, wurden wieder eingestellt. Ein Erfolg mutigen Widerstandes gegen die Feinde der Demokratie, die heute gleichzeitig die Feinde der nationalen Unabhängigkeit und Einheit sind. Er beweist, daß die Kräfte des nationalen Widerstandes in Westdeutschland stark genug sind, mit den Gegnern des deutschen Volkes fertigzuwerden, wenn sie gemeinsam den Kampf um ihre Rechte aufnehmen.

Am 26. und 27. November 1950 gedachten Hinterbliebene und viele Organisationen der Opfer. In stille Trauer versunken steht dieses Mädchen, dem nach dem Willen der Kriegstreiber ein gleiches Schicksal beschieden werden soll. Wenige Stunden später ließ Oberbürgermeister Dr. Hoffmann auf Befehl des französischen Gouverneurs die Schleifen, die zum Frieden mahnen, von den Gräbern nehmen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Zwischen Fülle und Mangel

Überblick über einige Neuerscheinungen

Was die bedeutendsten unserer Verlage in den letzten Wochen an Neuerscheinungen herausgebracht haben, steht mengenmäßig zwar weit hinter dem zurück, was in der Vorwinterzeit der literarisch fruchtbarsten Jahre vor 1933 publiziert worden ist, dafür aber fehlt auch fast gänzlich jenes chaotische Durcheinander, in dem Zufälliges neben Bedeutendem, Eintagsbelletristik neben Gewichtigem steht. Der Leser, der die Bücher des Winters 1950 in die Hand nimmt, braucht sich nicht durch ein Labyrinth zu tasten: in den meisten Fällen ist Wesentliches in literarisch gemeisterter Form ausgesagt.

Greift man aus der Fülle — denn eine Fülle ist es immerhin — das Typische heraus, so kann man eine erfreuliche und muß man eine bedauerliche Feststellung machen. Erfreulich ist, daß die wichtigsten Neuerscheinungen für den deutschen Leser das so lange künstlich verschlossene Tor zur Welt weit aufgestoßen haben. Nachdem in den letzten Jahren und Monaten die bedeutendsten Werke sowjetischer Autoren von Gorki über Majakowski, Scholochow, Gladkow, Fedin, Fadejew, Ehrenburg bis zu Wera Panowa und Makarenko und bis zu uns noch neuen Namen, wie Sjomuschkin und Schischkow durch die gemeinsame Initiative verschiedener Verlage herausgekommen sind (und diese Herausgabe vorbildlicher sowjetischer Literatur insbesondere durch den Verlag Kultur und Fortschritt weiterhin fortgesetzt wird), wurden wir in den letzten Wochen auch mit den fortschrittlichen Autoren der Tschechoslowakei, Chinas, Italiens, der USA und Brasiliens bekannt gemacht, und zwar zum großen Teil mit Autorennamen, deren Werke zum erstenmal in deutscher Übersetzung erscheinen.

Dies ist das Erfreuliche. Das Bedauerliche: unter der Belletristik von Wert der letzten Wochen befindet sich nicht eine einzige deutsche Neuerscheinung! Um Irrtümern und Einwänden vorzubeugen: diese Tatsache beruht nicht etwa auf einer „Überfremdung" unserer Verlagsproduktion, sondern auf einem bedauerlichen, und schlagstigenden Mangel an brauchbaren deutschen Manuskripten. Dieser Mangel hat, wie die Verlagslektoren bestätigen können, schon chronischen Charakter angenommen und wird, wie die Planung für das kommende Jahr erkennen läßt, auch in absehbarer Zeit noch nicht behoben sein.

Was die „erste Garnitur" unserer fortschrittlichen Schriftsteller betrifft, so schweigt sie. Eine „zweite Garnitur" — will man schon solche Einteilung machen —, deren Manuskripte für einen verantwortungsbewußten Verlag die Drucklegung rechtfertigen würden, schweigt gleichfalls. Und die junge Generation, von der fast in jedem Literaturaufsatz die Rede ist, schweigt noch. Man sage nicht, sie könne nicht zu Wort kommen: unsere Lektoren sind bereit, jeden jungen Autor mit einem Werk von nur einiger Qualität mit offenen Armen aufzunehmen. Einige Qualität — diese freilich muß gefordert werden. Der gute Wille allein tut es nicht, und noch so gut gemeinte Gegenwartsliteratur, der jede künstlerische Qualität abgeht, erweist der guten Sache einen schlechten Dienst, weil sie den Leser abstößt.

Es ist an dieser Stelle nicht der Platz, die Ursachen dieses unbestreitbaren und so viel beredeten Zurückbleibens zu erörtern. Wir stellen es hier nur fest und werfen mit Neid einen Blick auf die Fülle des Guten und Lesenswerten, was uns das Ausland in diesen Wochen bescherte und aus dem unsere Autoren vieles lernen können.

Zum erstenmal machen wir die Bekanntschaft mit je einem Vertreter der fortschrittlichen Literatur Chinas und Brasiliens. So gesellschafts- und naturnotwendig verschieden Form, Thema und Problematik des chinesischen Schriftstellers Dschao Schu-li sind in seinem kleinen Roman „Die Lieder des Li Yü-tsi'ai" und in dem Roman „Jubiaba" und „Tote See" des Brasilianers Jorge Amado (alle drei bei Volk und Welt), so haben sie doch eines gemein: farbige Ursprünglichkeit, kraftvolle und reflexionsferne Gegenständlichkeit und Charakterzeichnung, die in der deutschen Literatur so selten geworden sind. Ihre Werke beweisen, daß solche Ursprünglichkeit durchaus nicht nur „neuen" Kulturen eignet, sondern dem neuen Geist entspringt, aus dem heraus sie geschrieben sind.

Jorge Amado schildert in seinen Bahia-Romanen saftiges und pralles Leben, das Leben der Schiffer, Plantagenarbeiter, Bettler und Kinder, der armen Neger, Weißen und Mulatten, ungeschminkt und zugleich dichterisch, wahrhaftig, ohne den Charakter bloßer Reportage, und der Kampf des Gestern mit dem Morgen erfüllt die Erzählungen.

Zu den ursprünglich-vitalen und erstaunlichen Schriftstellertalenten gehört auch der Italiener Vasco Pratolini, dessen Roman „Chronik armer Liebesleute" (Volk und Welt), bereits in viele Sprachen übersetzt, unseres Erachtens das hervorragendste der angezeigten Bücher ist. Was ihn mit den Romanen des Chinesen und des Brasilianers verbindet: Absage an die erfundene „story", an Aesthetentum und Psychologismus, kurz — Ablehnung der dekadenten Literaturtraditionen seines Landes. Er erzählt „nur" vom Leben und Schicksal einer Gruppe armer Menschen aus einer Gasse von Florenz in den Jahren des Faschismus. „Nur", — doch welche Fülle und welche Echtheit der Gestalten, welche Menschlichkeit! Wir wünschten die Hilfte, einen Bruchteil solcher Unmittelbarkeit der Menschendarstellung unseren zeitgenössischen deutschen Autoren.

Wenn Marie Majerová, die bedeutendste tschechische Schriftstellerin von heute, mit ihrem großen Roman „Die Sirene" (im Aufbau-Verlag) schwerflüssiger wirkt als Pratolini, so liegt das weniger am Unterschied der Völkertemperamente als an dem viel umfassenderen, weiter ausholenden Thema ihres Werkes: sie gibt keine Szenen aus dem Alltagsleben von heute, sondern schichtet von vier Generationen von Bergarbeitern aus dem Kladnoer Revier auf einem Raum, der kaum größer ist als der von Pratolinis Buch, Gegenständlich und lebendig auch sie. „Die Sirene" ist unzweifelhaft ein episches Werk, das in der Geschichte des tschechischen Volkes wie in der Geschichte der modernen Literatur einen Platz in der ersten Reihe verdient und behalten wird.

Howard Fasts Roman „Der Amerikaner" (bei Dietz) gehört nicht zu den stärksten Büchern des revolutionären amerikanischen Autors. Politischer Bericht, Biographie und Roman gehen eine nicht an allen Stellen glückliche Verbindung ein. Aber die widerspruchsvolle Geschichte der historischen Gestalt des amerikanischen Politikers und des amerikanischen Gouverneurs John Pete Altgeld zeigt an einem treffenden Beispiel, wie schon in den siebziger und achtziger Jahren der fortschrittliche Wille des einzelnen durch die brutale Parteimaschinerie rücksichtslos erwürgt wird.

Literarisch bedeutender erscheint uns der Roman von Robert Mende, einem Landsmann Fasts, dem wir hier zum erstenmal begegnen: „Spucke und Sterne" (bei Volk und Welt), die schöne, humorvolle und zarte Geschichte und revolutionäre Entwicklung eines armen Arbeiterjungen aus dem Brooklyn unserer Tage. Die Liebesgeschichte zwischen dem jungen Gregg und dem mutigen Gewerkschaftsmädel Dynamit gehört zu dem schönsten der neueren amerikanischen Literatur.

Erwähnenswert ist ein dritter amerikanischer, sehr umfangreicher Roman: der des Amerikaner gewordenen deutschen Schriftstellers Stefan Heym „Kreuzfahrer von heute" (bei Paul List). Erwähnenswert nicht in erster Linie wegen seiner literarischen Qualität, sondern wegen seines besonders aktuellen Themas. Heym, der selbst als amerikanischer Offizier den Feldzug der USA-Truppen in Europa mitgemacht hat, entlarvt schonungslos den anti-sowjetischen „Kreuzfahrer"geist seiner Landsleute, jener reaktionären und teilweise offen faschistischen Militärs, die heute die USA-Politik bestimmen. Ein Dokument von um so größerer Bedeutung, als es von einem Manne geschrieben wurde, der sich seiner Wahlheimat innig verwachsen fühlt und selbst das Unbehagen über die unselige Entwicklung der Sieger von gestern empfindet.

Es ist charakteristisch — und damit kommen wir auf den Ausgangspunkt unserer notgedrungen nur kurzen Übersicht zurück —, daß die einzige deutsche Neuerscheinung dieser Wochen, die mit den erwähnten ausländischen in gewissem Sinn konkurrieren kann, keine Neuerscheinung, sondern eine Neuauflage ist: Falladas zweibändiger Roman „Wolf unter Wölfen", ein atemberaubendes Sittenbild der deutschen Inflationsjahre (beim Aufbau-Verlag), erschien bereits vor anderthalb Jahrzehnten. Es hat aber auch heute noch jene lebendige Gegenständlichkeit und Unmittelbarkeit, die bei uns so selten ist. Was ihm freilich gänzlich abgeht — wie fast allem, was der begabte Fallada geschrieben hat —, ist die klare ideologische Haltung seines Autors, der zeitlebens ein zwischen den Klassenkräften Schwankender und Hin- und Hergerissener war. Ein sehr kritisches Buch, ohne Zweifel (und das schon rechtfertigt seine Neuauflage), aber kritisch ohne positiven Hintergrund. Was der deutschen Gegenwartsliteratur zu wünschen wäre: ein Talent von der Milieu-Darstellungskraft Falladas, das diese zuweilen balzacische Fähigkeit mit dem neuen Geist unserer Zeit verbinden würde. Dann würde aus dem Mangel und der Kargheit jene Fülle entstehen, die wir in den erwähnten Büchern fremder Autoren erleben.

Wolfgang Joho

Letzte Briefe tschechoslowakischer Widerstandskämpfer — Dietz Verlag, Berlin

„Möge die Liebe auf Erden herrschen, nicht der Haß", schrieb der 20jährige Student Jaroslav Ondroušek seinen Eltern zum Abschied an dem Tag, an dem er von den Faschisten hingerichtet wurde.

Diese Hingabe an das Leben, diese Liebe zu den Menschen und diese Entschlossenheit zur höchsten Würde des Menschen liegt in allen Briefen der tschechoslowakischen Widerstandskämpfer. Ihr Volk hat diese tapferen Kämpfer nicht vergessen.

Aus den schlichten Worten dieser Abschiedsbriefe lesen wir, daß diese Männer und Jünglinge, Frauen und jungen Mädchen nicht für die Freiheit ihres Landes allein kämpften; ihr Kampf galt allen versklavten Nationen. Er galt auch denen, die heute in Korea, in Vietnam und vielen anderen Gegenden des Erdballs leiden und verbluten. Der deutsche Faschismus, der diese Menschen ermordete, wurde geschlagen. Noch aber ist die Gefahr für das Leben des einfachen Menschen, der den Frieden liebt, nicht gebannt. Noch sehen wir Millionen, die hungern, die unter unwürdigen Bedingungen in Bergwerken, auf Baumwollplantagen, in Rüstungsfabriken schuften, die man in ihrer Not zu Kriegsdiensten zwingt, damit einige wenige Riesenprofite einstecken. Noch sind die Tränen der Witwen und Waisen nicht getrocknet, noch brennt der tiefe Schmerz um alle, die unter Gestapohänden ihr Leben verloren! Und darum ist jeder Satz dieser Abschiedsbriefe für uns alle, und besonders für die jungen unter uns, lehrendes Beispiel, nicht nachzulassen in dem unerbittlichen Kampf um eine friedliche Welt, in der die Menschen einander achten und lieben, und diesen Kampf zu Ende zu fechten.

E. B.

Mehr und bessere Schulen!

Neue Ziele stellen neue Aufgaben. Neue Aufgaben sind grundsätzlich nicht mit den alten Mitteln zu lösen. Das entscheidende Mittel aber ist der Mensch selbst. Der neue Mensch.

Aber der Plan braucht viel, sehr viel dieser neuen Menschen. Er braucht alle. Und wenn mit dem Glockenschlage des neuen Jahres Millionen Männer und Frauen das neue, große Werk des friedlichen Aufbaus aus eigener Kraft in ihre entschlossenen Hände nehmen, dann geht auch die deutsche demokratische Schule an die ihr vom Fünfjahrplan gestellte Aufgabe: „Die Hauptaufgabe in der Zeit des Fünfjahrplans ist die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus im gesamten Schul- und Bildungswesen."

Im Zuge unserer Entwicklung wurde von Tag zu Tag deutlicher, daß das Herzstück innerhalb des gesamten Schul- und Bildungswesens die achtklassige Grundschule ist. Ihre bisherige Leistung reicht nicht aus. Bei weitem nicht für die Erfordernisse des Fünfjahrplans, schon gar nicht, wenn man daran denkt, daß diesem Plan später neue und größere Pläne mit neuen und größeren Aufgaben folgen werden. Also ist die Steigerung der Leistung der Grundschule eine der Schwerpunktaufgaben des Fünfjahrplans auf dem Gebiete der Kultur.

Der überwiegende Teil unserer Kinder erhält einzig in der Grundschule die Grundlage der Allgemeinbildung, die befähigen soll, entweder erfolgreich an der Arbeit der berufsbildenden Schulen oder an der weiterführenden Arbeit der Oberschulen teilzunehmen. Wie steht es nun in unseren Grundschulen?

Etwa ein Drittel aller Schüler der Grundschule erreichen nicht das Ziel der achten Klasse. Und von denen, die mit der achten Klasse abschließen, werden die Lehrpläne (die darüberhinaus überholt sind) nur zu etwa 75 Prozent erfüllt. Die Leistungen in Deutsch und Mathematik vor allem, können nicht befriedigen. Und das sind zwei entscheidende Hauptfächer von zentraler Bedeutung für den gesamten Unterricht. In unserer Muttersprache pflegen wir das Kulturerbe der Vergangenheit und verbinden es mit der kämpferischen Literatur unserer Zeit. Gerade im Deutschunterricht wird eine der Hauptaufgaben gelöst, die zukünftigen Staatsbürger unserer Republik zu aufrechten demokratischen und aktiven Kämpfern für den Frieden und Fortschritt in der Welt zu erziehen.

Die andere Forderung ist die der absoluten Fertigkeit im Bereiche der Mathematik, die eine wesentliche Voraussetzung zur Steigerung der Leistung in den naturwissenschaftlichen Fächern Physik, Chemie und Biologie darstellt. Wir brauchen Techniker, Ingenieure, Agronomen, Wissenschaftler und hochqualifizierte Facharbeiter auf allen Gebieten unserer Industrie und Wirtschaft. Ohne eine Verbesserung der Leistung der Schulen ist das aber nicht möglich. Es kann keine Steigerung in der Produktion geben, wenn nicht vorher das gesamte wissenschaftliche Niveau der Schularbeit gehoben worden ist.

Es kann aber wiederum keine Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts geben, wenn nicht vorher das Niveau unserer Lehrer gehoben wird. Darum ist die Reorganisierung der Lehrerausbildung und Lehrerweiterbildung eine entscheidende Aufgabe des ersten Jahres im Fünfjahrplan, die in einer guten Verbindung von Theorie und Praxis gelöst werden wird, weil sie gelöst werden muß. Was wir brauchen, ist der Fachlehrer. Dabei werden uns die Erfahrungen der Pädagogik der Sowjetunion wertvolle Hilfe leisten. Sie werden die Wissenschaftlichkeit der Methode und Didaktik zur Grundlage des Unterrichts machen, so wie wir auch die neuesten Ergebnisse der sowjetischen Forschung von Mitschurin und Lyssenko in unseren Unterricht aufnehmen.

Das gilt für die Grundschule nicht weniger als für die Oberschule, und wird auch Geltung haben für die Zehnklassenschulen, die zum 1. September 1951 in der Deutschen Demokratischen Republik ins Leben gerufen werden. In diesen Zehnklassenschulen, die eine große Bedeutung für unsere Weiterentwicklung haben, sollen vor allem die Söhne und Töchter unserer Arbeiter und Bauern ein erhöhtes Maß von Allgemeinbildung erwerben, damit sie später auf den Fachschulen und dann in verantwortlichen Stellen der Wirtschaft, Verwaltung, Industrie und Landwirtschaft auf höherer Ebene an unserer Entwicklung mitarbeiten können. Es versteht sich, daß wir diese Zehnklassenschulen in der Hauptsache an industriellen und landwirtschaftlichen Schwerpunkten aufmachen, dort, wo unsere Arbeiter an den Maschinen stehen und die Bauern ihre Felder bestellen.

Es ist nicht möglich, alle Schwerpunktaufgaben hier aufzuzählen. Aber eine der Hauptaufgaben ist die endgültige Liquidierung der einklassigen Schulen auf dem Lande. Wir brauchen den Fachunterricht auch auf dem Lande. 700 Zentralschulen wurden bereits seit 1945 gebaut. Der Fünfjahrplan schafft weitere große Möglichkeiten. Aber die Zwischenstufen der Zentralisationen haben schon tiefe Einbrüche in die Rückständigkeit der Dorfschule vollzogen. All das und noch vieles, vieles mehr, kostete große Vorarbeit. Sie ist nun geleistet und zu einem gewissen Abschluß gekommen.

Nun geht in diesen Tagen eine Konferenz der Kreisschulräte und Verdienten Lehrer des Volkes daran, den Schlußstrich unter diese Arbeit für das erste Planjahr zu setzen. Und dann beginnt in wenigen Tagen auch für die Schule der Fünfjahrplan mit dem großen Ziel, die neuen Menschen heranzubilden, die fähig und bereit sind, die neuen Aufgaben zu meistern: zum Wohle unseres Volkes, im Kampf um den Frieden und die Einheit unseres Vaterlandes.

Ludwig Vogelbein

Kohlenbadeöfen
Zapfhahn-Heißwasser-Apparate

„HAUPT"-BADEOFENWERK
Wöhler & Co., Gera

Wenn sich die Zähne lockern
Entzündungen eintreten, dann werden Zahnarzt oder Dentist Anzeichen von Parodontose feststellen.

zum Einreiben in die Zahnfleischränder ergänzt die ärztliche Behandlung und hilft heilen. In allen Apotheken erhältlich!
LEO-WERKE GmbH. Dresden
(Freihandbetrieb) der VVB Saponin
Chloradent-Fabrik

ELBLAGERHAUS-AKTIENGESELLSCHAFT
DRESDEN A 1, Magdeburger Str. 56
Fernruf 401 17 ● Drahtwort: Elblagerhaus
Spedition - Lagerung - Elbumschlag
Eigene Anschlußgleise — Massive Speicher im Hafen

Wilhelm Dermietzel, Stendal
vorm. Fettkoch und Dermietzel
Grabenstraße 22-23 Ruf 250
Fahrzeug-Lackiererei
Dekorationsmalerei

Piano Hagemeier
Stendal Telefon 741

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Alle Zöpfe waren abgeschnitten!

ERLEBNIS AUF SUMATRA

Von Max Poser

Unsere Leser kennen bereits den Autor der folgenden Erzählung. Er ist Maurer von Beruf und arbeitet als Werkmeister in Erfurt. In jüngeren Jahren war er als Beamter einer holländischen Gesellschaft in Indonesien beschäftigt. Hier schildert er, wie die Chinesen auf Sumatra die Nachricht von der Revolution Sun-Yat-Sens aufnahmen.

Die „Sindoro" hatte die Anker ausgeworfen. Ich war eben im Begriff, von Bord zu gehen, als mir ein Telegramm überbracht wurde: „Kommt zur Faktorei Padang".

Der Hafen von Padang liegt etwa neun Kilometer von der Stadt entfernt in einer kleinen Bay am Indischen Ozean. Zwischen der Stadt und der Bay liegt ein Kap, das den Namen „Der Affenberg" trägt. Dort, am Fuße des Affenberges, mündet der Fluß Padang ins Meer. Hier haben sich die Handelshäuser der Europäer niedergelassen. Eine neben der anderen drängen sich die alteingesessenen Firmen um das Kap, zwischen ihnen chinesische Niederlassungen. Weit ausgebreitet liegen die Wohnviertel der Bevölkerung unter Palmen und Fruchthainen.

Es war eine kurze Bahnfahrt durch die üppige Tropenlandschaft bis zur Stadt. Am Bahnhof empfing mich ein junger chinesischer Angestellter meiner Agentur mit nationaler Höflichkeit. Er sprach recht gut deutsch.

Die Koffer wurden auf Pferdedroschken verstaut, denn Autos gab es damals dort noch nicht. Er lud mich ein, auf einem der Gefährte Platz zu nehmen, doch ich zog es vor, zu Fuß zu gehen. Wir durchquerten die Vorstadt. Palmen in endlosen Reihen, um die einzelnen Holzhäuser herum Fruchtbäume, überall reges Leben, aber ohne Hast und Lärm.

Auf der breiten Straße kam uns ein Menschenhaufe entgegen. Den Vortrupp bildete eine Musikbande. Mit Flöten, Klarinetten und Zimbeln brachten sie eine für unsere Begriffe kaum erträgliche Musik hervor. Verständnisvoll lächelte mein Begleiter, als er merkte, welchen Eindruck der Lärm auf mich machte.

Der Musikbande folgte ein Trupp halbnackter Chinesen. Es mochten ihrer sechzig sein. Sie nahmen die ganze Breite der Straße ein. Mit schnellen, kurzen Schritten kamen sie heran. Sie trugen schwer an einem großen Gittergestell. Lange Stangen waren mit dicken Querhölzern unterteilt und diese wieder durch lange Tragstangen verbunden. In der Mitte des Gitters lag ein riesiger Kasten, ein Sarg, wie mir mein Begleiter erklärte. Er war aus einem einzigen Hartholzstamm herausgearbeitet. Schweiß rann den Trägern über die kräftigen Rücken, und dennoch unterhielten sie sich angelegentlich. Was sie sagten, verstand ich nicht. Aber aus ihren Mienen und Gesten mußte ich entnehmen, daß es recht fröhliche Sachen waren. Es folgten drei in graue Säcke gehüllte weinende und klagende Frauen.

Hinter den Klageweibern schritten zehn Mann, die an Traghölzern je zwei riesige Körbe trugen. Sie waren vollgefüllt mit Reis, Fleisch und Gemüse, alles genußfertig.

Den Abschluß machten eine Menge Männer, die nichts zu tragen hatten und schweigend einher trippelten. Sie waren die Bekannten des Toten im Sarg. Alle Männer im Zuge trugen lange, mit roten Fäden durchflochtene Zöpfe. Mein eigener Begleiter hatte keinen Zopf. Bereitwillig gab er mir Auskunft über den exotischen Zug. Ein reicher Kaufmann wurde beerdigt. „Das Essen in den Körben gehört denen ganz vorn, die den Sarg tragen. Darum sind sie so aufgeräumt. Wenn einer von ihnen an die Reihe kommt, gibt es so etwas nicht", fügte mein chinesischer Freund hinzu. Der junge Mann hatte ein kluges Gesicht, das von großer Energie zeugte. Er hieß A-Ti-Am. Ich unterhielt mich später mit ihm über allerhand Dinge. Er gab mir die Versicherung, das werde nicht immer so sein mit den Chinesen, ja, es werde sogar sehr bald anders werden. Kämpferische Zuversicht sprach aus ihm, Glaube an sein Volk und eine bessere Welt. Ich sollte A-Ti-Am bald unter interessanten Umständen wieder treffen.

Es gab viele Chinesen auf der Insel. Ich traf sie auf der Mine als Zimmerleute und Maurer und bei den Transporten als Lastenträger. Sie waren in streng abgesonderte Klans eingeteilt. Sie arbeiteten gut, nie gab es Schwierigkeiten mit ihnen. Alle trugen den Zopf.

Es kam der 10. Oktober 1911. Am Tag zuvor hatte ich im Emma-Hafen ein Lastauto vom Dampfer geholt. Es war nicht nur das erste Lastauto unserer Firma, sondern das erste seiner Art im Lande überhaupt. Ich machte eine kurze Probefahrt in Padang, dann fuhr ich zum Betrieb. Am ersten Tag kam ich bis Fort de Kock, wo ich übernachtete. Das Aufsehen, das ich mit meinem Gefährt erregte, kann man sich vorstellen. Am nächsten Morgen brach ich sehr früh auf, zunächst nach Pajacombo, um dort Maschinenteile für die Mine zu laden.

Zeichnungen: Rudolf Meißner

In Pajacombo erwartete mich eine Überraschung, ein Erlebnis, das für mich nicht weniger eindrucksvoll war als der Anblick meines Lastautos für die Bevölkerung. Die Straßen waren voll von Menschen, alles bewegte sich konzentrisch nach dem riesigen Quadrat des Marktes. Meinem noch nie gesehenen Vehikel schenkten die Leute hier nur einen flüchtigen Augenblick der Aufmerksamkeit. Ich mußte vorsichtig fahren, im Schneckentempo gelangte ich auf den Platz, den ich überqueren mußte, um zu unserem Lager an der Bahnstation zu gelangen. Unbeschreibliches Menschengewühl empfing mich auf dem Platz. An Weiterkommen war zunächst nicht mehr zu denken. Feuerwerk wurde abgebrannt, Fahnen, wie ich sie noch nie gesehen hatte, wehten von Stangen und Dächern und wurden von den Menschen geschwenkt. Es war ein Freudenfest, bunt und erregend, wie man es nur in diesen Gegenden erleben kann. Besonders die Chinesen waren außer Rand und Band geraten.

Hier traf ich meinen Bekannten von Padang wieder. A-Ti-Am war in Begleitung des Vorstehers der chinesischen Gemeinde und des Vormanns unserer Arbeiter. Mit glückstrahlendem Gesicht kam A-Ti-Am auf mich zu. In diesem Augenblick erst merkte ich, daß keiner der Chinesen einen Zopf trug!

A-Ti-Am fiel mir um den Hals und erzählte mir freudig bewegt von der Revolution Sun-Yat-Sens im Heimatland. Auf die Kunde von diesem Ereignis hätten sich alle Chinesen sofort ihrer Zöpfe entledigt.

„Auch bei euch in Europa hat die neue Zeit mit dem Verschwinden des Zopfes begonnen, nicht wahr?" meinte A-Ti-Am lächelnd. „So wie es bei euch war, wird es auch bei uns sein. Mit dem Zopf ist die alte Zeit endgültig begraben. Unser Volk beginnt ein neues, ein ganz neues Leben!"

Ich hatte den Wagen verlassen, denn an ein Weiterkommen war sobald nicht zu denken, das sah ich. Ich mußte teilnehmen an dem Fest, und ich gestehe, die Chinesen steckten mich mit ihrer Freude derart an, daß ich mitmachte, als ob ich selbst eben erst meinen Zopf abgeschnitten hätte.

Ich fragte A-Ti-Am, ob wohl meine Leute in den Bergen auch schon von dem großen Ereignis wüßten. „Darauf können Sie sich verlassen", antwortete er, „wozu bin ich denn da?"

Als ich am Abend auf der Mine ankam, waren auch hier die Zöpfe ab.

DAS neue BUCH

Dschao Schu-li, „Die Lieder des Li Yü-ts'ai". Übersetzung von Joseph Kalmer. Verlag Volk und Welt. Pappbd. 3,90 DM.

Diese Erzählung aus dem heutigen China sagt mehr aus über die Umwandlung und die Neugeburt dieses Landes, als es Berichte vermögen.

In dieser Erzählung erleben wir, wie der chinesische Bauer begreifen lernt, daß seine Rechte nicht mehr von den Grundbesitzern mit Füßen getreten werden dürfen, daß er jetzt selbst mit allen, die das Land bebackern, die säen und ernten, über das Schicksal seines Dorfes bestimmt, und daß ihm niemand mehr durch listigen Betrug und glatten Diebstahl seine Felder, seinen Reis und seine Ernte fortnehmen kann.

Die Lieder besingen mit ihren Spottversen, die einfach und prägnant sind, die wahren Verhältnisse im Dorf. Sie werden zum revolutionären Element, und durch sie kommt ein Obmann des Bauernverbandes, der durch den Bezirk reist, den Machenschaften des Grundbesitzers auf die Spur. Der wollte, gemäß der jahrhundertealten Tradition, immer weiter die Bauern schröpfen und ausbeuten. Sehr fein hatte er seine Netze gesponnen und durch seine Familie und gekaufte Subjekte die wichtigsten Positionen in der Gemeinde besetzt. Als aber die in den Höhlen am Ostausgang des Dorfes lebenden Bauern die einfache Wahrheit begriffen haben, daß die neuen Gesetze für sie geschaffen wurden, daß es keine Beamten und Grundbesitzer mehr gibt, die von ihnen Wucherabgaben erpressen dürfen, und daß sie selbst dafür sorgen müssen, daß auch in ihrem Dorfe die neue Wirklichkeit Gestalt annimmt, ist der Damm gebrochen, und sie machen Ordnung. Der Obmann des Bauernverbandes, der ihnen während seiner Anwesenheit im Dorf bei der Einbringung der Ernte und beim Dreschen hilft, hat sie sehen gelehrt.

In der lebendigen Urwüchsigkeit dieser Erzählung liegt die Kraft des chinesischen Volkes, dessen Dichter das neue Leben mit seinen Schwierigkeiten, seinen Kämpfen und seinen Erfolgen besingen. Auch sie stehen nicht abseits der großen Entwicklung, sind ein Teil des Ganzen, und der Aufbau des Sozialismus ist das Thema, dem ihre Werke gewidmet sind.

H. B.

Chefredaktion:
Bruno Heilig, Max Spangenberg

Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 16. Redaktion: Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 16. Veröffentlicht mit Genehmigung der SMV-Lizens-Nr. 400. — Druck: Greif, Graphischer Großbetrieb (125), Berlin N 54, Christinenstraße 16—19.

Das Rundfunkprogramm der nächsten Woche

BERLIN

Mittelwelle
782 kHz = 383,1 m
und
1570 kHz = 191,1 m
236 kHz = 1271 m

Nachrichten:
4.33 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 16.00, 18.00, 19.03, 20.00 (m. Tageskommentar), 23.00, 24.00

sonntags:
6.03, 8.00 (mit Presseschau), 10.00, 13.00, 18.00, 20.00 23.00, 24.00

Sonntag, 17. Dezember

8.15 Kirchl. Morgenfeier
9.00 Bach-Kantate
9.30 Leichte Musik
9.50 Schach
10.00 Musik und Dichtung
11.00 Hörer fragen
11.20 Weihnachtl. Volksmus.
12.00 Sonntagskommentar
12.15 Musik zu Tisch
13.10 Sonntägl. Dorfrunde
13.40 Streiflichter (Musik)
14.30 Film im Funk
15.00 Die Sonntagskinder
15.30 Musik, Kabar.; Sport
17.00 Szenen a. Freiheitsopern
18.05 Theaterspiegel
18.30 Berlins Musikleben
18.45 Gesprz. a. Rund. Tisch
19.03 Beethoven-Sinfonie
19.45 Wahrh. üb. Amerika
20.15 Deutschlandexpreß
22.10 Sportecho

Montag, 18. Dezember

5.45 und 6.10 Kunterbunt am Morgen; 6.50 Landfunk; 7.00 Morgenlied des Kinderfunks; 7.10 Frohes Stelldichein; 7.50 Wir gratulieren; 7.55 Frauenfunk; 8.07 Presseschau; 8.15 Harmonikaklänge (außer Sbd.); 8.30 Tänze aus alten Tagen; 9.00 Schulfunk; 9.45 Frühkonzert (außer Mi.); 11.45 Kindergartenfunk; 12.05 Musik zu Tisch 12.50 Landfunk; 13.10 Berliner Stunde und Stadtreporter; 14.05 Mittagskonzert; 15.00 Kinderfunk; 15.05 Wenn die Werksirene ertönt; 18.00 Das Wort des Tages; 18.10 Kultur — heute und morgen; 19.00 Abendlied; 23.00 Der heutige Tag

9.30 Musik: Theorie
11.15 Egon-Kaiser-Orch.
15.30 Musikschaffen d. DDR
17.00 Musik (Volksdemokr.)
18.20 Echo d. Wirtschaft
18.30 Junge Welt
18.40 Volkshochschule
18.50 Unterhaltg. m. Hörern
19.10 Volksmusik
19.30 Pulsschlag der Zeit
20.15 DFB-Abend
22.10 Sport
22.15 Großes Tanzorchester
23.05 Kammermusik deutscher Meister: Mozart
23.40 Heiteres Konzert

Dienstag, 19. Dezember

11.15 Kap. Wilhr. Krüger
15.20 Kammerorchester
17.00 Junge Pioniere
17.15 Musik a. d. UdSSR
18.15 A. d. Arbeiterbewegg.
18.30 Echo der Wirtschaft
18.45 Wahrh. üb. Amerika
19.10 Soloquartett singt
19.30 Pulsschlag der Zeit
20.15 Sowjetmenschen lieben/ das Leben
21.15 Stalin in d. Dichtung
22.10 Kommentar der LDP
22.17 Sport
22.22 Gr. Tanzorchester
23.05 Kammermus.(Brahms)
23.40 Heiteres Konzert

Mittwoch, 20. Dezember

9.30 ... das neue Lied (LW)
11.05 P.-Woitschach-Orch.
15.20 Hauskonzert, Mozart
15.40 Literatur der Zeit
17.00 Sport
17.15 Gr. Tanzorch. Jenson
18.20 Junge Welt
18.30 Ein Sechstel d. Erde
19.10 Sowj. Lied. v. Aufbau
19.30 Pulsschlag der Zeit
20.15 Sinfonisches Konzert
21.15 Hörfolge
22.10 Kommentar der DBD
22.17 Sport
22.22 Gr. Tanzorchester
23.05 Heiteres Konzert

Donnerstag, 21. Dezember

7.55 Stalin schützt das Glück der Kinder
9.00 Schulfunk: Stalin, d. 1. Kämpfer für den Frieden
9.30 Uns. Klassiker (L. W.)
11.05 Kap. Osw. Heyden
15.20 Kammermus. (sowj.)
18.20 Echo der Wirtschaft
18.30 Junge Welt: Millionen gratulieren Stalin
18.45 Wahrh. üb. Amerika
19.10 Sowj. Volkslieder
19.30 Pulsschlag der Zeit
19.50 Dtschs. Sowj.-Politik
20.15 Festakt z. Stalins Geb.
22.10 Kommentar der CDU
22.17 Sport

Freitag, 22. Dezember

9.30 Musikhochschulen
11.15 Musette-Orchester
15.20 Chemnitius: Weihnachtslieder
15.40 Aktuelle Bücherschau
17.00 Junge Pioniere
17.15 Unterhtl. Walzer
18.15 A. d. Arbeiterbewegg.
18.30 Echo d. Wirtschaft
18.40 A. d. Volksdemokr.
19.10 Volkslieder d. Nation.
19.40 Pulsschlag der Zeit
20.15 Hörspiel; Musik
22.10 Kommentar der NDP
22.17 Sport
22.22 Studentenfunk
22.32 Gr. Tanzorchester
23.05 Kammermusik
23.40 Heiteres Konzert

Sonnabend, 23. Dezember

8.30 Volkspolizei musiziert
9.30 Jugend musiz. (L. W.)
9.45 Liebe alte Weisen
10.45 Aus dtsch. Zeitschr.
11.05 Egon-Kaiser-Orch.
15.20 Junge Welt
18.40 u. 21.00 Sport
19.05 DL-sowj. Freundsch.
19.15 Hörerwünsche
17.30 Sendg. f. Aktivisten
18.10 Außenpol.-d. Woche
18.20 Freundschaft d. Völker
19.10 Gr. Tanzorchester
19.30 Pulsschlag der Zeit
20.15 u. 21.15 u. 22.17 „92 02 01 bitte Musikabteilung"
21.45 Querschnittes
22.10 Kommentar der SED

DEUTSCHLANDSENDER

7150 kHz = 41,96 m
6115 kHz = 49,96 m
LW 263 kHz = 1141 m

Nachrichten:
5.00 6.00, 7.03, 8.00, 10.00, 11.00, 12.00 13.00, 14.00 15.00, 17.00, 19.03 22.00, 23.00, 24.00

sonntags:
6.03, 8.00, 10.00, 12.00, 17.00, 19.03, 22.00, 23.00, 24.00

Sonntag, 17. Dezember

7.10 Kirchl. Morgenfeier
7.35 Das kl. Meisterwerk
9.00 Musik u. Dichtung
10.05 u. 15.40 Leichte Musik
10.30 Bach-Kantate
11.00 Reise durch den Herz
13.00 Sonntagskommentar
13.15 Musikal. Stretflichter
14.00 Unterhaltg. m. Hörern
14.20 Schöne Stimmen
15.30 A. d. Volksdemokrat.
16.40 „Der stille Don"
17.05 Opernchöre
17.45 Tanzmusik (m. Sport)
18.45 Wahrh. üb. Amerika
19.15 Sowjetmenschen lieben das Leben
21.35 Harmonikaklänge
21.45 Sport
22.25 Meisterwerk d. Musik

Montag, 18. Dezember

6.05 Kollege, hör' zu; 6.10 Beliebte Klänge; 6.55 Landfunk; 7.00 Jugendlied; 7.20 Harmonikaklänge; 7.30 Tänze aus alten Tagen; 8.15. Frühkonzert; 9.30 Berlin, die Hauptstadt Deutschlands; 10.05 Musikalische Kleinigkeiten; 11.05 Für die Hausfrau; 12.05 Aus dem Wirtschaftsleben (außer Sbd.); 12.10 Mittagskonzert (außer Sbd.); 13.10 Landfunk; 13.15 II. Mittagskonzert; (außer Sbd.); 15.00 Kinderfunk; 15.20 Musik für die Jugend (außer Sbd.); 16.05 Deutsche Presseschau (außer Sbd.); 16.20 Wenn die Werksirene ertönt (außer Sbd.); 17.05 Volksmusik der Nationen (außer Sbd.); 19.00 Jugendlied; 21.00 Für Westdeutschland; 22.20 Kaleidoskop (außer Sbd.)

7.10 Jugendfunk
14.10 Solisten der Chöre
15.46 Musiktheorie
17.15 Kultur
17.25 Jugendfunk
17.35 Aus der DDR
17.45 Dt.-sowj. Freundsch.
18.00 Opernkonzert
19.15 Rheinischer Abend
21.35 Musik a. d. UdSSR
22.10 Grundfrag. d. Politik
23.00 Der heutige Tag
23.05 Sport
24.05 Tanzmusik

Dienstag, 19. Dezember

7.10 Studentisches Forum
14.10 Hauskonzert; P. Cornelius: Weihnachtslied.
15.45 Musikinstrumente
17.15 Kultur — A. d. Volksdemokrat. — Aus der DDR — F. d. Arbeiter
18.00 Dtsch. Volkskunstgruppen singen
19.15 Hörspiel, sowjet. Mus.
21.35 Musik (Volksdem.)
22.10 Deutsch. Außenpolitik
23.00 Der heutige Tag
23.05 Sport

Mittwoch, 20. Dezember

7.10 Jugendfunk
14.10 Sowjetische u. ungar. Kammermusik
15.45 ... das neue Lied
17.15 Hörer sagen, fragen
17.25 Aus der DDR
17.45 Wahrh. üb. Amerika
18.00 Beliebte Kapellen
19.16 Stalin in d. Dichtung
21.35 Lieder v. sowj. Aufbau
22.10 Sowjet. Literatur
23.00 Der heutige Tag
23.05 Sport
24.05 Heiteres Konzert

Donnerstag, 21. Dezember

7.10 Jugendfunk
14.10 Solisten musizieren
15.45 Jugend singt, musiz.
17.15 Literar. Umschau —
17.25 Sowjet. Funkillustr.
17.40 Aus der DDR
17.50 Für den Arbeiter
18.00 Wie es euch gefällt
19.15 Festakt z. Stalins Geb.
21.35 Gr. Tanzorchester
22.10 Volkshochschule
23.00 Der heutige Tag
23.05 Sport

Freitag, 22. Dezember

7.10 Jugendfunk
14.10 Sowjet-Literatur
14.25 Das neue Lied
15.45 A. d. Musikhochschul.
17.15 Kultur
17.25 Jugendfunk
17.35 Aus der DDR
17.45 Wahrh. üb. Amerika
18.00 Heitere Klassiker
19.15 Berufsabsd.: Stahlwerk Brandenburg
21.35 Volkspolizei-Konzert
22.10 F. d. Arbeiterfunkt.
23.00 Der heutige Tag
23.05 Sport

Sonnabend, 23. Dezember

7.10 Jugendfunk
7.30 Tänze a. alten Tagen
12.05 Volkspolizei musiziert
13.15 Freundsch. d. Völker
15.20 Aktuelle Bücherschau
15.40 Berliner Musikleben
16.05 Theaterspiegel
16.30 Bunter Nachmittag
18.30 Ein Sechstel der Erde
19.15 „Die Funkrakete"
21.35 Harmonikaklänge
21.45 Sport
22.10 Außenpolit. Woche
22.20 „92 02 01 - Musikabtlg."
23.00 Der heutige Tag

LEIPZIG

Mittelwelle
1043 kHz = 287,8 m
Kurzwelle = 30,83 m
9730 kHz

Nachrichten:
5.00 8.00 7.00
8.00 9.00 11.00
12.00, 13.30, 15.00, 19.30, 22.00, 24.00

sonntags:
5.00, 6.00, 7.00, 10.00, 12.00, 18.00, 19.30, 22.00 24.00

Sonntag, 17. Dezember

7.30 Evang. Morgenfeier
8.10 Singende Jugend
8.30 Lyrik unserer Zeit
11.00 Hörerbriefe
11.20 Kultur u. Fortschritt
11.30 Bach-Kantate
12.10 Volksmusikstunde
13.00 Sonntagskommentar
13.15 Schöne Melodien
14.00 Querschnitt
14.30 Solistenmusik
15.00 Besuch im Spielzeugland
15.20 Operetten-Konzert
17.15 Literar. z. 71. Geburtstag Stalins
19.00 Violinkons. (Bruch)
19.45 Wahrh. üb. Amerika
20.00 Weihn.-Orat. (Bach)
21.45 Sport

Montag, 18. Dezember

6.55 Menschen, von denen man spricht; 8.35 Eine kleine Musik; 9.15 und 11.05 Bunte Unterhaltung; 12.10 Landfunk; 12.50 Für die VEB (außer Sbd.); 16.30 Wissenswert und wichtig (außer Sbd.); 16.40 Konzert (außer Sbd.); 17.00 Das Aktuellste; 19.00 Feierabendmusik

8.05 Schulf.: Weihnachten in aller Welt
12.20 u. 13.42 Rdfk.-Orch
14.30 Schulf.: „Mundarten,
15.06 Kammermusik (Verdi)
15.30 Hörbilder über Stalin
15.50 Kurt-Illing-Rhtythm.
17.30 Das Zeitgeschehen
19.30 Kommentar, Sport u.a.
20.00 „Der brave Soldat Schwejk"
22.45 Rhythmen zur Freude
23.45 Weihnachtl. Musik alter Meister

Dienstag, 19. Dezember

7.10 Musettegruppe
8.05 Schulfunk: Schnee
12.20 Musik zum Mittag
13.42 Blasorch. Krumbein
14.30 Schulf.: Ein Kind komponiert (Zu Mozarts Todestag 5.Dez.)
15.06 Weihnachtl. Kammermusik
16.30 Pionierf.: Ein Buch
19.50 Tanzorch. Henkels
17.30 Zeitgeschehen
19.30 Kommentar, Sport u.a.
20.00 „Hänsel u. Gretel"
21.35 Erzählg. v. Pawlenko
22.45 Beschwingte Weisen
23.45 Autorenstunde

Mittwoch, 20. Dezember

7.00 Volksmusikquart. u. Orchester
8.05 Schulf.: Alexander v. Humboldt
12.20 Solist.d.Stud.Chemnitz
13.42 Musik nach Tisch
14.30 Schulf.: Mitschurin
15.06 Kammermusik
16.30 Pionierfk.: „Uns. neu. Lied"
15.50 Heinrich Huch-Ens.
17.30 Zeitgeschehen
19.45 Wahrh. üb. Amerika
20.00 Feier im Elektro-Kombinat Bitterfeld zum 71. Geb. Stalins
22.45 Volkstüml. Konzert
23.45 Stalin i. d. sowj. Lit.

Donnerstag, 21. Dezember

8.05 Schulf.: Stalin — erster Kämpfer für den Frieden
12.20 Deutsch-sowj. Musik
13.42 Kl. Dresd. Rdf.-Orch.
14.30 Schulfk.: Olympia — Stätte heilen. Einheit
15.06 Sowj. Kammermusik
15.30 Kindertheater in der DDSR
15.50 Bunte Klänge
16.40 Nachmittagskonzert
17.30 Zeitgeschehen
19.20 Sorbische Sendung
20.00 Z. 71. Geb. Stalins
22.45 Musik (Haydn, Tschaikowskij)
23.45 Erzählg. um Stalin

Freitag, 22. Dezember

7.10 Walter-Römer-Solist.
8.05 Schulf.: Wie d. Briefe zu uns kommen
12.20 Volkstüml. Musik
13.42 Rudolf-Toischel-Ens.
14.30 Schülerfunk
15.06 Weihnachtslieder
15.30 A. d. Leb. d. jg. Pion.
15.50 Blasorch. Krumbein
17.30 Zeitgeschehen
19.45 Wahrh. üb. Amerika
20.00 Sinf.-Konz. z. Beethovens 186. Geb. (16. 12.)
22.45 Tanzmusik
23.45 „Winter i.dtsch. Land"

Sonnabend, 23. Dezember

7.10 Blasorch. Krumbein: Weihnachtl. Weisen
8.05 Schulfk.: Am Kältepol d. Welt: Jakutien
12.20 Musik z. Wochenend
13.10 Nikolaichor Leipzig
13.42 Musik nach Tisch
14.20 Pionierfk.: „Morgen Kinder . . ."
14.50 Sonntagsvergnügen
15.06 Jugendfk.: „Fröhliche Herzen strahl. Blick!"
16.15 Funkkarussell
18.00 Zeitgeschehen
20.00 Für alt und jung
21.45 Sport
22.55 Mit Rhythmus und Schwung

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Niemandsvolk

3. Fortsetzung und Schluß / Von Gerda Grenz

Zum Winter sammelt sich alles Volk der Landstraßen in den großen Städten. Da kann man immer irgendwie unterkommen. In den Bunkern oder Asylen, wenn man ein paar Groschen in der Tasche hat; auf dem obersten Treppenabsatz vor den Bodentüren oder in den Ruinenkellern, wenn man abgebrannt ist. Wenn Sie aus dem Bahnhof in Hannover kommen, können Sie unsere Leute da sitzen sehen. Mädchen und Männer. Die Mädchen bleiben immer in den Großstädten. Für sie gibt es ja dort eine Verdienstmöglichkeit. Ihr bißchen Fressen fällt immer dabei ab. Trotzdem glaube ich, für die ist dies Leben noch viel schlimmer, die halten es nicht aus, gehen kaputt daran. Auch für uns Männer gibt es was zu verdienen in Hannover. Von hier aus wird nämlich der Schmuggel über die grüne Grenze organisiert. Das Geld, das dabei abfällt, wird verteilt unter alle, die an der Sache beteiligt sind, je nach der Größe des Risikos, das jeder dabei zu tragen hat. Das größte geht natürlich der Schieber ein, dem die Ware gehört. Er hat sein Geld darin stecken, und das kann mit einem Schlage weg sein. Vielleicht muß er auf seine Kur in Kissingen verzichten, die der Arzt ihm wegen seiner Dickleibigkeit verordnet hat. Dann kommt der Boß, der Spediteur. Der setzt auch allerhand aufs Spiel dabei. Erstmal seinen ganzen Verdienst, denn er kriegt nichts, wenn die Sache schief geht. Das Handgeld, das er aus eigener Tasche bezahlen muß, um die Träger zu werben, ist er dann auch los. Er muß seine Angestellten entlohnen, das Lastauto, das die Ware bis dicht an die Grenze transportiert, kostet Benzin, und schließlich und endlich muß er ja auch leben. Soviel, daß der Verlust von ein paar Ladungen ihn nicht pleite macht, muß schon dabei herausspringen.

Das Tagesgespräch

Der Grenzführer muß auch was haben. Nicht soviel natürlich, denn er kann ja auch nicht soviel dabei verlieren. Meist ist das bloß ein armer Schlucker, ein Häusler, Landarbeiter oder ein Unterstützungsempfänger. Er setzt immerhin eine Existenz dabei aufs Spiel, denn er kann geschnappt werden.

Die Niemandsleute, die mit den zentnerschweren Lasten durch die Büsche kriechen, die riskieren eigentlich gar nichts. Da sie sich nicht mit leerem Magen auf den Weg machen wollen, haben sie ihr Handgeld schon ausgegeben. Das nimmt ihnen keiner mehr weg. Was ihre Freiheit betrifft, so können die eigentlich froh sein, wenn sie eine Zeitlang ins Gefängnis kommen, ein Dach überm Kopf haben und regelmäßiges Essen. Zweimal habe ich das mitgemacht, dann hatte ich das satt. Ich sah mich nach einer anderen Einnahmequelle um.

Damals war das Tagesgespräch unter den Niemandsleuten, welche Möglichkeiten es gab, das Überbrückungsgeld für die Politischen aus dem Osten zu erhalten. Zu Anfang des Jahres war das noch sehr einfach gewesen. Man konnte den Flüchtlingsbehörden allerhand erzählen: Zwangsarbeit nach Sibirien oder Aue, Einziehung zur Volkspolizei, oder auch eine NKWD-Geschichte. Sie fraßen so ziemlich alles. Ein anerkannter Flüchtling bekommt Überbrückungsgeld. Die Höhe schwankte in den verschiedenen Ländern zwischen 10,— und 80,— Mark. Wir hatten Burschen unter uns, die schon zwanzigmal Überbrückungsgeld herausgeschlagen hatten. Schuld hatten die Zeitungen. Was sie selbst vergessen hatten zu erzählen, das setzten die Zeitungen von sich aus hinzu. Die Reporter stürzten sich anfangs auf diese Leute. In ganz Westdeutschland weinte man Krokodilstränen über das, was den armen Menschen drüben geschieht. Über uns hat nie jemand eine Träne vergossen. Aber wenn das Überbrückungsgeld alle war, ging es ihnen genau wie uns.

Dokumente gefällig?

Also wir griffen die Sache auf, als wir merkten, da gibts Geld. Den richtigen Schwung brachten wir da erst rein. Ein ganzes Gewerbe wurde daraus. Personalpapiere von drüben, Verpflichtungsscheine für Aue, für die Volkspolizei, alles Nötige konnte man in den Grenzstädten kaufen. Das wurde gehandelt wie Aktien auf der Börse. Zu der Zeit gab es keinen Bettler, keinen Landstreicher, keinen Ganoven, der nicht behauptete, er stamme aus dem Osten.

Das ging solange gut, bis irgendein übereifriger Reporter auf den Dreh kam, die täglich auftauchenden Politischen zu zählen und ein großes Triumphgeschrei zu erheben. Aber jedes Kind konnte sich ausrechnen, daß eigentlich zwischen Elbe und Oder kaum ein Mensch übrig geblieben sein konnte. Die Behörden, die das viele Geld auszahlen mußten, kamen natürlich auch hinter den Schwindel. Uns war das schöne Geschäft verdorben.

Aber so leicht gaben wir es nicht auf. Die sollten uns erst mal nachweisen, daß wir keine Politischen aus dem Osten waren! Einige bildeten sich zu Fachleuten aus, genannt Märchenerzähler. Die knöpften sich die vor, die aus dem Osten kamen und quetschten sie nach Strich und Faden aus. Alles wurde fein säuberlich notiert, und bald waren diese Büchlein die reinsten Nachschlagewerke für Namen, Adressen, Fabriken, Tariflöhne und Leistungslöhne und sonst noch was aus den Ländern der Ostzone. Selbst wenn nicht alles stimmte, was drin stand, so bezogen wir ja schließlich unser Wissen aus derselben Quelle, wie die Polizei, und das hatte den Vorteil, daß wir bei Verhören nicht reinfliegen konnten. Der Märchenerzähler brauchte nun nur noch eine Geschichte in sein Gerüst einzubauen, und das konnte er besser als die Leute aus dem Osten. Er kannte ja unsere Flüchtlingsstellen und wußte, worauf die anbissen.

Märchen für fünf Mark

Ich kaufte einem Märchenerzähler eine Geschichte für fünf Mark ab, und damit klappte es. Ich wurde anerkannt und bekam mein Geld. Außerdem konnte ich nach Poppenrade ins Lager gehen. Das schien mir für den Rest des Winters das kleinere Übel. Ein Bett und Essen hatte ich da wenigstens, bis ich wieder auf die Walze gehen konnte. Luxus erwartete ich nicht. Wellblechbaracken, die an den Schmalseiten zu langen Tunnels zusammengebaut sind, bilden die Unterkünfte. Drinnen stehen längs der Seitenwände die Pritschen, immer zwei übereinander. Ein Ofen war auch da, aber niemand machte sich die Mühe, Feuerholz zu sammeln. Alle behaupteten, es hätte keinen Zweck, da es sowieso durch alle Ritzen durchzog. In Wirklichkeit hatte keiner Lust, etwas zu arbeiten.

Die Verpflegung bestand aus Schwarzbrot und heißem Wasser, das mit Kartoffeln, Mehl oder Nudeln angedickt wurde. Immer gab es gerade soviel, das wir nicht satt wurden, und da wir den ganzen Tag nichts anderes zu tun hatten, dachten wir ständig an unsern leeren Magen.

Wer den Mund aufmacht

Die Einwohner der umliegenden Orte protestierten bei der Lagerleitung gegen unsere schlechte Ernährung, weil sie auf Schritt und Tritt angebettelt wurden. Das half aber nichts. Die Lagerleitung war der Meinung, wem es nicht paßt, der kann ja arbeiten, gehen. Alles was recht ist, gegenüber der Unterkunftsbaracke war in einer Nissenhütte ein Arbeitsamt untergebracht. Zwei Möglichkeiten wurden jedem geboten, ein ordentliches Leben zu beginnen. Und jeder konnte frei wählen. Verpflichtung auf ein Jahr beim Bauern für 30 Pfennige am Tag, das kannte ich schon von meinen ersten Wandertagen her. Oder 3 Jahre Ruhrbergbau als Lehrhäuer für 25 Mark im Monat bei freier Station, davon wußte ich auch genug. Diese Jungbergleute lebten in Baracken der Werkleitung, deren Verwalter die Aufgabe haben, die Kosten dafür möglichst niedrig zu halten. Und das gelingt ihnen auch meist so gut, daß sie, ohne daß es auffällt, noch etwas für schlechte Tage zurücklegen können. In den Zechen bekamen diese Lehrhäuer aus den Lagern immer die schlechteste und gefährlichste Arbeit. Protestieren durften die nicht, sie konnten ja froh sein, daß man sie überhaupt eingestellt hatte, wo soviel junge Leute in Westdeutschland zu Hause saßen. Wer den Mund aufreißt und besonders, wer die Kameraden aufwiegelt, der fliegt auf die Landstraße.

Bei dieser verlockenden Auswahl fiel es natürlich schwer, sich zu entscheiden. Die meisten zögerten wochen- und monatelang, bis ihnen das Lagerleben bis zum Halse stand, und dann entschwanden sie ohne Arbeitsvertrag. Aber es gab immer noch Schafsköpfe genug, die darauf reinfielen, fragt sich nur, wie lange sie es aushielten. Acht Wochen habe ich in dem Poppenrader Lager zugebracht. 56 Tage mit Hunderten von älteren und jüngeren Männern zusammen, die ebensowenig wie ich wußten, was sie mit sich anfangen sollten. Aus lauter Langerweile stritten wir ständig, und täglich gab es Kellereien. Am schlimmsten waren die dran, die von drüben kamen, für die war das alles neu. Uns aus dem Westen machten sie verantwortlich, daß es ihnen hier so schlecht ging, weil wir die ganzen Mittel auffraßen, die von der Regierung bewilligt waren. Aber wir waren der Meinung, wenn schon westdeutsche Behörden an Herumtreiber und Ganoven Geld zahlten, dann wären erst mal wir dran.

Am ersten März hatte ich ab. Kein Besitzer einer noch so erbärmlichen Wohnung kann sich so auf den Frühling freuen wie wir Obdachlosen. Jeder braune Fleck, der in den Schneefeldern auftaucht, ist ein Vorbote besserer Zeiten, und während wir mit zerrissenen Schuhen durch den nassen Schlamm stampfen, vertreiben die ersten warmen Sonnenstrahlen die Kälte eines ganzen Winters aus unserem Körper.

Ich wanderte durch die Heide ins Oldenburgische und dann immer dicht an der Küste entlang bis oben an die dänische Grenze. Alles fing an zu grünen und zu blühen. In den Gärten wuchs das Gemüse heran, die Hühner legten wie toll Eier, und aus den Eutern der Kühe strömte die Milch. Aber für uns ist das nicht, was die Natur hervorbringt. Alles in diesem verfluchten Land ist schon verteilt, Geld und Land und Arbeit. Weh dem, der nichts abgekriegt hat oder sich seinen Anteil abnehmen läßt. Da mag das Gemüse und Obst verfaulen, mögen die Fische verderben, die Keller der Bauern vor Schinken und Wurst platzen, weil die Satten mit dem besten Willen nichts mehr in sich hineinstopfen können, niemand kommt auf den Einfall, das Übriggebliebene an die Hungrigen zu verteilen. Lieber wird es an die Schweine verfüttert oder auf den Misthaufen geworfen. So nehmen wir uns dann, was wir brauchen.

Verdächtige Schweiger

Ja, die Menschen sind eben so gut oder so schlecht, wie sie gemacht werden. Bei uns im Bunker können sie allerhand Abstufungen erleben. Die Schlimmsten sind die Stillen. Die hocken immer zusammen und halten sich möglichst abseits. Wovon die leben, kann ich Ihnen nicht sagen, sie reden nicht darüber. Wenn die aber mal besoffen sind und losiegen! Dann bleibt dem Angebrüntesten unter uns die Spucke weg. Wollen Sie wissen, wo die verschwundenen Aufseher sind, die Soldaten aus Hitlers Leibstandarte, die SS-Leute, all die kleinen Massenmörder aus der Nazizeit? Da sitzen sie. Und in ihrem Suff schwelgen sie in Erinnerungen. Sie grölen die alten Nazilieder und lassen ihren Führer hochleben. Wenn denen mal ein Gewehr in die Hand gedrückt wird, die schlagen alle tot, Briten und Amerikaner, Kommunisten, Sozis und die Christlichen. Die wollen nichts als morden. Dagegen sind die anderen alle Waisenknaben. Das kann man nicht wieder erzählen, das kann man nicht einmal mitanhören, entweder gehen wir raus oder wir hauen sie zusammen, bis sie das Maul halten. Aber geboren sind die auch nicht so, sie sind bloß so erzogen. Alles kann man aus den Menschen machen, was zwischen Teufel und Heiligem liegt. Die Nazis haben eben Teufel aus ihnen gemacht.

Und unsere westliche Demokratie, die erzeugt Verbrecher. Zu Hunderttausenden treiben sie sich hier herum. Manche leben schon viele Jahre so. Je länger sie Niemandsleute sind, um so schlimmer werden sie. Sie denken nur noch dran, wie sie zu Geld kommen. Für ein paar Mark tun sie alles, Krawalle machen, sich mit den Kommunisten herumschlagen und Menschen umbringen. Arbeiten wollen die nicht mehr, sie haben ja ihren Beruf: Ganove.

*

Der Junge schwieg. Wir waren die letzten Gäste in dem kleinen Lokal. Ein müder Kellner wartete ungeduldig auf unseren Aufbruch. „Augenblicklich bin ich nicht viel besser dran als Sie", meinte ich, als wir unschlüssig auf dem menschenleeren Bahnhofplatz standen. „Mein Bett ist weit und zu dieser Nachtzeit unerreichbar. Leisten Sie mir noch Gesellschaft, bis die Bahnen fahren."

Die Wahrheit

Wir schlenderten durch die breite Mönkebergstraße, über den Rathausmarkt und den Rödingsplatz dem Hafen zu. Irgendetwas mußte ich für diesen jungen Burschen tun, man kann doch einen Menschen nicht einfach verkommen lassen! „Sie sollten nach drüben gehen, in die Deutsche Demokratische Republik" forderte ich ihn auf. Zweifelnd, beinahe erschrocken sieht er mich an.

„Seien Sie nicht albern", sage ich, „Sie selbst haben mir ja erzählt, woher diese unsinnigen Gerüchte über den Osten stammen. Sie können doch daran im Ernst nicht glauben!"

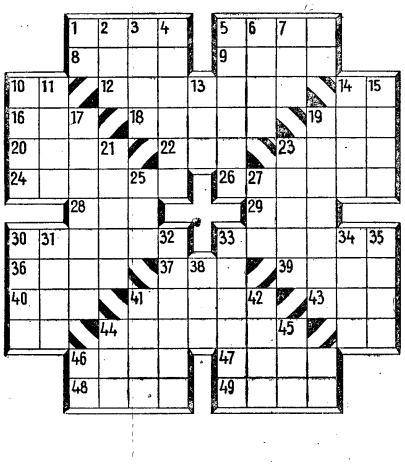
„Also gut", murmelt er unsicher, „schießen Sie los. Wie sieht es drüben wirklich aus?"

„All das, von dem Sie berichtet haben, gibt es drüben nicht", beginne ich. „Keine Flüchtlinge, die ohne Arbeit in entlegenen Dörfern hausen. Unsere Umsiedler haben einen Hof bekommen mit einem Haus darauf. Nicht groß, aber sie können davon leben. Die Arbeiter unter ihnen sind in den Fabriken und die ehemaligen Beamten in den Verwaltungen untergebracht. Sie alle haben eine Heimat gefunden. Es gibt drüben auch keine Landstreicher und Obdachlosen, keine Niemandsleute, die ohne Rechte sind. Denn Arbeit ist dort für alle, Arbeit, die einen ganzen Menschen erfordert, seine Hände und seinen Verstand."

„Und wie stehts mit dem Essen?" fragt der Junge. „Zuerst haben wir gehungert", berichte ich, „Jetzt werden wir satt, wenn bei uns auch kein Luxus herrscht, weder im Essen, noch in der Kleidung, noch im Wohnen. Ich lade Sie keineswegs in ein Paradies ein. Erinnern Sie sich an die Geschichte in der Bibel, als das Volk Israel in das gelobte Land zieht? Unser gelobtes Land heißt Frieden und Wohlstand für alle. Aber der Weg ging durch die Wüste. Mit leeren Händen haben wir ihn angetreten, ein müdes, geschlagenes Volk. Viele begriffen nicht einmal, wohin dieser mühselige Marsch ging. Aber in den letzten zwei Jahren haben wir die schwerste und längste Strecke geschafft, und von dem Berggipfel aus können wir es schon liegen sehen. Ja, Arbeit werden Sie drüben bekommen, Wohnung und Essen. Aber das Wichtigere ist: Sie werden den Glauben an eine bessere Zukunft wiederfinden."

„Wenn das wahr wäre...", sagt der Junge, „und vielleicht stimmt es wirklich. Eine Hoffnung, ein Ziel haben, das ist, als wenn sich die Tür zum Leben wieder öffnet! Ich werd' es mir ansehen, das andere Deutschland."

KREUZWORTRÄTSEL



Waagerecht: 1. Baumwollsorte, 5. Gefäß, 8. Nebenfluß der Donau, 9. Vorsteher einer Moschee, 12. Lustschloß im Park von Versailles, 16. Behörde, 18. Körperorgan, 19. Badeort in Belgien, 20. Viehhüter, 22. bedrängte Lage, 23. Singvogel, 24. Hafen an der Adria, 26. französische Stadt an der Somme, 28. norwegischer Schriftsteller, 29. türkischer Männername, 30. Schweizer Schriftsteller, 33. Türsicherung, 36. Gedanke, 37. Lebensbund, 39. Nebenfluß der Donau, 40. Fragewort, 41. Vertreter, 43. Stadt in Brasilien, Kurzform, 44. Inselkette zwischen Alaska und Kamtschatka, 46. englische Schulstadt, 47. altgriechische Küstenlandschaft, 48. Teil des Gartens, 49. Stechpalme.

Senkrecht: 2. Teil des Baumes, 3. Männername, 4. Morgenland, 5. versunkene Stadt der Sage, 6. Liebesgott, 7. Nebenfluß der Weichsel, 10. Verbindungslinie, 11. arabischer Titel, 13. Stadt in Finnland, 14. dünnes Holzstück, 15. Planet, 17. musikalische Verzierung, 19. bergmännischer Beamter, 21. Stücke vom Ganzen, 23. Begleiter des Dionysos, 25. Gewässer, 27. Monat, 30. Straußenschnepfe Neuseelands, 31. Nebenfluß der Fulda, 32. Gleichwort für Herrscher, 33. Rechnungsamt, 34. griechische Göttin der Zwietracht, 35. Stadt in Frankreich, 38. Viehfutter, 41. Heilpflanze, 42. Schweizer Nationalheld, 44. griechische Göttin, 45. Vereinigung.

Unsere Außenpolitik

Hannover — Wandelstern — Undset — Friedensfreund — Gewerkschaft — Eremit — Lineal — Meilenstein — Friedland — Embolie — Eisleben — Ardennen — Völlerei — Mandelkern.

Jedem Wort ist eine Silbe zu entnehmen. Die aneinandergereihten Silben ergeben ein Ziel unserer Außenpolitik.

Zum Zerlegen

Zu hastig und zu traege, kommt gleich spaet

Das obenstehende Zitat ist in neun Wörter folgender Bedeutung zu zerlegen: 1. Stadt in der Schweiz (3 Buchstaben). 2. eine der Normen (3). 3. Besuch (4). 4. Palmenmark (4). 5. Postsendung (5). 6. Fluß in Thüringen (3). 7. stehendes Gewässer (5). 8. mittelalterliche Abgabe (5). 9. Strauvenvogel (3).

Bei richtiger Lösung finden alle Buchstaben des Zitates Verwendung, und zwar so oft, wie sie darin enthalten sind. — Die Anfangsbuchstaben der gefundenen Wörter nennen, aneinandergereiht, einen Berg im Wetterstein-gebirge.

Das Frauengesetz

Oleander — Wermut — Hektoliter — Hildegard — Karaffe — Diadem — Harlekin — Angebinde — Schutzvorrichtung — Fürsprache — Einsamkeit — Werkhalle — Siebengebirge — Vorderindien — Eisenbahnunglück.

Jedem Wort ist eine bestimmte Silbe zu entnehmen, Aneinandergereiht ergeben die richtigen Silben den Sinn des Frauengesetzes.

Auflösung der Rätsel aus der vorigen Nummer:

Silben-Kreuzworträtsel: Waagerecht: 1. Kanüle, 3. Ankara, 5. Berserker, 7. Dekan, 9. Rate, 10. Diva, 11. Kadi, 12. Mandat, 14. Oper, 16 Barbara, 18. Reineke, 19. Delila. — Senkrecht: 1. Kathode, 2. Leber, 3. Anker, 4. Rakete, 6. Sermon, 8. Kandidat, 9. Radio, 13. Mandschurei, 13. Alba, 15. Pergola, 16. Barke, 17. Rade.

Silbenrätsel: 1. Fanfare, 2. Rumänien, 3. Irtysch, 4. Euterpe, 5. Dalmatien, 6. Erpel, 7. Formosa, 8. Regreß, 9. Internat, 10. Esau, 11. Dresden, 12. Elbrus, 13. Serum, 14. Ebbe, 15. Italien, 16. Allasch, 17. Unding, 18. Fedin, 19. Elbow, 20. Rosine, 21. Dromedar, 22. Estland, 23. Niobe, 24. Manhattan. — Friede, Friede sei auf Erden. Menschen, laßt uns Menschen werden!

Morse-Rätsel: Friesen, Dundee, Clinch, Anleitung, Abscheu, Sänger, Krieg, Kemi, Tower, Kohle, Standard: Friede, Einheit, Unabhängigkeit, Wohlstand.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Links außen: Von der Schulbank an die Drehbank. Der 15jährige Engelbert Halan steht im Wettbewerb zur vorzeitigen Beendigung seiner Lehre. Er gehört einem der zahlreichen Lernaktivs des Werkes an, die sich neben der fachlichen Weiterbildung auch mit politischen Tagesfragen fleißig beschäftigen.

Links: Vom Schraubstock ans Zeichenbrett. In zweieinhalb Jahren wird der 20jährige Wolfgang, ein Jungaktivist im LEW – Hennigsdorf, als Fachingenieur am Prüffeld stehen. Er studiert an der Ingenieurschule der Vereinigung für Elektromaschinenbau in Hennigsdorf bei Berlin.

Als Anerkennung für ihren aktiven Einsatz bei der Oktoberwahl überreichte ihnen die Nationale Front diese Fahne. Mit kulturellen Darbietungen, selbstentworfener Sichtwerbung und nicht zuletzt durch persönliche politische Aufklärung trugen auch sie zum Sieg der Nationalen Front bei. Fotos: Donath

Gemeinsam erarbeitet die Neulehrerin Ilse Schönholz mit ihren Schülern das Thema der Stunde. Sie kam als Umsiedlerin nach Freienwalde; heute hat sie aus der bitteren Vergangenheit die Konsequenz gezogen und hilft mit, daß unsere Jugend befähigt wird, eine bessere Zukunft in Frieden zu bauen.

Sie lernen wie nie zuvor

An der Drehbank ...

„Gute Facharbeiter haben wir Deutschen schon früher gehabt. Wir wissen, wohin wir dann eines Tages trotzdem gekommen sind." Diese Feststellung traf der kaufmännische Direktor Gumann in den LEW (Lokomotiv-Elektrotechnische Werke) Hennigsdorf, die wir vor einigen Tagen besuchten. „Wenn wir jetzt nicht nur eine bedeutend höhere Lebenshaltung der Bevölkerung, sondern auch ein Leben in Glück und Frieden erreichen wollen, dann setzt das neben hohem Können und fachlichen Kenntnissen auch klares politisches Wissen voraus. Das kann nur durch hartnäckiges Lernen erworben werden."

„Wie steht es nun damit in der LEW? Auf der ersten Funktionärkonferenz der FDJ forderte doch unser stellvertretender Ministerpräsident Walter Ulbricht, daß fachliche Ausbildung, Arbeit in der Produktion und theoretisches Lernen untrennbar zusammengehören!"

Der Jugendfreund Karl Kraft von der zentralen FDJ-Betriebsgruppe gab uns eine erste Antwort. „Obgleich nicht alle 800 Lehrlinge unseres Betriebes Mitglieder der FDJ sind, nehmen doch alle am FDJ-Schuljahr teil, wo wir uns zum Beispiel in Zirkeln mit dem Aufbau der Sowjetunion beschäftigen. Auch am Berufswettbewerb haben sich alle Jugendlichen beteiligt. Unser Ziel ist der vorzeitige Lehrabschluß, damit wir besser dazu beitragen können, die Aufgaben des Fünfjahrplans zu erfüllen. Übrigens werden noch 200 neue Lehrlinge hinzukommen.

Je 8 bis 10 Lehrlinge gehören zu einem Lernaktiv unter einem Aktivleiter und einem erfahrenen Techniker. Alle vierzehn Tage werden die Leiter der 85 Lernaktive geschult. Für die Ausbilder finden noch besondere Fortbildungslehrgänge statt. Nicht so Schritt gehalten hat die Betriebsberufsschule. Hier sind sowohl in der fachlichen als auch der politischen Schulung die Lernaktivs unvollkommen entwickelt. Einige weibliche Lehrlinge beklagen sich darüber, daß sie im Unterricht nicht immer folgen können. Besser steht es damit auf der Ingenieurschule der VEM (Vereinigung Elektro-Maschinenbau), die vorübergehend hier in der Berufsschule untergebracht ist, und die demnächst in das ehemalige Schloß in Niederneuendorf übersiedelt.

Jeder Klassenraum wurde von den Schülern selbst ausgestaltet. Darstellungen aus dem Leben des schaffenden Volkes, Losungen, die auf den Sinn des Lernens in Schulen und Werkstätten hinweisen, sprechen von dem neuen Geist dieser Oberschule.

Ihr Leiter, Ingenieur Juhl, hatte gerade seine Funktion übernommen. Er will hier eine vorbildliche Fachschule entstehen lassen. „Wir müssen erreichen", so sagte er, „daß die Jugendlichen, die während der Lehrausbildung die höchsten Leistungen erreichten, hierher kommen. Von Stalin wissen wir, daß es zweckmäßig ist, sich in einzelnen Fächern der Wirtschaft und Technik zu spezialisieren. Ein Zweig der Wissenschaft ist aber für alle Fächer notwendig: das ist die marxistisch-leninistische Wissenschaft von der menschlichen Gesellschaft, von ihren Entwicklungsgesetzen." Gegenwärtig studieren hier 31 Schüler der VEM, die in 2½ Jahren zu Fachingenieuren heranwachsen. Sie kommen alle aus Arbeiter- und Bauernfamilien, oft direkt vom Schraubstock.

Auch hier gibt es Lernaktivs, in denen die besseren Schüler den schwächeren helfen. Wer dennoch zurückbleibt, kann schon nach zwei Semestern die Schule verlassen. Seinen Fähigkeiten entsprechend kann er Werkmeister werden. Wettbewerbe sind geplant. An jedem Sonnabend gehen die Schüler als Assistenten in den Betrieb, so daß die Ausbildung gleichzeitig in der Produktion erfolgt. „Wir wollen uns dadurch gegenseitig helfen", sagte Schulleiter Juhl, „damit Walter Ulbrichts Forderung verwirklicht wird: das technische und kulturelle Niveau der Mehrheit der Arbeiterschaft auf das Niveau der technischen Intelligenz zu heben."

Mit welcher Begeisterung die Jugend dabei ist, spürten wir an dem Beispiel des 20jährigen Wolfgang T. Er kommt aus Westberlin und konnte dort, obgleich er als bester Elektrolehrling Großberlins ausgezeichnet wurde, keine Arbeit finden. In Hennigsdorf hat er zunächst in der Autowerkstatt gearbeitet und dann in der Abteilung für Fahrzeugmotorenbau. Am 1 Mai wurde er als Jungaktivist ausgezeichnet. Er ist Mitglied des Schülerrates, der bisher diese Schule leitete.

... und auf der Schulbank

Erinnerungen wurden wach, als wir die Stufen zur Oberschule in Bad Freienwalde emporstiegen. Neben dem Tor war eine Tafel in das Mauerwerk eingelassen: „Geschwister Scholl-Schule". Ein älterer Schüler führte uns die Treppe hinauf zum Zimmer des Direktors. Viel zu schnell, denn an den Wänden der Korridore hingen Wandzeitungen, die uns einfach nicht vorüberließen. „Sieben Gruppen Wandzeitungen haben wir, dazu eine Wandzeitung der zentralen FDJ-Gruppe und eine Wandzeitung ‚Der Friedenskämpfer'", hörten wir von unserem Begleiter.

Direktor Romberg, ein alter Pädagoge, der 1933 von den Nazis wegen seiner fortschrittlichen Gesinnung gemaßregelt wurde, hatte Verständnis für unseren „Überfall", — obgleich hinter der Tür seines Konferenzzimmers der Schulrat und zahlreiche Kollegen zu einer Lehrertagung zusammengekommen waren.

Ohne besondere „Betreuung" nahmen wir dann an einer Stunde in der 11b teil.

*

Eine junge Lehrerin mit frischem, hellem Gesicht steht vor den Schülern. Sie trägt das Abzeichen für gutes Wissen, so wie viele andere in der Klasse auch. „Marxismus und Sprachforschung", heißt das Unterrichtsthema.

Es ist seltsam, wie diese 22jährige Lehrerin sofort die Aufmerksamkeit aller 17 Schüler fängt. „Gehört die Sprache zum Überbau der Gesell-

Wernesgrüner Pilsner
Alleinherstellerin:
ERSTE WERNESGRÜNER AKTIENBRAUEREI
(vorm. C.G. Männel) A.-G.
WERNESGRÜN i. VOGTL.
BRAURECHTE SEIT 1436.

Ein Paul-Verhoeven-Farbfilm der DEFA
Verleih: PROGRESS Film-Vertrieb G. m. b. H.
Regie: Paul Verhoeven
Produktionsleitung: Fritz Klotzsch
Farbfotografie: Bruno Mondi
Musik: Herbert Trantow
mit
Lutz Moik / Hanna Rucker / Paul Bild / Erwin Geschonneck / Lotte Löbinger / Paul Esser / Hansgeorg Laubenthal / Walter Tarrach / Alexander Engel u. a.
URAUFFÜHRUNG
täglich 15.30, 18.00 und 20.30 Uhr
BABYLON
Filmtheater am Luxemburgplatz
DEFA-Filmtheater
KASTANIENALLEE
täglich 15.00, 17.30 und 20.00 Uhr

Möbelhaus
Alfred Hübner

Schöne und gute
Bücher
sind wertvolle Geschenke!
Zeitnahe Romane
frohe, kesselnde und anregende Kinder- und Jugendbücher
Klassiker, Novellen und Gedichte
Werke der Gesellschaftswissenschaft u. a. m.
bieten in reicher Auswahl die Buchhandlungen des FDGB, die
BÜCHERSTUBE Gutenberg
Berlin N 4, Chausseestr. 123/124, Tel.: 42 59 01
Dresden N 6, Hauptstr. 30, Tel.: 53 257
Erfurt, Anger 35, Tel.: 3243
Halle, Leipziger Str. 12, Tel.: 29 413
Leipzig C 1, Karl-Liebknecht-Str. 10, Tel.: 36 256
Potsdam, Brandenburger Str 27, Tel.: 2022
Gute Jugendbücher erschließen dem offenen Gemüt des Kindes die Fülle unserer Welt, sie beglücken, bereichern und entfalten in ihm alle dem Fortschritt der Menschheit und der Erhaltung des Friedens zugewandten Kräfte. Gute Bücher sind zuverlässige Wegweiser und treue Kameraden, sowohl dem Kinde wie uns allen.
Wir empfehlen,
die Auswahl der Geschenkbücher rechtzeitig vorzunehmen, damit die Wünsche erfüllt werden können.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

schaft oder zur ökonomischen Basis?" will sie wissen. „Zum Überbau", antwortet Günter Eisenführ.

Es folgt eine leidenschaftliche Debatte, als die Lehrerin fragt, ob die Sprache sich beim Übergang von einer Gesellschaftsordnung in die andere verändere. Schließlich sind sich die verschiedenen Auffassungen nahegekommen. Die Lehrerin entfaltet eine Zeitung und liest die Worte Stalins über die Probleme der Sprachwissenschaft vor. Es war in dieser Stunde nicht nur um eine Fachfrage gegangen, sondern um die Darstellung der Sprache im Zusammenhang mit der Geschichte der Menschheit.

Walter Ulbricht hatte die Beschäftigung mit den Erkenntnissen der fortgeschrittenen sowjetischen Wissenschaft gefordert. Hier wird sie bereits erworben. Es ist unmöglich, in wenigen Stunden all das Neue zu erfassen, was zu dem Leben in einer Oberschule unserer Republik heute gehört. Es ist reicher, klarer und schöner geworden, das spürten wir in jedem seiner Pulsschläge.

*

In der Pause befragten wir verschiedene Schüler über ihre Lernmethodik. „Wir haben Lernaktivs gebildet", so berichtete uns Günter Eisenführ. „Horst Jung und ich gehören zur mathematischen Abteilung, Wir arbeiten mit Christel Albrecht und Joachim Bergehoff von der sprachlichen Abteilung nachmittags zusammen. Sie helfen uns im Russischen, wir ihnen bei den mathematischen Aufgaben."

Alle FDJler beteiligten sich am Wettbewerb „Für gutes Wissen". Es gab 62 bronzene und 13 silberne Auszeichnungen an dieser Schule. Mit welcher Zielstrebigkeit sich diese Schuljugend auf ihren späteren Beruf vorbereitet, erfahren wir in der 9b. Abgesehen von wenigen Mädchen wissen alle Schüler heute schon, was sie werden wollen:

Wolfgang Freier zum Beispiel will zur Handelsmarine. Er weiß schon gut über viele Schiffsgeräte Bescheid. „Wenn wir nur einen tüchtigen Physiklehrer hätten", entschlüpft es Dieter Merker. Der Bauernsohn Siegfried Jackstein will Kulturbaumeister werden. Gerhard Fuhrmann hat sich den Lehrerberuf vorgenommen. „Unsere Fabriken, unsere Kulturhäuser bauen wir für das neue Deutschland, für uns selbst", stellte der blonde Lothar Schönholz zu Berufsplänen fest. „Darum müssen wir sehr viel lernen, noch besser lernen, weil es für uns alle ist", ergänzt ihn ein anderer.

Dabei haben sie es durchaus nicht immer leicht. Oft fehlt es an den finanziellen Möglichkeiten; wie uns Direktor Romberg später berichtete, ging der Plan einer Internatsschule leider nicht in Erfüllung, weil die Landesregierung die Gelder dafür ablehnte. Sie wäre gerade für die zahlreichen Arbeiter- und Bauernkinder aus der Umgebung sehr wichtig. Als zwei begabte Arbeiterkinder wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten gezwungen waren, die Schule zu verlassen, gab in dem einen Fall der Betrieb des Vaters ein fortlaufendes Stipendium. Bei dem anderen Schüler half die FDJ, indem sie ihren Freund im FDJ-Kreisvorstand anstellte. So können beide ebenfalls ihr Abitur machen.

Neben den Lernaktivs, die in den unteren Klassen alle Fächer umfassen, gibt es noch Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Schüler mit Segelflug- und Schiffsmodellen beschäftigen „Am besten vielleicht kommt der neue Geist unserer Schule darin zum Ausdruck", stellte Direktor Romberg stolz fest, „daß in unserer Schule bis zum späten Abend fast stets etwas los ist."

Schon ist die Hälfte der Schülerschaft Mitglied der Gesellschaft für Deutsch - Sowjetische Freundschaft, weil sie weiß, daß die Sowjetwissenschaft, die Sowjetkultur ständig neue Schöpfungen für den Fortschritt und das Wohl der Menschheit hervorbringen, von denen sie lernen wollen auch für unser Volk. Und sie lernen wie nie zuvor in dem Bewußtsein, Erbauer eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands zu sein, wie sie Stalin in seinem Telegramm zu Pfingsten nannte.

D. St.

Von TEHERAN bis PRAG

Die UdSSR im Kampf um Deutschlands Einheit

Am 5. Dezember 1936 wurde die Stalinsche Verfassung in Kraft gesetzt. Im Artikel 123 ist die Gleichberechtigung aller Menschen ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit verankert: „Jede wie immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder umgekehrt, eine Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugungen von Bürgern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität, ebenso wie jegliche Propagierung einer rassenmäßigen oder nationalen Exklusivität oder eines Rassen- oder Nationalitätenhasses und der Mißachtung einer Rasse oder einer Nationalität werden gesetzlich geahndet."

Dieser Grundsatz ist auch richtunggebend für die Politik der Sowjetunion gegenüber den Nationen außerhalb ihrer eigenen Grenzen. Vom Geiste der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts aller Nationen ist auch das Verhalten der Sowjetunion gegenüber dem besiegten Deutschland diktiert. Wir geben hier einen Überblick ihrer in diesem Sinne auf allen internationalen Konferenzen unternommenen Bemühungen.

Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche" faßten die Westmächte noch während des Krieges den Plan, Deutschland nach dem Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft in mehrere voneinander unabhängige Staaten zu zerreißen. Im Jahre 1942 wurde auf Initiative des damaligen amerikanischen Außenministers Sumner Welles ein „Beratungsausschuß für Nachkriegsprobleme" einberufen, der Pläne für die Aufteilung Deutschlands in drei, fünf oder sieben einzelne Staaten entwarf. Im Jahre 1943 fanden offizielle Besprechungen zwischen dem britischen Außenminister Eden und dem amerikanischen Präsidenten Roosevelt statt, die mit dem Beschluß endeten, „Deutschland unter allen Umständen in verschiedene Staaten aufzuteilen"

Auf der Konferenz von Teheran schlug Roosevelt eine Teilung Deutschlands in fünf autonome Staaten und zwei international kontrollierte Gebiete vor. Churchill wollte nur eine Zweiteilung, wobei Bayern mit Österreich zu einem süddeutschen katholischen Staat zusammengefaßt werden sollte. Auch auf der Moskauer Dreimächte-Konferenz am 5. Oktober 1943 sprach der Sonderbevollmächtigte Roosevelts für eine Teilung Deutschlands in drei oder mehrere Staaten, die nur durch wirtschaftliche Abmachungen miteinander verbunden sein sollten.

Die Sowjetunion nahm von allem Anfang an gegen jede Zerstückelungspolitik Stellung In diesem Sinne sprach sich Stalin sowohl in Teheran wie auf der Moskauer Dreimächte-Konferenz eindeutig aus, und auch in seiner „Proklamation an das deutsche Volk" vom 8. Mai 1945 wiederholte er die Versicherung, daß die Sowjetunion nicht beabsichtige, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.

Die Grundlagen für die in Deutschland zu befolgende Politik der Siegermächte wurden auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 gelegt. Es wurde beschlossen, daß der deutsche Militarismus und der Nationalsozialismus zerstört und dafür Sorge getragen werde, daß Deutschland nie wieder imstande sei, den Weltfrieden zu stören. Ein Deutschland, das frei von Nationalsozialismus und Militarismus war, würde seinen Platz in der Völkergemeinschaft finden und ein würdiges Leben führen können.

Wohl wurde damals noch nichts Konkretes über die künftige Staatsform Deutschlands beschlossen, doch konnte das Versprechen auf ein „würdiges Leben" und einen „Platz in der Völkergemeinschaft" nicht anders gemeint sein, als daß Deutschland das Recht auf selbständige nationale Existenz zugesprochen wurde.

Die nächste internationale Konferenz begann am 17. Juli 1945 in Potsdam. Hier wurden Einzelheiten hinsichtlich der Durchführung der Beschlüsse von Jalta besprochen und beschlossen. Hinsichtlich der Zukunft Deutschlands wurde erklärt: „Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Ziels gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen."

Daß die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands geplant war, wurde im vierten Abschnitt des Punktes 9 eindeutig ausgesprochen. Er lautet: „Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrs, des Außenhandels und der Industrie."

Die Westmächte hielten sich nicht an die in Jalta und Potsdam festgelegten Grundsätze, sondern betrieben konsequent eine Politik der Aufspaltung Deutschlands und der Schaffung eines westlichen Separatstaates unter ihrer Kontrolle.

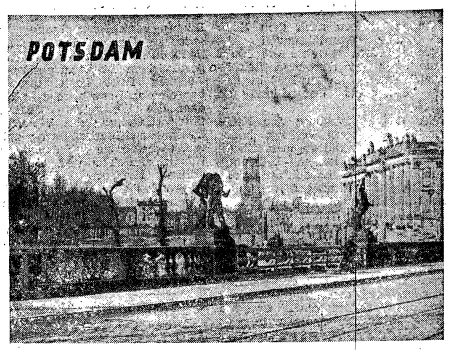
Auf der Moskauer Konferenz, die am 11. März 1947 zusammentrat, forderte die Sowjetunion nachdrücklich die Rückgängigmachung der von den Westmächten getroffenen Maßnahmen und die sofortige Einsetzung der in Potsdam beschlossenen zentralen deutschen Verwaltungsstellen zur Vorbereitung einer deutschen Regierung.

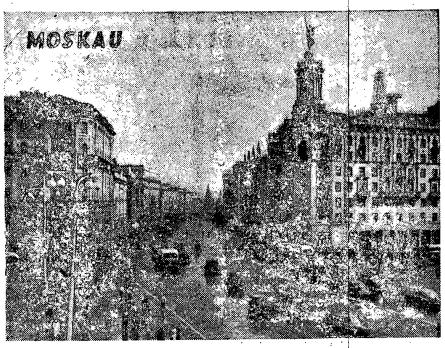
Die Konferenz dauerte bis zum 24. April 1947. Es wurden „Empfehlungen" ausgearbeitet, die jedoch nur Bestimmungen über die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung, die Bodenreform, die Behandlung verschleppter Personen und die Umsiedler enthielten, ohne auf die Vorschläge der Sowjetunion über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands einzugehen.

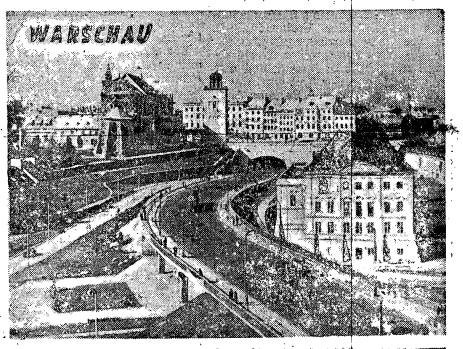
Am 7. Juni 1948 tagte in London eine Konferenz der Außenminister Amerikas, Englands und Frankreichs über die Deutschland-Frage. Das am 7. Juni veröffentlichte Kommuniqué über diese Beratungen bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Wege der Losreißung Westdeutschlands vom nationalen Körper und seine Umgestaltung in eine amerikanische Kolonie. Am 18. Juni wurde die separate Währungsreform in Westdeutschland durchgeführt.

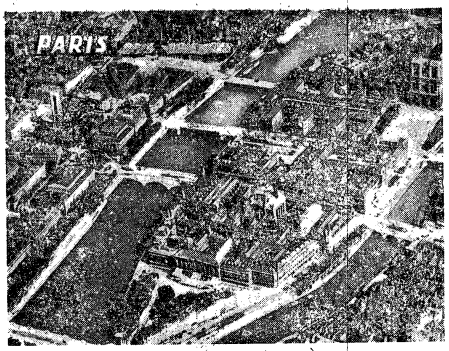
Am 24. Juni 1948 traten in Warschau die Außenminister der Sowjetunion und der demokratischen Staaten des Südostens zusammen. In dem Beschluß dieser Konferenz wurde die Bildung einer provisorischen demokratischen gesamtdeutschen Regierung aus Vertretern demokratischer Parteien und Organisationen ganz Deutschlands und der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gefordert, dem der Abzug der Besatzungstruppen aller Mächte binnen Jahresfrist folgen sollte.

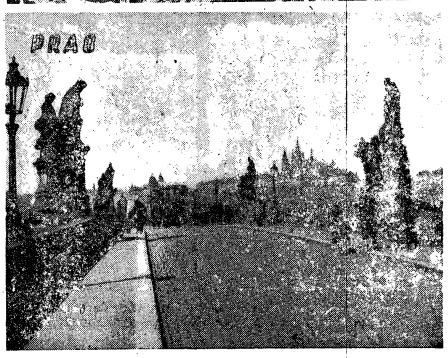
Durch die Politik der Westmächte in Berlin war eine gefährliche Krise hervorgerufen worden, die eine ernste Bedrohung des Friedens darstellte. In dieser Situation trat am 23. Mai 1949 in Paris eine neuerliche Konferenz der Außenminister der vier Großmächte zusammen. Von sowjetischer Seite war man wiederum bemüht, Beschlüsse zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durchzusetzen. Außenminister Wyschinskij schlug die Bildung eines Gesamtdeutschen Staatsrates auf der Grundlage der zur Zeit in der Ostzone und in den Westzonen bestehenden deutschen Wirtschaftsorgane vor. Dieser Staatsrat sollte Regierungsfunktionen besitzen und unter der obersten Kontrolle des Alliierten Kontrollrats tätig sein. Wyschinskij meinte durchaus nicht, daß sich etwa Westdeutschland den ostzonalen Verhältnissen angleichen sollte. Er beantragte die Schaffung einer völlig neuen Körperschaft, die unabhängig von den im Osten oder im Westen bestehenden Zuständen ihre Beschlüsse fassen sollte.











Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

WELTMACHT DES FRIEDENS V

Kampf um Kollektive Sicherheit

Wenige Wochen nach dem Ende der ersten internationalen Abrüstungskonferenz wehte die Nazifahne über der deutschen Reichskanzlei. Am 30. Januar 1933 begann der Faschismus Deutschland zu regieren.

Wer die Entwicklung der Nazipartei aufmerksam verfolgt hatte, durfte sich über die voraussichtliche Politik Hitlers keinen Illusionen hingeben. Seine Hintermänner waren imperialistische Finanzmagnaten und deutschnationale Großgrundbesitzer. Die Ideologie der Nazipartei, die nun deutsche Staatsideologie wurde, bestand in einer Neuauflage des Alldeutschen Chauvinismus und gipfelte — ähnlich wie in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg — in der größenwahnsinnigen Vorstellung von einer deutschen Weltherrschaft. Wer dann immer noch nicht wußte, worum es nun eigentlich ging, brauchte nur in Hitlers Buch „Mein Kampf" nachzulesen, daß Deutschland mit dem Schwert neuen „Lebensraum" im Osten erobern müsse, daß aber auch Frankreich der alte „Erbfeind" Deutschlands sei. Hitlers Konzept war ein umfassender Kriegsplan.

Was ist Aggression?

Hitler bedrohte die ganze Welt. Mochte er auch in den ersten Monaten seiner Regierung davon reden, daß seine „Revolution" ausschließlich gegen den Kommunismus gerichtet sei und daß er im übrigen den Frieden wolle — es war der Krieg, in den er die Welt zu stürzen beabsichtigte. Die Regierungen, vor allem der Nachbarstaaten Deutschlands, hätten sich vom ersten Tage der faschistischen Herrschaft an zu gemeinsamem diplomatischen und politischen Handeln zusammenfinden müssen, um den Angriffskrieg Hitlers zu verhindern.

Eine Anregung dazu kam von der sowjetischen Regierung. Sie hatte bereits während der Vorbereitungen für die erste Abrüstungskonferenz, als die Einsetzung einer faschistischen Herrschaft in Deutschland nur noch eine Frage der Zeit war, durch ihre Delegation am 6. Februar 1931 einen Vorschlag für eine Konvention über die Definition des Aggressors unterbreiten lassen. Die Sowjetregierung wollte jedem Angreifer die Möglichkeit nehmen, seinen Angriffskrieg — gleichgültig, wo immer er stattfand — mit propagandistischem Geschwätz zu bemänteln. Als Angreifer sollte jeder Staat gelten, der einem anderen Staat den Krieg erklärt, mit bewaffneten Kräften in ein anderes Land eindringt, mit seinen Kriegsschiffen die Häfen eines anderen Staates blockiert oder bewaffnete Banden unterstützt, die von seinem Gebiet aus in einen anderen Staat eindringen. Diese Vorschläge der Sowjetregierung hatten zum Ziel, ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, das einen Angriffskrieg — und damit den Krieg überhaupt — ausschließen sollte.

Das Komplott der Vier

Aber dieser Vorschlag verfiel der Ablehnung. Auch im Frühjahr 1933, während der zweiten Tagung der internationalen Abrüstungskonferenz, kamen die westlichen Großmächte nicht wieder auf ihn zurück, obwohl nun das Problem der kollektiven Sicherheit brennend geworden war. Statt dessen beschäftigten sich die englische und die französische Diplomatie mit einem Vorschlag des faschistischen Diktators Mussolini für einen Viererpakt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland. Am 7. Juni 1933 erfolgte die Unterzeichnung dieses Paktes in Rom. Die Mächte verpflichteten sich, eine Politik der Zusammenarbeit zu treiben; Deutschland erhielt Rüstungsgleichberechtigung zugesprochen, ferner das Recht, eine Revision des Versailler Friedens „auf gesetzlichem Wege" zu unternehmen.

Dieser Pakt hatte unverkennbar eine anti-sowjetische Spitze. Indem die Westmächte Deutschland unter Umgehung des Völkerbundes Rüstungsgleichberechtigung zubilligten, öffneten sie der Aufrüstung in Deutschland Tür und Tor in der stillen Hoffnung, die deutsche Aggression werde sich ausschließlich gegen die Sowjetunion richten. Die Sowjetregierung mußte erkennen, daß die Westmächte an einem kollektiven Sicherheitssystem nicht interessiert waren, daß sie vielmehr mit dem Faschisten Hitler gemeinsame Sache machten.

Gescheiterter Friedenspakt

Es gab nun damals in allen westlichen Ländern zwei Strömungen. Die eine, meist gesteuert von einflußreichen Industriekreisen, war für eine Zusammenarbeit mit dem faschistischen Deutschland gegen die Sowjetunion. Die andere erkannte die drohende Gefahr eines faschistischen Raubkrieges und suchte Verständigung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, um diesen Krieg zu verhindern. Während sich der damalige amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt schon im Jahre 1933 um die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion bemühte, unterstützten amerikanische Industriekreise, z. B. Henry Ford, die deutsche Aufrüstung. Während Louis Barthou, der im Jahre 1934 von faschistischen Agenten in Versailles ermordete Außenminister Frankreichs, sich für eine Politik der kollektiven Sicherheit einsetzte und die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion suchte, unterstützten reaktionäre Kreise in Frankreich, deren Exponenten General Weygand, Laval und Flandin waren, die antisowjetischen Bestrebungen Hitlers.

Die Sowjetunion förderte alle Bemühungen, die auf die Erhaltung des Friedens in Europa und in der Welt gerichtet waren. Sie griff 1934 das Projekt eines Ostpaktes auf, der von Frankreich vorgeschlagen wurde. Dieser Pakt sollte die UdSSR, Deutschland, Polen, die baltischen Länder und die Tschechoslowakei vereinen und die Grundlage für eine friedliche Zusammenarbeit dieser Staaten bilden. Hitler lehnte diesen Vorschlag mit der Behauptung ab, er wolle niemand angreifen und brauche deshalb auch keinen Pakt zu schließen.

Mussolini in Abessinien

Auf einer neuen Tagung der Abrüstungskonferenz, die am 29. Mai 1934 begann und an der Deutschland nicht mehr teilnahm, weil es im Oktober 1933 in provokatorischer Weise aus dem Völkerbund ausgetreten war, schlug die Sowjetunion vor, diese Konferenz in eine ständige Institution zu verwandeln, die über die Erhaltung des Friedens wachen sollte. Als Antwort darauf erklärte der englische Vertreter Simon, England werde sich an Bestrebungen gegen Hitler nicht beteiligen. Man müsse die Gleichberechtigung Deutschlands in der Frage der Rüstungen anerkennen oder aber die Konferenz abbrechen.

Trotz dieser feindseligen Haltung gab die Sowjetunion ihre Politik zur Schaffung eines Sicherheitssystems nicht auf. Auf Einladung trat sie 1935 dem Völkerbund bei; jener Institution, von der sie jahrelang boykottiert worden war. Sie wollte keine Möglichkeit ungenutzt lassen, die Völker vor dem Ausbruch eines neuen Weltkrieges zu bewahren.

Denn inzwischen war die Kriegsgefahr immer größer geworden. Am 16. März 1935 erklärte Hitler den Versailler Frieden für ungültig und begann die offene Aufrüstung, ein Jahr später marschierten seine Truppen in das entmilitarisierte Rheinland ein. Wer durch Deutschland fuhr und die Kasernenbauten, Flugplätze und Rüstungswerke sah, wußte, daß die deutsche Kriegsmaschine bereits zu laufen begonnen hatte.

Die Sowjetregierung versuchte deshalb, durch eine Reihe von Einzelverträgen eine Atmosphäre der Sicherheit zu schaffen. Sie schloß am 2. Mai 1935 einen Vertrag über gegenseitige Hilfe mit Frankreich und wenige Wochen später einen ähnlichen Vertrag mit der Tschechoslowakei, dem Lande, das in besonderem Maße von dem faschistischen Deutschland bedroht wurde. Aber während ihre Bemühungen noch im Gange waren, begann der Faschistische Block bereits den Krieg.

Im Oktober 1935 überfiel Italien Abessinien. Der Völkerbund verhängte gegen den Angreiferstaat Italien wirtschaftliche Sanktionen, deren Wert zweifelhaft war, weil sie von England wie auch von Frankreich nicht durchgeführt wurden. Allein die Sowjetunion nahm eine konsequente Haltung gegen den italienischen Raubkrieg ein. Im Juli 1937 überfiel Japan — ähnlich wie im Jahre 1931 — China. Im Jahre 1938 schließlich erfolgte die Annektion Österreichs durch Hitler-Deutschland und wenige Monate später der erste deutsche Angriff auf die Tschechoslowakei, den die Westmächte durch ihre Unterschrift unter das Münchener Abkommen vom September 1938 unterstützten.

... und Hitler in Polen

Die Sowjetregierung mußte erkennen, daß alle ihre Vorschläge vergeblich gewesen waren. Die anglo-französische Politik vollzog in München nun auch offen die Wendung gegen die Sowjetunion, die sie bisher immer noch zu verschleiern versucht hatte. Die Westmächte waren an einer Sicherheit vor dem Faschismus nicht mehr interessiert, weil sie glaubten, diese Sicherheit bereits zu besitzen, indem sie Hitlers Angriffskrieg ausschließlich nach Osten lenken zu können glaubten.

Daran änderten auch die Verhandlungen nichts, die im Sommer 1939 zwischen den Westmächten und der Sowjetunion über eine Militärkonvention geführt wurden. Die Westmächte waren nicht geneigt, der Sowjetunion verbindliche Zusicherungen über eine Hilfe gegen Deutschland zu geben. Die Staatsmänner der Sowjetunion erkannten, daß ihr Land gegen Deutschland ausgespielt werden sollte und daß die Westmächte beabsichtigten, aus diesem Spiel ihren Nutzen zu ziehen.

Deshalb ging die Sowjetunion auf den deutschen Vorschlag ein, einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Sie konnte den zweiten Weltkrieg nicht mehr verhindern, aber sie gewann Zeit, ihre Kräfte zur Abwehr jenes Angriffs vorzubereiten, den die nazistische Propaganda jahrelang ankündigte. Am 1. September begann die faschistische Kriegsmaschine durch Europa zu rasen, und es war wie eine Ironie der Geschichte, daß General Weygand, der sich 1934 so warm für die Unterstützung Hitlers eingesetzt hatte, die Kapitulation vor den Armeen Hitlers vollziehen mußte.

Horst Schötzki

So werden Kriege gemacht

(Über Hintergründe und Technik der Aggression)

Von einer theologischen Diskussion über „Christentum und Krieg" heimgekehrt, fand ich eine Neuerscheinung aus dem Dietz-Verlag, Berlin, auf meinem Schreibtisch: „So werden Kriege gemacht" von Albert Norden.

Wir hatten sehr lange (und sehr allgemein) über Kriege und ihre Ursachen diskutiert und sie „Folgen der menschlichen Sünde", „Gerichte Gottes" und Gott weiß wie sonst noch genannt — — —.

Albert Norden redet weder theologisch noch allgemein. Er redet überhaupt nicht selbst, sondern läßt Tatsachen sprechen. Und Tatsachen sprechen eine sehr konkrete und eindeutige Sprache.

Wie entstehen Kriege? — Kriege „entstehen" überhaupt nicht; sie werden gemacht!

Und wie werden sie gemacht?

1898: Der amerikanische Zeitungsmagnat W. R. Hearst schickt seinen Bildreporter Frederic Remington als Kriegsberichterstatter nach Kuba. Einige Wochen später kabelt Remington seinem Brotgeber:

„Hearst new york journal stop alles ruhig stop es gibt keine unruhen hier stop möchte zurückkehren da es hier keinen krieg geben wird stop remington."

Und W. R. Hearst kabelt zurück:

„remington havanna stop bitte bleiben stop liefern sie die bilder stop den krieg liefere ich stop hearst."

Kriege „Gerichte Gottes"? — Nun, dieser kubanische Krieg wurde ein fettes Gericht! Aus Zuckerplantagen, Ölvorkommen und anderen kubanischen Bodenschätzen angeführt und amerikanischen Monopolisten im Blut der Kubaner serviert — — —.

Nicht nur dieser eine Krieg! Es fehlt kein einziger im Register Albert Nordens: Intervention in Mexiko, Eroberung von San Domingo, „Penetration" von Haiti, Unterdrückung von Kuba, Überfall auf Nicaragua, Eindringen in Hawai, Kolonisierung der siebentausend Inseln der Philippinen, der erste Weltkrieg, der Raub Abessiniens, die Vergewaltigung Spaniens, Österreichs, der Tschechoslowakei, der mit dem Überfall auf Polen beginnende zweite Weltkrieg, seine Wiederaufnahme im kalten Krieg und die Vorbereitung des dritten Weltkrieges —.

Und immer dieselben Personen und Personengruppen, dieselben Großbanken, Konzerne und Monopole und dieselben willfährigen korrupten Politiker, die als Minister, Diplomaten und Generale die Interessen der Banken und Truste vertreten, deren Direktoren und Generaldirektoren sie nebenbei sind.

Wissen Sie, daß der französische Maréchal Foch dem deutschen Minister Erzberger die Nachricht von der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit fünftausend Maschinengewehren bezahlt hat?

Wissen Sie, daß eine einzige amerikanische Privatbank: Dillon, Read und Company, in den Jahren 1925 bis 1927 allein 182 Millionen Dollar in deutsche Rüstungsbetriebe für die Wiederaufrüstung Deutschlands und damit für den zweiten Weltkrieg gesteckt hat?

Wissen Sie, daß der Präsident dieser Bank, James Forrestal, der amerikanische Interessenvertreter desselben I. G. Farbentrust war, dessen deutsche Verwaltungsgebäude und Fabrikanlagen während des zweiten Weltkrieges von keiner einzigen amerikanischen Bombe getroffen wurden?

Wissen Sie, daß derselbe James Forrestal 1947 Kriegsminister der USA wurde und alsbald den amerikanischen Rechtsanwalt der IG Farben zum Richter im Nürnberger Prozeß gegen die Kriegsverbrecher dieses Trustes machte?

Sie wissen es nicht? — Sie erfahren es bei Albert Norden mit allen Details und belegt durch unanfechtbare Dokumente.

Und mit ebenso unanfechtbaren Dokumenten hellt Norden die Hintergründe der Spaltung Deutschlands und der Blockade Berlins auf. Er führt den unwiderleglichen Nachweis, daß das Potsdamer Abkommen torpediert wurde, um den Frieden zu torpedieren, der ein „katastrophales" Absinken der Profitrate amerikanischer Rüstungskartelle zur Folge hatte. Das wird u. a. belegt mit einer dokumentarisch festliegenden Äußerung des Vorsitzenden des USA-Senatskomitees für militärische Angelegenheiten, Senators Kilgore, am 11. Dezember 1945 (!).

„Es käme einem Selbstmord gleich, wenn die amerikanische Politik den Weltfrieden aufs Spiel setzen würde um der Kartellprofite einiger weniger Truste willen, deren Gesichtspunkte in den Beratungen unserer Militärregierung in Deutschland leider die Oberhand gewonnen haben."

Die amerikanische Deutschlandpolitik dient solchen Interessen. Der kalte Krieg dient solchen Interessen. Die Blockade Berlins und die vielgepriesene „humanitäre" Luftbrücke unseligen Angedenkens diente solchen Interessen:

„Der kalte Krieg ist ein Segen für die Flugzeugindustrie geworden weil die bewaffnete Macht heute den einzigen großen Markt für die Produktion von Flugzeugen bietet. Nach einem katastrophalen Jahr 1947 hatten die meisten Flugzeugfabriken 1948 genügend Regierungsaufträge, um eine profitreiche Erzeugung zu erlauben." (New York Herald Tribune vom 24. Februar 1949.)

Darum die Luftbrücke, die Blockade Berlins und das Hungern und Frieren von Millionen Westberlinern! Darum Bruch aller Verträge und fortgesetzte Kriegshetze und Kriegsvorbereitung! Darum Spaltung Deutschlands und Remilitarisierung Westdeutschlands! Das ist der amerikanische „way of life", der Millionen von Nichtamerikanern das Leben kostet; der „way of life", der ihnen Todesweg für die Völker ist, die sich auf ihn nötigen lassen!

Albert Norden deutet nicht, er stellt dar. Er behauptet nicht, er beweist — beweist mit ausschließlich amerikanischen Dokumenten, daß die amerikanische Deutschlandpolitik und Weltpolitik keine anderen Interessen kennt als die amerikanischer Kartelle, Trusts und Monopole!

Und welch Brimborium von Propaganda drum herum! — Erbärmliche Tintenkulis, die wie die Tintenfische die blutige Spur dieses „way of life" zu verwischen und zu verdunkeln versuchen!

„Man muß den Leuten die reale Situation erläutern; wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird."

Dieses Wort Lenins steht im Vorwort der Nordenschen Arbeit. Und es steht ungeschrieben über jeder Seite, jeder Zeile seines Buches, das hineinleuchtet noch in den tiefsten und dunkelsten Keller, in dem Banden ,skrupelloser Verbrecher den nächsten Krieg vorbereiten.

Verbrechern muß man das Handwerk legen. Und man legt ihnen das Handwerk, indem man ihren Plänen nachspürt, sie aufdeckt und den Öffentlichkeit bekanntmacht.

Das hat Albert Norden getan, und wir alle sind ihm Dank dafür schuldig. Sein Buch gehört in die Hand jedes Friedensfreundes und ist eine scharfe Waffe in der Hand der Friedenskämpfer, die es nicht mit anderen „Meinungen" oder „Weltanschauungen" zu tun haben, sondern mit einer Handvoll Verbrechern, denen jedes Mittel recht ist, um ihren zusammengestohlenen, zusammengeplünderten, zusammengeraubten Reichtümern neue hinzuzufügen. Verbrecher kann man nicht überzeugen, man muß sie bekämpfen!

Überzeugen muß man die ahnungslosen Toren, die solche Verbrechen für Taten von „gentlemen" halten, deren geheuchelter Friedensliebe und Humanität man sein Leben anvertrauen darf.

Albert Nordens Darstellung der „Hintergründe und Technik der Aggression" ist von überzeugender Kraft, weil in ihr die Wahrheit und nur die Wahrheit zu Worte kommt. Wird diese Wahrheit volkseigen, völkereigen, so ist der Friede gerettet!

Dompredliger Karl Kleinschmidt

„Jetzt brauchen wir nur noch einen hübschen Friedensplan. Bringen Sie mir die Vorschläge"

„Der Vorschlag der UNO". „Sehr interessant! Außerordentlich interessant".

„Und hier der Vorschlag von Misters Adenauer und Schumacher". „Nicht schlecht, genügt aber nicht!"

„Und hier ist der Vorschlag von Mister Wyschinskij". !... !... !...

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschlands STIMME

11/12. November 1950 W
3. Jahrg. · Nr. 45 · Preis 20 Pf.

Zeitung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Reicht euch die Hand zur rettenden Tat

WEST UND OST AN EINEN TISCH!

Ganz Deutschland fordert: Bildung des konstituierenden Rates

„Jetzt muß die Gelegenheit beim Schopf ergriffen werden. Die Prager Beschlüsse, die man hier in Westdeutschland totzuschweigen versucht, geben uns eine reale Chance, endlich zur deutschen Einheit zu kommen", schreibt uns Herr Carl Gutmann aus Düsseldorf. Wir meinen, daß unser Leser die Stimmung der meisten Deutschen wiedergibt.

Vier Vorschläge zur Sicherung des Friedens in Europa beschloß die Konferenz der acht Außenminister in Prag. Ohne die Lösung des deutschen Problems, darüber bestand in Prag Einmütigkeit, ist der Friede gefährdet, bleibt die Gefahr eines neuen Krieges akut. Deshalb haben die acht Außenminister die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates vorgeschlagen, der sich paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammensetzen soll. Seine Aufgabe ist es, die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorzubereiten und beim Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland mitzuwirken. Die Prager Beschlüsse sehen die Möglichkeit vor, das deutsche Volk über diesen Vorschlag selbst zu befragen.

Ergänzen wir diesen Punkt der Prager Verlautbarungen noch durch die weiteren Vorschläge: Ablehnung jeder Remilitarisierung, freie Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft, unverzüglicher Abschluß eines Friedensvertrages und Abzug der Besatzungsmächte. Es wird keinen Deutschen geben, der, wo immer er wohnen mag, zu welcher Partei oder Konfession er sich auch bekennt, hierzu nicht uneingeschränkt Ja sagen kann.

Letztlich geht es in der heutigen Situation doch um die Erhaltung des Friedens. Und der Friede ist aufs höchste gefährdet. Das begreift der Arbeiter im Betrieb genau so wie die Frau am Kochherd. Die Zeit ist längst vorüber, da man in Bonn die Remilitarisierung noch abzuleugnen versuchte. Wenn man aber dem Teufel den kleinen Finger gibt, will er die ganze Hand. Heute Remilitarisierung heißt morgen Krieg. Das haben wir schließlich zu unserem Leidwesen im tausendjährigen Reich erfahren müssen. Der Herausgeber der bürgerlichen Zeitung „Mannheimer Morgen", Dr. Ackermann, schreibt: „Es bleibt uns die einzige Aufgabe, in aller Tapferkeit und Zuversicht Widerstand zu leisten gegen Krieg und alles, was damit zusammenhängt."

Wir meinen, daß der Widerstand gegen die Remilitarisierung die entscheidende nationale Tat der Stunde ist, denn wir Deutschen haben zweimal im Verlauf dieses Jahrhunderts Weltkriege heraufbeschworen. Jetzt müssen wir unsere historische Schuld abtragen, indem wir den dritten Weltkrieg verhindern und der Menschheit den Frieden erhalten.

Aber unlösbar verbunden mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung ist das Eintreten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit. In einem einigen, friedliebenden, demokratischen Deutschland würde niemand von Remilitarisierung sprechen. Darum, und nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, ist die deutsche Einheit eine Lebensfrage.

Den Weg zu ihr weisen die Prager Beschlüsse. Verantwortungsbewußte und verantwortliche Deutsche aus Osten und Westen müssen sich an den Verhandlungstisch setzen. Natürlich darf man nicht vorher Bedingungen stellen, denn wir kommen nicht einen Schritt weiter, wenn westdeutsche Parteiführer mit den Vertretern Ostdeutschlands erst dann verhandeln wollten, wenn irgendwelche volkseigenen Betriebe an ihre ehemaligen, des Kriegsverbrechens schuldigen Besitzer zurückgegeben sind. Mit wieviel größerem Recht könnten wir dann an die westdeutschen Politiker die Forderung richten, erst einmal diesen oder jenen Nutznießer des Hitlerkrieges aus dem öffentlichen Leben zu entfernen und hinter Schloß und Riegel zu setzen. Aber die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich bereit erklärt, ohne jede Bedingung ihren Platz am Runden Tisch einzunehmen, und der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht betonte wörtlich: „Auf beiden Seiten muß der Wille zum Kompromiß vorhanden sein, wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschlands einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird."

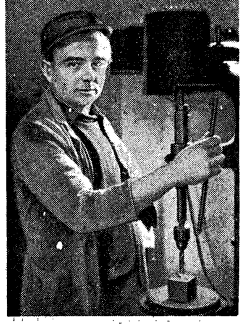
Was könnte also ehrliche deutsche Politiker im Westen unserer Heimat hindern, sich in dieser Gefahrenstunde für unsere Nation mit Deutschen aus dem Osten unseres Vaterlandes an einen Tisch zu setzen, um endlich einen Schritt zur Wiederherstellung unserer nationalen Einheit und damit für den Frieden zu tun? Das ist wahrer Dienst an unserem Volk, nicht aber die Wiederaufrüstungs-Gespräche, die Bonner Minister in London, Paris oder Washington führen.

Wir Deutschen sind jetzt zum Handeln verpflichtet. Wer heute noch glaubt, angesichts der westlichen Kriegsvorbereitungen seine dünne Parteisuppe kochen zu können, muß vom Volk selbst eines besseren belehrt werden. Reichen wir uns die Hand über die Zonengrenzen hinweg! Finden wir uns zusammen zur gemeinsamen Beratung, ehrlich und ohne Vorbehalt! Erheben wir alle täglich und stündlich die dringende Forderung an die deutschdenkenden Politiker im Westen, ohne Verzug in die dargebotene Hand einzuschlagen und sich zur Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates bereitzufinden! Denn es geht um Deutschland, es geht um den Frieden.

In Ost- und Westdeutschland spricht man in Städten, Dörfern und Betrieben über die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz. Keine Besatzungsmacht, auch wenn ihr Kriegsgeschrei noch so laut ertönt, wird uns hindern können, die deutsche Einheit herzustellen.

Der Mitinhaber der Firma Gebrüder Fastnacht, Waagenbau in Velten, erklärte auf unsere Frage: „Die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz kann man nur begrüßen. Die manchmal ausgesprochene Befürchtung, daß bei einer Vereinigung Deutschlands die westdeutschen Privatbetriebe keine Lebensmöglichkeit mehr hätten, ist völlig unbegründet. Bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten ja auch Privatbetriebe und volkseigene Industrie nebeneinander, besser gesagt miteinander. In einem einheitlichen Deutschland könnte die westdeutsche Privatindustrie, befreit von den ausländischen Fesseln, ihre volle Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen."

Herr Günter Horn, Schulleiter der Oberschule in Velten: „Mir scheint die in den Prager Beschlüssen vorgesehene Möglichkeit eines Volksentscheides von großer Bedeutung zu sein. Selbstverständlich muß der gesamtdeutsche Rat paritätisch zusammengesetzt werden. Schließlich hat bei internationalen Konferenzen jeder Staat gleiches Stimmrecht, ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl. Unsere Aufgabe ist es, das deutsche Volk mit den Prager Beschlüssen vertraut zu machen und immer wieder darauf hinzuweisen, daß man in Prag, im Gegensatz zur New Yorker Konferenz der Westmächte, die Friedensfrage in den Mittelpunkt aller Weltprobleme gestellt hat



Volksentscheid hat begonnen

Bei einer im Hamburger Hafen durchgeführten geheimen Abstimmung über die Remilitarisierung haben sich 1329 Hafenarbeiter von insgesamt 1644 gegen jede Remilitarisierung ausgesprochen. Zwölf Stimmen waren dafür, während die übrigen sich an der Abstimmung nicht beteiligten.

In der Deutschen Werft in Hamburg haben 92 Prozent der Belegschaftsmitglieder ihre Unterschrift gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands gegeben.

*

Die Ortsgruppe Freiburg der SPD wandte sich in einer einstimmig angenommenen Resolution gegen die Wiederaufrüstung. Vom Parteivorstand der SPD wird beantragt, im Bundestag durch die Abgeordneten der SPD die gleiche ablehnende Stellung einzunehmen. Außerdem wird eine Volksabstimmung über die Remilitarisierung verlangt.

*

Man muß den „übereinstimmenden Willen von Millionen Menschen gegen abermaligen Krieg, gegen Remilitarisierung" feststellen. „Selbst viele Offiziere von gestern teilen diesen Willen, sogar Generale sind darunter." *(„Stuttgarter Zeitung" am 30. Oktober 1950.)*

„Schon jetzt dürfte feststehen, daß die Errichtung einer deutschen Armee auf der Grundlage der Wiedereinführung einer Wehrpflicht in weitesten Kreisen unseres Volkes abgelehnt wird." *(Heilbronner Stimme" am 28. Oktober 1950.)*

*

Die Arbeiter der Haller-Werke in Altona demonstrierten mit einer Unterschriftensammlung gegen die Remilitarisierung, für den Frieden. Die Belegschaft beschloß einstimmig, eine Protestresolution an das Bundesparlament in Bonn zu richten, in der es heißt: „Wir wollen keine Remilitarisierung und kein Wehrgesetz, wir verlangen Durchführung der Potsdamer Beschlüsse."

*

Von den Arbeitern und Angestellten der Stadtwerke Wiesbaden hatten sich bis zum 3. November mehr als 50 Prozent in Unterschriftenlisten eingetragen, durch die sie von der Adenauer-Regierung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung des Konstituierenden Rates forderten.

*

„Ich kann es in einem Satz sagen. Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz ablehnen kann." *(Maximilian Fuchs, ein fähr endes Mitglied der FDP in Bayern.)*

*

Eine Mitgliederversammlung der Industriegewerkschaft Holz, Frankfurt/Main, nahm in einer Entschließung gegen die Remilitarisierungsbestrebungen der Bonner Regierung Stellung.

*

„Über die Prager Vorschläge bin ich erstaunt. Sie zeigen mir, daß man tatsächlich im Osten Europas alle Anstrengungen unternimmt, um die gefährliche Lage in Europa zu klären. Es gibt doch nichts Besseres, als diese Beschlüsse aufzunehmen. Wer den Frieden erhalten will, kann nur ja dazu sagen." *(Rechtsanwalt Dr. Jung, Wiesbaden, particulos.)*

*

Volk und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßen die Prager Beschlüsse als willkommene Hilfe im Kampf um die Einheit Deutschlands. Die hier veröffentlichten Äußerungen aus Westdeutschland zeigen, daß die große Volksbewegung gegen die Remilitarisierung, für die Bildung des Konstituierenden Rates auch im Westen unserer Heimat von Tag zu Tag wächst.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Einiges Deutschland sichert Frieden

Aufruf des Friedenskongresses an die deutsche Bevölkerung

„Mehr als zwanzig Millionen Deutsche in allen Teilen unseres Vaterlandes haben den Stockholmer Appell unterzeichnet und damit das Verbot der Atomwaffe und die internationale Kontrolle dieses Verbots gefordert. Sie klagen diejenige Regierung des Kriegsverbrechens an, die es wagen sollte, als erste die Atombombe gegen ein anderes Land anzuwenden.

Die in Westdeutschland und Westberlin gesammelten Unterschriften sind besonders hoch zu bewerten. Die Sammler sind ungesetzlich verfolgt, die Werbung für den Frieden ist unterdrückt worden. Die Bevölkerung wurde durch Drohungen, Erpressung und eine irreführende Propaganda eingeschüchtert und verwirrt.

Im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, wo sich die Bevölkerung offen und frei zum Stockholmer Appell bekennen konnte, brachte das Ergebnis der Unterschriftensammlung den im ganzen deutschen Volk vorhandenen Willen zum Frieden klar zum Ausdruck. Deshalb wird auch in ganz Deutschland die Prager Proklamation des Weltfriedenskomitees begrüßt, in der über das Verbot der Atombombe hinaus die allgemeine Begrenzung und die internationale Kontrolle sämtlicher Waffen gefordert wird, da erhöhte Rüstungen die Kriegsgefahr steigern und den Nationen schwere Lasten auferlegen.

Alle friedliebenden Deutschen sind durch die Remilitarisierung in Westdeutschland besorgt und beunruhigt. Die ausländischen Truppen auf westdeutschem Boden werden verstärkt, zur Aggression vorbereitet, und große Waffen- und Munitionslager werden angelegt. Deutsche Männer werden unter amerikanische Waffen gepreßt. Die Aufstellung kriegsmäßiger Divisionen wird in schnellem Tempo betrieben. Westdeutsche und Westberliner Betriebe werden auf Kriegsproduktion umgestellt.

Zur materiellen Rüstung kommt in Westberlin und Westdeutschland die offene Kriegshetze. Die zur Aggression drängenden Kräfte treiben über Zeitung und Rundfunk eine Propaganda, die Deutsche gegen Deutsche hetzt und der unmittelbaren Vorbereitung des Krieges dient.

Wir fordern das Verbot dieser Propaganda!

Wir werden alle Personen, die in Presse, Rundfunk, Schrift und Rede sich der Verbreitung militärischer Propaganda und der Kriegshetze schuldig machen, öffentlich anprangern.

Wir unterstützen den Antrag der sowjetischen Delegation an den zweiten Weltfriedenskongreß in Sheffield, eine Liste der Kriegsbrandstifter aufzustellen, damit alle Völker der Welt diese ärgsten Verbrecher und Feinde der fortschrittlichen Menschen kennenlernen.

Wir fordern gemeinsam mit den Kriegsgegnern in allen Ländern die friedliche Lösung von Konflikten durch Rückkehr zum normalen UNO-Verfahren und Einhaltung der international getroffenen Abmachungen.

Wir verurteilen jegliche Aggression und sind gegen fremde bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen. Wir fordern daher die Einstellung der amerikanischen Intervention gegen das koreanische Volk und erheben feierlich und entschieden Protest gegen die Massenbombardierungen, deren Opfer die friedliche Bevölkerung ist.

Alle friedliebenden Menschen in Deutschland begrüßen die Vorschläge des Außenministers Wyschinskij in der UN-Vollversammlung. Sie stimmen den Vorschlägen der Prager Außenministerkonferenz zu. Diese sind im Gegensatz zu den New Yorker Beschlüssen der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. September 1950, die der Remilitarisierung Westdeutschlands dienen und die Kriegsgefahr erhöhen, auf die Verständigung gerichtet. Die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz gehen von Abmachungen aus, die seinerzeit von den Großmächten gemeinsam ausgearbeitet und beschlossen worden sind. Sie zeigen den Weg zu einer friedlichen Lösung für das deutsche Volk, zu einer Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland und damit zur Schaffung eines einheitlichen und demokratischen Deutschlands, das mit allen Völkern der Welt in Frieden leben kann.

Es ist die Aufgabe der Friedenskomitees in ganz Deutschland, alle Kreise und Schichten der Bevölkerung mit diesen Vorschlägen zu einer friedlichen Lösung bekannt zu machen und eine offene Aussprache herbeizuführen. Dasselbe soll mit allen anderen Vorschlägen geschehen, die für die Festigung friedlicher Beziehungen unter den Völkern von deren Vertretern gemacht werden.

Die Vorgänge im Fernen Osten haben gezeigt, daß der Frieden durch nichts so sehr bedroht wird, als wenn man ein Land durch willkürliche Grenzziehung in zwei Teile gespalten hält. Die Zusammenführung ost- und westdeutscher Vertreter zu Verhandlungen ist deshalb ein aus dem Ernst der Lage entstandenes dringendes Gebot, und die gesamtdeutsche Friedensbewegung setzt sich dafür mit ganzer Kraft ein.

Die Hetze zum Kriege muß mit einer verstärkten Werbung für die Verständigung, für den Frieden beantwortet werden. Seine bedrohte Existenz und seine Zukunft zu retten, vereinigt sich das ganze friedliebende deutsche Volk im Kampf um folgende Forderungen:

Keine Einbeziehung in irgendwelche Aggressionsblocks!
Keine Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden!
Keinen Mann und keinen Pfennig für eine neue Aggression!

Der amerikanische Krieg in Europa wird nicht stattfinden, wenn das deutsche Volk nicht mitmacht. Wir wollen und werden verhindern, daß unsere Heimat in eine Zone des Todes und der Vernichtung verwandelt wird!

In diesem Ringen um den Frieden für unser Volk sind wir der Sympathie und Unterstützung aller friedliebenden Völker der Welt sicher, voran der Völker der Sowjetunion, die durch ihre weltschauenden Pläne zur Umgestaltung der Natur beweisen, daß ihr ganzes Streben dem friedlichen Aufbau und der Erhaltung des Weltfriedens dient.

Der Krieg verschont keinen Beruf, kein Geschlecht und kein Alter. So darf uns auch im Kampf für den Frieden nichts trennen. Arbeiter und Unternehmer, Bauern und Handwerker, Wissenschaftler und Geistliche, alle sind sie am Frieden interessiert, und die Friedensbewegung vereint alle, die gegen den Krieg sind.

Krieg ist Menschenwerk und muß durch gemeinsames Handeln der friedliebenden Menschen verhindert werden.

Wer unser deutsches Vaterland liebt, muß für den Frieden kämpfen.

Bildet in den Betrieben, auf dem Dorfe und in den Städten Friedenskomitees!
Friedensfreunde in Westberlin und Westdeutschland!

Entfaltet eine breite Widerstandsbewegung gegen die Remilitarisierung und entlarvt die Kriegsvorbereitungen!

Friedensfreunde in der Deutschen Demokratischen Republik!

Unterstützt mit allen Kräften die Friedenskämpfer in Westberlin und Westdeutschland! Dort werden Deutsche wegen ihres Eintretens für den Frieden verfolgt und verhaftet. Fordert die sofortige Freilassung aller verhafteten Friedenskämpfer. Sorgt für die verhafteten Friedensfreunde und erweist ihnen brüderliche Hilfe. Jeder Deutsche muß das Recht haben, sich offen und frei für den Frieden zu bekennen.

Vernunft und Vaterlandsliebe können uns keine höhere Aufgabe stellen, als für den Frieden zu kämpfen. So ruft der erste gesamtdeutsche Kongreß der Kämpfer für den Frieden alle menschlich denkenden Deutschen zur Mitarbeit auf. Die Kriegsgefahr wird gebannt und der Frieden gerettet werden, wenn alle Deutschen guten Willens sich in diesem Kampf vereinen.“

Friedensgespräch

Zu einer „unverzüglichen Besprechung“ des Deutschlandproblems hat die Sowjetunion in ihrer den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs überreichten Note die Regierungen dieser Mächte aufgefordert. Die Note weist darauf hin, daß die Fragen, die Gegenstand des Kommuniqués der drei westlichen Außenminister vom 19. September sowie der Konferenz der Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik waren, „die größte Bedeutung für die Sache der Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit haben.“

Die Tragweite der Prager Erklärung ist auch im Westen nach kurzem verlegenen Schweigen anerkannt worden. Besonders lebhaft ist das Echo, das die Initiative der demokratischen Regierungen und die sowjetische Note in Frankreich gefunden hat. Der Durchschnittsfranzose hat nie recht verstehen können, warum er das Land, mit dem er in zwei Weltkriegen gegen deutsche Aggression verbündet war, plötzlich als Feind ansehen und sich auf der anderen Seite mit einem Teil des Landes, von dem diese Aggression ausgegangen ist, verbünden solle — jenem Teil, in dem wieder eine ganze Anzahl der aktiven Hauptschuldigen an dem letzten deutschen Aggressionsakt gegen Frankreich am Ruder ist. Wenn man diesen selben Durchschnittsfranzosen nach seiner Idee für eine richtige Deutschlandpolitik gefragt hätte, so hätte er sicher und ohne viel zu überlegen genau das ausgesprochen, was in den vier Prager Punkten enthalten ist: Strikte Einhaltung der Entmilitarisierungsbeschlüsse von Potsdam und Beseitigung der Kriegsspannung durch die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates, Abschluß eines Friedensvertrages mit einem entmilitarisierten und demokratisierten Deutschland, damit das deutsche Problem von der Tagesordnung der Weltpolitik verschwinde.

Mit der Prager Erklärung wurde uns eine neue Chance eröffnet, einen entscheidenden Beitrag zu unserer nationalen Befreiung zu leisten. Es gilt, die öffentliche Meinung ganz Deutschlands für die Durchführung der Prager Vorschläge zu mobilisieren.

Darüber hinaus aber ist es auch von entscheidender Wichtigkeit, das deutsch-französische Gespräch in Gang zu bringen — aber nicht ein Rüstungsgespräch, wie es Schuman mit seinem Montanunion-Plan eingeleitet hat, sondern ein Gespräch unter Demokraten, ein Gespräch von Volk zu Volk, ein Gespräch der Menschen, denen Völkerhaß und Krieg ein Abscheu sind.

Der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, hat in einem in der Pariser „Humanité“ erschienenen Interview dieses Gespräch eingeleitet. Die New Yorker Beschlüsse, so sagt er, die auf die Wiedererrichtung einer deutschen Armee und die Förderung und Entwicklung der Kriegsindustrie in Westdeutschland abzielen, widersprechen ebenso den nationalen Interessen Deutschlands wie denen Frankreichs. Dem gleichen Ziel diene auch der Schumanplan, der eine kapitalistische Arbeitsgemeinschaft der deutschen und der französischen Kriegstreiber unter Oberhoheit der amerikanischen Imperialisten sowohl gegen das deutsche wie gegen das französische Volk ist. „Das deutsche Volk“, so sagt Wilhelm Pieck, „das sich seiner Verantwortung für die vom Hitlerregime in Frankreich angerichteten Schäden bewußt ist, kämpft für die Verwirklichung der Beschlüsse der Prager Außenminister-Konferenz, für ein unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland, das zugleich auch die beste Garantie für die nationale Sicherheit des französischen Volkes bietet.“

Von französischer Seite hat als erster Jaques Duclos, der berufene Sprecher der französischen Arbeiter, die Antwort in der Berliner „Täglichen Rundschau“ gegeben. Das französische Volk begreife, so sagt er, angesichts der koreanischen Ereignisse immer besser, daß der Vorschlag, Deutschland wieder zu vereinigen und zu entmilitarisieren, den wirklichen Interessen des Friedens entspricht. Darum tritt er für eine Kampfgemeinschaft der deutschen und der französischen Friedenskämpfer ein.

Wir schlagen freudig in die dargebotene Freundeshand ein. Gemeinsam mit dem französischen Volk werden wir den Frieden für Frankreich und Deutschland und Europa erkämpfen.

Neuwahlen für alte Politik?

Von Wilhelm Karl Gerst

Wenn Kirchenpräsident Niemöller in seinem Kampf gegen die westdeutsche Remilitarisierung die Volksabstimmung fordert, so spricht er aus, was die Mehrheit der Bevölkerung in Westdeutschland angesichts der von der Bonner Regierung in Übereinstimmung mit den USA betriebenen Politik wünscht. Zumal die jungen Männer, die als erste zum Kriegsdienst eingezogen werden sollen und denen man noch im Vorjahr bei der Beratung des Bonner Grundgesetzes die Kriegsdienstverweigerung zugestanden hatte, wollen nicht eines Tages von einem neuen Gestellungsbefehl überrascht werden. Sie stemmen sich gegen diese Remilitarisierungspläne.

Verschiedentlich wurde behauptet, daß zwischen Kirchenpräsident Niemöller und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Dr. Kurt Schumacher weitgehende Übereinstimmung in den Fragen der Remilitarisierung bestehe. Das stimmt nicht. Kurt Schumacher ist nicht gegen die Wiederaufrüstung und gegen die Aufstellung westdeutscher Söldnerregimenter. Er wiederholt nur die Taktik, die er im Vorjahr gegen Adenauer anwandte, als er das Petersberger Abkommen kritisierte, als er einige Monate später gegen den Beitritt der Bonner Regierung und des Bonner Parlaments in den Europarat opponierte. Beide Male warf er Dr. Adenauer vor, er habe zu rasch zugestimmt, er hätte zäher verhandeln müssen, um mehr herauszuholen.

In Anwendung dieser Taktik sagt Schumacher jetzt: Die „paar“ Divisionen, die an die sogenannte Verteidigungslinie Westeuropas — von der holländischen Grenze über Münster—Westfalen durch das Siegerland, über Westerwald, Taunus und Spessart, quer durch Württemberg bis zum Bodensee — entsandt werden sollen, sind unzureichend. Die Angelsachsen müßten soviel Soldaten nach Westdeutschland schicken, daß diese, zusammen mit einer entsprechend großen Zahl deutscher Soldaten den Krieg sofort über die Elbe, über Oder und Neiße hinaus bis zur Weichsel und zum Don tragen könnten. Schumacher verlangt nicht nur mehr fremde Truppen für den Krieg auf deutschem Boden, er ist auch bereit, entsprechend mehr deutsche Soldaten aufzustellen als Adenauer im gegenwärtigen Zeitpunkt. Es ist vollkommen richtig, wenn Adenauer in seiner letzten Stuttgarter Rede sagte, der Unterschied der Auffassungen zwischen ihm und Schumacher sei gar nicht so groß. Natürlich nicht, es handelt sich dabei um 10 oder 20 Divisionen mehr oder weniger, aber nicht um ja oder nein zur Remilitarisierung.

Was Schumacher vorträgt und verlangt, ist ein Präventivstoß durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik. Für solche Pläne die Mehrheit des deutschen Volkes zu gewinnen, ist gänzlich ausgeschlossen. Zur Abstimmung über einen Angriffskrieg und zur Aufrüstung für einen solchen hat noch niemals ein Politiker, Staatsmann oder Feldherr irgendein Volk aufzurufen gewagt. Kriege pflegen ohne Volksbefragung entfesselt zu werden.

Aus diesem Grunde sind auch Dr. Schumacher und seine Parteileitung gegen eine Volksabstimmung über die Remilitarisierung. Bei einer solchen müßten sie vor dem Volke eindeutig Stellung nehmen, mit Ja oder mit Nein. Taktische Winkelzüge wären ausgeschlossen. Es würde sich herausstellen, daß keine Kunst der Verschleierung und der Vernebelung, daß keine Hetze gegen den Osten das Nein der Mehrheit, auch der sozialdemokratischen Wähler, verhindern könnte. An dieser Abstimmung wird die Schumacher-Politik des doppelten Bodens in der Remilitarisierungsfrage zerschellen.

Deshalb, und nur deshalb ist Schumacher auf den Gedanken gekommen, eine Neuwahl des Bonner Bundestages zu verlangen. Neuwahlen hat er schon früher gefordert. Er begreiflicherweise mit den Mehrheitsverhältnissen in Bonn nicht zufrieden und träumt von der Chance, daß es seiner Partei im Kampfe gegen die Wirtschaftspolitik des Professors Ehrhardt und auf Grund anderer Imponderabilien in einem neuen Wahlgang gelingen könnte, die CDU-Fraktion um einige Sitze zu überflügeln. Daß sich unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler die Bonner Politik in ihrer Ausrichtung für den Westen und gegen den Osten, für den Krieg und gegen den Frieden ändern würde, das wagen selbst die sozialdemokratischen Führer nicht zu behaupten.

Unter welchen Parolen würde denn ein Wahlkampf in Westdeutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchgeführt werden? Selbstverständlich unter denselben Parolen, mit denen die Parteien im Vorjahre ihre politischen Geschäfte zu machen suchten. Jede würde die alten Propagandawalzen wieder auf die Leierkästen legen, mit denen sie ihre Redner ins Land schicken. Die CDU würde wieder behaupten, die Religion sei in Gefahr, und zwar vor allem durch die Sozialdemokraten. Die SPD würde wieder ununterbrochen von ihrem angeblichen Sozialisierungsprogramm sprechen, von der Demokratisierung der Wirtschaft durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter.

Man kennt alle diese Redensarten noch vom vorigen Wahlkampf, und man weiß, daß kein ernsthafter Wille zur Verwirklichung dieser Forderungen vorhanden ist. Aber man rechnet damit, daß es viele Wähler noch nicht wissen und daß sie sich noch einmal nasführen lassen, so daß man sie von der entscheidenden und allein wichtigen Frage der Gegenwart, von der Schicksalsfrage des deutschen Volkes, von der Frage „Krieg oder Frieden“ ablenken könne. Man hofft dies um so mehr, als man gewillt ist, in einem solchen neuen Wahlkampf die terroristischen Methoden gegen die Sprecher des Volkes, die seinen wirklichen Willen vertreten, gegen die Sprecher der Nationalen Front, gegen die Widersacher jeglicher Remilitarisierung, durch Zeitungsverbote, Unterdrückung der Versammlungstätigkeit, Sprengung von Kundgebungen durch Polizeiaufgebote zu verdoppeln und zu verdreifachen. Man weiß in Bonn und Hannover, daß die Ablehnung der Remilitarisierung unter den Wählern aller Parteien gleich stark ist und daß sie bei einer Volksabstimmung nicht unterdrückt werden kann. Auch nicht durch eine noch so starke Bereitschaftspolizei.

Deswegen sind die Oberkommissare gegen die Volksabstimmung, und Schumacher, der ja auch für Remilitarisierung ist, verfällt auf das taktische Manöver einer Bundestagsneuwahl, deren Ergebnis, wenn sie käme, auch nur eine Verfälschung des Volkswillens wäre.

Dr. Adenauer und seine politische Gefolgschaft lehnen eine Neuwahl des Bundestages ab. Er selbst behauptet, mit häßlichen Ausfällen gegen Martin Niemöller, der ihm im Wege steht, der gegenwärtige Bundestag sei durchaus in der Lage und berechtigt, über die Remilitarisierung zu entscheiden, und er ist gewillt, ihm diese Entscheidung vorzulegen, sobald von Washington aus die entsprechende Frage übermittelt wird.

Weder das gegenwärtige Bonner Parlament, noch ein neugewähltes, ist legitimiert, eine Entscheidung über die Remilitarisierung zu fällen. Diese Entscheidung würde vom deutschen Volke niemals anerkannt werden. Sie wird auf den erbittertsten nationalen Widerstand aus allen Kreisen des Volkes stoßen.

Eine Volksabstimmung wäre eine wertvolle und unüberhörbare Bekundung dieses machtvollen Friedenswillens. Zahlreiche Unterschriftensammlungen in westdeutschen Betrieben, in denen sich oft über 95 Prozent der Belegschaften gegen jegliche Remilitarisierung ausgesprochen haben, tragen bereits den Charakter einer solchen Volksabstimmung.

Höchste Gefahr ist im Verzug. Je einheitlicher sich alle Deutschen im Widerstand gegen diejenigen zusammenschließen, die mit Hochdruck dabei sind, dem ganzen deutschen Volke das Grab zu schaufeln, desto eher werden diese Totengräber von ihrem Werk Abstand nehmen müssen. Jetzt ist die Stunde da, in der sich alle deutschen Patrioten über Parteischranken und Weltanschauungsgräben hinweg in dem einen Ruf vereinigen müssen: Ohne uns — für die Aufrüstung keinen Mann und keinen Groschen!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Remilitaristen

Ohne deutsche Beteiligung können die anglo-amerikanischen Imperialisten keinen Krieg in Europa führen. Weil sie diesen Krieg führen wollen, betreiben sie die Remilitarisierung Westdeutschlands und fordern ein noch schnelleres Tempo dieser Remilitarisierung.

Die Massen Westdeutschlands, in dieser Frage völlig mit den Massen Ostdeutschlands übereinstimmend, wollen aber keinen anglo-amerikanischen Krieg auf deutschem Boden und mit deutschen „Menschenreserven", der Deutschland vernichten würde. Und deshalb protestieren alle Schichten der Westdeutschen immer heftiger gegen die Remilitarisierung. Dieser Protest gegen die Remilitarisierung beginnt auch in Westdeutschland eine Volksbewegung zu werden.

Wären die Bonner Herren wirkliche Demokraten, die auf die Stimmung des Volkes hören, wären sie wahre Patrioten, dann hätten in der Vollversammlung im Bundestag alle Parteien von dieser Volksstimmung Kenntnis genommen und den Regierungen der Westmächte ein für allemal klar und deutlich mitgeteilt: „Ohne uns! Wir wollen unter keinen Umständen die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitungen auf deutschem Boden dulden. Der Krieg wird in Deutschland nicht stattfinden."

Ganz Deutschland hätte einen solchen Schritt aus ganzem Herzen begrüßt, denn er wäre ein äußerst bedeutsamer Schritt zur Verhinderung der in Washington für das deutsche Volk geplanten Kriegskatastrophe gewesen. Viele deutsche Menschen, gequält von der Furcht des Krieges, hätten aufgeatmet.

Was aber am 8. November in Bonn geschah, war ein Peitschenhieb in das Gesicht des deutschen Volkes. Es war ein niederträchtiger Betrug an den Massen, als Adenauer die Zustimmung der „Bundesregierung" zu den anglo-amerikanischen Remilitarisierungsplänen erklärte.

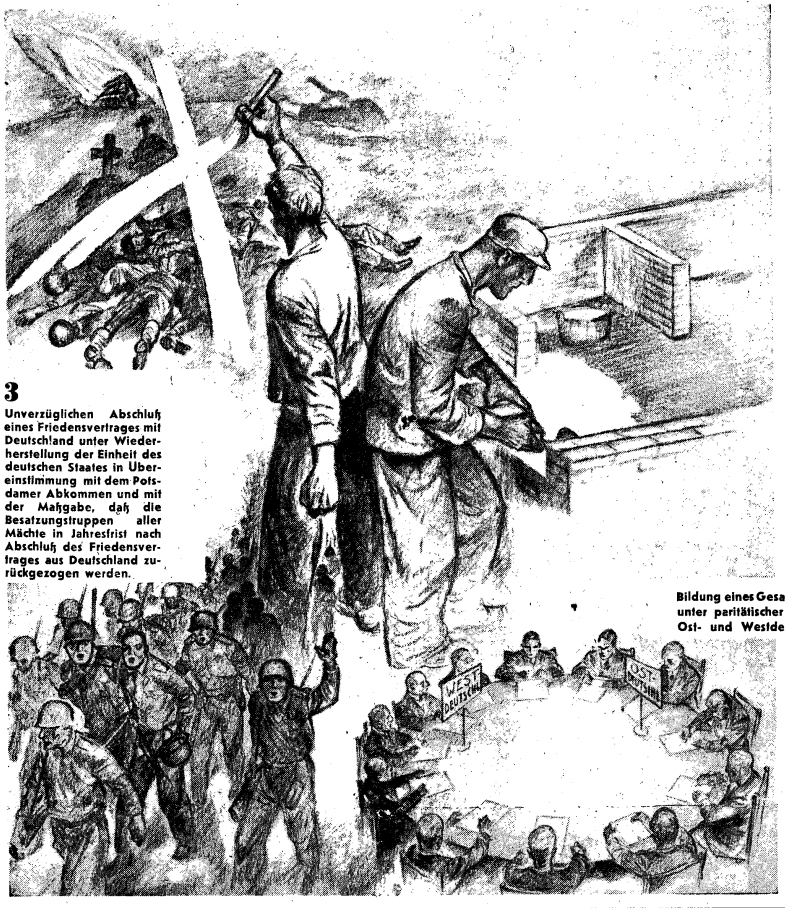
Wie Acheson verleumdete Adenauer die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion. Wie Acheson stellt Adenauer die Kriegsthese auf, daß die Westmächte mindestens so stark sein müssen wie die Sowjetunion, um „erfolgreiche Verhandlungen mit der Sowjetunion" zu führen. Ebenso wie sein amerikanisches Vorbild versteht er nicht, daß die Imperialisten niemals so stark sein können wie die Sowjetunion und die Weltfriedensfront mit oder ohne „deutschen Beitrag". Als ginge es um das „Messen der Stärke" zwischen den Kräften der Sowjetunion und des Weltfriedenslagers und den Imperialisten der Westmächte, und nicht vielmehr um die Frage der Verhinderung eines Krieges, die für die Völker — vor allem aber für Deutschland — die Frage der Existenz ist.

Adenauer hat natürlich hinter den Kulissen mit den amerikanischen Herren das Datum dieser offenen Aufforderung durch die westlichen Mächte bereits festgelegt und ebenso die Zahl der westdeutschen Söldnerdivisionen, die von den Amerikanern in dieser Aufforderung verlangt werden. Die Wiederaufrüstung ist hinter den Kulissen zwischen den anglo-amerikanischen Imperialisten und der sogenannten Bundesregierung bereits abgekartet worden. Die Rede Adenauers und die Erklärung der „Bundesregierung" hatten den Zweck, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen, sie „psychologisch" darauf vorzubereiten und sie zu überrumpeln. Seit dem 8. November aber muß jeder Westdeutsche, muß ganz Deutschland wissen, daß, soweit es von Adenauer und seiner „Bundesregierung" abhängt, der Todesmarsch der Westdeutschen als Söldner der anglo-amerikanischen Imperialisten beschlossene Sache ist.

Trotz der Beschlüsse der „Bonner Bundesregierung", trotz ihrer Abmachungen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten, trotz der demagogischen Manöver von Kurt Schumacher kann und muß die Remilitarisierung Westdeutschlands verhindert werden. Die Voraussetzung dafür ist, daß jetzt alle ehrlichen Gegner der Remilitarisierung, aus allen Parteien, Organisationen, Kirchen, sowie Einzelpersönlichkeiten sich zusammenschließen, sich an die Spitze der wachsenden Volksstimmung gegen die Remilitarisierung stellen und die große mächtige Front aller ehrlichen Gegner der Remilitarisierung organisieren.

Während Schumacher mit Adenauer über die „erfolgreichste" Methode des deutschen Selbstmordes diskutiert, gilt es jetzt für alle wahren deutschen Patrioten im Westen, Osten, Norden und Süden Deutschlands, den Kampf gegen die Remilitarisierung zu verhundertfachen. Nur so kann die Antwort auf die Beschlüsse und Pläne der Bonner Remilitaristen lauten.

Das wollen wir alle



3

Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

Auf Veranlassung der Sowjetunion kamen die Außenminister der Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen, um im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit den Völkern der Welt Vorschläge zu unterbreiten, deren Durchführung uns endlich einmal aufatmen läßt und uns die Gewißheit gibt: wir können in Ruhe und Frieden an den Aufbau unserer Länder herangehen, ohne in ständiger Furcht zu leben, daß das Werk unserer Hände und unserer Herzen wieder einmal durch Brand und Bomben zerstört wird.

1

Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2

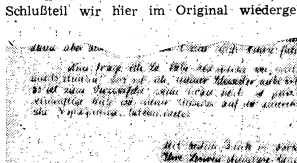
Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

4

Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Antwort an Düsseldorf

Dieser Tage erhielten wir einen Brief unserer Leserin Anneliese Riemann aus Dresden, dessen Schlußteil wir hier im Original wiedergeben.



Frau Riemann möchte gern wissen, was sie ihrer in Düsseldorf wohnenden Schwester antworten soll, die ihr kürzlich in folgenden Zeilen ihr Herz ausschüttete:

„. . . so lange Ihr daran festhaltet, daß wir hier im Westen Euer System übernehmen sollen, werden die Zonengrenzen bestimmt nicht fallen, Du schreibst mir, die Sowjets fordern den Abzug aller Besatzungsmächte. Die Russen haben gut reden, sie gehen die paar Kilometer hinter die Oder zurück, und die Amerikaner sollen dann über den Atlantischen Ozean nach Hause fahren."

*

Sehr geehrte Frau Riemann!

Zunächst einmal würden wir an Ihrer Stelle Ihrer Schwester den Wortlaut der Erklärung der Prager Außenministerkonferenz zuschicken und sie ganz einfach fragen, ob sie als Deutsche nicht auch diese Vorschläge unterstützen kann. Fragen Sie sie weiter, ob in diesen Prager Vorschlägen mit einem Wort davon die Rede ist, daß der Westen Deutschlands das politische oder wirtschaftliche System der Deutschen Demokratischen Republik übernehmen soll. Davon steht doch kein Wort in den Prager Vorschlägen. Im Gegenteil. Der Stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, hat ausdrücklich zu den Prager Vorschlägen erklärt: „Auf beiden Seiten muß der Wille zum Kompromiß vorhanden sein. Wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschlands einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird."

Stalin, Wyschinskij und andere sowjetische Staatsmänner haben wiederholt erklärt, daß nach ihrer Meinung die verschiedenen Wirtschaftssysteme miteinander in einen friedlichen Wettstreit treten sollten, daß es keinen Grund gebe, wegen weltanschaulicher Gegensätze einen neuen Krieg zu entfesseln. Warum also sollte es nicht möglich sein, daß auch der Osten und der Westen unseres Vaterlandes trotz ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung eng zusammenarbeiten können? Machen Sie doch Ihrer Schwester klar, daß ja schließlich bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik volkseigene und private Industriebetriebe eng zusammenwirken, daß sie wetteifern, um uns ein besseres Leben zu ermöglichen.

Nun zur zweiten Frage. Es ist richtig, die Sowjetunion hat als erste und bisher als einzige Besatzungsmacht den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland gefordert. Grundsätzlich kann man doch als Deutscher zu einem solchen Vorschlag nur ja sagen. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob Ihren Verwandten der sowjetische Staatsaufbau sympathisch oder unsympathisch ist. Jeder real denkende Mensch — und in der Politik muß man doch nüchtern und real denken — muß doch die Haltung der Sowjetunion viel eher bejahen als die von führenden Amerikanern wiederholt abgegebene Erklärung, daß sie noch 40 oder 50 Jahre in Deutschland zu bleiben gedenken.

Wenn jetzt, wie auch aus dem Brief Ihrer Schwester hervorgeht, die Amerikaner die Forderung stellen, daß die Sowjetunion ihre Truppen so weit zurückziehen soll, bis sie von der deutschen Grenze genau so weit entfernt sind wie die Vereinigten Staaten vom Rhein, so handelt es sich hierbei doch offensichtlich um reinen Bauernfang. Nehmen Sie eine Karte zur Hand, und Sie werden feststellen, daß die Entfernung vom Rhein bis nach New York in der Luftlinie 9000 km beträgt. Dieselbe Strecke, von der Oder an nach Osten gerechnet, reicht beinahe bis zum Stillen Ozean. Schließlich können die Atomstrategen aus den USA dann noch ausrechnen, daß der Schiffstransport länger dauert als die Eisenbahnfahrt, so daß sich die sowjetischen Truppen vielleicht am Schluß auf den Südpol zurückziehen müssen, damit die Amis uns auch endlich mal verlassen. Praktisch bedeuten alle diese Einwände, daß die Amerikaner niemals aus Deutschland abziehen wollen. Sollen wir uns wirklich noch länger von diesen faulen Späßen der Amerikaner zum Narren halten lassen?

Für uns gibt es doch jetzt nur eine einzige Aufgabe. Wir wollen uns endlich einmal an einen Tisch setzen. Wir, das heißt die bevollmächtigten Vertreter von Ost- und Westdeutschland. Dann sollen sie über das sprechen, was uns in Berlin, in Dresden und Düsseldorf gleichermaßen auf den Nägeln brennt. Das ist die Einheit Deutschlands. Das ist die Beseitigung des in der Geschichte noch nie dagewesenen Zustandes, daß ein Volk fünf Jahre nach Beendigung des Krieges noch immer keinen Friedensvertrag hat. Das ist die Tatsache, daß sich Besatzungsmächte unter den lächerlichsten Vorwänden weigern, nun endlich einmal unser Vaterland zu verlassen, damit wir Deutsche unsere ureigensten Angelegenheiten selbst regeln können.

Dazu ist notwendig, daß man sich von beiden Seiten vorbehaltlos, ohne vorher Bedingungen zu stellen, an den Verhandlungstisch setzt. Ist das zuviel verlangt? Wir glauben, auch Ihre Schwester wird genau so wie Zehntausende unserer Landsleute in Westdeutschland einsehen, daß diese Forderungen berechtigt sind. Aufgabe unserer westdeutschen Schwestern und Brüder muß es jetzt sein, eine große Volksbewegung zu entfesseln, der sich kein westdeutscher Politiker, gleichgültig, welcher Partei er auch angehört, auf die Dauer entziehen kann. „Ost und West an einen Tisch!" — das ist die Forderung, die alle Patrioten diesseits und jenseits der Zonengrenzen erheben müssen und die zu vertreten sie niemals müde werden dürfen.

Daher bitten wir Sie, sehr geehrte Frau Riemann, Ihren Schriftwechsel mit Ihren westdeutschen Verwandten fortzusetzen. Sie nehmen es uns bitte nicht übel, wenn wir Ihr Schreiben und unsere Antwort an Sie veröffentlichen, aber wir glauben, die von Ihnen bzw. Ihrer Schwester aufgeworfenen Fragen bewegen heute Hunderttausende in Deutschland.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Redaktion „Deutschlands Stimme"

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Kolonioles

DER ERFINDER des Wortes Remilitarisierung verdiene, wenigstens ein halbes Jahr eingesperrt zu werden, meinte Dr. Adenauer in ziemlich gereiztem Ton auf einem Festessen der amerikanischen Nachrichten-Agentur Associated Press zu Bonn. Diese Drohung gibt ausreichenden Aufschluß über die Stimmung, die das Volk gegenüber den amerikanischen Plänen zur Wiederbewaffnung der deutschen Jugend empfindet und hat beinahe das Gewicht eines Volksentscheids.

Nun gibt es der Erfinder, die Dr. Adenauer gern ein halbes Jahr eingelocht sehen möchte, mehrere. Freilich sind sie für seine Bundespolizei nicht greifbar. Der eine sitzt in England und hört auf den Namen Churchill, der andere residiert in Washington und führt den recht bekannten Namen Truman. Sie nennen allerdings ihre widerliche Erfindung recht harmlos: Teilnahme der Deutschen an der europäischen Verteidigung.

SOFORT TOT WAR die Lehrerin Frau Retsch, nachdem ein Militärpolizist sie im rasenden Tempo mit einem Jeep überfahren hatte. Das Untere Militärgericht in Nürnberg sprach den Angeklagten frei, obwohl seine Schuld einwandfrei erwiesen war. „Deutschen ist es nicht gestattet, in amerikanische Fahrzeuge hineinzulaufen", erklärte der Richter. Sein mißbilligender Ton ließ keinen Zweifel daran, daß Frau Retsch von Glück sagen konnte, mit dem Tode davongekommen zu sein. Andernfalls hätte sie mit einer längeren Gefängnisstrafe wegen Beschädigung alliierten Eigentums zu rechnen gehabt.

NUR IN DER LETZTEN Woche eines jeden Monats dürfen die deutschen Eingeborenen von Bad Nauheim das mit ihrem Geld erbaute Schwimmbad benutzen und sich in dem schmutzigen Wasser tummeln, das die Besatzungsangehörigen samt Familien drei Wochen hindurch als amerikanisches Gewässer ansehen. Dann wird das Bassin geleert, gründlich gesäubert und wieder [illegible]. Dafür hat der Stadtkommandant das mit dem Gelde der Stadt von Amerikanern gebaute Eisstadion dem VfL Nauheim für Veranstaltungen großzügig zur Verfügung gestellt — falls 50 Prozent der Einnahmen an die Besatzungskasse abgeführt werden.

IN DER GROSSEN FREIHEIT Nr. 11 in Hamburg liegt das „Vergnügungsetablissement Hafen-Edith". Gegen dieses federleichte Mädchenchen ist die Besitzerin des Saftladens „Große Freiheit Nr. 7", bei der Hans Albers einen Film lang verlogene Seemanns- und Dirnenromantik mimte, eine Ehrenjungfrau. „Zum ersten Male in Deutschland! Großer Sklavenmarkt!" steht auf den Reklamezetteln, die täglich in St. Pauli verteilt werden. „Versteigert werden etwa 10 bis 20 junge Damen (je nach Marktlage). Versteigerungsbedingungen werden im Lokal bekanntgegeben. Zur Versteigerung gelangen nur Damen von 21 Jahren an, und zwar Blonde, Schwarze, Brünette und Rothaarige, voll Temperament und Rasse. Frühzeitiges Erscheinen sichert Ihnen eine Sklavin!"

Die Idee zu dieser schwüllichtigen Angelegenheit liegt auf der Hand: ist nicht ganz Westdeutschland daran, ein einziger Sklavenmarkt zu werden? Wenn die männliche Jugend erst als Kanonenfutter verschachert worden ist, wird für die Mädchen und Frauen Platz sein in „Ami"-sier-betrieben und Bordellen der Besatzungstruppen.

DIE AMERIKANISCHE REGIERUNG lehnte die Aufnahme der Regierung der Volksrepublik China in die Organisation der Vereinten Nationen ab, so erklärte ein Vertreter der Washingtoner Regierung neulich im Politischen Ausschuß der Vollversammlung. Dies geschehe, so erklärte er weiter, in Übereinstimmung mit der Ansicht, daß keine Regierung zugelassen werden solle, die durch ausländische Einmischung zur Macht gekommen sei.

Es sei hier nur kurz erwähnt, daß nie auch nur der Schatten eines Beweises für „ausländische Einmischung" in den chinesischen Bürgerkrieg auf seiten der Volksarmee erbracht werden konnte.

Amerika bleibt also dabei, daß China durch einen Beauftragten Tschiangkaischecks bei den Vereinten Nationen vertreten wird. Welche „Ansicht" ist hierfür maßgebend? Etwa die Tatsache, daß Tschiangkaischeck unter gütiger ausländischer Einmischung — die Macht verloren hat?

An die Gewehre? Nein!

Handreichung an die Gemeinden zur Wiederaufrüstung

„Auge auf, Kopf hoch, Finger lang", schreibt lakonisch die Hamburger illustrierte „Der Stern" zu diesem Bild. Ein deutscher Angehöriger der amerikanischen halbmilitärischen Arbeitskompanien wird von einem US-Feldwebel am amerikanischen Karabiner unterrichtet. Während in New York von einem „Friedenszustand" für Westdeutschland gefaselt wird, beginnt dort die neue Rekrutenausbildung. Sind die Deutschen überhaupt gefragt worden! Die Bruderschaften der evangelischen Kirche Deutschlands sagen: Nein. Sie sagten am 3. und 4. Oktober in Darmstadt auch Nein zur Wiederaufrüstung und wendeten sich in einer Flugschrift: „An die Gewehre! — Nein!" entschieden gegen jeden Versuch, die deutsche Jugend an amerikanische Kriegsinteressenten zu verkaufen.

„Die evangelische Kirche in Deutschland hat keinen Zweifel gelassen, daß sie einer Remilitarisierung nicht das Wort reden könne —" hatte Pfarrer Niemöller Anfang Oktober in einem Offenen Brief an Adenauer festgestellt. Darüber hinaus hatte er den Gewissenskonflikt aufgedeckt, in den die Christen Westdeutschlands durch die „mit allen Mitteln betriebene Wiederaufrüstung deutscher Menschen für einen möglichen Krieg zwischen Ost und West" von ihrer für ganz andere Zwecke gewählten Obrigkeit gedrängt worden sind.

Niemöllers Warnung ist nicht, wie Adenauer vorgibt, die Ansicht eines Einzelgängers. Er hatte nur als Hessischer Kirchenpräsident noch einmal unterstrichen, was auf dem 2. Bruderschaftstreffen der Bekennenden Kirche am 3. und 4. Oktober in Darmstadt als verbindlich für die ganze Evangelische Kirche Deutschlands anerkannt worden ist und was auf einem in Hunderttausenden von Exemplaren herausgegebenen Flugblatt bereits im Titel gesagt worden ist: „An die Gewehre? Nein!"

Die ablehnende Haltung der Repräsentanten der Evangelischen Kirche zur Kriegspolitik Adenauers wird von ungezählten Christen in Westdeutschland sicher als erlösendes Wort empfunden. Die Bekennende Kirche spricht ein klares **Nein zur** Remilitarisierung, weil von ihr „letzten Endes der Krieg und vom Krieg nichts als Zerstörung" zu erwarten ist. Da nur in Westdeutschland die Remilitarisierung vorbereitet wird, nicht aber in der Republik, können sich die Angriffe in ihrer Wirkung logischerweise auch nur gegen die dortigen Machthaber richten. Diesen zu widerstehen, werden Pfarrer und Gemeinden aufgefordert:

„Wir können und dürfen jetzt nicht schweigen zu all der heimlichen und offenen Verführung, die heute — oft sogar unter Mißbrauch des Wortes Gottes — geschieht, damit wir nicht alle unversehens mitgerissen werden auf einen Weg der Verblendung und des Unheils."

Und schlagender kann die amerikanische Parole von der Verteidigung der abendländischen Zivilisation nicht abgetan werden als mit den Worten:

„In den Kreuzzugsparolen sehen wir Verführung. Der Mythos des christlichen Abendlandes muß von der aus Gottes Wort lebenden Kirche als romantische Tarnung säkularer Machtpolitik abgelehnt werden."

Eine Remilitarisierung würde nur dieser westlichen Machtpolitik dienen. Die Vertreter der Evangelischen Kirche meinen daher mit Recht:

„In dieser Ablehnung glauben wir mit der Mehrheit des deutschen Volkes einig zu sein. Soll die demokratische Verfassung unseres Staates nicht zur bloßen Fassade werden, darf eine solche folgenschwere Entscheidung wie die Wiederaufrüstung nicht gegen die Mehrheit des Volkes gefällt werden."

In Darmstadt wurde auch die Verstärkung der westdeutschen Polizeiverbände abgelehnt, denn:

„Die Polizei zu verstärken und eine Wehrmacht zu schaffen, wäre die Wiederholung des gefährlichen Weges der Remilitarisierung zwischen 1920 und 1935."

Für die zur Aufrüstung vorgesehenen Mittel weist die evangelische Kirche auf eine bessere Verwendung hin:

„Anstatt unsere letzten Pfennige für die Wiederaufrüstung auszugeben, sollten wir sie für die Lösung der Flüchtlingsfrage, den sozialen Wohnungsbau, die Ausbildungshilfe für die arbeitslose Jugend verwenden."

Die Bruderschaften sind ferner überzeugt, daß der Adenauersche Erlaß gegen die aktiven Friedensanhänger dem sogenannten Grundgesetz widerspricht:

„Darum werden wir nicht zulassen, daß Menschen nur deswegen wieder zu ‚Untermenschen' gestempelt und als solche verfolgt werden, weil sie eine andere Meinung haben als wir. Das geschah zu unser aller Unglück schon einmal 1933!"

Wenn die evangelischen Bruderschaften zum Schluß glauben, darauf hinweisen zu müssen, daß sie „keine Parteigänger der Nationalen Front" seien, so muß angesichts ihrer aufrechten Sprache gesagt werden, daß die meisten evangelischen Geistlichen Westdeutschlands es bisher wohl verabsäumt haben, sich mit dem Programm der Nationalen Front vertraut zu machen, daß sie aber dennoch in seinem Geiste handeln. Sie machen sich um die Zukunft Deutschlands die gleichen Sorgen wie die bewährten Mitstreiter der Nationalen Front. Und sie werden sich zusammen finden, weil nur der nationale Widerstand aller Deutschen unser Volk und Vaterland vor dem folgenschweren Unheil bewahren kann, daß die amerikanischen Kriegspläne über uns heraufbeschwören.

Todbringende Fieberphantasien

Keine Fraktion des Bundestages — mit Ausnahme der kommunistischen — habe die Teilnahme Deutschlands an den Kriegsvorbereitungen der westlichen Welt grundsätzlich abgelehnt — diese Feststellung trifft nicht eine Zeitung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern der in Westberlin erscheinende, von den französischen Behörden inspirierte „Kurier". Übrigens scheint der Bonner Berichterstatter dieses Blattes auf dem rechten Ohr taub gewesen zu sein, denn sonst hätte er nicht überhören können, daß neben den Kommunisten auch Frau Wessel, die Sprecherin der Zentrumspartei, in entschiedenen Worten gegen jegliche Form der Remilitarisierung Stellung bezogen hat. Aber im übrigen muß man dem Westberliner Blatt leider recht geben.

Der Unterschied zwischen Dr. Adenauer und Dr. Schumacher besteht nur in folgendem: Der Vorsitzende der SPD will erst dann in größerem Umfange deutsches Kanonenfutter für die Amerikaner ausheben lassen, wenn diese bereits mit eigenen starken Kräften zur Offensive Richtung Osten bereitstehen. Dr. Adenauer ist bereit, die deutsche Jugend auch ohne die amerikanische Rückendeckung zum Heldentod aufzubieten. Dr. Schumacher fordert die Konzentrierung einer „montumentalen westlichen Wehrmacht" längs der Zonengrenze. Er ist nicht damit zufrieden, daß die deutsche Jugend bei ihren Sturmangriffen in großen Massen verblutet, er ist für „Gleichberechtigung" und fordert daher auch von den anderen ihren Blutzoll.

Dr. Schumacher trommelt so laut, daß man es in Amerika bestimmt nicht überhören kann, nach recht viel amerikanischen Divisionen für Westdeutschland. Er empfiehlt dem amerikanischen Landser, der lieber zu Hause bei Weib und Kind bleiben möchte, die schöne deutsche Landschaft als Schleifacker und Abfahrtstation ins Jenseits. Wörtlich heißt es in einer seiner Reden: „Amerikanische Truppen können ebensogut in der Lüneburger Heide oder in Grafenwöhr wie in Texas oder Arizona ausgebildet werden." Von dort aus sollen sie dann, wenn es nach Dr. Schumacher geht, gemeinsam mit deutschsprechenden Schicksalsgefährten den Marsch ins Grab antreten. Als ob die Aussicht darauf, auch amerikanische, französische und britische Soldaten auf den von Amerika gewünschten Schlachtfeldern sterben zu sehen, unserer deutschen Jugend den Tod versüßen könnte! Unsere Jugend will gleichberechtigt leben, schaffen und glücklich sein — und nicht um der politischen Ambition irgendeines Parteiführers willen mehr oder weniger gleichberechtigt verrecken.

Dabei gebärdet sich Dr. Schumacher als Menschenfreund und Humanist. Er sagt: Ein Angriff westdeutscher Divisionen, nur unterstützt von einigen Divisionen anglo-amerikanischer Truppen, müsse zum Mißerfolg führen und die Kriegshandlungen auf westdeutsches Gebiet zurückführen. Um die gänzliche Zerstörung der deutschen Städte und Dörfer zu verhindern, um die deutsche Bevölkerung vor der Vernichtung zu bewahren, müsse man deshalb die westliche Offensive sofort mit allerstärksten Kräften beginnen und, so betonte er wörtlich, „die Entscheidungsschlacht des Krieges an der Weichsel schlagen".

Wenn also in der Haltung Adenauers und Schumachers zur Remilitarisierung überhaupt ein Unterschied zu entdecken ist, dann ist es offenbar der, daß der letztere in seinen Kriegsgelüsten noch aggressiver ist als der Bonner Kanzler. Dr. Schumacher kann sich höchstens mit MacArthur messen, der mit seinen Truppen von Korea aus gleich nach China hineinmarschieren möchte. Dr. Schumacher ist der große Trommler der amerikanischen Kriegspolitik in Europa, denn nur durch einen aggressiven Akt könnten die Atlantikpakt-Formationen und die deutschen Söldner überhaupt an die Weichsel kommen.

Es steht allerdings auf einem anderen Blatt, daß dies nur Träume eines Menschen sind, der die Kräfteverhältnisse völlig falsch einschätzt. Doch wenn man schon einmal diesen Fieberphantasien folgt, so sind sie der nicht abzuleugnende Beweis dafür, daß Schumacher eine aggressive Politik wünscht, daß er die Welteroberungspläne der amerikanischen Rüstungsmilliardäre unterstützt. Denn nur, wenn man das offensive Eingreifen der amerikanischen Kriegsmacht einkalkuliert, kann man sich in einen derartigen Fieberwahn, wie es eine Schlacht an der Welchsel ist, hineinträumen.

Noch niemals in der Geschichte ist ein Krieg so abgelaufen, wie ihn sich Biertisch-Politiker am Stammtisch ausgedacht, wie es sich irreale Phantasten an Generalstabskarten abgesteckt haben. Hitler hat dafür den letzten und für uns Deutsche sehr folgenschweren Beweis geliefert. Schumachers „monumentale Wehrmacht" würde diesmal einem weltumspannenden Friedenslager gegenüber noch viel schlechtere Erfahrungen machen. Der Krieg würde sich nicht an der Weichsel, sondern auf dem Boden unseres deutschen Vaterlandes abspielen. Mit allen seinen leicht errechenbaren Folgen. Die von Schumacher geforderte Offensive würde Westdeutschland nicht vor den Schrecken der Kriegshandlungen bewahren, sondern im Gegenteil, in ärgste Mitleidenschaft ziehen. Sehr bald würden die vom amerikanischen Generalstab vorbereiteten Sprengladungen hochgehen und weite Gebiete des Westens in Meere verwandeln, die Hunderttausende verschlingen. Atombombenvorhänge amerikanischer Herkunft würden große Teile unseres Vaterlandes auslöschen. Das könnte freilich den amerikanischen Rüstungskönigen, die weit von der deutschen Walstatt entfernt in atombombensicheren Bunkern sitzen, gleichgültig sein. Nicht gleichgültig jedoch ist es dem deutschen Volk, nicht gleichgültig der deutschen Jugend, die den humanitären und menschenfreundlichen offensiven Vorstoß Schumachers zum erheblichen Teil nicht überleben dürfte.

Diese Erkenntnis hat sich auch in den Organisationen der Jungsozialisten und der sozialdemokratischen Falken in ganz Westdeutschland weit verbreitet. Auch sie dürsten nicht danach, amerikanische Militärstiefel verpaßt zu bekommen, weder von Dr. Adenauer noch von Dr. Schumacher. Denn das Leben in ziviler Fußbekleidung ziehen auch sie — und sie befinden sich da in glücklicher Übereinstimmung mit ihren übrigen westdeutschen Altersgenossen — dem Sterben in Marschstiefeln vor.

Diese Jugend ist sich in ihrer überwiegenden Mehrheit in der Ablehnung jeder Aufrüstungsmaßnahme einig. Möge sie sich nun, gleich, in welchem weltanschaulichen Lager sie steht, die Hände reichen zur entschlossenen Abwehr aller Todespläne.

Jugendliche Arbeitslose in einer westdeutschen Stadt. Sie treiben Schwarzhandel, den jene Kreise organisierten, die unsere deutsche Jugend zum willigen Kanonenfutter machen wollen. *Foto: Illus*

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Der Zwischenruf

„Wir Westdeutschen haben keine Lust mehr, Waffen in die Hand zu nehmen. Ist denn nicht wenigstens eine vorherige Volksbefragung möglich?"

Nun, diese Frage wird sich wohl jeder vernünftige Westdeutsche schon einmal vorgelegt haben. Hellmuth v. Mücke, der ehemalige Kapitänleutnant der „Emden", sandte dem ersten deutschen Friedenskongreß in Berlin seine Grüße. In diesem Schreiben nimmt er auch zu der Antwort Adenauers auf den Offenen Brief Pfarrer Niemöllers Stellung und führt aus, was er in der gleichen Lage wohl dazu zu sagen hätte. Da wir Ihre Frage wohl kaum klarer beantworten könnten, als Hellmuth v. Mücke es tut, geben wir hier seine Ausführungen wieder:

„Ihre Antwort, Herr Bundeskanzler, hat mich überrascht. Denn sie scheint mir dem von Ihnen betont vertretenen Standpunkt eines echten Christen nicht gerecht zu werden, da sie weder ein ‚Ja, ja' noch ein ‚Nein, nein' ist, sondern ‚darüberliegt', ein Umstand, von dem die Bibel sagt, er sei ‚vom Übel'.

Durchaus recht haben Sie mit dem Hinweis, daß eine Volksbefragung in der Verfassung nicht vorgesehen ist, und für mich erübrigt sich die Bemerkung, daß die Verfassung selbstredend für jeden Bürger des Landes maßgebliche Richtschnur sein und bleiben muß.

Mit Ihrer, weder ein ‚Ja' noch ein ‚Nein' darstellenden Antwort haben Sie meine Anregung jedoch gar nicht beantwortet. Sie sind ausgewichen. Sie haben nur festgestellt, daß irgend etwas in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Etwas nicht Vorgesehenes kann nie eine Richtschnur abgeben, kann aber auch ebensowenig etwas Verbotenes sein. Nach uraltem, unbestrittenem Rechtsgrundsatz gilt: Was durch Gesetz nicht verboten ist, das ist erlaubt. Verfassung ist nun selbstgeschaffenes, oberstes Gesetz. Und da sie eine Volksbefragung nicht verbietet, ist eine solche also erlaubt. Das ist der Kernpunkt, den zu verschleiern Ihre Antwort geeignet ist.

Um ein Beispiel zu bringen: Wenn ich als Kapitän eines Schiffes aus laufend eingehenden Wetternachrichten das drohende Herannahen eines Sturmes entnehme und die Gesamtwetterlage dessen Losbrechen als unmittelbar bevorstehend erscheinen läßt, dann würde ich allerhand Maßnahmen zur Sicherung des Schiffes treffen und durch Kursänderung versuchen, dem kommenden Unheil möglichst aus dem Wege zu gehen. Bei anderm Handeln würde ich mir als sehr schlechter, seine Pflichten gegenüber Mannschaft und Passagieren gröblich verletzender Kapitän vorkommen. Und ich würde so handeln, obwohl derartige Maßnahmen in keiner der für mich gültigen Vorschriften vorgesehen sind.

Es gibt, Herr Bundeskanzler, überall Dinge, die ‚nicht vorgesehen' sind, weil sie als selbstverständlich angesehen werden.

Bei einer Volksbefragung in Sachen Krieg und Frieden geht es aber um noch viel mehr. Hier handelt es sich um einen Punkt, der schriftlich gar nicht vorgesehen zu werden braucht, weil für alles, was sich Mensch nennt, ungeschriebene Gesetze bestehen, die mit dem Menschen geboren werden, sein Menschsein überhaupt erst ausmachen und den Sinn seines Seins erst begründen. Es sind Gesetze, von denen Schiller sagt, daß derjenige, der deren Verletzung feigerweise duldet, damit ‚seine Menschheit hinwegwirft'.

Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist sicher bekannt, daß früher, bei allen Völkerschaften Europas, insbesondere bei den Germanen, der Beginn jedes Krieges abhängig gemacht wurde von einer Volksbefragung. Das war allerdings in Zeiten, wo es die vorher erwähnten Kreise, die aus dem Blut und den Tränen anderer Prozente und Profite für sich herausschlagen, noch nicht gab.

Und nunmehr, Herr Bundeskanzler, bitte ich Sie um eine unzweideutige Beantwortung der Frage: Wie stellen Sie sich zu einer Volksbefragung innerhalb der Bundesrepublik, dahingehend, ob das Volk noch einen Krieg wünscht oder nicht?

Ich kann Ihnen gegenüber jetzt schon meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß eine so geartete Volksbefragung nicht nur jeden Kriegsausbruch in Europa für mindestens lange Jahrzehnte unmöglich machen, sondern darüber hinausgehend auch alle gesamtdeutschen Fragen der so brennend nötigen Lösung ausschlaggebend und schnell näherbringen würde."

Wenn die Atombombe fällt . . .

„Flüchte hinter einen Baum!"

„Luftschutzmaßnahmen" mit denen die amerikanische Zeitschrift „Life" ihre Leser belügen will

Die arbeitenden Menschen aller Farben und Zungen fordern das Verbot der Verwendung der Atombombe, und die Sowjetunion vertritt diese Forderung in konkreten Vorschlägen vor den Vereinten Nationen. Die heutigen Machthaber Amerikas aber haben gerade die Atombombe zur Grundlage ihrer Politik und ihrer Weltherrschaftspläne gemacht. Wie wenig sie an einen Verzicht auf die Atombombe denken, beweist schon die Tatsache, daß überall in den Vereinigten Staaten fieberhaft an dem Bau von Schutzeinrichtungen gegen Atombombenexplosion gearbeitet und die Bevölkerung „aufgeklärt" wird, wie sie sich im Falle eines Atombombenangriffs zu verhalten habe. Dabei versteigen sich manche Zeitungen in ihrem Bemühen, der Bevölkerung den Atomkrieg schmackhaft zu machen, zu grotesken Naivitäten. Man solle sich hinter einen Baum stellen oder unters Bett kriechen, meint die Wochenzeitung „Life". Wie kindisch solche Ratschläge sind, konnte der amerikanische Leser übrigens aus einer anderen Wochenzeitung, der „Time" entnehmen, die in Diagrammen darstellt, wie weit die alles versengende und zerstörende Wirkung der Atombombe reichen wird, und verrät, daß selbst Menschen, die Geld genug haben, um sich gegen den alles hinwegfegenden Luftdruck und das alles versengende Feuer der Atombombenexplosion zu schützen, Opfer der tödlichen, wie Bazillen wirkenden, radioaktiven Ausstrahlungen dieser teuflischen Waffe werden.

*

Nicht mehr oder weniger problematischen Schutz gegen die Wirkungen der Atombombe verlangen die Menschen und nicht naive Vorschläge, wie man sich zu verhalten hat, wenn man sich keinen Bunker leisten kann, sie wollen von der Atombombe nichts wissen, sie wollen, daß die in den Atomen kondensierte Naturkraft nicht für die Zwecke der Zerstörung, sondern für die Zwecke des menschlichen Fortschritts verwendet werde. Daß dies möglich ist, hat die Sowjetunion bereits durch die Tat bewiesen.

Diesem Verlangen wird der vom 13. bis 19. November in Sheffield zusammentretende Zweite Weltfriedenskongreß neuerlich energisch Ausdruck geben. Die Männer und Frauen, die dort sprechen werden, sind die Dolmetscher der gesamten Menschheit, und die Forderung des Stockholmer Appells, die Regierung, die als erste die Atombombe abwerfen läßt, als Kriegsverbrecher zu behandeln, wird doch zum allgemeingültigen Gesetz werden. Der Wille der Menschheit wird von den Friedenskongressen und nicht von einer gekauften amerikanischen Abstimmungsmehrheit repräsentiert.

*

Nach den Friedenswahlen vom 15. Oktober können die deutschen Delegierten mit erhöhter Autorität zum Friedenskongreß reisen. Sie werden sich dort auch auf die große Friedensinitiative von Prag, aber auch auf eine gegenwärtig in Westdeutschland in Gang befindliche hoffnungsvolle Entwicklung berufen können. Die Aktionseinheit der kommunistischen und der sozialdemokratischen Arbeiter für die Erhaltung des Friedens und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird sich trotz Schumacher durchsetzen. Machtvoll greift die Bewegung der Sozialdemokraten gegen die vom Vorsitzenden ihrer Partei betriebene Kriegspropaganda und die Remilitarisierung Westdeutschlands um sich. Wir zitieren hier einige aus der Fülle von Friedenskundgebungen sozialdemokratischer Arbeiter:

In München bezeichnete der SPD-Bundestagsabgeordnete Seuffert Berufsmilitärs und Rüstungsfabrikanten als Nutznießer der Remilitarisierung, die in der lebhaften Diskussion besonders von der Jugend abgelehnt wurde.

Gleichfalls in München warnte Landesvorsitzender von Knoeringen vor den Versuchen, eine getarnte Remilitarisierung zu beginnen und forderte von den SPD-Funktionären „höchste Wachsamkeit".

In Freiburg stand die Unterbezirks-Konferenz der SPD im Zeichen scharfer Proteste aller Diskussionsredner gegen die Remilitarisierung. Eine Entschließung forderte Frieden und ein einheitliches Deutschland.

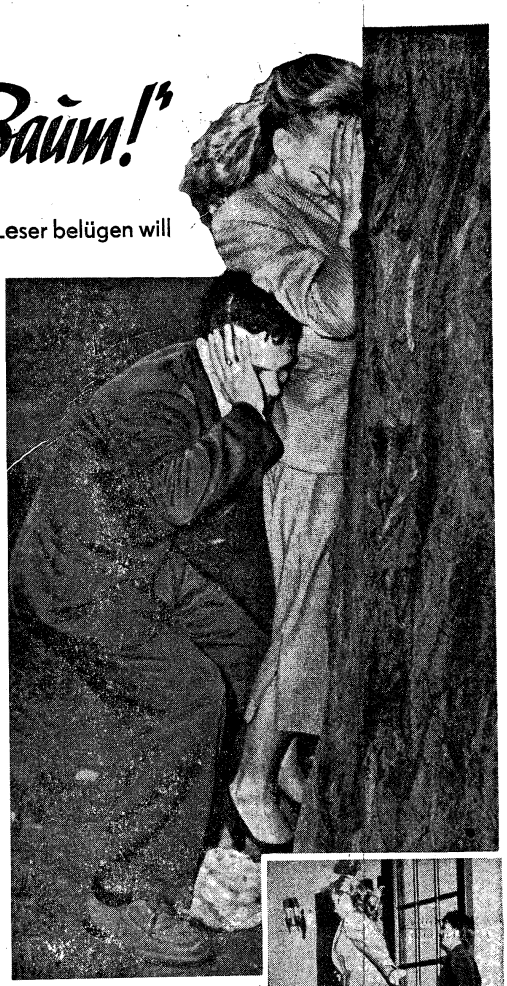
In Frankfurt wurden in drei Wahlkreisen auf Mitgliederversammlungen die für den neuen hessischen Landtag zur Wahl vorgeschlagenen Kandidaten wegen Unterstützung der Adenauerschen Aufrüstungspläne abgelehnt.

In der „Braunschweiger Zeitung" unterstützte SPD-Bundestags-Abgeordneter Pfarrer Dr. Fritz Wenzel die ablehnende Haltung Niemöllers gegen jegliche Wiederbewaffnung.

In Erlangen protestierten SPD-Funktionärinnen auf einer Konferenz des Unterbezirks Mittelfranken gegen die Remilitarisierung.

In Hamburg wurde auf Mitgliederversammlungen in mehreren Stadtteilen die Politik des Parteivorstandes mit bisher nicht dagewesener Schärfe verurteilt.

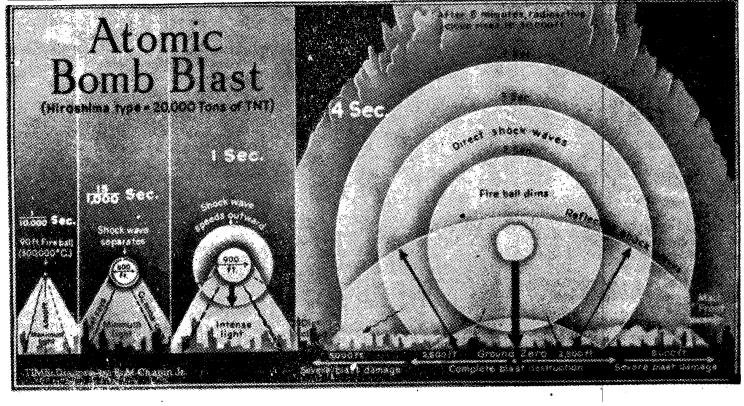
Die Arbeiter wollen keinen Krieg, die deutschen Arbeiter ebenso wenig wie die Arbeiter anderer Länder. Wenn sie aber nicht wollen, gibt es keinen Krieg. Nur wo Arbeiter gegen Arbeiter stehen, blüht das Geschäft der Rüstungsindustrie und der Generäle.



„Crouch behind tree!" („Krieche hinter den Baum!"), wenn du von einem Atombombenangriff überrascht wirst. „Wähle die Seite des Baumes, die dich vor dem Blitz schützt. Bedecke dein Gesicht zehn Sekunden!" — Wir würden eher dem amerikanischen Schreiberling der „Life" empfehlen, sein Gesicht zu bedecken, denn er weiß genau, welche verheerenden Wirkungen der Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima hatte.

„Wenn du auf der Straße bist . . . flüchte sofort in einen offenen Eingang. Findest du nicht sofort einen Eingang . . . bedecke deinen Kopf mit einer Aktentasche gegen den alles versengenden Blitz!"
„Wenn du zu Hause bist . . ., so gehe sofort in Deckung, etwa unter das Bett. Der Atom-Feuerball steht zehn Sekunden in Glut." — Unseren deutschen Lesern, die die furchtbaren Folgen bei den Angriffen durch amerikanische Bomber miterlebten, dürfte man solchen Unsinn nicht servieren. Daß die Redakteure der „Life" ihre Leser bewußt belügen, beweist die untere Zeichnung.

. . . wie es aber wirklich ist, veranschaulichen diese der amerikanischen Wochenzeitung „Time" entnommenen Zeichnungen: Unmittelbar nach der Explosion bildet sich eine Feuerkugel von 300 Metern Durchmesser. Um diesen Ball komprimiert sich die Luft zu weißglühender Hitze. Sie rast nach allen Seiten, als ob es glühender Stahl wäre, und verursacht einen Wind von über 1200 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Aus dem Feuerball strahlt Hitze und Licht auf eine Entfernung von Dutzenden von Kilometern. Noch in einer Entfernung von zehn Kilometern haben diese Strahlen die hundertfache Kraft der Sonnenstrahlen. Ebenfalls aus dem Feuerball schießen die Gamma-Strahlen in den Raum. Das alles ist das Werk von Sekunden, ja teilweise minimalen Bruchteilen von Sekunden, wie auf der Zeichnung abgelesen werden kann.



Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen ein Ende setzt und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht."

Diese Worte, die Stalin am Tage der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik an unseren Präsidenten Wilhelm Pieck und unseren Ministerpräsidenten Otto Grotewohl richtete, haben einen lebhaften Widerhall im Herzen des deutschen Volkes gefunden. Sie sind von Vertrauen getragen und verpflichtend für uns.

„Die Geschichte aller Kriege beweist, daß eine bestimmte Sorte von Menschen zwar den Krieg immer gut vorbereitet, für den Krieg liefert, im Krieg gut verdient, aber nie selber den Krieg geführt hat; das haben die einfachen Menschen; die arbeitenden Menschen aus Stadt und Land in allen Staaten und bei allen Völkern getan." Diese Worte sprach der Delegierte der Tschechoslowakischen Republik zum 1. Kongreß der deutschen Kämpfer für den Frieden, Gesundheitsminister Plojhar, ein katholischer Priester. Und er fügte hinzu: „Diese selben einfachen Menschen haben es also in der Hand, ob Krieg geführt werden kann oder nicht. Der Krieg hängt ab von den Kriegführenden, nicht von den Vorbereitern des Krieges."

Die Schlußfolgerungen aus diesen Feststellungen sind einfach. Die Menschen, die den Krieg zu führen hätten, müssen sich zur Verhinderung des Krieges zusammenschließen. Damit sie das tun, ist es allerdings notwendig, ihnen allen das, was Minister Plojhar sagte, klar zum Bewußtsein zu bringen und sie zum Widerstand zu organisieren.

Auf diesem Wege sind wir nach dem zweiten Weltkrieg schon ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Man erinnere sich, wie es vor 1939 und vor 1914 war. Es fühlte jeder, daß ein Krieg „in der Luft lag". Es gab beherzte Politiker, die mutig vor dem Unheil warnten und zum Widerstand aufriefen. Sie blieben Rufer in der Wüste. Kerker oder Tod war meist ihr Los. Wie das Kaninchen gebannt wartet, daß es von der Schlange verschluckt werde, so taten die Menschen dem Ungetüm Krieg seinen Willen.

Wie ist es heute? Die Lage wird am besten illustriert durch die Tatsache, daß von den Staaten, in denen der Krieg noch immer das oberste Glaubensbekenntnis der Politik ist, Millionen und Milliarden zur Organisierung und Erhaltung von Polizeikräften ausgegeben werden, deren Aufgabe es ist, Jagd auf Friedenskämpfer zu machen. Es gibt kaum ein Land im Westen, wo nicht mutige Menschen, die für den Frieden eingetreten sind, zu Hunderten und Tausenden in den Gefängnissen sitzen. Nehmen wir nur Westberlin, ein kleiner Punkt in dem großen Komplex: Dort sitzen nicht weniger als 39 Friedenskämpfer hinter Gefängnismauern, wie Rechtsanwalt Dr. Tieke dem Friedenskongreß mitteilte, dem er gleichzeitig die Grüße aller dieser Tapferen brachte. In Brasilien aber wurden, wie der Schriftsteller George Amado dem Kongreß unter stürmischen Entrüstungsrufen der Versammelten mitteilte, in den letzten sechs Monaten 35 Menschen ermordet, nur weil sie Unterschriften gegen die Atombombe gesammelt hatten. Doch nichts kann die Friedenskämpfer schrecken. Der Kampf geht weiter, für jeden Eingekerkerten und für jeden Gefallenen erstehen Tausende neuer Friedenskämpfer.

Der Kampf um den Frieden wird heute nicht mehr in Einzelaktionen geführt. Er ist auch bereits weit über das erste Stadium des Partisanenkampfes, des Kampfes kleinerer oder größerer Gruppen, hinausgewachsen. Pater Plojhar nannte die Sammlung der Unterschriften unter den Stockholmer Appell ein Weltplebiszit, „das erste in der Menschheitsgeschichte", und mit Recht konnte er darauf hinweisen, daß den Kriegstreibern und Imperialisten das Lächeln, mit dem sie die Unterschriftensammlung zuerst beantworteten, seither auf den Lippen erstorben ist. Heute sehen sie mit Schrecken die gewaltige moralische und physische Kraft, die im Stockholmer Weltappell liegt.

Johannes R. Becher sagte, drei Schritte seien notwendig, damit wir den Frieden gewinnen. Es sind: die Einsicht, daß der Krieg unseren Untergang bedeutet, der persönliche Einsatz im Kampf für den Frieden und der Zusammenschluß aller, die den Frieden wollen. Der Erfolg des Weltfriedensappells beweist, daß ein sehr großer Teil der Menschheit bereits den dritten Schritt getan hat.

Der sowjetische Delegierte Professor Kairow zitierte in seiner Rede das Eingeständnis des Organs der amerikanischen Rüstungsfinanz, des „Wallstreet-Journal", daß Amerika angesichts des Weltprotestes gegen die Atombombe auf ihre Anwendung in Korea verzichten mußte. „Wir wagen nicht", so schrieb das Blatt, „die Atombombe auf Korea zu werfen aus Furcht, daß nach der Atomexplosion eine politische und moralische Kettenreaktion einsetzt". Wir verbuchen mit Genugtuung diesen ersten großen Erfolg der Friedensbewegung. Wir stellen mit Professor Kairow fest, daß die Imperialisten nicht nur mit ihrem Versuch, die Völker mit der Atombombe zu schrecken, Schiffbruch erlitten haben, sondern daß es gerade die Atompolitik war, die den Menschen die Augen öffnete und in der ganzen Welt den Haß gegen die Kriegsbrandstifter entzündete und die Menschen zum energischen Kampf gegen die große Gefahr sammelte.

Doch die erzielten Erfolge dürfen uns nicht verblenden. „Die Zeiten sind ernst", sagte der tschechoslowakische Delegierte. „Die Fragen sind brennend. Die zum Untergang bestimmte Welt des Imperialismus macht einen letzten verzweifelten Versuch, mit sich die ganze Menschheit in das größte Unglück aller Zeiten zu stürzen."

Besonders wir in Deutschland müssen die Mahnung beherzigen. Westdeutschland ist einer der großen Gefahrenpunkte in der gegenwärtigen Weltsituation. Was die Architekten des neuen Krieges mit Westdeutschland vorhaben, ist aus den 8 Punkten des amerikanischen sogenannten Verteidigungsministers Marshall über die Beteiligung Deutschlands am neuen Krieg herauszulesen. Zehn Divisionen deutscher Truppen sollen aufgestellt werden. „Hauptsächlich Kampftruppen". Deutsche sind in erster Linie zum Sterben für Amerikas Weltherrschaft ausersehen. Deutsche sollen Amerika helfen, Deutschland, noch voll von Ruinen aus dem zweiten Weltkrieg, für immer in einen Trümmerhaufen zu verwandeln. Es ist wie einst, als der Islam gefangene Christenknaben als Infanteristen zum Kampf gegen die christliche Welt drillte. Janitscharen nannte man sie. Das Wort ist in den Gegenden, die unter den Kriegen der Sultane besonders zu leiden hatten, noch heute als besonders schimpflicher Ausdruck für Söldner gegen das eigene Volk gebräuchlich.

Daß Deutsche keine Neigung haben, Janitscharen zu werden, wissen wir aus vielfachen Berichten über den Widerstand der Bevölkerung Westdeutschlands gegen die amerikanische Aufrüstungspolitik. Davon legten zahlreiche Delegierte aus Westdeutschland vor dem Kongreß neuerlich Zeugnis ab. Und es gereicht uns zur Genugtuung, daß die Delegierten aus den Ländern, die besonders schwer unter der deutschen Aggression zu leiden hatten, der tschechoslowakische Redner, der sowjetische Delegationsführer und der polnische Professor Chalasinski, ihr festes Vertrauen in die demokratischen und friedliebenden Kräfte des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten. Wir sind uns aber auch der Größe der Verantwortung bewußt, die dieses Vertrauen für uns bedeutet. Johannes R. Becher drückte dies mit den Worten aus: „Wenn Deutschland nicht will, kann der amerikanische Krieg in Europa nicht stattfinden", und er fügte hinzu, „wenn Deutschland den Frieden will, wird Friede sein."

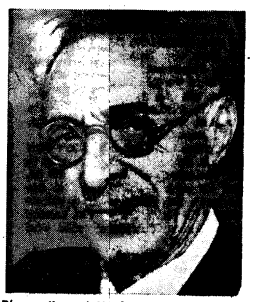
Wir werden das in uns gesetzte Vertrauen rechtfertigen. Die Besten unseres Volkes haben alle ihre Kräfte und ihr Leben dem Kampf für die Erhaltung des Friedens geweiht, und mit ihnen kämpfen die werktätigen Menschen im Osten und im Westen unseres Vaterlandes. „Wir sind heute dabei, eine ungeheure Macht von Friedenskämpfern zu organisieren, die entschlossen sind, keinerlei Angriffe zu machen, aber auch keinerlei Angriffe zu dulden", sagte Arnold Zweig in seiner Begrüßungsansprache an den Kongreß. In dieser ungeheuren Macht nehmen die deutschen Friedenskämpfer bereits einen ehrenvollen Platz ein, und sie werden in Ehren bestehen, bis das große Ziel erreicht ist.

Wir stehen auf entscheidendem Posten. Das hat Generalissimus Stalin vor einem Jahr anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik betont, und das bestätigt von neuem die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz. Darin sind auch die Aufgaben klar umrissen, die uns im besonderen in der großen, weltweiten Friedensfront zufallen: uns mit allen Kräften der Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu widersetzen und durch die Schaffung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rats für die baldige Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu sorgen, die eine unerläßliche Vorbedingung für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens ist.

Ernst und verantwortungsbewußt folgen die Delegierten zum ersten Friedenskongreß in Berlin den Diskussionsrednern, die den amerikanischen Eroberungspolitikern den festen Willen des gesamten deutschen Volkes entgegensetzen, den Frieden und die Sicherheit Europas zu erzwingen!

Als das italienische Frachtschiff „Tafna" im Hafen von Nizza Waffen für Indochina laden sollte, durchbrachen französische Friedenskämpfer die Polizeiketten und hinderten die Seeleute, die tödliche Fracht an Bord zu nehmen.

„Die Prager Außenministerkonferenz", meint Herr Hans Huhle, Vorsitzender einer Betriebsgewerkschaftsleitung, „weist uns den richtigen Weg. Wir werden werben und schaffen, bis auch der letzte Bürger unserer Republik überzeugter Friedenskämpfer geworden ist!"



Pfarrer Konrad Hoeber aus Burg unterzeichnete mit 36 anderen Geistlichen einen Aufruf an die fortschrittlichen Pfarrer aller Konfessionen in der Deutschen Demokratischen Republik, in dem gefordert wird, mit allen Kräften ein neues Völkermorden zu verhindern.

Wer seine Heimat liebt, kämpft für den Frieden

Aus der großangelegten Rede des Vorsitzenden des Deutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden und Mitglieds des Weltfriedenskomitees Johannes R. Becher auf dem Ersten Deutschen Friedenskongreß in Berlin über „Die deutsche Verantwortung für den Frieden" bringen wir die Schlußworte zum Abdruck:

Wem die Begriffe Vaterland, Volk, Heimat, Nation eine tiefernste, heilige Sache sind, wer seine Heimat von ganzem Herzen liebt, wer von dem Geist eines echten Patriotismus ergriffen ist, der kann nicht anders, als in die Friedensbewegung, wie sie nunmehr auch in Deutschland begonnen hat, sich einzureihen. Für wen der Begriff Mensch nicht denkbar ist ohne ein warmes, lebendiges, ich möchte sagen praktisches, tatkräftiges Menschlichsein, so wie es Goethe verstanden hat, der kann nicht anders als sich einreihen dort, wo mit dem Frieden zugleich die Möglichkeit, sich zu einem Menschen zu bilden, zu einem Menschen zu werden, verteidigt wird. Nationalgefühl, nationales Bewußtsein, erweisen ihre Echtheit darin, inwieweit sie sich untrennbar verbinden mit dem leidenschaftlichen Willen, für den Frieden zu kämpfen.

Es kann keine andere Liebe zu Deutschland geben als die, welche vor allem den Frieden liebt. Kein anderes Gemeinschaftsgefühl eines deutschen Menschen mit seinem Volk ist denkbar, das sich nicht vor allem darin äußert, alles zu unternehmen, um brüderlich mit allen, die den Frieden wünschen, eine große Friedensgemeinschaft zu bilden.

Kühnheit und Fleiß: von diesen beiden Eigenschaften habe ich gesprochen, da ich sie für unerläßlich halte, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Kühnheit und Fleiß — im Dienste des Friedens! Wie oft hat unser deutsches Volk diese beiden Eigenschaften, Kühnheit und Fleiß, maßlos verbraucht und sie gegen sein eigenes Interesse, gegen sich selbst gewendet im Dienste der Vernichtung.

Und noch einmal mahnt uns das Wort Stalins:

„Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten."

Zu welcher Kraftanstrengung in der Tat war das deutsche Volk fähig während der letzten beiden Weltkriege! Frage sich ein jeder, ob Mann, ob Frau, an der Front oder daheim, was er in den vergangenen Jahren nicht alles durchgemacht, durchlitten, durchgestanden hat. Unmenschliches, Übermenschliches wurde geleistet. Das alles noch einmal in vergrößertem, unendlichem Ausmaß: nein, nein, niemals und nie. Dieses Kapitel deutscher Geschichte wünschen wir endgültig abgeschlossen. Keiner, der mit Vernunft begabt ist, ist gespannt auf ein „Fortsetzung folgt". Kein Finger wird wieder für den Abzug an einer Schußwaffe krummgemacht, aber alle Hände werden dafür gerührt, daß die Arbeit, die wir in unserem Beruf leisten, auch vor Zerstörung gesichert wird.

Wenn man von einer geschichtlichen Aufgabe des deutschen Volkes sprechen darf, dann kann diese Aufgabe in nichts anderem bestehen als darin, unter keinen Umständen zuzulassen, daß in Europa der amerikanische Krieg stattfindet. Wenn uns dieses gelingt, haben wir zweifellos im Zusammenwirken mit der Sowjetunion, der stärksten Friedensmacht der Welt, eine große Aktion von Weltbedeutung vollbracht.

Eine gewaltige Macht ist diese Macht des Friedens, wie sie sich über die ganze Menschenerde hin, in Hunderten von Millionen Menschenherzen beheimatet, ausbreitet. Die Friedenstaube, das Zeichen unserer Bewegung, hat sich in dem neuen Entwurf Picassos zum Flug erhoben. Die Schwingen sind ausgebreitet, sie ist aufgebrochen zum Flug um die Erde. Wenn wir aus unserer zerklüfteten Leidensstadt Berlin zu dem Bild der Friedenstaube emporblicken, wie sie gleichsam unbewegt über uns schwebt, dann fühlen wir: unter ihren Schwingen liegt wie vereint ganz Deutschland. So ist es. In Zeichen der Friedenstaube wird Deutschland sich einigen und seinen Frieden finden.

Darum:
Deutsche Freunde des Friedens!
Deutsche Kämpfer für den Frieden!
Auf!
Vorwärts!
Mit Kühnheit und Fleiß an die Arbeit!
Alles für den Frieden!
Friede, Friede über alles!
. . . daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint . . .

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

WELTMACHT DES FRIEDENS II

Eine mißglückte Provokation

„Frankreich ist nach Locarno ausschließlich mit dem Wunsch gekommen, den allgemeinen Frieden zu erreichen", erklärte der französische Außenminister Briand bei seinem Eintreffen in Locarno im Oktober 1925. Der englische Außenminister Austin Chamberlain äußerte ebenfalls, er sei gekommen, um an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken, und keine anderen Worte hörte man auch von dem damaligen Außenminister Gustav Stresemann.

Die Konferenz von Locarno, die — wie man öffentlich erklärte — die Schlichtung der Streitigkeiten unter den westeuropäischen Mächten zum Ziele hatte, begann im Oktober 1925. Das war in einer Zeit, als die meisten der europäischen Nationen die Sowjetunion bereits diplomatisch anerkannt hatten. Es schien also, als ob diese Konferenz nichts mit dem

Sun Yat Sen

Verhältnis der westeuropäischen Staaten zur Sowjetunion zu tun hätte, als ob es sich um eine ganz interne Angelegenheit Westeuropas handelte.

Aber wenige Monate vor der Konferenz, im Januar 1925, erschien in der Berliner „Zeit", dem Organ Gustav Stresemanns, ein Artikel, verfaßt von einem gewissen Müller-Jabusch, dem heutigen Chefredakteur des berüchtigten Westberliner Radaublattes „Der Abend". Müller-Jabusch schrieb, Deutschland müsse auf der Seite der zivilisierten europäischen Nationen gegen den Bolschewismus kämpfen. Dieser Artikel war einer von vielen, die damals geschrieben wurden, und er sprach aus, welche Anschauungen in den führenden politischen Kreisen Westeuropas damals tatsächlich zu finden waren.

Man hatte in diplomatischen Kreisen wohl verstanden, daß die imperialistischen Mächte mit den Schlag auf Schlag folgenden diplomatischen Anerkennungen der Sowjetunion eine schwere Niederlage erlitten hatten. Man hatte in Washington und in London wie auch vor allen Dingen in Paris mit Bitterkeit zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Sowjetunion mit ihren großzügigen und vernünftigen Angeboten Stein auf Stein aus der Mauer der Feindseligkeit und Isolierung herausgebrochen hatte. Also, folgerte man dort, muß die Mauer wieder geschlossen werden. Das war die einzige Aufgabe der berühmt gewordenen Konferenz von Locarno. Die Gauner verständigten sich untereinander, um gemeinsam einen Ehrlichen zu überfallen.

Der Hauptansatzpunkt in Europa war Deutschland. Der großzügige Vertrag von Rapallo — geschlossen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mit dem damals von den meisten anderen Mächten geächteten Deutschland — hatte auch in bürgerlichen Kreisen Deutschlands eine Sympathie für den Sowjetstaat erwachsen lassen. Locarno sollte nun die Wirkung von Rapallo wiederaufheben, sollte den Deutschen den Weg ins sogenannte „westliche Lager" wieder öffnen, und infolgedessen fand man sich in Paris und in London auch zu Konzessionen gegenüber dem Anstifter des ersten Weltkrieges bereit. Denn wesentlich war in diesem Zeitpunkt ein neuer Bundesgenosse gegen die Sowjetunion.

Und so wurde in Locarno öffentlich vom Frieden geschwätzt und im geheimen ein Isolierungsblock gegen die Sowjetunion geschmiedet.

Die Sowjetunion durchschaute das Spiel, das dort mit einem großen Aufwand von Friedenspropaganda getarnt wurde. Sie, die sich in einem ungeheuren, schwierigen Aufbau ihrer Wirtschaft und ihres Staates befand, begegnete diesen Plänen mit den gleichen Mitteln, mit denen sie die Mauer der Isolierung schon einmal zerbrochen hatte: mit ihrer konsequenten Friedenspolitik.

Sie schloß in den Jahren 1925 bis 1927 eine Reihe weiterer Verträge auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung mit ihren Nachbarstaaten. Im Dezember 1925 wurde mit der Türkei ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, mit Litauen am 28. September 1926 ein Freundschafts- und Neutralitätsvertrag. Ebensolche Verträge folgten mit Afghanistan und Persien. Vor allem aber versuchte die Sowjetunion in dieser Zeit mit China in ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zu kommen.

Das zaristische Rußland hatte gegenüber China eine imperialistische Politik getrieben. Wirtschaftlich rückständig und durch Millionenkredite von den westeuropäischen kapitalistischen Staaten abhängig, hatte es einen Konkurrenzkampf in Europa nicht aufnehmen können und das Schwergewicht seiner Expansionspolitik nach Ostasien verlagert. Wie England und Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten, so hatte auch das zaristische Rußland die politische Schwäche und die staatliche Desorganisiertheit in China dazu benutzt, das Land für seine Zwecke auszubeuten. Nach dem chinesisch-japanischen Krieg, der 1895 mit der Niederlage Chinas endete, hatte Rußland der chinesischen Regierung zur Bezahlung der an Japan zu leistenden Kriegsentschädigung einen Kredit von 300 Millionen Tael (450 Millionen Mark) gewährt. Für diesen Kredit hatte das damals noch kaiserliche China russischen Kapitalisten eine Konzession für den Bau einer Eisenbahn durch chinesisches Gebiet nach dem Hafen Wladiwostock gewähren müssen. Im Territorium dieser Bahn genoß Rußland die Rechte, konnte eine eigene Polizei unterhalten und darüber hinaus schalten und walten, wie es wollte.

Während nun die Vereinigten Staaten wie auch England und Frankreich nach der chinesischen Revolution von 1911 die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung Chinas unentwegt fortsetzten, brach der Sowjetstaat ganz entschieden mit dieser von der zaristischen Regierung ebenfalls betriebenen Politik. Bereits am 26. Juli 1919 — mitten im schweren Kampf gegen die konterrevolutionären Banden und Interventionstruppen — sandte die Sowjetregierung an China eine Note. Darin hieß es: „Die Sowjetregierung sagt sich von den Eroberungen los, die die zaristische Regierung gemacht hat, als sie China die Mandschurei und andere Gebiete abnahm. Die Sowjetregierung annulliert alle besonderen Vorrechte und Faktoreien der russischen Kaufleute auf chinesischem Boden. Kein russischer Beamter, Pope oder Missionar soll es wagen, sich in chinesische Angelegenheiten einzumischen. In China soll es keine andere Macht und kein anderes Gericht als die Macht und das Gericht des chinesischen Volkes geben." Gleichzeitig mit dieser Erklärung regte die Sowjetunion Verhandlungen mit China an, um alle noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten friedlich beizulegen.

Es gelang den Westmächten, die auf Grund ihrer unrechtmäßig erworbenen Konzessionen und Vorrechte einen Druck auf die chinesische Regierung ausüben konnten, diese Verhandlungen zunächst zu hintertreiben. Aber das chinesische Volk hörte damals auf seinen großen Führer Sun Yat Sen, der es 1911 in die Revolution und zum Sieg über die Mandschu-Kaiser geführt hatte. Und Sun Yat Sen zeigte dem chinesischen Volk, daß es im Kampf um seine nationale Befreiung nur einen Freund hatte: die Sowjetunion. „Vergeßt nicht," so schrieb Sun Yat Sen, „daß dort, im freien Rußland, der Ruf erschallte: Hände weg von China... Wir wissen, welche große Rolle die Sympathie der Sowjets beim Sieg der befreiten Türkei über ihre Feinde gespielt hat. Wir wissen, daß die Sowjets niemals eine ungerechte Sache verfechten. Sind sie für uns, so bedeutet das, daß die Wahrheit für uns ist."

Im Jahre 1924 konnte die damalige chinesische Regierung an der Sympathie des chinesischen Volkes für die Sowjetunion nicht länger vorbeisehen. Am 31. Mai desselben Jahres wurde zwischen der Sowjetunion und China ein Vertrag geschlossen, der alle Streitigkeiten regelte und die ostchinesische Eisenbahn unter gemeinsame sowjetisch-chinesische Verwaltung stellte. Aber nachdem Sun Yat Sen am 12. März 1925 gestorben war, erhielt der Einfluß der Westmächte auf die Politik der chinesischen Regierung wieder die Oberhand. Die Geheimagenten Englands und der Vereinigten Staaten hatte keine schwere Arbeit, denn die in den einzelnen Provinzen residierenden reaktionären Generale waren mächtiger als die chinesische Regierung und waren nur zu bereit, Werkzeuge des Kampfes gegen die Sowjetunion zu werden.

Einer der übelsten Vertreter dieser bestochenen Generalsclique war Tschang Tso-lin, der in Mukden residierte. Auf englischen und japanischen Einfluß hin ging er dazu über, Angestellte der sowjetischen Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn zu verhaften, Eigentum der Eisenbahngesellschaft zu beschlagnahmen und den 1924 geschlossenen Vertrag gröblich zu verletzen. Gleichzeitig damit ließen die westeuropäischen Regierungen ihre Presse eine Begleitmusik von Propagandaartikeln über die angebliche sowjetische Einmischung in China spielen. Nach Vorbereitung durch diese Verleumdungskampagne folgte die zweite Provokation: am 6. April 1927 überfiel eine Abteilung chinesischer Soldaten das Pekinger Botschaftsgebäude der Sowjetunion und nahm, im Widerspruch zu den bestehenden Abmachungen, eine Haussuchung vor. In der sowjetfeindlichen Welt zeigte man sich höchst erfreut und hoffte, daß die Sowjetunion nun den bewaffneten Kampf eröffnen würde und daß man sich dann dem allgemeinen Kreuzzug zur Verteidigung Chinas und der Welt gegen den Bolschewismus würde anschließen können.

Aber nichts davon geschah. Das Volkskommissariat des Äußeren übersandte der chinesischen Regierung eine Note und verlangte die sofortige Entfernung der Polizei aus der Sowjetbotschaft und die Rückerstattung des geraubten Eigentums. Jede imperialistische Regierung, so hieß es in der Note, hätte mit brutalsten Repressalien geantwortet. Die Sowjetunion erklärte weiter, daß sie sich völlig darüber klar sei, daß unverantwortliche Kreise ausländischer Imperialisten die UdSSR zum Kriege provozieren wollten.

Und so knallte es nicht. Die Polizei zog wieder ab, und die Geheimagenten der imperialistischen Staaten konnten nichts anderes tun als ihre Pläne aufstecken. Gestiegen aber war die Sympathie für die Sowjetunion im chinesischen Volk. Und so erlitten die imperialistischen Regierungen ihre zweite schwere Niederlage im Kampf gegen den Sowjetstaat.

Horst Schötzki

Geburtstag der Völkerfreundschaft

Die russische Revolution, die am 23. Oktober nach der alten russischen, also am 6. November nach der üblichen Zeitrechnung ausbrach und am Tag darauf den Sieg errungen hatte, unterschied sich in ihrem Inhalt, ihren Zielsetzungen und auch ihren Methoden grundlegend von allen früheren, auch den größten historischen sozialen Umwälzungen. Früher handelte es sich immer um die Ablösung einer Klassenherrschaft durch eine andere. Der Sklavenwirtschaft folgte der Feudalismus und dem Feudalismus der Kapitalismus. Jedesmal blieb es bei der Ausbeutung der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung durch eine dünne herrschende Klasse.

Durch die große Oktoberrevolution nahm die Masse der arbeitenden Menschen die Macht selbst in die Hand, und indem sie auch die Verfügung über die Produktionsmittel übernahm, setzte sie dem System der Ausbeutung der Arbeitskraft für alle Zukunft ein Ende.

Die große Oktoberrevolution leitete aber nicht nur einen völlig neuen geschichtlichen Abschnitt im inneren Aufbau der Gesellschaft ein; sie bedeutete auch das Ende der Ausbeutung von Menschen durch Menschen auf internationalem Gebiet. Den Anfang machte man in Rußland selbst. Es galt der Grundsatz, daß alle Nationen ohne Rücksicht auf ihre zahlenmäßige Stärke völlig gleichberechtigt sind und ein unabdingbares Recht auf souveräne nationale Existenz haben. Nach diesem Gesichtspunkt wurde der Staat neu organisiert, und es entstand die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken.

Was in den Beziehungen der etwa 170 Nationen des alten russischen Reiches galt, wurde auch im Verhältnis dieser Nationen und der Union zu allen ausländischen Staaten zum unverbrüchlichen Grundsatz gemacht.

★

Die entscheidende historische Probe bestand dieser Grundsatz im Verhältnis zu Deutschland. Er konnte auch durch Hitlers Raubkrieg nicht erschüttert werden, davon legte die Staatsführung der Sowjetunion während des Krieges in historischen Erklärungen Zeugnis ab, und diese Erklärungen wurden durch die Praxis der sowjetischen Politik in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes in Tatsachen umgesetzt.

„Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk, der deutsche Staat aber bleiben", hatte Stalin im Mai 1942 verkündet. Nachdem das Hitlerregime gestürzt war, ging die sowjetische Besatzungsmacht sofort daran, der deutschen Nation beim Aufbau ihres neuen Lebens zu helfen. Die demokratischen Kräfte Deutschlands konnten die Macht derer beseitigen, die Deutschland in die Katastrophe geführt hatten, konnten Industriekonzerne und Kriegsverbrecherbetriebe in Volkseigentum überführen, den Boden der Junker den Landarbeitern und Bauern geben. Zur Sicherung der erfolgreichen Bebauung des Bodens, den das Volk in die eigenen Hände genommen hatte, erließ die sowjetische Besatzungsmacht den Befehl Nr. 209, der den Bau von Häusern für die Neubauern anordnete.

Damit die Frauen ihren Platz in der neuen Gesellschaft auszufüllen imstande seien, ordnete der Befehl Nr. 253 an, daß sie für gleiche Arbeit gleichen Lohn wie die männlichen Arbeiter erhalten sollten.

Im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft der werktätigen Bevölkerung und des raschen Neuaufbaues ordnete der Befehl Nr. 234 die Verabreichung zusätzlicher Verpflegung in den Großbetrieben an.

Besondere Befehle befaßten sich mit der Abstellung gewisser Übelstände, die in der Versorgung der Berliner Bevölkerung eingerissen waren.

In internationalen Verträgen waren deutsche Leistungen als allzu berechtigte Wiedergutmachung der von Deutschen angerichteten ungeheuren Schäden vereinbart worden. An maschinellen Einrichtungen nahm die Sowjetunion nur soviel, wie zur Wiederingangsetzung ihrer eigenen, von Deutschen teils abmontierten, teils gesprengten Industriebetriebe unbedingt notwendig war. Sie beendete die Demontagen genau zu dem in den internationalen Abmachungen festgesetzten Termin (während im Westen die Demontagen bekanntlich mehr als zwei Jahre darüber hinaus fortgesetzt wurden).

Ein Teil der Reparationen sollte in Erzeugnissen der deutschen Produktion geliefert werden. Die sowjetische Besatzungsmacht half uns, zerstörte und demontierte Betriebe wiederaufzubauen, so daß wir im Jahre 1950 bereits in den Stand gesetzt waren, unsere industrielle und landwirtschaftliche Produktion über den Vorkriegsstand hinaus zu entwickeln. Von der sowjetischen Verwaltung übernommene deutsche Betriebe werden der Reihe nach dem deutschen Volk zurückgegeben.

Um die Entwicklung unserer Landwirtschaft zu fördern, stellten uns die Sowjets auf Grund eines langfristigen Kreditvertrages tausend Traktoren zur Verfügung. Eine außerordentliche Erleichterung für unsere Wirtschaft bildete die Streichung der Hälfte der mit Ende des Jahres 1950 noch verbleibenden Reparationslieferungen.

Die Voraussetzung dafür, daß ein Volk sich selbst regiere, ist ein hohes allgemeines und fachliches Wissen und die Pflege der Kultur. Es war eine der ersten Taten der sowjetischen Besatzungsmacht, das Kulturleben von Berlin wieder in Gang zu setzen. Verordnungen aus der ersten Zeit der Besetzung sorgten für das bessere Funktionieren und die Entwicklung der Berufsschulen und der technischen Fachschulen. Die besondere Sorge der Besatzungsmacht galt der materiellen Besserstellung der Lehrer und der technischen Intelligenz.

★

Dies ist nur eine grobe Auslese aus den vielen Verfügungen und Anordnungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die alle dem einen Ziel dienten, uns zu helfen, eine gesunde Wirtschaft zu errichten, unser nationales Leben auf sicherer Grundlage wieder aufzubauen und unsere Zukunft als freies, demokratisches Volk zu sichern, damit wir als Gleiche unter Gleichen unseren Platz als nützliches Glied der großen Menschheitsfamilie ausfüllen können. Das ist der Nutzen, den wir aus der großen Sozialistischen Oktoberrevolution gezogen haben.

Während in der Deutschen Demokratischen Republik die Sowjetische Kontrollkommission eine friedliche demokratische Entwicklung fördert, lassen die Westmächte die Rüstungsfabrikation anlaufen, stellen sie deutsche Söldnertruppen auf und bürden uns immer höhere Besetzungskosten auf. Unser Bild: Erste britische Verstärkungen treffen in Göttingen ein.

Foto: DPA

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Perspektiven

Die neunköpfige Delegation der Wilhelmshavener Erwerbslosen, die vor wenigen Tagen mit der Hauptabteilung für innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik über gegenseitigen Warenaustausch verhandelt hatte, ist nun nach Hause zurückgekehrt. Dank dem Entgegenkommen der maßgebenden Regierungsstellen in Berlin hat sie eine ganze Reihe von praktischen Vorschlägen mitgenommen, die sie den Inhabern vieler in Not geratener Wilhelmshavener Betriebe unterbreiten wird. Unsere Regierung ist bereit, diesen Betrieben Produktionsaufträge zu erteilen, und bietet dafür in gleicher Höhe Waren an, die Westdeutschland sehr gut gebrauchen kann. Die Wilhelmshavener Betriebe könnten also in kurzer Zeit wieder voll beschäftigt sein, Tausende von Erwerbslosen könnten in Lohn und Brot kommen. Zwar werden die westdeutschen Behörden alles tun, um einem Abkommen zwischen unserer Republik und der Wilhelmshavener Industrie Hindernisse in den Weg zu legen. Doch können diese Hemmklötze zweifellos beiseite geschoben werden, wenn sich die Unternehmer, die Gewerkschaften und die ganze Bevölkerung der Stadt die Vorschläge unserer Regierung zu eigen machen und sich nicht davon abbringen lassen.

Die Delegation der neun Wilhelmshavener Erwerbslosen sprach nicht nur in Berlin, im Hause der Ministerien, vor. Sie nahm die Gelegenheit wahr, sich einige Tage in unserer Deutschen Demokratischen Republik umzuschauen.

Die Neun besuchten das Kinderdorf im Kreise Kyritz in der Altmark. Sie sahen, wie vorbildlich hier elternlose Umsiedler-Kinder untergebracht sind. Sie sprachen mit den fröhlichen Buben und Mädeln, die zusaammen mit den Kindern der alteingesessepen Dorfbewohner aufwachsen und hier eine neue Heimat, ein neues Elternhaus und Glauben an eine frohe Zukunft gefunden haben.

„Diese ganze neuartige Methode ist eine Sensation. Daß es so etwas gibt, habe ich bisher nicht für möglich gehalten!" — meinte begeistert der erwerbslose kaufmännische Angestellte Philipp Wenz. „Daß die Gören nicht hungern, daß sie gedeihen und mit sich und der Welt zufrieden sind, soweit man das kann, wenn man die Eltern verloren hat, war ganz offensichtlich. Wenn wir den Umsiedlern, die in unserer nassen Ecke da oben wohnen, von diesem Kinderdorf und von den Neubauernsiedlungen erzählen, werden sie Mund und Nase aufreißen."

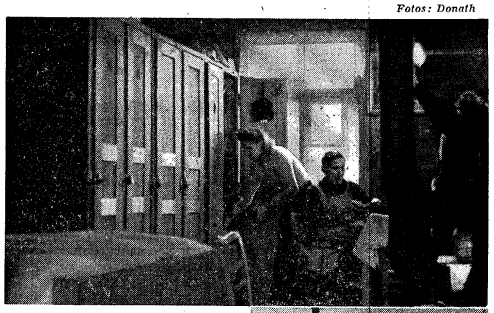
Besonders beeindruckt war Wenz von der Tatsache, wie stolz die Werftarbeiter in Wismar und Warnemünde auf ihre Werke waren. „Die gehören uns selber", sagten sie ihm, „da wissen wir, für wen wir arbeiten. Es ist klar, daß wir uns anstrengen, unsere Normen nicht nur zu erfüllen, sondern zu überbieten."

„Bei uns in Wilhelmshaven", berichtete uns Herr Wenz weiter, „sind jetzt Agenten schwedischer Schiffswerften aufgetaucht. Sie machen sich die Not unserer erwerbslosen Werftkumpels zunutze. Sie bieten ihnen mit viel schönen Worten Arbeit auf schwedischen Werften an. Sie geben dabei aber nie etwas Schriftliches aus der Hand und hüten sich auch, den genauen Verdienst zu nennen. Denen geht es nämlich nur darum, Facharbeiter zu Kuli-Löhnen anzuwerben. Da macht aber keiner mit. Die kommen lieber hierher nach Wismar oder Stralsund."

Der erwerbslose Wilhelmshavener Maschinenschlosser Wilhelm Marx war überrascht von den hohen Löhnen der Schiffbauer in Wismar und Warnemünde. „Solche Löhne kennen wir bei uns nicht! Und besonders die Frauenlöhne! Unsere Arbeiterinnen tragen oft im ganzen Monat nur 80 bis 100 Mark nach Hause. So viel verdienen aber in Wismar und Warnemünde manche Frauen in einer Woche. Ich habe mir selbst die Lohnabrechnungen von Dreherinnen, Bohrerinnen und Fräserinnen angesehen. Dazu arbeiten noch ihre Männer. Und die Kinder sind in den Kindergärten. Was ihr hier für die Jugend tut, so etwas kennt man bei uns drüben überhaupt nicht. Wenn ich einen Jungen habe und will ihn etwas Richtiges lernen lassen, dann brauche ich in Westdeutschland eine Menge Geld. Und das habe ich nicht. Bei euch aber kann jeder jeden Beruf ergreifen, wenn er die Eignung hat. Wie schön könnte es in einem einheitlichen Deutschland sein, wenn wir alle Kräfte zusammenlegen."

Frau Ina Wenk, Abgeordnete des Brandenburgischen Landtages, hat den Wähleraufrag erhalten, sich für die Besserung der Wohnverhältnisse in den Baracken im Schragen in Potsdam einzusetzen. Unser Photograph war gerade zugegen, als sie der glückstrahlenden Frau Müller die Einweisung in eine neue Wohnung überreichte (Bild links)

Fotos: Donath



„Das müßte der Oberbürgermeister mal sehen!"

Landtagsabgeordnete Ina Wenk erfüllt ihren Wähleraufrag

Die Besucher der Wahlversammlung in der Kraftfahrzeughalle bei den Schragen, am Stadtrand von Potsdam, lächelten, als ihnen als „Ersatz" für den erkrankten Referenten eine Kandidatin aus Kyritz an der Jäglitz als Rednerin angekündigt wurde. Was konnte ihnen diese Frau aus irgendeinem Winkel des Kreises Ostprignitz schon sagen, ihnen, die als unschuldige Opfer des Krieges, als Ausgebombte und Neubürger täglich am eigenen Leibe verspürten, wie unendlich schwer der Wiederaufbau aus eigener Kraft ist, die seit fünf Jahren darauf warteten, daß sie aus ihrem Wohnungselend herauskamen, das ihre Schaffensfreude hemmte, und die bisher auf alle ihre Beschwerden und Eingaben immer nur die Antwort erhalten hatten: „Habt Geduld, es geht leider nicht so rasch, wie wir es selbst wünschen! 28 000 Wohnungen sind allein in Potsdam durch den Krieg zerstört. Neben ihren alten Einwohnern mußte die Stadt Tausende von Umsiedlern unterbringen, dazu kam der Zugang, den der Aufbau der Verwaltungsstellen für die Landeshauptstadt mit sich brachte. Trotz großer Anstrengungen aller beteiligten Stellen fehlen der Stadt noch über 20 000 Wohnungen. Es ist für die Stadt selbstverständlich, daß alle verfügbaren Mittel für den Aus- und Aufbau von Wohnungen eingesetzt werden, doch die gründliche Überholung der ehemaligen Wehrmachtsbaracken, in die wir euch damals unterbringen mußten, damit ihr wenigstens von der Straße wegkamt, würde Materialien und Geldmittel verschlingen, die uns an anderer Stelle fehlen würden. Unser Streben geht dahin, euch sobald als möglich in richtige Wohnungen einzuweisen und die Barackenstadt abzubrechen."

Und nun kam diese Frau aus Kyritz und wollte über Einheit, Frieden und Aufbau sprechen. Klein und zierlich, kaum 30 Jahre alt, ein wenig abgearbeitet und mit einem Gesicht, dem man ansah, daß die Frau nicht nur auf der Sonnenseite des Lebens gewandelt war, stand Ina Wenk vor ihnen. In ihren Augen leuchtete die Begeisterung für die übernommene Aufgabe.

Nach kurzer Zeit war der Bann gebrochen. Das war ja eine Frau wie sie, keine „Prominente", die das Leben vom grünen Tisch sah, und vertrauensvoll erzählten sie ihr in der Aussprache von ihren Sorgen und Nöten. Ina Wenk hörte sich alles an und — blieb über Nacht in Potsdam, obwohl zu Hause ihre Familie auf sie wartete. Am nächsten Tage war sie wieder bei ihren Wählern, doch diesmal in ihren Wohnungen. Sie ging von Baracke zu Baracke und überzeugte sich davon, wie dringend nötig hier eine rasche Hilfe war.

In Ina Wenk stand es fest: hier mußten alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um den Leuten noch vor Einbruch des Winters zu helfen. Sie ging zum Verwalter der Siedlung, zur Nationalen Front, mobilisierte alle Dienststellen, die irgendwie mit der Siedlung zu tun haben, und landete schließlich bei Oberbürgermeister Paul. Überall versicherte man ihr, daß die Mängel bekannt seien, daß man sich seit Jahren bemühe zu helfen, die Schwierigkeiten seien jedoch zu groß. Doch Ina Wenk ließ nicht locker! Sie bat den Oberbürgermeister einmal mit hinauszufahren, um an Ort und Stelle festzustellen, ob nicht doch in den dringendsten Fällen etwas getan werden könne. Sie habe den Wähleraufrag erhalten und fahre nicht eher wieder nach Hause, bis sie wisse, daß alle Möglichkeiten erschöpft seien. Und Oberbürgermeister Paul machte sich frei. Ina Wenk ging mit ihm von Baracke zu Baracke. Wie eine alte gute Bekannte grüßten die Frauen nun schon ihre Kandidatin: „Sehen Sie, Frau Wenk, das müßte sich unser Oberbürgermeister einmal ansehen!" und sie wurden verlegen, als sie erfuhren, daß der Mann neben Frau Wenk, der so interessiert alle Einzelheiten untersuchte, der Herr Oberbürgermeister selber war.

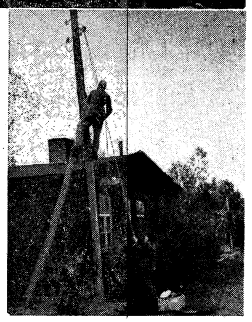
Hinterher steckten sie die Köpfe zusammen und ahnten nicht, daß er sich noch am gleichen Tage mit Ina Wenk zusammensetzte und eine Liste der Familien aufstellte, die bevorzugt eine richtige Wohnung erhalten sollten. Sie ahnten nichts von den Verhandlungen mit dem Wohnungsamt wegen der Berücksichtigung der Schragen-Mieter bei der Vergebung der demnächst verfügbar werdenden Wohnungen in der Schwanenallee und im Bauschwerpunkt Potsdam 1 in der Franz-Mehring-Straße in Babelsberg, nichts von den Besprechungen mit den KWU wegen der Montage einer elektrischen Beleuchtung zwischen den Baracken, doch es sprach sich herum, daß noch im Oktober vier Familien aus den Schragen Wohnungen erhielten.

Eines Tages kamen die Monteure der KWU, stellten Masten auf, zogen Kabel und brachten Lampen an.

Vierzehn Tage sind seit der Erteilung des Wähleraufrages vergangen. Wieder ist Frau Wenk nach Potsdam gekommen, um sich zu vergewissern, daß ihre Saat aufgeht. Wieder besucht sie ihre Freunde in den Schragen. „Sie können der 13köpfigen Familie Müller das Angebot für eine große Zweizimmerwohnung mit Küche und Nebenräumen in der Feuerbachstraße mitnehmen!" teilt ihr das Wohnungsamt mit. „Die Liste des Oberbürgermeisters mit den dringendsten Fällen aus den Schragen liegt bei mir ständig auf dem Tisch. Bis Mitte November werden wir voraussichtlich sechzehn Familien in die Häuser des ehemaligen Yachtklubs, in der Schwanenallee, die zur Zeit ausgebaut werden, einweisen können. Das sind die landschaftlich wunderbar gelegenen alten Blockhäuser an der Havel, die früher dem sportlichen Vergnügen der oberen Zehntausend dienten und gewöhnlichen Sterblichen verschlossen waren", fügt sie erläuternd hinzu. Außerdem sind von den noch im Laufe dieses Jahres fertig werdenden Wohnungen in der Franz-Mehring-Straße dreißig Zweizimmerwohnungen mit Bad für 27,— bis 28,— Mark Miete für die Bewohner des Schragens vorgesehen." „Mit dem Baumaterial aus den freiwerdenden Baracken werden die verbleibenden Barackenwohnungen winterfest gemacht!" — ergänzt der Verwalter.

Durchgefroren und abgespannt — denn sie hat auch heute seit dem Frühstück nichts gegessen — fährt Ina Wenk mit uns zur Dienststelle zurück. „Na, nicht ein bißchen glücklich über den erfolgreich durchgeführten Wähleraufrag?" frage ich sie. „Ach wissen Sie, am schönsten ist es für eine Mutter, anderen helfen zu können!" — antwortet sie schlicht, „und wenn jede Frau einsieht, daß auch sie dabei mithelfen kann, dann ist schon viel gewonnen!"

-ergo-



Ehemalige Wehrmachtsbaracken mußten in der schwerzerstörten Stadt Potsdam Ausgebombten und ehemaligen Umsiedlern zur Verfügung gestellt werden. Aber das Barackenleben ist jetzt doch bald zu Ende

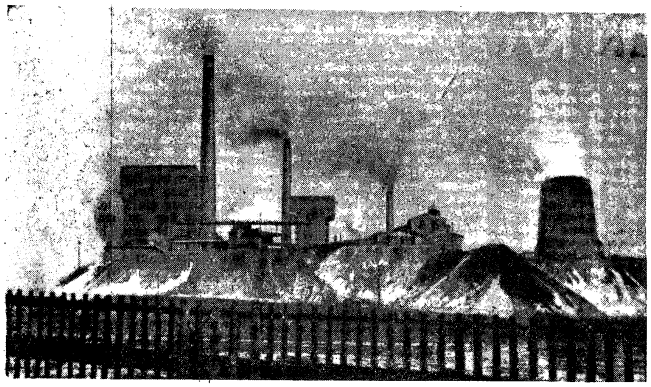
„Wenn wenigstens zwischen den einzelnen Baracken abends Lampen brennen würden", sagten die Bewohner des Schragen. Ina Wenk griff ein. Eine neue Lichtleitung wird gelegt.

Die Anlagen des ehemaligen Potsdamer Yachtclubs, die früher nur dem Vergnügen der „oberen Zehntausend" dienten, werden jetzt besonders für die Bewohner des Schragen hergerichtet

Bauschwerpunkt Nr. 1 der Stadt Potsdam sind die Wohnungsneubauten in der Franz-Mehring-Straße im Ortsteil Babelsberg. Noch in diesem Jahr werden hier dreißig Neubauwohnungen von den Bewohnern des Barackenlagers im Schragen bezogen

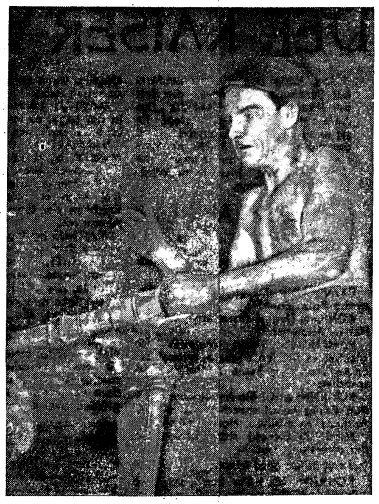
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



Der Wunsch von tausend und aber tausend westdeutschen Bergarbeitern ist in der Deutschen Demokratischen Republik längst Wirklichkeit geworden: Hütten und Gruben liegen in den Händen des Volkes. Unsere ostdeutschen Kumpel arbeiten nach einem die gesamte Wirtschaft umfassenden Plan, der unseren friedlichen Aufbau garantiert und unserer Bevölkerung wachsenden Wohlstand sichert.

Dreimal bereits hat der Kumpel Scheffler seine Arbeitsnorm freiwillig erhöht. Seit die Grubenbesitzer und Aktionäre verschwunden sind, weiß er, wofür er arbeitet. Er führt eine Arbeitsbrigade, die neue Arbeitsmethoden erdacht hat. So konnten sie ihr Soll mit 163 Prozent erfüllen. Nach ihrer guten Leistung werden sie auch bezahlt. Durchschnittlich 800,— Mark verdient unser Kumpel im Monat!



„Auch ich war gegen Hennecke"

Es war der 31. Oktober, Reformationstag und in der Deutschen Demokratischen Republik gesetzlicher Feiertag. Vor dem großen Werktor der Steinkohlengrube „Karl Liebknecht" treffen wir eine Gruppe von Bergleuten. Auf unsere Frage, warum sie heute arbeiten, antwortet ein junger Kumpel sehr bereitwillig: „Wir fahren eine Friedensschicht!" Die anderen nicken zustimmend und gehen durch das breite Tor auf den Förderturm zu.

Nur mit unserer Zustimmung

Wenige Minuten später erhalten wir auf diese Frage von dem 1. Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), Paul Voitl, die Antwort. „Da wir keinen Brocken Kohle von der Ruhr kriegen, ist jede Tonne für unsere volkseigene Wirtschaft von Bedeutung. Damit nirgends etwa Produktionsstockungen eintreten, haben die Kollegen beschlossen, am heutigen Feiertag eine freiwillige Schicht zu fahren", berichtet uns der Kollege Voitl, der selbst länger als 20 Jahre im Bergbau tätig ist und, getragen von dem Vertrauen der Bergleute der Grube „Karl Liebknecht", zum Vorsitzenden der BGL gewählt wurde. „Denn unsere Kollegen haben erkannt, daß der Ertrag ihrer Arbeit nicht mehr die Geldsäcke irgendeines Grubenbesitzers füllt, sondern daß ihre Arbeit mithilft, unsere Friedensindustrie zu entwickeln, und so allen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik ein besseres Leben bringt. Sie haben erkannt, daß das Mitbestimmungsrecht bei uns kein leeres Wort mehr ist und daß die Rechte, die sie sich durch ihre Arbeit erkämpft und erworben haben, nicht Buchstaben auf dem Papier bleiben, sondern Wirklichkeit werden. Unsere Kollegen haben am eigenen Leibe erfahren, daß bei uns die Zeit der Willkür der Bergwerksbesitzer, der Beamten und Prinzipale vorüber ist.

Um ein Beispiel zu nennen: In der Arbeitsordnung für Bergarbeiter des Aachener, niedersächsischen und rheinisch-westfälischen Steinkohlenreviers heißt es u. a. im § 5, Absatz 8, daß die Bergleute ohne Kündigung fristlos entlassen werden können, wenn sie nach ärztlicher Bescheinigung voraussichtlich für längere Zeit arbeitsunfähig oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind. Wird dagegen bei uns ein Bergarbeiter krank, kann er nicht nur nicht entlassen werden, sondern er erhält einen Lohnausgleich von 90 Prozent seines Bruttoeinkommens. Einstellungen und Entlassungen können überhaupt nur mit Zustimmung der Betriebsgewerkschaftsleitung vorgenommen werden. Ebenso können die von der Belegschaft gewählten Gewerkschaftsfunktionäre ohne Zustimmung der Gewerkschaft nicht gekündigt werden. Aber warum erzähle ich Ihnen das alles? Fragen Sie doch unsere Kumpel selbst!"

Wenige Minuten später haben wir von dem Direktor der Grube „Karl Liebknecht", Kollegen Mehlhorn, die Genehmigung, selbst einzufahren, um die Kumpel vor Ort bei ihrer Arbeit kennenzulernen und uns von ihnen die Frage: „Was ist eine Friedensschicht?" beantworten zu lassen. Der Direktor der Grube „Karl Liebknecht", Kollege Mehlhorn, selbst ein alter Gewerkschaftsfunktionär, seit 1906 als Bergarbeiter und später als Betriebsrat nicht nur in Sachsen, sondern auch im Ruhrgebiet tätig, kennt die Sorgen und Nöte seiner Kumpel. Von dem in seinem Zimmer anwesenden Kulturdirektor der Grube erfahren wir, beiläufig, daß Kollege Mehlhorn bei der geheimen Wahl der Delegierten, die am nächsten Verbandstag der westdeutschen Bergarbeiter teilnehmen sollen, neben dem 1. Vorsitzenden der BGL die meisten Stimmen erhielt.

700 Meter in zwei Minuten

Um 18 Uhr stehen wir mit dem Brigadeführer, Kumpel Scheffler, vor dem Förderkorb. Kaum zwei Minuten dauert die Abfahrt, und wir befinden uns 700 Meter unter Tage. Auf dem Wege zu Ort 211, dem Arbeitsplatz der Brigade Scheffler, erfahren wir, daß er am 13. Oktober dieses Jahres auf Grund seiner Leistungen als „Verdienter Aktivist" ausgezeichnet wurde. Auf unsere Frage, wie er sich diese Auszeichnung verdiente, berichtet er uns über seine Entwicklung in den letzten zwei Jahren: „Als Hennecke damals am 13. Oktober 1948 in unserer Grube seine Norm mit 380 Prozent erfüllte und damit alle bisherigen Aktivistenleistungen weit hinter sich ließ, war auch ich nicht gut auf ihn zu sprechen. Wochenlang diskutierten wir mit unseren Gewerkschafts - Vertrauensmännern und den Kollegen der BGL, und nicht nur einmal wurde in den Tagen des Oktober 1948 die Meinung ausgesprochen, daß Hennecke ein Lohndrücker sei. Wie bei vielen anderen, so setzte sich auch bei mir erst langsam die Überzeugung durch, daß das, was Hennecke tat, richtig war und er uns den Weg zeigte, wie wir aus eigener Kraft für alle Menschen unseres Vaterlandes ein besseres Leben und damit einen größeren Wohlstand schaffen können. Am 21. November 1948 fuhr ich nach seiner Arbeitsmethode mit Erfolg meine erste Aktivistenschicht."

„Daß ich damals den richtigen Weg beschritten habe, bewies mir vor einigen Tagen der Besuch westdeutscher Kumpels, die uns über die Verhältnisse in den Gruben des Westens unserer Heimat berichteten. Ein Mann wie der 1. Vorsitzende der IG Bergbau in Westdeutschland, Schmidt, wäre nicht eine Minute länger Vorsitzender unserer Gewerkschaft. Niemals könnte heute eine Arbeitsordnung bei uns wieder eingeführt werden wie die, die Schmidt vor einigen Wochen unterschrieben hat und in der die Paragraphen der alten Berggesetze aus dem Jahre 1865 wieder aufgenommen wurden. Wenn ich mir vorstelle, daß unsere westdeutschen Kollegen wegen ‚groben Ungehorsams' gegen die Bergwerksbesitzer, ihre Stellvertreter oder andere fristlos entlassen werden können, so muß ich mich an den Kopf fassen. Das ist ja beinahe schlimmer als zu Bismarcks Zeiten. Sowas wäre bei uns unmöglich. Abgesehen davon — gegen wen sollten oder ‚könnten wir eigentlich ‚ungehorsam' sein? Etwa gegen uns selbst? Denn unsere Gruben gehören doch dem Volke, also auch uns selbst. Unser Direktor ist unser Mann, ein alter Kumpel. Dazu können wir durch unsere BGL unser Mitbestimmungsrecht in allen entscheidenden Fragen, die unsere Grube und unsere Arbeit betreffen, mitentscheidend ausüben.

Höherer Lohn - gleiche Preise

Kumpel Scheffler berichtet uns dann, daß er Anfang 1949 freiwillig seine Norm um 10 Prozent erhöhte. Im Verlaufe des Jahres schlossen sich ihm fünf Kollegen an, und sie bildeten die Brigade Scheffler. Diese Brigade, deren Brigadeführer er ist, arbeitet nach seinen Arbeitsmethoden, und alle Mitglieder haben am 1. August 1950 ihre Norm nochmals um 25 Prozent erhöht. Die Brigade Scheffler arbeitet als Kollektivbrigade. Durch restlos durchorganisierte Arbeit und gute Anleitung ihres Brigadeführers gelang es ihr, trotz der nochmaligen Normerhöhung um 25 Prozent in den letzten Monaten regelmäßig eine durchschnittliche Sollerfüllung von 163 Prozent zu erreichen.

Inzwischen sind wir vor Ort angekommen und benutzen die Zeit des Besetzens der Sprenglöcher (Vorbereitung zum Sprengen), um mit einigen anderen Kollegen zu sprechen. Neben uns sitzt Fritz Kraft, ein Kumpel, der seit 24 Jahren unter Tage, die letzten 10 Jahre als Rutschenwärter tätig ist. Auf die Frage, warum er heute eigentlich arbeitet, antwortet er lachend: „Damit's bei uns schneller aufwärts geht! Ich hätte ja heute auch zu Hause bleiben können, denn meinen Lohn bekomme ich trotzdem, aber Kohle ist wichtig. Je mehr Kohle gefördert wird, desto besser geht es uns allen, denn unsere Kohle wird in allen Betrieben sehr dringend gebraucht. Sehen Sie, vor acht Wochen bekam ich pro Schicht 9,76 DM. Seit der letzten Lohnerhöhung am 1. September verdiene ich 12,60 DM in jeder Schicht. Diese Lohnerhöhung erfolgte, ohne, wie es früher immer war, daß vorher die Lebensmittel teurer wurden. Das heißt, ich verdiene jetzt bei der gleichen Arbeit mehr als vordem, die Preise blieben jedoch die gleichen, und deshalb kann ich mir heute auch mehr kaufen."

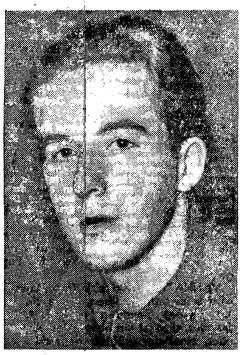
Unterdessen ist die Sprengung vorüber, und unsere Unterhaltung wird durch das Rattern der Preßluftbohrhämmer und das Quietschen der Rutschen unterbrochen.

1000 DM — keine Seltenheit

21 Uhr ist es bereits. Nachdem wir uns von dem Kumpel Scheffler verabschiedet haben, bringt uns der Steiger Rudolf Mildner zum sogenannten Panzerstreb. Hier wird in 700 Meter Tiefe auf 110 Meter Breite ein ergiebiges Steinkohlenflöz nach neuesten Arbeitsmethoden abgebaut. Auf dem Wege dorthin erzählt uns der Kollege Mildner, daß auf 100 Tonnen geförderter Kohle etwa fünf Festmeter Grubenholz wieder in den Berg hineinkommen.

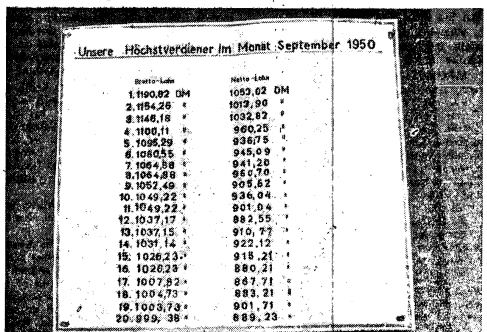
Vor Ort treffen wir auf den Steiger Richard Weiß, der bereits 25 Jahre im Bergbau tätig ist. Mit ihm unterhalten wir uns über die Organisation der Arbeit in unseren Bergwerken. Er erklärt uns, daß laufend Arbeitsbesprechungen vor Ort stattfinden, in denen die Arbeitsmethoden von allen durchgesprochen und gemeinsam festgelegt werden. Welch großer Unterschied gegenüber Westdeutschland! Hier werden Arbeitsaufträge erteilt, und im § 45 der Arbeitsordnung für den westdeutschen Bergbau heißt es: „Beschwerden gegen einen dienstlichen Auftrag rechtfertigen keine Verweigerung des Auftrages." Wahrlich, ein Unterschied wie Tag und Nacht. Eine solche Bestimmung wäre in einer Arbeitsordnung eines volkseigenen Bergwerkes völlig unmöglich, da sich unsere Bergarbeiter durch das Mitbestimmungsrecht ihre Arbeitsaufträge selbst geben.

Nach unserem Besuch bei den Kumpeln vor Ort wissen wir, daß unsere Bergarbeiter sehr wohl den Unterschied zwischen den brutalen Ausbeutungsmethoden ehemaliger Grubenbesitzer und ihrer heutigen Arbeit im Interesse des ganzen Volkes erkannt haben. Sie wissen, daß der Ertrag ihrer Arbeit ihnen selbst wieder zufließt, und Leistungslohnverdienste bis zu 1000 DM im Monat sind keine Seltenheit. Unsere Kumpel im Steinkohlenbergbau wissen, daß die Familienwillkür der Grubenbesitzer, daß „Prinzipale", Untergebene und Vorgesetzte, mittelalterliche Prangermethoden und „dienstliche Aufträge" in der Deutschen Demokratischen Republik einer Neuordnung weichen mußten. Sie haben klar erkannt, daß es von ihrer Arbeit abhängt, in welchem Tempo der Aufbau der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vorangetrieben werden kann. Sie sind sich dessen bewußt, daß sie damit einen entscheidenden Beitrag für den Kampf um den Frieden und den Kampf um die Einheit unseres Vaterlandes leisten. Sie haben es wieder einmal am 31. Oktober 1950 in ihrer Friedensschicht bewiesen. *H. Z.*



Der Kumpel Dietrich Rotter ist einer von 300 jungen Bergarbeitern, die in Freiberg an der Bergakademie studieren. Sie sind stolz auf ihre Arbeiter- und Bauernfakultäten. Ein staatliches Stipendium von monatlich 350,— DM bekommen sie, und von der Grube und der IG Bergbau erhalten sie zusätzliche Studienunterstützungen. Im Jahre 1954 ist unser Kumpel Dietrich Rotter Diplom-Ingenieur und wird im Bergbau zeigen, was er gelernt hat!

Unten: Reißt nur die Augen auf, ihr westdeutschen Kumpel! Das sind Löhne, die unsere besten Bergarbeiter ausgezahlt bekommen. Darüber berichtet man dort drüben bei euch nicht. Sie sind auch nicht mit hängender Zunge in Tag- und Nachtfron erschuftet, sie sind der Lohn für gute Leistung und wohlüberlegte Arbeitsmethoden. Fotos: Kolbe



Unten: „19 000 Klöße an einem Tag sind keine Seltenheit", erzählt uns Kurt Drommer. Früher war er Koch im Zentral-Hotel in Berlin am Bahnhof Friedrichstraße, heute ist die Werkküche der Grube „Karl Liebknecht" seiner fachmännischen Kunst anvertraut. Die Arbeit macht ihm Freude, und die Kumpel bestätigen ihm gern, daß sein Essen schmackhaft, gut, viel-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DER KAISER VON AMERIKA

Ans Ende des 20. Jahrhunderts hat Bernhard Shaw selbst die Zeit der Handlung seiner Komödie „Der Kaiser von Amerika" verlegt. Es ist erst Mitte des Jahrhunderts, und der folgende, dem 3. Akt entnommene Vorgang ist nicht mehr weit davon entfernt, historische Wirklichkeit zu werden.

Dritter Akt

Der König, die Königin

(Pamphilius, der Sekretär des Königs, tritt über die Terrasse ein, auf der Seite der Königin.)

PAMPHILIUS: Majestät, der amerikanische Botschafter.

KÖNIGIN (ärgert sich etwas darüber): Hat er Audienz?

PAMPHILIUS: Nein Majestät. Ich glaube, es hat ihn etwas aufgeregt ... Er sagt, er muß Seine Majestät sofort sprechen.

KÖNIGIN: Muß! Ein Amerikaner muß den König sofort sprechen, ohne eine Audienz zu erbitten. Noch schöner!

MAGNUS (erhebt sich): Lassen Sie ihn eintreten, Pam.

(Pamphilius geht hinaus.)

KÖNIGIN: Ich hätte ihm gesagt, er möge schriftlich um eine Audienz bitten, und ihn dann eine Woche warten lassen.

MAGNUS: Was? Wo wir Amerika noch immer jene alte Kriegsschuld zu bezahlen haben? Und wo an seiner Spitze ein verrückter imperialistischer Präsident wie Bossfield steht? ...

PAMPHILIUS (erscheint wieder): Seine Exzellenz der amerikanische Botschafter, Herr Vanhattan.

(Er zieht sich zurück, während Herr Vanhattan in einem überschwenglichen Zustand eintritt und wie ein Mensch, der eines begeisterten Empfanges sicher ist, auf die Königin zueilt. Er begrüßt sie mit einem so langen Händedruck, daß sie erstaunt aufblickt, erst auf ihn und dann flehentlich auf den König, während ihre Hände die ganze Zeit über kräftig gedrückt und auf und ab geschwungen werden.)

MAGNUS: Um Gottes willen, was ist denn los, Herr Vanhattan? Sie schütteln Ihrer Majestät die Ringe von den Fingern.

VANHATTAN (läßt ab): Ihre Majestät wird mich entschuldigen, wenn sie die Art meiner Sendung erfährt. König Magnus, dies ist ein historischer Augenblick, einer der größten vielleicht ...

MAGNUS: Haben Sie schon Tee getrunken?

VANHATTAN: Tee! Wer kann in einem solchen Augenblick an Tee denken!

KÖNIGIN (ziemlich kühl): Es fällt uns schwer, Ihre Begeisterung zu teilen, weil wir ihren Grund nicht einmal ahnen.

VANHATTAN: Das ist wahr, Majestät, ich benehme mich wie ein Verrückter. Aber ...

MAGNUS: Gütiger Himmel! — Wollen Sie nicht Platz nehmen?

VANHATTAN (nimmt einen Stuhl und stellt ihn zwischen die beiden): Ich danke Ihnen, Majestät. (Setzt sich.)

MAGNUS: Mein lieber Vanhattan, was, zum Teufel, ist eigentlich los?

VANHATTAN: König Magnus, zwischen Ihrem und meinem Land steht eine Schuld — ... Zwischen Ihrem und meinem Land gibt es nicht nur eine Schuld, sondern auch eine Grenze. Jene Grenze, ... über die hinweg der amerikanische Bürger dem kanadischen Untertan Ihres Thrones täglich die Hand schüttelt.

MAGNUS: Nicht zu vergessen die Grenze des Ozeans, die auf unsere gemeinsamen Kosten vom Völkerbund etwas kostspieliger verteidigt wird.

VANHATTAN (erhebt sich, um seinen Worten größten Nachdruck zu verleihen): Majestät, die Schuld ist getilgt, es gibt keine Grenze mehr.

MAGNUS: Soll das heißen, Herr Vanhattan, daß infolge eines Erdbebens der Kontinent Nordamerika in den Atlantischen Ozean versunken ist?

VANHATTAN: Es ist etwas noch Wunderbareres geschehen. Man kann sagen, daß der Atlantische Ozean in das Britische Reich versunken ist.

MAGNUS: Ich glaube, Sie täten besser, uns so kurz und bündig wie möglich zu sagen, was geschehen ist. Bitte setzen Sie sich.

VANHATTAN (setzt sich wieder): Sie wissen, Majestät, daß die Vereinigten Staaten von Amerika einmal einen Teil Ihres Reiches gebildet haben ... Im achtzehnten Jahrhundert ...

MAGNUS: Das ist lange her ...

VANHATTAN: Jahrhunderte zählen nur wenig in der Lebensdauer großer Nationen, Majestät. Erlauben Sie, daß ich Sie an die Parabel vom verlorenen Sohn erinnere?

MAGNUS: Wahrhaftig, Herr Vanhattan, das ist schon lange, sehr lange her. Ich vermute, daß sich aber erst seit gestern etwas Wichtiges ereignet hat.

VANHATTAN: Jawohl, das ist der Fall, König Magnus.

MAGNUS: Nun, was denn? ...

KÖNIGIN: Der König hat in zehn Minuten eine Kabinettssitzung, Herr Vanhattan.

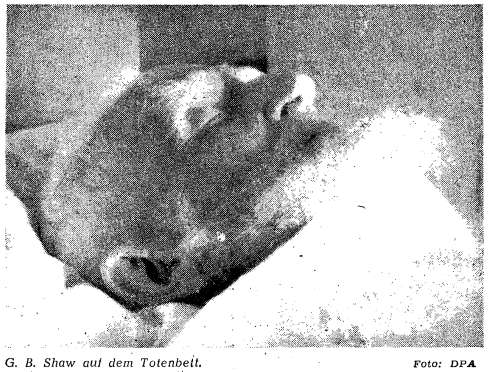
VANHATTAN: Ich möchte gern die Gesichter Ihrer Minister sehen, König Magnus, wenn sie hören, was ich Ihnen zu sagen habe.

MAGNUS: Ich auch, aber ich bin nicht in der Lage, es ihnen mitzuteilen, weil ich nicht weiß, was es ist.

VANHATTAN: Der verlorene Sohn, Majestät, ist in seines Vaters Haus zurückgekehrt. Nicht arm, nicht hungrig, nicht zerlumpt, wie einst, o nein, diesmal kehrt er heim und bringt den Reichtum der Erde in das Haus seiner Ahnen mit.

MAGNUS (springt vom Stuhl auf): Sie wollen doch nicht sagen ...

VANHATTAN (erhebt sich auch und kostet seinen Triumph liebenswürdig aus): Ja, das will ich, Majestät. Die Unabhängigkeitserklärung ist aufgehoben. Die Verträge, die sie verbürgten, sind zerrissen. Wir haben beschlossen, uns wieder mit dem Britischen Reich zu vereinigen ... Ich werde Sie binnen kurzem hier wieder besuchen, nicht als der Botschafter einer auswärtigen Macht, sondern als höchster Bevollmächtigter der größten Ihrer Kolonien und als Ihr sehr



G. B. Shaw auf dem Totenbett. *Foto: DPA*

treuer und ergebener Untertan, Majestät.

MAGNUS (fällt in seinem Stuhl zusammen): Da sei Gott vor!

(Er starrt entsetzt in die Zukunft, jetzt zum erstenmal in äußerster Verlegenheit.)

KÖNIGIN: Was für eine herrliche Sache, Herr Vanhattan!

VANHATTAN: Ich hab' mir gleich gedacht, daß Majestät das sagen werden. Die herrlichste Sache, die sich jemals ereignet hat. (Er setzt sich wieder) ...

MAGNUS (rafft sich mit sichtbarer Anstrengung zusammen): Darf ich Sie fragen, Herr Vanhattan, wem dieses — dieses Meisterstück amerikanischer Politik seinen Ursprung verdankt? Aufrichtig gesprochen, war ich daran gewöhnt, in Ihrem Präsidenten einen Staatsmann zu sehen, an dem der Mund der wichtigste Teil seines Kopfes ist. Er kann sich des nicht selbst ausgedacht haben. Wer hat es ihm eingegeben?

VANHATTAN: Ich muß Ihre Kritik an Herrn Bossfield mit allem gebührlichen Vorbehalt hinnehmen, Aber ich darf wohl erwähnen, daß wir Amerikaner die gute Nachricht wahrscheinlich in Verbindung mit dem letzten Besuch bringen werden, den der Präsident des irischen Freistaates unseren Küsten abgestattet hat ...

MAGNUS: Der Schuft! Mathilde, wir werden in Dublin leben müssen. Das ist das Ende von England.

VANHATTAN: In gewissem Sinn mag das zutreffen, aber England wird nicht untergehn. Es wird aufgehn, Majestät, aufgehn in einem größeren und glänzenderen Unternehmen. Vielleicht hätte ich erwähnen sollen, daß eine unserer Bedingungen dahin lautet: Sie sollen Kaiser sein. König mag für diese kleine Insel genügen. Aber wenn wir noch dazukommen, müssen wir etwas Großartigeres verlangen.

MAGNUS: Diese kleine Insel! „Dies Kleinod, in die Silbersee gefaßt." Haben Sie nicht bedacht, Herr Vanhattan, daß wir es vorziehen könnten, den alten Schlachtruf der Sinnfeiner auszustoßen und bis zum letzten Blutstropfen für unsere Unabhängigkeit zu kämpfen, ehe wir uns zu einem kleinen Anhängsel eines großen amerikanischen Unternehmens herabdrücken lassen?

VANHATTAN: Es täte mir sehr leid, einen solchen Rückfall in eine barbarische Vergangenheit mitansehen zu müssen. Glücklicherweise ist er unmöglich. Der alte Schlachtruf würde bei der kosmopolitischen Besatzung der Flotte des Völkerbundes im Atlantischen Ozean keine Begeisterung erwecken. Diese Flotte würde Sie blockieren, Majestät, und ich fürchte, wir wären gezwungen, Sie zu boykottieren ...

MAGNUS: Und die Kontinentalmächte! Glauben Sie, daß die auch nur einen Augenblick lang einer solchen Verschiebung des Gleichgewichts zustimmen würden? ... Wie werden es Frankreich und Deutschland ...?

VANHATTAN (schüttelt nachsichtig den Kopf): Frankreich und Deutschland? Diese wunderlichen alten geographischen Bezeichnungen, deren Sie sich aus alter vertrauter Gewohnheit bedienen, beunruhigen uns nicht. Ich vermute, unter Deutschland verstehen Sie die Reiche der mehr oder weniger bolschewisierten Sowjetrepubliken zwischen dem Uralgebirge und der Nordsee. Nun, die gescheiten Leute in Moskau und Berlin und Genf versuchen, all diese Staaten zu vereinigen, und wir haben mit ihnen unzweideutig vereinbart, daß sie gegen unser Vorgehen nichts einwenden werden, wenn wir mit ihrem Vorgehen einverstanden sind. Frankreich, ... ist zu sehr in Afrika beschäftigt, um sich darüber zu beunruhigen, was am Ausgang Ihres kleinen Kanaltunnels geschieht. Solange Paris mit Amerikanern vollgepropft ist und die Amerikaner Geld haben wie Heu, ist im Westen vom französischen Standpunkt aus alles in Ordnung. Große Anziehungskraft hat in Paris für die Amerikaner ein Ausflug nach Altengland. Die Franzosen wollen, daß wir uns hier wie zu Hause fühlen, und das tun wir auch. Warum nicht? Schließlich sind wir doch hier zu Hause.

MAGNUS: In welchem Sinne, wenn ich fragen darf?

VANHATTAN: Nun, wir finden hier alles, woran wir gewöhnt sind: die Produkte unserer Industrie, unsere Bücher, unsere Theaterstücke, unseren Sport, unsere Gesundbeterkirchen, unsere Knochenärzte, unsere Kinos und die Tonfilme, kurz mit einem Wort: unsere Waren und unsere Ideen. Die politische Vereinigung mit uns wird nichts anderes sein als die amtliche Bestätigung einer schon vollzogenen Tatsache: eine Vereinigung der Herzen sozusagen.

KÖNIGIN: Sie vergessen, Herr Vanhattan, daß wir eine große nationale Tradition haben.

VANHATTAN: Die Vereinigten Staaten, Majestät, haben alle großen nationalen Traditionen in sich aufgenommen und mit ihrer eigenen ruhmreichen Tradition der Freiheit zu etwas verschmolzen, das einzig und allgemein ist.

KÖNIGIN: Wir haben eine alte Kultur, die uns eigentümlich ist. Sie mag nicht besser sein als die Ihre, aber sie ist anders.

VANHATTAN: Wirklich, ist sie das? Wir fanden jene Kultur in britischen Kunstdenkmälern niedergelegt: in den stattlichen Landhäusern Ihres Adels, in den Kathedralen, die unsere gemeinsamen Vorfahren als Landhäuser Gottes bauten. Was haben Sie damit angefangen? Sie haben sie uns verkauft. Ich bin im Schatten der Elykathedrale aufgewachsen, deren Übersiedlung von der Grafschaft Cambridge nach New Jersey eine der größten Taten meines Großvaters war ... Glauben Sie mir, die Engländer, die wirklichen Engländer, die die Dinge nehmen, wie sie sind, statt darüber Bücher zu lesen, werden sich mit uns wohler fühlen als mit dem alten englischen Wesen, das unsere Touristen lebendig zu erhalten versuchen. Wenn Sie einen Landedelmann finden, der zu Weihnachten und bei ähnlichen Anlässen die alten englischen Gebräuche üben will, was ist er? Ein Amerikaner, der den Landsitz gekauft hat. Ihre Leute veranstalten das Schauspiel seinetwegen, weil er dafür bezahlt, nicht aus angeborener Neigung.

KÖNIGIN (mit einem Seufzer): Unsere besten englischen Familien gehen heutzutage viel nach Irland ... Sie kehren niemals wieder.

VANHATTAN: Nun, können Sie sie deshalb tadeln, Majestät? Denken Sie an das Klima!

KÖNIGIN: Nein, es ist nicht das Klima, es ist die Pferdeausstellung.

(Der König erhebt sich sehr nachdenklich, und Vanhattan folgt seinem Beispiel.)

MAGNUS: Das muß ich mir überlegen ... Als ich jung war und unter dem Einfluß unserer Familientradition stand, die natürlich den Abfall der amerikanischen Kolonien niemals als gültig anerkannte, träumte ich tatsächlich von einem wiedervereinigten englischsprechenden Reich an der Spitze der Zivilisation.

VANHATTAN: Wie schön, wie groß! Und jetzt wird es wahr.

MAGNUS: Noch nicht. Jetzt, da ich älter und weiser bin, finde ich die Wirklichkeit weniger reizvoll als den Traum.

VANHATTAN: Und das ist alles, was ich dem Präsidenten als Antwort bringen soll? Er wird enttäuscht sein. Ich bin selbst ein wenig verdutzt.

MAGNUS: Vorläufig ist es alles. Vielleicht ist es ein großer Gedanke ...

VANHATTAN: Sicherlich, sicherlich.

MAGNUS: Vielleicht aber auch eine Falle, in der England umkommen wird.

VANHATTAN (ermutigend): Oh, ich würde es nicht so auffassen. Außerdem kann nichts — nicht einmal das liebe alte England — ewig dauern. Fortschritt, Sie wissen ja, Majestät, Fortschritt, Fortschritt!

MAGNUS: Stimmt, stimmt. Vielleicht werden wir nur als ein neuer Stern auf Ihrer Flagge weiterleben; dennoch klammern wir uns an das schmale Stückchen Eigenart, das Sie uns gelassen haben. Wenn wir in Ihrem Land aufgehn sollen, wie Sie es nennen — oder sagten Sie untergehn? —, werden einige von uns bis zum letzten Atemzug schwimmen.

(Zur Königin): Meine Liebe ...

Die Königin schlägt ihren Gong. Pamphilius kehrt zurück.

MAGNUS: Sie sollen nach der Kabinettsitzung von mir hören ... Ich hoffe morgen, zeitig, früh. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie mir die Nachricht brachten, ehe sie die Zeitungen bekamen. Das geschieht jetzt selten. Pamphilius, Sie werden Seine Exzellenz hinausgeleiten. Guten Abend. (Er schüttelt ihm die Hand.)

VANHATTAN: Ich danke Ihnen, Majestät. (Zur Königin): Guten Abend — Majestät. Ich freue mich schon darauf, bald in Hofgala meine Aufwartung zu machen.

KÖNIGIN: Sie werden darin sehr nett aussehen, Herr Vanhattan. Guten Abend.

Der Botschafter geht mit Pamphilius hinaus.

Hermann Hesse warnt

In einem Brief an den „Mannheimer Morgen" warnte der deutsche Schriftsteller und Nobelpreisträger Hermann Hesse die westdeutsche Bevölkerung vor den Machenschaften der Kriegstreiber und rief sie zum Widerstand gegen die Wiederaufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Westmächte auf. In dem Brief heißt es:

„Genau wie ihr einst, es ist noch nicht lange her, euch von Hitlers Propaganda die Todesangst vor den Bolschewiken so lange habt einschwatzen lassen, bis das ganze deutsche Volk bereit war, wieder einen Krieg auf sich zu nehmen, so macht ihr heute den Leuten, die am Zustandekommen eines neuen Krieges interessiert sind, die Freude, ihrer Reklame und Propaganda wie Behexte Glauben zu schenken und zuzustimmen. Ein Krieg kommt nicht aus dem blauen Himmel herab, er muß vorbereitet werden. Gewünscht aber, vorbereitet und suggeriert wird er durch die Menschen und Mächte, denen er Vorteil bringt. Er bringt ihnen direkten Gewinn an Geltung, Achtung und Macht, wie etwa den stellenlosen Generälen und Obersten.

Diesen Leuten und Gruppen, für die der Krieg ein Geschäft ist, und zwar ein besseres als der Friede, diesen Vergiftern und Beschwörern tun sie den Gefallen, ihren Suggestionen widerstandslos zu erliegen. Sie übernehmen damit eine Mitverantwortung am etwaigen Krieg."

★

Hermann Hesse ist am 2. Juli 1877 in Calw (Schwarzwald) als Sohn eines protestantischen Geistlichen geboren. 1946 wurde ihm der Nobelpreis verliehen, nachdem er schon 1927 den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt am Main erhalten hatte. Als Lyriker und als Verfasser der Romane „Peter Camenzind", „Demian", „Narziß und Goldmund", „Steppenwolf" und „Das Glasperlenspiel" ist er weltbekannt.

DER KULTURSPIEGEL

Der Nationalpreisträger Kuba bezeichnete es auf einem Schriftstellerkongreß in Erfurt als die Aufgabe der fortschrittlichen deutschen Dichter, die Menschen zu überzeugen und zu begeistern. Die größten Erfolge hierin seien bisher auf dem Gebiete der Lyrik erreicht worden, doch sei es notwendig, daß die Schriftsteller gerade jetzt in der Zeit des Fünfjahrplanes sich mit Romanen und Novellen an das Volk wenden. Vor allen Dingen müsse die künstlerische Gegenwartsreportage gepflegt werden. Engere Verbindung mit den Lesern, Förderung junger Schriftsteller und Versuche der Zusammenarbeit mit westdeutschen Schriftstellern im Interesse des Kampfes um die deutsche Einheit nannte Kuba als weitere Aufgaben.

Martin Andersen Nexö, der dänische Schriftsteller, wandelte ein Honorar, das der Dietz Verlag an ihn zahlte, in einen Literaturpreis von 20 000 DM um. Er bestimmte, daß der Preis einem Dichter verliehen werden sollte, dessen Werke entscheidend zur Stärkung des Antifaschismus und zum Wachrütteln einer demokratischen Gesinnung im deutschen Volke beigetragen haben. Die von Andersen Nexö bestimmten Preisrichter, Arnold Zweig, Willi Bredel und Fritz Schälicke, der Leiter des Dietz Verlages, haben den Preis dem Dichter Erich Weinert zuerkannt.

Das Ensemble des Shakespeare-Gedächtnis-Theaters in Stratford gab in Berlin ein Gastspiel. Unter der Regie von Peter Brook wurde die Komödie „Maß für Maß" gezeigt. Das Stück war ganz im Stile Shakespeares inszeniert, die englischen Künstler spielten mit großer Lebendigkeit, aber ohne jede Effekthascherei. Das wohltönende Englisch, in dem die Schauspieler sprachen, gab der Aufführung eine gewisse Ursprünglichkeit und verlieh dem Abend einen eigenen Reiz.

Das St. K. Neumann-Jugendensemble der Tschechoslowakei trat schon in zwölf Städten unserer Republik auf. Seine Vorstellung im Apparatewerk Treptow, die als Abschied gedacht war, wurde ein so großer Erfolg, daß das Ensemble seinen Aufenthalt in Berlin um eine Woche verlängerte, um noch mehrere Vorstellungen zu geben.

Stephan Hermlin: „Die Zeit der Gemeinsamkeit". Verlag Volk und Welt

Hermlins Novellen führen von der Zeit der Einsamkeit, wie sie von vielen vor dem Hitlerfaschismus geflüchteten deutschen Menschen in tragischster Form durchlebt wurde, in die Zeit der Gemeinsamkeit, in der sich alle Kräfte des Guten miteinander verbinden, um gemeinsam das Unmenschliche zu besiegen. Die menschliche und historische Größe dieser Gemeinsamkeit ist der Weg zu den lichten Höhen einer besseren und glücklicheren Zukunft.

Es sind vier Erzählungen, in denen der Dichter Hermlin diesen Grundgedanken entwickelt. Die beiden ersten, in Frankreich spielend, berichten von der Nichtswürdigkeit, mit der das Nazitum die europäischen Länder vergiftete, um die Flüchtlinge bis in die letzten Schlupfwinkel aufzuspüren und den Widerstandswillen des französischen Volkes zu lähmen. Dagegen erhebt sich der Feueratem der Freiheitskämpfer im Maquis. Verräter und Schwachgewordene können in dieser reinen Luft nicht leben. Sie werden wie ein faulendes Geschwür herausgeschnitten. Die beiden anderen Erzählungen haben den Aufstand des Warschauer Gettos und eine Begebenheit aus dem Lager Mauthausen zum Inhalt. Sie sind Symbole des gemeinsamen Kampfes. Selbst der gemeinsame Untergang bedeutet doch, eine Schlacht für das neue, das freie Leben gewonnen zu haben.

Hermlin hat es sich nicht leicht gemacht mit diesen Episoden aus einer Zeit des bitter-harten Ringens gegen den Faschismus. Andere haben vor ihm dieses große Thema behandelt; manche schmucklos als reinen Tatsachenbericht, manche in der akzentuierten Verdichtung des literarischen Kunstwerks. Und doch, wir, die wir viele solcher Schilderungen deutscher und ausländischer Autoren lasen und erschüttert waren, müssen sagen, daß hier der Dichter Hermlin in der knappen Form der Erzählung eine Ausdruckskraft gefunden hat — vor allem in der Darstellung des Aufstandes des Warschauer Gettos —, die die verborgensten Saiten menschlichen Gefühlsvermögens anrührt und zum Mitschwingen bringt. Wir kennen den Ausgang des Dramas der jüdischen Empörer, und wir erleben, wie hier ein Dichter in des Wortes wahrster Bedeutung diesen Stoff zu einem Dokument menschlichen Mitfühlens, Mitleidens, Mitempörens und Mitkämpfens gestaltet.

Nicht von ungefähr setzte Hermlin die Erzählung von dem Ausbruch sowjetischer Gefangener aus dem Lager Mauthausen an den Schluß des Bandes. „Sie denken ans Leben, nicht ans Sterben" heißt es von den sowjetischen Menschen, und in diesen Worten liegt eine ganze Welt, die für uns zukunftsverheißendes Vorbild wurde. *E. B.*

Chefredaktion:
Bruno Heilig, Max Spangenberg

Kongreß-Verlag GmbH., Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 16. Redaktion: Berlin W 8, Thälmannpl. 8-9. Fernruf: Sammel-Nr. 67 00 16. Veröffentlicht: mit Genehmigung der SMV-Lizenz-Nr. 408. — Druck: Greif, Graphischer Großbetrieb (125), Berlin N 54, Christinenstraße 18—19.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bomben kennen keinen Unterschied

Aktionseinheit für den Frieden – unabweisbare Pflicht

„Ich bin wirklich erstaunt gewesen, als Otto Grotewohl all die ehemaligen Sozialdemokraten aufzählte, die hier auf der Konferenz anwesend sind und die hohe und höchste Staatsfunktionen in der Deutschen Demokratischen Republik innehaben." Diesen Ausruf tat ein langjähriger Sozialdemokrat, der in der Verwaltung eines der größten Stahlwerke des Ruhrgebiets beschäftigt ist, auf einer Zusammenkunft westdeutscher Sozialdemokraten mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl.

★

Der Ministerpräsident unserer Republik hatte kurz vorher, auf einen Wunsch der sozialdemokratischen Gäste hin, ihre auf der gemeinsamen Konferenz anwesenden ehemaligen Parteifreunde vorgestellt, die heute als Mitglieder der SED hohe Funktionen in Regierung, Verwaltung und Partei bekleiden. Mit einer Handbewegung hatte Otto Grotewohl auf die Präsidiumsmitglieder der Konferenz hingewiesen: „Da sitzt Hermann Schlimme. Ihr werdet ihn durch seine jahrzehntelange führende Arbeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung kennen. Dort seht Ihr August Frölich, ein alter Name in der deutschen Sozialdemokratie. Dann folgt unser alter Eugen Ernst. Er war jahrzehntelang Vorsitzender der Berliner SPD. Ihm zunächst erkennt Ihr sicher Georg Schöpflin, jahrzehntelang sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, heute mit Herz, Leib und Seele unserer Deutschen Demokratischen Republik zugetan. Dann kommt Luise Kähler, die Erweckerin der deutschen Dienstboten. Ihr zunächst folgt Max Fechner. Und auf dieser Seite nenne ich euch Kuddel Moltmann, Landtagspräsident von Mecklenburg, dann Friedrich Ebert, der Sohn vom alten Ebert, der einem geschichtlichen Namen in Deutschland eine neue Farbe und einen neuen Glanz gibt, und dann den Abschluß hier im Präsidium macht unser alter Otto Buchwitz, Landtagspräsident in Sachsen.

Vielleicht interessiert es gerade die sozialdemokratischen Freunde, wenn ich noch einige gute Bekannte nenne, die hier so zufällig vor mir sitzen. Da sehe ich Jupp Orlopp und Otto Meier, den Landtagspräsidenten von Brandenburg, Karl Steinhoff, unseren Innenminister. Da fällt mein Blick auf den Genossen Karl Barth, einen alten Gewerkschafter, und drüben sehe ich Wilhelm Höcker, Ministerpräsident von Mecklenburg, und Käte Kern aus der sozialdemokratischen Frauenbewegung, Werner Bruschke, der Euch aus dem Reichstag bekannt ist. Ich sehe hier vor mir sitzen Karl Litke, führend in der Sozialpolitik, unseren alten Schulmann, Max Kreutziger, und Emma Sachse. Nun, ich sehe noch so viele andere alte Freunde aus der Sozialdemokratie, die in führenden Positionen der Verwaltung und der Partei tätig sind, die ich gar nicht alle nennen kann. Ich habe Euch diese Namen genannt, weil ich genau weiß, daß ihr die Frage stellt: Wo sind die Sozialdemokraten in der Deutschen Demokratischen Republik?"

Der sozialdemokratische Funktionär, der sein Erstaunen darüber geäußert hatte, so viele ehemalige Mitglieder seiner Partei in höchsten Staatspositionen unserer Republik zu sehen, scheute sich auch nicht, offen zuzugeben, daß er an die von der westlichen Presse verbreiteten Märchen geglaubt habe, die ehemaligen Sozialdemokraten seien aus allen Regierungs- und Verwaltungsfunktionen der Deutschen Demokratischen Republik entfernt worden. Dieselbe rückhaltlose Offenheit, mit der dieser Sozialdemokrat seine Meinung äußerte, war für den gesamten Verlauf der Aussprache kennzeichnend. Alle Zweifel über die Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik, die die sozialdemokratischen Gäste mit sich herumtrugen, brachten sie zur Sprache und erbaten klaren und eindeutigen Bescheid. Der wurde ihnen aus dem Munde unseres Präsidenten Wilhelm Pieck in vollem Umfange zuteil.

★

Doch unabhängig davon, ob die sozialdemokratischen Gäste die Arbeit und Entwicklung unserer Republik nach der erschöpfenden Auskunft, die ihnen Wilhelm Pieck erteilt hatte, aus innerstem Herzen und tiefster Überzeugung zu bejahen bereit waren oder ob sie noch Hemmungen hatten, in den Lebensfragen unseres Volkes herrschte zwischen Gästen und Gastgebern volle Übereinstimmung. Jeder einzelne von ihnen, der Betriebsrat und der Verwaltungsangestellte, der Umsiedler und der Gewerkschaftsfunktionär, der Kriegsbeschädigte und der Ingenieur, alle diese 650 Sozialdemokraten aus dem Westen unseres Vaterlandes verurteilten wie ein Mann die Bestrebungen der USA-Regierung, den Deutschen wieder das Gewehr in die Hand zu drücken, in deutschen Fabriken wieder Kriegsmaterial zu erzeugen. Im Namen nicht nur dieser 650, sondern zugleich im Namen von Millionen Anhängern der Sozialdemokratie in Westdeutschland erhob einer der sozialdemokratischen Gäste die dringende Bitte: „Ratet uns doch, was wir gegen die von den Westmächten angestrebte Remilitarisierung tun können!" Und einer der von seinen sozialdemokratischen Freunden zum Rednerpodium entsandten Sprecher wandte sich an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit den Worten: „Es gibt wohl keinen nationalempfindenden Deutschen, der die unselige Spaltung unseres Vaterlandes nicht ablehnt und zutiefst bedauert. Welche Bedingungen müssen von der Bundesrepublik erfüllt werden, um zur Einheit Deutschlands zu kommen?"

Die Antwort lautete klar und einfach: Von den Politikern Westdeutschlands wird nichts anderes verlangt, als sich dem Diktat der Oberkommissare, die die Spaltung Deutschlands befohlen haben, zu widersetzen und für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen, für ein friedliebendes, unabhängiges Deutschland einzutreten. Jeder Sozialdemokrat begreift, daß es sich hier eigentlich gar nicht um Bedingungen, sondern um Selbstverständlichkeiten für jeden Deutschen handelt.

★

Wie aber können die westdeutschen Politiker dazu veranlaßt werden, den nun dringend notwendigen Schritt, sich mit den Vertretern Ostdeutschlands an einen Tisch zu setzen und gemeinsame Vorschläge für einen Friedensvertrag auszuarbeiten, endlich zu tun? Ehe Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl die Antwort auf diese Frage erteilen konnten, gab sie schon einer der Gäste selbst, als er sagte:

„Um die Einheit Deutschlands herzustellen, brauchen wir zuerst das Einvernehmen der deutschen Arbeiterklasse." Weil die Einheit der Arbeiterklasse fehlte, so betonte er, kam Hitler zur Macht. Wenn das gemeinsame Handeln der Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht zustande kommt, dann fehlt dem Widerstand des deutschen Volkes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands das starke Rückgrat. Die einig handelnde Arbeiterschaft aber ist die Kraft, die das ganze Volk zum erfolgreichen Kampf gegen die Aufrüstung und Remilitarisierung mit sich reißt. Ein Sprecher der bayerischen Sozialdemokraten erinnerte daran, daß es zuerst wohl nur die Kommunisten gewesen seien, die den Verfolgungen des Hitlerregimes ausgesetzt waren. Ebenso wie später die Reihe an die Sozialdemokraten kam, wird es auch jetzt der Fall sein, wenn man sich nicht gemeinsam den Terrormaßnahmen der Bonner Behörden gegen die Kommunisten widersetze. Denn jeder, der mutig für den Frieden eintritt und die Wiederbewaffnung der westdeutschen Bevölkerung verwirft, müsse damit rechnen, entlassen oder in den Kerker geworfen zu werden.

Dieser Einsicht konnten sich die 650 Sozialdemokraten nicht verschließen. Starken Beifall erntete daher Otto Grotewohl, als er die Feststellung traf, daß die Forderung Schumachers nach mehr amerikanischen Divisionen einem Verbrechen auch an den Sozialdemokraten gleichkommt. „Bomben und Granaten", so sagte der Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik, „machen nämlich keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, daher müssen sie und wir alle unser Leben und die Zukunft unserer Kinder gemeinsam verteidigen. Unsere gemeinsamen Feinde sind die Kriegshetzer. Es gibt gar keine grundsätzlichen Unterschiede, die sie und uns daran hindern könnten, uns zu verständigen und einen gemeinsamen Kampf für den Frieden zu führen. Notwendig ist daher ein neues und besseres Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, notwendig ist die feste Einheitsfront zwischen ihnen im Kampf für die Erhaltung des Friedens, zur Verteidigung ihrer demokratischen Rechte, zur Sicherung ihrer Lebensinteressen. Die Herstellung der Aktionseinheit ist das historische Gebot und die Verpflichtung der Arbeiter in ganz Westdeutschland."

Unter stürmischem Beifall zitierte Otto Grotewohl das Wort des Initiators der Aktivistenbewegung, des Häuers Adolf Hennecke: „Wir wollen lieber hundert Tropfen Schweiß für den friedlichen Aufbau hingeben, als einen Tropfen Blut für einen neuen Krieg."

Für dieses Ziel, betonte der Ministerpräsident unserer Republik, gelte es das Naheliegende zu tun: die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Westdeutschland zur realen Tatsache werden zu lassen.

★

Diesen entschlossenen Willen zur Aktionseinheit aller Schaffenden haben die 650 sozialdemokratischen Funktionäre von ihrer Zusammenkunft mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl mit nach Hause genommen. Ihr Gelöbnis, für den Frieden mit allen zusammenzustehen, die ihn ebenso ersehnen wie sie selbst, werden sie nicht für sich behalten. Sie werden es in die Herzen all ihrer Parteifreunde verpflanzen, damit es Früchte trägt und alle Schaffenden in der großen gemeinsamen Aktion zur Herstellung der deutschen Einheit und zur Erhaltung des Friedens für Deutschland und für Europa zusammenführt.

650 Sozialdemokraten, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in einer offenen und kameradschaftlichen Aussprache mit Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl! Dies ist ein verheißungsvolles Neubeginnen zur Überwindung der unseligen Zerrissenheit der deutschen Arbeiterschaft und der Aufspaltung des deutschen Volkes.

Geheimdezernat „B"

Hannover. Bei der niedersächsischen Landesregierung wurde ein Geheimdezernat „B" geschaffen. Das Dezernat zieht aus den Teilnehmern des in Hannoversch-Gmünden laufenden Polizeikursus den Führerstamm für eine neue Polizeiorganisation, die mit Karabinern, Maschinenwaffen und Panzern ausgerüstet wird.

Gütersloh. In einem kleinen Ort in der Nähe der Stadt Gütersloh hielt die faschistische Untergrundbewegung „Bruderschaft" ihre erste „Bundestagung" ab. Zwei Drittel der rund achtzig Teilnehmer der Veranstaltung bekleideten früher führende Posten in der Waffen-SS, zehn Prozent waren Führer des Arbeitsdienstes, zehn weitere Prozent Offiziere der Hitler-Wehrmacht, und der Rest gehörte den verschiedenen Nazi-Organisationen an.

Darmstadt. Auf direkten amerikanischen Befehl werden die sogenannten Arbeitslager für Nazi-Kriegsverbrecher aufgelöst und die Insassen entlassen. Unter den Freigelassenen, die sich vor allem aus Angehörigen der Waffen-SS zusammensetzen, befindet sich auch der ehemalige Gauleiter von Kurhessen, Karl Weinrich.

Frankfurt (Main). In Westdeutschland sind der ehemalige Chefredakteur des „Schwarzen Korps", des offiziellen Organs der Waffen-SS, Gunther d'Alquen, der ehemalige Chefredakteur der Goebbels-Wochenzeitschrift „Das Reich", Schwarz van Berk und der ehemalige Staatssekretär Dr. Naumann wieder aufgetaucht.

Kalte Schulter für Mister Marshall

Die „blinden Hessen" sind hellsichtig geworden

„Ihr Berliner seid doch naive Leute", schüttelte der Münchener Ingenieur, der sich über die Zonengrenzen zum Deutschen Friedenskongreß durchgeschlagen hatte, den Kopf. Wir trafen ihn in einer Altberliner Kneipe bei einem Glas Starkbier. Mit ihm am Tisch saßen ein sozialdemokratischer Betriebsrat aus Stuttgart, ein Lehrer aus Kiel, ein früherer Industriepolizist aus Augsburg und ein strohblonder FDJler aus Frankfurt am Main.

„Wieso naiv?" blickten wir den Sprecher fragend an.

„Ja, ist denn das nicht naiv, wenn mir viele ins Gesicht sagten, daß von den amerikanischen Kriegsplänen viel zuviel Geschrei gemacht wird? In Wirklichkeit sei doch wohl gar nicht soviel daran? Die können sich gar nicht vorstellen, wie es die Amerikaner bei uns schon wieder treiben. Natürlich versuchen sie, alles geheim zu halten, aber durch meinen Schwager erfuhr ich z. B., daß die Wohnsiedlung Grünwald bei München von den Amerikanern kurz vor meiner Abfahrt hierher nach Berlin beschlagnahmt wurde. Und mit welcher Herzlosigkeit man die Bewohner behandelte! Man wies ihnen einfach einige Baracken als Obdach an. Das deprimierte besonders die Alten und Gebrechlichen derart, daß einige von ihnen bei der Exmittierung Selbstmord begingen.

Doch Grünwald ist nur ein sehr bescheidener Einzelfall. Nach 1945 wurden zahlreiche Kasernen mit Ausgebombten und Umsiedlern belegt. Ganz gewiß war es dort nicht besonders heimisch und gemütlich. Aber immerhin, Zehntausende saßen im Trockenen, und besser als in Barackenlagern wohnte sich's doch. Jetzt werden fast alle diese Kasernenanlagen wieder ihrem ursprünglichen Zweck zugeführt. Durch die Räumung der Kasernen werden in Mittenwald 1634, in Leipheim 1414 Personen obdachlos. Auch die Insassen der Kasernen in Altenstedt, Landshut, Ansbach und Ulm sowie der vier Mannschaftslager in Ingolstadt haben von den Amerikanern den Befehl erhalten, sich mit Sack und Pack davonzumachen. Dr. Schumacher wollte ja so gern mehr Besatzungstruppen. Doch damit darf er sich nicht mal bei seinen langjährigen Gefolgsleuten sehen lassen, viel weniger bei den Exmittierten. In München ist es nämlich unter den Jungsozialisten und Falken zu einer offenen Rebellion gegen die Remilitarisierung gekommen. Auf einer ihrer letzten Kundgebungen lehnte zur Überraschung aller sogar der Redner, der SPD-Landtagskandidat Dr. Lidl, entschieden jede Wiederaufrüstung ab und verwarf den Beitritt Westdeutschlands zum Atlantikpakt."

„Wenn Dr. Schumacher dabeigewesen wäre", warf der Frankfurter FDJler ein, hätten ihn die Münchener Jungsozialisten wahrscheinlich in dieselbe Verlegenheit gebracht wie der Frankfurter Falkenführer Rudi Arndt, der ihn auf einer Versammlung plötzlich fragte, ob der Parteivorstand der SPD die Remilitarisierung mit dem Generalstreik beantworten werde. Schumacher kam ganz aus der Fassung und krähte den Falkenführer wütend an: ‚So eine blödsinnige Frage ist mir noch nicht gestellt worden.' Nein, die Jugend will nicht noch einmal den Golgatha-Weg der vorigen Generation gehen. Ein Brief, den ich vor wenigen Tagen von einem Jugendfreund aus Kreuznach bekam, bestätigt mir das. Pfadfinder und Bündische Freischar, Evangelische Jugend und Falken, FDJ und Naturfreunde sowie ein Vertreter der Katholischen Jugend sprachen sich im Stadtjugendring gegen jegliche Remilitarisierung aus.

Auch bei den Umsiedlern beginnt es gefährlich zu gären. Denn, wie man ihnen jetzt offiziell mitteilte, werden alle Ansiedlungsprojekte zu den Akten gelegt, weil alle Truppenübungsplätze, auf denen etwa hunderttausend ein neues Heim finden sollten, inzwischen von den Amerikanern beschlagnahmt worden sind. Und da, wo sie schon einmal eine notdürftige Unterkunft gefunden hatten, wird ihnen diese erneut geraubt. 600 Umsiedler werden in diesen Tagen die Kaserne in Babenhausen mit Kind und Kegel verlassen müssen."

„Die Zahl der von den Besatzungsmächten Ausquartierten muß ja bald in die Hunderttausende gehen", meinte der Lehrer aus Kiel aufgebracht. „Ich dachte, bloß bei uns werden die Leute auf die Straße gesetzt und in die Baracken gestopft, wie es zum Beispiel jetzt in Lübeck der Fall ist, wo mehrere hundert Wohnungen in der Walderseestraße für britische Offiziere geräumt werden müssen. Vielleicht fangen sie auch noch an, unsere von ihren Bomben verschonten Schulen zu belegen."

„Bei uns machen sie sich auch an die Schulen ran", unterbrach der Stuttgarter Betriebsrat. „In Backnang wird neuerdings nicht nur in den Klassenzimmern, sondern auch auf den Gängen Unterricht abgehalten, weil einige große Schulgebäude von der Besatzungsmacht für Militärzwecke in Anspruch genommen wurden."

„Auch die Aufrüstung wirft bereits ihre Schatten voraus. Die Gemeinde Lockstedt in Holstein sah sich gezwungen, das Kindererholungsheim auf dem Gelände des Lockstedter Lagers zu schließen, weil die Gemeindekasse für die Bedürfnisse der Besatzungsmächte allzu stark angezapft worden war. 750 Umsiedlerkinder, die dort frohe Stunden zubringen durften, müssen sich nun wieder in engen und überfüllten Baracken herumdrücken."

„Auch ich habe, wie hier unser Kollege aus München, feststellen müssen, daß viele Berliner die Mitteilungen über Aufrüstung bei uns drüben für Tatarennachrichten halten. Nun, man bemüht sich ganz gewiß, die Arbeiter über Rüstungsproduktion im unklaren zu lassen. Aber von Gewerkschaftskollegen erfährt man doch so manches, was der Öffentlichkeit verborgen bleibt. Da werden zum Beispiel in der Metzinger Maschinenfabrik Henning Teile für Unterseeboote hergestellt, und in Schwenningen wird in der Meß- und Kontrolluhrenfabrik Schlenker mit Hochdruck an Kontrollgeräten für Flugzeuge gearbeitet. Die ganze Produktion geht an die Franzosen."

„Mit Ihrer Bemerkung, daß die Jugend nicht noch einmal ins Massengrab marschieren will, haben Sie vollkommen recht", wandte sich der verflossene Augsburger Industriepolizist an den Frankfurter FDJler. „Das bayerische Innenministerium erlebte nämlich eine vollständige Pleite, als es eine Umfrage veranstalten ließ, wer gewillt sei, in der sogenannten Bereitschaftspolizei Dienst zu tun, die nach allgemeiner Ansicht die erste Wehrmachtsformation darstellt. Der Innenminister wird von seinen amerikanischen Vorgesetzten einen schönen Anpfiff bekommen haben, als er melden mußte, daß sich in Fürstenfeldbruck von 770 Polizeischülern nur 17, in Neu-Ulm von 70 nur zwei, in Augsburg von rund 500 nur 37 und in Günsburg von 62 nur einer meldeten."

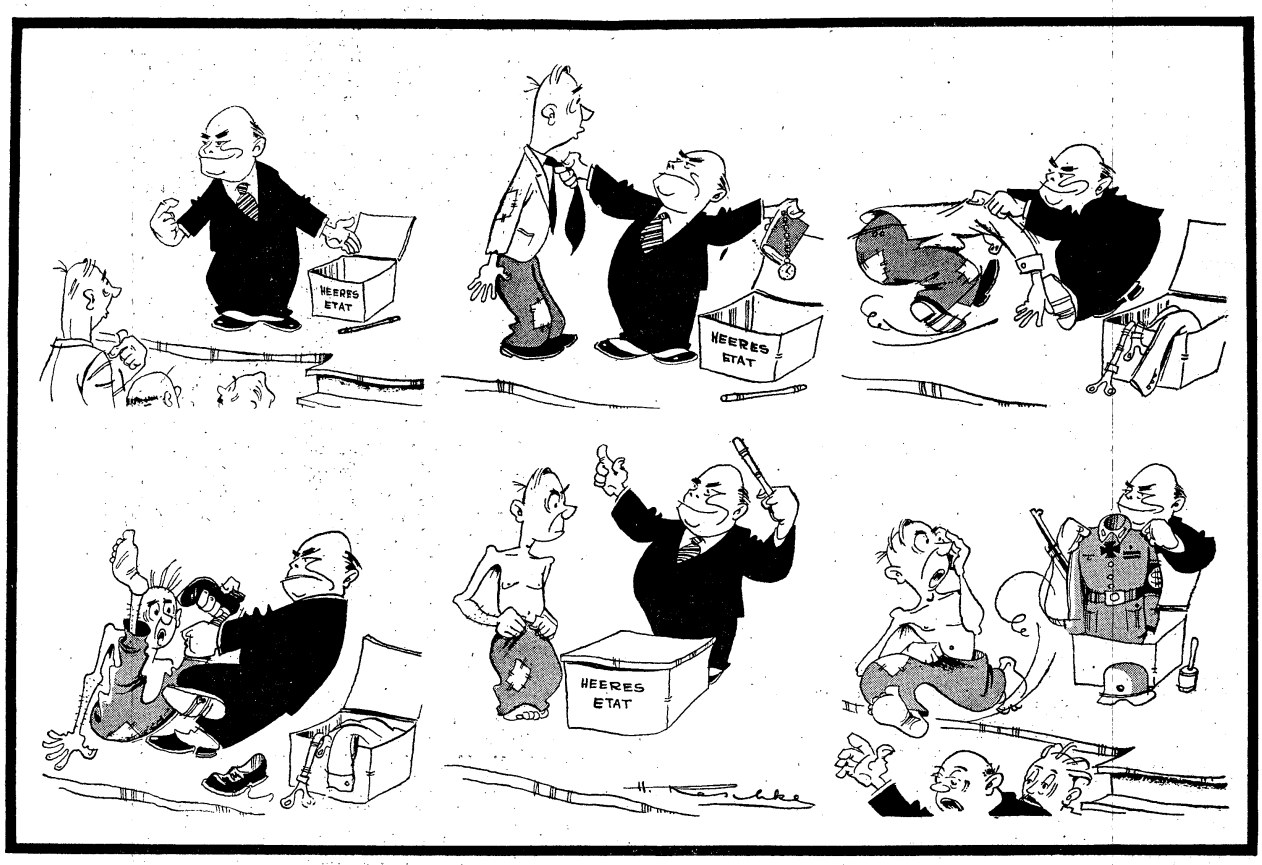
„Großartig!", konnte sich der junge Friedenskämpfer aus Frankfurt nicht zurückhalten. „Aber auch wir Hessen sind nicht mehr blind. Sogar die Bauern fangen an aufzuwachen und die Geduld zu verlieren. In Biblis an der Bergstraße sollte die Gemeinde 45 Hektar Ackerland zur Anlage eines amerikanischen Flugplatzes abgeben. Der Gemeinderat war der Meinung, daß der Acker dem Leben und nicht dem Tod zu dienen habe. Die Amis bekamen einen runden Abschlag, obwohl sie einen tollen Preis geboten hatten."

★

Mit kräftigem Händedruck nahmen wir voneinander Abschied mit der felsenfesten Gewißheit: Freiwillig bekommt der amerikanische Kriegsminister Marshall das deutsche Volk nicht an die Gewehre. Nun soll der Bundestag den Volkswillen vergewaltigen. Daher ertönt lauter der Ruf: Volksabstimmung gegen Remilitarisierung! — Sammeln zum nationalen Widerstand.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

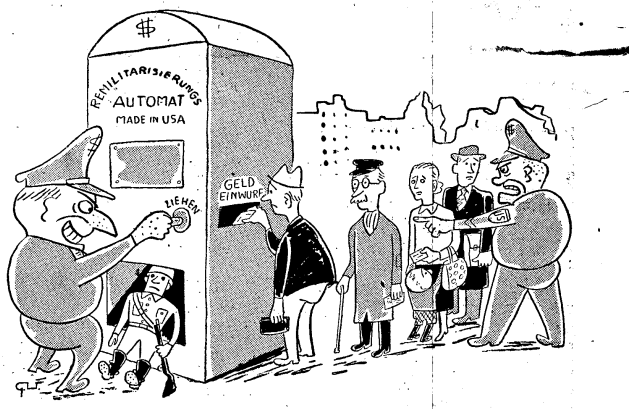
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



Alles neu macht McCloy! — aber er kann wirklich nicht alles alleine machen. Da hat doch dieser Tage die Marshall-Plan-Verwaltung beim Hohen Kommissar einen neuen Leiter bekommen, der leitete seine Tätigkeit gleich mit den Worten ein: „Die Deutschen werden genau so viel Opfer zu bringen haben wie die übrigen Völker der Welt, wenn sie ihre Haut retten wollen. Je schneller die Deutschen einsehen, daß die Besatzungskosten steigen und die gestiegenen Kosten bezahlt werden müssen, desto besser ist es." Das sagt der Vertreter jenes Marshall-Planes, der uns doch vom Hungertode retten sollte. Uns scheint, er will uns den Hungertod mit dem Heldentod austreiben!

Für Ami-Gold im Ami-Sold?

„Oh, oh, my boy! — da reden diese Oststaatsmänner immer vom Abzug der Besatzungsmächte. Was soll da bloß aus deiner armen kleinen Veronika werden, die bislang die Lasten der Besatzung so geduldig getragen hat? Isn't it? Und wenn ihr wirklich abhau'n müßt, dear Jacky, dann wartet doch wenigstens, bis unsere deutschen Divisionen stehen. Ich hab mich doch so an die Wehrmachtsbetreuung gewöhnt!"



Neue Aufgaben — neue Ausgaben ... meint lakonisch Adenauers Informationsblatt. Die gegenwärtigen Verteidigungsaufgaben seien unerbittlich, und das Geld dafür müsse eben aufgebracht werden. — Aufgebracht ist man schon. Mehr aber über die New-Yorker Beschlüsse zur Remilitari ... (Psst!) Lesen Sie das Wort bitte leise, denn Herr Adenauer ist der Meinung, daß der Erfinder dieses Wortes sechs Monate eingesperrt werden müsse!

Red

Links: „Go on, German, — und paß gut auf, daß der Friede in Europa erhalten bleibt. Und wenn dir der kalte Krieg mal zu heiß werden sollte, dann tröste dich damit, daß du zur Wiederherstellung der deutschen Soldatenehre beigetragen hast!"

Zeichnungen: Wilke, Reschke, Red.

Rechts: „Go on, Ami, — und nimm gefälligst die Füße von unserem Tisch. Die beiden Stühle sind für die Vertreter aus West- und Ostdeutschland bestimmt. Und du hast wohl nichts dagegen, wenn wir dir deinen Stuhl vor die Tür setzen!"

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

WAS JEDER DEUTSCHE WISSEN MUSS

HEFT 6

Durch die Prager Erklärung ist in Europa das Tor zum Frieden breit geöffnet

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wenn man heute — ganz gleich, ob in Westdeutschland oder in der Deutschen Demokratischen Republik — mit ehrlichen Deutschen spricht, seien es Arbeiter oder Kaufleute, Handwerker oder Hausfrauen, Bauern oder Unternehmer, Geistesschaffende oder Jugendliche, so geht aus allen Gesprächen eines hervor: **Die große Sehnsucht nach dem Frieden, das Verlangen nach der Einheit Deutschlands, die Hoffnung auf Verständigung zwischen den politischen Autoritäten Ost- und Westdeutschlands.** In einem einigen Deutschland in Frieden zu leben, ist der Wunsch aller Schichten der deutschen Bevölkerung.

Vor kurzem haben nun in New York und in Prag zwei Beratungen über die deutsche Frage und die Frage des Friedens stattgefunden, von deren Inhalt jeder Deutsche wissen muß. In New York trafen sich die Außenminister der drei Westmächte, in Prag die Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik.

Sehen wir, wie in New York und in Prag zur Frage des Friedens und der deutschen Einheit Stellung genommen wurde.

Was brachte das New Yorker Kommuniqué?

Es gab manche Deutsche, die mit großen Hoffnungen auf die Tagung der Außenminister der USA, Englands und Frankreichs in New York blickten. Das waren Menschen, die den Friedensbeteuerungen der westlichen Besatzungsmächte und der Versicherung ihrer angeblichen Liebe zu Deutschland und dem deutschen Volk noch immer Glauben geschenkt hatten. Sie hofften nun, daß in New York greifbare und befriedigende

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Maßnahmen zur Herstellung der deutschen Einheit und zur Sicherung des Friedens vorgeschlagen würden.
In dem Kommuniqué über die New Yorker Beratung wurde die „Aufhebung des Kriegszustandes" mit Westdeutschland verkündet. Aufhebung des Kriegszustandes — das kann doch nur heißen: Abschluß des Friedensvertrages mit Deutschland, Verringerung und Abzug der Besatzungstruppen, Herstellung der deutschen Souveränität — so dachte mancher Deutsche.
Diesen gutgläubigen Menschen bereitete das New Yorker Kommuniqué jedoch eine bittere Enttäuschung.

Kurs auf die endgültige Zerreißung Deutschlands und den Krieg.

Wie sieht diese angebliche „Aufhebung des Kriegszustandes" nach den New Yorker Erklärungen aus?
Kein Wort vom Abschluß eines Friedensvertrages!
Nicht Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft, sondern weitere Verstärkung der Kriegsproduktion!
Nicht Herstellung der deutschen Souveränität, sondern nach wie vor die uneingeschränkte Macht bei den Hohen Kommissaren, nach wie vor Besatzungsstatut und Diktat des Petersberges!
Nicht Rückkehr zum Potsdamer Abkommen, sondern provokatorische Erklärungen, daß selbst Bestrebungen, die im Rahmen der Grundsätze des Potsdamer Abkommens für die Sicherung der Demokratie und des Friedens in Westdeutschland und Westberlin liegen, als ein „Angriff" gegen die westlichen Besatzungsmächte und damit als ein Vorwand, einen Krieg vom Zaune zu brechen, betrachtet werden!
Keine Maßnahme zur Sicherung des Friedens, sondern Kurs auf die offene Remilitarisierung Westdeutschlands, seine faktische Einbeziehung in den Nordatlantikpakt, Kurs auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Das war der Inhalt des New Yorker Kommuniqués!

Nein, dieses Kommuniqué zeigt keinen Weg zu Einheit und Frieden. Es führt weiter auf der Bahn der Zerreißung Deutschlands und des Krieges.

Nunmehr muß jedem ehrlichen Menschen offensichtlich sein, daß die Friedensbeteuerungen der Westmächte eine unverschämte Lüge sind. Nunmehr muß jedem klar sein, daß uns Deutschen der Frieden und die nationale Einheit nicht von den Kriegsinteressenten geschenkt werden wird.

Nunmehr ist es allen offensichtlich, daß die Verständigung unter uns Deutschen selbst eine Frage auf Leben oder Tod, die Herstellung der deutschen Einheit durch uns Deutsche selbst und damit die Sicherung des Friedens in Europa ein unaufschiebbares Gebot der Stunde ist.

Die Prager Beratung — eine Beratung m i t Deutschland!

Kurze Zeit nach der New Yorker Konferenz, am 20. Oktober 1950, traten die Außenminister der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik in Prag zusammen, um zu den New Yorker Beschlüssen Stellung zu nehmen und ihre Ansichten über die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens in Europa und Herstellung der deutschen Einheit darzulegen.

Schon beim Teilnehmerkreis der Prager Beratung zeigte sich ein grundlegender Unterschied gegenüber **New York. In New York wurde über deutsche Fragen entschieden, ohne auch nur einen Vertreter des deutschen Volkes anzuhören und zu befragen.**

An der **Prager Beratung** hingegen nahm der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger, als **gleich-**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

berechtigtes Mitglied teil. In Prag fand keine Beratung **über** Deutschland, sondern eine Beratung **mit** Deutschland über Deutschland statt.

Der Sieg der demokratischen Kräfte bei den Oktoberwahlen hat den friedliebenden Staaten und allen friedliebenden Menschen bewiesen, daß das deutsche Volk aus der Geschichte gelernt hat und bereit ist, einen neuen Weg, den demokratischen Weg zu gehen. Die Wahlen haben gezeigt, daß der weitaus größte Teil des deutschen Volkes diesen demokratischen und friedlichen Weg überzeugt und konsequent beschreitet. Sie haben der Deutschen Demokratischen Republik, und damit dem **ganzen** deutschen Volke, den Weg nach Prag geebnet und eröffnet. Sie haben den friedliebenden Menschen in der ganzen Welt bewiesen, daß sich das deutsche Volk durch ehrliche und friedliche Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik das Recht erworben hat, in die Familie der friedliebenden Völker aufgenommen zu werden.

Entlarvung und Verurteilung des New Yorker Kommuniqués.

Die acht Außenminister der friedliebenden Staaten beschäftigten sich gründlich mit dem New Yorker Kommuniqué. Sie deckten sein wahres Wesen auf. Sie zeigten aller Welt, daß das New Yorker Kommuniqué das Potsdamer Abkommen verletzt, gegen die nationalen Interessen Deutschlands und gegen den Weltfrieden gerichtet ist.

Sie erklärten, das New Yorker Kommuniqué „bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unverein-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

bar ist". Sie erklärten: „Daß die Separatbeschlüsse der New Yorker Konferenz keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen."

Der Weg zur deutschen Einheit und zur Sicherung des Friedens.

Die acht Außenminister beschränkten sich aber nicht nur auf die Anprangerung und Brandmarkung des für Deutschland verderblichen Kommuniqués. **Sie zeigen den einzig richtigen Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands und zur Sicherung des Friedens.**

In vier Punkten faßten sie ihre Vorschläge zusammen. Diese vier Punkte besagen:

1. Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion geben eine Erklärung ab, die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zuzulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen friedliebenden demokratischen deutschen Staates durchzuführen.

Entspricht dieser Vorschlag nicht unseren nationalen Interessen?!

Wer von uns Deutschen wünschte nicht eine Verständigung aller Besatzungsmächte über unsere friedliche Entwicklung und die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Staates? Wer von uns könnte der Forderung nicht zustimmen, unser Volk in keine Aggressionspläne und keine Kriege mehr zu verwickeln?

Jeder ehrliche und friedliebende Deutsche muß diesen Vorschlag bejahen und begrüßen.

2. Alle Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft müssen aufgehoben, die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials verhindert werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wir alle wollen im Frieden und für den Frieden arbeiten. Wir wollen durch unserer Hände ehrliche Arbeit zu einem dauerhaften Wohlstande gelangen. Wir wollen Butter statt Kanonen, bessere Kleidung statt Panzer, Wohnhäuser statt Granaten!

Es liegt auf der Hand, daß **jeder ehrliche, friedliebende Deutsche auch diesem zweiten Vorschlag seine Zustimmung geben muß und geben wird.**

3. Mit Deutschland muß unverzüglich ein Friedensvertrag abgeschlossen werden, der die Einheit Deutschlands in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen wiederherstellt. Ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages müssen alle Besatzungsmächte ihre Besatzungstruppen aus Deutschland zurückgezogen haben.

Wer von uns sehnte sich nicht gerade nach dieser Forderung!

Wer von uns wünschte nicht, daß wir Deutschen Herren im eigenen Hause sind?

Wer von uns wünschte nicht, daß die unerträgliche Spaltung Deutschlands ihr Ende findet?

Kein friedliebender deutscher Patriot kann gegen diesen Vorschlag sein. Jeder ehrliche Deutsche wird und muß diesen Vorschlag annehmen.

Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates.

Als vierter Punkt wird in der Prager Erklärung vorgeschlagen, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zu bilden, der zu gleichen Teilen aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzt ist. Dieser Rat hat die Aufgabe, die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten. Bis zur

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bildung einer solchen Regierung ist dieser Rat bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages zur Beratung mit heranzuziehen. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Das sind die Maßnahmen, die in der Prager Erklärung zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Sicherung des Friedens vorgeschlagen werden.

Das ist der einzige Weg zur Sicherung des Friedens und zur demokratischen Einheit Deutschlands.

Wir Deutschen können und müssen uns verständigen.

Vielleicht wendet mancher ein: Ist die Einheit Deutschlands überhaupt noch zu erreichen? Haben wir uns nicht zu sehr auseinander gelebt? Können wir Deutschen im Westen und Osten uns überhaupt noch verständigen?

Nun, darauf ist zu sagen, daß das Leben, die Entwicklung selbst beweisen, daß wir Deutschen im Osten und Westen unseres Vaterlandes uns nicht immer mehr auseinanderleben, sondern im Kampfe für Frieden und demokratische Einheit uns immer mehr zusammenleben. Welche lebhafte Zustimmung breitester Schichten in Ost- und Westdeutschland hat doch das „deutsche Gespräch" zwischen dem Redaktionskollegium der Zeitung „Neues Deutschland" und dem Chefredakteur der „Hamburger Freien Presse" gefunden. Immer mehr kommen Arbeiter mit Arbeitern, Jugendliche mit Jugendlichen, Geistesschaffende mit Geistesschaffenden, alle mit allen diesseits und jenseits der Elbe ins Gespräch.

Es liegt auf der Hand, daß eine solche Behauptung, die deutsche Selbstverständigung sei nicht mehr möglich, nur aus Kreisen kommen kann, die eben diese Selbstverständigung fürchten.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wie denn — wir Deutschen, die sich doch auch mit anderen Völkern verständigen können, sollten auf einmal nicht mehr miteinander sprechen, einander nicht mehr verstehen können? Es gibt wohl kaum einen Deutschen, der nicht Familienangehörige, Verwandte, Bekannte, Freunde, Berufskollegen jenseits der Zonengrenze hat. Je länger die schändliche Trennung von ihnen andauert, um so stärker wird der Wille, sie zu überwinden, sich in ganz Deutschland gerade zu ihrer Überwindung zu verständigen. Nein, dieses Argument von der Unmöglichkeit unserer Selbstverständigung ist **kein deutsches Argument.** Es stammt von unseren Feinden.

Die Prager Beschlüsse sind realisierbar.

Mancher mag einwenden: „Die Prager Beschlüsse sind sehr gut und richtig — aber, sind sie auch für Westdeutschland annehmbar?" Warum sollen sie eigentlich nicht annehmbar sein? Was ist unannehmbar an ihnen? Die westdeutsche Bevölkerung hat keinen brennenderen Wunsch, als daß sich west- und ostdeutsche Vertreter des öffentlichen Lebens an einen Tisch setzen, sich aussprechen, sich verständigen. In dem vierten Punkt der Prager Erklärung, in der Forderung nach der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sind keinerlei Bestimmungen über den Personenkreis der west- und ostdeutschen Vertreter getroffen. Jeder westdeutsche Politiker, dem die Einheit Deutschlands ehrlich am Herzen liegt, der sich seine Freiheit, im Interesse Deutschlands zu handeln, nicht nehmen läßt, **ist gerufen und willkommen.**

Zuerst Spaltung Deutschlands überwinden!

Der stellvertretende Ministerpräsident der Deutschen Demokratischen Republik **Walter Ulbricht,** erklärte zu den Prager Beschlüssen:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Welcher Deutsche, der die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Vaterlandes will, kann gegen einen solchen Vorschlag Einwendungen erheben? In diesem Vorschlag werden keinerlei Vorbedingungen gestellt, keine Personenfragen, keine Fragen über die Gestaltung der künftigen demokratischen Ordnung. Es wird nur die Lebensfrage unseres ganzen Volkes gestellt:

Die Herstellung der nationalen Einheit.

Ungeachtet der politischen Ziele, der Weltanschauung oder sonstiger Auffassungen steht vor jedem Bürger in Deutschland die Frage, daß zunächst, um den Frieden erhalten zu können, um überhaupt leben zu können, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten diktierte Spaltung Deutschlands überwunden werden muß. Es wäre lächerlich, sich über die innere Ausgestaltung eines Hauses zu unterhalten, in dem auf mehreren Etagen amerikanische, englische und französische Gouverneure stehen, die ihre ganze Tätigkeit darin sehen, ein Zusammenkommen, eine Verständigung der Bewohner der verschiedenen Etagen zu verhindern."

Wille zum Kompromiß notwendig!

Walter Ulbricht erklärte weiter:

„Die demokratischen Vertreter Ostdeutschlands haben auch nicht die Absicht, die Besprechungen an irgendwelche Vorbedingungen zu knüpfen. Wir sind der Meinung, daß vor allem eine Verständigung über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates herbeigeführt werden sollte, um sich zu verständigen, wie wir zu einem deutschen Friedensvertrag kommen können. Die von den amerikanischen und englischen Gouverneuren in West-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

berlin und in Westdeutschland beeinflußte Presse gibt sich die größte Mühe, durch alle möglichen Gerüchte die gemeinsamen deutschen Besprechungen zu hintertreiben. Wir hoffen jedoch, daß es unter den führenden Männern in Westdeutschland noch genügend unabhängige Persönlichkeiten gibt, die sich von amerikanischen Kriegsinteressenten nicht unter Druck setzen lassen, **sondern sich von den Interessen des Friedens und der Nation leiten lassen werden.** Wenn das der Fall ist, wird auch eine sachliche Besprechung über den Inhalt der künftigen Ordnung in Deutschland möglich sein. Auf beiden Seiten muß also der Wille zu Kompromissen vorhanden sein. Wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschland einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird."

Nur wenn wir Deutschen uns an einen Tisch setzen, dann können wir damit rechnen, daß wir unser Ziel, das einheitliche demokratische Deutschland, erreichen. Dazu ist notwendig, daß wir uns verständigen. Dann werden wir auch verhindern, daß der anglo-amerikanische Kriegsblock Deutschland zum Kriegsschauplatz macht, die deutsche Jugend ins Massengrab treibt und unser Vaterland endgültig ruiniert.

Der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat muß paritätisch zusammengesetzt sein.

Wenn ein echtes Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschland in dem Konstituierenden Rat zustande kommen soll, das den Sinn der deutschen Lösung des sogenannten deutschen Problems hat, dann ist Voraussetzung, daß dieser Rat so zusammengesetzt ist, daß keiner der beiden Partner die Mög-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

lichkeit hat, dem anderen seinen Willen zu diktieren.
Jeder, der klar die heutige politische Situation und die Verhältnisse in Deutschland übersieht, wird einsehen, daß der Versuch eines Diktats von vornherein den Konstituierenden Rat zum Scheitern verurteilen würde. Auf einer solchen Basis käme kein Gespräch und keine Verständigung zustande. Beide Partner müssen gleich stark vertreten und gleichberechtigt sein. Diese paritätische Zusammensetzung ist deshalb eine zwingende Voraussetzung für das Gelingen der großen Sache. Sie schafft die echte Verständigungsbasis und wird zu einer echten Einigung führen, die auf der Grundlage der Bereitschaft zu Kompromissen von beiden Partnern gefunden werden wird.

Zwei wichtige Gedanken.

Mancher mag nun fragen: „Ja, die Prager Beschlüsse sind gut und richtig. Sie stehen aber doch im direkten Widerspruch zum New-Yorker Kommuniqué? Werden denn die westlichen Besatzungsmächte, vor allem die Amerikaner, ihre Durchführung dulden?" In dieser Frage sind zwei sehr wichtige Gedanken enthalten. Betrachten wir sie einmal näher.

Plan des Krieges — Plan des Friedens.

1. Ja, die Prager Beschlüsse stehen im direkten Widerspruch zu den New-Yorker Beschlüssen. Das kann aber auch gar nicht anders sein. In **New York** trafen sich drei Politiker, die im Dienste von Kriegsgewinnlern und Schwerverdienern stehen, im Dienst der Wallstreet, im Dienst von Feinden des Friedens und Feinden unserer nationalen Einigung. Es ist klar, daß solche Politiker nur einen Plan aufstellen konnten, der den Interessen ihrer Auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

traggeber entsprach: Einen Plan des Krieges und der Unterdrückung Deutschlands.

In **Prag** dagegen trafen sich Persönlichkeiten, die im Dienste der schaffenden Menschen, im Dienste des Volkes stehen, im Dienste von Menschen, die den Frieden lieben und für unsere nationale Einheit eintreten. Daraus folgt, daß in Prag nur Beschlüsse gefaßt werden konnten, die den Interessen der Millionen Menschen entsprechen, die in Frieden leben wollen und die Herstellung eines einheitlichen, friedliebenden Deutschlands als entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens betrachten.

Weil die Interessen der Kriegsgewinnler und die der friedliebenden schaffenden Menschen entgegengesetzte sind — deshalb haben auch die New-Yorker und Prager Beschlüsse entgegengesetzten Inhalt.

Das New Yorker Kommuniqué heißt Krieg, die Prager Beschlüsse hingegen bedeuten Frieden.

Wir Deutsche, nicht die Amerikaner bestimmen Deutschlands Geschick.

2. Ja, es ist richtig: Die Kriegstreiber und Kriegsinteressenten vor allem der USA sind die Feinde des Friedens und unserer Einheit. Jeder Tag bringt neue Tatsachen, die diese Erkenntnis bestätigen. **Aber, wer kann uns Deutsche in einen Krieg treiben, wenn wir alle geschlossen für den Frieden einstehen?**

Wer kann uns Deutsche hindern, unseren einheitlichen Staat zu schaffen, wenn wir alle geschlossen für ihn kämpfen?

Wer kann uns Deutsche hindern, die Erfüllung der Prager Beschlüsse durchzusetzen, wenn wir alle im

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Westen und Osten unseres Vaterlandes für ihre Erfüllung eintreten?

Die Prager Beschlüsse entsprechen unserem Lebensinteresse, sie sind darum unsere Sache! Die halten wir fest, die lassen wir uns nicht nehmen! Niemand kann uns zwingen, gegen unser eigenes Interesse zu handeln.

Nicht das ist entscheidend, ob Amerika die Durchführung der Prager Beschlüsse duldet — **entscheidend ist, daß wir Deutschen nicht mehr dulden, daß die USA sich in unsere Angelegenheiten einmischen.** Amerika mag den Amerikanern gehören. **Deutschland gehört den Deutschen.**

Jeder muß mithelfen, die Prager Beschlüsse zu verwirklichen.

Sicher werden viele deutsche Männer und Frauen fragen: „Ja, die Prager Beschlüsse sind der richtige Weg zur Herstellung der Einheit Deutschlands und zur Sicherung des Friedens. Ja, die Prager Beschlüsse liegen in unserem Interesse. **Was können wir nun tun, um an ihrer Verwirklichung mitzuhelfen?** Können wir überhaupt etwas tun?“

Das ist die entscheidendste und wichtigste Frage. Was also kann, was muß jeder ehrliche Deutsche tun, um die Prager Beschlüsse verwirklichen zu helfen?

Er muß sich zunächst selbst gründlich mit diesen Beschlüssen vertraut machen, sie durchdenken, sie nüchtern und sachlich prüfen, sich selbst gewissenhaft von der Richtigkeit des in ihnen vorgeschlagenen Weges überzeugen.

Wer sich nun diese Prager Beschlüsse angeeignet hat, sich mit ihnen vertraut gemacht hat, muß ihre Vorschläge unter seinen Familienangehörigen, Verwandten, Freunden, Arbeitskollegen, unter allen Deut-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

schen, mit denen er in Berührung kommt, verbreiten und sie ihnen erläutern. **Es darf keinen Deutschen geben, der diese Beschlüsse, dieses reale, realisierbare Programm zur Lösung unserer brennendsten Lebensfragen nicht kennt.**

Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, muß sich offen zu diesen Beschlüssen bekennen.

Eine machtvolle Volksbewegung auslösen!

Dieses offene Bekenntnis wird **eine machtvolle Volksbewegung** auslösen, eine Volksbewegung, die alle Vertreter des öffentlichen Lebens in West- und Ostdeutschland an die Erfüllung ihrer nationalen Pflicht der deutschen Selbstverständigung mahnt und **sie zwingt, sich in einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zusammenfinden.** Diese Volksbewegung wird entscheidend dazu beitragen, diesen Gesamtdeutschen Rat zu schaffen. Auf jede Stimme, auf jedes mahnende und fordernde, vorwärtstreibende offene Bekenntnis zu den Prager Beschlüssen kommt es an! **So kann, so muß jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau, jeder deutsche Jugendliche einen wertvollen Beitrag leisten, um die Prager Beschlüsse durchzusetzen.**

Die Prager Beschlüsse — Prüfstein der Ehrlichkeit.

An dem Verhalten zu den Prager Beschlüssen muß sich der wahre Charakter jeder Regierung, jedes Politikers, jedes einzelnen Menschen zeigen.

Forderung nach einer gemeinsamen Erklärung der Großmächte, die Remilitarisierung Deutschlands zu verhindern, Unterbinden des deutschen Kriegspotentials und Entwicklung der Friedensproduktion, Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Herstellung der demokratischen Einheit Deutschlands —

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

das sind Forderungen des Potsdamer Abkommens.

Die westlichen Besatzungsmächte haben oft beteuert, sie ließen sich in ihrer Politik vom Geist des Potsdamer Abkommens leiten.

Nun, **wenn sie für das von ihnen selbst unterzeichnete Potsdamer Abkommen sind, dann müssen sie den Prager Beschlüssen zustimmen.** Andernfalls erweisen sie sich als Lügner und Heuchler.

Die Forderungen der Prager Beschlüsse sind Forderungen zur Sicherung und Festigung des Friedens.

Die westlichen Besatzungsmächte versicherten immer wieder, ihre Politik sei eine Politik des Friedens. Nun, **wenn sie wirklich, wie sie vorgeben, für den Frieden eintreten — dann müssen sie den Prager Beschlüssen zustimmen.** Andernfalls erweisen sie sich abermals als Lügner und Heuchler.

Die Forderungen der Prager Beschlüsse entsprechen voll und ganz den nationalen Interessen Deutschlands.

Die Westmächte werden nicht müde zu erklären, daß ihre Besatzungspolitik von Berlin bis zu Deutschland und dem Bestreben, dem deutschen Volk zu helfen, bestimmt ist. Nun, **wenn sie wirklich, wie sie beschwören, Freunde des deutschen Volkes sind, dann müssen sie den Prager Beschlüssen zustimmen.** Andernfalls erweisen sie sich ein drittes Mal als Lügner und Heuchler.

Wahre Unabhängigkeit.

Die westdeutschen führenden politischen Personen betonen sehr oft die Unabhängigkeit ihres Handelns. **An ihrem Eintreten für die Vorschläge der Prager Beschlüsse wird das gesamte deutsche Volk sehen können, wer von ihnen die Unabhängigkeit bewahrt hat und wer Willensvollstrecker amerikanischer, deutschlandfeindlicher Politik ist.**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

So wird das Verhalten zu den Prager Beschlüssen uns Freund und Feind des Potsdamer Abkommens, des Friedens und der Interessen unserer Nation erkennen lassen.

Die Sowjetunion und die Volksdemokratien stehen auf unserer Seite.

Die Völker und Regierungen der Sowjetunion und der Volksdemokratien stehen auf unserer Seite. Sie stehen unbeugsam hinter den Prager Beschlüssen. Am Schluß der Prager Erklärung heißt es:

„Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern."

Damit haben sich die **Sowjetunion** und **die Volksdemokratien** erneut als **wahre Freunde Deutschlands,** als **Garanten des Friedens** erwiesen.

Sowjetregierung fordert Viermächte - Besprechung auf der Grundlage der Prager Erklärung.

Die westlichen Lügenpolitiker, die der Bevölkerung weismachen möchten, die Prager Beschlüsse seien nichts weiter als Propaganda, erlitten eine neue Niederlage und erhielten einen Schlag ins Gesicht.

Am Freitagabend, dem 3. November, überreichte der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, Gromyko, den Botschaftern der USA, Großbritanniens und Frankreichs, Kirk, Kelly und Chataigneau, die er nacheinander empfing, gleichlautende Noten der Sowjetregierung, in denen es heißt:

„Im Auftrage der Sowjetregierung hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR die Ehre, folgendes zu erklären:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die in New York stattgefundene Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritanniens und Frankreichs über Fragen bezüglich Deutschlands veröffentlicht. Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Schaffung einer deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Vom 20. bis 21. Oktober fand in Prag eine Beratung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik statt, als deren Ergebnis eine Erklärung veröffentlicht wurde, die Vorschläge enthält, die in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen auf eine unverzügliche, friedliche Regelung für Deutschland und auf die Verwirklichung der Entmilitarisierung Deutschlands gerichtet sind. Die Sowjetregierung billigt voll und ganz die genannten Vorschläge wie auch die Prager Erklärung im ganzen, deren Text beigefügt wird.

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß die Fragen, von denen im Kommuniqué der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. September sowie auch in der Prager Erklärung die Rede ist, die größte Bedeutung für die Sache der Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit haben und die grundlegenden nationalen Interessen der Völker Europas und in erster Linie derjenigen Völker berühren, die unter der Hitleraggression gelitten haben.

Unter Berücksichtigung der großen Bedeutung der Frage der Erfüllung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands sowie der in dieser Frage bestehenden unterschiedlichen Auffassungen der vier Besatzungsmächte Deutschlands,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, diese Fragen unverzüglich zu besprechen. Zu diesem Zweck unterbreitet die Sowjetregierung den Vorschlag auf Einberufung des Rates der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zur Prüfung der Frage der Erfüllung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands." Abschließend drückt die Sowjetregierung in diesen Noten die Hoffnung aus, eine Antwort der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf den vorliegenden Vorschlag in Kürze zu erhalten.

Die **Sowjetunion** beweist damit erneut dem ganzen deutschen Volke und der Welt, daß sie all ihre diplomatischen Mittel einsetzt, um das sogenannte **Deutschlandproblem auf friedliche Weise zu lösen.** Sie beweist der ganzen Welt damit wiederum, **daß es ihr ernst ist mit der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker,** daß es ihr **ernst ist mit der Bildung eines einheitlichen, demokratischen, unabhängigen und friedliebenden Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse.**

Wenn die vier Mächte sich zu einer Beratung des sogenannten Deutschlandproblems zusammenfinden könnten, niemand würde das mehr begrüßen als das deutsche Volk!

Unsere gerechte Sache wird siegen!

Nicht nur **die Völker der Sowjetunion** und **der Volksdemokratien,** sondern **alle friedliebenden und ehrlichen Menschen der Welt unterstützen uns in unserem Kampf um die Einheit Deutschlands als entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens.** Die Prager Beschlüsse haben in der demokratischen Presse aller Länder freudige Zustimmung gefunden. **Sie sind ein internationales, völkerrechtlich wirksames Dokument, eine feste Grundlage unserer Zukunft.**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Prager Beschlüsse stehen in keinem Widerspruch zu den Interessen der Völker. Die Prager Beschlüsse sind ein Dokument des Friedens und der Gerechtigkeit. Die gerechte Sache aber wird siegen.
An jedem einzelnen von uns liegt es, ihren kommenden Sieg so schnell wie möglich herbeizuführen.

* * *

Tatsachen, nichts als Tatsachen

Aus den Prager Beschlüssen:

„Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

4. Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen, souveränen, demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern."

Der amerikanische Plan des Krieges

„Washington (dpa/Reuter). Das amerikanische Außenministerium, das Verteidigungsministerium, das Weiße Haus und Oberkommissar McCloy haben in den Vorbesprechungen für die heute beginnende Außenministerkonferenz ein Programm für die Aufrüstung der westlichen Welt ausgearbeitet. Die sechs wichtigsten Punkte des Programms sind

1. Ernennung eines Amerikaners zum Oberbefehlshaber der kollektiven atlantischen Streitmacht, die in naher Zukunft aufgestellt werden soll;
2. Einfügung von Streitkräften der deutschen Bundesrepublik in die atlantische Armee. — Gliederung dieser deutschen Streitkräfte bis zur Division aufwärts;
3. Erhöhung der Zahl der in Europa stationierten amerikanischen Divisionen;

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

4. Erhöhung der Zahl der in Europa stationierten britischen Divisionen und Heranziehung kanadischer Einheiten;
5. Erhöhung der Stärke der gegenwärtigen Streitkräfte aller kontinentalen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes und
6. Verstärkung der bestehenden Polizeikräfte in der Bundesrepublik." („Tagesspiegel", 12. 9. 1950.)

„Die Amerikaner selbst werden ihre Streitkräfte in Europa wahrscheinlich innerhalb eines Jahres verdreifachen. Sie wollen, daß die europäischen Regierungen sofort die Empfehlungen ihrer eigenen militärischen Experten annehmen, die 40 bis 45 vollausgerüstete Divisionen zum Halten einer Verteidigungslinie an der Elbe für notwendig erachten." („Die Welt" 4. 10. 50.)

Wer soll das bezahlen?

Der britische Hochkommissar, Kirckpatrik, erklärte:
„Es ist jedoch wichtig, daß man sich darüber klar ist, daß diese Verstärkung, um die die Bundesregierung ersucht hat, auch für die deutsche Bevölkerung finanzielle Opfer und Ungelegenheiten mit sich bringen wird."
(„Die Neue Zeitung" 28. 10. 1950).

Die Vermehrung der Besatzungstruppen gemäß den New-Yorker Beschlüssen bedeutet eine Erhöhung der Besatzungskosten von 4,5 auf 8 Milliarden DM!

Interventionstruppen ziehen ein —
Deutsche werden aus ihren Wohnungen gejagt!

„McCloy hat für die Unterbringung amerikanischer Truppenverstärkungen zum 1. November die Räumung elf ehemaliger Wehrmachtskasernen in der US-Zone angeordnet. Die Evakuierung von 25 weiteren Kasernen soll bis zum 1. Dezember abgeschlossen sein."
(„Der Tag", 7. 10. 1950.)

In Putlos bei Kiel müssen 57 Familien mit zusammen 200 Angehörigen auf Befehl der britischen Interventionstruppen sofort ihre Wohnungen räumen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

In Delmenhorst wurden 500 Deutsche, zum größten Teil Umsiedler, durch Vertreibung aus ihrer bisherigen Unterkunft wohnungslos. In Hamburg hausen bereits 75 000 Deutsche in Notunterkünften und Elendsquartieren. — Am 9. Oktober 1950 kündigte der Leiter des Hamburger Wohnungsamtes die Beschlagnahme zusätzlichen Wohnraums für die Besatzungsmacht an.

(Aus der Tagespresse.)

„Aufhebung des Kriegszustandes"

„Wir sind nichts anderes als das Glacis der westeuropäischen ‚Festung', ähnlich wie es in zaristischer Zeit Polen für Rußland war, und unsere Behandlung entspricht dem.

In Amerika spricht man von der Bundesrepublik als ‚untergeordneter Partner', der lediglich Soldaten ... zu stellen habe ... Und in London kann man sich anscheinend von der Kolonialkriegs-Auffassung nicht freimachen, daß die Bundesrepublik neben den militärischen Stützpunkten auch noch die Kosten dafür herzugeben hat." („Stuttgarter Zeitung", 9. 10. 1950.)

Deutsche sollen für Amerikas Krieg bluten

„Es wird ganz besonders notwendig sein, neue Quellen für Menschenreserven zu finden, die nur aus Deutschland kommen können. Das amerikanische Volk hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erwarten."

(Aus der „New York Times" 20. 10. 1950 zitiert in „Neues Deutschland" 21. 10. 50)

Was hinter der „Polizei" steckt

„... werden die USA die Wandlung Deutschlands von einem hilflosen ehemaligen Feind in einen starken und willigen Verbündeten fordern. Obwohl die vorgeschlagenen deutschen Regimenter Polizeitruppen genannt werden mögen, betrachten die Amerikaner

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Dr. Adenauers Vorschläge als ersten Schritt zur Bildung des Keims einer Armee, die nicht nur zur Unterdrückung innerer Unruhen ausgebildet und gerüstet ist.

Zu den Vorschlägen gehört weiter die Milderung oder Aufhebung des Verbots, in Deutschland Waffen herzustellen. Die Amerikaner wollen aus der Ruhr wieder eine Rüstungsfabrik machen ..." („Die Welt", 11. 9. 1950.)

„Die Polizeioffiziere seit 1945 waren Beamte, Träger eines zivilen Polizeigedankens ... Zu ihnen tritt nun der höhere Polizeibeamte, der gleichzeitig mit militärischen Führungsaufgaben vertraut ist. Der Bundeskanzler will sich offenbar mit diesen Männern einen Weg zu einer Sicherheitstruppe offen lassen, die über rein polizeiliche Zwecke hinausgeht."

„Man glaubt, daß die Rekrutierung für die Bereitschaftspolizei Ende des Jahres beginnen wird."

(„Die Welt", 30. 9. 1950.)

Die „Führerreserve"

In verschiedenen Geheimschreiben werden ehemalige Offiziere aufgefordert, sich für die aufzustellende westdeutsche Söldnerarmee zur Verfügung zu stellen. Ein solches Schreiben veröffentlichte das „Essener Tageblatt" am 13. Oktober 1950. In ihm heißt es: „Im Zuge der allgemeinen Entwicklung wird auf oberster Bundesebene kurzfristig, d. h. schnellstmöglich, eine Führerreserve für die neu zu schaffende Bundespolizei gebildet werden. Teilen Sie mir umgehend mit, ob Sie bereit und in der Lage sind, sich für diese Führerreserve zur Verfügung zu stellen. Ich bitte, dieses Schreiben nach Kenntnisnahme sofort zu vernichten und den Inhalt unter allen Umständen als geheime Kommandosache zu behandeln, auch Ihrer nächsten Umgebung und alten Kameraden gegenüber,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

da dieses Schreiben zunächst nur besonders ausgerichteten Leuten zugestellt wurde."

Bonn plant auf Befehl Washingtons Einführung der allgemeinen Wehrpflicht

Über die Pläne und Geheimverhandlungen Adenauers schreibt die „Süddeutsche Zeitung" am 25. Oktober 1950:

„Da geht es längst um die Grundlagen für das westdeutsche Kontingent einer europäischen Wehrmacht, da geht es um ein Wehrgesetz, das die allgemeine Wehrpflicht vorsieht, da hat man recht genaue Vorstellungen über die Erfassung der Wehrpflichtigen. Da werden bereits die Termine fixiert, innerhalb deren die Erfassung und die Vorbereitung der Unterbringung der Wehrpflichtigen durchgeführt werden sollen."

ADN meldet am 25. Oktober: „Ein amtlicher britischer Sprecher bestätigte am Mittwoch die Enthüllungen über die beabsichtigte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland. Der Sprecher wies darauf hin, daß die Adenauer-Clique einer westdeutschen Beteiligung an der westeuropäischen Aggressionsarmee bereits zugestimmt hat. Um allen mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Zusammenhang stehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, sei auf dem Petersberg vereinbart worden, daß die Hohen Kommissare die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht von Adenauer fordern werden."

Die Stimme Deutschlands:
Ja zu den Prager, nein zu den New-Yorker Beschlüssen

„Man handelt um die deutschen Soldaten, als ob Deutschland bei diesem Handel nichts zu sagen hätte. Auf die Idee, daß man die Rechnung ohne den Wirt machen könnte, kommt man augenscheinlich überhaupt nicht . . ." („Wesermünder Nachrichten", zitiert in „Tägliche Rundschau", 10. 10. 50.)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Münster, 23. September (ADN). Von den 300 Mitgliedern zweier westdeutscher Arbeitskompanien in Gievenbeck bei Münster meldete sich nicht ein einziger auf die Aufforderung, sich für den Dienst im westdeutschen Söldnerheer zu verpflichten.

Die „Stuttgarter Zeitung" schrieb zu den New-Yorker Beschlüssen: „Man wird nicht wagen, Westdeutschland wieder aufzurüsten, wenn das deutsche Volk — und die westdeutsche Presse als seine Wortführerin — zu erkennen gibt, daß jeder derartige Versuch schärfste und anhaltende Opposition auslösen würde."

Das Blatt fährt fort: „. . . . wenn an der ganzen Remilitarisierungsdebatte etwas klar zu sein scheint, dann ist es die eindeutige Ablehnung jeder Wiederaufrüstung durch die Mehrheit des deutschen Volkes "

Der Bruderrat der Bekennenden Kirche Deutschlands richtete an Adenauer einen offenen Brief, in dem es u. a. heißt: „Wir stellen fest: Die Wiederaufrüstung geschieht nicht im Namen des deutschen Volkes, sondern in Ihrem eigenen Namen und im Auftrage Ihrer Befehlsgeber gegen den Willen eines großen Teiles unseres Volkes... Sie sollen wissen, Herr Bundeskanzler, daß wir die über den Kopf unseres Volkes hinweg geschaffenen Tatsachen nicht anerkennen. Wir werden nichts unterlassen, um alle, die unsere Stimme erreicht, über diese Vergewaltigung unseres Volkes aufzuklären."

In einem Privatbrief des hessischen Kirchenpräsidenten Dr. N i e m ö l l e r an Adenauer heißt es u. a.: „Wenn der gegenwärtige Bundestag über diese Frage (Anm.: der Remilitarisierung) entscheidet, so käme das einem Volksbetrug gleich, da keiner der Wähler bei der Wahl im Sommer 1949 die Absicht gehabt hat, dem deutschen Bund die Vollmacht zu einer Kriegsrüstung oder gar Beteiligung zu geben."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

In einem Brief schreibt der bekannte Theologe, Professor Karl Barth, zu den Gründen, die ihn im einzelnen veranlassen, zu der Aufrüstung Westdeutschlands, wie er selbst erklärt, „eindeutig nein zu sagen" u. a. folgendes:

„Ich bringe nämlich einfach die Unverfrorenheit nicht auf, dem deutschen Volk, dessen Jugend sich nun in zwei Kriegen weißgeblutet hat, dieses Opfer ein drittesmal zuzumuten. Und ich meine, daß ein gesunder und berechtigter Selbsterhaltungstrieb auch das deutsche Volk selbst dazu anregen sollte, sich dieses Opfer zu verbitten.

Ich halte es für unmöglich, ihm zuzumuten, sich auf einen Krieg zu rüsten, der, so wie die Dinge liegen, für Deutschland den Charakter eines Bürgerkrieges, des Kampfes von Deutschen gegen Deutsche haben müßte.

Es scheint mir klar zu sein, daß, wenn etwas, so gerade eine militärische Aufrüstung in Westdeutschland eine direkte Herausforderung der Sowjetunion bedeuten würde und den Funken ins Pulverfaß bedeuten könnte, mit dem der Westen und Deutschland insbesondere nicht zu spielen allen Anlaß hätten."

Die Belegschaft des Aluminiumwerkes Berndes weigerte sich, am 16. Oktober einen Rüstungsauftrag auszuführen. Die Belegschaft gelobte, nur eine dem Frieden dienende Funktion auszuführen.

(„Tägliche Rundschau", 17. 10. 50.)

Bei den deutschen „Arbeitseinheiten" in Hamburg und Schleswig-Holstein werden rund 100 000 Mann beschäftigt. „Hamburger Echo" meldet auf Grund einer Umfrage, daß sich rund 90% entschieden weigern, jemals Waffen zu tragen. („Neues Deutschland", 20. 10 50.)

Die fortschrittliche deutsche Presse begrüßt die Prager Beschlüsse. Die „Nordbayerische Volkszeitung" nennt

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

sie „Bedeutsame Vorschläge, den Frieden in Europa zu sichern". („Nordbayerische Volkszeitung", 24. 10. 50.)

„Die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz bedeuten eine weitere Stärkung der großen Weltfriedensfront."

(Aus einer Erklärung der BGL des Chemiewerks Leuna im Namen von 26 000 Belegschaftsmitgliedern.)

„Während die New-Yorker Beschlüsse der drei Westmächte in völligem Widerspruch zu den nationalen Forderungen und den Interessen des deutschen Volkes und aller friedliebenden Nationen stehen, ist die Prager Erklärung . . . . ein Ausdruck der wahren Friedensliebe und der Gerechtigkeit."

(Aus einer Resolution der Werktätigen der Halleschen Pumpenwerke.)

Nürnberg (ADN). Die Note der Sowjetregierung an die Westmächte und die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz treten immer mehr in den Mittelpunkt der Wünsche und Hoffnungen aller westdeutschen Patrioten. Auf einer von 3000 Menschen besuchten Wahlversammlung anläßlich der bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern, erteilten die Wähler dem Spitzenkandidaten der KPD, Hermann Schirmer, den Wählerauftrag, für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, wie es die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz vorsieht, einzutreten.

Unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer erklärte Schirmer: „Während die New-Yorker Beschlüsse der westlichen Außenminister die Welt mit einem neuen Krieg bedrohen, weist die Prager Erklärung dem deutschen Volk den Weg zur Verständigung und zu

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

einer friedlichen und zufriedenstellenden Lösung seiner nationalen Probleme. Deswegen ist es nationale Pflicht aller friedliebenden Deutschen, die Prager Vorschläge zur Wiederherstellung der Einheit unseres Vaterlandes und zur Beseitigung der drohenden Kriegsgefahr voll zu unterstützen."

(„Neues Deutschland", 8. 11. 50.)

Hof, 8. November (ADN). „Es wäre sehr naiv und aus mehreren Gründen falsch, wenn man den neuesten dringendsten Vorschlag der Sowjetunion an die Westmächte zur Abhaltung einer neuen Konferenz der Außenminister über Deutschland einfach als Propaganda abtun würde", schreibt die in Hof erscheinende bürgerliche Zeitung „Frankenpost" zu dem neuerlichen Friedensangebot der Sowjetunion.

Das Blatt spricht die Erwartung aus, daß ein solcher wiederhergestellter Alliierter Kontrollrat die Remilitarisierung Westdeutschlands beenden könnte, weil vielleicht auch die westlichen Besatzungsmächte feststellen würden, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit den Kommiß satt hat. „Man würde schließlich auch den in der Prager Konferenz formulierten Vorschlag für einen Gesamtdeutschen Verfassungsrat näher besprechen können und würde erfahren, daß der Osten zu Kompromissen bereit ist. Das deutsche Volk wird diesem Ost-West-Gespräch mit gieriger Aufmerksamkeit lauschen." („Tägliche Rundschau", 9. 11. 50.)

Helmut von Mücke, der ehemalige Kapitän des Kreuzers „Emden", richtet folgende Frage an Adenauer:

„Wenn ich als Kapitän eines Schiffes aus laufend eingehenden Wetternachrichten das drohende Herannahen eines Sturmes entnehme und die Gesamtwetterlage dessen Losbrechen als unmittelbar bevorstehend erscheinen läßt, dann würde ich allerhand Maßnahmen zur

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Sicherung des Schiffes treffen und durch Kursänderung versuchen, dem kommenden Unheil aus dem Wege zu gehen. Bei anderem Handeln würde ich mir als sehr schlechter, seine Pflichten gegenüber Mannschaft und Passagieren gröblich verletzender Kapitän vorkommen. Und nunmehr, Herr Bundeskanzler, bitte ich Sie um eine unzweideutige Beantwortung der Frage: Wie stellen Sie sich zu einer Volksbefragung innerhalb der Bundesrepublik, dahingehend, ob das Volk noch einen Krieg wünscht oder nicht?"

(„National-Zeitung", 7. 11. 50.)

Rostock (ADN). Die jungen Werftarbeiter der Neptun-Werft, der Warnow-Werft, der Elbe-Werft, der Peene-Werft Wolgast und der Volks-WerftStralsund beschlossen auf einer Konferenz als Antwort auf die Remilitarisierung Westdeutschlands neue Maßnahmen zur Verstärkung des Friedenskampfes auf der Grundlage der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz. Insbesondere wollen sich die jungen Werftarbeiter für die schnelle Bildung eines paritätisch zusammengesetzten Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für ganz Deutschland einsetzen.

Jena (ADN). Die Arbeiter und Angestellten des thüringischen Volksgutes Zöthen bekannten sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung vorbehaltlos zu den Beschlüssen der Prager Außenministerkonferenz. Sie appellierten an die Einwohner Westdeutschlands, sich gegen jede Art der Remilitarisierung standhaft zu wehren.

(„Neues Deutschland", 8. 11. 50.)

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht sich die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz in vollem Umfang zu eigen, die eine friedliche Regelung für das deutsche Volk vorsehen und vorschlagen."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Das ganze deutsche Volk, das nach den bitteren Erfahrungen seiner Vergangenheit den Frieden und die Einheit seines Vaterlandes herbeisehnt, wird erkennen, daß die Verwirklichung der Vorschläge der Prager Konferenz die Erfüllung dieser Sehnsucht in greifbare Nähe rückt.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist davon überzeugt, daß die patriotischen und friedliebenden Kräfte unseres Volkes das Gebot der Stunde erkennen und ihre Anstrengungen verstärken und vereinigen werden, um unserem Volke den Frieden und damit seine nationale Existenz zu sichern."

(Aus der Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Prager Beschlüssen.)

Aber auch in den imperialistischen Ländern sind die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz und der Vorschlag der Sowjetregierung zur Einberufung des Rates der vier Außenminister mit größtem Interesse und Zustimmung aufgenommen worden.

Paris (ADN). Die französische Regierung teilte am Mittwoch nach einer Sitzung des Ministerrats in einem Kommuniqué mit, daß sie „mit den Regierungen der USA und Großbritanniens Fühlung genommen habe, um sich mit ihnen über die Bedingungen zu einigen, unter denen auf die Anregung zur Abhaltung einer Viermächtekonferenz, die in der Note der Sowjetregierung über die Frage der Entmilitarisierung Deutschlands enthalten ist, eine positive Antwort gegeben werden kann." („Neues Deutschland", 9. 11. 50.)

So schreibt die halbamtliche Pariser Zeitung „Le Monde", die von der Sowjetunion ergriffene Initiative habe den Erwartungen der großen Mehrheit des französischen Volkes und der Regierung selbst entsprochen. Größte Beachtung findet die folgende Erklärung des

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ehemaligen französischen Ministers Pierre Cot: „Es ist unvorstellbar, was Westeuropa zustoßen würde, wenn in den kommenden Monaten oder Jahren ein Krieg ausbräche. Ich hoffe, unsere Regierung wird sich als unabhängig genug erweisen, um denen mit einem entschlossenen Nein zu antworten, die uns in den Abgrund reißen wollen."

Sogar der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs (Rechtssozialisten) fordert unter dem Druck der Volksmeinung die französische Regierung auf, jede nur mögliche Initiative für das Zustandekommen einer Konferenz der vier Großmächte zu ergreifen. („Neues Deutschland", 8. 11. 50.)

London (Eig. Ber.). Die Londoner „Times" stellen fest, daß eine Zurückweisung des sowjetischen Vorschlages in den westlichen Ländern Beunruhigung hervorrufen würde.

Die „Daily Mail" erklärt, daß „selbst der Schatten der Möglichkeit des Zustandekommens einer Einigung" in der gegenwärtigen Stunde nicht außer acht gelassen werden dürfe. („Neues Deutschland", 8. 11. 50.)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SECRET

Remilitarisierung –

ohne üns!

Mit üns

für deutsche Verständigung!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Auf der 6. Tagung des Nationalrates der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 14. November 1950 in Berlin wurden u. a. zu den Fragen des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und zu den Fragen der deutschen Verständigung bedeutsame Ausführungen gemacht.

Wir bringen nachstehend das Referat des **Reichsbahnoberinspektors a. D. Ernst Rangnick, Lübeck, Vorsitzender des Landesausschusses der Nationalen Front Schleswig-Holstein,** und Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen dazu.

Herr **Rangnick** führte folgendes aus:

„Meine Damen und Herren!

Die Entscheidung, vor der die deutsche Nation steht, ist ganz klar die Entscheidung: **Krieg oder Frieden.**

Remilitarisierung Westdeutschlands — kein deutscher Gedanke

Der Gedanke der Remilitarisierung Westdeutschlands war kein deutscher Gedanke. Die amerikanische Kriegspartei diktierte sie auf Grund der New-Yorker Beschlüsse. Es kann darüber kein Zweifel bestehen, daß hinter den New-Yorker Phrasen von Frieden, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung sich die Fratze des Krieges verbirgt. Die einzelnen Bestimmungen des New-Yorker Diktats beweisen das. Sie unterwerfen die westdeutsche Wirtschaft dem Zwang der amerikanischen Kriegswirtschaft. Die deutsche Kohle und der deutsche Stahl werden, soweit der amerikanische Würgegriff reicht, der amerikanischen Kriegsproduktion zugeführt. Die Menschen in Westdeutschland sollen zum Söldnerdienst gepreßt und zum Menschenmaterial der amerikanischen Kriegsplanung herabgewürdigt werden. Das New-Yorker Diktat präsentiert jene blutige Rechnung der „New York Times", in der es in zynischer Offenheit heißt: „Das amerikanische Volk hat ein Recht, für jeden Dollar, den es ausgibt, Kampfkraft im Werte eines Dollars zu erhalten."

Anstatt nun, wie es für jeden Menschen hätte selbstverständlich sein müssen, gegen diese blutige und verbrecherische Rechnung flammenden Protest zu erheben, fanden sich die verantwortlichen Bonner Politiker bereit, diese Rechnung unter Mißbrauch des Namens des deutschen Volkes anzuerkennen. Die Rolle von Regierung und Opposition war in ihrer Verteilung offenbar darauf angelegt, durch den scheinbaren Widerspruch zwischen dem direkten Ja Adenauers und dem heuchlerischen Nein Schumachers die Menschen Westdeutschlands zu verwirren. Die ganze Bundestagsdebatte war nichts anderes als der Versuch, die praktisch begonnene Remilitarisierung zu vertuschen und die weitergehenden Pläne der Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Die Ablehnung, die die Bevölke-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

tung der Remilitarisierung entgegensetzt, macht es für die amerikanische Kriegspartei notwendig, das Spiel mit verteilten Rollen zu spielen. Dabei übernahm Schumacher die zweite Rolle. Kennzeichnend für seine sogenannte Opposition ist seine Antwort auf die Frage, wie er sich im Falle eines eindeutigen Nein des Volkes zur Remilitarisierung verhalten würde. Schumacher berief sich auf die Spielregeln der repräsentativen Demokratie, in der, wie er sagte, die politischen Entscheidungen nicht vom Volke selbst, sondern von der Volksvertretung gefällt werden.

Der „Tagesspiegel" hat diesmal durchaus recht, wenn er behauptet, daß die Auffassungen Dr. Schumachers und Dr. Adenauers praktisch keinen grundsätzlichen Unterschied mehr zeigen. Welche andere Rolle außer der eines Spielers mit dem Leben des deutschen Volkes könnte schließlich auch ein Mann übernehmen, der als erster das Besatzungsstatut für Westdeutschland forderte, der als erster die Konzentration amerikanischer Panzereinheiten an der Elbe forderte, der als erster den Amerikanern die Felder Westdeutschlands als Truppenübungsplatz anbot und der sich schließlich auch als erster zu der ungeheuerlichen Forderung verstieg, die Entscheidung auf den Schlachtfeldern zwischen Weichsel und Njemen zu suchen.

Die amerikanischen Kriegstreiber auf den blutigen Spuren Hitlers und Goebbels

Die parlamentarische Spiegelfechterei von Bonn ist nicht das einzige Mittel, mit dem die amerikanische Kriegspartei die Bevölkerung Westdeutschlands zu überspielen und in das Joch ihrer Kriegspläne einzuspannen versucht. Die amerikanischen Kriegstreiber und ihre Agenten versuchen mit allen Mitteln der Propaganda die Bevölkerung umzustimmen. Sie versuchen, auf Schleichwegen ihre verbrecherischen Ziele zu erreichen. Sie versuchen, durch den Raub der demokratischen Rechte und mit Hilfe des tollsten Terrors den Friedenswillen der Bevölkerung Westdeutschlands zu brechen. In ihrer Propaganda wandeln sie ebenso wie in ihren Weltherrschaftsträumen auf den blutigen Spuren von Hitler und Goebbels. Die Lüge vom Volk ohne Raum wird in den Schulen und auch an den Hochschulen propagiert, der Haß gegen die slawischen Völker durch eine wütende Hetze besonders unter den Umsiedlern geschürt, der Militarismus und Faschismus in den amerikanisierten Zeitungen und Broschüren in widerlichster Weise verherrlicht. Gegen die Deutsche Demokratische Republik wird eine Pogromstimmung entwickelt und bis zur direkten Aggression gesteigert. Kein Schlagwort ist zu abgegriffen und keine Lüge zu infam, um nicht für die geistige Kriegsvorbereitung verwendet zu werden.

Remilitarisierung gegen den Willen der Bevölkerung

Die „stille" Remilitarisierung betreibt man unter schamlosem Mißbrauch des Elends der Erwerbslosen. Wir wissen heute, wozu das Millionenheer der Erwerbslosen, wozu die 500 000 arbeitslosen Jugendlichen geschaffen wurden. Aber trotzdem gelingt es den amerikanischen Werbern nicht, in ihrer Zone genügend Söldner zu finden. Sie versuchen nun, in ganz Westdeutschland die Arbeitsämter für die Werbung ihrer sogenannten mobilen Einheiten zu mißbrauchen. Der sozialdemokratische Minister für Umsiedlerfragen in Niedersachsen, Albertz, hat in seiner Hamburger Rede diese Versuche dadurch richtig gekennzeichnet, daß er erklärte, man wolle den Deutschen damit auf Nebenwegen ein Gewehr in die Hand drücken.

Die Engländer sind in ihren Mitteln nicht wählerischer. Sie haben die Uniformierung und Bewaffnung der Angehörigen der Dienstteinheiten der britischen Rheinarmee verfügt. So verwerflich dieses Vorgehen auch ist, so wissen die Kriegstreiber doch viel zu gut, daß sie mit diesen Methoden nicht zur Verwirklichung ihrer Kriegspläne gelangen können.

Um ihr Ziel zu erreichen, versuchen sie daher, durch einen organisierten Terror die Stimme des Friedens zum Schweigen zu bringen. Sie haben die Zeitungen des Friedens verboten. Sie beschlagnahmten Plakate und Flugblätter,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

die sich gegen den amerikanischen Krieg wenden. Sie verweigern den Friedensfreunden die Versammlungslokale. Sie veranstalten Hetzjagden gegen Zusammenkünfte und Kundgebungen friedliebender Menschen. Sie bedrohen die Friedenskämpfer mit Verlust des Arbeitsplatzes, der bürgerlichen Ehrenrechte und der persönlichen Freiheit. Seit dem Diktat von New York werden in wachsendem Maße selbst die bescheidenen Rechte des Bonner Grundgesetzes gebrochen. Die Bonner Verfassung ist dadurch zu einem Fetzen geworden. Trotz Zuckerbrot und Peitsche, trotz Hetze und Betrug, trotz Drohung und Terror lehnt die Bevölkerung Westdeutschlands die Wiederaufrüstung ab. Es gibt in der Tat keinen Zweifel darüber: die Remilitarisierung wird von der überwältigenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung abgelehnt. Bei der Probeabstimmung der „Frankenpost" sagten 89% Nein zur Remilitarisierung. Der Zeitschrift „Sieben Tage" erklärten 85% der Männer, sie würden keinen Heeresdienst leisten. Weit klarer noch und weit bedeutender sind die großen Friedensbekenntnisse, die von den Hamburger Arbeitern und den Kumpeln der Deutschen Werft und in den Haller-Werken abgelegt wurden. Auf der Deutschen Werft wandten sich die Arbeiter an ihre Betriebsräte mit dem Ersuchen, den Friedenswillen der Belegschaft festzustellen, um so gegen die Politik der Kriegsvorbereitung in Westdeutschland wirksam auftreten zu können. Die Unterschriftensammlung ergab 92% aller abgegebenen Stimmen gegen die Kriegsvorbereitungen. Im Hafen selbst sprachen sich über 80% gegen die Remilitarisierung aus. In der in den Haller-Werken einstimmig angenommenen Entschließung an das Bonner Parlament heißt es wörtlich: **„Wir wollen keine Remilitarisierung und kein Wehrgesetz. Wir verlangen die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse."**

In diesen Abstimmungsergebnissen und Entschließungen drücken sich nicht nur die Erinnerungen an die Schrecken des zweiten Weltkrieges aus. Der Widerstand gegen die Aufrüstung findet vielmehr dadurch eine entscheidende Stütze, daß die Kriegshetze mehr und mehr an Wirkung einbüßt. Es ist den Kriegstreibern nicht gelungen, ihren eisernen Vorhang gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik wirklich dicht zu machen. Es kommen in ständig steigendem Maße die Zeugnisse des Friedenswillens der Bevölkerung und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nach Westdeutschland. Es kommen die Berichte, aus denen die Erfolge des friedlichen Aufbaus deutlich werden und sich die mitreißenden Perspektiven des Fünfjahrplans abzeichnen. Es wirken sich die Tage des herrlichen Deutschlandtreffens der Freien Deutschen Jugend aus. Es sprechen die Urlauber aus den Erholungsheimen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über ihre Erlebnisse. Es berichten die Teilnehmer der Nationalfeier zu Ehren Johann Sebastian Bachs über ihre Eindrücke. Es kommen Briefe der Umsiedler, die in der Deutschen Demokratischen Republik eine neue Heimat gefunden haben.

Aus allem spüren die Menschen in Westdeutschland, daß in der Deutschen Demokratischen Republik in der Tat die Zeit der Erfolge begonnen hat. Die westdeutschen Menschen haben nur den einen Wunsch, in Freundschaft mit allen friedliebenden Menschen der Welt zu leben und die Erfolge ihrer Arbeit vor der Vernichtung durch den Krieg zu bewahren.

Schließlich wirkt sich immer stärker das einzige und grandiose Bekenntnis der Volkswahlen vom 15. Oktober aus, das Bekenntnis des Vertrauens der Millionen zu den Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und der Politik des Friedens. Die Herren Propagandisten der amerikanischen Kriegspartei hätten es gar nicht nötig, sich mit Erklärungen über die Ursachen dieses Wahlergebnisses so sehr die Köpfe zu zerbrechen. Die Sache liegt sehr einfach. Wenn trotz des Terrors in Westdeutschland sich 92% der Hamburger Werftarbeiter für den Frieden erklären, wenn die „Frankenpost" 89% der Stimmen gegen die Kriegspolitik zählt, wenn sich auf der Polizeischule in Fürstenfeldbruck 98% weigern, in der sogenannten Einsatzpolizei sich als Instru-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ment der Terrorisierung der friedliebenden Menschen herzugeben, so ist es nicht verwunderlich, daß sich bei den freien und demokratischen Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik 99,6% für den Frieden, den die Menschen im Osten und Westen Deutschlands gemeinsam erringen wollen, entschieden haben. Der Unterschied besteht nur darin: die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik will genau wie das Volk den Frieden. Sie begrüßt es, wenn sich dieser Friedenswille kraftvoll ausdrückt.

Leuchtende Beispiele nationaler Solidarität

Die amerikanische Kriegspartei aber, die in Westdeutschland ihre Diktatur zu errichten versucht, fürchtet und haßt den Friedenswillen. Daher verfolgt und terrorisiert sie die Friedenskämpfer. Mit ihrem Terror aber reißen die Kriegstreiber gleichzeitig eine sich stets und ständig vertiefende Kluft zwischen sich und den Massen der friedliebenden Bevölkerung auf.

Aktionen der nationalen Solidarität beginnen nunmehr die verfolgten Friedenskämpfer und Patrioten zu umschließen. Eine breite Bewegung zum Schutz der demokratischen Rechte führte bereits wirksame Schläge gegen den Terrorerlaß der Adenauer-Regierung, welche die Entlassung von Angehörigen friedliebender und demokratischer Organisationen anordnete. Die Verbote der Friedenspresse werden mehr und mehr unwirksam gemacht durch das Erscheinen vieler Hunderter von gedruckten oder auch in einfacher Vervielfältigung hergestellten Mitteilungsblättern in Betrieben und Städten, durch die Bildung von Hörergemeinschaften für die Sendungen der Rundfunkstationen der Deutschen Demokratischen Republik sowie durch die Bildung von Zirkeln und Lesergruppen, die sich um die Empfänger der Zeitung „Deutschlands Stimme", der Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Mitteilungen des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland gruppieren.

Die nationale Solidarität mit den verfolgten Friedenskämpfern und Patrioten hat in Nürnberg, Fürth und Umgebung zu einem begeisternden Beispiel der Opferbereitschaft geführt. Innerhalb von wenigen Tagen war es dort möglich, 63 000 Deutsche Mark zu sammeln und damit die Freilassung der Verhafteten gegen Stellung von Kaution zu sichern.

Während sich den Opfern des Terrors die Liebe und Verehrung des Volkes zuwendet, trifft die fünfte Kolonne der amerikanischen Kriegspartei die tiefste Verachtung. In meterhohen Buchstaben wurde jeder anständige Deutsche aufmerksam gemacht:

„Hier wohnt der Denunziant Fischer". In der gleichen Weise haben die jungen Friedenskämpfer das Haus des Kriegshetzers Dombrowski in Mainz gekennzeichnet, weil dieser amerikanische Agent den Abwurf von Atombomben auf die Sowjetunion forderte.

In Westdeutschland wie in Westberlin scharen sich Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung um diejenigen deutschen Richter, die deutsches Recht verteidigen. Die hannoverschen Gerichte haben in zwei Prozessen ein rühmenswertes Beispiel gegeben, wie deutsche Richter deutsches Recht sprechen und vor ihrem Gewissen und ihrem Volk ihre Pflicht erfüllen. Sie haben die Terrorverordnung gegen die Demonstration am Tag der 100 000 jungen Friedenskämpfer als rechtsunwirksam und verfassungswidrig erklärt und haben sämtliche Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Besonderes Aufsehen erregt auch das juristische Gutachten von Professor Mutesius an den Deutschen Städteverband, in dem festgestellt wird, daß die Entlassungsanordnung gegen die Angehörigen fortschrittlicher und friedlicher Organisationen außerhalb des Bodens des Rechtes steht. Die gleiche Auffassung haben zahllose Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Kreisräte, Personalreferenten und Dienststellenleiter aller Parteien vertreten, indem sie sich wei-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

gerten, in ihrem Amtsbereich den Forderungen des Adenauer-Kabinetts nachzukommen.

Aus vielen Hunderten Betriebsversammlungen, Gewerkschaftstagungen, Delegierten-Konferenzen, von Betriebsräten, von Orts- und Kreiskartellen der Gewerkschaften kam die Forderung nach vollem gewerkschaftlichen Schutz für die bedrohten Kollegen. Häufig waren es besonders sozialdemokratische Kollegen, die bei den Besprechungen immer wieder betonten, daß sie aus den Erfahrungen von 1933 gelernt haben und daß sie nun wissen, daß Faschisierung und Remilitarisierung zusammengehören, daß in der Vorbereitung des Krieges die Verfolgung bei den Kommunisten als den konsequentesten Kämpfern für den Frieden beginnt, um dann Zug um Zug die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftler und die christlichen Friedensfreunde zu treffen.

Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelt sich nicht nur in den Gewerkschaften, sondern auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei selbst eine kraftvolle Bewegung gegen die Kriegspolitik. Sie gewinnt in Mitgliederversammlungen und auf Delegiertenkonferenzen sichtbar an Boden. So wurden in mehreren Frankfurter Wahlkreisen die von der Parteileitung vorgeschlagenen Kandidaten für die Landtagswahl von den Parteimitgliedern abgesetzt, da diese Kandidaten in der Frage der Aufrüstung die geforderte Klarheit vermissen ließen. Die Frauenkonferenz der SPD in Schleswig-Holstein faßte eine Entschließung gegen die Schaukelpolitik Schumachers.

Besonders breit ist die Teilnahme am Friedenskampf bei der sozialdemokratischen Jugend. In Frankfurt verteilten die „Falken" mit den Freunden von der Freien Deutschen Jugend Flugblätter gegen die westdeutsche Kriegspolitik. Die Landeskonferenzen der „Falken" in Süd-Baden und in Bayern nahmen Entschließungen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands an. In einer von den Jungsozialisten einberufenen Versammlung erklärten sich die Friedensfreunde der „Falken" und der FDJ gemeinsam gegen die Remilitarisierung und wandten sich gegen jeden Versuch, die Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland zu vertiefen.

So wird es immer deutlicher, daß das große Friedensbekenntnis der Jugend am 1. Oktober und auf der Tagung der Jungbergarbeiter an der Ruhr, daß der Kampftag der Frauen für den Frieden und schließlich die Friedensbekenntnisse des Evangelischen Kirchentages und des Bruderrates der Bekennenden Kirche in der Tat dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands entsprechen.

Neue Willkürmaßnahmen als Ausweg aus der Krise

Es kommt noch hinzu, daß der Widerstandswille in der Bevölkerung mit jedem Tage durch neue Erfahrungen neue Nahrung erhält. Schon die ersten Auswirkungen der in New York befohlenen Wiederaufrüstung haben der Bevölkerung Westdeutschlands eine Vorstellung von dem vermittelt, was sie zu erwarten hat, wenn es den Kriegstreibern gelänge, die Remilitarisierung auf volle Touren zu bringen.

Die Finanzen des Bundes, der Länder und der Gemeinden drohen unter der Last der Besatzungskosten zusammenzubrechen, die nun auf 10 Milliarden erhöht werden sollen. Schon zahlen Schleswig-Holstein und Niedersachsen die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten in Raten. Bonn versucht, sich durch eine wahnwitzige Überspannung der Steuerschraube zu retten, ohne zu berücksichtigen, daß die Finanzkraft der schaffenden Bevölkerung durch die rapiden Preissteigerungen bereits unerträglich ausgehöhlt ist.

Man kann die sozialen Folgen der Remilitarisierung kaum deutlicher illustrieren als durch einen flüchtigen Überblick über die Entwicklung in der letzten Oktoberwoche. Am 20. Oktober beschließt das Kabinett Adenauer die Erhöhung

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

des sogenannten Notopfers Berlin, obwohl längst klar ist, daß Berlin nur dadurch geholfen werden kann, daß es wieder zur Hauptstadt eines einigen Deutschlands wird und nicht zum Brückenkopf der amerikanischen Aggression. Das Kabinett beschließt gleichzeitig die Einführung der Autobahnsteuer und die Erhöhung der Treibstoffsteuer. Einen Tag später überreicht die Hohe Kommission die Ankündigung über den Nachtragshaushalt zu den Besatzungskosten. Sie werden sich, wie bereits bekannt, auf 10 Milliarden belaufen. Am folgenden Tag kündigt Wirtschaftsminister Erhard allgemeine Steuererhöhungen einschließlich der Einkommensteuer an. Am Tage darauf wird bekannt, daß die Kohlenpreise erhöht werden müßten. Am 25. Oktober berichtet die Zeitung „Die Welt", daß die gestiegenen Papierpreise eine Verteuerung der Zeitungen notwendig machen. Am 26. Oktober berichtet der niederländische Außenminister und Präsident des Rates der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas, daß auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung in Paris der drohende Bankrott Westdeutschlands stehen werde. Am folgenden Tage wird bekannt, daß Westdeutschland gegenüber der Europäischen Zahlungsunion ein Defizit von 286 Millionen Dollar aufzuweisen hat. Der Zentralbankrat erhöht den Diskontsatz um 50%. Der Verkehrsminister kündigt die Erhöhung der Gütertarife, die 50%ige Verteuerung der Arbeiterfahrkarten sowie Tariferhöhungen im Straßenverkehrsgewerbe an. Schließlich wird am gleichen Tage auch noch die Erhöhung des Butterpreises bekanntgegeben.

Was allein dem Wohnungsbau zur Unterbringung der Bevölkerung Westdeutschlands in menschenwürdige Wohnverhältnisse durch die Verstärkung der Besatzungstruppen an Schaden zugefügt wird, zeigt die Tatsache, daß im laufenden Etat des Bundes für den sogenannten sozialen Wohnungsbau rund 400 Millionen vorgesehen sind, während die Neubauten und ihre Einrichtung für die Besatzungsmächte die Riesensumme von 1,2 Milliarden verschlingen. Dabei kostet jede Wohnungseinheit für die Besatzung das Vierfache dessen, was man im deutschen Wohnungsbau allgemein veranschlagt.

Hinzu kommen noch im wachsenden Umfange neuerliche Beschlagnahmen seitens der Besatzungsmächte. Die Masse der Umsiedler, die bisher am schlechtesten untergebracht wurden, ist davon wiederum am schwersten betroffen. Nach niedrigen Schätzungen will man bis Jahresende 35 000 Umsiedler aus ihren Wohnungen verjagen. Bis 28. Oktober wurden allein in Bayern etwa 2000 Umsiedler neuerdings wieder in Baracken untergebracht. Im Laufe dieses Monats sollen weitere 3000 folgen. Durch die Beschlagnahme der Kaserne in Garmisch, in welcher bisher die Umsiedler Unterschlupf fanden, wurden allein 2000 Menschen und ferner 300 Personen eines Altersheims obdachlos. Gleichzeitig müssen dadurch 22 Gewerbebetriebe geschlossen werden.

In Schleswig-Holstein wurden 50% aller begonnenen Schulbauten zugunsten des Polizei-Etats eingestellt. Die württemberg-badische Lehrerbildungsanstalt in Backnang wurde als Polizeikaserne beschlagnahmt. In Deggendorf sollte eine neue Schule gebaut werden; ihre Räume will man jetzt der Einheitspolizei zur Verfügung stellen. Das Kreiskrankenhaus Harburg wird ebenfalls als Kaserne beansprucht.

Die schwarzen Fahnen von Hamm sind in der Tat zu einem Symbol des Widerstandes, aber auch der kämpferischen Entschlossenheit ganz Westdeutschlands geworden. Die Bevölkerung hat erkannt, daß sie nur durch entschlossenen Widerstand gegen diese Willkür ihre Wohnungen retten und ihr Recht auch auf Schulen und Krankenhäuser geltend machen kann.

Arbeitslosigkeit steigt weiter an

Man hat versucht, der westdeutschen Bevölkerung diese Maßnahmen nicht nur mit dem Geschwätz von der erhöhten Sicherheit, sondern auch durch das Versprechen der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur infolge der Ein-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

beziehung der westdeutschen Wirtschaft in die Kriegsproduktion schmackhaft zu machen. In der Tat hat die Konjunktur des Todes zeitweilig zur Aufnahme von Arbeitskräften in den Bergbau, die Stahlproduktion sowie die Kriegsbetriebe des Schwer-Maschinenbaues und der Groß-Chemie geführt. Nun aber führt die katastrophale Verknappung von Kohle, Eisen, Eisenwaren und Nicht-Eisenmetallen sowie der drohende Zusammenbruch der ganzen Energiewirtschaft zu wachsenden Entlassungen in allen Zweigen der Friedenswirtschaft. Die Gewerkschaften in Hamburg wiesen am 8. d. M. bei den Behörden auf die drohende Stillegung zahlreicher Betriebe infolge Kohlenmangels hin. In Itzehoe waren einen Tag später bereits drei Betriebe infolge Kohlenmangels lahmgelegt. Nürnberg meldet am gleichen Tage die Stillegung von 60 Bäckereien. Die Opel-Werke in Rüsselsheim erwarten den restlosen Verbrauch ihrer Kohlevorräte am 17. November. Am 3. November hat die Glashütte Achern in Südbaden bereits 100 Arbeiter entlassen. Die Firma Glöckner in Düsseldorf muß trotz zahlreicher Aufträge zur Kurzarbeit übergehen und Entlassungen vorbereiten, da sie die notwendigen Rohmaterialien, Eisen und Draht, nicht mehr erhalten kann. Die Nordbayerische Konservenfabrik befürchtet den Verderb der eingelagerten Bestände, da es ihr an Kohle, Zucker und Dosenblech fehlt.

Nachdem in den letzten Monaten Schleswig-Holstein und Bremen als einzige westdeutsche Länder eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hatten, trat in der letzten Oktoberwoche auch in Bayern bereits eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit um etwa 6000 Menschen innerhalb von acht Tagen ein.

Diese massiven Angriffe gegen die Rechte und den Lebensstandard der westdeutschen Bevölkerung werden nun nicht mehr allein durch Resolutionen beantwortet. Die Werktätigen sind sich über die Zusammenhänge sehr schnell klargeworden. So erklärt der Kreisausschuß der Gewerkschaften in Nürnberg im Namen von 100 000 Mitgliedern, daß er auf Grund seiner prinzipiellen Ablehnung der Remilitarisierung alle gewerkschaftlichen Kampfmittel einsetzen werde, um die Erhöhung des sogenannten Notopfers Berlin, der Einkommen- und Lohnsteuer, die Einführung der Autobahnsteuer und der neuen Treibstoffsteuer zu verhindern.

In den umfassenden Kämpfen gegen die Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, wie sie besonders die Bauarbeiter sowie die Arbeiter des Wasserstraßenverkehrs führten, kommt zum Ausdruck, daß sozialdemokratische und kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter auf einer Linie dagegen kämpfen, daß man ihnen abermals Kanonen statt Butter offeriert. Die Aktionen, die besonders in der Verteidigung der demokratischen Rechte eine über das gewöhnliche Maß bereits weit hinausgehende politische Reife zeigten, entwickeln sich mehr und mehr zu direkten Kämpfen gegen die Kriegsvorbereitungen.

In Neumünster in Schleswig-Holstein erreichte die Belegschaft einer Textilfabrik durch ihre entschlossene Haltung die Einstellung der Kriegsproduktion. Sie vertrat die Auffassung, daß ihre Arbeitskraft dazu dienen solle, Teppiche und Textilien für den deutschen Friedensbedarf, nicht aber Tarnnetze für die englische Armee herzustellen. In Regensburg weigerte sich eine Arbeitsgruppe von Klempnern, die Reparatur eines ehemaligen Munitionsbunkers vorzunehmen, da diese Klempner keine befriedigende Auskunft über den vorgesehenen Verwendungszweck des Bunkers erhalten konnten.

Die Bauern, die schon an der Bever-Talsperre im Teutoburger Wald und auch im Landkreis Bütingen tapfer und erfolgreich gegen die Vernichtung ihrer Höfe, Wälder und Felder gekämpft hatten, setzen sich überall mutig gegen die Neuanlage und Erweiterung von Truppenübungsplätzen zur Wehr. Am Staffelsee, einer Perle des bayerischen Oberlandes, hat sich die ganze Bevölkerung zusammengeschlossen, um die Zerstörung ihres Landes durch die Anlage eines amerikanischen Pionier-Übungsplatzes zu verhindern. Die Bauern und Fischer am Staffelsee weisen darauf hin, daß sie durch ihren entschlossenen Kampf die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

...lersche Wehrmacht zwingen konnten, den Staffelsee in Ruhe zu lassen. **„Was Hitler nicht gelang, das sollen — und dazu sind wir fest entschlossen — auch die Amerikaner nicht fertig bringen."**

In besonderem Maße haben jene tapferen jungen Männer den Dank des deutschen Volkes verdient, die lieber arbeitslos werden, als im amerikanischen Solde amerikanische Waffen nehmen wollen.

Sie wollen nicht auf friedliche Deutsche oder friedliche Koreaner, sie wollen überhaupt nicht auf friedliche Menschen schießen, und sie wollen auch nicht für die Geldgier der Wallstreet-Leute sterben.

Die gleiche Enttäuschung, welche die Waffenverweigerer aus den Arbeitseinheiten den Amerikanern bereiten, bereitet nun die überwiegende Mehrheit der deutschen Polizisten jenen Geheimstrategen, die aus der Polizei eine motorisierte Kadertruppe und zugleich eine Terrorgruppe gegen die friedliebende deutsche Bevölkerung zu organisieren versuchen. Die Stuttgarter Polizei machte trotz direktem Befehl Adenauers keinerlei Anstalten, den stürmischen Protest der Versammlung gegen seine Forderung auf Remilitarisierung zu unterdrücken. Sie war offenbar genau so empört wie die Versammlungsbesucher selbst.

Prag — Garantie des Lebens

Der Widerstand wächst mit der Einsicht, daß Remilitarisierung ja nicht nur Kriegswirtschaft, nicht nur Kanonen statt Butter, nicht nur Uniformen, Kasernen und Karabiner für unsere Jugend bedeutet. Remilitarisierung heißt: Aggression gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksdemokratien, gegen die Sowjetunion. Remilitarisierung heißt, daß Deutsche auf Deutsche schießen sollen und daß Deutschland zugrunde geht. Weil die Menschen in Westdeutschland das ahnen, fühlen oder auch wissen, darum sagen sie: O h n e u n s !

Jetzt ist allen Menschen, die sich der Remilitarisierung widersetzen, die sich nach Frieden und Verständigung sehnen, durch die **Erklärung der Prager Außenministerkonferenz** ein Weg zum Frieden gewiesen, ein einfacher, verständlicher, ein gangbarer Weg. Jetzt gilt es, aus der Zustimmung zu Prag eine breite Volksbewegung für die deutsche Verständigung zu entfalten. An einer solchen Bewegung wird kein vernünftiger Politiker Westdeutschlands mehr vorübergehen können; denn nur auf amerikanischen Bajonetten sitzt es sich im Westen Deutschlands auf die Dauer auch nicht besser als in China, in Korea oder in Vietnam.

So steht also dem tödlichen Diktat von New York das Angebot von Prag als die Garantie des Lebens gegenüber. Die Entscheidung zwischen dem Wiederaufrüstungs- und Remilitarisierungs-Weg von New York und dem Friedensweg von Prag kann dem deutschen Volk nicht schwerfallen. Denn New York heißt Krieg und Selbstvernichtung. Völker aber begehen nicht Selbstmord. Sie tun es schon gar nicht, wenn greifbar vor ihnen das neue Ufer zu einem neuen Leben liegt, wenn sichtbar vor ihnen der neue Tag zu neuen Hoffnungen leuchtet.

Was an uns in Westdeutschland liegt, und was in unseren Kräften steht, gehört dem Kampf für das Leben unseres Volkes, der Verwirklichung der Vorschläge von Prag. Denn wir wollen unserem Volk das Leben nicht nur erhalten, sondern es zu einem neuen Leben in einem schöneren Vaterlande, in unserem einigen, friedlichen und demokratischen Deutschland führen."

Diskussion

Widerstand gegen Remilitarisierung

Helmuth v. Mücke

ehemaliger Kapitänleutnant auf der „Emden"

Wenn man heute in Westdeutschland die Frage der Remilitarisierung anschneidet, bekommt man im wesentlichen nur eine einzige Antwort: Wir wollen damit nichts zu tun haben! Die Ursache dafür, daß die Volksstimmung sowohl im Osten Deutschlands als auch im Westen Deutschlands die gleiche ist

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

und daß sich trotzdem Unterschiede zeigen, liegt darin, daß in Westdeutschland die Bevölkerung ja überhaupt nicht gefragt wird. Man sagt, eine Befragung der Bevölkerung über Fragen der Remilitarisierung sei im Bonner Grundgesetz nicht vorgesehen. Die Entstehungsgeschichte des sogenannten Grundgesetzes ist uns allen bekannt. Das Parlament, das auf Grund dieses Gesetzes in Westdeutschland geschaffen wurde, hatte bis zum heutigen Tage eigentlich weiter nichts zu tun, als sich mit der Frage zu beschäftigen, wer von den Abgeordneten nicht bestochen worden ist.

Der Wille der Bevölkerung, in den entscheidenden Fragen mitzusprechen, ist in Westdeutschland sehr stark vertreten. Es kommt aber wegen des Grundgesetzes nicht dazu, daß dem Willen der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Es liegt der Gedanke nahe, ob sich diejenigen, die das Grundgesetz geschaffen haben, nicht schon vielleicht einmal bei der Abfassung des Wortlautes dieses Gesetzes darüber klar geworden sind, daß einmal die Kernfrage, die mit dem einen Wort Remilitarisierung zu umfassen ist, auf die Tagesordnung gesetzt werden würde, und daß das Grundgesetz schon darauf abgestimmt worden ist, daß das Volk gar nicht zu Wort kommen kann.

Die Ausrede Adenauers, daß eine Volksbefragung nicht vorgesehen sei, muß, wenn das Volk es wirklich will, beiseite geschoben werden. Das ist die Aufgabe, die allen denen, denen das Wohl Deutschlands am Herzen liegt, jetzt in Westdeutschland gestellt ist. Denn die Remilitarisierung in Westdeutschland birgt die furchtbare Gefahr eines neuen Krieges in sich. Es ist ganz gleichgültig, wie ein solcher Krieg ausgeht oder zwischen welchen Mächten er stattfindet, der deutsche Boden und das deutsche Volk sind die ersten und am meisten betroffenen Leidtragenden.

Die Remilitarisierung Westdeutschlands läuft. Wenn wir nicht noch heute dagegen Widerstand leisten, sind wir morgen vielleicht schon tot.

Hamburgs Hafenarbeiter kämpfen aktiv gegen die Remilitarisierung

Ein Hamburger Hafenarbeiter

Bereits im August d. J. verweigerten 41 Hafenarbeiter das Ausladen von Munition mit der Begründung, sie ließen sich nicht wieder für einen Krieg mißbrauchen. Daraufhin erklärten sich alle Hafenarbeiter solidarisch mit ihren gemaßregelten Kollegen. Sie stellten der Geschäftsführung ein Ultimatum, daß, falls die 41 Mann nicht sofort wieder in ihre alten Rechte eingesetzt würden, die Arbeit im Hafen eingestellt würde. **Innerhalb von 24 Stunden nahm die Geschäftsführung auf Druck sämtlicher Kollegen die fristlose Entlassung zurück.** Das ist ein überzeugendes Zeichen, daß die Hamburger Arbeiterschaft gewillt ist, sich kraftvoll für den Frieden einzusetzen.

Die Gefahr eines Krieges ist durch die Außenministerkonferenz in New York, wo die Remilitarisierung Westdeutschlands beschlossen wurde, noch stärker geworden. Adenauers Vorstoß und Schumachers Zustimmung werden zur endgültigen Vernichtung Hamburgs führen, wenn nicht die Hamburger Hafen- und Werftarbeiterschaft sich verstärkt gegen die Remilitarisierung einsetzt.

Den Remilitarisierungsbestrebungen der Adenauer-Regierung treten immer größere Kreise der Hamburger Werktätigen entgegen. Insbesondere nach der **Prager Außenministerkonferenz,** auf der konkrete Vorschläge zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden demokratischen deutschen Staates gemacht wurden, tritt die Hamburger Arbeiterschaft in den Kampf gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands ein und versetzt so den Kriegstreibern empfindliche Schläge.

Durch einstimmige Beschlüsse der Betriebsräte des Hamburger Hafens, der Deutschen Werft und der Haller-Werke, die die Billigung aller Arbeiter in diesen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

betrieben fanden, begannen die Arbeiter in diesen Werken den Kampf gegen die westdeutsche Remilitarisierung, denen sich auch der Betriebsrat der Philips-Valvo-Werke anschloß.

Im Auftrag des gewerkschaftlichen Delegiertenkörpers gab der Betriebsrat der Deutschen Werft Unterschriftenlisten mit dem Text heraus: „Ich bin gegen Remilitarisierung, Wehrgesetze und Wehrpflicht, weil ich für den Frieden bin!"

Auf einer Belegschaftsversammlung wurde die Unterschriftensammlung von den anwesenden 4000 Kollegen stürmisch begrüßt. Trotz aller Versuche der Direktion und auch des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, die Unterschriftensammlung zu verhindern, zeichneten sich von 3600 erfaßten Belegschaftsmitgliedern 3310, das sind 92% der Belegschaft, in die Listen ein. Im Hafen stimmten die Arbeiter in geheimer Wahl in den Vermittlungsstellen ab. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus fünf Vermittlungsstellen stimmten von 1644 Arbeitern 1392 gegen die Remilitarisierung und lediglich 12 dafür, während der Rest sich nicht an der Abstimmung beteiligte.

Unsere Erfolge auf dem Gebiet des Kampfes um den Frieden und gegen die Remilitarisierung dürfen und sollen uns nicht dazu verleiten, jetzt in unseren Anstrengungen nachzulassen. Wir verpflichten uns, noch aktiver als bisher für das Wohl unseres Volkes zu wirken und zu kämpfen.

Antwort an General von Manteuffel

Vincenz Müller

Stellv. Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

Kürzlich hat ein ungenannter Leitartikler in der amerikanischen „Neuen Zeitung" zur Wiederaufrüstung in Westdeutschland unter anderem geschrieben: „Heute sind die amerikanische öffentliche Meinung und ihre Vertreter besonders empfindlich gegenüber gewissen Erklärungen aus Deutschland und Frankreich." Etwas weiter heißt es in dem Leitartikel: „Das deutsche Volk sollte die Entwicklung dieser Meinung in Amerika beachten." Der amerikanische Leitartikler wendet sich damit gegen den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Deutschlands und Frankreichs gegen die westdeutsche Remilitarisierung, und er maßt sich an, mit dem zweiten Satz Druck und Drohung dahinter zu setzen. Wir Deutschen aber fragen nicht danach, ob die Amerikaner empfindlich sind oder sich ärgern. Wir beachten aber die Empfindlichkeit des deutschen Volkes gegenüber der Remilitarisierung Westdeutschlands.

Bei der Remilitarisierung in Westdeutschland spielt die Beteiligung der ehemaligen Offiziere eine entscheidende Rolle. Als ehemaliger General wende ich mich an die ehemaligen Offiziere in Westdeutschland, im besonderen an den vielgenannten ehemaligen General von Manteuffel. Mein Freund von Lensky hat in der Presse einen Offenen Brief an Manteuffel gerichtet. Dieser hat in den „Aachener Nachrichten" darauf geantwortet, und dazu möchte ich Herrn von Manteuffel ein Wort sagen: „Es ist sehr schön, daß auch Sie, Herr von Manteuffel, beteuern, daß Sie für den Frieden sind. Ich kann aber nur bedauern, daß Sie die Dinge nicht bis zu Ende aussprechen. Sie sagen selbst, daß auch in Westdeutschland die Kräfte des Friedens stärker seien als die des Krieges. Aber ich sehe Sie, Herr von Manteuffel, noch nicht auf der Seite des Friedens. Sie, Herr von Manteuffel, haben nach Pressemeldungen vor einigen Wochen in Düsseldorf auf einer Konferenz westdeutscher Großindustrieller für die Remilitarisierung Westdeutschlands gesprochen. Die Leute, mit denen Sie zusammengehen, repräsentieren aber nicht das deutsche Volk, es sind nicht die Kräfte des Friedens.

Es ist darum auch kein Zufall, daß Sie sich in Ihrer Antwort an Lensky bis zu der gefährlichen Auffassung versteigen, ohne teilweise Aufgabe von nationalen Rechten gäbe es keine Sicherheit mehr für irgendwelchen Staat. Bei Deutschen, die einmal, wie maßgebende westdeutsche Großindustrielle und Bankiers, ihr

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Volk an Hitler verkauft haben, ist eine solche Auffassung nicht verwunderlich. Wenn aber ein ehemaliger Offizier, der sich früher für einen besonderen Hüter unserer nationalen Interessen gehalten hat, der früher oft gegenüber seinen Untergebenen sich auf die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Nation berufen hat, sich jetzt zu den Kreisen derer gesellt, die am Kriege verdienen, so ist das eine Schande.

Heute kann es nicht gelten, von einem Verzicht auf die Unabhängigkeit unserer Nation zu sprechen; denn das wäre nur ein Verzicht zugunsten der amerikanischen Kriegsvorbereitungen, ein Kuschen vor den amerikanischen Drohungen. **Heute gilt es, die wahre Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Nation im Interesse der Erhaltung des Friedens erst zu erringen. Voraussetzung aber dazu ist die Einsicht, daß die Kräfte, die am Kriege verdienen und ihre Zukunft auf einen Krieg setzen, die Totengräber des deutschen Volkes sind.**

Wir ehemaligen Offiziere in Ost- und Westdeutschland müssen uns auf die Seite der großen Gemeinschaft aller Deutschen guten Willens stellen, die den Frieden und ein unabhängiges Deutschland wollen. Wir dürfen nicht für Remilitarisierung und nicht für Kriegsvorbereitungen eintreten! Wir müssen mit allen anderen Deutschen guten Willens den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen fordern! Nur dann wird ganz Deutschland ein einiger, freier und unabhängiger Staat sein."

Auch die Kirche muß für die Durchführung der Prager Beschlüsse kämpfen

Pfarrer Lic. Kehnscherper, Bad Freienwalde

Was haben sich die verantwortlichen Politiker des Westens von der Hinauszögerung des Friedensvertrages wohl versprochen?

Soll Deutschland wirklich endgültig auseinandergerissen werden? Die kapitalistischen, imperialistischen Mächte jenseits des Ozeans haben dieses Ziel. In Westdeutschland aber kann man feststellen, daß ein gewaltiger Stimmungsumschwung eingetreten ist, man hat dort erkannt, wie riesengroß die Gefahr für unser Volk ist. Die grauenhafte Kriegführung Amerikas in Korea, die Gefahr, die durch die Remilitarisierung Westdeutschlands auf unser Volk heraufbeschworen wird, haben unseren Brüdern und Schwestern in Westdeutschland die Augen geöffnet.

In Westdeutschland finden sich immer mehr christliche Kreise, die zusammen mit den schon kämpfenden fortschrittlichen Kräften bereit sind, die Gefahr abzuwehren. **Es ist ganz besonders das evangelische Kirchenvolk, das sich im Gegensatz zu verschiedenen Kirchenleitungen mit aller Macht gegen die Remilitarisierung wehrt.**

Die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung, die in Westberlin sitzt, verbietet den Pfarrern die Mitarbeit an politischen Organisationen. Dabei beruft man sich auf einen Entschluß des Rates der evangelischen Kirche von Deutschland, der vor einer gewissen Zeit in Hamburg herbeigeführt sein soll. Dieser Erlaß war herausgebracht, um die Mitarbeit der Pfarrer in der Nationalen Front zu lähmen.

Andererseits aber hat nach verschiedenen, unwidersprochenen Zeitungsnachrichten in Westdeutschland der Rat der evangelischen Kirche in Essen das Aufstellen einer starken Polizeimacht für Westdeutschland befürwortet, ohne daß in dieser Verlautbarung die Zahl der Polizeieinheiten begrenzt worden wäre. **Es erhebt sich die Frage, ob der Rat die geistliche und kirchliche Vollmacht gehabt hat, eine solche politische Stellungnahme abzugeben.**

Ferner: Der Leiter des Evangelischen Hilfswerkes, Dr. Gerstenmeier, hat auf dem Europarat in Straßburg dem Churchill-Plan zugestimmt, demzufolge West-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutschland seinen militärischen Beitrag in der westeuropäischen Streitmacht zu stellen habe.

Bischof Meiser, der lutherische Bischof in Bayern, und Dr. Lilje, der lutherische Bischof in Hannover, fielen Pastor Niemöller in den Rücken, als dieser seine Erklärung gegen Adenauer herausbrachte. Pastor Niemöller wird als ein Privatmann hingestellt, der ohne kirchlichen Auftrag gesprochen habe. Andererseits aber vertritt das „Sonntagsblatt" von Bischof Lilje in Hannover immer unverhüllter die These, daß Europa nur vom Atlantik her gegen den „Kommunismus" durch einen Präventivkrieg verteidigt werden könnte. Wenn aber das evangelische Kirchenvolk und große Teile der Bekennenden Kirche, wenn Karl Barth, der Theologieprofessor, und Kirchenpräsident Niemöller gegen die Remilitarisierung Stellung nehmen, dann behandelt man sie als eigenwillige Außenseiter, die zu solchen Erklärungen nicht autorisiert seien.

In diese **Protestbewegung der westdeutschen Bevölkerung gegen die Remilitarisierung** kam nun die Prager Deklaration. Mit großer Freude und den allergrößten Erwartungen und Hoffnungen wurden diese Beschlüsse auch von jenen Menschen aufgenommen, die noch vor Jahresfrist ganz anders geurteilt hatten. Wenn diese zurückhaltenden Beschlüsse aus Prag abgelehnt werden, dann ist die Schuld von Amerika und England vor der Geschichte eindeutig festgelegt.

Es ist nun unsere Aufgabe, alles zu tun, daß die Prager Vorschläge allen Menschen in Westdeutschland bekannt werden. Durch den politischen Rummel, den man im Bonner Parlament aufzieht, wird versucht, die evangelischen Christen aufzuhetzen und zu verwirren. Die Presse in Westdeutschland verbreitet eine Unzahl von Greuelmärchen über die kirchlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik.

Dafür ein Beispiel: In allen Zeitungen wurde immer wieder verbreitet, daß am 31. Oktober die evangelische, die katholische und die freie Kirche zusammengelegt würden. Insgesamt seien von den 6000 Pfarrern 350 bereit, dann nach Nazimuster einen Reichsbischof zu ernennen. Damit holte man den Heidrich-Plan der Nazizeit wieder aus der Mottenkiste hervor, änderte ein wenig die Zahlen, und das Pferd ist genau so wieder aufgezäumt. Diese Lügenpropaganda haben wir aber ganz und gar nicht zu fürchten. Sie entlarvt sich von selbst.

Alle Menschen müssen und werden erkennen, daß von Prag her die Tür zur Verständigung weit aufgemacht wurde. Es wird alle Klugheit, die politische Einsicht und auch unser ganzer Fleiß, unsere Zähigkeit und unser Glaube nötig sein, dafür zu arbeiten, daß wir trotz aller Widersacher das geeinte, demokratische Deutschland, das dem Frieden dient, erringen.

Die Kumpels von der Ruhr wollen nicht für den amerikanischen Krieg arbeiten

Ein Mitglied des Betriebsrates und Kampfausschusses der Zeche Nordstern, Gelsenkirchen

Die Zeche Nordstern steht in einem harten Kampf für die demokratischen Rechte der Belegschaft. Dieser Kampf richtet sich auch direkt gegen die Kriegsvorbereitungen der Amerikaner und ihrer Helfer. In einem gemeinsamen Komplott versuchten die Deutsche Kohlenbergbauleitung, die Militärregierung und die Spitze des Industrieverbandes Bergbau einen Angriff auf die Löhne der Kumpels. Um dabei zum Ziele zu kommen, versuchten sie die Einheit der Belegschaft zu spalten. Die Einheit der Werktätigen ist aber in ihrem Kampf um die demokratischen Rechte nur noch fester geworden.

Ein Betriebsratsmitglied wurde von der Direktion fristlos entlassen, weil es die neue Arbeitsordnung kritisierte und dabei feststellte, daß sie dazu diene, die Löhne der Werktätigen zu drücken. Der Betriebsratsvorsitzende, der sich

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mit ihm solidarisierte, wurde gleichfalls fristlos entlassen. **Die Kumpels nahmen aber geschlossen den Kampf um die Wiedereinstellung ihrer Vertrauensmänner auf. Sie legten die Arbeit nieder und bildeten eine Streikleitung, die das Vertrauen der gesamten Belegschaft hatte.**

Mit Terror wurde durch die Behörden gegen die um ihre demokratischen Rechte kämpfenden Arbeiter vorgegangen. Gegen 4000 Streikende wurden mehr als 2000 Mann kasernierter Polizei und Werkfeuerwehr von anderen Zechen eingesetzt, die mit Knüppeln die Arbeiter zur Arbeit treiben sollten. Es gab zahlreiche Verhaftungen; **aber der Kampf unter der Belegschaft wurde noch stärker.**

Weil der gesamte Staatsapparat auf sie losgelassen wurde, änderten sie ihre Taktik. Die Kumpels fuhren wieder ein, fördern aber keine Kohlen. Dann verwandelten sie die Streikleitung in einen Kampfausschuß. Die Belegschaft setzt ihren Kampf zur Verteidigung der demokratischen Rechte nach wie vor geschlossen fort.

Auf amerikanischen Befehl sollen die Kumpels wieder Soldaten werden. Die Ruhrkohle soll der Aufrüstung dienen. In den Wohnungen friert die Bevölkerung, aber die Kohle geht in die Rüstungsbetriebe. **Die Bergarbeiter denken aber nicht daran, den Kriegskurs mitzumachen.** Sie antworten auf den Schuman-Plan, wie er es verdient. Die Kumpels der Zeche Nordstern sind sich darüber einig, daß sie für den Frieden und ihre demokratischen Rechte kämpfen müssen.

Wir fragen weder nach Weltanschauung noch nach Parteibuch, sondern stehen geschlossen in unserem gemeinsamen Kampf, in dem wir uns auf die Unterstützung der Bevölkerung verlassen.

Die Kumpels von der Ruhr wollen nichts mit dem amerikanischen Krieg zu tun haben. Sie wollen nicht amerikanischen Interessen dienen. Darum hat bei ihnen auch die Prager Entschließung der Außenminister ein kraftvolles und überzeugendes Echo gefunden. Die Bergarbeiter an der Ruhr haben ihren Kampf für Deutschland aufgenommen. Sie kämpfen mit in der Nationalen Front für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit. Die Ruhrkumpels stehen in einer Reihe mit den Friedenskämpfern der ganzen Welt.

Pastor Niemöller kämpft gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands

Pfarrer Dr. Busch, Dresden

Am 13. November 1950 hielt Kirchenpräsident Pastor Martin Niemöller in der Stiftskirche von Tübingen eine politische Predigt gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Die Veranstaltung war für Tübinger Verhältnisse einmalig. Bereits eine Dreiviertelstunde vor Beginn war die Stiftskirche überfüllt. Über 3000 Menschen aller Bevölkerungsschichten Tübingens, die Studentenschaft und ein sehr hoher Prozentsatz Jugendlicher waren erschienen, um aus Niemöllers Munde die Stellungnahme gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu hören.

Niemöller hielt diesen Gottesdienst — wie er selbst sagte — in der Form einer politischen Predigt. Er lehne die Zweigleisigkeit des Christen ab. **Es gebe nur eine Stellungnahme des Christen zu der politischen Frage der Remilitarisierung. Er werde konsequent gegen jede Remilitarisierung, die er als ein politisches Verbrechen und eine Unmöglichkeit für das deutsche Volk bezeichnete, eintreten.**

Die Remilitarisierung liegt im Interesse der USA, Englands und Frankreichs, nicht aber im deutschen Interesse. Die Deutschen sehen, daß es nur drei Möglichkeiten im Falle eines Krieges gäbe: entweder den rücksichtslosen Einsatz der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Atombombe durch die USA auf unserem Gebiet, im Falle eines Zurückschlagens der Russen den Beginn des russischen Luftkrieges oder als dritte und letzte Möglichkeit das vom französischen Verteidigungsminister geforderte Gemetzel zwischen Oder—Neiße und Rhein. Aus diesem Kriege entspringe also keinerlei Nutzen für Deutschland, ganz im Gegenteil, höchstens die USA könnten davon profitieren. Niemöller wies darauf hin, daß der Westen jetzt so weit sei, jeden, der für den Frieden und gegen die Remilitarisierung auftritt, als Agenten der Sowjetunion und der Kommunisten zu bezeichnen. Weiter kritisierte er scharf das Verhalten der westdeutschen Presse und zitierte den Ausspruch eines bekannten Journalisten, der behauptete, die westdeutsche Presse sei jetzt verlogener und schlechter als zu den schlimmsten Zeiten des Nationalsozialismus.

Wenn die evangelische Kirche in der Frage der Remilitarisierung versagt, kann sie mit Recht einpacken und ihre Tätigkeit einstellen. Entgegen Pressemeldungen, nach denen in der bekannten Unterredung zwischen Niemöller und Schumacher beide im wesentlichen auf dasselbe Ziel und denselben Punkt hinausgekommen seien, behauptete Niemöller fest und klar, er könne Schumachers Standpunkt auf keinen Fall teilen. Der Westen habe keinerlei Grund, die abendländische Kultur zu verteidigen; er hätte erst im eigenen Haus Ordnung zu schaffen. 700 000 Jugendliche seien in den Westzonen ohne Arbeit. Die westdeutschen Regierungsstellen hätten für diese Jugendlichen nichts weiter als den Hinweis: Meldet euch bei den Arbeitskompanien der Amerikaner.

Von den zu den Arbeitskompanien Angeworbenen reißt eine große Zahl wieder aus, denn sie hätten sich ihren Dienst anders als das unmittelbare Abrücken zum Kasernenhofdrill vorgestellt.

Anschließend an die politische Predigt in der Stiftskirche fand eine Diskussion mit Studenten und Professoren statt. An dieser Diskussion konnten über 1000 Studenten nicht teilnehmen, da der Platz nicht ausreichte. Niemöller wurde gefragt: „Glauben Sie, Herr Kirchenpräsident, daß Rußland Krieg machen will?" Niemöller antwortete: „Nein, ich glaube es nicht!" **Auf die Frage der Stellungnahme zu den Beschlüssen der Prager Außenministerkonferenz erklärte er: „Ich bin mit jedem einzelnen Punkt einverstanden."**

Für jeden christlichen Menschen, für die Kirchen der Welt und alle religiösen Bekenntnisse der Welt, wie sie auch heißen mögen, kann es nur eine Stellungnahme geben: **Zusammenschluß zu einem großen gemeinsamen religiösen und sittlichen Protest gegen das Neubeginnen der Kriegsoperationen auf Erden. Wenn Friedenskongresse gehalten werden, so müßten Bischöfe und Kirchenführer aller Bekenntnisse in der vordersten Reihe sitzen.**

Die Remilitarisierung muß verhindert werden!

Herr Jurczek, Hamburg

Ich selbst war einmal einer der ersten Oberbannführer der Hitler-Jugend in Nordwestdeutschland und während des zweiten Weltkrieges bis zu meiner schweren Verwundung als Offizier an der Front. Mit Hunderttausenden junger Menschen glaubten wir, im Nationalsozialismus den richtigen Weg zu gehen, und mit allem Idealismus, den eine Jugend aufbringen kann, haben wir uns eingesetzt. Aber dieser Weg war ein Weg der Gewalt, und er führte Deutschland nicht „zur Größe", sondern in Chaos und Zerstörung. Wir haben das alles am eigenen Leibe miterlebt.

Durch schmerzliche Erfahrungen sind wir zu einer Umkehr gekommen. **Wir haben erkannt, daß Deutschland nur im Frieden, in einer wahrhaften Demokratie sich selbst finden und seinen Wiederaufbau vollziehen kann.**

Ich spreche hier nicht allein für mich, ich spreche hier für viele meiner Freunde und Bekannten, die in der HJ gestanden haben und sogar führend in

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ihr tätig waren; ich weiß, daß sie zusammen mit dem überwiegenden Teil der ehemaligen Frontoffiziere hinter der Forderung stehen: wir Deutsche wollen nicht wieder in einen neuen Krieg hineingetrieben werden, wir wollen aufbauen und nicht zerstören. **Wir lehnen deshalb die Remilitarisierung, die Herr Adenauer durchsetzen will, energisch ab. Wir wollen Deutsche, aber nicht Söldner von Amerika sein.** Wir verwerfen und bekämpfen die Politik Adenauers genau so wie die Politik Schumachers, weil nämlich beide, Adenauer und Schumacher, im Grunde dasselbe wollen: die Aufrüstung Westdeutschlands und damit den Tod Hunderttausender junger deutscher Menschen.

Wir wollen auch ein einheitliches Deutschland, ein Deutschland der Zusammenarbeit mit allen Völkern, die für den Frieden ringen. Wir sagen den stärksten Kampf allen denjenigen Elementen an, welche glauben, mit uns Schindluder treiben zu können, indem sie uns noch einmal für ihre egoistischen Interessen auf die Schlachtfelder hinausführen und Deutschland zu einer Wüste machen wollen.

Es gibt sehr große Teile der Bevölkerung in Westdeutschland, die bereit sind, alles zu tun, um unser Vaterland vor der Gefahr eines dritten Weltkrieges zu retten. Nicht in dumpfem Fatalismus wollen diese Patrioten verharren, sie gehen dazu über, mit allen Kräften auf einer gemeinsamen Plattform den **Kampf gegen die Remilitarisierung** zu führen.

So möchte auch ich von dieser Stelle Herrn Vincenz Müller, der als ehemaliger Offizier und General hier gesprochen hat, auf seinen Anruf eine Antwort geben: Mit mir zusammen werden Hunderte von ehemaligen Offizieren und Tausende von ehemaligen Soldaten aufstehen und im Friedenskampf auf die Straße gehen. Wir werden in Versammlungen hineingehen und werden Herrn Adenauer und seinen Männern von Bonn die Maske vom Gesicht reißen. Wir werden das deutsche Volk aufrufen, über die Gefahren der Remilitarisierung nachzudenken — und dann wollen wir sehen, ob es Herrn Adenauer noch gelingt, seine Pläne durchzuführen.

Wir rufen in dieser Schicksalsstunde unseren deutschen Schwestern und Brüdern in allen Teilen unseres Vaterlandes zu: **Die Remilitarisierung muß verhindert werden, es muß ein Ausgleich zwischen Ost und West auf Grund der vernünftigen Prager Beschlüsse erzwungen werden.**

Noch ist es nicht zu spät!

Dr. Hans Puhl

Rechtsanwalt in Essen

Die westlichen Besatzungsbehörden sind heute bestrebt, nach den Grundsätzen und Anweisungen ihrer eigentlichen Herren, der amerikanischen Reeder und Konzernherren, in die Fußtapfen der Nazis zu treten. So erlebten wir die „Geschenke": Ruhrstatut, Besatzungsstatut und die drei Hohen Kommissare auf dem Petersberg. Eine weitere Folge, die in derselben Linie liegt, war das „Geschenk" des Gesetzes Nr. 14 vom 25. November 1949, eines Gesetzes, das vielleicht gerechtfertigt gewesen wäre nach der Niederringung eines Landes gegenüber denjenigen, die die eigentlichen Ratgeber der Aggression waren. Dieses Gesetz trifft aber gerade die, die heute gegen eine neue Aggression kämpfen. Wir mußten kürzlich erleben, daß 12 namhafte, fachlich und sachlich qualifizierte Beamte lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur VVN in Düsseldorf aus dem Amt entfernt wurden. Die Neubesetzung der Stellen erfolgt fast immer durch altbewährte Nazis. Auf derselben Ebene liegt auch die offene Behinderung der Partei, die in vorderster Linie der Kämpfer im Ringen um den Frieden steht, die systematische Behinderung der Kommunistischen Partei.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig wird die Presse der Kommunistischen Partei verboten, und die Druckereien der fortschrittlichen Parteien und Organisationen werden geschlossen und stillgelegt.

Dieser sich akut bemerkbar machende Neofaschismus ist bereits weit in das öffentliche Recht, das Verwaltungs- und Staatsrecht, wie überhaupt in die Rechtspflege hineingewuchert.

Im Zuge der weiteren Faschisierung finden wir dann die systematische Behinderung der Gewerkschaften in ihrer Tätigkeit, die Entfernung gerade der aktivsten Friedenskämpfer und Akteure in den Gewerkschaften. Ich stellte fest, daß der bayrische Vorstand der Erwerbslosengewerkschaft aus seinem Aufgabenkreis entfernt wurde, weil er sich weigerte, ihm übertragene oder angetragene Aufgaben der Alliierten zur Werbung von Söldlingen aus den Kreisen der Arbeitslosen auszuführen.

Manchmal entbehren die Refaschisierungsaktionen auch nicht ganz des Humors. So hatte z. B. in der nordhessischen Stadt Ungedanken eine amerikanische Streife festgestellt, daß sich junge Leute mit roten Bändern auf einem Wege befanden. Sie mobilisierte die Militärpolizei und mußte feststellen, daß es junge Leute waren, die von einer Kirmes kamen.

Ich will in diesem Zusammenhang nur noch an die berüchtigten Bruderschaften erinnern, die sich bereits ganz frei bewegen und ganz offen und klar ihre Ziele zum Ausdruck bringen. Sie hielten es jüngst in Bielefeld bei einer Kundgebung für angebracht, die frühere Frauenschaftsführerin Scholz-Klink sowie die Tochter des Massenmörders Himmler als ihre Ehrengäste zu präsentieren. Aber warum sollten sie sich auch noch genieren und ängstlich sein, nachdem man systematisch Kriegsverbrecher wie Frick, Darré, Fritsche und Weichs freigelassen hat.

Auf dieser Ebene liegen die Refaschisierungsaktionen. Sie alle müssen uns klar werden lassen, daß es diesmal nicht wieder so werden darf wie damals, als man, obwohl sich die Zeichen bereits sehr deutlich vor 1933 am Horizont erhoben, die letzte Warnung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" ausließ. **Es gilt für uns in Westdeutschland, die letzte uns zu Gebote stehende Kraft einzusetzen und nicht müde zu werden, das Volk immer wieder auf die Zeichen der Renazifizierung hinzuweisen.**

Die westdeutsche Bevölkerung steht an der Seite der Friedenskämpfer

Karl Hartmann, Hannover

In Nürnberg wurden von dem amerikanischen Militärgericht 15 Friedenskämpfer zu insgesamt 22 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Methode, die bei den Gerichtsverhandlungen angewandt wurde, muß noch einmal besonders herausgestellt werden. Auf die jungen Friedensfreunde wurde der Druck ausgeübt, sich freiwillig zu Agenten Amerikas und zu Aufrührern im Sinne der Anklageschrift zu bekennen. Wenn sie dazu bereit wären, sagte ihnen der amerikanische Staatsanwalt, dann würden sie mit einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr davonkommen, und diese Gefängnisstrafe brauchten sie dann nicht einmal abzusitzen. **Die Jugendlichen haben das Ansinnen des Staatsanwalts abgelehnt, sie wollten keine Agenten sein, sie sind Friedenskämpfer.**

Wie reagierte nun die Bevölkerung in Nürnberg auf dieses Urteil? Es entwickelte sich eine wachsende nationale Solidarität. Es sind keine Einzelbeispiele, daß Arbeitslose von ihrer kargen Unterstützung 10 DM und Rentner sogar 20 DM opferten. Geschäftsleute stellten bis zu 500 DM zur Verfügung. In wenigen Tagen wurden über 60 000 DM gesammelt, um die jungen Friedenskämpfer zu unterstützen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Auch in Hannover standen Friedensfreunde vor Gericht, weil sie am 1. Oktober für den Frieden und gegen die Remilitarisierung demonstriert hatten. Dort wurde aber im Urteil festgestellt, daß die Friedenskämpfer berechtigt waren, für den Frieden zu demonstrieren. Es wurde festgestellt, daß die Polizei nicht das Recht hatte, die Demonstration aufzulösen, die Angehörigen mit Gummiknüppeln niederzuschlagen, die Friedenskämpfer zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Die Polizei mußte sich also vom Gericht ihre unrechtmäßigen Handlungen bescheinigen lassen.

Eine Verbreiterung des Terrors bringt bekanntlich der Beschluß der Adenauer-Regierung vom 19. September 1950, durch den die demokratischen Rechte unrechtmäßig beseitigt wurden. Auch diese Maßnahme muß man im Zusammenhang mit der Remilitarisierung sehen. Erstmalig gelang es jetzt, zu einer breiten, wahren Solidaritätsaktion zu kommen. Die Breite der Bewegung zeigen folgende Beispiele:

Zunächst einmal die Kommunen. Die Kommunen weisen darauf hin, daß sie in dem Erlaß des Dr. Adenauer einen unerlaubten Eingriff in ihre souveränen Rechte der Selbstverwaltung erblicken, und infolgedessen kommt von diesen kommunalen Spitzenverbänden und von den großen Kommunen der Widerstand gegen diese Maßnahme Adenauers. Sogar der Oberbürgermeister von Bonn erklärt: Wir betrachten uns als eine souveräne Kommune und nicht als Befehlsempfänger.

Was sagt Emdens Oberbürgermeister? Er hat Weisung gegeben, daß der Erlaß des Dr. Adenauer nicht durchzuführen sei.

Was sagt der Oberbürgermeister Heilbronns, der der FDP angehört? Er erklärt: Ich werde in dieser Hinsicht auch nichts unternehmen, weil die Anweisung der Bundesregierung dem Artikel 3 des Grundgesetzes widerspricht.

Was sagt der Deutsche Beamtenbund Hamburg? Er nahm auf einer Versammlung eine Resolution an, in der er erklärte, daß die Entlassung aus politischen Gründen abzulehnen sei. Ihm schloß sich der Betriebsrat der Sozialbehörde Hamburgs an.

Überall ist eine breite Welle berechtigter Empörung und des wachsenden nationalen Widerstandes gegen die Terrormaßnahmen und den Abbau demokratischer Rechte zu erkennen, eine Bewegung, die ganze Verbände, öffentliche Verwaltungen erfaßt und bereits auf die Länderregierungen übergreift.

Schumachers Haltung zur Remilitarisierung schmählicher Verrat am deutschen Volk

Fritz Sieben

Landrat aus Bad Kreuznach, Mitglied der SPD

Jeder von uns weiß: Remilitarisierung heißt Vorbereitung zum Krieg, aber **das deutsche Volk will Frieden.** Daß die Herren in Bonn nicht die Interessen des deutschen Volkes vertreten, das haben sie noch nie so drastisch bewiesen wie vor wenigen Tagen in der Remilitarisierungsdebatte im Bundesrat. Für wahre Volksvertreter hätte es in dieser Frage überhaupt keine Debatte geben dürfen, sondern ein wirkliches deutsches Parlament hätte der amerikanischen Kriegspartei ein entschiedenes Nein zugerufen und wäre zur Tagesordnung übergegangen.

Diese Tagesordnung kann heute nichts anderes sein als die Forderungen der Prager Außenministerkonferenz, die den richtigen, gangbaren Weg zur Einheit Deutschlands und zum Frieden in ganz Europa weisen. Statt dessen bot Herr Adenauer den anglo-amerikanischen Kriegstreibern die deutsche Jugend als Kanonenfutter an. Und was tat Schumacher? Wenn am 9. November die britische Zeitung „Die Welt" den Bericht über die Rede des Herrn Dr. Schumacher

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mit den Worten überschrieb: „Schumacher begründet das Nein der SPD", so ist das eine grobe Irreführung, die allerdings auch von Herrn Schumacher beabsichtigt war.

Schumacher hat einmal auf dem Parteitag der SPD in Hamburg voller Pathos erklärt: „Jawohl, die Sozialdemokratie hat Nein gesagt, aber es war zur gleichen Zeit ein realistisches, positiv durchdachtes Ja." Genau so sieht das Nein aus, das Schumacher zur Remilitarisierung gegeben hat. Er spielt den großen Oppositionsführer, wettert gegen Adenauer und die Bundesregierung und protestiert zur Beruhigung der sozialdemokratischen Wählermassen gegen die Einziehung junger Deutscher in halbmilitärische Einrichtungen der Besatzungsmacht. Aber dann kam das realistische Ja Schumachers. Er erklärte, er wolle natürlich den Beitrag des deutschen Volkes zur amerikanischen Aggression. Aber diese ist ihm noch nicht aggressiv genug. Er will, daß möglichst viele anglo-amerikanische Panzerdivisionen nach Deutschland kommen für den Offensivstoß nach dem Osten. Darum sollen auch so viel deutsche Divisionen dabei sein, wie seine Auftraggeber anfordern.

Dr. Schumacher und die sozialdemokratische Parteipresse, die er kontrolliert, werden nicht müde, die sogenannte deutsche Schicksalsgemeinschaft mit dem Westen zu proklamieren. Sein intimer Parteifreund Reuter sagte ganz offen, worauf man hinaus will. Es ist genau wie bei Hitler die Eroberung Polens und der Tschechoslowakei als der Ausgangsbasis zum Angriff auf die Sowjetunion. **Wo immer die Völker um ihre Freiheit kämpfen, identifiziert sich Schumacher mit dem Unterdrücker, steht er auf der Seite der Amerikaner.** In China auf der Seite des korrupten Tschiangkaischek, in Malaia auf der Seite der englischen Öllinteressenten, in Indonesien auf der Seite der Gummikönige. In Europa läßt es sich Schumacher angelegen sein, die Deutschen in den Bürgerkrieg und gegen 200 Millionen Sowjetbürger, gegen Polen, Tschechoslowaken, Rumänen, Bulgaren und Ungarn zu treiben.

Bei dem heutigen Kräfteverhältnis in der Welt ist es klar, daß diese Politik noch viel sicherer als die Wilhelms II. und Hitlers zur deutschen Katastrophe und diesmal zum endgültigen Untergang Deutschlands führen wird, wenn sie sich durchsetzen könnte.

Das erkennen auch mehr und mehr meine sozialdemokratischen Parteifreunde, die vor kurzem noch der Meinung waren, daß Kurt Schumacher der Führer im Kampf gegen die Remilitarisierung sei. Jetzt sehen sie, daß sie irregeführt sind. **Wir werden alles daransetzen, damit auch der letzte sozialdemokratische Arbeiter, wie jeder andere ehrliche Deutsche, erkennt, daß es nur einen Weg zum Frieden und zur Einheit gibt, den Weg, den die Prager Beschlüsse weisen, den Weg zum deutschen Gespräch, zur Verbindung von Ost und West.**

Die Frauen Westdeutschlands kämpfen für den Frieden

Wilhelmine Schirmer-Pröscher

Mitglied des Bundesvorstandes des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands

Bei der Unterschriftensammlung in Westdeutschland konnten wir mit Genugtuung feststellen, daß unser Aufruf zur Unterstützung des Stockholmer Appells gehört wurde. In Stuttgart wurde auf einer Tagung des Komitees der Kämpfer für den Frieden eine Entschließung angenommen, in der gegen die amerikanische Aggression in Korea protestiert wird. Diese Entschließung haben vier Stuttgarter Frauen in das amerikanische „Hauptquartier" gebracht. Der amerikanische General empfing sie allerdings nicht; sie sollten von der „Frauenreferentin" abgespeist werden. Diese Tatsache haben die vier Stuttgarter Frauen zum Anlaß genommen, dem amerikanischen Quartier einige Wahrheiten zu sagen, u. a. zum Beispiel: keine Zeitung konnte bisher berichten,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

daß sowjetische Flugzeuge Bomben auf die Frauen und Kinder Koreas abgeworfen haben; es sind amerikanische Flugzeuge, die Tod und Verderben über das koreanische Land brachten und bringen.

An den Friedensdemonstrationen in Hohenzollern-Württemberg haben sich viele fortschrittliche Frauen beteiligt. In diesen Demonstrationen traten Sprechchöre auf, die der Öffentlichkeit zuriefen: „Wir marschieren für den Frieden!" und „Hände weg von Korea!" In Hamburg, in Bremen haben auch solche Demonstrationen stattgefunden. Unsere Friedenskämpferinnen von Bremen sind auf ein holländisches Schiff im Hafen gegangen und haben die ganze Besatzung, vom Kapitän bis zum jüngsten Schiffsjungen, bewogen, ihre Unterschrift für die Ächtung der Atomwaffe zu geben. In Rendsburg haben unsere Frauen Flugblätter verfaßt und verteilt, die gegen die Herstellung von Munition und den Transport von Waffen gerichtet waren. Daraufhin haben sich viele Frauen geweigert, in den betreffenden Rüstungsfabriken und Werkstätten zu arbeiten. In Hamburg und in anderen Städten haben unsere Frauen Kinderwagendemonstrationen durchgeführt. Die Kinderwagen trugen Plakate, auf denen zu lesen war: „Mütter, helft uns, daß nie wieder Krieg wird!" Als die Polizei einschritt, da sagten die Frauen: „Seit wann müssen wir von der Polizei eine Erlaubnis haben, wenn wir unsere Kinder spazierenfahren wollen?" Daraufhin mußte die Polizei klein beigeben.

Der behördliche Kampf, der in Westdeutschland gegen die Friedensbewegung geführt wird, wird immer mehr von den Frauen erkannt. Der Kampf gegen die Remilitarisierung erfaßt immer größere Kreise. So haben in Hamburg jetzt die Deutsche Zentrale der Weltorganisation der Mütter aller Nationen, außerdem der Frauenring Hamburgs mit 21 angeschlossenen Verbänden, der Evangelische Frauenbund, der Katholische Frauenbund Hamburg-Altona, der Bund Deutscher Akademiker, der Klub berufstätiger Frauen und die Gruppen der Frauenorganisationen der CDU, der FDP und der SPD gemeinsam einen Brief an Adenauer unterschrieben, in dem sie ihn und die Bonner Männer vor der Wiederaufrüstung Deutschlands warnen.

Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, allen Frauen in Westdeutschland die Prager Erklärung zu übermitteln. Sie alle sollen erfahren, daß durch diese Prager Erklärung uns eine große Unterstützung für den Kampf um den Frieden gegeben wurde.

Eine Volksbewegung für den Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Ein Mitglied des ständigen Büros des Westdeutschen Arbeitsausschusses

Es sind zwei Fragen, die immer wieder in allen unseren Gesprächen mit den Menschen in Westdeutschland sich bemerkbar machen. Die eine Frage kreist um das Programm Frieden oder Krieg, um die Remilitarisierung und ihre Folgen in Westdeutschland. Wenn darüber gesprochen wird, dann hört man in allen nur erdenklichen Variationen die Antwort: **„Ohne mich" — „Ohne uns " — „Wir wollen leben".**

Längst nicht so klar aber waren bisher die Antworten, die in Westdeutschland auf die Frage gegeben wurden, wie nun der Weg aus der deutschen Not und aus der Bedrohung des Krieges gefunden werden soll. Es ist klar, auf diese Frage kann man nicht einfach antworten „ohne mich". Nun beginnt sich diese Antwort, es beginnt sich die einzig mögliche Antwort durch die Prager Erklärung abzuzeichnen, in der die einfachste Lösung enthalten ist: **Verständigt euch, seid bereit, Kompromisse für den Frieden zu schließen, setzt euch zusammen.**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ich denke nicht, daß das nur eine Aufforderung an die Politiker der Regierungen ist, es ist eine Aufgabe für alle Deutschen. Und wir, die wir aus dem Westen Deutschlands hierhergekommen sind, wir wollen uns nun mit den Menschen in Westdeutschland zusammensetzen, wir wollen zunächst einmal dafür sorgen, daß sie erfahren, was Prag für unser ganzes Volk bedeutet. Alle unsere Freunde der Nationalen Front, alle Ausschüsse, alle Komitees, die verschiedenen Leitungen, die Mitglieder all der Kampfbewegungen, sie werden nun die Kenntnis der Prager Erklärung von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung, von Hof zu Hof, von Betrieb zu Betrieb tragen. Im Kreis unserer Gewerkschaftskollegen, in allen sportlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Verbänden und Vereinen müssen wir über Prag sprechen, immer wieder über Prag sprechen. Denn außerhalb des Weges von Prag gibt es keine Antwort auf die bangen Fragen unseres Volkes. Auf dem Wege von Prag gibt es auch die Antwort auf die Frage: Soll die deutsche Jugend in dem dritten, dem amerikanischen Weltkrieg verbluten? Die Antwort lautet: Nein! **Die deutsche Jugend wird leben, wenn sie selbst ihr Teil dazu beiträgt, die Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu erzwingen.**

Auf dem Wege von Prag gibt es Antwort auf die Frage: Müssen die Kumpels an der Ruhr, müssen die Arbeiter in unseren Eisenhütten für den amerikanischen Krieg arbeiten? Nein, sie werden deutsche Kohle fördern, und sie werden deutschen Stahl schmelzen für den friedlichen Aufbau und den Wohlstand ihres Volkes, wenn sie selbst sich an die Spitze stellen mit der Forderung nach Verständigung. Auf dem Wege von Prag gibt es eine Antwort auf den Notschrei der westdeutschen Intelligenz: Sollen wir zusehen, wie die Barbarei der amerikanischen Unkultur alles zusammentrampelt, was uns an geistigen und sittlichen Werten teuer ist? Nein, die deutsche Kultur wird leben! Sie wird aufblühen, wenn auch die westdeutsche Intelligenz das deutsche Gespräch nicht abreißen läßt, das deutsche Gespräch für den Frieden, für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Darum müssen wir dieses Gespräch von Mensch zu Mensch, von Stadt zu Stadt, von Betrieb zu Betrieb zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland führen, und die Menschen werden dann nicht mehr aufhören, in persönlichen Zuschriften, in einer Welle von Entschließungen und Erklärungen die Verständigung auf der Grundlage der Prager Beschlüsse zu fordern. Allen, die an der Möglichkeit dieses deutschen Gespräches zweifeln, wird das deutsche Volk selbst den Beweis dafür liefern, daß dieses Gespräch möglich, daß der Weg, den die Prager Außenministerkonferenz vorschlägt, gangbar ist. Es wird diesen Beweis führen, indem die Bauern mit den Bauern, die Gewerkschaftler mit den Gewerkschaftlern, die Intelligenz mit der Intelligenz ins Gespräch kommen und in diesem Gespräch die entscheidende Frage des Friedens und der Einheit für unser Volk nicht mehr fallen lassen.

Prag — das ist die Antwort nicht nur auf die allgemeinen, sondern auch auf die besonderen Sorgen und Nöte der Menschen! Sagt es doch den Menschen, die ihre Wohnungen gegen die Beschlagnahme durch die Amerikaner verteidigen sollen! Es brauchen keine Besatzungstruppen mehr nach Deutschland zu kommen. Diejenigen, die schon hier sind, sollen sich darauf vorbereiten, in ihre Heimat zurückzukehren; denn die Prager Beschlüsse bieten die Grundlage für einen Friedensvertrag, bei dem deutsche Vertreter mitwirken und der innerhalb eines Jahres nach seiner Unterzeichnung den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland und damit auch die endgültige Wiederherstellung der deutschen Souveränität garantiert. Sagt es den Bauern, daß ihre Saat, ihre Felder und ihre Höfe gerettet werden können! Sagt es den Freunden der Demokratie, sagt es unseren deutschen Patrioten, daß deutsche Vertreter aus Ost und West zu dem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat zusammentreten können, die Verfolgungen deutscher Menschen ihr Ende finden werden, jener Menschen, deren einziges Verbrechen darin besteht, daß sie den Frieden lieben

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

und daß sie der Meinung sind, daß Deutschland den Deutschen gehören muß und daß dieses Deutschland durch Besprechungen zwischen Vertretern Ost- und Westdeutschlands Gestalt finden wird.

Unser Ziel ist die Verständigung. Aber es ist ein Ziel, das nicht ohne den entschlossenen Kampf gegen die amerikanische Kriegspartei und ihre deutschen Agenten erreicht werden kann; denn diese werden ihre Weltherrschaftspläne nicht freiwillig aufgeben. Sie werden jene Pläne des Grauens nicht freiwillig aufgeben, jene Pläne, die nicht gelingen dürfen, denn sie würden den Untergang Deutschlands bedeuten. Sie würden nicht nur für das deutsche Volk, sondern sie würden für alle Völker der Welt Grauen und Vernichtung, ein Meer von Blut und Tränen bringen. Diese Pläne können nicht gelingen, weil den amerikanischen Kriegsprovokateuren im internationalen Ausmaß der weltpolitischen Entscheidungen das weltweite, unerschütterlich feste und starke Lager des Friedens unter der Führung der friedliebenden und mächtigen Sowjetunion gegenübersteht. Sie können aber auch deshalb nicht gelingen, weil die amerikanischen Kriegsinteressen mit den Interessen und den Wünschen der Bevölkerung in Deutschland nicht vereinbar sind. Diesen blutigen Plänen steht unser friedliches Ziel mit seiner siegreichen Perspektive gegenüber. Es ist ein Ziel, dessen hoher Einsatz unermüdliche Arbeit und kämpferischen Mut von uns erfordern wird. Es ist ein Ziel, für dessen Gewinnung wir die Mehrheit des gesamten deutschen Volkes hinter uns bringen werden. **Der Remilitarisierung haben die Menschen in Westdeutschland das Wort „Ohne uns!" entgegengesetzt. Wir wollen sie nun vereinigen in all ihren verschiedenen Erscheinungen, vereinigen zu der großen Bewegung, damit sie mit uns für die Verwirklichung der Prager Beschlüsse, mit uns für die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, mit uns für die Einheit des demokratischen Deutschlands und den Frieden der Welt kämpfen.**

Im Anschluß an die Diskussion wurde folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

Gegen Remilitarisierung —
für Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat

Die Außenminister der UdSSR und der Volksdemokratien haben in ihrer **Prager Konferenz,** an der der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik unmittelbar nach den Volkswahlen mitwirken konnte, unserem Volk einen einfachen, **friedlichen Weg zur Einheit Deutschlands gewiesen.** Ihren Vorschlag auf Bildung eines Konstituierenden Rates, paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzt, haben die Millionen Anhänger der Nationalen Front des demokratischen Deutschland mit Begeisterung begrüßt.

Denn **ohne eine gesamtdeutsche Vertretung** kann **kein Friedensvertrag** geschlossen werden. Aber der Friedensvertrag mit **ganz** Deutschland ist es, der unsere Heimat davor sichert, das Aufmarschgebiet des Dollarimperialismus zu werden. Solange die Einheit Deutschlands verhindert wird, können die USA-Monopolisten noch in Westdeutschland diktieren und ihren neuen Weltkrieg vorbereiten. Dagegen wenden sich immer stärker die Massenproteste aus den Betrieben und Organisationen, die eine Verständigung über die Schaffung des Konstituierenden Rates anstreben.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird ohne jede Vorbedingung in die paritätischen Verhandlungen für die Schaffung eines solchen Organs eintreten, um den Frieden zu verwirklichen, für den sich die Bevölkerung am 15. Oktober in so überwältigender Weise entschieden hat.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Dieses **einmütige Bekenntnis** zeigte, daß, abgesehen von amerikanischen Sekten und einigen reaktionären Kirchenführern, auch alle Christen im Sinne des Friedens für die Nationale Front des demokratischen Deutschland stimmten. Ebenso einmütig tritt die christliche Bevölkerung Westdeutschlands für den Frieden ein.

In ihrer Ablehnung der Remilitarisierung treffen sich christliche, sozialistische, kommunistische und parteilose Arbeiter. Das ist der Beginn der erfolgverheißenden Aktionseinheit gegen die in- und ausländischen Kriegsbrandstifter. Zahllose junge Friedenskämpfer, die Vertreterinnen der Frauenorganisationen in den größten Städten, geistig führende Kräfte des Bürgertums, Pfarrer, Theologieprofessoren und Nobelpreisträger treten gegen den Bolschewistenschreck, gegen profitgierige Rüstungsindustrielle und ihre Generäle, gegen die spalterische Kriegstreiberei auf. Westdeutsche Fabrikanten und Hamburger Wirtschaftskreise fordern den friedlichen Ost-West-Handel und begrüßen den Gedanken eines Konstituierenden Rates für die Einigung Deutschlands.

Wenn Schumacher diese Massenstimmung durch die Forderung nach Wahlen aufzufangen und abzubiegen versucht, so unternimmt er dieses Verwirrungsmanöver in der Gewißheit, daß Adenauer und erst recht die Amerikaner jetzt keine Neuwahl zum Bundestag zulassen.

Wir sind für gesamtdeutsche Wahlen. Die **Voraussetzung** dazu ist jedoch die **Schaffung eines gemeinsamen deutschen Organs, ist der Gesamtdeutsche Kontituierende Rat auf paritätischer Grundlage.** Erst unter einem Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat kann das deutsche Volk seine eigenen, freien, demokratischen Wahlen durchführen, an Stelle der bisherigen unter anglo-amerikanischem Druck.

Die Forderung nach dem Konstituierenden Rat hat den Kräften des nationalen Widerstandes gegen Spaltung und Aufrüstung jetzt den gemeinsamen Weg des Handelns für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Einigung Deutschlands freigemacht. Die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik bekannte sich am 15. Oktober einmütig zu der breiten Front dieses nationalen Kampfes. Hier ist der Gedanke des Konstituierenden Rates bereits fest verankert. Mit der Zustimmung unserer westdeutschen Brüder und Schwestern wird der Sieg über Kriegstreiberei und Remilitarisierung dem friedliebenden deutschen Volke gehören.

Westdeutsche und Westberliner Bürger, ergreift die dargebotene Hand!
Laßt uns gemeinsam den Konstituierenden Rat für Deutschland schaffen!
Das ist der Weg der Rettung aus eigener Kraft!
Das ist die Einheit! Das ist der Friede!

Berlin, den 14. November 1950.

Nationalrat
der Nationalen Front des demokratischen Deutschland

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Lieber Leser!

Die Regierung hat ihren Wählern ein umfassendes Arbeitsprogramm vorgelegt. Wir bitten Sie, es eifrig zu studieren. An jedem Tag der vor uns liegenden Zeit sollten Sie das Regierungsprogramm zur Hand nehmen, um feststellen zu können, in welcher Weise es verwirklicht wird. Jeder einzelne Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sollte sich auch dessen bewußt sein, daß er sich mit der Stimmabgabe allein seiner politischen Pflichten nicht entledigt hat, sondern daß es auf eine d a u e r n d e Zusammenarbeit zwischen Volk und Regierung ankommt. Wenn diese ihren festen Willen bekundet hat, die Wähleraufträge nach besten Kräften zu erfüllen, so sollte auch jeder Wähler die innere Verpflichtung spüren, sich ebenfalls nach besten Kräften an der gemeinsamen Arbeit für ein besseres Leben und für die Erhaltung des Friedens zu beteiligen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie vor allem praktische Vorschläge machen könnten, wie das Regierungsprogramm durch die Arbeit der Behörden, in den Betrieben oder auf dem Lande am besten verwirklicht werden könnte und wo Mißstände und Mängel abzustellen sind.

Bitte teilen Sie uns ihre Meinung auf einer **unfrankierten** Postkarte **oder in einem unfrankierten** Brief mit und adressieren Sie wie folgt:

An die Redaktion

„Die Wahrheit dem Volke"
Amt für Information

(1) BerlinW 8
Thälmannplatz 7/8

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

daß auch dem Handwerker und dem Bauern die Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Existenz auch weiter geschaffen werden.

Zur Erfüllung dieser Pläne ruft darum die Regierung unsere Jugend, unsere Arbeiter und Angestellten, unsere Handwerker und Bauern und unsere geistig schaffenden Menschen jeder Art in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik auf: faßt an und helft alle! Das Werk der Regierung ist Euer Werk, Euer besseres Leben und Euere bessere Zukunft.

Die Pläne sind aber gleichzeitig ein Instrument im Kampf um die Einheit Deutschlands und um den Frieden. Sie werden unseren Landsleuten im Westen unseres Vaterlandes zeigen, daß wir Deutschland, auch ohne in eine imperialistische Versklavung an das Ausland zu verfallen, aus eigener Kraft mit der Hilfe unserer Freunde friedlich, schöner und stark machen können. So weitet sich unsere Arbeit über die Deutsche Demokratische Republik hinaus und wird zur Arbeit für die ganze deutsche Nation.

Damit, meine Damen und Herren, habe ich das Programm umrissen, das die in Ihrem Auftrage von mir gebildete Regierung ihrer Arbeit zugrunde zu legen beabsichtigt. Es bleibt mir als Abschluß meines Auftrages, Sie zu bitten, dieses Programm zu billigen und die von mir gebildete Regierung zu bestätigen.

(Die Abgeordneten der Volkskammer bestätigen einstimmig die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl.)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

so große Bedeutung beimißt, wie das durch diese meine Ausführungen geschehen ist, so geschieht das aus der Bedeutung der jetzt vor uns stehenden neuen Aufgaben. Neue Aufgaben erfordern neue Menschen!

Welche Fülle von Arbeit liegt vor uns!

Wie viele Schwierigkeiten werden wir überwinden müssen, um die Großbauvorhaben in unseren Städten und auf dem Lande, in Industriezentren, Wohngebieten und Kulturstätten vorzubereiten, zu beginnen und zu vollenden. Welchen Eifer werden unsere Jungen und Mädel aufbringen müssen, um zu jenen Facharbeitern, Technikern und Wissenschaftlern zu werden, die wir in Zukunft brauchen! Welche Einsicht und welcher Arbeitsschwung ist bei den Arbeitern im Bergbau, in den Hütten und Fabriken nötig, um die Bewegung der Aktivisten- und Qualitätsbrigaden weiter erfolgreich zur Erfüllung und Übererfüllung der Pläne zu entfalten!

Welche Verantwortung und welche Einsicht sind nötig, um die bedeutenden Aufgaben zu erfüllen, deren Lösung auf unsere Wissenschaftler, Techniker und andere geistig Schaffenden wartet. Welch umfangreichen Erfahrungsaustausch werden unsere Bauern und Landarbeiter der volkseigenen Güter durchführen müssen, um das Ziel der Steigerung der Hektarerträge zu erreichen. Aber welcher verantwortlichen Frau und welchem Manne, ob jung oder alt, weitet sich nicht Auge, Herz und Brust in dem Bewußtsein, an diesem großen Werk des friedlichen Aufbaues unseres Vaterlandes mitwirken zu können.

Faßt an und helft alle!

Die kommende Arbeit der Regierung basiert auf dem Fünfjahrplan. Dieser Plan und die einzelnen Volkswirtschaftspläne sind das Instrument der Regierung. Sie sind verankert in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Deutschen Demokratischen Republik und haben ihre antifaschistische Ordnung zu sichern und zu stärken. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, betone ich ausdrücklich, daß die Erfüllung des Fünfjahrplanes nicht etwa nur eine Maßnahme ist, die allein oder ausschließlich der Arbeiterklasse, den werktätigen Bauern und der Intelligenz zugute käme. Dieser Plan dient dem ganzen Volke. Neben der volkseigenen Industrie wird sich im Rahmen der Gesamtplanung die private Wirtschaft entwickeln können. Es ist selbstverständlich,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der Wissenschaften zu Berlin sowohl in bezug auf die Grundlagenforschung wie auf die angewandte Forschung Aufgaben zu bewältigen, die die Regierung wohl zu schätzen weiß. Sie wird deshalb der Deutschen Akademie der Wissenschaften die erforderliche Hilfe zuteil werden lassen. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften wird ihrer besonderen innerdeutschen und internationalen Bedeutung entsprechend verbesserte und erweiterte Arbeitsmöglichkeiten erhalten.

Die Förderung und Heranziehung von Wissenschaftlern — gleichgültig, welcher früheren Parteizugehörigkeit und Weltanschauung sie sein mögen — wird sich die Regierung besonders angelegen sein lassen, denn in allem, was wir an Neuem und Gewaltigem erbauen, ist auch die Mehrheit der Wissenschaft und aller anderen Intelligenz erforderlich.

Vor einer neuen kulturellen Blüte

Was wir auf dem Gebiete der Kultur, Wissenschaft und Kunst leisteten, ist nur ein Anfang. In ihm zeichnen sich jedoch bereits klar die Linien einer neuen kulturellen Blüte ab. Damit ergeben sich auch große und neue Möglichkeiten für unsere Wissenschaftler, Künstler und andere Intellektuellen. Diese Erkenntnis hat bereits sehr breiten Boden gefunden, nicht nur unter der Intelligenz in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern besonders auch in den anderen Teilen unserer deutschen Heimat. Immer mehr häufen sich die Stimmen, die zeigen, daß Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler und Erzieher bei ihrer Klage über die wachsende Not der Intellektuellen im Westen auf die ganz andersartige Lage in der Deutschen Demokratischen Republik hinweisen. Dieser Gegensatz wachsender schöpferischer Möglichkeiten in der Deutschen Demokratischen Republik und einer wachsenden Hoffnungslosigkeit und fehlenden Aussichten der westdeutschen Intelligenz wird sich immer mehr steigern.

Die Regierung wird mit ihrem Programm der kulturellen Entwicklung Deutschlands, der Verwurzelung der Kultur mit unserem Volke, ein lebendiges, überzeugendes Beispiel für ganz Deutschland geben. Mit Nachdruck erklären wir, daß alle unsere kulturellen Maßnahmen unter dem gesamtdeutschen Gesichtspunkt ergriffen werden und daß sie Gesamtdeutschland zu dienen haben.

Wenn die Regierung über diese gesamtdeutsche Verpflichtung hinaus der Kulturpflege in der Deutschen Demokratischen Republik

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

durch ihre absolut klare demokratische Geisteshaltung eine fortschrittliche Erziehung der Jugend garantiert. Die Jugend ist zu wahrhaft fortschrittlichen, dem Frieden dienenden neuen Menschen zu erziehen, die im Besitz eines großen fachlichen Könnens sind. Die Schwierigkeiten bei der Schaffung ausreichender neuer Lehrpläne und Lehrbücher müssen überwunden werden.

Bei einem wirklichen kulturellen Aufbau muß jedes hemmende Bildungsprivileg in Fortfall kommen. Das heißt also, daß noch mehr Arbeiter- und Bauernkinder und die Kinder unserer Intelligenz Zugang zu den Oberschulen finden müssen.

Von größter Wichtigkeit ist auch die qualitative Hebung des Universitätsstudiums. Neue Studienpläne und eine bessere neue Organisation des Studienjahres werden eine Steigerung der Qualität des Studiums vorbereiten. Eine große und volle Unterstützung sowohl des wissenschaftlichen Nachwuchses für unsere Hochschullehrer als auch der Studiengruppe der Freien Deutschen Jugend wird hierbei die Aufgabe erleichtern.

Die Ausweitung der kulturellen Bildungsmöglichkeiten bis ins kleinste Dorf werden wir durch ein immer enger werdendes Netz von Kulturhäusern und Volksbibliotheken mit einer ständig größer werdenden Reihe von Büchern bester deutscher Schriftsteller und bedeutender literarischer Werke der Schriftsteller der Sowjetunion und der befreundeten Volksdemokratien planmäßig fortführen.

Die Regierung ist der Meinung, daß dem werktätigen Volke das Beste, was die Kunst zu geben hat, vermittelt werden muß.

Schulen und Lehranstalten für bildende Künste, insbesondere die Deutsche Akademie der Künste, deren Meisterklassen entsprechend der großen Bedeutung der Akademie zu erweitern sind, müssen große Anstrengungen bei der Überwindung des Formalismus und der Erziehung der Künstler zum Realismus machen. Die Werke unserer Künstler sollen auch die Geschichte des Kampfes der demokratischen Kräfte unseres Volkes widerspiegeln und damit zur demokratischen Erziehung des Volkes beitragen; sie sollen mitten im Leben unseres werktätigen Volkes stehen und nicht nur dem Genuß einzelner bevorzugter Menschen dienen.

Große Bedeutung für die Entwicklung unserer Kultur hat die Förderung von Film und Theater.

Die allseitige Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit ist von besonderer Bedeutung. Hierbei hat die Deutsche Akademie

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verschuldung gibt. Das zeigt uns auch der Bargeldumlauf in der Republik, der trotz erheblicher Zunahme der Produktion, des Warenumsatzes, der Anzahl der Beschäftigten und Erhöhung der Lohnsumme sich nicht ausweitet. Im Gegensatz hierzu sehen wir, wie im Westen Deutschlands sich der Bargeldumlauf trotz Rückgang der Wirtschaft, trotz Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres um 20% ausgeweitet hat. Mit dem weiteren Ausbau unserer Friedenswirtschaft, der Steigerung des Lohn- und Arbeitseinkommens und den sinkenden Preisen erhöht sich der Wert und die Stabilität der Mark. Aus diesem Grunde wird die Regierung Maßnahmen treffen, um der Bevölkerung im höheren Maße als bisher die Möglichkeit des Sparens zu erschließen, damit sie später für dieselbe Menge Geldes mehr Waren und bessere Waren kaufen kann.

Arbeiterschaft und Intelligenz

Das Bündnis zwischen Wissenschaft und Arbeit ist eine der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Rolle der Intelligenz steigt in ihrer Bedeutung dauernd. Das große Werk der demokratischen Erneuerung der Kultur wird auch für die kommende Regierungsperiode seine organische Weiterführung erfahren. Aufbauend auf dem klassischen Kulturerbe, aufgeschlossen für das kulturelle Wirken aller Völker, werden wir in einem großzügigen Kulturaustausch mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien die gewaltigen kulturellen Erfahrungen dieser Länder für den schnellen Aufstieg der deutschen Kultur nutzbar werden lassen.

Es gilt, in unserer Kultur demokratische Bewußtseinsbildung, den Kampf der werktätigen Massen um Frieden und Einheit, die Arbeit an dem großen wirtschaftlichen Aufbau wirksam zum Ausdruck zu bringen und in ihr eine Kraftquelle und ein Erziehungsmittel des werktätigen Volkes zu schaffen. Diese fortschrittliche deutsche Kultur muß zur Sache und zum Besitz des ganzen deutschen Volkes werden.

Verbesserung des Schul- und Bildungswesens

Die Hebung des wissenschaftlichen Niveaus des gesamten Schul- und Bildungswesens steht dabei im Vordergrund. Das bedeutet, den Aus- und Aufbau von Grund-, Ober-, Fach- und Berufsschulen energisch in Angriff zu nehmen. Notwendig ist eine zielklare und entschiedene Förderung und Heranbildung einer Lehrerschaft, die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Regierung hat im Laufe des Jahres eine Reihe Maßnahmen zur fühlbaren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung durchgeführt, so daß heute in der Deutschen Demokratischen Republik ein durchschnittlich höherer Verbrauch an Lebensmitteln gesichert ist als in Westdeutschland. Die Regierung fühlt sich besonders verantwortlich in bezug auf die Sicherung der Volksernährung, und bei jedem Schritt auf diesem Gebiet wägt sie besonders sorgfältig die Vorteile und Nachteile für die Bevölkerung ab.

Schrittweise Abschaffung des Kartensystems

Im Zusammenhang mit der früher erklärten Absicht wird die Regierung in der allernächsten Zeit praktische Maßnahmen vornehmen zur Durchführung einer weiteren schrittweisen Abschaffung des Kartensystems. Dabei werden wir natürlich in erster Linie die Interessen der Werktätigen berücksichtigen müssen, die wünschen, daß die Abschaffung des Kartensystems vor sich geht auf einem möglichst niedrigen Preisstand. Spekulanten und Gauner müssen unter allen Umständen daran gehindert werden, diese Maßnahmen auszunutzen für eine Desorganisierung der Versorgung. Die Regierung hat zur Schaffung der notwendigen Warenreserven schon eine Reihe Maßnahmen getroffen. Diese Arbeit zur Schaffung von Reserven wird weitergeführt werden in vollem Bewußtsein der Wichtigkeit und Verantwortung eines solchen Schrittes, wie es die Abschaffung des Kartensystems ist. Die Tätigkeit der Schieber und Spekulanten in Westberlin zwingt uns zu einer sehr ernsten Nachprüfung der von mir hier geschilderten Schritte in Berlin, denn auch unsere Maßnahmen für Berlin müssen unter Berücksichtigung der Interessen der Berliner Bevölkerung und der Bevölkerung der ganzen Republik getroffen werden.

Durch das doppelte Preisgefüge ist es uns gelungen, den Schwarzmarkt nahezu zu liquidieren. Die Preissenkungspolitik der HO hat eine ständige Zunahme der Kaufkraft der Bevölkerung gebracht.

Die Kaufkraft unserer Mark erhöht sich

durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Preise fortlaufend. Das kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß unser Haushalt im Gegensatz zum Haushalt Westdeutschlands mit Überschuß abschließt und es keine innere oder äußere

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Nichts für die Monopolkapitalisten — alles für das Volk

Die Einnahmeseite des Staatshaushaltes verändert sich in Zukunft grundlegend, weil die Gewinne der früheren Monopolkapitalisten nun in die Staatskasse zur Hebung der Volkswirtschaft und des Lebensstandards der Bevölkerung fließen; dieser Anteil für die Staatseinnahmen erhöht sich dadurch auf das Neunfache. Die Verschuldung der Gemeinden und Städte an das Monopolkapital, die in Deutschland bei der Kapitulation allein 6 Milliarden betrug und jetzt wieder die Entwicklung in Westdeutschland charakterisiert, kann sich auf dem Gebiete unserer Republik nicht wiederholen. Durch die Schaffung des einheitlichen Staatshaushaltes, der die Einnahmen und Ausgaben aller Teile des Staatsapparates und der volkseigenen Wirtschaft erfaßt, werden die Haushalte von der Gemeinde bis zum Haushalt der Republik nicht nur ohne Defizit, sondern mit Überschüssen abschließen.

Mit besonderem Nachdruck wird die Regierung die Verwaltungskosten senken.

Die große Steigerung der Ausgaben für soziale Zwecke wird ohne Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge durchgeführt werden. Während in Westdeutschland die Steuerlasten steigen, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Lohnsteuer im Verfolg des Fünfjahrplans reduzieren, das Steuersystem vereinfachen und einen gerechten Steueraufbau schaffen.

Die Verantwortung der Staatsfunktionäre

Wenn den Leitern der volkseigenen Betriebe, Güter, Maschinenausleihstationen, des Handels und des Verkehrs erhebliche Mittel für den Ausbau zur Verfügung gestellt werden und sie auf der anderen Seite Verpflichtungen zur Abführung der Gewinne haben, sind sie verantwortliche Staatsfunktionäre, denen erhebliche Teile des Volksvermögens zur sparsamsten Verwendung übergeben worden sind, und die, mit dem Vertrauen des Volkes ausgestattet, zu einem bedeutungsvollen Glied der Staatshaushaltswirtschaft geworden sind. Die Regierung verlangt von ihnen, daß sie das ihnen vom Volke geschenkte Vertrauen und die ihnen übergebenen Vollmachten dazu benutzen, die schnelle Entwicklung unserer Friedenswirtschaft dadurch zu fördern, daß sie ihre Pläne streng einhalten, die Selbstkosten senken und ihre Produktionsaufgaben mit größter Verantwortung und mit größtmöglicher Sparsamkeit an Investitionen und Material durchführen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

daß man kühn und unbarmherzig alle Mängel aufdeckt und daß man sich dem bisher Erreichten gegenüber auch kritisch verhält. Die Durchführung des Planes zeigte, daß die Arbeit mancher Verwaltungsorgane ungenügend war, daß die Beschlüsse des Ministerrates nicht immer voll beachtet wurden. Es zeigte sich also, daß die bisherige Organisation unserer staatlichen Verwaltung und die bestehenden Arbeitsmethoden noch nicht die volle Gewähr gaben, um die Durchführung der Politik der Regierung zu sichern. Es muß für alle ein unerschütterlicher Grundsatz werden, eine eiserne Plandisziplin zu üben! Dasselbe gilt aber auch für unseren Haushaltsplan.

Ein Haushaltsplan, der allein dem Frieden dient

Friedlicher Aufbau und Kultur, oder Aufrüstung und Vernichtung, zwischen diesen beiden Entweder und Oder entwickeln sich heute auch die Finanzen und die Haushalte der Staaten. Die Haushaltspläne der einzelnen Staaten sind ein sichtbarer Beweis für ihre Politik.

In den westlichen imperialistischen Ländern steigen überall die Ausgaben für Rüstungszwecke und Kriegsvorbereitungen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Haushaltsjahr 1949/50 ihre Ausgaben für Rüstungen gegenüber dem Friedensjahr 1938/39 von 1 Milliarde Dollar auf 13 Milliarden Dollar und im Haushaltsjahr 1950/51 sogar auf 50 Milliarden Dollar, das heißt auf das Fünfzigfache, erhöht.

In der Sowjetunion, dem Lande des Sozialismus, sehen wir die genau gegenteilige Entwicklung. Die Sowjetunion verausgabte im Jahre 1940 32,6% ihres Haushalts für Verteidigungszwecke und senkte sie im Jahre 1950 auf 18,5%.

Aus dieser Gegenüberstellung mögen die Völker erkennen, was sich in der Welt vollzieht, und wo der wahre Friedenswille liegt. Auch die Finanzpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik dient der Finanzierung des friedlichen Aufbaus und der Schaffung eines besseren Lebens der Bevölkerung.
Die Ausgaben für den Aufbau der Friedenswirtschaft werden sich im Laufe des Fünfjahrplanes um 87% erhöhen.

Die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke werden sich im Laufe des Fünfjahrplanes um 45% erhöhen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Programmäßiger Beginn der Arbeit

Alle diese Betriebe kennen im wesentlichen ihr Aufbau- und Fertigungsprogramm bereits jetzt und beginnen, an der Durchführung dieses Programms zu arbeiten. Alle Fähigkeit und Initiative ihrer Aktivisten, technischen Kräfte, gesamten Belegschaft und der Verwaltung müssen organisiert und entwickelt werden, um die Erfüllung dieses bedeutenden Vorlaufprogrammes rechtzeitig zu sichern. Die Nichterfüllung dieses Schwerpunktprogrammes könnte den Beginn des Fünfjahrplanes verzögern. Wir rufen darum alle Arbeiter, Wissenschaftler und Techniker zur erfolgreichen Lösung dieser großen Aufgabe auf.

Aus eigener Kraft...!

Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß wir aus eigener Kraft, mit eigenen Mitteln in der Lage sein werden, den Friedensstand der Versorgung schon 1952 wieder zu erreichen, um ihn im Laufe der folgenden Jahre wesentlich zu überschreiten? Keine leere Versprechung ist es, wenn wir die weitere Erhöhung der Durchschnittslöhne für alle Werktätigen um 16,8%, für die Beschäftigten in der Industrie sogar um 20% im Laufe der fünf Jahre ankündigen. Im gleichen Zeitraum werden die Preise für Konsumgüter weiter um durchschnittlich 28% gesenkt. Es ist das nur einer der Beweise, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Steigerung der Erzeugung ausschließlich unserer Bevölkerung zugute kommt, und zwar unmittelbar in Form erhöhter Löhne und gesenkter Preise — außerdem aber auch mittelbar durch das Wiederentstehen gesunder Wohnstätten, die Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung, den Ausbau des Sozialwesens, die Erschließung von Bildungsmöglichkeiten für alle Lernfreudigen und Begabten und durch die Förderung einer volksnahen Kunst.

Die neue Phase unserer Entwicklung, das heißt die Periode der entscheidenden Erweiterung unserer Volkswirtschaft, beginnt mit dem ersten Jahr des Fünfjahrplans, dem Jahre 1951.

Kritisch — mit neuen Methoden

Es ist notwendig, im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Fünfjahrplans die Problematik der Schwierigkeiten zu sehen und die neuen Methoden zu finden, die zur Überwindung dieser Schwierigkeiten führen. Der Kampf um den Plan erfordert vor allem,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ferner die erhöhte Produktion von Dampfkesseln, Turbinen, wie überhaupt die maximale Entwicklung des Schwermaschinenbaues. Deshalb nimmt im Fünfjahrplan die Entwicklung der Betriebe des Schwermaschinenbaues und des Elektromaschinenbaues einen besonderen Platz ein. Die Produktion solcher Maschinen schafft die Voraussetzung für die weitere erfolgreiche Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik. Alle die genannten großen Schwerpunktaufgaben erfordern maschinelle Ausrüstungen, die von den entsprechenden Sparten des Maschinenbaues, dem Energiemaschinenbau, dem Maschinenbau für Bergbau- und Metallurgieausrüstungen, dem chemischen Apparatebau, dem Stahlbau, dem Dampfkessel- und Turbinenbau, dem Großmaschinenbau der Elektrotechnik, das heißt also dem Schwermaschinenbau, bisher nicht gegeben werden konnten.

Zu den Anforderungen unserer eigenen Wirtschaft an den Schwermaschinenbau kommt das Interesse vieler Länder hinzu, das gerade auf diesem Gebiet sehr stark ist. Die Länder der Volksdemokratien entwickeln ihre Wirtschaft in einem hohen Tempo und benötigen hierzu maschinelle Ausrüstungen in großem Umfange. Zur Befriedigung dieses Bedarfs wird auch die Deutsche Demokratische Republik ihren Beitrag liefern. Vor allem aber muß in der Struktur unserer eigenen Wirtschaft die Disproportion überwunden werden, die durch die kapitalistische Vergangenheit bisher bei uns bestand, und die durch die Spaltung unseres deutschen Vaterlandes noch verstärkt wurde. Es ist bei einer solchen Situation klar, daß unsere Anstrengungen sich besonders auf dem Schwermaschinenbau konzentrieren müssen, und zwar ohne Aufschub, da eine gewisse Zeit vergeht, bevor sich die hier vorzunehmenden Investitionen in einer Produktion von schweren Maschinen auswirken.

Die Ausrüstung des Schwermaschinenbaues erfordert seinerseits vor allem schwere Werkzeugmaschinen, die in der Deutschen Demokratischen Republik bisher in ungenügendem Umfange gebaut wurden.

Bei der dargelegten Aufgabenstellung für den Maschinenbau, der somit eine Schlüsselstellung innerhalb unserer Volkswirtschaft inne hat, erschien es notwendig, besondere Schwerpunktbetriebe festzulegen, die die schweren Ausrüstungen für unsere Wirtschaft herstellen und sich fast ausschließlich auf diese Aufgaben zu konzentrieren haben.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Schwefelsäure	um 56%
Kalzinierte Soda	um 272%
Phosphordünger	um 91%
Synthetischer Kautschuk	um 59%
Seife	um 177%

Damit wird die Rohstoffproduktion für die Leichtindustrie wesentlich verbessert. Die Produktion von Kunstfasern, zum Beispiel Perlon, wird fast um das Neunfache ansteigen.

Bedeutende Produktionssteigerungen sind in der Textilindustrie, in der Leichtindustrie und in der Lebensmittelindustrie vorgesehen, zum Beispiel wird die Erzeugung 1955 im Vergleich zu 1950 erreichen:

bei Wollstoffen	258%
bei Baumwollstoffen	236%
bei Trikotagewäsche	319%
bei Lederschuhen	262%
bei Fleisch	437%
bei tierischen Fetten	600%
im Fischfang	424%

Die Versorgung sämtlicher entscheidender Industriezweige mit Roh- und Brennstoffen sowie die Versorgung der gesamten Volkswirtschaft mit Elektro-Energie verlangt eine bedeutend erweiterte Erzeugung von Elektro-Energie in vergrößerten Werken, so daß die Zahl der Kilowattstunden im Vergleich zu 1950 bis 176% erreicht.

Der mit schnellem Tempo anwachsende Außenhandel der Deutschen Demokratischen Republik verlangt für die Beförderung unserer Export- und Importwaren eine große Anzahl von Seeschiffen. Die sich entwickelnde Fischerei muß mit Fischdampfern ausgerüstet werden. Unsere Schiffbauindustrie hat den Bedarf der Handels- und Fischereiflotte der Republik durch die Produktion eigener Schiffe sicherzustellen, denn es kann nur ein kleiner Teil solcher Schiffe importiert werden.

Der Schwermaschinenbau

Die Hauptaufgaben des Fünfjahrplanes erfordern eine verstärkte Mechanisierung der Produktionsvorgänge und im Zusammenhang damit die rasche Entwicklung und den Bau neuer Maschinen für die Energiewirtschaft, den Bergbau und die Metallurgie, für die Stahlgießerei und für die chemische Industrie. Notwendig ist

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Basis der Freiwilligkeit die Bauern in der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe zusammenarbeiten. Große Bedeutung für die Durchführung des Fünfjahrplanes kommt den Dorfwirtschaftsplänen zu, die als Ergebnis gemeinsamer Beratung und Beschlußfassung durch die werktätigen Bauern selbst entstehen.

Keine Kollektivisierung

Es muß als vollständig unbegründet und falsch bezeichnet werden, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Absicht habe, nach den Wahlen Maßnahmen zur Durchführung der Kollektivisierung in der Landwirtschaft zu ergreifen.

Solche Gerüchte stammen von Feinden der Deutschen Demokratischen Republik und entsprechen keinesfalls den Absichten der Regierung.

Die Bewältigung dieser entscheidenden Aufgaben in Industrie und Landwirtschaft ist die Voraussetzung zur Erfüllung der übrigen gewaltigen Ziele des Verkehrs, des Handels, des Gesundheitswesens, der Kultur und der Investitionen.

Welche Aufgaben sind entscheidend?

Der Fünfjahrplan enthält besonders wichtige Aufgaben, deren Erfüllung eine entscheidende Bedeutung für den gesamten Plan haben und auf die ich deswegen Ihre Aufmerksamkeit richten möchte.

Eine dieser entscheidenden Aufgaben ist die weitere Erhöhung der Produktion und die Entwicklung des Erzbergbaues, der Kohlenindustrie und die Produktion von Kalisalzen. Die genannten Produktionszweige müssen eine erweiterte Brennstoff- und Rohstoffversorgung für unsere gesamte Industrie sicherstellen. Im Entwurf des Fünfjahrplanes ist eine erhöhte Förderung von Braunkohle um 55% im Vergleich zu 1950, von Eisenerz um 339% und von Kupfererz um 79% vorgesehen.

In der Metallurgie ist die Erhöhung der Produktion im Jahre 1955 im Vergleich zu 1950 vorgesehen:

Gußeisen	bis zu 373%
Stahl	bis zu 312%
Walzen	bis zu 299%

In der chemischen Industrie ist vorgesehen ein Anwachsen in den Hauptproduktionsarten bei:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Bruttoerträge der Getreidekulturen werden im Jahre 1955 im Vergleich zu mittleren Vorkriegsjahren

bei Getreide und Hülsenfrüchten	111%
bei Ölfrüchten und Faserpflanzen	708%
bei Zuckerrüben	126%
bei Kartoffeln	125%

erreichen. Die Erhöhung der Bruttoerträge in der Landwirtschaft muß in erster Linie durch Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und Verbesserung des Saatgutes erzielt werden. Zu einer besseren Ergiebigkeit aller landwirtschaftlichen Kulturen werden die erhöhte Anwendung der Agrarwissenschaft, die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeiten und eine wachsende Produktion von Düngemitteln dienen.

Der Maschinen- und Traktorenbestand der MAS wird im Jahre 1955 37 500 Traktoren umfassen im Vergleich zu 11 950 Traktoren, die wir in diesem Jahre haben.

Mehr Schlachtvieh

Unsere Arbeit nach dem Fünfjahrplan wird auch zur Verbesserung der Viehzucht und zur vermehrten Erzeugung tierischer Produkte führen. Im Vergleich zu 1950 wird der Viehbestand in den kommenden fünf Jahren

bei Rindern	um 17,8%
bei Kühen	um 56 %
bei Schweinen	um 26 %
bei Schafen	um 45 %

vergrößert.

Die Maschinenfabriken liefern Traktoren und Traktorengeräte für die Maschinenausleihstationen, deren Zahl sich auf 750 erhöht. Die Chemie liefert Düngemittel und Schädlingsbekämpfungsmittel. Trotzdem aber bleibt die entscheidende Aufgabe den Landarbeitern und den Bauern durch intensive Bodenbearbeitung, durch Verwendung hochwertigen Saatguts und durch die Zucht hochwertigen Viehs diese Gesamtaufgabe der Landwirtschaft zu erfüllen.

Für diese Entwicklung haben die Maschinenausleihstationen und die volkseigenen Güter einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Die Arbeiten der Landwirtschaft können jedoch nur dann von vollem Erfolg sein, wenn auf der Basis der gegenseitigen Hilfe und auf der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die entscheidende Aufgabe des Fünfjahrplans ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 60% gegenüber dem Jahre 1950, denn nur durch die Lösung dieser Aufgabe ist es möglich, die Industrieproduktion gegenüber dem Jahre 1936 zu verdoppeln. Diese hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität erfordert die Mobilisierung und Qualifizierung aller Arbeitskräfte, insbesondere die verstärkte Einbeziehung und Ausbildung von Frauen und Jugendlichen im Produktionsprozeß.

Die Erhöhung der Produktivität wird es aber andererseits ermöglichen, die Preise herabzusetzen und eine weitere Erhöhung des Nominal- und Reallohnes im Laufe dieser fünf Jahre zu sichern.

Große Aufgaben stehen für den Verkehr

40 000 Güterwagen wird unsere Fahrzeugindustrie neu erstellen müssen, hunderttausende Tonnen Schienen werden unsere Stahlwerker walzen, und zahllose Betriebsverbesserungen werden unsere Eisenbahner durchführen müssen, wenn der Güterverkehr bis 1955 um 60% gegenüber dem Jahre 1950 gehoben und damit den Anforderungen der Wirtschaft im Jahre 1955 gerecht werden soll. Auf den Werften an der Ostseeküste Mecklenburgs wird es Tag und Nacht keine Ruhe geben, weil viele Hochseehandelsschiffe, Hochseefischdampfer und andere Fahrzeuge für den Fischfang auf See zu bauen sind.

Viele Milliarden Mark sind im Laufe der nächsten fünf Jahre allein für die Großbauten der Industrie und übrigen Wirtschaft, für Wohnungsbauten und den Städtebau, für die Entwicklung der Kultur und des Gesundheitswesens vorgesehen. Die ganze Deutsche Demokratische Republik wird tatsächlich „ein einziger Bauplatz werden".

Das Bündnis zwischen den Arbeitern und werktätigen Bauern

unter Führung der Arbeiterklasse ist die Grundlage unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung. Die Regierung wird darum alle Maßnahmen treffen, um dieses Bündnis zu festigen und zu fördern. Dementsprechend ist eine der Hauptaufgaben der volkseigenen Industrie, Hilfe für die Erfüllung der Hauptaufgaben der Landwirtschaft zu leisten.

Im Entwurf des Fünfjahrplanes ist folgende bedeutende Produktionssteigerung in der Landwirtschaft vorgesehen:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Planes schnellstens als Gesetz vorbereiten wird, wäre weder in seiner Zielsetzung noch in seiner Höhe denkbar und real ohne die Entwicklung, Durchführung und Erfüllung des Zweijahrplanes. Aber es sind nicht nur die ökonomischen Voraussetzungen, die mit dem Zweijahrplan und seiner Durchführung gegeben wurden, sondern die entscheidende Realität des Fünfjahrplanes ist die wachsende Initiative aller Werktätigen, die jetzt besonders durch die Erstellung der Aktivistenpläne zum Ausdruck kommt. Diese Aktivistenpläne stehen unter dem Motto: Mit dem Gramm, mit dem Pfennig, mit der Sekunde rechnen. Die Regierung wird alles tun, um die Entwicklung dieses hohen gesellschaftlichen Bewußtseins weiter zu fördern.

Die Werktätigen, die diese Aktivistenpläne aufstellen, beweisen sich als die besten Planer, denn sie haben erkannt, daß im Kampf gegen alle Produktionsverluste das Volkseinkommen wächst und damit der Wohlstand der Menschen.

Die Verwaltung ist für das Volk da.

Gegenüber dem Vorkriegsstand werden wir die Industrieproduktion verdoppeln und die Produktion der Landwirtschaft um ein Viertel steigern, um nur die beiden entscheidenden Zahlen noch einmal zu nennen. Wir werden allen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe der Durchführung des Fünfjahrplans einen Lebensstandard sichern, der über den des Jahres 1936 hinausgehen wird. Wenn die Regierung den Werktätigen so hohe Aufgaben stellt, so wird auch der Staats- und Verwaltungsapparat vor neue, schwierige Aufgaben gestellt, die er nur bewältigen wird, wenn er sich weiter qualifiziert, wenn er neue und verbesserte Arbeitsmethoden entwickelt. Die Regierung wird von ihrem eigenen Verwaltungsapparat das gleiche Maß von Verantwortung und Arbeitsleistung verlangen, wie es die Werktätigen tagtäglich beweisen. Sie kann es nicht zulassen, daß die ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit Tausender von Frauen und Männer in der Verwaltung diskreditiert wird durch Faulenzerei, Gedankenlosigkeit und bürokratischen Trott. Wir werden dener, die mit ihren Wiedervorlageterminen alles auf die lange Bank schieben, Beine machen, und wir werden diejenigen, die immer noch gemächlich den Amtsschimmel reiten, in Trab bringen. Unser enthusiastisch arbeitendes Volk ist nicht für die Verwaltung da, sondern wir meinen, eine enthusiastisch arbeitende Verwaltung sei für das Volk da.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

deren Städten sind nach unserem Gesetz zum Aufbau unserer Städte und Wohnstätten bereits in Angriff genommen. Es wuchsen die Mittel, die für die Zwecke der Kultur und des Gesundheitswesens ausgegeben werden konnten.

Bessere Produktion — besseres Leben.

Der Verbrauch an den wichtigsten Nahrungsmitteln, die auf Karten abgegeben werden, erhöhte sich im III. Quartal 1950 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres bei Fleisch um mehr als 100%, bei Fett um mehr als 150%, bei Zucker um 50%. Es stieg der Verkauf der wichtigsten Industriewaren an die Bevölkerung, es wuchs der Warenumsatz im Einzelhandel und es sanken die Preise in der HO. Entsprechend dem wachsenden Umfang der Produktion auf allen Gebieten erhöhte sich der Gesamtumsatz des Außenhandels um mehr als das 2½-fache im Vergleich zu 1948. Die Arbeitsproduktivität stieg gegenüber dem Jahre 1948 um 36%, der Durchschnittslohn stieg bei der Einrechnung der Lohnerhöhung vom 1. September dieses Jahres um 33,3%.

Alle diese Erfolge waren — und das muß nachdrücklich betont werden — nur möglich durch die Vor- und Übererfüllung des Zweijahrplanes. Niemand darf glauben, daß uns nach diesen Verbesserungen etwa die gebratenen Tauben nunmehr in den Mund fliegen. Jede weitere Verbesserung der Lebenshaltung ist abhängig von der weiteren Produktionssteigerung und Qualitätsverbesserung. Das muß jeder Arbeiter und Bauer, jeder Handwerker und Techniker und jeder Intellektuelle genau wissen. Vor der weiteren Verbesserung der Lebenslage steht nunmehr erst die weitere Verbesserung unserer Produktion.

Der Fünfjahrplan

Darf ich Sie daran erinnern, daß ich schon in meiner ersten Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 angedeutet habe, daß die Verwirklichung der Planziele 1950 die Basis für einen noch größeren und umfassenderen Plan ist. Der kommende Fünfjahrplan gibt uns Entwicklungsmöglichkeiten, an die fünf Jahre zuvor kaum jemand zu denken, zu glauben oder zu hoffen gewagt hätte. Wir haben die Gewißheit, daß dieser Plan noch erfolgreicher durchgeführt werden wird als unser Zweijahrplan.

Der Fünfjahrplan, den die Regierung auf der Grundlage des von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ausgearbeiteten

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

deren durch den Beginn des neuen großen Fünfjahrplanes, von dem uns nur noch wenige Wochen trennen.

Was wir vor Beginn des Zweijahrplanes als Perspektive gaben und was vielen Menschen als Theorie, ja sogar als Utopie erschien, ist durch die Entwicklung der letzten zwei Jahre aufs glänzendste bewiesen und zu einer nüchternen Realität geworden. Die schnellen Fortschritte, die wir aus eigener Kraft und mit der großzügigen Hilfe und Beratung durch die Sowjetunion und der freundschaftlichen Unterstützung durch die Länder der Volksdemokratie machten, beruhen wesentlich auf der Stärkung, der Festigung und der Erweiterung des Volkseigentums.

Ein neues Verhältnis zur Arbeit

Auf der Grundlage dieses Volkseigentums entstand das neue Verhältnis der werktätigen Menschen zur Arbeit in den volkseigenen Betrieben, die Quelle der Kraft für die Durchführung und vorfristige Erfüllung der Pläne. Dank der Arbeit der Werktätigen, vor allem dank der Arbeit der Aktivisten, konnte der Zweijahrplan zum 1. August 1950 für die gesamte Industrie mit 106,8% erfüllt werden. Der Plan für die Industrieproduktion des Jahres 1950 wurde bis 1. November bereits mit 91% erfüllt. Wer hat noch den Mut, angesichts solcher Zahlen davon zu reden, in der volkseigenen Wirtschaft ersticke die Verantwortung und die persönliche Initiative. Das Gegenteil ist richtig! Aber zu dieser Entwicklung trug auch die weitere Entfaltung der privaten Initiative der Handel- und Gewerbetreibenden bei.

Die wachsende Produktion ermöglichte die systematische planmäßige Erweiterung der Produktionskapazitäten. In 1½ Jahren wurden die im Zweijahrplan festgelegten Investitionen aus den Mitteln des Staatshaushaltes mit 128% erfüllt. Hinter diesen nüchternen Zahlen erscheint der Wiederaufbau der Industrie, des Transportwesens, der Kommunalwirtschaft, die Vergrößerung und Verbesserung der Anlagen in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Neue Walzwerke erbrachten mehr Stahl für den Maschinenbau und für die Bauwirtschaft, neue Traktoren führten zu einer Vergrößerung der Anbaufläche und Verbesserung der Bodenbearbeitung und damit zu wachsenden Erträgen in der Landwirtschaft. Heute fahren unsere Fischer mit neuen Kuttern und Loggern, die auf volkseigenen Werften erbaut wurden. Zahlreiche Wohnhäuser wurden neu erbaut, die Arbeiten zur Wiederherstellung von Berlin und an-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ist nach Artikel 6 unserer Verfassung ein Verbrechen. Eine streitende Kirche ist also in einem Volksstaat, für den das Wohl der arbeitenden Menschen oberstes Gesetz ist, nicht tragbar. Wenn gar die hohe Pflicht für alle Volksteile, für den Frieden zu wirken, zur geschichtlichen Notwendigkeit wie heute wird, darf sich die christliche Kirche nicht versagen. Wir grüßen alle Pfarrer und alle Kirchenleitungen in Deutschland, die sich für die Erhaltung des Friedens an die Seite der Friedensfreunde stellen, und versichern ihnen in diesem gemeinsamen Kampf unsere Sympathie. Wenn es Kirchenleitungen unternehmen, Pfarrer wegen ihrer politischen Haltung, wegen ihres Eintretens für den Frieden und für die Einheit Deutschlands zu maßregeln, so ist es eine Selbstverständlichkeit für einen selbstbewußten Staat, daß er sich das nicht bieten lassen kann. In der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte unterstehen die Geistlichen nicht ihren Kirchenleitungen, sondern dem Staate, in dem sie leben. Es ist die Aufgabe der Staatsbehörden, auf die Innehaltung der Verfassung zu achten und, wenn Kämpfer für Fortschritt und Frieden aus dem geistlichen Stande von ihren Kirchenleitungen benachteiligt werden, so hat der Staat die selbstverständliche Pflicht, auf Kosten der Zuwendungen für Kirchen diese Nachteile auszugleichen. Wir lassen es jedenfalls nicht zu, daß bestimmte streitsüchtige Kirchenfürsten den friedlichen Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik stören.

Ein neuer, entscheidender Abschnitt

Als wir die ersten bescheidenen Pläne entwickelten, als wir mit den Quartalsplänen arbeiteten und später zum erstenmal im Jahre 1948 zu der Planung eines halben Jahres übergingen, schien das vielen Menschen unmöglich. Schon damals vertraten wir die Auffassung, daß allein durch die Planung der Wirtschaft eine stetige Aufwärtsentwicklung auf allen Gebieten der Produktion, der Industrie, der Kultur und des Gesundheitswesens, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auf dem Sektor der Verteilung gewährleistet sei. Schon damals sagten wir voraus, daß nur so ein wachsendes Volkseinkommen und damit eine wachsende Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung herbeigeführt werden kann.

Heute stehen wir an einem neuen entscheidenden Abschnitt unserer Entwicklung, der gekennzeichnet ist durch zwei Dinge, einmal durch die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplanes und zum an-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mus, die Wahrung der Interessen der Werktätigen, die Führung eines unversöhnlichen Kampfes gegen die Versuche, unseren Aufbau zu hintertreiben. Die Anwendung entschlossener und strenger Maßnahmen gegenüber den Feinden des Volkes.

3. **die Verwirklichung des Programms der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in der Praxis und insbesondere des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik.**

Die Fragen des friedlichen Wirtschaftsaufbaues nehmen in besonderem Maße unsere Aufmerksamkeit in Anspruch. Nicht zufällig stehen auf unserem Banner die Losungen: „Frieden, Einheit und Aufbau" geschrieben.

Es gibt noch eine andere Störungsquelle für die friedliche Aufbauarbeit unseres Volkes. Sie liegt im Verhältnis der Kirche zum Staat, das von bestimmten Kirchenkreisen schädlich beeinflußt wird.

Kirchliche Rechte — Kirchliche Pflichten

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik garantiert jedem einzelnen volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und stellt die ungestörte Religionsausübung unter den Schutz der Republik. Sie läßt den Religionsgemeinschaften auch das Recht, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. Das sind wichtige Rechte. Aber es gibt keinen gesellschaftlichen Zustand, in dem Rechten nicht auch Pflichten gegenüberstünden. In erster Linie besteht für die Kirche die Pflicht, nicht künstliche Gegensätze zu Staat und Verfassung hervorzurufen. Soweit wir mit den Geistlichen, auch mit den geistlichen Führern unserer Republik, in einen fruchtbaren Gedankenaustausch treten, ergeben sich hier kaum Schwierigkeiten. Wenn aber eine Gruppe der evangelischen Kirchenleitung, die nicht nur in Westberlin wohnt, sondern von dort aus offen für die Remilitarisierung unserer westlichen Heimat wirbt und auch sonst vollkommen einseitig in westlicher Auffassung wurzelt, wenn eine solche Gruppe aus dem westlichen Berlin ihre politische und gesellschaftliche Störungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik organisiert und durchführt, dann wird die Regierung dafür sorgen, daß kirchliches und staatliches Leben wieder in friedlichem Nebeneinander bestehen können. Das Eintreten für Remilitarisierung ist militaristische Propaganda, und militaristische Propaganda

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

schaft. Auf dieser Beratung wurde die Direktive herausgegeben, die Anzahl der Spione und Diversanten, die zur Durchführung der Wühltätigkeit in die Deutsche Demokratische Republik geschickt werden, zu vergrößern. Es ist klar, daß wir diese verbrecherischen Pläne liquidieren und die Verbrecher selbst unschädlich machen müssen. Eine ähnliche verbrecherische Tätigkeit gegen die Republik versucht die rechte Führung der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands mit ihrem Agentennetz und mit ihrem Ostbüro für Spionage und Diversionstätigkeit durchzuführen.

Gemeinsamer Kampf gegen die Feinde

Der Kampf gegen diese feindliche Tätigkeit ist die gemeinsame Sache der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und aller Bürger unserer Republik. Wir müssen ständig und unermüdlich die Wachsamkeit des gesamten Volkes erhöhen, um die Agenten der anglo-amerikanischen Reaktion und ihre Handlanger zu entlarven, allseitig unsere Staatsorgane festigen, wie z. B. die Volkspolizei, den Justizapparat, die Organe der Staatssicherheit und der staatlichen Kontrolle, die die Interessen unseres Volkes in seinem Kampf gegen die Feinde der antifaschistisch-demokratischen Ordnung wahren. Unsere Volkspolizei und unsere Organe der Staatssicherheit sind ein Freund des Volkes, aber gleichzeitig auch ein unversöhnlicher Gegner aller Volksfeinde.

Wer die angespannte friedliche Aufbauarbeit unseres Volkes stört, muß wissen, daß ihn die Strafe des Gesetzes in vollem Umfange treffen wird. Wir lassen nicht zu, daß die angestrengte und selbstlose Aufbauarbeit unserer werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten, der Handwerker und Bauern, der Wissenschaftler und Techniker zur Erfüllung und Übererfüllung ihrer Pläne gestört wird.

Deshalb bestehen die Aufgaben der Regierung bei der weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik in folgendem:

1. **die Sicherung der Errungenschaften unseres Volkes auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus durch eine konsequente und unbeirrbare Verwirklichung der Gesetze der Republik, die die Grundinteressen des Volkes zum Ausdruck bringen.**
2. **die Beseitigung des Widerstandes der bürgerlich-junkerlichen Reaktion und der Agentur des angloamerikanischen Imperialis-**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

die dem Wohle und der Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen dienen, in vollem Umfange verwirklicht werden.

Der erfolgreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik kann nur unter der Bedingung einer weiteren Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung durchgeführt werden. Dazu ist vor allem erforderlich, daß die demokratische Gesetzlichkeit und Ordnung in der Republik allseitig gefestigt werden.

Die Regierung wird Maßnahmen zur Reform der alten Gesetze ergreifen, damit die neuen Gesetze den vor sich gegangenen demokratischen Umgestaltungen entsprechen und außerdem aktiv zur weiteren Festigung der demokratischen Ordnung beitragen.

Seid wachsam!

Es ist unerläßlich, sich daran zu erinnern, daß die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens und der Wahlsieg vom 15. Oktober bei weitem nicht bedeuten, daß unsere Feinde die Waffen gestreckt haben. Im Gegenteil, sie werden zu den heimtückischsten und niederträchtigsten Methoden der Unterwühlung greifen, um Sabotage, Diversionsakte, Schädlingsarbeit, Spionage, Diebstahl von Volkseigentum usw. in der Deutschen Demokratischen Republik zu organisieren. Wir wissen genau, daß alle diese feindlichen Akte gegen den friedlichen Aufbau unseres jungen Staates von den anglo-amerikanischen Imperialisten geplant und gelenkt werden, weil unsere Erfolge des friedlichen Wirtschaftsaufbaus die Verwirklichung ihrer verabscheuungswürdigen Pläne zur Beherrschung Deutschlands und Europas stören.

Ich erinnere nur an die Verschwörung, die Jakob Kaiser gemeinsam mit dem amerikanischen Geheimdienst gegen die friedliche Aufbauarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik und gegen den Fünfjahrplan durchzuführen versucht.

Es ist bekannt, daß auf einer im August dieses Jahres von Kaiser einberufenen Beratung mit Vertretern des anglo-amerikanischen Geheimdienstes eine Liste der Verwaltungen, Ämter und volkseigenen Betriebe der Deutschen Demokratischen Republik aufgestellt wurde, in denen die Diversions- und Schädlingsarbeit besonders intensiv geführt werden soll. An erster Stelle stehen in dieser Liste die Planungsämter, die Hüttenwerke, der Bergbau, die chemische Industrie, das Transportwesen und die Landwirt-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Zur Verwirklichung des Artikels 19 der Verfassung hat die Regierung in Zusammenarbeit mit der Volkskammer bereits im letzten Jahre bedeutende Vorarbeiten geschaffen. Es gilt jetzt, dieses Werk fortzusetzen und zu vollenden. Es sind bedeutende Gesetze geschaffen, die ich in meiner ersten Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949 angekündigt hatte und in deren Mittelpunkt der Mensch und die menschliche Arbeitskraft steht. Alle diese Gesetze bildeten den Rahmen für die Einzelaufgaben. Diese Rahmengesetze sind nicht als einzelne, zusammenhanglose Gesetzgebungswerke zu betrachten, sondern sie sind nach einem bestimmten System gestaltet, wie es in seiner Fortschrittlichkeit und Kühnheit die Geschichte der deutschen Gesetzgebung noch nicht gekannt hat. Ich erinnere an

das Gesetz der Arbeit zur Förderung und Pflege der Arbeitskräfte, zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen und kulturellen Lage der Arbeiter und Angestellten,
das Bergarbeitergesetz,
das Gesetz zum Schutze der Arbeitskräfte der in der Landwirtschaft Beschäftigten,
die Verordnung zur allgemeinen Erhöhung der Löhne,
das Gesetz über die Teilnahme der Jugend am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und die Förderung der Jugend in Schule und Beruf, bei Sport und Erholung,
das Gesetz zur Förderung des Handwerks,
das Gesetz über die Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge,
die Verordnung zur Entwicklung einer fortschrittlichen demokratischen Kultur des Volkes,
die Verordnung zur Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler und schließlich
das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die gesellschaftliche Stellung der Frau.

Diese Gesetzgebung stellt eine der Grundlagen dar, auf denen sich unsere junge Deutsche Demokratische Republik entwickeln wird. Die Regierung will keinen Zweifel darüber lassen, daß wir kein Staat der Reichen und privilegierten Schichten, sondern im Gegenteil ein Staat der werktätigen Bevölkerung sind. Deshalb wird sich die Regierung darum bemühen, daß alle diese Gesetze,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Planung der Volkswirtschaft eine krisenfreie Entwicklung gesichert ist. Im Gegensatz zur imperialistischen Anarchie entwikkeln sich die Produktivkräfte bei uns harmonisch, im Einklang miteinander und in einem richtigen Verhältnis zueinander. Unsere volkseigene Wirtschaft ist frei von der periodischen Vernichtung von Produktionsmittteln, sie zeigt bereits eine stetig steigende Zunahme der Produktion und eine Zunahme des Volkswohlstandes.

Die Produktivität der Arbeit steigt in der volkseigenen Industrie, weil die Arbeiter in diesen Betrieben für sich und nicht für die Monopolisten arbeiten. Damit fällt der Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen weg, denn das Wohlergehen der volkseigenen Wirtschaft ist identisch mit den Interessen des werktätigen Volkes. Ein Volk darf seine Augen niemals begehrlich auf das Territorium anderer Völker nach Lebensraum richten. Die Theorien über den Lebensraum sind nichts als der Versuch, imperialistische Macht- und Herrschaftsgelüste zu verschleiern.

Nicht der Weg der Ausplünderung und Unterjochung anderer Völker führt zu Glück und Wohlstand, sondern der Weg der gegenseitigen Hilfe. Auf dieser Basis wird unser Volk an dem gemeinsamen Aufstieg aller derjenigen Länder und Völker teilnehmen, die denselben Weg gehen.

Ein kühnes und fortschrittliches Gesetzwerk

Nur durch die im Interesse des Volkes liegende Planung ist es möglich, alle Produktivkräfte auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik für die Entwicklung der Wirtschaft zu mobilisieren mit dem Ziel der Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Nur durch die umfassende Planung der Volkswirtschaft ist der Artikel 19 der Verfassung zu verwirklichen, in dem es heißt:

„Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit entsprechen; sie muß allen ein menschenwürdiges Dasein sichern.

Die Wirtschaft hat dem Wohle des ganzen Volkes und der Deckung seines Bedarfs zu dienen; sie hat jedermann einen seiner Leistung entsprechenden Anteil an dem Ergebnis der Produktion zu sichern.

Im Rahmen dieser Aufgaben und Ziele ist die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährleistet."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

blik wird die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und allen friedliebenden Völkern vertiefen und die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen noch enger gestalten. Die Regierung wird die Beziehungen zu allen Ländern herstellen, die eine Politik des Friedens betreiben und die nationalen Interessen des deutschen Volkes anerkennen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird auch in Zukunft aufrichtig und gewissenhaft alle internationalen Verpflichtungen erfüllen, die die Deutsche Demokratische Republik in ihren Abkommen mit anderen Ländern eingegangen ist. Hierzu rechnen wir besonders auch die Reparationsverpflichtungen. Die Regierung beansprucht den freien und ungehinderten Zugang Deutschlands zu den Weltmärkten, sie wird die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion, mit China und den Ländern Süd-Ost-Europas, als den natürlichen Handelspartnern Deutschlands, besonders fördern. Dabei wird sie auch Westdeutschland in diesen Handel einbeziehen und den deutschen Binnenhandel jederzeit fördern. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird sich um den Abschluß langfristiger Handelsabkommen mit allen Ländern bemühen, die die nationalen Interessen Deutschlands auf der Grundlage der Gleichberechtigung respektieren.

Die Beachtung dieser grundlegenden Leitsätze der deutschen Außenpolitik entspricht dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands und liegt im Interesse des ganzen deutschen Volkes, denn sie ist ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des Friedens in Europa und die Stärkung der friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt. Eine solche Außenpolitik dient dem Kampf um die Einheit Deutschlands und enthält alle Möglichkeiten für den friedlichen Aufbau der Produktivkräfte in Deutschland.

Friedlicher Wirtschaftsaufbau

Die Regierung wird in einem geordneten friedlichen Wirtschaftsaufbau in der Deutschen Demokratischen Republik und durch eine sparsame Haushaltsführung für eine Verbesserung des Lebens der Bevölkerung und für eine Erhöhung des kulturellen Niveaus des Volkes und für die Vergrößerung des nationalen Reichtums Deutschlands sorgen. Unsere Erfahrungen seit 1945 haben gezeigt, daß durch die Übergabe der Betriebe der Großmonopolisten und andere Kriegs- und Nazibetriebe und durch die darauf basierende

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

führung einer Volksbefragung über die von den anglo-amerikanischen Imperialisten betriebene Remilitarisierung. Auch in der Frage der Volksbefragung ist die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik jederzeit bereit, in der gleichen Weise mitzuwirken, weil sie der Ansicht ist, daß das ganze deutsche Volk die Gelegenheit zu einer Entscheidung im Sinne des Prager Vorschlages erhalten muß. Diese Entscheidung bietet die Möglichkeit, die Remilitarisierung zu verhindern, die Einheit unseres Vaterlandes wieder herzustellen, einen Friedensvertrag zu schaffen und den Abzug der Besatzungstruppen zu bewirken.

Die Leitsätze der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Ich fasse meine Darlegungen zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik noch einmal zusammen und erkläre: Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bekennt sich zur vollen und unbegrenzten Unterstützung der Kräfte in der ganzen Welt, die für den Frieden, die Gleichberechtigung und Freundschaft zwischen den Völkern eintreten. Das gilt besonders für die Weltfriedensbewegung und die Nationale Front des demokratischen Deutschlands mit all ihren Zielen und Forderungen. Ihr Kampf ist unser Kampf! Ihr Sieg ist auch unser Sieg!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt ohne Einschränkung die Verpflichtungen und die Ansprüche für das deutsche Volk aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 als die Grundlage ihrer Politik. Sie lehnt aber alle Maßnahmen gegenüber Deutschland als völkerrechtswidrig und rechtsungültig ab, die hiermit im Widerspruch stehen. Sie wird sie niemals und in keiner Form anerkennen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird keine Mühe und keine Anstrengungen scheuen, um auf der Grundlage der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz die Herbeiführung eines Friedensvertrages, die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage und den Abzug der Besatzungstruppen zu erreichen.

Sie wird die Politik der engsten unzerstörbaren Freundschaft mit der großen Sowjetunion, dem sichersten Hort des Friedens und der Demokratie der ganzen Welt, konsequent fortsetzen und dabei die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur Sowjetunion weiter entfalten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Repu-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Stellungnahme auch nur einen Menschen in Deutschland davon überzeugen wird, daß verfassungsrechtliche Erwägungen den Weg zum Frieden und zur Einheit unseres Vaterlandes verhindern können. Es gibt in der ganzen Bonner Verfassung keine einzige Bestimmung darüber, die die Durchführung der vorgeschlagenen Volksbefragung ausschließt oder gar verbietet. Ein solcher juristischer Einwand ist also abwegig. Es ist weiter der Vorschlag der paritätischen Zusammensetzung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates beanstandet worden. Unbestreitbar trifft es zu, daß in Westdeutschland zwei Drittel des deutschen Volkes leben. Es kann aber wohl keine Rede davon sein, daß diese zwei Drittel unseres Volkes mit der Durchführung der Wiederaufrüstung und der Remilitarisierung einverstanden sind.

Entscheidend für die Förderung der Prager Konferenz nach einer paritätischen Zusammensetzung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates dürfte doch wohl die Tatsache sein, daß in einem solchen Rat der eine Teil den anderen nicht majorisieren darf, denn Stimmenmehrheit ist gegen Verständigung. Die Majorisierung des einen Teils durch den anderen kann nur durch denjenigen gefordert werden, der sich selbst diese vorteilhafte Lage verschaffen will. Hier aber kommt es einzig und allein darauf an, daß Vertreter aus West- und Ostdeutschland sich gegenseitig verständigen. Es handelt sich ja schließlich um eine Verständigung über gesamtdeutsche Fragen, für die die Entscheidung von Westpolitikern allein nicht maßgebend sein kann. Was die Vertretung der Zahl der Bevölkerung betrifft, so ist darauf zu verweisen, daß sie durch gesamtdeutsche Wahlen geschaffen wird, die wir für eine Notwendigkeit in Deutschland halten.

Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde nicht nur die Einheit Deutschlands, sondern auch einen bedeutenden Beitrag im Kampf um den Frieden Europas und gegen die Remilitarisierung bedeuten. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Absicht, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit solche Besprechungen von Vertretern aus Ost- und Westdeutschland zustande kommen. Sie ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines paritätischen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Aus allen Schichten des Volkes kommt immer gebieterischer die Forderung zu solchen Maßnahmen und die Forderung nach Durch-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Verwirklichung der Prager Vorschläge würde mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Sicherung einer demokratischen und friedlichen Entwicklung in allen Teilen Deutschlands einen dauerhaften Frieden in Europa gewährleisten und das Gespenst eines drohenden neuen Krieges verjagen.

Das Tor zum Frieden in Europa, zur Verwirklichung eines friedliebenden, demokratischen deutschen Staates ist durch die Prager Erklärung breit geöffnet. Der friedliche Weg kann mit Erfolg beschritten werden, sofern nur allseitig die Bereitschaft zu einer Verständigung und zur Verfolgung friedlicher und demokratischer Ziele vorhanden ist.

Das deutsche Volk soll selbst entscheiden

Nur wer die Pläne aggressiver Politik verfolgt, wird über die Vorschläge der Prager Konferenz hinweggehen und sie ablehnen. In der Prager Erklärung ist zum Ausdruck gekommen, daß gegebenenfalls das deutsche Volk selbst darüber eine Entscheidung treffen soll, ob die Vertreter Ost- und Westdeutschlands einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat bilden sollen. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält diesen Vorschlag für besonders wertvoll und notwendig.

Die unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland führte in Prag zu der richtigen Überlegung, daß zunächst ein aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands paritätisch zusammengesetztes Organ — ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat — die konkrete Aufgabe der Vorbereitung der Bildung einer gesamtdeutschen Provisorischen Regierung und gleichzeitig die Berechtigung zur Mitwirkung an den Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages zugewiesen erhalten soll. Wir glauben auch, daß dieser Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde also einerseits sofort die Voraussetzung dafür schaffen, daß unverzüglich die Beratungen über den Abschluß eines Friedensvertrages aufgenommen werden könnten, während andererseits der Rat seine Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen würde.

Im Westen Deutschlands haben Politiker davon gesprochen, daß die Bonner Verfassung eine Volksbefragung, wie sie die Prager Erklärung vorschlage, nicht vorsehe. Ich glaube nicht, daß diese

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

die festgelegte Beschränkung hinaus dient nackt und nüchtern zu Kriegszwecken. Damit ist das Verbot der deutschen Kriegsindustrie aufgehoben und die Schwerindustrie der Ruhr wird offen für die militärstrategischen Aufgaben der Westmächte umgestellt. Anstatt dem deutschen Volke die Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft zu lassen, drängt man die deutsche Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa. Die Hauptfrage, mit der die Außenminister der drei Westmächte das deutsche Volk in New York überraschten, war die Wiedererrichtung einer deutschen Armee, obwohl man bemüht ist, mit allen erdenklichen Zauberkunststücken diese schändliche Absicht zu vertuschen. Man spricht von Polizeiformationen und wirft gleichzeitig offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" auf. Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee frühere Hitlergenerale, wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere, herangezogen werden. Offen diskutiert man bereits in Westdeutschland wieder die Einführung der Wehrdienstpflicht.

Will sich das deutsche Volk willenlos zum dritten Male auf die Schlachtbank führen lassen?

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird das deutsche Volk in dieser unheilvollen Situation nicht enttäuschen und nicht im Stich lassen. Heute müssen es alle sehen, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen und groben Bruch der Verpflichtungen darstellt, die sie in bezug auf die Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern daß diese Politik auch die Gefahr einer neuen Aggression und neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft. Wir danken den auf der Prager Konferenz vertretenen Regierungen, daß sie erklärt haben: die Separatbeschlüsse der New Yorker Konferenz der drei Westmächte besitzen keine Rechtskraft und keine internationale Autorität. Dieser Erklärung schließt sich die neugebildete Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hiermit vollinhaltlich an.

Unser Weg zum Frieden

Die Konferenz der Außenminister in Prag zeigt einen konstruktiven Weg, der die friedliche Regelung aller Deutschland betreffenden Probleme ermöglicht. Sie entsprechen dem berechtigten Verlangen des deutschen Volkes nach der Wiederherstellung

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der Einheit seines Vaterlandes und dem beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages sowie dem Streben aller Völker nach einem gesicherten Frieden. Diese Vorschläge sehen vor:

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.
2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.
3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.
4. Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

   Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Aus diesen Vorschlägen spricht die ehrliche Bereitschaft zu einer Verständigung. Es handelt sich um reale Vorschläge, die für alle friedliebenden Regierungen und Völker annehmbar sind.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wer die Abschlußerklärung der Prager Außenministerkonferenz unvoreingenommen würdigt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die ganze Entwicklung der letzten Jahre für Deutschland anders gewesen wäre, wenn die Westmächte sich an ihre eigenen Verpflichtungen gehalten hätten, die sie durch Unterzeichnung der Potsdamer Beschlüsse feierlich übernommen haben. Es heißt im Potsdamer Abkommen ausdrücklich:

> **„Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedliebenden Grundlage von neuem wieder aufzubauen."**

Was hat man daraus gemacht? Die Prager Konferenz hat den Schleier von dieser Frage gelüftet. Die Erklärungen der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist heuchlerisch. Deutschland braucht keine Deklamation über die Beendigung des Kriegszustandes, sondern *Deutschland braucht einen Friedensvertrag,* denn ohne Friedensvertrag ist eine wirkliche Herstellung des Friedens in Europa und die Einheit Deutschlands nicht möglich. Die drei Regierungen aber erklären vielmehr erneut die Unantastbarkeit des Besatzungsstatuts und sprechen ausdrücklich davon, daß sie „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Gegenwärtig beträgt der Aufwand an Besatzungskosten 23,15 v. H. des gesamten Steueraufkommens in Westdeutschland. Zwei alliierte Soldaten oder Beamte, die im Bundesgebiet tätig sind, müssen von neun deutschen Angestellten nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes bedient werden. Was es bedeutet, wenn angesichts dieser Zahlen die westlichen Besatzungstruppen in Westdeutschland und in Westberlin weiter verstärkt werden, mag sich jeder ausrechnen. Der Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes dient nur der offenen Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des Nordatlantik-Blockes. Darüber hinaus dient diese Erklärung nur dazu, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern.

Die Kriegsvorbereitungen der Westmächte

In dem New Yorker Kommuniqué haben die Westmächte die Tore weit für die Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials in Westdeutschland geöffnet. Die Erzeugung von Stahl über

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Friedensbewegung in Deutschland und zur allseitigen Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik nötig ist. Die Deutsche Demokratische Republik ist im Kampf gegen die Gefahr einer neuen Aggression des Imperialismus mit allen friedliebenden Völkern verbunden. Sie steht in treuer Freundschaft zu dem großen Sowjetvolk, das an der Spitze der Weltfriedensbewegung marschiert.

Feinde des Friedens

Im September dieses Jahres haben sich die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in New York zu einer Konferenz zusammengefunden, in der sie eine Reihe neuer Beschlüsse zur deutschen Frage faßten. Aus dem am 19. September dieses Jahres veröffentlichten Kommuniqué geht hervor, daß es sich bei diesen Beschlüssen um die hartnäckige Fortsetzung einer Politik der Westmächte handelt, die die Erfüllung der in Jalta und Potsdam eingegangenen Verpflichtungen verweigert und die Einfügung Westdeutschlands und Westberlins in den aggressiven Nordatlantikpakt zum Ziele hat. Mit dieser Politik versucht man dem deutschen Volk den Weg zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands zu sperren. Man verhindert den Abschluß eines Friedensvertrages, um statt dessen die Wiederherstellung der westdeutschen Rüstungsindustrie und schließlich die Remilitarisierung dieser Gebiete zu betreiben. Die Pläne der amerikanischen Imperialisten gehen darauf hinaus, Westberlin zu einem militärischen Brückenkopf und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer militärischen Aggressionsabsichten zu verwandeln. Sie setzen dabei brutal und selbstverständlich in Rechnung, daß die deutschen Gebiete den Schauplatz neuer verheerender kriegerischer Ereignisse bilden werden.

Die Politik der anglo-amerikanischen Imperialisten steht aber auch in schroffen Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker. Im Hinblick auf den Ernst dieser Lage fanden sich auf Initiative der Regierung der friedliebenden Sowjetunion in Prag am 21. Oktober 1950 die Außenminister der Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakischen Republik, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zusammen, um über die zu ergreifenden Schritte zum Schutze des Friedens zu beraten. An dieser Außenministerkonferenz nahmen zum erstenmal wieder Vertreter des deutschen Volkes in voller Gleichberechtigung teil.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

des koreanischen Volkes. Wenn Herr McCloy erklärte: „W a s w i r i n D e u t s c h l a n d g e g e n w ä r t i g t u n , i s t d a s s e l b e , w a s u n s e r e A r m e e n i n K o r e a l e i s t e n“, so zeigt uns das die Gleichartigkeit der nationalen Probleme in Korea und in Deutschland.

Wir fühlen uns mit dem um seine Freiheit ringenden koreanischen Volke brüderlich verbunden, bekunden ihm unsere Sympathie und protestieren feierlich gegen die völkerrechtswidrige Einmischung in das Leben des koreanischen Volkes, gegen die Eroberungssucht des amerikanischen Imperialismus und gegen seine unmenschliche Kriegsführung.

Der amerikanische Imperialismus ist der Inspirator und Waffenlieferant bei der Unterdrückung der um ihre Freiheit kämpfenden Kolonialvölker und schließlich strebt er die Errichtung einer ausbeuterischen Herrschaft über alle Bereiche der Welt an.

Dieser Imperialismus ist es, der in das volksrepublikanische China widerrechtlich eingedrungen ist und die Sicherheit Chinas bedroht. Überall dort, wo der USA-Imperialismus mit seiner aggressiven Einmischung, mit dem Ausbau neuer militärischer Stützpunkte in Erscheinung tritt, entstehen neue Herde von Unruhe. Die Schritte der amerikanischen Imperialisten sind begleitet von Maßnahmen der Unterdrückung und Aggression. Überall, wo die Amerikaner hinkommen, entsteht Unruhe, Aufrüstung und Krieg, wo sie weggehen, ist Ruhe, Frieden und Aufbau.

Westmächte schüren zum Bruderkrieg

Die westlichen Besatzungsmächte betreiben seit Jahren die Politik der Spaltung Deutschlands und sind bemüht, die Bevölkerung der von ihnen besetzten deutschen Gebiete für die Unterstützung einer aggressiven Politik zu gewinnen, die zum Kriege gegen die friedliebende Sowjetunion und die friedliebenden Völker der volksdemokratischen Länder führen und das deutsche Volk in einen Bruderkrieg hineintreiben soll. Die westlichen Besatzungsmächte treiben eine Politik, die zur Wiedererweckung eines aggressiven militaristischen Staatswesens in Westdeutschland führen muß, wobei sie einem solchen Staatswesen die Rolle eines Landsknechts, der sich für ihre imperialistischen Interessen schlägt, zugedacht haben. Diese Politik ist eine unmittelbare Bedrohung des Friedens der europäischen Völker und bringt das deutsche Volk in eine besonders gefährliche Lage. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird alles tun, was zur Förderung der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Frieden und bietet auch dem französischen Volk alle Voraussetzungen für die Herstellung dauerhafter freundschaftlicher Beziehungen zum deutschen Volk.

Der große sowjetische Friedensvorschlag

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt den Friedensvorschlag der Sowjetunion, den Außenminister Wyschinski am 20. September dieses Jahres der Vollversammlung der UN vorlegte.

Die Sowjetunion schlug die Annahme einer Deklaration vor, die

1. alle Länder zum Verbot jeglicher Propaganda für einen neuen Krieg auffordert,
2. die Anwendung der Atomwaffe als Angriffswaffe und Mittel zur Massenvernichtung als unvereinbar mit der Ehre der der Organisation der Vereinten Nationen angehörenden Völker erklärt, und das bedingungslose Verbot der Atomwaffe sowie die Errichtung einer internationalen Kontrolle über die Befolgung dieses Verbots fordert,
3. die Vereinigung der Friedensbemühungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Chinas und den Abschluß eines Paktes dieser Großmächte zur Festigung des Friedens empfiehlt und
4. die Verringerung der gegenwärtigen Streitkräfte dieser Großmächte um ein Drittel und die Vereinbarung weiterer Reduzierungen der bewaffneten Streitkräfte in Vorschlag bringt.

Der USA-Imperialismus bedroht die Völker

Der neue Deklarationsentwurf der Sowjetregierung faßt die seit Jahren von der Sowjetunion zur Erhaltung des Friedens gemachten Vorschläge zusammen und will eine Barriere aufrichten, um die Menschheit vor neuen Leiden durch neue Kriegsabenteuer zu bewahren. Die gegenwärtige Bedrohung des Friedens ist ein Ergebnis der imperialistischen Politik der USA. Die Regierung der USA hat seit Jahren die Politik der Zusammenarbeit preisgegeben und ist zur Politik des „brutalen Kurses" übergegangen. Er findet seinen Ausdruck im Nordatlantikpakt, in der Einbeziehung Westdeutschlands in das Lager der Aufrüstung und der Vorbereitung eines neuen Krieges. Der amerikanische Imperialismus ist zum Störungsfaktor des friedlichen Lebens der Völker geworden. Er raubt das Selbstbestimmungsrecht und die Freiheit

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ich stelle dazu ausdrücklich hier fest, daß wir allein 26 Millionen Mark Anzahlung für noch zu liefernde Waren geleistet haben, und daß wir für etwa 7 Millionen Mark mehr Ware geliefert haben, als der Westen an uns. Wenn man in Westdeutschland von Vertragstreue spricht, dann mag man nicht vergessen, daß diese Vertragstreue von beiden Seiten, also auch von Westdeutschland, gezeigt werden muß.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird den Amerikanern niemals das Recht zugestehen, einzugreifen in den Handel, den Deutsche mit Deutschen in Deutschland treiben wollen. Diese Einmischung und Störung des innerdeutschen Handels ist eine offene und grobe Verletzung des Abkommens von New York und Paris im Mai 1949 über die Aufhebung von Beschränkungen des Handels. Ungeachtet aller Verbote der westlichen Besatzungsmächte werden wir darum die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland entwickeln und festigen.

Durch unsere Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wird es uns ermöglicht, nicht nur zweiseitige Wirtschaftsabkommen, wie bisher, abzuschließen, sondern zu mehrseitigen Abkommen überzugehen, die eine verstärkte Ausweitung der wechselseitigen Handelsbeziehungen ermöglichen. Dadurch wird die Unabhängigkeit unserer Wirtschaft von der von Krisen erschütterten kapitalistischen Umwelt verstärkt und dem deutschen Volk eine nicht absehbare Perspektive eröffnet.

Remilitarisierung — die Gefahr für den Frieden

Es ist verständlich, daß die Inangriffnahme der Durchführung der amerikanischen Remilitarisierungspläne in Westdeutschland besonders im französischen Volk stärkste Befürchtungen hervorgerufen hat. Die Remilitarisierung Westdeutschlands ist nicht nur ein Schachzug des amerikanischen Imperialismus, sie ist zugleich auch der Ausdruck des Wiederauflebens der imperialistischen Gelüste des deutschen Monopolkapitals. Weder das französische noch das deutsche Volk haben das geringste Interesse daran, daß sie von der monopolkapitalistischen Raubgier in neue Kriegsabenteuer getrieben werden. Das französische und das deutsche Volk müssen ihre Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens vereinen.

Für das französische und das deutsche Volk liegt die beste Gewähr einer dauerhaften, friedlichen Politik in der Durchführung der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens. Ein entmilitarisiertes einheitliches und demokratisches Deutschland sichert den europäischen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

aufzunehmen oder bestehende zu intensivieren, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung gewahrt wird. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, gibt es keinerlei Hindernisse für die Aufnahme und Fortentwicklung guter Handelsbeziehungen.

Das vor kurzem mit der Volksrepublik China abgeschlossene große Handelsabkommen hat den Radius und Inhalt unserer Außenhandelspolitik gewaltig erweitert. Von der Elbe bis zum Stillen Ozean reichen jetzt die Außenhandelsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik auf einer gesicherten vertraglichen Grundlage. Dabei muß festgestellt werden, daß die Deutsche Demokratische Republik mit ihren weitgesteckten Außenhandelsmöglichkeiten die Interessen der gesamtdeutschen Wirtschaft vertritt, denn es besteht die sehr reale Möglichkeit, auch die westdeutsche Wirtschaft in weitem Maße an unserem Außenhandel teilnehmen zu lassen. Die gesamtdeutsche Wirtschaft könnte sich von dem Druck der Marshallplanpolitik und der damit verbundenen Kolonialisierung Westdeutschlands befreien, von dem Druck der Kriegsproduktion und damit von der Gefahr, Westdeutschland in die Kriegsvorbereitungen des anglo-amerikanischen Imperialismus einzubeziehen.

Die Westmächte stören den deutschen Binnenhandel

Lassen Sie mich ein Wort zu den Fragen des deutschen Binnenhandels sagen, der durch Eingriffe der westlichen Besatzungsbehörden laufend gestört wird. Jede zwischen den deutschen Kontrahenten getroffene Vereinbarung wurde vom Petersberg vereitelt. Seit 6 Wochen haben wir dem westdeutschen Partner einen neuen Vertrag angeboten, der eine Milliarde Umsatz von jeder Seite vorsieht. Seit dem 20. September 1950 mußten aber auch diese Verhandlungen unterbrochen werden. Als Grund für diese vom Petersberg angeordnete Sabotage des innerdeutschen Handels müssen die Schwierigkeiten der Viersektorenstadt Berlin herhalten.

Wegen Streitigkeiten aus dem Strombezug zwischen Ost- und Westberlin wird der gesamte innerdeutsche Handel lahmgelegt. Heute ist es der Strom. Was wird es morgen sein?

Von einem Teil der westdeutschen Presse und sonst interessierten Kreisen des Westens wird der nicht durch uns verschuldete vertragslose Zustand zur Erschütterung des Vertrauens in die Zahlungsfähigkeit der Deutschen Demokratischen Republik ausgenutzt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mit ihren beiden Nachbarn, der Republik Polen und der Tschechoslowakischen Republik, abgeschlossen hat.

Die gemeinsame Befreiung unserer Völker durch die Rote Armee, die gemeinsame Freundschaft zur Sowjetunion und unser gemeinsamer Kampf für die Erhaltung und Verteidigung des Friedens bilden das feste Fundament, um unsere Beziehungen zum polnischen und tschechoslowakischen Volk im Geiste des Friedens und der Freundschaft für immer endgültig zu regeln.

Von der Elbe bis zum Stillen Ozean

Mit den bedeutungsvollen Deklarationen von Warschau, Zgorzelec und Prag ist das jahrhundertelange Mißtrauen zwischen unseren Völkern beseitigt worden.

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Republik begannen die Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der Tschechoslowakischen Republik. Sie führten im Januar dieses Jahres zu einem Übereinkommen, das eine wesentliche Ausweitung der gegenseitigen Warenlieferungen zum Gegenstand hat. In rascher Folge schlossen sich Verhandlungen über Warenaustausch und Zahlungsverkehr an mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Republik Polen, der Ungarischen und der Bulgarischen Volksrepublik. Am 10. Oktober wurde ein Handelsabkommen mit der Republik China abgeschlossen; ein gleiches Abkommen mit der Rumänischen Volksrepublik ebenfalls erfolgreich zum Abschluß gebracht.

Wodurch sind alle diese Abkommen gekennzeichnet? Sie spiegeln das ständige Wachstum der friedlichen Aufbaukräfte unseres Volkes, die erfolgreiche Durchführung und vorfristige Erfüllung unseres Zweijahrplanes und die Festigung des Friedenslagers wider. Die Abkommen helfen uns, durch Lieferungen von Rohstoffen und Lebensmitteln unseren Aufbau zu sichern und beschleunigt durchzuführen; wir tragen durch industrielle Fertigwaren von ständig steigender Qualität und Menge zum friedlichen Aufbau der Industrien und zur Erfüllung der Wirtschaftspläne unserer Freunde bei. Durch die gegenseitige Hilfe bei der Durchführung der Wirtschaftspläne wird die Krisenfestigkeit der Volkswirtschaften der am Rat für gegenseitige Hilfe beteiligten Länder gestärkt und der Lebensstandard der Werktätigen beständig erhöht.

Selbstverständlich ist die Deutsche Demokratische Republik jederzeit bereit, auch mit allen westlichen Ländern Handelsbeziehungen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der Sowjetunion betriebene Politik des Friedens und der Verständigung mit allen Völkern, die hochherzige und entscheidende Hilfe bei dem Aufbau und der Erneuerung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen unseres Lebens, das unbeirrbare Eintreten für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland, die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen, die großherzige Haltung in der Reparationsfrage durch Kürzung der verbleibenden Reparationsleistungen um die Hälfte, die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Austausch von diplomatischen Vertretungen zwischen der Regierung der Sowjetunion und der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war für uns eine große Hilfe, für die wir auch an dieser Stelle allen unseren Freunden und besonders Generalissimus Stalin unseren aufrichtigen Dank sagen.

Wir haben mächtige Freunde

Das geschichtliche Dokument der Grußbotschaft des Generalissimus Stalin an den Herrn Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an mich aus Anlaß der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik hat dem deutschen Volk erneut den friedliebenden und hilfsbereiten Charakter sowjetischer Politik offen dargelegt. Unserem Volk, das durch den Angriff auf die Sowjetunion so schwere Schuld auf sich lud, bot der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Generalissimus Stalin, die Hand zum gemeinsamen Kampf für den Frieden.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat inzwischen die diplomatische Anerkennung der Regierungen der UdSSR, der Volksrepublik China, der Republik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Volksrepubliken Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Albanien, der Volksdemokratischen Republik Korea und der mongolischen Volksrepublik gefunden.

Die Herbeiführung der diplomatischen Beziehungen mit den angegebenen Regierungen zeigt, daß die Deutsche Demokratische Republik zahlreiche und mächtige Freunde in der Welt besitzt und in ihrem Kampf um Einheit und Frieden nicht allein steht. Die zahlreichen Verträge mit diesen Ländern sind ein eindrucksvoller Beweis für die Atmosphäre der Freundschaft und des Vertrauens.
Von besonderer Bedeutung in diesem Komplex von Vertragswerken sind die Abmachungen, die die Deutsche Demokratische Republik

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Kein Kurswechsel

Mit dem 15. Oktober 1950 beginnt in der Deutschen Demokratischen Republik kein Kurswechsel, sondern eine mit der Vergangenheit und ihren Erfahrungen engverbundene Vorwärts- und Aufwärtsentwicklung. Die gesamte Politik der Regierung wird in der gleichen Weise für die Interessen des Volkes fortgesetzt. Das gilt besonders auch für die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik.

Einheit Deutschlands — Kampf für den Frieden

Zu den Grundsätzen der Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehören neben dem Kampf für das einheitliche Deutschland vor allem der Kampf für den Frieden. Darum unterstützt die Regierung die Vorschläge, die sich gegen die Anwendung der Atomwaffe und gegen jegliche Kriegspropaganda aussprechen und die für die Einschränkung der Kriegsrüstungen eintreten. Alle Verpflichtungen und Abkommen aber, die Deutschland in einen neuen Krieg und in aggressive Kriegsblocks, wie den Europarat, den Nordatlantikpakt, den Schumanplan oder andere Angriffspläne einbeziehen sollen, sind ein Verbrechen am deutschen Volk. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und das deutsche Volk werden keine dieser Verpflichtungen jemals als rechtskräftig anerkennen.

Die Sowjetunion half der Deutschen Demokratischen Republik

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wird die von der Provisorischen Regierung durchgeführte Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern, besonders aber mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern unverändert fortsetzen. Diese Außenpolitik liegt begründet in den völkerrechtlichen Grundsätzen der Achtung der Unabhängigkeit der Staaten, der Gleichberechtigung der Nationen und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Diese Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war und ist richtig, und sie hat in diesem Jahr des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik zu Erfolgen im Interesse des Friedens und des deutschen Volkes geführt. Diese Erfolge waren nur möglich dank der Unterstützung, die wir von den Regierungen der uns befreundeten Länder, insbesondere aber durch die Sowjetunion, gefunden haben. Die von der Regierung

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Selbstbestimmungsrecht, für die nationale Einheit und für die Demokratie nicht nur in ihrem eigenen Gebiet, sondern für Gesamtdeutschland zu führen. Sie wird damit zur stärksten Stütze der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Das haben die 12 Millionen Wähler als Grundlage ihrer Entscheidung angesehen, als sie den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme gegeben haben. Sie alle wissen: die Sache der Nation ist ihre Sache, die Sache der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik ist ihre Sache, die Sache der Verbesserung der Lebensverhältnisse ist ihre Sache, der Kampf für die Zukunft unserer Jugend ist ihre Sache, und der Kampf für den Frieden ist ihre Sache. Sie alle sind zu einem neuen politischen Bewußtsein gekommen, sie stehen mitten im friedlichen Aufbauwerk und sind entschlossen, sich dabei durch niemanden stören zu lassen.

Die Kandidaten der Volkskammer sind nicht in Geheimsitzungen der führenden Funktionäre der einzelnen Parteien benannt, sondern in tausenden und aber tausenden Versammlungen von den Wählermassen geprüft, verworfen oder für würdig befunden worden. In der Durchleuchtung des gesamten Lebens der Kandidaten durch die Wählerschaft besteht ein entscheidendes Element einer wirklichen Demokratie.

Die reale Demokratie hat den Wählern die Möglichkeit gegeben, durch Wahlaufträge an die Kandidaten die Arbeit der Volkskammer und der Regierung bei der Förderung des Neuaufbaus und der Stärkung der demokratischen Staatsmacht mitzubestimmen. Wir sehen in den Tausenden von Wahlaufträgen, die die Wähler ihren Kandidaten übergeben haben, einen bedeutenden Schritt vorwärts in der demokratischen Entwicklung. Wer diese Wähleraufträge studiert, spürt unmittelbar das große Vertrauen, das die Bevölkerung ihren Vertretern und ihrer Regierung entgegenbringt.

Wähleraufträge — Verpflichtung für die Regierung

Ich darf im Namen der Regierung den Bürgern unserer Republik die Versicherung geben, daß diese Wähleraufträge nicht in einer Kanzlei schmoren werden, sondern daß sie alle ernst geprüft werden, und daß wir es als unsere hohe Pflicht erachten, die berechtigten Forderungen der Wähler im Rahmen des Fünfjahrplanes nach besten Kräften zu erfüllen und die Mißstände **abzustellen, die die Kritik der Bevölkerung verursacht haben.**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

Am 15. Oktober 1950 haben 12 097 105 Wähler in den demokratischsten Volkswahlen der deutschen Geschichte für die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gestimmt und das bisher mächtigste und bedeutsamste Bekenntnis des deutschen Volkes zum Frieden, zur Einheit unseres Landes und zur Demokratie abgelegt. Mit dieser großartigen Manifestation für die Ziele der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands hat die gesamte Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik die Politik der Provisorischen Regierung und des Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien gebilligt.

Das einheitliche demokratische Deutschland ist der Kern unserer Arbeit. Die Grundlagen der Regierungsarbeit bilden die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und das Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, das die Regierung ausdrücklich als einen Bestandteil des Regierungsprogramms erklärt. Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands haben wir eine Regierung, deren Arbeitsprogramm sich ausdrücklich mit den bedeutenden nationalen Forderungen einer großen demokratischen Volksbewegung verbindet.

Diese Volksbewegung, die Nationale Front des demokratischen Deutschlands, umfaßt nicht nur die Parteien und Massenorganisationen, sondern auch alle anderen patriotischen Kräfte, die sich zur Einheit bekennen. Indem sich die Regierung zu dem Programm dieser Volksbewegung bekennt, wird sie zu einer wirklichen Volksregierung. Ihr Arbeitsprogramm steht damit auf dem Niveau der großen, die deutsche Nation umspannenden Lebensinteressen. Auf diesem Niveau setzt die Regierung alle Kräfte in eine Stoßrichtung, die den Forderungen der Nationalen Front entsprechen. So ist die Deutsche Demokratische Republik die stärkste und fruchtbarste Basis zur Entfaltung der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands.

Die Republik ist im Kampf entstanden, sie steht heute im Kampf und wird ihr Leben im Kampf entfalten müssen. Auf dem westlichen Teil unseres Vaterlandes lastet nationale Unterdrückung und imperialistische Fremdherrschaft. Unsere junge Deutsche Demokratische Republik hat daher ihren Kampf für das nationale

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

betrachte, berechtigte Forderungen nach besten Kräften zu erfüllen und tatsächliche Mißstände abzustellen.

Sodann entwickelte Ministerpräsident Otto Grotewohl das g r o ß e A r b e i t s p r o g r a m m der Regierung auf außen- und innenpolitischem Gebiet. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens auf der Grundlage der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz, eine unzerstörbare Freundschaft mit der Sowjetunion, die Schaffung des Gesetzes zur Verwirklichung des F ü n f j a h r p l a n e s und die schrittweise Abschaffung der Kartenwirtschaft sowie die Steigerung der Produktion und ihrer Qualität als Voraussetzung zur Erhöhung des Lebensstandards, sind die Schwerpunkte des Regierungsprogramms, das von den Abgeordneten mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde.

Mit dem Volk ...

Aktivisten aus den volkseigenen Betrieben und den Maschinenausleihstationen, Helden der Arbeit, Nationalpreisträger, Verdiente Ärzte und Lehrer des Volkes, Menschen, die sich durch ihre hervorragenden Leistungen im beruflichen und politischen Leben das Vertrauen ihrer Mitbürger ehrlich erworben haben — das sind die Abgeordneten der Volkskammer! Sie brachten durch die Vertreter aus ihren Reihen in der Aussprache zur Regierungserklärung zum Ausdruck, daß die politischen Parteien und die anderen demokratischen Massenorganisationen g e m e i n s a m mit der Regierung für den Aufstieg aus eigener Kraft, für die E i n h e i t Deutschlands und für die Erhaltung des F r i e d e n s arbeiten und kämpfen werden.

Einer Regierung, die d u r c h das Vertrauen des Volkes berufen wurde, die nichts anderes kennt als die Arbeit f ü r das Wohl des Volkes, wird es auch gelingen, gemeinsam m i t dem Volk die in der Regierungserklärung gesetzten Ziele zu erreichen!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik besteht aus folgenden Mitgliedern:

Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED)
Stellvertretender Ministerpräsident Walter Ulbricht (SED)
Stellvertr. Ministerpräs. und Vors. der Staatl. Plankommission Heinrich Rau (SED)
Stellvertretender Ministerpräsident Otto Nuschke (CDU)
Stellvertr. Ministerpräs. u. Minister f. Finanzen Dr. Loch (LDP)
Stellvertr. Ministerpräs. u Minister f. Aufbau Dr. Bolz (NDPD)
Minister f. Auswärtige Angelegenheiten Georg Dertinger (CDU)
Minister des Innern Dr. Steinhoff (SED)
Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser (SED)
Minister für Schwerindustrie Fritz Selbmann (SED)
Minister für Maschinenbau Gerhard Ziller (SED)
Minister für Leichtindustrie Dr. Feldmann (NDPD)
Minister für Land- und Forstwirtschaft Paul Scholz (DBD)
Minister für Außen- u. innerdeutschen Handel Georg Handke (SED)
Minister für Handel und Versorgung Dr. Karl Hamann (LDP)
Minister für Arbeit Roman Chwalek (FDGB)
Minister für Gesundheitswesen Luitpold Steidle (CDU)
Minister für Verkehr Prof. Dr. Reingruber (parteilos)
Minister für Post und Fernmeldewesen Friedrich Burmeister (CDU)
Minister für Volksbildung Paul Wandel (SED)
Minister der Justiz Max Fechner (SED)

Für das Volk...

Nach einem Hinweis auf die erfolgreiche Arbeit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, gab Ministerpräsident Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung die ausdrückliche Versicherung ab, daß die den Abgeordneten als Kandidaten der Nationalen Front gegebenen W ä h l e r a u f t r ä g e ernst geprüft werden sollen, weil es die Regierung als hohe Pflicht

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Walter Ulbricht

Heinrich Rau

Otto Nuschke

Dr. Lothar Bolz

Dr. Hans Loch

Die Stellvertretenden Ministerpräsidenten
der Deutschen Demokratischen Republik

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Durch das Volk ...

Der 15. November 1950 hat für die junge Deutsche Demokratische Republik eine besondere geschichtliche Bedeutung. Die Provisorische Regierung wurde abgelöst durch eine aus den Volkswahlen vom 15. Oktober 1950 hervorgegangene Regierung, die vom Vertrauen einer überwältigenden Mehrheit der Wähler getragen ist. Niemals hat es in der deutschen Vergangenheit eine Wahl gegeben, die demokratischer durchgeführt wurde als die Volkswahl am 15. Oktober 1950. In allen Dörfern und Städten der Deutschen Demokratischen Republik standen die Kandidaten der Nationalen Front, die zukünftigen Vertreter und Abgeordneten der Gemeinden, der Kreise, der Länderkammern und der Volkskammer ihren Wählern persönlich gegenüber, um ihnen auf alle Fragen unmittelbar Rede und Antwort zu stehen und die Aufträge der Wähler entgegenzunehmen. Aus diesem Grunde gestaltete sich die Volkswahl am 15. Oktober 1950 an nicht wenigen Orten der Deutschen Demokratischen Republik zu wahren Volksfesten, die ihren Höhepunkt in dem gewaltigen Vertrauensbeweis für die Politik unserer Regierung fanden.

Nachdem die Volkskammer den Abgeordneten Johannes Dieckmann (LDP) zum Präsidenten des Hauses einstimmig gewählt hatte, benannte die stärkste Fraktion, die SED, den Abgeordneten Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten. Ein Vorschlag, der von allen Abgeordneten mit starken Beifallskundgebungen aufgenommen wurde. Staatspräsident Wilhelm Pieck beauftragte Ministerpräsident Otto Grotewohl mit der Bildung der neuen Regierung, die in der zweiten Vollsitzung der Volkskammer einstimmig bestätigt wurde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ministerpräsident Otto Grotewohl

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DIE WAHRHEIT DEM VOLKE
Nr. 11

Herausgegeben vom Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (21 000)
Druck: (13)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

REGIERUNGSERKLÄRUNG des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Lidice mahnt zum Frieden!

Am 8. Juni 1942 wurde das Dorf Lidice in der Tschechoslowakei durch deutsche Faschisten bis auf die Grundmauern zerstört.
Sie mordeten ohne jedes Gefühl von Menschlichkeit alle männlichen Bewohner im Alter von 14 bis 72 Jahren. Die Frauen des Dorfes wurden in die Konzentrationslager verschleppt und gemäß einem besonderen Befehl Himmlers mit dem ‚grünen Winkel" als Berufsverbrecherinnen gezeichnet. Das Grausamste war, daß die meisten der Kinder in den Gaskammern der KZs starben und erst nach jahrelangen Nachforschungen kamen einige krank zurück.
Am 8. Jahrestag der Zerstörung Lidices unterzeichneten die übriggebliebenen Frauen folgenden Aufruf:

Wir, die überlebenden Frauen und Kinder von Lidice, stehen heute, am 8. Jahrestag der Zerstörung unseres Dorfes durch die deutschen Faschisten, an dem verwüsteten Ort, wo einmal unsere Heime standen. Wir stehen am Fuße des Kreuzes mit der Dornenkrone an den Gräbern unserer Ehemänner, Väter, Söhne und Brüder und wir richten an euch, Frauen und Mütter in der ganzen Welt, den Ruf:

Laßt kein neues Lidice zu! Verhindert den Krieg!

Noch heute können wir das stille verzweifelte Weinen unserer lieben Kinder hören: „Mutter, laß mich nicht von dir fortnehmen!" Wir hielten sie in unseren Armen, aber die Faschisten bemächtigten sich ihrer und schleppten sie fort. Nur sechzehn magere, kranke Kinder kamen zu uns zurück. Die anderen 82 Kinder, im Alter zwischen 14 Tagen und 14 Jahren, wurden in Gaskammern getötet. 57 Mütter aus Lidice starben an den Foltern in den Konzentrationslagern.
Wir werden diese Opfer niemals vergessen! Niemals werden wir das vergessen, was uns Lidice zerstörte, wodurch Oradour in Frankreich, Coventry in England und Tausende von Dörfern und Städten in der Sowjetunion, in Polen und anderen Ländern zerstört wurden. Wir können beim Gedenken der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

75 Millionen Opfer des letzten Krieges aber nicht vergessen, daß heute in der Welt wieder Leute leben, die der Profite wegen ein neues Blutbad vorbereiten.

Wir erbauen eine Welt des Friedens!

Nicht weit von dem Platz, wo das Kreuz mit der Dornenkrone steht, wächst ein neues Lidice. ersteht unser Symbol des Lebens. Laßt uns im Namen des Lebens zusammenstehen, daßt uns ein neues Morden vermeiden. Dies geht uns alle an, weil es heute in unserer gemeinschaftlichen Kraft liegt, ein schlimmeres Lidice zu vermeiden und die schrecklichen Leiden eines neuen Krieges abzuwenden. Reiht euch deshalb in unsere festen Reihen ein!

Ihr Mütter und Frauen wurdet schon einmal von Entbehrungen, Schmerz und Leid eines Krieges heimgesucht. Denkt an uns und begreift, daß wir gemeinsam einen neuen Krieg verhüten können.

Millionen von Menschen aus aller Welt kämpfen gegen den Krieg, Millionen von Menschen haben sich bereits vereint und unterzeichneten den Stockholmer Friedensaufruf:

> Wir fordern das absolute Verbot der Atomwaffe, als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung.
> Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle, um die Anwendung dieser Verbotsmaßnahme sicherzustellen.
> Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle friedliebenden Menschen in der ganzen Welt auf, diesen Appell zu unterzeichnen. Auch ihr dürft nicht abseits stehen. Im Namen unserer gefolterten Kinder, im Namen der Völkerfreundschaft rufen wir euch zu: Verbindet euch mit der Weltbewegung der Partisanen des Friedens!

> Kämpft für den Frieden!!!
> Verhindert einen neuen Krieg!!!
> Unterzeichnet den Stockholmer Friedensaufruf!!!

Der FDGB fordert alle Männer und Frauen in Stadt und Land auf, sich mit diesem Aufruf der Frauen von Lidice solidarisch zu erklären und mit verstärkten Kräften den Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft aufzunehmen.

Bildet in allen Betrieben Friedenskomitees!

Schafft Aufklärungsgruppen der Nationalen Front!

Kämpft für ein einheitliches demokratisches Deutschland!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ERKLÄ

DIE
WAHRHEIT
DEM
VOLKE

AM RUNDEN TISCH

Der Weg zur deutschen Einheit

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DIE WAHRHEIT DEM VOLKE
Nr. 10

Herausgegeben vom Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik (21 000)

Deutscher Zentralverlag, Berlin O 17, Verlagslizenz 368 (2320/50). Druck: (13)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Prager Außenminister-Konferenz

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Fragen, die uns alle angehen:

Was können wir zur Erhaltung des Friedens tun?
Wer ist an einem neuen Kriege interessiert?
Sollen wirklich eines Tages Deutsche auf Deutsche schießen?
Wie erreichen wir die Einheit Deutschlands?
Wer garantiert Deutschlands Einheit und Frieden?
Welche Beschlüsse wurden am 21. Oktober 1950 in Prag gefaßt?

Diese Fragen gehen wirklich jeden von uns an. Sie bewegen in diesen Tagen nicht allein die Bevölkerung in Deutschland, sondern darüber hinaus die Menschen in der ganzen Welt.

Was ist geschehen?

Am 19. September wurde in New York von den Außenministern der USA, Großbritanniens und Frankreichs der Beschluß gefaßt, die Besetzung Westdeutschlands auf unbeschränkte Zeit zu verlängern, die Besatzungstruppen zu verstärken, das Verbot der deutschen Kriegsindustrie aufzuheben und eine westdeutsche Söldnerarmee aufzustellen.

Dieser Plan hat nach seinem Bekanntwerden die einmütige Ablehnung aller ehrlichen Deutschen gefunden. Was aber können wir tun, um der Gefahr eines neuen Krieges erfolgreich zu begegnen? Die Außenminister der friedliebenden europäischen Staaten unter der Führung der Sowjetunion haben sich in Prag mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Sie haben dem deutschen Volk in vier klar formulierten Vorschlägen den Weg gezeigt, der auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu einem geeinten und unabhängigen Deutschland führt. Neben dem Vorschlag zu einer gemeinsamen Erklärung der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion über eine friedliche Entwicklung in Deutschland und des unverzüglichen Abschlusses eines Friedensvertrages hat die vorgeschlagene Bildung eines gesamtdeutschen Rates die volle Zustimmung aller Bevölkerungskreise in Ost und West gefunden. Der Weg wurde uns gezeigt. Wir werden ihn gehen, denn niemand kann das deutsche Volk daran hindern, seine gerechte Sache in die eigenen Hände zu nehmen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Minister für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zu den Beschlüssen der New-Yorker Dreimächte-Konferenz über die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die geheime Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs veröffentlicht, die in New York stattfand und eine Reihe neuer Separatbeschlüsse zur deutschen Frage angenommen hat. Im Kommuniqué wird darauf hingewiesen, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs gewillt sind, die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland zu stellen, und zur gleichen Zeit wird die Beibehaltung des Westdeutschland aufgezwungenen „Besatzungsstatuts" bestimmt.

Im Kommuniqué wird weiter davon gesprochen, daß eine Überprüfung der früheren Beschlüsse über die verbotenen Zweige der deutschen Industrie durchgeführt wird, wobei keine Einschränkungen in bezug auf die Unzulässigkeit der Wiederherstellung der deutschen Kriegsindustrie gemacht werden.

Aus dem Kommuniqué ist statt dessen ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bereits aus der Aufzählung dieser Hauptpunkte des Kommuniqués ist ersichtlich, daß die New-Yorker Separatbeschlüsse der Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs zur deutschen Frage eine neue grobe Verletzung der Verpflichtungen, die diese Regierungen im Potsdamer Abkommen auf sich genommen haben, darstellen, eine Bedrohung des Friedens in Europa enthalten und den Interessen aller friedliebenden Völker, darunter auch den nationalen Interessen des deutschen Volkes widersprechen.

1. Die Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs über ihre Absicht, die Frage der „Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland" zu stellen, ist zutiefst heuchlerisch und hat nichts mit der schon längst herangereiften Notwendigkeit zu tun, eine friedliche Regelung für Deutschland zu verwirklichen, ohne die sich auch die Herstellung der Einheit des deutschen Staates als unmöglich erwies. Obwohl das Kommuniqué von einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland spricht, unterstreicht es, daß dies „nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland" berührt, die sich entsprechend dem Besatzungsstatut die uneingeschränkte Macht in bezug auf Westdeutschland vorbehalten. Auf diese Art und Weise erklären die drei Regierungen erneut die Unantastbarkeit des „Besatzungsstatuts", dessen Wirksamkeit sie auf unbestimmte lange Zeit ausdehnen wollen, um ihre Herrschaft in Westdeutschland so lange wie möglich auszudehnen.

Mehr noch, im Kommuniqué wird gesagt, daß die drei Besatzungsmächte „ihre Truppen in Deutschland vergrößern und verstärken" werden.

Aus den veröffentlichten Mitteilungen ist bekannt, daß sich in Verbindung damit die Besatzungsausgaben Westdeutschlands um das Doppelte erhöhen, was die Steuerlast bedeutend vergrößert.

Es ist nicht erforderlich, nachzuweisen, daß die Beschlüsse der drei Regierungen über die neue Verstärkung der Besatzungstruppen in Westdeutschland durch nichts anderes hervorgerufen sind als durch die wachsenden aggressiven Bestrebungen dieser Mächte in Europa.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Jetzt ist es klar, daß die verlogenen Phrasen von der sogenannten „Beendigung" des Kriegszustandes mit Deutschland nur einen Schirm zur Tarnung der Politik der Mächte darstellen, die die Spitze des aggressiven Nordatlantikblocks bilden.

Diese Mächte sind bestrebt, sich im Dienste ihrer imperialistischen Interessen bei der Verwirklichung ihrer strategischen Pläne, hinter denen sich die Bestrebungen der führenden Kreise der USA zur Aufrichtung ihrer Weltherrschaft verbergen, die Hände zur Ausnutzung Westdeutschlands, seiner Menschen und Materialreserven, frei zu machen. Unter dem Vorwand der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland sind sie bestrebt, die Bedingungen für die offene Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressive Gruppierung des sogenannten Nordatlantikblocks zu schaffen und Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug ihrer aggressiven militärstrategischen Pläne in Europa zu verwandeln.

Offensichtlich ist auch, daß die Frage der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland dazu benutzt wird, den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und damit auch die Einheit Deutschlands so lange wie möglich hinauszuzögern. Es ist nicht zufällig, daß in dem umfangreichen New-Yorker Kommuniqué nichts von einem Friedensvertrag mit Deutschland und von der Vorbereitung eines solchen Vertrages gesagt ist. Dabei haben noch vor fünf Jahren die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs entsprechend dem Potsdamer Abkommen die Verpflichtung zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland auf sich genommen, deren Durchführung sie jetzt unter allen möglichen Vorwänden aus dem Wege gehen. Das zeigt, wie weit sich die Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom Potsdamer Abkommen der vier Mächte entfernt hat. Das zeigt ferner, daß die heutige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die das Potsdamer Abkommen grob verletzt, in direktem Widerspruch zu den Interessen aller friedliebenden Völker Europas steht.

2. Im Kommuniqué heißt es, „die Außenminister sind ferner übereingekommen, das Abkommen über verbotene und eingeschränkte Industrien in Anbetracht der sich entwickelnden Beziehungen zur

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bundesrepublik", das heißt zu Westdeutschland, „zu überprüfen". Hierbei wird kein Wort von dem Verbot der Wiederherstellung der Kriegsindustrie gesprochen, wie sie das Jaltaer und Potsdamer Abkommen sowie auch die später abgeschlossenen Abkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR fordern. Mehr noch, im Kommuniqué wird davon gesprochen, daß die Erzeugung von Stahl über die festgelegte Beschränkung hinaus zu Kriegszwecken gestattet wird.

Somit wird im Kommuniqué der drei Minister faktisch das Verbot der deutschen Kriegsindustrie, worüber es gemeinsam gefaßte feste Beschlüsse der vier Mächte gibt, aufgehoben. Der wirkliche Sinn des New-Yorker Kommuniqués besteht darin, daß jetzt die Schwerindustrie der Ruhr offen auf die Ausführung militärstrategischer Aufgaben der westlichen Mächte umgestellt wird.

Mit ihrem New-Yorker Kommuniqué öffnen die drei Mächte die Tore weit für die Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands, das seinerzeit dem deutschen Imperialismus und der Hitler-Aggression als Hauptstütze diente.

All das zeigt, wie jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs grob, und ohne Umstände zu machen, die gemeinsamen Beschlüsse der vier Mächte verleugnen, die unter Teilnahme der Sowjetunion gefaßt wurden, jene Beschlüsse, die auf das Verbot der deutschen Kriegsindustrie und auf die Nichtzulassung der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus gerichtet waren und mit großer Zufriedenheit von den friedliebenden Völkern Europas und der ganzen Welt aufgenommen wurden.

Den gleichen Zielen der Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Westdeutschlands und der Anpassung der westdeutschen Wirtschaft an die Pläne des anglo-amerikanischen Kriegsblocks dienen die Versuche der Schaffung übermonopolistischer Vereinigungen des Bergbaues und der Metallurgie Westdeutschlands und Frankreichs unter Teilnahme einiger anderer europäischer Staaten. Diese Versuche der westdeutschen und französischen kapitalistischen Monopole, verwirklicht unter dem Diktat der Regierung der USA, stützen sich auf die reaktionärsten Gruppierungen in Westdeutschland, enthalten die ernste Gefahr

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der Wiedergeburt der aggressiven deutschen Kräfte und begegnen naturgemäß einem entschlossenen Widerstand seitens der demokratischen Kräfte Frankreichs, Westdeutschlands und anderer europäischer Staaten.

Diese Politik der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs steht in offenem Widerspruch zu den Grundprinzipien des Potsdamer Abkommens, dessen Ziel es ist, Deutschland als einen friedliebenden demokratischen Staat wiederherzustellen, der sich auf die Wiedergeburt und die weitere Entfaltung der deutschen Friedensindustrie, der Landwirtschaft und anderer Zweige der deutschen Wirtschaft stützt. Diese Politik der drei Mächte ist darauf gerichtet, die Entwicklung der deutschen Wirtschaft auf das Gleis der Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa zu drängen, anstatt dem deutschen Volk alle erforderlichen Möglichkeiten für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, für die Beseitigung der Wunden des Krieges, den Wiederaufbau der Städte und die Verbesserung der materiellen Bedingungen des Lebens der Werktätigen zu geben, worauf die Sowjetunion immer bestanden hat.

3. Wie bereits betont, war die Hauptfrage, die auf der New-Yorker Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der USA, Großbritanniens und Frankreichs beraten wurde, die Frage der Wiedererrichtung der deutschen Armee, obwohl im Text des Kommuniqués alles getan wurde, um diese Absicht zu vertuschen. Dem Kommuniqué zufolge kamen die drei Minister überein, über die in Westdeutschland bereits bestehenden Polizeikräfte hinaus, „die Aufstellung mobiler Polizeikräfte zu genehmigen", und außerdem wurde von ihnen die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" vorgesehen, das heißt, faktisch wird die Schaffung einer deutschen Armee betrieben, obwohl im gleichen Kommuniqué die heuchlerische Erklärung abgegeben wurde, daß „die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee den Interessen Deutschlands und Europas nicht zum Besten dienen würde".

Nach veröffentlichten Angaben gehören in den Westzonen Deutschlands und in den Westsektoren Berlins den deutschen und

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

den ausländischen Militärformationen unter Beteiligung der „DPs" sowie den verschiedenen Polizeitruppen 456 000 Mann an, die in der Hauptsache aus ehemaligen Soldaten und Offizieren der Hitlerarmee bestehen. Die Bewaffnung dieser Truppenteile und Formationen, ihr organisatorischer Aufbau und ihre armeemäßige Ausbildung, die Ausbildung des Offizierkorps in Spezialschulen, die Teilnahme an militärischen Manövern gemeinsam mit den Besatzungstruppen der Westmächte, zeigen, daß diese Formationen und Truppenteile in Wahrheit Armee-Einheiten darstellen. Diesen Formationen sind Panzer- und Artillerie-Einheiten beigegeben. Ungeachtet dessen wird im Kommuniqué der drei Minister von der Genehmigung der Aufstellung „neuer mobiler Polizeikräfte" gesprochen, was angeblich „die gegenwärtige Lage erfordert". Hieraus ist ersichtlich, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs bestrebt sind, im großen Maße die Polizeiformationen in Westdeutschland, die in Wirklichkeit eine reguläre deutsche Armee darstellen, aufzublähen.

Das Kommuniqué zeigt jedoch, daß jetzt die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich nicht auf Polizeiformationen beschränken wollen, sondern bereits offen die Frage „einer deutschen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht" stellten. Obwohl im Kommuniqué davon gesprochen wird, daß diese Frage zur Zeit „untersucht" wird, dient diese Ausdrucksweise jedoch eindeutig nur dem Ziel der Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die Beschlüsse der drei Regierungen zur Wiedererrichtung der deutschen Armee. Jetzt ist es schon kein Geheimnis mehr, daß zur Wiedererrichtung der deutschen Armee solche Hitlergenerale wie Halder, Guderian, Manteuffel und andere herangezogen werden.

Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß hierbei das Ziel verfolgt wird, die jetzt neuerstehende westdeutsche Armee in den Dienst des anglo-amerikanischen Blocks und seiner aggressiven Pläne zu stellen.

Bei einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich, daß von den Regierungen der drei Westmächte die Aufgabe gestellt wurde, die früheren Beschränkungen bezüglich der deutschen Kriegsindustrie

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

aufzuheben, worauf die westdeutschen kapitalistischen Monopole hartnäckig drängen. Gestern noch führten die Völker Frankreichs, Großbritanniens und der USA einen blutigen Kampf gegen die Hitleraggression, gegen den deutschen Imperialismus — heute stellen die regierenden Kreise dieser Länder mit ihren Händen die westdeutsche Armee wieder her, lassen verurteilte Kriegsverbrecher ohne Verbüßung ihrer Strafe frei, stellen das kriegswirtschaftliche Potential Deutschlands wieder her, lassen den westdeutschen Imperialismus wiedererstehen.

Das bedeutet, daß die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sich endgültig von den Beschlüssen der vier Mächte losgesagt haben, in denen die Ziele der Liquidierung des deutschen Imperialismus sowie auch die Ziele der Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender demokratischer Staat festgelegt waren und in denen die großen Prinzipien der Festigung des Friedens in der ganzen Welt ihren Ausdruck fanden.

Das bedeutet, daß die Regierungen der drei Westmächte zur Politik der Aggression übergegangen sind, die mit den Interessen des Friedens in Europa und mit den Interessen der friedliebenden Völker der ganzen Welt unvereinbar ist.

4. Wie bekannt, hatte bereits die Londoner Separatkonferenz der drei Mächte im Jahre 1948 zur deutschen Frage Beschlüsse gefaßt, die endgültig die Aufgaben der Demilitarisierung und Demokratisierung Westdeutschlands beiseite schoben und das Ziel verfolgten, Westdeutschland in ein Werkzeug des aggressiven angloamerikanischen Blocks zu verwandeln. Schon damals wurde in der auf der Konferenz in Warschau beschlossenen Erklärung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens und Ungarns zur Londoner Konferenz der drei Mächte über die Fragen Deutschlands, der aggressive und antidemokratische Charakter der Spaltungspolitik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in bezug auf Deutschland entlarvt.

Gegenwärtig halten es die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

und der Deutschen Demokratischen Republik für ihre Pflicht, zu erklären, daß die in der Warschauer Erklärung gemachten Vorschläge sowie die allgemeine Einschätzung der Politik der drei Mächte in bezug auf Deutschland sich vollständig bestätigt haben.

Heute sehen alle, daß die jetzige Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs nicht nur einen völligen Bruch der Verpflichtungen darstellt, die die Regierungen dieser Länder in bezug auf die Bildung eines einheitlichen demokratischen, friedliebenden deutschen Staates auf sich genommen haben, sondern auch die Gefahr einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa schafft.

In Anbetracht dieser Tatsachen erklären die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik, daß die Separatbeschlüsse der New-Yorker Konferenz der drei Mächte keine Rechtskraft und keine internationale Autorität besitzen. Die ganze Verantwortung für die rechtswidrigen Handlungen, die auf die Verhinderung eines Friedensvertrages mit Deutschland und auf die Remilitarisierung Westdeutschlands gerichtet sind, fällt auf die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs.

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

1. Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. Aufhebung aller Beschränkungen der Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat, und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Die Regierungen der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik werden ihrerseits alles tun, um die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit zu erleichtern.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Beschluß des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zur Erklärung der Prager Beschlüsse

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat den Bericht ihres Außenministers über die Prager Konferenz der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik zu den Ergebnissen der New-Yorker Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Remilitarisierung Westdeutschlands mit großer Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sie ist der Regierung der UdSSR und den Regierungen der europäischen Volksdemokratien dankbar, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an der Prager Konferenz gleichberechtigt teilnehmen konnte und daß das berechtigte Verlangen des deutschen Volkes nach Wiederherstellung der Einheit seines Vaterlandes und dem beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages erneut die vollste Unterstützung der beteiligten Regierungen fand.

Die Beschlüsse der New-Yorker Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind die hartnäckige Fortsetzung einer Politik, die sich von der Einhaltung der in Jalta und in Potsdam eingegangenen Verpflichtungen abgewendet hat, und die an Stelle der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands die Einfügung Westdeutschlands und Westberlins in den aggressiven Nordatlantikblock zum Ziel hat. Diese Politik verweigert dem deutschen Volk die Wiederherstellung seiner wirtschaftlichen und staatlichen Einheit; sie verhindert den Abschluß eines Friedensvertrages und ist darauf gerichtet, Westdeutschland zu remilitarisieren und endgültig in ein Werkzeug der aggressiven militärstrategischen Pläne der anglo-amerikanischen Imperialisten in Europa zu verwandeln. Diese Politik bedeutet eine ernste Gefahr für den Frieden und die

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Sicherheit der Völker Europas. Sie bedroht die Existenz des deutschen Volkes.

Die Sorge um die Erhaltung und die Sicherung des Friedens ruft den wachsenden Widerstand des deutschen Volkes gegen die aggressiven Pläne der anglo-amerikanischen Imperialisten hervor und verpflichtet alle deutschen Patrioten, diesen Plänen noch entschlossener entgegenzutreten und das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus zu verhindern. Die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins muß mit Nachdruck für eine Politik eintreten, die die Gefahr „einer neuen Aggression, neuer militärischer Abenteuer in Europa" beseitigt. Alle friedliebenden Kräfte müssen ihre Anstrengungen vereinen, um die dem Frieden dienenden Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz zu verwirklichen, da sie eine geeignete Grundlage für die Vereinigung aller Menschen unserer deutschen Heimat darstellen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik macht sich die Vorschläge der Prager Außenministerkonferenz in vollem Umfange zu eigen, die eine friedliche Regelung für das deutsche Volk vorsehen und vorschlagen,

1. daß die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion eine Erklärung abgeben, keine Remilitarisierung Deutschlands und keine Einbeziehung Deutschlands in irgendwelche Aggressionspläne zuzulassen und die Beschlüsse des Potsdamer Abkommens zur Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates zu verwirklichen;

2. daß alle Beschränkungen der deutschen Friedenswirtschaft aufgehoben werden und die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials verhindert wird;

3. daß der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen unverzüglich erfolgt und die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden;

4. daß ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

wird, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorbereitet und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens, Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreitet und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist.

Gemäß der in Prag eingegangenen Verpflichtung, alles zu tun, was „die Lösung dieser unaufschiebbaren Aufgaben im Interesse der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit" erleichtert, erklärt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihre Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates. Diese Bereitschaft ergibt sich aus der Überzeugung, daß die Zusammenführung west- und ostdeutscher Vertreter in dem vorgeschlagenen paritätischen Organ einen entscheidenden Schritt zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und zur Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung, wie für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bedeutet.

Im Interesse des Friedens und der Zukunft unserer Nation wendet sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an alle Schichten des gesamten deutschen Volkes und fordert sie auf, die Bemühungen zur Sicherung des Friedens, zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, zum Aufbau einer Friedenswirtschaft und zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands mit aller Kraft zu unterstützen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik begrüßt es, daß nach der Erklärung der Prager Außenministerkonferenz eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates, erfolgen kann, sofern die Umstände die Durchführung einer solchen Volksbefragung erforderlich machen. Das ganze deutsche Volk, das nach den bitteren Erfahrungen seiner Vergangenheit den Frieden und die Einheit seines Vaterlandes herbeisehnt, wird erkennen, daß die Verwirklichung der Vorschläge der Prager Konferenz die Erfüllung dieser Sehnsucht in greifbare Nähe rückt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist davon überzeugt, daß die patriotischen und friedliebenden Kräfte unseres Volkes das Gebot der Stunde erkennen und ihre Anstrengungen verstärken und vereinigen werden, um unserem Volke den Frieden und damit seine nationale Existenz zu sichern.

Sowjetregierung fordert Viermächtebesprechungen auf der Grundlage der Prager Erklärung

Der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, Gromyko, überreichte am 4. November 1950 den Botschaftern der USA, Großbritanniens und Frankreichs, Kirk, Kelly und Chataigneau, die er nacheinander empfing, gleichlautende Noten der Sowjetregierung, in denen es heißt:

„Im Auftrage der Sowjetregierung hat das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR die Ehre folgendes zu erklären:

Am 19. September dieses Jahres wurde ein Kommuniqué über die in New York stattgefundene Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs über Fragen bezüglich Deutschlands veröffentlicht. Aus dem Kommuniqué ist ersichtlich, daß die Hauptfrage der Konferenz der drei Minister die Frage der Schaffung einer deutschen Armee, die Frage der Remilitarisierung Westdeutschlands war.

Vom 20. bis 21. Oktober fand in Prag eine Beratung der Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik statt, als deren Ergebnis eine Erklärung veröffentlicht wurde, die Vorschläge enthält, die in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen auf eine unverzügliche friedliche Regelung für Deutschland und auf die Verwirklichung der Entmilitarisierung Deutschlands gerichtet sind. Die Sowjetregierung billigt voll und ganz die genannten Vorschläge wie auch die Prager Erklärung im ganzen, deren Text beigefügt wird.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Sowjetregierung ist der Auffassung, daß die Fragen, von denen im Kommuniqué der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 19. September sowie auch in der Prager Erklärung die Rede ist, die größte Bedeutung für die Sache der Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit haben und die grundlegenden nationalen Interessen der Völker Europas und in erster Linie derjenigen Völker berühren, die unter der Hitleraggression gelitten haben.

Unter Berücksichtigung der großen Bedeutung der Frage der Erfüllung der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Entmilitarisierung Deutschlands sowie der in dieser Frage bestehenden unterschiedlichen Auffassungen der vier Besatzungsmächte Deutschlands, erachtet es die Sowjetregierung für notwendig, diese Fragen unverzüglich zu besprechen. Zu diesem Zweck unterbreitet die Sowjetregierung den Vorschlag auf Einberufung des Rates der Außenminister der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR zur Prüfung der Frage der Erfüllung des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Entmilitarisierung Deutschlands."

Abschließend drückt die Sowjetregierung in diesen Noten die Hoffnung aus, eine Antwort der Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf den vorliegenden Vorschlag in Kürze zu erhalten.

Deutsche Stimmen zu den Beschlüssen von Prag

Auf einer gewaltigen Kundgebung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland nahmen in Berlin Außenminister Dertinger und Staatssekretär Ackermann ausführlich zu den Prager Beschlüssen Stellung. Wir bringen kurze Auszüge aus ihren Darlegungen.

Außenminister Dertinger:

Als Freund unter Freunden

„Meine lieben Freunde! Wenn man mit dem Auto nach Prag fährt, kommt man durch die alte Stadt Theresienstadt, berüchtigt in der Erinnerung des Hitler-Regimes als das große Lager, in dem zu Hunderttausenden jüdische Menschen von der Hitler-SS vergast und umgebracht wurden. Wer jetzt die Straßen von Theresien-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

stadt kreuzt, wird an dem großen Friedhof vorüberkommen, auf dem in unabsehbarer Zahl Kreuz neben Kreuz steht, als stumme anklagende Zeugen für die gewaltigen Verbrechen, die das Hitler-Deutschland an den Völkern begangen hat. Als wir durch diese Stadt fuhren und dieses anklagende Zeugnis sahen, da wurde mir so recht bewußt, was es heißt, im Namen des deutschen Volkes fünf Jahre nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes unter die Gemeinschaft anderer Völker zu treten und im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Und wenn wir heute zurückkommen und im Namen der Delegation Ihnen über die Prager Verhandlungen Bericht erstatten dürfen, so ist der erste Punkt des Berichtes: Wir bringen die Freundschaft des großen Friedenslagers mit, wir bringen das Vertrauen mit, daß die friedliebenden, fortschrittlichen Menschen und Völker der Welt in die Deutsche Demokratische Republik und in alle friedliebenden, aufbauenden demokratischen Kräfte unseres ganzen Volkes setzen. Eine neue Zeit in den Beziehungen des deutschen Volkes zu den anderen Völkern hat begonnen.

Unseren Kampf um Frieden, Einheit und Aufbau führen wir mit der Sympathie, der Freundschaft und vor allem der Hilfe der Staaten, die die Deutsche Demokratische Republik anerkannt haben, und ihrer Völker, die mit Sympathie und Freundschaft unseren Weg verfolgen.

Daß unsere Anstrengungen nicht ohne Erfolg geblieben sind, wurde bereits vor einem Jahr sichtbar, als durch den großherzigen Akt des Vertrauens seitens der Sowjetunion die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ermöglicht wurde. Daß das Vertrauen von den deutschen demokratischen Kräften gewürdigt wird, daß man die Freiheit und Souveränität keinem unwürdigen Deutschland geschenkt hat, haben die Wahlen am 15. Oktober mit ihrem einmütigen Bekenntnis zum Frieden, Aufbau und zur Einheit unseres Volkes bestätigt.

Es war das große Erlebnis für uns, die wir für Deutschland nach Prag kamen, die bewegenden Glückwünsche aller Vertreter der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

dort versammelten Völker entgegennehmen zu können, die aus freudigem, bewegtem Herzen uns dazu gratulierten, daß unser Volk mit solcher Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Hingebung endlich den rechten Weg gefunden hat, der zu dem führt, was schon die Potsdamer Deklaration vorzeichnet: einem friedliebenden, demokratischen Deutschland die Rückkehr in die Gemeinschaft friedliebender demokratischer Völker zu ermöglichen. Dazu hat man uns herzlich beglückwünscht, und wenn diese große Begegnung in Prag möglich war, wo die Deutsche Demokratische Republik und das ganze deutsche demokratische, fortschrittliche Volk als Gleiche unter Gleichen, als Freund unter Freunden begrüßt und willkommen geheißen wurden, so war die entscheidende Vorarbeit die große Abstimmung des 15. Oktober. **Den Weg nach Prag haben die deutschen Wählerinnen und Wähler geebnet.**

Wir wissen aber dabei, daß das alles nicht allein aus unserer eigenen Kraft möglich gewesen wäre. Die ersten Tage nach dem Zusammenbruch, die ersten Schritte aus dem Chaos lenkte und leitete uns die Besatzungsmacht, und sie begleitete, förderte und half uns bis zu dem Tag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, und die Deutsche Demokratische Republik und mit ihr das ganze deutsche Volk auch in West- und Süddeutschland ist weiterhin der ständigen Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen befreundeten Länder und Völker teilhaftig geworden. Ohne diese tatkräftige Hilfe, für die unser Volk auch am 15. Oktober den Dank abgestattet hat, wäre dieser Weg nicht möglich gewesen."

Staatssekretär Ackermann:

Der Weg zur Einheit wurde gezeigt

„Die Bedeutung der Prager Außenministerkonferenz von acht europäischen Staaten besteht darin, im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker Europas einen Weg zur friedlichen Regelung für Deutschland gezeigt zu haben. Die Prager Konferenz ist auf Anregung der Regierung der Sowjetunion

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

einberufen worden. Sie stand im Zeichen der konsequenten Friedenspolitik des großen Staatsmannes, der an der Spitze der friedliebenden Menschheit steht: Josef Wissarionowitsch Stalin.

Die Prager Beratungen konnten in kurzer Zeit zu so bedeutungsvollen Ergebnissen führen, weil sich die Vertreter dieser acht friedliebenden Staaten vollkommen einig waren in ihren Bestrebungen, alles zu tun, um die Gefahren abzuwenden, die den Völkern Europas durch die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus drohen. Die Imperialisten wollen einen neuen Krieg, ein neues Weltgemetzel. Die Völker aber wollen den Frieden. **Die Erklärung der Prager Außenministerkonferenz entspricht daher voll und ganz sowohl den Interessen der Völker, deren Regierungsvertreter am Verhandlungstisch saßen, als auch den Interessen aller friedliebenden Völker, eingeschlossen das französische Volk, das italienische Volk und auch die friedliebenden Massen des englischen und des amerikanischen Volkes.**

Die New-Yorker Konferenz der drei westlichen Außenminister hatte als Hauptfrage die Aufstellung einer westdeutschen Armee, die Remilitarisierung Westdeutschlands, behandelt. Sie hat Separatbeschlüsse über Deutschland gefaßt, die einen neuen, und zwar den bisher schwersten Bruch des Potsdamer Abkommens bedeuten.

Die New-Yorker Beschlüsse der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs bedeuten ferner, die westdeutsche Rüstungsindustrie wiederherzustellen, die Wirtschaft Westdeutschlands von neuem auf die Gleise der Kriegswirtschaft zu drängen. Das friedliebende deutsche Volk weist auch diesen Plan ganz entschieden von sich; denn es weiß aus eigener bitterer Erfahrung, daß am Ende dieser sogenannten Arbeitsbeschaffung die Zertrümmerung der Wirtschaft durch anglo-amerikanische Bomben und das Massengrab für das deutsche Volk stehen.

Statt Aufrüstung und Kriegswirtschaft fordert das deutsche Volk die endliche Befreiung des westdeutschen Außenhandels von der Kontrolle und von den Fesseln der ausländischen monopolistischen Konkurrenz.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Es fordert die Möglichkeit zu einem entfalteten Außenhandel, der Deutschland die Möglichkeit gibt, im friedlichen Warenverkehr die hochwertigen deutschen Qualitätserzeugnisse gegen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Auslande einzutauschen. Es fordert insbesondere die Beseitigung aller von den Westmächten geschaffenen Beschränkungen im innerdeutschen Handel und die Beiseitigung der Fesseln für den Handel auch Westdeutschlands mit der Sowjetunion, mit den volksdemokratischen Ländern und mit dem neuen China.

Ohne Rüstungsaufträge, ohne daß in Westdeutschland eine einzige Granate gedreht wird, können auch dort alle Schornsteine rauchen, können allen Werktätigen Arbeit und Brot und allen Betrieben Aufträge gesichert werden, wenn der gesamtdeutschen Wirtschaft diese Möglichkeit des entfalteten Außenhandels insbesondere mit den Ostländern gegeben wird, wie sie die Deutsche Demokratische Republik bereits besitzt.

Die Tatsachen des Aufblühens der Friedenswirtschaft und der raschen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht mehr wegzuleugnen. Die Remilitarisierung Westdeutschlands wird dagegen ganz unausbleiblich eine unerhörte Ausplünderung seiner Bevölkerung durch den Druck auf die Löhne, durch Preissteigerungen und wachsende Steuerlasten herbeiführen. Die amerikanischen Imperialisten wollen gern auch mit deutschem Stahl und deutschen Chemikalien unsere deutschen Städte in Trümmer legen, aber bezahlen darf dafür das Opfer selbst.

Das deutsche Volk bedankt sich auf das Beste für die doppelte amerikanische Buchführung, einmal durch versklavende Verschuldung an den Dollar und ein zweites Mal durch sein Blut für den amerikanischen Krieg bezahlen zu dürfen. Es weiß, was es bedeutet und wohin der Kurs geht, wenn der Wirtschaftsminister Adenauers, Erhard, erklärte, bestimmte Rohstoffe, wie Kupfer, dürfen nur noch für Rüstungen verwendet werden. Es weiß, daß dies nichts anderes als die Losung Görings ist, die Losung „Kanonen statt Butter". Die Bevölkerung Westdeutschlands muß sich

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

vor der Ausplünderung durch die Kolonisierungs- und Rüstungspolitik des USA-Imperialismus durch die Entfaltung seines einheitlichen nationalen Widerstandes schützen. Das ganze friedliebende Volk wird dabei in fester Geschlossenheit zusammenstehen, und ich zweifle nicht daran: unser deutscher Patriotismus, unsere Friedens- und Vaterlandsliebe werden stärker sein als die Macht des Dollars.

Außer den alliierten Besatzungstruppen stehen bereits heute in Westdeutschland nahezu eine halbe Million Mann unter amerikanischen Waffen. Wenn in New York darüber hinaus die Verstärkung der westlichen Besatzungstruppen und die Aufstellung einer westdeutschen Söldnerarmee beschlossen wurde, so wird daraus wohl auch den bisher gleichgültigsten Deutschen ersichtlich, wie groß die Gefahr ist, die durch die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus für das deutsche Volk und für alle Völker Europas heraufbeschworen ist, die Gefahr vor allem auch für die Sicherheit aller Staaten, die Westdeutschland benachbart sind.

Wenn sich in den letzten Wochen und Monaten so mancher deutsche Mensch besorgt die Frage stellte: Wie kann nach all dem, was nach der Bildung der Bonner Regierung geschehen ist, noch der Weg zu einem einheitlichen Deutschland gefunden werden?, so kann er nun nach der Prager Konferenz erleichtert aufatmen; denn dieser Weg ist gezeigt worden. Er entspricht den gegebenen Umständen, und es gehört weiter nichts als die Bereitschaft zur Verständigung, weiter nichts als der gute Wille dazu, um diesen Weg mit Erfolg zu gehen und das Ziel des einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates zu erreichen.

Die Prager Vorschläge mögen für viele eine Überraschung gewesen sein. Sie waren offensichtlich eine völlige Überraschung für die in- und ausländische, westlich orientierte Presse. Von dieser Seite hat man erwartet und mehr als voreilig auch prophezeit, daß die Antwort auf die New-Yorker Beschlüsse über die Remilitarisierung Westdeutschlands nun auch analoge Beschlüsse über eine Aufrüstung in Ostdeutschland sein würden. Diese

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Prophezeiungen beweisen nur, daß solche Politiker und Journalisten einem großem Irrtum zum Opfer gefallen sind. **Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist sich mit der Regierung der Sowjetunion und den volksdemokratischen Staaten darin einig, daß ein Wettrüsten nur zum Kriege führt. Sie sind sich darin einig, daß nur durch die ehrliche Bereitschaft, sich an einen Tisch zu setzen und zu verhandeln, der drohenden Gefahr begegnet werden kann.** Die Beschlüsse der Prager Konferenz beweisen, daß die beteiligten Regierungen mit der Sowjetunion an der Spitze nicht die Absicht haben, irgendwelche Bedingungen zu stellen, die die Aufnahme der Verhandlungen erschweren oder deren günstigen Ablauf in Frage stellen könnten. Die Lösung der Frage kann nicht darin bestehen, Deutschland in einen aggressiven Block einzubeziehen. Die Lösung kann nur in der Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege bestehen, wobei ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland die sicherste Garantie des Friedens in Europa sein wird.

Nur wer den Krieg und die Zertrümmerung Deutschlands will, kann diesen Vorschlag ablehnen. Die ablehnende Antwort Adenauers kann und wird daher nicht die Billigung, sondern die schärfste Feindschaft des deutschen Volkes finden, einschließlich der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins.

Es geht nicht um das Schicksal von zwei Dritteln oder einem Drittel des deutschen Volkes hier oder dort, sondern es geht um das Schicksal Gesamtdeutschlands, das gegenwärtig und wahrlich nicht durch unsere Schuld in zwei Teile zerrissen ist und auf der Grundlage des Friedens und der Demokratie wieder vereinigt werden soll!"

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Deutsche Menschen in Ost und West:

So darf es nicht weitergehen

„So wie bisher kann es ja auf die Dauer nicht weitergehen. Wie glücklich waren wir alle, als durch das Potsdamer Abkommen die Einheit Deutschlands gesichert erschien. Heute aber sind wir von der nationalen Einheit weiter entfernt denn je, obwohl jeder im Osten und Westen die Folgen der Spaltung am eigenen Leib verspürt. Es wäre Zeit, daß von irgendeiner Seite endlich in dieser unserer Lebensfrage ein neuer Anstoß gegeben wird."

Mit diesen treffenden Worten hat Herr Hans Winkler aus Halle an der Saale Millionen Deutschen aus dem Herzen gesprochen. Jeder von uns hat wohl die unheilvolle Entwicklung verfolgt, die sich in Westdeutschland seit dem Beginn der bewußten Spaltung durch die Westmächte vollzog.

Mit den Vorschlägen der Prager Konferenz wurde nun ein erneuter Schritt zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse getan.

Wie heißt es doch im Potsdamer Abkommen, das von den Alliierten gemeinsam unterzeichnet wurde?

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen."

Und wie sieht die Wirklichkeit aus? — Diktat eines Besatzungsstatuts, das Westdeutschland auf unbeschränkte Zeit zur amerikanischen Kolonie herabwürdigt, Bildung einer Separatregierung, Spaltung der deutschen Währung und damit der ganzen Wirtschaft, und jetzt: Freilassung der Kriegsverbrecher, Aufhebung des Verbots der deutschen Kriegsindustrie und Aufstellung einer deutschen Söldnerarmee in Stärke von 3,5 Millionen Mann.

Sind das die Möglichkeiten, „ein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage aufzubauen", wie sie im Potsdamer Abkommen dem deutschen Volk auch von Amerika, England und

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Frankreich durch die Unterschrift ihrer Staatsmänner garantiert, aber nur von der Sowjetunion eingehalten wurden?

Nein, Herr Adenauer, so kann das wirklich nicht weitergehen; denn:

„Das Volk verlangt nicht das sinnlose Opfer deutscher Soldaten, sondern eine Staatsführung, die sich bis zum äußersten dafür einsetzt, daß alles vermieden wird, was den Krieg entzünden könnte. Das Volk hält Protestversammlungen, einen Generalstreik gegen Remilitarisierung zur Zeit für wichtiger. Der uferlosen Verwirrung und Zwiespältigkeit des politischen Theaters setzt das Volk die Klarheit des Willens entgegen, sich nicht remilitarisieren zu lassen."

Das ist die Antwort des Lesers A. W. in der „Stuttgarter Zeitung", einer von Millionen Deutscher, die Herrn Adenauer eine eindeutige Abfuhr erteilen.

„Wir haben die Nase voll, und zwar restlos", erklärt der ehemalige Fliegerleutnant Hanns-Veit von Obernitz aus München-Gladbach in der „Rheinischen Post" und fährt dann fort: „Glaubt man denn, daß man es bei den Deutschen mit roboterartigen Marschierern zu tun hat, die sofort und blindlings in Gleichschritt verfallen, wenn sie nur eine Regimentskapelle hören?"

Ja, wir haben den Krieg wirklich satt und sehnen uns nach einem dauerhaften Frieden. „Wir Deutschen haben genug Waffen getragen, und es wäre für uns das größte Unglück, wenn unser Volk und unsere Männer wieder bewaffnet und wieder in den Krieg geschickt würden. Deshalb kann es für uns Männer der Kirche nur eine Frage geben, und das ist die Frage des Friedens und nicht des Krieges", stellte der Berliner Kirchenrat Pfarrer Rose, Bearbeiter von Ostfragen im gesamtdeutschen Kirchenrat zu den Prager Beschlüssen fest. So besteht in allen Bevölkerungskreisen, im Osten wie im Westen, der Wunsch nach Frieden in einem geeinten und freien Deutschland. Mit diesem Wunsch allein aber würden wir die Einheit Deutschlands niemals erringen. Nur der gemeinsame Kampf gegen die Feinde des Friedens und der Einheit Deutschlands wird zum Erfolg führen. Dabei müssen wir erkennen:

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Worauf es jetzt ankommt

„Wir alle, Arbeiter und Bauern, Wissenschaftler und Techniker, Gewerbetreibende und Handwerker in Ost und West, müssen uns besonders für die Verwirklichung des Punktes 4 der Prager Beschlüsse einsetzen. Die Schaffung eines gesamtdeutschen Rates unter paritätischer Zusammensetzung von Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Voraussetzung für eine gesamtdeutsche friedliebende Regierung, mit der der Friedensvertrag abgeschlossen werden kann. Wir Bauern von Hamersleben fordern mit Nachdruck, daß die Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz verwirklicht werden."

Der Bauer Stricker aus Hamersleben, Kreis Oschersleben, hat diese Forderung für alle werktätigen Bauern gestellt, die wissen, daß die Landwirtschaft nur in einem geeinten und friedlichen Deutschland blühen kann.

Was besagt nun der Punkt 4 der Prager Beschlüsse?

Es wird darin die Bildung eines gesamtdeutschen Rates vorgeschlagen, der sich zu gleichen Teilen aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, also paritätisch zusammensetzt.

Das ist ein wahrhaft klarer Vorschlag, der allein der Erhaltung des Friedens und der Herstellung der Einheit Deutschlands dient. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, erklärte hierzu:

„Welcher Deutsche, der die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Vaterlandes will, kann gegen einen solchen Vorschlag Einwendungen erheben? In diesem Vorschlag werden keinerlei Vorbedingungen gestellt, keine Personenfragen, keine Fragen über die Gestaltung der künftigen demokratischen Ordnung. Es wird nur die Lebensfrage unseres ganzen Volkes gestellt: die Herstellung der nationalen Einheit. Ungeachtet der politischen Ziele, der Weltanschauung oder sonstigen Auffassungen steht vor jedem Bürger in Deutschland die Frage, daß zunächst, um den Frieden erhalten zu können, die von den anglo-amerikanischen Imperialisten diktierte Spaltung Deutschlands überwunden werden muß."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Es kommt also nicht darauf an, die Frage so zu stellen, daß Westdeutschland sich der Deutschen Demokratischen Republik anschließen muß oder umgekehrt. Es kommt darauf an, daß sich die deutschen Menschen darüber einig werden, daß ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat geschaffen werden muß, der ohne Sturheit und Überheblichkeit an die Regelung unserer eigenen, lebenswichtigen Angelegenheiten herangeht. Das bedeutet ein sinnvolles, echtes Gespräch zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei die Verständigungsbereitschaft, der Wille zu Kompromissen, ein Prüfstein für die Ehrlichkeit deutscher Politiker in Ost und West sein wird.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat paritätisch zusammengesetzt sein muß; denn dadurch wird verhindert, daß einer der beiden Partner versucht, dem anderen seinen Willen aufzuzwingen, ihm seine Anschauungen zu diktieren.

Damit ist der einzige Weg zur gegenseitigen Verständigung aufgezeigt und die Schaffung der deutschen Einheit in greifbare Nähe gerückt. Jeder friedliebende Bürger weiß, daß eine gesamtdeutsche demokratische Regierung und ein gerechter Friedensvertrag die drohende Kriegsgefahr aus dem Westen für immer beseitigt. Es geht um die Erhaltung des Friedens, dabei muß das deutsche Volk seine Sache selbst in die Hände nehmen. Um bald eine gesamtdeutsche Regierung und einen Friedensvertrag zu erhalten, müssen sich die Deutschen zunächst einmal selbst einig werden. Wir können nur die Einigkeit erreichen, wenn wir in dieser entscheidenden Stunde alle Bedenken im Interesse der Einheit und des Friedens beiseite stellen. Es geht nicht um das Schicksal von zwei Dritteln oder einem Drittel des deutschen Volkes hier oder dort, sondern es geht um das Schicksal Gesamtdeutschlands.

In einmütiger Ablehnung haben sich die Deutschen aller Schichten, im Osten wie im Westen, gegen die Remilitarisierung ausgesprochen. Jetzt gilt es, diese einzigartige Geschlossenheit des Willens unseres 65-Millionen-Volkes in die Tat umzusetzen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Was müssen wir tun

Jeder versteht, daß der Frieden in Deutschland und in Europa erst dann gesichert ist, wenn ein Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen ist.

Es ist deshalb notwendig, die Prager Erklärung der Außenminister bis in den kleinsten Betrieb, bis in alle Wohnungen der Bevölkerung, bis ins letzte Dorf zu tragen.

So muß in allen Teilen Deutschlands eine gewaltige Volksbewegung für einen gesamtdeutschen Rat, eine unabhängige gesamtdeutsche Regierung und für einen gerechten Friedensvertrag ins Leben gerufen werden.

Während in zahlreichen Betrieben der Deutschen Demokratischen Republik die Belegschaften sich zu einem schriftlichen Gedankenaustausch mit Kollegen in Westdeutschland verpflichteten, schreiten die westdeutschen Werktätigen zum Protest durch die Tat.

So mußte in Neumünster eine Fabrik die Produktion von Tarnnetzen für Geschütze usw. einstellen, weil die Arbeiter nach Aufklärung durch ein Flugblatt des DFD die Herstellung von Kriegsmaterial ablehnten.

Im Bremer Arbeitsamt lehnten von 90 Jugendlichen etwa 60 ab, sich mit Waffen ausrüsten zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Unterstützung entzogen wird.

So entfaltet sich überall in Deutschland eine breite aktive Front gegen die Kriegspläne der Anglo-Amerikaner und für ein geeintes und friedliebendes Deutschland. Wenn 65 Millionen Deutsche, die in ihren entscheidenden Lebensfragen einig und bereit sind, Schulter an Schulter für diese Lebensfragen zu kämpfen, ein einiges und unabhängiges Deutschland fordern, dann kann diese Forderung auch von den imperialistischen Spaltern auf die Dauer nicht unterdrückt werden, und Ost und West werden gemeinsam ein friedliches und glückliches Deutschland aufbauen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Liebe Leserin, lieber Leser!

Hier wurde nun der Weg aufgezeigt, den unser Volk gehen muß, um aus eigener Entschlußkraft das Fundament zu einem geeinten und friedliebenden Deutschland zu legen. Es gilt, die Aufklärung über die Bedeutung der Beschlüsse der Prager Außenministerkonferenz bis ins letzte Dorf zu tragen. Jeder von uns kann dabei mithelfen, unserem Volk den langersehnten Frieden und die Einheit zu geben. Täglich haben wir Gelegenheit, im Betrieb, im Hause oder in der Bahn mit unseren Kollegen, Nachbarn oder Bekannten über diese für unsere Zukunft entscheidenden Vorschläge zu sprechen. Helfen auch Sie mit, alle Menschen darüber aufzuklären, daß nur eine gewaltige Volksbewegung in Ost- und Westdeutschland die drohenden Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland bannen und die von den Anglo-Amerikanern betriebene Spaltung unseres Vaterlandes zunichte machen kann.

Wir bitten Sie, Ihre Vorschläge und Hinweise an uns einzusenden. Gleichzeitig möchten wir Ihnen empfehlen, die im Rahmen unserer Schriftenreihe „Die Wahrheit dem Volke" erscheinenden Broschüren aufzubewahren, da diese kleine Handbibliothek Ihnen sicherlich eine Menge wertvollen Materials bieten wird. Ihren Brief oder Ihre Postkarte aber adressieren Sie — **unfrankiert** — wie folgt:

An die Redaktion

„Die Wahrheit dem Volke"
Amt für Information

(1) Berlin W 8
Thälmannplatz 7/8

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Rundfunkhörer sollen ihre Meinung sagen!

Die Sendungen des demokratischen Rundfunks gehören heute für Millionen Menschen in ganz Deutschland zu den gewohnten Dingen unseres täglichen Lebens.

Ist nun das Programm des Rundfunks so, wie wir es uns alle wünschen?

Um dies festzustellen, bittet das Amt für Information der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alle Hörer, ihre Meinung kurz aufzuschreiben.

Beantworten Sie die Fragen auf dieser und der nächsten Seite und trennen Sie dieses Blatt ab. Dann falten Sie es in der Mitte und werfen es unfrankiert in den nächsten Postkasten.

1. Welche Sender hören Sie? Berlin — Leipzig — Deutschlandsender — Dresden — Weimar — Halle — Potsdam — Schwerin (Zutreffendes unterstreichen)

2. Welcher von diesen ist am besten zu empfangen? .....

.....

3. Welche Sendungen gefallen Ihnen und warum? .....

.....

.....

4. Wie gefällt Ihnen das Musikprogramm? .....

.....

5. Wie gefallen Ihnen unsere aktuellen Sendungen? .....

.....

6. Was müßte Ihrer Meinung nach geändert werden? .....

.....

.....

.....

7. Lesen Sie eine Rundfunkzeitschrift und wie sind Sie mit ihr zufrieden?

.....

Hier abtrennen

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Absender: .....
(Name, Vorname)

.....
(Beruf)

.....
(Alter)

.....
(Wohnort und Kreis)

.....
(Straße und Hausnummer)

Hier falten

Unfrankiert in den Postkasten werfen!

„Hörermeinung"

An das

Amt für Information

(1) Berlin W 8
Thälmannplatz 7/8

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Berlin, im Dezember 1950

Liebe Freunde!

Heute überreichen wir Ihnen in unserer Sendung ein Flugblatt mit dem Inhalt des Briefes des Ministerpräsidenten Otto G r o t e w o h l an den Bundeskanzler Dr. A d e n a u e r und der Stellungnahme des Präsidiums des Nationalrats. Wir sehen in diesem öffentlichen Schritt des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl in kritischer Stunde einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und zur Sicherung des Friedens. Die ostdeutsche Regierung schlägt der westdeutschen Regierung hier unter Beiseitestellung aller Dinge, die Ost und West voneinander trennen, die Aufnahme sofortiger gemeinsamer Besprechungen über die Bildung eines Konstituierenden Rates zur Lösung der brennenden nationalen Lebensfragen unseres Volkes vor.

Wer kann angesichts der Drohung des Präsidenten der USA, Truman, die Atombombe auf Korea und die Volksrepublik China zu werfen, noch daran zweifeln, daß es das Gebot der Stunde ist, unverzüglich alles zu tun, damit die Spaltung unseres Vaterlandes überwunden und durch die Herstellung der Einheit eines friedliebenden Deutschlands der Frieden in Europa selbst gesichert wird. Dieses Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl fand bereits großen Widerhall in weiten Kreisen, auch der westdeutschen Bevölkerung. Im Osten Deutschlands erwarten die Menschen, daß ihre Brüder und Schwestern im Westen alles tun, damit die ganze Bevölkerung von dem vollen Wortlaut dieses Schreibens Kenntnis erhält. Sie hoffen, daß im Westen Deutschlands die Bevölkerung die Versuche zu einer Lösung des deutschen Problems dadurch unterstützt, daß sie Stellung nimmt und ihre Meinung in Briefen und Entschließungen sowohl dem Bundeskanzler Dr. Adenauer wie auch dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl zur Kenntnis bringt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wir bitten Sie, helfen Sie mit, daß aus allen Schichten der Bevölkerung dieser Ruf "Verständigt Euch" zu den Regierungen Ost- und Westdeutschlands dringt.

Alles Trennende muß jetzt beiseitegestellt, jede parteipolitische oder weltanschauliche Ansicht zurückgestellt werden. Es geht nicht um einzelne Politiker oder Regierungen, es geht um die Zukunft des ganzen deutschen Volkes in Ost und West. Sprechen Sie mit Ihren Bekannten, liebe Freunde, machen Sie ihnen klar, daß das deutsche Volk selbst handeln muß, und daß es, wenn seine Absichten friedliche sind, der Sympathie aller friedliebenden Menschen in der ganzen Welt gewiß sein kann. Jede Resignation, jedes Gefühl der Schwäche, jede Meinung "Was können wir schon tun?" ist verhängnisvoll und muß überwunden werden. Wenn das deutsche Volk in seinen Friedensbestrebungen einig ist, wird es entscheidend zur Rettung des Friedens beitragen.

Ergreife jeder in Ost und West jetzt die Initiative. Es ist notwendig, der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß das ganze deutsche Volk von dem starken gemeinsamen Wunsch beseelt ist, daß der Frieden erhalten bleiben möge.

Geben Sie Ihre Stellungnahme und die Ihrer Freunde und Bekannten auch an uns weiter. Sie helfen durch Ihr Eintreten für die gerechte Sache des deutschen Volkes, den Frieden zu retten und die Einheit eines friedliebenden und unabhängigen Deutschland wiederherzustellen.

Wir grüßen Euch als die patriotischen Freunde des Friedens!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

verschüttet. Sie selbst entging den Bomben mit knapper Not. Der *Hunger* wurde wieder alltäglich. Und dann der *Zusammenbruch* Hitlerdeutschlands, die schweren *Nachkriegsjahre* und, 1950, *schon wieder die Gefahr eines neuen Krieges.*

Das Leben von Frau Huber, ihr Schicksal, charakteristisch für das Leben Millionen Deutscher, wäre anders verlaufen, hätten die fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes 1918 *gesiegt* und schon damals eine neue, durch engste deutsch-sowjetische Freundschaft bestimmte Etappe der deutschen Politik eingeleitet. Es hätte *keinen* zweiten Weltkrieg gegeben, *beiden* Völkern wären Ströme von Blut und ein Meer von Tränen erspart geblieben! Ein *enges Bündnis* der beiden größten Völker Europas, ein *gemeinsamer Kampf* für den friedlichen Aufbau einer Welt, in der *die einfachen Menschen, die Werktätigen selbst,* über ihr Schicksal bestimmen: Das hätte beide Völker einen *Wohlstand* erreichen lassen, wie ihn Frau Huber *niemals* zu erträumen wagte.

Damals, 1918, schrieb Lenin an Swerdlow: *„Wir alle sind bereit zu sterben, um den deutschen Arbeitern zu helfen."*

Nicht zu spät für Frau Huber

Das deutsche Volk hat diese große Chance nicht zu nutzen gewußt. Es hat dafür einen furchtbaren Preis gezahlt. Aber es ist *nicht zu spät* für Frau Huber in München, für alle, die gleich ihr einfache, ehrliche Menschen sind, den Krieg *hassen* und den Frieden *wollen,* aus der Geschichte zu lernen.

Stalins Worte anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

> **„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann man den Frieden in Europa für gesichert halten"**

sind *der Schlüssel zu dem Weg,* den das deutsche Volk *in seiner Gesamtheit* beschreiten muß, um eine neue, glückliche Etappe seiner Geschichte einzuleiten.

Dieser Weg ist in der Prager Erklärung der acht Außenminister der friedliebenden Staaten vom 21. Oktober 1950, die auf den Potsdamer Beschlüssen basiert, klar aufgezeigt. Die Prager Beschlüsse sind die gradlinige und konsequente Fortsetzung der Politik des Friedens und der Achtung des Selbstbestimmungsrechts und der Freiheit der Nationen, die die Sowjetunion seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verfolgt. Die auf den gleichen Grundsätzen beruhende Deutschlandpolitik der Sowjetunion findet ihren besonderen Ausdruck in dem Telegramm Generalissimus Stalins zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und wird in den Prager Beschlüssen erneut dokumentiert.

Die Sowjetunion hat uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Freiheit, die Souveränität, die Gleichberechtigung und ihre Freundschaft geschenkt. Darum:

> **Vorwärts in engster Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion für den Frieden, für das einheitliche, demokratische, unabhängige und friedliebende Deutschland!**

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Jeden Monat leichter und schöner

Die Schwester von Frau Huber, die in Leipzig lebt, hat *ein Ziel vor den Augen.* Sie weiß, daß ihr *nichts geschenkt* werden wird, daß das, was erreicht werden soll, *erarbeitet* werden muß. Aber sie weiß, daß das Leben Monat um Monat leichter und schöner sein wird. Denn das Ziel, das sich die Deutsche Demokratische Republik mit dem *Fünfjahrplan* gesteckt hat, wird ebenso erreicht werden, wie der *Zweijahrplan.* Und all die Werke, die in dieser Zeit erstehen, werden nicht Profitmachern, sondern dem Volke gehören. Die Arbeit hat einen neuen Sinn bekommen. *Die Werktätigen arbeiten für sich selbst,* nicht mehr in die Taschen anderer Leute.

Das große Vorbild in der Planungsarbeit

Um einen solchen Plan zu machen, muß man lernen, die Wirtschaft zu meistern. Man braucht Erfahrung. Aber all die Probleme der Planung, die im Zusammenhang mit dem Fünfjahrplan auftauchen und gelöst werden müssen, hat ein anderes Land *schon vor mehr als zwei Jahrzehnten* gemeistert. Nur: *Die Sowjetunion stand damals allein da.* Die Sowjetmenschen hatten *niemand,* der ihnen sagen konnte: Das haben wir damals *so* gemacht, dieser *Fehler* wurde begangen, und so kann man ihn *korrigieren.* Sie mußten sich die Lösung der Probleme der Planwirtschaft, die Meisterung aller auftauchenden Schwierigkeiten als *etwas ganz Neues in der Geschichte der Menschheit* mühsam erarbeiten. Darin hat es die Deutsche Demokratische Republik besser. All das, was zur Verwirklichung des Fünfjahrplans erlernt und erarbeitet sein will, hat man sich *in der Sowjetunion* an den Schuhsohlen abgelaufen. Die Einführung neuer *Arbeitsmethoden,* die Entwicklung der *Initiative der Werktätigen,* die wirksamsten Methoden zur *Erhöhung der Produktion,* zur *Verbesserung der Qualität* der Produkte, zur *Steigerung der Arbeitsproduktivität:* Auf allen diesen Gebieten hat *die Sowjetunion Pionierarbeit* geleistet und ist in der Lage und willens, diese Erfahrungen einem friedliebenden Deutschland zu vermitteln. Wenn heute *Arbeiter,* wie es der Mann von Frau Huber war, sich die Fähigkeiten erarbeitet haben, die zur *Leitung* großer Betriebe notwendig sind; wenn heute *ehemalige Landarbeiter,* wie ihr Bruder, große volkseigene Güter und Maschinenausleihstationen *leiten,* wenn in der Regierung Frauen und Männer sitzen, die *aus dem Volk* kommen; dann ist das vor allem *deshalb* möglich, weil *viele Tausende sowjetischer Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Fachleute für Wirtschaftsplanung und Politiker als Angehörige der sowjetischen Besatzungstruppen* ihre Kenntnisse und ihr Wissen den Deutschen vermittelt haben, die darangingen, ein neues, friedliebendes, demokratisches Deutschland aufzubauen. Und das ist ein *Beweis echter Freundschaft.*

Auf einen neuen Weg

Ein Leben voll Mühe, Not, Kummer und Sorge

Frau Huber hat die meisten Jahre ihres Lebens schon hinter sich. Sie ist in dem Alter, in dem man manchmal am Abend zurückblickt auf vergangene Jahrzehnte, auf den bisherigen Verlauf eines Lebens, in dem Jahr um Jahr fleißige, ehrliche Arbeit *nicht* die Früchte trug, die ihr gebühren.

Mit welchen *Hoffnungen* hatte sie nach dem ersten Weltkrieg geheiratet! Und wie kam es wirklich? Erst kam die *Inflation.* Dann sah es so aus, als gehe es aufwärts. Aber diese Freude dauerte nicht lange. 1929 wurde ihr Mann *arbeitslos.* 1934 fand er wieder eine Anstellung. Aber hinter der „Arbeitsbeschaffung" der Nazis stand der *Krieg.* Und dann kam 1939. Ihr Mann, aus dem ersten Weltkrieg als Versehrter zurück, wurde *in einem Luftschutzkeller*

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Zwei Kriege im Zeitraum von 30 Jahren haben Frau Huber *nichts als Not und Elend* gebracht. Das Leid, das ihr zugefügt wurde, die Entbehrungen, die sie erlitt, der Hunger, die Angst, die kleine Wohnung zu verlieren: An all dem sind *diese* Leute schuld, für die *der Krieg immer ein Geschäft* und *ein Sprungbrett zur Karriere* war. Frau Huber fühlt, daß diese Leute ihre *Feinde* sind, daß sie über das deutsche Volk nichts als Elend gebracht haben.

In dem Teil Deutschlands, der von sowjetischen Truppen besetzt wurde, gibt es *diese* Leute *nicht* mehr: Man hat ihnen *ihre Werke genommen* und denen gegeben, die sie durch ihrer Hände Arbeit in Gang halten; man hat ihnen *ihre Güter genommen* und sie denen gegeben, die pflügen, säen und ernten; man hat ihnen *die Macht entrissen,* die sie stets dazu mißbrauchten, andere auszubeuten, in Kriege zu jagen und zu überfallen; und man hat diese Macht *denen* gegeben, die im Frieden *arbeiten* und *leben* wollen. In diesem Drittel Deutschlands hat die Sowjetunion den friedliebenden Deutschen geholfen, sich derer zu entledigen, die das deutsche Volk von einer Katastrophe in die andere gejagt haben; in der Deutschen Demokratischen Republik sitzen in der Regierung Frauen und Männer, die daher kommen, woher auch Frau Huber kommt, aus dem *Volke;* die ihre Wünsche und Hoffnungen verstehen, weil die Wünsche und Hoffnungen der einfachen Menschen auch *ihre* Wünsche sind und die dafür arbeiten, daß diese Wünsche und Hoffnungen *Wirklichkeit* werden.

Frau Huber hat Angst vor einem *neuen* Krieg. *Sie will den Frieden. Aber die großen Fabrikherren, die Gutsbesitzer, die ehemaligen Generäle, die hohen Funktionäre aus der Nazizeit, die Generaldirektoren:* Sie alle sitzen wieder auf ihren Posten, machen Politik, bieten den Amerikanern ihre Werke für Rüstungszwecke und die deutsche Jugend als Kanonenfutter an, *hetzen zum Kriege.*

Frau Huber fühlt, sie, die 1914 und 1939 zum Kriege getrieben haben, werden *immer* zum Kriege treiben. *Sie* sind die eigentlichen Feinde des deutschen Volkes, *sie* sind es, die ihr ihren Jungen nehmen wollen.

In der Deutschen Demokratischen Republik hat man *diese* Leute mit Hilfe der Sowjetunion *für immer* entmachtet. Frau Huber wird verstehen: Auch das ist *ein Stück aktiver Hilfe und Freundschaft* für die einfachen, ehrlichen Menschen in Deutschland.

Ein Ziel vor den Augen

Was wird die Zukunft bringen?

Frau Huber in München weiß nicht, *was in fünf Jahren sein wird.* Vielleicht wird ihr Junge 1955 schon lange *arbeitslos* sein. Und ob *sie* bis dahin ihre Arbeit behält? Die Zukunft ist ungewiß.

Ihre Schwester *in Leipzig* schreibt, daß es bei ihr anders ist. Daß Lebensmittel und Textilien *im Augenblick noch rationiert* sind, ist gewiß nicht besonders erfreulich. Aber es ist besser, sich die Aufhebung der Bewirtschaftung aus eigener Kraft zu erarbeiten, als Schulden zu machen, die mit Blut bezahlt werden sollen. Außerdem: *Mit der Bewirtschaftung geht es jetzt zu Ende.* Anfang 1952 wird sie der Vergangenheit angehören. *Niemand* wird arbeitslos werden. Die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, *woher* all die Arbeitskräfte kommen sollen, die für den Aufbau der Industrie benötigt werden, die *1955 das Doppelte der Vorkriegsproduktion* erzeugen soll. In diesen fünf Jahren werden in der Deutschen Demokratischen Republik mit den modernsten technischen Mitteln ausgerüstete, erstklassige Werke und Kombinate aufgebaut werden. *Die Löhne* werden ständig *steigen. Die Lohnsteuer* wird 1955 *die Hälfte* der Steuer von 1950 betragen. Der Lebensstandard wird 1955 höher sein als je zuvor in Deutschland.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

gegenseitige wirtschaftliche Hilfe geboten wird. Das ist *eine ungeheure Chance,* die in ihrer Bedeutung weit über das Wirtschaftliche hinausgeht. Denn *entweder* wird Westdeutschland durch das System des Marshallplans *wirtschaftlich erdrosselt* und zum Schauplatz eines neuen Krieges gemacht, *oder aber es befreit sich* aus dieser Schlinge und macht von der Möglichkeit Gebrauch, die ihm *die immer engere Freundschaft* der Deutschen Demokratischen Republik mit der Sowjetunion und den Volksdemokratien bietet. Die Möglichkeit, *ganz* Deutschland zu einem festen Bestandteil des Lagers zu machen, das der Menschheit die Schrecken eines neuen Krieges erspart und dessen Mitglieder die *unbedingte Sicherheit* haben, daß sich der Wohlstand ihrer Völker Jahr um Jahr erhöht, darf nicht verspielt werden.

Die große Bewährungsprobe

Daß unserem Volke diese Möglichkeit, die zur Wirklichkeit zu machen *unsere große, nationale Aufgabe* ist, eröffnet wurde, ist vor allem die Frucht der Politik der deutsch-sowjetischen Freundschaft. Sie zu entwickeln und zu vertiefen, sie zur Politik ganz Deutschlands zu machen, ist daher *die große Bewährungsprobe,* vor die die Geschichte uns Deutsche gestellt hat.

Frau Huber und ihre Feinde

Goldfasane, Generäle, Rüstungsschieber wieder da!

Hätte man Frau Huber im Sommer 1945 gesagt, im Sommer 1950 werde der bei Kriegsende aus München geflüchtete *Kreisleiter der Nazipartei, Meier,* in der Politik wieder eine Rolle spielen, sie hätte einen einfach ausgelacht. Aber so ist es gekommen. Der in der ganzen Gegend bis 1945 von allen gefürchtete Exkreisleiter steht 1950 *mit den Amerikanern auf Du und Du,* spielt in der Politik eine bedeutende Rolle, fährt alle Tage nach Bonn und erklärt jedermann, daß der Krieg gegen die Sowjetunion „unvermeidlich und notwendig" sei. Frau Huber hätte 1945 auch nicht geglaubt, daß der *Generaldirektor der Motorenwerke,* der seine Leute bis zum Umfallen für die Rüstung hat arbeiten lassen, 1950 *wieder in derselben Position* sitzen würde. Aber auch das ist so gekommen. Als ihr Bruder 1946 aus Gefangenschaft kam, hätte er niemals geglaubt, daß *der General* seiner Division, der, um das Ritterkreuz zu bekommen, Tausende seiner Kameraden rücksichtslos in den Tod gejagt hatte, im Jahre 1950 *wieder auf seinem Gut* sitzen, eine Pension erhalten würde und Pläne für neue „Feldzüge" schmieden könnte. Aber auch das ist der Fall. Frau Huber versteht, daß all das sehr schlecht ist. Sie hat *nicht* vergessen, *wer* die Leute waren, die schon 1914 zum Kriege trieben. Sie kann sich noch gut erinnern, daß der Besitzer des großen Werkes, in dem damals ihr Mann arbeitete, am ersten Weltkriege eine Menge Geld verdiente und einer der ersten war, die den Standpunkt vertraten, Hitler müßte zur Macht kommen, „damit es in Deutschland wieder aufwärts gehe". Sie weiß sehr gut, *was* dieser Mann unter „Aufwärtsgehen" verstand. 1937 baute er noch ein zweites Werk, in dem die Rüstungsproduktion auf vollen Touren lief und im zweiten Weltkrieg räuberte er sich in allen Teilen Europas weitere Werke zusammen. *Heute* sitzt er im Wirtschaftsministerium in Bonn. Seine Werke in Westdeutschland hat er *behalten,* eins davon ist *schon wieder auf Rüstung umgestellt.*

Frau Huber kennt ihre Feinde und lernt ihre Freunde kennen

Frau Huber weiß, daß es *diese* Leute sind, die vor 1914 zum Kriege trieben, die 1939 den Krieg machten und sie fühlt, daß sie — diesmal freilich im Fahrwasser der Amerikaner — wieder dahinter stecken, wenn es in den Zeitungen heißt, Westdeutschland müsse unbedingt eine Armee haben.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

so wird dieses neue Verfahren *allen* Mitgliedern des Rates für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe zugänglich gemacht. Auf der gleichen Basis erfolgt die Planung eines Baues neuer industrieller Anlagen, d. h. die Mitglieder des Rates stimmen ihre *Industriepläne* aufeinander ab, so daß z. B. *Polen* berücksichtigt, welche Kapazität die chemische Industrie in der Deutschen Demokratischen Republik hat, und unsere Republik bei ihrer Wirtschaftsplanung, welche Lieferungen Polen für die Errichtung bestimmter bisher in unzureichender Kapazität vorhandener Produktionszweige benötigt. Und dasselbe gilt schließlich für die *wechselseitigen Handelsverträge,* die unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der einzelnen Mitgliedstaaten aufeinander abgestimmt und zugleich vereinbart werden, daß für die Entwicklung des gesamten Wirtschaftsgebietes, also *für ein Fünftel der Erde, ein Maximum an Wirkung* herauskommt. Daß ein solches System der unbegrenzten gegenseitigen Hilfe der zwischen kapitalistischen Staaten üblichen Methode des *Niederkonkurrierens,* der Unterwerfung des schwachen Partners unter den stärkeren und *der gegenseitigen Geheimhaltung* neuer Verfahren turmhoch überlegen ist, liegt auf der Hand. Im System der kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen ist einer des anderen *Konkurrent* und damit *Feind;* wo zeitweilige Übereinkommen möglich sind, geschehen sie auf Kosten der Schwächeren und werden in ihrer Wirkung dadurch, daß jeder Partner in einer anderen Richtung zieht, gewaltig herabgemindert. Im System des Rates für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe dagegen kommt auf der Basis der *Gleichberechtigung* der Fortschritt eines einzelnen Partners sofort auch allen anderen Mitgliedern zugute, *alle* ziehen an *einem* Strang, in *einer* Richtung und erzielen dadurch ein *Höchstmaß an Wirkung.*

Resultat der Politik der deutsch-sowjetischen Freundschaft

Daß die Deutsche Demokratische Republik *als gleichberechtigtes Mitglied* aufgenommen wurde, unterstreicht erneut die Tatsache der *Anerkennung ihrer Souveränität* und *nationalen Unabhängigkeit* durch die Sowjetunion und die volksdemokratischen Staaten. Zugleich ist diese Aufnahme eines der schönsten *Resultate der Politik der deutsch-sowjetischen Freundschaft.* Der unermeßliche *Markt von Magdeburg* bis zum Stillen Ozean und *bis nach Peking* kennt das Problem der Absatzfrage, der Krise und der Börsenstürze nicht mehr; er bietet uns die Möglichkeit ohne Begrenzung all das abzutreten, was wir für den Export zu produzieren vermögen, um im Ausland all das zu bekommen, was wir brauchen; seine Bodenschätze, sein Wirtschaftspotential sind *unermeßlich;* seine Entwicklungsmöglichkeiten *unbegrenzt;* sein Reichtum *unerschöpflich,* seine potentielle Stärke *im ständigen Wachstum* begriffen. All das sind Tatsachen, die den Gegenstand immer erneuter Überlegungen in westdeutschen Wirtschaftskreisen darstellen; und dieser Prozeß der Erkenntnis, die zum Handeln zwingt, wird dadurch, daß sich der *Marshallplan* in bezug auf Deutschland immer unverhüllter als ein raffiniert ausgeklügeltes *System der Ausschaltung der deutschen Konkurrenz* und der Einbeziehung Westdeutschlands in die abenteuerliche Kriegspolitik der USA erweist, nur beschleunigt. Wenn *auf Anweisung der USA* der gesamte Interzonenhandel *lahmgelegt* werden soll, während *auf der anderen Seite* die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in den Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe und damit die Eröffnung unbegrenzter Möglichkeiten für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bekanntgegeben werden kann, so ist das ein *symbolisches Zusammentreffen,* aus dem man auch in Westdeutschland, ob es den Amerikanern paßt oder nicht, sehr wohl seine *Schlußfolgerungen* ziehen wird.

Die Chance der westdeutschen Industrie

Es liegt an der westdeutschen Industrie selbst, die Chance zu nutzen, die ihr durch die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik in den Rat für

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

kratischen Republik mit der Sowjetunion übertrifft das Volumen des *gesamtdeutschen Handels* mit der Sowjetunion aus der Vorkriegszeit um ein Vielfaches. Dabei *importiert* die Deutsche Demokratische Republik *85 Prozent Rohstoffe,* darunter Eisen, Stahl, Buntmetalle, Baumwolle und Wolle sowie Lebensmittel und *15 Prozent Fertigwaren. Die Sowjetunion übernimmt* von ihr *85 Prozent Fertigwaren und 15 Prozent Halbfertigwaren sowie Rohstoffe,* wobei es sich bei den Rohstoffexporten lediglich um kleinere Mengen Briketts, Kali und Holz handelt. Dabei macht die Deutsche Demokratische Republik *keinen Pfennig Schulden.*

Der ideale Handelspartner

Die Sowjetunion, deren sozialistische Wirtschaft „Überproduktion" nicht kennt, hat es *nicht* nötig, in hysterischer Konkurrenzangst um *Märkte* und *Absatzmöglichkeiten* für ihre Waren zu kämpfen. Eine mächtig aufblühende deutsche Friedensindustrie ist sicher *kein Konkurrent* für sie, *sondern ein Partner* für den gegenseitigen Austausch von immer größeren Volumen und immer höherer Qualität. Sie ist *der ideale Handelspartner* für Deutschland, weil sie urs, vor allem an Rohstoffen, das liefern kann, was wir brauchen und uns das abnimmt, was wir, vor allem an Fertigwaren, liefern können.

Muß Frau Huber, wenn sie sich diese Zusammenhänge überlegt, nicht Berührungspunkte mit den Grundsätzen finden, die sie immer in ihrem Leben hat: *Ehrlich und solide von der eigenen Arbeit leben, niemand etwas schulden und von niemand abhängig sein?*

Die Perspektive unbegrenzter Möglichkeiten

Aber die Wirtschaftspolitik im Zeichen der deutsch-sowjetischen Freundschaft führt *noch weiter:* Im September 1950 teilte der *Rat der gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfe,* dem die Sowjetunion und die Volksrepubliken Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien angehören, dem Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Otto Grotewohl, offiziell mit, daß die Deutsche Demokratische Republik, dem Ersuchen ihrer Regierung entsprechend, als *vollberechtigtes Mitglied* in den Rat aufgenommen wurde.

Für unser Volk eröffnete sich damit *die Perspektive unbegrenzter Möglichkeiten* der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der aufeinander abgestimmten Planung und Außenhandelspolitik sowie des technisch-wissenschaftlichen *Austausches mit einem Fünftel der Erde.*

Und wenn man noch bedenkt, daß die Staaten, die dem Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe angehören, nicht nur geographisch ein Fünftel der Erde umfassen, sondern auf diesem unermeßlichen Territorium auch die Geißel der Wirtschaftskrisen für immer gebannt haben, ein bisher noch nie dagewesenes Tempo der industriellen Entwicklung eingeschlagen und ihrerseits wiederum aufs engste mit dem Land verbunden sind, dessen Bevölkerung allein fast ein Viertel der Menschheit ausmacht, mit dem *neuen China,* dann kann man sich wenigstens einen annähernden Begriff davon machen, welche Möglichkeiten sich unserem Volk mit der Aufnahme in den Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe eröffnet haben!

Der Rat, der im Januar 1949 auf einer Tagung in der Hauptstadt des Giganten unter seinen Mitgliedern, in Moskau, gegründet wurde, hat die *Aufgabe, wirtschaftliche Erfahrungen auszutauschen* und *gegenseitige technische Hilfe* sowie *Lieferungen von Rohmaterial, Nahrungsmitteln, Maschinen und industriellen Ausrüstungen zu organisieren.* Seine Beschlüsse haben *nur dann* Gültigkeit, wenn die betreffenden Länder ihnen *zustimmen.*

Hinter diesen nüchternen Worten steht ein *System der gegenseitigen Hilfe,* wie es die Welt *bisher noch nicht gekannt* hat. Wenn z. B. in Magnitogorsk, also in der Sowjetunion, ein neues Verfahren entwickelt wird, durch das die Selbstkosten bei der Gewinnung von Rohstahl um 30 Prozent gesenkt werden,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Was tut nun Westdeutschland?

Wie gesagt, Frau Huber hat es immer so gehalten, von dem zu leben, was sie sich *erarbeitet* hat, auch und gerade in schlechten Zeiten. Und deshalb wird ihr, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, klar, daß der Weg, den Westdeutschland nach 1945 wirtschaftlich eingeschlagen hat, ein sehr gefährlicher Weg ist. Westdeutschland hat *in diesen fünf Jahren 14 Milliarden Schulden* gemacht. Was hat es, richtiger gesagt, was haben es in diesen fünf Jahren die Amerikaner *exportieren* lassen? Zum weitaus größten Teil *Rohstoffe.* Umgekehrt war der weitaus überwiegende Teil der *Einfuhren Fertigwaren.* Dabei halten sich Ein- und Ausfuhren wertmäßig nicht die Waage, sondern die Einfuhren überwiegen bei weitem (eben deshalb die Verschuldung); und endlich bekommt Westdeutschland seine *Exporte weit unter den Weltmarktpreisen* bezahlt und muß für seine *Einfuhren* Preise zahlen, die weit *über den Weltmarktpreisen* stehen.

Deutschland ist ein Industrieland. *Was es braucht,* sind Einfuhren von Rohstoffen und Veredlungsaufträge für das Ausland; *was es ausführen muß,* sind Fertigwaren. Aber gerade das Gegenteil davon geschieht in Westdeutschland.

Die Parallele

Wenn Frau Huber so recht überlegt, findet sie, daß all das *ganz verdammte Ähnlichkeit* mit der Lebensweise ihres Nachbarn hat. Und so wie er die Abhängigkeit, in die er sich begeben hat, schon jetzt damit bezahlt, daß er in immer schlimmere Dinge verwickelt wird, und, sie weiß es, ein schlimmes Ende nehmen wird, zahlt auch Westdeutschland schon jetzt einen *verflucht hohen Preis für den Marshallplan:* Arbeitslosigkeit und Verlust ganzer Industriezweige an die amerikanische Industrie, die die Aktien eines deutschen Werkes nach dem anderen in ihre Hand bringen. Die USA haben mit der äußersten Rücksichtslosigkeit die „Siegerländer" England und Frankreich von vielen Märkten der Welt verdrängt. Wie springen sie da erst mit der westdeutschen Konkurrenz um!

Aber mehr noch. *Der letzte Preis,* den das in den Fesseln der Marshallplanschulden gefangene Westdeutschland zahlen soll, besteht darin, nicht nur die Industrie wieder auf Rüstung umzustellen, sondern vor allem *für die Amerikaner* in einem kommenden Krieg *das Kanonenfutter* zu liefern. Das aber ist ein furchtbarer Preis, den Frau Huber zusammen mit Millionen deutscher Mütter bezahlen soll.

Wie ist nun die Politik der Sowjetunion?

Auch darin verfolgt *die Sowjetunion* gegenüber Deutschland eine *grundsätzlich andere* Politik. Die Sowjetregierung hat nach Kriegsende unmißverständlich klargemacht, daß sie bereit ist, dem deutschen Volke *jede Art von Hilfe* zu erweisen, aber unter der Voraussetzung, daß wir zunächst einmal den Willen und die Kraft aufbringen, all unsere Fähigkeiten, unser ganzes Können und unseren Fleiß *in den Dienst des friedlichen Aufbaues* zu stellen. Es gab, als in den ersten Nachkriegsjahren in der damaligen Ostzone die Frage „erst mehr essen und dann mehr arbeiten" oder „erst mehr arbeiten und dann besser leben" *zugunsten des letzten Satzes* beantwortet wurde, viele, die die Richtigkeit dieses Weges zunächst nicht einsehen wollten. Jetzt begreifen immer mehr Menschen, daß das richtig und notwendig war; daß wir Deutsche *so und nicht anders* wieder zu Wohlstand, zu einem besseren Leben gelangen können. Denn nur, was wir uns *aus eigener Kraft* erarbeiten, hat *wirklichen* Bestand; und nur ein Deutschland, das ohne Verschuldung und ohne versklavende Bedingungen, durch eigene Arbeit, seine Lage verbessert, ist *wirklich frei und unabhängig.* Diesen Weg hat uns die Sowjetunion eröffnet. *Der Außenhandel* der Deutschen Demo-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

diese Vorschläge sind *nicht erfunden,* sondern ganz einfach die Wiedergabe der Forderungen, die *die Außenminister der Sowjetunion, Albaniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik* am 21. Oktober 1950 in dem offiziellen *Abschlußkommuniqué der Prager Konferenz* an die Westmächte gerichtet haben. Diese Vorschläge hat der Großteil der westdeutschen Presse auf Anweisung der Hochkommissare *systematisch totgeschwiegen.* Frau Huber mag sich über die Gründe selbst Gedanken machen. Auf jeden Fall kann damit die Tatsache, daß die Prager Außenministerkonferenz so weitreichende *verbindliche Vorschläge* gemacht hat, die eine *friedliche* Regelung des Deutschlandproblems ermöglichen und genau das treffen, was doch jeder einzelne von uns ersehnt und erhofft, nicht aus der Welt geschafft werden; und durch nichts wird man verhindern können, daß diese Vorschläge jedem einzelnen Deutschen bekannt werden. Die Westmächte werden dazu Stellung nehmen müssen, weil die Massen in Deutschland Stellung nehmen werden. Denn Forderungen, wie die der Prager Außenministerkonferenz, die sich so uneingeschränkt mit dem decken, was die überwältigende Mehrheit unseres Volkes empfindet, wünscht und ersehnt, die einen so klaren Weg für eine friedliche Regelung der deutschen Frage aufzeigen, wecken neue starke Impulse für die breite Volksbewegung in ganz Deutschland, die ihre Verwirklichung erkämpfen wird.

Frau Huber wird noch den Tag erleben, an dem sie in einem einheitlichen Deutschland frei und ungehindert, ohne jemand zu fragen, zu ihrer Schwester nach Leipzig fahren kann.

Aus eigener Kraft

Das Beispiel des Flurnachbarn

Frau Huber ist eine solide Frau. Stets in ihrem Leben hat sie es mit dem Grundsatz gehalten, daß *Schuldenmachen* eine schlechte Sache ist, daß man nur so viel ausgeben darf wie man verdient und nicht über seine Verhältnisse, sondern *von der eigenen Arbeit leben* soll. Sie hat in ihrem Leben wenige Jahre gehabt, in denen es ihr in bescheidenem Rahmen gut ging; und viele Jahre, in denen die Not dazu zwang, auf vieles zu verzichten. Aber immer hat sie sich rechtschaffen und solide durchs Leben geschlagen. Deshalb hat sie auch für ihren Nachbar nur Verachtung übrig. Der begann 1945 sich mit einem Schieber einzulassen, lebte über seine Verhältnisse und wurde immer haltloser. Er machte *Schulden über Schulden* und lebte in den Tag hinein. Als es mit dem Schwarzhandel nicht mehr so ging, konnte er sich nicht mehr an geordnete Arbeit gewöhnen. Seine Gläubiger aus den Schieberkreisen, die routinierter waren als er, begannen, auf ihn Druck auszuüben; und da er sich ihnen restlos ausgeliefert hatte, ließen sie ihn die Dinge verrichten, für die sie zu „fein" waren. Immer mehr geriet er in üble Geschichten. Frau Huber weiß: **Mit dem nimmt es kein gutes Ende.**

Was muß Deutschland tun?

Hat sie auch schon bedacht, daß es *in der Politik etwas Ähnliches* gibt? Deutschland, das von den Faschisten an den Rand der Katastrophe gebrachte Deutschland, stand 1945 vor der Aufgabe, wiederaufzubauen. *Das deutsche Volk* will sich ernähren, kleiden, wohnen, es *will leben.* Es ist *nicht* in der Lage, im eigenen Lande all das zu erzeugen, was es braucht. Deutschland braucht Einfuhren, Handelsbeziehungen. Deutschland muß exportieren. Aber *was* soll Deutschland einführen, *was* ausführen, *wie* sollen seine Handelsbeziehungen aussehen und *mit wem* soll Deutschland Handel treiben?

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Der Weg aus der Sackgasse

Der Mann auf der Straße fühlt und weiß, daß ihm ein neuer Krieg *nichts als Unglück* bringen kann, daß er als eine Gefahr für unser ganzes Volk auch ihn persönlich unmittelbar betrifft und angeht. Stellen wir uns nun vor, es werde — von welcher Seite auch immer — der offizielle und verbindliche Vorschlag gemacht, *alle vier Besatzungsmächte* sollten eine gemeinsame Erklärung abgeben und eine *bindende Verpflichtung* eingehen, eine *Remilitarisierung* Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Angriffspläne *nicht* zuzulassen. Würde Frau Huber einen solchen Vorschlag begrüßen oder ablehnen? Ich denke, man kann sagen, daß alle Menschen die Verwirklichung eines derartigen Vorschlages begrüßen und mit großer *Erleichterung* aufnehmen, mehr noch, daß sie das als eine *glückliche Wendung* auch für ihr persönliches Schicksal empfinden würden.

Und weiter. Jeder Deutsche, als Angehöriger eines Volkes, das im Zeitraum von 30 Jahren zwei schreckliche Weltkriege, d. h. auch ihre Vorbereitung, mitgemacht hat, weiß, daß Wiederaufrüstung zwar *für einige wenige ein enormes Geschäft,* für die einfachen Menschen aber zunächst erhöhte Steuern, steigende Preise und Verknappung wichtiger Gebrauchsgüter und *am Ende Krieg, Vernichtung, Not und Tränen bedeutet.* Nun macht jemand folgenden Vorschlag: Es sollen alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, um in ganz Deutschland *die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials zu verhindern, bei gleichzeitiger Aufhebung aller Beschränkungen für die Entwicklung der deutschen Friedenswirtschaft.* Hielte Frau Huber einen solchen Vorschlag für vernünftig und in ihrem eigenen Interesse liegend oder nicht? Und weiter. Jeder Deutsche, der sein Vaterland liebt, wird zustimmen, wenn wir sagen, die Tatsache, daß Deutschland fünfeinhalb Jahre nach Kriegsende immer noch keinen Friedensvertrag hat, ist anormal und für jeden von uns bedrückend. Was wir Deutsche brauchen, ist ein *Friedensvertrag,* den alle vier Besatzungsmächte mit ganz Deutschland abschließen. Wir sagten es schon, daß wir uns *niemals* damit abfinden werden, einen Paß zu benötigen, wenn wir aus einem Teil Deutschlands in den anderen gelangen wollen. Und schließlich will doch jeder von uns, wo immer er auch in Deutschland wohnt, daß *die Besatzungstruppen endlich nach Hause* gehen. All diese Probleme sind aufs engste mit unserem persönlichen Leben, mit unserem Alltag und mit unseren Zukunftsplänen verbunden. Sie brennen uns gewissermaßen auf den Nägeln. Was also würde Frau Huber zu einem Vorschlag sagen, *alle vier Besatzungsmächte sollten unverzüglich einen Friedensvertrag mit Deutschland unter Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates abschließen und ihre Besatzungstruppen in Jahresfrist nach Abschluß dieses Vertrages aus Deutschland zurückziehen?*

Und endlich, jeder Deutsche, ob Arzt, Arbeiter, Angestellter oder Bauer, leidet, wenn er auch nur einen Funken Liebe zum gemeinsamen Vaterland im Leibe hat, unter der Tatsache, daß *Deutschland zerrissen* ist, daß es bisher nicht möglich war, diese Teilung in ehrlicher Verständigungsbereitschaft zu überwinden und zu einer echten demokratischen Einheit zu gelangen. Wäre es denn nicht vernünftig und hoch an der Zeit, daß sich *die Vertreter Ost- und Westdeutschlands an einen Tisch* setzen und unter paritätischer Zusammensetzung einen *gesamtdeutschen Rat* bilden, der die Aufgabe hat, unverzüglich die Bildung *einer gesamtdeutschen,* souveränen, demokratischen und friedliebenden *Regierung* vorzubereiten und der bis zur Bildung dieser Regierung bei der *Ausarbeitung des Friedensvertrages* mitwirken und den gesamtdeutschen Standpunkt vertreten kann? Man kann sicher sein, daß die überwältigende Mehrheit unseres Volkes eine solche Entwicklung aus vollem Herzen begrüßen würde.

Nun wird Frau Huber vielleicht einwenden: „Schön wär's ja, wenn solche vernünftigen Vorschläge von einer *kompetenten* Stelle *offiziell* und verbindlich gemacht würden. Aber leider ist dem nicht so." Das ist ein Irrtum. Denn

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mächte mit neuen Vorschlägen, die vollständig den Interessen des deutschen Volkes entsprachen und heute so aktuell sind, wie damals: *Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und Abzug sämtlicher Besatzungstruppen binnen eines Jahres nach Abschluß dieses Vertrages.* Die Westmächte „beantworteten" diesen Vorschlag ihrerseits mit der Bildung einer Separatverwaltung für Westdeutschland.

Vom 23. Mai bis zum 20. Juni 1949 fand in Paris die sechste und vorläufig letzte Tagung des Außenministerrats statt. Und wieder lehnten die Vertreter der Westmächte alle Vorschläge des sowjetischen Außenministers Wyschinskij ab, endlich eine demokratische, friedliebende, deutsche Zentralregierung zu bilden, einen Friedensvertrag abzuschließen und die Besatzungstruppen aus Deutschland zurückzuziehen. Ihre Antwort war, kurze Zeit nach Abschluß der Konferenz, die *Bildung der Separatregierung in Bonn.*

Klare Antwort auf klare Fragen

Es ist für jeden Deutschen äußerst nützlich, sich einmal die Zeit zu nehmen und die Protokolle der sechs Tagungen des Außenministerrats sorgfältig zu studieren. Frau Huber mag sich folgende Fragen beantworten: *Welche Besatzungsmächte haben zuerst in den von ihnen besetzten Teilen Deutschlands Separatverwaltungen eingerichtet?*

Welche Besatzungsmächte haben unter Bruch aller Abkommen in zwei Dritteln Deutschlands eine separate Währungsreform durchgeführt und damit den entscheidenden Schritt zur wirtschaftlichen Zerreißung getan?

Welche Besatzungsmächte haben zuerst eine deutsche Separatregierung gebildet?

Und welche Besatzungsmächte haben auf allen Tagungen des Außenministerrats die Bildung einer zentralen deutschen Regierung, den Abschluß eines Friedensvertrages und die Zurückberufung aller Besatzungstruppen abgelehnt?

Auf keine dieser Fragen gibt es die Antwort: Die Sowjetunion.

Das, was jeder deutsche Patriot als so schmerzlich empfindet, die Empfindungen, die Frau Huber mit Millionen und aber Millionen Deutscher teilt, wenn sie daran denkt, daß zwischen ihr in München und ihrer Schwester in Leipzig, mitten in Deutschland, eine Barriere errichtet wurde, ist das *Resultat der Politik der Westmächte,* genauer gesagt, *der Politik der USA,* in deren Fahrwasser die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs segeln.

Wir sagten schon, daß auf Frau Huber, wie auf vielen Deutschen der Gedanke, es könne zu einem dritten Weltkrieg kommen, wie ein Alpdruck lastet, daß diese Furcht vor einem neuen Krieg auf deutschem Boden wie ein Schatten über so vielen Zukunftsplänen liegt. Und es ist eine ebenso einfache Wahrheit, daß die große Mehrheit unseres Volkes nur mit Schaudern an den zweiten Weltkrieg und vor allem an jene Etappen zurückdenkt, in denen deutsche Städte und Dörfer zuerst durch die Luftangriffe der Anglo-Amerikaner und in der Schlußphase durch die Kampfhandlungen auf deutschem Boden in Trümmer gelegt wurden. Das liegt erst fünfeinhalb Jahre zurück. Und doch muß man sich diese Tatsachen vergegenwärtigen, um so recht zu verstehen, wie wahnwitzig die Pläne sind, die hinter der nunmehr offen betriebenen Remilitarisierung von zwei Dritteln Deutschlands stehen. Nicht jeder hat schon die *letzten Absichten* durchschaut, die damit verfolgt werden; aber auch diese Menschen empfinden zumindest instinktiv die Gefahr, die damit heraufbeschworen wird — und man muß ja gerade in Westdeutschland nur ein paar Tage lang mit Menschen aus allen möglichen Schichten der Bevölkerung sprechen, um immer wieder zu hören: *„Alles, aber um Gottes Willen nur keinen neuen Krieg."*

Diese Gedanken lassen auch den Willen der Bevölkerung immer stärker werden, unbedingt einen neuen Krieg zu verhindern.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

möglich kommt. Aber Deutschland ist noch ein besetztes Land. Auch die Frage der deutschen Einheit ist ein Prüfstein dafür, *wer Freund* und *wer Feind* des deutschen Volkes ist.

Das Abkommen von Potsdam sicherte Einheit zu

Der entscheidende Rechtstitel, den das deutsche Volk in der Frage der nationalen Einheit besitzt, ist die Bestimmung des *Potsdamer Abkommens,* daß die Aufteilung Deutschlands in Zonen nur vorübergehender Art sein soll und daß Deutschland als einheitliches Ganzes zu behandeln ist. Lediglich in der *ersten* Besatzungsetappe sollte keine deutsche zentrale Regierung gebildet werden. Zugleich war jedoch vorgesehen, sofort eine Reihe *zentraler deutscher Verwaltungsämter* von wesentlicher Bedeutung zu schaffen, insbesondere auf dem Gebiete der Finanzen, des Verkehrs, des Verbindungswesens, des Außenhandels und der Industrie, die die Vorstufe einer dann zu bildenden Zentralregierung darstellen sollten.

Die Sowjetunion fordert Deutschlands Einheit

Die USA., vertreten durch *Truman,* Großbritannien, vertreten durch *Attlee,* und die Sowjetunion, vertreten durch *Stalin,* haben sich also bindend verpflichtet, die nationale Einheit Deutschlands zu respektieren. Aber *nur eine* Besatzungsmacht hat sich an diese Verpflichtung gehalten: die Sowjetunion. Auch dafür ist unschwer der Beweis zu führen. Auf der Londoner Konferenz der Außenminister vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947 legte der Außenminister der Sowjetunion, Molotow, ein *Fünfpunkteprogramm* vor. Er erklärte, es sei nunmehr die Zeit gekommen, eine deutsche *Zentralregierung* zu schaffen, der das Recht gegeben werden müsse, auf einer baldmöglichst einzuberufenden *Friedenskonferenz* ihre Ansichten über den *Friedensvertrag* zu äußern. Der Vertrag solle dann von einer *deutschen Regierung* unterzeichnet und einem *gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung* vorgelegt werden. Am 28. November 1947 wies Molotow auf die Erklärung des englischen Generals Bishop hin, wonach eine *Regierung für die Westzonen* geschaffen werden solle, und verlangte ein klares *Ja* oder *Nein* der Westmächte zur Frage einer solchen Separatregierung. Die Westmächte wichen der Antwort aus. Am 3. Dezember 1947 schlug Molotow erneut die Schaffung einer deutschen Zentralregierung und die Fixierung der Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland binnen zwei Monaten vor. Die Westmächte stimmten auch gegen diesen Antrag. Am 15. Dezember 1947 beantragte der amerikanische Außenminister *Marshall* die *Vertagung der Konferenz ohne neuen Termin;* in der durch die spätere Entwicklung erwiesenen Absicht, freie Hand für die Schaffung einer westdeutschen Separatregierung zu bekommen.

Die Spalter am Werk

Das zeigte sich mit erschöpfender Klarheit im Frühjahr 1948. Entgegen der im Potsdamer Abkommen eingegangenen Verpflichtung, alle Fragen des deutschen Problems in gemeinsamen Übereinkommen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion zu behandeln, wurde *unter Ausschluß der Sowjetunion* eine von den USA inspirierte Konferenz der Außenminister der drei Westmächte abgehalten, auf der die Durchführung einer *separaten Währungsreform* in Westdeutschland, also der entscheidende Schritt zur wirtschaftlichen Zerreißung Deutschlands, beschlossen wurde. Am 18. Juni 1948 wurde dieser folgenschwere Schritt dann durchgeführt.

Damit hatten die drei Westmächte das Potsdamer Abkommen, das den Anspruch des deutschen Volkes auf seine nationale Einheit als von allen Besatzungsmächten anerkannt beinhaltet, wie einen Fetzen Papier *zerrissen.*

Am 24. Juni 1948 beantworteten die Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien diesen Bruch des Potsdamer Abkommens durch die West-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Sowjetmacht elende Lebensstandard erhöhte sich sprunghaft Jahr um Jahr. 210 Millionen begannen immer reichere Früchte ihrer Arbeit, ihres Fleißes einzuheimsen — da kam *der Überfall Hitlerdeutschlands*, der Krieg, an dessen Ende in großen Teilen des Landes all das, was so mühsam aufgebaut worden war, *in Trümmern* lag. Über 70 000 Dörfer — mehr als ganz Deutschland hat — und über 1400 Städte, unzählige Produktionsstätten wurden *vollständig vernichtet*. Die gesamten Kriegsschäden in der Sowjetunion machten die unvorstellbare Summe von *679 Milliarden Rubel* aus.

Fünfeinhalb Jahre nach Kriegsende waren nicht nur alle Zerstörungen *beseitigt*, sondern die industrielle Produktion des Landes *übertraf* die der Vorkriegszeit bereits um 40 Prozent. Hinter diesen nüchternen Zahlen steht eine Unsumme von Kraft der Organisation, Fleiß und Optimismus. Frau Huber mag sich eine Frage stellen: *Kann dieses Land einen Krieg brauchen?*

Und weiter: Die Sowjetunion, die die Widersprüche des Kapitalismus, als deren Resultat Absatzschwierigkeiten, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit unvermeidlich sind, überwunden hat, hat diese Geißeln der Menschheit *für immer* gebannt. Sie besitzt an Bodenschätzen und Rohstoffen alles, was nötig ist, um in drei weiteren Fünfjahrplänen ein industrielles und agrarisches Produktionsniveau zu erzielen, wie es in der Welt *noch niemals* erreicht wurde. Den Sowjetmenschen ist das Problem der *amerikanischen* Industrie „Absatz, Niederkonkurrieren jeder anderen wirtschaftlichen Macht um jeden Preis, das In-die-Hand-Bekommen der Industrien aller anderen kapitalistischen Staaten" im eigenen Land völlig unbekannt; und für jeden Sowjetbürger ist es selbstverständlich, daß die gewaltigen Möglichkeiten der *Atomenergie* in erster Linie für *friedliche* Zwecke angewendet werden, selbstverständlich, ohne daß das Land darüber die angesichts der amerikanischen Aggressionspläne notwendige Stärkung seiner Verteidigung vernachlässigt. Frau Huber mag sich auch von diesem Gesichtspunkte aus überlegen: Kann ein solches Land einen Krieg brauchen?

Die Erhaltung des Friedens ist *identisch* mit den Interessen eines sozialistischen Staates. Frau Huber in München lebt in einer Umwelt, in der die Gesellschaftsordnung, die in der Sowjetunion errichtet wurde, oft, ohne daß ihr das bewußt wird, da sie die Wirklichkeit des sowjetischen Lebens nicht kennt, *verzerrt*, mit Tausenden von *Verdrehungen* und *Lügen* dargestellt wird. Aber sie mag über den Sozialismus im einzelnen denken, wie sie mag. *Sie will den Frieden.* Die Sowjetunion *will* und *braucht* den Frieden. *Die Interessen des deutschen Volkes*, dessen Boden in einem dritten Weltkrieg Hauptkriegsschauplatz würde, *und die Interessen der Sowjetunion* sind in der entscheidenden weltpolitischen Frage der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts *identisch*.

Frau Huber will nach Leipzig fahren

Paßgrenze quer durch Deutschland

Frau Huber hat nur noch wenige Verwandte. Sie ist einsam geworden. Der Krieg hat die Familie dezimiert. Sie hat noch eine Schwester in Leipzig. Aber um zu ihr zu fahren, aus einer deutschen Stadt in eine andere deutsche Stadt, braucht sie einen *Paß;* und er ist schwer zu bekommen. Ihrer Schwester geht es nicht anders. Zwei Deutsche können sich nur unter den größten Schwierigkeiten besuchen: weil zwischen ihnen eine *Demarkationslinie* liegt, die wie eine Grenze überschritten werden muß.

Auch darin teilt Frau Huber das Schicksal von Millionen Deutschen. Und so wie alle wünscht auch sie nichts sehnlicher, als daß Deutschland wieder eins wird, *eine* Regierung erhält, daß Deutsche in Deutschland wieder *ohne Paß* fahren können, wohin sie wollen. Auch hier hat vor allem jeder Deutsche selbst die Aufgabe, dafür zu wirken, daß die *nationale Einheit* wieder so schnell wie

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

vielleicht Zweifel, denkt vielleicht, das ist eine Behauptung, deren Richtigkeit erst noch bewiesen werden muß. Und sie verlangt diese Beweise mit Recht. Denn von dem, was man glauben soll, muß man erst einmal überzeugt werden.

Das Band der gemeinsamen Interessen

Die Sowjetunion hat die Abwehr der Hitler-Aggression Ströme von Blut gekostet. Etwa *8 Millionen* sowjetischer Soldaten haben ihr Leben dafür geopfert, daß ihr Land vor der *Versklavung* durch den Faschismus bewahrt blieb, und nächstdem auch dafür, daß *die gesamte Menschheit* von der Unterdrückung und Bedrohung durch den Hitlerfaschismus befreit wurde. Es gibt nicht viele sowjetische Häuser, in denen nicht die umflorten Bilder Gefallener zu finden wären. Auch das deutsche Volk beklagt Millionen Tote des zweiten Weltkrieges. Es ist *Stalin,* der in seinem historischen Telegramm anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik an eben diese Tatsache erinnert, als er sagte:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben."

Und das ist das erste, was die Interessen des deutschen und des sowjetischen Volkes *identisch* macht: Daß zu den umflorten Bildern der Gefallenen des zweiten Weltkrieges in keinem sowjetischen und in keinem deutschen Haus die Bilder neuer Opfer eines dritten Krieges kommen sollen.

Aber keine Kriegsinteressenten mehr!

Aber der Friedenswille der Sowjetunion beruht nicht allein darauf. Er hat sehr viele tiefere Wurzeln; und die *entscheidende* besteht darin, daß es jene Schicht, die in allen kapitalistischen Ländern stets zum Krieg getrieben hat und zum Krieg treibt, die Eigentümer und Hauptaktionäre der Monopole, in der Sowjetunion nicht mehr gibt. Die Massen des *amerikanischen* Volkes konnten aus dem letzten Krieg *keine* Vorteile ziehen. Für eine Handvoll amerikanischer *Monopolisten* aber brachte er *52 Milliarden Dollar Reingewinn.* In der Sowjetunion dagegen gibt es nicht einen Menschen, für den der Krieg zum Geschäft werden konnte.

Kann dieses Land einen Krieg brauchen?

Und weiter: Als auf diesem Sechstel der Erde 1917 die arbeitenden Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen und die Ausbeuter zum Teufel jagten, übernahmen sie ein Land, dessen frühere Machthaber eine ungeheure *Mißwirtschaft* betrieben, entscheidende Teile der Bodenschätze und der vorhandenen Industrie zum Ausbeutungsobjekt für französisches, englisches, belgisches, deutsches und amerikanisches Kapital gemacht und den technischen Fortschritt auf allen Gebieten *gehemmt* hatten. Dazu hatte der erste Weltkrieg umfangreiche Gebiete aufs schwerste verwüstet. *Ein zurückgebliebenes Agrarland:* das war das Erbe, das die Bolschewiki übernahmen. Und dann kam die Intervention: amerikanische, englische, französische, belgische und polnische Truppen, Söldner aus insgesamt 14 Ländern fielen in Sowjetrußland ein und zwangen die russischen Arbeiter und Bauern zu den Waffen zu greifen, um ihr Land, ihre neue Gesellschaftsordnung, ihre Zukunft gegen die Interventen zu *verteidigen.* Nachdem nach jahrelangen Kämpfen das Land endlich vom letzten Eindringling befreit war, blutete Sowjetrußland aus Tausenden von Wunden. Unter den *allerschwersten Bedingungen,* eingekreist von einer Welt, in der die Regierungen der einzelnen Länder das Sowjetland haßten und mit allen Mitteln zu erdrosseln versuchten, gingen die Menschen auf diesem Sechstel der Erde daran, sich *eine neue Welt* zu erbauen. Und sie schafften etwas bisher nie Dagewesenes: In wenig mehr als einem Jahrzehnt verwandelten sie das zurückgebliebene Agrarland in einen *modernen Industriestaat.* Der zu Beginn der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

tungen der USA *Widerstand leistet*, trägt dazu bei, daß der Frieden erhalten bleibt. Aber die eigene Aktivität schließt nicht aus, sondern ein, daß man sich nach Verbündeten umsieht, nach den Kräften außerhalb Deutschlands, die gleichfalls bereit sind, alles für die Erhaltung des Friedens zu tun. Auch die Massen des amerikanischen, des englischen und des französischen Volkes hassen den Krieg. Auch in diesen Ländern leisten die besten Kräfte organisierten Widerstand gegen die Politik der Kriegsvorbereitung, die von den Regierungen dieser Länder betrieben wird. Die Menschen in Deutschland, die *Frieden* wollen, die gewaltige Mehrheit, und die einfachen Menschen in Amerika, England, Frankreich, Italien, ebenso die gewaltige Mehrheit, sind *natürliche Verbündete*. Es ist von großer Bedeutung, daß sie Mittel und Wege finden, ihre Anstrengungen, den Kriegstreibern in den Arm zu fallen, zu koordinieren und so ihre Kraft zu verdoppeln.

Der Krieg ist für die Imperialisten der letzte Ausweg

Dieser gewaltigen Mehrheit von ehrlichen Anhängern des Friedens steht eine kleine Schicht von Kriegsinteressenten gegenüber, die den Ausweg aus der Krise im Krieg zu finden glaubt. Sie hat alle entscheidenden wirtschaftlichen Positionen in den von ihnen beherrschten Ländern und alle staatlichen Machtmittel in ihren Händen vereinigt. Die Völker der imperialistischen Länder werden von dieser kleinen Clique genau so unterdrückt und ausgebeutet wie die Völker der Kolonien und anderen abhängigen Länder. Jetzt, wo die Bewegung des Friedens und der Freiheit der Völker mächtig anschwillt, haben die Imperialisten Angst um ihre Profite, Angst um ihre Macht. Sie haben Furcht vor dieser mächtigen Weltfriedensbewegung, die unter der Führung der Sowjetunion hartnäckig um die Erhaltung und Sicherung des Friedens kämpft. Sie sehen mit Schrecken, wie das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus von Tag zu Tag mächtiger wird. Die Rettung ihrer Profite und ihrer Macht sehen sie in einem neuen Krieg gegen das Land, das als erstes sozialistisches Land die gewaltige Weltfriedensbewegung entfacht hat und ihr immer neue Impulse gibt.

Aber die Völker wollen keinen neuen Krieg, sie wollen vor allem keinen Krieg gegen die Sowjetunion! Diesen Friedenswillen haben sie durch ihre Vertreter auf dem Zweiten Weltfriedenskongreß erneut in gewaltigen Kundgebungen bezeugt.

Was sichert das Leben des jungen Huber?

Frau Huber in München hat sich vielleicht über all das im einzelnen noch keine Rechenschaft abgelegt. Ihre größte Sorge als Mutter ist und bleibt, daß ihr Junge *nicht in einen Krieg* hinaus muß, daß sein Leben *anders* aussieht, als das seines Vaters, der aus dem ersten Weltkrieg verstümmelt zurückkehrte und im zweiten einem amerikanischen Luftangriff zum Opfer fiel. Aber gerade weil Frau Huber diesen Wunsch von Millionen Müttern empfindet, muß sie sich darüber klar werden, von welcher Seite ihrem Jungen diese Gefahr droht, und *wo* und *ob* auf der anderen Seite eine Kraft existiert, die so stark ist, daß sie in der Lage ist — vorausgesetzt selbstverständlich, auch das deutsche Volk trägt zu seinem Teil dazu bei — für Europa und damit auch für Deutschland den Frieden zu *verteidigen* und zu *bewahren*. Und da Frau Huber vor allem wünscht und ersehnt, daß ihr Junge *keinen* Krieg mehr erlebt und damit das in Erfüllung geht, ist ja eben die *Erhaltung* des Friedens in Europa Grundvoraussetzung — ist diese Kraft, ob sie sich dessen schon bewußt ist oder noch nicht, *ihr wichtigster Freund*.

Der große, starke Freund

Und es gibt diese Kraft: *Die Sowjetunion*, der entscheidende Faktor des unter ihrer Führung nach dem zweiten Weltkrieg erstmalig in der Geschichte der Menschheit zustandegekommenen Weltfriedenslagers. Aber Frau Huber hat

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Der Krieg ist doch zu Ende, oder . . .

Frau Huber in München, eine einfache Frau, macht sich Sorgen. 1945, als der Krieg zu Ende ging, war ihr Junge gerade 14 Jahre alt. Damals atmete sie auf. Der Krieg nahm ein Ende; ihr Junge mußte nicht mehr hinaus. Jetzt würde es eine *lange Zeit des Friedens* geben.

Fünfeinhalb Jahre später liest Frau Huber in der Zeitung: *„Deutsches Truppenkontingent* von 250 000 Mann? Informierte Kreise in Washington rechnen jetzt mit der Bildung von 10 deutschen *Divisionen* zu je 20 000 Mann und mit einer Reserve von insgesamt 50 000 Mann. Dem deutschen Truppenkontingent sollen auch starke *Panzerverbände* und eine taktische *Luftwaffe* angehören."

Frau Huber wird, während sie das liest, das Herz schwer. Jetzt ist ihr Sohn gerade 19½ Jahre alt. In all den schweren Nachkriegsjahren hat er ihr nur Freude gemacht, etwas Ordentliches gelernt und ist ein tüchtiger Facharbeiter geworden. Und jetzt? Hat sie sich dazu gefreut, daß er im zweiten Weltkrieg noch zu jung war, um hinaus zu müssen, hat sie ihn dazu aufgezogen, damit er mit 20 oder 21 Jahren doch eine Uniform anziehen muß? Und soll es am Ende so kommen, daß er, den der zweite Weltkrieg verschont hat, in einem *dritten Weltkrieg* in den Tod getrieben wird? All das geht Frau Huber durch den Kopf. Sie hat *Angst* vor einem neuen Krieg, *Angst* um ihren Jungen, *Angst* vor der Atombombe.

So, wie Frau Huber, fühlen und denken Hunderttausende von Müttern in Deutschland, Millionen. Das deutsche Volk, das die Hölle zweier Weltkriege erlebt hat, will Frieden. Nimm eine Weltkarte: Da liegt Deutschland, in der Mitte Europas, in zwei Teile zerrissen. Im westlichen Teil wird wieder eine Armee aufgestellt. *Wofür* soll sie kämpfen und *für wen?* Fahre mit dem Finger auf der Karte den Rhein entlang: Da liegt der Loreleifelsen. Er ist unterminiert und zur Sprengung vorbereitet. Da sind die Straßen entlang des Rheins. Sie sind mit Sprengstollen versehen. Wozu das alles?

Ja, wozu?

Schon 1949 erklärte der amerikanische General Bradley: **„Not our boys."** Hinter diesen drei Worten, hinter den Sprengvorbereitungen entlang des Rheins, hinter dem Druck, mit dem Washington die Wiederaufrüstung in Westdeutschland und die Aufstellung deutscher Truppenkontingente betreibt, steht die Absicht, *bei einem Überfall auf die Sowjetunion die Deutschen vorzuschicken,* vor allem die Deutschen, um amerikanisches Blut zu sparen. Wirf noch einen Blick auf die Karte: Die Machthaber der USA, des einen Landes, Tausende Meilen von Europa entfernt, betrachten Westdeutschland als das Sprungbrett zur Eroberung der Weltherrschaft. Westdeutschland spielt in den amerikanischen Kriegsplänen die Rolle des Aufmarschgebietes. Und nun stell dir vor, was mit Deutschland geschähe, wenn es nicht gelingt, den Frieden zu erhalten. Noch sind Deutschlands Straßen von den Ruinen des zweiten Weltkrieges gesäumt. Noch immer liegen ganze Stadtteile in Städten Westdeutschlands tot, wie ausgestorben da. *Damals* fielen keine Atombomben. *Diesmal* würden sie fallen. Und Deutschland wäre Hauptkriegsschauplatz. Was im zweiten Weltkrieg übrig geblieben ist, würde im dritten Weltkrieg *vernichtet.*

Was kann unser Volk tun?

Was kann unser Volk tun, um das Furchtbare zu *verhindern?* Zunächst und zu allererst: *Selbst handeln.* Der Frieden ist eine Sache, die man verteidigen muß — und jeder Deutsche, der auf seine Weise, in seinem kleinen oder großen Kreis, an seinem Arbeitsplatz oder in seiner Straße, gegen die Kriegsvorberei-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5
50X1-HUM

Frau Huber macht sich Gedanken

Sorge um einen Sohn

Diese kleine Schrift wurde als besonderes Material zum Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft herausgegeben.

Sie erhebt keinen Anspruch darauf, alle Seiten der sowjetischen Deutschlandpolitik zu behandeln. Es wird lediglich der Versuch unternommen, aus diesem großen Komplex einige Fragen herauszugreifen. Auch ihre Darstellung ist nicht erschöpfend.

Jedoch sollten alle Menschen diese Schrift sehr gründlich und aufmerksam lesen, die sich zur Aufgabe gestellt haben, gerade im Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft für den Gedanken der festen Freundschaft des deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion zu werben. Besonders unsere Referenten sollten diese Schrift studieren; denn ein enges, freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion ist für unser Volk die entscheidende Voraussetzung seiner Existenz schlechthin.

Das, was Frau Huber empfindet, wird sicherlich jede deutsche Mutter, jede Schwester, kurz, jede deutsche Frau denken.

Die Gedanken dieser kleinen Schrift und das Tatsachenmaterial, das wir ihr entnehmen können, müssen unsere Aufklärer verbreiten. Denn ihre Aufgabe ist es, im Monat der deutsch-sowjetischen Freundschaft bei der Werbung für die Vertiefung dieser Freundschaft in erster Reihe zu stehen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

50X1-HUM

Liebe Freunde!

Anbei übersenden wir Euch die Erklärung der Außenminister in Prag, welche auf der am 20./21. Oktober 1950 stattgefundenen Tagung gefaßt wurde. Diese Erklärung ist für die glückliche Zukunft Deutschlands und den Frieden und die Sicherheit Europas von höchster politischer Bedeutung.

Wir bitten Euch daher, diese Erklärung in Eurem Freundes- und Bekanntenkreis zu verbreiten und zu besprechen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Liebe Freunde!

50X1-HUM

Anbei übersenden wir Euch die Erklärung der Außenminister in Prag, welche auf der am 20./21. Oktober 1950 stattgefundenen Tagung gefaßt wurde. Diese Erklärung ist für die glückliche Zukunft Deutschlands und den Frieden und die Sicherheit Europas von höchster politischer Bedeutung.

Wir bitten Euch daher, diese Erklärung in Eurem Freundes- und Bekanntenkreis zu verbreiten und zu besprechen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Lidice mahnt zum Frieden!

Am 8. Juni 1942 wurde das Dorf Lidice in der Tschechoslowakei durch deutsche Faschisten bis auf die Grundmauern zerstört.
Sie mordeten ohne jedes Gefühl von Menschlichkeit alle männlichen Bewohner im Alter von 14 bis 72 Jahren. Die Frauen des Dorfes wurden in die Konzentrationslager verschleppt und gemäß einem besonderen Befehl Himmlers mit dem „grünen Winkel" als Berufsverbrecherinnen gezeichnet. Das Grausamste war, daß die meisten der Kinder in den Gaskammern der KZs starben und erst nach jahrelangen Nachforschungen kamen einige krank zurück.
Am 8. Jahrestag der Zerstörung Lidices unterzeichneten die übriggebliebenen Frauen folgenden Aufruf:

Wir, die überlebenden Frauen und Kinder von Lidice, stehen heute, am 8. Jahrestag der Zerstörung unseres Dorfes durch die deutschen Faschisten, an dem verwüsteten Ort, wo einmal unsere Heime standen. Wir stehen am Fuße des Kreuzes mit der Dornenkrone an den Gräbern unserer Ehemänner, Väter, Söhne und Brüder und wir richten an euch, Frauen und Mütter in der ganzen Welt, den Ruf:

Laßt kein neues Lidice zu! Verhindert den Krieg!

Noch heute können wir das stille verzweifelte Weinen unserer lieben Kinder hören: „Mutter, laß mich nicht von dir fortnehmen!" Wir hielten sie in unseren Armen, aber die Faschisten bemächtigten sich ihrer und schleppten sie fort. Nur sechzehn magere, kranke Kinder kamen zu uns zurück. Die anderen 82 Kinder, im Alter zwischen 14 Tagen und 14 Jahren, wurden in Gaskammern getötet. 57 Mütter aus Lidice starben an den Foltern in den Konzentrationslagern.
Wir werden diese Opfer niemals vergessen! Niemals werden wir das vergessen, was uns Lidice zerstörte, wodurch Oradour in Frankreich, Coventry in England und Tausende von Dörfern und Städten in der Sowjetunion, in Polen und anderen Ländern zerstört wurden. Wir können beim Gedenken der

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

75 Millionen Opfer des letzten Krieges aber nicht vergessen, daß heute in der Welt wieder Leute leben, die der Profite wegen ein neues Blutbad vorbereiten.

Wir erbauen eine Welt des Friedens!

Nicht weit von dem Platz, wo das Kreuz mit der Dornenkrone steht, wächst ein neues Lidice. ersteht unser Symbol des Lebens. Laßt uns im Namen des Lebens zusammenstehen, laßt uns ein neues Morden vermeiden. Dies geht uns alle an, weil es heute in unserer gemeinschaftlichen Kraft liegt, ein schlimmeres Lidice zu vermeiden und die schrecklichen Leiden eines neuen Krieges abzuwenden. Reiht euch deshalb in unsere festen Reihen ein!
Ihr Mütter und Frauen wurdet schon einmal von Entbehrungen, Schmerz und Leid eines Krieges heimgesucht. Denkt an uns und begreift, daß wir gemeinsam einen neuen Krieg verhüten können.
Millionen von Menschen aus aller Welt kämpfen gegen den Krieg, Millionen von Menschen haben sich bereits vereint und unterzeichneten den Stockholmer Friedensaufruf:

Wir fordern das absolute Verbot der Atomwaffe, als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung.
Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle, um die Anwendung dieser Verbotsmaßnahme sicherzustellen.
Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle friedliebenden Menschen in der ganzen Welt auf, diesen Appell zu unterzeichnen. Auch ihr dürft nicht abseits stehen. Im Namen unserer gefolterten Kinder, im Namen der Völkerfreundschaft rufen wir euch zu: Verbindet euch mit der Weltbewegung der Partisanen des Friedens!

Kämpft für den Frieden!!!
Verhindert einen neuen Krieg!!!
Unterzeichnet den Stockholmer Friedensaufruf!!!

Der FDGB fordert alle Männer und Frauen in Stadt und Land auf, sich mit diesem Aufruf der Frauen von Lidice solidarisch zu erklären und mit verstärkten Kräften den Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft aufzunehmen.

Bildet in allen Betrieben Friedenskomitees!

Schafft Aufklärungsgruppen der Nationalen Front!

Kämpft für ein einheitliches demokratisches Deutschland!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SECRET

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß** eines **Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen** der **USA, Großbritanniens, Frankreichs** und der **Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß** eines **Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen** der USA, **Großbritanniens, Frankreichs** und der **Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß eines Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen** der **USA, Großbritanniens, Frankreichs** und der **Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß** eines **Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen** der USA, **Großbritanniens, Frankreichs** und der **Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß eines Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer **Abkommen** und mit der **Maßgabe**, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für d r i n g e n d geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen** der USA, **Großbritanniens, Frankreichs** und der **Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß** eines **Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für dringend geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß eines Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Erklärung

der Prager Außenminister-Konferenz

Geleitet von den Interessen der Erhaltung des Friedens und der Sicherheit in Europa und unter Berücksichtigung des berechtigten Verlangens des deutschen Volkes nach einer baldmöglichen Verwirklichung einer friedlichen Regelung für Deutschland, erachten die Regierungen der UdSSR, Albaniens, der Tschechoslowakei, Bulgariens, Polens, Rumäniens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik für d r i n g e n d geboten:

1. Abgabe einer **Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion** darüber, daß sie die **Remilitarisierung** Deutschlands und seine **Einbeziehung** in jegliche **Aggressionspläne nicht** zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden.

2. **Aufhebung** aller **Beschränkungen** der Entwicklung der deutschen **Friedenswirtschaft** und die Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Unverzüglichen **Abschluß** eines **Friedensvertrages** mit **Deutschland** unter **Wiederherstellung** der **Einheit** des deutschen Staates in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und mit der Maßgabe, daß die Besatzungstruppen aller Mächte in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages aus Deutschland zurückgezogen werden.

4. **Bildung** eines **gesamtdeutschen konstituierenden Rates** unter **paritätischer** Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands, der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen, demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung zu unterbreiten hat und der bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages heranzuziehen ist. Unter bestimmten Umständen kann eine unmittelbare Befragung des deutschen Volkes über diesen Vorschlag durchgeführt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

HEFT 6 · 1950

IN WORT UND BILD

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

USA IN WORT UND BILD

J. P. MORGAN verbirgt sein Gesicht bei einem Besuch in Long Island hinter seinem Hut. (Siehe Titelbild.) Die großen Verbrecher lieben es, ungekannt zu bleiben. Das zeigt sich auch bei den 19 Nazi-Kriegsverbrechern, die kürzlich aus dem Landsberger Gefängnis entlassen wurden.

Der Mann, der in panischer Eile sich in die Büsche schlägt, ist der ehemalige „Reichspressechef Otto Dietrich. Der Kriegsverbrecher Fritz ter Mer, ehemaliger Direktor der I. G. Farben, wird vom Fotografen beim Frühstück überrascht. Friedrich Flick, der ehemalige führende deutsche Stahlindustrielle, schützt sich mit einem Regenschirm vor indiskreten Blicken. Die Kriegsverbrecher werden entlassen, die Friedenskämpfer werden eingesperrt. Das ist die „Justiz" in Westdeutschland, made in USA.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

FRIEDRICH GEORGE ALEXAN

Der General des Herrn Morgan

Massenmörder McArthur sucht sich vergeblich unter dem Deckmantel der UNO-Flagge zu tarnen.

„Wir besprachen die Pläne, wie man Korea schnellstens den Frieden bringen kann", erklärte Präsident Truman am 17. Oktober in San Franzisko. „Zum Glück für die ganze Welt haben wir für diese Aufgabe einen Mann, der ein großer Soldat ist, General McArthur", fügte er hinzu. Wie der Friede, den der „große Soldat" schnellstens bringen soll, aussieht, zeigen die letzten Meldungen aus Korea. Aber diese Berichte von den unsäglichen Grausamkeiten McArthurs dürfen nicht von der Hauptsache ablenken: der „große Soldat" ist ein noch größerer Businessman. Er ist der Besitzer der großen San Miguel - Brauerei in Manila auf den Philippinen, deren Wert auf mehr als 10 Millionen Dollar geschätzt wird. Der bierbrauende General erhielt vor kurzem von der Truman-Regierung einen à-conto-Scheck in Höhe von 1 055 100 Dollar, angeblich als Entschädigung für Kriegsschäden, die sich nach seinen Berechnungen auf 4 695 708 Dollar beliefen. „Diese Forderung", berichtete Robert S. Allen am 6. Juni in der „New York Post", „hat unter den Veteranen und Kriegsverletzten, deren kleine Rente immer mehr gekürzt wird, ungeheure Empörung hervorgerufen. Ich befragte einige Flieger", schreibt Allen, „die während der japanischen Besetzung oft Manila bombardierten. ‚Uns war ausdrücklich verboten, die Grundstücke, die McArthur gehören, mit Bomben zu belegen', sagten sie." Deshalb konnten die Fabriken McArthurs von den Japanern, als sie 1941 die Philippinen besetzten, sofort auf Kriegsproduktion umgestellt werden. Amerikanische Soldaten fanden im Jahre 1945, als sie in Manila einzogen, fast die ganze Stadt in Trümmern, ausgenommen das Luxushotel „Plaza". Selbstverständlich gehörte es Mc Arthur.

Haifisch Morgan: Nur keine Angst — ich beiße nicht, ich schlucke nur.

Uneingeweihte werden verwundert fragen, auf welche Weise McArthur zu diesen Reichtümern gekommen sei. Die Antwort ist nicht schwer zu finden. „Am Anfang war Morgan", heißt ein amerikanisches Sprichwort. Es ist bekannt, daß bei allen Raubzügen des amerikanischen Imperialismus die weitverzweigten Interessen des Hauses Morgan eine entscheidende Rolle spielen. Das gilt besonders für die Eroberung der Philippinen, jener fruchtbaren Inseln, die als ein reiches Neuland für große Kapitalanlagen das Haus Morgan stärkstens interessierten. Zur Vertretung seiner Interessen hätte Morgan kaum einen besseren finden

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Abschiedsszenen im Hafen von New York. Sie beweisen wie Millionen Unterschriften zur Ächtung der Atombombe: Das amerikanische Volk will keinen Krieg.

können als den jungen Offizier Douglas McArthur. Sein Vater, Generalleutnant Arthur McArthur, hatte um die Jahrhundertwende das philippinische Volk, das eben gerade das jahrhundertealte Joch der spanischen Kolonialherrschaft zerbrochen hatte, nach einem verzweifelten Widerstand in die neue, schlimmere Sklaverei des amerikanischen Imperialismus gebracht. Es lag also ganz in den geschäftlichen Plänen Morgans, den

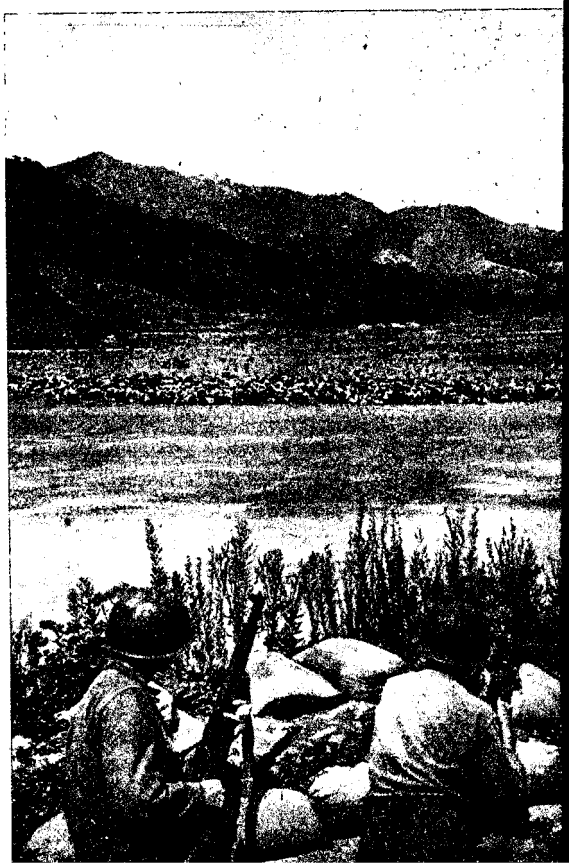
Die „Befreier" kommen — die Bevölkerung flieht.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

jungen ehrgeizigen McArthur im Jahre 1922 an die Tochter eines seiner Teilhaber, Edward T. Stotesbury, zu verheiraten. Auf Betreiben Morgans wurde McArthur zum Generalmajor ernannt und als Befehlshaber des zentralen Manila-Gebiets nach den Philippinen geschickt. Die Bankierstochter ließ sich nach wenigen Jahren scheiden, weil sie, wie sie erklärte, den unausstehlichen Dünkel und Größenwahn MacArthurs nicht ertragen konnte, der an keinem Spiegel vorbeigehen konnte, ohne sich darin wohlgefällig zu begaffen. Selbstverständlich blieb McArthur weiter der General des Hauses Morgan. Nach der großen Wirtschaftskrise von 1929 wurde er nach Amerika zurückberufen. Als Befehlshaber der Truppen, der im Jahre 1932 den Hungermarsch der arbeitslosen Kriegsveteranen in Washington mit brutaler Gewalt auseinanderjagen ließ, machte sich MacArthur im amerikanischen Volk besonders verhaßt. Im darauffolgenden Jahr wurde McArthur auf Fürsprache seines Protektors Morgan abermals nach den Philippinen beordert, diesmal als Oberbefehlshaber der „Verteidigungs"kräfte. In dieser Machtposition kamen McArthurs kaufmännische Fähigkeiten zur vollen Entfaltung. Das „Handbuch der Armee über die Methode, wie man Streiks niederschlägt", das er als Stabschef während seines Aufenthalts auf dem amerikanischen Festland herausgegeben hatte, hatte für ihn auf den Philippinen kaum eine praktische Bedeutung. Er bediente sich ganz einfach der Truppen, um die philippinischen Arbeiter niederzuschlagen, die sich weigerten, in seinen Fabriken für 30 Cents am Tag zwölfstündige Arbeit zu tun. In weniger als zehn Jahren gelang es dem geschäftstüchtigen General, Besitzer großer Aktienpakete verschiedener bedeutender Bergwerksunternehmen zu werden. Er wurde u. a. Hauptaktionär der Antomak-Goldgruben, der Acoje Chromite Co., der großen Bergwerksgesellschaften auf der Insel Palawan usw. „Die gesamte Goldbergwerksproduktion der Philippinen, zu der McArthurs Gruben einen großen Teil beitrugen, belief sich im Jahre 1940 auf mehr als 35 Millionen Dollar", berichtete am 14. September 1945 der Korrespondent des New-Yorker „Daily Worker".

McArthurs Rolle als Repräsentant des Imperialismus ist — wie man sieht — eine zweifache: er ist der Eroberer und Unterdrücker der asiatischen Völker. Zugleich ist er selbst als Kapitalist an der Ausbeutung der kolonisierten Länder



„Ich sah 300 000 verhungernde Flüchtlinge im ‚Tal der Furcht', wie sie in großen Schlucken das faulige Wasser der Reisfelder tranken und zwischen zwei Brechanfällen rohes und gekochtes Gras aßen", schreibt am 13. September 1950 Charles Favrel in ‚Le Monde'." Favrel wurde von McArthur sofort ausgewiesen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Amerikanische Gefangene werden von nordkoreanischen Ärzten untersucht und betreut.

beteiligt. Die Beute, die McArthur und seinem Auftraggeber Morgan und den anderen Hyänen der Wall Street in Korea winkt, ist reich. Die Halbinsel Korea, die im Jahre 1895 von den Japanern erobert wurde, ist reich an Bodenschätzen, besonders Gold, Silber, Kupfer, Zink, Blei und Eisenerz. Weiter gibt es dort große Vorkommen an Schwefelkies, Glimmer, Magnesit, Flußspat, Alumit, Anthrazit, Stein- und Kochsalz. Die japanischen Monopolisten Mitsui, Mitsubishi und andere verbesserten den alten Bergbau und investierten riesige Summen für die Mechanisierung der technischen Anlagen zur Steigerung der Produktion. Die Produktion von Wolframerz und Graphit, die eine kriegswirtschaftliche Bedeutung haben, wurde in dem Jahrzehnt vor dem Überfall auf die Mandschurei besonders intensiviert. Im Jahre 1939 betrug die Förderung von Graphit bereits etwa 50 Prozent der gesamten Weltproduktion.

Das ist die fette Beute, die die USA-Imperialisten zu dem Überfall auf Korea trieb, abgesehen von seiner strategischen Bedeutung als ein Aufmarschgebiet für den fieberhaft vorbereiteten Angriffskrieg gegen die Chinesische Volksrepublik und die Sowjetunion. In der heuchlerischen Sprache eines Truman heißt das: „Wir haben keine Gebietsansprüche und beanspruchen keine Sonderprivilegien. Unsere Soldaten kämpfen für den Frieden in Korea. Die Aufgabe, die unserem geliebten Vaterlande zufällt, ist groß. Indem wir sie erfüllen, verlangen wir von Gott, uns von jedem Egoismus und von jeder Schwäche zu befreien."

Der fromme Wunsch des Herrn Truman läßt J. P. Morgan kalt. Im übrigen hat er Wichtigeres zu tun. Seine National City Bank ist gerade dabei, die Oriental Consolidated Mining Co. zu verschlucken. Diesem Trust, der auch den blutigen Quisling Li Syng Man in Brot setzt, gehören alle Bergwerke des Landes. Wer sie besitzt, hat Korea in der Tasche. Herr Morgan kontrolliert 444 Aktiengesellschaften, die über 75 Millarden Dollar Kapital verfügen. Morgan hat eine große Tasche. Aber Korea könnte ihm doch ein Loch hineinschlagen, ihm und den anderen imperialistischen Räubern.

„Die amerikanischen Truppen behandeln ihre Gefangenen nach den Vorschriften der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention." (Bericht der „Associated Press".)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Amerikanischer Soldat bewacht nordkoreanische Gefangene, die nackt ausgezogen wurden.

Schlachthaus Korea

BERICHT EINES AUGENZEUGEN

„Die amerikanische Armee, die in einem fremden und größtenteils feindlichen Land operiert, begeht Handlungen und ergreift Maßnahmen von äußerster Brutalität", schrieb der amerikanische Frontberichterstatter John Osborne bereits am 21. August in der New Yorker Zeitschrift „Life". „Ich spreche nicht von der gewöhnlichen, unvermeidlichen Wildheit des Schlachtfeldes, sondern von der Bestialität in Einzelfällen: Ausradierung von Dörfern, in denen sich vielleicht der Feind versteckt, oder Erschießung und Verbombung von

Militärpolizist der 24. Division untersucht einen „Verdächtigen" nach Waffen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

sinnige Hunde zu töten hat", sagte der Chef der USA-Truppen in Korea, General Clark, am 5. August 1950.

Flüchtlingen, unter denen sich vielleicht Nordkoreaner befinden . . . Die südkoreanische Polizei und die südkoreanischen Matrosen, die ich in Frontabschnitten beobachtete, sind kaltblütige Schlächter. Sie ermorden Gefangene, um sich die Mühe zu sparen, sie nach hinten zu geleiten; sie ermorden Zivilisten einfach, um sie aus dem Weg zu bekommen oder um der Mühe enthoben zu sein, sie zu durchsuchen und zu verhören. Und sie erpressen Aussagen . . . durch Mittel von einer solchen Brutalität, daß man sie überhaupt nicht beschreiben kann.

Kein Amerikaner, nachdem er die Wirklichkeit des Krieges von Korea gesehen hat, könnte dies eine Polizeiaktion nennen, wie Präsident Truman es hieß, und auch nicht den ersten in einer Serie von kleinen schmutzigen Kriegen, die wir führen müssen, ohne die geringste Anstrengung zu machen. Beinahe alles ist abscheulich in den Augen des amerikanischen Volkes. Es handelt sich nicht um die gewöhnliche und unvermeidliche Grausamkeit während eines Feldzuges, sondern um die Barbarei, die bis ins kleinste organisiert ist: die Vernichtung eines Dorfes, in dem der Feind sich

General Lewis Hershey, der Leiter des Aushebungsdienstes, erklärte: „Was wir brauchen, sind noch mehr tüchtige Totschläger."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

befinden könnte, das Hineinschießen, das Bombardieren vieler Flüchtlinge, weil sich unter ihren weißen Mänteln Nordkoreaner verbergen könnten.

Vom Kommandoposten höre ich eine Stimme inständig durchs Telefon rufen: Mein Gott, John, das geht zu weit, wir schießen auf Kinder.

„Wir müssen den amerikanischen Namen durch einen großen Feldzug der Wahrheit in alle Welt tragen." (Präsident Truman)

Am anderen Ende antwortet der Offizier: Sei vorsichtig, Phil, sei vorsichtig, aber tu deine Pflicht."

Neun Bauern auf dem Reisfeld

Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur „New China" vom 17. September sagte ein amerikanischer Kriegsgefangener, Oberleutnant Robert Layton, der Bombardierer in einem der B-29-Flugzeuge gewesen war: „Es ist kein Zweifel, daß die Koreaner die Amerikaner hassen, und wenn ich die Verluste bedenke, die amerikanische Flugzeuge den unschuldigen Koreanern zugefügt haben, so kann ich vollkommen verstehen, warum." Ein anderer Kriegsgefangener, namens John Kimball, erklärte: „Ich habe nur eine Beschwerde, und die richtet

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

sich gegen die amerikanische Luftwaffe . . . Haben Sie die Dörfer gesehen, meilenweit von so etwas wie einem militärischen Ziel entfernt und flach wie ein Feld? Haben Sie gesehen, wie sie Bauern beschießen, die auf dem Feld arbeiten, und Hüttchen zerstören, die nicht einmal so groß sind, daß eine Kuh darin Platz hätte? . . . Auf meinem Weg hierher sah ich neun Bauern tot auf einem Feld liegen, auf dem sie im Reis arbeiteten, und drei weitere auf einem anderen . . . Ich kann mit meinem Land nicht einverstanden sein, das solche Dinge tut."

Flüchtlinge werden massakriert

Tom Driberg, ein Mitglied des englischen Parlaments, veröffentlichte in der Londoner Zeitung „Reynolds News" vom 17. September 1950 ein Interview mit einem amerikanischen Piloten, der zugab, daß er auf Befehl Massen von Flüchtlingen auf den Landstraßen mit Maschinengewehrfeuer belegen ließ, um zu verhindern, daß sich darunter Spione einschleichen könnten.

Li Syng Mans Blutjustiz

Das Westtor-Gefängnis, das unter den Japanern etwa 4000 Leute faßte, hat unter der amerikanischen Marionettenregierung Li Syng Mans nie unter 12 000 Insassen. Frühere Gefangene bestätigen, daß die gewöhnliche Methode der Folterung das Schlagen für eine lange Zeit von Tagen und Wochen war. Dann kam das Ertränken in bedeckten Badewannen. Die schwere Strafe der Folterung war das Aufhängen an den Handgelenken, die auf dem Rücken

Das koreanische Mädchen wird ihr ganzes Leben lang den mörderischen Eisenvögeln aus Amerika fluchen, die ihre Mutter und ihre Geschwister getötet haben.

zusammengebunden waren. Diese barbarische Strafe nannten die Henker „Aeroplan". Eine schärfere Strafe war, daß den Gefangenen für die Dauer von zwei oder drei Monaten die Hände auf dem Rücken gefesselt wurden, so daß sie gezwungen waren, wie Hunde zu essen. Eine besondere Behandlung war die „elektrische" Folterung, nasse Lederzwangsjacken, die, wenn sie austrockneten, das Atmen erschwerten.

Yongtok – ein zweites Nagasaki

„Eine südkoreanische Hafenstadt, in der 10 000 Menschen wohnten, wurde durch die britischen und amerikanischen Bombardements völlig zerstört. Die Ruinen von Yongtok glichen nach der Bombardierung Nagasaki nach der Atombombenexplosion", schreibt Berichterstatter Boylee von der Associated Press.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Vor den Leichen von vier koreanischen Soldaten blieb der General einen Augenblick stehen und sagte dann: „Dies ist ein erfreulicher Anblick für meine alten Augen."
(Bericht des Korrespondenten des Reuterbüros in Korea, De Ray MacArtney)

„Freie Wahlen" in Südkorea

McArthur importiert Chikagoer Gangstermethoden

In den drei Tagen vom 7. bis 10. Mai 1950, unmittelbar vor den „Wahlen", wurden über 5400 Menschen verhaftet, 350 erschlagen oder schwer verletzt. Nach dem Wahltag, vom 11. bis 14. Mai, sind 128 Menschen erschlagen und 137 verletzt worden.

Am Wahltag waren die gesamte amerikanische Okkupationsarmee, die Polizei und die terroristischen Banden der faschistischen Jugendorganisation mobilisiert. An den Küsten Koreas kreuzten amerikanische Kriegsschiffe. Über den Städten kreisten amerikanische Kampfflugzeuge, in den Straßen patrouillierten amerikanische Soldaten mit entsicherten Maschinenpistolen.

Das waren die sogenannten „freien Wahlen" in Südkorea im Mai 1950, mit denen die USA-Imperialisten die Zerreißung Koreas vor der Weltöffentlichkeit zu legalisieren versuchten.

Der galante General küßt Madame Tschiangkaischek die Hand.

◄ „Das blutige Beil" nennen die koreanischen Freiheitskämpfer den Verräter Li Syng Man, der als Henker im Auftrag des Henkers McArthur die systematische Abschlachtung aller politischen Gefangenen durchführt, deren Zahl bei 400 000 liegt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Herren aus USA

Von Friedrich Wilhelm Pirwitz.

Die Herren aus USA liefern
Kommißbrot, Granaten und Speck.
Sie liefern und liefern und liefern,
Das ist ihr Daseinszweck.

Sie gründen Trusts und Konzerne,
Gesellschaften ohne Zahl,
Und liefern in fernste Ferne
Eisschränke, Maschinen und Stahl.

Sie liefern Krisen, Konflikte,
Kursstürze und Artillerie.
Sie liefern die ganze verzwickte
„totale Diplomatie."

Sie machen Offerte in Künsten,
Beliefern mit Kitsch das Gemüt.
Sie liefern zu höchsten Gewinnsten.
Die Seele ist Wirtschaftsgebiet.

Es ziehen die dunklen Gesellen
Die Fäden mit Spinnengeschick.
Sie sitzen in höchsten Stellen
Und liefern die Welt-Politik.

Sie liefern Kriege wie Zwiebeln,
Die Herrn von der Schwerindustrie.
Sie liefern Atombomben, Bibeln,
Denn frömmer ist keiner als sie.

Sie schachern mit Treu und mit Glauben,
Verhandeln das Vaterland
Wie Puppen und Kuxe und Schrauben
Und stecken die Erde in Brand.

Es liefern die Marshall-Lieferanten
Geschichte mit Schlachtengebraus.
Sie liefern und liefern und liefern
Sich selber dem Untergang aus!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ALBERT NORDEN

Mister Hearst macht Krieg in Kuba

Im Hafen von Havanna, der Hauptstadt der größten der Karibischen Inseln, Kuba, die dem Golf von Mexiko vorgelagert ist und seit Columbus von Spanien beherrscht war, flog 1898 das amerikanische Schlachtschiff „Maine" mit seiner Besatzung in die Luft. Bis auf den heutigen Tag sind die Ursachen des Unglücks unbekannt geblieben. Aber durch ganz Amerika hallte damals der Racheschrei gegen Spanien, das des Verbrechens bezichtigt wurde, und übertönte die Beileidsäußerungen der erschrockenen Madrider Regierung, die angesichts der amerikanischen Drohungen zu allen möglichen Konzessionen bereit war. Die raubgierigen Imperialisten Washingtons jedoch waren zum Krieg entschlossen. Nach ihm riefen die Zuckerplantagenbesitzer der USA, die in Kuba Pflanzungen im Werte von 50 Millionen Dollar angelegt hatten. Nach ihm schrien die Militärs, die auf die strategisch wichtigen Besitzungen Spaniens im Karibischen Meer und im Stillen Ozean scharf waren. Nach ihm schrie der Besitzer von Ölvorkommen und anderer Erdschätze in Mittelamerika, der Zeitungsmagnat W. R. Hearst. Als sein nach Kuba geschickter Bildreporter Frederick Remington 1898 telegrafierte:

„hearst new york journal stop alles ist ruhig stop es gibt keine unruhen hier stop ich möchte zurückkehren da es keinen krieg geben wird stop remington"

antwortete Hearst:

„remington havanna stop bitte bleiben sie stop sie liefern die bilder und ich liefere den krieg stop hearst".

Die heruntergekommene und zerrüttete spanische Monarchie wurde in dem ihr aufgezwungenen Krieg 1898 schnell besiegt und mußte Kuba, Puerto Rico und die Philippinen preisgeben. Amerika trat in die Reihe der großen Kolonialmächte ein; denn die von Spanien ausgebeuteten Besitzungen, weit davon entfernt, die von Amerika versprochene Freiheit zu erlangen, wechselten nur den Besitzer.

Aus den 50 Millionen Dollar, die vor einem halben Jahrhundert amerikanischerseits in Kuba angelegt waren, sind inzwischen weit über eine Milliarde geworden. Vier Fünftel der Ein- und Ausfuhr Kubas bestreiten die USA. Den Trusten der Vereinigten Staaten gehört die Zuckerindustrie, dieser entscheidende Wirtschaftszweig Kubas. Den Trusten der Vereinigten Staaten, vor allem denen der Stahlindustrie, gehören die beträchtlichen Eisenerzvorkommen Kubas. Der von Morgan beeinflußte Internationale Telefontrust kontrolliert das Telefonnetz Kubas. Die Truste der Vereinigten Staaten, besonders die Pan American Airways, regieren und dirigieren

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

den Luftverkehr Kubas. 90 Prozent des landwirtschaftlich bebauten Bodens von Kuba befinden sich in Händen der USA-Truste. Kurz, wohin man greift, handelt es sich um nordamerikanisches Kapital, dessen Fangarme die fünf Millionen Einwohner zählende kubanische Nation fest umspannt halten.

Als im Mai 1912 die Hafenarbeiter von Havanna in den Streik traten, war dies für die Herren in Washington ein erwünschter Anlaß, um abermals mit Schlachtschiffen und Truppen in Kuba zu erscheinen. Vor allem wurden die Truppen in den Anlagen der United States Fruit Company eingesetzt, dieses gigantischen Lebensmitteltrusts mit einem Kapital von einer Viertelmilliarde Dollar, der in Kuba, Jamaika und in der Länderkette von Nikaragua bis Kolumbien 160 000 Hektar Pflanzungen besitzt, nicht gerechnet die 1 200 000 Hektar, die ebenfalls der Firma gehören und noch nicht bebaut sind. Wer immer Präsident in einem der mittelamerikanischen Staaten sein mag — der wirkliche Machthaber ist diese United States Fruit Company. Sie hat nicht wenige Bürgerkriege angezettelt, und auf ihr Konto kommen so entsetzliche Bluttaten wie die Zermalmung des Zuckerarbeiterstreiks in Kolumbien, bei dem im Dezember 1928 annähernd 1400 streikende Arbeiter niedergeschossen wurden.

1923 zwang General Crowder das Land, beim Bankhaus Morgan eine Anleihe von 50 Millionen Dollar aufzunehmen, für die Kuba seine Zolleinnahmen und zehn Prozent des Betrages verpfänden mußte, um den die Staatseinnahmen jährlich die Summe von 60 Millionen Dollar überschreiten würden. Die amerikanischen, keineswegs kommunistischen Verfasser des Buches „Dollar-Diplomatie" sagen über Kuba, daß es heute zwar „theoretisch ein souveränes

In den riesigen Zucker- und Tabakplantagen, die den amerikanischen Monopolisten gehören, arbeiten bei glühender Hitze kubanische Arbeiter zu Hungerlöhnen.

Staatsgebilde" sei. Praktisch jedoch wird das Wirtschafts- und politische Leben der Insel von New York und Washington aus beherrscht ... „Das politische Leben Kubas wird vom Vertreter des Staatssekretariats geleitet. Die Herrschaft Amerikas über die Insel ist vollständig", schließen die Verfasser.

Von 1925 bis 1933 herrschte in Kuba ein blutbesudeltes Ungeheuer. Dieser Machado war, bevor er des Landes Tyrann wurde, Präsident einer örtlichen Branche der Morganschen Elektrizitäts- und Telefoninteressen gewesen. Als er schließlich durch den Generalstreik des Volkes gestürzt wurde, schickten die USA wie üblich ihre Schlachtschiffe, verweigerten die Anerkennung der neuen Volksregierung und gaben sich erst zufrieden, als irgendein Wallstreet gefälliges Subjekt gewählt wurde, das seine Nützlichkeit durch blutige Unterdrückung der linken Parteien und Gewerkschaften bewies.

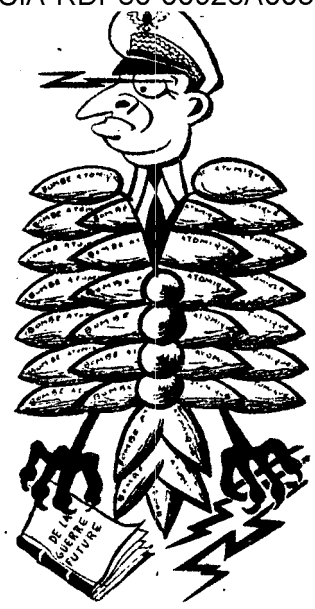
(Aus dem soeben im Dietz Verlag erschienenen Buch „So werden Kriege gemacht!" Über Hintergründe und Technik der Aggression.)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

MARGOT MERTEN

Ein menschenfreundlicher Stratege



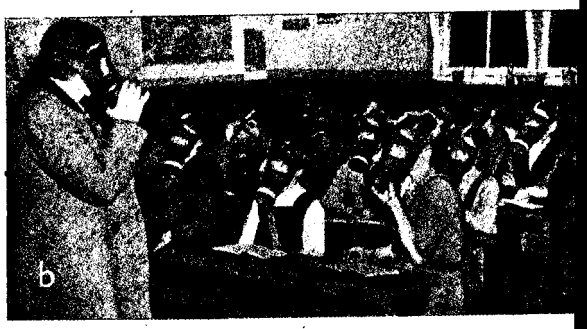
General Fuller ist einer der führenden anglo-amerikanischen Kriegstheoretiker. Er wurde während des zweiten Weltkrieges nach Washington als strategischer Berater des offiziellen Organs der amerikanischen Schwerindustrie „Army Ordnance" berufen. 1945, kurz vor Kriegsschluß, veröffentlichte die englische Zeitung „Evening Standard" eine Artikelserie „Der Einfluß der Waffen auf die Weltgeschichte", die seinem Ruf eines hervorragenden strategischen Fachmanns neuen Glanz verlieh.

In einer Reihe von Artikeln legt General Fuller, Inhaber des Hosenbandordens und anderer hoher Auszeichnungen, den wohltätigen und fördernden Einfluß des Krieges auf die Menschheit dar. „Die Vorbereitung eines Krieges erfordert viel Arbeit, und die Kriegsführung verschafft den Arbeitslosen Beschäftigung durch ihre Einberufung in die Armeen, die sich gegenseitig liquidieren", so beginnt der Artikel. Man sieht förmlich den stählernen Glanz in den Augen des Generals über seinen genialen Einfall. Angefeuert durch diesen Gedankenblitz beginnt General Fuller sein „soziales" Programm weiter auszubauen: „Der Krieg verheert ganze Länder und verwandelt ihre Städte in Trümmerhaufen. Damit schafft er automatisch nach seiner Beendigung eine Nachfrage nach Arbeitskräften", fährt General Fuller fort. Ein kühner Wegbahner, weist er dem Krieg völlig „neue Funktionen" zu. Krieg dient, nach Fuller, ausschließlich „zur Lösung des Arbeitslosenproblems als Sicherung gegen innere Anarchie — deshalb muß dem Problem der Kriegsproduktion in unserer Zivilisation der erste Platz zu-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

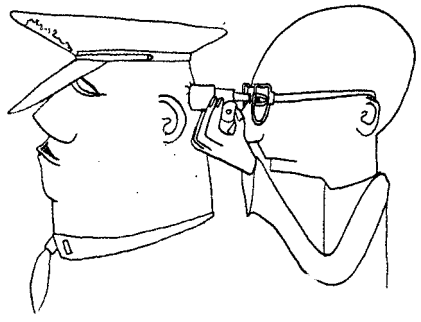
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

gewiesen werden. Da der Krieg das einzige Korrektiv der Überproduktion in einer Wirtschaft ist, in der die Erzeugnisse nicht voll verbraucht werden, so ist die militärische Organisierung ganzer Nationen in Friedenszeiten notwendig, nicht nur für eine vollständige Vorbereitung zum Krieg, sondern auch zur Gewährleistung des inneren Friedens. So kommen wir zu einem Kriegsstaat, der sich in seiner ganzen Auffassung radikal von einer bewaffneten Nation unterscheidet." Fuller zerschlägt — so glaubt er — mit einem Hieb den gordischen Knoten der Überproduktion in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. „Das Wesen dieses Kriegsstaates ist, daß er eine ständige Kriegsgefahr erfordert, d. h., der Krieg wird zum zentralen, alles bewegenden und alles befruchtenden Problem der Menschheit. Schuld an dieser neuen Weltsituation sind die Maschinen. Sie führen zur Arbeitslosigkeit", entrüstet sich Fuller. „Die Arbeitslosigkeit erhöht die Kampfkraft, und die Kampfkraft braucht einen Feind, um Existenzberechtigung zu haben. Diesen Feind schafft die Politik, und hieraus ergibt sich automatisch der Krieg, der vorübergehend das Problem der Arbeitslosigkeit löst." Nun ist General Fuller ganz in seinem Element. Er schildert die Vorzüge des Krieges und hebt besonders rühmend hervor, daß er die „Langeweile der mechanisierten Gesellschaft unterbricht, animalische Urinstinkte rechtfertigt und gleichzeitig das Mechanische vergöttert". „Aber", folgert Fuller, „der Arbeitslose, der den Krieg braucht, um sich als Arbeitsloser und eventuell auch als Mensch aus der Welt zu schaffen, braucht dazu einen moralischen Antrieb." „Wie die Kriegsmaschine durch Erdöl betrieben wird, so wird der Kriegswille des Menschen durch die Lüge in Bewegung gesetzt", verkündet dieser zynische General.



Daß es sich bei diesem Strategen der Lüge, dem Techniker des Sterbens (der anderen), nicht um einen gemeingefährlichen Sonderfall handelt, geht aus der Zeitschrift „Revue der nationalen Verteidigung" hervor, die in Fontainebleau erscheint und das Zentralorgan des „Generalstabes der Atlantikarmee" ist. Unter der Überschrift „Skizzen einer Weltstrategie" entwickelt General Chassin seine Pläne für den dritten Weltkrieg: „Bei einem ersten Massenangriff von 400 Bombenflugzeugen, von denen man 10 Prozent Verluste abrechnen muß — also mit 360 Bombenflugzeugen, die ihr Ziel erreichen, wird das Angriffsland ein Minimum von 36 Millionen Toten haben. Sämtliche Industriestädte, Verwaltungszentren und Häfen dieses Landes, alle seine großen Bahnhöfe, seine Lager und Fabriken werden verschwunden sein. Die länd-

„Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Amerika nehmen an dem großen ethischen Kreuzzug für die ‚Freiheit' teil."
(General Lucius D. Clay, Berlin, 24. 10. 50)
(Beispiele zeigen die Bilder a, b)



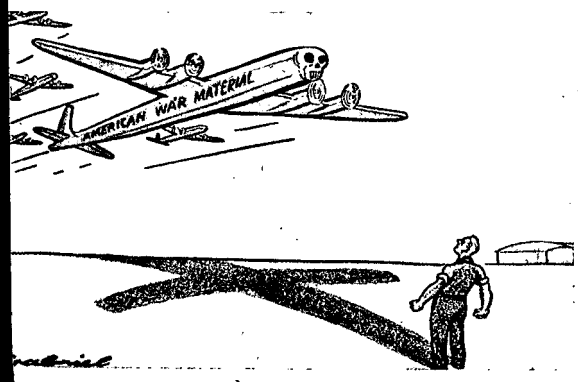
Sergeant Jack O'Brien wird für den „ethischen Kreuzzug für die Freiheit" O.K. befunden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

lichen Gegenden werden schnell eine furchtbare Hungersnot erleiden. — — Man muß auf verheerende Zerstörungen gefaßt sein, die imstande sind, Ernten, Vieh sowie die menschlichen Wesen zu vernichten." Die Reihenfolge mag ungewöhnlich sein, aber sie entspricht ganz der Einstellung dieser kannibalischen Massenmörder, für die die Menschen nur noch als Menschenmaterial zählen, das sie nach ihren verbrecherischen Plänen wie jedes andere „überschüssige" Material vernichten können, wenn es den Interessen ihrer monopolistischen Auftraggeber entspricht.

Das sind die Ausführungen eines führenden Generals der „Atlantikarmee", jener vom USA-Generalstab dirigierten europäischen Landsknechtsarmee für einen imperialistischen Angriffskrieg. Sie bestätigen, daß es sich hier nicht um Einzelfälle von mörderischer Tollwut handelt, sondern um typische Wortführer einer verfaulenden Schicht, die in dem Wissen um ihren unaufhaltsamen Untergang in eine blindwütige Raserei des Alles-vernichten-Wollens verfällt. General Fuller redet sich als ein Spezialist der Kriegshysterie den Schaum vor den Mund und ist nach einem nihilistischen Vorbild wahrscheinlich sogar bereit, in einen Teppich zu beißen, wenn er damit bewirken kann, daß eine ganze junge Generation, durch seine Lüge verblendet, ins Gras beißen wird. Ganz im Sinne seiner früheren düsteren Prophezeiungen in seinem Buch von dem „Zukunfts-



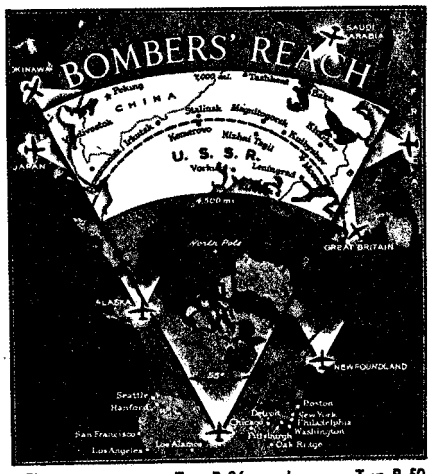
Die amerikanische „Zivilisation" wirft ihren Schatten über Europa.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

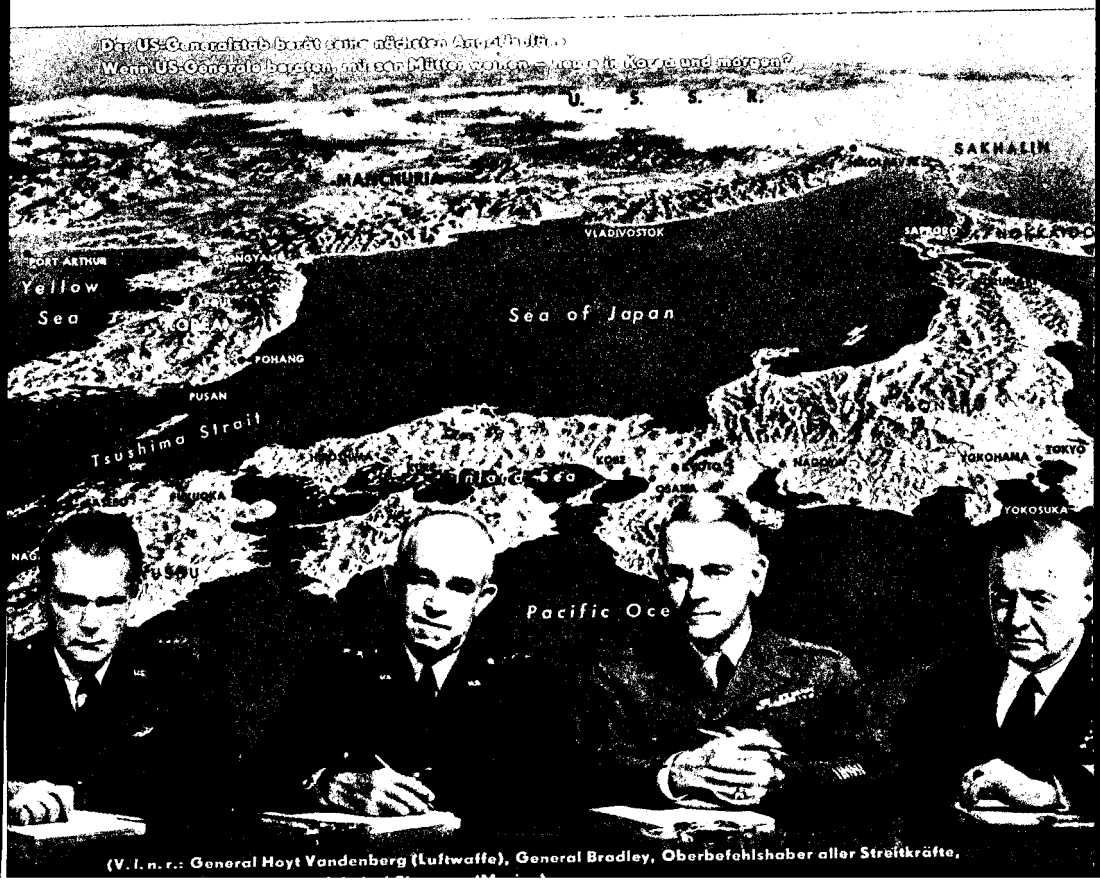
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

losenfrage nach Methode Fuller-Truman: Im Haushaltsjahr 1950/51 werden die USA 50 Milliarden Dollar für Rüstungen ausgeben, d. h. 400 Prozent mehr als im Jahre 1949/50.

krieg", wo er die Verwendung von Kampfgasen empfiehlt und besondere Stickstoffgaswagen vorschlägt, die „den Feind verfolgen und überall die Pest verbreiten", legt General Fuller nun seine ganze Hoffnung auf die Atombombe. „Die Atombombe ist unsere Zukunft", ruft er frohlockend aus, und es ist klar, eine Schicht von Machthabern, die die Drohung der Atombombe in der Hand hält, ist eine tödliche Gefahr für alle friedliebenden Menschen, die sich ihrer nur erwehren können durch einen gesteigerten, noch leidenschaftlicher geführten Kampf gegen jene Unholde, die im Interesse einer kleinen Schicht raffgieriger Milliardäre die Menschheit in ein neues fürchterliches Blutbad stürzen möchten.



„Flugzeuge vom Typ B 36 und vom Typ B 50 können die Atombombe überall in Sowjetrußland abwerfen."
(General Spaatz, ehem. Oberbefehlshaber der USA-Luftflotte „Newsweek", 11. 9. 50.)



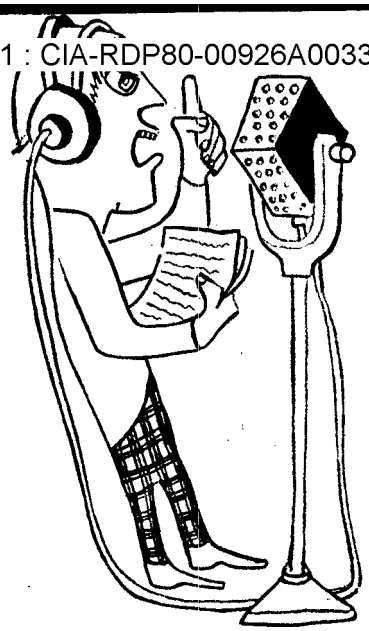
(V. l. n. r.: General Hoyt Vandenberg (Luftwaffe), General Bradley, Oberbefehlshaber aller Streitkräfte,

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

W. B. ELMER

Der Durchschnitts-Amerikaner



ist eine Mär, sozusagen der „Mythos des 20., des Amerikanischen Jahrhunderts". Von allen Erfindungen der USA-Propagandamaschine ist er zweifellos die geschickteste.

Amerika ist bekanntlich das Land der Kontraste. Millionen Werktätigen, die kaum das nackte Leben verdienen, steht eine verschwindend kleine Zahl von Ausbeutern gegenüber, denen es gelungen ist, durch brutale Methoden fast den gesamten Reichtum eines Erdteils an sich zu reißen, und die durch den monopolistischen Besitz einer gewaltigen Produktionsmaschine täglich reicher werden. „Ein Prozent der Bevölkerung der USA besitzt heute 59 Prozent der Reichtümer des Landes", schrieb bereits vor einigen Jahren Anna Rochester in ihrem Buch „Die Regierenden Amerikas". Diese 59 Prozent des nationalen Reichtums befinden sich nach einer Berechnung des Wirtschaftspolitikers Ferdinand Lundberg zum überwiegenden Teil in den Händen von 60 Familien. „Die Morgan, Rockefeller, Du Pont usw. sind die wahren unumschränkten Herren im heutigen Amerika", stellt Lundberg fest.

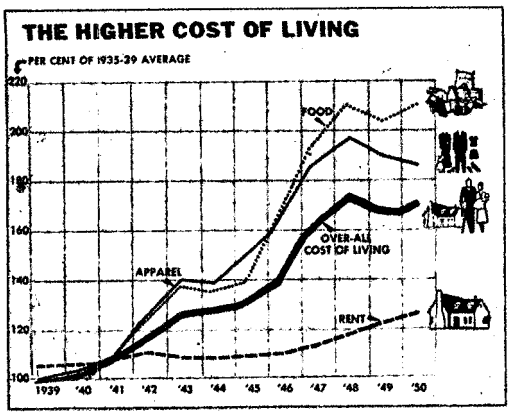
Angesichts dieser schreienden Gegensätze bekommt die legendäre Figur des Durchschnittsamerikaners, von dem jeder spricht, den aber keiner noch je zu sehen bekam, besondere Bedeutung. Die „magische Formel", durch die diesem nebulosen Wesen Leben eingehaucht wird, heißt Statistik. Nehmen wir z. B. eine der Broschüren, die von dem Propagandabüro in Washington in Millionenauflagen herausgegeben und gegenwärtig auch in Westdeutschland in Riesenmengen verteilt wird. „Die Durchschnittskost einer amerikanischen Familie ist", nach einer Feststellung des US-Arbeitsministeriums, „reichhaltig und von sehr hohem Nährwert". Der durchschnittliche Tagesverbrauch an Nahrungsmitteln beträgt pro Person so und so viel, die durchschnittliche Menge an Ka-

Amerikanische Wohnkultur
a) für die Großverdiener, b) für die 18 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Korea und die Börse
Löhne fallen — Lebensmittelpreise steigen



Profite steigen — Menschen fallen

lorien beträgt so und so viel. „Der Durchschnittsamerikaner kauft jährlich 1¾ Anzüge", berichtet die Propagandaschrift weiter. In die profane Wirklichkeit übertragen, bedeutet das, wenn z. B. ein Millionär jährlich zehn Anzüge kauft und wenn sieben Arbeitslose im gleichen Jahr keinen Anzug kaufen, so kommen pro Jahr auf den Kopf, nicht auf den Körper gerechnet, 1¾ Anzüge. In einer vom Informationsbüro des Herrn McCloy herausgegebenen Broschüre heißt es wörtlich: „Die Amerikaner sparten im Jahre 1948 insgesamt 4,9 Milliarden Dollar in bar, Bankguthaben, Staatspapieren und Versicherungen, wie die Wertpapier- und Börsenkommission mitteilt." In dem letzten Bericht des Vereinten Wirtschaftskomitees des Kongresses wird allerdings ausdrücklich bemerkt, daß 99 Prozent aller Spareinlagen von 20 Prozent der Familien in den Vereinigten Staaten gemacht wurden, wobei natürlich eine kleine Oberschicht den größten Teil stellt, während die restlichen vier Fünftel der Bevölkerung zusammen gerechnet nur 1 Prozent Ersparnisse (ein Prozent) zurücklegen. Dieses kleine, nicht unwichtige Detail wird natürlich von den Statistikern des Herrn McCloy totgeschwiegen.

Hoch bezahlte „Experten" haben eine endlose Tabelle von solchen „exakten" Berechnungen für alle Gebiete des täglichen Lebens aufgestellt. Die Statistik wird damit in den Dienst der herrschenden Kreise

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

zur „Berichtigung" der Wirklichkeit gestellt. Alle diese Machenschaften können die Wirklichkeit verschleiern, sie können sie nicht aufheben. Sie können weder die Magen der 18 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter füllen, noch können sie diese Menschen kleiden und ihnen eine menschenwürdige Wohnstätte geben. Das gilt in stärkerem Maße für die Millionen ausgesteuerten und völlig besitzlosen Menschen, die von den Wohlfahrtsämtern und privaten Organisationen gerade soweit unterstützt werden, daß sie nicht die „öffentliche Ruhe und Sicherheit" der Besitzenden gefährden. Auf die breiten Massen des werktätigen Volkes müssen derartige statistische Roßtäuschereien wie ein blutiger Hohn auf ihre von den Trusts verschuldete Armut und ihr Elend wirken.

Wie die sozialen Verhältnisse tatsächlich liegen, geht aus dem historischen Ausspruch Präsident Roosevelts vom 20. Januar 1937 hervor: „Ich sehe ein Drittel unserer Nation ungesund wohnen, unzureichend bekleidet und ungenügend ernährt." Dieser Zustand hat sich in den Jahren seit 1945 notorisch verschlechtert. In seinem Bericht über „Die Lage der Nation" sagte Präsident Truman vor dem Kongreß am 6. Januar 1950: „Unser gegenwärtiges Programm der Sozialversicherung ist vollkommen ungenügend. Ein Drittel der Arbeitslosen — in manchen Gebieten sind es sogar zwei Drittel — bekommen keine Arbeitslosenunterstützung. Viele Städte und Gemeinden im Lande verfügen über keine Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen und ihrer Familien. Dazu kommen mehrere Millionen arbeitsunfähig gewordener Werktätiger, meistens Ernährer ihrer Familie, die keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Von den älteren Leuten haben 70 Prozent keinen Anspruch auf irgendwelche Unterstützung. Millionen unserer Bürger können nicht die erforderliche ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen, weil es in unserem Lande keine entsprechenden sozialen Einrichtungen gibt." Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten geschilderten Mißstände eher eine Beschönigung der tatsächlichen „Lage der Nation" darstellen. Zum Beweis dessen mag es genügen, den offiziellen Bericht des sogenannten Heller-Komitees vom Dezember 1948 zu zitieren. Danach sollte das Mindesteinkommen einer Familie, d. h. eines Haushalts mit vier Mitgliedern, 4111 Dollar pro Jahr betragen haben. Nach einem Bericht des Statistischen Amtes in Washington hatten in diesem Jahre von 37 Millionen amerikanischen Familien elf Prozent ein Lohneinkommen von weniger als 1000 Dollar. Das heißt, über vier Millionen Familien oder 16 Millionen Personen hatten ein Einkommen, das kaum ein Viertel des amtlich berechneten Lebensminimums betrug. 16 Prozent der Familien verdienten — nach demselben Bericht — von 1000 bis 2000 Dollar pro Jahr; d. h., mehr als sechs Millionen Familien oder 24 Millionen Menschen hatten weniger als die Hälfte des Betrages, der als normales Existenzminimum gilt. Das erklärt auch die Feststellung von Dr. Hazel Stiebeling, des Chefs des US-Büros für Ernährung im Landwirtschaftsministerium, daß tatsächlich die Hälfte der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten unterernährt ist. Nach diesem amtlichen

Wallstreet – die Straße der Milliardäre. Während des zweiten Weltkrieges machten die großen Truste 52,6 Milliarden Dollar Profit. Während des „kalten Krieges" von 1945—1949 wurde der Nettoprofit auf 78 Milliarden Dollar gesteigert
Wall Street — die Straße der Morgan, Rockefeller, Du Pont, Mellon, Vanderbilt, der wahren Herren Amerikas, die das Land in einen faschistischen Polizeistaat und die ganze Welt in eine amerikanische Kolonie verwandeln möchten.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Bericht starben in den USA im vergangenen Jahr 325 000 Menschen, die bei entsprechender ärztlicher Behandlung am Leben hätten erhalten werden können. Während des zweiten Weltkrieges wurden nach der Musterrolle fünf Millionen der amerikanischen Heeresdienstpflichtigen, d. h. mehr als ein Drittel, physisch und geistig für untauglich befunden. Solche authentischen Berichte über die wahren sozialen Verhältnisse in USA werden von der großen Presse unterschlagen. Dasselbe geschieht mit den Ziffern über die steigenden Rüstungsgewinne der großen Trusts. Das Statistische Amt verschweigt z. B., daß in den Jahren 1945 bis 1948 die großen Unternehmen eine Rekordsteigerung der Profite von 130 Prozent erzielten, während die Reallöhne der Arbeiter um etwa 15 Prozent fielen. Es verschweigt, daß das Steigen der Lebensmittelpreise seit der Intervention in Korea um durchschnittlich 25 Prozent die wachsende Verelendung der werktätigen Massen beschleunigt hat. Es verschweigt, daß seit Beginn des kalten Krieges ein neuer Strom von Milliardengewinnen in die Taschen der Monopolisten floß und daß der Überfall auf Korea ihnen neue Blutprofite einbrachte. Diese Tatsachen sind in dem ausschließlich von Börsenschiebern und Spekulanten gelesenen Fachblatt der Hochfinanz „Wallstreet Journal" nachzulesen. In der Ausgabe vom 28. August findet man z. B. einen Bericht, wonach die Profite von 720 führenden Trusts vom 31. März bis zum 30. Juni 1950 im Vergleich zu dem vorhergehenden Vierteljahr um mehr als 800 Millionen Dollar, d. h. etwa 42 Prozent gestiegen sind. Der Bericht des Verbandes zum Studium von Arbeiterfragen vom 7. Juni 1950, der aus begreiflichen Gründen von der Monopolpresse totgeschwiegen wird, bringt interessante Ziffern: „Im Jahre 1940 gab es nur 27 Trusts mit einem jeweiligen Aktienkapital von über eine Milliarde Dollar. Nach einem Bericht vom 12. Juni 1950 gibt es jetzt in den Vereinigten Staaten 56 solcher Mammuttrusts. Diese 20 Großbanken, 18 Industrietrusts, 13 Versicherungskonzerne und fünf Gas- und Elektrizitätsgesellschaften verfügen heute insgesamt über ein Aktienkapital von mehr als 135 Milliarden Dollar. In den 55 Monaten des zweiten Weltkrieges betrugen die Rüstungsgewinne dieser Trusts 52,6 Milliarden Dollar. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1950 belaufen sie sich bereits auf viele Milliarden Dollar. Diesen beispiellosen Profiten entsprechen auch die riesigen Gehälter, die die Trusts an ihre Direktoren zahlen. Direktor Wilson von der General Motors Corp. „verdiente" im Jahre 1949 586 100 Dollar, Direktor Greenewald vom Du Pont-Trust 438 550 Dollar. Der Präsident Drake vom Rockefeller-Trust erhielt 343 000 Dollar, während der Präsident der Bethlehem Steel Corp. „nur" 333 996 Dollar nach Hause brachte. Vergleicht man die Gehälter der Direktoren von 10 000 und mehr Dollar pro Woche mit dem Hungerlohn von kaum 20 Dollar pro Woche, wovon Millionen arbeitender Menschen mit ihren Familien leben müssen, so wird klar, daß Amerika tatsächlich das Land der unbegrenzten Ausbeutung ist. Es wird auch klar, welch eine infame und ungeheuerliche Lüge hinter der sagenhaften Figur des Durchschnittsamerikaners und seiner vielgerühmten „amerikanischen Lebensweise" steht, die den „morganisierten" Ländern Europas und auch in Westdeutschland als das erstrebenswerte Ziel dargestellt werden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

CITY EDITION

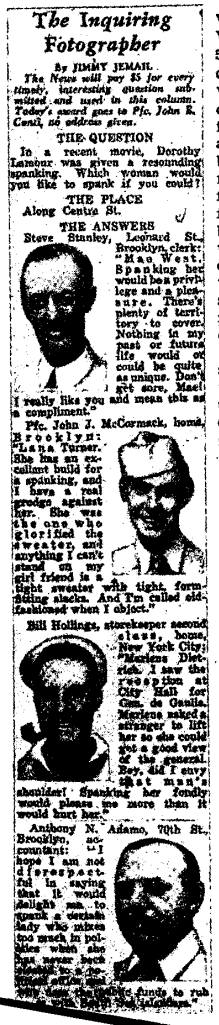
DAILY NEWS

Copr. 1950 by News Syndicate Co. Inc. NEW YORK'S PICTURE NEWSPAPER Trade Mark Reg. U. S. Pat. Off.

3¢

Vol. 32. No. 34 New York 17, Thursday, August 3, 1950* 76 Pages 3 Cents IN CITY | 4 CENTS | 5 CENTS In Suburbs | Elsewhere

WELCHE FRAU MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN VERPRÜGELN?



The Inquiring Fotographer

By JIMMY JEMAIL

The News will pay $5 for every timely, interesting question submitted and used in this column. Today's award goes to Pfc. John E. Cenit, no address given.

THE QUESTION

In a recent movie, Dorothy Lamour was given a resounding spanking. Which woman would you like to spank if you could?

THE PLACE

Along Centre St.

THE ANSWERS

Steve Stanley, Leonard St., Brooklyn, clerk: "Mae West. Spanking her would be a privilege and a pleasure. There's plenty of territory to cover. Nothing in my past or future life would ot could be quite as unique. Don't get sore, Mae! I really like you and mean this as a compliment."

Pfc. John J. McCormack, homa, Brooklyn: "Lana Turner. She has an excellent build for a spanking, and I have a real grudge against her. She was the one who glorified the sweater, and anything I can't stand on my girl friend is a tight sweater with tight, form-fitting slacks. And I'm called old-fashioned when I object."

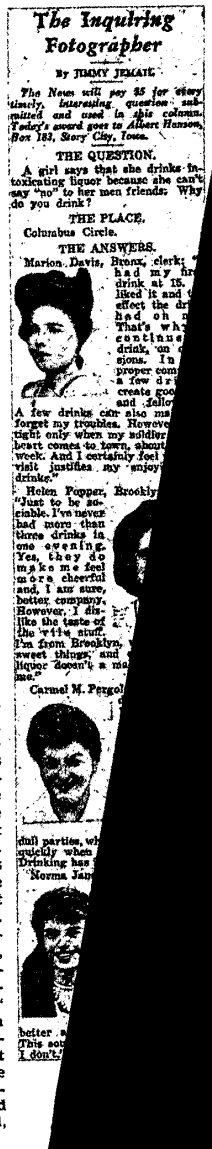
Bill Hollings, storekeeper second class, home, New York City: "Marlene Dietrich. I saw the reception at City Hall for Gen. de Gaulle. Marlene naked a stranger to lift her so she could get a good view of the general. Boy, did I envy that man's shoulders! Spanking her fondly would please me more than it would hurt her."

Anthony N. Adamo, 70th St., Brooklyn, accountant: "I hope I am not disrespectful in saying that it would delight me to spank a certain lady who takes too much in politics when she has never been [illegible] to do anything [illegible] to rub [illegible]."

Die „Daily News" in New York ist mit einer Auflage von etwa 3 Millionen an Wochentagen und nahezu 5 Millionen an Sonntagen die größte Tageszeitung der Welt. Ein kurzer Blick in die Zeitung zeigt, daß sie ihren Ruf, das typische amerikanische Sensationsblatt zu sein, nicht zu Unrecht hat. Sie ist in Kleinformat gedruckt und umfaßt wochentags etwa 72 bis 84 Seiten. Die Sonntagsausgabe, die bereits das Datum vom Montag trägt, ist 120 bis 150 Seiten stark. Die Zeitung enthält zum großen Teil nur Skandalaffären, Mord-, Scheidungs- und Gangstergeschichten. Dazwischen sind, fast nur in Stichworten, um den Kostbaren Raum für das fette Inseratengeschäft zu sparen, kurze Nachrichten veröffentlicht, selbstverständlich mit einer reaktionären und arbeiterfeindlichen Tendenz, soweit es sich um Innenpolitik handelt, und grundsätzlich kriegshetzerisch und rabiat antisowjetisch, soweit es sich um außenpolitische Fragen dreht.

Die „Daily News" kann für sich auch den zweifelhaften Ruhm in Anspruch nehmen, das Befragen des sogenannten „kleinen Mannes" auf der Straße zu einer ständigen Einrichtung gemacht zu haben. Tag für Tag erscheint in der Zeitung eine Rubrik, betitelt „Der fragende Reporter". Wir bringen aus der Fülle der Fragen zwei besonders charakteristische. „In einem kürzlich gezeigten Film wurde Dorothy Lamour tüchtig verprügelt. Welche Frau möchten Sie, wenn Sie könnten, verprügeln?", lautet die erste Frage. Dem Büroangestellten Steve Stanley aus der Leonardstraße in Brooklyn hat es die vollbusige Filmschauspielerin Mae West und ihre verlängerte Rückenpartie angetan. Der Soldat John McCormack aus Brooklyn möchte Lana Turner verprügeln, angeblich, weil sie die Mode mit dem eng anliegenden Sweater einführte, die er an seiner Freundin verabscheut. Bill Hollings, ein Matrose zweiter Klasse, möchte zu gerne Marlene Dietrich eine tüchtige Tracht Prügel verabreichen. Die Studentin Evelyn Ulrich möchte nur ihre Schwester prügeln. Der Buchhalter Adamo aus Brooklyn hat höhere Ansprüche. Er möchte die Frau des Präsidenten Roosevelt, eine rüstige Großmutter, windelweich prügeln, angeblich, weil sie sich zuviel in die Politik mischt.

Die zweite Frage, am folgenden Tag gestellt, lautet: „Ein Fräulein sagte, daß sie Whisky trinke, weil sie zu ihren Freunden nicht ‚nein' sagen kann." Auf die Frage, warum sie Whisky trinke, erklärte die Buchhalterin Davis aus der Bronx, daß sie bereits mit 15 Jahren zu trinken begonnen habe und daß sie es seitdem fortgesetzt habe, weil ein paar Gläser Whisky ihr helfen, ihre Sorgen zu vergessen. Die Büroangestellte Helen Popper aus Brooklyn ist eine Feinschmeckerin. Der teure Whisky bringt sie in gute Stimmung, sie verabscheut jedoch das billige Gesöff. Die Angestellte Cayton aus New York trinkt, wenn sie in schlechter Stimmung ist oder sich einsam fühlt. Fräulein Pergola aus Canton (Ohio) ist der Meinung, daß der Alkohol eine bestimmte Rolle in der „amerikanischen Lebensweise" habe und daß das Trinken bei gesellschaftlichen Zusammenkünften unbedingt notwendig sei. Trostlose Gesellschaften werden amüsant, sobald genügend Schnaps aufgetischt wird, erklärt sie.



The Inquiring Fotographer

By JIMMY JEMAIL

The News will pay $5 for every timely, interesting question submitted and used in this column. Today's award goes to Albert Hanson, Box 183, Story City, Iowa.

THE QUESTION.

A girl says that she drinks intoxicating liquor because she can't say "no" to her men friends. Why do you drink?

THE PLACE.

Columbus Circle.

THE ANSWERS.

Marion Davis, Bronx, clerk: "I had my fir drink at 15. liked it and effect the dr had on m That's wh continue drink, on o sions. In proper com a few dr creats goo and .[illegible] A few drinks can also ma forget my troubles. Howeve right only when my soldier heart comes to town, about week. And I certainly feel visit justifies my enjoy drinks."

Helen Popper, Brookly "Just to be so ciable. I've never had more than three drinks in one evening. Yes, they do make me feel more cheerful and, I am sure, better company. However, I dislike the taste of the wine stuff. I'm from Brooklyn, sweet things, and liquor doesn't a me."

Carmel M. Pergol

dull parties, wh quickly when Drinking has

Norma Jay

better This sou I don't.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SIMON ANDERS

Harun al Raschid in Texas

Die neueste Sensation der amerikanischen Presse ist „Big Sheriff" Tom Will Lane aus Wharton in Texas. Der beste Friedensrichter und Unruheschlichter, so nennen ihn die lokalen Zeitungen, und sie rühmen ihm wahre Wundertaten nach. Texas ist bekanntlich ein Land, in dem die rauhen Sitten des Wilden Westens noch immer in Blüte stehen. Selbst unerschrockene Männer fühlen sich dort, so oft sie über Land gehen, nur sicher, wenn sie ihren Revolver in der Tasche tragen.

„Big Sheriff" verläßt sich, wie sein großes Vorbild im Morgenland, nicht auf seine Untergebenen. Vom frühen Morgen bis spät in die Nacht ist er unermüdlich unterwegs, um überall selbst nach dem Rechten zu sehen. Der schmale doch muskulöse Mann mit der dicklichen, leicht geröteten Nase in dem wettergebräunten Gesicht, ist weithin bekannt und gefürchtet. Seine Haare sind kurz geschnitten und an den Schläfen leicht angegraut. Die widerspenstige Strähne, die ihm über der Stirn ins Gesicht fällt, läßt die Ähnlichkeit mit einem anderen, zeitnaheren Vorbild nicht von der Hand weisen. „Big Sheriff" macht den Eindruck eines leicht aufbrausenden Menschen, der zu Gewalttätigkeiten neigt. Ob ihm der stechende Blick seiner kleinen, eng beieinander stehenden Augen hinter seinen dicken Brillengläsern oder die zu beiden Seiten seines Ledergurts herabhängenden 9-mm-Pistolen den Spitznamen „Schießbock" eingetragen haben, verschweigt die Chronik. Statt eines Fez trägt unser Harun al Raschid aus Texas einen breitrandigen Sombrero; statt auf einem Maulesel reist er in einem alten Ford im Land umher, „um die Bösen zu strafen". Er ist, wie die Presse weiter zu berichten weiß, der Schrecken der obdachlosen Arbeitslosen sowie kleinen Gelegenheitsdiebe, die er, an Handschellen gefesselt, in das Bezirksgefängnis einliefert.

Eine große New Yorker Bildzeitschrift, die für sich den Ruhm in Anspruch nimmt, den modernen Kalifen in Amerika entdeckt zu haben, hat es sich nicht nehmen lassen, einen Reporter nach Texas zu schicken, um ihn während einer Woche auf seinen Fahrten zu begleiten und sein Tagewerk Stunde für Stunde fotografisch festzuhalten.

Das Kurioseste an Sheriff Lane ist, daß er nicht auf die Nachwelt wartet, um seinen Ruhm zu verewigen. Als smarter Yankee zieht er es vor, seine Handlungen und Entscheidungen selbst zu propagieren. Jeden Montag erhalten die lokalen Zeitungen im Staate Texas und in anderen Südstaaten einen maschinegeschriebenen Bericht der Woche, in dem alle seine glorreichen Taten aufgezeichnet sind. Daß die Berichte in einem ungehobelten Englisch verfaßt sind und von vulgären Ausdrücken und oft haarsträubenden grammatikalischen Fehlern wimmeln, erhöht eher den

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

ländlich-groben Reiz dieser Geschichten aus „Tausend und einem Tag". So heißt es z. B. in seinem Bericht vom 18. Juni: „Diese Woche ist es, man kann schon sagen, recht toll hergegangen. Ich werde deshalb nur die wichtigsten Dinge erzählen. Montag fing es schon frühzeitig mit einem Diebstahl an, dessen Aufklärung mich einen Tag und eine Nacht kostete. Am Mittwoch", berichtet Lane weiter, „wurde eine Uhr gestohlen". Für „Big Sheriff", der offensichtlich die Weisheit des Kalifen mit dem Scharfsinn eines Sherlock Holmes verbindet, stand von vornherein fest, daß nur ein Neger solch eine Schandtat begangen haben konnte. Er griff einen Schwarzen auf, der — „verstockt, wie diese Nigger sind" — hartnäckig leugnete, den Wecker entwendet zu haben oder auch nur sich zu der Zeit in der Nähe des betreffenden Hauses aufgehalten zu haben. Als ein Mann unseres technischen Zeitalters bediente sich Sheriff Lane des sogenannten Lügenentdeckers. Das ist ein elektrischer Meßapparat, der angeblich durch Blutdruckmessungen die emotionelle Reaktion eines Verhörten registriert und ihn dadurch der Schuld überführt. Ob er dem harmlosen Lügenentdecker durch einige Handgreiflichkeiten nachgeholfen hat, verschweigt „Big Sheriff". Jedenfalls berichtet er triumphierend, daß der Neger schließlich, „wenn auch ohne jede Reue", seine Schandtat gestand. Am Donnerstag hatte unser weiser Friedensrichter viel Ärger. Eine dicke Negerin wollte absolut nicht gestehen, daß sie ihrer Dienstherrin ein Nachthemd gestohlen hatte. Aber nach einigen — wie die Bilder zeigen — schlagkräftigen Argumenten mußte auch sie sich der weisen Gerechtigkeit des Sheriffs beugen.

Am Freitag trug sich eine melodramatische Szene zu. Das Kind eines inhaftierten Negers war über Nacht gestorben. Der weise Dorfpascha gewährte gnädig, daß der verzweifelte und völlig zusammengebrochene Vater, wenn auch mit Handschellen gefesselt, der Beerdigung seines Kindes beiwohnen durfte.

Es steht zu erwarten, daß in einem Polizeistaat Amerika, dem das Land sich in beschleunigtem Tempo nähert, der Typ des „Big Sheriff" aus Texas sich zum Vorbild eines Heeres von bezahlten Schindern, gemeingefährlichen Sadisten und kleineren und größeren Tyrannen im Dienste einer dünnen Schicht von privilegierten großen Räubern entwickeln wird.

Bilder ohne Worte!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DIE ZEIT IST REIF

SZENE NACH DEM AMERIKANISCHEN

FREIE BEARBEITUNG
VON GEORGE F. ALEXAN

Kleines, dürftig möbliertes Zimmer. An der linken Wand steht ein schmales eisernes Bett. Um den Tisch in der Mitte, auf dem eine Stoffdecke mit einem verwaschenen Schachmuster liegt, stehen drei alte ungleiche Stühle. Die rechte Wand und die breite Fläche der Wand in der Mitte sind völlig leer. An den grau getünchten Wänden hängen noch einige farbige Fotografien von Mädchenköpfen, die offensichtlich aus einem Magazin ausgeschnitten sind. Das Zimmer macht einen trostlosen öden Eindruck, als sei es gerade eben ausgeräumt worden. In der Ecke rechts ganz vorn steht verlassen ein niedriger Polsterstuhl mit einem zerschlissenen Stoffüberzug, der an beiden Armlehnen aufgerissen ist.

Edna Mitchell, eine sauber, doch ärmlich gekleidete Frau, tritt in das Zimmer. Sie ist 35 Jahre alt, sieht jedoch verhärmt und bedeutend älter aus. Sie trocknet ihre Hände an einer Schürze ab und starrt erwartungsvoll zur Tür. Man hört ein Geräusch. Joe tritt, von der Arbeit kommend, ein. Für einen Augenblick stehen sie sich gegenüber und blicken einander schweigend an.

Joe Wo sind die ganzen Möbel hin, Edna?

Edna Sie haben alles weggeholt. Die Raten sind nicht bezahlt worden, du weißt doch.

Joe Wann?

Edna Um drei Uhr. Den Polsterstuhl haben sie gnädig dagelassen. Stoff und Federung sind kaputt, das lohnt nicht die Reparatur, haben sie gesagt. Ein Glück, daß wir das Eisenbett von deinem Bruder Will noch nicht zurückgegeben haben. Die Kinder habe ich in der Küche auf eine Matratze gelegt. Frau Ward vom vierten Stock hatte sie im Keller liegen.

Joe Das können sie doch nicht machen, die —

Edna Was heißt da nicht können? Sie haben es doch getan.

Joe Die Aasgeier! Drei Viertel war schon davon abbezahlt. Verdammte Halsabschneider!

Edna Der Mann sagte, wir sollten künftig den Vertrag besser lesen.

Joe Muß ein gefälschtes Papier gewesen sein.

Edna Es war ein regelrechter Vertrag, und du hast selbst deinen Namen darunter gesetzt.

Joe. Schau mich nicht so gallig an, Edna . . . (Versucht sie zu umarmen).

Edna Ach, laß mich! Sowas tut man heute bloß noch im Film, Joe! Clark Gable kriegt ein Heidengeld dafür!

(Geht an den Tisch. Setzt sich.)

Joe Na, ein schöner Empfang ist das, wenn man müde nach

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Hause kommt. (Setzt sich ihr gegenüber.)

Edna Vielleicht! Aber wer ist schuld daran?

Joe Fang' nicht wieder mit deinem alten Quatsch an!

Edna Soll ich dir vielleicht Liebesgeschichten erzählen?

Joe Ich hätte Lust, dir eine aufs Maul zu geben.

Edna Du wirst dich hüten.

Joe (böse) Zum Teufel, Edna, du kannst einen manchmal richtig aus dem Häuschen bringen.

Edna Meinetwegen — ich kümmere mich den Teufel drum!

Joe Willst du mich absolut in Wut bringen? Was kann ich dafür, wenn die Zeiten miserabel sind? Zum Teufel, soll ich vielleicht von der Brooklyn-Brücke springen oder sonstwas? Arbeit ist rar und die Fabriken wollen junge Arbeitsgäule. (laut:) Wenn einer über 35 Jahre ist, gehört er ohnehin schon zum alten Eisen.

Edna Schrei nicht so. Ich habe gerade die Kinder schlafen gelegt, da merken sie nicht, daß sie eine Mahlzeit übergangen haben. Wenn Emmys Schuhe morgen nicht besohlt werden, kann sie nicht zur Schule gehen. Inzwischen laß sie schlafen.

Joe Wenn du wüßtest, was ich heute zusammengeschwitzt habe.

Edna Und wieviel hast du verdient?

Joe Du weißt, wie es ist: bei den Gelegenheitsarbeiten schuftet man, daß einem das Hemd am Leibe klebt, und kriegt kaum ein paar Dollar heraus. Kaffee und ein paar Kringel, das ist alles, was ich heute gegessen habe. (Er greift in die Tasche und händigt ihr einige Silbermünzen aus.) Da!

Edna (zählt das Geld) 4 Dollar 55! — Das ist alles? — Und morgen ist die zweite Monatsmiete fällig.

Joe Schau mich bloß nicht so böse an, Edna.

Edna (bitter): Ich schau dich gar nicht an, ich seh' durch dich hindurch . . . O wenn ich daran denke, wie schön du mir alles ausmalen konntest: ein Heim, hell und nett, in einem eigenen Häuschen am Wasserfall, mit einer Garage und mit Rosen im Garten. Rosinen, nichts als Versprechungen. Aber wenn du glaubst, daß ich das noch länger mitmache, dann täuschst du dich.

Joe Ich würde gern irgendeine feste Arbeit annehmen, aber es gibt doch keine! Millionen geht es nicht besser. Du weißt doch, Edna, daß —

Edna Ich weiß nur, daß wir völlig abgebrannt sind.

Joe Was soll ich nur tun? Soll ich vielleicht wieder die Uniform anziehen? Nach Korea gehen und die armen Eingeborenen totschießen, die mir im Leben nichts getan haben? Nein, mir genügt die Malaria, die ich mir in Neu-Guinea geholt habe. Lieber gleich 'nen Strick um den Hals. Wenn ich nur wüßte, was ich tun soll!

Edna Wer ist der Mann in der Familie, du oder ich?

Joe Das ist keine Antwort. Herrgott, mir knurrt der Magen! Zwei Kringel und eine Brühe von Kaffee den ganzen Tag, ich bin verdammt müde und hungrig.

Edna Soll ich dem Herrn eine Büchse gekochten Nußschinken aufmachen. Oder vielleicht ein Täubchen braten?

(Fortsetzung Seite 30)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

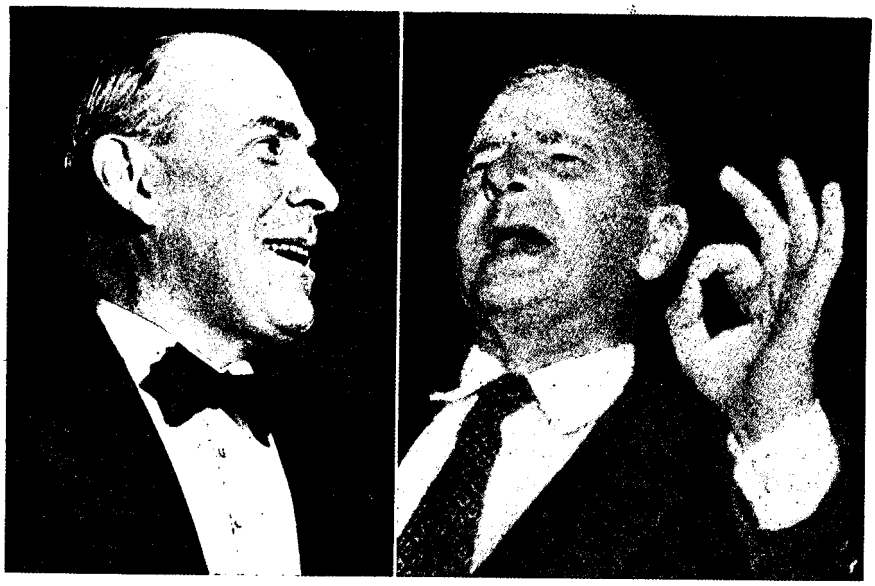
BONNER MENAGERIE

Robert Pferdmenges, Dr. h. c. (gefräßiges Raubtier, frißt Geld wie Heu). x-facher Aufsichtsrat; verdiente unter Hitler viele Millionen als Besitzer der größten deutschen Privatbank; wurde im August 1947 entnazifiziert; finanzieller Hintermann des Parteifreundes Adenauer; ist als Mann aller unsauberen Affären auch in den neuen Bonner Korruptionsskandal — Bestechung von Abgeordneten — verwickelt; industrieller und finanzieller Ver- ►

Der „Bundes"minister für Arbeit, Storch, steckt wie ein Vogel Strauß seinen Kopf in den Sand, so oft von den vier Millionen Arbeitslosen in Westdeutschland gesprochen wird.

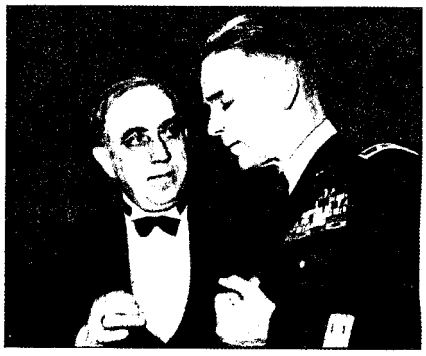
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



McCloy: „Was wir heute in Deutschland tun, ist dasselbe, was unsere Soldaten in Korea leisten."

treter der amerikanischen Interessenpolitik in Westdeutschland; einer der Hauptdrahtzieher im Schuman-Plan; versucht als Vertrauensmann der Wallstreet-Bankiers die deutsche Industrie stückweise an diese auszuliefern. Mitglied des Bundestages (CDU)



Ernst Reuter, der Mann mit dem weißen Hemd und der schmutzigen Weste, erstattet General Taylor, dem Statthalter der Wallstreet in Westberlin, Rapport über seine Agententätigkeit.

Herr Schumacher gibt das bekannte O. k.-Zeichen. Natürlich macht er wie gewöhnlich demagogische Vorbehalte. Als Voraussetzung zur Aufstellung deutscher Truppenverbände für eine internationale Armee fordert er die Konzentrierung einer monumentalen westlichen Militärmacht längs der Elbe, die die „Offensive des Westens in russisches Gebiet tragen kann". Die Entscheidungsschlacht eines Krieges müsse östlich der Weichsel geschlagen werden, sagt der Handlanger des amerikanischen Imperialismus.

DER JONGLEUR

„Bundes"wirtschaftsminister Erhard ist bekanntlich ein „Professor" im Jonglieren mit Im- und Exportziffern und mit Staatsbudgets. Erhard kündigte an, daß die Einkommensteuer erhöht werden müsse, um den westdeutschen Wirtschaftsbeitrag zur „Verteidigung" Europas zu finanzieren.

Diese Erklärung ist offensichtlich von dem USA - Finanzminister Snyder „inspiriert", der kürzlich davor warnte, daß sich das amerikanische Volk und auch die europäischen Völker für einige Jahre auf eine gesenkte Lebenshaltung und erhöhte Steuern gefaßt machen müßten. Was Jongleur Erhard verschweigt, ist die Tatsache, daß der amerikanische Finanzminister gleichzeitig erklärte, daß die USA ihre bewaffneten Streitkräfte von 1½ auf 3 Millionen Mann erhöhen werden. Herr Erhard verschweigt ferner, daß der militärische Berater Adenauers, Graf Schwerin, plötzlich kalt gestellt wurde, weil er am 25. Oktober ausgeplaudert hatte, daß die USA für die Remilitarisierung Westdeutschlands eine Friedensarmee von 200 000 Mann forderten, die im Kriegsfall auf 3 500 000 erhöht werden müßte.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Die Zeit ist reif (Fortsetzung von S. 27)

Joe (ihren Spott überhörend): Ach, Mädel, ich würde arbeiten, daß mir die Knochen weh tun, wenn ich nur — sag mir doch, was ich tun soll!

Edna Das mußt du besser wissen.

Joe Ach, Edna! Ich wollte, ich wäre noch ein Junge und brauchte mir nicht über den ganzen Kram den Kopf zu zerbrechen.

Edna Aber du bist kein Junge mehr und du mußt dran denken. Du hast zwei kleine Kinder, die nebenan in der Küche schlafen. Sie wollen Essen und was zum Anziehen. Ich rede gar nicht von mir und von anderen Dingen, die dringend nötig wären — Siehst du denn nicht, daß wir fertig sind — der Hauswirt will uns auf die Straße setzen lassen. Sind wir nicht festgefahren wie'n Karren im Dreck? Fünf Jahre habe ich nachts gewacht und gestopft und genäht. Um des Himmels willen, tu was, Joe, denk nach! Ich werde ein mürrischer alter Sauertopf. Und die armen, unschuldigen Kinder? Sollen die mit krummem Rückgrat und kranken Knochen aufwachsen? Sicher, ich lese in den Zeitungen, wie gut Orangensaft gegen Erkältung ist. Aber verdamm mich, ich habe schon seit Wochen einen Husten und werde ihn nicht los. Unsere Kinder erkälten sich eins nach dem anderen. Sie sehen aus wie kleine Gespenster. Betty verlangte heute frisches Obst. Ich nahm sie vorige Woche zum Gemüsehändler mit, da zeigte sie auf eine Staude Bananen und fragte mich: „Wie schmeckt das?" Mein Gott, Joe, die guten Dinge sollten doch für uns alle sein, nicht wahr? Unsere Kinder hungern und haben nichts anzuziehen, und in den Zeitungen liest man täglich von den Massen von Lebensmitteln und Früchten und Baumwolle und anderen nützlichen Sachen, die sie an die Schweine verfüttern und verbrennen oder verfaulen lassen. Und das alles nur, um die Preise zu stützen. So kann das doch nicht weitergehen, Joe.

Joe Du hast recht, Edna, so darf das nicht weitergehen. — Aber du sprichst ja wie eine Rote.

Edna Ich weiß nicht, was du damit meinst. Wenn ein Mann dich niederboxt, stehst du auf und küßt ihm noch die Faust?

Joe Ein Mann allein kann doch nichts. Du weißt, wie sie meinen Bruder Will auf Streikposten zum Krüppel geschlagen haben.

Edna Ich sage nicht ein Mann, du feiger Schlappschwanz! Ich sage hundert, tausend, warum nicht eine Million. Aber etwas muß dagegen getan werden. Fangt zuerst einmal in eurer Gewerkschaft an. Ruft alle Arbeiter zusammen und jagt die käuflichen Führer fort, die euch betrügen und verraten und sich die Taschen füllen.

Joe (gequält): Wenn's damit getan wäre. Die Gangster in den Gewerkschaften sind nur kleine Diebe im Dienste der großen. Die Morgan und die Rockefeller — mit denen ist nicht so leicht fertig zu werden.

Edna Kein Mensch hat das behauptet. Aber worauf wartet ihr? Daß die Schieber die Preise noch höher schrauben und eure Kinder noch weniger zu essen haben? Nächste Woche wird auch die Schulspeisung eingestellt. Dafür ist kein Geld

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

mehr da. Nur noch für den verdammten Krieg.

Joe Dummes Gerede, woher willst du das wissen?

Edna Stefan brachte es heute von der Schule heim. „Korea ist nur ein Anfang, bald geht's richtig los", sagte sein Lehrer.

Joe Was weiß schon so ein Lehrer.

Edna Er war Offizier bei den Fliegern.

Joe (nachdenklich, dann heftig den Kopf schüttelnd): Nein, ich glaube nicht an einen neuen Krieg.

Edna (holt aus ihrer Tasche in der Schürze ein Flugblatt, entfaltet es umständlich und legt es ausgebreitet vor Joe auf den Tisch.)

Joe (mißtrauisch): Was ist das für ein Wisch?

Edna (undurchdringlich): Lies nur!

Joe (nimmt zögernd das Flugblatt und überfliegt es. Liest halblaut): Am 6. Januar 1950 sagte Präsident Truman: Die Rüstungsausgaben werden in diesem Jahre 19 Milliarden Dollar betragen. Am 9. September 1950 erklärte derselbe Truman: Das Budget für die Aufrüstung muß auf mindestens 30 Milliarden Dollar erhöht werden.

Edna 30 Milliarden Dollar!

Joe (weiterlesend): Seit dem Angriff auf Korea wurden tatsächlich schon 44 Milliarden Dollar verpulvert. Auf der anderen Seite werden alle nichtmilitärischen Ausgaben abgedrosselt. Und für die Kriegshetze der „Stimme Amerikas" werden 90 Millionen Dollar bewilligt. Wenn wir einen neuen Weltkrieg vorbereiten wollen, so müssen wir jährlich mit mindestens 100 Milliarden Dollar für Rüstungen rechnen", sagte kürzlich der Abgeordnete Mahon im Kongreß. (Joe schaut Edna an.)

(Halb für sich): Hundert Milliarden Dollar . . . einen neuen Weltkrieg vorbereiten — das ist doch nicht möglich!

Edna (nickt): Lies nur weiter.

Joe (liest): „Wir müssen auf einige Dinge verzichten, die wir normalerweise für uns und unsere Familien wünschen. Der einfachste Weg der Finanzierung der gesteigerten Kosten besteht in der Erhöhung der Steuern, sagt Truman." (Joe wirft empört das Blatt weg.) Unerhört. Erhöhung der Steuern, das ist immer der einfachste Weg — für die Herrschaften, natürlich. Fürs arbeitende Volk heißt das, den Riemen enger schnallen. (Er steht auf, geht erregt auf und ab.)

Edna (hebt das Papier auf): Das dicke Ende hast du gar nicht gelesen. (Liest): „Neue Kriegsaufträge bedeuten neue Milliardengewinne für die Monopolisten. Der Standard-Erdöl-Trust von Rockefeller, der US-Stahlkonzern von Morgan und der DuPont-Trust haben ihr Aktienkapital verdoppelt und verdreifacht. Die Regierung Truman verausgabt für das Gesundheitswesen, für Bildungszwecke und für kulturelle Aufgaben insgesamt kaum 2 Prozent vom Staatshaushalt. Die Schulspeisung, die bereits auf die Hälfte abgebaut war, wird mit Wirkung vom 1. Oktober völlig eingestellt." (Zu Joe mit einer

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Das amerikanische Volk muß für die „Stimme der Kriegshetzer" einen weiteren Zuschuß von 90 Millionen Dollar zahlen.

Handbewegung): Da steht es schwarz auf weiß, glaubst du es nun?

Joe (ungeduldig): Genug davon.

Edna (beharrlich): Laß mich zu Ende lesen. (Sie liest): „Nahezu 80 Prozent aller Staatsausgaben vergeudet die Truman-Regierung zur Vorbereitung eines verbrecherischen Angriffskrieges." (Edna stockt. Sie faltet das Papier langsam zusammen): Da hast du es, Joe, ein neuer böser Krieg. Die Menschheit soll wieder in Jammer und Elend gestürzt werden. Und was tust du, was tut ihr? (Plötzlich ausbrechend): Ja, was tut ihr. Wartet wie die Hammelherde, bis ihr wieder aufs Schlachtfeld geführt werdet. Die Hyänen werden sich wieder an Menschenblut mästen, und unsere armen Kinder —

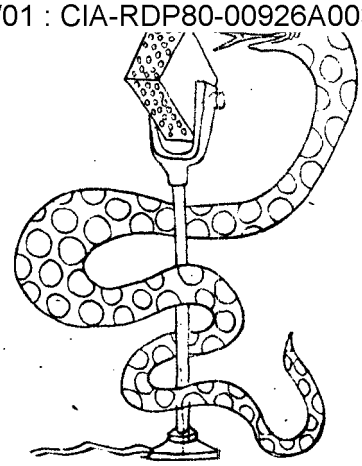
Joe (beinahe schreiend): Hör auf, kein Wort mehr. Willst du mich und die ganze Familie unglücklich machen?

Edna (hysterisch auflachend): Unglücklich machen? Du redest wie im Fieber, Joe. Als ob — (sie deutet mit einer verzweifelten Geste auf die leeren Wände.)

Joe (einlenkend): Ich sage dir doch, Edna, wir können nichts gegen die großen Wölfe.

Der Kriegsgewinnler: „Wozu Krieg, wenn wir nicht doppelte Profite machen sollten?"

Zur Beachtung für Laienspielgruppen! Diese Szene eignet sich durch die einfache Form für Kulturabende in den Betrieben. (F.G.A.)



Edna (beharrlich): Für große Wölfe gibt es große Stöcke.

Joe (mehr und mehr unsicher werdend): Das verstehst du nicht. Sie haben das Geld und sie haben die Macht, und —

Edna (fällt ihm ins Wort): Und wir haben die Kraft. Sie sind nur ein kleiner gieriger Haufen. Wir sind Millionen. Wir sind das Volk. Das Volk will Butter und keine Kanonen. Das Volk will den Frieden. Das Volk ist unbesiegbar, wenn es gemeinsam kämpft.

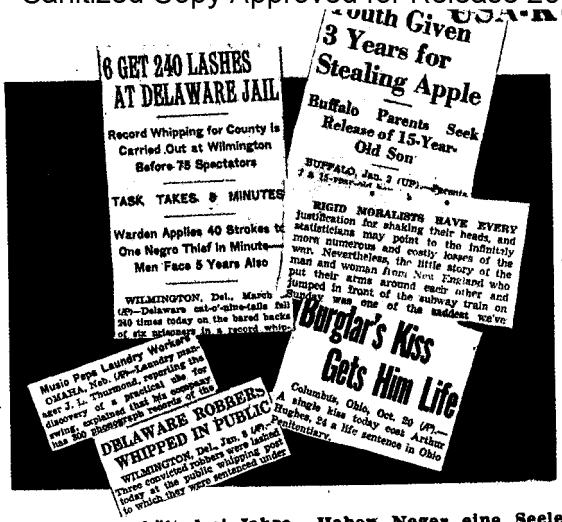
Joe (preßt die Hände vors Gesicht, wie in einem inneren Kampf). Dann, mit veränderter Stimme: Vielleicht hast du recht, Edna. Ja, du hast recht. Das Volk will Brot und Arbeit und keinen Krieg. Das Volk muß zusammenstehen, es muß gemeinsam kämpfen. Ja, wir werden es ihnen zeigen, den Blutegeln, die die Menschen nicht in Frieden leben lassen wollen.

Edna Na, endlich, Joe. Und gebt den Kampf nicht auf, hörst du, bevor der Frieden wirklich gesichert ist! Ein für allemal, hörst du, Joe? Denk daran, es geht um unsere Zukunft, es geht um unsere Kinder.

Joe (laut und feierlich wie bei einem Schwur): Ein für allemal. (Ende)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



15jähriger erhält drei Jahre für Apfeldiebstahl

Eltern bemühen sich um Entlassung

Buffalo, (UP) — Herr und Frau John Swanson erklärten einem Reporter, daß sie am Montag durch einen Brief aus dem Gefängnis in Angola, La. die erste Nachricht von ihrem Sohn erhalten hätten. Sie sagten, daß ihr Sohn, ein Schüler an der Hochschule in East Aurora, ihnen geschrieben hätte, daß er zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden sei, da er in Gretna, La. „in ein verschlossenes Haus eingedrungen sei und einen Apfel genommen hätte".

Lebenslänglich Zuchthaus für einen Kuß

Columbus, Ohio (AP) — Ein einziger Kuß kostete den 24jährigen Arthur Hughes aus Ohio heute eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Hughes ist ein Neger.

Er gestand vor Gericht, in der Nacht zum 18. August in das Schlafzimmer der 22jährigen Lehrerin Marian Will eingedrungen zu sein und sie geküßt zu haben. Sie hatte um Hilfe geschrien, und der Eindringling war daraufhin geflohen. Durch Fingerabdrücke auf dem Fensterbrett konnte Hughes identifiziert werden.

Haben Neger eine Seele?

Alabama (INS) — Richter Hovace C. Wilkinson aus Montgomery schreibt im Kirchenblatt „Alabama Baptist": „Rassenseparierung ist nichts Unamerikanisches oder Unchristliches. Gott erwartet von uns, daß wir die Rassenunterschiede erhalten. Es wird höchste Zeit, daß wir Baptisten uns darum kümmern, was Er in dieser Beziehung tut.

6 Männer erhalten 240 Peitschenhiebe im Delaware-Gefängnis

Rekordpeitschen vor 75 Zuschauern

Auspeitschung dauerte acht Minuten

Gefängniswärter verabreicht 40 Peitschenhiebe in 1 Minute

Wilmington, Del. (AP) — Vor 75 Zuschauern wurden heute sechs Gefangenen im Arbeitshaus im Bezirk New-Castle in einer bisher unerreicht kurzen Zeit 240 Peitschenhiebe verabreicht.

Wärter Elwood H. Wilson erteilte die Hiebe in genau acht Minuten. Jeder Gefangene erhielt vierzig Hiebe. Die frühere höchste Zahl der während der gleichen Zeit ausgeteilten Hiebe betrug zweihundert.

Alle Gefangenen waren Neger. Der 27jährige Preston Deshields verhielt sich bis zum siebzehnten Hieb völlig regungslos. Danach aber krümmte er sich hin und her und sprang wie wild auf. Wärter Wilson schaffte die vierzig Hiebe in genau einer Minute.

Der 29jährige Charles Smith rührte sich nicht bis zum fünften Hieb, als er begann, den Pfahl zu umklammern und versuchte, sich umzudrehen. Der 25jährige Edward H. Newman krümmte sich und sprang so sehr umher, daß Wilson zwei Minuten brauchte, um ihn auszupeitschen.

Drei Männer am Schandpfahl ausgepeitscht

Wilmington, Del. (AP) — Drei Diebe wurden heute am öffentlichen Schandpfahl ausgepeitscht. Sie waren zu dieser Strafe nach einem alten Gesetz des Staates Delaware verurteilt worden. Eine Galerie von 150 Männern — Frauen waren nicht zugelassen — waren Zeuge der Auspeitschung, die mit einer „neunschwänzigen Katze" vorgenommen wurde.

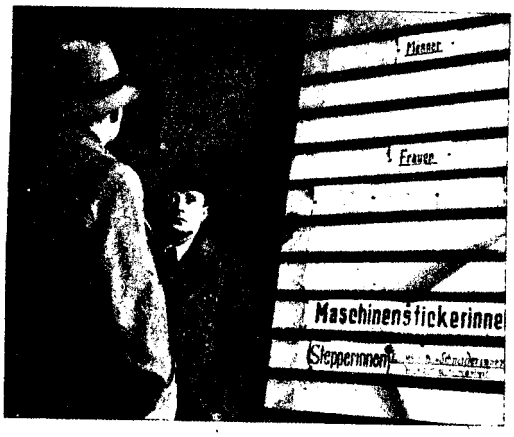
Der Gefangenenwärter Elwood H. Wilson bestrafte den 21jährigen Raymond Shrewsbrooks mit zwanzig, den 20jährigen David Otavani mit zehn und den 21jährigen Arthur Spain mit fünf Peitschenhieben.

Eng umschlungen in den Tod

Strenge Moralprediger haben allen Grund, den Kopf zu schütteln, und die Statistiker mögen auch auf die weit größeren und kostspieligeren Kriegsverluste hinweisen. Dennoch, die kleine Geschichte des Ehepaares, das sich am Sonntag, eng umschlungen, vor einen U-Bahnzug warf, ist eine der tragischsten, die wir je gehört haben. Diese beiden Menschen gaben ihre letzten Pfennige hin, um auf den Bahnsteig zu gelangen. Es waren hoffnungslose, verzweifelte und gebrochene Menschen. Die Frau wurde getötet, der Mann verlor ein Bein und wurde sterbend in ein Krankenhaus eingeliefert.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5



Stimmungsbilder aus Westberlin: McCloy und Adenauer bringen statt Arbeit Totenglocken nach Berlin. Essen in Hülle und Fülle — aber nicht für die vor dem Schaufenster reichtum Stehenden. „Viele Berliner können sich nichts davon erlauben, aber der Anblick gibt ihnen moralische Stärkung," schreibt das Hearst-Blatt „Daily Mirror" in New York.

JOSEPH FRIED

Sturmzeichen über Westdeutschland

Die Bonner Marionettenregierung und ihre sozialdemokratischen Handlanger werden nicht müde, die wirtschaftliche Lage in der Deutschen Demokratischen Republik in den schwärzesten Farben zu malen. Sie begeifern den Erfolg des Zweijahrplans, der nicht nur in der Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung, sondern in der Schaffung der Grundlagen des Friedens besteht, wie Walter Ulbricht auf dem 3. Kongreß des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte.

Die Lügenhetze der Agenten des Herrn McCloy, der selbst nur ein „höherer" Agent der Wallstreet ist, ist ein Eingeständnis ihrer eigenen Schwäche. Wie selbst sozialdemokratische Blätter die Lage in Westdeutschland beurteilen, zeigt A. von Machui in Nr. 11 der Frankfurter Zeitung „Aktion". Machui zählt „9 Millionen unterbezahlte Industriearbeiter und Arbeitslose mit ihren Angehörigen, 5 Millionen Flüchtlinge mit ihren Familien, 5.5 Millionen Opfer des Naziregimes, 2,5 Millionen Jugendliche und alleinstehende Frauen sowie 7 Millionen Familienbauern mit ihren Angehörigen, zu den 29 von 48 Millionen westdeutschen Menschen", die ein menschenunwürdiges Dasein führen.

In einem Bericht aus Westdeutschland schreibt die sozialdemokratische Basler „Arbeiterzeitung", daß „der westdeutsche Arbeiter heute unter Bedingungen lebt, die weit unter dem Lebensstandard der Arbeiterschaft der übrigen europäischen Länder liegen. Das Experiment der freien Marktwirtschaft", schließt der Bericht, „hat die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht".

Diese traurige Bilanz der kolonialen Versklavung muß sich bei den durch Erhöhung der Okkupationsarmee gesteigerten Besatzungskosten und der riesigen Steuerlast zur Finanzierung der Remilitarisierung in den nächsten Monaten bedeutend verschlimmern.

Die Adenauer-Clique kennt und fürchtet zu Recht diese explosive Situation. Deshalb der riesig aufgeblähte Polizeiapparat, deshalb der Schrei nach einer gewaltigen Verstärkung der Okkupationstruppen. Aber die mächtig erstarkende Bewegung der Massen wird die verbrecherischen Pläne der Remilitarisierung durchkreuzen. Die steigende Welle des Protestes gegen die Aufstellung deutscher Söldnertruppen für die räuberischen Interessen der amerikanischen Milliardäre sind Sturmzeichen am westdeutschen Gewitterhimmel. Sie künden eine neue positive Phase des Kampfes um die Gestaltung eines einigen und friedliebenden Deutschlands.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Vor dem Schöneberger Rathaus wurden Tausende von Währungsgeschädigten von der Stumm-Polizei mit „demokratischen" Knüppeln empfangen.

Der Ami amüsiert sich.
Auf Kosten des steuerzahlenden Volkes wurde die Okkupationsarmee bedeutend vergrößert. Um so lauter erschallt jetzt in ganz Deutschland der Ruf: Ami go home!

USA-Kolonie Westdeutschland

Kleiner Reisebericht von ***

Hans Wolter zieht an der Schnur des Lichtschalters. Gähnend reibt er sich die Augen. Er schaut auf die Uhr. Höchste Zeit! denkt er und springt aus dem Bett. Er knipst das Radio an. Schon wieder der Schumacher mit seinem Gekläff, denkt Hans. „Halt den Schnabel, du dämlicher Idiot", brummt er vor sich hin und stellt das Radio ab.

Heute am Sonntag will Hans sich in Hannover ein Fußballspiel ansehen. Schnell ist er gewaschen und angezogen. Er radelt fröhlich in die Stadt. „Was ist denn los?", denkt er, als ihn mehrere Polizisten mißtrauisch mustern. „Die sehen ja mit ihren Tschakos, Gummiknüppeln, Pistolen und Bulldoggengesichtern fürchterlich aus."

Er stellt das Rad bei seiner Freundin unter, und Arm in Arm wandern sie zur Omnibushaltestelle. Unauffällig folgt ihnen ein Zivilist.

Als der Bus abfuhr, fuhr sofort ein Streifenwagen der Polizei hinterher.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Nanu", sagte Hans, „ist die Strecke so unsicher geworden, daß die uns beschützen müssen?"

„Beschützen", lachte Karl, „die westdeutsche Polizei schützt uns doch nicht, die muß andere schützen."

An der Stadtgrenze hielten zwanzig bis an die Zähne bewaffnete Polizisten den Wagen an.

„Mich sollte nicht wundern, wenn die noch ein Pakgeschütz gegen uns aufgefahren hätten. Die sehen ja fast so aus, als wenn sie Angst vor uns hätten", tönte es aus einer Wagenecke. „Pst, du willst uns wohl alle ins Gefängnis bringen!"

Ein Polizeioffizier riß die Tür auf und schnarrte mit seiner verrosteten Feldwebelstimme: „Wer ist hier der Fahrer?"

„Ich." Der Fahrer begab sich zur Tür.

„Wo fahren Sie hin? Was ist das für eine Gesellschaft?"

Ohne auf eine Antwort zu warten, fuhr der Offizier fort: „Ich habe den dienstlichen Befehl, Sie zur Lortzingstraße zu bringen. Es ist nichts Besonderes. Wir müssen nur einige Formalitäten erledigen."

Am Polizeipräsidium umstellten ungefähr vierzig Polizisten das Auto.

„Meine Herren, es besteht kein Grund zur Beunruhigung", rief ein Polizist. „Sie werden nur registriert und können dann nach Hause gehen!"

Hans ging mit Marianne hinaus und wurde in ein Zimmer geführt. Dort saßen zwei Polizisten. Nachdem er seine Personalien angegeben hatte, kam die Frage: „Mitglied der FDJ?" Als Hans dieses verneinte, folgte: „Wie kommt es, daß Sie beide gleiche Hosen anhaben?"

Erstaunt blickte Hans auf die Beinkleider eines Mitreisenden aus dem Bus, den er überhaupt nicht kannte. Wahrhaftig, er hatte ebenfalls braune Manchesterhosen an, wie sie heute in Westdeutschland Mode sind.

Noch ehe er antworten konnte, schrie ihn der andere Polizist an: „Sie sagten vorhin, Sie wollten zum Fußballspiel. Sie lügen ja. Wozu haben Sie denn einen Photoapparat? Etwa zum Fußballspielen?"

Hans verschlug die stupide Frage die Sprache. Das machte dem Wachtmeister aber nichts aus. Er tippte auch ohne Aussagen zwei Seiten voll.

Auf dem Hof traf Hans Marianne wieder. Sie hatte die Lust zur Reise verloren, ließ sich aber trotzdem überreden, mitzufahren. Auf dem Hauptbahnhof sah ein Polizist aufmerksam auf die Neuankömmlinge. Dann stürzte er zur Telefonzelle.

„Der hat bestimmt das Überfallkommando alarmiert. Wir müssen sehen, daß wir hier fortkommen", flüsterte Hans Marianne zu. Er packte seine Freundin am Arm und rannte mit ihr auf den Bahnsteig. Der Zug wartete schon. Sie erwischten zwei Fensterplätze. Drei solide gekleidete seriöse Herren setzten sich zu ihnen. In Löhne sagte Hans: „Schatz, wir müssen hier umsteigen." Marianne wollte widersprechen, aber sein fester Blick schloß ihre Lippen.

Die Herren stiegen ebenfalls aus und gingen über den Bahnsteig. Marianne und Hans sprangen in den letzten Wagen des abfahrenden Zuges. Wütend rannten die Kriminalpolizisten hinterher und versuchten, durch Signale den Zug anzuhalten, was ihnen aber nicht gelang. „Die wären wir los", atmete Hans erleichtert auf.

Auf dem Hauptbahnhof Hannover vertiefte sich Hans in den Stadtplan.

Jemand beugte sich zu ihm: „Vorsicht, Texas!"

„Wie? Ach, Sie wünschen eine Zigarette?"

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Hans zog ein Päckchen mit „Texas"-Zigaretten aus der Tasche.

„Bitte schön."

„Danke, ich wünsche keine Zigarette", sagte der unbekannte Mann. „Ich sage nur, Sie sollen sich vorsehen, die Texasbande wütet schon wieder. Sehen Sie dort drüben hinter dem Opel den hochaufgeschossenen schwarzen Mann? — Das ist der Bandenchef."

„Aber hier ist doch Polizei. Wenn Sie wissen, wer der Chef ist, weshalb lassen Sie ihn nicht verhaften?"

„Na, Sie scheinen ja noch hinter dem Mond zu leben", sagte der Unbekannte. „Haben Sie noch nichts von der Texasbande gehört? Die arbeitet doch mit der Polizei zusammen. Bequemer kann man sich's nicht einrichten. Die Polizei ist verschwunden, wenn ein Überfall geschieht. Und sollten Sie sich zur Wehr setzen, dann werden Sie verhaftet, weil Sie angeblich die Banditen überfallen haben. Was soll man da machen? Amerikanische Sitten, amerikanische Bräuche", sagte der Ratgeber und entfernte sich schnell. Plötzlich standen etwa 15 junge Menschen um Hans und Marianne. Einer war auffälliger gekleidet als der andere. Sie trugen bunte Hemden und grellfarbene Halstücher. Die Ärmel der gefärbten amerikanischen Uniformen waren aufgekrempelt. Die Gesichter glichen den Gangstervisagen, die man aus den Chikago-Filmen kennt.

„Du Bolschewik, was willst du in Hannover?" „Bleib zu Hause!" „Geh nach Moskau, du Kommunistenhund", riefen sie wild durcheinander. Hans durchbrach die Kette, rannte zur Straßenbahn und sprang auf den abfahrenden Wagen. Ein Polizist trat auf ihn zu. Hans sprang wieder ab und wäre beinahe in die Hände der ihn verfolgenden Texasbanditen gefallen. Er konnte sich an einen vorüberfahrenden Lastwagen anklammern. Sämtliche Straßenbahnwagen waren von Polizisten besetzt.

Auf dem Deisterplatz stand ein Trupp junger Osnabrücker, die zu spät gekommen waren und diskutierten, was zu machen sei. Plötzlich kamen aus allen Straßen Omnibusse, Überfall-, Streifen- und Lastwagen. Sie bildeten eine Kolonne und fuhren um den Platz.

Ein Polizist fragte Hans: „Darf ich Ihren Ausweis sehen?" Hans griff in die Tasche, erhielt von hinten einen Tritt, fiel um und wurde von zwei Polizisten am Kopf und an den Beinen gefaßt und auf den Lastwagen geworfen.

Hier warteten schon mehrere Leidensgenossen auf ihn, FDJler, Hausfrauen, Spaziergänger, Kirchgänger, Menschen aus allen Bevölkerungsschichten.

Von oben konnte man das Wüten der Polizei gut überblicken. Mädchen wurden an den Haaren über den Platz geschleift. Die Texasbande unterstützte mit Schlagringen tatkräftig die „Hüter des Gesetzes."

Hans wurde registriert, verhört und eingesperrt.

Um 20 Uhr wurde er unter der Bedingung freigelassen, daß er innerhalb zwei Stunden Hannover verlasse. Das bedrückte ihn nicht besonders, Hannover war ihm gründlich verleidet worden.

Nachtrag der Redaktion:

Wir veröffentlichen diesen kurzen Bericht eines Lesers aus Osnabrück, dessen Namen wir aus verständlichen Gründen nicht wiedergeben, als ein aufschlußreiches Dokument über die Zustände und über den verheerenden Einfluß der „amerikanischen Lebensweise" und die Methoden des Polizeiterrors in der Kolonie Westdeutschland.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

CASPAR MICHAELIS

Ein merkwürdiger Heiliger

„So 'ne Frechheit! Am Union Square jagt man den Kerl weg, und an der 23. Straße macht er einfach weiter. Diesmal entgehst du mir nicht, du verdammter Roter!" gellte der Polizist. Er schwang seinen Gummiknüppel, Jonny wich geschickt aus, machte kehrt und rannte die 8. Avenue aufwärts. An der 27. Straße stieß er mit einem dicken Mann, der aus einem Laden herauskam, zusammen. „Entschuldigen Sie, bin in Eile", murmelte Jonny. Er hob seine Mappe, die zu Boden gefallen war, auf, preßte sie unter den Arm und hastete weiter.

Hilda Brown wird wegen des „Verbrechens", an der Friedenskundgebung am Union Square teilgenommen zu haben, gewaltsam abgeführt.

Das Keuchen des Polizisten hinter ihm wurde schwächer, aber der riesenhafte Kerl mit dem gezückten Totschläger hatte ihm eine sinnlose Angst eingejagt. An der 29. Straße bog ein Lastwagen mit einem Anhänger um die Ecke. Jonny folgte ihm, ohne zu wissen, warum, in Richtung auf die 9. Avenue. Die dürftig beleuchtete Straße schien ihm heute endlos lang. Jonny kannte diese Gegend, und er wunderte sich, wo die Kinder der griechischen und italienischen Einwanderer waren, die sonst in diesen Straßen lärmten und spielten. Musik drang an sein Ohr. Musik — hier? — Unwillkürlich machte Jonny halt. Er holte Atem, er horchte. Ich muß mich getäuscht haben, dachte er. Dann hörte er es wieder. Es war Orgelmusik, sie kam aus einer geöffneten Tür von der anderen Seite der Straße. Jonny ging quer über die Straße. Das Licht einer großen Ampel fiel auf eine weiße Tafel, die vor dem Eingang aufgestellt war. „Die Gemeinschaft zum Himmlischen Frieden" ladet Sie ein, las er. Kommt heute abend alle. Hört Dr. Whitman über das Thema „Die Höllenbombe — eine Strafe der Hölle". Himmlischer Friede, das klingt gut, dachte Jonny, aber wir

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

wollen den Frieden auf d i e s e r Welt. Wir können nicht warten, bis die Atomverbrecher in der Hölle schmoren. Wir müssen sie vorher unschädlich machen. Über 300 Millionen haben unterzeichnet, 300 Millionen Kämpfer, das ist die unbesiegbare Armee des Friedens, dachte Jonny. Ein frohes Gefühl durchdrang ihn. Auch er war ein Teil dieser mächtigen Weltbewegung. Schade, heute hätte ich bestimmt meine 200 Unterschriften in der Mappe, wenn der verdammte Bull — — Meine Mappe? — Ich muß sie verloren haben! ging es ihm durch den Kopf. Der Schweiß trat ihm auf die Stirn. Seine Studienhefte waren darin und die Unterschriften von heute. Plötzlich entdeckte Jonny, daß er die Mappe unter seinem Arm hielt. Er atmete auf. Immerhin, über 150 Unterschriften hatte er heute gesammelt, das war nicht schlecht für einen regnerischen Montag. Ein Glück, daß der Bull mich nicht erwischt hat! dachte Jonny weiter. Diesmal wäre es mir wie Phil ergangen. Der arme Kerl! Am Times Square hatten sie ihn geschnappt, als er Theaterbesucher zur Unterschrift aufgefordert hatte. Bewußtlos und übel zugerichtet war er ins Krankenhaus eingeliefert worden. Armer Phil, jetzt liegt er schon seit mehr als zwei Wochen. Zu alledem haben sie ihn prompt aus der Universität rausgeworfen. Herr Eisenhower, der Präsident, ist noch immer und vor allem ein General. Er nimmt zwar das Wort Frieden häufig genug in den Mund, aber er hört nicht gern die jungen Leute davon sprechen. Die Jugend ist zu verweichlicht, sie will nur sichere Arbeitsstellen und ein auskömmliches Leben, sagte der General in seiner letzten Rede. Die Rockefeller und die Du Pont und die anderen Milliardäre, die die Schulen finanzieren, haben natürlich alles Interesse daran, solche „gefährlichen" Ideen unterdrücken zu lassen.

„Nur die Händler des Todes hassen den Frieden", stand auf den Plakaten, die Jonny gestern abend geklebt hatte. — Die Studien abbrechen, das wäre schlimm, überlegte Jonny. Zu Hause geht es, seitdem Vater im Kriege fiel, ohnehin immer schlechter. Mutter ist dauernd kränklich, und die paar Dollar Rente reichen kaum für die Miete. Am Ende hätte sie meinetwegen auch noch ihre Arbeitsstelle bei Bickford verloren. Um meine Arbeit ist mir nicht bange, dachte er. Kein anderer Student, nicht einmal ein Neger, würde für die lausigen 15 Dollar die Woche nachts den Fahrstuhl bedienen. Eine jüngere Frau eilte an ihm vorbei. Jonny blickte ihr nachdenklich nach. Er sah sie durch die geöffnete Tür gehen. Sie verschwand hinter einer kleineren Tür, die offenbar in den Saal führte, aus dem jetzt wieder Orgelklänge in einem mächtigen Crescendo ertönten. Halb abwesend trat Jonny nach ihr ein. Der tiefe, längliche Raum war dicht mit Menschen gefüllt. Sie saßen in langen Reihen auf einfachen Holzbänken, durch die sich in der Mitte ein schmaler Gang zog. Trotz der weiß gekalkten Wände wirkte der schmucklose Raum nicht kalt, obgleich er etwas nüchtern war. Das dicke Gebälk an der hohen Decke verriet, daß der Raum früher anderen Zwecken gedient haben mochte. Wäre nicht an der linken Wand ein kleines schwarzes Kruzifix zu sehen

Die Freiheit wird wegen „unamerikanischen" Verhaltens ins Gefängnis geschleppt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

„Wir wollen keinen Polizeistaat, wir wollen Frieden", riefen die Sprechchöre, die sich bei der Friedensdemonstration trotz des Terrors der Polizei nicht auseinandertreiben ließen.

gewesen, so hätte man eher an eine Lagerhalle denken können, die provisorisch in einen Versammlungsraum umgewandelt worden war. Von dem mittleren Querbalken hing ein großer eiserner Leuchter herab. Jonny lehnte sich nahe der Tür an die Wand. Er streifte mit einem kurzen Blick die versammelte Menge, die dem Orgelspiel zuhörte. Es waren einfache Leute, kleine Angestellte, Arbeiter, Hausfrauen usw. Wahrscheinlich eine von den vielen Sekten, dachte Jonny. In den Vereinigten Staaten gibt es 256 registrierte Religionsgemeinschaften, hatte er kürzlich im Weltalmanach gelesen. Denselben Gott auf 256 verschiedene Arten anbeten? dachte Jonny belustigt. Mark Twains geistvoller Ausspruch fiel ihm ein: „In Frankreich gibt es eine Kirche und ein paar hundert Saucen; in Amerika dagegen gibt es ein paar hundert Kirchen und nur eine Sauce". Jonny wurde sofort wieder ernst, als er den erstaunten Blick einer älteren Frau auf sich fühlte. Die Orgelmusik verstummte. Ganz vorn erhob sich jetzt ein Mann. Er hatte an dem weißgedeckten Tisch gesessen, auf dem ein Strauß Nelken stand. Er war schlank und hochgewachsen und hatte die Hände hinter dem Rücken verschränkt. Sein schmales Gesicht mit den leicht heraustretenden Backenknochen und die hohe Stirn mit den grauen, glatt zurückgekämmten Haaren ließen eher an einen Lehrer oder Schriftsteller als an einen Priester denken. Etwas in diesem Gesicht stimmt nicht, dachte Jonny, doch er hätte nicht sagen können, woran es lag. Der Redner begann mit einer sachlichen Erklärung. Er sprach über die positive Bedeutung der Atomkraft und nannte sie eine gewaltige Entdeckung der Wissenschaft zur materiellen Befreiung des Menschen, die die Voraussetzung für seine geistige und soziale Befreiung darstellt. „In der Sowjetunion sind bereits großartige Versuche mit radioaktiven Isotopen auf dem Gebiet der Industrie, der Biologie, der Chemie und in der Physik unternommen worden. In Frankreich hat Joliot-Curie mit der Erfindung der Atomsäule einen großen Schritt zur praktischen Verwirklichung der Anwendung kontrollierter Atomexplosionen unternommen. Nur bei uns in den Vereinigten

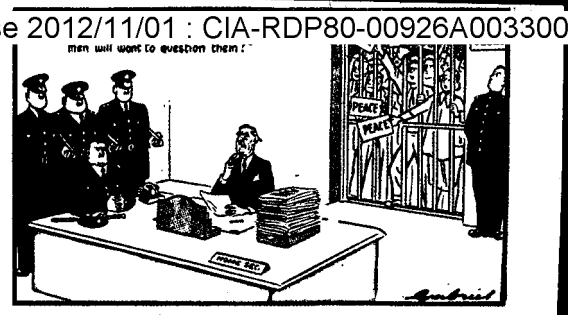
Friedensdemonstration in Chikago. Ein Friedenskämpfer mit schwarzer Hautfarbe wird von verhetzten Halbwüchsigen zu Boden geschlagen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Friedensdemonstration in London

... die US-Geheimpolizei sie zuerst verhören."



Staaten wird die gesamte Wissenschaft in den Dienst der Vernichtung gestellt. Nur bei uns werden Milliarden vom Volksvermögen vergeudet, um diese gigantische Kraft als ein furchtbares Zerstörungsmittel in einem aggressiven Krieg verwenden zu können. Ich war selbst Soldat im letzten Krieg", sagte der Redner nach einer kurzen Pause. Seine Stimme bekam einen scharfen, harten Klang. „Ich habe in Okinawa gekämpft und ich habe die Schrecken von Iwo Jima mitgemacht. Dort wurde mir ein Auge ausgeschossen." Seine Stimme hob sich: „Als ich als einer der ersten Amerikaner in Hiroshima die grauenhafte Zerstörung sah, da sah ich mit einem Auge mehr, als ich früher mit beiden Augen gesehen hatte. Damals beschloß ich, mein Leben lang für den Frieden zu werben und dafür zu kämpfen, daß es nie wieder ein Hiroshima geben wird. Der Tag, an dem Präsident Truman den Befehl gab, die Wasserstoffbombe zu bauen, ist ein schwarzer Tag in der Geschichte der Menschheit. Der Präsident und seine Berater handeln wie Tollhäusler, die in einem Pulvermagazin mit offenem Feuer hantieren. Wir haben gesehen, wohin der kalte Krieg geführt hat. In Korea zahlen heute Tausende und aber Tausende unschuldiger Männer, Frauen und Kinder mit ihrem Leben dafür. Die Herstellung der Wasserstoffbombe ist ein Verbrechen an unserem Volk. Wenn es kein politischer Bluff, wenn der Wahnwitz tatsächlich ernst gemeint ist, so müßten wir sofort beginnen, unsere großen Städte unterirdisch zu bauen und unsere Industrie zu dezentralisieren. Die Menschen müßten sich zu Höhlenbewohnern zurückentwickeln. Aber das alles wäre kein Schutz gegen die tödlichen Strahlen, die überall hindringen. Einstein und alle großen Wissenschaftler sind sich dar-

Friedensdemonstration in Westberlin. Für Friedenskämpfer hat Herr Reuter eine Anti-Demonstranten-Kanone angeschafft. Als ob die gewaltige Idee des Friedens mit einer Wasserspritze bekämpft werden könnte!

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Chor der Kriegshetzer: „Friede, Friede, schreckliches Geläute."

Friede, Aufbau, Wohlstand — diese drei Freunde des Volkes werden die ▶ finsteren Pläne der Kriegshetzer zunichte machen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Fort mit den Panzern! Das Volk will Frieden und keinen Krieg.
(Zeichnung von B. Prorokow)

über einig, und sie haben es laut proklamiert, daß es nur eine Sicherheit gegen die Atombombe gibt: die Ächtung. Es muß ein friedlicher Ausweg gefunden werden. Es ist ein nationaler Selbstmord, wenn die sowjetischen Vorschläge als Diskussionsbasis abgelehnt werden. Ich fordere alle Gelehrten auf, ihre Mitarbeit bei der Herstellung der Höllenbombe zu verweigern. Ich fordere die Vertreter des Volkes auf, keine Kredite dafür zu bewilligen, und ich beschwöre das Volk, allen Widerstand gegen dieses monströse Attentat zu leisten." Der Redner strich sich mit einem Taschentuch über die Stirn: „Ich weiß, das sind heute gefährliche Worte", sagte er, „und ich spreche sie nicht leichtfertig aus. Aber ich muß so sprechen. Wir alle müssen es tun. Wir alle müssen unsere Regierung zur Vernunft bringen, sonst sind wir verloren. Erbarmungslos werden wir ausgerottet werden. Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen, heißt es in der Bibel. Wir müssen handeln, ehe es zu spät ist, jeder auf seinem Platz, jeder nach seinen Kräften."

Der Redner hatte die letzten Sätze in fieberhafter Erregung gesprochen. Er setzte sich erschöpft auf den Stuhl. Er wischte sich mit einer Handbewegung den Schweiß von der Stirn. Die Zuhörer waren sichtlich ergriffen. Einige Augenblicke herrschte bedrückende Stille. Plötzlich setzte die Orgel wieder ein. Ein gemischter Chor, der neben der Orgel gruppiert war, sang die „Hymne an den Frieden". Bald wird man auch diese „gefährlichen" Friedenslieder verbieten. Und bald wird man auch solche Redner als gefährliche Agenten einsperren, dachte Jonny. Ein Gedanke ging ihm durch den Kopf: Hier werde ich nach Schluß meine Liste auflegen. Der Redner wird es bestimmt erlauben, und alle werden sie den Appell unterschreiben, alle. Der Gedanke stimmte ihn unsagbar froh.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

EMILY THOMPSON

Eine amerikanische Arbeiterin

„Was ist los, Mary, du machst so ein böses Gesicht?" Frau Miller, die mit Frau Young in Halle 4 arbeitete, schaute ihre Kollegin fragend an. „Du hast vergessen, dich umzuziehen", rief eine andere Arbeiterin aus. „Ist dir was passiert, Mary?" erkundigte sich ein Arbeiter, und schon hatte sich ein kleiner Kreis um die Frau gebildet, die eben gerade die Kontrollsperre am Westportal der Ford-Werke passiert hatte. Mary Young war stark und hochgewachsen, mit klaren Augen und offenen Gesichtszügen. Die hohe, gewölbte Stirn und die scharfen Falten um den Mund verrieten Intelligenz und Entschlossenheit. Sie ließ in ihrer gestreiften Waschbluse und mit den blauen fleckigen Arbeitshosen eher an einen Mann denken. Sie schüttelte den Kopf mit den dichten schwarzen Haaren. „Das war zu erwarten", sagte sie. „Sie haben mich auf die Straße geworfen." „Weshalb denn?" „Sag, was ist geschehen?" bestürmte man sie. „Die Herren da drinnen meinen, sie können mit unsereinem machen, was sie wollen", sagte sie Sie deutete verächtlich mit dem Zeigefinger über ihre Schulter auf die Fabrik. „Vorigen Montag ließ mich Werkleiter Cowley ins Büro rufen. Frau Young, Sie sind eine gute Arbeiterin, wir sind mit Ihnen zufrieden, sagte er. Wir brauchen Leute wie Sie. Zufällig wird in der Materialkontrolle ein Aufseherposten frei und wir dachten dabei an Sie. Sie kriegen doppelten Lohn und stehen sich auch sonst viel besser —, wenn Sie nur wollen. Sie sind eine intelligente Frau und lange genug im Betrieb, und Sie kennen die Leute; wenn Sie da und dort etwas hören, was die Leute so untereinander sprechen, so wäre es gut, wenn Sie uns einen Wink geben würden. Das ist alles, was wir verlangen. Sie wissen, wir sind nicht kleinlich, sagte er und grinste dabei. Ich hatte ja gleich verstanden, worauf er hinaus wollte. Mister Cowley, sagte ich, ich bin eine Arbeiterin. Ich würde mich vor meinem Mann und meinen Kindern schämen, wenn ich so 'ne Lumperei täte. Da hättet ihr mal sehen sollen, wie es plötzlich aus war mit seiner Freundlichkeit. Sie werden es vielleicht später mal bereuen, sagte er und drehte mir frech den Rücken zu. Seitdem gab es eine Schikane nach der anderen. Werkmeister Norris, der Kriecher, sah nur noch Fehler bei mir. Vorhin, als mir der alte Smith im Lohnbüro die Tüte gab, sagte er ganz barsch: Ab morgen brauchen Sie nicht mehr zu kommen, Frau Young. Ich weiß schon, warum, sagte ich, aber die Herren täuschen sich, mit mir können sie das nicht machen. Ich gehe gleich zur Gewerkschaft. Da sagte er höhnisch: Sparen Sie sich die Zeit, die werden Sie brauchen, wenn Sie auf Arbeitsuche gehen. Die Gewerkschaft hat die Entlassung anerkannt; die Sache ist o. k."

„So 'ne Gemeinheit", schimpfte Frau Miller. Alle stimmten ihr zu. „Da seht ihr, Kollegen und Kolleginnen, wohin uns unsere Gewerkschaftsführer bringen", sagte Mary

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Wie Mary Young steht heute ein ständig wachsendes Heer von amerikanischen Männern und Frauen in der großen Weltfront für den Frieden und den Fortschritt.

Young ermutigt. Ihre Stimme wurde scharf. „Walter Reuther lebt nicht umsonst in seiner großen Villa und fährt in einem 8-Zylinder. Ich kenne ihn noch aus der Zeit, wo er mit geflickten Schuhen ins Werk kam und für 18 Dollar in der Woche arbeitete. Ja, so weit kann man es bringen, wenn man seine Kollegen verrät", sagte sie. „Aber nicht ich! Lieber fege ich die Straße."

„Was wirst du jetzt tun?" fragte Frau Miller teilnahmsvoll. „Ich weiß, wie schwer es ist, wieder eine Arbeit zu finden", sagte Frau Young, „aber die Herrschaften irren, wenn sie glauben, daß sie mich erledigt haben." Ihre dunklen Augen sprühten vor Zorn. „Jetzt erst recht werde ich meinen Mund aufmachen, erst recht werde ich sagen, was ich denke. Und zuerst möchte ich euch Frauen sagen, daß wir noch viel mehr um unsere Rechte im Betrieb kämpfen müssen." „Vorige Woche ging ich mit 23 Dollar heim — das reicht nicht zum Leben und nicht zum Sterben", sagte Frau Miller. „Ja, wir müssen höhere Löhne fordern. Und die schwarzen Arbeiterinnen sollen unter denselben Bedingungen wie wir arbeiten", sagte Mary Young entschieden. „Hätten wir Frauen eine richtige Vertretung in den Gewerkschaften, dann wäre es nicht passiert, daß im Frühjahr Tausende plötzlich entlassen wurden. Damals sagten sie allerdings, nur für ein paar Tage." „Sie hat recht, die Hetze am Fließband wird auch immer schlimmer", warf ein Arbeiter ein. „Kaum, daß man noch Zeit hat, Atem zu holen", sagte ein anderer. „Kein Wunder, daß die Unglücksfälle in den letzten Monaten wieder zugenommen haben. Dem langen Parker, der mit der kleinen Anne von der Polsterei geht, hat eine Stahlsäge die Hand verstümmelt. Und der alte Creswell hat sich am Ofen schwer verbrannt", sagte der rothaarige Donald. „Bei uns in der Schweißerei hat sich gestern auch einer verbrannt. Die verdammten Bosse verdienen Millionen, aber sie wollen keinen Cent für unsere Sicherheit ausgeben", sagte ein jüngerer Arbeiter, der eben hinzugekommen war. „Und unsere Führer von der Gewerkschaft, was tun die? — Große Gehälter einstecken, das ist alles", warf Frau Young ein. „Wie lange wollt ihr euch noch von den Reuther und den Murray und den Carrey an der Nase herumführen lassen? Erst haben uns die Banditen von der Gewerkschaft einreden wollen, der Vertrag mit den eingefrorenen Löhnen wäre ein Sieg der Arbeiterschaft. Jetzt sehen wir ja, was dabei rauskommt. Die Preise steigen und die Löhne hinken weit hinterher." „Bis man endlich einen Dollar mehr bekommt", entrüstete sich Frau Miller, „sind die Lebensmittel schon zwei Dollar teurer geworden." „Wir müssen mehr zusammenhalten", rief Frau Young. „Damals, als die CIO gegründet wurde, in den 30er Jahren, da wehte

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

der richtige Wind. Damals hieß es noch: Was einem Arbeiter geschieht, geschieht uns allen. Und heute? Das Taft-Hartley-Gesetz tritt die Rechte der Arbeiter mit Füßen, und wenn man nur den Mund aufmacht, steckt einen die FBI ins Gefängnis. Sie reden und reden von Freiheit und machen aus unserem großen Amerika ein großes Zuchthaus — wenn wir nicht entschlossen zusammenstehen und dagegen vereint kämpfen." Frau Young hatte die letzten Worte laut herausgeschrien. Ihre Wangen hatten sich gerötet; sie war sichtlich in höchster Erregung. Um den kleinen Kreis hatte sich in wenigen Minuten eine große Menge von Arbeitern gebildet. Plötzlich stürzten zwei Werkpolizisten durch das Tor. „Schert euch zum Teufel!" schrie ein dicker, vierschrötiger Polizist, der offensichtlich der Führer der Gruppe war. Er pflanzte sich mit gespreizten Beinen vor der Menge auf. „Treibt sie auseinander!" befahl er und legte seine Hände provokatorisch auf die Revolvertaschen, die zu beiden Seiten seines Gürtels herunterhingen. „Auseinandergehen! Hier ist kein Versammlungssaal! Geht nach Hause!" schrien die Polizisten. Sie drängten die Umstehenden brutal auseinander. Einer der Polizisten faßte Frau Young am Arm. „Geh' zum Teufel, verdammte Rote!" sagte er. „Faß mich nicht an, du lausiger Kerl", schrie Frau Young. Sie versuchte, sich mit Gewalt frei zu machen, doch der Polizist hielt sie mit beiden Händen fest, als ob er sie mit Gewalt abführen wollte. „Laß sie los!" rief jetzt der rote Donald. „Kümmere dich um deinen eigenen Dreck. Dich werde ich mir schon merken!" brüllte der Polizist. Auf das wütende Schimpfen von Frau Young eilten mehrere Arbeiter ihr zu Hilfe. Der Polizist, der sich umzingelt sah, ließ mit einem Fluch ihre Arme los und drängte sich

„Amerikas Kriegführung ist genau so barbarisch und stupid wie die Hitlers."
(Allan Winnington, Korrespondent des Londoner „Daily Worker".)

durch den Kreis, der sich um ihn geschlossen hatte. Die beiden Polizisten wechselten mit dem Anführer, der die Szene einige Schritte entfernt aufmerksam verfolgt hatte, ein paar Worte. Die drei zogen sich dann durch das Fabriktor zurück. „Danke", sagte Frau Young. „Der Kerl hätte mich am Ende mit auf die Wache geschleppt." „Wir bringen dich nach Hause, Mary", schlug der rote Donald vor. „Wozu, mir tut keiner was", meinte Frau Young. „Wer weiß", sagte der junge Arbeiter, der eine Windjacke und eine Brille mit dicken Gläsern trug, „'n kleiner Zusammenstoß kann leicht passieren." „Die Gangster verstehen ihr Handwerk. sie werden dafür gut bezahlt, und Unfälle geschehen in Detroit alle Tage", sagte der rote Donald. „Denk daran, wie es Jack Newman von der Gewerkschaft erging. Den konnten sie nicht kaufen und nicht kleinkriegen, und am Ende war es eben ein Autounfall." „Meinetwegen", nickte Frau Young. „Die Leute werden glauben, ich habe zwei erwachsene Söhne", sagte sie mit einem Lächeln. Langsam gingen die drei die Dearborn Street entlang und bogen in die Independence Avenue ein. Ihre Schritte klangen fest und sicher.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

EUGENE DENNIS

Ruf aus dem Kerker

Der gegenwärtige Augenblick ist äußerst ernst für unser Volk und für die Sache des Weltfriedens. Es ist so viel zu tun! Ich weiß, daß das wirkliche Schicksal unseres Landes in den starken, geschickten Händen des Volkes und seiner Avantgarde, unserer Kommunistischen Partei, liegt. Wie gern möchte ich selbst am Kampf für die Interessen unseres Volkes und für den Weltfrieden teilnehmen. Es zieht mich mächtig dorthin, hinaus aus diesen Kerkermauern . . .

Gestern sah ich von meinem Zellenfenster ein riesiges viermotoriges Flugzeug in westlicher Richtung fliegen. Ich dachte an die „Fliegenden Festungen", von denen, wie die Presse schreibt, koreanische Männer, Frauen und Kinder hingemordet und koreanische Städte und Dörfer dem Erdboden gleichgemacht werden. Hier im Gefängnis werden wir morgen den Tag der Unabhängigkeit feiern. An diesem Tage und in den folgenden Tagen und Wochen werden die amerikanischen Bomber in Korea ihr blutiges Handwerk fortsetzen. An diesem Tage wird amerikanische bewaffnete „Hilfe" in Indochina, auf den Philippinen, in Malaia usw. geleistet werden, um die nationale Befreiungsbewegung der Völker in diesen und anderen Ländern der Welt zu unterdrücken! Aber während Truman, Acheson, Dulles, McArthur und Co. unseren Tag der Freiheit und Unabhängigkeit schänden, stellen andere Völker (und mit ihnen viele Amerikaner) auf tausenderlei Art und Weise unter Beweis, daß sie der Sache der Freiheit und des Friedens grenzenlos ergeben und daß die Völker des Ostens und des Westens fest entschlossen sind, sich Freiheit und Frieden zu sichern. Das werden sie erringen — und bald! Sehr bald werden Millionen Amerikaner begreifen, daß sie, wenn sie in ihrem Land die demokratischen Freiheiten wiederherstellen und erweitern, wenn sie einen dauerhaften Frieden wollen, aktiv und in einheitlichen Aktionen zur Beendigung der amerikanischen bewaffneten Intervention gegen andere Völker aufrufen, daß sie die Atomwaffe verbieten und den Kriegstreibern und Atombesessenen das Handwerk legen müssen.

Die imperialistischen Hetzer versuchen natürlich, den Kriegsbrand auszubreiten und die Völker an den Gedanken zu gewöhnen, daß der dritte Weltkrieg unabwendbar ist.

Es ist zwar richtig, daß der „kalte Krieg" ziemlich „heiß" wird und daß die bewaffnete Intervention in Korea und im Fernen Osten die Kriegsgefahr wesentlich vergrößert hat. Aber der dritte Weltkrieg ist weder unabwendbar noch nahe. Trotzdem

Diese Klebemarke, die zur Befreiung Eugene Dennis' und zur Aufhebung des berüchtigten „Komitees zur Untersuchung unamerikanischer Betätigung" auffordert, wird von den fortschrittlichen Organisationen in Massen verbreitet.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

genügt es gegenwärtig nicht, einfach zu wiederholen: „Der dritte Weltkrieg ist nicht unabwendbar". Die entscheidende Rolle müssen jene Losungen spielen, die Kraft und Zuversicht einflößen, die die Panik und den Fatalismus bekämpfen helfen und das Volk zu Aktionen, zur Ausnutzung aller bestehenden Möglichkeiten mobilisieren, um ein neues Weltgemetzel abzuwenden.

Neue Aggressionsakte der Imitatoren Hitlers und die Ausbreitung des Kriegsschauplatzes sind zu erwarten, was eine weitere militärische Mobilisierung des ganzen Landes und seiner Wirtschaft, eine Faschisierung des politischen Lebens zur Folge haben wird. All dies wird die Gefahr eines dritten Weltkrieges natürlich vergrößern und nicht verringern.

Aber das wird nicht unbedingt automatisch vor sich gehen oder zu Resultaten führen, die sich voraussagen ließen. Die Einmischung der Völker kann den Gang der Ereignisse ändern und die größte aller Katastrophen für unser Volk, einen neuen Weltkrieg, abwenden. Statt Gesprächen und Diskussionen sind einheitliche Massenaktionen notwendig, und zwar ununterbrochen, alle 24 Stunden des Tages. Wenn das Volk begreift, was ihm letzten Endes bevorsteht, muß es unverzüglich handeln und entschieden fordern: „Hände weg von Korea!", „Ächtet die Atomwaffe!", „Für den amerikanisch-sowjetischen Friedens- und Freundschaftspakt!".

Außer allen übrigen Provokationen versucht die bürgerliche Presse, die Bewegung der Friedensanhänger auch dadurch zu verwirren und zu zersetzen, daß sie den Kampf für den Frieden und die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung einander gegenüberstellt. Das ist natürlich nichts als Betrug und reine Demagogie.

Eugene Dennis, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Amerikas, sitzt seit Monaten als Opfer der Kriegshetze im Gefängnis. Die amerikanische Reaktion hoffte, Dennis mundtot zu machen, indem sie ihn insgesamt zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilte. In seinem soeben veröffentlichten Buch „Ideen lassen sich nicht einsperren", setzt Dennis den Kampf für den Frieden und gegen die verbrecherischen Kriegspläne des USA-Imperialismus unerschrocken fort. Zu seinem 46. Geburtstag erhielt Dennis Tausende von ermutigenden Zuschriften aus allen Schichten der Bevölkerung im ganzen Land. Der veröffentlichte Artikel ist einem Brief entnommen, den Dennis aus dem Gefängnis an seine Frau Peggy schrieb.

Daß die beiden sozialen Systeme friedlich nebeneinander bestehen können, ist noch immer möglich und mit allen Mitteln zu erstreben. Aber das friedliche Nebeneinanderleben und der Kampf um den Frieden bedeuten nicht, daß der Status quo verankert wird und die Völker und Länder der Unterdrückung und Sklaverei preisgegeben werden.

In Wirklichkeit wird durch die nationale und soziale Unterdrückung die Sache des Friedens untergraben, während die Völker, die bereits die Freiheit genießen oder sie erringen, den sozialen Fortschritt realisieren und die wahren Grundlagen des Friedens und der Demokratie festigen.

Veröffentlicht unter der Lizenz-Nr. 358. Verlag und Vertrieb: Deutscher Funk-Verlag GmbH., Berlin-Treptow, Puschkinallee 3. Ruf: 67 43 58, 67 48 63. Preis des Einzelheftes 30 Pf. Postbezug: Vierteljährlich 0,90 DM. Kenn-Nr. 12 213.
Graph. Gestaltung: Wittkugel. Druckerei M 401. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

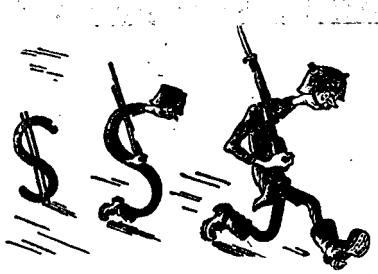
Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SATIRE DES AUSLANDS

Die Freiheitsstatue flüchtet mit ihrer Fackel ins Wasser.

Kriegsbandstifter Acheson nimmt ihren Platz ein.



Neuester „Kurswechsel" des Dollars.

Herr Ernst Reuter hört die Glocken läuten.

„Wir Amerikaner sind natürlich besonders stolz auf die glänzenden Leistungen unserer Soldaten, Matrosen und Flieger in Korea." (Truman, 17. 10. 50)

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

DAS FORTSCHRITTLICHE AMERIKA

W. B. DU BOIS, der berühmte Soziologe, ist einer der aktivsten Führer der Neger in ihrem Kampf für ökonomische, politische und soziale Gleichberechtigung. Als Gründer der Zeitschrift „Die Krise" führt Du Bois eine erbitterte Kampagne gegen die soziale Unterdrückung der Neger, gegen Rassendiskriminierung und Lynchjustiz. „In meiner Jugendzeit", schreibt Du Bois in seiner Autobiographie, „waren grausame Progrome durch organisierte Banden, bei denen unschuldige Neger getötet, ihre Wohnungen geplündert und zerstört wurden, an der Tagesordnung. In Atlanta waren öfters in den Auslagen von Fleischerläden die Finger von Negern ausgestellt zu sehen. Man hatte sie ihnen bei dem Lynchen abgeschnitten", berichtet Du Bois. Aber auch heute noch wird er — wie 15 Millionen seiner Rassegenossen — in seinem Geburtsland als ein Ausgestoßener behandelt. Trotz seiner wissenschaftlichen Bedeutung — er ist Professor und vierfacher Doktor — kann Du Bois weder in ein Theater noch in ein Kino gehen, noch kann er ein Konzert besuchen. Er kann in einem „weißen" Laden eventuell einen Hut oder ein Paar Schuhe kaufen, aber er darf sie nicht anprobieren. „Das ist die ‚Gleichberechtigung' in der amerikanischen Demokratie", schreibt Du Bois, der als Mitglied des amerikanischen Komitees zur Ächtung der Atombombe in der vordersten Reihe der Kämpfer für den Frieden steht.

ELIZABETH GURLEY FLYNN kämpft seit ihrer frühesten Jugend für den Fortschritt und die Verbesserung der sozialen Lage der Werktätigen in den Vereinigten Staaten. Sie ist die Tochter eines Maschinenschlossers und hat sich, wie sie selbst sagte, „durch praktische Erfahrung und Selbststudium fortgebildet". Es spricht für die Größe der amerikanischen Arbeiterklasse, daß aus ihren Reihen hervorragende Marxisten wie William Z. Foster und Elizabeth Gurley Flynn hervorgegangen sind. Ihr Kampf gegen die Kriegspläne der Wallstreet und gegen das arbeiterfeindliche Taft-Hartley-Gesetz hat Elizabeth Gurley Flynn bei der amerikanischen Reaktion besonders verhaßt gemacht. In einem kürzlich veröffentlichten Pamphlet schreibt sie: „Das Smith-Gesetz, das eine faschistische Gedankenkontrolle in unserem Lande durchführen will, ist ein offener Bruch der amerikanischen Verfassung, weil nach seiner falschen Auslegung nicht eine ungesetzliche Handlung notwendig ist, sondern schon allein das Vertreten von fortschrittlichen Ideen genügt, um sich straffällig zu machen.
Die warme Liebe und Verehrung, die das amerikanische Volk ihr entgegenbringt, zeigte sich bei der Feier zu ihrem 60. Geburtstag, an der etwa tausend Persönlichkeiten aus der fortschrittlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung teilnahmen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Nur die deutsche Verständigung sichert den Frieden!

Von Franz Dahlem

Seit der Prager Erklärung der Außenminister der Sowjetunion, der Volksdemokratien und der Deutschen Demokratischen Republik, und insbesondere seit dem Brief des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, geht eine tiefe Diskussion durch alle Schichten des deutschen Volkes. Auch in Westdeutschland, wo alle, die ein Gewissen und ein Verantwortungsgefühl besitzen, sich bewußt werden, daß jetzt eine große Verantwortung vor jedem Deutschen steht.

Ohne Deutsche als Kanonenfutter, ohne das Potential des Ruhrgebiets, ohne Westdeutschland als Operationsbasis — das ist ersichtlich — kann kein Krieg in Europa riskiert werden. In dem Moment, in dem verantwortliche Männer aus Ost- und Westdeutschland, Staatsmänner, Parlamentarier, Vertreter der Parteien und Massenorganisationen, nicht zuletzt die Presse, sich hinter die gemeinsamen Besprechungen und Abmachungen beider Regierungen stellen, „Nein!" zu den Forderungen auf Remilitarisierung und „Ja!" zu friedlichen Verhandlungen für die Herstellung der deutschen Einheit sagen würden, wäre es aus mit den Plänen auf Ausspielung und Ausnutzen der Deutschen für die imperialistischen Weltherrschaftspläne der USA.

Die Position Deutschlands gegenüber den Forderungen der Westmächte kann also sehr stark sein; sie wird es in dem Maße werden, wenn neben den Kräften der Deutschen Demokratischen Republik kühne Männer und Frauen aus allen Schichten des Volkes in Westdeutschland sich an die Spitze der Volksbewegung für die Rettung des Friedens und gegen das Hineinzwingen in einen vernichtenden Krieg stellen.

* * *

Aus der in Westdeutschland in Gang befindlichen Diskussion wollen wir einige zutage getretene Auffassungen herausgreifen, wie sie uns aus Zuschriften und Berichten zur Kenntnis kamen, mit deren Trägern man sich auseinandersetzen muß.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Da gibt es diejenigen, die erklären, daß sie konsequent gegen die Remilitarisierung seien, die aber „Angst vor den Russen" haben. Sie wollen immer wieder wissen, was die Sowjetunion wirklich will, was sie zu tun beabsichtigt, wenn die Aufrüstung doch durchgeführt wird.

Was die Sowjetunion will, hat sie wiederholt erklärt, zuletzt auf der Prager Konferenz: Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland und anschließenden Abzug aller Besatzungstruppen. Also genau dasselbe, was die überwältigende Mehrheit aller Deutschen wünscht und was im Brief Otto Grotewohls als erster Schritt dazu, mit der Forderung nach der Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rats vorgeschlagen wurde.

Auf das Argument von der „Angst vor den Russen" kann man nur wiederholen: Die „Russen" werden niemals nach Westdeutschland kommen, wenn sie nicht angegriffen werden. Die Sowjetunion hat jetzt erst wieder in der Prager Erklärung folgende Fragen auf die Tagesordnung gestellt:

„Abgabe einer Erklärung der Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion darüber, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne nicht zulassen und konsequent die Potsdamer Beschlüsse zur Sicherung der Bedingungen für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates durchführen werden."

Wer also nicht will, daß Westdeutschland zu einer Angriffsbasis der Imperialisten gegen den Osten ausgebaut wird, der kämpfe zusammen mit allen Friedensfreunden dafür, daß es zu einer Verständigung zwischen den Deutschen im Osten und Westen unserer Heimat auf der Grundlage des Briefes des Ministerpräsidenten Grotewohl komme. Dann werden mit den Truppen der Westmächte auch die sowjetischen Truppen deutschen Boden verlassen und in ihre Länder zurückkehren.

* * *

Da gibt es ferner diejenigen, die klar erkennen, daß die Remilitarisierung unaufhaltsam zum Kriege und zu einer Katastrophe für Westdeutschland und seine Bevölkerung führen muß. Sie kommen aber über die Deklamation dieser ihrer Erkenntnis nicht hinaus, sondern lassen faktisch den Dingen ihren Lauf, obwohl ihr aktives kämpferisches Handeln von großer Bedeutung für die Verhinderung der Remilitarisierung wäre. Wir meinen die Kreise innerhalb und außerhalb der Kirche, die so urteilen, wie es in den Reden Pastor Niemöllers zum Ausdruck kommt.

So lasen wir in einem uns zugegangenen Merkblatt aus den Kreisen der „Bekennenden Kirche" u. a. folgende Gedankengänge des Kirchenpräsidenten Niemöller:

> „Die Amerikaner sollen aber auch, wie die Russen, wissen, daß sich die Sympathie der Deutschen mit Sicherheit dem Volke zuwendet, das keine Atombomben und keine Tanks gegen deutsches Land schickt.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

richtige Verhandlungsbereitschaft eröffnen große neue Möglichkeiten für erfolgversprechende Beratungen. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde die Voraussetzungen für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat könnte auch die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen.

Jetzt kommt alles darauf an, die verantwortlichen deutschen Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Davon wird in hohem Maße die Zukunft unserer Nation abhängen. Es ist eine ureigene deutsche Angelegenheit, die Initiative und den Mut zu einer deutschen Verständigung, zur gesamtdeutschen Einheit, zu finden.

Man kann nicht glauben, daß verantwortungsbewußte Deutsche sich den sachlichen, überzeugenden und annehmbaren Vorschlägen des Ministerpräsidenten Grotewohl entziehen können. Deutsche Menschen können sich nicht weigern, über eine solche Verständigung miteinander zu sprechen.

Je klarer und entschiedener aus allen Kreisen des deutschen Volkes dem Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl zugestimmt wird, desto rascher werden die Vorschläge zum Ausgangspunkt gemeinsamer Beratungen werden. **Das deutsche Volk erwartet eine klare Entscheidung, die in Deutschland West und Ost wieder zusammenfügt und die ganze Nation auf den Weg des friedlichen und gesicherten Aufbaues führt.**

Das Präsidium des Nationalrats
der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland

Berlin, den 7. Dezember 1950.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verständigung – die Forderung der Stunde!

Erklärung des Präsidiums des Nationalrats:

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßt im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke aus vollem Herzen den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer Aussprache verantwortlicher Politiker aus Ost und West den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages zu finden. Die wachsende Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten Deutschlands zeigt, daß alle Deutschen die Stunde der Verständigung herbeisehnen, in der über die Rettung der Nation aus schwerster Gefahr gemeinsam beraten wird.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes greift Ministerpräsident Grotewohl in seinem Schreiben die Prager Vorschläge der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf.

Der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Forderung der Stunde zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Rettung Deutschlands. Das an keinerlei Bedingungen geknüpfte Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und die auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

richtige Verhandlungsbereitschaft eröffnen große neue Möglichkeiten für erfolgversprechende Beratungen. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde die Voraussetzungen für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat könnte auch die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen.

Jetzt kommt alles darauf an, die verantwortlichen deutschen Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Davon wird in hohem Maße die Zukunft unserer Nation abhängen. Es ist eine ureigene deutsche Angelegenheit, die Initiative und den Mut zu einer deutschen Verständigung, zur gesamtdeutschen Einheit, zu finden.

Man kann nicht glauben, daß verantwortungsbewußte Deutsche sich den sachlichen, überzeugenden und annehmbaren Vorschlägen des Ministerpräsidenten Grotewohl entziehen können. Deutsche Menschen können sich nicht weigern, über eine solche Verständigung miteinander zu sprechen.

Je klarer und entschiedener aus allen Kreisen des deutschen Volkes dem Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl zugestimmt wird, desto rascher werden die Vorschläge zum Ausgangspunkt gemeinsamer Beratungen werden. **Das deutsche Volk erwartet eine klare Entscheidung, die in Deutschland West und Ost wieder zusammenfügt und die ganze Nation auf den Weg des friedlichen und gesicherten Aufbaues führt.**

Das Präsidium des Nationalrats
der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland

Berlin, den 7. Dezember 1950

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verständigung – die Forderung der Stunde!

Erklärung des Präsidiums des Nationalrats:

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßt im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke aus vollem Herzen den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer Aussprache verantwortlicher Politiker aus Ost und West den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages zu finden. Die wachsende Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten Deutschlands zeigt, daß alle Deutschen die Stunde der Verständigung herbeisehnen, in der über die Rettung der Nation aus schwerster Gefahr gemeinsam beraten wird.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes greift Ministerpräsident Grotewohl in seinem Schreiben die Prager Vorschläge der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf.

Der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Forderung der Stunde zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Rettung Deutschlands. Das an keinerlei Bedingungen geknüpfte Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und die auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

richtige Verhandlungsbereitschaft eröffnen große neue Möglichkeiten für erfolgversprechende Beratungen. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde die Voraussetzungen für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat könnte auch die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen.

Jetzt kommt alles darauf an, die verantwortlichen deutschen Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Davon wird in hohem Maße die Zukunft unserer Nation abhängen. Es ist eine ureigene deutsche Angelegenheit, die Initiative und den Mut zu einer deutschen Verständigung, zur gesamtdeutschen Einheit, zu finden.

Man kann nicht glauben, daß verantwortungsbewußte Deutsche sich den sachlichen, überzeugenden und annehmbaren Vorschlägen des Ministerpräsidenten Grotewohl entziehen können. Deutsche Menschen können sich nicht weigern, über eine solche Verständigung miteinander zu sprechen.

Je klarer und entschiedener aus allen Kreisen des deutschen Volkes dem Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl zugestimmt wird, desto rascher werden die Vorschläge zum Ausgangspunkt gemeinsamer Beratungen werden. **Das deutsche Volk erwartet eine klare Entscheidung, die in Deutschland West und Ost wieder zusammenfügt und die ganze Nation auf den Weg des friedlichen und gesicherten Aufbaues führt.**

Das Präsidium des Nationalrats
der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland

Berlin, den 7. Dezember 1950.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verständigung – die Forderung der Stunde!

Erklärung des Präsidiums des Nationalrats:

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßt im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke aus vollem Herzen den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer Aussprache verantwortlicher Politiker aus Ost und West den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages zu finden. Die wachsende Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten Deutschlands zeigt, daß alle Deutschen die Stunde der Verständigung herbeisehnen, in der über die Rettung der Nation aus schwerster Gefahr gemeinsam beraten wird.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes greift Ministerpräsident Grotewohl in seinem Schreiben die Prager Vorschläge der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf.

Der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Forderung der Stunde zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Rettung Deutschlands. Das an keinerlei Bedingungen geknüpfte Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und die auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

richtige Verhandlungsbereitschaft eröffnen große neue Möglichkeiten für erfolgversprechende Beratungen. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde die Voraussetzungen für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat könnte auch die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen.

Jetzt kommt alles darauf an, die verantwortlichen deutschen Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Davon wird in hohem Maße die Zukunft unserer Nation abhängen. Es ist eine ureigene deutsche Angelegenheit, die Initiative und den Mut zu einer deutschen Verständigung, zur gesamtdeutschen Einheit, zu finden.

Man kann nicht glauben, daß verantwortungsbewußte Deutsche sich den sachlichen, überzeugenden und annehmbaren Vorschlägen des Ministerpräsidenten Grotewohl entziehen können. Deutsche Menschen können sich nicht weigern, über eine solche Verständigung miteinander zu sprechen.

Je klarer und entschiedener aus allen Kreisen des deutschen Volkes dem Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl zugestimmt wird, desto rascher werden die Vorschläge zum Ausgangspunkt gemeinsamer Beratungen werden. **Das deutsche Volk erwartet eine klare Entscheidung, die in Deutschland West und Ost wieder zusammenfügt und die ganze Nation auf den Weg des friedlichen und gesicherten Aufbaues führt.**

Das Präsidium des Nationalrats
der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland

Berlin, den 7. Dezember 1950

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verständigung – die Forderung der Stunde!

Erklärung des Präsidiums des Nationalrats:

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßt im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke aus vollem Herzen den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer Aussprache verantwortlicher Politiker aus Ost und West den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages zu finden. Die wachsende Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten Deutschlands zeigt, daß alle Deutschen die Stunde der Verständigung herbeisehnen, in der über die Rettung der Nation aus schwerster Gefahr gemeinsam beraten wird.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes greift Ministerpräsident Grotewohl in seinem Schreiben die Prager Vorschläge der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf.

Der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Forderung der Stunde zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Rettung Deutschlands. Das an keinerlei Bedingungen geknüpfte Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und die auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

richtige Verhandlungsbereitschaft eröffnen große neue Möglichkeiten für erfolgversprechende Beratungen. Die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates würde die Voraussetzungen für die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag schaffen. Ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat könnte auch die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen.

Jetzt kommt alles darauf an, die verantwortlichen deutschen Politiker miteinander ins Gespräch zu bringen. Davon wird in hohem Maße die Zukunft unserer Nation abhängen. Es ist eine ureigene deutsche Angelegenheit, die Initiative und den Mut zu einer deutschen Verständigung, zur gesamtdeutschen Einheit, zu finden.

Man kann nicht glauben, daß verantwortungsbewußte Deutsche sich den sachlichen, überzeugenden und annehmbaren Vorschlägen des Ministerpräsidenten Grotewohl entziehen können. Deutsche Menschen können sich nicht weigern, über eine solche Verständigung miteinander zu sprechen.

Je klarer und entschiedener aus allen Kreisen des deutschen Volkes dem Schreiben des Ministerpräsidenten Grotewohl zugestimmt wird, desto rascher werden die Vorschläge zum Ausgangspunkt gemeinsamer Beratungen werden. **Das deutsche Volk erwartet eine klare Entscheidung, die in Deutschland West und Ost wieder zusammenfügt und die ganze Nation auf den Weg des friedlichen und gesicherten Aufbaues führt.**

Das Präsidium des Nationalrats
der Nationalen Front
des demokratischen Deutschland

Berlin, den 7. Dezember 1950

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Verständigung – die Forderung der Stunde!

Erklärung des Präsidiums des Nationalrats:

Das Präsidium des Nationalrats der Nationalen Front des demokratischen Deutschland begrüßt im Bewußtsein seiner Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke aus vollem Herzen den Vorschlag des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl an den Bundeskanzler Dr. Adenauer, in einer Aussprache verantwortlicher Politiker aus Ost und West den gemeinsamen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Vorbereitung eines Friedensvertrages zu finden. Die wachsende Zustimmung aus allen Bevölkerungsschichten Deutschlands zeigt, daß alle Deutschen die Stunde der Verständigung herbeisehnen, in der über die Rettung der Nation aus schwerster Gefahr gemeinsam beraten wird.

Im Interesse des ganzen deutschen Volkes greift Ministerpräsident Grotewohl in seinem Schreiben die Prager Vorschläge der Außenminister der Sowjetunion und der Volksdemokratien auf.

Der Vorschlag eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands ist die Forderung der Stunde zur Sicherung des Friedens und zur nationalen Rettung Deutschlands. Das an keinerlei Bedingungen geknüpfte Angebot des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und die auf-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Gleichzeitig würde er die genannten Regierungen bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages konsultieren. Über diesen Vorschlag kann unter Umständen eine Befragung des deutschen Volkes durchgeführt werden.

Wir glauben, daß der Gesamtdeutsche Konstituierende Rat die Vorbereitung der Bedingungen zur Durchführung einer gesamtdeutschen Wahl für eine Nationalversammlung übernehmen könnte. So würde die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates sofort die Voraussetzung für die unverzügliche Aufnahme der Beratungen zum Abschluß eines Friedensvertrages schaffen, und gleichzeitig könnte der Rat die Vorbereitungen zur Regierungsbildung treffen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ist bereit, im Geiste ehrlicher Verständigung über alle Fragen zu verhandeln, die mit der Bildung und den Aufgaben eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates verbunden sind.

Weite Kreise der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß der nächste Schritt zur Lösung der nationalen Lebensfragen unseres Volkes sein müßte, den vier Besatzungsmächten einen gemeinsamen deutschen Vorschlag zu unterbreiten. Von diesem Willen der friedliebenden Bevölkerung ausgehend, unterbreitet die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Regierung der Bundesrepublik den Vorschlag, Besprechungen über die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates zwischen den beiden Regierungen aufzunehmen. Wir schlagen vor, daß dazu von jeder Regierung sechs Vertreter ernannt werden. Über Ort und Zeit könnte zwischen den Staatssekretären der Ministerpräsidenten eine Verständigung erfolgen.

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Otto Grotewohl, Ministerpräsident."

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

SECRET

Ministerpräsident Grotewohl schrieb an Dr. Adenauer

Am 1. Dezember 1950 ließ Ministerpräsident Otto Grotewohl durch einen Sonderbeauftragten folgendes Schreiben an den Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Amtssitz in Bonn überreichen:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitungen verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage sind die Erhaltung des Friedens, der Abschluß eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht. **Es würde den Wünschen aller friedliebenden Deutschen entsprechen, wenn ein Gesamtdeutscher Konstituierender Rat unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet würde,** der die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden provisorischen Regierung vorzubereiten hätte und den Regierungen der UdSSR, USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten würde.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Auf dem Höhepunkt seiner Macht im Jahre 1812 hatte Napoleon Bonaparte kraft seiner Siege über fast ganz Europa durch Abmachungen mit dem König von Preußen auch preußische Truppen als Kontingente in sein Heer hineingezwungen. Als nach der Katastrophe der Großen Armee die geschlagenen und demoralisierten französischen Truppen über die preußische Grenze zurückfluteten, wurde dem preußischen Hilfskorps die Aufgabe gestellt, als Nachhut die Russen aufzuhalten und die Armee des Generals Macdonald zu decken. In dieser Situation schloß der Chef des preußischen Hilfskorps Yorck von Wartenburg die berühmte Konvention vom 30. Dezember 1812 in Tauroggen mit dem Kommando der verfolgenden russischen Armee ab. Danach bezog das preußische Korps neutrale Quartiere, was dazu führte, daß die französische Restarmee sich in überstürzter Hast über die Elbe retten mußte.

Es ist kein Zweifel, daß im Falle des Versuchs eines neuen Marsches auf Moskau, der diesmal im Keime erstickt würde, die deutschen Mußsoldaten in eine Lage geraten würden, in der sie nur die Wahl zwischen Opferung für die Imperialisten oder Übergehen bzw. Kapitulation hätten, um der Vernichtung zu entrinnen.

Gedanken an ein zukünftiges Tauroggen nachzuhängen bedeutet, heute sich einer verhängnisvollen Passivität zu ergeben und zu vergessen, daß dann Westdeutschland ein Friedhof wäre. Heute kommt es darauf an, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um die Remilitarisierung und damit den Krieg zu verhindern. Heute kommt es darauf an, den friedlichen Weg der Verständigung der Deutschen in Ost und West untereinander zu beschreiten, wie das durch den Schritt des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl möglich geworden ist. Heute kommt es darauf an, für den Frieden zu kämpfen und den amerikanischen Spekulanten auf deutsches Blut und deutsche Arbeitskraft durch die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands keine andere Wahl zu lassen, als ihre Truppen zurückzuziehen und uns Deutsche allein unser Haus in Ordnung bringen zu lassen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Unser Volk wird sich bestimmt den Russen zuwenden, wenn die Amerikaner unser Land zum Schlachtfeld machen."

So richtig die Schlußfolgerungen Pastor Niemöllers sind — wir wissen, daß in weiten Kreisen des Bürgertums ähnlich diskutiert wird — dazu muß gesagt werden: noch so richtige Überlegungen, was morgen kommen könnte, nützen allein nichts im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Es liegt im Interesse Deutschlands, daß jetzt ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis auch der westdeutschen Bevölkerung mit der Sowjetunion hergestellt wird, wie es für uns genau so selbstverständlich ist, daß ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zum französischen Volk geschlossen werden muß. Alle Voraussetzungen sowohl für das eine wie für das andere sind gegeben.

Die Sowjetunion wünscht nichts sehnlicher als Frieden und Freundschaft mit einem einheitlichen demokratischen, friedliebenden Deutschland. Generalissimus Stalin sagte in seiner bekannten Erklärung, daß dies die sicherste Garantie für den Frieden in Europa wäre. Und das französische Volk, das mit tiefstem Mißtrauen der Remilitarisierung an seiner Ostgrenze zusieht, wäre glücklich, wenn ihm dieser Alpdruck genommen würde.

Wenn unser Vaterland nicht zum Schlachtfeld werden soll, was Pastor Niemöller als das Resultat eines amerikanischen Krieges voraussieht, dann muß jetzt gehandelt werden, bevor es zu spät ist.

* * *

Da gibt es schließlich die verschiedensten Auffassungen in den Reihen der ehemaligen Berufssoldaten und Offiziere in Westdeutschland, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Wir wollen nicht eingehen auf die Auffassungen jener Söldnertypen, von denen die einen rückhaltlos in fremde Dienste treten, die anderen zur Beruhigung ihres nationalen Gewissens erst dann dazu bereit sind, wenn ihre „Bedingungen auf Gleichberechtigung im Rahmen einer europäischen Armee" anerkannt würden. Ihnen würde im Kriegsfall dasselbe Schicksal zuteil werden, wie jetzt den „gleichberechtigten Kontingenten" der Türken in der UN-Armee in Korea, die vernichtet wurden, weil sie „die Ehre" hatten, wie es eine amerikanische Zeitung schreibt, als Nachhut den Rückzug der amerikanischen Armee zu decken.

Man muß sich aber ernsthaft auseinandersetzen mit einem Gedankenspiel, das in bestimmten westdeutschen Kreisen, besonders bei zahlreichen national eingestellten Offizieren kursiert, daß, da „die Remilitarisierung nicht mehr aufzuhalten" sei, es eines Tages zu einem neuen „Tauroggen" kommen werde.

Dieser Hinweis auf das Verhalten des Generals Yorck von Wartenburg im Befreiungskampf gegen Napoleon im Jahre 1812 ist keine schlechte Illustration zu der Lage, in die deutsche Einheiten einer „europäischen Armee" im Falle eines Krieges geraten würden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Auf dem Höhepunkt seiner Macht im Jahre 1812 hatte Napoleon Bonaparte kraft seiner Siege über fast ganz Europa durch Abmachungen mit dem König von Preußen auch preußische Truppen als Kontingente in sein Heer hineingezwungen. Als nach der Katastrophe der Großen Armee die geschlagenen und demoralisierten französischen Truppen über die preußische Grenze zurückfluteten, wurde dem preußischen Hilfskorps die Aufgabe gestellt, als Nachhut die Russen aufzuhalten und die Armee des Generals Macdonald zu decken. In dieser Situation schloß der Chef des preußischen Hilfskorps Yorck von Wartenburg die berühmte Konvention vom 30. Dezember 1812 in Tauroggen mit dem Kommando der verfolgenden russischen Armee ab. Danach bezog das preußische Korps neutrale Quartiere, was dazu führte, daß die französische Restarmee sich in überstürzter Hast über die Elbe retten mußte.

Es ist kein Zweifel, daß im Falle des Versuchs eines neuen Marsches auf Moskau, der diesmal im Keime erstickt würde, die deutschen Mußsoldaten in eine Lage geraten würden, in der sie nur die Wahl zwischen Opferung für die Imperialisten oder Übergehen bzw. Kapitulation hätten, um der Vernichtung zu entrinnen.

Gedanken an ein zukünftiges Tauroggen nachzuhängen bedeutet, heute sich einer verhängnisvollen Passivität zu ergeben und zu vergessen, daß dann Westdeutschland ein Friedhof wäre. Heute kommt es darauf an, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um die Remilitarisierung und damit den Krieg zu verhindern. Heute kommt es darauf an, den friedlichen Weg der Verständigung der Deutschen in Ost und West untereinander zu beschreiten, wie das durch den Schritt des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl möglich geworden ist. Heute kommt es darauf an, für den Frieden zu kämpfen und den amerikanischen Spekulanten auf deutsches Blut und deutsche Arbeitskraft durch die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands keine andere Wahl zu lassen, als ihre Truppen zurückzuziehen und uns Deutsche allein unser Haus in Ordnung bringen zu lassen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Unser Volk wird sich bestimmt den Russen zuwenden, wenn die Amerikaner unser Land zum Schlachtfeld machen."

So richtig die Schlußfolgerungen Pastor Niemöllers sind — wir wissen, daß in weiten Kreisen des Bürgertums ähnlich diskutiert wird — dazu muß gesagt werden: noch so richtige Überlegungen, was morgen kommen könnte, nützen allein nichts im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Es liegt im Interesse Deutschlands, daß jetzt ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis auch der westdeutschen Bevölkerung mit der Sowjetunion hergestellt wird, wie es für uns genau so selbstverständlich ist, daß ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zum französischen Volk geschlossen werden muß. Alle Voraussetzungen sowohl für das eine wie für das andere sind gegeben.

Die Sowjetunion wünscht nichts sehnlicher als Frieden und Freundschaft mit einem einheitlichen demokratischen, friedliebenden Deutschland. Generalissimus Stalin sagte in seiner bekannten Erklärung, daß dies die sicherste Garantie für den Frieden in Europa wäre. Und das französische Volk, das mit tiefstem Mißtrauen der Remilitarisierung an seiner Ostgrenze zusieht, wäre glücklich, wenn ihm dieser Alpdruck genommen würde.

Wenn unser Vaterland nicht zum Schlachtfeld werden soll, was Pastor Niemöller als das Resultat eines amerikanischen Krieges voraussieht, dann muß jetzt gehandelt werden, bevor es zu spät ist.

* * *

Da gibt es schließlich die verschiedensten Auffassungen in den Reihen der ehemaligen Berufssoldaten und Offiziere in Westdeutschland, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Wir wollen nicht eingehen auf die Auffassungen jener Söldnertypen, von denen die einen rückhaltlos in fremde Dienste treten, die anderen zur Beruhigung ihres nationalen Gewissens erst dann dazu bereit sind, wenn ihre „Bedingungen auf Gleichberechtigung im Rahmen einer europäischen Armee" anerkannt würden. Ihnen würde im Kriegsfall dasselbe Schicksal zuteil werden, wie jetzt den „gleichberechtigten Kontingenten" der Türken in der UN-Armee in Korea, die vernichtet wurden, weil sie „die Ehre" hatten, wie es eine amerikanische Zeitung schreibt, als Nachhut den Rückzug der amerikanischen Armee zu decken.

Man muß sich aber ernsthaft auseinandersetzen mit einem Gedankenspiel, das in bestimmten westdeutschen Kreisen, besonders bei zahlreichen national eingestellten Offizieren kursiert, daß, da „die Remilitarisierung nicht mehr aufzuhalten" sei, es eines Tages zu einem neuen „Tauroggen" kommen werde.

Dieser Hinweis auf das Verhalten des Generals Yorck von Wartenburg im Befreiungskampf gegen Napoleon im Jahre 1812 ist keine schlechte Illustration zu der Lage, in die deutsche Einheiten einer „europäischen Armee" im Falle eines Krieges geraten würden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Auf dem Höhepunkt seiner Macht im Jahre 1812 hatte Napoleon Bonaparte kraft seiner Siege über fast ganz Europa durch Abmachungen mit dem König von Preußen auch preußische Truppen als Kontingente in sein Heer hineingezwungen. Als nach der Katastrophe der Großen Armee die geschlagenen und demoralisierten französischen Truppen über die preußische Grenze zurückfluteten, wurde dem preußischen Hilfskorps die Aufgabe gestellt, als Nachhut die Russen aufzuhalten und die Armee des Generals Macdonald zu decken. In dieser Situation schloß der Chef des preußischen Hilfskorps Yorck von Wartenburg die berühmte Konvention vom 30. Dezember 1812 in Tauroggen mit dem Kommando der verfolgenden russischen Armee ab. Danach bezog das preußische Korps neutrale Quartiere, was dazu führte, daß die französische Restarmee sich in überstürzter Hast über die Elbe retten mußte.

Es ist kein Zweifel, daß im Falle des Versuchs eines neuen Marsches auf Moskau, der diesmal im Keime erstickt würde, die deutschen Mußsoldaten in eine Lage geraten würden, in der sie nur die Wahl zwischen Opferung für die Imperialisten oder Übergehen bzw. Kapitulation hätten, um der Vernichtung zu entrinnen.

Gedanken an ein zukünftiges Tauroggen nachzuhängen bedeutet, heute sich einer verhängnisvollen Passivität zu ergeben und zu vergessen, daß dann Westdeutschland ein Friedhof wäre. Heute kommt es darauf an, alle Kräfte in Bewegung zu setzen, um die Remilitarisierung und damit den Krieg zu verhindern. Heute kommt es darauf an, den friedlichen Weg der Verständigung der Deutschen in Ost und West untereinander zu beschreiten, wie das durch den Schritt des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl möglich geworden ist. Heute kommt es darauf an, für den Frieden zu kämpfen und den amerikanischen Spekulanten auf deutsches Blut und deutsche Arbeitskraft durch die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands keine andere Wahl zu lassen, als ihre Truppen zurückzuziehen und uns Deutsche allein unser Haus in Ordnung bringen zu lassen.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Unser Volk wird sich bestimmt den Russen zuwenden, wenn die Amerikaner unser Land zum Schlachtfeld machen."

So richtig die Schlußfolgerungen Pastor Niemöllers sind — wir wissen, daß in weiten Kreisen des Bürgertums ähnlich diskutiert wird — dazu muß gesagt werden: noch so richtige Überlegungen, was morgen kommen könnte, nützen allein nichts im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Es liegt im Interesse Deutschlands, daß jetzt ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis auch der westdeutschen Bevölkerung mit der Sowjetunion hergestellt wird, wie es für uns genau so selbstverständlich ist, daß ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zum französischen Volk geschlossen werden muß. Alle Voraussetzungen sowohl für das eine wie für das andere sind gegeben.

Die Sowjetunion wünscht nichts sehnlicher als Frieden und Freundschaft mit einem einheitlichen demokratischen, friedliebenden Deutschland. Generalissimus Stalin sagte in seiner bekannten Erklärung, daß dies die sicherste Garantie für den Frieden in Europa wäre. Und das französische Volk, das mit tiefstem Mißtrauen der Remilitarisierung an seiner Ostgrenze zusieht, wäre glücklich, wenn ihm dieser Alpdruck genommen würde.

Wenn unser Vaterland nicht zum Schlachtfeld werden soll, was Pastor Niemöller als das Resultat eines amerikanischen Krieges voraussieht, dann muß jetzt gehandelt werden, bevor es zu spät ist.

* * *

Da gibt es schließlich die verschiedensten Auffassungen in den Reihen der ehemaligen Berufssoldaten und Offiziere in Westdeutschland, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Wir wollen nicht eingehen auf die Auffassungen jener Söldnertypen, von denen die einen rückhaltlos in fremde Dienste treten, die anderen zur Beruhigung ihres nationalen Gewissens erst dann dazu bereit sind, wenn ihre „Bedingungen auf Gleichberechtigung im Rahmen einer europäischen Armee" anerkannt würden. Ihnen würde im Kriegsfall dasselbe Schicksal zuteil werden, wie jetzt den „gleichberechtigten Kontingenten" der Türken in der UN-Armee in Korea, die vernichtet wurden, weil sie „die Ehre" hatten, wie es eine amerikanische Zeitung schreibt, als Nachhut den Rückzug der amerikanischen Armee zu decken.

Man muß sich aber ernsthaft auseinandersetzen mit einem Gedankenspiel, das in bestimmten westdeutschen Kreisen, besonders bei zahlreichen national eingestellten Offizieren kursiert, daß, da „die Remilitarisierung nicht mehr aufzuhalten" sei, es eines Tages zu einem neuen „Tauroggen" kommen werde.

Dieser Hinweis auf das Verhalten des Generals Yorck von Wartenburg im Befreiungskampf gegen Napoleon im Jahre 1812 ist keine schlechte Illustration zu der Lage, in die deutsche Einheiten einer „europäischen Armee" im Falle eines Krieges geraten würden.

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5

50X1-HUM

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/11/01 : CIA-RDP80-00926A003300010001-5